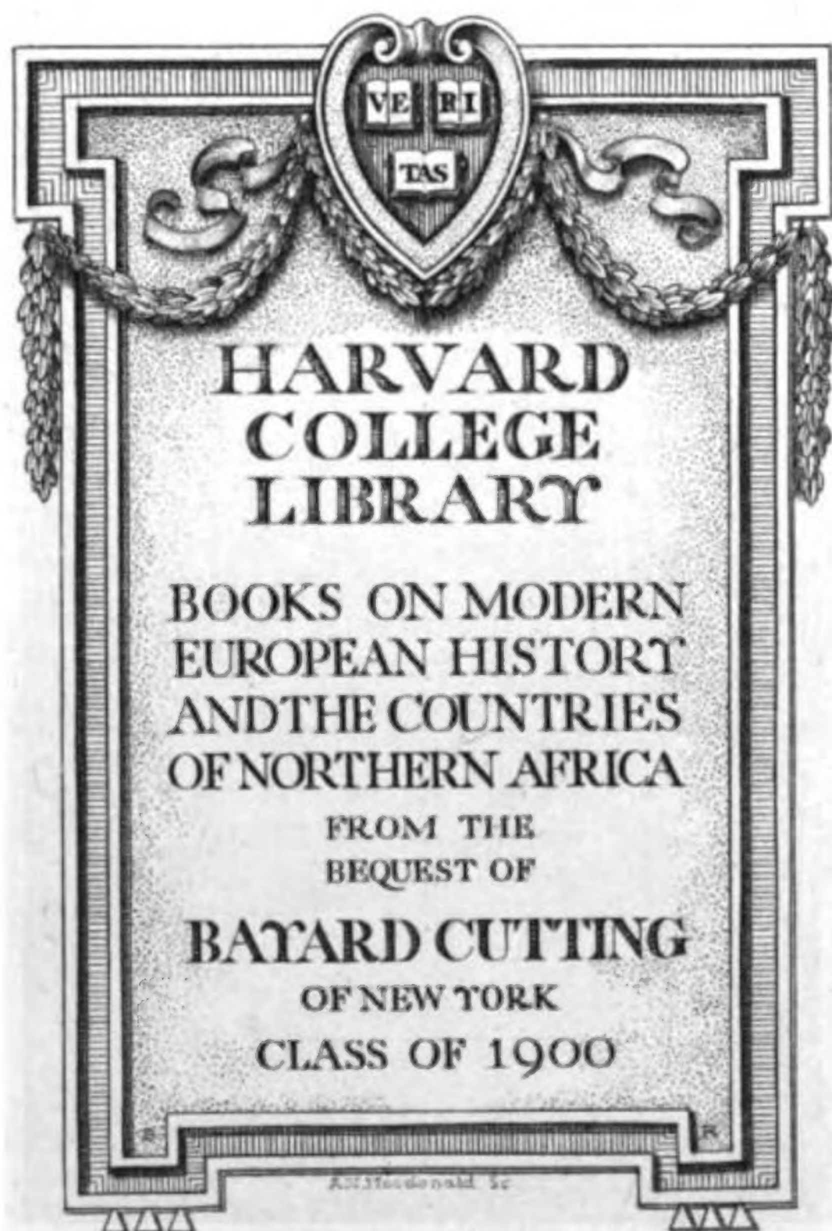
Die Revolutionen der Jahre 1848 und 1849 in Europa

Rudolf Stratz


VE
RI
TAS
HARVARD
COLLEGE
LIBRARY
BOOKS ON MODERN
EUROPEAN HISTORY
AND THE COUNTRIES
OF NORTHERN AFRICA
FROM THE
BEQUEST OF
BAYARD CUTTING
OF NEW YORK
CLASS OF 1900

Die Revolutionen der Jahre 1848 und 1849
in Europa,
geschichtlich dargestellt von Rudolph Stratz.
Erster Theil.

Die

Februar=Revolution

und

ihre nächsten Folgen,

geschichtlich dargestellt

von

Rudolph Stratz.

Heidelberg.
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.
1888.

Die Revolutionen der Jahre 1848 und 1849 in Europa,

geschichtlich dargestellt

von

Rudolph Stratz.

Erster Theil:

Die Februar-Revolution und ihre nächsten Folgen.

Heidelberg.
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.
1888.

Die Februar-Revolution und ihre nächsten Folgen,

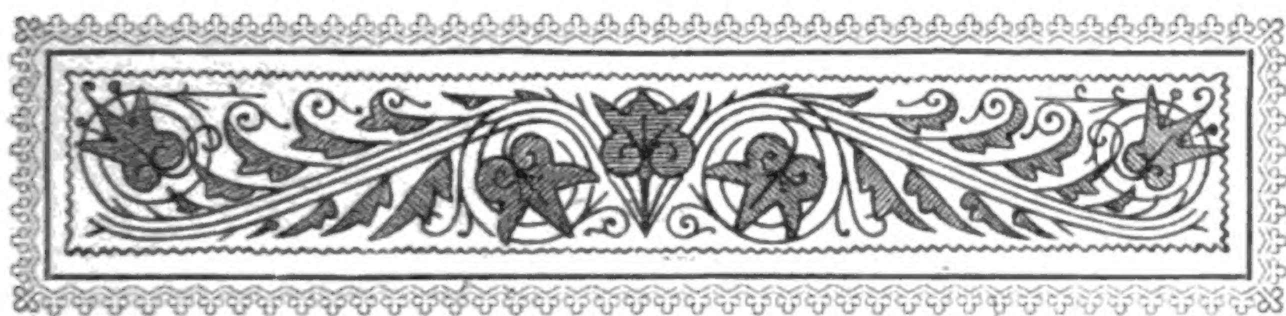
geschichtlich dargestellt

von

Rudolph Stratz.

Heidelberg.
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.
1888.

HARVARD COLLEGE
MAY 8 1911
LIBRARY.



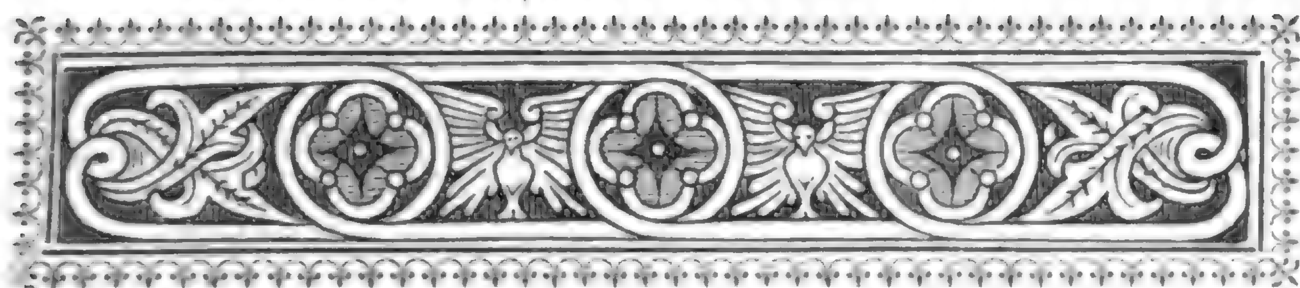
Vorwort.

Indem der Verfasser die schwierige Aufgabe übernahm, die Revolutions- und Kriegsereignisse der Jahre 1848 und 1849 in eingehender und sachlicher Weise zu schildern, glaubte derselbe, eine vorhandene Lücke in der deutschen Geschichtslitteratur auszufüllen. Denn noch haben — von einem Werke Johannes Scherrs abgesehen — die folgenschweren Begebenheiten jener Zeit nicht die ihnen zukommende Würdigung seitens der Geschichtschreibung gefunden.

Es war das ernsteste Bemühen des Verfassers, durch sorgfältige Sammlung und Sichtung des vorhandenen reichen Materials und durch Benutzung besonderer, ihm zugänglicher Quellen ein getreues Bild jenes sturmbewegten Zeitabschnittes zu liefern und dabei die hier besonders erforderliche Ruhe und Objektivität der Darstellung im vollsten Maße zu wahren.

Heidelberg, im November 1887.

Der Verfasser.



Inhalt.

I. Abschnitt: **Die Februar-Revolution.**

II. Abschnitt: **Der deutsche Bundestag.**

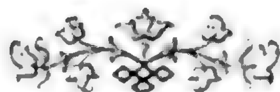
III. Abschnitt: **Die Märzbewegung in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten.**

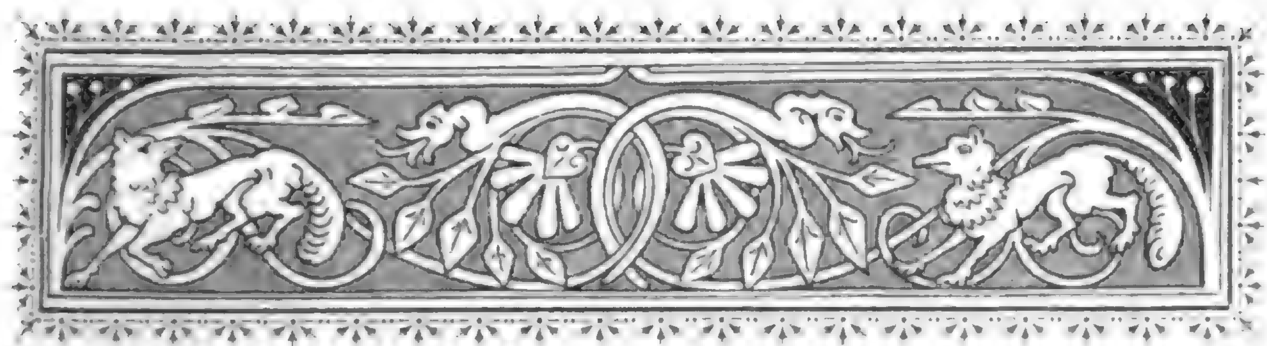
VI. Abschnitt: Das Vorparlament.

VII. Abschnitt: Die Wirren im Großherzogthum Posen.

VIII. Abschnitt: Die Erhebung Schleswig-Holsteins.

IX. Abschnitt: Die Erhebung Italiens gegen Oesterreich.





I. Abschnitt:
Die Februar-Revolution.

1.
Die Reformbankette.

Hätte der Bürgerkönig Louis Philippe, anstatt das unruhigste und unstäteste aller Völker zu beherrschen, die Krone eines deutschen Fürstenthumes getragen, so wäre er vielleicht als das Bild aller Regententugenden betrachtet worden, und noch jetzt würde möglicherweise in den menschenleeren Straßen einer kleinen deutschen Residenz ein Standbild die Erinnerung an den seltenen Fürsten ehren, welcher weder das Geld noch das Blut seiner Unterthanen vergeudet, welcher in seiner ganzen Regierung eben so viel Milde als Gerechtigkeit bewiesen hatte. In Frankreich lagen die Dinge anders; der auf Aeußerlichkeiten gerichtete gallische Nationalcharakter verlangt einen Herrscher, der zugleich ein Stück von einem Abenteurer und Schauspieler ist; der Bürgerkönig, der, wenigstens in den ersten Jahren seiner Regierung, mit dem Regenschirme unter dem Arm auf den Straßen umherging und mit beinahe gesuchter Einfachheit und Spießbürgerlichkeit auftrat, konnte und wollte einen solchen Anspruch nicht befriedigen. Nichtsdestoweniger hätten die Franzosen auch diese Herrschaft, deren Vorzüge sie selbst erkennen mußten, wohl ertragen, wären nicht zwei Umstände vorhanden gewesen, die mit Macht auf einen

Umsturz des Julikönigthumes hinwirkten. Der eine derselben war allen Regierungen gemeinschaftlich; er entsprang der Thatsache, daß seit 1789 jede der rasch aufeinanderfolgenden Staatsverfassungen einen Rückstand zurückgelassen hatte, der inmitten der neuen Ordnung ein unter allen Umständen feindselig gesinntes Element bildete. Dieser, von einander verschiedenen, aber dasselbe Ziel anstrebenden Richtungen gab es mehrere seit 1830, und jede derselben bedeutete eine unmittelbare Gefahr für das Bürgerkönigthum.

Es war zunächst die Partei der Legitimisten, die mit dem Anschein des ältesten Rechtes auftrat und gerade gegen Louis Philippe als einem Abtrünnigen einen unversöhnlichen Haß empfinden mußte. Ihre Machtmittel waren gering; außer den Resten des alten Adels und der ländlichen Bevölkerung einiger abgelegener Distrikte konnte Niemand mehr daran zweifeln, daß niemals wieder die drei Lilien im Wappen Frankreichs prangen würden. Die Bourbons hatten während der Restauration zu deutlich bewiesen, daß es ihnen an der Fähigkeit gebrach, den Geist der neuen Zeit auch nur zu verstehen, geschweige denn ihn in sich aufzunehmen. Zudem fehlte es den Vertretern des alten Herrscherhauses an den persönlichen Eigenschaften, die zur Wiedergewinnung des Verlorenen erforderlich waren.

Viel gefährlicher als diese Richtung war eine andere, gleichfalls monarchische Strömung, der Bonapartismus. Noch war ja überall die Erinnerung an den korsischen Cäsar lebendig; noch weilten eine ganze Reihe der Männer des Kaiserreichs unter den Lebenden, noch konnten die älteren Generationen selbst von jener Zeit des Ruhmes und der Macht erzählen, da vom Kreml bis zur Alhambra die Welt dem Willen des Gewaltigen gehorchte. Louis Philippe war viel zu klug, als daß er diesen Traditionen mit Gewalt entgegengetreten wäre, im Gegentheil, er sah in den Ueberlieferungen der Kaiserzeit ein Mittel mehr, den Glanz seines Thrones zu heben. Wollte er selbst auch das Gegentheil eines Gewaltherrschers sein — ein „Napoleon des Friedens", wie ihn seine Schmeichler nannten —, so konnte doch aus der Zeit des ersten Bonaparte ein unblutiger Kriegsruhm

auch seine Krone umstrahlen; dies war der Grund, warum er die Marschälle des Kaiserreichs an seinen Hof zog und mit Vorliebe aus ihrer Zahl die Prunkämter besetzte; dies war sein Gedanke, als er unter großem Pompe Napoleons Asche nach Paris führen und im Invalidendom beisetzen ließ. Er konnte dies um so leichter thun, als seit dem 1832 erfolgten Tode des Herzogs von Reichstadt jede Möglichkeit einer Wiederkehr der Napoleoniden in weite Ferne gerückt schien. Auch machte sich äußerlich wenig von einer bonapartistischen Bewegung bemerklich; sie war nicht zu einer lärmenden Agitation geschaffen, sondern pflanzte sich durch Tradition von der alten Generation zu der neuen unverbrüchlich fort, bis irgend ein günstiger Anlaß die schlummernde Erinnerung zu neuem Leben erweckte.

Während die beiden monarchischen Parteien in Zurückgezogenheit den gegebenen Augenblick für ihre Pläne erwarteten, führte die dritte Richtung, die der Republikaner, einen unausgesetzten und erbitterten Kampf gegen das Julikönigthum. Das Wort Republik war hier das Schlagwort, welches zwei ganz verschiedene Parteien zusammenhielt.

Die eine derselben stand auf dem Boden der französischen Revolution; sie war der Sproß nicht der Jakobiner, der Dantonisten — dazu waren die Zeiten und sie selbst zu zahm —, sondern der Männer der Gironde, großentheils redegewandte, talentvolle, freiheitsbegeisterte Volksführer, welche nur den einzigen Fehler besaßen, daß sie aus der Geschichte nichts gelernt und nichts vergessen hatten, und es dadurch geschehen ließen, daß der Ausgang der zweiten französischen Republik zu einer Karrikatur des Endes der ersten wurde.

Ihr Preßorgan war der berühmte „National“, ein Blatt, das, wie kaum je ein anderes, eine Rolle in der Weltgeschichte gespielt hat. Neben dieser radikalen Partei aber war im Laufe der Jahrzehnte eine andere aufgetaucht, die zwar keine geschichtliche Vergangenheit, aber eine desto größere Zukunft besaß, die der sozialen Revolutionäre.

Ihre erste Lebensäußerung war schon in den Zeiten der großen Revolution die Verschwörung des Gracchus Baboeuf und seiner Genossen gewesen, jener seltsame Weltverbesserungsplan,

in dem man damals nichts als den letzten Nachhall eines bereits vollendeten Umsturzes erkannte, während jetzt ein Blick nach rückwärts zeigt, daß jene an sich so unbedeutende Erscheinung bereits das erste Zeichen eines neuen und weit gewaltigeren Sturmes bilden sollte, dessen Vorspiel die Revolution von 1789 gewesen war. Wie stets, ging auch dieser Bewegung die grübelnde Theorie voraus; ein Mann, den sein selbstgewählter Lebensgang durch alle Höhen und Tiefen des menschlichen Lebens geführt hatte, der Graf von St. Simon war es, der als der erste die Anschauungen des Sozialismus entwarf und in bewußten Gegensatz zu dem Christenthume und dem herrschenden Staate stellte. Doch war eine vollständige, systematische Durcharbeitung der Lehre bei ihm noch nicht vorhanden, und unter seinen halb kindischen, halb überspannten Genossen und Nachfolgern, einem Fourier, Enfantin u. A., arteten dieselben und die Versuche, sie praktisch auszuführen (die Phalansteren), in läppische Spielerei aus. Erst einer späteren Reihe von Sozialisten, einem Proudhon und namentlich Louis Blanc war es beschieden, die Bewegung zu einer derartigen Höhe hinaufzuführen, daß in der Geschichte der zweiten französischen Republik der vierte Stand beinahe als ausschlaggebende Partei auf dem Kampfplatz erschien. Der Hauptführer dieser äußersten Radikalen war um diese Zeit Ledru-Rollin, ihr Organ die „Reform", welches die vielfach gespaltenen Fraktionen der Sozialrevolutionäre zusammenhielt.

Nicht weniger gefährlich endlich als diese prinzipiellen Gegner waren dem Julikönigthum seine Freunde, die Anhänger der konstitutionellen Monarchie, die nur an der Art der Regierung stets etwas auszusetzen fanden und durch ihre kurzsichtigen Angriffe gegen die Staatsleitung lediglich den Radikalen in die Hände arbeiteten. Man kann jedoch von dieser Partei, von welcher später bei Gelegenheit der Reformbankette die Rede sein wird, nicht als von einer eigentlichen geistigen Strömung sprechen; denn sie wurde durch kleinliche Ziele und persönliche Interessen vollständig beherrscht.

Diesen widerstreitenden Richtungen gegenüber war ein Königthum erforderlich, das fest und unerschütterlich auf einer gegebenen historischen Grundlage stand; daß dies beim Julithrone

nicht der Fall war, ist der zweite Umstand, der dessen Sturz herbeiführte. Louis Philippe bildete in seiner Person eine Vereinigung der beiden heterogensten Dinge, des Legitimismus und der Revolution. Er war der Sprößling der Bourbons, aber der Sohn des Jakobiners Philipp Egalité, und selbst ein Anhänger des Umsturzes gewesen, er war als Mitglied eines uralten Herrscherhauses geboren, aber „nicht weil Bourbon, sondern obgleich Bourbon" zum Throne gelangt; in seinem ganzen Leben war er nichts anderes gewesen als ein Spielball der Revolution; die Revolution hatte ihn aus den Kreisen gerissen, wohin ihn Geburt und Erziehung hinwies, sie hatte ihn aus seinem Vaterlande als heimathlosen Flüchtling vertrieben und seinen Vater auf das Schafott gebracht, die Revolution hatte ihm die Krone auf die Stirne gedrückt und sollte ihn am Abend seines Lebens vom Throne in das Nichts hinabstoßen.

Daß ein Mann, in dessen Brust zwei so widerstreitende Seelen wohnten, keine Persönlichkeit aus einem Gusse, mit unerschütterlichen Grundsätzen sein konnte, war klar. Louis Philippe hatte zu sehr den Wechsel alles Irdischen erfahren; seine Weltanschauung war eine Art von Fatalismus, wie er sich bei Allen, die sich lange Zeit in Gefahren und Abenteuern bewegen, ausbildet. Er, der hintereinander Herzog, Jakobiner, Kavalleriegeneral, Schulmeister, Prätendent, König geworden war, erkannte zu scharf die Nichtigkeit der menschlichen Verhältnisse, als daß er den rücksichtslosen Zorn und Verfolgungseifer hätte besitzen sollen, der aus der Wahrung des vermeintlichen guten Rechtes entspringt. Er wollte die Hindernisse nicht zertrümmern, er wich ihnen aus, wie der erfahrene Steuermann sein Schiff zwischen den drohenden Klippen hindurchlenkt, daher auch die Milde, die er fast stets gegen seine politischen Feinde bewies.

Louis Philippe war keine große Natur; er war pfiffig, aber nicht klug, gewandt, aber nicht stark, er war ein gewiegter Menschenkenner, aber er rechnete zu offen und zu ausschließlich mit den niedrigsten Triebfedern der menschlichen Natur, namentlich der Habsucht, von der er selbst einen guten Theil besaß. Keine Eigenschaft hat ihn unpopulärer gemacht als sein Geiz, der naturgemäß mit den Jahren zunahm und ihn in den Augen

des französischen Volkes des königlichen Nimbus beraubte. Die wenigen ritterlichen Eigenschaften, die Louis Philippe besaß, namentlich der persönliche Muth, den er bei den vielfach gegen ihn unternommenen Attentaten bewies, bildeten kein genügendes Gegengewicht, seine sonstigen Vorzüge, seine Mäßigung, Milde, Friedensliebe, Kunstpflege, wurden wenig gewürdigt.

Die Regierungszeit des Julikönigs war eine sehr bewegte gewesen und läßt deutlich drei Phasen, den Aufgang, den Höhepunkt der Macht und den allmählichen Niedergang, erkennen. Der erste dieser Abschnitte wird durch das erste Lustrum der Herrschaft gebildet. In rascher Folge hatte in dieser Zeit der legitimistische Aufstand in der Vendée und die Reise der Herzogin von Berry, dann die republikanischen Schilderhebungen das Bürgerkönigthum bedroht. Niemals schwebte Louis Philippe in größerer Gefahr als während des blutigen Pariser Straßenkampfes von 1832, dem sich 1834 der nur mit größter Mühe unterdrückte allgemeine Aufruhr in Lyon und neue Emeuten in Paris und anderen Städten anschlossen. Zwar wurden diese Bewegungen, zum Theil nach mörderischen Straßenkämpfen, wie in der Rue Transnonain zu Paris, bewältigt, allein wie groß die Theilnahme der Bevölkerung an der Insurrektion gewesen, zeigte sich an der gewaltigen Erregung, welche die Gerichtsverhandlung gegen die 2600 verhafteten Theilnehmer der Revolution hervorrief. Immerhin war jedoch die Kraft der Republikaner durch diese mißglückten Versuche gebrochen, die bis dahin unermüdlich thätigen geheimen Gesellschaften begannen ihren Einfluß zu verlieren, der Regierung gelang es, durch die in Folge des Aufstandes genehmigten Septembergesetze eine Beschränkung der Preßfreiheit zu erlangen.

Nachdem der König mit wunderbarem Glücke im Juli 1835 dem Attentate Fieschi's entgangen, dessen Mordmaschine sechzig Personen um ihn zu Boden streckte, begann sich seine Macht immer mehr zu befestigen. Die beiden Versuche des Prinzen Ludwig Napoleon, einen bonapartistischen Aufstand zu erregen, verunglückten in so kläglicher Weise, daß der Prätendent für immer unmöglich geworden zu sein schien; eine im Jahre 1839 von dem Verschwörer Blanqui und seinen Genossen unternommene

sozialistische Erhebung, die erste ihrer Art, wurde mit leichter Mühe unterdrückt.

Als das erste Jahrzehnt des Julikönigthumes zu Ende ging, trat eine merkliche Festigung und Consequenz in dem Regierungssysteme Louis Philippe's ein. Der König hatte bis dahin, nachdem sein erster, begabter, aber unbequemer Rathgeber Casimir Perier schon 1832 der Cholera erlegen war, vor allem stets zwei Männer an seine Seite gezogen, Guizot, das Haupt des Doktrinarismus, und Thiers. Ueber den ersteren ist das Urtheil der Geschichte kein allzu verschiedenartiges; auch von seinen Feinden wird ihm zugestanden, daß er ein Mann von unermüdlicher Arbeitskraft, Gewandtheit in Führung der Staatsgeschäfte und von makellosem Charakter gewesen ist; er ist fast der einzige Minister, gegen welchen sich niemals Anklagen wegen Bestechlichkeit und ähnlicher Vergehen erhoben haben. Anders stand es mit seiner politischen Thätigkeit; die ganze Art und Weise seiner Amtsführung, sein Bemühen, die Konstitution zu einem Scheindinge umzubilden, und die Kammer mit allen sich bietenden Mitteln zu einem Werkzeug der Regierung zu machen, erinnern an die analogen Bestrebungen der vormärzlichen Ministerien in Deutschland.

Was Thiers betrifft, so ist es kaum möglich, schon jetzt ein Urtheil über einen Staatsmann zu fällen, der bis in die jüngste Zeit so tief in die Geschicke Frankreichs und damit auch Deutschlands eingegriffen hat; doch scheint die Annahme gerechtfertigt, in Thiers den Vertreter einer durchaus verschwommenen und mit Phrasen prangenden Staatskunst zu erblicken, der in seinen Bestrebungen fast nur von persönlichen Interessen geleitet wurde und — wenigstens 1847 und 1848 — eine überraschende Kurzsichtigkeit bewies.

Vom Oktober 1832 ab waren Guizot und Thiers theils gemeinschaftlich, theils einzeln Mitglieder der meisten Ministerien gewesen, doch trat gegen 1840 eine immer stärker werdende Entfremdung zwischen Louis Philippe und seinem Gesinnungsgenossen Guizot einerseits und dem liberaleren Thiers andererseits hervor. Bei Gelegenheit der orientalischen Verwickelungen des Jahres 1840, welche einen allgemeinen Krieg befürchten

ließen, bekam Thiers endgültig den Abschied, Guizot über=nahm, unter dem offiziellen Vorsitz des Marschalls Soult, das Ministerium, dessen Mittelpunkt er bis zur Februar=Revolution blieb.

Von jetzt ab begann die durch die 1840 erfolgte Befestigung von Paris veranlaßte Finanznoth, welche trotz des Friedens und des blühenden Zustandes des Landes nie mehr ganz gehoben werden konnte, von jetzt ab die konsequente Bevorzugung der „Bourgeoisie“ und der höheren Klassen, von jetzt ab endlich die Hauptursache der Februar=Revolution, das System der Corruption im öffentlichen Leben, welches Guizot, zu starrsinnig, um von seinem einmal gewonnenen Standpunkte abzugehen, und doch genöthigt, seinen Willen in der liberal gesinnten Kammer durchzusetzen, zu einer ungeahnten Höhe brachte.

Um diese Zeit war das Julikönigthum zu seiner höchsten Blüthe gelangt; von 1840 an begann, zwar anfangs langsam und fast unmerklich, der Niedergang. Der erste schwere Schlag, den der alternde König erlitt, traf ihn am 13. Juli 1842; sein volksbeliebter, ältester Sohn, der Herzog von Orléans, fand durch einen Unfall auf der Fahrt einen jähen Tod; schon damit war die Zukunft der Julidynastie auf die Frage gestellt; denn der nunmehrige Thronerbe, der Enkel Louis Philippe's, war ein Kind von wenigen Jahren, der für ihn zum Regenten aus=ersehene Herzog von Nemours wenig populär.

Im öffentlichen Leben war es zwar sehr still geworden, nur ab und zu ließ eines der unausrottbaren Attentate, denen sich der König rücksichtslos aussetzte, die immer noch bestehende Gährung erkennen, dagegen traten in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre eine Reihe nicht minder besorgnißerregender An=zeichen zu Tage. Es war kein Zufall gewesen, daß man gerade jetzt, in dieser Zeit müßiger und verderbter Ruhe wieder auf die großen Epochen der verflossenen französischen Geschichte zu=rückgegriffen hatte, daß gleichzeitig eine Reihe der hervor=ragendsten Männer, wie Thiers, L. Blanc, Lamartine, die Ereig=nisse der Republik und des Kaiserreiches in umfangreichen Werken schilderten, daß gerade jetzt Sue und nach ihm Andere in ihren sozialen Romanen den Wust von Elend und Verbrechen ent=

hüllten, den die gleißende Hülle der Hauptstadt barg. Dazu kamen Vorkommnisse, die in greller Weise den Verfall der höheren Gesellschaft und selbst der höchsten Kreise kennzeichneten, wie die Ermordung der Herzogin von Praslin durch ihren eignen Gatten, der alsdann durch Selbstentleibung im Gefängniß dem Volke das Schauspiel entzog, einen Pair von Frankreich auf dem Schafott zu sehen.

Wichtiger als das Alles aber waren eine Anzahl politischer Prozesse, in denen der Umfang, welchen die Corruption im öffentlichen Leben angenommen hatte, nicht mehr verdeckt werden konnte. Man sah, daß das System der Bestechlichkeit bis in die höchsten Spitzen der Beamtenwelt hinaufreichte, man sah den gewesenen Kriegsminister Cubières vor Gericht, seinen Collegen Teste im Gefängniß, man sah daß Guizot, obwohl persönlich jeder Beeinflussung unzugänglich, doch in Betreff seiner Genossen und Untergebenen aus politischen Rücksichten beide Augen zudrückte. Dazu kam, daß auch die äußere Politik Louis Philippe's in seinen letzten Regierungsjahren den Gegnern willkommene Handhaben zu Angriffen bot. Namentlich war dies der Fall bei der in ganz Europa mißgünstig aufgenommenen spanischen Doppelheirath, welche in hohem Maße kennzeichnend für den kleinlich berechnenden Sinn des Bürgerkönigs ist. Um nämlich seinem Hause dereinst die Krone Spaniens zu erwerben, vermählte Louis Philippe seinen jüngsten Sohn, den Herzog von Montpensier, mit der Schwester der jungen spanischen Königin Isabella, der Infantin Louise Fernanda, indem er es zugleich durch diplomatische Ränke bewirkte, daß die Königin selbst ihrem Vetter Franz Assis von Paula, dem Bruder des Prätendenten Don Carlos, ihre Hand zu einer Ehe reichte, aus welcher nach aller Voraussicht keine Nachkommenschaft zu erwarten war. Diese Intriguen führten zu einem Bruche zwischen England und Frankreich, welcher in einen Krieg überzugehen drohte, und von seinen eigenen Unterthanen wurde Louis Philippe des Wortbruches beschuldigt.

Auch die Fortschritte der französischen Waffen in Algier konnten die allgemeine Verstimmung nicht heben. Die barbarische Art und Weise, in welcher die Franzosen den Krieg führten,

namentlich die Ermordung eines ganzen Araberstammes in den Höhlen von Dahra durch den Oberst Pelissier erweckten in ganz Europa Abscheu, und als es endlich im Dezember 1847 gelungen war, Abd-el-Kadr gegen das Versprechen freien Abzuges zur Niederlegung der Waffen zu bewegen, strafte Louis Philippe das Wort seines eigenen Sohnes, des Herzogs von Aumale, welcher den Vertrag abgeschlossen hatte, Lügen und ließ den Emir als Gefangenen nach Frankreich bringen. Bei jeder weiteren Gelegenheit erwies sich das Ministerium Guizot als Feind des Fortschrittes und der Freiheit, im Schweizer Bürgerkriege stand es auf Seiten des Sonderbundes, in Italien suchte es die nationalen Bestrebungen Pius' IX. zu Nichte zu machen und die Politik Metternichs zu unterstützen. Die öffentliche Meinung begann unruhig zu werden, der Augenblick schien gekommen, einen Sturm auf das allmächtige Ministerium zu wagen. Von der Kammer konnte eine solche Bewegung nicht ausgehen; hier hatte sich im Laufe der Zeit Guizot eine unbestrittene Mehrheit durch Mittel aller Art geschaffen, eine dunkle, unberühmte Masse, die bei dem ersten Ansturm der Revolution spurlos in ihr Nichts zurücksank; die eigentlichen Oppositionsparteien, die Legitimisten, unter denen der redebegabte Berryer hervorragte, wie auch die Radikalen von der Partei des „National" und die Extremen der „Reform", zählten wenig Mitglieder in der gesetzgebenden Körperschaft. Zahlreicher waren die Liberalen, die sich in „die dynastische Linke", das „linke Zentrum" und die „dritte Partei" spalteten. In der ersten dieser Fraktionen herrschte Odilon Barrot, in der zweiten, deren Organ der „Constitutionnel" war, hatte Thiers seine Getreuen, de Rémusat, Duvergier de Hauranne u. A., um sich versammelt, die dritte endlich war wenig bedeutend, ein „Generalstab ohne Soldaten", wie sie Garnier-Pagés nennt.

Der Anstoß zu der Bewegung gegen das Kabinet Guizot ging nicht, wie man hätte annehmen können, von den eigentlichen Oppositionsparteien, sondern von den Liberalen aus, die damit nichts Anderes als einen Ministerwechsel und eine Erweiterung der parlamentarischen Machtbefugnisse bezweckten.

Es handelte sich zunächst um die Wahl eines Schlagwortes,

durch welches man die Massen zu dem konstitutionellen Feldzug begeistern konnte, und ein solches war bald gefunden. Offenbar beruhte die ganze Herrschaft Guizots auf dem Umstand, daß er in der Kammer nicht jenen Widerstand fand, welchen ihm die Volksvertreter kraft ihrer Rechtsbefugnisse hätten entgegensetzen können. Man mußte also darauf bedacht sein, eine Reorganisation des Parlamentes durchzuführen; zwei Wege boten sich hier: einmal war an eine ernstliche Opposition in der Kammer kaum zu denken, so lange, wie dies jetzt der Fall, ein großer Theil der Mitglieder aus Beamten und anderen unmittelbar von der Regierung abhängigen Personen bestand, zweitens mußte man die Bewegung durch Befürwortung der Wahlberechtigung breiterer Volksschichten populär zu machen suchen. Nach dem Gesetze vom 19. April 1831 war zur Ausübung der Wahlfunktion ein Steuercensus von 200 Francs erfordert, so daß thatsächlich eine verschwindend kleine Minderheit, kaum 200000 Staatsbürger, Frankreich regierten. Die Abschaffung dieser Mißstände, die Wahlreform und die Nichtwählbarkeit der Beamten zu Kammermitgliedern wurde das Schlagwort des Tages.

Schon seit 1840 war davon die Rede gewesen, doch nahm erst jetzt, zu Beginn des Jahres 1847, die Bewegung einen ernstlichen Charakter an. In der Frühjahrssession dieses Jahres reichte Duvergier einen Antrag auf Herabsetzung des Census von 200 auf 100 Francs, Ertheilung der Wahlberechtigung an die sog. Capacitäten und Erhöhung der Abgeordnetenzahl von 459 auf 538 ein; ihm folgte Rémusat, der das Verbot der Beamtenwählbarkeit befürwortete.

In den lebhaften Debatten, die sich hierüber entspannen und in die alle Häupter der Parteien, namentlich Barrot, eingriffen, durchschaute die Regierung den Plan der Gegner vollkommen. „Ihr Vorschlag", sagte der Minister Duchâtel unumwunden zu den Oppositionsführern, „ist lediglich die Spekulation einiger Ehrgeizigen, die gerne Portefeuilles haben möchten!" Das Schicksal der Anträge konnte nicht zweifelhaft sein; am 21. April lehnte die Kammer mit 219 gegen 170 Stimmen die Parlamentsreform, am 26. Mai mit 252 gegen 164 Stimmen den Antrag Rémusats ab.

Nach diesem Mißerfolge beschloß die Opposition, sich an das Land selbst zu wenden und unter der Bevölkerung die Agitation für die Reform zu betreiben. Aber welches war das beste Mittel zur Propaganda, welches der sicherste und zugleich ungefährlichste Weg? In dieser Verlegenheit kam man auf eine Einrichtung, die, aus England stammend, schon vorher des öfteren von Guizot und seinen Freunden angewendet worden war. Sie bestand darin, daß man bei einem Bankette die einflußreichsten Wähler und sonstigen hervorragenden Persönlichkeiten eines Bezirkes vereinigte und in zwangloser Weise durch Tischreden u. dgl. die politischen Fragen besprach.

Schon seit einiger Zeit hatten sich die Vertreter der verschiedenen Oppositionsgruppen in den Wohnungen einiger Abgeordneter zusammengefunden, jetzt kam — es war gegen Ende Mai — in dem Hause Odilon Barrots ein förmlicher Bund zu Stande, und es wurde ein Comité zur Betreibung der Agitation eingesetzt. Die Radikalen hatten sich, während sich Legitimisten und Sozialrevolutionäre noch ziemlich fern hielten, den liberalen Parteien völlig angeschlossen. Sie wußten sehr gut, was sie thaten, indem sie den kurzsichtigen Bestrebungen eines Thiers und Barrot ihre Unterstützung liehen. „Uns kommt es nicht zu, unsere neuen Verbündeten aufzuklären", meinte Garnier-Pagés schadenfroh zu seinen Freunden von der radikalen Partei, die mit ihm aus Barrots Wohnung gingen, „aber sie wissen nicht, wohin sie gehen; das, was wir eben beschlossen haben, das ist eine Revolution!" Die Männer der dynastischen Opposition und des linken Zentrums waren nicht im Stande zu erkennen, daß, sobald sie sich mit den republikanischen Elementen verbündet hatten, ihr Angriff gegen die Regierung der Handlungsweise eines Menschen glich, der sein Haus anzündet, um sich zu wärmen. Sie waren überzeugt davon, daß sofort ein Stillstand in der entfesselten Volksbewegung eintreten werde, sobald Thiers und seine Genossen ihre Ministerportefeuilles in Händen hielten.

Am 9. Juli fand im Château-Rouge zu Paris das erste große Reformbankett statt, an welchem gegen zwölfhundert Personen, darunter 86 Abgeordnete, theilnahmen. Nicht erschienen

war die „dritte Partei", die sich gegen die Reform ausgesprochen hatte, und die äußerste Linke, Ledru-Rollin mit seinen Anhängern. Von sonstigen hervorragenden Parteimännern, deren Anwesenheit man erwarten konnte, hielten sich Thiers und Rémusat dem Bankette fern. Auf dieses Fest, das bei schönem Wetter, nach unendlich vielen und langen Reden spät in der Nacht sein Ende erreichte, folgten alsbald ähnliche in Colmar, Straßburg, Soissons, St. Quentin, Toulouse, Orléans und zahlreichen anderen Städten. Ueberall war der Verlauf der gleiche; man vereinigte sich und hielt Reden, in denen die Nothwendigkeit der Reform betont wurde. Immerhin jedoch ergaben sich geringfügige Verschiedenheiten je nach den mehr oder minder radikalen Anschauungen der Festtheilnehmer, Verschiedenheiten, die namentlich bei Gelegenheit des Toastes auf den König ihren Ausdruck fanden. Dieser Trinkspruch war nicht programmmäßig vorgeschrieben, sondern dem Belieben der Bankettirenden überlassen, und häufig genug kam es vor, daß er gar nicht ausgebracht oder mit Schweigen aufgenommen wurde.

Inzwischen merkten die Ultra-Radikalen, die bisher von dem Reformfeldzug Nichts hatten wissen wollen, allmählich, daß auch für ihre Pläne dabei etwas zu erringen sei, und traten der Sache näher. Am 7. November erschienen Ledru-Rollin und sein Gesinnungsgenosse Flocon auf einem Bankett in Lille, das dadurch und durch den Rückzug Barrots und seiner Freunde einen revolutionären Charakter erhielt, und alsbald folgten ganz aufrührerische Bankette in Dijon und Châlons, an denen die anderen Häupter der Sozialisten, L. Blanc, Arago, gleichfalls Theil nahmen; auch die Radikalen, Garnier-Pagès u. A., traten jetzt, auf den Vereinigungen zu Montpellier und Neuburg, offener mit ihren Plänen hervor.

Das Ende des Jahres nahte heran und mit großer Befriedigung blickte die vereinigte Opposition auf den Redefeldzug des verflossenen Sommers zurück. Die Bewegung hatte Erfolg gehabt, daran war kein Zweifel, in den Verhandlungen der Kammer, die auf den 28. Dezember einberufen war, mußte sich das Weitere entwickeln und namentlich sich zeigen, ob die Regierung gesonnen sei, ihr bisheriges System der Geringschätzung dieser Kundgebungen fortzusetzen.

Die Thronrede, welche die Volksvertreter begrüßte, gab darüber klaren Aufschluß. „In der Mitte der Bewegung“, lautete ein bedeutsamer Satz derselben, „welche feindliche oder blinde Leidenschaften erregen, ist es eine Ueberzeugung, die mich beseelt und aufrecht erhält, die Ueberzeugung, daß wir in der konstitutionellen Monarchie, in der Vereinigung der großen Kräfte des Staats die sicheren Mittel besitzen, um alle Hindernisse zu überwinden und allen geistigen und materiellen Interessen unseres theuren Vaterlandes zu genügen.“

Am Hofe herrschte jedoch durchaus nicht die Zuversicht, welche diese Worte athmeten; ein langes, später vielfach veröffentlichtes Schreiben des Prinzen von Joinville an den Herzog von Nemours[1] läßt die tiefe Muthlosigkeit erkennen, welche bereits die nächsten Anverwandten des greisen Königs ergriffen hatte; dazu brachte der letzte Tag des Jahres einen neuen Schlag; die Prinzessin Adelaide, die Schwester Louis Philippe's, die demselben stets eine besonnene und treue Beratherin gewesen war, starb plötzlich in den Tuilerien.

Im Februar begann, nachdem vorher noch vom „National“ eine neue skandalöse Bestechungsgeschichte aufgedeckt worden war, die Berathung über die Adresse der Kammer an den König, welche nach dem Willen der Majorität eine Bestätigung und Wiederholung der in der Thronrede gebrauchten Wendungen enthalten und so die Ergebenheit der Kammer zeigen sollte. Die Debatten waren stürmisch und aufgeregt, wie selten zuvor; in dem allgemeinen Tumulte gingen die Worte der Redner verloren, man schrie durcheinander, beschuldigte die Regierung, sie sei reaktionärer als die Restauration, sie sinne auf die Gegenrevolution; die Minister vertheidigten sich mit harten Worten, einige vermittelnde Amendements wurden verworfen und endlich die Adresse angenommen. Für den Satz derselben, welcher in Bezug auf die erwähnte Auslassung des Königs formulirt war: „die Aufregungen, welche feindliche Leidenschaft und blinde Hinreißung erregen, werden vor dem öffentlichen Urtheil fallen, aufgeklärt durch unsere freimüthigen Diskussionen. In einer konstitutionellen

[1] U. A. bei Garnier-Pagès, IV, 142 f.

Monarchie überwindet die Einigung der großen Kräfte des Staates alle Hindernisse und gestattet es, allen geistigen und materiellen Interessen des Landes zu genügen" — fanden sich 223 gegen 18 Stimmen — fast die ganze Opposition enthielt sich der Abstimmung —, und ebenso wurde die Gesammtadresse mit 244 Stimmen angenommen.

Am nächsten Tage, dem 13. Februar, versammelten sich die oppositionellen Abgeordneten, über hundert an der Zahl, in einem Saale des Café Durand auf dem Boulevard de la Madeleine, um die weiteren Schritte zu besprechen. Nach längeren Berathungen kam man zu dem Beschlusse, einen Massenaustritt aus der Kammer, von welchem vielfach die Rede gewesen, nicht zu veranstalten, dagegen eine Anklage gegen die Minister zu erheben, und sich nicht an der Deputation zu betheiligen, welche die Adresse dem Könige überreichen sollte. Der wichtigste Beschluß ging dahin, daß man unter allen Umständen das Recht, sich zu Banketten und ähnlichen Versammlungen zu vereinigen, aufrecht erhalten wollte.

Es hatte dies insofern eine weitergehende Bedeutung, als während der Kammerverhandlungen der Minister des Innern, Duchâtel, erklärt hatte, daß die Regierung künftig die Reformbankette nicht weiter dulden, sondern — und zwar auf Grund eines Gesetzes vom Jahre 1790 — verbieten werde. Guizot, der bisher sich um die ganze Bewegung offiziell kaum gekümmert hatte, schien somit entschlossen, den Kampf mit der Opposition aufzunehmen.

Schon vor längerer Zeit war von einem großen Bankett die Rede gewesen, welches in Paris gewissermaßen als Abschluß der Reformbewegung abgehalten werden sollte. Als Ort hatte man zunächst den zweiten Stadtbezirk ausersehen, sich dann aber auf Bitten der Bürger des zwölften Arrondissements für dieses letztere entschieden. Es war jedoch mancherlei dazwischengekommen, und das Bankett bis auf weiteres verschoben worden. Durch das Verbot des Ministers, weitere solche Festlichkeiten zu veranstalten, war jetzt die Frage, ob und wann das Bankett stattfinden solle, zu einer Machtfrage zwischen Regierung und Opposition geworden.

Am 14. Februar trat das Comité des 12. Bezirkes in Barrots Wohnung zu einer Berathung über das Bankett zusammen; man beschloß, dasselbe, und zwar für tausend Theilnehmer, zu veranstalten, und bei demselben durch den Präsidenten eine Rede auf das Vereinigungsrecht und die Reform ausbringen zu lassen. Es wurde zur Vorbereitung alles Erforderlichen eine Kommission eingesetzt, zu welcher später auch ein Pair von Frankreich, von Althon-Shee, trat. Einige Schwierigkeiten verursachte die Wahl eines passenden Festplatzes; erst am 20. gelang es einen solchen, und zwar in einer Straße am Versailler Weg, zu ermitteln und von dem Pächter desselben für tausend Francs auf zehn Tage zu miethen. Zwei Tage vorher war bereits als Zeitpunkt des Festes der 22. Februar bezeichnet und eine Unter-Kommission für die Einzelheiten ernannt.

Am 19. fand eine zweite Versammlung im Café Durand statt, in welcher die Kommission Bericht über ihre Thätigkeit abstattete. Es wurde nochmals die vollständige Gesetzlichkeit und Ordnung der Kundgebung hervorgehoben und beschlossen, dieselbe unter allen Umständen zu veranstalten; am folgenden Tage brachten sämmtliche Oppositionsblätter einen Aufruf, der in schwungvollen Wendungen diese Absicht aussprach.

Immer mehr schärften sich die Gegensätze zu; schon begannen Einige der Liberalen vor ihrer eigenen Kühnheit zu erschrecken, allein auch die Regierung fing an, in ihrem Sicherheitsgefühle zu schwanken. Sie traf Vorbereitungen zu einem Kampfe, sorgte für Munition und Lebensmittel, und machte die Pariser Garnison mobil, zugleich jedoch entschloß sie sich, mit den Gegnern zu unterhandeln.

Der hervorragendste Vertheidiger und Vorkämpfer des Julikönigthumes war in der letzten Zeit de Morny geworden, welcher, erst vor kurzem in das Staatsleben eingetreten, scharfsinniger als seine Genossen, die ringsum drohenden Gefahren erkannte und namentlich durch einen in der „Revue de deux Mondes" erschienenen Aufsatz über den Kommunismus Aufsehen erregt hatte. Er nebst Guizots Vertrauten Vitet wurde vom Ministerium zu den Unterhandlungen mit der Opposition bestimmt, welche ihrerseits Maleville, Duvergier und Berger als Vertreter entsandte.

Man einigte sich nun über folgende Komödie: Den Bankettheilnehmern sollte am Eingange des Festraumes ein Polizeikommissär den Eintritt verbieten, jene aber trotzdem hereingehen und Platz nehmen. Sobald dies geschehen, würde der Kommissär unter Androhung von Gewalt den Präsidenten auffordern, die Versammlung aufzulösen und hierauf die Menge, nachdem Barrot konstatirt, daß man der Gewalt weiche, ruhig auseinander gehen. Alsdann sollte die ganze Angelegenheit an den Kassationshof zur Entscheidung gelangen, bis dahin aber ohne Einwilligung der Stadtbehörden kein weiteres Reformbankett der Deputirten stattfinden.

Damit schien beiden Theilen geholfen; der Ehrenpunkt war bewahrt, man setzte seinen Willen durch, und die Düpirten konnten nunmehr höchstens die Wähler und das Volk sein, soweit sie von den Vertretern der Nation ein mannhafteres Auftreten als ein solches von gegenseitiger Furcht veranlaßtes Gaukelspiel erwarteten; allein die Dinge nahmen eine unerwartete Wendung.

Den Radikalen nämlich mißfiel dieser friedliche Ausgang der Sache und die Entscheidung vor Gericht durchaus; als am Morgen des 20. die Unter-Kommission, die man mit den Einzelheiten der Festvorbereitungen betraut hatte, zusammenkam, ergriff der Redakteur des „National“, Marrast, die Gelegenheit und schrieb ein Programm für das Bankett und den Zug dorthin nieder, das, obwohl unter fortwährenden Friedensbetheuerungen die Autorität der Regierung gänzlich aufhob; in dem Zuge sollte unter Anderem die gesammte Pariser Nationalgarde, die Arbeiter, die Hochschüler mitgehen, alles schien darauf berechnet, um in den aufgeregten Volksmassen den Ausbruch der Revolution, sobald das verabredete Verbot des Bankettes erfolgte, unausbleiblich zu machen. Der Zufall wollte es nun noch, daß der gemäßigt gesinnte Odilon Barrot das Schriftstück überhaupt nicht zu Gesicht bekam, sondern nur, vom Tische abgerufen, durch Marrast den ungefähren Inhalt erfuhr und billigte. Alsbald setzten sich jetzt die Druckereien der Oppositionsblätter, des „National“, des „Siècle“, des „Constitutionnel“ und des „Courrier Français“ in Bewegung, um am 21. Morgens der

Bevölkerung von Paris das Programm der Manifestation mitzutheilen.

Als das Schriftstück um diese Zeit bekannt wurde, war die Ueberraschung und Bestürzung nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei den meisten Mitgliedern der Opposition eine große. In aller Eile entwarf Duvergier eine Verbesserung des Marrast'schen Programms und übergab sie den inzwischen erschienenen Unterhändlern de Morny und Vitet, um sie Guizot als Beweis der friedfertigen Absichten der Opposition zu bringen.

Bei dem Minister Duchâtel trafen die beiden Guizot in Begleitung des Generals Jacqueminot, Chefs der Nationalgarde. Ihre Vermittelungsversuche waren vergebens; das Ministerium schien entschlossen, jetzt Ernst zu machen. „Die Manifestation wird nicht stattfinden", rief Guizot heftig aus, „man errichtet eine Nebenregierung an unserer Seite; es bleibt uns danach keine andere Möglichkeit!" Noch versuchte Morny auf die Gefahr des Abfalls der Nationalgarde hinzuweisen, wenn es zum Zusammenstoß käme, allein Jacqueminot fiel ihm ins Wort: „Ein Zusammenstoß! — das ist es ja gerade, was die Nationalgarde wünscht!" —

Der Entschluß, den Kampf aufzunehmen, war gefaßt: Morny schrieb eine Proklamation nieder, die, mit der Unterschrift des Polizeipräfekten Delessert versehen, am späten Nachmittage erschien. Kurz und bündig verbot darin die Regierung aus „nur allzu gerechtfertigten Gründen der öffentlichen Ordnung und mit Benutzung des von den Gesetzen ihr verliehenen Rechtes" das Bankett des zwölften Arrondissements.

Der König Louis Philippe begrüßte diese Verordnung mit großer Freude; er dachte an keine Gefahr; „glauben Sie mir", hatte er noch Tags zuvor zu Duchâtel gesagt, „die Pariser machen im Winter keine Revolution!" Und mit hochfahrendem Stolze setzte er hinzu: „Ich werde es gewißlich nicht so machen wie die ältere Linie! — Mich soll Niemand überraschen! — Ich werde mich hüten, die Fehler Karls X. zu begehen! — Ich werde ein bischen besser meine Maßregeln zu treffen und mich zu vertheidigen wissen!"

Es wurden denn auch alle erforderlichen Maßregeln getroffen.

um den zu erwartenden Aufstand schnell und kraftvoll unterdrücken zu können. Die Generale und Obersten der Pariser Garnison versammelten sich bei dem General Sebastiani, woselbst ihnen der Generalstabsoffizier Rollin eine schon vor längerer Zeit vom Marschall Gérard entworfene Angriffsdisposition für den Fall eines Straßenkampfes vorlas, und die nöthigen militärischen Maßregeln besprochen wurden. Sebastiani selbst war noch so zuversichtlich, daß er seinen Untergebenen erklärte, er wolle sie gar nicht nach dem Geiste der Truppen fragen; denn der Armee gegenüber sei selbst ein bloßer Verdacht unmöglich! — Selbst das tiefe, bedeutsame Schweigen, das dieser Aeußerung folgte, vermochte ihn nicht aus seiner Siegesgewißheit zu reißen.

Auch die Polizei entfaltete rege Thätigkeit, um das Bankett zu verhindern.

Bei beinahe völlig leeren Bänken wurde die Sitzung der Kammer eröffnet. Morny und Vitet theilten den anwesenden Oppositionsdeputirten das Scheitern ihres Vermittlungsversuches mit. Die letzteren beschlossen zunächst in dem Parlamente einen Angriff auf das Ministerium zu unternehmen. Es war nach vier Uhr Nachmittags, als sich der Saal plötzlich durch die hereinströmenden Deputirten der Linken zu füllen begann, und Odilon Barrot die Tribüne bestieg, um das Verhalten der Regierung in der Bankettfrage zu erörtern. Der Minister Duchâtel antwortete, es entspann sich eine ziemlich heftige Debatte, bis kurz vor fünf Uhr die Sitzung geschlossen und für den nächsten Tag die Angelegenheiten der Bank von Bordeaux auf die Tagesordnung gesetzt wurden. In großer Erregung ging Alles auseinander. Um fünf Uhr versammelten sich bei Odilon Barrot die Mitglieder der Opposition. Die Zeit drängte, man mußte unter allen Umständen einen Beschluß fassen, sich darüber klar werden, was man dem Verbote der Regierung gegenüber thun wolle. Es waren, man mochte die Sache nach allen Seiten drehen und wenden, nur zwei Möglichkeiten vorhanden. Entweder man gab das Bankett auf, das hieß, auf den Erfolg des ganzen Reformfeldzuges verzichten und sich auf Gnade und Ungnade dem Ministerium Guizot unterwerfen, oder man beharrte bei der Feier, das war das Signal zum Ausbruch einer Revolution.

Es ist nicht schwer, sich in die Verlegenheit hinein zu versetzen, in welcher sich die Mitglieder der dynastischen Linken und des linken Zentrums jetzt befanden. Was war aus der anfangs so friedlichen Bewegung geworden! Alles schien verloren, wenn man sich nicht zu dem einen schweren Schritt entschloß, den Widerstand gegen die Regierung aus dem Bankettsaale auf die Straße zu versetzen, — und auch dann war der Ausgang höchst zweifelhaft.

Thiers lieh allen diesen Besorgnissen beredten Ausdruck. „Seit der Veröffentlichung des Programmes", rief er, — mit einer verzweifelten Energie der Gesten und der Sprache, wie Garnier-Pagès erzählt, — „ist das Bankett nicht mehr durchführbar. Man muß darauf verzichten. In einem solchen Falle ist die Hartnäckigkeit kein Muth mehr, sondern Thorheit!"

Dies war denn doch einigen der Versammelten zu deutlich gesprochen. Garnier-Pagès sprach in scharfen Worten gegen den Antrag des Vorredners, eine Adresse an den König zu richten; auch der Dichter Lamartine, welcher eine Eigenschaft besaß, die den meisten der Versammelten völlig fremd war, den persönlichen Muth, erklärte, unter allen Umständen zum Bankette gehen zu wollen, und Duvergier und Malleville schlossen sich ihm an. Ebenso bezeichnet Marin die Frage des Bankettes nicht mehr als eine solche der Politik, sondern der Ehre, aber alle diese Versuche bleiben erfolglos. Die Thiers'sche Ansicht drang unaufhaltsam durch und in namentlicher Abstimmung erklärten sich achtzig der Versammelten für die Vertagung, nur siebzehn für die Abhaltung des Bankettes. Die Männer der Unentschlossenheit hatten gesiegt, die zum Kampf entschlossenen Radikalen des „National" mußten sich unterwerfen; sie konnten für sich allein keinen Widerstand wagen.

Die Nacht war bereits hereingebrochen, als man diesen Entschluß gefaßt hatte; man verschob die weiteren Berathungen bis auf neun Uhr Abends und setzte die Bankettkommission von dem Vorhaben der Deputirten in Kenntniß. Wohl oder übel mußte dieselbe, welche schon alle Vorbereitungen getroffen hatte — es war sogar eine Mauer auf dem Festplatze niedergerissen, um den Verkehr zu erleichtern —, nachgeben, und am nächsten

Morgen eine von Marrast verfaßte Proklamation erlassen, in welcher die Vertagung des Bankettes bekannt gemacht wurde. Eine ähnliche Kundgebung ließen auch Thiers und Genossen verbreiten.

Der Rückzug der Opposition war vollständig; auch der schwächliche Beschluß, in der Kammer das Ministerium in Anklagezustand zu versetzen, konnte daran nichts ändern. Die Regierung selbst war überrascht. Sie hatte bereits den Truppen Marschordre zukommen lassen — den Entschluß, die Nationalgarde unter Waffen zu rufen, hatten die Minister des Kriegs und des Innern im letzten Augenblick vereitelt —, die Polizeikommissäre waren bei dem Präfekten versammelt, 22 Verhaftungsbefehle bereits ausgefertigt, Proklamationen des Generals Jacqueminot, des Magistrats, der Polizei bedeckten die Straßenecken, da traf — es war nach ein Uhr Morgens — die Nachricht von dem Entschlusse der Opposition ein und erzeugte allgemeine Beruhigung.

Alles schien jetzt in bester Ordnung, der Konflikt auf unblutige Weise beigelegt zu sein, allein man hatte den wichtigsten, den ausschlaggebenden Faktor beiderseits außer Acht gelassen. Das Volk, die dunkle, unberechenbare, schwerfällige Masse, war bereits in Bewegung gesetzt, in eine Bewegung, welche ebenso schwer zu erzeugen als zu hemmen ist. Zu spät sollten es die Konstitutionellen erkennen, daß sie die Geister, welche sie gerufen, nicht mehr zu bannen vermochten. Schon wogte es unruhig auf den Gassen hin und her, Gruppen von Blusenmännern, Studenten, Handwerkern umdrängten die Straßenecken, um beim Schein der Gaslaternen die Proklamationen zu lesen; man riß sich um die zu zehnfachen Preisen feilgebotenen Zeitungen, unfaßbar und unwiderstehlich durchdrang der Geist von 1830 die Hauptstadt.

2.

Der 22. und 23. Februar.

Grau und trübe brach der Morgen des 22. Februar an; die Witterung war der Regierung günstig, kalt und regnerisch. Keine Ruhestörung hatte sich während der Nacht ereignet, jede

Gefahr eines Bürgerkrieges schien geschwunden. Auf dem Festplatze herrschte allerdings rege Thätigkeit, allein ebenfalls in friedlichem Sinne. Eine Anzahl Arbeiter war hier emsig beschäftigt die Zelte abzubrechen, die Tische und Bänke zu entfernen und jede Spur des beabsichtigten Bankettes zu verwischen.

Allmählich aber begann es sich auf den Straßen zu regen. Gegen tausend Studenten hatten sich bald nach neun Uhr auf der Place du Panthéon zusammengefunden, die Gemüther erhitzten sich, das Schlagwort der Revolution, die Rufe: „es lebe die Reform, nieder mit Guizot", begannen zu erschallen. Der Zug setzte sich nach der Place de la Madeleine in Bewegung. Die Marseillaise ertönte, von allen Seiten strömten Schaaren von Neugierigen herbei und schlossen sich der Menge an.

Kriegerische Absichten waren dieser Demonstration fremd, — man sah fast keine Bewaffneten — und ein bestimmter Plan scheint ebenfalls nicht vorhanden gewesen zu sein. Es wäre wenigstens sonst nicht zu erkennen, was die Schaar, die nunmehr über dreitausend Köpfe zählte, veranlassen konnte, nach der Place de la Concorde und der Deputirtenkammer zu ziehen. Eine Sitzung fand zur Zeit nicht statt; außer einigen zufällig anwesenden Abgeordneten und Beamten befand sich Niemand in dem Parlamentsgebäude, zu dessen Schutze die verfügbare Truppenmacht, aus einer Hand voll Munizipalgardisten und einigen Nationalgarden bestehend, in keiner Weise ausreichte. Ohne ernstlichen Widerstand zu finden, drangen einzelne Volkshaufen bis in die Sitzungssäle vor. Ihres Bleibens war hier jedoch nicht lange; sei es, daß sie das Unnütze einer solchen Demonstration erkannten, sei es, daß sie von Furcht ob ihrer eigenen Kühnheit ergriffen wurden, sie zogen sich wieder zurück, während fast gleichzeitig damit, also viel zu spät, eine Abtheilung Dragoner und zwei Bataillone Infanterie zum Schutze der Kammer anrückten.

Ein wirklicher Widerstand gegen das Militär wurde noch nicht versucht; zwar ballten sich die einzelnen Schaaren zu Haufen zusammen und aus ihrer Mitte flogen Steine und andere Wurfgeschosse gegen die Soldaten, doch gelang es den letzteren sofort, den Platz und die angrenzenden Straßen zu säubern. Ein Theil

der Studenten wandte sich zur Wohnung Barrots, um die Deputirten abzuholen.

War diese erste Demonstration auch harmlos verlaufen, so hätte sie doch der Regierung ernste Sorgen einflößen können. Die Haltung der Menge war eine kecke und unbotmäßige gewesen. „Wir gehen jetzt weg", hatte einer der Blusenmänner zu dem Saaldiener Leday gesagt, „aber wenn wir wiederkommen, bringen wir eine Regierung von der Farbe Eurer Weste mit!" — Diese Aeußerung war nicht mißzuverstehen, denn die Diener der Kammer trugen rothe Gilets. Der König jedoch war über die ganze Demonstration in keiner Weise beunruhigt. An einem Fenster der Tuilerieen stehend blickte er in das Gewühl und sagte lächelnd, indem er den Staub von einem Stücke Papier abblies, zu dem bei ihm befindlichen Maler Horace Vernet: „So wird das Alles auseinanderfliegen, wenn ich es will!"

Dieselbe Zuversicht wurde in den gesetzgebenden Körperschaften zwar nicht empfunden, aber zur Schau getragen. Ein ungeheures Gewühl herrschte auf der Place de la Madeleine und de la Concorde, als die Stunde der Kammersitzung erschien, tausendstimmiges Beifallsgeschrei begleitete die Deputirten der Oppositionspartei bei ihrem Eintritt in das Gebäude. Im Sitzungssaale selbst dagegen war keine Wirkung der Erregung zu spüren. Man berieth in diesem Augenblicke, wo der Bürgerkrieg vor der Thüre stand, die Angelegenheiten der Bank von Bordeaux. Guizot zeigte dieselbe spöttisch-kalte Ruhe wie in den vorhergegangenen Tagen, und sein Gesichtsausdruck veränderte sich auch dann nicht, als Barrot und Genossen dem Präsidenten ein Schriftstück überreichten, welches gemäß dem Tags zuvor gefaßten Beschluß den Antrag enthielt, das Ministerium in Anklagezustand zu versetzen. Zur Begründung führte die von Barrot, Duvergier und Garnier-Pagés aufgesetzte Schrift sieben verschiedene Punkte an, die im wesentlichen sämmtlich darauf hinausliefen, daß das Kabinet nach außen die Ehre und die Interessen Frankreichs verletzt, nach innen die Prinzipien der Konstitution verfälscht, die Finanzen ruinirt, eine reaktionäre Haltung eingenommen und eine systematische Corruption eingeführt habe.

Eine äußerliche Wirkung dieser Anklage war nicht zu bemerken. Mit einer Geberde der Verachtung gab Guizot, nachdem er das Schriftstück gelesen, dasselbe dem Präsidenten zurück; die Berathung wurde, der Geschäftsordnung gemäß, auf den nächsten Donnerstag festgesetzt, die Sitzung selbst um viereinhalb Uhr Nachmittags aufgehoben.

Die zweite gesetzgebende Versammlung, die Kammer der Pairs, spielte während der ganzen Februar-Revolution eine traurige Rolle. Niemand kümmerte sich um sie und ihre Beschlüsse, Niemand schien es zu bemerken, als sie spurlos in dem Aufruhr versank. Doch gab es auch unter den Pairs einige Anhänger der Reform, und einer derselben, de Boissy, brachte in der Sitzung des 22. einen Vorschlag ein, die Pairskammer möge sich zur Vermittlerin zwischen Regierung und Volk aufwerfen. Sein Antrag wurde zurückgewiesen, seine Ausführungen, daß sich die Hauptstadt in einer großen Gefahr befinde, unterbrochen, die Kammer zeigte in ihrem ganzen Benehmen, wie werth sie des Schicksals war, welches sie in Kürze ereilen sollte.

Während so offiziell von allen Seiten der Eintritt einer Revolution geleugnet oder geflissentlich übersehen wurde, breitete sich dieselbe immer mehr aus. Die Bewegung begann bereits ihren friedlichen Charakter zu verlieren; vor Guizots Wohnung, wo am Abend des nächsten Tages das Blutbad sich ereignen sollte, welches die unmittelbare Veranlassung zum Sturze des Julikönigthumes wurde, fand ein gewaltiger Auflauf statt. Die Fenster wurden eingeworfen, wobei das Volk — in Erinnerung an den skandalösen Bestechungsprozeß eines gewissen Petit, bei welchem Guizot selbst betheiligt erschien — statt der sonst gebräuchlichen Steine Sousstücke schleuderte, und schon war man daran, die Thüren zu erbrechen, als es der Handvoll Truppen, die hier aufgestellt waren, gelang, durch einen Ausfall die Menge zu zerstreuen.

Bald wurde die Sache ernster. Gegen zwei Uhr Mittags begann man Barrikaden zu errichten, die beiden ersten an den Ministerien der Marine und der Finanzen; das Militär schritt ein; es kam zu Kämpfen, bei welchen es beiderseits Verwundete gab, doch mußte sich das Volk alsbald, eine Reihe angefangener

Barrikaden zurücklassend, nach den innersten Stadttheilen zurückziehen, deren enge, krumme und hügelige Gassen den naturgemäßen Hauptsitz des Aufruhrs bildeten.

Rasch folgten nach diesen einleitenden Vorgängen die sonstigen Anzeichen eines drohenden Ausbruchs: die Waffenläden wurden erstürmt und geplündert, man suchte nach Pulver, begann die Wachen und Posten zu bedrohen; die ganze Bewegung auf den Straßen nahm einen so gefährlichen Charakter an, daß gegen vier Uhr Nachmittags endlich die Regierung sich dazu entschloß, die bisher größtentheils in den Kasernen zurückgehaltene Garnison ausrücken zu lassen. Der Plan, nach welchem die Stadt besetzt werden sollte, war, wie erwähnt, schon lange ausgearbeitet. Auf dem rechten Seine-Ufer bildeten die Place de la Concorde, das Carroussel, das Stadthaus, die Linie zwischen den Thoren St. Denis und St. Martin, der Bastilleplatz und die Plätze des Victoires und au Marché des Innocents die Stützpunkte der Truppenmacht, auf dem linken wurde die Militärschule, die Esplanade des Invalides, die Polizeipräfektur, das Panthéon, der Platz Maubert und St. Sulpice, sowie der Platz des Odéons besetzt. Außerdem bildeten noch die Kasernen und die Wachtgebäude feste Punkte inmitten des Straßengewirrs.

Die Truppenmacht, welche der Regierung zur Verfügung stand, war eine beträchtliche zu nennen. Sie belief sich auf 43 Bataillone, 38 Schwadronen, zwei Regimenter Artillerie nebst den erforderlichen Genie- und Train-Abtheilungen; dazu kam die Munizipalgarde, ein Bataillon Pompiers und einige Veteranen-Kompagnien, so daß man die gesammte vorhandene Macht auf 37000 Mann mit 7000 Pferden anschlug. Was die Nationalgarde betrifft, so hatte ihr Commandeur, General Jacqueminot, versichert, daß dieselbe vor Kampfbegier brenne und auf seinen Ruf wohl 50000 Bürger zu den Waffen eilen würden, man hatte mithin Machtmittel bereit, denen gegenüber jeder Gedanke eines Widerstandes verschwinden mußte.

Allein bei näherem Zusehen zeigte es sich, daß trotzdem die Siegesgewißheit Louis Philippe's der Begründung entbehrte. Die einzige Truppenabtheilung, auf welche sich die Regierung unbedingt verlassen konnte, war das verhältnißmäßig kleine Corps

der Munizipalgardisten, eine Schaar alter Haudegen, die keine Rücksicht auf das Volk kannte und von diesem schon seit lange auf das grimmigste gehaßt wurde. Mit der Linie stand es anders; zwar war dieselbe dem König ergeben und dachte noch nicht an eine Meuterei, allein von Kampflust war bei ihr nichts zu spüren. Es war ihr ersichtlich unangenehm, dem Volke, mit dem sie sich eng verwachsen fühlte, feindlich gegenüber treten zu sollen. Abgesehen davon, daß eine Begeisterung und persönliche Anhänglichkeit der Kriegsmacht an den friedfertigen, einen Krieg ängstlich vermeidenden Bürgerkönig nicht wohl möglich war, kam nun noch ein Umstand dazu, der für die Haltung der Truppen von großer Wichtigkeit war, das Benehmen der Nationalgarden.

Da, wie gesagt, das stehende Heer mit der Bevölkerung als eins sich fühlte, so war es gewohnt, bei allen Aufständen, Emeuten und ähnlichen Vorkommnissen die Vertreter des Volkes, die Nationalgarden, neben sich für Ordnung und Ruhe kämpfen zu sehen. Es mußte daher, sowie das Militär allein fechten sollte, ein Gefühl der Unruhe bei demselben entstehen, ein Zweifel, ob man wirklich gegen eine kleine Schaar Aufrührer oder nicht vielmehr gegen die Masse der Nation kämpfe. Die Regierung that nichts, um solche Zweifel zu verhindern; sie ließ die Truppen stundenlang unthätig inmitten der Volksmassen stehen, sie sorgte nicht einmal in genügender Weise für die Verpflegung, so daß sich das Militär oft auf die Lebensmittel angewiesen sah, die ihm die Einwohner freiwillig aus den Häusern brachten, — dieselben Bürger, die es vielleicht als seine Feinde betrachten sollte.

Es ist schon hierdurch klar geworden, daß die Entscheidung des ganzen Kampfes, die Entscheidung über Sturz oder Erhaltung des Julikönigthumes in den Händen der Nationalgarden lag; von ihnen, den Vorkämpfern und Vertheidigern der Bourgeoisie, mit welcher und durch welche er regierte, hoffte der Bürgerkönig die ausgiebigste Unterstützung gegen die Revolution zu erlangen; daß diese Erwartung ihn täuschte, war der schwerste Schlag für seinen Thron. Die Bürgerschaft war unzufrieden — weit unzufriedener als Louis Philippe und seine Rathgeber je geahnt, sie wollte nicht die Revolution, aber die Reform, und wollte nicht gegen eine Bewegung kämpfen, die die letztere zum

Ziele hatte. Als gegen fünf Uhr Nachmittags General Jacqueminot sich endlich dazu entschloß, durch Trommelwirbel die Nationalgarde zu allarmiren, blieben die Versammlungsplätze derselben öde und leer. Von den meisten der 12 Legionen, in welche die Pariser Bürgerwehr eingetheilt war, erschienen kaum einige hundert Mann; es war unzweifelhaft, daß die Nationalgarde von dem Kampfe nichts wissen wollte.

Wirkte diese Erkenntniß einerseits lähmend und entmuthigend auf die Truppen, so mußte sie andererseits den Muth der Insurgenten ganz besonders heben. Auch die Revolution befand sich in einer seltsamen Lage; bisher waren sämmtliche Aufstandsversuche seit 1830 gewissermaßen von Führern ohne Heer gemacht worden, d. h. die breiten Schichten des Volkes hatten sich nicht geneigt gezeigt, dem Rufe der einzelnen Insurgentenschaaren Folge zu leisten. Jetzt war der umgekehrte Fall eingetreten, das Volk machte eine Revolution, seine Führer, denen theils die Bewegung über den Kopf wuchs, theils der Zeitpunkt nicht günstig erschien, hielten sich zurück; gegen die Regierung kämpfte ein Volksheer ohne Generäle.

Nichtsdestoweniger erkannte das Volk ganz richtig, auf was es ankam. Die Nationalgarde schien ungefährlich, jetzt mußte die Linie gewonnen werden. Man hütete sich, die Soldaten unnöthig zu reizen; wo sie erschienen, ertönte der Ruf: „es lebe die Linie!“ und im Anschluß daran: „Tod den Munizipalgardisten!“ Daß diese letzteren sich durch nichts von ihrer Pflicht abwendig machen lassen würden, stand von vornherein fest; man machte sich auf einen offenen Kampf mit ihnen gefaßt.

Gegen Abend war die Stadt an allen Punkten von den Truppen besetzt; ohne Verwirrung ging es auch hier nicht ab, zumal nicht einmal ein einheitlicher Oberbefehl vorhanden war. Zwar war dem Herzog von Nemours die Oberleitung der Truppenbewegungen übertragen, in Wirklichkeit jedoch gab nicht er, sondern für die Linie der General Sebastiani, für die Nationalgarde Jacqueminot den Ausschlag; Platzkommandant war der General Perrot; der Kriegsminister Trézel hatte Paris verlassen, um die benachbarten Garnisonen zu konsigniren. Diese Zerfahrenheit im Oberkommando theilte sich alsbald der ganzen

Armee und ihren Bewegungen mit; auch bei ihr zeigte sich der Geist, der alle diese letzten Schritte des Julikönigthumes charakterisirt, hochfahrendes, verblendetes Siegesbewußtsein an den oberen, Mißtrauen, Zaghaftigkeit, Unentschlossenheit an den unteren Stellen.

Unter fortwährendem Regen brach die Dunkelheit herein und erhöhte die Unternehmungslust des Volkes, welches sich theils in die Stammburg der Revolution, das labyrinthische Zentrum von Paris, theils nach den westlichen Barrièren zurückgezogen hatte. An letzteren erkrachten gegen siebeneinhalb Uhr Abends die ersten Schüsse; eine Abtheilung Soldaten feuerte auf das Volk und streckte vier Personen todt und verwundet nieder[1].

Gefährlicher als an den Grenzen der Hauptstadt sah es im Inneren derselben aus. In den Quartieren Mont-Orgueil und du Petit Carreau erhoben sich Barrikaden, mit Bewaffneten bedeckt. Gegen halb elf Uhr Nachts entspann sich hier der Kampf; es gelang Abtheilungen des 52. Regiments, ohne Verluste zu erleiden, sich der Verschanzungen zu bemächtigen. Allmählich wurde es ruhiger; die Zusammenrottungen hörten im weiteren Verlaufe der Nacht auf und die Annahme derjenigen, welche ein baldiges Nachlassen des Aufruhrs erwartet hatten, schien sich zu bestätigen. Auf Seiten der Regierung herrschte freudige Erregung[2], die Opposition war noch immer rath- und thatlos.

Als der Morgen des 23. Februar, trübe und regnerisch wie der des vorhergegangenen Tages, erschien, bot Paris allerdings noch lange nicht das Bild einer friedlichen Stadt. Die Truppen,

---

[1] Garnier-Pagès: «la lutte s'engage — le peuple tire sur les soldats — ils ripostent par un feu de peloton: quatre insurgents tombent, morts ou blessés». (IV, 305.) Dadurch widerlegt sich Scherrs Behauptung, daß am 22. nirgends Kampf zwischen Volk und Truppen stattgefunden habe (I, 125). Es waren vielmehr auf Seiten des Volkes 5 oder 6 Menschen todt geblieben und beiderseits Verwundungen vorgekommen. (Garnier, IV, 343.)

[2] Eine seltsame Fügung des Schicksals wollte es, daß ein Kriegsrath, den der Herzog von Nemours mit den Generälen und Ministern abhielt, um dieselbe Stunde, am gleichen Wochentag und in demselben Zimmer stattfand, in welchem achtzehn Jahre früher die Minister Karls X., Polignac und Peyronnet, den Beschluß zum Bürgerkrieg gefaßt hatten.

die die Nacht theils im Freien, theils in den Kasernen zugebracht hatten, hielten Straßen und Plätze besetzt, von den Thoren rückten Küraßiere und andere Regimenter der benachbarten Garnisonen ein, an verschiedenen Punkten waren Geschütze aufgefahren, die meisten Läden blieben geschlossen, die Straßen begannen sich rasch wieder mit drohenden Volksmengen zu füllen.

Kurz nach acht Uhr ertönten bereits wieder Schüsse; man schlug sich in der Straße Bourg=l'Abbée, wo zwei Arbeiter todt blieben, vor der Kaserne der Munizipalgarde im Faubourg St. Martin, und bald an zahlreichen anderen Punkten der Stadt; in der Straße Aubry=le=Boucher und auf dem Platz du Châtelet kam es zu heftigen Kämpfen.

Von den Zusammenstößen und vereinzelten Angriffen, die den ersten Theil des Vormittags ausfüllten, schritt das Volk bald zu ernsterem Widerstand. Barrikaden wurden nicht nur errichtet, sondern auch behauptet; um eine Verschanzung, die die Rue Rambuteau sperrte, entspann sich ein erbitterter Kampf; erst beim dritten Anlauf gelang es den Soldaten, das Bollwerk zu nehmen. Gleichzeitig erhoben sich Barrikaden in einer ganzen Reihe von Straßen; Todte und Verwundete bedeckten das Pflaster, die Leiche eines in der Rue St. Denis gefallenen Barrikadenkämpfers wurde unter Rachegeschrei durch die Stadt getragen; gegen zwei Uhr Mittags gaben zwei Kanonenschläge, die gegen eine Barrikade in der Rue des Filles du Calvaire donnerten, ein unverkennbares Zeichen vom Ernste der Lage.

Der Kampf war bisher unentschieden; doch hatte man zweierlei aus seinem Verlauf bereits entnehmen können; einmal, daß das Volk sich tapfer und ausdauernd schlug, dann aber, daß dies beim Militär nicht der Fall war; es herrschte an leitender Stelle Verwirrung und Unentschlossenheit, in den Reihen der Soldaten Unlust am Kampfe und das Bestreben, das Volk zu schonen, daher die Verluste keine sonderlichen waren und der Kampf nirgends zu der sonstigen Erbitterung und Wuth einer Straßenschlacht stieg. Es war klar, wo man die Entscheidung, die Rettung suchen mußte; man mußte nochmals es unternehmen, die Nationalgarde zusammenzuberufen und gegen die Barrikaden zu führen.

Der Befehl, von jeder Legion zwei Bataillone zu vereinigen und auf die Kampfplätze zu dirigiren, war schon ziemlich zeitig gegeben worden. Von der Haltung und Gesinnung dieser Abtheilungen hing jetzt der weitere Verlauf der Ereignisse ab.

Bald sollte die Regierung mit Schrecken erkennen, daß sie statt des gehofften Bundesgenossen einen Feind unter die Waffen gerufen hatte. Die einzige Legion, die ihr treu blieb, war die erste, daneben ein Theil der zehnten, welch' letzterer dadurch einen gewaltigen Tumult und Gehorsamsverweigerung der reformistisch gesinnten Genossen hervorrief. Alle anderen Legionen blieben entweder unthätig oder aber sie schlugen sich — und dies war die große Mehrzahl — offen auf Seite des Volkes. Unter dem Rufe: „es lebe die Reform! — nieder mit dem System!" zogen sie, vom Volke jubelnd umringt, durch die Straßen; es kam so weit, daß eine Legion, die dritte, den Kürassieren, welche das Volk auseinandersprengen wollten, die gefällten Bajonette entgegenstreckte. Die vierte Legion hatte eine Petition entworfen, in welcher sie sich weigerte, die Vertheidiger eines bestochenen und bestechlichen Ministeriums zu sein und die unverzügliche Amtsenthebung desselben verlangte. Mit diesem Schriftstück marschirte die Kolonne an den Tuilerien vorbei bis zur Kammer, wo sich ihr ein Bataillon der zehnten Legion und Reiterei entgegenstellten. Durch die Dazwischenkunft einiger liberaler Abgeordneter wurde das Blutvergießen zwischen den beiden Abtheilungen der Bürgerwehr verhindert. Den Deputirten Crémieux, Beaumont und Marin händigte man Exemplare der Petition ein.

Dieses Verhalten der Nationalgarde wirkte entscheidend auf die Entschlüsse des Königs. Er sah ein, daß etwas geschehen mußte, um die Bürgerwehr auf seine Seite zu ziehen, den Aufruhr zu entwaffnen; welcher Art dieser Schritt sein müsse, war noch weniger zu verkennen. Deutlich genug drangen aus allen Straßen neben dem Ruf: „es lebe die Reform!" der Schrei: „nieder mit Guizot, nieder mit dem System!" zu den Tuilerien empor. Die Stellung des Ministeriums war eine unhaltbare geworden.

Es war gegen zwei Uhr Nachmittags, als Duchâtel, der

Minister des Innern, in den Tuilerien erschien und eine Unterredung mit Louis Philippe pflog. Offenbar hat ihm der König in dieser Zusammenkunft die Demission des Kabinets nahegelegt, denn vom Schlosse aus begab sich der Minister ungesäumt zur Deputirtenkammer und flüsterte dem daselbst befindlichen Guizot einige leise Worte zu, die dieser mit sichtlichen Zeichen der Ueberraschung und des Zornes vernahm. Beide kehrten sofort wieder zusammen in die Tuilerien zurück.

Ueber die Unterredung, die nunmehr hier mit dem König stattfand, sind verschiedene, von einander abweichende Versionen bekannt geworden[1]; doch scheint es nach Allem, daß der König selbst, wenn auch in schonender Weise, zuerst auf eine Aenderung des Ministeriums anspielte. Nach Guizots ganzer Sinnesart ist es wenigstens kaum glaublich, daß er aus freien Stücken sich bereit erklärt habe, vor einem Straßenaufruhr, wie ihn Paris schon so oft erlebt, zu weichen.

Sei dem, wie es wolle, so steht die Thatsache fest, daß in dieser Unterredung das Gesammtministerium seine Portefeuilles in die Hände Louis Philippe's niederlegte. Der letztere hatte jetzt freie Hand; von der Wahl seiner ferneren Rathgeber und deren Maßnahmen hing das Schicksal des Königthumes ab. Wenn man erwägt, in welcher Lage sich der König befand, wenn man erwägt, daß für ihn Alles darauf ankam, die Nationalgarde, die Vertreter der Bourgeoisie wieder in sein Lager zu ziehen und dadurch eine Trennung zwischen den reformistischen und den — bisher verschwindend geringen — revolutionären Elementen herbeizuführen, so ist eines unzweifelhaft: der König mußte durch die Wahl seines neuen Kabinets den Beweis davon geben, daß er nicht nur mit Guizot, sondern auch mit Guizots — oder vielmehr seinem eigenen bisherigen Systeme gebrochen, er mußte, um die Revolution zu entwaffnen, ein Ministerium Thiers-Barrot berufen.

Allein diesen entscheidenden Schritt zu thun, verhinderten den König einerseits sein Stolz, der sich nicht ganz dem Willen des Volkes beugen wollte, andererseits eine gewisse Abneigung

---

[1] Vgl. Garnier-Pagès, IV, 345; Guizot, VIII, 579; Gorce, I, 50.

gegen Thiers' allerdings nicht einnehmende Persönlichkeit und dessen Politik, die nach innen wie nach außen ganz andere Grundsätze wie die Louis Philippe's verfolgte. Diese Erwägungen trieben den greisen König zu dem alten und ewig neuen Fehler der Staatskunst, zu einer halben Maßregel. An Stelle Guizots berief er den reaktionär gesinnten, ihm unbedingt ergebenen Grafen Molé an seine Seite, einen Mann, dem es, nach seiner früheren Ministerthätigkeit zu schließen, völlig an Kraft gebrach, den drohenden Sturm zu bannen. Zweierlei allerdings darf bei der Beurtheilung des unglücklichen Schrittes nicht außer Acht gelassen werden: der König war ein Greis von 75 Jahren und stand völlig in diesen Tagen unter dem Einfluß seiner Gemahlin, beides Dinge, die wenig günstig auf die Kraft seiner Entschlüsse einwirkten.

Von den Tuilerien hatte sich der gestürzte Premierminister wieder in die Kammer zurückbegeben, die unter krampfhafter Nichtachtung des von außen hereinschallenden Getöses und Gewehrgeknatters wieder mit der Berathung über die Bank von Bordeaux begonnen hatte. Die Sitzung, die bei beinahe völlig leeren Bänken und Galerieen ihren Anfang genommen, war schon zweimal suspendirt worden; erst als die Minister wieder in den Saal zurückgekehrt waren, kam Leben in die Verhandlungen. Unter allgemeinem Schweigen bestieg der liberale Abgeordnete Vavin die Tribüne, um eine Interpellation an das Ministerium in Betreff der Lage der Stadt und der Einberufung der Nationalgarden zu richten.

Guizot erhob sich zur Erwiderung; es sei, antwortete er, jetzt nicht Zeit noch Gelegenheit zu einer solchen Debatte; dann fuhr er fort: „Der König hat in diesem Augenblick Herrn Grafen Molé rufen lassen und ihn damit betraut ......" — er kam nicht weiter; ein tobender Beifallssturm, ein gellendes Triumphgeschrei von den Bänken der Opposition übertönten seine Worte; erst nach einiger Zeit, nachdem die Erregung über den ersehnten und doch unerwarteten Fall des allmächtigen Ministers sich einigermaßen gelegt, fuhr derselbe fort: „Die Unterbrechung, die soeben stattfand, wird mich nicht veranlassen, meinen Worten etwas hinzuzufügen oder etwas hinwegzunehmen. Der König

hat in diesem Augenblicke Herrn Grafen Molé rufen lassen, um ihn mit der Bildung eines neuen Kabinets zu betrauen. Solange das gegenwärtige Kabinet noch mit Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt ist, wird es die Ordnung aufrecht erhalten oder wiederherstellen und den Gesetzen Achtung verschaffen, indem es, wie es bisher gethan hat, nach bestem Wissen handelt!"

Eine stürmische Szene folgte dieser Erklärung des Ministers; seine bisherigen Anhänger in der Kammer eilten theils auf ihn zu, um ihm die Hand zu drücken, theils traten sie zornig und entrüstet dem triumphirenden Jubel der Linken entgegen. Beschimpfende Ausdrücke, Bemerkungen: „das ist eine Feigheit!" — „es ist ehrlos!" und ähnliche flogen hin und her, bis der Präsident sich erhob und die Sitzung vertagte. Vorher hatte man noch die Tagesordnung für den verhängnißvollen 24. festgesetzt; um 1 Uhr sollte eine Zusammenkunft in den Bureaux zur Berathung der Anklage gegen das Ministerium, um 3 Uhr eine öffentliche Sitzung stattfinden, deren Gegenstand wiederum die Angelegenheiten der Bank von Bordeaux bilden sollten.

Zu gleicher Zeit hielt die Pairskammer ihre Sitzung ab. Getreu ihrem Benehmen vom vorhergehenden Tage wies sie eine Interpellation des reformistisch gesinnten Grafen Althon-Shee über die Lage der Hauptstadt zurück, und bereitete dem Pair de Boissy das gleiche Schicksal. Um halb 4 Uhr Nachmittags wurde die Berathung vertagt.

Inzwischen hatte sich durch ganz Paris, hauptsächlich durch die die Straßen durchjagenden Nationalgardisten zu Pferde, die Kunde vom Sturze Guizots verbreitet. Der erste Eindruck derselben war, wie zu erwarten, ein günstiger, man fühlte sich befriedigt, dem Könige den Willen des Volkes aufgezwungen zu haben. Bald aber erwachte das Mißtrauen und die Unzufriedenheit von neuem. In der Verwirrung, die alle ihre Anordnungen kennzeichnete, hatte die Regierung es unterlassen, irgend ein Manifest zu veröffentlichen, welches dem Volke die unzweifelhafte Ueberzeugung vom Sturze Guizots beigebracht hätte. Man fing an zu zweifeln, ob das Ganze nicht ein Scheinmanöver sei, und selbst diejenigen, welche wirklich an die Entlassung des Kabinets glaubten, fühlten sich von dem Namen Molé's unangenehm berührt.

Immerhin jedoch gewann die Stadt in den späteren Nachmittagsstunden ein friedlicheres Ansehen; zwar an einigen Punkten, wo sich die Kämpfer in einander verbissen hatten, dauerte das Gewehrfeuer noch bis in die Nacht fort. Namentlich war dies in der Straße Bourg-l'Abbée der Fall, wo sich seit 24 Stunden eine Schaar Munizipalgardisten mit verzweifelter Ausdauer gegen das von allen Seiten andringende Volk schlug. Ein Blutbad schien unvermeidlich, da die tapferen Soldaten, welche die kopflose Polizeipräfektur ohne jeden Befehl gelassen hatte, sich weigerten, ihren Posten zu verlassen und entschlossen schienen, ihr Leben theuer zu verkaufen. Mit größter Mühe gelang es endlich einigen Offizieren der Nationalgarde unter eigener Lebensgefahr die kleine Schaar nach dem Stadthaus zu eskortiren, wobei jedoch einer der Munizipalgardisten der wüthenden Menge zum Opfer fiel.

Auch an anderen Orten, im Quartier St. Viktor, aux Arts-et-Métiers, an der Polizeipräfektur dauerte der Kampf noch einige Zeit fort; hauptsächlich waren es überall die Munizipalgardisten, die sich hartnäckig schlugen; die Linie wurde dem Kampfe immer mehr abgeneigt, dazu erschöpft und von den Behörden in Folge der allgemeinen Verwirrung fast ohne Verpflegung gelassen. Statt sie in die Kasernen zurückzuziehen, ließ man sie auf den Plätzen inmitten der Volksmassen stehen, ein ausgesuchtes Mittel, um die Truppen der Verführung auszusetzen.

Die Aufforderung, sich zum König zu begeben, hatte den Grafen Molé in der Pairskammer erreicht. Er erschien mit ziemlicher Verspätung in den Tuilerien, da er erst in seine Wohnung geeilt und sein Wagen unterwegs vom Volke zum Barrikadenbau requirirt worden war. Er traf den König in einer ganz veränderten, tief erschütterten Stimmung. „Das gleicht dem Beginn des 20. Juni 1792", waren die ersten Worte, die Louis Philippe dem Grafen entgegenrief.

Molé besaß zu viel staatsmännische Erfahrung, als daß er sich über die üblen Folgen hätte täuschen können, welche sein Eintritt in das Kabinet für das Julikönigthum nach sich ziehen mußten. Unumwunden rieth er Louis Philippe, Thiers und

Barrot zu sich zu berufen. „Herr Thiers!" rief der König aus, „und was wird Europa dazu sagen?" „Wenn es im eigenen Hause brennt", meinte der Graf, „muß man zuerst daran denken, das Feuer zu löschen, ehe man sich damit beschäftigt, was der Nachbar dazu sagen wird!" Allein der König konnte sich noch immer nicht zu diesem Schritt entschließen; er sprach davon, mit Rémusat u. A. unterhandeln zu wollen, und als Molé sich entfernte, um die Bildung eines Kabinets zu versuchen, war noch nichts Bestimmtes beschlossen. Unmittelbar darauf erschienen die Exminister nochmals in den Tuilerien und empfingen vom Könige in höflichen und theilnahmsvollen Worten den Dank für die ihm geleisteten Dienste.

Thiers befand sich am Abend des 23. in einer siegesgewissen Stimmung; die Tage von 1830 schienen zurückzukehren, er selbst wieder der Leiter und Mittelpunkt der Bewegung zu werden. Eine gewaltige Menschenmenge umlagerte jubelnd und schreiend sein Haus und begrüßte ihn mit stürmischen Beifallsrufen, im Inneren schaarten sich die Mitglieder des linken Zentrums, Vertreter anderer Parteien, alle hervorragenden Persönlichkeiten des gemäßigten Liberalismus um ihn, die Siegesfreude war allgemein.

In dieser Stimmung empfing Thiers gegen 9 Uhr Abends den Besuch des Grafen Molé, welcher ihm Mittheilung von der Lage der Dinge und den Absichten des Königs machte. Thiers gab eine ausweichende Antwort; er könne nicht in ein Kabinet eintreten, wenn er nicht zugleich zu dessen Chef ernannt würde; im übrigen sei er persönlich durch den Sturz des Ministeriums zufriedengestellt, seine Freunde allerdings würden wohl noch etwas mehr verlangen, die Reform der Wahlen, des Parlaments und die Auflösung der Kammer. Letzteres schien Molé zu bedenklich; nach einigem Hin- und Herreden entfernte er sich, ohne einen Erfolg seiner Bemühungen erreicht zu haben. Thiers dagegen war durch die Unterredung in seiner Ueberzeugung bestärkt worden, daß er der Herr der Situation sei und nebst Barrot, dem das Volk um diese Zeit eine stürmische Ovation vor seiner Wohnung brachte, doch über kurz oder lang die Portefeuilles in Händen haben werde. Allein bald sollte eine un-

erwartete Wendung der Dinge den eiteln und kurzsichtigen Mann aus seinen Zukunftshoffnungen reißen.

Die Dunkelheit war hereingebrochen, eine ungeheure Menschenmenge erfüllte die Straßen von Paris; die Stadt war an den meisten Punkten festlich beleuchtet, die Haltung der Massen friedlich und freudig, allein wer das Volk der Revolution kannte — und in Paris hatte man Gelegenheit genug zu solchen Erfahrungen —, der wußte, wie wenig man auf solche trügerische Anzeichen bauen durfte, wie leicht ein an sich geringfügiger Anlaß die freudige Erregung des Volkes in Wuth und Kampfzorn verändern konnte. In Berlin genügten einige Wochen später zwei in die Luft abgefeuerte Schüsse, um einen solchen Umschlag herbeizuführen, in Paris trat an diesem Abend des 23. ein Ereigniß ein, dessen Schrecken auch ein anderes Volk als die heißblütige Einwohnerschaft der französischen Hauptstadt zum Aufruhr treiben konnte.

Auf der Place Royale stand am Abend eine Abtheilung Nationalgarde unthätig umher; ein Angriff war nicht zu befürchten, man überlegte, wohin man sich wenden solle und nahm den Vorschlag des Sergeanten Launette, nach der Bastille zu marschiren, ohne viel Widerspruch an. Der Zug setzte sich in Bewegung und wendete sich von der Bastille über den Boulevard du Temple nach dem Bureau des „National", wo der Redakteur Marrast eine Ansprache hielt; bei der Vendômesäule vereinigte sich die schon gewaltig angewachsene Colonne mit einer anderen Schaar in der Rue de la Paix und erschien nunmehr auf dem Boulevard des Capucines vor dem Ministerium des Aeußeren, der Wohnung Guizots.

Eine beträchtliche Truppenmacht hielt dies Gebäude besetzt, gegen welches sich so leicht die Volkswuth wenden konnte. Abtheilungen des 1., 14., 21. und 52. Infanterie-Regimentes, 100 Kürassiere, 50 Dragoner waren vor demselben aufgestellt, und zwar, auf Anordnung des kommandirenden Offiziers, des Oberstlieutenants Courant, in einem Carré, dessen eine, der Bastille zugekehrte Seite, die Passage an der Rue Neuve St. Augustin völlig sperrte. Gegen 9 Uhr erschien das 2. Bataillon der 2. Legion der Nationalgarde unter Führung

des Obersten Talbot und stellte sich, da nach den Anordnungen Courants schon jetzt ein Zusammenstoß mit der heranfluthenden Menge unvermeidlich erschien, vor der Front der Soldaten, deren vorderste Reihen aus Kompagnien des 14. Regiments bestanden, mit dem Rücken nach den Truppen auf.

Nur wenige Minuten waren seitdem verstrichen, als die Colonne herannahte. An der Spitze schritt, den Säbel in der Hand, gewissermaßen als Führer des Ganzen, der Lieutenant der Nationalgarden Schumacker, hinter ihm der Unterlieutenant Blot und der Sergeant Launette, dahinter etwa zwanzig Nationalgardisten, einige Männer, theils Fahnen schwingend, theils mit Gewehren bewaffnet, ein Haufen Straßenjungen mit Fackeln, endlich in unabsehbarer Länge, in Reih und Glied, die ganzen Schaaren, die sich unterwegs dem Zug angeschlossen hatten.

Näher und näher rückte die Menge; sie war schon auf ihrem bisherigen Marsche an verschiedenen Truppenabtheilungen, Infanterie, Artillerie und Kürassieren, vorbeigekommen und es war ihr von denselben bereitwillig Platz gemacht worden, ja, die Kanoniere hatten sogar ihre Geschütze beiseite geschoben, um die Passage nicht zu hindern. Man erwartete daher auch von den Truppen am Ministerium des Auswärtigen ein Aehnliches. Die Haltung der Menge war eine durchaus friedliche; nur die Rufe: „nieder mit Guizot!“ die Forderung, das in tiefem Dunkel daliegende Gebäude zu erleuchten, die kaum ernst gemeinten Drohungen, dasselbe anzuzünden wurden laut. Immer augenscheinlicher wurde die Gefahr; die an der Spitze des Zuges Befindlichen merkten allmählich, daß die Soldaten nicht gewillt waren, Platz zu machen und versuchten stehen zu bleiben, allein vergeblich, unwiderstehlich drängte sie der von hinten nachfluthende Menschenstrom immer dichter an die Reihen des Militärs heran.

Ein unglücklicher Zufall wollte es, daß das Bataillon Nationalgarde, welches bisher zwischen Truppen und Volk gestanden, seinen Platz verlassen hatte, und nach dem Justizministerium, woselbst ein Auflauf stattgefunden, marschirt war. Der erschrockene Minister Hébert, der sich besonderer Unbeliebtheit erfreute, hatte in einigen Ansammlungen vor seiner Wohnung

bereits die ersten Anzeichen eines drohenden Volksgerichtes erkannt und schleunigst zu dem Obersten Talbot um Hülfe geschickt, die ihm denn auch — zum Unglück für das Julikönigthum — zu Theil wurde. Das Bataillon zog ab, die Truppen standen offen dem Volke gegenüber.

Noch machten einzelne der in der Menge Befindlichen, der frühere Deputirte Perrin und Andere, den Versuch, den drohenden Zusammenstoß zu verhüten. Sie wandten sich an die Offiziere, baten sie, die Straße freizugeben, suchten sie zu überzeugen, daß es dem Volke unmöglich sei, zurückzuweichen, allein vergeblich. Oberstlieutenant Courant wollte von nichts wissen und berief sich auf seinen Befehl; sein Kommando: „fällt die Bajonette, Grenadiere!" zeigte, daß er zum Widerstand entschlossen sei. Die Grenadiere streckten ihre Waffen dem andrängenden Volke entgegen; sie selbst waren aufgeregt, verwirrt, die Dunkelheit vermehrte den Wirrwar; da plötzlich entlud sich auf dem äußersten linken Flügel der Soldaten ein Gewehr, ein zweiter Schuß folgte, ein dritter — eine ganze Salve krachte in die dichtgedrängte Menschenmasse hinein. Wie niedergemäht stürzten die vordersten Reihen des Volkes zusammen, die Fackeln erloschen, der Pulverdampf verhüllte das blutige Schauspiel. Von panischem Schrecken ergriffen flüchtete nach der einen Seite die Menge auseinander, eilten nach der anderen die Soldaten in wirrem Durcheinander davon.

Allmählich gelang es den selbst tief erschütterten Offizieren ihre Soldaten zu sammeln, aus den Häusern und Straßen eilten Hülfsbereite und Neugierige herbei; der ganze Umfang des Blutbades wurde sichtbar; 82 Menschen lagen, in ihrem Blute schwimmend, auf dem Boden, darunter 35 Todte und tödtlich Verletzte.

Allgemeine Verwirrung herrschte auf dem Schauplatz des unheilvollen Ereignisses; gegenseitig machte man sich Vorwürfe, forschte nach dem Soldaten, der durch seinen ersten Schuß das ganze Unglück herbeigeführt[1]. Es war nicht mehr möglich, die Folgen

[1] „Warum haben Sie Feuer kommandirt?" schrie aus der Mitte der Glieder eine von Schrecken und Zorn erfüllte Stimme. — „Sie haben es gethan, nicht ich!" — erwidert eine andere in gleichem Tone. Die

der verhängnißvollen That zu unterdrücken. „Man ermordet uns! — elender Verrath! — Rache! zu den Waffen!“ tönte es ringsum in den Straßen, und von Neuem drang die Menge heran, aber nicht mehr friedlich und festlich gestimmt, wie wenige Minuten vorher, sondern mit den Zeichen der Kampfwuth und Blutgier auf den Gesichtern. Mit Mühe rettete der Lieutenant Baillet des 14. Regiments, der dem Volke das „Mißverständniß“ erklären wollte, sein Leben. Er wurde umringt, niedergeworfen und hatte es nur der Dazwischenkunft eines Bataillons Nationalgarde zu danken, daß er mit einigen Verletzungen davon kam.

Man hatte sich allmählich soweit gesammelt, daß man versuchte, die Todten und Verwundeten wegzuschaffen und dadurch dem Volke den aufregenden Anblick der Opfer der Katastrophe zu entziehen; allein auch dazu war es zu spät; kaum hatte man 16 Leichen, darunter die des Lieutenants Blot und eines Füseliers der Nationalgarde, auf einen Wagen geladen, welcher — der Messagerie Laffitte et Caillard angehörig — einige Reisende hatte nach der Bahn bringen sollen, als das Volk unter drohenden Rufen: „nach der Bastille! zum National!“ das Gefährt umringte. Das Militär wagte keinen Widerstand und überließ den Wagen mit seiner Last der Menge.

Der Zug setzte sich in Bewegung, zunächst ging es nach der

Soldaten, bleich, stumm, mit aufgerissenen Augen, waren wie vom Schlag gerührt; manche vergossen Thränen. (Garnier-Pagès, IV, 395.) — Courant selbst war tief erschüttert: „Sie sehen mich ebenso trostlos, wie Sie es sind“, erwiderte er einem Herrn Beslay, der ihm heftige Vorwürfe machte, mit aufrichtigem Schmerze, „es ist ein Unglück; ich habe den Befehl gegeben, das Bajonett zu fällen; in diesem Augenblick ging ein Gewehr los und man schoß; diese Salve ist die Folge eines Mißverständnisses oder der Ungeschicklichkeit eines Soldaten.“

Im Widerspruch mit der Darstellung Garnier-Pagès berichtet Maxime du Camp in seinen „Souvenirs“ (bei Gorce, I, 57), ein korsischer Unteroffizier Giacomoni habe geschossen, um den vom Volk angegriffenen Oberstlieutenant zu befreien. Wenn der Hergang wohl auch nie ganz klar gestellt werden kann, so kann man doch wohl die Darstellung Garniers als die glaubwürdigste betrachten. Die Behauptung, ein Mitglied einer republikanischen Verschwörung, Charles Legrange, habe den Schuß abgefeuert, entbehrt jeder Begründung.

Redaktion des „National", wo Garnier-Pagès eine Ansprache hielt, dann weiter über die Straßen und Plätze der Hauptstadt. Von allen Seiten stürzten die Massen herbei; der Anblick des bluttriefenden Wagens, der aufeinandergeschichteten Leichen, auf welche die Fackeln ihr grelles Licht warfen, entflammte die Wuth der Masse bis zur Raserei. Als nach 1 Uhr Nachts auf der Place de Chevalier de Guet die Todtenfahrt eingestellt wurde, hatte die Kunde von dem Blutbade sich bereits durch ganz Paris verbreitet; in allen Stadttheilen tönten die Sturmglocken, erscholl ein und derselbe Ruf: „auf die Barrikaden!" — Schon zeigte da und dort das Krachen der Schüsse den abermaligen Beginn der Straßenschlacht an; die letzte Stunde des Julikönigthumes hatte geschlagen.

3.

Der 24. Februar.

Gegen zehn Uhr Abends war die Nachricht von dem Blutbad in der Rue des Capucines in die Tuilerien gelangt und hatte dort allgemeinen Schrecken verursacht. Man verschloß sich keinen Augenblick der Gefahr, die aus diesem neuen Zwischenfall drohte, und hätte man es auch versuchen wollen, das Krachen der Gewehrsalven, das Sturmläuten, das Geschrei der Massen, alles jenes vielfältig verworrene Getöse der Straßenschlacht sprach zu deutlich, als daß es möglich gewesen wäre, sich weiteren Friedenstäuschungen hinzugeben. Es war kein Zweifel mehr: dem Julikönigthum stand ein Kampf um's Dasein bevor und Louis Philippe schien entschlossen, unbeugsam denselben aufzunehmen; er übertrug den Oberbefehl über die gesammte Armee und Nationalgarde dem Marschall Bugeaud, einem Haudegen von brutaler Tapferkeit, dessen aus der Straßenschlacht von 1834 nur allzuwohl bekannter Name beim Volke Wuth und Schrecken vor dem „Schlächter der Rue Transnonain" erwecken mußte.

Gegen zwei Uhr Nachts empfing der Marschall in den Tuilerien seine von den alten Ministern gegengezeichnete Bestallung und eilte unverzüglich zu den Truppen, deren größter

Theil auf dem Carrousselplatz zusammengezogen war. Der Herzog von Nemours begleitete ihn.

Durch das zweitägige Herumstehen und Herumliegen auf den Straßen und die ungeordnete Verpflegung war die Armee bereits physisch erschöpft, noch gefährlicher aber hatten moralische Einflüsse aller Art, vor allem die Haltung der Nationalgarden und die schwankende Oberleitung auf sie eingewirkt; es war hohe Zeit, daß ein Mann an ihre Spitze trat, der die nicht eben häufige Gabe besaß, durch sein ganzes Auftreten, durch einen derben Kasernenwitz, ein paar hingeworfene, ermuthigende Worte die gesunkenen Geister zu beleben. Ein solcher war Bugeaud; als er die Generäle und Offiziere um sich versammelt und unter Hinweis darauf, daß er noch nie geschlagen worden sei, eine energische Niederwerfung des Aufstandes in Aussicht gestellt hatte, kam neue Zuversicht in das körperlich und geistig ermattete Heer.

Was der König mit der Ernennung Bugeauds beabsichtigte, war gar nicht zu bezweifeln; die Revolution sollte zusammenkartätscht werden, und die Möglichkeit, wenn auch nicht die Gewißheit des Gelingens war immer noch vorhanden. Allein zugleich that Louis Philippe einen weiteren Schritt, der im schroffsten Gegensatz zu der ersteren Maßregel stand und deren Wirkung fast völlig aufheben mußte.

Graf Molé hatte, die Fruchtlosigkeit seiner Bemühungen einsehend, dem König sein Mandat zurückgegeben; zu spät entschloß sich jetzt der Herrscher zu der Maßregel, die noch wenige Stunden zuvor seinen Thron aller Voraussicht nach gerettet hätte; während Bugeaud in den Tuilerien erschien, rollte ein Hofwagen, in welchem sich der königliche Adjutant de Berthois befand, nach dem Platz St. Georges, der Wohnung Thiers'.

Thiers zauderte nicht, dem Rufe des Königs zu folgen; um halb drei Uhr Nachts traf er in den Tuilerien ein und stand vor dem Herrscher, dessen einstiger Berather er gewesen war. Zu langen Reminiscenzen und Erörterungen jedoch war jetzt nicht die Zeit, gebieterisch forderte der Drang der Gegenwart sein Recht. In aller Eile entwarfen Louis Philippe und Thiers eine Liste des neuen Kabinets; es waren die gefeiertsten Namen der liberalen Opposition, welche Thiers' Collegen bilden sollten,

Odilon Barrot, Duvergier de Hauranne, de Rémusat. Mit der Einsetzung eines solchen Ministeriums war unzertrennlich die Wahl- und Parlamentsreform bewilligt; zu der Kammerauflösung dagegen konnte sich der König nicht entschließen und blieb auf seiner Weigerung bestehen, als Thiers das Schloß verließ, um nach einer kurzen Unterredung mit Bugeaud die Morgenstunden zur Bildung seines Kabinets zu benutzen.

Dieser Versuch des Königs, durch die Berufung der liberalen Abgeordneten den Aufruhr zu besänftigen, während er zugleich Bugeaud beordert hatte, denselben gewaltsam zu unterdrücken, ist in hohem Maße charakteristisch für den listigen und ränkevollen Sinn Louis Philippe's. Durch dieses Widerspiel seiner Anordnungen hoffte er offenbar auf zweierlei Weise denselben Zweck zu erreichen und bewirkte doch nur, daß jedes seiner Mittel die Wirksamkeit des anderen aufhob; die zum Kampf bereiten Aufrührer sahen in Thiers' Ernennung jetzt nur noch ein Zeichen von Schwäche, die gemäßigter Gesinnten wurden durch den Namen Bugeauds abgeschreckt und mißtrauisch gemacht.

Der Morgen des verhängnißvollen 24. Februar brach an und enthüllte die ganze Größe der Gefahr. Mit fieberhaftem Eifer hatte das Pariser Volk während der Nacht die Kampfvorbereitungen getroffen; vom Zentrum der Stadt ausgehend hatte dasselbe bereits einen großen Theil der Straßen und Plätze verbarrikadirt und unaufhaltsam griff die Bewegung immer weiter um sich. Man zählte im Ganzen über 1500 Barrikaden in den verschiedenen Stadttheilen, die sämmtlich nach allen Regeln der revolutionären Kriegskunst errichtet und von Bewaffneten besetzt waren. Fast überall war das Pflaster aufgerissen, Tausende von Bäumen umgehauen, theils um zum Bau der Straßenbollwerke zu dienen, theils um die Passage der Truppen, namentlich der Reiterei, zu erschweren. Was Paris an revolutionären Elementen in sich barg, hatte sich am Kampf betheiligt; immer mehr gewannen die radikalen Elemente die Oberhand. Zwar das Wort „Republik" war noch nicht gefallen, auch von den Morgenblättern des „National" und der „Reform" vermieden worden, aber immer lauter und drohender erscholl in den Vor-

mittagsstunden an Stelle des bisherigen: „Nieder mit Guizot!“ der Ruf nach Abdankung des Königs.

Bugeaud hatte bereits beim Morgengrauen seine Anordnungen getroffen. Es kam vor allem darauf an, die Seine-Ufer und die bereits bezeichneten strategischen Punkte festzuhalten und von diesen aus alsdann kräftige Vorstöße in den Hauptsitz des Aufruhrs, das Zentrum der Stadt, zu führen. Der Marschall theilte demgemäß seine Truppen in folgender Weise: Auf dem rechten Seine-Ufer sollte eine Colonne unter Führung des Generals Sebastiani sich am Palais Royal und der Bank vorbei nach dem Stadthaus dirigiren und die Straßen Montmartre, St. Denis, St. Martin absperren. Eine zweite unter General Bedeau sollte durch die Rue Richelieu und die Boulevards an der Börse vorbei nach der Bastille ziehen. Im Rücken dieser Abtheilungen wollte der Marschall selbst mit einem Detachement operiren, um ein Wiederaufflammen des Aufruhrs nach dem Vorbeimarsch der Truppen zu verhüten. Auf dem linken Seine-Ufer sollte eine Colonne, geführt von Oberst Brunet, sich nach dem Panthéon dirigiren, woselbst bereits eine Abtheilung unter dem General Renault stand. Als Rückhalt endlich blieb eine beträchtliche Streitmacht unter dem Kommando der Generäle Rulhières und Regnault de St. Jean d'Angely auf dem Carrousselplatz zurück. Kurz nach fünf Uhr setzte sich, hauptsächlich von letzterem Punkte aus, die Armee in Bewegung; ihre Aufträge waren kurz und bestimmt: wo sich Widerstand fand, sollte er schonungslos niedergeworfen, die Barrikaden zerstört, die von den Insurgenten besetzten Häuser erstürmt werden.

Der Plan des Marschalls war gut, er selbst ein erfahrener und schneidiger Feldherr, die Truppen zwar nicht sonderlich kampfesfroh, aber doch willig, ihre Pflicht zu thun, und mit Munition und sonstigem Bedarf wohl versehen, und dennoch sollte das Unternehmen mißglücken. Es war nicht die Macht der äußeren Gewalt, die Stärke der Barrikaden, die Ueberzahl ihrer Vertheidiger, welche die Truppen entmuthigte und umkehren ließ, es war jene gleichmäßig, unfaßbar und unwiderlegbar sich verbreitende Ueberzeugung, daß doch Alles verloren, der Sturz der Orléans vom Schicksal beschlossen sei, jenes un-

bestimmte, geheimnißvolle Vorgefühl, von welchem Louis Philippe selbst in der Verbannung seinem Vertrauten Cuvillier sagte: „Gegen eine moralische Insurrektion giebt es weder Angriff noch Vertheidigung. Man hat behauptet, ich hätte den Befehl gegeben, das Feuer einzustellen. Das ist unwahr. Wozu auch ein solcher Befehl? Er lag ja in der Luft!"

Vorderhand jedoch war der Marschall guter Dinge und ziemlich siegesgewiß, ein Gefühl, welches sein College Thiers in weit geringerem Maße besaß. Zwar war es dem Letzteren ziemlich rasch geglückt, sein Ministerium aus den von ihm bezeichneten Männern zu bilden — nur Billault und Dufaure hatten den Eintritt abgelehnt, dagegen aber der General Lamoricière sich bereit erklärt, das Kriegsministerium zu übernehmen, — allein das, was die Minister in spe auf den Straßen zu erblicken bekamen, als sie sich zwischen 7 und 8 Uhr Morgens nach den Tuilerien begaben, wirkte höchst entmuthigend auf sie ein. Das größte Hinderniß in der gütlichen Beilegung der Revolution war nach ihrer Auffassung der verhaßte Name Bugeauds, und sie versäumten nicht, dem Könige, welcher sie, durch einige Stunden Schlafs gestärkt, freundlich empfing, die Entlassung des Marschalls nahezulegen. Louis Philippe war dem nicht abgeneigt und verlangte nur, daß Thiers selbst dem mit ihm befreundeten Bugeaud die Sache plausibel machen solle, dagegen wollte er von einer Kammerauflösung, die seine neuen Berather dringend verlangten, noch immer nichts wissen. Endlich gelang es jedoch dem Herzog von Nemours, den hartnäckigen Widerstand seines Vaters, in welchem derselbe möglicherweise durch den noch immer im Schlosse befindlichen Exminister Guizot bestärkt wurde, zu überwinden. Das neue Ministerium trat seine Funktionen an und schrieb ein Manifest nieder, welches den vollzogenen Kabinetswechsel, die Auflösung der Kammer und die Ernennung Lamoricière's zum Kommandanten der Nationalgarde enthielt.

Es gehörte zu den charakteristischen Zeichen der Zerrüttung, in welcher sich bereits das Julikönigthum befand, daß es weder am Abend des 23. noch am Morgen des 24. möglich war, die Nachricht der Gewährung der Volksforderungen genügend rasch

zu verbreiten; auch jetzt fehlte es an einer Druckerei, in der man möglichst schnell die Proklamation hätte vervielfältigen können. Man war auf die Bemühungen Lamoricière's und Barrots angewiesen, welche schon vorher sich auf den Weg gemacht hatten, um den Barrikadenkämpfern persönlich die Kunde von der Reform zu überbringen.

Während sich in der Zeit von 8 bis 10 Uhr Morgens das liberale Ministerium im Schlosse konstituirte, wurden seine Maßregeln von den Ereignissen der Straße weit überholt. Kaum hatten sich die Colonnen nach dem Panthéon, der Bastille, dem Stadthause in Bewegung gesetzt, so trafen von allen Seiten bedrohliche Nachrichten ein. Es zeigte sich, daß man die Macht des Aufruhrs bei weitem unterschätzt, es zeigte sich, was noch weit schlimmer war, daß die Armee sich bei der ersten Berührung mit der Revolution zu zersetzen begann. Der Vorstoß erlahmte, der Gegendruck des Aufruhrs wuchs an Kraft, schon war die Porte St. Denis, die Place des Victoires, eine Reihe Kasernen und Mairien in den Händen des Volkes; das Stadthaus selbst, wo General Sebastiani glücklich eingetroffen war und sich mit dem General Tallandier vereinigt hatte, schien bedroht.

Bald sollte ein folgenschweres Ereigniß die völlige Zerrüttung der Armee offenbaren und die Zuversicht des Marschalls Bugeaud gänzlich vernichten. Die Colonne des Generals Bedeau war, 4 Bataillone, eine Jägerabtheilung, eine Schwadron Dragoner und zwei Geschütze stark, auf ihrem Marsche nach der Bastille nach einem heftigen Gefecht in der Rue Montmartre auf den Boulevards mitten unter die Insurgenten gerathen; der General rüstete sich zum Angriff; allein von allen Seiten eilten Offiziere der Nationalgarde, Bürger auf ihn zu, beschworen ihn, kein Blut zu vergießen und die Wirkung abzuwarten, die die Veröffentlichung des Ministerwechsels hervorbringen würde. Angesteckt von der sich ringsum verbreitenden Entmuthigung gab der General nach; er machte am Gymnase-Theater Halt, und schickte nach den Tuilerien, um Proklamationen herbeizuschaffen.

Zugleich hatte sich ein in der Nähe wohnender Fabrikant, Namens Fauvelle-Delebarre, der Situation bemächtigt. Er erklärte sich bereit, nach dem Carrousselplatz zu eilen und dort dem

Marschall selbst die Sachlage auseinanderzusetzen. Auch das gab Bedeau zu; die Energie des Generals, welcher früher in Afrika Proben rühmlicher Entschlossenheit abgelegt hatte, war völlig geschwunden. Fauvelle traf den Marschall im Generalstabe, im Gespräch mit Thiers und dem Herzog von Nemours. Es war dies gegen acht Uhr, ehe noch Thiers und seine Freunde beim König erschienen waren. Bugeaud war, seit er erkannt hatte, daß er nicht einer der sonstigen Straßenemeuten, sondern einer Revolution gegenüber stand, völlig entmuthigt und verdrossen und durch den Einfluß der liberalen Minister in seiner Entschlußkraft gelähmt. Er ließ sich dazu bewegen, dem Bürger einen Zettel an Bedeau mitzugeben, in welchem der General den Befehl erhielt, das Feuer einzustellen und sich auf den Carrousselplatz zurückzuziehen. Gegen 9 Uhr eilte Fauvelle mit dem wichtigen Schreiben hinweg; es war dieselbe Zeit, in welcher Lamoricière und Barrot sich zu den Barrikadenkämpfern begaben.

Der Ordre folgend trat General Bedeau den Rückzug an; eine Kompagnie Nationalgarde zog voraus, eine gewaltige Menschenmasse umringte die Truppen; fortwährend stockte die Colonne, da in ihrem Rücken sich nach ihrem Durchmarsch gleich wieder die Barrikaden erhoben hatten; man mußte mit den Insurgenten wegen Freigebung der Straße verhandeln, immer greifbarer wurde die Rath- und Thatlosigkeit der Führer. Durch diese Ereignisse war das Zeichen zur völligen Auflösung der schon lange erschütterten Disciplin gegeben, die Soldaten schüttelten den Blusenmännern die Hand, traten aus Reih und Glied und vertheilten ihre Patronen an die Straßenjungen, die Artillerie übergab ihre Geschütze der Nationalgarde, der Zerfall der Colonne war vollständig. Zwar gelang es dem General, um halb elf Uhr einen Theil seiner Truppen auf der Place de la Concorde zu sammeln, aber von einer weiteren Verwendung der Bataillone konnte nicht die Rede sein.

Aehnlich war das Schicksal der übrigen Colonnen, auf deren einzelne Kämpfe einzugehen der Raum nicht gestattet; überall dieselbe Unentschlossenheit der Führer und Widerwilligkeit der Soldaten; die einzige Truppe, die sich mit zäher Tapferkeit schlug, war die Munizipalgarde, allein sie war viel zu schwach,

um der immer gewaltiger anschwellenden Bewegung Halt zu gebieten.

Kurz nach 11 Uhr begann der Sieg des Volkes sich zu entscheiden; das Stadthaus wurde gestürmt, schon näherte sich der Aufruhr den Tuilerien, der Lärm des Straßenkampfes drang bereits bis in die Gemächer der königlichen Familie.

Der Versuch, die Revolution mit Militärgewalt zu ersticken, war somit schon im Verlauf der ersten Vormittagsstunden, hauptsächlich durch die Muthlosigkeit der Führer, mißlungen. Mit den noch nicht von der allgemeinen Auflösung zersetzten Truppen konnte man sich höchstens auf die Vertheidigung beschränken. Das unglückliche Doppelspiel des Königs hatte seine naturgemäße Wirkung hervorgebracht; während Bugeaud durch Thiers und Genossen in seiner rücksichtslosen Entschlossenheit irre gemacht wurde, hatte die Friedensmission Barrots und Lamoricière's keinen besseren Erfolg. Von den ersten Barrikaden, welche sich wenige Hundert Schritte von den Tuilerien entfernt erhoben, war Barrot noch mit dem Rufe: „hoch Barrot, — nieder mit Bugeaud!" empfangen worden; allein in der Nähe der Bastille schlug der Ruf: „nieder mit Louis Philippe!" an sein Ohr, und als er trotzdem weiter bis zu einer gewaltigen Barrikade am Boulevard Bonne-Nouvelle gelangte, streckten sich ihm Flintenläufe entgegen, drohende Worte wurden laut und tief entmuthigt kehrte er nach Hause zurück. Nicht besser erging es dem General Lamoricière, der nach der Rue St. Honoré geritten war; der Schrei: „nach den Tuilerien!" war die Entgegnung auf seine friedlichen Worte.

Als die Mittagsstunde des 24. Februar herannahte, standen die Dinge in folgender Weise: Durch Anwendung von Gewalt vermochte sich das Julikönigthum nicht mehr zu behaupten — die Armee versagte den Dienst, durch die gemachten Concessionen war es gleichfalls nicht gelungen, die Bewegung einzudämmen — das Volk forderte um so mehr, je mehr man ihm gab. Allein noch war das Aeußerste nicht geschehen, noch war der gefürchtete Ruf: „es lebe die Republik!" nicht erklungen. Entschlossenes rasches Handeln konnte den Thron, wenn auch nicht Louis Philippe's, so doch der Orléans erhalten.

Allein wie sollte man eine solche Energie bei dem greisen Könige oder gar bei seinen neuen Ministern erwarten, welchen die Bewegung völlig über den Kopf gewachsen war. Im Schlosse herrschte bereits tumultuarische Verwirrung, alle Banden der Etikette und des Ceremoniells hatten sich gelöst, Thüren und Thore standen offen, zahlreiche Menschen eilten ein und aus, allein in all dem Gewimmel fand sich kein schöpferischer Gedanke, keine rettende That. Schon dachte man — als gegen 11 Uhr ein Offizier mit der Meldung erschien, daß das Stadthaus verloren, die Place de la Concorde bedroht sei — an Flucht, schon rieth Thiers, nach St. Cloud zu eilen und dort die Truppen zu konzentriren — ohne zu bedenken, daß es Karl X. ebenso gemacht und Proudhon nebst Genossen bereits in Maueranschlägen Louis Philippe das Schicksal des vertriebenen Herrschers ankündigten. — Da endlich fand die Königin, die sich leidenschaftlich gegen alle Fluchtpläne aussprach, ein letztes Mittel, um den Muth der Truppen neu zu beleben. Louis Philippe sollte sich ihnen zu Pferde in der Mitte seiner Getreuen zeigen.

Wie erinnerlich, hatte General Bugeaud, als er am Morgen seine Colonnen gegen die Aufständischen dirigirte, auf dem Carrousselplatze eine Truppenreserve zurückgelassen. Diese Abtheilungen waren weder im Gefecht gewesen, noch überhaupt mit dem Volke in nähere Berührung gekommen; man konnte hoffen, daß unter ihnen die allgemeine Auflösung noch nicht Platz gegriffen. Außer diesem Linienmilitär, dessen Stärke sich immer noch auf mehrere Tausend Mann mit 16 Kanonen belief, hatten sich auf dem Platze noch verschiedene Bataillone der Nationalgarde, der 1., 2., 4. und 10. Legion angehörig, aufgestellt. Ihre Haltung war keine ermuthigende, zeigte aber auch ebensowenig offene Feindseligkeit, wie überhaupt die Nationalgarde an diesem Tage, soweit sie zusammentrat, sich im wesentlichen abwartend verhielt.

Wenn es gelang, diese Bürgerbataillone zum Kampf zu begeistern, sie gegen die Insurgenten zu führen, dann allerdings war ein wichtiger Vortheil errungen. Ein solcher Schritt hätte in hohem Maße ermuthigend auf die Armee, niederschlagend auf die Revolution gewirkt. Allein um einen solchen Erfolg zu

erzielen, bedurfte es eines andern Mannes als dieses gebrochenen Greises, welcher von den Generälen Bugeaud und Lamoricière, dem Kriegsminister Trézel, von Rémusat, Thiers und Anderen begleitet, langsam, Kummer und Ermattung auf dem Gesichte, an die Reihen der Bürgerwehr heranritt. Aus den Gliedern der 1. und 2. Legion ertönte noch hie und da ihm der Ruf: „es lebe der König!“ entgegen, doch als der Herrscher sich der 4. näherte, empfing ihn ein tumultuarisches Geschrei; „nieder mit dem System!“ — „nieder mit den Ministern“ erscholl es von allen Seiten, und stumm lenkte der König sein Pferd zum Schlosse zurück, ohne sich den Linientruppen zu zeigen.

Der letzte Versuch war fehlgeschlagen, der König sank völlig gebrochen in einen Lehnstuhl am Fenster seines Kabinets nieder. Schon begann man in seiner Umgebung das Wort Abdankung zu flüstern, da erschien der Oppositionsdeputirte Crémieux, der inzwischen ohne sein Wissen zum Mitglied einer bereits zusammengetretenen provisorischen Regierung gewählt worden war, und sprach sich dahin aus, daß ein Ministerium Barrot und die Verleihung des Oberkommandos an den Marschall Gérard wohl beruhigend wirken dürfe. Der König zeigte sich mit dem Vorschlage zufrieden und ertheilte dem unglücklichen Helferpaar Thiers-Bugeaud den Abschied, welchen Ersterer mit innerlicher Freude, von seinem gefährlichen Amte erlöst zu sein, der tapfere Marschall aber murrend in Empfang nahm. Allein das Verhängniß schritt unaufhaltsam vorwärts, kaum machte sich der Sekretär des Königs daran, die neuen Ernennungen auszufertigen, da stürzte ohne weitere Förmlichkeiten der Schriftsteller Girardin in das Kabinet. Nach seiner Schilderung war keine Zeit mehr zu verlieren, die Revolution nahte von allen Seiten, die Abdankung Louis Philippe's war das letzte Mittel die Julimonarchie zu retten. Girardin kam jedoch nicht mit diesen Rathschlägen allein, er hatte bereits ein Schriftstück in der Tasche, auf welchem in gedrängter Kürze die erforderlichen Concessionen: Abdankung des Königs, Regentschaft der Herzogin von Orléans, Auflösung der Kammer, allgemeine Amnestie verzeichnet waren.

Was man bisher nur andeutungsweise und als letzten Nothbehelf erwähnt, die Uebertragung der Krone an den Grafen

von Paris, war jetzt klar und deutlich ausgesprochen. Langsam, halb mechanisch, murmelte Louis Philippe: „ich danke ab".

Kaum war das verhängnißvolle Wort gefallen, als Girardin eilfertig das Zimmer verließ, die Anwesenden in dumpfem Schweigen zurücklassend. In die allgemeine Stille krachten bereits aus nächster Nähe die Salven des Straßenkampfes; man schlug sich um die Wachtstube des Château d'Eau, woselbst eine Kompagnie des 14. Regiments den andringenden Volksmassen einen hartnäckigen Widerstand entgegensetzte.

Während Girardin vergeblich in dem vor den Tuilerien tobenden Gewühl den Erfolg seiner Sendung bekannt zu machen suchte, hatte der Herzog von Nemours den im Schloßhof befindlichen Offizieren die Abdankung seines Vaters mitgetheilt. Der General Lamoricière ritt auf die Straßen hinaus, um Girardins Mission zu unterstützen; zu spät! — Der Ruf „es lebe die Republik!" war die Antwort.

Noch hatte Louis Philippe nicht schriftlich seiner Krone entsagt und von Neuem tauchte der Gedanke an Widerstand auf; die Königin, die einzige, welche sich noch Kraft und Fassung bewahrt hatte, sprach ihn aus und wurde darin von dem Abgeordneten Piscatory unterstützt, allein vergeblich. Während man noch darüber stritt, erschien der nach den Tuilerien berufene Marschall Gérard; der alte Kriegsmann sollte als Friedensbote die Abdankung des Königs verkündigen; man setzte ihn auf ein Pferd, gab ihm einen Zweig in die Hand; er ritt in Begleitung einiger Deputirter über den Carrousselplatz hinweg. Eine schriftliche Beglaubigung hatte auch er nicht bei sich, erst als er sich bereits entfernt hatte, erkannte man die Nothwendigkeit eines solchen Handschreibens. Vergebens eiferte der Marschall Bugeaud, der inzwischen erschienen war, gegen den verhängnißvollen Schritt; man hörte ihn nicht an; auf einen Bogen Papier, welchen ihm sein Sohn, der Herzog von Montpensier, gereicht, schrieb Louis Philippe unter der Aufregung und Ungeduld seiner Umgebung langsam die Abdankungsurkunde nieder: „Ich entsage dieser Krone, welche zu tragen der Wille (die Stimme) des Volkes mich berief, zu Gunsten meines Enkels, des Grafen von Paris. Möge es ihm ge-

lingen, die große Aufgabe zu lösen, welche ihm am heutigen Tage zufällt!

Den 24. Februar 1848.

Louis Philippe."[1]

In aller Eile wurde das Schreiben dem Marschall Gérard nachgeschickt, allein es kam am Orte seiner Bestimmung nicht an. Wo es geblieben, ist nie mit Sicherheit ermittelt worden; nur das Eine steht fest, daß späterhin ein Republikaner Lagrange ein solches Schriftstück aufwies, ohne daß man jedoch feststellen konnte, ob man es hier mit dem Original oder einer Copie zu thun habe.

Die erste Phase der Februar-Revolution war zu Ende. Der König war gestürzt, der Kampf um das Königthum begann.

Während Louis Philippe seine Abdankungsurkunde niederschrieb, hatte sich der Strom der Aufrührer bereits bis auf den Carrousselplatz gewälzt; es war keine Zeit mehr zu verlieren; Crémieux, der abermals in die Tuilerien stürzte, kündete bereits das Nahen des Volkes an. Man hatte keine Mittel mehr, dem Andrang zu wehren, denn von sämmtlichen Truppen waren nur noch einige im Schloßhof stehende Abtheilungen und der immer noch kämpfende Posten des Château d'Eau unter Waffen. Schreckensvoll stieg Allen die Erinnerung an den 10. August 1792 empor, es gab keinen andern Ausweg, der König mußte fliehen.

Hastig entledigte sich der gebrochene Herrscher seiner Uniform und seiner Ehrenzeichen, dann reichte er der Königin den Arm und stieg mit ihr die Treppe hinunter. Der Herzog von Montpensier, die Herzogin von Nemours, der Herzog von Sachsen-Koburg und dessen Gemahlin, die Prinzessin Clementine, schlossen sich ihm an, dann folgten einige Diener mit den Kindern auf dem Arm, eine Anzahl Höflinge und sonstige Ge-

[1] « J'abdique cette couronne que la volonté (voix) nationale m'avait appelé à porter en faveur de mon petit-fils, le comte de Paris. Puisse-t-il réussir dans la grande tâche qui lui échoit aujourd'hui ! »

Die Schreibart des Satzes ist in dem Worte volonté bezw. voix verschieden.

treue, ganz zuletzt Crémieux. Als der traurige Zug aus dem Palaste trat, präsentirten eine Anzahl Nationalgarden der 1. Legion das Gewehr — die letzte Huldigung, die dem gestürzten Könige erwiesen wurde — und schlossen sich an, ebenso eine Schaar Kürassiere unter dem Befehl des Generals Regnauld St. Jean d'Angely, welche der Adjutant v. Montalivet herbeigeholt.

Noch während die Flüchtlinge durch den öde und verlassen daliegenden Tuileriengarten schritten, in welchen von ferne das Getöse des Kampfes hereinscholl, tauchte der Gedanke auf, der König möge in die Kammer zu den Volksvertretern eilen, allein zornig rief Crémieux aus: „Wer will hier einen neuen 10. August veranlassen!" und das Projekt unterblieb.

Man langte an der Drehbrücke an, welche von dem Parke nach der Place de la Concorde führte; eine gewaltige Menschenmenge wogte auf dem Platze auf und nieder und umringte die zerrütteten Truppenreste, welche, wie berichtet, zweieinhalb Stunden früher General Bedeau hierher zurückgezogen hatte. Die Flüchtenden waren der Hoffnung gewesen, hier einige Hofwagen zu finden, und es war auch thatsächlich versucht worden, solche an diesen Platz zu senden. Allein kaum hatten die Gefährte den Carrousselplatz erreicht, so war der Kutscher des ersten von einer Kugel getroffen todt zu Boden gestürzt und das Weiterfahren unmöglich geworden.

Glücklicherweise hatte der Prinz von Nemours, Einer der wenigen, die an diesem Tage nicht den Kopf verloren, für Ersatz gesorgt. Nach einigen Minuten peinvollen Harrens, während welcher der König bereits von einzelnen Gruppen umringt, ja sogar erkannt wurde, erschienen drei schlechte Miethwagen, sogenannte Broughams, in welchen die königliche Familie eiligst Platz nahm.

Eine grausame Ironie des Schicksals wollte es, daß der mit frischem Blut bespritzte Boden, von welchem aus der König flüchtend in den Wagen stieg, dieselbe Stelle war, wo 55 Jahre vorher sein Vater von der ersten Revolution hingerafft worden war. Am 6. November 1793 hatte eben hier Philipp Egalité, Herzog von Orléans, das Blutgerüst bestiegen.

Mit Ausnahme der Herzoginnen von Montpensier und Koburg, welche von einigen Herren des Gefolges in Sicherheit gebracht wurden, hatten die Flüchtlinge eilig in den elenden Gefährten Platz gefunden; die Pferde zogen an und von den mittrabenden Kürassieren und Nationalgarden zu Pferde geschützt rollte der traurige Wagenzug über den Quay de Passy entlang nach St. Cloud.

Als der König zu Gunsten seines Enkels die Krone niedergelegt hatte, wäre eigentlich in Gemäßheit des nach dem Tode des Herzogs von Orléans erlassenen Gesetzes der Prinz von Nemours dazu berechtigt gewesen, für seinen unmündigen Neffen die Regentschaft zu führen. Allein der Prinz selbst so gut wie der gesammte Hof sahen ein, daß die Uebernahme der Vormundschaft durch den bei der Pariser Bevölkerung wegen seines Hochmuths unbeliebten Herzog ein unkluger Schritt sein würde, und man hatte sich, wie berichtet, entschlossen, der Mutter des Kindes, der Prinzessin Helene von Orléans, die Regentschaft zu übertragen. Das Eine wenigstens war dadurch erreicht, daß der Prinzessin und ihrem unmündigen Sohne gegenüber von persönlichen Antipathieen nicht die Rede sein konnte.

Mit ihrem Schwager, dem Herzog von Nemours, war die Prinzessin bei der allgemeinen Flucht in den Tuilerien zurückgeblieben, allein hier konnte ihres Bleibens nicht mehr lange sein. Völlig rath- und hülflos folgte sie dem Vorschlage der Deputirten Dupin und Lacrosse, nach der Kammer der Abgeordneten zu gehen. Betäubendes Geschrei kündete bereits das Nahen des Volkes an, welches sich, nachdem es den Posten des 14. Regiments im Château d'Eau nach verzweifeltem Kampfe überwältigt, — fünfzig Leichen von Bürgern und Soldaten lagen dort vor der brennenden Wachtstube —, unaufhaltsam auf das Schloß zuwälzte. Der Herzog von Nemours erkannte, daß weiterer Widerstand hier nutzlos sei; er befahl seiner Schwägerin, so schnell wie möglich durch den Park nach der Drehbrücke an der Place de la Concorde zu flüchten, und zog selbst den Rest seiner Truppen dorthin. Im Garten, bei dem Pavillon de l'Horloge, trafen beide zusammen, man berieth, was weiter zu thun sei.

In diesem Augenblick erschienen zwei Abgesandte Odilon

Barrots, Namens Havin und Biesta, welche der Führer der Liberalen mit dem Vorschlage an die Prinzessin geschickt hatte, sie möge sich, statt in die Deputirtenkammer, auf das Stadthaus begeben, wo bereits die Revolutionsregierung zusammengetreten sei. Die Prinzessin schwankte; sie erklärte sich endlich bereit, eines der Dragonerpferde ihrer Eskorte zu besteigen und Biesta zu folgen, ein Entschluß, der möglicherweise ihrem Sohne die Krone gerettet hätte. Allein Dupin widersetzte sich diesem entschlossenen Beginnen mit größter Leidenschaftlichkeit und setzte es durch, daß Helene von Orléans mit ihm sich in das Palais Bourbon begab, in die Mitte einer Versammlung, deren Zusammensetzung den Männern der Bewegung verächtlich und verhaßt war, deren Beschlüsse auf eine Anerkennung durch die Revolution kaum rechnen konnten.

Während die Prinzessin mit ihren beiden Söhnen, dem Grafen von Paris und dem Herzog von Chartres, und ihrem Gefolge nach der Deputirtenkammer eilte, war das siegreiche Volk, einen Lieutenant der Nationalgarde an der Spitze, in einem wilden Freudentaumel in den verlassenen Palast eingedrungen. Von Blutvergießen wollte die jubelnde Menge nichts wissen; man schonte das Leben und ebenso das Eigenthum; an Werthgegenständen wurde nichts geraubt, wogegen der Keller des entflohenen Herrschers zur Verherrlichung des Sieges dienen mußte. Eine Szene von karnevalsartiger Buntheit entwickelte sich auf den Gängen und Treppen des Schlosses, einer jener in den französischen Revolutionen so häufigen Auftritte, in welchen sich eine reine Begeisterung mit völliger Narrheit zu einem seltsamen Bilde vereint. In seiner lebendigen Schreibweise stellt Scherr die Vorgänge wie folgt dar:

„Ein Schwarm von Gamins hängt freudeläutend am Zugseil der großen Schloßglocke, während andere die rothe Siegesfahne auf die Kuppel des Mittelpavillons pflanzen und ihre Kameraden auf der Plattform des Daches den Kankan tanzen. In den Gärten, in den Höfen, in den Korridoren und Sälen krachen unzählige Jubelsalven; denn der noch vorhandene Rest von Patronen muß schlechterdings verbraucht werden. Hier hat im Schlafzimmer Louis Philippe's Einer über seine Bluse eine

weiße Sammetweste des Ci-devant-Roi angezogen und das Galaordensband mit dem Kreuz von Diamanten darüber gehängt, um, also ausstaffirt, aus Leibeskräften und seelenvergnügt auf einem Waldhorn fürchterliche Töne zum Fenster hinaus zu blasen. Dort steht eine andere Bluse, angethan mit einem brokatenen Schlafrock, mitten im Empfangssalon des Herzogs von Montpensier, die Marseillaise herkrähend und auf einer aufgerafften prinzlichen Violine schrecklich dazu geigend, während Kameraden, mit anderen Artikeln der herzoglichen Garderobe behangen, um den Musikanten her die Karmagnole springen. Im Bibliothekzimmer hat sich ein kleiner Bursch in das Studium der Domäne Neuilly vertieft. «Was machst du da, Marquis?» frägt ein vorübergehender Arbeiter; «ich studire den Plan meines Grundbesitzes, Vikomte», lautete die lachende Antwort. Dort kommt, von einem Polytechniker geführt, ein Zug von Arbeitern aus der Schloßkapelle, ehrerbietig ein der Zerstörung entrissenes, wundervoll aus Elfenbein geschnitztes Kruzifix geleitend, unter dem unweigerlich befolgten Zuruf an die Begegnenden: «Bürger, Hüte ab! Grüßt den Zimmermann von Nazareth!» Aber im Allerheiligsten, im Thronsaal — verhülle dein Antlitz, o Köhlerglaube der Monarchie! — da wird die purpurne Throndraperie in Fetzen gerissen und wird aus einem der Stücke eine Freiheitsmütze gewunden, welche der dem Mittelpavillon des Schlosses gegenüber im Tuileriengarten stehende Spartakus tragen soll. Der Bürgerwehrhauptmann Dunoyer schreibt mit Kreide auf das Gesimse des Thrones: «Das Volk von Paris an ganz Europa: — Freiheit, Gleichheit, Brüderschaft!» Ein Beifallssturm macht die Wände dröhnen und die Decke schüttern. Ein Proletarier springt auf den Thronsessel, wischt seine kothigen Schuhe an dem Sammet ab, schwingt eine rothe Fahne und ruft frohlockend: «vive la république!»“

„Eine Stunde darauf, gegen 3 Uhr, ging ein phantastischbunter Faschingszug von etlichen Tausenden vom großen Vestibul des Palastes aus durch den Tuileriengarten nach dem Eintrachtsplatz und schwenkte von da auf die Boulevards ein. Vorauf ritten ein Polytechniker und ein Student auf prächtigen Pferden aus dem königlichen Marstall. Dann kam eine Reihe von

Trommlern in Bürgerwehruniform. Hierauf ein Karren, auf welchen die Trümmer und Ueberreste der zerstörten Herrlichkeiten des Thronsaals zusammengepackt waren, mit Ausnahme des vergoldeten Thronsessels, welcher, von vier handfesten Blusen getragen, über den Köpfen der Schaar einherschwebte. Hinterher eine fröhliche Menge, an den Enden ihrer Piken Purpurfetzen, Brokatstücke, Atlaslumpen, Hofuniformen und Livreen, auf den Spitzen ihrer Bajonette Fleischstücke, Brotlaibe, Speckseiten und leere Flaschen tragend, Witze reißend, singend, johlend."

„Das Ziel dieser absonderlichen Prozession war der Bastilleplatz, an welchem so viele Traditionen der Pariser Umwälzungen haften. Nachdem der Zug daselbst angelangt war, machte er Halt und bildete einen großen Kreis um die Julisäule her. Rasch wurde sodann am Fuße derselben ein Holzstoß gethürmt. Darauf warf man die erwähnten fragmentarischen Herrlichkeiten und auf die Spitze der Pyramide stellte man den Thronstuhl. Jetzt ward unter Anstimmung eines beliebten Gassenhauers auf den «Roi des Agioteurs» der Holzstoß angezündet. Als die Flammen den Thron ergriffen, barst ein tausendstimmiges Gejauchze los und hoch auf schlug die schwelgende Lohe."

Von zwei Seiten lief jetzt der Strom der Ereignisse in der Deputirtenkammer zusammen. Von den Tuilerien kommend und auf der Place de la Concorde mit sympathischen Zurufen begrüßt, betrat die neuernannte Regentin mit ihrem Schwager Nemours und ihren beiden Kindern das Palais Bourbon; vom Redaktionsbureau des National aber erschien schon einige Minuten vor ihnen eine Abordnung von Staatsmännern in einer der ihrigen ganz entgegengesetzten Absicht, in der Absicht, inmitten des Parlamentes die Republik auszurufen.

Man erinnert sich, daß die eigentlichen Republikaner nicht die Urheber, sondern höchstens die Theilnehmer der Reformbankette gewesen waren und der Kampf des 22. Februar sich ohne ihr Zuthun entsponnen hatte. Noch im Laufe des 23. wagte keiner von ihnen offen hervorzutreten; erst nach den blutigen Vorfällen des Abends und durch den unerwarteten Aufschwung, welchen in Folge dessen die Revolution nahm, hatten

sie erkannt, daß, wenn je, so jetzt die Gelegenheit zur Verwirklichung ihrer Pläne gekommen war.

Schon einige Tage früher hatte die Umsturzpartei in der gewiß gerechtfertigten Annahme, daß in Paris das unmöglichste Ereigniß das wahrscheinlichste sei, eine Liste von Männern aufgestellt, welche im Falle einer Staatsumwälzung an die Spitze der Bewegung treten sollten. Jetzt schien es an der Zeit, ein solches Comité einzusetzen; über die Zusammensetzung desselben verständigten sich die beiden republikanischen Parteien des „National" und der „Reform" nach einigen Unterhandlungen in den Geschäftsräumen der beiden Blätter, da sie einsahen, daß jetzt die Zeit für Parteienhader nicht vorhanden sei; man beschloß, folgende Männer in die „provisorische Regierung" zu wählen: Dupont (de l'Eure), François Arago, Ledru-Rollin, Marie, Marrast, Flocon, Garnier-Pagés, Louis Blanc, Albert Lamartine; der letztere, welcher sich in diesen stürmischen Tagen sehr zurückgezogen gehalten hatte, war gegen 11 Uhr im Palais Bourbon von Marrast, dem Redakteur des „National", und dessen Freund Bastide aufgefordert worden, sich für die Republik und gegen die Regentschaft zu erklären und hatte in einer theatralischen, übrigens schlecht gespielten Szene sich dazu bereit erklärt. Charaktervoller handelte Odilon Barrot, der während des ganzen Wirrwarrs im Ministerium des Innern sich abgemüht hatte. Auch er war zum Eintritt in die provisorische Regierung bestimmt gewesen, allein er schlug das Anerbieten, welches ihm Arago machte, aus. Auch sonst herrschte innerhalb der Umsturzparteien ziemliches Durcheinander; die Republikaner des „National" zauderten immer wieder und waren nur durch das unablässige Drängen der Sozialrevolutionäre zu entschlossenem Handeln zu bewegen, man begnügte sich, schnell einige Namen zu proklamiren, welche als die Vertreter der verschiedenen Fraktionen, der „blauen" und der „rothen" Republikaner, sowie auch der radikaler gesinnten Liberalen gelten konnten, und beeilte sich dann, die Hauptsache durchzusetzen, die Anerkennung der Republik und der provisorischen Regierung in der Kammer zu erlangen. Emanuel Arago mit vier Genossen begab sich dorthin und traf, wie bemerkt, ziemlich gleichzeitig mit der Herzogin von Orléans dort ein.

In der Deputirtenkammer hatte schon in den Vormittagsstunden reges Leben geherrscht; Gruppen von Abgeordneten standen beisammen, man kam und ging, man horchte ängstlich auf das Getöse des nahen Straßenkampfes, man hatte Barrot vorbeieilen sehen, um sein zwei Stunden währendes Ministeramt anzutreten, man hatte etwas später durch die königliche Dienerschaft die Abdankung Louis Philippe's erfahren. Gleich darauf war Thiers erschienen, ganz verstört und verwirrt durch all die unerhörten Ereignisse; es zeigte sich als unmöglich, von ihm durch Fragen etwas Gewisses über die Lage der Dinge zu erfahren. „Die Fluth steigt! — die Fluth steigt!" war seine einzige Antwort und gleich darauf war er verschwunden.

Der Präsident Sauzet befand sich in arger Verwirrung; er entschloß sich endlich, die auf drei Uhr angesetzte Sitzung schon jetzt, um 1 Uhr Mittags, zu eröffnen, obwohl kein einziger Minister und nur ein Theil der Deputirten anwesend war. Die unvermeidliche Bank von Bordeaux stand wieder auf der Tagesordnung, allein jeder sah ein, daß man in diesem Augenblicke unmöglich die Komödie durchführen könne, die Angelegenheiten eines Finanzinstituts zu berathen; in peinlichem Schweigen verstrichen die Minuten.

Eine halbe Stunde mochte so verflossen sein, als ein Offizier mit einer Meldung an den Präsidenten hereineilte. Sauzet erhob sich und theilte der Versammlung mit, die Herzogin von Orléans sei im Begriff, in der Mitte der Volksvertreter zu erscheinen. Er hatte noch nicht geendet, als bereits die Regentin hereintrat, in schwarzem Trauergewand, ihre Söhne an der Hand führend, gefolgt vom Prinzen von Nemours und einigen Offizieren der Nationalgarde.

Es war nicht mehr als natürlich, daß ein Gefühl von Mitleid und Theilnahme die Versammlung beim Anblicke der schwachen Frau und ihres unmündigen Kindes ergriff, in deren Händen die Geschicke des fieberhaft erregten Volkes liegen sollten. „Es lebe die Herzogin von Orléans! — es lebe der Graf von Paris und die Regentin!" scholl es von den Bänken der Deputirten; der erste Eindruck war ein entschieden günstiger.

Allein schon begann es auf den Galerieen zu wogen und zu

murren, verworrenes Getöse schlug von außen herein, es war die höchste Zeit, den gegebenen Augenblick auszunutzen. Von verschiedenen Seiten gedrängt, ergriff Dupin das Wort; er schilderte die letzten Begebenheiten, die Abdankung und Flucht des Königs, die Einsetzung der Regentschaft und schloß mit der Forderung, „die Kammer möge die sympathischen Zurufe, mit denen sie die Herzogin und ihren Sohn bei ihrem Eintritt begrüßt, zu Protokoll nehmen und den Grafen von Paris als König von Frankreich anerkennen".

Stürmischer Beifall folgte im Zentrum den Worten des Redners, allein von der Linken tönte ein entschiedenes „Nein" dazwischen, auf den Tribünen scholl drohendes Geschrei, der Tumult brach los; alles übergellend rief Lamartine vom Platze aus dem Präsidenten zu, die Sitzung aus Achtung vor der Nationalvertretung und vor der Regentin aufzuheben, bis sich die Angehörigen der königlichen Familie zurückgezogen haben würden; vergeblich eiferte General Oudinot dagegen; Sauzet, rathlos und zitternd wie er war, kam der Aufforderung des Dichters nach; die Prinzessin erhob sich und machte einige Schritte, dann aber ließ sie sich auf einer der letzten Bänke im linken Zentrum wieder nieder.

Rings herum tobte bereits ein unbeschreibliches Gewühl; immer neue Schaaren von Proletariern und Blusenmännern drangen herein, die Deputirten verließen ihre Plätze, im Saale und aus den überfüllten Galerieen tönte ein vielstimmiges, wirres Geschrei, in welchem die Ordnungsrufe des Präsidenten ohnmächtig verhallen: das war das Bild, welches die „Volksvertretung" in ihrer letzten Sitzung bot.

Schon seit längerer Zeit hielt der Radikale Marie die Rednerbühne besetzt, ohne daß es ihm bisher gelungen, zu Worte zu kommen. Jetzt benutzte er den günstigen Augenblick einer momentanen, verhältnißmäßigen Ruhe. Er forderte die provisorische Regierung; ein Beifallssturm von den Tribünen, zauderndes Schweigen im Saal war die Antwort. Ihm folgte Crémieux, der noch vor einer Stunde den König auf seiner Flucht begleitet hatte. Er sprach mit wohlwollenden Worten von der Herzogin, allein er warnte vor Uebereilung; auch er ver-

langte die provisorische Regierung und trieb ein unklares, sogar verrätherisches Doppelspiel, denn vor wenigen Minuten noch hatte er sich für die Regentschaft ausgesprochen.

Noch war nichts entschieden, man lärmte durcheinander, ein Abbé Genoude sprach eben etwas von Volkssouveränetät, da erschien der Mann, dessen Namen noch vor wenigen Stunden zu den populärsten gehört hatte, der „Minister" Barrot.

Eine gewisse Ruhe trat ein, als die wohltönende, kräftige Stimme des Führers der dynastischen Linken durch den Saal schallte. „Die Julikrone ruht auf dem Haupte einer Frau und eines Kindes!" — begann er, und diese einfachen und gutgewählten Worte riefen einen neuen Beifallssturm des Zentrums hervor. Nochmals blitzte ein Hoffnungsstrahl auf, die Herzogin erhob sich und dankte der Versammlung, sie versuchte zu sprechen, allein Barrot, von vielen Seiten zum Weiterreden aufgefordert, behielt das Wort. In seinen weiteren Ausführungen gelang es ihm nicht, jenen glücklichen Ton anzuschlagen, den seine ersten Worte besaßen; zusehends wurden seine Sätze schwächer und matter, nur ein spärlicher Beifall lohnte seine Bemühungen, als er von der Rednerbühne herabstieg.

Damit schien die Sache der Orleanisten verloren, der Sieg der Republikaner entschieden zu sein, allein noch in diesem Augenblicke machte eine andere Partei den Versuch, den stürmischen Gang der Ereignisse zu ihrem Vortheile auszunutzen. Ein Legitimist und Träger eines berühmten Namens, von Laroche-Jacquelein, erschien auf der Tribüne: „Meine Herren, denen, die in der Vergangenheit stets den Königen gedient haben, ziemt es vielleicht jetzt, vom Volke zu sprechen. — Heute sind Sie (die Deputirten) nichts mehr hier, nicht das Geringste. Die Abgeordnetenkammer existirt nicht mehr als Kammer. Ich sage, daß man die Nation zusammenberufen muß —", weiter kam der Anhänger Heinrichs V. nicht. In der Versammlung wogte und tobte es durcheinander, in den Thüren aber erschien eine neue Menschenschaar, die sich berufen fühlte, in dieser denkwürdigen Stunde an der Weltgeschichte mitzuarbeiten.

Ein gewisser Dumoulin führte diesen Haufen, welcher direkt von dem blutigsten Tummelplatz des Aufruhrs, von der Kampf-

stätte am Château d'Eau kam, einen Haufen, welcher wie eine Verkörperung des Revolutionsschreckens, der blinden, entfesselten Volkswuth erschien. Was diese Gruppen von zerlumpten, pulvergeschwärzten Blusenmännern, mit Fetzen und Flittern aller Art ausstaffirten Proletariern, in deren Mitte ein Metzgersknecht mit blutiger Schürze schritt, was diese Hefe der Volksbewegung hier wollte, war nicht zweifelhaft. Während sich ein gewisser Chevalier vergeblich von der Tribüne herab verständlich zu machen suchte, gellte es in allen Tonarten: „Die Absetzung! — keine Bourbonen mehr! — nieder mit den Verräthern! — sofort eine provisorische Regierung!" — „Das Volk hat seine Freiheit wieder erlangt", schrie, eine Trikolore schwingend, Dumoulin, „wir haben den Thron in den Tuilerien zerbrochen und durch das Fenster geworfen!"

Von einer eigentlichen Sitzung war schon längst keine Rede mehr; viele der Deputirten hatten bereits ihr Heil in der Flucht gesucht, wer noch von ihnen da war, stand oder saß vermischt mit dem eingedrungenen Volke, jede Möglichkeit, eine Ansicht kund zu geben, war ausgeschlossen. Es mußte schon ein Mann wie Ledru-Rollin, der Radikalsten Einer, auf dem Rednerplatze erscheinen, um Hoffnung auf Gehör zu haben. Der allgemeine Lärm legte sich ein wenig, allein als Ledru seine Rede hinauszog, statt in kurzen Worten die Sachlage zu präzisiren, als er historische Vergleiche anzustellen begann, erwachte die Ungeduld alsbald auf's Neue.

Endlich hatte der Sozialistenführer mit der Forderung der provisorischen Regierung — nicht der Republik — geschlossen, Lamartine folgte ihm, dessen Rede von den Anhängern der Regentschaft mit freudiger Erwartung, von den Republikanern des „National" mit innerlichem Frohlocken begrüßt wurde. Wie berichtet, hatte Lamartine bereits am Vormittage unter Marrasts Beihülfe den kühnen Sprung vom Julikönigthum zur Republik glücklich ausgeführt, und seine Rede mußte daher alle diejenigen überraschen, welche wußten, daß er sich vor wenigen Jahren für die mütterliche Regentschaft ausgesprochen hatte.

Lamartine begann zwar mit einigen gerührten Worten über die bedauernswerthe Lage der Herzogin und ihres Sohnes, allein

alsbald fuhr er fort: „Es liegt dem Volke, allen Klassen der Bevölkerung, allen denjenigen, welche einige Tropfen Blut in diesem Kampfe vergossen haben, daran, eine freie, volksthümliche, unerschütterliche Regierung festzustellen, eine Regierung, welche das schreckliche Mißverständniß aufhebt, das seit einigen Jahren zwischen den verschiedenen Klassen der Bevölkerung existirt und, indem es uns hindert, uns als ein einziges Volk zu betrachten, uns hindert, uns zu lieben und zu umarmen!"

Wie es mit der liebevollen Umarmung der einzelnen Stände aussah, sollte schon der Juni desselben Jahres blutig offenbaren, allein jetzt im Februar kümmerte sich Niemand um die Gespenster der Zukunft, stürmischer Beifall folgte dem Phrasenschwall des Dichters.

„Ich verlange also", fuhr Lamartine fort, „ich verlange, daß man dem Rechte des öffentlichen Friedens, dem Rechte des vergossenen Blutes, dem Rechte des Volkes, welches vielleicht ermattet ist von der glorreichen Arbeit, die es seit drei Tagen vollendet, Rechnung trägt, ich verlange die Einsetzung einer provisorischen Regierung."

Jetzt war die Sache der Regentschaft völlig verloren, die Republikaner jubelten, ermuthigt fuhr Lamartine in seinem Redefluß fort; er sprach davon, „das ganze Land zusammenzurufen, Alles das, was durch den Namen «Mensch» die Rechte des Bürgers in sich trägt", da plötzlich krachten im Vorhaus Schüsse, die Thüren brachen zusammen, unwiderstehlich wälzte sich eine neue Menschenwoge in das Gebäude, es sind die Stürmer der Tuilerien: „Bürgerwehrleute, Polytechniker, Studenten, Blusenmänner bunt durcheinander", schildert sie Scherr, „alle bewaffnet, Pulverschwärze an den Händen, Blutflecken an den Kleidern, auf den weingerötheten Gesichtern eine souveraine Lustigkeit, welche aber doch nur des leisesten Anreizes zu bedürfen scheint, um in Wuth umzuschlagen, Alles auf ihrem Wege wegschiebend oder niederstampfend, singend, lachend, höhnend, schimpfend, brüllend."

„Und aus diesem Meeresgebrause von Dissonanzen tönt mächtig hervor der Grundbaß: «Nieder mit der Kammer! — Fort mit den Deputirten! — Zum Teufel mit den Korrupten!» Von der Brustwehr der Galerie herab richtet sich der Lauf

einer Muskete auf die Rednerbühne. «Schießt nicht! Schießt nicht! Es ist Monsieur de Lamartine, der spricht!» Blusenmänner schlagen den Gewehrlauf ihres Kameraden in die Höhe. Lamartine steht noch immer auf der Tribüne, aber zwischen der Ballustrade derselben und seiner Gestalt huschen Bürgerwehr- und Blusenmänner vorüber, welche sich hinaufgeschwungen haben und ihre Lungen bis zum Bersten anstrengen, um sich hörbar zu machen. Man sieht nur ihre Lippen sich bewegen und vernimmt kein Wort. Präsident Sauzet renkt sich fast den Arm aus, seine Schelle krampfhaft hin- und herschwingend. Man hört sie nicht. Man hört nur noch den wüthenden Schrei, welcher die Wände des Saales erzittern macht: «Fort mit den Korrupten! weg mit der Regentschaft! Hoch die Republik!»" —

Von einer Fortsetzung der Verhandlung konnte in diesem wilden Gewoge keine Rede sein. Die wenigen royalistischen Deputirten, welche sich noch in dem Saale befanden, drängten die Angehörigen des Königshauses sich um ihrer eigenen Sicherheit willen zu entfernen. Es war dies leichter gesagt als gethan, denn in dem Gedränge von Hunderten von Menschen schien es kaum möglich, bis zum Ausgange vorzudringen. Nach wenigen Schritten schon wurde die Herzogin von ihren beiden Söhnen getrennt und gelangte mit Mühe bis zu der Wohnung des Präsidenten Sauzet, während die kleinen Prinzen durch einige Bürger gerettet wurden. Der Herzog von Nemours, welcher die ganze Zeit standhaft bei seiner Schwägerin ausgehalten, kam gleichfalls trotz seiner Unpopularität unbehelligt durch und traf im Invalidenhause mit seiner Schicksalsgefährtin zusammen.

Die zweite Phase der Revolution war beendet, dem gestürzten Könige das Königthum nachgefolgt, es folgte die dritte und letzte, die Einsetzung der Republik.

Die schon früher entworfenen Listen der provisorischen Regierung konnten nicht allgemein befriedigen, da naturgemäß jede Partei vorzugsweise ihre eigenen Vertreter berücksichtigt hatte und eine Verständigung inmitten des tobenden Lärmes kaum möglich war. Doch gelang es endlich dem alten Dupont de l'Eure sich von der Tribüne verständlich zu machen. Er schlug einige Männer für die provisorische Regierung vor, Lamartine,

Ledru-Rollin, Arago, Marie, sich selbst. Stürmische Ausrufe folgten jedem Namen; man verlangte die Absetzung der nicht anwesenden Deputirten, die Anerkennung der Republik, endlich die Installirung der neuen Regierung auf dem Stadthause. Von einem Theile der im Saale befindlichen Menge gefolgt begaben sich Lamartine, Crémieux und Dupont dorthin, während Ledru-Rollin von der freigewordenen Rednerbühne aus eine neue Mitgliederliste der provisorischen Regierung unter dem Vorgeben, daß derartige Dinge nicht so leichthin behandelt werden dürften, vorlas. Sein Programm enthielt dieselben Namen wie das Duponts, und außerdem zwei Persönlichkeiten von ziemlich gemäßigten Anschauungen, Crémieux und Garnier-Pagés. Man nahm auch diese Namen an, allein Jeder fühlte, daß sich die weiteren Schicksale des Tages nicht hier im Palais Bourbon, sondern auf dem Stadthause entscheiden würden, und drängte zum Aufbruch. Noch feuerte ein Arbeiter seine Flinte auf das über dem Präsidentensitze hängende Bild Louis Philippe's ab, dann fluthete die Menge zu den Thüren hinaus und nach wenigen Augenblicken lag der Saal öde und verlassen da.

In dem Stadthause, diesem alten Mittelpunkte der Pariser Revolutionen, spielte sich der letzte Akt des Dramas ab. An der Spitze des Zuges, der sich vom Palais Bourbon die Seine-Ufer entlang dorthin begab, ging Lamartine, ihm folgten seine Collegen, von welchen der greise Dupont im Wagen fuhr, und eine Menschenmenge, die, anfangs nur aus einigen Hundert Nationalgardisten, Studenten und Arbeitern bestehend, auf dem Wege durch die Stadt auf Tausende von Köpfen anschwoll. Die Haltung des Volkes gegenüber den Usurpatoren der Staatsgewalt war keine sonderlich enthusiastische, doch flößten die Persönlichkeiten Lamartine's und Duponts Achtung ein und eigentlich feindselige Kundgebungen kamen nur vereinzelt vor.

In dem Stadthause, welches erst einige Stunden vorher in die Hände der Insurgenten gefallen war, herrschte eine grenzenlose Verwirrung. Zwar war eine Art Behörde vorhanden, da sich hier Garnier-Pagés um ein Uhr Mittags eigenmächtig zum Maire von Paris aufgeworfen hatte, allein von den Menschen-

massen, die dichtgedrängt alle Räumlichkeiten des Gebäudes und seine Umgebung erfüllten, war Fügsamkeit unter die Anordnungen der „Regierung" nicht zu erlangen. Durch eine Seitenpforte waren die Mitglieder der provisorischen Regierung in das Stadthaus gelangt; längere Zeit irrten sie rathlos in den Gängen und Sälen umher, ohne auch nur einen ruhigen menschenleeren Platz für ihre Berathungen finden zu können, bis ihnen ein Angestellter, Namens Flottard, ein noch nicht vom Volke besetztes Zimmer anwies.

Hier versammelten sich Lamartine, Dupont, Crémieux, Garnier=Pagès, Ledru=Rollin, Marie, Arago, um mit der Ausübung der Regierungsgewalt zu beginnen, allein bald mußten die sieben Machthaber erkennen, daß man nicht gewillt war, ihnen ausschließlich die höchste Macht im Staate zu überlassen. Während der stürmischen Vorgänge im Palais Bourbon nämlich hatten sich in dem Redaktionsbureau der „Reform" gegen zwei Uhr Nachmittags dreißig Männer der äußersten Linken versammelt und beschlossen, ihrerseits eine provisorische Regierung zu errichten. Diese Liste der Ultra=Radikalen umfaßte sämmtliche Mitglieder der inzwischen im Palais Bourbon gewählten Regierung mit Ausnahme Crémieux' und außerdem die Redakteure des National und der Reform, Marrast und Flocon, sowie das Haupt der Sozialisten, Louis Blanc. Außerdem hatte man es, um der Bewegung einen entschieden sozialen Charakter zu verleihen, für gut befunden, den Mechaniker Martin, genannt Albert, unter dem Namen des „Arbeiters Albert" in die Regierung aufzunehmen.

Ohne viele Förmlichkeiten traten Louis Blanc, Flocon und Marrast in die Versammlung der Sieben im Stadthause ein, welch letztere von diesem unerwarteten radikalen Zuwachs wenig erbaut waren. Allein die Sozialrevolutionäre, die einzige Partei, welche im Laufe der Februar=Revolution wirkliche Thatkraft bewiesen hatte, waren nicht die Männer, sich durch finstere Mienen und drohende Worte abschrecken zu lassen. „Ihr seid durch das Volk im Palais Bourbon gewählt worden", schrie L. Blanc seinen neuen Collegen zu, „wir durch das Volk in den Bureaux der Reform. Beiderseits sind wir hier in das Stadthaus ge=

kommen, um eine Anerkennung unserer Autorität zu erlangen. Unsere Rechte sind mithin ganz gleich."

Dagegen ließ sich wenig Triftiges einwenden; nach einem hitzigen Wortgefechte einigte man sich endlich auf einen Vorschlag, den der gewandte Garnier-Pagés gefunden hatte. Die vier Abgesandten der „Reform" sollten die „Sekretäre" der provisorischen Regierung werden. Irgend eine thatsächliche Verschiedenheit in der Theilnahme an der Staatsleitung war durch diese Bezeichnung nicht bedingt, innerhalb weniger Tage waren die „Sekretäre" und die „Regierung" vollständig gleichberechtigt, allein die Macht der Phrase that auch hier ihre Wirkung, die Sieben erklärten sich bereit, Blanc und Genossen als Sekretäre bei sich aufzunehmen, und somit war jetzt die Regierung endgültig konstituirt: Lamartine, Dupont, Crémieux, Arago, Marie, Garnier-Pagés, Ledru-Rollin, Louis Blanc, Marrast, Flocon, Albert waren die elf Männer, in deren Händen die Geschicke Frankreichs lagen.

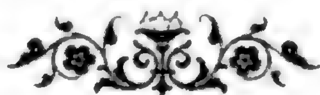
Den größten Theil der Ministerstellen hatte man in aller Eile aus den sieben Erwählten des Palais Bourbon besetzt. Dupont war Ministerialpräsident, Lamartine hatte das Aeußere, Ledru-Rollin das Innere, Crémieux die Justiz, Arago die Marine, Marie die öffentlichen Arbeiten inne. Für die Finanzen wurde der Banquier Goudchaux, für den Ackerbau der Advokat Bethmont, für den öffentlichen Unterricht der Träger eines berühmten Namens, Carnot, ausersehen. Der heikle Posten eines Kriegsministers fiel, nachdem die Generäle Lamoricière und Bedeau abgelehnt, dem greisen General Subervie zu. Es wurde fernerhin Garnier-Pagés in seiner Würde als Maire von Paris belassen. Zwei der wichtigsten weiteren Funktionen, die Leitung der Polizeipräfektur und der Postdirektion, waren bereits, die erstere von Caussidière, die zweite von Arago in Beschlag genommen. Die schwerwiegende Stellung eines Kommandanten der Nationalgarde endlich fiel dem Deputirten und früheren Offizier de Courtais zu.

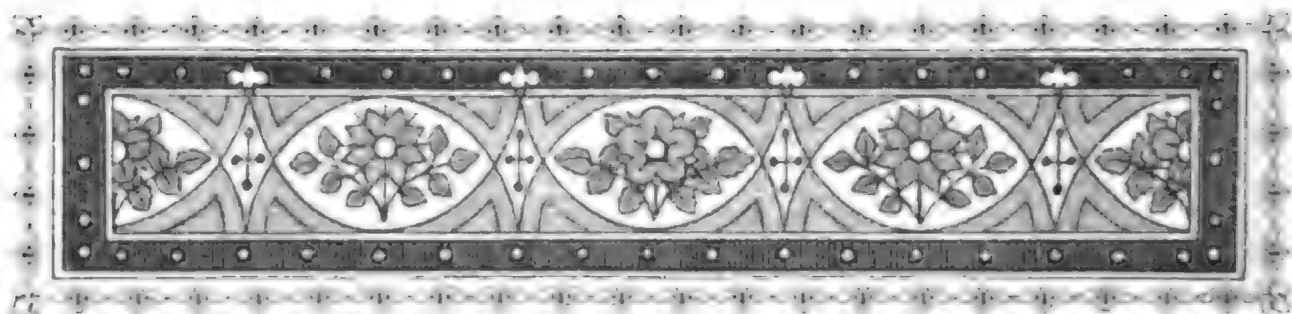
Eine ruhige Berathung der Sachlage war der provisorischen Regierung im Drange der Ereignisse nicht möglich; unaufhörlich stürmten und wogten die Volksmassen gegen die verrammelte und von bewaffneten Studenten vertheidigte Thüre, hinter welcher die elf Männer, mehr Gefangene des Volkes als dessen Beherrscher,

Rath pflogen. Draußen, in den Schaaren der Blusenmänner und Polytechniker, fürchtete man eine Wiederholung der Ereignisse von 1830, gab man sich der Besorgniß hin, daß der Ehrgeiz oder die Uneinigkeit der Parteiführer dem Volke die Errungenschaften der Revolution vorenthalten würden, innen, im Schoße der Regierung, vermochte man lange Zeit hindurch nicht die Kraft zu der einzigen und entscheidenden großen Maßregel, zu der Verkündigung der Republik, zu finden. Entschieden dagegen waren nur Arago und Dupont, entschieden dafür nur die Radikalsten, Blanc, Ledru-Rollin, Flocon, die Uebrigen schwankten unentschlossen hin und her. Allein welchen Ausweg sollte man wählen? Die Frage offen zu lassen, hieß auf die Führung der Bewegung verzichten; von der Einsetzung irgend welcher Monarchie oder Regentschaft konnte keine Rede sein; es blieb somit nur die eine Maßregel übrig, die Proklamirung der Republik, mit welcher damals im Jahre 1848 — man darf dies nicht vergessen — untrennbar die Erinnerung an das Jahr 1793, an die Schreckensherrschaft nach innen, den Weltkrieg nach außen, verknüpft war.

Es war daher begreiflich, daß sich die unentschlossenen Naturen, die wie überall, so auch in der neuen Regierung die Mehrzahl bildeten, nur schwer zu einer so gewichtigen Maßregel bereit finden ließen; schon tobte das Volk unter unverhüllten Drohungen vor dem Sitzungszimmer, auf dem Grève-Platze, in dem nahe gelegenen Saale St. Jean, schon mußten Lamartine und selbst L. Blanc ihren ganzen Einfluß aufbieten, um dem Ausbruche der Volksleidenschaften vorzubeugen, da endlich erschien das erlösende Manifest, zunächst in Abschriften, dann gedruckt von Hand zu Hand wandernd. „Die provisorische Regierung will die Republik, vorbehaltlich der Zustimmung des Volkes, welches sofort befragt werden wird."

Die Februar-Revolution war beendet, zum zweiten Male die Republik in Frankreich eingeführt. Nach wenigen Minuten schon blitzte nach allen Richtungen der Draht die Kunde und jagten die Kouriere mit der folgenschweren Nachricht, welche eine Welt in Flammen setzen sollte.





II. Abschnitt:

Der deutsche Bundestag.

Unzertrennbar ist mit jenen traurigen Jahrzehnten der deutschen Geschichte, welche von den Jahren 1815 und 1848 begrenzt werden, die Erinnerung an die Reaktion verbunden, jener Rückwärtsbewegung, deren Endziel die Unterdrückung der freiheitlichen und freisinnigen Anschauungen bildete, welche aus den Freiheitskriegen entsprossen waren.

Man muß auf jene Epoche des glorreichen Volksaufschwunges zurückgreifen, um die Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 zu verstehen. Das, wofür die deutsche Nation in jenen blutigen Schlachten stritt, war nicht allein die Abwerfung der französischen Herrschaft; es war zugleich das Streben nach Erringung eines volksthümlichen Staatslebens, ein Streben, das die natürliche Folge der traurigen Haltung der Rheinbundfürsten, der unentschlossenen und unglücklichen Politik der deutschen Großmächte und zugleich des neu erwachten Kraftbewußtseins der Nation war. Es war nicht mehr als natürlich, daß die Fürsten am liebsten jede Erinnerung an die Zeit der Unterwerfung und Bedrückung von 1804 bis 1813 völlig getilgt hätten und sich nur widerwillig der Erkenntniß erschlossen, daß sie ihre neue Macht und Unabhängigkeit der Kraft ihrer Unterthanen schuldeten. Daß durch die Befreiungskriege das System des Absolutismus, wie er im 18. Jahrhundert geherrscht, gebrochen sei,

empfand Jedermann, in fast sämmtlichen Ländern wurde durch Verleihung einer Verfassung dem Volke die Theilnahme am öffentlichen Leben eröffnet. In dem Augenblicke aber, in welchem aus dem Selbstherrscher der konstitutionelle Fürst wurde, war ein neuer Faktor in das Staatsleben eingetreten; dem Willen des Monarchen trat die Macht der öffentlichen Meinung und Ueberzeugung entgegen, die bisherige Einheit des Staatsorganismus war geschwunden.

Der Zwiespalt zwischen Herrschern und Beherrschten war unmittelbar nach Beendigung der Napoleonischen Kämpfe hervorgetreten. Es ist ganz unzweifelhaft, daß eine große Zahl der deutschen Fürsten damals den besten Willen besaß, in Zukunft mit ihrem Volke im Einvernehmen zu leben, daß andererseits derartige Bestrebungen von Seiten der Unterthanen vielfach mißverstanden und, wie in Würtemberg, von der Hand gewiesen wurden.

Wenn irgend einer Sache, so haben dem deutschen Liberalismus in jener Zeit gerade seine Freunde und Anhänger am meisten geschadet. Schon das überspannte teutschthümelnde Turnerwesen, in welches er sich hüllte, konnte kaum den Sympathieen weiterer Kreise begegnen; die Thaten aber, die dieser romantischen Schwärmerei entsprangen, die Ermordung Kotzebue's und später die Erstürmung der Frankfurter Konstablerwache waren, um mit Talleyrand zu reden, mehr als ein Verbrechen, sie waren eine Thorheit. Sie schmiedeten selbst die Waffen, deren die Regierungen gegen diese mißliebigen Geistesrichtungen bedurften, und lieferten geradezu eine glänzende Rechtfertigung der reaktionären Maßregeln.

Das Haupt dieser letzteren war der österreichische Hof- und Staatskanzler Fürst zu Metternich-Winneburg, in dessen Person sich gewissermaßen die Reaktion verkörperte. Es hat wenig Menschen gegeben, über welche so gleichmäßig und mit solchem Rechte Geschichte und öffentliche Meinung ihr verdammendes Urtheil gesprochen haben, als über diesen Diplomaten. Es ist hergebracht, in ihm den Hauptvertreter einer kurzsichtigen, jedes schöpferischen Gedankens entbehrenden, jeder freien Geistesregung und mannhaften That feindselig gesinnten Staatskunst zu sehen, und widerstreiten läßt sich diesem Urtheile nicht. Allein das Eine

darf nicht übersehen werden: Fürst Metternich war, obwohl vom Rheine gebürtig, in erster Linie österreichischer Staatsmann. Was er für dieses sein engeres Vaterland für ersprießlich hielt, suchte er erst dann in zweiter Linie im gesammten deutschen Bunde durchzuführen, und hierin, in dem Umstande, daß für sämmtliche Länder deutscher Zunge die Verhältnisse Oesterreich-Ungarns allmählich maßgebend wurden, ist vielleicht der Hauptfehler der Reaktion zu suchen.

Eine durchgreifende Reform an Haupt und Gliedern, wie sie der Liberalismus forderte, hätte der Kaiserstaat an der Donau, dieses der inneren Lebenskraft entbehrende, nur durch den Druck äußerer Verhältnisse, gewissermaßen durch das mechanische Gesetz der Trägheit zusammengehaltene Länderkonglomerat, so wenig überdauert als der sieche und morsche Körper eines Greises eine Verjüngungskur zu ertragen vermag. Hier konnte es nur das Prinzip der Staatskunst sein, das Vorhandene zu festigen und zu stützen, Stürme und Erschütterungen von außen abzuwehren und so die Lebensdauer des Organismus um einige Jahrzehnte zu verlängern.

War somit das System der chinesischen Mauer, mit welchem Metternich Oesterreich umschloß, zwar ein ideenarmes und übertriebenes, allein doch nicht jeder Berechtigung entbehrend, so wurde dasselbe zur Ungeheuerlichkeit, wollte man es auf die lebensfrischen deutschen Mittelstaaten oder gar auf das vor jugendlicher Kraft strotzende Preußen anwenden. Die Art und Weise, wie die Völker sich dem „System" gegenüber verhielten, ist bezeichnend genug, in Preußen hartnäckiger, nicht endender Widerstand, in den Mittelstaaten ähnliche Opposition, allein schon in schwächerer Weise, in Oesterreich sorgloses Dahinleben in schlaffer Ruhe.

Ueber die Lebensfähigkeit seines Systems hat sich Fürst Metternich selbst am wenigsten getäuscht; bekannt ist ja das geflügelte Wort seines Vertrauten, des Hofrathes von Gentz: „mich und den Metternich hält es noch aus!" allein so lange als möglich suchte er die gefürchtete Katastrophe, den Sieg einer freisinnigen und fortschrittlichen Anschauungsweise, nach Kräften zu hindern. Wo die Gefahr lag, hatte er richtig erkannt; er

wußte, daß er nicht gegen Personen, sondern gegen eine Idee kämpfe, daß es nicht genüge, einzelne Vergehen gegen die Regierungsgrundsätze der heiligen Allianz zu bestrafen, sondern den Boden zu vertilgen, aus welchem sie erwachsen waren. Er mußte darauf sinnen, dem verderblichen Geiste jedes Mittel zur Ausbreitung zu entziehen, er mußte die Möglichkeit eines Gedankenaustausches durch Bücher, Zeitungen und Aehnliches hindern.

Eine derartige Maßregel konnte den Einzelstaaten nicht überlassen bleiben, deren mehrere entschieden liberale Regungen zeigten; aber auch die verfassungsmäßige Zentralgewalt des deutschen Bundes, der Bundestag zu Frankfurt a. M., schien damals, in den ersten Jahren nach 1815, den reaktionären Diplomaten zu freisinnig zu sein. Hatte derselbe doch in seiner Eröffnungssitzung das Recht der öffentlichen Meinung anerkannt und sich noch 1817 scharf gegen die Mißwirthschaft im Kurfürstenthum Hessen gewandt mit der Erklärung, „er werde sich nicht abhalten lassen, der bedrängten Unterthanen sich anzunehmen“. Da Metternich also von dieser Bundesversammlung noch nicht die genügende Unterstützung erhoffen konnte, verfiel er auf einen anderen Ausweg. Am 6. August 1819 traten zu Karlsbad Fürst Metternich als Vertreter Oesterreichs, sein Gesinnungsgenosse Graf Bernstorff, sowie der Freiherr Krusemark als Gesandte Preußens, Graf Rechberg und Freiherr von Stainlein für Baiern, Graf Schulenburg — später auch Graf Einsiedel — für Sachsen, die Grafen Hardenberg und Münster für Hannover, Graf Wintzingerode für Würtemberg, Freiherr von Plessen für Mecklenburg, Freiherr von Marschall für Nassau, Freiherr von Berstett für Baden und der Hofrath von Gentz als Protokollführer zusammen. Im Verlaufe der Sitzungen erschienen noch Freiherr von Fritsch für Weimar, Freiherr von Münchhausen für Kurhessen. Was der Zweck der bevorstehenden Unterhandlungen sein sollte, ergab sich alsbald aus der Eröffnungsrede Metternichs. Es handele sich darum, erklärte der Fürst, vertraulich über die Besorgnisse und Gefahren zu berathen, in welche die Bundesstaaten durch die revolutionären Umtriebe und demagogischen Verbindungen versetzt seien. Zu diesem Zwecke

hatte er eine Punktation ausgearbeitet, welche in zwei Theile, die allgemeinen Grundsätze und die Anwendung derselben, zerfiel. Eine Reihe von Maßregeln war darin vorgeschlagen, von welchen drei, die Abfassung gleichförmiger Preßverfügungen, die Ueberwachung der Universitäten, Gymnasien und Schulen, und die Nothwendigkeit der Maßregeln gegen bereits entdeckte Parteiumtriebe als dringlich hingestellt wurden. Vier weitere Punkte, nämlich die nähere Erläuterung des Artikels 13 der Bundesakte — welcher allen Bundesstaaten landständische Verfassungen zusicherte —, eine permanente Bundesinstanz, die Einführung einer Bundesexekutionsordnung, und endlich — wie zum Hohne inmitten dieser reaktionären Pläne — die Erleichterung des Handels und Verkehrs, sollten ausführlicher berathen werden.

In 23 Konferenzen berieth die Versammlung die von Metternich befürworteten Maßregeln. Ein ernstlicher Widerspruch erhob sich von keiner Seite, nur hie und da wurden Verbesserungsvorschläge und Gutachten der einzelnen Theilnehmer vorgebracht. Am 31. August hatte sich die Versammlung völlig geeinigt; sie war übereingekommen, die Preßfreiheit einzuschränken, indem alle Schriften unter 20 Bogen der Censur verfielen und unterdrückt werden konnten, die Lehranstalten zu überwachen und besonders für jede Universität einen „Kurator" zu ernennen, sowie die Burschenschaft und ähnliche Verbindungen aufzuheben, eine Zentralkommission von sieben Mitgliedern zur Untersuchung revolutionärer Umtriebe in Mainz niederzusetzen, den 13. Bundesartikel dahin auszulegen, daß unter landständischer Verfassung die mittelalterliche Ständevertretung zu verstehen sei, und endlich eine provisorische Exekutionsordnung für Vollziehung der gegen das Demagogenwesen gerichteten Bundesbeschlüsse zu erlassen. Ein Widerstand der Einzelstaaten gegen Beschlüsse der Bundesversammlung wurde als unstatthaft bezeichnet. Weitere Schritte blieben einer im Spätherbste nach Wien zu berufenden Versammlung vorbehalten. Bis zu diesem Zeitpunkte ging der Kongreß auseinander, nachdem er dem Kaiser von Oesterreich seine unterthänige Dankbarkeit „für seine immer wache und thätige Fürsorge" ausgesprochen und

ebenso die Protokollführer von Plessen und von Gentz für ihren Eifer belobt hatte[1].

Schon am 20. September desselben Jahres nahm der sonst so langsam arbeitende Bundestag diese formlosen und gesetzwidrigen Beschlüsse an und versetzte damit den konstitutionellen und liberalen Bestrebungen einen schweren Schlag, allein noch schien Metternich das System der Reaktion nicht gefestigt genug zu sein. Vom 25. November 1819 ab tagte abermals eine Konferenz, zu welcher diesmal Vertreter sämmtlicher Bundesstaaten zugelassen wurden, in Wien und erreichte erst am 24. Mai 1820 ihr Ende. Das Ergebniß dieser Berathung waren die „Wiener Schlußakte“, fünfundsechzig Artikel, welche, gewissermaßen eine Ergänzung der Bundesakte bildend, der gesammten Bundesverfassung ein durchaus absolutistisches Gepräge gaben.

Auch diese Beschlüsse wurden in der Eschenheimer Gasse in Frankfurt a. M. ohne weiteres angenommen, allein noch war der Geist, der die Bundesversammlung beseelte, nicht ganz nach Metternichs Herzen. Erst als es in den folgenden Jahren den vereinten Bemühungen Oesterreichs und Preußens gelang, eine Reihe freisinniger Diplomaten, namentlich den würtembergischen Freiherrn von Wangenheim, zu entfernen, gerieth der Bundestag in jene trostlose Verfassung, in welcher er die Verachtung und Erbitterung des Inlandes, den Hohn des Auslandes erweckte.

Eine eingehende Schilderung der Reaktionszeit würde den Zweck dieser Schrift überschreiten; die wesentlichsten und für die Ereignisse von 1848 bedeutungsvollsten Symptome sind in der Geschichte der Einzelstaaten erwähnt. Kaum faßbar erscheint heutzutage, im Zeitalter des neuen Deutschen Reiches, jene trübe Epoche, in welcher das einigende Band der deutschen Länder in einer Versammlung bestand, in welcher sich die alte Ohnmacht und Zerrissenheit des gewesenen heiligen römischen Reiches deutscher Nation — aber ohne den Abglanz einstiger Herrlichkeit, welcher das tausendjährige Reich noch in seinen letzten

[1] „Schließlich drückte die Versammlung dem Herrn Hofrath von Gentz ihre wärmste Erkenntlichkeit für die wichtige Unterstützung aus, so sie in seinem durch das volle Gepräge seines großen Talentes ausgezeichneten Arbeiten gefunden.“ Protokoll der 23. Konferenz.

Stunden umstrahlte — mit der systematischen Unterdrückung jeder freiheitlichen Regung einte. Es hat selten eine Regierung gegeben, welche so rasch und dauernd von der öffentlichen Meinung verdammt wurde, als diese Verkörperung deutscher Zwietracht, Unentschlossenheit und Selbsterniedrigung in der Eschenheimer Gasse. Innerhalb weniger Jahre schon war es so weit gekommen, daß Niemand mehr vom Bundestage überhaupt irgend welches Handeln erwartete; was im Thurn- und Taxis'schen Palais vorging, war dem Volke fremd und gleichgültig, zumal nachdem die anfangs theilweise bewahrte Veröffentlichung der Verhandlungen unterblieben war. Die Annahme der Karlsbader und Wiener Beschlüsse war die Hauptthat der Versammlung gewesen; in ihnen wirkte der Metternich'sche Geist weiter; Jahre lang trieb zu Mainz die fluchbeladene Zentral-Untersuchungskommission ihr lichtscheues Wesen und veranlaßte Hunderte zur Flucht nach der Schweiz und Amerika.

Wie tief schon 1830 die Geister erregt waren, zeigte die weitgreifende Bewegung, welche die Kunde von der Julirevolution in den deutschen Staaten erzeugte. Dieses Vorspiel der Märzstürme von 1848 rief bei vielen Fürsten und Ministern Besorgniß vor der Zukunft hervor, allein als die Unruhen in kurzer Zeit von selbst erloschen und schlimmstenfalls durch einen Ministerwechsel und ähnliche Concessionen sich bannen ließen — nur in Braunschweig brach bekanntlich eine wirkliche Revolution aus — griff alsbald wieder die frühere Sorglosigkeit um sich und die Nachwehen der Bewegung, die Agitation in der Rheinpfalz, das Hambacher Fest (27. Mai 1832), das unbesonnene Frankfurter Attentat (3. April 1833) dienten den Regierungen nur als Vorwand zu neuen, strengeren Maßregeln. Die Zentral-Untersuchungskommission nahm ihre seit 1828 ruhende Thätigkeit wieder auf; in Wien fanden neue, bis zum Herbste 1834 währende Konferenzen statt. Die Beschlüsse dieses „Wiener Ministerkongresses" wurden nur zum geringsten Theile veröffentlicht und erhielten keine Gesetzeskraft; ihren wesentlichsten Inhalt bildete eine Verschärfung der Karlsbader Beschlüsse in Betreff des Ständewesens, der Universitäten, der Presse und der demagogischen Umtriebe. Außerdem wurde beschlossen, ein Bundes-

schiedsgericht für Streitigkeiten zwischen Regierung und Ständen einzusetzen. Lähmend und erschlaffend lagerte sich im Laufe des dritten und vierten Jahrzehntes der Geist der Reaktion über das ganze deutsche Land; nur in wenigen Staaten, in dem rührigen Baden und seit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. in Preußen, dauerte der Widerstand des Liberalismus fort; in anderen, wie in Hannover und Hessen-Kassel, brachten es die Fürsten zuwege, die unerschöpflich scheinende Geduld ihrer Unterthanen zu zerreißen; die Verfassungsstreitigkeiten in Hannover, die Opposition gegen das Hassenpflug'sche Regiment in Kurhessen zeigten, daß selbst die deutsche Langmuth ihre Grenzen hatte.

Vielfach wandte sich, vom politischen Gebiete verbannt, der allgemeine Unmuth religiösen Fragen zu. Die Ausstellung des heiligen Rockes zu Trier gab 1844 den Anstoß zu Spaltungen innerhalb der katholischen Kirche, welche unter Führung des Priesters Ronge zur Gründung der deutsch-katholischen Gemeinden führten. Einen eigentlich politischen Charakter besaß die Bewegung nicht; allein unter den obwaltenden Umständen war es unausbleiblich, daß die Opposition gegen die Kirche auch den Staat nicht verschont ließ. Die Regierungen standen der neuen Sekte größtentheils feindlich gegenüber und vermehrten durch die vielfach stattfindenden Verfolgungen der Deutsch-Katholiken den allgemeinen Mißmuth.

Auch innerhalb der protestantischen Kirche fand ein ähnlicher Vorgang, die Gründung der „freien Gemeinden“, statt, welcher jedoch an Bedeutung hinter der entsprechenden katholischen Bewegung zurückblieb.

Ein Hauptgrund, weswegen die große Masse der Nation das Joch der Reaktion geduldig ertrug, bestand darin, daß der lange Frieden verbunden mit der nicht zu verkennenden wirthschaftlichen Fürsorge der meisten Regierungen sehr günstig auf das materielle Wohl des Volkes eingewirkt hatte. Auf diesem einzigen Gebiete war während des Metternich'schen Zeitalters eine wirkliche nationale That vollbracht worden, die Gründung des preußisch-deutschen Zollvereins, welcher jedoch ebenfalls in dem deutschen Partikularismus endlose Schwierigkeiten zu überwinden gehabt hatte.

Es war eine schlimme Fügung, daß gerade ein Jahr vor der Februar-Revolution eine Mißernte eintrat, welche sich über einen großen Theil Deutschlands erstreckte und an einigen Orten zu einer wirklichen Hungersnoth führte. In vielen Gegenden war die hierdurch verursachte Noth der Anlaß, welcher die sonst so stumpfe Landbevölkerung zu einer Theilnahme an der Revolution bewog.

So war der Zustand Deutschlands zu Beginn des folgenschweren Jahres 1848 beschaffen. Ein Jeder fühlte, daß es so nicht weiter gehen könne, daß etwas geschehen müsse, um den auf Allen lastenden Bann zu lösen, aber Niemand war bereit, das Wagniß des Versuches auf sich zu nehmen. Längst waren ja die Deutschen der eigenen Initiative entwöhnt. Von außen, aus dem westlichen Nachbarreiche, mußte der Anstoß zu der erlösenden That kommen. Der Herrscher Frankreichs war ein Greis, — sein Tod, so glaubte man, würde die Befreiung für Frankreich und Europa bedeuten.

Es sollte anders kommen; unerwartet, wie ein Blitzstrahl, fuhr die Kunde von der Pariser Februar-Revolution in Deutschlands schwüle Atmosphäre.

Die mächtige Bewegung, welche alsbald sich unwiderstehlich über die gesammten deutschen Gauen verbreitete, theilte sich, der Lage der Dinge im Vaterlande entsprechend, sofort in zwei Strömungen. Zunächst und vor Allem verlangte das Volk die Beseitigung derjenigen Mißstände, welche es innerhalb der Grenzen seines engeren Vaterlandes als besonders drückend empfand, erlangte hier die Entlassung eines mißliebigen Ministers, dort die Aufhebung ungerechter Frohnden und Anderes mehr, wie dies der folgende Abschnitt schildert. Inmitten dieser kleinen, oft kleinlichen Kämpfe aber erwachte bei jedem Deutschen mit erneuter Macht das Verlangen nach einer endlichen nationalen Einigung, nach einem gemeinsamen, starken Vaterlande. Daß der Bundestag weder die Kraft noch den Willen besitzen würde, ein solches Werk durchzuführen, wußte man wohl. Man erwartete in dieser Hinsicht Alles von der Thätigkeit eines aus der Mitte der Nation zu entnehmenden Parlamentes, dessen Vorversammlung, wie später zu berichten, binnen kurzem in

Frankfurt zusammentrat. Wohl aber forderte die öffentliche Meinung von dem Bundestage ungestüm die Zerstörung dessen, woran er unter Metternichs Leitung seit Jahrzehnten gearbeitet, die Aufhebung der Karlsbader und Wiener Beschlüsse und der sonstigen reaktionären Maßregeln.

Wider alles Erwarten zeigte der Bundestag nicht jenen Widerstand, welchen man seiner Vergangenheit nach annehmen konnte. Sein politischer Instinkt schien ihm zu sagen, daß es für ihn räthlicher sei, sich wenigstens scheinbar der Bewegung anzuschließen als von ihr niedergeworfen und erdrückt zu werden.

Vorsitzender des Bundestages war um diese Zeit, da der österreichische Gesandte Graf Münch-Bellinghausen nicht anwesend war, und sein Ersatzmann Graf Colloredo erst am 17. März eintraf, der Vertreter Preußens, Graf von Dönhoff. Baiern wurde durch Herrn von Gasser repräsentirt, Sachsen durch den Freiherrn von Nostitz, Hannover durch den Freiherrn von Lenthe, Würtemberg durch den Freiherrn von Blomberg, Baden durch den Freiherrn von Blittersdorff, Kurhessen durch den Geheimen Rath von Rieß, Hessen-Darmstadt durch Gruber, Holstein und Lauenburg durch den dänischen Rath von Pechlin, Luxemburg und Limburg durch den Staatsrath von Scherff, die sächsischen Kleinstaaten durch den Freiherrn von Fritsch, Braunschweig und Nassau durch den Freiherrn von Wintzingerode, die beiden Mecklenburg durch den Rath von Schack, Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg durch den Staatsrath von Both, die fürstlichen und landgräflichen Häuser durch den Freiherrn von Holzhausen, die freien Städte durch Senator Curtius.

Schon am 29. Februar machte Graf Dönhoff in der 9. Sitzung des Bundestages die Versammlung auf die gefahrdrohende Lage aufmerksam und veranlaßte die Bildung eines Ausschusses, welcher, aus fünf, später sieben, Mitgliedern des Bundestags bestehend, dem letzteren Vorschläge über die erforderlichen Maßregeln unterbreiten sollte.

Es war sonst die Gewohnheit der Versammlung gewesen, sich in der Erledigung der laufenden Angelegenheiten nicht eben zu übereilen, allein jetzt veranlaßte der Drang der Umstände eine wahrhaft fieberhafte Thätigkeit. Schon am nächsten Tage,

dem 1. März, hatte man es im Thurn- und Taxis'schen Palais zuwege gebracht, mit der ganzen Vergangenheit zu brechen und folgende, von dem preußischen Gesandten verfaßte Proklamation an das deutsche Volk zu erlassen:

„Der deutsche Bundestag als das gesetzliche Organ der nationalen und politischen Einheit Deutschlands wendet sich vertrauensvoll an die deutschen Regierungen und an das deutsche Volk."

„Verfassungmäßig berufen, für die Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands zu sorgen, spricht der Bundestag seine Ueberzeugung dahin aus, daß beide nur ungefährdet bleiben können, wenn in allen deutschen Landen das einmüthigste Zusammenwirken der Regierungen und Völker und die innigste Eintracht unter allen deutschen Stämmen mit gewissenhafter Treue erhalten werden."

„Nur auf dieser Eintracht und diesem Zusammenwirken beruht die Macht und die Unverletzlichkeit Deutschlands nach außen und die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe, sowie die Sicherheit der Personen und des Eigenthums im Innern. Die Geschichte Deutschlands giebt die Belege hierzu, sowie die bitteren Lehren über die traurigen Folgen, wenn Zwietracht zwischen den Regierungen und Völkern und den einzelnen Stämmen die Kräfte der deutschen Nation zersplittert und schwächt und ihr Inneres zerreißt."

„Mögen diese theuer erkauften Erfahrungen in der bewegten Gegenwart unvergeßlich sein und während der stürmischen Zukunft benutzt werden, die möglicherweise Deutschland nicht ferne steht."

„Der deutsche Bundesstaat fordert daher alle Deutschen, denen das Wohl Deutschlands am Herzen liegt — und andere Deutsche giebt es nicht — im Namen des gesammten Vaterlandes dringend auf, es möge ein Jeder in seinem Kreise nach Kräften dahin wirken, daß diese Eintracht erhalten und die gesetzliche Ordnung nirgends verletzt werde."

„Der Bundestag wird von seinem Standpunkt aus Alles aufbieten, um gleich eifrig für die Sicherheit Deutschlands nach außen, sowie für die Förderung der nationalen Interessen und des nationalen Lebens im Innern zu sorgen."

„Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europas gebührt, aber nur der Weg der Eintracht, des gesetzlichen Fortschrittes und der einheitlichen Entwickelung führt dahin.“

„Die Bundesversammlung vertraut mit voller Zuversicht auf den in den schwierigsten Zeiten stets bewährten gesetzlichen Sinn, auf die alte Treue und die reife Einsicht des deutschen Volkes.“

Auf den ersten Blick mag es befremdlich erscheinen, daß nach alledem, was seit 1815 vorgefallen, der Bundestag den wenig beneidenswerthen Muth besaß, mit einem derartigen Manifeste vor das fieberhaft erregte Volk zu treten, allein eine nähere Betrachtung zeigt, daß der Erlaß dieser Bekanntmachung von einer staatsmännischen Gewandtheit zeugt, wie sie sonst der Versammlung fremd war. Man sah ein, daß ein Widerstand gegen die immer gewaltiger anschwellende Bewegung zur völligen Mißachtung oder sogar Vertreibung des Bundestags führen und die Errichtung irgend einer Volksregierung ermöglichen würde, es war daher ein Gebot der Klugheit, sich der Bewegung anzuschließen, um sie desto sicherer zu leiten. Zudem war von Freiheit in dem Manifeste keine Rede, nur die Einheit Deutschlands wurde fort und fort betont; — man wußte, welche Anziehungskraft gerade dieses Thema auf deutsche Idealpolitiker ausübte.

Immerhin jedoch mußte man bald erkennen, daß die allgemeinen Wendungen, in welchen sich das Manifest bewegte, nicht hinreichten, um den Sturm zu beschwören. Schon in der Sitzung vom 1. März hatten Baden und Würtemberg erklärt, ohne Bewilligung der Preßfreiheit sich nicht mehr halten zu können, und dieselbe zugleich provisorisch in beiden Staaten eingeführt. Zwei Tage darauf stellte der Ausschuß den Antrag, jedem deutschen Bundesstaate freizustellen, die Censur aufzuheben und die Preßfreiheit zu gestatten, jedoch unter Garantieen, welche die andern deutschen Bundesstaaten und den ganzen deutschen Bund gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit möglichst sicher stellten, und diese Bestimmungen sofort zu veröffentlichen. Gegen die Stimmen Oesterreichs, Hannovers und Kurhessens wurde dieser Antrag zum Beschluß erhoben und damit die erste Bresche in das Reaktionssystem der Karlsbader

und Wiener Beschlüsse gelegt. Am 13. März übergab Preußen den Entwurf eines neuen Preßgesetzes, das trotz der Censuraufhebung, betreffs derer übrigens Preußen schon 1847 Vorschläge gemacht hatte — den Regierungen noch genug Handhaben zur Verfolgung der Presse bot.

Zu gleicher Zeit traf der Bundestag umfassende Sicherheitsmaßregeln. Eine theilweise Mobilmachung der Armee, namentlich des 7. und 8. Bundesarmeecorps, an deren Spitze Prinz Karl von Baiern trat, und des 7. und 8. preußischen Armeecorps wurde angeordnet. Allein auch hiebei drang der neue Zeitgeist siegreich durch; die Truppen trugen schwarz-roth-goldene Kokarden, an den Bundesfestungen und den Siegeln der Bundesbehörden prangte das neuerstandene Bundeswappen, der deutsche Reichsadler, ja, am 9. März ereignete sich das Unglaubliche und Unerhörte, daß von dem Thurn'schen Palais in der Eschenheimer Gasse eine mächtige Fahne in den lange verfolgten Farben schwarz-roth-gold herniederhing.

Allein der Bundestag ging noch weiter; am 8. März war er zu der Ueberzeugung gekommen, „daß eine Revision der Bundesverfassung auf wahrhaft zeitgemäßer und nationaler Grundlage nothwendig sei", am 10. beschloß er „sämmtliche Bundesregierungen einzuladen, Männer des allgemeinen Vertrauens, und zwar für jede der siebzehn Stimmen des engeren Rathes eine, alsbald (spätestens bis zu Ende des Monats) mit dem Auftrage hierher abzuordnen, der Bundesversammlung und deren Ausschüssen zum Behufe der Vorbereitung der Revision der Bundesverfassung mit gutachtlichem Beirathe an die Hand zu gehen".

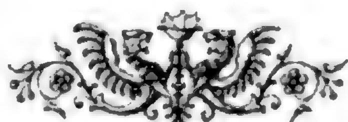
Es war dieser Beschluß, dem alsbald von den Regierungen stattgegeben wurde, von weittragenden Folgen, namentlich für den Zusammentritt des Vorparlaments. Die meisten der siebzehn „Vertrauensmänner", die in den nächsten Wochen in Frankfurt eintrafen, gehörten der bisherigen liberalen Opposition an und bildeten, als zu Ende des Monats das Vorparlament zusammenkam, eine Schutzwehr gegen jene Radikalen, welche unter Niederwerfung des Bundestages das Vorparlament auf die Bahn des französischen Konvents zu drängen suchten. Sie ver-

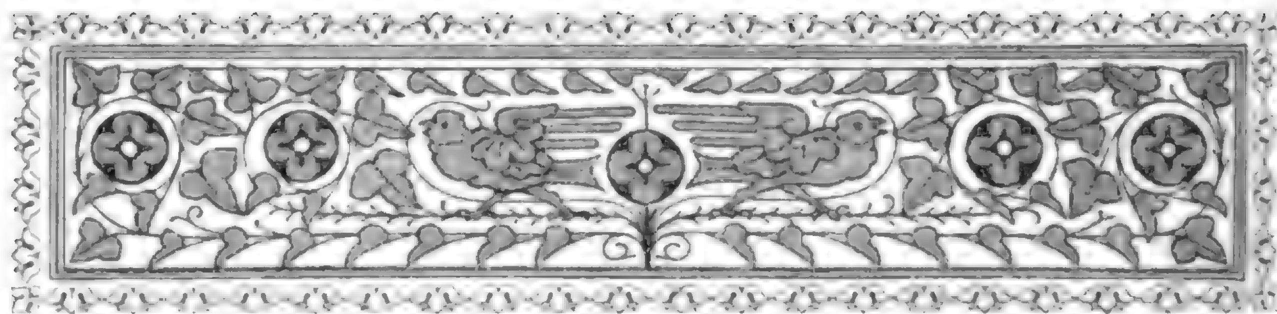
mittelten ferner hauptsächlich den Verkehr mit jener revolutionären Versammlung, welche wenig Neigung zeigte, sich um die Wünsche des Bundestages zu kümmern.

Die Namen der Vertrauensmänner waren Professor Dahlmann (Preußen), Kirchgeßner (Baiern), von Schmerling und Freiherr von Sommaruga (Oesterreich), Todt (Sachsen), Uhland (Würtemberg), Professor Zachariä (Hannover), Bassermann (Baden), Langen (Hessen-Darmstadt), Wippermann, dann Bergk (Kurhessen), Wilmar (Luxemburg), von der Gabelentz und Luther (sächsische Herzogthümer), Stever (Mecklenburg), Professor Albrecht (Oldenburg), Jaup und Petri (Kleinstaaten der 16. Stimme), Professor Gervinus (freie Städte).

Noch immer aber war das eigentliche System der Reaktion nicht gebrochen, bestanden die „provisorischen" Ausnahmegesetze in Kraft. Erst am 23. März beantragte die freie Stadt Frankfurt die Aufhebung sämmtlicher seit 1819 erlassenen Ordonnanzen. Es kostete einige Zeit, bis sich der Bundestag auch zu diesem schweren Schritte entschloß; zunächst überwies er die Angelegenheit einem Ausschuß, und zwar gerade jener Kommission, welche, in Folge des Artikels 28 der Wiener Schlußakte gebildet, den Auftrag hatte, die Vollziehung eben jener Ausnahmegesetze zu überwachen. Erst als bereits das Vorparlament zusammengetreten war und seine dritte Sitzung abhielt, am 2. April, beschloß die Bundesversammlung: „daß die gedachten, beanstandeten Ausnahmebeschlüsse für sämmtliche Bundesstaaten aufgehoben, mithin bereits als völlig beseitigt zu betrachten, und wo es noch erforderlich befunden werden sollte, darüber die nöthigen Bekanntmachungen zu erlassen seien".

Damit erst hatte sich der Sieg der Revolution endgültig entschieden, die Reaktion, die 33 Jahre auf Deutschland gelastet, war gebrochen.





III. Abschnitt:

Die Märzbewegung in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten.

1.

Der Februar und März in Baiern.

Der Sturm, der von den Pariser Barrikaden über den Rhein herüber zog, fand in Baiern bereits durch vorhergegangene Ereignisse das Vertrauen zu der Staatsleitung auf das Tiefste erschüttert.

Das Land erfreute sich einer verhältnißmäßig freisinnigen Verfassung, die ihm sein erster König, der frühere Rheinbundsfürst, Maximilian Joseph am 26. Mai 1818 verliehen. Gleich in der Einleitung enthielt dieses Blatt Papier die Zusicherung der „Freiheit der Meinungen, mit gesetzlichen Beschränkungen gegen den Mißbrauch", es versprach (IV, § 11) sogar eine Art Preßfreiheit, die jedoch bald genug beschnitten wurde, es bestimmte endlich den Zusammentritt einer „Ständeversammlung", die aus zwei Kammern bestehen sollte. Die erste derselben war die „Kammer der Reichsräthe", gebildet aus den Prinzen, den Häuptern des Hochadels, den Spitzen der Geistlichkeit und bestimmten, vom Könige berufenen Personen, die zweite setzte sich zur Hälfte aus den Vertretern der nichtadeligen Landeigenthümer zusammen; das dritte Viertel bildeten die Repräsentanten der

Städte und Märkte, in das letzte theilten sich der grundbesitzende Adel und die Geistlichkeit. Außerdem entsandten die drei Landesuniversitäten je ein Mitglied.

Ohne Zustimmung der Stände durfte kein neues Gesetz, welches bisher bestandene Freiheiten der Person und des Eigenthums angriff, erlassen, noch neue Steuern eingeführt bezw. alte erhöht werden. Eine genaue Nachweisung des Staatshaushaltes sollte den Kammern vorgelegt werden; auch stand denselben das Recht zu, sich mit Anträgen an den König zu wenden, und ihr Zusammentritt mußte spätestens alle drei Jahre erfolgen.

Diese verhältnißmäßig bedeutenden Rechte hätten, von energischen Volksvertretern ausgenutzt, zum mindesten dazu hingereicht, das bairische Staatsleben vor einer völligen Versumpfung zu bewahren; aber es geschah nichts dergleichen. — Hatte die Kammer auch anfangs einige Versuche zur Opposition gemacht, so verfiel sie in den dreißiger und zumal den vierziger Jahren in eine völlige Schlaffheit; durch Urlaubsverweigerung, welche den Staatsbeamten die Erfüllung ihrer Abgeordnetenpflicht unmöglich machte, durch Maßregelungen aller Art suchte die Regierung dies zu fördern, und zwar mit solchem Erfolge, daß sogar die nie ganz aufgeklärte, jedenfalls völlig ungesetzliche Ausleihung von Staatsgeldern an den bairischen Griechenkönig zwar viel Lärm, aber keinen ernstlichen Widerstand hervorrief.

Unerwartet war König Max Joseph 1825 in Nymphenburg einem Schlagfluß erlegen; sein Sohn, der bei Lebzeiten des Vaters stets mit diesem im Streit gelegen hatte, bestieg als Ludwig I. am 13. Oktober den Thron. Der neue Herrscher war, wie sich bald zeigte, vom Geiste der heiligen Allianz durchdrungen und legte eine romantische Vorliebe für ein verschwommenes „Teutschthum" an den Tag.

Kunst und Wissenschaften förderte er eifrig und war selber Künstler, und zumal Dichter; er schrieb und veröffentlichte Poesieen, deren Qualität allerdings durch das geflügelte Wort des Witzbolds Saphir vom „Wasserdichter" genugsam gekennzeichnet worden ist. Für die Regierung zeigte der Herrscher wohlwollende Grundsätze, aber kein sonderliches Interesse; größtentheils überließ er dieselbe seinen Ministern, zumal seitdem letztere, vom

Oktober 1837 ab, aus Abel, Graf Seinsheim und Genossen bestanden. Bis dahin hatte, seit dem zu Anfang 1831 aus Anlaß eines neuen Censuredikts erfolgten Rücktritte des Ministeriums Schenck, Fürst Ludwig von Oettingen-Wallerstein in liberalem Sinne die Geschicke Baierns gelenkt, das heißt im wesentlichen einen hoffnungslosen Kampf gegen die klerikale Partei geführt, der er schließlich unterlag.

Schon unter seiner Amtsführung war die Demagogenverfolgung zu hoher Blüthe gelangt, so daß Dr. Eisenmann, der spätere Abgeordnete der Paulskirche, der Bürgermeister Behr u. A. ihre freie Gesinnung durch langjährige Kerkerhaft büßten, und, als Spezialität Baierns, die kniefällige Abbitte vor dem Bilde des Königs eingeführt wurde; jetzt aber arbeitete mit der Reaktion, die hier in gleicher Weise wie in den anderen deutschen Staaten auftrat, auch noch jesuitische Klugheit und Glaubenswuth an der Unterdrückung jeder Geistesregung; zwar die Heerschaar Jesu selbst war aus Baiern wie aus den meisten Staaten verbannt, allein ihr Ableger, die Redemptoristen, blühte seit dem Ausgang der dreißiger Jahre kräftig empor, so daß das Königreich bis 1847 nicht weniger als 132 Klöster zählte. So mächtig war dieser Zug der Zeit, daß selbst ein einst gefürchteter Freigeist, der alte Görres, sich offen der ultramontan-demokratischen Bewegung anschloß und dieselbe in seinen „Historisch-politischen Blättern" vertrat. Die Staatsschuld war im selben Jahre auf über 127 Millionen Gulden gewachsen. Im übrigen jedoch muß man dem Ministerium Abel das Gute lassen, daß es kräftig und charaktervoll auftrat, eine Eigenschaft, durch die es binnen kurzem nicht nur das Land, sondern auch den König unbedingt beherrschte, bis ein ganz unerwartetes Ereigniß störend dazwischen trat.

Wie in anderen Staaten, so stand auch an dem Hofe König Ludwigs von jeher das Maitressenwesen in Blüthe. Die klerikalen Berather des Herrschers waren viel zu klug, als daß sie gegen diese menschliche Schwäche ihres Gebieters Einsprache erhoben hätten; zudem waren bisher alle von der Gunst des Monarchen Ausersehenen theils ganz unbedeutende Persönlichkeiten, theils Werkzeuge in der Hand der Ultramontanen gewesen.

Dies Alles aber wurde mit einem Schlage anders, als im Oktober 1846 die fahrende Tänzerin Lola Montez in der bairischen Hauptstadt erschien und binnen kurzem den alternden König völlig unter ihre Herrschaft zu bringen wußte.

Es kann nicht im Zwecke und Sinne dieser Zeilen liegen, länger als unbedingt nöthig bei den zahlreichen mehr oder minder anstößigen Abenteuern zu verweilen, deren Schauplatz München in der nächsten Zeit wurde, und die in Hülle und Fülle bei mehreren Chronisten, namentlich mit besonderem Behagen auch bei Scherr, erzählt sind; nur so viel sei erwähnt, daß die Montez, wahrscheinlich von kreolisch-irischer Abstammung, in England erzogen und, wie es scheint, in Indien ihrem Manne, einem englischen Kapitän, entlaufen war, um in verschiedenen Hauptstädten Europas ein Wanderleben zu führen, während dessen sie die Polizei bereits aus Preußen und anderen Staaten ausgewiesen hatte. Außer ihrer faszinirenden, wennschon stark verblühten Schönheit besaß sie verschiedene Eigenschaften, welche sie wesentlich von ihren Vorgängerinnen in der Huld des Königs unterschieden und es ihr ermöglichten, eine so bedeutende Rolle in den Geschicken Baierns zu spielen. Eigentlich geldgierig war sie nicht zu nennen, obgleich sie sich den Reichthum, mit dem ihr königlicher Freund sie umgab, gern gefallen ließ, dagegen zeigte sie eine ausgesprochene Herrschsucht, sehr deutliche Sympathieen und Antipathieen, unter welch letzteren namentlich ein grimmiger Haß gegen die Jesuiten hervorstach, einen bedeutenden Witz und Verstand und einen für ein Weib ungewöhnlichen persönlichen Muth, der sie veranlaßte, sich in München mehrfach einer offenbaren Lebensgefahr auszusetzen. Rechnet man hierzu noch das geheimnißvolle romantische Dunkel, welches über der Herkunft und Vergangenheit der Tänzerin lag, und ihr von Uebermuth und Abenteuerlust prikelndes Wesen, so wird man den Zauber begreiflich finden, den die angebliche Sennora Maria Dolores Porris y Montez wie auf so viele Andere, so auch auf den Baiernkönig ausübte.

Anfangs zwar enthielt sich dieselbe jeder Einmischung in die Regierungsverhältnisse, sie verbat sich sogar die weitere Zusendung von Bittschriften, die — bezeichnend genug — in Menge bei

der königlichen Maitresse einliefen, und vergnügte sich mit einer Art von Leibgarde, die sich, aus jungen Offizieren, Schauspielern, Studenten u. s. w. bestehend, um sie geschaart hatte. Bald jedoch änderte sich dies. Sie hielt es ihrer neuen Stellung für schuldig, den Eintritt in die Gesellschaft zu verlangen, doch ohne Erfolg. Unerbittlich verschlossen ihr die adligen Kreise, und ebenso die öffentlichen Vereinigungen, der Kunstverein, die Museumsgesellschaft u. A. die Thüre, obgleich der König — unglaublich aber wahr — sich persönlich für sie verwandte, selbst mehrfach an hochgestellte Offiziere und Beamte die Aufforderung ergehen ließ, sich in den Salons seiner Freundin zu zeigen.

In dieser Verlegenheit schien nur ein Mittel übrig: der König mußte die Montez, um sie gesellschaftsfähig zu machen, in den Adelstand erheben, und nach vielen Bemühungen setzte sie auch wirklich ihre Bitte durch.

Diese geplante Beförderung der Tänzerin zur Gräfin Landsfeld brachte den Konflikt mit dem Ministerium, dessen Leiter, Herr von Abel, bereits in hohem Maße durch eine im Januar 1847 erfolgte Maßregel gereizt war, mittels welcher man das Ressort des Kirchen- und Unterrichtswesens ihm entzogen und einem besonderen Minister unterstellt hatte. Kurz und bündig verweigerte er mit seinen Collegen ihre Unterschrift zu dem königlichen Dekrete zu geben, durch welches der Spanierin vor der Erhebung in den Adelstand erst das bairische Indigenat verliehen werden mußte. Am 13. Februar 1847 richteten die Minister ihr Ultimatum in Form einer geharnischten Denkschrift an den Monarchen, in welcher sie nach allen möglichen versteckten Drohungen mit dem Zorn des Fürstbischofs von Breslau, dem Spotte der „Ulmer Chronik", dem Frohlocken der Uebelgesinnten, um ihren Abschied nachsuchten[1], der ihnen alsbald bewilligt wurde.

Am 8. Februar hatte, wie auch in dem erwähnten Dokumente berichtet wird, ein Herr von Maurer „die bewußte Indigenatsverleihung als die größte Kalamität, die über Baiern

[1] Das Schriftstück sollte geheim bleiben, kam aber durch eine Intrigue zu allgemeiner Kenntniß. Das Nähere bei Scherr, I, 106. Der Wortlaut des Dokuments bei Würth, I, 477.

kommen könne", laut und öffentlich in der Staatsrathssitzung bezeichnet, doch konnte ihn dies als gewiegten Diplomaten nicht hindern, alsbald nach Abels Sturze der Aufforderung des Königs folgend an die Spitze des neuen Ministeriums zu treten und mit seinen Genossen von Zenetti, Frhr. zu Rhein u. A. die Indigenatserklärung gegenzuzeichnen. Eine schlimme Zeit der Verfolgung brach jetzt über die klerikale Partei, die ein Jahrzehnt unumschränkt geherrscht, herein. Besonderes Aufsehen und große Erbitterung rief namentlich die Amtsenthebung des Professors v. Lasaulx, eines Neffen von Görres, hervor, der im akademischen Senate beantragt hatte, dem Ministerium Abel eine Anerkennung seines Verhaltens auszusprechen. Aus Anlaß dieser Maßregel fanden am 1. März 1847 die ersten Studentenunruhen vor dem Hause der Montez statt. Während dieses Skandals begab sich der König mitten durch die dichtgedrängte Menschenmenge in die Wohnung seiner Geliebten und verließ dieselbe in der gleichen Weise, ohne sich um die nichts weniger als ehrfurchtsvollen Zurufe, die ihn von allen Seiten verfolgten, im Mindesten zu kümmern.

Bis zum Herbste ging nun Alles in ziemlicher Ordnung, dann aber zeigte der am 20. September 1847 zusammenberufene außerordentliche Landtag, der eigentlich nur ein Eisenbahnanlehen bewilligen sollte, eine solch renitente Haltung gegen die Finanz- und Maitressenwirthschaft des Königs, und das Ministerium Maurer bewies eine solche Unfähigkeit, daß dasselbe sofort nach dem Schlusse des Landtages, am 30. November, in corpore seinen Laufpaß erhielt.

Das nunmehr mit der Regierung betraute „spanische" Ministerium war seltsam zusammengesetzt; an der Spitze stand ein Mann, wie der Fürst von Oettingen-Wallerstein, von dem man unmöglich annehmen konnte, daß er sich zum Schleppträger der Gräfin Landsfeld erniedrigen würde. Er hatte vielmehr, wie es scheint, thatsächlich jetzt nach dem Sturze der Klerikalen und des Ministeriums Maurer die Zeit für gekommen gehalten, um seinen liberalen Ideen Eingang zu verschaffen. Die eigentliche Seele des Ministeriums aber war der Herr von Berchs, ein erklärter Anhänger der Spanierin.

Die Aufregung steigerte sich jetzt mehr und mehr, trotzdem die neuen Berather des Königs eine Reihe von Reformen, namentlich ein höchst freisinniges Preßgesetz erließen, welches die Censur nur mehr für Gegenstände der äußeren Politik, für das Gesetz übertretende Artikel und Angriffe auf die Ehre von Privatpersonen bestehen ließ. Die Liberalen zeigten sich nicht geneigt, das herrschende Ministerium, obwohl es aus ihren Kreisen hervorgegangen, zu unterstützen, so lange es solchen Einflüssen dienstbar blieb, und die zurückgedrängten Klerikalen und Reaktionäre warteten nur auf eine passende Gelegenheit, um sich von Neuem des Staatsruders zu bemächtigen.

Bald fand sich eine solche, und zwar in Gestalt von Konflikten, die innerhalb der Münchener Studentenschaft ausbrachen. Etliche Mitglieder der Landsmannschaft Palatia, die im Hause der Tänzerin verkehrten, waren in Folge dessen von ihrer Verbindung ausgestoßen worden und hatten für sich ein neues Corps, die Alemannia, gebildet, das alsbald in schroffen Gegensatz zu den übrigen fünf Verbindungen und der gesammten Studentenschaft trat, dafür aber vom König und seiner Maitresse in jeder Weise protegirt wurde.

Bald nachdem die neue Verbindung am 17. Januar 1848 ihren Eröffnungskommers in Anwesenheit des Ministerverwesers von Berckś gehalten, kam der Zorn der übrigen Studentenschaft beim Begräbnisse des in diesen Tagen gestorbenen Görres zum Ausbruch und äußerte sich in heftigen Tumulten.

Dies war am 3. Februar geschehen; die in den folgenden Tagen bekannt gewordene Aeußerung der Tänzerin: „Wenn das sich nicht ändert, werde ich machen, daß die Universität geschlossen wird!“ steigerte die Erregung in einer Weise, daß es am 7. Februar nur mit Mühe dem Rektor Thiersch und dem Fürsten Wallerstein gelang, die in der Aula versammelte Studentenschaft von Exzessen, namentlich gegen die verhaßten Alemannen, zurückzuhalten. Am Abend lösten sich sämmtliche Landsmannschaften auf, um nicht auf gleicher Stufe wie jene Verbindung zu stehen.

Der folgende Tag verlief in ähnlicher Weise; wo man die rothen Mützen der Alemannen erblickte, wurden diese letzteren mit

Schreien, Pfeifen und Schmähungen empfangen, bis endlich am 9. ein Mitglied der Verbindung, ein Graf Hirschberg, der schon zwei Tage zuvor einem Studenten in das Gesicht geschlagen, von Wuth ergriffen einen Dolchstoß nach einem der Umstehenden führte. Zwar verfehlte die Waffe ihr Ziel, aber die Erbitterung der Studentenschaft siegte jetzt über die bisherige Mäßigung; nur mit größter Mühe gelang es dem Rektor, zu welchem sich schon zuvor eine Deputation der Alemannen beschwerdeführend begeben hatte, und den herbeigeeilten Gendarmen, den Grafen Hirschberg mit seinen Genossen der Menge zu entziehen und in ein Kaffeehaus zu retten.

Zugleich war Lola Montez selbst, die sich, um ihre Freunde besorgt, mitten in den Tumult hineingewagt hatte, vom Volke erkannt und insultirt worden; sie mußte sich, von einigen Bürgern umringt, in die Theatinerkirche, von dort unter starker Gendarmeriebedeckung nach der Residenz flüchten.

Die gesammte Garnison trat nun unter Waffen; der schon Tags zuvor gefaßte Beschluß, die Universität zu suspendiren, wurde dem Rektor bekannt gemacht und von diesem den Studenten, die in Masse bei ihm um die Ausschließung der Alemannen von der Hochschule petitionirten, mitgetheilt. Fast wäre es hier noch zum Kampfe gekommen, da plötzlich eine Abtheilung Reiterei auf dem Universitätsplatze erschien und die Studenten sich bereits mit Bänken und Aehnlichem zu bewaffnen begannen; doch zogen sich die Kürassiere auf Zureden des Rektors zurück und Alles ging ruhig auseinander.

Als jedoch am folgenden Tage, dem 10., ein Anschlag an dem schwarzen Brett nicht nur die Schließung der Hochschule bis zum Wintersemester verkündete, sondern auch den nicht aus München gebürtigen Studenten aufgab, innerhalb 24 Stunden die Hauptstadt zu verlassen, ein Befehl, dem die meisten aus Mangel an Reisegeld überhaupt nicht nachkommen konnten, da war die unzerreißbar scheinende Geduld nicht nur bei den Studenten, sondern auch bei der vielfach auf die Universität angewiesenen Bürgerschaft zu Ende, zumal nachdem eine von Hauptmann Bauer geführte Gendarmerie-Abtheilung einen ganz unmotivirten Bajonettangriff auf die vor der Wohnung des

Fürsten Wallerstein versammelten Studenten gemacht und einige derselben verwundet hatte.

Ganz München gerieth in Bewegung; der akademische Senat hielt eine Sitzung ab, die Magistratscollegien traten zusammen, die Bürgerschaft versammelte sich im Rathhaus und zog gegen vier Uhr Nachmittags mehr als zweitausend Köpfe stark und von einer gewaltigen Menschenmenge umgeben, nach dem Schlosse.

Anfangs schien König Ludwig wenig geneigt, auf die Sturmpetition einzugehen; allein als gegen Abend die Aufregung wuchs und bereits in der Barerstraße, wo das Haus der Spanierin stand, bedenkliche Anzeichen des Volkszornes hervortraten, erkannte er, daß er die Geduld seiner Unterthanen überschätzt, und erließ um 10 Uhr Nachts folgende, selbstverfaßte Proklamation:

„Jetzo, da die Bürger sich ruhig zurückbegeben haben, ist's Mein Vorhaben, daß statt erst mit dem Wintersemester bereits mit dem Sommersemester die Universität wieder geöffnet werde, wenn bis dahin Münchens Einwohner sich zu Meiner Zufriedenheit benehmen. Das Wohl der Bürger liegt Mir am Herzen; das bewies ich seit mehr denn 22 Jahren."

„Ludwig."

Mit diesem klassischen Schriftstück goß jedoch der König nur Oel ins Feuer und überzeugte sein Volk, daß es nur entschlossen aufzutreten brauche, um seinen Willen durchzusetzen. Schon am frühen Morgen des 11. trat die Bürgerschaft und der Senat von Neuem zusammen und kühner geworden durch die Erfahrungen des vorhergegangenen Tages forderten die an den Minister von Bercks entsandten Deputationen nunmehr nicht bloß die sofortige Wiedereröffnung der Universität und die Ausschließung der Alemannen, sondern auch die Entfernung der Urheberin alles dieses Unglücks aus der Residenz.

Das war ein schwerer Schlag für den König, welcher mit einer wahrhaft blinden Liebe an der Spanierin hing, allein es blieb ihm Angesichts der immer drohender werdenden Haltung der Volksmassen keine Wahl; Lola Montez erhielt den Befehl, innerhalb einer Stunde München zu verlassen und leistete demselben auch Folge; es war die höchste Zeit, denn bereits war

die Aufregung des Volkes zu einer Höhe gediehen, daß dasselbe, sobald es den Reisewagen der Tänzerin zu Gesicht bekam, eine förmliche Jagd auf denselben machte. Nur der Geistesgegenwart ihres Kutschers, der die Pferde zum schärfsten Lauf antrieb und unvermuthet bald diese bald jene Querstraße einschlug, dankte es die Verfolgte, daß sie glücklich das Thor erreichte und ihre Flucht nach Lindau fortsetzen konnte. Einige Alemannen und zwei Polizeioffizianten begleiteten sie auf der Reise, während welcher, einen Auflauf in Kempten ausgenommen, keine weiteren Unruhen stattfanden. Später begab sie sich in die Schweiz, kehrte jedoch noch mehrfach insgeheim und in Verkleidungen nach München zurück. Dort hatte kurz nach ihrer Abreise das Volk ihr berüchtigtes Haus in der Barerstraße gestürmt und theilweise demolirt; ein großes Packet Bittschriften, welches man in einem der Gemächer entdeckte, ging zur peinlichsten Ueberraschung der Verfasser, unter denen sich bekannte Persönlichkeiten befanden, von Hand zu Hand.

Als um halb elf Uhr Vormittags an diesem Tage der Fürst von Wallerstein im Beisein des Ministeriums auf dem Rathhause verkündete, die Gräfin Landsfeld habe München verlassen, die Alemannia sei ausgewiesen und künftigen Montag solle die Hochschule wieder eröffnet werden, war der Jubel groß. In dichtgedrängten Schaaren zogen die biederen Münchener nach dem Franz-Josephsplatz und brachten ihrem Landesvater, der am Fenster der Residenz erschien, ein stürmisches Hoch.

Allein trotz aller Freude ließen die Ereignisse dieser Tage einen Stachel im Herzen des Baiernvolkes zurück; die alte Gemüthlichkeit war dahin und eine gespannte, aufgeregte Stimmung trat an ihre Stelle.

In einer solchen Verfassung erhielt die Hauptstadt die Kunde von den Pariser Februar-Ereignissen. Die Wirkung war dieselbe wie überall in Deutschland; das anfängliche Erstaunen wich alsbald einer wachsenden Erregung — man begann die Zeitungen laut in den Kaffeehäusern vorzulesen, aufgeregte Gruppen besprachen auf der Straße die Lage der Dinge, schüchtern erst, dann immer bestimmter tauchten die Forderungen des Volkes auf und steigerten sich bei jeder Wiederholung.

Am 2. März kam die Bewegung zum Ausbruch; schon am Morgen forderten zahlreiche Plakate zur Absetzung des Ministers von Berchs auf, am Abend wurde dem Präsidenten des Kabinets, der eben im Begriffe stand, einen vierwöchentlichen Urlaub anzutreten, eine großartige Katzenmusik ausgebracht; bald genügte auch dies der Menge nicht mehr; sie schritt zu Thätlichkeiten, warf, obgleich eine starke Militärabtheilung aufmarschirte, sämmtliche Fenster der im Damenstift befindlichen Wohnung des Ministers ein, machte dann vor dem Ministerium des Innern, dem Ständehaus und dem Residenz-Neubau ihrem Zorne in gleicher Weise Luft, stürmte eine Gendarmeriewache und versuchte einige Waffenläden zu plündern. An verschiedenen Punkten erscholl der Ruf: „es lebe die Republik!" selbst mit dem Barrikadenbau wurde begonnen, so daß gegen 10 Uhr Nachts Generalmarsch geschlagen wurde und das Militär mit gefälltem Bajonett ausrückte. Doch kam es nirgends zu wirklichen Zusammenstößen.

Am folgenden Tage, dem 3. März, griff die Bewegung um sich; eine mit Tausenden von Unterschriften bedeckte Adresse der Münchener Bürgerschaft und desgleichen eine der Hochschule wurde dem König überreicht, der sich daraufhin veranlaßt sah, gegen Abend theilweise nachzugeben. Ein Dekret veröffentlichte die Auflösung der Kammer der Abgeordneten, die sofortige Vornahme von Neuwahlen und die Einberufung des Landtags auf den 31. Mai.

Allein damit gab sich die Bevölkerung noch lange nicht zufrieden; am 4. März schien ein ernstlicher Kampf in Aussicht zu stehen; die Garnison war ausgerückt, ein Chevauxlegersregiment und andere Truppen eilends nach der Hauptstadt beordert, eine große Menge Bürger, unzufrieden über die zu weit hinausgeschobene Einberufung der Stände, umlagerte das Schloß und entsandte Abordnungen zum König, der, seinerseits in den Harnisch gerathend, seine sämmtlichen bisherigen Verheißungen zurückzunehmen erklärte.

Nun aber traf die Nachricht ein, daß das „Volk" sich inzwischen kurz entschlossen und das am Anger gelegene Zeughaus gestürmt habe. Alles stürzte jetzt dorthin, um nicht den Proletariern allein die Waffen zu überlassen, und alsbald eilten

Tausende von Bürgern, Studenten und Künstlern, Musketen, Säbel und andere Mordwerkzeuge schwingend, jubelnd und schreiend durch die Straßen. Das Militär verhielt sich ziemlich passiv, so sehr auch Fürst Wrede zu entschlossenen Maßregeln drängte; die hie und da ertönenden Schüsse rührten nicht von den Truppen her, sondern kamen aus den dem Zeughause vom Volk entnommenen Gewehren. Dieses Freudenfeuern war um so gefährlicher, als bereits in vielen Dörfern der Nachbarschaft die Bauern bewaffnet bereit standen, um auf den ersten Schuß hin in die Stadt zu ziehen.

Inmitten dieses allgemeinen Tumultes erschien um vier Uhr Nachmittags der Prinz Karl zu Pferde auf den Straßen, forderte zur Ruhe auf und verbürgte sich mit seinem Ehrenwort, daß die Stände schon am 16. März einberufen werden sollten. Ein bald darauf erschienener Anschlag des Magistrats bestätigte diesen Entschluß des Königs. Damit war das Volk zunächst zufriedengestellt und die Nacht verging ruhig.

Schon am nächsten Tage, dem 5., jedoch fand eine äußerst stürmische Volksversammlung im Rathhause statt, deren Verhandlungen sich hauptsächlich um die Entfernung der von auswärts herbeigezogenen Truppen, um die Preßfreiheit und Gleichberechtigung der Konfessionen drehte. Den Mittelpunkt des Volkszornes bildete jetzt der Fürst Wrede, der nur mit Mühe vor Thätlichkeiten des Volkes bewahrt werden konnte; zahlreiche Adressen aus den Provinzialstädten trafen ein; am Abend erschien der Kronprinz in der Hauptstadt.

Unheildrohend brach der 6. März an, als eine gegen Mittag erschienene königliche Proklamation die bisherige Aufregung in unermeßlichen Jubel verwandelte; alle Volkswünsche waren darin bewilligt, auch die Ministerverantwortlichkeit und die Beeidigung des Heeres auf die Verfassung, die wirklich auch am Nachmittage bereits stattfand. Außerdem erklärte der König darin mit schwunghaften Worten seine Begeisterung für die deutsche Sache, seinen Stolz „ein deutscher Mann zu sein!“ Mit den Worten: „Alles für Mein Volk! — Alles für Deutschland!“ schloß das Manifest.

Gleichzeitig verbreitete sich das Gerücht, daß der höchst populäre Bürgermeister von Regensburg, Herr von Thon-Dittmer,

in das Ministerium, aus dem Berks bereits verschwunden war, berufen worden sei, und erhöhte die Freude. Man sammelte Geld für die Armen, schmückte die Häuser festlich aus und veranstaltete Abends eine Illumination. Die Studenten und Künstler schlossen sich in den nächsten Tagen zu bewaffneten Corps zusammen.

Allein alsbald wurde die Feststimmung getrübt durch das abermalige Erscheinen der Gräfin Landsfeld. In Männerkleidern hatte sich die Abenteurerin in der Nacht vom 9. zum 10. März nochmals in das Schloß ihres königlichen Freundes gewagt, war aber erkannt und genöthigt worden, eilends die Hauptstadt wieder zu verlassen. Zu gleicher Zeit wurde Fürst Oettingen-Wallerstein ganz plötzlich und, wie aus einer von ihm veröffentlichten Erklärung hervorging, gegen seinen Wunsch seiner Stellung enthoben; an seinen Platz trat der aus Karlsruhe herbeigerufene Graf Waldkirch.

Binnen kurzem nahm die Lage einen noch drohenderen Charakter an als zuvor; in Oberfranken erhoben sich die Bauern, plünderten die Judenhäuser und verübten Thätlichkeiten gegen die adeligen Gutsherren, von denen mehrere schwer verwundet wurden; in München aber hielten sich die Gerüchte von der Anwesenheit der Gräfin Landsfeld fest und gaben Anlaß zu erneuten Krawallen. Wie man behauptete, befand sich die Spanierin in dem eine Stunde von der Hauptstadt entfernten Schlosse Fürstenried, von wo sie durch eine bewaffnete Schaar verjagt werden sollte. In höchster Aufregung begann jetzt das Volk in der Residenz selbst alle diejenigen Häuser zu durchsuchen, deren Besitzer der Tänzerin möglicherweise hätten Aufnahme gewähren können, und endete damit, daß es — aus welchen Gründen, ist nie ganz klar geworden — am Abend des 16. das Polizeigebäude stürmte und im Inneren alles kurz und klein schlug.

Alle bisher erlassenen Beschwichtigungsversuche waren fruchtlos geblieben; jetzt erfolgte, am 17. März, ein königliches Dekret, welches der Gräfin Landsberg das bairische Indigenat entzog, und im Anschluß daran folgende Proklamation: „In Anbetracht, daß die Gräfin von Landsfeld, welche laut Allerhöchster Entschliessung Sr. Majestät des Königs vom Heutigen aufgehört

hat, das bairische Indigenat zu besitzen, ihre Versuche nicht aufgiebt, die Ruhe der Hauptstadt und des ganzen Landes zu stören, sind unterm Heutigen alle Gerichts- und Polizeibehörden des Königreiches angewiesen worden, auf besagte Gräfin zu fahnden, sie überall, wo man sie finden mag, zu Haft zu bringen und auf die nächste Festung zu verschaffen, um sie sofort der richterlichen Untersuchung zu überweisen." Was sie eigentlich von ihrem Standpunkte aus verbrochen hatte, darüber sprach sich der Polizeibefehl nicht aus; es wäre schwer gewesen, ihr irgend eine strafbare Handlung nachzuweisen, ohne zugleich den König als ihren willenlosen Sklaven hinzustellen. Doch kam es nicht so weit; Lola Montez verschwand nunmehr wirklich und auf Nimmerwiedersehen. Noch Jahre lang setzte sie bekanntlich ihr abenteuerndes Leben in verschiedenen Welttheilen fort, bis sie 1861 verlassen in einem Krankenhause zu New-York ihr vielbewegtes Dasein beschloß. Auch die Alemannia, die sich anfangs nach Leipzig gewandt hatte, löste sich in der Folge auf, und damit erreichte eine der tollsten Tragikomödien des tollen Jahres ihr Ende.

Allein noch eine Ueberraschung stand den Münchenern bevor; kaum waren am 16. März die Kammern zusammengetreten, um ihre Arbeiten zu beginnen, da legte, nachdem schon tagelang die Kunde von allen möglichen geplanten Handstreichen umgelaufen war und Alles in größte Aufregung versetzt hatte, in der Nacht vom 20. zum 21. März König Ludwig I. seine Krone nieder. Seine Anschauungen von der Stellung und Aufgabe eines Herrschers waren unvereinbar mit dem, was seit Beginn des Jahres in Baiern und allüberall geschehen war. „Eine neue Richtung hat begonnen", lauteten seine letzten „Königlichen Worte an die Baiern!" — „eine andere als die in der Verfassungsurkunde enthaltene, in welcher Ich nun im 23. Jahre geherrscht."

„Ich lege die Krone nieder zu Gunsten Meines geliebten Sohnes, des Kronprinzen Maximilian."

„Treu der Verfassung regierte Ich; dem Wohle des Volkes war Mein Leben geweiht; als wenn Ich eines Freistaats Beamter gewesen, so gewissenhaft ging Ich

mit dem Staatsgute, mit den Staatsgeldern um. Ich kann Jedem offen in die Augen sehen. Und nun Meinen tiefgefühlten Dank Allen, die Mir anhingen."

„Auch vom Throne herabgestiegen, schlägt glühend mein Herz für Baiern, für Deutschland."

„München, den 20. März 1848."

„Ludwig."

2.

Der erste badische Aufstand.

Immer wieder hatten sich während der Jahrzehnte der Reaktion die Blicke aller Gegner des Metternich'schen Systems hoffnungsvoll auf das an der Westgrenze Deutschlands lang hingestreckte Großherzogthum Baden gelenkt, als den einzigen Staat, in dem die liberale Opposition, geleitet von gewandten und entschlossenen Führern, trotz aller Mißerfolge und Enttäuschungen unermüdet den Kampf mit der Reaktion fortsetzte. Es kam viel zusammen, um gerade dem Lande Baden die Durchführung einer solchen Aufgabe zu ermöglichen; vor allem der Wohlstand der Einwohner, der vielen von ihnen eine Beschäftigung mit Politik gestattete, die geographische Lage des an Frankreich und die Schweiz grenzenden Staates und endlich ganz besonders, im Zusammenhang mit letzterem Umstande, der französische Einfluß, der sich stets über den Rhein herüber geltend machte. Es läßt sich nicht leugnen, daß die ganz reine germanische Rasse sich durch die ihr innewohnenden deutschen Erbfehler, die Uneinigkeit und Langsamkeit, wenig zu einer regen politischen Thätigkeit eignet, und ein geringer Zusatz fremden Blutes, sei es gallischen Ursprungs, wie im Westen, oder slawischen, wie im Osten und Nordosten, in dieser Hinsicht vortheilhaft auf sie einwirkt.

Die Geschichte Badens besteht seit dem Jahre 1819 in einem bald heftiger, bald langsamer geführten, zuweilen auch durch Waffenstillstand unterbrochenen Kampfe des Liberalismus mit der Reaktion. In anerkennenswerther Weise haben dabei die Vorkämpfer des Fortschritts, obwohl ihr engeres Vaterland

Baden allein ihr Kampffeld sein konnte, die Sache des gesammten Deutschlands nie aus den Augen verloren; ihre Angriffe richteten sich mehr auf den Bundestag in der Eschenheimer Gasse als gegen die badische Staatsleitung. Dieser letzteren muß andererseits zugestanden werden, daß sie von ihrem Standpunkte aus oft sehr freisinnige Ideen verfolgte, und zu Beginn der dreißiger Jahre sogar zu offenem Widerspruch gegen den Bundestag gelangte, doch waren solche Bemühungen nie von langer Dauer und die überall herrschende Reaktion drang immer wieder siegreich durch.

Am 22. August 1818 hatte der Großherzog Karl von Baden seinem Lande eine Verfassung verliehen, ein Schritt, durch den der sonst absolutistisch gesinnte Herrscher seine Unterthanen enger an das großherzogliche Haus zu fesseln und so den von Baiern geltend gemachten Erbansprüchen entgegenzutreten gedachte. Die Konstitution war nicht freisinniger als irgend eine andere; sie setzte die erste Kammer aus den Prinzen, den Häuptern der standesherrlichen Familien, zwei Geistlichen, acht Abgeordneten des grundherrlichen Adels, zwei Abgeordneten der Landesuniversitäten Heidelberg und Freiburg und 8 vom Großherzog ernannten Personen, die zweite aus 63 Vertretern der Städte und Aemter zusammen. Das aktive Wahlrecht war an keinen Census gebunden, das passive jedoch mit dem Nachweise eines bestimmten Einkommens verknüpft; hierdurch und durch die Bestimmung, daß die Repräsentanten der Ritterschaft in der ersten Kammer saßen, war es der Opposition hauptsächlich ermöglicht, in der zweiten die Majorität zu erlangen. Die Stände besaßen das Steuer- und Gesetzbewilligungsrecht, die Minister und Beamten waren für die Befolgung der Verfassung verantwortlich.

Im Frühjahr 1819 war die landständische Versammlung zusammengetreten; nachdem sie anfänglich im Einvernehmen mit der Regierung an Reformen aller Art gearbeitet, gelangte schon der zweite Landtag 1823 bei Berathung des Militärbudgets zu einem Konflikt mit dem Ministerium, in Folge dessen im nächsten Jahre die zweite Kammer aufgelöst wurde. Es folgte jetzt ein rascher Niedergang der Opposition, die den Wahlbeeinflussungen der Regierung gegenüber nur wenige Kandidaten

durchzubringen vermochte und in den nächsten Jahren in völlige Ohnmacht versank; als der 1818 auf den Thron gelangte Großherzog Ludwig am 30. März 1830 starb, war die Konstitution in Baden zu demselben Zerrbilde wie in anderen Staaten herabgesunken.

Da der Großherzog unvermählt gestorben war, so folgte ihm sein Halbbruder Leopold in der Regierung. Aus der zweiten Ehe Ludwig Friedrichs mit der Gräfin Hochberg entstammt, hatte er zunächst überhaupt keine Aussicht auf den Thron gehabt und war erst durch einen im Mai 1819 abgeschlossenen Traktat für successionsfähig erklärt worden. Dieser Umstand mag viel dazu beigetragen haben, daß der neue Herrscher mit entschieden freisinnigen Maßregeln und Plänen seine Regierung eröffnete. Der Liberalismus nahm einen erneuten Aufschwung, überall regten sich die Hoffnungen auf eine gänzliche Umgestaltung der Dinge, und so groß war die freudige Erregung, daß selbst die Julirevolution, die so viele deutsche Staaten erschütterte, an Baden fast spurlos vorüberging.

Auf dem im März 1831 von dem Großherzoge persönlich eröffneten Landtage erreichte die liberale Bewegung ihren Höhepunkt; ganz Deutschland blickte mit Theilnahme und Erwartung auf die große Schaar freisinniger und bedeutender Männer, die nicht nur, wie v. Itzstein, v. Rotteck, Welcker, Mittermaier, die zweite Kammer erfüllten, sondern auch in der ersten Gesinnungsgenossen, den Fürsten von Fürstenberg u. A., besaßen.

Die Freude war von kurzer Dauer; zwar kam ein Preßgesetz zu Stande, das, in offenem Widerspruch mit den Grundsätzen des deutschen Bundes, die Presse fast gänzlich freigab und daher nach einem halben Jahre schon vom Bundestag unterdrückt wurde; zwar fanden Welckers Antrag auf Verleihung einer wirklichen Volksvertretung in sämmtlichen Bundesstaaten und Rottecks Angriffe gegen die Bundesbeschlüsse lebhafte Sympathie, allein die Haltung der Regierung wurde zusehends kühler; schon im nächsten Jahre erfolgte eine Reihe strenger Maßnahmen; zwei Zeitungen wurden unterdrückt, die Universität Freiburg geschlossen, die Professoren Rotteck und Welcker in Ruhestand versetzt.

Abermals trat jetzt im weiteren Verlauf der dreißiger Jahre ein Niedergang des Liberalismus ein; nachdem 1838 der langjährige Staatsminister Winter, der immerhin noch den Schein eines liberalen Systems aufrecht zu halten gewußt hatte, gestorben war, erreichte unter seinem Nachfolger, dem seit 1835 im Ministerium befindlichen Freiherrn von Blittersdorf, die Reaktion ihren Höhepunkt. Die Regierung griff jetzt, um sich die Volksvertretung gefügig zu machen, zu den bekannten, anderwärts schon lange geübten Mitteln, strengem Preßzwang, polizeilichen Verfolgungen, Strafversetzung mißliebiger Beamter und Verweigerung des Urlaubs an solche, welche der Kammer angehörten. Ueber die letztere Maßregel entspann sich zwischen Volksvertretung und Ministerium ein langjähriger Streit, der 1842 zur Auflösung der Kammer führte.

Die Mißstimmung hatte jetzt einen Grad erreicht, daß die Regierung einzulenken beschloß. Blittersdorf trat 1843 aus dem Ministerium aus und ging als Bundestagsgesandter nach Frankfurt, zugleich erhielt der Ende dieses Jahres zusammengetretene Landtag eine Gesetzesvorlage, die die vielfach gewünschte Mündlichkeit und Oeffentlichkeit des Strafprozeßverfahrens und die Trennung der Justiz von der Verwaltung enthielt und mit Freude begrüßt wurde; ein freisinniges Censuredikt war schon einige Jahre früher erlassen worden.

Allein eine völlige Zufriedenheit wurde durch diese Verordnungen nicht erreicht; der Blittersdorf'sche Geist lebte in der Staatsverwaltung weiter und verkörperte sich namentlich in der Person des Ministerialdirektors Rettig, der thatsächlich für den konstitutionell gesinnten, aber schwachen Ministerpräsidenten Nebenius die Geschäfte führte. 1846 erreichte der Konflikt wieder einmal einen Höhepunkt; hauptsächlich auf Drängen der ultramontanen Partei, die sich durch einen die freie Religionsübung betreffenden Antrag Zittels geschädigt fühlte, wurde die Kammer aufgelöst; allein sowohl die Regierung als die klerikale Partei hatten sich verrechnet; die liberale Opposition ging neu gestärkt aus den Wahlen hervor.

Die Folgen machten sich in zweierlei Weise fühlbar: einmal lenkte die Regierung wieder ein; Rettig wurde entlassen, der

gemäßigt liberale Bekk — der Typus eines Märzministers, ehe noch der März 1848 ins Land gekommen war — in das Kabinet berufen; andererseits begann die Opposition selbst sich zu spalten; von der eigentlichen liberal-konstitutionellen Partei, die durch Welcker, Itzstein, Bassermann und Mathy vertreten wurde, und im folgenden Jahre sich in der zu Heidelberg erschienenen „Deutschen Zeitung" ein Organ gründete[1], sonderte sich die Partei der Radikalen und versteckten Republikaner ab. Ihr Haupt war der im ganzen Lande bekannte Mannheimer Advokat Hecker, eine der populärsten Persönlichkeiten des Jahres 1848, der sich durch seine Rednergabe, seine einnehmende Erscheinung und sein frisches entschlossenes Wesen vortrefflich zum Volksführer eignete. Neben ihm waren namentlich die Journalisten von Struve und Fickler für die Ausbreitung der republikanisch-sozialistischen Ideen thätig.

Schon auf dem Oppositionskongreß, der zu Ende 1846 zu Durlach stattfand, war die Spaltung zwischen beiden Parteien scharf zu Tage getreten, im nächsten Jahre standen sich dieselben bei den Ergänzungswahlen bereits feindlich gegenüber. Die Radikalen hielten im Herbste 1847 zu Offenburg eine Versammlung ab, in der sie die „Forderungen des Volkes" aufstellten, worunter a. A. auch das ganz sozialistische Verlangen nach „Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit" figurirt. Der französische Einfluß war unverkennbar.

Als am 9. Dezember 1847 der Großherzog die Ständeversammlung eröffnete, war die allgemeine Stimmung erregt und erwartungsvoll; das Gefühl, daß etwas Neues, Besonderes geschehen müsse, herrschte überall, eine Vorahnung der kommenden Dinge schien sich im Lande zu verbreiten.

Aus diesem Gefühle entsprang der Antrag, den am 12. Februar 1848, also zu einer Zeit, wo mit Ausnahme der Münchener Lola-Skandale in ganz Deutschland tiefe Ruhe herrschte, der

[1] Die „Deutsche Zeitung" erschien vom 1. Juli 1847 ab unter der Redaktion der Professoren Gervinus und Häusser in Heidelberg. Gut geleitet und durch eine ziemliche Preßfreiheit begünstigt, bildet sie eine beachtenswerthe Quelle für die vormärzlichen Zustände und die Märzbewegung selbst.

Abgeordnete Bassermann der zweiten Kammer in zündender Rede darlegte, während am gleichen Tage eine Unzahl von Petitionen aus allen Theilen des Landes einlief[1].

Die Bassermann'sche Motion, die ganz Deutschland in Erregung versetzte, lautete wie folgt: „die Kammer möge in einer Adresse an Seine Königliche Hoheit den Großherzog die Bitte richten, auf geeignete Weise dahin wirken zu wollen, daß durch Vertretung der deutschen (Nation) Ständekammern am Bundestage ein sicheres Mittel zur Erzielung gemeinsamer Gesetzgebung und einheitlicher Nationaleinrichtungen geschaffen werde".

Der Gedanke des Antrags an sich war nicht neu; schon 1831 hatte, wie erwähnt, Welcker einen ähnlichen ausgesprochen; aber neu und zündend war die Art und Weise, in der Bassermann seine Motion begründete: „Das einzige Band politischer Einheit ist eine Versammlung zu Frankfurt, die selbst nach 30 Jahren nicht vollbringt, was schon in der ersten Zusammenkunft zu geschehen gelobt war; Thätigkeit im Unterdrücken aller freiheitlichen Regungen, Unthätigkeit im Fördern des Gemeinsamen aller Nationalwünsche und Bedürfnisse, das sind bisher, Niemand kann es leugnen, ihre Hauptcharakterzüge gewesen."

„Sie, die verfügen will über die theuersten Güter einer Nation, sie weist die Bitten des Volkes zurück, erklärt das Einreichen von Adressen für „eine Anmaßung", verbietet durch

---

[1] In einer Reihe dieser Volkswünsche waren bereits die späteren Märzforderungen, wie Preßfreiheit, Schwurgerichte, Vertretung der Nation bei dem Bundestag, Beeidigung des Militärs auf die Verfassung u. A. m. enthalten; daneben fanden sich Anliegen betreffend die Gewerbeordnung, die Hebung der Volksschule. Eine Reihe weiterer Petitionen bezogen sich auf die heterogensten Dinge, Einführung einer Kapitalsteuer, Beseitigung des Landesgestüts, Errichtung einer Hagelsversicherungsanstalt, Aufhebung des Rheinoktroi, Aufhebung der Hundstaxe, „Einschreiten gegen das staats- und sittenverderbliche Treiben eines Theiles der katholischen Geistlichkeit, besonders der jüngeren". Ein Abgeordneter beantragte Aufhebung des Jagdrechtes, ein anderer das Verbot der Einlieferung von Leichnamen an die Heidelberger Anatomie, ein dritter (Bassermann), „die Errichtung von Beschäftigungsanstalten für arbeitslose Bürger", Andere die Abschaffung des Censurunwesens, des Zeitungsverbots u. s. w.

förmlichen Beschluß alle Gesammtpetitionen, die an sie gerichtet werden wollen." — Und weiterhin: „Der Geist, der bisher zu Frankfurt gewaltet, führt noch näher zum Rand des Verderbens. Werfen wir einen Blick auf die Thätigkeit der obersten Behörde. Den Produkten des Geistes setzt sie Gewalt entgegen. Sie verbietet Bücher, ohne sie zu kennen. Eine bloße Buchhändleranzeige genügt ihr als Beweis der Gefährlichkeit. Wo der österreichische Gesandte selbst erklärte: «es ist nicht Zeit, das Buch erst kommen zu lassen, stimmen doch alle Gesandten für Unterdrückung». Zeitschriften werden verboten, ehe sie erschienen sind, weil man nach der Abfassung der Ankündigung auf die Gefährlichkeit schließt; ja, Bücher, die noch gar nicht angekündigt, von ihren zukünftigen Verfassern noch gar nicht gedacht sind, werden schon vor ihrer geistigen Geburt vernichtet."

Noch niemals war die Mißwirthschaft in der Eschenheimer Gasse treffender und schonungsloser in der Oeffentlichkeit angegriffen worden, Niemand konnte die Richtigkeit dieser Ausführungen bestreiten, und ebenso Niemand sich der dunklen Ahnung entziehen, die der Schlußsatz der Bassermann'schen Rede aussprach: „der Weltfriede steht auf zwei Augen. An der Seine wie an der Donau neigen sich die Tage, und nur das Gute und das Rechte sind die unsichtbaren Träger aller Herrschaft".

Eine lebhafte Debatte folgte den Bassermann'schen Worten, die einen tiefen Eindruck in der ganzen Versammlung gemacht hatten. Vergeblich suchten die Minister von Dusch und später Bekk in ihren Erwiderungen denselben abzuschwächen; die Liberalen aller Richtungen, auch Hecker, traten für die Motion ein, deren Grundgedanken Welcker in einer zündenden Rede weiter führte. Lauter Beifall begleitete seine pathetischen Schlußworte: „Die Zeit geht im Sturmschritt vorwärts. Bevor noch an der Frühlingssonne das Eis der Gebirge thaut, wird an der Sonne des Völkerfrühlings das Eis der Reaktion zerschmelzen. Sorgen Sie für Dämme, damit der Strom nicht Felder und Fluren verwüste. — Zertrümmert fast liegt das System der Reaktion, die Zeit mehr als unsere Worte unterstützt den Antrag auf Nationalrepräsentation."

Die Bassermann'sche Motion und die daran sich anschließende Debatte sind von tiefer Bedeutung für die Märzbewegung; durch diesen Antrag wurden — kurz vor der Stunde der Entscheidung, jene über das Bereich des Lokalinteresses hinausgehenden Volkswünsche nach Volksvertretung und Gedankenfreiheit formulirt, die in der Folge, überall aufgestellt und bewilligt, das einheitliche Band der deutschen Revolution bildeten.

Es wurde schließlich ein Antrag Scheffels, die Motion drucken zu lassen und in den Abtheilungen zu berathen, mit allen gegen fünf Stimmen angenommen, und die Sache war damit bis auf Weiteres erledigt. Allein die Aufregung blieb bestehen; am 23. Februar kam es, nachdem sich die Kammer inzwischen mit Verwaltungsfragen beschäftigt hatte, bei der Berathung der Censorenbelohnungen zu heftigen Auftritten, und am folgenden Tage beschloß die Majorität, Beschwerde gegen den Präsidenten des Finanzministeriums zu erheben.

Am Nachmittage des 25. und am Morgen des 26. Februar durcheilte die Kunde von den Pariser Vorfällen das badische Land und erzeugte eine unbeschreibliche Aufregung; was vor wenigen Tagen Bassermann vorahnend ausgesprochen, hatte sich erfüllt; schneller, als es irgend Jemand erwarten konnte, hatten sich an der Seine die Tage geneigt; ein großes, erschütterndes Ereigniß war geschehen, ein Ereigniß, das wie kein anderes dazu geschaffen schien, den lähmenden Bann zu lösen, der über den deutschen Ländern lag. Und es konnte nicht zweifelhaft sein, welchem Lande die Durchführung der Bewegung zunächst zufallen mußte. Von Baden, dem französischen Grenzstaate mit seiner lebhaften, fortschrittlich gesinnten Bevölkerung, mußte die Leitung ausgehen.

Ueberraschend schnell entwickelten sich die Dinge. Man fühlte, daß keine Zeit zu verlieren war; schon an diesem Tage forderte Welcker unter dem stürmischen Beifall der Kammer die Regierung auf, sich von dem System der Reaktion loszusagen; am 27. trat das Volk selbst in die Bewegung ein.

Im Aulasaale zu Mannheim kam an jenem Tage um 3 Uhr Nachmittags eine über 2000 Köpfe zählende Versammlung zur Besprechung der Sachlage zusammen. Die Häupter

der „halben" und der „ganzen" Liberalen waren fast vollzählig erschienen; die Leitung übernahm, da Hecker nicht anwesend war, von Struve; die von ihm vorgelesene Petition, die die sofortige Volksbewaffnung, unbedingte Preßfreiheit, Schwurgerichte „nach dem Vorbild Englands" und sofortige Herstellung des deutschen Parlaments forderte, fand den Beifall der Versammelten; sie ging nicht nur nach Karlsruhe ab; nach allen Gegenden Deutschlands wurde diese Zusammenfassung der Volkswünsche verbreitet und überall mit gleichem Enthusiasmus begrüßt. Die gemäßigt Liberalen zeigten auf dieser Versammlung wenig Kraft; über Verwahrungen, Warnungen, Mahnungen kamen sie nicht hinaus[1].

Zwei Tage darauf fand in Heidelberg eine ähnliche, von Mittermaier geleitete Versammlung statt, die sich in ihrer Petition den Mannheimern anschloß.

Die Regierung hatte inzwischen die Sachlage klar durchschaut und erkannt, daß ein Widerstand wenigstens den gemäßigteren Volkswünschen gegenüber unthunlich sei. Sie machte sofort nach Frankfurt Mittheilung, daß sie zu Concessionen genöthigt sei, und schritt, ohne erst die Antwort des Bundestages abzuwarten, schon am 29. zur Durchführung derselben. Unter lautloser Stille eröffnete der Ministerialpräsident Bekk und seine Collegen v. Dusch und Trefurt der Ständekammer, daß die Staatsleitung sich zur Einführung der Bürgerbewaffnung, der Schwurgerichte und zur Aufhebung der Censur entschlossen habe.

Es war dies ein Schritt, den die Regierung nicht umgehen konnte; denn auf den folgenden Tag war das Erscheinen einer Menge von Deputationen, die sämmtlich die Mannheimer Sturmpetition überbringen sollten, zugesagt; durch die schon jetzt erfolgten Bewilligungen wurde diese Manifestation zu einer inhaltslosen gemacht und ihre Gefährlichkeit wesentlich gemindert.

Wirklich strömten am 1. März Tausende von Menschen aus allen Theilen des Landes in Karlsruhe zusammen, dessen Bewohner, wenig von solchem Besuch erbaut, eine sehr kühle

[1] Selbst Bassermann fühlte sich zu dem „undankbaren Amte" verpflichtet, zur Mäßigung zu mahnen, und rieth dringend zu „besonnener Vorschau".

Haltung zeigten. Die Hauptszenen spielten sich in der Kammer ab; die Galerieen waren überfüllt; eine große Menschenmenge umlagerte das Ständehaus.

Struve, der Sprecher der Abordnungen, verlangte ungestüm, in den Sitzungssaal gelassen zu werden, eine Forderung, gegen die sich der Staatsminister Bekk und die gemäßigten Abgeordneten verwahrten. Man einigte sich endlich dahin, daß Struve im Zuhörerraum seinem Freund Hecker die Petition übergab und dieser sie vorläufig an sich nahm. Es folgte eine Reihe von Anträgen und Petitionen; dann die Verkündigung der Wiederherstellung des Preßgesetzes von 1831, endlich ein von Hecker, Brentano und Genossen gestellter Antrag auf weitere Reformen, der einer Kommission zu sofortiger Bearbeitung überwiesen wurde. Das Publikum auf den Galerieen und im Hofe war höchst aufgeregt, lärmte und schrie Beifall; auf einem Fasse stehend theilte Struve den Außenstehenden den Gang der Verhandlungen mit.

Am folgenden Tage fand, wiederum unter gewaltigem Menschenzudrange, die Berathung der Hecker'schen, von der Kommission mehrfach abgeänderten und erweiterten Anträge statt; nach lebhafter Debatte nahm die Kammer endlich theils einstimmig theils mit allen gegen zwei Stimmen, zwölf Punkte an, in denen sie die Regierung aufforderte, die provisorischen Ausnahmegesetze als nicht mehr rechtsverbindlich für Baden zu betrachten, die Staatsbürger mit Einschluß des Militärs auf die Verfassung zu beeidigen, alle konfessionellen Beschränkungen politischer Rechte aufzuheben, Ministerverantwortlichkeit einzuführen, dem Ministerium die Ermächtigung zur Anstellung von Klagen über Verwaltungshandlungen der Staatsbeamten zu entziehen, die Reste des Feudalwesens, sowie die privilegirten Gerichtsstände zu beseitigen, Anordnungen für gerechte Vertheilung der Staatslasten zu treffen, eine volksthümliche Kreisverwaltung einzuführen, auf eine Vertretung des deutschen Volkes hinzuwirken, eine unabhängige Stellung der Richter zu sichern und endlich als Staatsminister und Bundestagsgesandten nur volksthümliche Männer zu berufen.

Die sonst so ruhige Residenz bot in diesen Tagen ein bewegtes

Bild; große Menschenmassen durchwogten die Straßen, das Militär war zusammengezogen und hielt das Schloß besetzt. Viele Läden und Geschäfte blieben geschlossen. Es war gerechtfertigter Grund zu Besorgniß vorhanden; denn mit den von überall anlangenden Schaaren waren zahlreiche revolutionäre Elemente in die Stadt eingedrungen; schon in den Nächten vorher hatten einzelne Haufen unter dem Rufe: „es lebe die Republik!“ „Blut wollen wir saufen“ u. s. w. die Straßen durchzogen; die Polizei nahm seit dem 28. Februar zahlreiche Verhaftungen vor, die in der Folge mehrfache Tumulte veranlaßten, allein sie konnte es nicht hindern, daß am Abend des 2. März im Ministerium des Aeußeren an verschiedenen Stellen gleichzeitig Feuer ausbrach und das Gebäude großentheils verzehrte. Auch in den folgenden Tagen wurde in mehreren Häusern Brandstiftung versucht.

Die Regierung sah sich zu weiteren Concessionen genöthigt; der Großherzog, der am 3. März ein beruhigendes, in ziemlich allgemeinen Ausdrücken gehaltenes Manifest veröffentlicht und ebenso am Morgen des 4. der Deputation der Kammer, als sie ihm unter einigen Dankesworten den Protokollauszug der Verhandlungen des 2. überreichte, ausweichend geantwortet hatte, ermächtigte am Abend den Minister Bekk, dem Präsidenten der II. Kammer die Gewährung sämmtlicher Wünsche mitzutheilen.

Die Regierung blieb auf dem betretenen Wege damit nicht stehen, sondern schritt noch weiter; schon am 7. März ging ein Antrag auf Volksvertretung am Bundestag nach Frankfurt, am 9. wurde eine neue Zusammensetzung des Ministeriums veröffentlicht, aus welchem die unbeliebten Minister Trefurt und Regenauer ausgeschieden waren. An ihre Stelle traten der früher als liberaler Abgeordneter verfolgte Finanzminister Hoffmann und der übrigens schwer erkrankte Justizminister Brunner.

Wenige Tage darauf wurde Welcker zum Bundestagsgesandten, Bassermann zum Vertrauensmann in Frankfurt ernannt. Am 19. erschien ein Dekret, das eine umfassende politische Amnestie verkündete.

Allein dies Alles reichte nicht aus, den entfesselten Sturm zu hemmen. An zahlreichen Orten brachen Judenverfolgungen

aus, obwohl die Mitglieder sämmtlicher Parteien Einsprache dagegen erhoben, und die Radikalen agitirten unermüdlich weiter. In der Erkenntniß, daß bis jetzt die Bewegung Badens der Einheit entbehre, erließen eine Anzahl Volksmänner, darunter Hecker, Peter, Struve, Welcker, Itzstein, Soiron u. A., die Aufforderung an alle wahlberechtigten Staatsbürger, sich am 19. um zehn Uhr Vormittags zu einer Volksversammlung in Offenburg einzufinden. Das von Struve entworfene Programm war schon Tags zuvor von den Volksführern besprochen und namentlich die darin enthaltenen Vorschläge über ein Mißtrauensvotum gegen die badische Regierung und über die Gründung der Republik vielfach angefochten worden. Man beschloß endlich in dieser Vorberathung, die Frage der Republik am nächsten Tage nicht zu erörtern[1].

Die von vielen Tausenden von Menschen besuchte Versammlung, nach deren Schluß, von stürmischem Jubel begrüßt, die Nachricht vom Sturze Metternichs eintraf, nahm mit großer Stimmenmehrheit eine Reihe von Beschlüssen an, welche das Mißtrauen des Volkes gegen den größten Theil der Regierungsbeamten und einige Personen, „welche man mit dem Namen Kamarilla zu bezeichnen pflegt", sowie die meisten Mitglieder der Kammern aussprachen und, als Bürgschaft zur Begründung einer dauerhaften Freiheit, die Errichtung von „vaterländischen Vereinen" und leitenden Ausschüssen festsetzten. Außerdem wurde nochmals ein deutsches Parlament, dann die Errichtung einer Volkswehr, die Einführung einer progressiven Einkommensteuer, die Abschaffung aller Vorrechte, die Trennung der Schule von der Kirche — mit dem Zusatz: „die Pfaffen haben zu viel, die Lehrer zu wenig!" — gefordert. Es wurden endlich für die vier Verwaltungsbezirke des Landes, den Ober-, Mittel- und

---

[1] Wie Bekk, a. a. O., 120 f. behauptet, ist Hecker damals noch nicht für Einführung der Republik gewesen, und stand am 19., als der revolutionär gesinnte Fickler sprach, mit einer geladenen Pistole neben ihm, um ihn, wenn er einen solchen Vorschlag ausspräche, sofort zu erschießen. Hecker selbst erklärt sein widerspruchsvolles Verhalten durch die Ansicht, am 19. sei der Zeitpunkt zur Schilderhebung noch nicht da gewesen; a. a. O., 21.

Unter-Rheinkreis, sowie den Seekreis ein Zentralausschuß eingesetzt, zu dessen Obmann man Hecker bestimmte. Im Laufe der folgenden Wochen gewannen diese halb revolutionären Ausschüsse die faktische Regierungsgewalt, stellten Pässe aus, hielten die Posten an, unterschlugen Estafetten u. dgl. Auch sonst waren die Wirkungen der Offenburger Beschlüsse, obwohl die Regierung sich offiziell nicht um dieselben kümmerte, sehr erhebliche; der Präsident des Kriegsministeriums und zwei Mitglieder der „Kamarilla" nahmen ihre Entlassung, zahlreiche Kammermitglieder legten ihr Mandat nieder.

Eine Woche später fanden ähnliche Versammlungen gleichzeitig zu Heidelberg und Freiburg statt. Die Erstere, in der Mittermaier und Welcker sprachen, nahm die Offenburger Beschlüsse an und sprach sich dahin aus, daß das deutsche Volk für die nordamerikanische Verfassung reif sei. Sie verlief verhältnißmäßig ruhig, während es in Freiburg, wo Struve präsidirte, tumultuarisch herging. Hier wurde gleichfalls die Errichtung einer deutschen föderativen Republik beschlossen. Aehnliche Zusammenkünfte folgten in der nächsten Zeit in Waldshut, Engen, Achern und anderen Orten.

Während es überall im Lande gährte, trafen nicht minder bedrohliche Nachrichten von der Grenze ein. In der zweiten Hälfte des März kamen aus Paris Meldungen, denen zufolge zahlreiche Schaaren deutscher Arbeiter bewaffnet über den Rhein zu ziehen beabsichtigten, um eine deutsche Republik zu gründen. Von Besorgniß ergriffen, gab die badische Regierung, wie schon vor ihr am 23. die würtembergische, dem Bundestag Nachricht von der Gefahr, protestirte in Paris sowie bei den Präfekten in Straßburg und Colmar gegen eine Unterstützung der Revolutionäre durch die französische Republik, und traf Anordnungen, um die in Frankreich, namentlich im Elsaß brotlos gewordenen deutschen Arbeiter unentgeltlich in ihre Heimath zu befördern. Viele der Letzteren machten davon Gebrauch; auch mehrere Hundert Polen reisten auf Staatskosten gen Osten.

Am 26. März brachte Baden im Bundestag abermals den französischen Angriff zur Sprache, mit der Meldung, es seien in 14 Tagen 10—12000 Deutsche und ein paar Tausend Polen

am Rhein zu erwarten. Es sei bereits eine provisorische Regierung eingesetzt, in Zweibrücken und Mannheim zugleich solle die föderative Republik ausgerufen und alle Fürsten vertrieben werden. Diese Nachricht beunruhigte den Bundestag aufs Höchste; er beschloß, sofort das 7. und 8. Bundesarmeecorps (Baiern, Würtemberg, Baden, Hessen) auf den Kriegsfuß zu setzen. Prinz Karl von Baiern übernahm später den Oberbefehl.

In Anbetracht der steigenden Erregung, die durch den drohenden Einfall von Westen hervorgebracht war und um den 24. und 25. März herum zu einer wahren Panik ausartete, hatte die Regierung schon am 28. den Ständen einen Gesetzentwurf in Betreff der Einberufung der ausgedienten Soldaten vorgelegt und am 1. April vollzogen.

Allein sie konnte sich auf das Militär nicht mehr verlassen, dessen Disciplin schon längst tief erschüttert war. Schon waren mehrfache Exzesse, namentlich in Freiburg, vorgefallen; mehrere Hundert Soldaten hatten sich bereits mit Petitionen an die Kammer gewandt, in denen sie die Anrede mit „Sie", Abschaffung erniedrigender Schimpfwörter und einiger Strafarten, sowie die Möglichkeit der Beförderung tüchtiger Soldaten zu Offizieren verlangten und erklärten, nicht länger mehr „bewaffnete Bediente des Fürsten" sein zu wollen.

Unter diesen Umständen mußte die badische Regierung sich nach fremder Hülfe, die sich ihr durch die Mobilmachung der Bundesarmeecorps bot, umsehen. Großherzoglich hessische Truppen wurden herbeigezogen und in den am meisten aufgeregten Seekreis sollten die Würtemberger unter dem General von Miller und die Baiern unter v. Baligand einrücken. Allein beide Abtheilungen machten an der Grenze Halt; denn die Aufregung erreichte beim Erscheinen der würtembergischen Quartiermacher in Donaueschingen eine solche Höhe, daß die Bundesgenerale zunächst nicht in das badische Gebiet vorzurücken wagten.

Am 6. April fand in Donaueschingen eine von 6000, meist bewaffneten, Personen besuchte Volksversammlung statt, welche den Markgrafen Wilhelm der Führung des 8. Armeecorps und den Markgrafen Max des Kommandos über die badische Division enthob, sämmtliche Minister, mit Ausnahme des Finanzministers

Hoffmann, absetzte und das Einrücken fremder Truppen als „Kriegserklärung gegen das Volk“ betrachtet wissen wollte. Am nächsten Tage schloß sich eine stürmische Versammlung in Mannheim dem Vorgehen der Donaueschinger an; beide Städte und ebenso viele andere Orte des Landes schickten Massendeputationen nach Karlsruhe.

Dort hatten am 7. Brentano, Hecker und Andere in der Kammer heftig die Herbeiziehung der Bundestruppen angegriffen und als den ersten Schritt zur Reaktion bezeichnet. Allein die Mitglieder der Ständeversammlung, deren Mehrzahl schon Tags zuvor einen beruhigenden Aufruf erlassen hatte, standen zur Regierung und nahmen gegen 8 Stimmen den Antrag Bissings, die Maßregel zu billigen, an. Es war daher nur eine Formalität, wenn das am 9. vollzählig zu der Sitzung erschienene Staatsministerium erklärte, demissioniren zu wollen, falls sich die Kammer dem in zahlreichen Petitionen geäußerten Wunsche nach Entlassung des Kabinets anschlösse.

Mittlerweile hatte in Frankfurt das Vorparlament getagt, auf welches Hecker und seine Genossen große Hoffnungen gesetzt hatten. Sie hatten erwartet, daß in demselben sich eine republikanische Mehrheit zusammenfinden und aus der bisherigen deutschen Reformbewegung eine Revolution machen würde, allein ihre Wünsche waren, wie später zu berichten, nicht in Erfüllung gegangen. Enttäuscht und an dem Gelingen seiner Bestrebungen auf solchem Wege verzweifelnd, kehrte Hecker nach Baden zurück, und jetzt erst scheint in ihm, da das gleichzeitige Einrücken der Bundestruppen keine Zeit mehr zum Besinnen und Zögern ließ, der Entschluß aufgestiegen zu sein, eine bewaffnete Schilderhebung zur Gründung der deutschen Republik zu unternehmen. Ein unerwarteter Zwischenfall sollte seinen Plan zur Reife bringen.

Zu den volksthümlichsten und entschlossensten Demagogen des badischen Landes gehörte der Redakteur der „Seeblätter“, Fickler, der im Seekreise und auf dem Schwarzwald die Seele der revolutionären Volksbewegung war. Obwohl er ganz offen die Vertreibung der Fürsten predigte und Vorbereitungen zum Aufruhr betrieb, konnte es die Regierung, die in jenen Gegenden bereits völlig machtlos war, nicht wagen, ihn verhaften zu lassen.' Im

Gegensatz zu Hecker und Anderen hatte er eifrig eine Vereinigung mit der nach dem Rhein marschirenden Pariser Legion betrieben, sich mit Herwegh in Verbindung gesetzt und zwei Emissäre desselben auf die Volksversammlung zu Achern mitgebracht. Später war er nach Frankfurt gefahren und hatte dort mit Struve zusammen dem Bundestagsgesandten Welcker ein Schriftstück übergeben, in dem allen Ernstes der Regierung vorgeschlagen wurde, sie möge in allen Gemeinden abstimmen lassen, ob das Volk die konstitutionelle Monarchie oder die Republik wolle.

Fickler schien seiner Sache sehr sicher zu sein, denn von Frankfurt zurückkehrend wagte er es, in Karlsruhe selbst sich aufzuhalten. Bereits saß er am 8. Morgens wieder mit mehreren Genossen im Eisenbahnwagen, um sich in seine Heimath zu begeben, als ihn der Abgeordnete Mathy erkannte und seine Verhaftung durch Polizisten und Eisenbahnbeamte bewirkte. Mathy, früher ein Freund Ficklers, dem er für Manches Dank schuldete, hatte, wie er später angab, bei dem Präsidenten Mittermaier Einblick in Papiere erlangt, welche den Redakteur der „Seeblätter" als Landesverräther enthüllten, und glaubte daher, durch seinen Schritt das Vaterland vor dem drohenden Umsturz retten zu müssen. Jedenfalls erntete er zunächst wenig Dank; in Mannheim, wohin er sich noch am selben Tag begab, mußte ihn die Bürgerwehr vor der Wuth des Volkes schützen.

Die Verhaftung Ficklers scheint Hecker und Genossen überzeugt zu haben, daß jetzt keine Zeit mehr zu verlieren sei. Am 9. Abends fanden in Donaueschingen die ersten geheimen Besprechungen über die Einleitung des Volksaufstandes statt, in den beiden folgenden Tagen trafen sich die Häupter der republikanischen Partei, Hecker, Struve, Mögling, Doll, Willich, Bruhn — welche beiden Letzteren nur mit Mühe dem Schicksal Ficklers entgangen waren — im „Badischen Hofe" zu Konstanz.

Hecker und die meisten seiner Freunde waren Idealisten, aber keine Menschenkenner. Sie hatten alles Ernstes den Versicherungen der Volksredner geglaubt, die ihnen den Ausbruch einer bewaffneten Revolution beim ersten Anstoß als sicher hinstellten. Jetzt mußten sie erkennen, daß es von Worten zu Thaten ein weiter Schritt ist. Die meisten jener „Republikaner", die bisher

in ihren Reden das Tyrannenblut in Strömen vergossen und die Fürsten zu Dutzenden verjagt hatten, riethen jetzt eifrig von dem „unbesonnenen" Unternehmen ab. Zudem war durch Ficklers Verhaftung die volksthümlichste Persönlichkeit des Seekreises der Schilderhebung entzogen, Andere, radikal Gesinnte, wie der Regierungsdirektor Peter, der Advokat Würth, der Dekan Kuenzer und der Bürgermeister Hütlin suchten durch Bitten und Ermahnungen auf die Republikaner einzuwirken.

Die Letzteren verloren jedoch den Muth nicht; sie erließen ein Ausschreiben an die Gemeinden, wonach sich die Bewohner der umliegenden Amtsbezirke am 14. April Mittags 12 Uhr in Donaueschingen, mit Waffen, Munition, sowie mit Lebensmitteln auf 6 Tage versehen, stellen sollten, und entwarfen eine Art Kriegsplan. Den militärischen Oberbefehl über die ganze Expedition sollte der frühere preußische Lieutenant Willich, die politische Leitung Hecker und Struve innehaben. Man beabsichtigte, in vier Kolonnen nach Karlsruhe zu ziehen und rechnete alles Ernstes, daß allein im Seekreis 40—80000 Mann sich an der Erhebung betheiligen würden.

Am 12. April reiste Struve über Ueberlingen nach Donaueschingen voraus, am nächsten Tage hielten die republikanischen Führer mit ihrem ersten, in Konstanz gesammelten, Schlachthaufen, der ganze 53 Wehrmänner zählte, unter strömendem Regen ihren Auszug aus der Seestadt. Es herrschte eine siegesfrohe fast begeisterte Stimmung unter dem kleinen Häuflein. „Der blaue Himmel lachte aus den zerrissenen Regenwolken", schildert Hecker selbst den Marsch, „zur Seite der klare, herrliche See, die fernen, freien Alpen, vor uns Hohenstaufen, Hohenhoben, Hohenstoffeln, Hohenkrähen und Hohentwiel; eine Welt voll alter Sagen und Lieder, verklungener Mären lag vor uns, alte Chroniken erzählten von der Despotie deutscher Kaiser und der Lehenschaft, von Fridolin dem Christenthumsprediger auf Reichenau, von Pfaffentrug und dem verbrannten Huß, und wir zogen aus mit dem Banner der deutschen Republik; wir wollten vertilgen die despotischen Reste des Mittelalters, und gründen den freien Volksstaat. Hell tönte kriegerisches Manneslied und die weißen Seevögel schwirrten um unsere Häupter."

Dem Zuge zu Wagen vorauseilend trafen Hecker und Willich zu Stockach ein, wo sich bereits das Gerücht von dem Scheitern der Unternehmung verbreitet hatte. Hier begann man mit der Organisirung der Republik. Die Regierung des Seekreises wurde für aufgelöst erklärt und ein Statthalter mit „prokonsularischer Vollmacht" in Gestalt des bisherigen Regierungsdirektors und Abgeordneten Peter eingesetzt; man verhaftete hier einen würtembergischen Hauptmann, der Erkundigungen über den Zug einholte, begnügte sich jedoch damit, ihn auf seinem Zimmer zu bewachen.

In ziemlich trüber Stimmung wurde am Nachmittag des 14. Stockach verlassen. Der erwartete Zuzug war wiederum größtentheils ausgeblieben, doch schwoll die etwa 400 Mann zählende Schaar unterwegs bedeutend an. Als man den Flecken Engen erreichte, waren etwa 800 Büchsenschützen, Flintenträger und Sensenmänner vorhanden, die Willich nunmehr militärisch zu organisiren versuchte. Auch Artillerie hatte man sich zu verschaffen gewußt; 2 kleine dem Grafen Langenstein entlehnte Böller wurden im Zuge mitgeführt. Hier in Engen traf Frau Herwegh bei Hecker ein, um ihn von der Ankunft der deutschen Legion zu unterrichten, doch scheute Hecker die blinde Angst, die dieser Arbeiterschaar überall im Lande vorausging, und gab ausweichenden Bescheid.

Am folgenden Tage wurde der Marsch auf Donaueschingen angetreten, wohin Struve, wie bereits erwähnt, vorausgeeilt war und eine kleine Schaar von etwa 200 Mann zusammengezogen hatte. Allein ehe noch Hecker mit den Seinigen in dem Städtchen anlangte, waren die Würtemberger, von der nur 2 Stunden entfernten Grenze anrückend, vor dem Thore erschienen. Zum Kampfe waren beide Theile wenig geneigt; Struve schloß vielmehr mit dem General von Miller eine Uebereinkunft, in Folge deren er unbehelligt Donaueschingen räumte und sich bei Pfohren mit Hecker vereinigte. Beide verließen nun ihre bisherige Marschroute und zogen, in der Absicht sich mit einer am Rhein unter Weishaars Führung zusammengebrachten Colonne zu treffen, in angestrengtem Nachtmarsch nach Riedböhringen, und von hier am nächsten Tage über Stühlingen nach Bonndorf. Struve

verließ unterwegs, um sich nach dem Succurs umzuschauen, die Colonne, deren Reihen sich durch die Gewaltmärsche und das schlechte Wetter wieder stark lichteten.

Am 17. April wandte sich Hecker über die Höhen des Feldberges nach dem Dorfe Bernau; der Weg war äußerst beschwerlich; fußhoher Schnee bedeckte die Abhänge des Gebirges, Regen und Hagelsturm schlug den Freischärlern ins Gesicht, die erst bei anbrechender Dunkelheit durchnäßt und durchkältet das Schwarzwalddorf erreichten. Hier hatten sich inzwischen zwei Vermittler eingefunden, die vom Fünfzigerausschuß entsandten Herren Spatz und Venedey. Sie boten im Namen dieser Behörde den Republikanern volle Amnestie, wenn sie von ihrem Vorhaben abstehen und „auf das redenhaltende Feld" sich begeben wollten, erhielten aber von den Revolutionären den unvermutheten Bescheid, sie „böten im Namen des deutschen Volkes den 34 Bedrückern Amnestie an für den Fall, daß sie binnen 14 Tagen der unrechtmäßigen Herrschaft entsagen, das Volk in sein angestammtes Recht einsetzen wollten; für diesen Fall sollten sie mit ansehnlichem Vermögen in das glückliche Loos von Privaten zurücktreten und als nützliche Bürger wie Codrus leben können[1]." Die Abgesandten sahen, daß einer derartigen Begriffsverwirrung gegenüber Nichts zu machen war; es wurde ihnen etwas unheimlich in dieser revolutionären Gesellschaft, sie traten alsbald den Rückweg an und begnügten sich damit, in einem am nächsten Tage von Lenzkirch aus erlassenen Manifeste die Bürger Badens vor dem Aufruhr zu warnen.

Am 18. Morgens zogen die Freischaaren weiter über Schönau und Todtnau das Wiesenthal hinab; „hohe Fabrikgebäude mit kaltem Aeußeren", erzählt Hecker, „kamen mir wie große Kerker vor und aus den ernsten Betrachtungen über die große und schwere Frage der Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit wurden ich und Andere erst aufgeweckt durch die ungeheuchelte und herzliche Bewillkommnung in Zell."

Von letzterem Orte zog die Colonne nach Schopfheim in das Nachtquartier und nahm daselbst die dringend nöthige Ver-

---

[1] Hecker, a. a. O., S. 50.

besserung des Schuhwerks vor. Nochmals versuchte hier ein Freund Heckers, der Fabrikant Gottschalck, ihn umzustimmen, allein vergebens.

Am Mittag des folgenden Tages wurde der Weitermarsch angetreten, und zwar, auf Willichs Rath, in nördlicher Richtung, auf Kandern zu, das man in der Dämmerung erreichte. Der lange vermiedene Zusammenstoß mit dem Militär schien jetzt unausbleiblich, denn ganz in der Nähe des Ortes befand sich eine starke, aus Hessen-Darmstädtern und Badensern bestehende Truppenmacht; auf beiden Seiten verging die Nacht in gespannter Erwartung. Zwei recognoscirende Dragoner wurden gefangen genommen, jedoch, um die Truppen nicht zu erbittern, alsbald wieder sammt ihren Pferden freigelassen.

Den Oberbefehl über die badische Division führte interimistisch an Stelle des Markgrafen Max seit dem 14. der niederländische General Friedrich Balduin von Gagern, ein nicht nur militärisch, sondern auch wissenschaftlich hochgebildeter Mann von offenem, ritterlichem Charakter, der auf ein reich bewegtes Leben zurückblickte. Er hatte schon am russischen Feldzug von 1812 und den Befreiungskriegen in österreichischen Diensten theilgenommen, und war in der Schlacht bei Waterloo, der er als Offizier des niederländischen Generalstabes beiwohnte, schwer verwundet worden. Nachdem er dann wieder in den 1830 ausgebrochenen niederländischen Kämpfen mitgefochten, führte ihn der Dienst des Hauses Nassau-Oranien auf mehrere Jahre nach Rußland und Ostindien. Nach seiner Rückkehr aus den Tropen hatte Gagern, zum Provinzialkommandanten von Holland ernannt, eine Urlaubsreise nach Deutschland angetreten, während welcher die Märzbewegung ausbrach. Ohne erst die Genehmigung seines Monarchen abzuwarten, stellte er der badischen Regierung seine reichen militärischen und politischen Fähigkeiten zur Verfügung und erhielt den Oberbefehl über die großherzoglichen Truppen. Hier, auf einem Streifzug gegen einen Haufen armselig bewaffneter Bauern und Arbeiter, sollte den 52jährigen Kriegsmann, der in zahlreichen Schlachten und unter allen Zonen dem Tode ins Auge geblickt, das Geschick ereilen.

Um 8 Uhr Morgens am 20. April verließ die Freischaar, bei welcher in der Nacht nochmals Frau Herwegh erschienen war, Kandern und zog sich, ohne auf die Friedensvorschläge des Regierungskommissärs Stephani zu achten, rückwärts gegen Steinen, während Gagern mit seiner Truppenabtheilung, die sich aus 3 Bataillonen des badischen Leib-Infanterie- und des 3. hessen-darmstädtischen Regiments, 3 Schwadronen des 1. badischen Dragonerregiments und 6 Geschützen zusammensetzte, gegen das Städtchen vordrang.

Auf den Höhen dicht vor Kandern faßten die Republikaner zunächst Posten; Gagern, der entschlossen schien, jedes unnöthige Blutvergießen zu vermeiden, entsandte zweimal den Dragonerlieutenant Kiesser, zuerst um die Aufrührer zur Niederlegung der Waffen aufzufordern, dann um eine Unterredung mit Hecker zu vermitteln. Auf der über den Kanderbach führenden Brücke fand die Zusammenkunft statt; die Begleiter der beiden Gegner, republikanischerseits Willich, Mögling und Kaiser, von Seite des Militärs der Oberst von Hinckeldey und der Major Kuntz hielten sich in einiger Entfernung. Nach der Lage der Dinge konnte die Unterredung keinen Erfolg haben; Gagern meinte, Hecker sei ein gescheiter und braver Mann, aber ein Fanatiker, worauf dieser erwiderte, daß er von seinem Standpunkt aus die Handlungsweise des Generals ebenso als Fanatismus bezeichnen könne; man trennte sich endlich, beiderseits zum Kampfe entschlossen.

Nachdem Hecker wieder zu den Seinigen zurückgekehrt war, traten auf Willichs Anordnung die Freischärler ihren weiteren Rückzug an und zogen langsam die vor ihnen liegende Anhöhe, die „Scheideck“, hinauf, deren höchsten Punkt sie nach etwa ³/₄ Stunden erreichten. Hier mußte Halt gemacht werden; denn die Straße senkte sich von da ab so jäh gegen Steinen hinab, daß der auf dem Fuße nachrückende Feind, wenn es ihm gelang, den Höhenkamm zu besetzen, durch wenige Salven die ganze Freischaar hätte zersprengen können. Willich ordnete die Mannschaft zum Gefecht; auf den rechten Flügel stellte er die Konstanzer Schützen, in die Mitte die Musketiere mit den beiden Böllern; an diese schlossen sich die Sensenmänner an, während

weitere Abtheilungen von Flintenträgern den äußersten linken Flügel bildeten.

Der Moment der Entscheidung nahte; näher und näher rückte das Militär, an dessen Spitze sich die hessischen Schützen unter Hauptmann Keim befanden; aus den Reihen der Republikaner ertönte verworrenes Geschrei, der Ruf: „der General vor!" wurde hörbar. Zu Fuß begab sich Gagern daraufhin vor die Front seiner Truppen und traf hier mit Dr. Kaiser zusammen, der die Soldaten zum Uebertritt aufforderte. Er sah, daß wider alle Erwartung der Gegner Stand hielt, er mochte ein gewisses Schwanken und Wanken in den Gliedern der Soldaten erkennen, genug, er rief dem Hauptmann Keim zu: „Nun denn, in Gottes Namen vorwärts!" stieg wieder zu Pferd und erhob den Säbel, während der Hauptmann mit gefälltem Gewehr bis auf etwa sechs Schritt an die feindliche Linie heranrückte.

Bis hierher läßt sich der Verlauf des Gefechtes bei Kandern auf Grund der zahlreichen Berichte[1] genau verfolgen, was aber jetzt in Wirklichkeit sich ereignete, wird wohl für alle Zeiten ein Geheimniß sein. Soldaten und Freischärler waren dicht an einander herangekommen, fieberhafte Erregung hatte die eng zusammengedrängten, von Furcht, Kampfbegier, Erwartung erfüllten Menschenmassen erfaßt: da plötzlich krachen Schüsse, Salven, Pulverdampf wirbelt auf, der neben dem General haltende Major Kuntz stürzt mit seinem getroffenen Pferde zusammen, Gagern selbst schwankt im Sattel, greift mit dem Ausruf: „Gerechter Gott!" an seine Brust und sinkt mit dem Pferde zu Boden. Langsam beginnt der Rauch sich zu verziehen, nur wenige Schüsse erknallen noch; dann, von panischem Schrecken

[1] Es wurde benutzt: Die Darstellungen Heckers, Möglings, Kaisers, die Notizen in dem „Intelligenzblatt" der Stadt Basel vom 21. und 25. April und die Erwiderung Heckers, Willmanns und Schöningers, der Bericht des Regierungsraths Stephani, des Dragonerobersten von Hinckeldey, der Majore Cronenbold und Kuntz, des Hauptmanns Keim, der Oberlieutenants Heisler, Dürr und Kieffer, des Vizekorporals Pröbstel, des Reitknechtes Müller, des Soldaten Lautermilch, des Schuhmachers Benz; die „Angabe von 4 verwundeten Soldaten" (Roth, Schmidt, Pritzges und Schlottenbeck) und verschiedene von republikanischer Seite ausgegangene Erklärungen.

erfaßt, haben sich hier die Soldaten, dort die Freischärler in Hast zurückgezogen, vereinzelte Haufen nur stehen sich noch, selbst durch das unerwartete Blutbad erschreckt, gegenüber. Dem Hauptmann Keim, der den Angriff geleitet und einen Schuß in den Oberarm bekommen hat, ruft Lieutenant Becker zu: „Herr Hauptmann, unser General ist todt!“ Man eilt herbei, auch einzelne der Konstanzer Schützen haben sich eingefunden und gestatten dem Hauptmann, gegen Herausgabe einer schwarz-roth-goldnen Fahne, die ein hessischer Soldat in der Hand hält, unbehelligt den Schwerverwundeten wegschaffen zu lassen. „Die Offiziere und drei Schützen“, erzählt Keim, „trugen sodann den General auf der Straße gegen Kandern hin, ihrer Angabe nach etwa 20 Schritt weiter abwärts. Unterwegs ließ er sein Haupt sinken, dehnte den Körper und verschied.“

Dies ist in großen Zügen der Inhalt der zahllosen, über Gagerns Tod veröffentlichten Berichte; zahlreiche nicht überall bestätigte Einzelheiten, wie die Aeußerung des Generals: „was, Brüder! Gesindel seid ihr!“ „Blut muß fließen!“ und Anderes, sowie Möglings Behauptung, die Freischärler hätten den Säbel des übrigens in Civil gekleideten Generals an sich genommen, sind hierbei übergangen. Wer den ersten Schuß abgefeuert hat, ist unmöglich zu bestimmen, wenn auch die Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß derselbe aus den Reihen der Aufständischen kam. Eines aber ist sicher: Gagern fiel, nachdem er den Säbel erhoben und den Befehl zum Vorrücken gegeben hatte, er fiel, als bereits das Gefecht begonnen. Obwohl sämmtliche besonnenen Zeugen auf beiden Seiten dies wiederholt aussagten, wurde doch alsbald der Versuch gemacht, den freien Soldatentod des erprobten Kriegsmannes zu einem Akte des Meuchelmordes umzugestalten, und gegen die Republikaner die Beschuldigung erhoben, den General während der Verhandlungen tückisch niedergeschossen zu haben[1]. Dies ist bestimmt nicht der Fall gewesen; doch braucht

[1] So behauptete der Reitknecht Gagerns, der General sei, während er mit Hecker gesprochen habe, durch einen Schuß aus dem Walde getödtet worden; der Soldat Lautermilch sah sogar, wie Hecker Gagern mit einer Pistole vom Pferd schoß! Vielfach wurde Kaiser mit Hecker verwechselt, obwohl die Aehnlichkeit zwischen beiden nicht groß war.

man deshalb diese Berichte nicht der bewußten Lüge zu zeihen; sie bilden vielmehr ein psychologisch interessantes Beispiel, in wie verschiedener Weise sich unter verwirrenden und aufregenden Umständen ein und dasselbe Ereigniß verschiedenen Personen darstellt.

Der Kampf war beendet; 25 todte und verwundete Soldaten und zahlreiche gefallene Freischärler lagen auf der Höhe der Scheideck; der „Heckerzug" hatte einen raschen Abschluß gefunden; zwar zogen noch einzelne Schaaren der versprengten Republikaner unter Willichs und Möglings Führung weiter, aber der geistige Mittelpunkt der Bewegung, Friedrich Hecker selbst, war verschwunden; während des Kampfes hatte er sich im Hintergrund gehalten und war nach Beendigung desselben im Walde umhergeirrt, bis es ihm in der Nacht gelang, nach Rheinfelden auf Schweizer Gebiet zu flüchten. Der so leicht vorauszusehende Mißerfolg seines Unternehmens hatte ihn völlig niedergeschlagen; er nahm an den weiteren Kämpfen keinen Antheil mehr.

Unmittelbar nach Zersprengung der Heckerschaar traf ein gleiches Schicksal die zur Vereinigung heranrückende Struve-Weißhaar'sche Colonne. Wie berichtet, war Struve am 17. von Bonndorf abgereist und hatte zu Griesen Weißhaar getroffen, der mit einer ganz undisciplinirten Schaar von beiläufig 600 Mann nach Thiengen zog. Am nächsten Tage langte an diesem Orte auch die dritte von Sigel geführte republikanische Streifcolonne, von deren Schicksal in der Folge die Rede sein wird, an und marschirte nach St. Blasien weiter, während Struve und Weißhaar am Rhein entlang nach Säckingen und Nollingen zogen. Um sich möglichst rasch mit Hecker zu vereinigen, führte am folgenden Morgen Struve die 700 Mann starke Freischaar über Lörrach nach Steinen, wo sie bald nach Beendigung des Gefechtes bei Kandern anlangten. Struve war nicht gewillt, einen Kampf anzunehmen, sondern verlegte sich, wie er es in kritischen Fällen zu thun pflegte, auf das Unterhandeln und erhielt von dem Oberst von Hinckeldey, der nach Gagerns Tod das Oberkommando führte, die Zusicherung, das Militär werde eine halbe Stunde lang Halt machen. Immerhin waren jedoch während dieser Unterredung einzelne Schüsse gefallen; die An-

näherung des Feindes, verbunden mit der Kunde der Ereignisse auf der Scheideck hatten hingereicht, die ganze Colonne in wilde Flucht zu jagen; als Struve nach Steinen zurückkehrte, fand er nur mehr einige Mann dort vor; das Andere hatte sich zerstreut. Unter diesen Umständen konnte es nichts nützen, daß Mögling und Willich mit einzelnen Ueberresten der Hecker'schen Schaar eintrafen; man mußte eilends nach Rollingen zurückmarschiren, wo sich unterdessen eine große Menge Bürgerwehr versammelt hatte, jedoch, als sie von dem Ausgang des „Gefechts" bei Steinen hörte, schleunigst auseinanderlief.

Für den Augenblick war hier die Sache der Republikaner verloren; das sahen Struve und seine Genossen Knöpfle und Tiedemann ein und beschlossen, sich bei Säckingen über den Rhein nach der Schweiz zu begeben. Bereits hatten die drei Flüchtlinge die Rheinbrücke erreicht, als sie unvermuthet von Zollwächtern festgenommen und in das Gefängniß gebracht wurden. Ihre Haft sollte jedoch nicht lange dauern; denn kaum hatte Mögling die Nachricht von der Gefangennahme Struve's erhalten, als er einen drohenden Brief an den Bürgermeister von Säckingen schrieb und denselben in solche Angst versetzte, daß der Letztere die Inhaftirten am nächsten Morgen wieder frei ließ. Während Struve sich mit seinen Freunden schleunigst nach Rheinfelden begab, mußten die würtembergischen Reiter, die bereits gekommen waren, um den Volksführer in das Hauptquartier zu verbringen, unverrichteter Sache abziehen.

Struve gab jedoch nicht so leicht wie Hecker seine Pläne auf; schon am 22. kehrte er mit Mögling und Anderen wieder in das Badische zurück, vereinigte sich bei Rollingen mit einer Schaar, die unter Dolls Führung inzwischen im Lande umhergezogen war und auch die Hecker'sche „Artillerie", die beiden Mörser des Grafen Langenstein, bei sich hatte, und stieß am Morgen des 23. auf einen in Todtnau befindlichen Theil der Sigel'schen Colonne.

In Konstanz war nach Heckers Abzug die Aufregung keineswegs gewichen; viele der dort von Kuenzer und Hütlin von einer Theilnahme am Zuge abgehaltene Republikaner hatten inzwischen neuen Muth gefaßt und erklärten in einer am 15. stattgehabten

Volksversammlung, mit Sigel, der wieder nach Konstanz zurückgekehrt war, der Hecker'schen Freischaar nachmarschiren zu wollen. Mit einem Häuflein von etwa 200 Mann verließ noch am selben Tage der ehemalige badische Lieutenant die Stadt und wandte sich nach Stühlingen, wo er am 17. eintraf.

In Konstanz ging es inzwischen tumultuarisch zu; der Regierungsdirektor, den Hecker und Genossen zum Statthalter des Seekreises ernannt hatten, lehnte ebenso wie der zum Vizestatthalter ausersehene Arzt Vanotti die ihm zugedachte Ehre ab, wurde aber am 17. April durch die Landbürgermeister, die mit vielen Bauern in die Stadt zogen, genöthigt, die Statthalterwürde anzunehmen. Es war hierbei jedoch, wie zu vermuthen ist[1], der angebliche Zwang nur ein äußerer Schein, um Peter der Regierung gegenüber weniger zu kompromittiren. Im Uebrigen war seine Amtsführung nicht von langer Dauer; schon am nächsten Tage näherten sich die Baiern der Stadt und Peter, ein unentschlossener Mann von schwankendem Charakter, flüchtete eilends in die Schweiz.

Auch in Offenburg fand am 18. ein Aufruhr statt; doch wurde die Stadt alsbald von den Truppen besetzt. Von Stühlingen hatte inzwischen Sigel seinen Marsch über Thiengen, wo er die Struve'sche Colonne traf, nach St. Blasien fortgesetzt und zog am 20. durch das Albthal gegen Todtnau. Das schöne Wetter und die sachverständige Führung hatte sehr günstig auf die Zahl der Freischaar eingewirkt; sie war am Abend des 20. mehr als 3000 Mann stark.

Sigel hatte bisher die Absicht gehabt, gegen Freiburg zu ziehen, änderte aber jetzt plötzlich auf die Nachricht von dem Gefecht bei Kandern seinen Plan und zog wieder südwärts gegen Schopfheim; kaum jedoch war er dort nach einem 10stündigen Gewaltmarsch eingetroffen, als seine Stimmung wieder umschlug; er erkannte, daß von den zersprengten Resten der Hecker'schen und Struve-Weißhaar'schen Schaar nicht viel zu erwarten war und nahm den Gedanken auf, Freiburg zu besetzen; am 21. rückte er wieder gegen Schönau vor und erreichte am folgenden

---

[1] Bekk, 109 u. a.

Tage die Gegend von Todtnau, nachdem er mindestens dreimal 24 Stunden in unnützen Märschen verloren hatte; am 23. Nachmittags sollte von Horben aus der Angriff gegen die Bundestruppen, welche die im Aufruhr befindliche Stadt Freiburg umschlossen, beginnen.

In Freiburg gährte es schon seit lange; bald nach Beginn der Hecker-Unruhen hatte die Stadt eine Art Neutralitätserklärung erlassen; schon seit einigen Tagen war die Truppenbesatzung der Stadt nach den umliegenden Orten verlegt worden, da der hessische General Pfaff seine Mannschaft nicht Meutereien oder einer Ueberrumpelung aussetzen wollte; auf den 22. endlich, den Charsamstag, war eine große bewaffnete Volksversammlung ausgeschrieben, das heißt mit andern Worten, der Ausbruch des Aufruhrs festgesetzt. Die Regierung wußte dies, aber sie hatte nicht mehr die Kraft, die Volksversammlung zu verhindern; der Regierungsdirektor von Marschall wagte es überhaupt nicht, die dies betreffende Ministerialverfügung zu veröffentlichen. Wider Erwarten verlief die Versammlung nicht allzu stürmisch; es waren etwa 1200 Bewaffnete erschienen, die sich unter des Turners Langsdorff Führung in der Stadt einquartierten. Aber erst, als am andern Morgen, dem Ostersonntag, die sichere Nachricht vom Nahen der Sigel'schen Freischärler und zugleich weiterer Zuzug eintraf, entschloß man sich, Ernst zu machen. Die Thore wurden verrammelt, die Stadt in Vertheidigungszustand gesetzt.

Es erfolgte jedoch zunächst kein Angriff; der General Hoffmann, der nach Gagerns Tod die Führung der badischen Truppen übernommen, beschloß, sich zunächst gegen die vom Schwarzwald kommenden Freischärler zu wenden und zog diesen am Nachmittag des 23. entgegen.

Sigel hatte für den Angriff auf die vor der Stadt stehenden Truppenabtheilungen ganz zweckmäßige Anordnungen getroffen und namentlich das selbständige Vorrücken der einzelnen „Banner" seiner Colonne, die im Ganzen wohl 3500 Mann mit 2 Kanonen zählen mochte, untersagt. Er wußte, wie ansteckend Furcht und Verwirrung in einer undisciplinirten Schaar wirkt. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß Sigel, unstreitig der befähigste Führer der Freischaaren, wirklich Freiburg hätte entsetzen können,

wäre nicht durch Struve's eigenmächtige und ganz ungeschickte Maßregeln Alles in Verwirrung gerathen. Der Letztere war am Morgen des 23. in Horben angelangt und hatte hier eine Schaar Freiburger getroffen, die dringend einen sofortigen Vormarsch verlangten und behaupteten, das Militär habe die ganze Umgegend geräumt.

Wirklich ließ sich dadurch die erste Colonne, bei der sich sämmtliche Schützen befanden, zum Aufbruch bewegen und zog, Sigels Befehl entgegen, gegen Günterstthal, woselbst sie am Sternenwald auf das Militär stieß. Struve versuchte sofort wieder zu kapituliren und eilte, ein weißes Tuch schwingend, mit Kuenzer u. A. den Truppen entgegen; allein der Zuruf des Kommandirenden: „Fort, fort, du Hund!" trieb sie alsbald zurück. Fast unmittelbar darauf begann das Feuer der Soldaten auf das ganz ungeordnete Freibanner, und das Schicksal der Sigel'schen Schaar war entschieden. In wilder Flucht stürzte Alles davon und riß unaufhaltsam die inzwischen unter Sigels persönlicher Führung nachrückenden Banner mit sich fort.

Es waren höchstens 100 Mann, die im Ganzen bei Sigel und Doll aushielten. Mit dieser Handvoll Leute warf sich Sigel dem Feinde bei Günterstthal entgegen, bestand ein hitziges Gefecht und zog sich unverfolgt nach Horben zurück.

Am Morgen des nächsten Tages, des Ostermontags, begann der Angriff der hessischen, badischen und nassauischen Truppen auf Freiburg. An den verrammelten Eingängen der Stadt, namentlich am Zähringer und Breisacher Thor sowie in der Jesuitengasse, entspann sich ein heftiger Barrikadenkampf, der nach zwei Stunden mit dem Eindringen der Truppen und der Flucht der Insurgenten endete. Noch während dieses Kampfes hatten sich Sigel und Doll nochmals mit Allem, was sie von ihrer Mannschaft zusammenraffen konnten, zusammen etwa 600 Mann, von Horben aus gegen Freiburg in Marsch gesetzt, nachdem sie zuvor durch Sigels Anordnung, die Leute erst abkochen zu lassen, eine beträchtliche und folgenschwere Verspätung erlitten hatten; sie fanden, als sie vor dem Schwabenthor in Freiburg anlangten, dasselbe schon von den „Royalisten" besetzt und ein Angriff, den sie mit einer nach Lage der Dinge

wirklich anerkennenswerthen Tapferkeit unternahmen, wurde durch das heftige Feuer des Feindes abgeschlagen. Allein auch jetzt gaben Sigel und Mögling die Sache nicht verloren; die Beiden drangen, nur von 4 Republikanern gefolgt, über einen Gartenzaun in die Stadt, um sich vom Stand der Dinge daselbst zu überzeugen. Sie mußten bald erkennen, daß hier Nichts mehr zu machen war, und froh sein, daß es ihnen gelang, unerkannt wieder aus Freiburg zu entkommen. Ueber die Gebirge flüchtend gelangten sie bis an den Rhein und wurden von Schmugglern auf das französische Ufer übergesetzt.

Gleichzeitig mit diesen Kämpfen fand ein großer Soldatentumult in Karlsruhe und ein Aufruhrversuch in Sinsheim statt, die beide rasch unterdrückt wurden.

Während es so der Regierung gelang, der inneren Unruhen Herr zu werden, zog von Westen schon wieder eine neue Gefahr heran in Gestalt des seit Wochen gefürchteten und erwarteten Einfalles der Pariser deutschen Arbeiterlegion.

Um die Mitte März hatten sich zu Paris unter der Nachwirkung der Februar-Revolution mehrere Hundert Deutsche und andere Arbeiter zusammengefunden in der Absicht, einen Freischaarenzug zur Vertreibung der deutschen Fürsten zu unternehmen. An der Spitze der ganzen Sache stand der Freiheitsdichter Herwegh, der, schlaff, träge und träumerisch, wie er war, dabei der Kenntniß des Kriegswesens und selbst des persönlichen Muthes ermangelnd, die denkbar ungeeignetste Persönlichkeit zur Durchführung eines solchen Vorhabens war. Etwas besser allerdings stand es mit den übrigen Führern, von denen namentlich die früheren Offiziere von Corvin, von Löwenfels, Reinhardt von Schimmelpennink, von Bornstedt militärisches Sachverständniß und Tapferkeit besaßen, während Andere, wie der einstige österreichische Feldwebel Börnstein, nur sehr bedingte Fähigkeiten zeigten. Es fehlte dem Ganzen vor Allem an zwei Dingen, einmal an einer energischen und umsichtigen Oberleitung, die den ewigen Streitigkeiten und Zänkereien zwischen den einzelnen Führern ein Ende gemacht hätte, und zweitens an Geld. Man war in letzterer Hinsicht fast gänzlich auf die französische Regierung angewiesen, die sich ihrerseits in einer schwierigen Lage befand. Die republi-

kanischen Anschauungen und daneben auch der Wunsch, diese unruhigen Elemente aus Paris zu entfernen, geboten ihr, das Unternehmen zu unterstützen -- dies war der Standpunkt, auf dem hauptsächlich der Handelsminister Flocon sich befand —, der Wunsch auf Frieden mit dem Ausland legte es nahe, daß man Vorbereitungen zum bewaffneten Einbruch in befreundete Staaten nicht dulden durfte — dies war Lamartine's Ansicht. Das Ergebniß dieser widerstreitenden Anschauungen war demgemäß derart, daß man den deutschen Republikanern kein eigentliches Hinderniß in den Weg legte, sie aber auch nur wenig unterstützte; doch setzten es dieselben immerhin durch, daß sie durch Flocons Vermittelung die nöthigsten Bekleidungsgegenstände, dann auch kleine Geldsummen und endlich Marschrouten an die Grenze erhielten. Auch die Pariser Bevölkerung erwies sich den deutschen Arbeitern, wie auch den Polen, vielfach behülflich und ließ bereits auf den Boulevards die «république Allemande» hochleben.

Gegen Ende März war man endlich so weit, daß die Deutschen in zwei Colonnen, deren jede etliche Hundert Mann zählte, nach Straßburg abrücken konnten; man hätte viel zahlreicher sein können; denn viele Franzosen, ja ganze Bataillone der Mobilgarde erklärten sich bereit, freiwillig den Zug mitzumachen, doch wiesen die Führer, die den „bornirten Patriotismus“[1] ihrer Landsleute kannten, diese Anerbietungen ab.

In Straßburg ging man daran, sich für den Feldzug zu organisiren, nachdem ein Oberst Schwarz in Paris, den man zum Führer ausersehen, die Ehre dankend abgewiesen hatte. Nach langen Zänkereien wurde endlich Börnstein zum „Kommandanten“, Corvin zum „Chef des Generalstabes“ gewählt. In welchem Verhältniß Beide zu einander standen, ergiebt sich aus Corvins bissigen Worten[2]: „Wie eigentlich Börnstein gewählt wurde, weiß ich heute noch nicht; von ihm war bis dahin noch gar nicht die Rede gewesen: er machte Patronen! Da er aber ein militärisches Aussehen hat und bedeutend zu schweigen

---

[1] Corvin, 14.
[2] Corvin, 23.

versteht, so kann, wer ihn nicht kennt, auf den Gedanken kommen, er sei ein erfahrener, vorsichtiger Militär."

Jedenfalls war Börnsteins Wahl eine höchst unglückliche; aber auch Corvin, obwohl militärisch wohl der Befähigtste, eignete sich durch sein hitziges und schroffes Wesen wenig zum Führer der Expedition. Man traf alsdann in Straßburg einen Abgesandten des Freicorps, das sich unter Beckers Führung in der Schweiz bildete, und beschloß, beide Corps zu einer „Legion" zu verbinden. Inzwischen sollte die Herwegh'sche Schaar das „1. Regiment" bilden und Löwenfels das Kommando über dasselbe übernehmen, während Schimmelpennink, Bornstedt, Hörter und Delaporte die Leitung der 4 „Bataillone" erhielten.

Man beschloß, nunmehr keine weitere Zeit zu verlieren; die Nachrichten aus Baden, soweit solche nach Straßburg gelangten, lauteten höchst günstig, wenn auch die dortigen Aufständischen und namentlich Hecker sich ablehnend gegen die Unternehmungen der deutschen Legion verhielten und Frau Herwegh, die, wie erwähnt, vorausgereist war, einen wenig ermuthigenden Bescheid brachte. Jedenfalls war die Herwegh'sche Colonne den verschiedenen Hecker-Schaaren an militärischer Brauchbarkeit überlegen und durch den Marsch von Paris nach Straßburg einigermaßen an Strapazen gewöhnt, dafür haftete ihr jedoch ein „fahriges, räsonnirendes Handwerksburschenwesen"[1] an und die Stimmung der einzelnen Führer war nichts weniger als siegesgewiß.

Am frühen Morgen des Charsamstag fuhr die Legion in einem ihr von der Eisenbahndirektion unentgeltlich zur Verfügung gestellten Extrazuge von Straßburg ab, wobei — charakteristisch genug — die Waffen vergessen wurden und später nachgeschickt werden mußten, und nahm in dem am Rhein gelegenen Flecken Bangenheim Quartier.

Es handelte sich jetzt darum, den Uebergang über den Strom zu bewerkstelligen, ein Unternehmen, welches, da das andere Ufer bereits von Truppen besetzt war, mannigfache Schwierigkeiten bot, jedoch, mehr durch das Glück als durch die Einsicht der Führer gefördert, völlig glückte. Nachdem in der Nacht

[1] Corvin, 81.

zum Sonntag das in Neuenburg stehende Militär durch heftiges Gewehrfeuer von einer mitten im Rhein liegenden Insel aus allarmirt worden war, schiffte sich am Morgen des Ostermontags die Legion auf Kähnen ein und erreichte zwischen Rheinweiler und Kleinkems unbehelligt das badische Ufer.

Um diese Zeit lag bereits, wie berichtet, der badische Aufstand in den letzten Zügen; die letzte, noch im Felde befindliche Freischaar, die Sigel'sche Colonne, war Tags zuvor zersprengt, der Angriff auf Freiburg stand unmittelbar bevor. Herwegh und seine Genossen hatten natürlich von diesen letzteren Ereignissen keine Kenntniß erhalten; sie wußten nur von dem Gefechte bei Kandern und beschlossen, so schnell wie möglich über diesen Ort nach Todtnau zu marschiren und sich mit Sigel zu vereinigen.

Auf beschwerlichen Wegen und bei ungünstiger Witterung wurde der Zug begonnen; allein kaum hatte man nach zwei anstrengenden Tagemärschen das Dorf Wieden erreicht, so brachten Versprengte die Kunde von der völligen Auflösung der Sigel'schen Schaar; die Nachricht wirkte wie ein Donnerschlag, denn in der That, die Lage der Legion war jetzt geradezu eine verzweifelte zu nennen; ringsum standen Truppen, denen man nur durch ein Wunder entgehen konnte, es fehlte an Lebensmitteln, Munition und Geld, das Schuhwerk war unbrauchbar geworden, so daß die Meisten, darunter auch der „Oberst" von Löwenfels; nicht mehr zu gehen vermochten, die Führer waren, mit Ausnahme Corvins und Bornstedts, rath= und thatlos. Unter diesen Umständen blieb nur ein Entschluß übrig: man mußte möglichst rasch die Grenze wieder zu erreichen suchen.

Zunächst wandte man sich über die Gebirgspfade des Belchenberges nach Zell, wo die Colonne am Nachmittag eintraf und einige Stunden rastete; doch es war keine Zeit mehr zu verlieren, der Feind stand schon in dem benachbarten Schopfheim, und man faßte den verzweifelten Entschluß, in einem weiteren Nachtmarsche an letzterem Orte vorüber direkt nach Rheinfelden zu ziehen. Wider Erwarten schien das Wagniß zu glücken, schon hatte die völlig erschöpfte und gelockerte Schaar das nahe am Rhein gelegene Dorf Niederdossenbach erreicht und zog durch

den Wald, der sich von hier bis zum Fluß herunter erstreckte; da plötzlich erscholl der Ruf: „die Würtemberger sind da!“

Es zeugt von der Ueberlegenheit der Legion über die badischen Freischaaren, daß sie sich daraufhin nicht, wie jene es gethan hätten, sofort in wilde Flucht auflöste, sondern den Kampf unbedenklich annahm. An Zahl war sie dem Militär wohl doppelt überlegen; denn es stand den Freischärlern nur eine 300 Mann zählende Kompagnie des würtembergischen Hauptmanns Lipp, eines tapferen und fähigen Offiziers, gegenüber, allein bei der Verschiedenheit der Führung, der Bewaffnung und der Disciplin konnte der Ausgang nicht zweifelhaft sein. Gegen anderthalb Stunden wogte im Dossenbacher Walde ein erbittertes Gefecht, dann aber war das Schicksal der Arbeiterlegion besiegelt; mehr als dreißig der Freischärler blieben auf dem Platze, von den nach allen Seiten hin Flüchtenden fiel ein großer Theil, 370 Mann, worunter 67 Franzosen, in Gefangenschaft, Andere ertranken im Rhein, und nur in einzelnen, zersprengten Haufen gelangten die Reste der deutschen Legion auf das Schweizer Gebiet. Von den Führern war ein großer Theil während des Kampfes überhaupt unsichtbar geblieben; Herwegh und seine Frau hatten sich schon nach den ersten Schüssen geflüchtet, in einem Bauernhause zu Karsau versteckt und dann in Bauernkleidern gerettet; auch Börnstein scheint sich wenig rühmlich benommen zu haben. Um so entschlossener handelten Andere, wie Corvin, Bornstedt, welcher in Gefangenschaft fiel, und namentlich Reinhardt von Schimmelpennink; mitten im Getümmel suchte der Letztere den Hauptmann Lipp auf, kreuzte mit ihm die Klinge und hatte bereits seinen Gegner leicht verwundet, als er plötzlich von einer Kugel durchbohrt todt zu Boden stürzte. Auch der Verlust der Würtemberger war nicht unbedeutend, ein Beweis, daß das Gefecht ein ziemlich hitziges gewesen [1].

[1] Wie Corvin behauptet (58), hätten die Soldaten einen Gefangenen aufgehängt, und (Scherr II, 1, 108) nicht nur sämmtliche auf einem Wagen befindliche Verwundeten ermordet, sondern auch den Fuhrmann und die Pferde erstochen. Jedenfalls sind diese Schilderungen stark übertrieben.

Am selben Tage, wo diese letzte republikanische Freischaar zersprengt wurde, fand noch ein Aufflackern des Aufruhrs in Mannheim statt. Aus Besorgniß, die am linken Rheinufer in Ludwigshafen stehenden Baiern würden herüberkommen und die Stadt besetzen, bemächtigte sich die Bürgerwehr der Brücke, hob ein Joch derselben aus, verjagte die dort stehenden Nassauer Truppen und schoß über den Rhein auf die Baiern hinüber. Die Aufregung legte sich jedoch nach einigem Blutvergießen bald und wenige Tage darauf, am 1. Mai, besetzten die Baiern wirklich die Stadt.

Mit diesem Zwischenfalle war der erste badische Aufstand beendet und die „Ruhe“ wieder hergestellt, wenn man einen Zustand fortdauernder Gährung, während dessen über die Hälfte des ganzen Landes, den See- und den Oberrheinkreis, sowie über zwei der größten Städte, Mannheim und Freiburg, der Kriegszustand verhängt war, und fremde Truppen das Land besetzt hielten, so bezeichnen will.

Blickt man auf den Gesammtverlauf der einzelnen Aufstände und Streifzüge zurück, so ist es klar, daß die ganze Entscheidung von einem Umstande, von der Haltung der Truppen, abhing. Darin hatten sich Hecker und seine Freunde getäuscht; sie hatten auf einen sofortigen Uebertritt des Militärs gerechnet und zu ihrem Schrecken gefunden, daß der soldatische Gehorsam nicht in wenigen Wochen und am wenigsten bei einem bewaffneten Zusammentreffen auf freiem Feld und unter den Augen der Offiziere zu erschüttern war. Ein Gelingen der ganzen Unternehmung aber konnte — darüber waren sich Hecker und Andere klar — eben nur im Falle eines Fraternisirens mit den Truppen möglich sein; was nachher, nachdem das Gefecht bei Kandern bereits diese Hoffnungen in ein Nichts aufgelöst hatte, von Sigel, Struve und von der deutschen Legion mit offener Waffengewalt versucht wurde, mußte von vornherein als aussichtslos betrachtet werden. Das Menschenmaterial, diese eilig zusammengerafften Bauernburschen, Fabrikarbeiter und Abenteurer, war ein solches, daß selbst der geschickteste Führer damit Nichts hätte erreichen können; dazu kam aber noch, daß, von Corvin und Sigel abgesehen, die militärischen und politischen Leiter des Aufstandes

eine völlige Unfähigkeit bekundeten. Eine militärische Kritik ist diesen plan- und ziellosen Streifzügen gegenüber nicht möglich, nur die eine Frage sei aufgeworfen, ob es wirklich ein solcher Gewinn für die Republikaner gewesen wäre, wenn sie sich statt vereinzelt im Lande herum zu marschiren — eine Maßnahme, die den Tadel der Demokraten erfuhr — zu einer großen Heerschaar vereinigt hätten; in undisciplinirten Schaaren wirkt die Angst und Aufregung des Einzelnen ansteckend auf die Gesammtheit, und je größer die Zahl der versammelten Menschen, desto näher liegt die Gefahr einer Panik. Wollte man wirklich einen offenen Kampf gegen die Regierung führen, so mußte dies durch kleine Streifschaaren entschlossener, gut bewaffneter Schützen geschehen, die in den dazu wie geschaffenen Thälern und Schluchten des Schwarzwaldes, von einer gleichgesinnten Bevölkerung umgeben, einen Guerillakampf führten. Einem solchen Unternehmen war ein gewisser Fortgang schon deshalb gewiß, weil die badische Regierung es gar nicht mehr wagen konnte, einzelne Truppenabtheilungen zu detachiren, sondern das Ganze, aus Furcht vor Meuterei, in großen Verbänden zusammenhielt. Ueberhaupt erinnern die Maßnahmen der badischen und in geringerem Maßstabe auch der übrigen Bundesgenerale an die Kampfesweise eines Fechters, der seiner eigenen Waffe nicht mehr traut und nur zögernd und vorsichtig zum Schlage ausholt.

Die Regierung hatte gesiegt, aber sie konnte ihres Sieges nicht froh werden. Der Aufruhr hatte ihr die ganze Kluft gezeigt, die zwischen ihr und dem Volke klaffte, und ihr als ultima ratio nur eine Stütze, das Heer, gelassen. Und auch in diesem griff langsam und unaufhaltbar der Geist der Revolution um sich und bereitete die Stürme vor, welche ein Jahr später das Land erschüttern sollten.

3.

Die Märzbewegung in den übrigen deutschen Staaten.

Der Verlauf der Märzbewegung in den deutschen Einzelstaaten weist im wesentlichen dieselben Züge auf, modifizirt nur durch den Grad der im Lande vorhandenen Unzufriedenheit, den

größeren oder geringeren Widerstand der Regierung und den Volkscharakter. In jedem der Bundesstaaten hatte sich im Laufe der Jahre Zündstoff in so genügender Menge angesammelt, daß der vom Westen herübergetragene Feuerfunke ein heftiges Auflodern der Volksleidenschaften hervorzurufen vermochte; darüber hinaus jedoch ging die Bewegung nur in den seltensten Fällen, ja, man kann behaupten, daß die Kunde von der Pariser Februar-Revolution für sich allein namentlich in den mittleren und nördlichen Theilen Deutschlands nichts Anderes als eine Wiederholung der Ereignisse von 1830 im Gefolge gehabt hätte, hätten sich nicht gleichzeitig auch der Bundestag und die beiden deutschen Großstaaten der Revolution gebeugt. Besonders der scheinbare Zusammenbruch des preußischen Militärabsolutismus in der Nacht des 18. März war ein schwerer Schlag für zahlreiche deutsche Fürsten, die bis dahin auf die preußische Armee als die ultima ratio geblickt hatten und jetzt erst, da Alles verloren schien, gezwungen den Wünschen des Volkes willfahrten. Die Forderungen der Unterthanen waren im Allgemeinen mäßig und nur auf die Beseitigung drückender Mißstände gerichtet, wie sie der Geist der Reaktion hervorgerufen hatte, und da dieselbe gleichmäßig in allen Staaten geherrscht, kamen auch bei dem Wunsche nach Reformen überall dieselben Punkte zur Sprache. Zunächst empfand man das Bedürfniß des freien Meinungsaustausches in so bewegter Zeit und verlangte Preßfreiheit und Aufhebung der Censur, ein Wunsch, dem die Regierung, in Anbetracht der Bundestagsbeschlüsse, meist sofort Folge leistete. Alsdann wurde die Nothwendigkeit einer regeren politischen Thätigkeit klar, man forderte Verleihung einer Verfassung, wo solche nicht vorhanden, Einberufung des Landtags, wenn das Volk demselben Vertrauen schenkte, andernfalls die Anordnung von Neuwahlen, sowie die Gewährung des freien Vereinigungsrechtes. Im Zusammenhang damit stand, da man von den bisherigen Rathgebern des Herrschers eine so rasche Sinnesänderung nicht erwarten konnte, das Verlangen nach Entlassung der bisherigen Minister und nach Berufung volksthümlicher Männer an die Seite des Regenten. Eine Ausnahme machte höchstens der Kriegsminister, dessen Stelle aus den Reihen des

Volkes nicht wohl zu besetzen war. Eine politische Amnestie schloß sich diesen Gewährungen meistens an.

Der neu erwachte Einheitsgedanke äußerte sich überall in dem Wunsche nach einer deutschen Volksvertretung; die drückendsten Schäden des alten Systems, die mangelhafte Rechtspflege, wurde gleichfalls Gegenstand der Reformbewegung. Man forderte und erhielt die Zusicherung eines öffentlichen, mündlichen Gerichtsverfahrens, der Einführung von Geschworenengerichten, der Trennung der Justiz von der Polizei, wo solche noch nicht geschehen war. Auch die bäuerlichen Lasten boten, namentlich in den Standesherrschaften, vielfach Anlaß zu Klagen.

Endlich wurde die Nothwendigkeit einer Sicherung der Errungenschaften erkannt; man verlangte die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung und Errichtung einer Bürgerwehr.

Außer diesen stehenden Forderungen traten in den Einzelstaaten noch verschiedene Sonderwünsche zu Tage, die theils, wie namentlich in den Hansestädten, durch die Lokalverhältnisse begründet waren, theils aber auch Zeugniß von dem traurigsten Spießbürgerthum ablegten[1].

Die Mittel, deren sich das Volk zur Darlegung seiner Wünsche bediente, bestanden zu Anfang aus einer Fluth von Adressen aus allen Theilen des Landes, denen sich Deputationen der Bürgerschaft, der Stadtbehörden, der akademischen Korporationen anschlossen. Hatte dies keinen Erfolg, so schritt man zu Massendemonstrationen; es fanden Tumulte und Exzesse statt, doch ließ es die Regierung nirgends zu einem wirklichen Straßenkampf kommen, sondern trat schon vorher den Rückzug an. Die Art und Weise, in welcher die Staatsleitung den drohenden Sturm zu bannen versuchte, ist höchst charakteristisch; fast nirgends konnte sie sich sofort zu einer ganzen und vollen Erfüllung der Volkswünsche entschließen; sie machte nur einzelne Concessionen, wie die Entlassung besonders mißliebiger Persönlichkeiten aus dem Staatsdienst, die Aufhebung der Censur u. s. w.,

[1] In Hechingen verlangte das Volk die Entfernung sämmtlicher Ausländer aus dem Staatsdienste, wobei es unter „Ausländern" sämmtliche nicht in Hechingen geborenen und erzogenen Persönlichkeiten verstand.

um zu erproben, ob sich das Volk nicht auch damit begnügen werde, und gab erst, wenn sie sah, daß Solches nicht der Fall, Schritt für Schritt auch im Uebrigen nach.

Eine weit bedenklichere Erscheinung als die Bewegung in den Haupt- und Universitätsstädten, die sich meist über das Niveau eines Straßenkrawalles nicht zu erheben vermochte, bildeten die Bauernunruhen, die namentlich im hessischen und badischen Odenwald, in einem Theile von Würtemberg und auch in Schlesien und Sachsen einen gefahrdrohenden Charakter annahmen. Der Zorn der Landbevölkerung richtete sich in erster Linie gegen den mediatisirten Hochadel und die sonstigen Großgrundbesitzer und namentlich deren Rentbeamten, dann auch gegen die Juden, die durch ihren Wucher, im Verein mit den drückenden bäuerlichen Verpflichtungen gegen die Grundherren das Meiste zur Verarmung des Landvolkes beigetragen hatten. Das Gefährlichste an diesen Unruhen war der Umstand, daß ihre Veranlassung nicht wie bei Stadttumulten durch irgend eine Concession ohne weiteres beseitigt werden konnte, sondern eine eingehende Untersuchung und gesetzgeberische Thätigkeit verlangte.

Von den drei hier zu betrachtenden Königreichen war **Würtemberg** dasjenige, welches am schnellsten und heftigsten in die Bewegung hineingerissen wurde. Hier hatte schon während der Freiheitskriege der Konflikt zwischen Ständen und Regierung begonnen, indem die am 15. März 1815 von dem König Friedrich II. berufene Ständeversammlung hartnäckig drei höchst freisinnige, ihr vorgelegte Verfassungsentwürfe ablehnte und mit echt schwäbischer Störrigkeit auf ihr „altes, gutes Recht" pochte. Unter solchen Umständen blieb dem König Wilhelm I., der während dieses Streites 1816 seinem Vater auf dem Throne gefolgt war, Nichts übrig als am 25. September 1819 eine neue Verfassung, nach vorhergegangener Einigung mit einigen Ständemitgliedern, aus eigener Machtvollkommenheit zu erlassen. Danach bestand die erste Kammer aus den Prinzen, den Häuptern des Hochadels und den vom König ernannten Mitgliedern, die zweite aus 13 Angehörigen des Adels, 6 Superintendenten, 3 katholischen Geistlichen, dem Kanzler der Landesuniversität, 7 Vertretern der Städte und je einem Abgeordneten der 64 Oberamtsbezirke. Von einer

Berücksichtigung des Volkswillens konnte in dieser anscheinend freisinnigen Konstitution nicht die Rede sein, denn die Wahlvorschriften waren so gehalten, daß fast der gesammte politische Einfluß der Klasse der höchstbesteuerten Bürger zufiel.

Die Preßfreiheit hatte seit dem Jahre 1817 bestanden und war in der Urkunde vom 25. September 1819 ausdrücklich bestätigt worden; allein da schon fünf Tage vorher in Karlsbad die Einführung der Censur beschlossen war, blieb diese Bestimmung illusorisch.

Das politische Leben in Würtemberg war in den folgenden Jahrzehnten ein sehr geringes, kaum daß das Jahr 1830 eine flüchtige Opposition hervorrief, die in der im folgenden Jahre gewählten Kammer ihren Ausdruck fand. Kurz entschlossen löste daraufhin die Regierug 1833 die Ständeversammlung auf und errang bei den Neuwahlen eine erdrückende Mehrheit. Die Opposition, zu der gefeierte Männer, wie Uhland, Römer, Pfitzer, zählten, bestand zwar fort, konnte aber bei der politischen Indifferenz des Volkes und der eigenen Lahmheit und Zerfahrenheit keinen Boden gewinnen.

Die materielle Lage Würtembergs war in den vierziger Jahren keineswegs eine günstige; auch die Schutzzölle vermochten den wirthschaftlichen Niedergang nicht zu hemmen Dazu kam, daß von der in diesem Jahre überall herrschenden Mißernte auch Würtemberg schwer betroffen wurde. „Wer soll der Noth in Würtemberg abhelfen?" heißt es in einer, die allgemeine Mißstimmung kennzeichnenden Zuschrift der „Deutschen Zeitung", „werden diese vom Uebermaß der Arbeit gekrümmten Leiber, diese tiefen Gesichtsrunzeln der in der Sonnenhitze halb verdorrten Weingärtner, diese von schweren Kopflasten hervorgedrückten Kröpfe der Weiber, werden sie die Typen Altwürtembergs bleiben?" „Wird der tägliche Harm, das elende Wochenleben fort und fort dasselbe sein und seine Betäubung Sonntags in Trunkenheit und tobendem Lärm suchen müssen. Soll man an der Möglichkeit verzweifeln, daß jeder fleißige Würtemberger, statt durch seine Bemühungen um das tägliche Brot an Seele und Leib zu verkümmern, ein leidliches Auskommen und dabei Zeit finde, auch als Mensch und als Staatsbürger zu leben?"

Die Regierung that nicht viel, dem Nothstande abzuhelfen; als ihr 1845 die Stände zur Linderung des allgemeinen Mangels eine halbe Million Gulden zur Verfügung gestellt hatten, waren im nächsten Jahre nicht mehr als 1677 fl. 12 Kr. davon verausgabt. Die Schuld trifft auch hier die Bureaukratie, die hier wie überall eine seelenlose, um das Volkswohl unbekümmerte Thätigkeit entfaltete und den Endzweck ihres Daseins in der Zusammenhäufung möglichst großer Aktenstöße erblickte[1]. Auch das Strafgesetzbuch von 1839 und die Kriminalprozeßordnung von 1842 gaben zu Unzufriedenheit Anlaß.

Seit dem August 1832 lag die Staatsleitung in den Händen des Premierministers von Schlayer, eines aus niederem Stande hervorgegangenen, einsichtigen und entschlossenen Mannes, gegen den die schwächliche Opposition nicht aufzukommen vermochte. Seine Collegen waren im Frühjahr 1848 der begabte Finanzminister von Gärtner, die beiden wenig hervorragenden Grafen Beroldingen und Sontheim, von denen Ersterer das Aeußere, Letzterer das Departement des Krieges leitete, endlich der Justizminister von Prieser, ein um seiner reaktionären Anschauungen willen höchst unbeliebter Beamter.

Schon am 29. Februar 1848 sah man Stuttgart in großer Aufregung; der „Schwäbische Merkur“ konnte nicht genug Extrablätter herstellen; auf der Neckarstraße standen Minister und Abgeordnete in Gruppen beisammen, man erblickte den Kriegsminister in eifrigem Gespräch mit dem Oppositionsmanne Römer. Eine große Bürgerversammlung folgte. Von überall her kamen die Adressen, darunter aus Tübingen eine von Uhland verfaßte, und schon am 1. März erfolgte die erste Abschlagszahlung der Regierung in Form der Aufhebung der Censur. Ein Manifest des Königs vom 2. stellte weitere Verheißungen in Aussicht mit der Ermahnung: „Ruhe, Ordnung und Gehorsam vor dem Gesetz ist die heiligste und nothwendigste Pflicht!“ Am 6. folgte die weitere Erfüllung der Volkswünsche; Herr von Schlayer und

---

[1] Als die aufrührerischen Bauern in Weiler die Bücher und Akten des Rentamtes verbrannten, entstand ein derartiges Feuer, daß die Löschmannschaft aus Heilbronn herbeieilte, in der Meinung, das Schloß Weiler stehe in lichten Flammen.

Genossen nahmen ihren Abschied, die Ständeversammlung wurde auf den 13. einberufen, kurz Alles schien sich in größte Freude aufzulösen und man bereitete schon eine Dankadresse vor, als plötzlich das Gerücht von der Ernennung des als ultrareaktionär bekannten Freiherrn von Linden zum Minister des Innern sich verbreitete. Sofort schlug die Stimmung wieder um; das gesammte Regierungskollegium reichte seine Entlassung ein, im Hause der Bürgergesellschaft wurde sofort ein Protest in Form einer an die Stände zu richtenden Adresse unterzeichnet, von allen Seiten opponirte man gegen das in Aussicht genommene Ministerium Linden-Varnbüler, das in Folge dessen dem Sturme wich und bereits um vier Uhr Nachmittags dem Könige erklärte, es fürchte im gegenwärtigen Augenblick durch Annahme der Portefeuilles der Sache des Thrones und des Vaterlandes zu schaden.

Die Regierung entschloß sich nunmehr, völlig nachzugeben. Am 7. März eröffnete der Geheimerathspräsident Freiherr von Maucler, der bald darauf sein Amt niederlegen mußte, dem liberalen Abgeordneten Duvernoy, daß der König ihn, den Deputirten, zum Minister des Innern ernannt und ihm anheim gegeben habe, die übrigen Stellen nach Gefallen zu besetzen. Alsbald wurde eine Estafette nach dem in Tübingen bei Uhland weilenden Pfitzer entsandt. Am 9. war das Ministerium aus Duvernoy, Pfitzer, Römer und Goppelt neugebildet; die bisherigen Minister Beroldingen und Sontheim waren in ihren Stellungen verblieben.

Während sich hier in dieser Weise die Dinge einer friedlichen Entwickelung zuwandten, trafen von anderen Theilen des Landes Hiobsposten ein, die, durch das Gerücht noch vielfach vergrößert, allgemeinen Schrecken hervorriefen: „Im Jaxt- und Kocherthale, dem alten Heerde des Bauernkrieges, wiederholen sich die Scenen einer Zeit, welche 300 Jahre hinter uns läge, hätten die mediatisirten Fürsten und die ehemalige Reichsritterschaft, statt sich allem Ansinnen auf Ablösung zu widersetzen und auf ihre durch die Bundesakte und die Bundesversammlung geschützten drückenden Privilegien zu pochen, dem wohlgemeinten Rathe gefolgt, den alle in die Ferne blickenden Männer ihnen wiederholt

und öffentlich ertheilten.“ Der „arme Konrad“ schien zu neuem Leben erwacht; überall in den fürstlich Hohenlohe’schen und Leiningen’schen Besitzungen rotteten sich die Bauern zusammen, zogen vor die Schlösser der Gutsherren, die meist eilig flüchteten, und verbrannten die Akten der Rentämter. Mehrere Herrensitze gingen in Flammen auf, auch einige jüdische Häuser wurden ausgeplündert, doch die Kraft der Bewegung war bald erlahmt und nach Ankunft der Truppen trat in Kurzem wieder völlige Ruhe ein. In den benachbarten Hohenzollern’schen Ländchen ging es gleichfalls stürmisch zu; in Hechingen zogen große Bauernhaufen auf das Rathhaus, veranlaßten den Fürsten dorthin zu kommen und legten ihm ihre 25 Forderungen vor, worauf derselbe nebst dem Adel und den Juden die Stadt verließ und sich nach Stuttgart flüchtete. In Sigmaringen, wo der dirigirende Geheimerath von Schenk sich ziemlicher Beliebtheit beim Volke erfreute, kam es zu keinen ernstlichen Ruhestörungen.

Inzwischen wurde am 14. März unter großer Theilnahme der Bevölkerung die würtembergische Kammer wieder eröffnet. Ihre Sitzungen waren, da von vornherein die Auflösung des Landtages nach Erledigung der dringendsten Angelegenheiten beschlossen war, nur von kurzer Dauer. In aller Eile wurden die Gesetze über Volksbewaffnung und Versammlungsrecht, sowie über Ablösung der Grundlasten angenommen, wobei der durch die Bauernunruhen erschreckte Adel sich sehr bereitwillig zeigte; am 25. März verlas der Staatsrath Duvernoy ein Reskript, welches die Kammer auflöste und die sofortige Vornahme der Neuwahlen anordnete.

In seinen letzten Sitzungen hatte sich der Landtag noch mit einem Gegenstande beschäftigt, welcher in Würtemberg überall die größte Erregung hervorrief, mit den scheinbaren Kriegsrüstungen Oesterreichs. Es machte nämlich der Kaiserstaat Miene, die Festung Ulm, die in Kriegszeiten je zur Hälfte von Oesterreich und Würtemberg, im Frieden aber — 400 Artilleristen ausgenommen — ausschließlich von letzterem Lande besetzt werden sollte, mit mehreren Tausend Mann zu okkupiren und kündete bereits dem Bezirksvorsteher von Tettnang die Ankunft

der Truppen an. Ob dieser Maßregel, die in erster Linie gegen die neuerrungene Freiheit gerichtet zu sein schien, entstand alsbald eine heftige Erbitterung. Schon machte man in Ulm Alles zur Vertheidigung fertig und ging daran, die würtembergische Armee auf den Kriegsfuß zu bringen, da glückte es dem als Abgesandten nach Oesterreich geschickten Legationsrathe von Neurath, die Sache beizulegen und den Einmarsch zu verhindern. Auch die Kunde von dem drohenden Einfalle der französischen Freischaaren rief überall große Aufregung und eilige Volksbewaffnung hervor.

Länger als Würtemberg widerstand das **Königreich Hannover** dem Sturme der Zeit; sein Herrscher Ernst August hatte schon früher bewiesen, daß er nicht der Mann dazu war, sich ohne weiteres dem Volkswillen zu beugen; hatte doch seine ganze bisherige Regierung in einem unausgesetzten Verfassungsstreite mit seinen Unterthanen bestanden. Die erste Handlung des im Jahre 1837 auf den Thron gelangten Fürsten war die Aufhebung der Verfassung gewesen, welche am 26. September 1833 der Vizekönig von Hannover, der Herzog von Cambridge, als der Vertreter König Wilhelms von England dem Lande verliehen hatte, kurz nachdem auch hier die Wirkungen der Julirevolution in einem erneuten Aufschwung des politischen Lebens zu Tage getreten waren. Diese Konstitution vom Jahre 1833 hatte einen für die damaligen Verhältnisse sehr freisinnigen Charakter. Sie gab den Ständen nicht nur das Recht, die Finanzen zu überwachen und Gesetzesvorschläge zu prüfen, sondern auch selbst letztere von sich aus der Regierung zu unterbreiten, und führte die Vereidigung sämmtlicher Staatsdiener auf die Verfassung, sowie die Ministerverantwortlichkeit ein.

In der zweiten Kammer hatte der Bauernstand eine angemessene Vertretung gewonnen; sie bestand aus 9 Geistlichen beider Konfessionen, 1 Deputirten der Universität, 37 Abgeordneten der Städte, 38 der Landgemeinden, während die erste Kammer neben den Vertretern des Hochadels und der hohen Geistlichkeit auch 35 Repräsentanten der Ritterschaft und 4 vom König ernannte Personen zählte. Zwischen beiden Häusern trat alsbald eine Spannung ein; die erste Kammer verhielt sich ab-

lehnend gegen die Neuerungen, die zweite versuchte unter Stüve's u. A. Führung auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten.

Als nun am 19. Juni 1837 Wilhelm IV. von England starb und ihm dort seine Nichte Viktoria auf dem Throne folgte, die nach deutschem Rechte in Hannover nicht successionsfähig war, gelangte hier Ernst August von Cumberland, ihr Oheim, zur Regierung. „Ich werde den Hannoveranern ein gerechter und gnädiger König sein", lauteten seine ersten Worte; allein seine erste Regierungshandlung war wenig dazu angethan, einer solchen Verheißung zu entsprechen. Die Ständeversammlung wurde vertagt, der hochreaktionäre, nicht auf die Verfassung vereidigte Herr von Scheele zum Minister ernannt, und in dem Patent vom 5. Juli offen erklärt, daß der König sich nicht an die Konstitution für gebunden erachte.

Die Gründe, die den Herrscher zu diesem Schritte veranlaßten, scheinen hauptsächlich die Sorge um die Erbfolge seines blinden Sohnes Georg, dann aber namentlich der Umstand gewesen zu sein, daß die Verfassung von 1833 die Domänen für Staatseigenthum erklärte und dem König eine Civilliste aussetzte. Mag dem sein wie es wolle, jedenfalls fand Ernst August bei seinem Vorgehen zwar große Entrüstung, aber wenig Widerstand; denn als der König offen die alte Verfassung von 1819 wieder einführte und von sämmtlichen Staatsbeamten die Leistung eines neuen Diensteides verlangte, da fanden in dem ganzen Reiche nur sieben Männer den Muth zum Widerstand; die berühmten „Göttinger Sieben", die Professoren Dahlmann, Albrecht, Jakob und Wilhelm Grimm, Gervinus, Ewald und Weber waren es, deren mannhafter Entschluß in ganz Deutschland Theilnahme und Aufsehen erregte und einen erfreulichen Gegensatz zu der sonstigen Haltung der gelehrten Welt bildete. Auch die Stände versuchten eine Art Opposition; allein sie wurden binnen kurzem durch Vertagungen, Auflösungen, Minoritätswahlen und andere Mittel gefügig gemacht.

Daß man mit einer Verfassung wie die wieder eingeführte von 1819, die unter Anderem von den Deputirten den Nachweis eines jährlichen Einkommens von 600 bezw. 300 Pfund St.

verlangte, auf die Dauer nicht regieren könne, sah jedoch auch der König ein; am 6. August 1840 kam eine dritte, etwas modifizirte Konstitution zu Stande, die das Gesetzgebungsrecht, die Ministerverantwortlichkeit, die Oeffentlichkeit der ständischen Verhandlungen aufhob und dem König die Domänen zurückgab. Die einzige Antwort des Bundestags auf alle vom hannöverischen Volke an ihn gerichteten Bitten und Beschwerden hatte in der Fassung einer nichtssagenden Resolution bestanden.

Das Verhalten Ernst Augusts ist stets der Gegenstand der heftigsten Angriffe und Verurtheilungen gewesen; allein, um gerecht zu sein, muß man zugestehen, daß der König das formelle Recht auch auf seiner Seite hatte; er hatte nie seine Einwilligung zu dem Staatsgrundgesetz gegeben; dann aber ist es sicher, daß ein Volk, das sich — mit Ausnahme jener Sieben — thatenlos einen solchen Schritt gefallen ließ, nichts Besseres verdiente, und endlich entspricht gewiß ein solches offenes und entschlossenes Vorgehen der Würde einer Krone besser, als etwa der kleinliche Hader, in dem der Kurfürst von Hessen mit seinen Ständen lebte.

Trotz alledem war zu Beginn des Jahres 1848 die Unzufriedenheit in Hannover bei weitem nicht so groß, als man nach solchen Kämpfen hätte erwarten können. Es hatte dies seinen guten Grund: zwar herrschte auch hier die Polizeiwillkür, zwar war bereits seit dem Jahr 1705 die Censur eingeführt, allein Hannover war ein wohlhabendes Land und wurde gut und umsichtig verwaltet, so daß die materielle Lage des Volkes eine weit günstigere war als in anderen deutschen Staaten.

Der Anfang der Märzbewegung schien ein höchst schwächlicher. In der hannöverischen Stadtvertretung hatte der Bürgervorsteher Peters mit Genossen die Forderung von Preßfreiheit, Einberufung der Stände und Volksbewaffnung beantragt und, mit Ausnahme des letzten Punktes, durchgesetzt. Dieser schien dem Magistrate allzu kühn und mußte dem Wunsche nach einer deutschen Volksvertretung weichen. Eine Theilnahme des Volkes an den Verhandlungen ward ängstlich vermieden, dagegen der Landdroste von Dachhausen vom Inhalt der Petition in Kenntniß gesetzt. Auf solche Weise war es allerdings nicht möglich, dem

starrsinnigen König zu imponiren. Kurz und bündig eröffnete er am 7. März den Stadtbehörden, die Stände habe er bereits vorher einberufen, dagegen halte er Preßfreiheit für unnütz und schädlich und eine Vertretung des Volkes beim Bundestag für überflüssig, da Er dasselbe genügend vertrete[1].

Den landesväterlich wohlwollenden Ton, den der König bei dieser Gelegenheit angeschlagen hatte, athmet auch eine Proklamation vom 14. März, welche alle die Unruhe und Verwirrung einer geheimnißvollen Schaar von „Fremden" beimaß, im Uebrigen aber nichts Neues brachte.

Während in Hannover die Gährung fortdauerte, kam sie an anderen Orten zu offenem Ausbruch. In Hildesheim war bei der Rückkehr einer nach der Residenz entsandten, aber nicht beim Könige vorgelassenen Deputation die Erregung zu einer Höhe gediehen, daß die Regierung schleunigst Truppensendungen dorthin abgehen ließ. In Göttingen hatte der Polizeidirektor Heintze die in den Straßen lärmenden Studenten mit Waffengewalt zersprengen lassen, ein Schritt, der die größte Empörung hervorrief. Alsbald gingen eine Deputation der Universität und eine der Bürgerschaft beschwerdeführend nach Hannover, kamen aber unverrichteter Dinge zurück; der König hatte sie überhaupt nicht empfangen.

Dies hatte, zumal da auch Kürassiere und Infanterie Göttingen besetzten, zur Folge, daß am 17. März um 12 Uhr Mittags die gesammte Studentenschaft die Georgia Augusta verließ, und sich gegen Hamburg wandte, wo sie den Erfolg ihres Schrittes abzuwarten beabsichtigte.

Am selben Tage war auch in der Hauptstadt selbst der Tumult losgebrochen; eine mit 2000 Unterschriften bedeckte Adresse wurde von der Bürgerschaft in das Schloß getragen

---

[1] Der Minister von Falcke ergänzte diese Worte durch den byzantinischen Ausspruch: „daß eine Theilnahme deutscher landständischer Deputirten an den Berathungen und an den aus solchen hervorgehenden Beschlüssen des deutschen Bundes, denen die Landesherren selbst sich vertragsmäßig unterworfen haben, mit der monarchischen Regierungsform nicht vereinbar sei, wird bei ruhiger und reiflicher Erwägung Niemand verkennen".

und dem Könige, der seit mehreren Tagen erkrankt war, in seine Gemächer gebracht. Die Antwort Ernst Augusts, die der Kabinetsrath von Münchhausen dem harrenden Volke mittheilte, schien befriedigend zu lauten; man zerstreute sich und der Tag verging verhältnißmäßig ruhig, wenn auch am Abend dem Minister von Falcke und einer „dem Könige nahestehenden Gräfin" die Fenster eingeworfen wurden. Als jedoch am 18. Morgens die offiziöse „Hannoversche Zeitung" den gestrigen Bescheid des Königs gedruckt und zwar in einer ganz anderen, völlig ablehnenden Fassung brachte, stieg die Erregung aufs Neue. Der Tag und die folgende Nacht vergingen mit Unterhandlungen mit der Regierung, die eine „die offizielle Resolution amplifizirende Proklamation" anbot. Eine solche erschien denn auch, aber ohne besonderen Erfolg; Alles rüstete sich, um am 19. März die Entscheidung herbeizuführen.

Allein schon früher veranlaßte eine andere Nachricht einen völligen Umschwung der Dinge, die Kunde von der am 18. März erlassenen Proklamation Friedrich Wilhelms IV. Nach diesem Schritte des Preußenkönigs schien ein weiterer Widerstand nicht mehr möglich; am 19. und 20. erhielten sämmtliche Minister, von Falcke, von der Wisch, Graf Wedel, Graf Kielmannsegge, Freiherr von Scheele und General Prott ihre Entlassung; der Gedanke, den Landdrost von Bülow zu berufen, wurde alsbald aufgegeben und eine Stafette nach Osnabrück gesandt, um Stüve, den dortigen Bürgermeister, nach der Residenz zu berufen. Am 22. traf derselbe ein und bildete mit Graf Bennigsen, Dr. Braun, Lehzen, von Düring und General Prott das neue Kabinet. Ein Manifest vom gleichen Tage sicherte die Aufhebung der Censur, politische Amnestie und alle sonstigen Forderungen zu. Senator Heintze in Göttingen wurde seines Amtes entsetzt. Das Volk war jedoch noch immer nicht befriedigt, auf dem platten Lande kam es zu Unruhen, in Goslar zu einem großen Tumult. In Loccum gingen mehrere Gebäude in Flammen auf und fand ein blutiger Kampf zwischen Volk und Truppen statt; in Hannover selbst wollte man bereits Kanonen auffahren, um das gemeldete Eindringen der Bauernhaufen zu hemmen. An anderen Orten nahm die Bewegung einen humoristischen

Anstrich an; so in Neustadt, wo man dem mißliebigen Bürgermeister eine Kutsche vor das Haus fuhr und ihn bat, sich derselben zur Abreise bedienen zu wollen.

Im **Königreich Sachsen** hatte die Juli-Revolution neben dem Sturz des allmächtigen Ministers Graf Einsiedel die Umänderung des alten Ständewesens zu einer modernen Konstitution zur Folge gehabt, so schwer es dem alten König Anton, der in diesen stürmischen Tagen seinen Neffen Friedrich August zum Mitregenten angenommen hatte, auch wurde, sich dem Zeitgeiste anzubequemen. Die Verfassungsurkunde vom 4. September 1831 bestimmte die Zusammensetzung des Landtags aus zwei Kammern, deren erste aus den Standesherren namentlich der schönburgischen Besitzungen, — Vertretern der Geistlichkeit und der Ritterschaft, Magistratspersonen u. A., die zweite aus 20 Abgeordneten der Rittergutsbesitzer, 25 der Städte, 25 des Bauernstandes und 5 des Handels bestand. Das Charakteristische in dieser Ständeverfassung lag einmal in der großen Menge der Rittergutsbesitzer, die, im Ganzen 47 an der Zahl, sich in beide Kammern vertheilten, dann aber namentlich in der Berücksichtigung des Handels und Fabrikwesens als eines besonderen, von der Klasse der Ritter, Bürger und Bauern verschiedenen Standes. Es hing dies mit der hochentwickelten Industrie Sachsens zusammen, die schon damals die ersten, leisen Bewegungen des Sozialismus zeitigte. Erst mit Beginn der vierziger Jahre trat eine merkliche Spannung und Spaltung der politischen Parteien hervor. Auf dem vierten Landtag (1842/43) zeigte sich zum ersten Male eine entschiedene liberale Opposition, die in der Folge, von Todt, Biedermann, Robert Blum, Braun u. A. geleitet, rasch an Boden gewann, zumal seit an Stelle des liberalen Ministers von Lindenau das reaktionäre Kabinet Könneritz-Falkenstein am 1. September 1843 getreten war und zugleich religiöse Verfolgungen, namentlich der Deutsch-Katholiken und der Lichtfreunde, den Mißmuth mehrten. Der Bruder des seit 1836 allein regierenden Königs Friedrich August II., Prinz Johann, der als die Seele dieser letzteren Bestrebungen und als das Haupt einer geheimen jesuitischen Propaganda galt, war in hohem Grade unpopulär; an seinen Namen knüpfte sich die Erinnerung an die blutigen, im August

1845 zu Leipzig stattgehabten Ereignisse, wo bei Gelegenheit einer Musterung der Bürgerwehr das Militär unter die vor der Wohnung des Prinzen tumultuirende Menge feuerte und eine große Anzahl Menschen todt und verwundet niederstreckte. Dieser Vorfall und etwas später die Theuerung von 1847 trugen viel zur Stärkung der Opposition bei.

Der Verlauf der Märzereignisse in Sachsen ist jedoch ein verhältnißmäßig sehr ruhiger zu nennen; zuerst begann es sich in Leipzig zu regen; zwanzig der dortigen Buchhändler verlangten in einer Zuschrift an das Ministerium die Aufhebung der Censur, und bald darauf reiste eine Deputation der Stadtbehörden nach Dresden, wo sie am 2. März dem König persönlich die Wünsche des Volkes offenbarten. Friedrich August zeigte sich zwar tief erschüttert, gab aber eine ausweichende und im wesentlichen ablehnende Antwort.

Ein Sturm des Unwillens erhob sich in Folge dessen unter den Tausenden, die vor dem Rathhause zu Leipzig sich versammelt hatten, um den Erfolg der Sendung zu vernehmen; mit Mühe gelang es Biedermann und namentlich Robert Blum, den Zorn vom Könige ab und auf die Minister zu lenken, deren Entlassung sie forderten. Sofort ging eine zweite Abordnung nach Dresden, der akademische Senat bereitete eine Adresse vor, von Chemnitz, Zwickau, Glauchau, Crimmitzschau kamen die gleichen Forderungen nach der Residenz.

Zögernd entschloß sich jetzt die Regierung zu einer Concession; von Falkenstein, der höchst unbeliebte Minister des Innern, nahm seinen Abschied. Allein dies genügte bei weitem nicht; alsbald langte von den Leipziger Stadtverordneten eine neue Adresse an, welche den Sturz des ganzen „Systems“ forderte, die Leipziger Censoren selbst baten dringend um Enthebung von ihrem Amte, die Aufregung verbreitete sich überall im Lande, aus dessen sämmtlichen Theilen liberal gesinnte Männer zu einer Versammlung in Leipzig am 12. zusammentraten; zugleich erschien der Minister von Carlowitz in der Stadt, um in diesem Mittelpunkte der Bewegung die Ruhe wieder herzustellen. Allein er muß bald zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß Sachsen allein nicht im Stande sei, den Gang der Weltgeschichte zu hemmen; denn kaum war er nach Dresden zurückgekehrt, so reichten am 13. März

die sämmtlichen Staatsminister, außer Carlowitz noch von Zeschau, von Wintersheim und von Oppeln, ihre Entlassung ein. Die nächste Folge dieses Schrittes war eine Art Freudentumult in Dresden, der jedoch unblutig verlief.

Am 17. März führte sich das neue Ministerium, aus Dr. Braun, Dr. von der Pfordten und Georgi bestehend, zu denen dann Graf Holtzendorff als Kriegsminister trat, mit einer Proklamation ein, die die Bewilligung sämmtlicher Volkswünsche durch den König enthielt und mit großem Jubel begrüßt wurde. Leipzig veranstaltete sofort eine festliche Illumination; die dort wohnhaften Juden allein waren noch nicht zufrieden; sie veranstalteten am nächsten Tage eine Versammlung, um auch ihre Menschenrechte geltend zu machen.

Nachdem am 22. März noch Oberländer als Minister des Innern in das Kabinet eingetreten war, hatte die Bewegung im wesentlichen ihr Ende erreicht; doch auf dem Lande dauerte die Gährung, die sich namentlich in der Einäscherung des Schönburg'schen Schlosses Waldenburg äußerte, noch lange fort.

Im **Kurfürstenthum Hessen** hatten seit Jahrzehnten das Herrscherhaus und seine Berather dafür gesorgt, daß die gewaltsam zurückgedrängte Erbitterung des Volkes beim ersten Anlaß in offenen Flammen emporschlug; schon 1830 war dies der Fall gewesen; damals hatte sich der Kurfürst Wilhelm II. bequemen müssen, den Kurprinzen Friedrich Wilhelm zum Mitregenten zu ernennen und dem Lande eine Konstitution zu verleihen.

Diese Verfassung vom 5. Januar 1831 war an sich höchst freisinnig; sie bestimmte Gleichheit vor dem Gesetz, Freiheit der Religion, der Meinung, der Presse, Wahrung des Briefgeheimnisses, sie gab den Ständen nicht nur das Recht der Steuer- und Gesetzbewilligung, sondern sogar die Verpflichtung, im Falle einer Verfassungsverletzung seitens der Minister die Anklage gegen dieselben zu erheben. Das sonst übliche Zweikammersystem war hier vermieden; es gab nur eine Ständeversammlung, zusammengesetzt aus den Prinzen, Standesherren, einem Vertreter der Universität, 10 Abgeordneten der Ritterschaft, 16 der Städte, und ebensovielen der Landbezirke.

Man hätte annehmen können, daß durch eine solche, für die

damaligen Verhältnisse sehr liberale Verfassung den Ständen eine wesentliche Theilnahme an der Staatsleitung gesichert gewesen wäre, allein dies war nicht der Fall; die Regierung herrschte mit unumschränkter Macht und drückte die Konstitution, ohne sie äußerlich anzutasten, zu einem Scheindinge herab. Daß ihr dies gelang, ist im wesentlichen der Thätigkeit des Ministers von Hassenpflug zuzuschreiben, der seit dem Jahre 1832 Kurhessens Geschicke leitete, der Typus eines Reaktionsministers, welchen Wippermann, einer der vielverfolgten Freiheitskämpfer des Landes, wie folgt schilderte: „Er handelte stets mit Entschlossenheit, pflegte nur von den Eingebungen seines Willens sich leiten zu lassen, unbekümmert um die Folgen, die daraus entspringen konnten, ohne im Voraus zu prüfen, ob eine Maßregel, für die er sich entschieden hatte, mit Gesetz, Recht und Verfassung im Einklang sei. Doch wußte er stets sich in konstitutionellen Formen zu halten; wenn er irgend einen Schritt unternommen hatte, von dem geglaubt wurde, daß er im grellsten Widerspruch mit den Anordnungen der Verfassungsurkunde stehe, so stützte er mit ungemeiner Dialektik sich gerade auf diese, um die Anerkennung seiner Handlungsweise zu verlangen. Auf die nämlichen Artikel der Verfassungsurkunde, durch welche die Landstände die wichtigsten ihrer Rechte gewährleistet glaubten, pflegte er sich zu berufen, um diese denselben zu bestreiten, oder deren Umfang zu beschränken. Er stellte sich als Schutz und Schirm der Verfassung gegen die dieselbe untergrabenden Landstände dar, wenn diese solche in ihrem Pflichtgefühle gegen ministerielle Eingriffe schützen zu müssen glaubten. Landständische Beschlüsse, die ihm mißfielen, achtete er wenig oder gab denselben eine Auslegung, wie sie seinen Absichten entsprechend war, mochten auch die Stände noch so sehr versichern, daß sie damit gerade das Gegentheil bezweckt hätten. Versicherungen, die er gegeben hatte, wurden zwar buchstäblich denselben entsprechend beurkundet, doch deutete er sie nachher in einem ganz anderen Sinne, als in welchem sie die Landstände aufgefaßt hatten. Fand er keinen anderen Ausweg, auf dem eingeschlagenen Pfade sich zu erhalten, so brachte er Doktrinen und Interpretationen, vom Throne aus gesprochen, deren Autorität mit Deduktionen schwer zu bekämpfen

war. So gelangte man in Kurhessen fast zu einer gänzlichen Verwirrung der Begriffe über verfassungsmäßige Rechte, über die gegenseitige Stellung der Regierung und der Stände zu einander; denn kaum eine positive, staatsrechtliche Bestimmung war unbestritten."

Hassenpflugs Wirksamkeit in Hessen war allerdings nicht von langer Dauer; schon 1837 schied er aus, um in preußische, dann in luxemburgische Dienste zu treten, allein sein Geist lebte in der Verwaltung fort, nur daß seine Nachfolger, namentlich Scheffer und Hanstein bei weitem nicht die Geistesgewandtheit und Schlagfertigkeit ihres Meisters besaßen. Der Streit mit den Ständen schleppte sich endlos weiter, und in diesen selbst war seit 1833 Zwietracht entstanden. Religiöse Unduldsamkeit, die sich namentlich gegen die Deutsch-Katholiken, aber auch gegen die Protestanten äußerte, ging mit polizeilichen Verfolgungen Hand in Hand. Von letzteren erregte namentlich der Prozeß gegen den Marburger Professor Sylvester Jordan Aufsehen. 1839 war der als Vorkämpfer der Liberalen bekannte Mann seines Amtes entsetzt und eingekerkert worden, bis ihn nach vierjähriger Untersuchungshaft das Oberappellationsgericht von der Beschuldigung der „Nichtverhinderung hochverrätherischer Unternehmungen" gänzlich freisprach. Der hessische Richterstand hatte sich überhaupt auch in der Zeit der Reaktion seine Unabhängigkeit bewahrt und bildete dadurch ein mächtiges Schutzmittel gegen die Bedrückung der Polizei. Auch innerhalb des Herrscherhauses selbst spiegelte sich in Familienstreitigkeiten aller Art die Zerrüttung des Landes wieder; unter trüben Auspizien übernahm nach Wilhelms II. Tod der Mitregent als Friedrich Wilhelm I. allein die Regierung.

Unter solchen Umständen konnte es nicht fehlen, daß sofort nach dem Eintreffen der Pariser Nachrichten der Tumult, zunächst in Marburg, losbrach. Schon am 29. Februar wurden dort dem Universitätsdeputirten Professor Bergk die Fenster eingeworfen, eine gewaltige Menschenmenge zog unter Absingung des Lieds: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los", vor das Haus des Bürgerabgeordneten Lederer und brachte demselben ein dreimaliges Hoch aus; während man hier eine Versammlung

ausschrieb und eine Adresse vorbereitete, übersendete schon am nächsten Tag die Stadt Hanau, die von nun an die Führung der Bewegung übernahm, dem Kurfürsten die Forderungen des Volkes. Die Antwort der Regierung bestand zunächst in der Absendung von Truppen nach beiden Orten; in Marburg setzte die Polizei ruhig ihre Willkürherrschaft fort[1].

Bald jedoch drang in Kassel, als immer neue Deputationen und Adressen, namentlich von der Hochschule und aus Hanau, anlangten, als die Bürgerschaft der Residenz selbst sich zu regen begann und allerhand, zu Anfang freilich recht kleinliche Beschwerdepunkte, wie die außer Landes erfolgte Anfertigung von Militäreffekten u. dgl., zur Sprache brachte, die Ueberzeugung durch, daß die Bewegung doch ernster sei, als man zunächst geglaubt. Noch am 5. März war ein Artillerieoffizier, der geäußert hatte, es dürfe kein Bürgerblut fließen, auf der Stelle in Haft genommen worden, und hatte der Kurfürst einer Marburger Deputation, unter der sich der Bierbrauer Lederer befand, den klassischen Bescheid gegeben: „Kein Bierbrauer regieren! — Universität verlegen! — Audienz beendigt!" allein schon in der folgenden Nacht verließ die Familie des Herrschers und zugleich der dem Volke verhaßte Staatsminister von Scheffer, Letzterer krank und in Kissen gehüllt, heimlich die Stadt; der Regierungsdirektor Lotz in Marburg, „ein pedantischer, ängstlicher Mann mit starren Formen", sollte an seine Stelle treten. Am folgenden Tage entschloß sich der Kurfürst bereits, bis zum 20. die Stände einzuberufen, um das Weitere mit ihnen zu berathen. Allein die Zeit drängte; in Marburg war, sobald die Deputation mit der erwähnten Antwort zurückgekehrt war, die Sturmglocke gezogen worden; eine neue Abordnung von 24 Männern

---

[1] Hier terrorisirte der Wachtmeister Schmitt, genannt der „Eisenschmitt", weil er früher wegen schwerer Mordthat im Kerker gesessen hatte, die Studentenschaft dermaßen, daß dieselbe dem Rektor erklärte, sie getraue sich nicht, „unbewaffnet Abends auszugehen, so lange ein so gefährliches Individuum frei umhergehe". — Diese Furcht der vielen Hundert Hochschüler vor einem einzigen Polizisten ist ein echt vormärzliches Symptom. Der „Eisenschmitt" wurde übrigens wirklich nach einigen Tagen in seiner Wohnung konsignirt.

reiste unverzüglich nach der Residenz, überall wuchs unaufhaltsam die Bewegung.

Angesichts der drohenden Gefahr entschloß sich Friedrich Wilhelm, einen Schritt zurückzugehen. Am 7. Abends wurde unter Trommelschlag ein Erlaß kundgegeben, durch welchen der Landesvater „unter Berücksichtigung der dermaligen Zeitverhältnisse“ „allergnädigst“ die Censur aufhob und einige andere Zugeständnisse machte, in der Hoffnung, daß das Volk „Unsere Huld durch treue Anhänglichkeit und gesetzlichen Gehorsam vergelten werde“.

Das Volk jedoch war anderer Meinung; kaum war das Dekret nach Hanau gelangt, als dort der Aufstand losbrach; Alles eilte zu den Waffen; außer der Bürgergarde formirten sich zwei Freicorps, das eine aus Scharfschützen und Turnern, das andere aus Fabrikarbeitern bestehend; das Militär verhielt sich völlig passiv und verließ in den nächsten Tagen die Stadt, in die von allen Seiten bewaffneter Zuzug hineinströmte. Man bereitete sich zum Kampfe vor; die Straßen wurden verbarrikadirt, die Thore verrammelt, während zugleich eine neue Deputation eine geharnischte, mit offenem Aufstand drohende Adresse[1] nach Kassel brachte. Eine „Volkskommission“, die die Herrschaft in der Stadt an sich gerissen, hatte die Forderungen entworfen.

Auch in Kassel hatten inzwischen Tumulte stattgefunden und es waren bereits die Minister von Dörnberg, von Motz und Schmidt entlassen, und Weiß, Schwedes und von Baumbach an ihre Stelle getreten, als die Hanauer Abgeordneten, denen sich Kasseler Bürger und einige Mitglieder der nicht

[1] „Das Volk ist mißtrauisch gegen Eure Königl. Hoheit Selbst“, heißt es darin u. A. „und sieht in der unvollständigen Gewährung seiner Bitten eine Unaufrichtigkeit.“ Der Schluß lautet: „Zögern Sie nicht einen Augenblick zu gewähren, vollständig zu gewähren.“

„Besonnene Männer, Königl. Hoheit, sagen Ihnen hier, daß die Aufregung einen furchtbaren Charakter angenommen hat. Bewaffneter Zuzug aus den Nachbarstädten ist bereits vorhanden, schon wird man mit dem Gedanken an eine Lostrennung vertraut und kennt recht wohl das Gewicht der vollendeten Thatsache.“

„Königl. Hoheit, gewähren Sie! — Lenke Gott ihr Herz!“

vorgelassenen Massendeputation aus Marburg anschlossen, ihre Unterhandlungen mit der Regierung begannen, ohne zunächst ihre Adresse zu überreichen. Der gleichfalls eingetroffene Hanauer Polizeidirektor von Specht vermittelte zwischen den Parteien.

Immer noch konnte sich Friedrich Wilhelm nicht zum Nachgeben entschließen; man sandte ihm die Adresse, die Petition einer inzwischen stattgehabten Volksversammlung, er verweigerte Alles. Schon hatten die Hanauer ihre Wagen bestiegen, um mit solcher Botschaft die Gefahr eines Bürgerkriegs in ihre Heimath zu bringen, da legte sich das Volk von Kassel ins Mittel. Vor dem kurfürstlichen Palais hielt es die Pferde an und drängte sich drei Stunden lang immer lärmender und drohender auf dem Friedrichsplatz, bis endlich der herbeieilende Polizeidirektor Morchutt die landesherrliche Genehmigung der Volkswünsche überbrachte. Ein vom 11. März datirtes Patent versprach vollständige politische Amnestie, Preßfreiheit, Nationalvertretung und die Berufung volksbeliebter Männer in das Kabinet.

Am 13. traten die Stände zusammen und lehnten fast einstimmig den Antrag, die Exminister Scheffer und von Motz in Anklagezustand zu versetzen, ab. Das Ministerium des Innern wurde, nachdem Lotz alsbald zurückgetreten, dem Bürgermeister Eberhard aus Hanau übertragen, das des Aeußern blieb, nachdem der hierfür vorgesehene Kammerpräsident von Trott, ein wenig beliebter Mann, es abgelehnt hatte, vorläufig unbesetzt. Wippermann, bisher der heftigste Gegner der Regierung, wurde landesherrlicher Kommissär bei der Ständeversammlung, Jordan zum Bundestage nach Frankfurt geschickt, der Umschwung war vollständig.

Minder stürmisch gestaltete sich die Bewegung im **Großherzogthum Hessen-Darmstadt**, obwohl auch hier seit dem Jahre 1830, in welchem die Juli-Revolution kurz nach der Thronbesteigung Ludwig II. Unruhen hervorgerufen hatte, eine starke Mißstimmung gegen die Regierung herrschte. Die Art und Weise, mit welcher die Reaktion ihre politischen Verfolgungen betrieb, erregte allgemein Unwillen; besonders war es der ge-

heimnißvolle Selbstmord des Pfarrers Weidig[1], durch den das an die finstersten Zeiten des Mittelalters erinnernde Verfahren der hessischen Behörden aufgedeckt und ein Sturm der Entrüstung in ganz Deutschland erweckt wurde. Weidig war nicht das einzige Opfer; ein Genosse, Trapp, erlag der Entbehrung im Kerker, der Student Minnigerode verfiel in Wahnsinn und mehrere Andere blieben als Opfer der brutalen Justiz.

Im Landtag, dessen zweite Kammer aus 6 Abgeordneten der Ritterschaft, 10 der größeren Städte und 34 Vertretern der kleineren Orte und der Landbezirke bestand, entwickelte sich bald eine Opposition gegen die Regierung, deren gemäßigteren Theil Heinrich von Gagern, den radikaleren Wirth, Reh u. A. führten. Namentlich als der reaktionäre Minister du Thil an die Spitze des Kabinets gelangt war, nahm die Spannung immer mehr zu.

Auf die erste Nachricht von der Februar-Revolution hin ergriff die liberale Opposition sofort kräftig die Initiative. Bereits am 27. Februar machten Gagern, Wernher, Lehne und Frank bekannt, daß sie den Inhalt des berühmten Bassermann'schen Antrages auf Vertretung der deutschen Nation beim Bundestag in Form einer Kammerpetition dem Großherzoge vorzulegen beabsichtigten. Am 2. März beantragte in einer bewegten Kammersitzung Frank und Lehne Einräumung des Petitionsrechtes, Reh freie Presse, Schwurgericht, Volksbewaffnung und Wechsel des „Systems", mit anderen Worten die Entlassung du Thils.

Die eingeschüchterte Regierung, die bereits aus Furcht vor einem Aufstand die Garnison konsignirt hielt, bewilligte bereits in der Sitzung vom 4. die meisten Wünsche. Der Jubel im Saale und auf den Galerieen war groß; man beschloß, eine Dankadresse, gegen die nur der Radikale Zitz aus Mainz

---

[1] Weidig soll sich, durch Mißhandlungen aller Art zur Verzweiflung gebracht, am 23. Februar 1837 selbst im Kerker vermittels einer Glasscherbe entleibt haben. Doch ist der alsbald ausgesprochene, auch von Robert Blum lebhaft befürwortete Verdacht, als sei auch eine fremde Hand dabei im Spiel gewesen, nie ganz widerlegt worden. Selbst die medizinische Fakultät zu Zürich erklärte in ihrem Gutachten, daß ein Selbstmord nicht anzunehmen sei.

protestirte. In letzterer Stadt waren starke Unruhen vorgefallen und wurde der weitbekannte Mainzer Karneval in Anbetracht der Zeitlage von der Bürgerschaft nicht gefeiert.

Der folgende Tag brachte eine neue Concession; der Großherzog nahm, von den Prinzen Georg und Karl gedrängt, seinen Sohn zum Mitregenten an und übertrug demselben sämmtliche Regierungsgeschäfte, so daß sein Schritt faktisch einer Abdankung gleichkam. Die erste Maßregel des neuen Herrschers bestand in der Verleihung der bisher verweigerten Preßfreiheit und Aufhebung der Censur; du Thil, ohne dessen Entfernung eine Beruhigung der Gemüther unmöglich erschien, nahm seinen Abschied. Heinrich von Gagern erhielt das Ministerium des Innern, Zimmermann die Finanzen, einige Tage später Kilian die Justiz. Die Freude war jetzt allgemein; das eben noch so stürmisch erregte Mainz veranstaltete eine große Jubelfeier, wobei auf Zitzs Anregung von wohlhabenden Bürgern eine Summe von 30000 fl. zu einer Arbeiterstiftung gezeichnet wurde, um die immer noch mißvergnügten Proletarier zu versöhnen.

Im hessischen Odenwald waren in den Standesherrschaften Bauernunruhen entstanden, die sich in den bereits bekannten Exzessen gegen Rentämter u. s. w. äußerten und in der Folge mehrfache Truppenentsendungen erforderlich machten.

In **Hessen-Homburg** wurde dem Landgrafen Gustav eine Adresse mit den Volkswünschen überreicht, die derselbe „allergnädigst" entgegennahm und alsbald gewährte. Unter Anderem wurden den Juden die Staatsbürgerrechte verliehen.

Die Zustände im **Herzogthum Nassau** gingen schon seit lange einer Revolution entgegen. Die Regierung verfuhr den Ständen gegenüber mit einer Willkür, gegen die die Maßregeln Hassenpflugs noch verfassungsmäßige zu nennen waren. Schon die Zusammensetzung des Landtages war eine vollständig widersinnige; nach den Patenten vom 2. September 1814 und dem 3./4. November 1815, den ersten Verfassungsverleihungen, die in Deutschland erfolgten, bestand derselbe aus einer „Herrenbank" mit einer unbeschränkten Anzahl von Mitgliedern, die „mindestens dem Freiherrnstande" angehören mußten, und einer Deputirtenversammlung von 23 Abgeordneten, nämlich 4 Geist-

lichen, 1 Schulmann, 3 Gewerbtreibenden und 15 höchstbesteuerten Gutsbesitzern. Als nun 1830, nach langen, seit 1818 gepflogenen Verhandlungen die Deputirten dem Vorhaben des Herzogs, sämmtliche Domänen für sein Eigenthum zu erklären, entschiedenen Widerstand entgegensetzten, half sich derselbe dadurch, daß er die Herrenbank unmäßig vermehrte und sich so eine Majorität schuf. Als in Folge dessen die nach der Kammerauflösung von 1831 neugewählten Deputirten bis auf fünf Mitglieder auf ihr Stimmrecht verzichteten, regierte er unbekümmert mit dieser sog. „Fünfmännerkammer“ weiter. 1839 starb der alte Herzog Wilhelm; sein Sohn Adolf folgte ihm in der Herrschaft, die er im Geiste des Vaters führte.

Als die Märzunruhen ausbrachen, weilte der Herzog, wie gewöhnlich, außerhalb seines Landes und zwar in Berlin; sein Staatsminister von Dungern mußte dem drohenden Sturme entgegentreten. Am 2. März überreichte ihm eine Deputation, der Volksfreund Hergenhahn an der Spitze, die Forderungen einer Massenversammlung, die auf dem Theaterplatz in Wiesbaden stattgefunden hatte. Dungern, ein entschlossener Mann, bewilligte aus eigener Machtvollkommenheit, um einem Aufstand vorzubeugen, Volksbewaffnung und Preßfreiheit — schon am nächsten Tage erschien in Wiesbaden ein neues Blatt, die „freie Zeitung“ — und verwies in Betreff des Uebrigen auf die bald zu erwartende Ankunft des Herzogs.

Damit war dem Volke wenig gedient; mit Mühe gelang es Hergenhahn, die Aufgeregten zum Auseinandergehen zu bewegen, doch wurde bis zum 4. März die Stimmung eine derartige, daß der Herzog, dem ein Kourier nach dem anderen entgegen geschickt wurde, bald erscheinen mußte, wenn er seine Krone noch retten wollte. Eine große, bewaffnete Volksversammlung war zu diesem Tage ausgeschrieben; Gerüchte von einem geplanten Ueberfall Wiesbadens durch preußische Truppen liefen um und vermehrten die Erregung; nur den Bemühungen des Bruders des Fürsten, des sechzehnjährigen Prinzen Nikolaus, der sich persönlich unter das Volk mischte, und zwei Proklamationen der Herzogin Pauline und des Staatsministers von Dungern war es zu danken, daß man das Volk so lange hin-

halten konnte, bis gegen $4^1/_2$ Uhr Nachmittags Herzog Adolf wirklich eintraf. Von einer großen Menschenmenge begleitet, ging er zu Fuß nach dem Schlosse und bewilligte von hier aus in einer Ansprache die Forderungen des Volkes. Ein am nächsten Tage erlassenes Manifest bestätigte seine Worte. Am 6. traten die Landstände zusammen und wurden von dem Herzog mit einer Thronrede begrüßt. Ihre Thätigkeit war kurz; sie erklärten den dem Fürsten Metternich gehörigen Johannisberg für Volkseigenthum, einigten sich mit der Regierung über ein neues Wahlgesetz und lösten sich dann auf.

Der politische Theil der Bewegung war damit beendet; allein das Land befand sich trotzdem auch in der Folgezeit in einer Art von Revolutionszustand; überall hatten sog. Sicherheitsausschüsse die Macht an sich gerissen; die Behörden waren kraftlos; namentlich wurden die seit langem verhaßten Amtmänner vielfach vertrieben und mißhandelt.

Daß im **Herzogthum Braunschweig** die Erinnerung an den Aufstand von 1830, an die Verjagung des Herzogs Karl, bei der Nachricht von der Februar-Revolution erwachen würde, stand zu erwarten, um so mehr, da seit 1846 zwischen dem regierenden Herzog Wilhelm und den Ständen ein Konflikt wegen der Staatsfinanzen entstanden war. Doch war das Ministerium Schleinitz-Schulz in der Mehrzahl seiner Mitglieder beim Volke beliebt.

Schon zwei Tage nach dem Eintreffen der folgenschweren Pariser Kunde fand am „weißen Roß“ eine Volksversammlung statt, bei der der Schriftsteller Schmelzkopf der Erste war, der die schwarz-roth-goldene Fahne in Deutschland entfaltete. Eine lebhafte politische Agitation entwickelte sich in den ersten Märzwochen, wobei die Advokaten Aaronheim und Luzius die Hauptrolle spielten. Der Herzog hielt es den in Menge veranstalteten Demonstrationen, Petitionen u. s. w. gegenüber, zu denen sich auch ernstere Ruhestörungen, wie die Ausplünderung der Wohnung des Stadtraths Mack gesellten, nicht für gerathen, Widerstand zu leisten. Er entließ den Minister Grafen zu Veltheim und gleich darauf auch dessen Nachfolger von Koch, da die Ernennung des Letzteren einen großen, nur mit Blutvergießen von der Bürger-

wehr und den Studenten des Collegium Carolinum unterdrückten Tumult verursacht hatte. Der volksbeliebte von Geyso trat in das Kabinet ein, aus welchem später noch der Minister Schulz ausschied. Auch die übrigen Forderungen des Volkes wurden gewährt, namentlich der Landtag auf den 31. März einberufen und die Censur aufgehoben. Während das Land sich bisher mit einer politischen Zeitung begnügt hatte, wurden nunmehr sofort fünf neue Blätter gegründet.

Das **Großherzogthum Oldenburg** besaß im März 1848 überhaupt noch keine Verfassung, sondern wurde von seinem Regenten Paul Friedrich August als Selbstherrscher, übrigens in milder und einsichtiger Weise regiert. Es nahm daher die Bewegung hier außer den sonstigen Forderungen auch das Verlangen nach der Konstitution in ihr Programm auf, die, wie man wußte, bereits im vorhergehenden Jahre auf Befehl des Großherzogs ausgearbeitet worden war.

Der Großherzog zeigte sich Anfangs wenig geneigt, auf solche Wünsche einzugehen, doch mußte er schließlich dem Drängen der Oldenburger Bürgerschaft und namentlich einer Deputation aus Jever, an deren Spitze von Thünen stand, nachgeben. Nach mehrfachen Verhandlungen mit den aus allen Theilen des Landes eingetroffenen Abordnungen erschien am 18. März eine landesherrliche Bekanntmachung, welche die Grundzüge der Verfassung enthielt. Danach sollten die Stände eine Kammer von 34 Abgeordneten bilden, und die Wählbarkeit der letzteren nicht an Grundbesitz, Vermögen, Religion oder Geburt gebunden sein. Als die Rechte des künftigen Landtages wurde die Gesetzgenehmigung und Steuerbewilligung, sowie die Anklagepflicht gegen Staatsdiener bezeichnet. Eine neue Gemeindeordnung, sowie die Ablösung der bäuerlichen Lasten und Vereinbarung wegen der Domänen sollten zunächst die Thätigkeit der Landstände in Anspruch nehmen.

Mit diesen Bewilligungen erreichte die Bewegung in Oldenburg ihr Ende. Sie war im Großherzogthum selbst und dem Fürstenthum Lübeck ruhig verlaufen, im Ländchen Birkenfeld dagegen von mehrfachen Tumulten begleitet gewesen. Der dortige Regierungspräsident, Staatsrath Fischer, hatte sich zur Flucht genöthigt gesehen.

In den noch beinahe in mittelalterlichen Zuständen zurückgebliebenen **Mecklenburg**'schen Ländern konnte die Märzbewegung nur schwer durchdringen und gelangte gegen Ende des Monats erst zum Abschluß.

Eingeleitet wurde dieselbe durch einen Tumult, der am 3. in Wismar sich erhob, woselbst die Polizei versucht hatte, dem Volksredner und Advokaten Düberg das öffentliche Auftreten zu untersagen. Es war hauptsächlich die Bürgerschaft der Städte, von der das Verlangen nach Reformen ausging; der Adel, obwohl um seine Macht besorgt, verhielt sich ganz passiv, ebenso blieben auch die Bauern in stumpfer Unthätigkeit. Von Rostock, Parchim, Wismar, Güstrow und anderen Orten gingen Petitionen ab, welche neben den bekannten Forderungen auch den Wunsch nach einer modernen Konstitution aussprachen; denn die bisherige altlandständische Verfassung war ein ganz mittelalterliches Institut. Ebenso erschien auch eine Verbesserung der Stadtverfassung dringend nöthig.

Die Regierungen verhielten sich Anfangs ablehnend und gaben den Deputationen, die besonders aus Rostock erschienen, ausweichende Antworten. Zwar wurde die Berufung eines Landtages im Mai in Aussicht gestellt, es wurde anerkannt, daß „das ständische Institut einer Reform bedürfe", dagegen wurde das Versammlungsrecht verweigert, eine Volksbewaffnung für unnütz erklärt, ja, am 14. machte der Großherzog von Schwerin bekannt, daß er nicht gewillt sei, in Zukunft Petitionen u. dgl. persönlich entgegenzunehmen. Allein nun zeigte die Bewegung einen ernsteren Charakter; es kam zu Aufläufen und Tumulten in den Städten, die Gefahr wuchs in einer Weise, daß schon am übernächsten Tage die Bekanntmachung zurückgenommen und die Censur aufgehoben werden mußte. Die wesentliche Verzögerung, welche die Reformbestrebung auch jetzt noch erlitt, scheint darauf zurückzuführen zu sein, daß die mecklenburgische Regierung in enger Fühlung mit dem Berliner Hof sich befand und dessen Schwankungen in der ersten Hälfte des März mitmachte. Erst als auch dort Alles entschieden war, erschien eine vom 23. März datirte Proklamation des Großherzogs Friedrich Franz von Schwerin, die die Nothwendigkeit, daß

Mecklenburg in die Reihe der konstitutionellen Staaten eintrete, anerkannte und durch die Gewährung der Volkswünsche die Bewegung vorläufig zum Stehen brachte.

Die vier sächsischen Herzogthümer, **Weimar, Meiningen, Altenburg** und **Koburg**, waren ebenfalls durch den Märzsturm stark erschüttert worden.

In ersterem Großherzogthum übernahm der Abgeordnete Dr. von Wydenbrugk die Führung; am 4. März stellte er in der Kammer eine fast einstimmig angenommene Motion, welche die Aufhebung der Wiener und Karlsbader Beschlüsse, Verminderung des stehenden Heeres und vieles Andere forderte, und gelangte dadurch zu einem Konflikt mit dem Minister von Watzdorff. Am 9. März fand zu Weimar ein gewaltiger Auflauf statt, der, mit Mühe durch Wydenbrugk beigelegt, die Wiederherstellung der Preßfreiheit nach den Bestimmungen der Jahre 1818 und 1819 zur Folge hatte. Trotz einer beruhigenden Erklärung, mit welcher inzwischen der Großherzog auf die Reformanträge der Kammer antwortete, wiederholten sich am 11. die Tumulte. Eine große Menschenmenge stürmte, die Bürgerkompagnieen zurückdrängend, schreiend und lachend in den Schloßhof und erzwang den Sturz des Ministeriums Schweizer. Der Abgeordnete von Wydenbrugk erhielt das Ministerportefeuille.

Im Herzogthum Sachsen-Meiningen bildete einen Hauptpunkt der Bewegung die Domänenfrage, über welche sich der Fürst und die Stände seit längerer Zeit bereits in Meinungsverschiedenheit befanden. Durch den Entschluß des Herzogs, die Domänen dem Lande zurückzugeben und sich auf eine Civilliste zu beschränken, wurde dieser Streit erledigt; auch in den anderen Punkten gab die Regierung allmählich nach; ohne Exzesse ging es jedoch auch hier nicht ab, im sog. Unterland wurden die Förster und andere Staatsbeamte verjagt und zogen plündernde Rotten umher. Die plötzliche Amtsentsetzung des Bürgermeisters der Residenz, welche durch dessen seltsame Kassenverwaltung veranlaßt wurde, erzeugte gleichfalls eine große Aufregung.

Im Herzogthum Sachsen-Koburg bewahrte das gute Einvernehmen, in welchem das Volk mit seinem Herzog Ernst II. und dessen Minister von Stein stand, das Land vor tieferen

Erschütterungen. Die Bewegung ging nicht von der Residenz aus, sondern von Stadt und Land Gotha, die, seit 1826 mit Koburg vereint, eine selbständige Verwaltung, und zwar ohne Mitwirkung von Landständen, besaßen. Der eilends aus England heimkehrende Fürst bewilligte Alles; er verlieh den Gothaern dieselbe Verfassung und die gleichen Rechte wie den Koburgern, berief die Landstände, ging auf sämmtliche übrigen Volkswünsche ein und machte bekannt, daß er selbst seinen Bundestagsgesandten instruirt habe, den Antrag auf ein allgemeines deutsches Parlament nach Kräften zu unterstützen.

Durch diese Nachgiebigkeit der Regierung verliefen hier die Märztage zwar unter großer Aufregung, aber ohne daß es zu Ruhestörungen kam, obwohl die Bauernunruhen in dem benachbarten Baiern sich bis dicht an die Grenze hin fortpflanzten.

Im Herzogthum Sachsen-Altenburg nahm von vornherein die Bewegung, an deren Spitze die Advokaten Erbe und Dölitzsch standen, einen entschieden demokratischen, fast revolutionären Charakter an. Zwar gelang es der Regierung, durch Vereidigung des Militärs auf die Verfassung, Aufhebung der Censur, Einberufung der Stände u. s. w. zunächst den drohenden Sturm zu bannen, allein die Gährung dauerte fort und führte im Juni zu dem später zu erwähnenden republikanischen Aufstandsversuche und der im Herbst erfolgten militärischen Besetzung des Landes.

In **Anhalt-Dessau** bewilligte der Herzog Leopold Friedrich am 14. März die Volksforderungen, worunter sich u. A. das Verbot der Holzauktionen und die Vertheilung von Ackerland aus den Domänen befanden.

Im **Herzogthum Anhalt-Bernburg** glaubte der beim Volke wenig beliebte „Geheime Konferenzrath", der für den körperlich und geistig schwachen Fürsten Karl Alexander die Regierung führte, am besten zu thun, wenn er selbst, am 14. März, eine Aufforderung zur Vorlegung der Volkswünsche erließ. Die Unterthanen machten von dieser Erlaubniß einen eifrigen Gebrauch; die Gesuche und Forderungen liefen so massenhaft ein, daß der Konferenzrath sich auf das Verhandeln verlegte und der März, ohne ein bestimmtes Resultat gezeitigt zu haben, zu Ende ging.

In den **Fürstenthümern Lippe** verlief der März ziemlich ruhig, ebenso in **Waldeck**. Tumultuarischer ging es in **Schwarzburg-Rudolstadt** und **-Sondershausen** zu; in letzterem Ländchen erließ der Fürst Günther Friedrich Karl am 13. März eine Proklamation, in der er den Wünschen seiner „Völker" entgegenzukommen versprach.

Auch die **Reuß**'schen Ländchen hatten ihre Revolution; gegen den Fürsten Heinrich den 62ten von Reuß-Schleiz-Lobenstein-Ebersdorf und Gera, eines der seltsamsten Originale unter den gekrönten Häuptern Deutschlands[1], erhoben sich seine Bauern; sie hausten übel in seinem Wildpark und überreichten ihrem Landesvater eine geharnischte Petition, obwohl derselbe sich als krank erklärte und von dem Worte „Forderungen" in der Adresse nichts hören wollte.

Auch in den **Hansestädten** griff die Reformbewegung, wenn auch in einer durch die Lokalverhältnisse wesentlich veränderten Form, um sich.

In **Hamburg** zeigte die Stadtbehörde genau dieselbe unentschlossene zögernde Haltung wie die meisten deutschen Fürsten. Zwar beschloß der Senat in einer stürmischen Sitzung mit 16 gegen 8 Stimmen, Reformen einzuführen und zu diesem Behufe eine Bürgerdeputation zu ernennen, hielt aber trotzdem bis auf Weiteres an seinem bisherigen Systeme, namentlich der Censur, fest. Dies veranlaßte am 3. März einen gewaltigen Auflauf; das Haus des unbeliebten Bürgermeisters Kellinghusen, den man beschuldigte, den Zinsfuß in die Höhe geschraubt zu haben, wurde vom Volke gänzlich demolirt, mehreren Senatoren die Fenster eingeworfen.

Am 9. März gab in Folge dessen ein „hochedler Rath" die Presse frei, und schlug am 11. eine Reihe von Reformbewilligungen vor, die außer den bekannten Wünschen eine Ersetzung der erbgesessenen Bürgerschaft durch eine Versammlung periodisch gewählter Repräsentanten, Aufhebung der Lebenslänglichkeit und Selbstergänzung des Senats, freie Wahl der

---

[1] Bei ihm hatte sich Lola Montez aufgehalten, ehe sie sich über Heidelberg nach München begab. Näheres darüber findet sich ausführlich bei Scherr.

Offiziere der Bürgergarde, Aufhebung der Zunft und Anderes mehr enthielt. Doch war die Ruhe damit noch nicht hergestellt; die Zusammensetzung der mit der Prüfung dieser Punkte betrauten Deputation befriedigte nicht allgemein; während der Wahl dieses Ausschusses fanden wieder Tumulte statt, die namentlich in der Vorstadt St. Pauli einen ernsteren Charakter annahmen. Das Militär, die „Hanseaten“, schritt ein und stellte nicht ohne Blutvergießen die Ruhe wieder her.

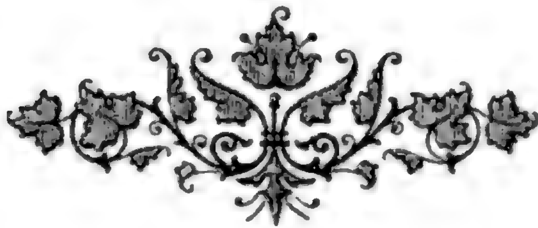
In **Lübeck** wurde am 11. März die Preßfreiheit eingeführt; auch hier kam es zu einigen, doch weniger bedeutenden Ruhestörungen.

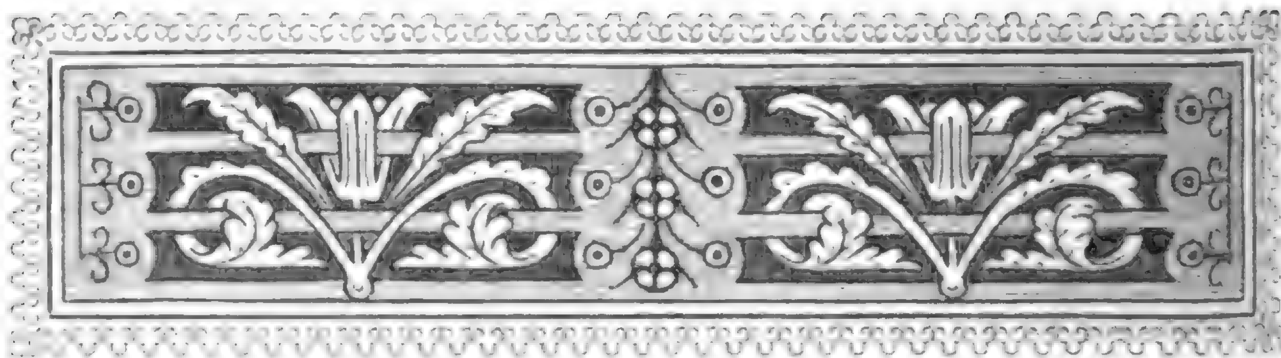
In **Bremen** verlief, mit Ausnahme eines Gassentumultes am 6. und 7., der März ruhig. Der „Bürgerverein“ nahm hier die Bewegung in die Hand, die im wesentlichen auf eine Umgestaltung der bisherigen patrizisch-oligarchischen zu einer mehr demokratischen Verfassung bestand. Am 8. März wurde die Censur aufgehoben und am selben Tage mußte der Senat in die sämmtlichen Forderungen der zu Tausenden in völliger Ruhe vor dem Rathhaus versammelten Bürgerschaft einwilligen. Die alte Verfassung war damit gestürzt; eine Deputation von 18 Männern übernahm, von der Bürgerversammlung gewählt, die Ordnung der neuen Verhältnisse.

In der freien Reichsstadt **Frankfurt** endlich, die binnen kurzem die Blicke von ganz Europa auf sich ziehen sollte, überreichte am 3. März eine unter dem Vorsitz von Dr. Mappes in der Reitbahn zusammengetretene Volksversammlung dem Senate ihre Forderungen. Am folgenden Tage bereits gaben die Behörden die Presse frei, mit der Bestimmung, daß die Censur nie wieder eingeführt werden dürfe. An Exzessen fehlte es auch hier nicht; während die Stadtbehörden in dem „Römer“ tagten, drangen Volksmengen lärmend in die Säle ein und pflanzten eine Freiheitsfahne auf dem Gebäude auf. Weitere Tumulte wurden jedoch durch den friedliebenden Sinn der Bürgerschaft vereitelt.

Vom Tragischen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt, das ist der Gesammteindruck, welchen ein Vergleich zwischen dem Verlauf der verschiedenen März-Revolutionen zurückläßt; welch ein Unterschied zwischen der Blutnacht des 18. März zu Berlin und der Re-

volution im Land Reuß-Schleiz, zwischen den Idealen von Freiheit und Einheit, die die Patrioten mit Begeisterung erfüllten, und dem Verlangen der Hechinger Bauern, die „Ausländer" aus dem Lande zu entfernen. Es wäre ungerecht, über solche Erscheinungen, wie die letztere, den Stab zu brechen; die Kleinlichkeit des politischen Lebens in Deutschland brachte es mit sich, daß in fast allen Mittel- und Kleinstaaten die März-Bewegung zu einem Sturm im Wasserglase werden mußte.





IV. Abschnitt:

Der Sturz des Fürsten Metternich.

Während überall in den deutschen Landen das Strohfeuer der Revolution emporflackerte, verharrten die beiden Großmächte Oesterreich und Preußen noch in dumpfer Ruhe, und es schien, als solle sich das von ihnen vertretene System des Absolutismus siegreich in den Stürmen der Zeit behaupten.

Ganz ruhig waren allerdings die ersten Tage des sturmbewegten März auch in Oesterreich nicht verlaufen. In Wien zwar herrschte noch tiefe Stille, allein von der Leitha herüber, von der zu Preßburg versammelten ungarischen Ständetafel — nach der magyarischen Verfassung dem Unterhause, neben welchem als Oberhaus die Magnatentafel bestand — drang schon am 3. März der erste Ansturm auf das Metternich'sche System nach der österreichischen Hauptstadt. Auf der Tagesordnung hatte die Berathung über die Banknotenfrage gestanden, allein über dieses Thema hinausgreifend benutzte Ludwig Kossuth, einer der größten Redner aller Zeiten, die Gelegenheit, um mit hinreißenden Worten die ganzen Schäden und Gebrechen des Wiener Regierungssystems zu enthüllen. „Ich werfe einen traurigen Blick auf den Ursprung und die Fortpflanzung des Wiener bureaukratischen Regierungssystems", lauteten einige seiner zündenden Sätze, „ich berührte,

wie sie das Gebäude ihrer erlahmenden Macht auf den Ruinen der unterdrückten Freiheit unserer verbrüderten Nachbarn errichtet, und herzählend die unglücksschweren Folgen dieses unheilvollen Regierungsmechanismus, und hineinschauend in das Buch des Lebens, wo die Schicksalslogik der Vorfälle die Enthüllung der Zukunft ankündigte, prophezeite ich in treuer Anhänglichkeit an die Dynastie, daß derjenige der zweite Gründer des Hauses Habsburg werde, der die Monarchie in konstitutioneller Richtung reformiren und den Thron des erhabenen Hauses auf die Freiheit seiner Völker unerschütterlich erbauen wird. Seitdem sind Throne zusammengestürzt und Völker haben ihre Freiheit errungen, deren so nahe Zukunft sie vor drei Monaten nicht einmal träumten. Und wir wälzen seit drei Monaten unermüdet den Stein des Sisyphus und der Schmerz über die Unbeweglichkeit desselben erfüllt meine Seele mit Bangen. Mit blutendem Herzen sah ich, wie so viele Kräfte, so viele Fähigkeiten an einer undankbaren Arbeit sich abmühten, die den Qualen einer Tretmühle gleichkommt. Ja, löbliche Stände, auf uns ruht der schwere Fluch eines erstickenden Qualms; aus dem Beinhause des Wiener Systems weht eine verpestende Luft auf uns, die unsere Nerven lähmt und sogar unseren Geistesflug bannt."

Der stürmische Beifall, der dieser Stelle folgte, wurde nur von dem Jubel übertroffen, unter welchem Kossuth seine Rede schloß. „Die Dynastie wird zwischen ihrem eigenen Wohle und der Erhaltung eines entarteten Regierungssystemes wählen, und dennoch fürchte ich, wenn die loyale Aeußerung der Nationen nicht dazwischen tritt, daß die verknöcherte Politik in einer neuen Ausgabe der in Gott seligen heiligen Allianz auf Rechnung der Dynastie noch einige Tage fort zu vegetiren versucht. Sie, die Nichts zu vergessen pflegen, vergaßen doch das Eine gern, daß nämlich bei der ersten Auflage der heiligen Allianz nicht diese es war, welche die Throne rettete, sondern die Begeisterung der Völker, eine Begeisterung, deren Grundlage das Versprechen der Freiheit gewesen, — dies Versprechen aber wurde nicht eingelöst. Für eine Dynastie, welche sich auf die Freiheit der Völker stützt, wird immer Begeisterung entstehen; denn von Herzen treu kann nur ein freier Mann sein; der gedrückt wird, dient, wie er eben

muß — für eine Bureaukratenherrschaft kann keine Begeisterung entstehen."

Die Wirkung, die diese Rede in Ungarn hervorrief, war eine mächtige; die Repräsentantentafel nahm im ersten Jubelsturme einstimmig eine Adresse an den Kaiser an, in welcher die Einführung der konstitutionellen Monarchie, im Besonderen ferner eines verantwortlichen ungarischen Ministeriums gefordert wurde. Erschreckt reiste der Palatin von Ungarn, Erzherzog Stephan, nach Wien, um sich Instruktionen zu holen, während die Magnatentafel in Folge dessen die Diskussion der ihr vom Ständehaus vorgelegten Adresse bis zu seiner Rückkehr verschob. Am 14. März kam der Erzherzog wieder und befürwortete unter stürmischer Begeisterung der Versammelten selbst im Magnatenhause die Annahme der Adresse, welche alsdann am 16. von einer Reichsdeputation unter Führung des Palatins nach der österreichischen Hauptstadt gebracht wurde.

In Preßburg hatte Kossuth seine Rede gehalten, in Wien sollte sie zünden. Noch herrschte zwar unumschränkt in der Hofburg der Haus-, Hof- und Staatskanzler Fürst zu Metternich-Winneburg, welcher gemeinschaftlich mit den beiden anderen Mitgliedern der „Staatskonferenz", Erzherzog Ludwig und Graf Kolowrat, für den körperlich und geistig schwachen Kaiser Ferdinand die Regierung führte, allein ganz unerschüttert war seine Stellung schon seit einiger Zeit nicht. Vom Volke war diese Opposition nicht ausgegangen, wohl aber von einer Hofpartei, an deren Spitze ein Mitglied des kaiserlichen Hauses selbst, die scharfblickende Erzherzogin Sophie stand. Die Prinzessin hatte erkannt, daß das System Metternich seinem Zusammenbruche nahe sei, und schon seit einiger Zeit, namentlich aber seit dem Vorgange Preußens, welches 1847 den Vereinigten Landtag einberufen hatte, trug man sich mit Reformplänen aller Art, die bei dem hartnäckigen Widerstande Metternichs und des Erzherzogs Ludwig — Kolowrat war liberaler gesinnt — keine feste Gestalt gewinnen konnten.

An einen Sturz des mächtigen Mannes wagte auch jetzt noch Niemand zu denken. Wie sollte der Fürst, welcher seit mehr als 38 Jahren Oesterreich beherrscht, den deutschen und vielen

anderen Staaten ihre Politik vorgeschrieben hatte, dem die Beweise höchster Anerkennung von Seiten sämmtlicher Souveräne zu Theil geworden waren[1], wie sollte Fürst Metternich sich jetzt am Abend seines Lebens — er war 1773 geboren — vor einer Hofintrigue oder gar vor dem stets von ihm mißachteten Volkswillen beugen.

Das Volk war, wie gesagt, bisher durchaus ruhig gewesen, allein schon seit mehreren Jahren hatten sich drohende Anzeichen sozialer Uebelstände gezeigt. „Es gab viele brodlose Menschen", schreibt Violand, „welche fast ohne jede Bekleidung sowohl im Sommer als im Winter sich des Tages hindurch in den Unrathskanälen aufhielten und des Nachts, um frische Luft zu schöpfen und Etwas zu erwerben und zu genießen, Einbrüche oder Raubanfälle begingen und sich dann im Prater oder in elenden Kneipen herumtrieben. Zudem wurden die Arbeiter von den Behörden als Gesindel wie eine Heerde Vieh behandelt. Wer einmal auf der Wiener Polizeidirektion an einem Vormittag war, wird sich wohl erinnern, wie viele Hundert Handwerksburschen in einem engen Gange zusammengepfercht standen und stundenlang auf ihre Wanderbücher stille harren mußten,

[1] Schon auf dem Protokoll des Wiener Kongresses 1815 wurde Metternich mit folgenden Würden und Titeln aufgeführt:

„Klemens Wenzeslaus Fürst von Metternich-Winneburg-Ochsenhausen, Ritter des goldenen Vließes, Großkreuz des königlich ungarischen St. Stephansordens, Ritter des Ordens des hl. Andreas, des heiligen Alexander Newsky und der hl. Anna erster Klasse, Großkreuz der Ehrenlegion, Ritter des Ordens vom Elephanten, des Ordens der Annunciation, des schwarzen Adlers und des rothen Adlers, des Seraphinen-Ordens, des hl. Josephs von Toskana, des hl. Hubertus, des goldenen Adlers von Würtemberg, der Treue von Baden, des hl. Johannes von Jerusalem und Anderer mehr, Kanzler des militärischen Maria-Theresien-Ordens, Kurator der Kaiserlich-Königlichen Akademie der bildenden Künste, Kämmerer, Wirklicher Geheimer Rath Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich, Königs von Ungarn und Böhmen, Allerhöchstdessen Staats- und Konferenzminister, auch Minister der auswärtigen Angelegenheiten und erster Plenipotentiarius am Kongreß."

1818 wurde Metternich weiterhin vom König von Neapel zum Herzog von Portella, 1821 zum Haus-, Hof- und Staatskanzler der österreichischen Monarchie ernannt. 1826 verlieh ihm der König von Spanien Titel und Vorrechte eines Granden erster Klasse.

wobei sie ein Polizeimann mit dem Säbel oder Stock in der Faust wie ein Sklavenaufseher überwachte. Die Polizei und die Justiz hatten sich beinahe verschworen, diese Armen durch diese kopfloseste, wirklich chinesische Anwendung des Gesetzes bis zur Verzweiflung zu treiben. Wohl bestanden Gemeindearmen-anstalten, aber deren Wirken war wie das Fallen eines Tropfens in das Meer. Ihre Einkünfte waren viel zu gering. Auch bestand in Wien eine vom Staat erhaltene freiwillige Arbeiter-anstalt, aber diese war derart, daß es Niemand länger als höchstens einige Tage aushalten konnte, und Jeder lieber das größte Elend erduldete, als daß er zum zweiten Male in diese Anstalt ging. Die Bezahlung, der Lohn war daselbst gleich Null und die Behandlung absichtlich jedes menschliche Gefühl empörend" u. s. w.

Ist diese Schilderung auch sehr tendenziös gefärbt, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß seit den Jahren 1844 und 1845 in Wien das Proletariat massenhaft sich vermehrt hatte. Die Prostitution griff immer mehr um sich und be-sonders waren die sog. „Kappelbuben" zu einer wahren Stadt-plage geworden, welche die Regierung vergeblich zu bekämpfen suchte. Aus diesen sozialen Verhältnissen erklärt sich eine Er-scheinung in den Wiener Unruhen, die sich in gleichem Umfange nur bei dem Aufstande in Neapel findet, die Erscheinung, daß neben der eigentlichen, vom Volke ausgehenden Bewegung Pöbelexzesse der gröbsten Art vorfielen.

Der erste Eindruck der Pariser Februar-Revolution war in der österreichischen Hauptstadt mehr Erstaunen und Furcht vor einem Kriege, als Freude gewesen. Die Werthpapiere sanken, die Sparkassen wurden um Rückgabe der Einlagen bestürmt, Handel und Gewerbe stockten. Erst als man erkannte, wie in den deutschen Kleinstaaten die Reformbewegung siegreich durch-drang, begannen auch an der Donau die Geister sich zu regen.

Am 6. März legte in dem niederösterreichischen Gewerbe-verein in Anwesenheit des Bruders des Kaisers, des Erzherzogs Franz Karl, sowie des Grafen Kolowrat der Industrielle von Arthaber eine Adresse an den Kaiser vor, welche mit großer Stimmenmehrheit angenommen wurde. Irgend welche Forde-

rungen darin aufzustellen hatte man nicht gewagt, sondern sich auf die Versicherung treuester Ergebenheit beschränkt.

Offener schon sprach sich eine zweite Adresse aus, welche an die auf den 13. zusammenberufenen niederösterreichischen Stände bestimmt war und schon am 11., mit Tausenden von Unterschriften bedeckt, dem ständischen Verordnetenkollegium überreicht wurde, um durch dessen Vermittelung vor den Kaiser gebracht zu werden. Hier waren bereits die Hauptpunkte der Märzforderungen, Veröffentlichung des Staatshaushaltes, periodische Berufung eines ständischen Körpers mit Steuerbewilligungsrecht und Theilnahme an der Gesetzgebung, Einführung eines Preßgesetzes, öffentliches Gerichts- und Verwaltungsverfahren, Verleihung einer zeitgemäßen Stadt- und Gemeindeverfassung, enthalten. Auch die Wiener Buchhändler hatten in einer Eingabe um Milderung des Censurzwanges petitionirt.

Wichtiger noch als diese Bittschriften war die Adresse der Universität. Am 7. März hatte der Mediziner Löser eine solche vorgeschlagen und damit solchen Anklang gefunden, daß am 11. mehr als zweitausend Studenten das Schriftstück, welches die sämmtlichen Forderungen der Zeit enthielt, unterzeichnet hatten. Am Sonntag den 12. März sollte die Adresse überreicht werden, allein die von allen Seiten herbeiströmenden Studenten fanden die sämmtlichen Hörsäle der Universität auf ausdrückliche Anordnung des Kanzlers Grafen Inzaghi verschlossen. Ein lebhafter Unwille erhob sich; man ging daran, sich gewaltsam Eingang zu verschaffen, doch gelang es den beiden unter den Studenten befindlichen Professoren Hye und Endlicher die Versammelten von Thätlichkeiten abzuhalten. Man beschloß, durch die beiden akademischen Lehrer die Adresse in der Hofburg überreichen zu lassen.

Gegen halb elf Uhr Vormittags trafen Hye und Endlicher dort ein und erbaten sich Audienz. Die beiden Mitglieder der Staatskonferenz Erzherzog Ludwig und Graf Kolowrat zeigten sich Anfangs diesem Wunsche wenig geneigt, doch wurde den Professoren endlich, als sie sich bereits zum Weggehen anschickten, wenigstens der Bescheid zu Theil, es sei eine Sitzung des Staatsrathes zur Prüfung der Sachlage auf den Nachmittag anberaumt. Um

sechs Uhr Abends gelang es ihnen alsdann, vor den Kaiser gelassen zu werden und ihre Adresse zu überreichen.

Das Resultat des erwähnten Staatsrathes und der verschiedenen Intriguen, die sich am Hofe entspannen, war ein am Abend aufgesetztes Schriftstück, welches bereits eine Art von Concession enthielt. Es sollte nämlich aus den Provinzialständen je ein Mitglied aus jedem Stande nach Wien berufen werden und hier in Berathung mit einer Regierungskommission treten.

Unter allgemeiner Erregung brach der 13. März an, der Tag, an welchem die niederösterreichischen Stände in ihrem Hause in der Herrengasse zusammentreten und die Adresse der Bürger entgegennehmen sollten. Schon am frühen Morgen umdrängten Hunderte das Gebäude; die umliegenden Straßen, der Michaelsplatz, der Kohlmarkt und Graben wimmelten von Menschen und waren von Militär besetzt. Die Studenten hatten sich zunächst in der Aula versammelt und waren von da um acht Uhr Morgens größtentheils nach dem Ständehaus, zum Theil aber auch nach dem Palais des Fürsten Metternich gezogen, woselbst Einer von ihnen, Namens Burian, auf dem Ballplatze eine Ansprache hielt.

Inzwischen war das Gedränge um das Ständehaus immer größer geworden und die Aufregung im Wachsen. Von einem Brunnen herab hielten eine Anzahl junger Männer, Dr. Fischhof, Ritter von Böhm und Andere, Ansprachen, die im wesentlichen auf dasselbe hinausliefen. Außer den schon bekannten Forderungen verlangte man jetzt Errichtung einer Nationalgarde, Volksvertretung beim Bundestag, Ministerverantwortlichkeit, Ausweisung der Jesuiten und Fernhaltung der Russen, Gleichheit der Konfessionen und Stände und vieles Andere, das alles zusammen der weite Begriff „Konstitution“ umschloß. Bereits wurde hier und dort der Ruf nach Metternichs Abdankung laut, von dem Brunnen herab verlas der Jurist Putz die Kossuth'sche Rede und erntete stürmischen Beifall.

Dazwischen war bereits eine Bekanntmachung, daß die Regierung einen Finanzausweis vorlegen und einen Ständeausschuß berufen wolle, verbreitet, aber sofort von den erregten

Studenten zerrissen worden. Das gleiche Schicksal ereilte eine Adresse an den Kaiser, welche von den innen im Hause berathenden Ständen verfaßt war und den außen Harrenden zu gemäßigt erschien.

Während dieser Scene war eine Deputation des Volkes und später eine aus Bürgern und Studenten bestehende Abordnung in das Innere des Gebäudes gelassen worden und begann im Saale mit den Ständemitgliedern zu unterhandeln. Die Unruhe der draußen harrenden Menge war inzwischen immer größer geworden. Vergeblich hatte der Graf Colloredo vom Balkon aus die Versammelten zu beschwichtigen versucht. Plötzlich ertönte aus dem ersten Stocke der Ruf: „wir sind eingesperrt, zu Hülse!“ und nun war kein Halten mehr. Bürger, Studenten, die vereinzelt darunter befindlichen Arbeiter, Alles stürzte sich unaufhaltsam gegen das Ständehaus, um die vermeintlich gefangen gehaltene Deputation zu befreien. Die Thüren wurden eingetreten, die Fenster zerschlagen, tobend und schreiend wälzte sich die Menge durch die Gänge und Säle des Gebäudes; Stühle und Tische wurden in den Hof geworfen, die Lüstres zerschmettert und andere Exzesse verübt.

Ehe diese zügellosen Scenen sich ereigneten, hatte im Ständesaal eine aus zwölf Personen bestehende Deputation, welche von Dr. Kapper geführt wurde, ihre Forderungen entwickelt. Der Präsident Graf Montecuculi und Graf Colloredo hatten, vielfach durch den allgemeinen Lärm gestört, erwidert, daß sie bereit seien, auf dieselben einzugehen, Dr. Brühl alsdann nochmals begonnen, die einzelnen Volkswünsche aufzuzählen, als, durch ein Mißverständniß veranlaßt, der Einbruch der Menge in das Gebäude erfolgte. An eine Fortsetzung der Berathung war vorerst nicht zu denken, Graf Montecuculi eilte an der Spitze einer Deputation in die Hofburg, um dem Kaiser die Petitionen zu unterbreiten.

Nach den ersten tumultuarischen Auftritten war es gelungen, im Ständesaale eine gewisse Ordnung herzustellen. Es konstituirte sich ein Comité, an dessen Spitze der Jurist Stöber trat, und man entwarf eine Adresse an den Magistrat, in welcher die Mobilmachung eines Theiles der Bürgerschaft

zur Verhinderung militärischen Einschreitens gefordert wurde. Eine Abordnung begab sich sofort zu dem Bürgermeister Czapka; allein dieser, ein unentschlossener ängstlicher Mann, der sich Anfangs sogar vor seinen unwillkommenen Besuchern verleugnen ließ, konnte sich nicht zu entscheidenden Maßregeln entschließen.

Während im Ständehause jetzt eine ziemliche Ordnung herrschte und zahlreiche Redner die Ungeduld der auf die Rückkehr der Deputation harrenden Menge zu beschwichtigen versuchten, griff auf den Straßen die Bewegung immer mehr um sich. Schon um 9 Uhr Morgens war Generalmarsch geschlagen worden, um 10 Uhr hatte das Militär — im Ganzen 8 Regimenter Infanterie, je ein Regiment Kürassiere, Husaren und Dragoner nebst Artillerie, Jägern und Pionieren, zusammen 22000 Mann — mit scharfgeladenen Gewehren zahlreiche Punkte der Stadt, außer dem Ständehaus auch die Hofburg, das Rathhaus, den Ballplatz, — wo Metternichs Palais stand — den Hof, die Nationalbank und sämmtliche Stadtthore besetzt.

Noch war jedoch kein Blut geflossen, als auf die Nachricht von der Erstürmung des Ständehauses der Erzherzog Albrecht, welcher auf dem Hofplatze kommandirte, eine Abtheilung Grenadiere und Pioniere zum Schutze des Gebäudes vorgehen ließ. Der Anblick der Truppen reizte die Menge aufs Höchste, Holzstücke und andere Wurfgeschosse flogen nach den Offizieren, der Erzherzog selbst, der hinter den Soldaten ritt, wurde von einem solchen getroffen. In diesem Augenblick ertönte das Kommando „Feuer", eine Salve erkrachte und fünf Menschen stürzten todt zu Boden, darunter ein Greis und ein 18jähriger Techniker.

Es war ein Uhr Mittags, als diese ersten Opfer der Revolution fielen. Rasch veränderte sich jetzt das Aussehen der Stadt, die Läden wurden geschlossen, die Thore gesperrt, an verschiedenen Punkten Kanonen aufgefahren. Da und dort, auf dem Judenplatze, an dem bürgerlichen Zeughause, am Schottenthor kam es zu heftigen Zusammenstößen, die Pariser Gasse wurde durch Wagen verbarrikadirt. Aus dem Polizeigebäude fiel ein Schuß, welcher zwei Bürger todt zu Boden streckte[1].

[1] Ein Soldat des Regiments Hrabowsky soll diesen Schuß abgefeuert haben.

Das Volk, unter welchem bereits vereinzelte Pöbelrotten erschienen, hielt jedoch nirgends Stand, sondern flüchtete meist schon nach den ersten Schüssen. Andererseits zeigte das österreichische Militär durchaus keine Kampfslust, sondern that nur gezwungen seine Pflicht. Es kam vor, daß Grenadiere freiwillig die Bajonette von den Gewehren nahmen, ja ein Oberfeuerwerker stellte sich in der Schauflergasse selbst vor eine Kanone, um deren Losbrennen zu verhindern. Die Verluste des Straßenkampfes waren, mit den gleichzeitigen in Paris und Berlin verglichen, sehr gering zu nennen.

Gegen vier Uhr Nachmittags endlich vereinigte sich eine Anzahl angesehener Bürger, um durch Vermittelung des Bürgermeisters die Zurückziehung des Militärs zu erlangen. Es dauerte lange Zeit, bis sich Czapka bereit finden ließ, sich zu dem Erzherzog Albrecht zu verfügen und demselben die Bitte der Deputation vorzutragen. Wider Erwarten zeigte sich der Erzherzog sofort dazu bereit; im Verlaufe der späteren Nachmittagsstunden verließ das Militär die Stadt und zog sich auf das Glacis zurück. Gleichzeitig war eine Abordnung von Bürgeroffizieren, von Oberlieutenant Scherzer geführt, in der Hofburg erschienen und hatte dort offen die Absetzung Metternichs gefordert. Ein anderer Bürger, Dr. Engel, hatte sich bei dem Erzherzoge Wilhelm um Erhaltung des Friedens verwendet.

Ein gegen fünf Uhr Nachmittags erlassenes Manifest des Regierungspräsidenten Johann Talatzko Freiherrn von Gestieticz verkündete zur selben Zeit, daß der Kaiser „die Stände gnädigst zu empfangen geruht, und ihnen die Zusicherung allerhuldreichst ertheilt, daß dasjenige, was den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entspricht, durch ein eigens hierzu aufgestelltes Comité sogleich geprüft, und der allerhöchsten Entscheidung unterzogen werde, worüber Allerhöchstdieselben das zum allgemeinen Wohle der Gesammtheit Ihrer geliebten Unterthanen Dienliche mit Beschleunigung entschließen werden."

Allein derartige Versprechungen machten jetzt bei dem Wiener Volke keinen Eindruck mehr. Die Studenten waren inzwischen vom Ständehause nach der Universität gezogen und hatten sich hier im juridischen Hörsaale versammelt. Professor Hye hielt

abermals eine Ansprache, als die Nachricht von den blutigen Auftritten in der Herrengasse eintraf. Ungestüm schrie Alles nach Waffen, bis der Mediziner Dr. Köck durch einen gewandten Vorschlag die Erregung beschwichtigte. Der Rektor der Universität sollte von seinem seit 500 Jahren bestehenden Vorrechte Gebrauch machen, welches ihm, wenn er mit den Insignien seiner Würde geschmückt in der Hofburg erschien, zu jeder Zeit freien Zutritt zu dem Monarchen gestattete. Der Rektor Hofrath Jennull erschien und erklärte sich zu dem Gange bereit; die Professoren Hye und Endlicher schlossen sich ihm an. Von einer großen Menge Studenten begleitet ging die Deputation über den Stephansplatz, wo ihr auf ihren Wunsch ein Offizier als Eskorte zugetheilt wurde, nach der Hofburg und erhielt hier erst bei dem Erzherzoge Franz Karl, welcher „als ehrlicher Mann" versicherte, daß Reformen im Werk seien, dann bei dem Erzherzog Ludwig Audienz. Der Letztere, von Abordnungen aller Art umlagert, versprach ebenfalls Concessionen und beauftragte den Staatsrath Pilgram, die Gewährung derselben der Deputation schriftlich mitzugeben. Irgend eine bestimmte Auskunft vermochten die Professoren nicht zu erlangen, und mußten schließlich mit leeren Händen in die Aula zurückkehren.

Hier hatten sich nach ihrem Weggange die Studenten zu formiren begonnen; nach ihren vier Fakultäten stellten sich Juristen, Mediziner, Philosophen und Techniker an den vier Wänden des Saales in Rotten auf und wählten die Doktoren Giskra und Itrich sowie den Studirenden Oberreich zu Anführern. Nachdem man einige Zeit auf die Rückkehr der Deputation gewartet, steigerte sich die Unruhe und Erregung, vermehrt durch die zahllosen umlaufenden Gerüchte, immer mehr. Eine zweite Deputation, aus dem Dekan der medizinischen Fakultät, dem Notar derselben, Dr. Schilling, und Dr. Engel bestehend, machte sich auf den Weg nach der Hofburg, erhielt ebenfalls auf dem Stephansplatze zwei Offiziere und einige Gemeine als Eskorte und langte um dieselbe Zeit an, als die Professoren Hye und Endlicher ihren Rückweg antraten.

Die Deputation wurde zunächst von dem Erzherzog Franz Karl empfangen und alsdann in das Vorzimmer der Gemächer

des Erzherzogs Ludwig geführt, wo bereits eine große Anzahl Menschen der Entwickelung der Dinge harrten, darunter auch die Abordnung der Bürgerwehroffiziere.

Die erste Unterredung mit dem Erzherzog führte trotz der dringenden Bitten der Abgesandten zu keinem Resultate. Man bat dieselben, sich wieder in das Vorzimmer zurückzuziehen; es war bereits ein Viertel nach acht Uhr Abends und bis neun Uhr spätestens hatten die in der Aula wartenden Studenten sich ruhig zu verhalten versprochen. Um wenigstens einen Versuch der Beruhigung zu machen, eilte Dr. Schilling nach der Aula zurück, die anderen blieben wartend stehen. „Dr. Engel", schildert Ditscheinner den nun folgenden denkwürdigen Moment[1], „sich gestehend, daß die kostbarste Zeit unter den quälendsten Empfindungen hier nutzlos verrinne, wendete sich eben mit der Aeußerung zum Dekan: «Werden wir nicht baldigst hineingelassen, so öffne ich die Thüre; denn Beobachten der Etiquette wäre hier eine Versündigung an der Weltgeschichte!» — Kaum hatte er jedoch diese Worte gesprochen, so öffneten sich die Flügelthüren. Man berief die Deputation zum Eintreten; welcher Anblick: Mitten im Saale stand Fürst Metternich, umgeben von Bürgeroffizieren."

„«Meine Herren», sprach der Fürst zu ihnen, «wenn Sie glauben, daß ich dem Staate einen nützlichen Dienst durch meinen Rücktritt erweise, so bin ich mit Freuden dazu erbötig»."

„«Durchlaucht», erwiderte einer der Bürgeroffiziere, «wir haben durchaus Nichts gegen Ihre Person, aber Alles gegen Ihr System und darum müssen wir Ihren Rücktritt mit Freuden begrüßen»."

„Fürst Metternich sagte hierauf mit einer für einen solchen Moment fast unbegreiflichen Ruhe und Würde: «Ich erkläre Ihnen nochmals, daß, da ich nach Ihrer Meinung dem Staate durch meinen Rücktritt nütze, ich solchen mit Freuden effektuire!»"

So war das vor wenigen Tagen noch unglaublich Erscheinende geschehen. Fürst Metternich, dem man es übrigens zugestehen

---

[1] a. a. O. S. 41.

muß, daß er seinen jähen Schicksalswechsel mit der Ruhe des vollendeten Weltmannes ertrug, war gestürzt. Ein ungeheurer Jubel erfüllte die Straßen und Plätze, als die herabeilenden Bürger den großen Erfolg verkündeten; die Häuser wurden illuminirt, und während der gefallene Machthaber von dem Palais Liechtenstein aus in einem Gepäckwagen der Prager Bahn seine Flucht nach England antrat, demolirte das Volk sein prächtiges am Rennweg gelegenes Landhaus.

Es giebt keinen schlagenderen Beweis für die Hohlheit und Gedankenleere des Metternich'schen Systems, welches so viele Jahre hindurch als der Inbegriff der Staatskunst gegolten hatte, als diese Thatsache, daß es bei dem ersten Hauch der Revolution kraftlos in sich zusammenstürzte. Die Wirkung, welche die Nachricht vom Sturze des Kanzlers in Deutschland erregte, stand nur wenig der nach, welche zuvor die Kunde von der Februar-Revolution hervorgerufen. Auch der mächtigste, bisher unerschütterliche Staat des deutschen Bundes, das Königreich Preußen, beugte sich wenige Tage darauf unter dem Eindrucke dieses Ereignisses der Revolution, welche jetzt erst ihr eigentliches Ziel gefunden zu haben schien.

Zunächst allerdings war zwar Metternich selbst gestürzt, sein System aber noch in Kraft. Kein Wunder, daß daher die Wiener sich noch nicht zufrieden gestellt zeigten und die Revolution — wenn man diese planlose Bewegung so nennen kann — ihren Fortgang nahm.

Die Deputation der medizinischen Fakultät hatte im letzten Augenblicke noch die Erlaubniß zur sofortigen Bewaffnung der Studentenschaft erhalten und eilte mit ihren frohen Nachrichten zur Aula zurück, wo eben wieder die Ungeduld der Studenten aufs Neue auszubrechen drohte. Die Thore des bürgerlichen Zeughauses wurden geöffnet und bei Fackelschein mit der Vertheilung der Waffen begonnen[1].

Es war die höchste Zeit, daß aus der Mitte der Nation heraus sich eine Sicherheitsbehörde formirte, denn bereits traten die drohendsten Anzeichen der Anarchie in der fieberhaft erregten

[1] Um Unberufene fernzuhalten, redete Dr. Engel, welcher die Vertheilung leitete, Jeden, der ihn um Waffen anging, lateinisch, die Techniker in der Sprache höherer Bildung an.

Hauptstadt zu Tage. Große Pöbelhaufen durchzogen unter wildem Geschrei die Straßen, zerschmetterten die Laternen und die Fensterscheiben der Regierungsgebäude und schlugen die Schilderhäuser in Stücke. In den Vorstädten hausten die Schaaren noch schlimmer; die Gaskandelaber wurden umgerissen, so daß das brennende Gas armdick aus den Röhren strömte, die Mauthhäuser verbrannt, wobei, wie man erzählte, einer der Beamten in das Feuer geworfen wurde, eine Reihe von Fabriken ging in Flammen auf. Welches die Zusammensetzung dieser Banden war, zeigten die wiederholten Angriffe auf das Arbeits- und Zuchthaus und das Kriminalgebäude. Es war die Hefe des Volkes, die hier, Dank der herrschenden Verwirrung, beinahe ungestört ihr Wesen trieb. Unter diesen Auftritten ging der 13. März, Oesterreichs Befreiungstag, zu Ende. Er hatte 44 Menschen, darunter 4 Frauen, das Leben gekostet.

Trotzdem am Abend ein beruhigendes kaiserliches Manifest erschienen war, herrschte eine ziemlich gedrückte Stimmung, als der Morgen des 14. März anbrach. Man hoffte und erwartete die Aufhebung der Censur, von welcher thatsächlich schon Tags vorher die Rede gewesen war, allein es erschien vorerst Nichts als eine offizielle Mittheilung der Abdankung Metternichs, dann eine Bekanntmachung, welche die Bürger zum Eintritt in die Bürgercorps aufforderte. Bald darauf wurde einer Deputation, die bei Hofe erschien, die Errichtung einer Nationalgarde gestattet, welche um drei Uhr Nachmittags ihren Anfang nahm. Waffen jeder Art, namentlich aus der napoleonischen Zeit und selbst aus den Türkenkriegen, kamen zum Vorschein, Fahnen und Trommeln wurden requirirt und Alles schien, zumal da auch die Studenten mit ihrer Bewaffnung fertig waren, für diesen Tag ruhig zu verlaufen. Da plötzlich erschien eine Bekanntmachung des Regierungspräsidenten von Gestieticz, welche folgenden inhaltsschweren Satz enthielt:

„Fest entschlossen, die Würde Ihres Thrones nicht zu gefährden, haben Se. Majestät die Wiederherstellung und Erhaltung der Ruhe und Ordnung Sr. Durchlaucht dem Feldmarschallieutenant Fürsten von Windischgrätz zu übertragen und demselben alle Civil- und Militärbehörden unterzuordnen geruht,

mit gleichzeitiger Uebertragung aller zu diesem Zwecke nothwendigen Vollmachten."

In der That hatte man am Hofe, wo jetzt die Erzherzogin Sophie den Ausschlag gab, sich einigermaßen von dem Schrecken des verflossenen Tages erholt und den Versuch gewagt, es noch einmal mit der gewohnten patriarchalischen Strenge zu versuchen. Zweierlei aber war es, was die konsequente Durchführung dieser Absicht hinderte, einmal der Wille des schwachen und kranken, aber gutmüthigen Kaisers, welcher erklärt hatte, er wolle nicht schießen lassen, und dann die eigene Unentschlossenheit, die nicht die Kraft des Handelns in sich fand. So kam es, daß das Militär zwar nirgends einschritt, das Volk aber, welches ohnedies noch mißtrauisch war und namentlich die Gewährung der Nationalgarde bezweifelte, durch die Ernennung des Fürsten Windischgrätz unnöthig aufs Neue gereizt wurde.

In der Reitschule lagen die Listen zum Einschreiben in die Bürgerwehr aus; von hier wurde eine Deputation von 12 Personen in die Hofburg entsandt, von der jedoch nur fünf Mitglieder, und zwar bei dem Fürsten Windischgrätz, vorgelassen wurden. Es herrschte bereits wieder beträchtliche Aufregung, als gegen fünf Uhr Abends die Abordnung zurückkam und der sie begleitende, in Wien außerordentlich beliebte Graf Hoyos mittheilte, daß die Censur aufgehoben sei und den Bürgern am nächsten Morgen Waffen aus dem kaiserlichen Zeughause verabfolgt werden sollten. Zwei gegen Abend erschienene Proklamationen bestätigten die Aufhebung der Censur und Einführung eines Preßgesetzes, sowie die Errichtung einer Nationalgarde, zu deren Kommandanten Graf Hoyos bestimmt war.

Trotz des nach diesen Verkündigungen aufs Neue losbrechenden Jubels blieb die Erregung ungeschwächt bestehen. Nachdem schon im Laufe des Nachmittages die Studenten vor der Burg tumultuirt hatten, sammelten sich gegen fünf Uhr Abends große Massen von Menschen auf dem Kohlmarkt und Michaelsplatz; man war noch lange nicht zufrieden, immer neue Wünsche und Forderungen tauchten auf, bis plötzlich das alte, stets bewährte Schlagwort Konstitution erscholl. Das war es, was die Menge brauchte, ein Begriff, unter dem sich zwar nichts Klares

denken, wohl aber Alles, was man hoffte und wollte, vereinigen ließ, und stürmisch scholl der Ruf nach Konstitution zu den Fenstern der Burg empor.

Eine neue Deputation, aus von Arthaber und Dr. Engel bestehend, begab sich in das Schloß, um einen der Erzherzöge oder wenn möglich den Kaiser selbst zu bewegen, sich dem Volke zu zeigen und durch sein Erscheinen demselben die Gewährleistung einer konstitutionellen Reform zu bieten. Es gelang ihnen zwar nicht, dies zu erreichen, allein Fürst Windischgrätz, der sie empfing, gab ihnen die Versicherung, daß Kaiser Ferdinand morgen ihrem Wunsche willfahren würde.

Die Nacht war längst hereingebrochen und die versammelte Menge, nachdem sie den Erfolg der Sendung erfahren, eben im Begriffe, ruhig auseinader zu gehen, als plötzlich kurz vor zehn Uhr Abends Windischgrätz eine neue Proklamation erließ:

„Ich bin von Sr. Majestät beaustragt, in der in Belagerungszustand erklärten k. k. Residenz Ruhe und Ordnung wieder herzustellen."

Mit einem Schlage war durch diesen ebenso nutzlosen als unbedachten Schritt, Wien in diesem Augenblick in Belagerungszustand zu erklären, das Mißtrauen wieder hervorgerufen. Ein finsterer Groll bemächtigte sich der Volkes, die Nacht verstrich unter dumpfem Brüten.

In den Vorstädten hatten sich während des ganzen Tages die Exzesse des 13. wiederholt, obgleich sowohl die Bürger und Studenten als auch die auf dem Exerzierplatz zusammengezogene Truppenmacht ihr Möglichstes aufboten, um des Pöbels Herr zu werden. Namentlich an der Mariahilfer Linie, zu Fünf- und Sechshaus kam es zu blutigen Auftritten[1]. Es

---

[1] „Ein Hauptmann", erzählt Ditscheiner S. 71, „wurde mit seiner Kompagnie nach Fünfhaus beordert, um dort einen Keller zu erstürmen, in dem sich über 100 Menschen, Männer und Weiber, von jenen Räuberhorden befanden. Dort angekommen, wurde vorerst ein Feldwebel mit 9 Mann in den Keller kommandirt, um das Terrain zu rekognosziren, aber welche Scene stellte sich diesem hier vor Augen; die Mehrzahl der im Keller Befindlichen lag im Zustand größter Betrunkenheit herum; der Branntwein floß wie in einem Bade, wurde von den noch Halbnüchternen

war hauptsächlich das Verdienst Engels, welcher hier mit einer Schaar Studenten wirkte, daß nicht sämmtliche Fabriken und Maschinen den tobenden Arbeitermassen zum Opfer fielen.

Eine trübe Stimmung herrschte am Morgen des 15. Windischgrätz hatte sich veranlaßt gesehen, ein neues Manifest zu erlassen, in welchem er namentlich jede Beleidigung der Truppen untersagte, ein Manifest, dessen üblen Eindruck auch nicht eine schon zuvor erschienene Kundgebung des Kaisers zu verwischen vermochte, in welchem aufs Neue die Absicht ausgesprochen war, einen Ständeausschuß auf den 3. Juli nach Wien zu berufen. Zudem verbreiteten sich Gerüchte von Krankheit, von heimlicher Entfernung des Kaisers, Gerüchte, die, wenn sie sich bewahrheiteten, den Bürgerkrieg, wie jeder wußte, ankündigten. Auch verschiedene Manifeste der niederösterreichischen Stände und des Magistrats hatten unter diesen Umständen wenig Erfolg. Inzwischen aber war in der Hofburg, hauptsächlich durch die Bemühungen der Grafen Czernin und Brenner, sowie zweier der bekanntesten Oesterreicher jener Zeit, Bauernfelds und Anastasius Grüns (Graf Auersperg), die Stimmung wieder umgeschlagen, man hatte sich zur Nachgiebigkeit entschlossen. Vom Jubel des Volkes umringt, erschien der Kaiser in einem offenen, im Schritt fahrenden Wagen auf den Straßen, neben ihm sein Bruder Franz Karl, gegenüber sein Neffe Franz Joseph. Die Fahrt

---

mit irdenen Gefäßen aufgeschöpft und gierig getrunken. Beim Eintritt der Soldaten ernüchterten sich die vom Rausch noch nicht ganz Bewußtlosen, setzten sich zur Wehr und schlugen mit eisernen Stangen zu. Gewiß würden die Braven der Wuth jener Kannibalen bald erlegen sein, hätte nicht der Hauptmann, besorgt über ihr langes Ausbleiben, Befehl zum Sturm mit dem Bajonett gegeben; denn eben, als die Soldaten, den Lieutenant an der Spitze, in den Keller eindrangen, war ein halbbetrunkener Kerl im Begriff, dem Feldwebel mit einer Eisenstange den Kopf zu zerschmettern, der zwar den Streich durch sein Gewehr auffing und den Kerl mit einem Kolbenschlag todt zu Boden streckte, aber im nächsten Augenblicke schon wieder von einem Andern in gleicher Weise bedroht wurde. Wie nun dieser eben ausholte, um den tödtlichen Hieb zu führen, durchbohrte ihn der Lieutenant mit dem Säbel. Nun wurde die Horde aufgefordert, sich zu ergeben, und da dieses nicht geschah, die Gewalt der Waffen angewendet. An Fünfzig sollen todt geblieben (?), die Uebrigen aber gefangen abgeführt worden sein."

ging über den Kohlmarkt, Graben, Stephansplatz, den hohen Markt und die Herrengasse nach der Burg zurück und glich einem wahren Triumphzuge. Der Kaiser selbst weinte, als er sah, wie sich die jubelnden Massen um seinen Wagen drängten, ihm die Hände entgegenstreckten, die Pferde auszuspannen versuchten.

In seiner Rührung äußerte Ferdinand selbst, einem so guten Volke dürfe man die verlangte Konstitution nicht vorenthalten, und dazu kam, daß der eben aus Preßburg angelangte Erzherzog Stephan dringend zu Concessionen rieth. Um halb vier Uhr Nachmittags erschien das langersehnte Manifest, welches Oesterreich in die Reihe der konstitutionellen Staaten erhob. „Wir Ferdinand der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Hungarn und Böhmen, dieses Namens der Fünfte, König der Lombardei und Venedigs u. s. w.“

„Haben nunmehr solche Verfügung getroffen, die Wir als zur Erfüllung der Wünsche Unserer treuen Völker erforderlich erkannten.“

„Die Preßfreiheit ist durch Meine Erklärung der Aufhebung der Censur in derselben Weise gewährt, wie in allen Staaten, wo sie besteht.“

„Eine Nationalgarde, errichtet auf den Grundlagen des Besitzes und der Intelligenz, leistet bereits die ersprießlichsten Dienste.“

„Wegen Einberufung von Abgeordneten aller Provinzialstände und der Zentralkongregationen des lombardisch-venetianischen Königreiches in der möglichst kürzesten Frist mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berücksichtigung der bestehenden Provinzialverfassungen zum Behufe der von Uns beschlossenen Konstitution des Vaterlandes ist das Nöthige verfügt.“

„Sonach erwarten Wir mit Zuversicht, daß die Gemüther sich beruhigen, die Studien wieder ihren geregelten Fortgang nehmen, die Gewerbe und der friedliche Verkehr sich wieder beleben werden.“

„Dieser Hoffnung vertrauen Wir um so mehr, als Wir Uns heute in Euerer Mitte mit Rührung überzeugt haben, daß die

Treue und Anhänglichkeit, die Ihr seit Jahrhunderten Unseren Vorfahren ununterbrochen und auch Uns bei jeder Gelegenheit bewiesen habt, Euch noch jetzt wie von jeher beseelet."

„Gegeben in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien, den fünfzehnten März, im Eintausend achthundert und achtundvierzigsten, Unserer Reiche im vierzehnten Jahre."

„Ferdinand."

Den Jubelsturm, welchen diese Nachricht erzeugte, zu schildern, ist nicht möglich. „Man umarmte sich mit Thränen in den Augen im höchsten Lustgefühle. Menschen, die sich vielleicht früher feindlich gegenübergestanden, wurden Brüder; aller Nationalhaß war weggezaubert; es gab keine Böhmen, Ungarn, Italiener, Polen, Deutsche, nur Oesterreicher, ein Herz und ein Sinn." Vor der Universität knieten die Studenten auf offenem Platze zu einem Dankgebete nieder, als die Nachricht eintraf, eine wahre Fluth von Dankadressen und Dankdeputationen ergoß sich in die Hofburg. Inzwischen war, von erneutem Jubel begrüßt, die ungarische Reichsdeputation, welche, wie erinnerlich, die Adresse der Magnaten- und Ständetafel überbringen sollte, angelangt, im Ganzen gegen 150 Männer in der kleidsamen magyarischen Tracht. Nach einem kurzen Aufenthalte auf der Universität ritt die Deputation vor die Burg, und mit ihr zog eine endlose Colonne, aus den Universitätsprofessoren, den Wiener Schriftstellern, den italienischen Studenten, den Juristen und den sämmtlichen Bürgercorps bestehend, dorthin. Es war bereits gegen 6 Uhr, als man die Hofburg erreichte und zu allgemeiner Ueberraschung der Kaiser, von den Prinzen umringt, sich am Fenster zeigte. „Es leben meine treuen Wiener!" das waren die einzigen Worte, welche er sprach, allein sie genügten, um den Enthusiasmus auf das Höchste zu entflammen. „Stürmischer Jubelruf", erzählt Ditscheiner, „nicht enden wollender Vivatruf ertönte wie aus einer Kehle. Den angebeteten Monarchen heute nochmal zu sehen, ein Vivat von ihm zu hören, das hatte Keiner auch nur zu hoffen gewagt. Die Volkshymne wurde angestimmt, deren Töne und Weise wohl nie eine so schöne Feier verherrlicht hatten, Freude strahlte aus jedem Gesichte, Freudenthränen netzten manches Auge, das lange nicht geweint; solche Wonne hatten

von den Tausenden, die da versammelt waren, gewiß nur Wenige empfunden. Das goldene Zeitalter war auf Erden zurückgekehrt, und ein Freudenbecher tränkte eine halbe Million glückliche Menschen."

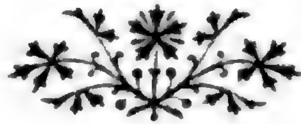
Am Abend schwamm die Stadt in einem wahren Feuermeere, ein glänzender Fackelzug bewegte sich durch die Straßen, während draußen an den Linien immer noch der Flammenschein der brennenden Fabriken den Himmel röthete. Auch in der weiteren Umgegend, zu Bruck an der Leitha, zu Baden und Heiligenkreuz, kam es in den nächsten Tagen zu Brandlegung und Raubanfällen.

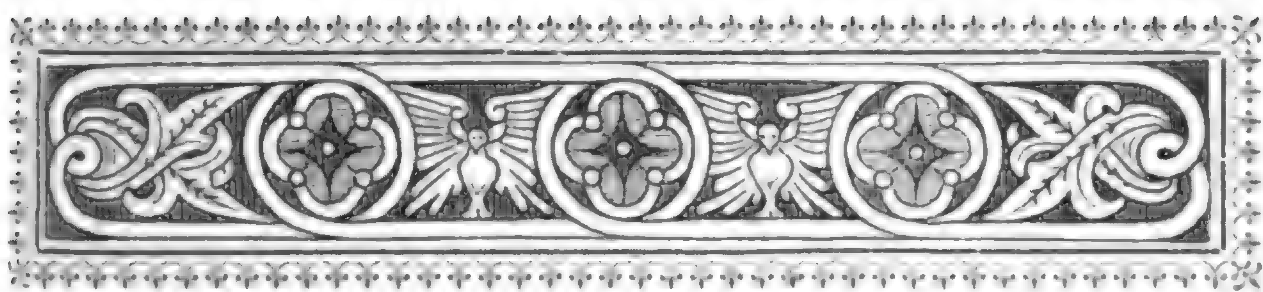
Nach den aufregenden Ereignissen des 15. verstrich der 16. März ziemlich ruhig. Der Kaiser zeigte sich abermals dem Volke und empfing alsdann die ungarische Reichsdeputation, deren Wünsche er genehmigte. Schon am nächsten Tage ernannte er den Palatin Erzherzog Stephan zu seinem Stellvertreter in Ungarn und bewilligte ein verantwortliches Ministerium, an dessen Spitze Graf Batthyany trat. An Stelle des unfähigen Bürgermeisters Czapka, welcher sich aus Wien entfernt hatte, trat der Vizebürgermeister Bergmüller; der wegen seiner Censurstrenge verhaßte Graf Sedlnitzky, Präsident der Polizeihofstelle, und der Polizeidirektor von Muth legten ihr Amt nieder.

Am 17. März erfolgte, nachdem ein Hochamt vorhergegangen, der Schlußakt der Revolution: die Bestattung der Gefallenen. In 15 Särgen, welche sich auf sieben Wägen vertheilten, lagen die Todten, bekränzt und mit Blumen geschmückt. Um halb drei Uhr Nachmittags setzte sich von dem allgemeinen Krankenhause aus der unabsehbare, aus 37 verschiedenen Abtheilungen bestehende Leichenzug in Bewegung nach dem Schmelzer Friedhofe, wo sämmtliche Särge in ein gemeinschaftliches Grab versenkt wurden.

Mit dieser Todtenfeier war die Wiener März-Revolution beendet. Zweierlei hatte die Bewegung gezeigt, einmal die innere Morschheit und Schwäche des bisherigen Regierungssystems, welches bei dem ersten Anstoß von außen zusammengebrochen war, dann aber nicht minder die politische Unreife

des Wiener Volkes, das, in seinen Zielen und Bestrebungen unklar und von den jugendlichen Hitzköpfen der Aula geleitet, nicht in sich die Kraft besaß, auf dem eingeschlagenen Wege besonnen fortzuschreiten. Noch war es zu keiner eigentlichen Revolution, zu keinem wirklichen Kampfe zwischen Regierung und Volk gekommen; allein durch die Concessionen war der entscheidende Waffengang nicht aufgehoben, sondern nur in eine weitere Ferne gerückt.





V. Abschnitt:

Der 18. März in Berlin.

1.

Der Vereinigte Landtag.

Was Preußen bis 1806 als Staat gewesen, verdankte es den Hohenzollern, und nur ihnen allein; während Umfang, Bedeutung, Einwohnerzahl, selbst das Verhältniß der Nationalitäten im Staate oftmals wechselten, bildeten die einstigen Burggrafen von Nürnberg den eigentlichen Kern und Mittelpunkt des von keinen natürlichen Grenzen umschlossenen Reiches; ihr Geist war es, der aus den sandigen Fluren der Mark, aus den öden Sümpfen und Wäldern Preußens den vielgefürchteten und vielbewunderten, für unüberwindlich geltenden Militärstaat erschuf; ihr Geist war es, der eine so vielfach nach Sprache, Religion und Sitte verschiedene Bevölkerung, den verkommenen polnischen Kossäthen und den lebensfrohen rheinischen Winzer, den dürftigen schlesischen Leineweber und den kräftigen pommerschen Ackersmann, mit einem gemeinsamen Band umfing. Das Volk hatte wenig oder Nichts dazu gethan.

In dieser Voraussetzung eines schöpferischen Geistes als Lenkers des preußischen Staates war das Unheil enthalten, das am 14. Oktober 1806 das Werk Friedrichs des Großen zusammenbrechen ließ.

Jetzt erst, nach dem Unglückstage von Jena und Auerstädt, begann die Theilnahme des Volkes am Staatsleben, die, mit den Stein'schen Reformen beginnend, durch die Freiheitskriege ihren schönsten und überwältigendsten Ausdruck fand. Unzweifelhaft hatte das Volk von 1815 ab, da seine eigene Kraft das errungen, was die Regierung allein mit ihren Soldtruppen nicht vermocht, ein volles Recht, fürderhin einen Einfluß auf die Staatsleitung zu fordern; aber es war andererseits nicht minder naheliegend, wenn ein Hohenzollernfürst den drei Jahren der Befreiungskriege die Jahrhunderte entgegenstellte, in denen sein Stamm allein das stumpf und theilnahmslos dahinlebende Volk vor der Unterjochung und dem Untergange bewahrt, wenn er nach wie vor an dem Glauben festhielt, daß der Staat Preußen mit der preußischen Armee steht und fällt, für eine Armee aber die Einheit der Führung und des leitenden Willens, nicht nur in militärischen, sondern auch in politischen und finanziellen Fragen, die erste Lebensbedingung ist. So war auch in Preußen die in allen Staaten klaffende Kluft zwischen Volk und Regierung entstanden, und mit größerer Berechtigung als anderswo glaubten gerade hier beide Theile ihren Standpunkt behaupten zu müssen.

So lange Friedrich Wilhelm III. lebte, waren die Dinge nicht bis zu solcher Schärfe gediehen. Stand auch der alternde König den konstitutionellen Wünschen seiner Unterthanen ablehnend gegenüber, so wagte man doch nicht, gerade an ihn mit bestimmten Forderungen heranzutreten, der so Vieles und Schweres gemeinsam mit seinem Volke durchgekämpft hatte und diesem, wenn auch kein genialer, so doch stets ein wohlwollender und rechtlicher Herrscher gewesen war; man vertröstete sich mit Hoffnungen auf die Zukunft und bis auf Weiteres ging Alles seinen altgewohnten Gang.

Als aber der König am 7. Juni 1840 gestorben und sein ältester Sohn ihm als Friedrich Wilhelm IV. auf dem Throne der Hohenzollern gefolgt war, da erwachten die lange zurückgehaltenen Erwartungen zu neuem Leben. Man wußte von dem neuen Herrscher, daß er ein Feind der preußischen, seelenlosen Bureaukratie sei; man kannte ihn als einen geistvollen, kenntnißreichen Mann, der ein reges Interesse für Kunst und

Wissenschaft verrieth, alles Eigenschaften, die ihm schon als Kronprinzen die Unterstellung einer „liberalen“ Gesinnung zugezogen hatten und nun von ihm eine durchgreifende, freisinnige Reformirung des preußischen Staatslebens erwarten ließen.

Allein wer von Friedrich Wilhelm IV. konstitutionelle und andere liberale Neuerungen erwartet, fand sich in seinen Hoffnungen getäuscht. Der König war kein absoluter Militärherrscher im Hohenzoller'schen Sinn, er war mehr als das; er betrachtete sein Königthum als eine höhere Fügung, sich selbst als den von Gott zum Leiter des preußischen Staates Auserwählten — und wie sollte er in die Erfüllung einer solchen Mission sich mit einem anderen sterblichen Menschen theilen? Er war der Herrscher von Gottes Gnaden, der einen Widerspruch oder Widerstand nicht dulden durfte.

Gegen die verschwommenen fortschrittlichen Bestrebungen der Zeit mußte also der König von vornherein die tiefste Abneigung hegen. Liefen sie doch schließlich auf nichts Anderes heraus als auf eine Beschränkung seiner Herrschergewalt. Der christlich germanische Staat mit strenger Gliederung der Stände und der von Gott eingesetzten Obrigkeit an der Spitze, welcher sein Ideal war, war mit den modernen Konstitutionsbegriffen unvereinbar. Wohl suchte Friedrich Wilhelm IV. mit diesen seinen Anschauungen die Bestrebungen der Neuzeit, deren Berechtigung sein scharfer Geist wohl erkannte, zu verschmelzen; allein seine unruhigen, ziellosen Reformen brachten nichts Gutes hervor, sie entfremdeten ihm die altpreußischen konservativen Elemente und waren doch weit entfernt, den Wünschen der liberalen Kreise zu genügen. Binnen wenigen Jahren stand der König trotz seines besten redlichsten Wollens fast ganz vereinsamt und verlassen in seinem Volke da. „Friedrich Wilhelm wurde irre an seiner Zeit“, sagt Stahr in seiner treffenden Charakteristik[1], „an seinem Volke, an seinen Freunden und Gegnern, nur an sich selber nicht, wenigstens nicht auf die Dauer; man hat gesagt, ihm habe schon darum der staatsmännische Blick gefehlt, weil er nie

[1] a. a. O. I, 73.

an sich zweifelte. Man hätte hinzusetzen sollen: ohne darum das echte, unerschütterliche Selbstvertrauen zu besitzen. Diese stets erneuten Versicherungen der Unwandelbarkeit seiner Ueberzeugungen, der Größe seiner gottverliehenen Machtgewalt, dies immer und immer wiederholte: keiner Macht der Erde solle es gelingen, ihn zu diesem oder jenem zu bewegen, dies Alles verrieth dem Kenner des menschlichen Herzens das heimliche Schwanken seines Innern. Er war Hamlet auf dem Throne. Wie Hamlet bald scharfsinniger Grübler, bald dunklem Gefühlsdrang hingegeben, alle seine Umgebungen an Bildung und Geist übersehend, wortreicher glänzender Redner, witziger Humorist, immer heimlich getrieben durch vielfache Motive zu der einen That, welche die Welt von ihm erwartete und immer Gegengründe findend zum zaudernden Verschieben, bis zuletzt ihn wie den Dänenprinzen im fünften Akt ein Zufall fortreißt zu der That, die nun keine That mehr ist."

„Keine seiner Hoffnungen hatte sich erfüllt; die Popularität, seinem Herzen Bedürfniß, war dahin, seit die Freiheit Nichts mehr von ihm hoffen konnte. Keine seiner Schöpfungen, seiner Gesetze und Institutionen, mit denen er dem Geiste der wahren Humanität zu dienen glaubte, befriedigte die Zeitgenossen. Den einen waren sie ein Wassertropfen für den lechzenden Durst, den andern auch so schon eine unnütze Verschwendung."

Dieser letzteren altpreußischen Partei, die von keinen Zugeständnissen an den Zeitgeist Etwas wissen wollte, hatte sich der König allmählich stark entfremdet; sie setzte ihre ganzen Hoffnungen auf den Bruder und quasi Mitregenten Friedrich Wilhelms, der als präsumtiver Thronfolger den Titel des Prinzen von Preußen führte.

Es kann hier nicht der Ort sein, von der Höhe unserer heutigen nationalen Errungenschaften mitleidig auf die Verblendung jener Zeit herabzublicken, die in dem Prinzen nichts Anderes und Besseres als eine Verkörperung des preußischen Militärdespotismus erblickte. Die Thatsache, daß der Prinz von Preußen, dessen festen und echt männlichen Charakter übrigens auch die erbittertsten politischen Gegner nicht anzutasten wagten, damals außerhalb der Militärkreise eine sehr geringe Popula-

rität genoß, ist nur ein neuer Beweis, wie schwach und unzureichend alle menschliche Erkenntniß ist.

Die auf den altpreußischen Traditionen fußende Partei besaß in Folge des Umstandes, daß sie das Heer und den größten Theil der Bureaukratie beherrschte, eine große Macht; doch hatte neben ihr jener von konservativer Frömmigkeit erfüllte Kreis einen bedeutenden Einfluß, welchem der König persönlich nahe stand und schon als Kronprinz nahe gestanden hatte. Seine Mitglieder, wie Radowitz, Thile, Jarcke, Gerlach u. A., gehörten zu den Schützlingen und Vertrauten Friedrich Wilhelms.

In der großen Masse der liberal Gesinnten herrschte im Ganzen dieselbe Unklarheit wie in anderen Staaten.

Die Angriffe derjenigen Mißvergnügten, welche ernstlich an eine Neugestaltung der Dinge in Preußen dachten, fanden ihre Begründung nicht sowohl in besonders drückenden oder ungerechten Maßregeln als in dem Stillstande und der Versumpfung, welche allmählich das ganze Staatsleben beherrschten.

Längst war in der Armee die Begeisterung der Freiheitskriege einem einförmigen Kasernen- und Garnisonsdienst gewichen; an Stelle des nivellirenden Zuges, der das Volksheer in jenem nationalen Aufschwung beherrschte, trat in kurzem wieder die Bevorzugung einzelner Klassen. Ueberall klaffte der Zwiespalt zwischen den Ueberlieferungen eines dem Könige blind ergebenen Söldnerheeres des siebenjährigen Krieges und des für Haus und Heerd kämpfenden Volksheeres der Befreiungskämpfe.

Die Landwehr hatte sich noch einen stark demokratischen Charakter bewahrt, der jedoch ebenfalls, zumal nachdem man ihre Führerstellen mit Linienoffizieren zu besetzen begonnen, mehr und mehr schwand. Obwohl sie bedeutend stärker war als die eigentliche Armee — sie zählte in zwei Aufgeboten 14 Jahrgänge, das stehende Heer und die Reserve zusammen nur fünf, — bot sie doch der Regierung durchaus keine so zuverlässige Waffe, wie dies späterhin der Fall war und ist. Zeichen von Widersetzlichkeiten waren 1848 in der Landwehr nicht selten, selbst offener Aufruhr kam vor.

Beim stehenden Heere war dergleichen nicht zu befürchten, wenn auch in den rheinischen Garnisonen der Märzsturm bedenk-

liche Symptome hervorrief; es stand gänzlich unter dem Einfluß der Offiziere, in deren Corps wiederum der Adel dominirte. Unter den 6352 aktiven Offizieren der Jahres 1848 trugen 4347 adelige, 2005 bürgerliche Namen. In einzelnen Regimentern namentlich der Garde befanden sich sämmtliche Offiziersstellen im Besitz des Adels.

In manchem Offizierscorps deckten die Ereignisse des Jahres 1848 bedenkliche Schäden auf; schon früher waren vielfach mißliebige Offiziere entlassen, wegen freisinniger Aeußerungen bestraft und verfolgt worden, in diesem einen Jahr aber wurden bei der preußischen Armee — nach Ausweis der amtlichen Rang- und Quartierliste — 3 Offiziere aus dem Offizierstande entfernt, 1 in den Listen gestrichen, 1 als Deserteur in contumaciam verurtheilt und nicht weniger als 22 aus dem Dienste entlassen. Betroffen wurde von diesen Maßregeln fast ausschließlich die Linieninfanterie, daneben in geringem Grade die Feldartillerie und die Pioniere. Einen großen Einfluß übte dabei die Lage der Garnison aus; es ist gewiß kein Zufall, wenn gerade z. B. in einem in Köln garnisonirenden Regimente 3 Lieutenants aus dem Offizierstande entfernt, und außerdem 2 mit schlichtem Abschied entlassen wurden.

Immerhin aber blieben solche Persönlichkeiten eine Ausnahme; im großen Ganzen war die Armee dem König unbedingt ergeben und bildete in seiner Hand eine zwar etwas verrostete, aber immer noch schneidend scharfe Waffe.

War schon das Heer ein Gegenstand heftiger Angriffe[1], so galt dies in vielfach höherem Maße von der Bureaukratie. Die Regierung durch den lediglich den Befehlen von oben gehorchenden und dem Volksleben fremden Beamtenstaat bildete stets den Hauptpunkt, auf welchen sich alle Klagen und Beschwerden der Mißvergnügten konzentrirten; es fehlte in der inneren Verwaltung des preußischen Staates, obgleich die einzelnen Diener desselben durchweg reges Pflichtbewußtsein, Ehrgefühl und Diensteifer zeigten, jener frische lebendige Zug, der nur durch un-

---

[1] Die Armee kostete damals jährlich 26 Millionen Thaler, obwohl der Gehalt eines Infanterielieutenants z. B. nur 17 Thaler monatlich betrug.

mittelbare Theilnahme der Bevölkerung am öffentlichen Leben hervorgerufen werden kann. Dazu kam, daß der Geist der Verwaltung der Geschlossenheit ermangelte; denn überall lagen zwischen den altpreußischen Regierungsmaximen die Bruchstücke des Stein-Hardenberg'schen Reformwerkes, theils in ihrer ursprünglichen Fassung, theils nachträglich abgeändert.

Der Mangel eines den Forderungen der Neuzeit entsprechenden Gesetzbuches wurde namentlich schwer empfunden; die Regierung machte zwar wiederholte Versuche zur Abfassung eines solchen, setzte eine Gesetzrevisionskommission ein und betraute ein Ministerium, worunter der berühmte Rechtslehrer von Savigny, mit der Einbringung von Verbesserungsvorschlägen, konnte aber weder von den einzelnen Provinzialständen noch von der öffentlichen Meinung eine Anerkennung ihrer Bestrebungen erhalten.

Das unabhängige Urtheil des preußischen Richterstandes war, namentlich bei politischen Prozessen, durch die drohenden Maßregelungen, Disciplinarstrafen und das Institut der geheimen Konduitenlisten in hohem Maße beeinflußt, und auch wo dies nicht der Fall war, standen die Richter dem Volksleben zu fremd gegenüber, um dasselbe genügend verstehen und würdigen zu können. Neben dem allgemeinen Begehren nach Mündlichkeit und Oeffentlichkeit des Rechtsverfahrens spielte daher auch der Wunsch nach Geschworenen-, Fabrik-, Dorf- und Schulzengerichten eine Hauptrolle in den Forderungen der Unzufriedenen.

Die Verwaltung wies ebenso alle Mängel des Systems, die Langsamkeit, die Rücksichts- und Theilnahmslosigkeit gegen das Volksleben auf, die schon vor Jahren der geniale Neuerer Stein, die Worte Ancillons erläuternd, in den Worten charakterisirt hatte: „Wir werden von besoldeten, buchgelehrten, interessen- und eigenthumslosen Bureaulisten regiert; das geht, so lange es geht. — Diese vier Worte enthalten den Geist unserer geistlosen Regierungsmaschine. Besoldet — also Streben nach Erhalten und Vermehren der Besoldeten; buchgelehrt — also lebend in der Buchstabenwelt und nicht in der wirklichen; interessenlos — denn sie stehen mit keiner den Staat ausmachenden Bürgerklasse in Verbindung, sie sind eine Kaste für sich, die Schreiberkaste; eigenthumslos — also alle Bewegungen der Eigenthümer treffen

sie nicht; es regne oder scheine die Sonne, die Abgaben steigen oder fallen, man zerstöre althergebrachte Rechte oder lasse sie bestehen; man theoretisire alle Bauern zu Taglöhnern und substituire an die Stelle der Hörigkeit an die Gutsherrn die Hörigkeit an die Juden und an die Wucherer: Alles das kümmert sie nicht; sie erheben ihren Gehalt aus der Staatskasse und schreiben, schreiben, schreiben im stillen, mit wohlverschlossenen Thüren versehenen Büreau, unbekannt, unbemerkt, unberühmt, und ziehen ihre Kinder zu gleich brauchbaren Schreibmaschinen an."

Die Polizei und die damit in Verbindung stehende Censur waren in Preußen ebenso verhaßt wie in allen anderen Staaten, und man kann diesen Behörden mit Recht den Vorwurf machen, daß sie durch die unnützesten Plackereien mit das Meiste zu den Ereignissen von 1848 beigetragen haben. Die freisinnigen Regungen, welche die Regierung unmittelbar nach Friedrich Wilhelms IV. Thronbesteigung an den Tag gelegt — wie die allgemeine Amnestie, die Wiedereinsetzung Arndts, die Beilegung der religiösen Wirren —, hatten bald wieder dem reaktionären Verfolgungssysteme Platz gemacht.

Es sei hier nur erwähnt, daß 1841 die Schrift: „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen", und 7 andere bereits censirte Werke und der gesammte Verlag von Hoffmann und Campe in Hamburg sowie des Berliner „Athenäum" verboten wurden; der Verfasser des erstgenannten Buches, L. Jakoby in Königsberg, wurde vor Gericht gezogen und zu Gefängniß verurtheilt. 1842 wurde dem Dozenten Bruno Bauer die Lehrberechtigung entzogen, 1843 erschien zwar eine mildere Censurinstruktion, nach welcher Bücher über 20 Bogen censurfrei sein sollten, aber doch der Polizei vorgelegt werden mußten; allein schon im nächsten Jahre wurden mehrere Professoren in ihren Vorlesungen behindert, Ruge's „Hallische Jahrbücher" verboten, Hoffmann von Fallersleben seiner Professur enthoben.

Aehnliches ereignete sich, trotz der Einsetzung eines Obercensurgerichtes, in den folgenden Jahren, zumal nachdem Justizrath Bornemann, der immer noch als Censor zu viel Nachgiebigkeit zu zeigen schien, dem Ministerialdirektor Bode weichen mußte. Namentlich wurde der Publizist Edgar Bauer und der frühere

Offizier Held vor Gericht gezogen und der Erstere wegen seines Werkes „Die Kritik im Streit mit Staat und Kirche" zu 7½ Jahren, Letzterer wegen seiner „Censuriana"[1] zu 3 Jahren Festung verurtheilt. Der Verfasser der „preußischen Agrargesetze", Buhl, erhielt ein Jahr Festungshaft. Der Dichter Freiligrath mußte wegen seines „Glaubensbekenntnisses" flüchten, und wie ihm erging es Karl Heinzen, dem Verfasser der „Büreaukratie in Preußen" und vielen Anderen.

Der ganze Geist der preußischen Staatsverwaltung wird am besten durch das vom Sprachgebrauch mit treffendem Instinkte aufbewahrte, aber stets unrichtig zitirte berühmte Wort des Ministers von Rochows vom „beschränkten Unterthanenverstand" charakterisirt, welches in seiner richtigen Fassung wie folgt lautet: „Es geziemt dem Unterthan, seinem König und Landesherrn schuldigen Gehorsam zu leisten, um sich bei Befolgung der an ihn ergangenen Befehle mit der Verantwortlichkeit zu beruhigen, welche die von Gott eingesetzte Obrigkeit übernimmt, und es geziemt ihm nicht, an die Handlungen des Staatsoberhauptes

---

[1] Dies Werk, welches sofort bei seinem Erscheinen unterdrückt wurde und sich nur in wenigen Exemplaren erhielt, bietet interessante Einzelheiten über die Handhabung der Censur in Preußen. Es stand im Belieben des Censors, nicht nur Worte und Sätze zu streichen, sondern auch durch andere zu ersetzen. So schrieb er für „es ist eine wahre Schande": „es ist eine Merkwürdigkeit" (Censuriana 77), machte aus einem „stürmischen Jubel" eine simple „Theilnahme", aus „besudeln": „gefährden" (101). Der Satz: „wenn man keine Schönheit besitzt, ist man häßlich", kam vom Censor zurück in der Fassung: „Wenn man keine Schönheit besitzt, so hat man sie nicht!" Einen „wortbrüchigen Schurken" bezeichnet die Censur als einen Menschen, den sie „ich weiß nicht gleich wie nennen" soll (111). In einem Gedichte mußte der Ausdruck „Jesuiten" in sinnloser Weise durch „Schmuggler" ersetzt werden (382).

Ein Manuskript wurde wegen censurwidrigen Inhalts verboten, und dies Verbot vor dem Obercensurgericht damit motivirt, daß überhaupt die Schrift nicht lesbar sei. Der Censor konnte also gar Nichts von dem Werke wissen, das er als staatsgefährlich unterdrückt hatte.

Bei Held, der in Folge dieses Buches bis zur Amnestie im März 1848 auf der Festung zu Magdeburg saß, war der Haß gegen die Censur zur Manie geworden. Der mächtige rothe Bart, den er trug, verdankte seine Entstehung dem Schwure seines Besitzers, daß nicht eher ein Scheermesser sein Kinn berühren solle, als bis Deutschland die Preßfreiheit habe.

den Maßstab seiner beschränkten Einsicht zu legen und sich in dünkelhaftem Uebermuthe ein Urtheil über die Rechtmäßigkeit derselben anzumaßen."

1847 gab die Mißernte zu neuen schweren Anklagen gegen die Verwaltung Anlaß. Der Mißwachs dieses Jahres und die sich daran anschließende Theuerung aller Lebensmittel hatte überall Verstimmung erzeugt, an manchen Orten, wie namentlich in Berlin, auch zu Tumulten vor den Brot- und Fleischläden geführt. In den ohnedies armen, von einer stumpfen, dem Trunke ergebenen, meist polnischen Bevölkerung bewohnten Distrikten von Oberschlesien aber war eine völlige Hungersnoth, mit Typhus, Ruhr und anderen Krankheiten verbunden, die Folge der Mißernte. Gegen Ende des Jahres 1847 erreichte der Mangel dort den höchsten Grad und Tausende von Menschen gingen, namentlich in den Kreisen Pleß und Rybnik, zu Grunde. Die Hülfe der Regierung kam bei dem schleppenden Geschäftsgang viel zu spät; ein Bericht des Landrathes von Durant im Kreise Rybnik vom 3. Oktober 1847 hatte zur Folge, daß am 26. Januar 1848, also nach mehr als 3 Monaten, den Hungernden die nöthigen Lebensmittel aus den Militärmagazinen zur Verfügung gestellt wurden. Inzwischen aber waren im Kreise Pleß nach dem amtlichen Bericht bis Ende 1847 7000 Menschen am Typhus gestorben und 961 dem Hunger erlegen; die beiden ersten Monate des Jahres 1848 rafften ebenso, ehe durchgreifende Hülfe kam, nochmals eine große Anzahl Menschen dahin. Es hatte sich zwar ein Hülfscomité gebildet, dem auch die Spitzen der schlesischen Militär- und Civilbehörden als Privatleute angehörten, doch waren die ihm zu Gebote stehenden Mittel zu gering, um dem Elende zu steuern, das die öffentliche Meinung in übertriebener Weise fast ausschließlich der Schreibstubenherrschaft zur Last legte. Immerhin ist sicher, daß die Regierung nur langsam, ohne Eifer und in pedantischer Weise eingriff.

Eine nicht minder bedenkliche Erscheinung waren schon einige Jahre vorher die Weberunruhen in den schlesischen Manufakturdistrikten gewesen, die in ihrem Verlaufe lebhaft an gewisse Vorkommnisse der neuesten Zeit erinnern. Schon zu Weihnachten 1843 hatten in den im Kreise Reichenbach gelegenen Fabrik-

dörfern Langenbielau und Peterswaldau Unruhen im Schloßhofe des Grafen Stolberg stattgefunden, die sich am 4. und 5. Juni 1844 erneuerten. Eine Anzahl von mehreren Hundert Webern zog sengend und brennend in den Dörfern umher, plünderte, was sie fand, zerstörte die Fabriken der besonders verhaßten Arbeitsgeber, namentlich die eines gewissen Zwanziger und der Gebrüder Dierig, und schlug selbst ein von Schweidnitz anrückendes Truppendetachement zurück. Bald jedoch kehrte das Militär verstärkt wieder und holte im Gebirge die flüchtenden Haufen ein; es kam zum Kampfe, 13 der Proletarier blieben sofort todt, mehrere andere wurden tödtlich, viele schwer verwundet und über hundert in das Gefängniß abgeführt.

War auch auf diese altherkömmliche Weise Ruhe und Ordnung wieder hergestellt, so hatte dies Ereigniß es doch vermocht, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die drohenden, dem kapitalistischen Fabrikbetrieb entspringenden sozialen Gefahren zu lenken. Enthielt doch selbst der offizielle Bericht des Regierungsassessors Schneer den Satz, daß das Mißverhältniß zwischen dem Gewinn des „Kapitalisten“ und dem des eigentlichen „Arbeiters“ immer bedeutender hervortrete und „die Krankheit sei, an welcher unsere Gesellschaft leide, der arge Krebsschaden, an welchem sie erkrankt, das gefahrdrohendste Element in unserer Zeit“.[1]

Zu diesen sozialen Schäden gesellten sich noch politische Wirren durch die polnischen Umtriebe, welche, im Jahre 1846 in ihrem ganzen Umfang aufgedeckt, im nächsten Jahre zu einem Riesenprozeß in Berlin führten. Auch bei diesem, späterhin

[1] Ueber die materielle Lage der Aufrührer giebt der Bericht interessante Mittheilungen. Man erfährt, daß ein Spinner, Familienvater und Veteran aus den Freiheitskriegen, mit Frau und Tochter zusammen täglich 1 Sgr. 3 Pfg. verdient, ein anderer Häusler mit seiner Tochter nur 1 Groschen. Eine weitere Familie hatte nach Abzug der Steuern und Abgaben jährlich 37 Thaler zum Leben. Wie man in Rybnik und Pleß Quecken und Gras kochte und sich von Fliegenpilzen nährte, verzehrte man hier das Aas gefallener Pferde.

Die Fabrikbesitzer hatten, mit wenigen Ausnahmen, dem Elend nicht nur ruhig zugesehen, sondern dasselbe durch Einführung des verwerflichen Trucksystems noch vergrößert.

eingehender zu schildernden Vorfall kamen mannigfache Uebelstände und Unterlassungssünden zur Sprache.

Die unter solchen Umständen in stetem Wachsen begriffene Unzufriedenheit fand in der immer wiederkehrenden Forderung einer Verfassung ihren Ausdruck; das Volk trat hier nicht als ein Bittender vor den Königsthron, es hatte ein gewisses Recht, eine Vertretung zu verlangen.

Der Freiherr vom Stein war der Erste, der in der Zeit der tiefsten Noth in einer Verordnung vom 26. Dezember 1808 das Wort Volksrepräsentation gebrauchte; „Männer aus dem praktischen Leben und der Nation selbst“ sollten „mit voller Stimme“ an den Regierungsgeschäften Theil nehmen.

Bald darauf, am 27. Oktober 1810, erließ König Friedrich Wilhelm III. ein Edikt, welches klar und deutlich das Versprechen einer Volksvertretung enthielt. „Ich behalte Mir vor“, heißt es darin, „der Nation eine zweckmäßig eingerichtete Repräsentation sowohl in den Provinzen als für das Ganze zu geben.“ Wirklich versammelte sich darauf am 23. Februar 1811 eine interimistische Volksrepräsentation zu Berlin, deren Sitzung von Hardenberg eröffnet wurde; doch war bei den Kriegsstürmen der folgenden Jahre eine Befestigung dieser Einrichtung noch nicht durchführbar.

Am 22. Mai 1815 endlich erschien eine „Verordnung über die zu bildende Repräsentation des Volkes“, welche die Wiederherstellung bezw. Neueinrichtung der Provinzialstände anbefiehlt. „Aus den Provinzialständen“, heißt es dann wörtlich weiter, „wird die Versammlung der Landesrepräsentation gewählt, die in Berlin ihren Sitz haben soll. Die Wirksamkeit der Landesrepräsentation erstreckt sich auf die Berathung über alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche die persönlichen und Eigenthumsrechte der Staatsbürger mit Einschluß der Besteuerung betreffen.“

In der Freude über diese königliche Huld übersah das Volk nur das Eine, daß man ihm zwar das Versprechen einer Konstitution gegeben, aber nicht den Zeitpunkt, an welchem dasselbe in Kraft treten solle.

Zunächst freilich ließ sich die Verzögerung durch den Krieg der hundert Tage und die nach den Freiheitskriegen nöthige

sonstige Organisirung des Staatslebens erklären; auch schien die am 30. März 1817 erfolgte Einsetzung einer dem Staatsrathe entnommenen Verfassungskommission eine baldige Erfüllung des Verheißenen in Aussicht zu stellen. Allein als am 18. Oktober 1817 die Bewohner des Regierungsbezirks Koblenz sich in einer darauf bezüglichen, von Görres verfaßten Adresse an den König gewandt hatten, erfolgte im nächsten Jahre ein niederschlagender Bescheid:

„Weder in dem Edikt vom 22. Mai 1815, noch in dem Artikel 18 der Bundesakte ist eine Zeit bestimmt, wann die landständische Verfassung eintreten soll. Nicht jede Zeit ist die rechte, eine Veränderung in die Verfassung einzuführen. Wer den Landesherrn, der diese Zusicherung aus ganz freier Entschließung gab, daran erinnert, zweifelt freventlich an der Unverbrüchlichkeit seiner Zusage und greift seinem Urtheil über die rechte Zeit der Einführung dieser Verfassung vor, das eben so frei sein muß, als sein erster Entschluß es war." Und im Weiteren heißt es: „Die Mir vor einigen Tagen zugekommene Vorstellung mehrerer Stadt- und Dorfgemeinden des Regierungsbezirks Koblenz kann also nur Mein gerechtes Mißfallen erregen. Ich werde bestimmen, wann die Zusage einer landständischen Verfassung in Erfüllung gehen soll und Mich durch unzeitige Vorstellungen im richtigen Fortschreiten zu diesem Ziele nicht übereilen lassen."

Allerdings erfolgte mehrere Jahre später, am 5. Juni 1823, das „Allgemeine Gesetz wegen Anordnung der Provinzialstände", in welchem nochmals betont wurde, daß betreffs der Zusammenberufung der allgemeinen Landstände die „weiteren Bestimmungen Unserer landesväterlichen Fürsorge vorbehalten" bleiben sollten, und im Jahre 1826 traten die Provinziallandtage wirklich ins Leben; allein es war nur ein Scheinleben, das sie führten; beschränkte sich doch ihre wesentlichste Theilnahme an der Regierung auf das Recht, Bitten und Beschwerden in provinziellen Angelegenheiten, wenn solche eine Majorität von zwei Dritteln der Stände fanden, vor den König zu bringen; meist blieben die Verhandlungen ganz fruchtlos oder erstreckten sich auf die geringfügigsten Dinge.

Nichts kann besser die allgemeine Unzufriedenheit charakterisiren als die Thatsache, daß alsbald auch in diesen schattenhaften Provinziallandtagen die Verfassungsfrage wieder aufzutauchen begann, so im Jahre 1829 auf dem dritten preußischen Landtage, 1830 auf dem westfälischen; doch zeigte sich der Marschall des letzteren, der Freiherr vom Stein, dem Plane, eine Petition an den König zu richten, abgeneigt und die Sache unterblieb.

Einen erneuten Aufschwung nahmen diese Bestrebungen erst wieder, nachdem Friedrich Wilhelm IV. den Thron bestiegen. Schon bei Gelegenheit des Huldigungslandtages richteten im September 1840 die preußischen Stände die Bitte um eine Verfassung an den neuen Herrscher, der in einem längeren Schreiben ihr Verlangen rundweg abschlug. „Das Ergebniß Seiner (des verstorbenen Königs) weiser Fürsorge“, heißt es darin, „ist die allen Theilen der Monarchie verliehene provinzial- und kreisständische Verfassung; sie hat eine auf deutschem Boden wurzelnde, geschichtliche Grundlage, die Grundlage ständischer Gliederung, wie diese durch die überall berücksichtigten Veränderungen der Zeit gestaltet wurde. Sorgfältig ist ein die freie organische Entwickelung hinderndes Abschließen der natürlichen Stände des Volks auf der einen und ein Zusammenwerfen derselben auf der anderen Seite vermieden worden. Uns ist die Ehre zu Theil geworden, an diesem Werke mitzuhelfen, und es hat von seiner Entstehung an bis auf diesen Augenblick Unsern lebendigsten Antheil in Anspruch genommen. Dieses edle Werk immer treu zu pflegen, einer für das geliebte Vaterland und für jeden Landestheil immer ersprießlicheren Entwickelung entgegenzuführen, ist Uns, die Wir entschlossen sind, auch in dieser großen Angelegenheit den von Unserem in Gott ruhenden Herrn Vater betretenen Weg zu verfolgen, eine der wichtigsten und theuersten Pflichten des Königlichen Berufs, den Gottes Fügung Uns aufgetragen hat.“ Die Stände gaben sich jedoch mit dieser ablehnenden Antwort nicht zufrieden; schon im nächsten Jahre zogen sich der Posener Landtag, der die Aufrechterhaltung der polnischen Nationalität gewünscht, und die Stände von Preußen und der Rheinprovinz, welche Veröffentlichung der Landtags-

verhandlungen gefordert hatten, das Mißfallen des Königs zu; die Oeffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen wurde dagegen nach wiederholten Anträgen aus Aachen, Königsberg und anderen Orten bedingt gestattet.

Es war klar, daß man mit 8 verschiedenen Landtagen nur dann regieren konnte, wenn dieselben ganz unthätig blieben, daß aber im gegentheiligen Falle eine heillose Verwirrung eintreten mußte, wollte man die oft einander direkt entgegengesetzten Wünsche und Forderungen der einzelnen Stände bewilligen. Man suchte zunächst diesem Uebelstand dadurch abzuhelfen, daß man 1842 Deputationen aus den einzelnen Provinziallandtagen als Vereinigte Ständische Ausschüsse nach Berlin berief, was gewissermaßen als eine Erfüllung des Ediktes vom 22. Mai 1815 gelten sollte, dann aber, indem man die sich häufenden Reformanträge der Landtage kurz abwies. So erhielt 1845 der preußische Landtag auf seine Petition um Befreiung der Presse die scharfe Antwort, daß allerdings die Presse einer Verbesserung bedürfe, da den Versuchen derselben, die gesetzlichen Schranken zu durchbrechen, bis jetzt nicht stets rechtzeitig begegnet worden sei. Die von den rheinischen, schlesischen und westfälischen Ständen vorgebrachten Wünsche um Reformen wurden als „nicht zeitgemäß“ verworfen, dem Posener Landtag eröffnet, daß sein Antrag auf eine Staatsverfassung ein „unmotivirter“ sei[1].

Sechs Jahre der Regierungszeit Friedrich Wilhelms IV. waren bereits unter solchem Hader verflossen, da schien der Beginn des Jahres 1847 ein scheinbares Eingehen der Regierung auf die Volkswünsche zu bringen. Das vom 3. Februar 1847 datirte „Patent, die ständischen Einrichtungen betreffend“, bestimmt die Einberufung eines „Vereinigten Landtages“, dessen

---

[1] Auch an andere Behörden erfolgten scharfe Verweise. Der Breslauer Magistrat, welcher um Reichsstände gebeten hatte, wurde beschieden, daß der König in einem solchen Antrag eine offenbare Opposition erblicke; die Kölner und Düsseldorfer Advokaten, die sich für das Bestehen der unterdrückten Rheinischen Zeitung verwendet hatten, wurden aufgefordert, sich gereiftere Ansichten über die Verhältnisse anzuschaffen. Die Königsberger Stadtvorstände erhielten die Mittheilung, der König werde nicht mehr Gnade, sondern Strenge walten lassen.

erste Kurie aus den großjährigen Prinzen des königlichen Hauses, den Vertretern des Hochadels und der Stifter, die zweite aus den die Ritterschaft, die Städte und die Landgemeinden repräsentirenden Mitgliedern der 8 Provinziallandtage gebildet werden sollte. Beide Kurien sollten getrennt berathen und nur zur Prüfung und Entscheidung über neue Staatsanleihen und Steuern zu gemeinsamer Verhandlung zusammentreten.

Was die Rechte dieser Repräsentation betrifft, so sollten vor Allem ohne Zustimmung des Vereinigten Landtages keine neuen Steuern eingeführt und die bestehenden nicht erhöht werden. Auch sollte der Hauptfinanzetat jedesmal zur Kenntniß der Ständevertreter gelangen und es stand diesen die Befugniß zu, sich mit Bitten und Beschwerden an den König zu wenden, sobald sich in jeder Kurie $^2/_3$ der Stimmen für einen solchen Schritt aussprachen. Im Uebrigen sollten die Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt werden. Eingaben, Instruktionen &c. der Wähler an den Vereinigten Landtag oder an den Vereinigten Ständischen Ausschuß, welch letzterer von nun an periodisch versammelt werden sollte, waren verboten.

Ein Blick auf die Zusammensetzung dieser Ständevertretung zeigt sofort, daß von einer solchen Körperschaft der Anstoß zu liberalen Reformen nicht erwartet werden konnte. Es zählte die erste Kurie, der Stand der Fürsten, Grafen und Herren, 70 Mitglieder, in der zweiten Kurie besaßen die Ritterschaft 237, die Städte 182, die Landgemeinden 124 Vertreter. Zusammen umfaßte also der Vereinigte Landtag 307 Repräsentanten des hohen und niederen Adels gegenüber 306 Vertretern des eigentlichen Volkes. Es war mithin klar, daß der Adel, wie bisher, so auch in dieser Versammlung die leitende Stelle einnehmen würde, wenn auch in der zweiten Kurie die Ritterschaft von den vereinigten Städten und Landgemeinden überstimmt werden konnte.

Das Patent vom 3. Februar erregte daher auch durchaus keine solche Begeisterung, wie man sie wohl am Hofe erwartet hatte; die Frage: Annehmen oder Ablehnen, ward ernstlich erwogen. Sowohl die Hoch-Reaktionären, wie von Bülow-Cummerow, als auch die Liberalen, wie Gervinus, Simon u. A. tadelten den Schritt der Regierung.

Nichtsdestoweniger sah man in Preußen und den übrigen deutschen Staaten dem Zusammentritt der neuen Versammlung mit begreiflicher Spannung entgegen, und auch im Auslande, namentlich in England und Frankreich, zeigte sich eine lebhafte Theilnahme.

Am 11. April 1847 erfolgte nach vorhergegangenem Gottesdienst mit großem Pompe die Eröffnung des ersten Vereinigten Landtags im weißen Saale des Schlosses. Von einem glänzenden Hofstaate umringt bestieg der König, unter Vorantragung des Reichspaniers und der Insignien, den Thron, dem gegenüber sich die Sitze für die Herrenkurie und die 3 Stände, letztere nach den 8 Provinzen getheilt, befanden.

Die lange, formvollendete Ansprache, in welcher Friedrich Wilhelm nunmehr dem Landtage die Grundlage seiner Regierungs- und Anschauungsweise darlegte, gehört zu dem Charakteristischsten, was der König je gesprochen. „Ich weiß", lauteten seine bedeutsamsten Worte, „daß Ich mit diesen Rechten ein kostbares Kleinod der Freiheit Ihren Händen anvertraue, und Sie werden es treu verwalten. Aber Ich weiß auch ebenso gewiß, daß Manche dieses Kleinod verkennen, daß es Vielen nicht genügt. Ein Theil der Presse zum Beispiel fordert von Mir und Meiner Regierung geradezu Revolution in Kirche und Staat, und von Ihnen, meine Herren, Akte zudringlicher Undankbarkeit, der Ungesetzlichkeit, ja des Ungehorsams. Es sehen auch Viele, und unter ihnen sehr redliche Männer, unser Heil in der Verwandlung des natürlichen Verhältnisses zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles Wesen, durch Urkunden verbrieft, durch Eide besiegelt."

„Möge doch das Beispiel des einen glücklichen Landes, dessen Verfassung die Jahrhunderte und eine Erbweisheit ohne Gleichen, aber kein Stück Papier gemacht haben, für uns unverloren sein und die Achtung finden, die es verdient. Finden andere Länder auf anderem Wege als jenes Volk und wir, nämlich auf dem Wege «gemachter und gegebener» Konstitutionen ihr Glück, so müssen und wollen wir ihr Glück aufrichtig und brüderlich mit ihnen preisen. Wir wollen mit gerechtester Bewunderung das erhabene Beispiel betrachten, wenn es einem starken Willen,

eiserner Konsequenz und hoher Weisheit gelingt, Bedenkliches in diesen Zeiten aufzuhalten, zurückzudrängen, zu beschwichtigen, vor Allem dann, wenn es zum Heile Deutschlands und zur Aufrechthaltung des europäischen Friedens gereicht. Preußen aber, meine Herren, kann diese Zustände nicht ertragen. Fragen Sie Mich: warum, so antworte Ich: werfen Sie einen Blick auf die Karte von Europa, auf die Lage unseres Landes, auf unsere Zusammensetzung, folgen Sie den Linien unserer Grenzen, wägen Sie die Macht unserer Nachbarn, vor Allem, thun Sie einen geistigen Blick in unsere Geschichte. Es ist Gottes Wohlgefallen gewesen, Preußen durch das Schwert groß zu machen, durch das Schwert des Krieges nach außen, durch das Schwert des Geistes nach innen. Aber wahrlich nicht des verneinenden Geistes der Zeit, sondern des Geistes der Ordnung und der Zucht. Ich spreche es aus, meine Herren, wie im Feldlager ohne die allerdringendste Gefahr und die größte Thorheit nur ein Wille gebieten darf, so können dieses Landes Geschicke, soll es nicht augenblicklich von seiner Höhe fallen, nur von Einem Willen geleitet werden; und beginge der König von Preußen einen Frevel, wenn er von seinen Unterthanen die Folgsamkeit des Knechts forderte, so würde er nicht das von ihnen fordern wollen, was die Krone des freien Mannes ist, der Gehorsam um Gottes und des Gewissens willen. Wen etwa die Deutung dieser Worte beunruhigt, den verweise Ich nur allein auf die Entwickelung unserer Gesetze seit einem Jahrhundert, auf die ständischen Edikte, endlich auf diese Versammlung und ihre Rechte. Da wird er Beruhigung finden, wenn er will."

„Es drängt Mich zu der feierlichen Erklärung, daß es keiner Macht der Erde je gelingen solle, Mich zu bewegen, das natürliche, gerade bei uns durch seine innere Wahrheit so mächtig machende Verhältniß zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles zu wandeln, und daß Ich es nun und nimmermehr zugeben werde, daß sich zwischen unsern Herrn Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung eindränge, um Uns mit seinen Paragraphen zu regieren

und durch sie die alte, heilige Treue zu ersetzen. Zwischen uns sei Wahrheit. Von einer Schwäche weiß Ich Mich gänzlich frei; Ich strebe nicht nach eitler Volksgunst. Und wer könnte das, der sich durch die Geschichte hat belehren lassen. Ich strebe allein danach, meine Pflicht nach bestem Wissen und nach Meinem Gewissen zu erfüllen und den Dank Meines Volkes zu verdienen, sollte er Mir auch nimmer zu Theil werden."

Es ist aus diesen Worten klar genug zu entnehmen, daß Friedrich Wilhelm weit entfernt war, die von ihm berufene Versammlung als eine Kammer im modernen Sinn zu betrachten; im Gegentheil, wie im Mittelalter die Vertreter der streng geschiedenen Stände mit Rath und That dem gebietenden Herrscher zur Seite standen, so sollte auch hier durch die Berufung eines Reichstages der Glanz der Krone gemehrt, nicht aber ihre Macht geschmälert werden. Allein es kam anders, als der König erwartet. Binnen kurzem entwickelte sich in der Dreiständekurie eine liberale Opposition, deren Vertreter, zumeist aus Rheinländern bestehend, die Selbständigkeit und die Machtbefugnisse des Landtages eifrig zu erweitern strebten. Die Führer der Opposition, v. Vincke, v. Beckerath, Camphausen, Hansemann, errangen alsbald gefeierte Namen, denen die Konservativen keine ähnlichen entgegenzusetzen vermochten, ja manche der Letzteren erleichterten durch übertriebene Behauptungen und Ansichten geradezu den Liberalen den Angriff[1].

Wenn sich übrigens diese Parteien konservativ und liberal nannten, so kann nicht der übliche Begriff damit verbunden werden. Liberale Mitglieder des Landtages, wie Vincke, saßen später in der Paulskirche auf dem äußersten rechten Flügel, die

---

[1] So erklärte sich der Abgeordnete von Thadden-Triglaff für „Preßfreiheit mit dem Galgen daneben", und behauptete, in dem Könige den „Generalissimus der Nation" zu sehen. Aehnlich forderte Graf Merveldt bei der Berathung der Verleihung der Staatsbürgerrechte an die Juden von dem Marschall die Fragestellung, ob „künftig Heiden, Mohammedaner, Anbeter der Sonne, des Mondes, der Göttin Vernunft in der Ständeversammlung sitzen sollten?" Später erregte von Thadden allgemeine Heiterkeit, als er das Wesen des Wahlgesetzes darin fand, daß „auf 10 000 Pfund Menschenfleisch ein Wahlmann ernannt" werden solle.

Konservativen aber waren nicht eigentlich konservativ, sondern reaktionär gesinnt.

Zu diesen Letzteren rechnete die öffentliche Meinung, und damals mit Recht, auch den bedeutendsten Mann, der nicht nur in diesem Vereinigten Landtag, sondern überhaupt je in einem Parlament gesessen hat, den in Vertretung des erkrankten Herrn von Brauchitsch auf Scharteuke von der Ritterschaft des Kreises Jerichow in der Altmark berufenen Deichhauptmann Otto von Bismarck-Schönhausen.

In aufgeregten Zeitläuften vermag eine energische und kraftbewußte Natur sich nicht auf dem Gebiete der Vermittelung und Versöhnung zu bewegen, das den rechten Aufenthaltsort für die goldene Mittelmäßigkeit bietet; sie wird, nach Neigung, Erziehung und Charakter sich dem einen oder dem anderen Extrem zuwenden. Es ist nicht mehr als begreiflich, wenn daher der damals 33jährige Abgeordnete von Bismarck mit der vollen Wucht seiner Persönlichkeit sich dem neuen Geist entgegenstellte und als unbedingten Anhänger des alten Systems zu erkennen gab. Er ergriff zu verschiedenen Malen das Wort; zuerst bei Gelegenheit einer Debatte über das Wesen der Freiheitskriege, dann bei der Judenfrage, wo er sich entschieden gegen die Zulassung der Israeliten zu den Staatsämtern aussprach; am schärfsten und treffendsten aber sind die Worte, die Bismarck gegen die Schwärmerei gewisser Abgeordneter für englische und französische Verhältnisse richtete. „Ich möchte“, lautete einer der kernigsten Sätze seiner Ausführungen, „den Herren, die so gerne ihre Ideale jenseits der Vogesen suchen, doch eins zur Richtschnur empfehlen, was den Engländer und Franzosen auszeichnet. Das ist das stolze Gefühl der Nationalehre, welches sich nicht so leicht und so häufig dazu hergiebt, nachahmungswerthe und bewunderte Vorbilder im Auslande zu suchen, wie es hier bei uns geschieht.“

Damals blieben diese markigen Worte unverstanden und unbeachtet; hatte doch Friedrich Wilhelm IV. selbst Großbritannien als das „Land der Erbweisheit ohne Gleichen“ bezeichnet.

Was die einzelnen Verhandlungen des Vereinigten Land-

tages betrifft, so würde ein näheres Eingehen auf dieselben zu weit führen und, da positive Resultate nicht erreicht wurden, wenig Interesse bieten. Sie drehten sich in der Dreiständekurie, wie bemerkt, meist um die Befugnisse des Landtages selbst, so um die Ausschließung bescholtener Personen aus den ständischen Versammlungen (30. April), wobei die Ansichten der Opposition, daß aus einem ehrengerichtlichen Urtheil, einem politischen Vergehen, oder einer Kriminaluntersuchung der Begriff der Bescholtenheit nicht entnommen werden könne, abgelehnt wurden. Nachdem man dann das Geschäftsreglement und das Petitionsrecht berathen, kam es zu heftigen Erörterungen über die Frage, ob die Landstandschaft von der Gemeinschaft mit einer christlichen Kirche bedingt sei. Vom 29. Mai ab wurden die ständischen Gesetzgebungsrechte debattirt. Die Dreiständekurie richtete hiebei eine Petition an den König, in welcher sie um Periodizität des Landtages und zwar um eine alle zwei Jahre stattfindende Einberufung desselben bat. Am 24. Juni gab Friedrich Wilhelm in einer Botschaft den Bescheid, daß er sich eine Entschließung vorbehalte. Weiterhin behandelte die Dreiständekurie die Mitwirkung der Stände am Steuer- und Staatsschuldenwesen, worauf gleichfalls am 24. Juni die Antwort der Regierung erfolgte, und endlich die Emanzipation der Juden. Dieselben sollten die Berechtigung erhalten, Staats- und Gemeindeämter zu bekleiden, nicht aber die ständischen Rechte besitzen. Die Ehe zwischen Juden und Christen sollte gestattet sein, doch verweigerte der König diesem Beschlusse seine Zustimmung. Nachdem alsdann noch die Wahlen zu dem ständischen Ausschusse erfolgt, schloß am 26. Juni der Minister von Bodelschwingh die Sitzungen des ersten Vereinigten Landtages, welcher nur noch einmal zu kurzem Leben erwachen sollte. Am 26. Juli erschien der Landtagsabschied, welcher deutlich die Unzufriedenheit des Königs mit der Haltung der Dreiständekurie zeigte. Die große Mehrzahl der von ihr gefaßten Beschlüsse war theils unberücksichtigt, theils abgelehnt, nur einzelne, wie die Oeffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen, bewilligt.

Die Hoffnungen, welche man auf den Landtag gesetzt, hatte er fast alle enttäuscht. Der erste Versuch, eine Konstitution in

Preußen einzuführen, war weder nach dem Wunsche des Urhebers ausgefallen, noch hatte er den Erwartungen der Parteien entsprochen. Man sah, daß auf diesem Wege keine Besserung zu erhoffen war; ein unbestimmtes Gefühl griff um sich, daß irgend etwas Besonderes sich ereignen und die Lage klären müsse.

2.

Berlin bis zum 18. März.

Berlin befand sich zu Ausgang des Februar in völliger Ruhe, selbst die Verhandlungen des Vereinigten Ständischen Ausschusses, der seit dem 17. Januar sich versammelt hatte und ein neues Strafgesetzbuch berieth, vermochten nur ein sehr bedingtes Interesse zu erwecken, so nothwendig auch die schon mehrmals versuchte Reform der preußischen Rechtsverhältnisse schien.

Die Polizei ließ es indessen an der gewohnten Wachsamkeit nicht fehlen; eben hatte, gleichsam in Voraussicht der Dinge, die da kommen sollten, der Polizeipräsident von Minutoli eine geharnischte Warnung gegen Preßvergehen erlassen, da langte, am 27. Februar gerüchtweise, am 28. aber klar und zweifellos die Nachricht von den Pariser Vorgängen in der preußischen Hauptstadt an.

Unter den gegenwärtigen Umständen mußte dies Ereigniß wie überall, so auch in Preußen die Gemüther auf das Höchste erregen. Das Erste, woran man dachte, war der Krieg mit Frankreich; man sah dort bereits ein neues 1793 — und im Zusammenhang damit einen neuen Kreuzzug gegen die Republik herannahen. Freilich war die Erinnerung an die „Campagne in der Champagne“ keine sonderlich ruhmreiche für die Armee, aber es war doch immerhin für sie auch ein solcher Krieg besser als der nunmehr schon 33 Jahre dauernde Friede. Die Maßregeln der Regierung schienen ganz dazu angethan, diese Kampfeshoffnungen des Heeres zu bestärken; denn nicht nur, daß der Minister von Bodelschwingh Aeußerungen von „Marschiren-

lassen" und Aehnlichem fallen ließ, wurden bereits einige Regimenter auf den Kriegsfuß gesetzt, ein starkes Truppendetachement bei Halle zusammengezogen, die Garden beordert, sich marschfertig zu halten, ja bereits eine Brigade des 4. Corps in aller Eile nach dem Rhein geschickt und dem Prinzen von Preußen, bisher Commandeur des Gardecorps, der Oberbefehl über die dort und in Westfalen stehenden Truppen übertragen.

Bald jedoch nahmen die Kriegsvorbereitungen ein langsameres Tempo an und stockten endlich ganz; die durchaus friedfertige Haltung der Lamartine'schen Republik ließ die Nothwendigkeit einer militärischen Intervention immer mehr zurücktreten, zugleich aber drang mehr und mehr die Befürchtung durch, daß man die Truppen im eigenen Lande nöthiger brauchen werde als im Elsaß oder der Champagne.

Schon die Kunde von Louis Philippe's Sturz hatte die Berliner lebhaft erregt; man diskutirte bereits laut auf offener Straße, man las in den Caféhäusern einander die neuesten Posten vor, und nun kamen Schlag auf Schlag die Nachrichten von der immer wachsenden Gährung in Süddeutschland, es kam sogar — unglaublich, aber wahr — die Kunde, daß der Bundestag in der Eschenheimer Gasse den Willen ausgesprochen habe, sich an die Spitze der deutschen Bewegung zu stellen.

Solche Vorgänge waren nicht geeignet, die Erregung des Berliner Volkes abzukühlen und allgemach begann die preußische Hauptstadt ihr gewohntes Aussehen zu verlieren.

Die ersten Tage des März vergingen noch in völliger Ruhe, doch ließen bereits gewisse Anzeichen auf den von der Ferne nahenden Sturm schließen; dazu gehörte namentlich die am 2. erfolgte Ernennung des Generals von Pfuel zum Gouverneur von Berlin, dann der Befehl, den 3 Tage darauf der Stadtkommandant von Dittfurth an die Truppen „im Falle von Unruhen" erließ; auch wurden in dieser Zeit wiederholt Maueranschläge gefunden, die das Militär davor warnen sollten, im Falle eines Straßenkampfes auf das Volk zu schießen.

Der 6. März ist der Tag, an welchem die eigentliche Berliner Bewegung beginnt. Von jetzt ab schreitet dieselbe langsam und unaufhaltbar vorwärts, ein so klares Beispiel der noth-

wendigen Entwickelung einer Revolution, wie man es in keinem anderen deutschen Staate wieder findet. Ueberall sonst hatte der Aufruhr gar keine Zeit gehabt, sich vorzubereiten und zu entwickeln, sondern war vielmehr durch die sich überstürzenden Ereignisse und die Nachgiebigkeit der Herrscher aus seiner eignen Bahn gedrängt worden. In Berlin dagegen, wo die Regierung von vornherein entschlossen war, keine Concessionen zu machen und somit der Bewegung schroff gegenüberstand, mußte sich die Letztere schrittweise den Boden erkämpfen und ihr allmähliches Fortschreiten läßt sich an jedem einzelnen der aufeinander folgenden Tage deutlich nachweisen.

Es mag hier der Ort sein, von vornherein auf einen Vorwurf einzugehen, der von fast allen Historikern der preußischen Revolution, ja selbst von Scherr erhoben wird, der Vorwurf nämlich, die Regierung habe es bis zum 13. März in ihrer Hand gehabt, die Dinge friedlich zu gestalten, aber in ihrer starren Unerbittlichkeit von diesem Ausweg, durch Concessionen den Ausbruch des Volkszornes zu hemmen, keinen Gebrauch gemacht. Ein einziger Blick auf die Entwickelung der Dinge in Oesterreich zeigt, wie schief eine solche Behauptung ist. In solchen Zeitlagen erkennt das Volk in jeder Nachgiebigkeit seiner Regierung nichts Anderes als ein Zeichen von Schwäche und fordert, sobald man ihm das Eine bewilligt, sofort das Nächste, bis der Zeitpunkt eintritt, wo die Regierung nicht mehr weiter zurückweichen kann und der bisher vermiedene Kampf nun doch, und mit verzehnfachter Gewalt ausbricht. Das war in großen Zügen der Verlauf der Wiener Revolution vom März bis zum Oktober, und genau ebenso wäre es in Preußen auch gekommen, hätte sich die Regierung dem Volke gebeugt. Daß sie dies nicht that, sondern die Schlacht sofort annahm, hat Berlin vor einem solchen Oktober, wie ihn die österreichische Hauptstadt erlebte, bewahrt, und die Thatsache findet hierdurch ihre Bestätigung, daß, wenn der Ausbruch einer Revolution droht, die Staatsleitung, will sie von ihrem Standpunkt aus richtig handeln, dem Volke Nichts, auch nicht die berechtigten Wünsche gewähren darf.

Am 6. März also wurde die Sitzung des Vereinigten Ständischen Ausschusses durch den König selbst geschlossen, der bei

solchen Anlässen seine Rednergabe zu entfalten liebte. Die wichtigsten Punkte seiner Ausführungen waren einmal das Versprechen, die bisherige Periodizität der ständischen Ausschüsse auf den Vereinigten Landtag selbst zu übertragen, dann aber, am Schlusse der Rede, die Andeutung eines nahenden Krieges. „Doch sollte es Gottes unerforschlicher Rathschluß anders fügen", lauteten die Worte[1], „sollten die Verträge gebrochen werden, auf denen Europas politisches Gebäude beruht, sollte ein Feind es wagen, das eigene Gebiet oder das Meiner deutschen Bundesgenossen anzutasten, dann würde Ich, wie es Ehre und Pflicht gebieten, selbst die Gefahren des Krieges einem schmählichen Frieden vorziehen. Ich werde dann Mein wehrhaftes Volk zu den Waffen rufen, es wird sich um Mich schaaren wie vor fünf und dreißig Jahren unter den Fahnen Meines unvergeßlichen — nun in Gott ruhenden Vaters, der auch der Vater seines Volkes war; dann wird — das ist Meine Zuversicht — der Heldenmuth der Jahre 1813, 1814 und 1815 nicht fehlen."

Am selben Tage, an welchem der Vereinigte Ständische Ausschuß für immer seine Sitzungen schloß, fand am Abend eine andere Versammlung statt. Die Theilnehmer dieser Zusammenkunft traten unter freiem Himmel zusammen. Es war eine Schaar von jungen Leuten, Studenten, Handwerker, ein Paar Schauspieler und Literaten, Alles in Allem etwa fünf- bis sechshundert Personen. Und doch bildete diese so unbedeutend scheinende Zusammenkunft, die an „den Zelten" im Thiergarten stattfand, die erste einer Reihe von Volksversammlungen, die von nun ab dort täglich, immer mehr an Umfang und Bedeutung wachsend, abgehalten wurden und alsbald einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Berliner Bewegung gewannen.

Mittlerweile hatte es sich auch in den Provinzen zu regen begonnen. In Köln fand bereits am 3. März ein großartiger Tumult statt, das Rathhaus wurde vom Volke förmlich gestürmt, und erst gegen 11 Uhr Nachts trat Ruhe ein, nachdem das Militär eingeschritten war und einen der Volksführer, den gewesenen Artillerieoffizier und jetzigen „Zimmerlehrling" von

---

[1] Verhandlungen des Ständischen Ausschusses. I. Protokolle. S. 371 f.

Wyllich verhaftet hatte. Ebenso ereignete sich in Breslau ein Auflauf; aus beiden Städten, sowie aus Aachen, Düsseldorf, Elberfeld, Koblenz, Halle, Magdeburg und vielen andern Orten langten Adressen mit den bekannten Forderungen in Berlin an.

Die Kurse begannen rapide zu fallen, eine Börse existirte kaum noch; selbst preußische Kassenscheine wurden mit Mißtrauen angesehen. Diese Stockung der Geschäfte übte auch insofern einen besonders schädlichen Einfluß, daß viele Fabriken ihre Arbeiter entließen und die Unzufriedenheit dadurch immer mehr wuchs.

Am 7. März traten die Berliner Behörden in die Bewegung ein, wie Tags zuvor das Volk. Im Magistrate stellten die Stadträthe Duncker, Schulz und Gärtner den Antrag, an den König eine Petition um schleunige Einberufung des Landtages, Preßfreiheit und Gleichberechtigung der Konfessionen zu richten, doch erklärten sich nach lebhafter Debatte nur 9 Stimmen für, 18 aber gegen ein solches Vorgehen. Die Letzteren waren besonders durch die Haltung des ebenso servilen als unfähigen Oberbürgermeisters Krausnick beeinflußt[1].

Am Abend fand die zweite Zelten-Versammlung statt. Die Tags zuvor aufgesetzte Adresse der „Wünsche der Jugend“ wurde verworfen, eine neue Adresse des Volks aufgestellt und einer Deputation zur Besorgung übergeben.

Die Wache im königlichen Schlosse erhielt eine Verstärkung von 50 Mann.

Am 9. März thaten die städtischen Behörden den ersten Schritt vorwärts, indem die Stadtverordneten eine von fünfzig Bürgern überreichte Petition an den König annahmen, obwohl der Historiker von Raumer leidenschaftliche Einsprache erhob und der Magistrat beharrlich jede Theilnahme ablehnte.

Die Deputation der Zelten-Versammlung erhielt am Morgen desselben Tages von Minutoli die Mittheilung, daß die Ueber-

[1] Man erzählt, der König habe Krausnick Tags zuvor gefragt, ob er an die Möglichkeit von Unruhen glaube, worauf Jener mit unterthänigem Lächeln an die Revolution von 1830 erinnerte, „welche wegen Krankheit des Polizeipräsidenten abbestellt wurde!“ — „Der König lachte über den Berliner Witz und die Sache war abgethan.“

reichung ihrer Adresse nicht persönlich, sondern durch die Stadtpost geschehen müsse[1].

Dieser Bescheid hatte zur Folge, daß am 9. März eine abermalige, diesmal aber über tausend Personen starke Versammlung unter den Zelten tagte, an der auch viele Bürger theilnahmen. Es war noch unglaublich bescheiden, was die Redner, meist Studenten, forderten; höher als bis zum Wunsche nach Preßfreiheit, politischer Amnestie und Einberufung des Vereinigten Landtages verstieg man sich nicht. Es wurde beschlossen, die fragliche Adresse nunmehr der Zuschrift der Stadtverordneten beizulegen, aber auch diese wollten Nichts davon wissen, und man mußte sich endlich doch entschließen, das unglückliche Schriftstück der Stadtpost anzuvertrauen, wo es sang- und klanglos verschwand.

Zum ersten Male wurden in diesen Tagen einzelne Punkte, namentlich das Schloß und die Artilleriewerkstätten, militärisch besetzt, in den Zeughäusern die Zündstifte und Bajonette von den Gewehren abgenommen, scharfe Patronen in die Kasernen gebracht. Durch die zahlreichen, in den Regimentern dienenden Einjährig-Freiwilligen gelangten diese Maßregeln alsbald zur Kenntniß des Publikums und vergrößerten die Erregung.

In den beiden folgenden Tagen bildete den Mittelpunkt der Ereignisse die von den Stadtverordneten auf Anregung der Bürgerschaft beschlossene Adresse, welche am 11. in öffentlicher stürmischer Sitzung angenommen wurde. Hatte man am 9. März den Antrag auf Einrichtung einer bewaffneten Bürgerwehr abgelehnt, so beschloß man heute mit der Bildung sog. „Schutzkommissionen" vorzugehen, denen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe zufallen sollte. Am 16. März trat diese, dem Lande der Erbweisheit entnommene Einrichtung in Kraft, verfehlte aber, wie vorauszusehen, ihre Wirkung gänzlich. Die Schutzmänner, weit entfernt Respekt einzuflößen, bildeten lediglich eine Zielscheibe des Berliner Witzes[2].

---

[1] Ein Mitglied der Abordnung trieb die Naivität so weit, daß es den Polizeipräsidenten bat, doch lieber die Adresse gleich selbst mitzunehmen und dem Könige zu geben.

[2] Die Schutzmänner wurden vom Volke als „Leichenbitter", ihre weißen Stöcke, das Zeichen ihrer Amtswürde, „Ballkellen" bezeichnet.

Die Volksversammlung unter den Zelten hatte sich am 11. bereits bedeutend vergrößert. Auch die Studenten thaten sich zusammen und schickten die übliche Adresse ab.

Der 12. März verlief in Berlin ruhig, allein aus Köln kam eine folgenschwere Kunde; der Oberpräsident der Rheinprovinz, Eichmann, meldete kurz und unumwunden, daß er nur in dem Falle einer sofortigen Einberufung der Landstände für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Rheinlanden stehen könne. Diese Nachricht wirkte entscheidend; man wußte, daß Eichmann nicht der Mann dazu war, unnöthigerweise zu einem solchen Schritte zu treiben, und was man noch gestern der Breslauer Deputation abgeschlagen hatte, die beschleunigte Einberufung des Landtages, wurde jetzt beschlossen, die Veröffentlichung dieser Absicht aber zunächst hintertrieben.

Am selben Tage nahm der Prinz von Preußen Abschied vom Gardecorps, um sich an den Rhein zu begeben, wo seine Anwesenheit dringend nöthig erschien. Seine Worte vom „Wiedersehen auf dem Felde der Ehre“ erweckten die schon sinkenden Kriegshoffnungen der Armee aufs Neue.

Mit dem 12. März schließt das erste vorbereitende Stadium der Berliner Bewegung; die jetzt folgenden sechs Tage führen in rascher Steigerung bis zum Höhepunkt, der Nacht des 18. März, empor.

Am 13. floß das erste Blut. Schon seit dem Morgen waren sämmtliche Wachen verstärkt, von 3 Uhr Nachmittags ab die gesammte Garnison, 6500 Mann Infanterie und beinahe 2000 Reiter, in den Kasernen konsignirt. Bald darauf lief eine Meldung des Polizeipräsidiums ein, welche für den Abend ernste Unruhen in Aussicht stellte. Das Gerücht, die Rheinlande seien in offenem Aufruhr, ging überall in der Stadt um und erhitzte die Gemüther.

Die am Abend stattfindende Volksversammlung an den Zelten zählte mehr als 20 000 Theilnehmer. Zahlreiche Reden wurden gehalten, die Gründung eines „Arbeiterministeriums“ beantragt und was der unverstandenen, aus dem Französischen entnommenen Phrasen mehr war; doch kam es hier noch zu keinen tumultuarischen Auftritten.

Auf die Kunde von Menschenansammlungen auf dem Pariser

Platz ließ gegen 8 Uhr Abends der Gouverneur eine Anzahl Truppen nach verschiedenen Punkten ausrücken und zog das gesammte übrige Militär auf dem Schloßplatze zusammen, der durch einige Züge Dragoner gesäubert werden mußte. Die zurückfluthenden Haufen versuchten einen Waffenladen in der Jägerstraße zu plündern, ja es wurden sogar in der Niederwall- und der alten Grünstraße Versuche eines Barrikadenbaues entdeckt, doch war binnen kurzem die Ruhe hergestellt. Ebenso erging es an den anderen Punkten, wo Volk und Truppen handgemein geworden waren, namentlich „Unter den Linden" und am „Unterbaum". Die von der Volksversammlung zurückkehrenden Schaaren wurden überall mit leichter Mühe zersprengt.

Der 14. März brachte die ersten Barrikaden. Am Morgen des Tages empfing der König die Deputation der Stadtvertreter mit Krausnick an der Spitze. Seine Antwort auf die ihm überreichte Adresse war in höchstem Grade charakteristisch. Er sei nicht im Stande, meinte Friedrich Wilhelm, wie das in anderen Ländern Sitte sei, in wohl stilisirter Rede zu antworten, sondern könne nur im Konversationston erwidern. Das Berufungspatent des Landtages sei bereits vollzogen, etwas Weiteres aber nicht möglich. Man müsse die alte deutsche Ordnung beachten, und eben die Gliederung der Stände sei echt deutsch, desgleichen der Besitz als Grundlage der Standschaft. Was die in der Adresse erwähnte deutsche Einigung betreffe, so liege Deutschlands Schicksal nicht in seiner Hand.

Mit diesem wenig tröstlichen Bescheid wurde die Abordnung entlassen. Mochte auch ein Mann wie Krausnick „von dem großen, erhabenen, ja heiligen Augenblicke, in welchem das Herz unseres theuren Königs die Herzen der Bürger Seiner treuen Vaterstadt so mächtig bewegt hatte", sprechen, klarer Denkende sahen deutlich, daß der Riß zwischen König und Volk durch die Antwort Friedrich Wilhelms nur erweitert worden war. Allerdings hatte man die Berufung des Landtages auf den 27. April, eine viel zu entfernte Zeit, erwirkt, und noch am Abend erschien das diesbezügliche Patent, allein die Bewegung war schon über diese erste Forderung hinaus, und die Concession des Königs machte keinen Eindruck mehr, während ihr noch am 12., wo sie

doch schon beschlossen war, selbst am 13. wenigstens ein vorübergehender Erfolg sicher gewesen wäre. Wenn daher auch die „in tiefster Ehrfurcht ersterbenden, allerunterthänigst treugehorsamsten" Vertreter der Stadt mit Genugthuung auf den Erfolg ihrer Adresse blickten, unter welcher sie sich mit den angeführten Worten unterzeichnet, das Verhängniß ging unaufhaltsam seinen Gang.

Schon im Laufe des Nachmittages lag eine gewitterschwüle Luft über der Hauptstadt. Patrouillen durchzogen die Straßen, eine Bekanntmachung des Gouvernements verbot alle Volksansammlungen.

Nichtsdestoweniger durchwogte am Abend eine gewaltige, in größter Aufregung befindliche Volksmenge die Stadt. Die Truppen wurden beschimpft und verhöhnt, für Offiziere war es bereits gefährlich, sich einzeln öffentlich zu zeigen.

Nach halb acht Uhr Abends rückte der größere Theil der Garnison aus; zunächst wurde wieder der Schloßplatz gesäubert und besetzt, alsdann ritten die Gardeküraßiere durch die Breite- und Brüderstraße, rücksichtslos in die dichtgedrängten Menschenmengen einhauend. Zahlreiche Verwundungen fanden statt, auch einzelne der Küraßiere wurden verletzt. Unterdessen aber waren am Spittelmarkt zwei wirkliche Barrikaden, die ersten ihrer Art in Berlin, errichtet worden, zu deren Bewältigung die Reiterei nicht ausreichte. Eine Abtheilung Infanterie rückte, von einem Steinhagel begrüßt, vor und nahm die beiden Verschanzungen ohne sonderlichen Widerstand. Gegen Mitternacht war der Tumult überall beendet und die Truppen marschirten nach ihren Kasernen ab.

Der König weilte während dieser Auftritte nicht in Berlin; er hatte sich bereits Nachmittags nach Potsdam begeben und erhielt erst am nächsten Mittag die darauf bezügliche Meldung. Die Vermuthung liegt nahe, daß die Militärpartei diese Abwesenheit des Monarchen zu einem entschiedenen Einschreiten gegen die Bewegung hatte benutzen wollen. War dem so, so hatte sie durch die am Abend des 14. bewiesene Strenge ihre Absicht nicht erreicht, denn am folgenden Morgen zeigte Berlin eine noch wesentlich aufgeregtere und gefahrdrohendere Physiognomie. Man erwartete bereits allen Ernstes den Ausbruch der Revolution, umsomehr, da am Abend bereits überall das Gerücht vom Sturze des Fürsten Metternich umlief. An allen Straßenecken standen

größere und kleinere Gruppen in eifriger Besprechung, der Hof und besonders der König selbst war durch die Nachricht aus Wien schwer erschüttert; die Thatsache, daß die Seele des ganzen bisherigen Regierungssystemes in Preußen und den anderen deutschen Staaten, daß Fürst Metternich, und noch dazu fast ohne Kampf, dem Märzsturm zum Opfer gefallen, mußte auch in Berlin die Dinge auf die Spitze treiben. Die Regierung hatte nur noch die Wahl nachzugeben oder sich zum Kampfe zu rüsten. Zu Beidem fehlte die nöthige Kraft; die gegeneinander kämpfenden Strömungen am Hofe, die die ganze Zeit hindurch ein konsequentes und entschlossenes Benehmen der Regierung verhinderten, veranlaßten an diesem Tage einen Auftritt, in Folge dessen der General von Pfuel um seine Entlassung bat; dieselbe wurde ihm allerdings nicht gewährt, der Gouverneur verblieb, nachdem ihm eine ehrenvolle Genugthuung zu Theil geworden, in seiner Stellung, allein er hatte einen schweren Stand. Seine wohlwollenden, aber unter den obwaltenden Verhältnissen gänzlich aussichtslosen Bemühungen um Erhaltung des Friedens trugen ihm nur den Zorn der Militärpartei ein, die alle Hebel in Bewegung setzte, um seinen Sturz herbeizuführen.

Die Tags zuvor in der Brüderstraße vorgefallenen Ereignisse hatten inzwischen so aufregend auf die anwohnende Bürgerschaft gewirkt, daß am Vormittage eine Deputation den Bürgermeister und den Polizeipräsidenten um Zurückziehung des Militärs und um die Genehmigung zur Bildung der schon erwähnten Schutzkommissionen anging. Eine andere von Dr. Stieber geführte Abordnung begab sich Mittags nach der Kommandantur und stellte den daselbst anwesenden Ministern von Bodelschwingh und von Rohr, sowie dem Gouverneur von Pfuel die Sachlage dar. Auch sie fand, wie die Deputation aus der Brüderstraße, geneigtes Gehör und erhielt allerhand Zusicherungen, daß das Militär nicht angreifen werde, eine „gemischte Kommission" die Vorgänge in der Brüderstraße untersuchen solle und dgl. mehr. Aber die Ereignisse waren schon zu weit gediehen, als daß derartige Verhandlungen ihren Lauf hätten hemmen können.

Der Polizeipräsident erwartete schon an diesem Tage den Straßenkampf. „Die Haltung der Masse", heißt es in seinem

Bericht vom 15., „ist nicht mehr zweifelhaft; es handelt sich nur noch um den Moment des Ausbruchs." Der Tag verlief indessen ruhig, bis gegen fünf Uhr Abends die Zusammenrottungen vor dem Schloß einen gefahrdrohenden Charakter annahmen; die Schutzbeamten erwiesen sich bereits bei diesem ihrem ersten Auftreten als gänzlich einflußlos, die nunmehr vorrückenden Truppen, eine Kompagnie des 2. Garde-Regiments, wurden mit einem Steinhagel empfangen, der 2 Offizieren und 19 Mann mehr oder minder erhebliche Beschädigungen zufügte.

Erst nachdem diese Tumulte sich 2 Stunden hindurch wiederholt, wurde der Schloßplatz und die angrenzenden Straßen durch Kavallerie geräumt; allein das Volk floh diesmal nicht kampflos; an verschiedenen Punkten versuchte es sich zu setzen, errichtete Barrikaden an der Ecke der Breiten Straße mit der Neumannsgasse, wo es in der Nähe auch einen Waffenladen zu plündern versuchte, sowie in der Kommandanten- und Leipziger Straße und zog die Jungfern-, die Gertrauden- und Roßstraßenbrücke auf. Mit blanker Waffe vermochte das Militär an diesem Abend bereits nicht mehr durchzudringen; gegen 8 Uhr fielen die ersten Schüsse gegen eine Barrikade in der Spreegasse, denen bald mehrere Salven an der Jungfern- und Gertraudenbrücke folgten. Hier feuerte das Militär, da es nicht weiter vordringen konnte, über den Fluß hinüber, eine Reihe von Personen stürzte nieder, das Uebrige stob in wilder Flucht auseinander; gegen Mitternacht lag tiefe Ruhe über Berlin.

Auch in anderen Städten ging es am 15. stürmisch her. In Trier fand ein großer Auflauf statt, in Magdeburg und Erfurt machte das Militär von den Waffen Gebrauch, so daß mehrere Tumultuanten getödtet und verwundet wurden, in Solingen zerstörten die Arbeiter die Gießerei eines mißliebigen Fabrikherrn.

Die Berliner selbst erfuhren von Alle dem nur das Wenigste; einige Tageblätter, wie namentlich die offiziöse „Preußische Staatszeitung", hüllten sich überhaupt gänzlich in Stillschweigen, den anderen wurden durch die immer noch straff gehandhabte Censur[1] Schranken auferlegt.

[1] Am 15. März brachte die Vossische Zeitung folgende Zuschrift, die man wohl als das letzte Lebenszeichen der Censur in Preußen ansehen darf:

Am Morgen des 16. soll der König bereits den Entschluß gefaßt haben, Berlin zu verlassen, aber „wegen widerstrebender Ansichten in seiner nächsten Umgebung davon zurückgekommen" sein. Es wäre dies unter allen Umständen ein höchst unglücklicher Schritt gewesen, denn die immer drohender sich gestaltende Lage der Dinge forderte dringend die Anwesenheit des Monarchen.

Vor Allem mußten die Vorgänge in Köln die höchste Besorgniß erregen. Am 16. wurde dort eine neue Adresse verfaßt und durch eine Deputation, den Herrn von Wittgenstein an der Spitze, am nächsten Tage nach Berlin geschickt, die mit nichts Geringerem als mit dem Abfall der Rheinlande drohte[1]. Auch in Berlin ließen die nunmehr ausführlicher eintreffenden Meldungen aus Wien und der Zorn über das Einschreiten des Militärs an den vorhergehenden Tagen für den heutigen Abend das Schlimmste befürchten. Telegraphisch wurden aus Stettin und Frankfurt a. O., sowie von dem Detachement bei Halle Verstärkungen herbeibeordert, die am nächsten Tage eintrafen. Zwei Bataillone des ersten Garde-Regiments langten noch am Abend des 16. aus Potsdam an.

„Erklärung.

Die Redaktion der «Berliner Zeitungshalle» benachrichtigt in der zweiten Beilage zu Nr. 62 ihres Blattes die Abonnenten, «daß es ihr aller ihrer Anstrengungen ungeachtet jetzt manchmal unmöglich sei, die früh abgehenden Bahnzüge zu bedienen, da sie die Censurbogen nicht zeitig genug erhalten könne, um den Druck zwischen 3 und 3½ Uhr, wie die richtige Expedition es erfordere, zu beginnen». Die verspätete Rückgabe der Censurbogen entsteht, wie ich hier erkläre, dadurch, daß dieselben erst fast täglich über den oben angegebenen spätesten Zeitpunkt hinaus an mich abgegeben werden. Der Herr Redakteur ist von diesen Verspätungen vollständig unterrichtet.

Ich ersuche daher die Abonnenten und Leser der Berliner Zeitungshalle, in jener Nachricht nicht einen Vorwurf oder Dienstversäumniß, sondern den zum Puff der Zeitung üblichen, vierteljährlichen Angstruf zu erkennen.

Piper,
Regierungsassessor und Bezirkscensor".

[1] „Die Bewegungen in Süddeutschland müssen bei einem fortgesetzten Widerstande gegen die Nationalfreiheit zu einer Auflösung des Bundes führen, als dessen nächste Gefahr wir leider die Isolirung und die Abtrennung der Rheinprovinz bezeichnen müssen."

Zwei im Laufe des Tages erschienene Proklamationen, die eine von Pfuel und Bodelschwingh, die andere vom Bürgermeister ausgehend, blieben bei der herrschenden Gährung wirkungslos. Einen weiteren Versuch zur Vermittelung machten an diesem Tage die Studenten; sie schickten eine Deputation nach der Kommandantur und erboten sich, als ein bewaffnetes Corps die Ruhe aufrecht erhalten zu wollen. Allein Herr von Dittfurth empfing die akademischen Gesandten kalt, fast höhnisch, und ließ sie unverrichteter Dinge abziehen.

Gegen Abend nahmen wie alltäglich die Unruhen ihren Anfang; ein Volkshaufe mißhandelte einige Mitglieder der Schutzkommission und wich auch dann nicht vom Platz, als eine Kompagnie, von Hauptmann von Cosel geführt, am Prinzessinnenpalais aufmarschirte. Das Militär schritt diesmal sehr eilig ein; kaum war der dreimalige Trommelwirbel verhallt, so erkrachte eine Salve in die dichtgedrängte Masse, der man, wenigstens nach Berichten demokratischer Schriftsteller, überhaupt nicht Zeit zum Auseinandergehen gelassen hatte. Ein Buchhalter stürzte todt, ein Arbeiter tödtlich verletzt nieder.

In Folge dieses Ereignisses rückte um 6 Uhr Abends der größte Theil der Garnison aus den Kasernen und besetzte Straßen und Plätze; allein es kam, nachdem am Mittag die Salve ihre Wirkung gethan, zu keinem ernstlichen Widerstand mehr; der Versuch, an der Ecke der Oberwall- und Jägerstraße eine Barrikade zu errichten, wurde im Entstehen vereitelt.

Mit diesem Tage schien für Manchen die Bewegung ihren Höhepunkt erreicht zu haben; denn am folgenden Morgen, dem 17., zeigte die Hauptstadt das Bild einer nachgerade ganz ungewohnten Ruhe; nirgends die Spur von Tumulten und Exzessen, von Volksversammlungen, Adressen, Petitionen und was sonst der März bisher in Berlin gezeitigt hatte. Auch die Bürgerversammlung, die unter Wönigers Vorsitz im „Kemperhof" den Beschluß faßte, am folgenden Tage eine „Friedensmanifestation der Volkswünsche" vor dem Schlosse zu veranstalten, verlief in bester Ordnung; — überall herrschte eine fast unheimliche Stille.

Eine solche Wendung der Dinge verursachte selbstredend bei

Hofe freudige Ueberraschung; Bodelschwingh namentlich wiegte sich sofort in den kühnsten Träumen; er versicherte dem russischen Gesandten, „er könne getrost nach Petersburg schreiben: in Berlin sei die Sache abgemacht", ja er schickte sogar um fünf Uhr Nachmittags an den Regierungspräsidenten von Raumer eine Depesche wörtlich folgenden Inhalts: „An drei Abenden zog der Pöbel in Trupps durch die Straßen, die Bürgerschaft wirkte beruhigend; seit gestern ist Alles ruhig und kein Zeichen der Erneuerung vorhanden."

Der Polizeipräsident Minutoli, der in diesen Tagen eine ganz eigenthümliche Stellung zwischen Volk und Regierung sich geschaffen hatte, war anderer Ansicht. Er prophezeite Bodelschwingh, bisher habe man nur Straßenemeuten gehabt, jetzt aber werde die Revolution ihr Haupt erheben.

Im Schlosse hatte man sich inzwischen zu weiteren Concessionen entschlossen; im Laufe des 17. wurde ein Patent redigirt, gegen Mitternacht genehmigt und nach Verlesung im Ministerrath am Morgen des 18. vollzogen und zur Druckerei gegeben, welches am Schlusse die Einberufung des Landtages auf den 2. April verkündete. Vorher wird darin verlangt: die Umwandlung Deutschlands „aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat", eine „allgemeine, deutsche Wehrverfassung", ein „deutsches Bundesgericht", ein „allgemeines, deutsches Heimathrecht", ein „deutscher Zollverein"; es wird alsdann sogar Preßfreiheit „mit gleichen Garantieen gegen deren Mißbrauch" vorgeschlagen.

Zu gleicher Zeit wurde ein Preßgesetz genehmigt, dessen erster Paragraph die Censur aufhob.

Das Ministerium hatte zwar ebenso wie der Prinz von Preußen, der seine Reise nach dem Rhein noch nicht angetreten, diese Erlasse gegengezeichnet, doch hielt sich Bodelschwingh für verpflichtet, gleichzeitig um seine Entlassung einzukommen; die übrigen Minister stellten sich dem Könige zur Disposition.

Es war nicht leicht, unter den vorwaltenden Umständen einen passenden Ministerpräsidenten zu finden; nachdem die Unterhandlungen mit dem früheren Finanzminister Grafen Alvensleben sich zerschlagen, fiel, vielleicht auf Bodelschwinghs Vorschlag, die Wahl auf den Staatsminister a. D. Grafen von Arnim-Boitzenburg,

der am 18. Morgens 10 Uhr zur Audienz im Schlosse erschien. Als ein Mann der halben Maßregeln, welcher er überhaupt war, konnte er sich nicht sofort entschließen, sondern erbat und erhielt eine 24stündige Bedenkzeit. Aus diesem unnützen Zaudern ergab sich der schwerwiegende Umstand, daß die preußische Monarchie gerade in ihren gefahrvollsten Stunden am Nachmittage und in der Nacht des 18. März überhaupt kein Ministerium besaß.

Der Morgen des schicksalschweren 18. März fand Berlin in lebhafter, aber durchaus friedlicher Bewegung; der Magistrat hatte sich im köllnischen Rathhause versammelt; hier wie an anderen Punkten fanden Bürgerversammlungen zur Berathung der großen Manifestation statt, die um 2 Uhr vor dem Schlosse in Scene gesetzt werden sollte. Die Behörden, die schon in der Nacht Kenntniß von dem Plan erhalten, versuchten Alles, um die Ausführung desselben zu verhindern[1]. Schon am Morgen fand eine Konferenz zwischen Bodelschwingh und Krausnick statt; doch waren beide nicht zu energischen Maßregeln geschaffen und man beschloß sich auf „persönliche Einwirkungen zu beschränken".

Um 10 Uhr Vormittags gelangte die Tags vorher eingetroffene Kölner Deputation zur Audienz und wurde, was man nach der Sprache und dem Tone ihrer Adresse nicht hatte erwarten können, sehr gnädig empfangen. Der König, in dessen Gefolge sich auch der Oberpräsident Eichmann befand, bewilligte der Abordnung alle ihre Wünsche und versprach ihr die diesbezüglichen Bekanntmachungen, die in wenigen Stunden erscheinen würden, gleich nach Köln mitzugeben. Einen ähnlichen Bescheid erhielt nach 12 Uhr eine Abordnung der Stadtvertretung, welche durch ein Schreiben Bodelschwinghs nach dem Schlosse berufen worden war. Bald darauf, zwischen 1 und 2 Uhr, erschienen das Patent über die beschleunigte Einberufung des Landtages und das neue Preßgesetz.

Die Freude war jetzt allgemein; eine jubelnde Menschenmenge füllte die Straßen, überall rief man sich die Kunde zu — fremde Menschen umarmten sich und weinten vor Entzücken;

---

[1] Schreiben Bodelschwinghs an den Bürgermeister: „Da (nun) gerade heut, wo sich Vieles bei uns entwickeln durfte, eine solche Demonstration höchst unangenehm wäre, so halte ich es für meine Pflicht, ihr möglichst entgegenzuwirken."

man sammelte Geld für die Armen, man beschloß, am Abend die ganze Hauptstadt glänzend zu erleuchten, es schien, als sollten alle die Mißhelligkeiten und Gefahren der letzten Wochen in diesem Meer von Jubel versinken und vergehen.

Auf dem Schloßplatze hatte sich allmählich eine mächtige Menschenmenge angesammelt, die den König mit Begeisterung begrüßte, als er zweimal auf dem Balkon sich zeigte und die bei ihm befindlichen Minister Bodelschwingh und Bürgermeister Naunyn mit lauter Stimme den Inhalt des königlichen Patentes verkündeten. „Einer rief dem Andern die frohe Botschaft zu“, erzählt Rellstab, „eine Umarmung, ein Händedruck folgte dem andern. Selbst Fremde reichten sich die Hand zum warmen Druck, umarmten einander herzlich in diesem Alle verbindenden Gefühl höchsten vaterländischen Glückes. Ein Jauchzen und Jubeln schwebte über der bewegten Menge; der König erschien auf dem Balkon des Schlosses und laut begrüßte ihn ein unendlicher Freudenruf, der weithin durch die Lüfte schallte.“

In diesem Augenblicke hatte die preußische Revolution bereits begonnen — die Regierung war den ersten Schritt zurückgewichen. Hätte sich jetzt auch nicht das berühmte „Mißverständniß“ ereignet, der Aufruhr hätte sich doch unaufhaltsam verbreitet. Es ist im höchsten Maße kurzsichtig, wenn die sämmtlichen Berichterstatter der Berliner Märztage versichern, es sei nun Alles schön und gut gewesen und wäre auch ohne die beiden Schüsse so geblieben. Schon am nächsten Tage wäre gewiß das Volk mit weiteren und immer weiteren Forderungen hervorgetreten, es hätte der Regierung immer und immer wieder die Wahl zwischen weiterer Nachgiebigkeit und Kampf auferlegt, bis endlich, wie in Wien, doch die entscheidende Schlacht geschlagen werden mußte.

Hier in Berlin kam der Zufall zu Hülfe, er fügte es, daß plötzlich eine Schwadron Dragoner unter dem Rittmeister von Borstell aus dem Portal Nr. 4 hervorritt, um den Schloßplatz zu säubern und gleich darauf eine Kompagnie Grenadiere aus dem Portal Nr. 2 ausrückte. Ueber den Ursprung des Befehls zum Auseinandertreiben der Massen liegt ein kaum zu erhellendes Dunkel; sicherlich hat der König nicht den Befehl in solcher

Fassung dem neuernannten Gouverneur, General von Prittwitz, gegeben, wie die Militärpartei behauptet[1], ebenso gewiß ist aber auch der Ausfall der Truppen nicht ein selbständiges Werk der absolutistisch gesinnten Hofkreise gewesen. Am zutreffendsten erscheint immer noch die Annahme, daß Friedrich Wilhelm in seinen Gemächern irgend eine Aeußerung, „er wolle nun Ruhe haben" oder etwas Aehnliches fallen ließ und daß dieser königliche Wunsch dann, nachdem er die Fluren und Treppen des Schlosses passirt und den Schloßhof erreicht, durch das immerwährend thätige Intriguenspiel einen wesentlich anderen Ausdruck gefunden hatte.

Sei dem wie es wolle, jedenfalls erbitterte das Erscheinen der Truppen die Menge in höchstem Grade, zumal schon früher wiederholt der Ruf „Militär fort" erschollen, aber in Folge der Weigerung des Königs, in einen „unehrenhaften Rückzug" seiner Truppen zu willigen, erfolglos geblieben war. Es mag sein, daß den Dragonern der Befehl, blank zu ziehen, nicht gegeben worden ist; Thatsache aber bleibt es, daß der größte Theil von ihnen und darunter auch ihr Führer den Säbel schwangen, daß sie auch nicht im Schritt, wie vielleicht ebenfalls zuvor angeordnet, sondern im Trab gegen die Massen anritten. Unter Schreien und Lärmen wich Alles zurück, die Verwirrung und Erbitterung steigerte sich immer mehr durch das Erscheinen der Grenadiere, die Erregung war bis zu dem Punkte gediehen, wo der kleinste Vorfall die schwersten Folgen nach sich zu ziehen vermag, da plötzlich erkrachten fast gleichzeitig auf dem äußersten rechten Flügel der Grenadierlinie zwei Schüsse. Mit gellendem Geschrei stob das Volk auseinander, in wenigen Augenblicken lag der Schloßplatz einsam und verlassen da —.

3.

Der Kampf.

Die Schüsse waren gefallen — das verhängnißvolle Mißverständniß geschehen; — zwar flogen die beiden Kugeln, ohne Schaden zu verursachen, über die Köpfe der schreienden Menge

[1] Die Märztage vom militärischen Standpunkt, 33.

hinweg, um in der Ferne auf ein Dach der Königsstraße niederzufallen — — allein das Zeichen zum Ausbruch eines blutigen Straßenkampfes war gegeben.

Bei der großen Bedeutung, die somit dieses an sich so geringfügige Ereigniß gewann, ist es naheliegend, daß vielfach und mit Erbitterung beiderseits die Frage aufgeworfen wurde, wem die Schuld an demselben beizumessen sei. Während einzelne Demokraten behaupteten, es sei in der That absichtlich, vielleicht sogar auf Befehl des Königs, auf das Volk geschossen worden, spricht sich andererseits ein hochreaktionärer Historiker dahin aus, daß der Aufruhr schon vorher geplant gewesen sei und das wahrscheinlich durch Dazwischenstoßen mit den Stöcken verursachte Losgehen der Gewehre nur den willkommenen Anlaß zur Eröffnung des Kampfes geboten habe[1]. Die Unhaltbarkeit der ersteren Ansicht liegt auf der Hand; sicherlich dachte im Schlosse Niemand daran, das Volk niederzuschießen, — und wären jene Schüsse gezielt gewesen, so hätten sie in dem dichten Gedränge unmöglich fehl gehen können. Ebenso aber ist es undenkbar, daß eine geheimnißvolle „Rotte von Bösewichtern" die Volkserhebung des 18. März gemacht hat — es wird einer einzelnen, wenn auch noch so rührigen und entschlossenen Partei nie gelingen, eine wirkliche Revolution zu erzeugen, denn eine solche ist und bleibt der Ausdruck des eigentlichsten Volkswillens, ein Werk unberechenbar und unlenkbar wie das Volk selbst. Wenn also auch gewiß in Berlin Elemente sich befanden, denen der Aufstand sehr willkommen war, so konnten sie einen solchen doch nicht aus eigener Kraft hervorrufen, sondern mußten sich auf die Schürung der vorhandenen Aufregung und später auf die Leitung des Kampfes beschränken.

Es ist nunmehr mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß sich das vielberufene Ereigniß in folgender Weise abspielte: Aus dem zweiten Portale des Schlosses ließ Major von Falkenstein

---

[1] „Sofort nach diesen Schüssen war es sichtbar, wie einzelne der vorher so wild auftretenden Haufen in fast geordnet zu nennender Weise davoneilten, wahrscheinlich nach schon vorher bestimmten Sammelplätzen — — —. Schrecken bemächtigte sich der in das teuflische Komplott nicht Eingeweihten u. s. w. (Leo.) Signatura temporis. pag. 29.

die 1. Kompagnie des Franz-Regiments hervordringen, um die Massen zurückzutreiben, vielleicht auch, um dem General von Prittwitz, den er in der Mitte derselben bemerkt, Hülfe zu bringen —. Der Schützenzug der gedachten Kompagnie rückte, von Lieutenant Matern von Preuß geführt, von der Ecke der Breiten Straße gegen die Kurfürstenbrücke vor, ringsum vom Volk umgeben, gedrängt, vielleicht auch mit Stöcken bedroht, da plötzlich in dem allgemeinen Wirrwarr entluden sich 2 Gewehre des Trupps, die des Unteroffiziers Hettgen und des Grenadiers Kühn! — die Menge, bereits aufs Höchste erregt und durch das Vordringen der Dragoner an der Stechbahn gereizt, hörte die Schüsse knallen, glaubte sich angegriffen und stürzte voll Angst und Zorn auseinander, um bis in die entferntesten Stadttheile die Kunde vom Ueberfalle des Volkes durch die Soldaten zu bringen.

Es erscheint auf den ersten Blick seltsam, daß das Volk gerade durch diese beiden Schüsse in eine so außerordentliche Erbitterung und Kampfeswuth versetzt wurde, wo doch in den vorhergehenden Tagen das Militär nicht nur wiederholt von der Waffe Gebrauch gemacht, sondern auch eine ganze Anzahl Personen verwundet und getödtet hatte. Offenbar liegt die Erklärung dieses Umstandes in der Stimmung, in der sich die um das Schloß versammelten Massen befanden; der Uebergang von der Freude und Dankbarkeit, die des Königs Bewilligungen hervorgerufen, zu der grenzenlosen Enttäuschung und Angst, die der vermeintliche neue Angriff erzeugte, war ein zu schroffer und unvermittelter, als daß er nicht die höchste Erregung hätte im Gefolge haben müssen.

So nur ist es erklärlich, daß fast unmittelbar nach dem Vorfalle auf dem Schloßplatz überall Barrikaden wie mit einem Zauberschlage aus der Erde stiegen. Noch vor wenigen Wochen hätte man einen Jeden für unzurechnungsfähig gehalten, der auch nur auf die Möglichkeit eines Straßenkampfes in Berlin hingewiesen — jetzt war, wie so oft in der Weltgeschichte, das Unerwartete und Unerhörte geschehen! — das Berliner Volk, bisher an einen beinahe soldatischen Gehorsam gewöhnt, rüstete sich zu einem Kampfe, von dem es bisher höchstens einmal

kopfschüttelnd in Pariser Korrespondenzen Etwas gelesen, zu einem Kampfe gegen eine starke, entschlossene, ihrem Könige blind ergebene Truppenmacht, zu einem Kampfe, bei dem es ihm an Allem, an Erfahrung, an Führung, an Waffen und Munition, ja selbst an geeigneten Stellungen gebrach, — — breit und militärisch schnurgerade liefen die meisten Hauptstraßen Berlins, zumal in der Friedrichstadt, ineinander, so daß sie oft vom Angreifer ihrer ganzen Länge nach mit Geschütz- und Kleingewehrfeuer bestrichen werden konnten.

Aber das Alles hielt das Volk nicht ab, mit fieberhafter Hast den Barrikadenbau zu betreiben. Droschken, Omnibus- und Postwagen, Karren und sonstige Fahrzeuge aller Art, Jahrmarktsbuden, Balken und Bretter der Baugerüste, die Bohlen der Rinnsteine, das aufgerissene Straßenpflaster wurden zu Verschanzungen emporgethürmt und mit Betten, Möbeln, Mehlsäcken und Aehnlichem als Kugelfängen überdeckt, während zugleich das Läuten der Sturmglocken von überall her die Kämpfer zusammenrief.

Die ersten Barrikaden errichtete der Maschinenbauer Siegrist, der, vom Schloßplatz durch die Breite Straße stürzend, am köllnischen Rathhaus das Volk um sich schaarte; um die von ihm hier in kurzem aufgeworfenen Straßenbollwerke entspann sich später einer der blutigsten Kämpfe der blutigen Nacht. Zu gleicher Zeit leitete der Thierarzt Urban den Bau der Barrikaden in der Königstraße, wo es ebenfalls zu einem erbitterten Gefechte kam, und führte der Drechslergeselle Hesse eine große Volksmenge zum Sturm auf das Landwehrzeughaus. Und wie an diesen Orten, so ging es in fast allen anderen Straßen zu. „Alles das", schreibt ein demokratisch gesinnter Augenzeuge[1], „geschah in größter Ordnung mit derselben besonnenen Eile und Todesverachtung. Die Arbeiten geschahen durchaus gemeinsam; fast alle Stände waren dabei vertreten; alle legten Hand ans Werk und theilten brüderlich die Arbeit: der Literat und der Tagelöhner, der Student und der Proletarier, der Beamte und der Handwerker. Es gab im Augenblick nur zwei Parteien:

[1] Steinmann, Geschichte der Revolution in Preußen, S. 304.

Bürger und Soldat, Volk und Truppen. Die Frauen kochten Kaffee, zerschnitten Brote und reichten Lebensmittel nach der Straße hinaus für die Arbeiter, für die Kämpfer. In den Straßen goß man Kugeln, schmiedete man Lanzenspitzen, in den Gossen kühlte und härtete man das glühende Eisen, die Tischler fertigten die Schäfte; wo es an Kugeln gebrach, da nahm das kämpfende Volk andere Gegenstände; so wurden viele aus Werkstätten herbeigetragene Zinkstangen, Blei u. dgl. in kleine Stücke geschnitten und damit die Büchsenläufe gefüllt. Selbst der Theaterwaffenvorrath wurde aus dem Königsstädter Theater herausgeholt, und mit den Waffen Melpomene's und Thalia's trieb Mars, der Kriegsgott, sein furchtbares, blutiges Handwerk. Jeder einzelne Soldat, der sich sehen ließ, wurde entwaffnet, jede Wache gestürmt; die wohlhabenden Bürger sammelten Geld zur Anschaffung von Lebensmitteln. In Zeit von zwei Stunden strotzte Berlin von Barrikaden, wohinter sich das Volk zum verzweifeltsten Guerillakampf rüstete."

Dieser Stimmung der Bevölkerung entsprach der Kampfesmuth des Militärs. Zu dem preußischen Gehorsam, mit welchem sich die Truppen auf den Befehl ihres Kriegsherrn zur Niederwerfung des Aufstandes rüsteten, trat noch der lange genährte Haß gegen die „Bummler" oder die „Kanaille", wie sie die Insurgenten mit Vorliebe zu bezeichnen pflegten. „Die Offiziere gingen an ihren Zügen noch einmal musternd auf und ab", — erzählt ein Militär, „und aus jedem Gesicht strahlten ihnen ein Paar freudetrunkene Augen entgegen. Ja, fürwahr, es muß ein erhebendes Gefühl sein, in solchen Augenblicken preußischer Offizier zu sein. Die Helme wurden noch etwas tiefer in das Gesicht gesetzt, um vor den Steinen mehr geschützt zu sein, und dann marschirten wir mit dem stolzen Bewußtsein in der Brust, für unseren theuren Chef zu fechten, zum Schloß hinaus[1]."

Man muß sich dieses schon jetzt vorhandenen und durch den Kampf noch gesteigerten Zornes des Heeres erinnern, um die Erbitterung der Soldaten während des Straßengefechtes zu begreifen.

---

[1] Das 1. Garde-Regiment zu Fuß während der Märztage, 12.

Kampfbereit und zum Aeußersten entschlossen standen sich somit gegen 3 Uhr Nachmittags die Parteien gegenüber, aber noch war der Befehl zum Angriff nicht gegeben, noch wurde ein letzter Versuch zur Versöhnung gemacht — ein großes, an zwei Stangen befestigtes Stück Leinwand, auf dem das Wort „Ein Mißverständniß" geschrieben stand, wurde vom Schlosse bis zur Kurfürstenbrücke getragen, später zu einem Fenster des Schlosses herausgehängt, aber die Demonstration blieb ebenso wirkungslos wie zwei Plakate, die der Minister von Bodelschwingh und der Generaladjutant von Neumann verbreiten ließen. Das Volk blieb drohend auf den Barrikaden stehen, von welchen vielfach schon die schwarz-roth-goldene Fahne wehte.

Unter diesen Umständen gelang es der Militärpartei, den König zu energischem Einschreiten zu veranlassen, und dieser Erfolg wurde ihr um so leichter, als Friedrich Wilhelm sich in den Nachmittagsstunden offenbar in voller Unkenntniß über die Ausdehnung und den Charakter der Revolution befand und das Ganze für eine Art Straßenauflauf hielt. So schlug er einer Deputation der städtischen Behörden, die gleich nach Beginn des Kampfes bei ihm erschien, die Bitte, die Truppen zurückzuziehen, ab[1], — so sprach er zu dem Bischof Neander, der sich gegen Abend mit mehreren, angesehenen Bürgern zu ihm begab, die Worte: „Was wollen Sie? Es ist eine sehr einfache Geschichte. Ich saß bei ernsten und wichtigen Arbeiten, da kamen die Leute vor die Thür und störten mich. Das kann ich nicht dulden. Daß ein paar Gewehre losgegangen sind, dafür kann ich nicht, und ohne Plempe wird Keiner verwundet, und die Plempe ist nicht gezogen, ich gebe Ihnen mein Wort darauf. Uebrigens geht mich die Sache Nichts an, ich habe dem Kommandanten meine Befehle gegeben, und der Kommandant thut seine Schuldigkeit. Ich habe nur eine Bombe in die Königstraße werfen lassen und schon gehört die Straße mir; die anderen werde ich auch nehmen."

[1] Im Verlauf der Unterhaltung der Deputation mit dem Könige ereignete sich der Zwischenfall, daß einer der Abgeordneten, ein höchst loyaler Bürger, eine Aeußerung Friedrich Wilhelms über politische Wühlereien auf sich bezog und sofort vor Schrecken in Ohnmacht fiel.

Erst später Abends trat eine Aenderung in der Gesinnung des Königs ein, als der Aufstand eine unerwartete Hartnäckigkeit entfaltete, und zugleich Herr von Vincke als der Erste freimüthig seinem Fürsten die Gefahr der Lage darlegte.

Vorläufig, gegen 3 Uhr Nachmittags, war man am Hofe zum Kampfe entschlossen; der Stadtkommandant von Pfuel, der auf die Kunde von den Unruhen nach dem Schlosse geeilt war, kam eben recht, um dort zu erfahren, daß er, „da er nicht sofort zu finden war", seines Amtes entsetzt und General von Prittwitz zu seinem Nachfolger bestimmt sei.

Die Streitkräfte, die der Regierung zu dem bevorstehenden Kampfe zu Verfügung standen, schienen mehr als genügend zu sein. Sie beliefen sich inkl. der bereits eingetroffenen oder erwarteten Verstärkungen aus Potsdam, Stettin und Frankfurt a. O. auf 20 Bataillone Infanterie, 14 Eskadrons, die Garde-Artillerie-Brigade und eine Pionier-Abtheilung, oder in Zahlen auf ca. 12000 Mann Infanterie, 1800 Reiter und 96 Geschütze[1];

[1] Es standen in der Nacht vom 18./19. März in Berlin:

2 Bataillone des 1. Garde-Regimentes zu Fuß (in der Nacht des 16. März aus Potsdam gekommen)	1200	Mann,
2. Garde-Regiment zu Fuß	1800	„
1. Garde-Grenadier-Regiment Kaiser Alexander	1800	„
2. Garde-Grenadier-Regiment Kaiser Franz	1800	„
1. Bataillon Garde-Reserve-Regiment	600	„
Garde-Schützen-(Neufchateler-)Bataillon	400	„
2 Bataillone 2. Infanterie-(König-)Regimentes	900	„
8. (Leib-)Infanterie-Regiment, wovon 1. und 2. Bataillon in voller, Füsilierbataillon in theilweiser Kriegsstärke	2550	„
1 Bataillon des 12. Infanterie-Regimentes in Kriegsstärke	1000	„
1 Bataillon des 31. Infanterie-Regimentes	500	„
Summa	12550	Mann.
1 Eskadron Garde du Corps	150	Pferde.
Garde-Kürassier-Regiment, 4 Eskadronen	500	„
Garde-Dragoner	500	„
2. Garde-Ulanen-Regiment	500	„
Lehr-Eskadron	150	„
Summa	1800	Pferde.
Garde-Artillerie-Brigade	36	Geschütze.
Garde-Pionier-Abtheilung	200	Mann.

doch trafen die von außen kommenden Truppentheile meist erst von 6 Uhr Abends ab in Berlin ein.

Die Zahl der Barrikadenkämpfer ist auch nicht annähernd festzustellen, aber jedenfalls sehr bedeutend gewesen, wie schon die große Zahl der Todten auf Seite des Volkes zeigt.

Was den Operationsplan der Truppen betrifft, so war es zunächst das Nöthigste, vom Schlosse aus, wo der größte Theil des Militärs konzentrirt war, die Verbindung nach dem Gendarmenmarkt und durch die, ihrer Breite wegen nicht zu verbarrikadirende, Hauptstraße „Unter den Linden" nach dem Brandenburger Thor zu offen zu erhalten und von diesen Punkten aus gegen die Stellungen der Aufständischen vorzudringen. Ob es wirklich, falls Letzteres nicht gelingen sollte, die Absicht des Generals von Prittwitz gewesen, seine Truppen aus Berlin herauszuziehen und die Stadt zu bombardiren, wie ein militärischer Schriftsteller[1] mit aller Bestimmtheit behauptet, ist doch sehr fraglich; die Zustimmung des Königs zu einem solchen Verfahren hätte er wohl kaum gefunden.

Ehe wir nun zur Schilderung des eigentlichen Barrikadenkampfes übergehen, erscheint es, der Uebersichtlichkeit halber, zweckmäßig, über das Schicksal der einzeln in der Stadt den Angriffen des Volkes preisgegebenen Wachen, Posten und anderen kleinen Abtheilungen zu berichten.

Unangefochten blieben selbstredend die Wachen, die in den von Truppen besetzten Theilen der Stadt lagen, anderen, wie der Wache am Unterbaum, am Anhalter, Hallischen, Kottbuser und Prenzlauer Thor gelang es sich zurückzuziehen, während die Wache am Hamburger Thor vom Volke überfallen und zersprengt, die im Militärarresthaus genöthigt wurde, die Gefangenen freizulassen und Waffen und Munition abzugeben. Ebenso wurde bei einbrechender Dunkelheit die von Lieutenant

---

Diese Truppenmacht hätte noch durch Heranziehung weiterer Regimenter aus Spandau und Frankfurt a./O. erheblich verstärkt werden können. Aus Potsdam kamen am Morgen des 19. noch die Garde-Husaren und das 1. Garde-Ulanen-Regiment.

[1] Die Berliner Märztage vom militärischen Standpunkt aus geschildert, S. 36.

von Rauschenplatt mit nur zwölf Mann vertheidigte Kaserne der Lehr-Eskadron erstürmt und mit Mühe die Einäscherung des Gebäudes verhindert.

Ernsthafter als alle diese Vorfälle war der Sturm, den gegen 8 Uhr Abends ein zweitausend Mann starker Haufe, an dessen Spitze, wie erwähnt, ein gewisser Hesse stand, gegen das Zeughaus des Berliner Garde-Landwehr-Bataillons unternahm. Es waren kaum 20 Feuergewehre, über die der Commandeur, Major von Schleinitz, zu verfügen vermochte, dazu eine Handvoll Kürassiere, mit denen ihn der in der Kaserne des Garde-Kürassier-Regimentes mit etwa fünfzig Mann zurückgebliebene Lieutenant von Keffenbrinck unterstützte. Muthvoll schlug diese kleine Schaar die wiederholten Anstürme des Volkes zurück, wobei es namentlich gegen 11 Uhr Nachts zu starkem Blutvergießen kam, mußte aber gegen Morgen zusammen mit der Lehr-Eskadron der Uebermacht weichen und die Stadt verlassen. Zwei Stunden darauf drang das Volk in das verlassene Zeughaus ein, plünderte es aus und suchte es in Brand zu stecken, was indeß von den umwohnenden Bürgern vereitelt wurde.

Um die Kaserne des Alexander-Regimentes, in welcher Hauptmann von Gotsch mit 65 Mann zurückgeblieben war, entspannen sich schon im Laufe des Nachmittags Kämpfe, denen gegen Abend ein allgemeiner Sturm folgte. Von der Besatzung mit einer mörderischen Salve empfangen, wich das Volk, 4 Todte auf dem Platz lassend, zurück und gab, nachdem auch ein zweiter, gegen Mitternacht unternommener Angriff mit Verlust zurückgewiesen worden war, den Kampf auf. Am andern Tage, als schon überall der Kampf beendet war, wäre es hier beinahe zu neuem Blutvergießen gekommen. Der Thierarzt Urban nämlich überbrachte an der Spitze einer großen Volksmenge ein Schreiben des gefangenen Generals von Möllendorf, auf Grund dessen er die Herausgabe der vierzehn Gefangenen, welche die Besatzung in der Nacht gemacht, forderte. Die Antwort des Hauptmanns von Gotsch lautete dahin, daß er von einem gefangenen General keine Befehle annehme, was von Neuem große Erbitterung erzeugte; doch wurde das Volk durch das Gerücht, in der Kaserne stehe ein ganzes Bataillon verborgen, von weiteren Thätlichkeiten abgehalten.

Das erste Opfer, welches auf Seiten des Militärs der Kampf forderte, war der eine Mann des vor der Bank stehenden Doppelpostens, der Grenadier Thersen vom Kaiser-Franz-Regiment. Ein tobender Haufen von etwa 20 Mann stürzte sich, vom Schlosse kommend, auf die beiden Soldaten, man suchte ihnen die Waffen zu entreißen und in dem Ringen wurde Thersen tödtlich verwundet, während es dem andern glückte, sich, wiewohl stark verletzt, seinen Angreifern zu entziehen[1].

Der eigentliche Barrikadenkampf, der unabhängig von diesen unter sich vereinzelten Ausbrüchen der Volkswuth geführt wurde, nahm kurz nach drei Uhr seinen Anfang, erreichte, nachdem in den Abendstunden eine längere Pause eingetreten war, in der ersten Hälfte der Nacht seinen Höhepunkt, dauerte aber, wenn auch in geringerem Maße, die ganze Nacht und den Morgen des 19. März hindurch fort.

Die Angriffe der Truppen gingen vom Schlosse aus, wo die Garden konzentrirt standen, in vier Hauptrichtungen gegen die Stadt, nämlich durch die Friedrichstraße einerseits gegen das Oranienburger Thor, andererseits gegen die stark verschanzte Friedrichstadt, dann gegen den kleinen, vom Schlosse und der Spree umgrenzten Stadttheil, dessen Mittelpunkt das köllnische Rathhaus bildete, und endlich in nordöstlicher Richtung durch die Königstraße auf den Alexanderplatz. Während so die in der Stadt stehenden Truppen vom Zentrum derselben, dem königlichen Schlosse, aus vordrangen, griffen die von auswärts herbeigezogenen Regimenter Berlin von außen an und drangen

---

[1] Fast in sämmtlichen Schriften wird der Grenadier mit dem Namen Theissen bezeichnet, doch muß man wohl in diesem Falle die Schrift: „Die Berliner Märztage vom militärischen Standpunkt“ als maßgebend betrachten, die ihn wiederholt Thersen nennt. Ueber die Art seines Todes ist nichts Sicheres festgestellt worden, da auch der weitschweifige Bericht des entkommenen Grenadiers Scheita, der genug mit seiner eigenen Vertheidigung zu thun hatte, keine bestimmten Angaben darüber beibringt, ob Thersen wirklich vom Volke ermordet oder, wie Andere behaupten, durch das Losgehen seines Gewehres, das ihm ein Mann entreißen wollte, tödtlich verletzt wurde. Jedenfalls gaben beide Grenadiere ein schönes Beispiel soldatischer Pflichttreue.

durch drei Thore, das Potsdamer, Hallesche und Frankfurter Thor, in die Residenz ein.

Die erste Barrikade, um die sich ein Kampf entspann, war die an der Ecke der Oberwall- und Jägerstraße, zu welcher einige umgeworfene Wagen und das Schilderhaus am Bankgebäude das Material geliefert hatten. Mit zwei Kompagnien des 2. Garde-Regimentes stürmte Major von Herwarth dieses Bollwerk, erreichte die Bank, befreite den dort befindlichen General von Pfuel und besetzte das Gouvernementshaus. Bei diesem Zusammenstoße waren von Seiten des Volkes die ersten Opfer geblieben. In der sogenannten Zeitungshalle, welche den Eckpunkt der Verschanzung bildete, wurde der Konditor Ruprecht durch einen Schuß niedergestreckt, und im dritten Stock desselben Hauses eine Dienstmagd, die mit den Worten: „Seinem Schicksal kann man ja doch nicht entgehen“, ans Fenster trat, erschossen.

Diesem Angriffe folgte unmittelbar ein zweiter, den ebenfalls Abtheilungen des 2. Garde-Regimentes, von Ulanen unterstützt, durch die Friedrichstraße gegen das Oranienburger Thor unternahmen. Dort war bereits Blut geflossen, da das Volk die Abfahrt von Geschützen aus der Artilleriekaserne nach dem Schlosse zu hindern versucht hatte, aber durch einen Kartätschschuß auseinandergesprengt worden war. Zahlreiche Studenten waren von der Aula aus hierher geeilt, um die Maschinenarbeiter der Borsig'schen Werkstätten in den Kampf zu führen, und zu Tausenden waren diese kräftigen Männer, meist allerdings nur mit Eisenstangen und Aehnlichem bewaffnet, ihrem Rufe gefolgt. Unter solchen Umständen hielt es General von Prittwitz nicht für gerathen, weiter vorzugehen; er begnügte sich damit, das Oranienburger Thor zu besetzen und das Feuer, das man daselbst in der Landwehr-Montirungskammer angelegt, zu löschen. Dagegen konnte er es nicht hindern, daß das Volk die ausgedehnten, auf der Straße nach Oranienburg gelegenen „Wagenhäuser der Artillerie“ in Brand steckte. Fast die ganze Nacht hindurch war in ganz Berlin diese mächtige Feuersbrunst zu sehen.

Blutiger und entscheidender als diese einleitenden Kämpfe

war der nunmehr gegen 4½ Uhr erfolgende Sturm der Füsiliere des 1. Garde-Regimentes zu Fuß gegen die Königstraße, die, schwarz von Menschen und mit Barrikaden bedeckt, einem wimmelnden Ameisenhaufen glich. Die Vermittelungsversuche der Schutzkommissionen und des Polizeipräsidenten von Minutoli, der sich in voller Uniform zu den Barrikaden begab, mußten bei der Lage der Dinge fruchtlos bleiben; das Tirailleurfeuer nahm seinen Anfang, und bald darauf erkrachte der erste Kanonenschuß aus einer Haubitze, die Lieutenant von Voigts-Rheetz auf der Kurfürstenbrücke postirt hatte. Der folgende Kartätschschuß aus einem Sechspfünder zerschlug die am Straßeneingange befindliche Barrikade, erschreckt wich das Volk, auf das, wie stets bei Straßenkämpfen, das schwere Geschütz seine Wirkung nicht verfehlte, hinter die nächsten Verschanzungen und in die Häuser zurück, an die Stelle des bisherigen Tumultes trat eine fast völlige, nur durch das Klirren der durch den Geschützdonner zerbrochenen Fensterscheiben unterbrochene Stille, der Augenblick zum Angriff schien gekommen. Aber so leichten Kaufes waren die Vertheidiger der Straße nicht gewillt, sich zu ergeben. Zwar gelang es den von Major von Kessel geführten Füsilieren, die halbzertrümmerte Barrikade zu ersteigen, aber aus allen Fenstern der umliegenden Gebäude, namentlich der Rosch'schen Restauration und des dem Major a. D. Preuß gehörigen Hauses blitzten ihnen Schüsse entgegen, flogen Steine, Glasflaschen, Balken, selbst Kommoden und Tische auf die dichtgedrängten Truppen herab. Es war keine Möglichkeit, weiter vorzudringen, ehe man sich nicht in den Besitz der Eckhäuser gesetzt. Durch die eingeschlagenen Thüren drangen einzelne Abtheilungen Soldaten, die Lieutenants von Meyerinck und von Schlegell an der Spitze, in das Innere ein, wo sich ein wüthender Kampf mit den Insurgenten entspann[1].

---

[1] Ueber die Art und Weise, wie hier die Truppen und das Volk sich schlugen, besitzen wir den Bericht eines Augenzeugen (das 1. Garde-Regiment zu Fuß während der Märztage, S. 16 f.), der in der charakteristischsten Weise die Einzelheiten des blutigen Gefechtes veranschaulicht. Derselbe, angeblich Unteroffizier im 1. Garde-Regiment, zählte zu den zwölf Mann, mit denen Lieutenant von Meyerinck das Haus des Gastwirths Rosch

In dieser Weise schritt der Kampf in der Straße langsam fort. Dünne Tirailleurketten gingen zu beiden Seiten an den Häusern entlang und schossen in die Fenster, während nach-

---

gestürmt hatte. „Der erste Mann, der uns im Hausflur entgegentrat, war ein anständig gekleideter Herr mit langem Haar und Brille, er konnte dem Aussehen nach wohl ein Professor oder Schullehrer sein. Er schimpfte gewaltig, wie wir uns unterstehen könnten, bei friedlichen Bürgern in die Häuser einzubrechen; doch er hatte noch nicht ausgesprochen, so erhielt er vom Lieutenant von Meyerinck erst einen flachen und dann einen scharfen Hieb über Gesicht und Kopf, von den Füsilieren einige Kolbenstöße, so daß er zu Boden sank. Später kam er indessen wieder zu sich und wurde gleich den übrigen Arretirten nach der Schloßwache gebracht, wo er, nach Erzählungen, erst am anderen Morgen verschieden sein soll. Während dieses Vorfalls waren einige Offiziere, soviel ich mich entsinne Hauptmann von Puttkammer und Lieutenant von Studnitz, mit einigen Füsilieren der 11. Kompagnie bei uns vorbei nach der ersten Etage in die Restauration von Rosch geeilt und hatten hier die Thür bereits erbrochen, als wir dort anlangten. Beim ersten Eintritt in das Zimmer sah ich den dicken Restaurationsbesitzer mit seinem Kellner, die sich beide weiße Servietten um den Arm als Friedenszeichen gebunden hatten, indessen gewaltig schimpften, daß ihre unschuldigen Gäste todtgeschossen würden. Im zweiten Zimmer lag ein Mann unter dem Billard, der einen Schuß durch den Kopf hatte und, wie ich später (nach Aussage des Pelzhändlers Braß, der oben im Hause wohnte, und des Restaurationsbesitzers Rosch) erfuhr, der Doktor Heyne, Schwager des Bankiers Mendelssohn, aus Berlin war. (Heyne war thatsächlich aus Leipzig gebürtig. Anm. d. Verf.) In diesem Augenblick lebte er noch, verschied aber kurze Zeit darauf. In einer Ecke stand ein anderer Mann, der im Gesicht stark blutete und sofort arretirt wurde. Als wir in das dritte Zimmer traten, taumelte uns ein zerlumpter, junger Bursche entgegen. Wir untersuchten seine Hände und erkannten deutlich an dem Kalk und Schmutz, welcher an den Fingern saß, daß er ebenfalls mit Steinen geworfen hatte. Bei dieser Entdeckung schien er nüchtern zu werden, denn er machte einen Sprung von der Seite und entlief, doch ein scharfer Hieb des Lieutenant von Meyerinck über den linken Hinterkopf und ein Schlag mit dem Gewehr vom Füsilier Schröder von der 10. Kompagnie streckten ihn zu Boden. Die Wuth der Füsiliere war jetzt bis zur höchsten Höhe gestiegen, und konnten die Offiziere es nur mit großer Mühe verhindern, daß der Restaurationsbesitzer mit seinem Kellner nicht auch in das Jenseits befördert wurden. Da die meisten Rebellen sich in die hinteren Zimmer und in die oberen Stockwerke geflüchtet hatten, so überließ Lieutenant von Meyerinck den Offizieren und Füsilieren die weitere Durchsuchung dieser Etage und eilte mit uns, etwa 10 Füsilieren, in den dritten Stock. Hier war die Thüre verschlossen und,

folgende stärkere Trupps die Hausthüren einschlugen und ein Gebäude nach dem andern erstürmten. „Es war eine sonderbare Fechtart. Waren wir auf der Straße, so wurde nach uns

---

wie wir durch ein Loch bemerkten, inwendig Alles mit Betten und einer Wiege verbarrikadirt. Das Schloß war bald gesprengt, und kaum hatten wir die Thüre geöffnet, so kramte hastig ein anständig gekleideter Mann, der Pelzhändler Braß, die Betten weg und rief uns entgegen: «Ich bin unschuldig». Das war überhaupt merkwürdig, daß wir nicht Einen fanden, der schuldig war, und ich glaube, wenn uns Einer mit der Faust ins Gesicht geschlagen hätte, so hätte er doch dabei gerufen: «ich bin unschuldig!» Wir kamen durch zwei verlassene Zimmer, wo an den Fenstern noch einige Haufen Pflastersteine lagen. Als wir die Thüre des dritten Zimmers öffneten, lagen links vier oder fünf Damen und Dienstmädchen mit kleinen Kindern in den Armen auf den Knieen und baten weinend um ihr junges Leben. — Doch ein Blick rechts hinter die Thüre sollte uns schnell aus dieser Verlegenheit helfen, denn da standen etwa 8 bis 10 geflüchtete Steinpflasterwerfer, wie Häringe eingepökelt, in der Ecke. Das war ein fetter Fang. Waffen hatten nur noch zwei von ihnen. — Unsere Füsiliere fielen wüthend über diese Gesellschaft her und hieben mit den Kolben barbarisch dazwischen, bis Lieutenant von Meyerinck befahl, die Leute zu arretiren und nach dem unteren Flur zu bringen. Ob Einer von ihnen getödtet wurde, weiß ich nicht mit Bestimmtheit anzuführen, doch als ich eine Stunde später wieder in das Haus trat, lag ein zerlumpter Mensch, im Gesichte vom Blut unkenntlich, als Leiche da."

Ebenso wie hier ging es auch in dem Preuß'schen Hause zu. „Da Major Preuß sagte", erzählt uns unser Gewährsmann, „daß sich ca. 30 Mann, zum Theil bewaffnet, im Hause befänden, so wollte Lieutenant von Schlegell, welcher einige Füsiliere um sich versammelt hatte, hinein, doch trat ihm in der Thür ein betrunkener, abgerissener Mann mit einer Axt entgegen und schlug nach ihm. Da Lieutenant von Schlegell auswich, so ging der Hieb daneben, und als er die Axt zu einem zweiten Hieb in die Höhe nahm, so schoß Füsilier Herzig, 9. Kompagnie, beim Lieutenant von Schlegell von jenseit der Straße vorbei dem todesmuthigen Trunkenbold durch die Brust, daß er todt zu Boden sank. Major Preuß lief jetzt zu seiner Familie, und Lieutenant von Schlegell eilte mit der abgenommenen Axt und einer Laterne in der Hand, die er sich im Hause schnell verschaffte, begleitet von einigen Füsilieren, die Treppe hinauf nach dem Boden. Als sie hinauf kamen, hörten sie viele Menschen in der Dunkelheit laufen und den Ruf: «Schlagt den Offizier todt! Zuerst den Offizier!» Auf der letzten Stufe schlug ein zerlumpter Mann mit einem Bajonettkarabiner — der aus dem Königstädtischen Theater geraubt worden war — auf den Lieutenant von Schlegell dicht vor der Stirne an. Das Pulver blitzte von der Pfanne eines alten

geschossen, mit Steinen, Balken, Flaschen u. s. w. geworfen, und endlich noch mit siedendem Oel und Vitriol gegossen; zum Glück warfen sie den Unrath immer zu früh."

Es würde zu weit führen, alle die Kämpfe zu schildern, die sich weiterhin um den Besitz der Straße entspannen. Gegen ½6 Uhr war die halbe Königstraße von den Truppen genommen und erst bei hereinbrechender Dunkelheit, um ½8 Uhr Abends, gelangten die ersten Füsiliere zu der durch Mehlsäcke stark verschanzten Königsbrücke; dieselbe wurde noch mit Unterstützung der Alexander-Grenadiere genommen, doch kam der Kampf hier zum Stehen. Die Barrikadenkämpfer, deren Zahl 500, darunter 100 Büchsenschützen, betragen haben soll, ließen in der Königstraße 30 Leichen zurück, etwa 80 Mann von ihnen waren gefangen. Die Verluste des Militärs waren verhältnißmäßig gering.

Feuerschlosses, und der Allmächtige wollte es, daß der Schuß nicht losging, doch in demselben Augenblick schoß auch schon der Füsilier Bredow, 9. Kompagnie, den Menschen todt. Nun traten sie gänzlich hinauf, wo die Aufständischen einen Bretterverschlag entzwei gerissen hatten und durch diesen in einen anderen Boden entkommen waren. Schnell eilten ihnen die Füsiliere nach, indem sie mit der Axt sich Bahn brachen, wo die Schlupflöcher zu klein waren. In einem anderen Verschlag fanden sie mehrere Säbel, schlechte Feuergewehre, Patronen, Haufen Steine und auch eine Leiche unter einer Dachluke, die einen Schuß durch den Kopf hatte, also offenbar durch einen Schuß von der Straße hinauf getödtet worden war. Plötzlich sprang ein anständig gekleideter bärtiger Mann mit einem Säbel in der Hand hinter einem Schornstein vor, trat indessen gleich zurück, als er die fertig gemachten Gewehre sah: «Um Gottes Willen, Sie werden mir doch Nichts thun, Herr Lieutenant, ich habe Frau und Kinder zu Hause und bin ein Badenscher Kaufmann», war sein kläglicher Ausruf. «Um so mehr sollten Sie sich schämen», entgegnete der Lieutenant von Schlegell, «wenn Sie ein Ausländer sind, aber diesmal will ich Ihnen das Leben retten.» Lieutenant von Schlegell drehte sich zu seinen Leuten um und schlug ihnen die Gewehre in die Höhe, da sie noch immer fertig gemacht hatten. Sobald dies der Badenser sah, hieb er heimtückisch nach seinem Lebensretter, schlug aber dicht am Kopf vorbei und traf den Unteroffizier Müller, 9. Kompagnie, in die Lippen. Dieser sowie der Füsilier Lausberg drückten ihre Gewehre sofort ab und der Badenser lag todt zu ihren Füßen. Hinter einer ausgehobenen Thür fanden sie endlich einen Menschen im Verscheiden, der wahrscheinlich durch einen Kopfschuß von der Straße aus verwundet war, so daß es in diesem Hause fünf Leichen gab. Die übrigen dort befindlichen Leute wurden arretirt, und auf Befehl des Lieutenants von Schlegell am Leben gelassen."

Während in der geschilderten Weise das Bataillon des 1. Garde-Regimentes unter Leitung des Generals von Möllendorf die Königstraße eroberte, drangen links von ihm Abtheilungen des Regimentes Alexander unter Major von Schildt vor, besetzten die Spandauer- und die Klosterstraße, wo die Barrikaden durch eine Sechspfünderbatterie zerstört wurden, und der Premierlieutenant von Wulffen den Tod fand, und stellten sich auf dem Breiten Platz auf. Später gelangten auch die Herkules- sowie die neue Friedrichsbrücke nebst dem Monbijouplatz in den Besitz des Militärs, das nunmehr das weitere Vordringen aufgab und sich in den eroberten Stellungen festsetzte. Doch dauerte, namentlich an der Königsbrücke, das Gefecht ununterbrochen fort. Die Insurgenten hatten die sämmtlichen, auf den Alexanderplatz mündenden Straßen verbarrikadirt und feuerten über den Platz hinweg nach der Verschanzung auf der Königsbrücke, hinter der das Militär stand. General von Möllendorf, dessen Pferd schon früher verwundet worden war, erhielt hierbei einen leichten Schrotschuß.

Gegen Mitternacht flammte in dieser Gegend das Gefecht noch einmal heftig auf. Das 8. (Leib-) Regiment erstürmte das Frankfurter Thor, schlug sich unter fortwährendem Schnellfeuer durch die Frankfurterstraße bis zum Alexanderplatz durch und vereinigte sich unter großem Jubel mit den an der Königsbrücke stehenden Truppen. Nach diesem Zwischenfalle wurde es stiller; die kämpfenden Theile standen sich den Rest der Nacht hindurch auf kaum 180 Schritt, die Breite des Alexanderplatzes, gegenüber, in dessen Mitte der Brand einer vom Volk angezündeten Holzbude Tageshelle verbreitete und vor Ueberraschungen schützte.

In dem westlichen Stadttheile waren inzwischen die Truppen, die, wie erwähnt, bereits die Barrikaden in der Oberwallstraße genommen hatten, bis zum Hausvoigteiplatz gelangt, besetzten im Laufe der Nacht die Jungfern- und Gertraudenbrücke sowie den Spittelmarkt und nahmen die Barrikade in der Kurstraße, wobei sich namentlich am Gasthof „Zum rothen Adler" ein heftiger Kampf entspann[1].

[1] Bei diesen Kämpfen sollen, wie Scherr I, 380 berichtet, die Gefangenen in einem Eckhause des Spittelmarkts auf ausdrücklichen Befehl des Hauptmanns von Pannewitz vom 2. Garde-Regiment niedergeschossen worden sein.

Zugleich mit diesem Vorstoße begann auch der Angriff gegen die Friedrichstadt, die, obgleich mit ihren schnurgraden, breiten, sich rechtwinklig schneidenden Straßen in keiner Weise zum Barrikadenkampf geeignet, dennoch vom Volke überall verschanzt und mit äußerster Hartnäckigkeit vertheidigt wurde. Es war das 2. (Königs=) Regiment, das vom Brandenburger Thor aus durch die Wilhelm= und Friedrichstraße vordrang. Die Barrikaden an dem Kreuzungspunkt der letztgenannten mit der Französischen und Jägerstraße wurden verhältnißmäßig rasch genommen; um die folgende Verschanzung an der Taubenstraßenecke aber entspann sich ein hartnäckiges Gefecht. Die Barrikade war geschickt aus einem mit Oelfässern beladenen Wagen hergestellt und von guten Schützen besetzt, so daß erst nach mehrfachen Versuchen und unter großen Verlusten die Truppen über das Hinderniß hinwegzusteigen vermochten. Hier fiel Lieutenant von Zastrow vom 2. Garde=Ulanen=Regiment, gegen vierzig Insurgenten wurden gefangen genommen.

Unmittelbar hinter dieser Barrikade erhob sich wiederum — an der Ecke der Mohrenstraße — ein neues Bollwerk, das lange Zeit den Angriffen des Militärs trotzte. Zweimal hintereinander stürmte die Infanterie dagegen an, beidemal wurde sie mit Verlust zurückgeschlagen. Erst als das sechspfündige Geschütz, welches die Barrikade beschoß, ganz dicht, bis an die Ecke der Jägerstraße, heranfuhr, und von hier aus eine Reihe Kartätschlagen abgab, gelang es endlich, sich in den Besitz der Straßenecke zu setzen. Es war eine Sisyphus=Arbeit für die Truppen; kaum hatten sie die Barrikade erstiegen, so sahen sie sich schon wieder einer neuen Verschanzung — an der Kronenstraßenecke — gegenüber, deren Vertheidiger zum Aeußersten entschlossen schienen; die Truppen hatten bereits stark gelitten, der Commandeur des 2. Regimentes, Graf von der Schulenburg, und vier Offiziere waren verwundet, die drei Kompagnien, welche hier in vorderster Linie fochten, zählten allein 2 Mann todt, und 31 kampfunfähig; es war klar, daß die Kräfte zu weiterem Vordringen nicht reichten. General von Tümpling, der hier den Oberbefehl führte, ließ daher die kämpfenden Abtheilungen größtentheils bis zur Französischen Straße zurück=

gehen, ein Schritt, der natürlich bei den Barrikadenkämpfern den größten Jubel hervorrief, ja selbst zu dem Gerücht Anlaß gab, die Truppen weigerten sich, weiter gegen das Volk zu kämpfen.

Das 2. Regiment blieb nicht lange ohne Verstärkung; bald drang zunächst das Füsilierbataillon des 31. Regimentes vom Potsdamer Thor aus in die Friedrichstadt ein, wagte aber, da die Mauerstraße stark verschanzt war und man das drohende Geschrei der Volksmenge hörte, nicht weiter als bis zur Wilhelmstraße vorzugehen. Energischer als diese Abtheilung verfuhr das 1. Bataillon des 12. Infanterieregimentes, das, durch das Hallesche Thor in die Stadt gelangt, von General von Thümen durch die Wilhelmstraße zum Angriff gegen den Raum zwischen Mauer- und Friedrichstraße geführt wurde. Nach heißem Kampfe, der sich hauptsächlich um den „Rheinischen Hof" drehte, blieb das Bataillon hier Sieger; aber es zählte 53 Mann an Kampfunfähigen, der Regimentscommandeur, Oberst von Sommerfeld, und der Oberstlieutenant Graf von Finckenstein waren verwundet. Hiermit war fürs Erste in der Friedrichstadt die Kraft des Angriffs erschöpft, und wenn auch das Gefecht unaufhörlich weiter ging, so erfolgte doch erst in den späteren Nachtstunden ein neuer, energischer Vorstoß.

Noch war bisher eine der Hauptstellungen des Volkes, vielleicht die stärkste von allen, überhaupt nicht in Angriff genommen, — die 8 Fuß hohe, aus dicken Holzmassen zusammengehäufte Barrikade nämlich, welche schon am Nachmittage der Maschinenbauer Siegrist am köllnischen Rathhause errichtet. An diese Hauptverschanzung, welche die Breite Straße sperrte, reihten sich in allen Nebengassen ähnliche Bollwerke, das Rathhaus selbst und das Gebäude des Konditors d'Heureuse waren zur Vertheidigung eingerichtet.

Es war bereits 9 Uhr Abends geworden, als das 1. Bataillon des Regimentes Franz den Befehl erhielt, das köllnische Rathhaus zu nehmen, und nach kurzer Beschießung durch Artillerie zum Sturme vorrückte. Es fand einen unerwarteten Widerstand des Volkes, das, obwohl vom Geschützfeuer bereits hart mitgenommen, — eine einzige Salve hatte 4 Mann getödtet und mehrere verwundet — dennoch mit ungeschwächter Kampfeslust

aus allen Fenstern feuerte und die anrückenden Truppen mit Steinen und heißem Wasser empfing. Dazu erschwerte ein großes, vor der Barrikade angezündetes Feuer die Bewegungen beider Theile, und die Schanze selbst war, ihrer Höhe wegen, schwer zu ersteigen.

Die Grenadiere gingen zurück; ein neues Bombardement folgte; nicht weniger als 21 Granaten flogen — oder rollten vielmehr, da man absichtlich mit schwachen Ladungen feuerte — aus zwei siebenpfündigen Haubitzen gegen die Barrikade, dann folgte, von drei Kompagnien unternommen, der zweite Sturm — doch mit demselben Ausgang wie der erste.

Aufs Höchste erbittert durch diese Mißerfolge, die dadurch noch besonders empfindlich wurden, daß sie im Angesicht des Schlosses geschahen, befahl General von Prittwitz der 5. Kompagnie des 1. Garde-Regimentes unter Hauptmann von Bojanowsky die Scharte auszuwetzen. Den Potsdamern glückte, was die Grenadiere vom Regiment Franz bisher vergebens versucht, die Barrikade wurde erstiegen und alsbald begann auch wieder das gewohnte mörderische Einzelgefecht in den anstoßenden Häusern. „Die Grenadiere", erzählt Unteroffizier Wissemann dieser Kompagnie, „waren alle ohne Ausnahme in der heftigsten Aufregung; der Anblick der verwundet bei ihnen vorbeigeführten Kameraden, das Feuer von Seiten der Aufständischen, die Nachricht, daß Dieser oder Jener bei dem Sturme erschossen worden sei, namentlich aber der unaufhörliche Hohn und die Beschimpfungen, welche die Soldaten an diesem Tage schweigend hatten erdulden müssen, Alles das hatte sie in eine solche Stimmung versetzt, daß man sich wundern muß, wie nicht Alles massakrirt wurde, was ihnen in die Hände fiel."

Kaum war die Verschanzung selbst gestürmt und alle die von den Insurgenten zur Hemmung der Passage hergerichteten Gräben, Drahthindernisse u. s. w. überstiegen, als sich die Soldaten, Grenadiere vom Franz- und 1. Garde-Regiment bunt durcheinander, auf das köllnische Rathhaus stürzten, von welchem aus die Aufständischen noch ein lebhaftes Feuer unterhielten. Mit einer Spitzhacke wurde die Thüre eingeschlagen; als erster drang Lieutenant von Kleist in das Gebäude und stieß einen

Aufrührer, der sich allein den einbrechenden Truppen entgegenwarf, am Eingang nieder.

Wie es im Innern des Hauses nun zuging, davon giebt der Bericht des daselbst wohnenden Direktors des köllnischen Gymnasiums, eines als durchaus loyal und ehrenhaft bekannten Herrn August, ein anschauliches Bild[1]. Mit dem Direktor August zusammen wurden dessen beide Neffen verhaftet. Der Eine wurde noch in der Nacht, nachdem er einen Bajonettstich erhalten, wieder in Freiheit gesetzt, der andere dagegen, der stud. jur. von Holtzendorff bereits als Gefangener in der Roßstraße von einem der ihn eskortirenden Gardisten niedergeschossen.

Aehnliche Scenen wie in dieser Wohnung spielten sich in dem ganzen Gebäude ab; in den oberen Stockwerken machte man gegen 30 Barrikadenkämpfer zu Gefangenen, darunter 6 Juden, die sich zusammen in einem Bodenzimmer verkrochen hatten. Im Rathskeller wurde ein Offizier, als man bereits die Festgenommenen wegführte, durch einen Schuß schwer verletzt.

---

[1] Es war gegen Mitternacht, als eine Abtheilung Potsdamer Grenadiere, einige Offiziere an der Spitze, in seine Dienstwohnung eindrang. „Ich ergriff schnell das Klingelschild meiner Eingangsthüre, rief den Offizieren zu, daß hier eine Privatwohnung mitten im Rathhause sei, nannte mich, versicherte mit Verpfändung meines Lebens, dies sei die einzige Thüre meiner Wohnung. Man möge sie besetzen; ich würde meine Familie rekognosziren, dann könne man verhaften, aus meinen Fenstern sei nicht geschossen. Verwundete zu pflegen, sei Christenpflicht. Meine Worte wirkten nicht; es zeigte sich hier die grausame Wirkung der Maßregel, fremde Regimenter zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach Berlin berufen zu haben. Offiziere hiesiger Garnison hätten mich leichter erkannt oder hätten die Wahrheit meiner Worte schneller begriffen. Hier trat Unkunde zur Wuth, die an sich schon blind war. Ich fühlte den Degen eines Offiziers in meinem Gesicht und sah mein Blut herabrieseln. An Ausrufen der Verwünschung ließen es die Herren auch nicht fehlen. Kolbenstöße, Bajonettstiche, Schüsse bedrohten mein Leben. Ich riß mir die Kriegsmedaille ab und rief den Wüthenden entgegen, daß ich für das Vaterland und den König gefochten, noch ehe sie lebten, daß ich Kriegssitte kenne, daß ihre Grausamkeit und Mordlust ein Schandfleck für das preußische Heer sei. Durch diese meine Rede entging ich dem Tode, aber nicht den Mißhandlungen. — Ich wurde mit allen Verhafteten fortgeschleppt, erhielt auf der Treppe viele Kolbenstöße, zuletzt noch an der Ecke der Scharrenstraße von einem Tambour Schläge auf den Kopf mit dem Trommelstock, ohne daß ihn der Offizier davon zurückhielt."

Zugleich mit dem köllnischen Rathhause wurde auch das Haus des Konditors d'Heureuse genommen[1] und die Insurgenten auch hier zurückgeworfen.

Der Vertheidiger dieser Barrikaden, Siegrist, hatte sich mit einer Schaar Genossen in das nahegelegene „Europäische Kaffeehaus" zurückgezogen, das er die ganze Nacht vertheidigte und erst am folgenden Morgen, nach Einstellung der Feindseligkeiten, mit den Waffen in der Hand verließ.

Die Erstürmung des köllnischen Rathhauses ist unzweifelhaft die blutigste Episode des ganzen Straßenkampfes gewesen. Die Aufständischen ließen 70 Mann an Todten und Gefangenen zurück, von den 4 ins Feuer gekommenen Infanteriekompagnien (3 vom Regiment Franz, 1 vom 1. Garde-Regiment) waren 2 Offiziere und 71 Mann kampfunfähig.

Nach Mitternacht war hier der Kampf beendet, aber nur, um an einer anderen Stelle, in der Friedrichstadt, von Neuem loszubrechen. Dort waren, wie erinnerlich, die Truppen in der ersten Hälfte der Nacht bis zur Kronenstraße vorgedrungen,

[1] „Während diese Vorfälle in den oberen Räumen des Rathhauses stattfanden", sagt ein Bericht, „war Unteroffizier Hübsch (des 1. Garde-Regimentes) mit mehreren Grenadieren in den sogenannten Rathskeller eingedrungen. Er ließ sogleich die Fenster ausheben und von hier aus auf die flüchtig vorübereilenden, bewaffneten Aufständischen schießen. Damit beschäftigt, sah Unteroffizier Hübsch, daß aus dem gegenüberliegenden Hause, in welchem sich die Konditorei von d'Heureuse befindet, aus dem 3. und 4. Stock in die Breite Straße hinein geschossen und auf unten vorübereilende Soldaten mit Steinen geworfen wurde. Sofort eilte er mit den Grenadieren hinüber und schlug die Thür ein und suchte nach den Thätern. In der unteren Etage war kein Mensch, in der ersten Etage nur zwei Damen, welche flehentlich um ihr Leben baten, was ihnen kein Mensch nehmen wollte, dabei aber hoch und theuer versicherten, daß in dem ganzen Hause kein Mensch weiter sei. Unteroffizier Hübsch hatte aber gesehen, daß Schüsse aus den Fenstern des Hauses gefallen waren und ließ sich daher von den Betheuerungen des schönen Geschlechtes nicht irre machen. Da ergab denn die weitere Untersuchung auch richtig noch 15 Kerle, von denen mehrere sogar noch bewaffnet waren. Einer von ihnen versicherte, daß er Familienvater und nur durch Zufall in dies Haus gekommen sei, auch gar keinen Antheil am Kampf genommen habe. Wie er aber visitirt wurde, hatte der unschuldige Familienvater 2 Pistolen in der Tasche. Daß alle arretirt und nach dem Schloß geschickt wurden, versteht sich von selbst."

dann aber wieder zurückgezogen worden. Jetzt gingen Füsilierabtheilungen des 2. Garde-Regimentes von Neuem vor, erstürmten zum zweiten Male die Verschanzungen an der Ecke der Tauben- und Mohrenstraße, hinter denen sich das Volk abermals festgesetzt, und nahmen nach heißem Kampfe die Kronenstraßenbarrikade. Auch hier mußten sämmtliche umliegende Häuser, namentlich das Eckhaus Friedrichstraße 190, einzeln genommen werden.

An diesen Erfolg schloß sich ein allgemeiner, zwischen 2 und 3 Uhr Nachts unternommener Vorstoß gegen die Leipzigerstraße an. Ueber dieselbe hinaus drangen die Füsiliere des 2. Garde-Regimentes bis zur Schützenstraße vor, während ein Bataillon des Regimentes Alexander von der Charlotten- und Markgrafen- in die Leipzigerstraße einrückte und hier am „Hotel de France" noch ein heftiges Gefecht bestand. Zugleich stürmten andere Abtheilungen des 2. Garde-Regimentes vom Hausvoigteiplatz aus die Barrikaden, welche sich an den Ecken der Jerusalemer- mit der Mohren- und Kronenstraße und am Gasthof „Zur Stadt London" befanden.

Damit kam hier, gegen Morgengrauen, der Kampf zum Stehen. Die Truppen hatten die Friedrichstadt von den Linden bis zur Leipzigerstraße, die Aufständischen den südlichen Theil bis zum Halleschen Thor in ihrem Besitze.

Ueberall ließ jetzt die Heftigkeit des Gefechtes nach; um zwei Uhr Morgens bereits waren die sämmtlichen Generale, die an der Spitze der verschiedenen Truppentheile standen, in das Schloß beordert und dort von General von Prittwitz benachrichtigt worden, daß ein weiteres Vordringen des Militärs nicht in der Absicht des Königs liege. So blieben von nun an die Truppen auf den Punkten stehen, wo sie sich befanden, und es trat, da auch die Insurgenten keine weiteren Angriffe unternahmen, bei Tagesanbruch fast völlige Ruhe ein.

Nur an einem Punkte wurde auch jetzt noch das Gefecht unverdrossen fortgesetzt, am Alexanderplatz und der Königsbrücke. Das Volk war hier in keiner Weise entmuthigt, sondern forderte vielmehr, sobald es hell wurde, die Truppen durch Schießen und Schreien zum Kampfe heraus und begann von Neuem Sturm

zu läuten. Auf der Barrikade an der Einmündung der neuen Königstraße in den Alexanderplatz waren drei dem Schützenhaus entnommene Böller aufgepflanzt, die, mit Stücken von Eisenstangen, gehacktem Blei und Kartätschkugeln gefüllt, auf die Soldaten abgebrannt wurden. Auch die Scharfschützen waren in eifriger Thätigkeit. Zwar schossen viele von ihnen, in Ermangelung anderer Munition, mit sog. „Murmeln", dem bekannten Kinderspielzeug, doch glückte ihnen auch ab und zu ein scharfer Schuß und eines ihrer Geschosse streckte Lieutenant Tüpke vom 35. Infanterie-Regiment tödtlich verwundet zu Boden[1].

Es war gegen zehn Uhr Vormittags, als auch hier die Proklamation „An meine lieben Berliner" und der Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten bekannt wurde. Während sofort das Feuer schwieg und eine freudig erregte Menschenmenge den Alexanderplatz füllte, über den eben noch die Kugeln hinweggepfiffen, hörte man von der nahegelegenen Kaserne des Alexander-Regimentes, die, wie erwähnt, Hauptmann von Gotsch vertheidigte, immer noch einzelne Schüsse fallen. Auf Bitten einer vom Schlosse eingetroffenen, mit weißen Binden um den Arm versehenen Bürgerdeputation entschloß sich nun General von Möllendorf, nur in Begleitung eines Unteroffiziers Müller, persönlich vor der Kaserne die Waffenruhe zu vermitteln. Bereitwillig machte ihm die Barrikadenmannschaft, Urban an der Spitze, Platz, aber plötzlich scheint der Kampfeszorn oder wahrscheinlicher noch die Angst vor Verrath in der Menge wieder erwacht zu sein. Ein junger Mensch entriß dem General den Degen, von allen Seiten drängte man sich um ihn und erklärte ihn als Gefangenen des Volkes, als Geißel für die festgenommenen Barrikadenkämpfer. Seine Einwände waren fruchtlos, doch gelang es einer Anzahl besonnener Bürger, ihn vor Insulten zu schützen und erst in ein Privathaus, dann nach der Schützengilde in Sicherheit zu bringen. Der Unteroffizier Müller flüchtete sich mit Verlust seines Säbels und Helms zu den Truppen zurück.

In der Gefangenschaft wurde dann der General genöthigt,

---

[1] Lieutenant Tüpke war als Lehrer zum Kadettencorps kommandirt und hatte sich, als dieses nach Potsdam geschickt wurde, dem Major von Kessel zur Verfügung gestellt.

einen Befehl zur Einstellung des Feuers zu erlassen, den der Thierarzt Urban, wie berichtet, nach der Alexanderkaserne, wie auch zu den Truppen an der Königsbrücke trug, ohne jedoch einen sonderlichen Erfolg damit zu erzielen.

Man hat vielfach diese ganze Episode als einen Beweis der besonderen Rohheit und Zügellosigkeit des Volkes betrachtet. Die Festnahme des Generals war gewiß nicht gerechtfertigt, so leicht sie sich auch durch die allgemeine Verwirrung und Aufregung, die Angst um das Schicksal der gefangenen Volkskämpfer erklären läßt; was aber die Behandlung Möllendorfs wie der wenigen übrigen, vom Volke gemachten Gefangenen betrifft, so ist dieselbe eine verhältnißmäßig schonende gewesen. Jedenfalls verfuhr das Militär mit seinen Gefangenen weit rücksichtsloser[1], wie dies eben in der Lage der Dinge begründet war.

Vergegenwärtigen wir uns jetzt, am Ende der militärischen Darstellung angelangt, den Charakter des Straßenkampfes vom 18. März, so ist das Eine zunächst klar, daß es sich hier nicht um eine Emeute, wie später der beliebte Ausdruck lautete, nicht um einen von einer Verschwörergruppe in Szene gesetzten Putsch handelte, sondern um eine wirkliche, vom Berliner Volke unternommene Revolution. Auch die Studentenschaft, obwohl überall am Kampfe betheiligt, spielte bei weitem nicht die leitende und führende Rolle wie etwa in Wien oder in München. Es war die eigentliche Berliner Bevölkerung, welche den Aufstand durchführte. Das Volk schlug sich mit unleugbarer Tapferkeit; die

---

[1] „Viele der Gefangenen wollten sich nicht arretiren lassen", erzählt jener Gewährsmann des 1. Garde-Regimentes, dem wir so viele interessante Einzelheiten verdanken, „und warfen sich zur Erde nieder. Alle Prügel und Kolbenstöße halfen Nichts, bis unsere Füsiliere ein vortreffliches, anzuempfehlendes Mittel erfanden. Es faßten nämlich zwei an den Füßen an und zogen den Arrestanten hinter sich auf dem Steinpflaster her. Nicht 20 Schritt waren sie in dieser Weise gelaufen, so sprangen die Gefangenen immer blitzschnell auf (?) und versprachen gutwillig zu gehen. Die Polen und Franzosen erkannten wir gewöhnlich daran, daß sie bei den entsetzlichsten Prügeln doch keinen Laut von sich gaben, um sich nicht durch die fremde Sprache zu verrathen, da sie sehr wohl wußten, daß es ihnen dann noch weit schlimmer gehen würde."

Behauptung, die Barrikaden seien feige vertheidigt worden[1], ist völlig unhaltbar. Eine einheitliche Leitung des Barrikadenkampfes war nach der Lage der Dinge nicht vorhanden, wenn auch hie und da die Ereignisse um gewisse Persönlichkeiten, einen Siegrist, Urban, Hesse sich gruppiren. Im Allgemeinen schlug sich jeder Stadttheil und jede Straße für sich, ohne auf fremde Hülfe zu rechnen. Was das Verhalten des Militärs betrifft, so muß man sich vor Allem dessen außerordentlich schwierige Situation vergegenwärtigen. Seit 33 Jahren des Krieges ungewohnt, sahen sich die Truppen jetzt plötzlich einer der schwersten Aufgaben, einem nächtlichen Barrikadenkampfe, gegenüber, und das in einer Stadt, die einem Theile der Regimenter, der gesammten Linien-Infanterie, völlig fremd war. Außerdem aber war ein solcher Straßenkampf etwas in den Annalen der preußischen Armee ganz Neues, ganz Unerhörtes und Ungewohntes; die einzelnen kämpfenden Abtheilungen mußten daher nach eigenem Ermessen ihre Aufgabe lösen und lösten sie auch; was an Erfahrung abging — die Barrikaden wurden z. B. stets in der Front angegriffen, statt daß man nach dem Beispiel der Franzosen durch die Häuser vordrang — das ersetzte reichlich die straffe Disciplin und der Eifer der Truppen.

Die Erbitterung, welche das Militär in der Nacht des 18. März an den Tag legte, erklärt sich leicht durch zwei Umstände, durch das Beispiel der Offiziere und durch den Charakter eines solchen Kampfes überhaupt. Daß die Offiziere das Ihrige thaten, um eine Revolution, die nicht nur im vollsten Gegensatze zu ihrer ganzen Denkweise stand, sondern auch eine Gefährdung ihrer materiellen Existenz für sie bedeutete, mit allen Mitteln und schonungslos zu unterdrücken, ist wohl begreiflich; und für den gemeinen Mann trat zu diesem Vorbilde seines Führers und dem schon vorhandenen Zorne noch die keineswegs beneidenswerthe Lage eines Soldaten im Straßenkampf. Eine jede Truppe, und sei sie noch so gut disciplinirt, wird wüthend werden, wenn sie nicht nur vor sich den Feind sieht, sondern zugleich von oben, von rechts und links, womöglich noch im Rücken

[1] Signatura temporis, pag. 30.

von unsichtbaren Gegnern bekämpft wird, und ihre Widersacher nicht nur mit „ehrlichen“ Waffen, mit Pulver und Blei, sondern mit Mitteln jeder Art, mit Steinen und Balken, mit kochendem Wasser und siedendem Oel, mit Vitriol und Schwefelsäure, ihre Vernichtung erstreben. Kein Wunder, daß die Soldaten auch ihrerseits, wo sie konnten, blutige Vergeltung übten.

Aus dem Wesen des Straßengefechtes erklärt sich auch, wenigstens zum Theil, die vielfach gegen das Militär erhobene Anklage, daß es auch an Unschuldigen sich vergriffen habe. Dem Barrikadenkämpfer ist sein Feind durch die Uniform deutlich erkennbar und ein Mißverständniß gänzlich ausgeschlossen, der Soldat dagegen vermag unmöglich einem beliebigen Mann anzusehen, ob er eben noch auf ihn geschossen oder nicht, und ist nur zu leicht in der Erregung des Kampfes geneigt, einen jeden Civilisten als seinen Feind zu betrachten.

Was die Führung anlangt, so wirkte es schon von vornherein nachtheilig, daß der Höchstkommandirende, General von Prittwitz, erst kurz vor dem Kampfe zu dieser Stelle berufen wurde und kaum mehr Zeit hatte, auch nur das Nöthigste mit seinen Unterführern zu besprechen. Meist handelten die letzteren nach eigenem Ermessen —, es blieb ihnen oft keine andere Wahl, da die Verbindung der kämpfenden Truppen untereinander sehr schwierig zu bewerkstelligen war. Die meisten Straßen waren unpassirbar, und wo auch etwa ein Durchgang offen war, wäre jede durchmarschirende Patrouille sicher vom Volke überfallen worden. Zur Ueberbringung der Befehle, Rapporte rc. wurden daher fast ausschließlich Unteroffiziere in Civil, zu wichtigeren Aufträgen auch Offiziere in gleicher Tracht verwandt. Namentlich entfaltete ein Herr von Loos, früher Gardeoffizier, hierin eine große Thätigkeit.

Nachtheiliger als Alles dies aber wirkte die Unsicherheit, welche an höchster Stelle in Bezug auf die Truppenbefehle herrschte. Wie jeder andere Kampf, so verlangt auch ein Straßengefecht eine kalte, besonnene Leitung und eine ruhig abgewogene und geregelte Vertheilung der Kräfte. Eine solche Ruhe aber war bei den gegeneinander kämpfenden Strömungen im Schlosse keineswegs zu finden, eine jede der einflußreichen Persönlichkeiten des

Hofes glaubte in dieser Nacht auf eigene Faust Politik treiben zu müssen, und demzufolge wechselte die Stimmung unaufhörlich. Die fechtenden Truppen erhielten mehrfach Ordres von zwei und drei verschiedenen Seiten, darunter oft Befehle, die sich direkt widersprachen[1].

Diese Unordnung prägt sich in den Bewegungen der einzelnen Truppentheile auf das Deutlichste aus, in denen ein bestimmter Plan kaum zu erkennen ist. Die unruhigen, vom Schlosse aus zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Richtungen unternommenen Vorstöße waren ohne Zusammenhang untereinander, errungene Vortheile wurden mehrfach nicht benutzt, schon genommene Positionen, wie an der Mohren- und Taubenstraße, wieder geräumt, andere, wie die am köllnischen Rathhaus, mit zu schwachen Kräften angegriffen. Wichtige Gebäude, wie das Landwehrzeughaus, waren fast ohne Besatzung, während sich an andern Punkten die Truppen geradezu gegenseitig beengten. Dazu kam, daß es den fremden Regimentern schwer fiel, sich überhaupt in Berlin zurechtzufinden, wodurch sich z. B. allein die seltsamen Bewegungen des 31. Regimentes erklären lassen.

Faßt man alle diese Schwierigkeiten ins Auge, so ist es klar, daß auch das Militär seine Pflicht trotz alledem im vollsten Maße that. Zahlreiche Offiziere zeichneten sich durch persönliche Tapferkeit aus, wie denn auch ihr Verlust unverhältnißmäßig größer als der der Mannschaft war und vier Regimenter ihre Commandeure einbüßten.

Während auf den Straßen der Kampf tobte, herrschte auch im Königsschlosse die größte Aufregung und Verwirrung. „Im Portal“, erzählt ein Augenzeuge[2], „sah man unordentlich hin

[1] Der (der Militärpartei angehörige) Verfasser der Schrift: „Die Berliner Märztage vom militärischen Standpunkt“ betont ausdrücklich (S. 70), „wie schwer es dem Oberkommando wurde, alle Einwirkungen zu beseitigen, welche der beste, aber nicht immer der erleuchtetste Wille von allen Seiten hervorrief; Einwirkungen, die theilweis von so hochgestellten Personen kamen, daß es den untergeordneten Führern nicht immer gelang, sie abzulehnen.“

[2] Rellstab, Zwei Gespräche, 61.

und wieder verstreutes Stroh; auf den Treppen lagerten einzelne Leute, Offiziere und Gemeine durcheinander. Der Schloßhof glich einem Bivouak, Geschütze standen angespannt, Stroh in größeren Massen zur Lagerstätte für Pferde und Menschen war aufgeschüttet, Kavallerie und Infanterie stand in dicht zusammengezogenen Abtheilungen. Offiziere in Menge, vom General ab, wogten durcheinander, halb im Paradeanzug, halb in Feldbekleidung, Mänteln, Ueberröcken, Feldmützen, wie der Augenblick es gebot oder gestattete."

Fast bunter noch sah es in den inneren Gemächern aus; die Prinzen des königlichen Hauses, Generale und Minister, Flügeladjutanten und Kammerherrn, dazwischen Deputationen, Ordonnanzen mit Meldungen, Berliner Bürger, die es zum Könige hintrieb, das Alles drängte sich und schob sich auf den Treppen und in den Vorsälen des Schlosses in vollem Durcheinander umher. Dazwischen richtete man einzelne Zimmer für die verwundeten Soldaten ein, die bald in Menge anlangten, in der königlichen Küche wurde Suppe und Kaffee für die kämpfenden Truppen gekocht, ein großer, nach dem Schloßplatze gelegener Holzkeller zur Aufnahme der Gefangenen bestimmt.

Die Stadt bot, vom Schlosse aus gesehen, einen eigenthümlichen und beinahe schauerlichen Anblick. Die von den Truppen besetzt gehaltenen Theile lagen in völliger Dunkelheit und Stille da, während in den Quartieren, wo die Barrikaden noch standen, Alles hell erleuchtet war und tausendstimmiges Schreien und Lärmen herüberklang. Eine ununterbrochen krachende und flammende Feuerlinie bezeichnete die Grenzen beider Bezirke, die Punkte, um welche sich augenblicklich der Kampf drehte. Ab und zu ließ der dumpfe Donner der Geschütze die Fenster des Schlosses erzittern, ununterbrochen heulten die Sturmglocken von den Thürmen und über den ganzen Himmel strahlte der Brandschein der in Flammen stehenden Gebäude.

Die anfängliche Zuversicht und Siegesgewißheit, die noch in den Abendstunden im Schlosse geherrscht hatte, machte mehr und mehr einem Gefühle der Beklemmung Platz; ja, die Königin Elisabeth soll sogar schon nach den ersten Kanonenschüssen ihren Gemahl zur Flucht gedrängt haben.

Die während des Nachmittags herrschende Annahme, daß das Ganze lediglich das Werk einer aus fremden Aufrührern bestehenden Rotte sei, erlitt ihren ersten schweren Stoß durch das Erscheinen des Freiherrn von Vincke im königlichen Schlosse. Eben erst von seinen schlesischen Gütern zurückgekehrt, hatte sich derselbe sofort in das Volksgetümmel auf den Straßen gemischt und klar erkannt, was hier auf dem Spiele stehe. Offen und freimüthig sprach es der westfälische Edelmann, in dessen Loyalität und Einsicht auch nicht der geringste Zweifel zu setzen war, aus, daß es sich hier nicht um eine Emeute handle, — daß das Volk von Berlin gegen seinen Herrscher aufgestanden sei. Seine kühnen Worte: „Majestät, ich sehe die Krone auf Ihrem Haupte wanken!“, Worte, die nur ein Mann seines Charakters und Ansehens sich ungestraft erlauben konnte, machten auf den König einen tiefen Eindruck. Einige dabeistehende Offiziere, „denen die ganze Art des Vortrages des Herrn von Vincke widerwärtig war“[1], glaubten den unberufenen Eindringling, der ihre Pläne zu durchkreuzen drohte, durch ein spöttisches Auflachen zum Schweigen zu bringen; aber ihr Gegner war nicht der Mann, sich durch dergleichen einschüchtern zu lassen; „heute, meine Herren“, meinte er, „lachen Sie; morgen werden Sie vielleicht nicht lachen!“

Dem Könige schien dieser Auftritt unangenehm; er nahm den Rathgeber bei Seite, sprach noch längere Zeit unter vier Augen mit ihm, und lud ihn zum Souper ein. Doch kurz angebunden schlug Vincke die ihm zugedachte Ehre aus und verließ erzürnt das Schloß. Es war übrigens nicht der Einzige, der dem Könige seinen Rath anbot; neben ihm zeichnete sich besonders noch Fürst Felix Lichnowsky in der ihm offenbar höchlichst zusagenden Doppelrolle eines begeisterten Volkstribunen und eines loyalen Berathers bei Hofe aus. Ueber die Wandlung, die nach der Unterredung mit Vincke in Friedrich Wilhelm vorging, haben wir keine authentischen Berichte, denn alle die zahlreichen mehr oder minder pikanten Anekdoten und Historien, die über die in der Nacht des 18. März im Schlosse statt-

[1] Die Märztage vom militärischen Standpunkt, S. 78.

gehabten Vorgänge uns überliefert sind, besitzen für die Geschichtschreibung einen sehr zweifelhaften Werth.

Allein für den, der des Königs Charakter kennt, ist es nicht schwer, sich zu vergegenwärtigen, welches die Gefühle und Gedanken Friedrich Wilhelms in diesen Stunden gewesen sind. Der König hatte jedenfalls erwartet, den Putsch in kurzem durch seine treuen Truppen niedergeworfen, die „Rotte von Bösewichtern“ bezwungen und reuig zu seinen Füßen zu sehen. Auch nachdem ihn Vincke über das Wesen des Aufruhrs aufzuklären versucht, hat er sich nicht ganz dieses Gedankens entschlagen, hat er es nicht für möglich halten können, daß sich wirklich sein eigenes Volk gegen ihn empört habe. Jeden Augenblick erwartet er die Meldung seines Generals, daß die Truppen die Rebellen unterworfen, daß die Hauptstadt zum Gehorsam zurückgekehrt sei. Aber die erhoffte Botschaft trifft nicht ein, immer lauter knattert das Gewehrfeuer, immer rascher hintereinander krachen die Salven der Artillerie dazwischen, immer gellender und widerwärtiger schlägt das Sturmläuten, das wirre Schreien und Toben und Jammern, der ganze verworrene Lärm der Straßenschlacht an sein Ohr und zeugt, statt vom Ende, von einer wachsenden Erbitterung des Kampfes. Schon kehren erst einzeln, dann in Trupps, endlich in langen Zügen die verwundeten Soldaten aus dem Gefechte zurück; zu Hunderten führt man die Gefangenen, blutbedeckt, mit verstörten, trotzigen Gesichtern herbei und noch scheint die Kraft des Aufruhrs nicht gebrochen.

Der König vermag die Unruhe nicht länger zu ertragen und läßt — es ist kurz vor Mitternacht — den Oberbefehlshaber in sein Kabinet bescheiden. Was dieser ihm dort mitgetheilt, ist unbekannt, aber tröstlich war es sicher nicht, denn kurz nach dieser Unterredung, während noch überall der Kampf tobte, schrieb Friedrich Wilhelm jenes berühmte Manifest nieder, durch das er sein Volk zum Gehorsam zurückzuführen hoffte.

Diese merkwürdige Proklamation lautete wie folgt:

„An Meine lieben Berliner!

Durch Mein Einberufungspatent vom heutigen Tage habt Ihr das Pfand der treuen Gesinnung Eures Königs zu Euch und zum gesammten teutschen Vaterlande empfangen. Noch war

der Jubel, mit dem unzählige treue Herzen mich begrüßt hatten, nicht verhallt, so mischte ein Haufe Ruhestörer aufrührerische und freche Forderungen ein, und vergrößerte sich in dem Maße, als die Wohlgesinnten sich entfernten. Da ihr ungestümes Vordringen bis ins Portal des Schlosses mit Recht arge Absichten befürchten ließ und Beleidigungen wider Meine tapferen und treuen Soldaten ausgestoßen wurden, mußte der Platz durch Kavallerie im Schritt und mit eingesteckter Waffe gesäubert werden, und zwei Gewehre der Infanterie entluden sich von selbst, Gottlob ohne irgend Jemand zu treffen. Eine Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend, die sich seit einer Woche, obgleich aufgesucht, doch zu verbergen gewußt hatten, haben diesen Umstand im Sinne ihrer argen Pläne durch augenscheinliche Lüge verdreht, und die erhitzten Gemüther von vielen Meiner treuen und lieben Berliner mit Rachegedanken um vermeintlich vergossenes Blut! erfüllt, und sind so die Urheber von greulichem Blutvergießen geworden. Meine Truppen, Eure Brüder und Landsleute, haben erst dann von der Waffe Gebrauch gemacht, als sie durch viele Schüsse aus der Königstraße dazu gezwungen waren. Das siegreiche Vordringen der Truppen war die nothwendige Folge davon.

An Euch, Einwohner Meiner geliebten Vaterstadt, ist es jetzt, größerem Unheil vorzubeugen. Erkennt, Euer König und treuester Freund beschwört Euch darum, bei Allem, was Euch heilig ist, den unseligen Irrthum! kehrt zum Frieden zurück, räumt die Barrikaden, die noch stehen, hinweg, und entsendet an Mich Männer, voll des echten, alten Berliner Geistes, mit Worten, wie sie sich Eurem Könige gegenüber geziemen, und Ich gebe Euch Mein königliches Wort, daß alle Straßen und Plätze sogleich von den Truppen geräumt werden sollen und die militärische Besetzung nur auf die nothwendigen Gebäude des Schlosses, des Zeughauses und weniger anderer, und auch da nur auf kurze Zeit, beschränkt werden wird. Hört die väterliche Stimme Eures Königs, Bewohner Meines treuen und schönen Berlins, und vergesset das Geschehene, wie Ich es vergessen will und werde in Meinem Herzen, um der großen Zukunft willen, die

unter dem Friedenssegen Gottes für Preußen und durch Preußen für Deutschland anbrechen wird.

Eure liebreiche Königin und wahrhaft treue Mutter und Freundin, die sehr leidend darniederliegt, vereint ihre innigen, thränenreichen Bitten mit den Meinigen.

Geschrieben in der Nacht vom 18. zum 19. März 1848.

Friedrich Wilhelm."

Stil und Inhalt dieses Schriftstückes kennzeichnen auf das Deutlichste den schwankenden, haltlosen Zustand, in dem sich der König befand. Das Volk hat sich empört — er kann es nicht leugnen, aber es that dies nicht aus freiem eigenen Antrieb — eine Rotte geheimnißvoller Bösewichter hat die Bevölkerung einer Hauptstadt unter geschickter Benutzung eines „Mißverständnisses" verführt!

Man kann gewiß annehmen, daß der König selbst dies glaubte, als er das Manifest niederschrieb, denn Heuchelei war ihm fremd, und das ganze Schriftstück athmet den Geist der Ueberzeugung und der aufrichtigen Trauer. „In diesem Dokumente, in diesen Gedanken, die sich untereinander verklagen und entschuldigen, liegt das Geheimniß Friedrich Wilhelms IV. während jener Schreckensnacht offen vor uns."[1]

Herr von Bodelschwingh selbst trug gegen 3 Uhr Nachts den Aufruf, von dem er sich viel Erfolg versprach, zur Druckerei, von wo aus derselbe in den ersten Morgenstunden verbreitet wurde. Die Proklamation hatte den einzigen Erfolg, den überhaupt ein Blatt Papier unter solchen Umständen haben konnte, nämlich gar keinen. Die Wenigen, die das Manifest überhaupt zu Gesicht bekamen, zerrissen es und traten mit Füßen darauf. Klang es doch geradezu wie ein — freilich nicht beabsichtigter — Hohn, das Volk aufzufordern, jetzt die Barrikaden zu verlassen und sich dem Militär auf Gnade und Ungnade preiszugeben. Inzwischen hatten in den frühen Morgenstunden wieder verschiedene Deputationen im Schlosse ihr Glück versucht. Zuerst erschien der damals in Berlin sehr bekannte Litterat Rellstab und wurde alsbald vom König empfangen. Friedrich Wilhelm

[1] Stahr, a. a. O. I, 100.

schien jetzt, wo die Nacht vorüber, wieder etwas gefaßter zu sein, erklärte mit Bestimmtheit, daß die Truppen erst dann zurückgezogen werden würden, wenn das Volk die Barrikaden verlassen und zerstört habe, und beauftragte endlich Rellstab, mit einer Anzahl gutgesinnter Bürger wieder zu kommen. Doch vermochte diese Abordnung von Gutgesinnten, die der Litterat schleunigst zusammenholte, Nichts weiter vom König zu erreichen.

Es folgte gegen 8 Uhr Morgens der Bürgermeister Krausnick mit einer Anzahl angesehener Männer. In einer feierlichen Ansprache bat Krausnick, der von Bodelschwingh schon mehrere Stunden früher von dem Manifeste „An Meine lieben Berliner" benachrichtigt und um Verbreitung desselben ersucht worden war, den Monarchen, dem Wunsche des Volkes nachzugeben und die Truppen zurückzuziehen[1].

Einen unmittelbaren Erfolg erzielte die Abordnung trotz alledem nicht. Dies war einer dritten Deputation vorbehalten, welche, aus dem Bürgermeister Naunyn, dem Advokaten Stieber u. A. bestehend, etwa eine Stunde später im Schlosse erschien, als daselbst gerade eine Art Kriegsrath unter dem Vorsitz des Königs tagte. Die Stimmung war bereits gänzlich umgeschlagen, schon hatte sich die Majorität der Generale und Minister für den Rückzug ausgesprochen, und so gelang es dieser letzten Bürgerschaar, vom Könige Alles zu erwirken. Die Truppen sollten zurückgezogen, die Minister entlassen, sämmtliche übrigen Volkswünsche erfüllt werden. Dagegen verpflichteten sich die städtischen Behörden ihrerseits, für die Ruhe und Ordnung in der Stadt einzustehen.

Es konnte nicht fehlen, daß dieser Beschluß des Monarchen, den Kampf abzubrechen, ein Beschluß, den Friedrich Wilhelm nach längerer Berathung mit dem Grafen Arnim und dem Minister von Bodelschwingh gefaßt, den lebhaftesten und unverhohlensten

---

[1] Durch besonderen Eifer zeichnete sich hier der Bürger Neumann aus, der, als gegenüber dem Vorschlage, eine Bürgerwehr zu organisiren, ein schroffes „Nein" aus den Reihen des königlichen Gefolges ertönte, laut ausrief: „Wer wagt es hier, Seiner Majestät dem Könige vorgreifen zu wollen", und der alsdann Friedrich Wilhelm selbst, da dieser mit einem erneuten, siegreichen Angriff seiner Truppen drohte, zu erwidern wagte: „Ein solcher Sieg würde eine Niederlage sein!"

Widerspruch der Militärpartei hervorrief. „Eine hohe Person", meldet ein Augenzeuge[1], „unterbrach den Minister mit den Worten: «Schloß, Zeughaus, Schloßplatz, Lustgarten müßten doch besetzt bleiben». Herr von Bodelschwingh aber erwiderte: «Die Ausdrücke seiner Majestät seien bestimmt gewesen: von Straßen und Plätzen!» — Ein Mitglied der Deputation schlug vor, man möge erklären, von den Straßen und öffentlichen Plätzen, unter letzteren wären Schloß und Lustgarten nicht verstanden. Minister von Bodelschwingh rief jedoch in aufgeregtem, heftigem Tone: «An einem königlichen Worte dürfe nicht gedeutelt werden, es sei der letzte Befehl, den er als Beamteter brächte»."

Man fügte sich endlich in das Unvermeidliche; nach allen Richtungen sprengten Offiziere, um den Truppen die Ordre ihres Kriegsherren zu überbringen, so der Oberst Graf Schlieffen nach dem Dönhofsplatz, Major Graf Rödern nach der Friedrichstadt, Lieutenant von l'Estocq nach der Königsbrücke.

Gegen 12½ Uhr waren sämmtliche Truppen, mit Ausnahme einiger detachirter Abtheilungen, hinter dem Schlosse und am Zeughaus vereinigt und erhielten den Befehl, in ihre Kasernen und Kantonirungen abzumarschiren. Es verließen daher diejenigen Regimenter, welche erst zum Kampfe in Berlin eingerückt waren, die Potsdamer Garden und die Linien-Infanterie, sofort die Stadt; am Schlosse blieben die Füsilierbataillone der Regimenter Franz und Alexander zurück. Die Militärpartei machte jetzt noch einen letzten Versuch, indem sie mit dem Vorschlag hervortrat, der König möge in der Mitte dieser Truppenabtheilung die Stadt verlassen, ein Plan, gegen den sich der neue Ministerpräsident Graf Arnim auf das Entschiedenste, „mit historischen Bezugnahmen" erklärte.

Die eigentliche Garnison von Berlin blieb vorderhand in ihren Kasernen stehen; erst am Abend des 19. und am Morgen des 20. März erfolgte der Abmarsch des Alexander-Regimentes, am Nachmittage des letzteren Tages rückte der größte Theil der Garde-Kavallerie, und erst in der folgenden Nacht der Rest des Militärs, das 2. Garde-Regiment, das Regiment Franz, die

---

[1] Die Märztage vom militärischen Standpunkt, S. 104.

Garde-Schützen und -Pioniere und die Garde-Artillerie ab. Ursprünglich bestand offenbar die Absicht, diese Truppen überhaupt in Berlin zu lassen — allein die Stimmung der Bevölkerung, wie die des Militärs war eine derartige, daß ein solcher Versuch mit den äußersten Gefahren verbunden schien und fast alle Regimenter freiwillig um die Erlaubniß zum Abmarsch baten[1].

Die abziehenden Truppen waren auf ihrem Wege durch die Stadt von großen Volksmengen umringt, die theils, noch vom Kampf erbittert, Verwünschungen ausstießen, theils aber auch mit den Soldaten zu fraternisiren versuchten. Das Militär zeigte durchweg eine gedrückte und finstere Stimmung; man sah deutlich, wie schwer es ihm wurde, dem Befehl des Königs gehorsam, von einem Kampfe abzulassen, in dem es der Sieger, nicht der Unterlegene zu sein glaubte.

Die Verluste des beinahe 14stündigen Straßenkampfes waren auf beiden Seiten bedeutend; Anfangs aufs Ungeheuerlichste übertrieben — sprach man doch von je Tausend Todten auf jeder Seite und von ganzen Schiffsladungen von Soldatenleichen, die nächtlicherweise in die Spree geworfen worden seien —, wurden sie endlich, wie folgt, festgestellt.

Die Truppen zählten 3 Offiziere (Premierlieutenant von Wulffen vom Alexander-, Sekondelieutenant Tüpke vom 35. Infanterie-Regiment und von Zastrow von den 2. Garde-Ulanen) und 17 Unteroffiziere und Gemeine todt. Verwundet waren 14 Offiziere und 234 Mann, wobei jedenfalls jedoch die nur leichter — durch Steinwürfe u. dgl. — Verletzten nicht mitgerechnet sind.

Auf Seiten des Volkes blieben 216 Personen sofort todt, darunter mehrere Frauen und Kinder. Die Mehrzahl der Gefallenen gehörte dem Arbeiterstande an, doch befanden sich unter ihnen auch Vertreter anderer Klassen, wie ein Eisenbahninspektor, ein Sekretär, ein Buchhalter, die Studenten von Holtzendorff

---

[1] „Die Lage der Truppen in den Kasernen wurde immer schwieriger und wahrhaft unerträglich, als um Mitternacht Bürgerwehr diese Gebäude von außen umstellte, angeblich um als Schutzwehr zu dienen. Aufregung und Erbitterung der Soldaten steigerten sich auf einen Punkt, welcher alle Schranken zu durchbrechen drohte." Berliner Märztage, S. 115.

und Weiß, der Referendarius von Lensky, der Dr. der Philosophie Heyne[1].

Die Zahl der verwundeten Volkskämpfer ist nie ermittelt worden; wenn man in Betracht zieht, daß einerseits der Kampf stets in der Nähe geführt und meist auf die — allein sichtbaren — Köpfe geschossen wurde, andererseits Pflege und ärztliche Hülfe schnell zur Hand war, so wird man aus der Zahl von ca. 200 Todten etwa auf 800 Verwundete schließen können.

Was war nun der Erfolg dieses blutigen Kampfes? Unzweifelhaft hatte das Volk einen Sieg errungen, es hatte seinen Willen durchgesetzt, den König gezwungen, seinen Forderungen nachzugeben. Aber ebenso gewiß war dieser Sieg mehr moralischer als materieller Natur; denn der andere der kämpfenden Theile, die Truppenmacht, war weit entfernt, sich für den Unterlegenen zu halten.

Militärisch betrachtet standen die Dinge am Morgen des 19. März zwar nicht so günstig für die Regierung, daß das Zurückziehen der Truppen wie ein reiner Gnadenakt erschien, aber auch durchaus nicht so schlimm, daß eine solche Maßregel unabweislich gewesen wäre. Es erschien jedenfalls möglich, den Theil von Berlin, welchen man in der vergangenen Nacht erobert, festzuhalten, und verschiedene andere Quartiere, namentlich den südlichen Theil der Friedrichstadt zu besetzen.

Dagegen war es offenbar, daß die Truppen durch den 14stündigen Straßenkampf, der für sie ja bedeutend anstrengender als für das Volk war, durch das vorhergegangene halbe Tage lange Stehen und Warten auf der Straße sehr erschöpft waren und auch nicht allzu geringe Verluste, namentlich an Offizieren, erlitten hatten. Dazu sah es mit der Verpflegung schlecht aus. Zwar konnte man Kaffee und Suppe, sowie Branntwein unter die Soldaten vertheilen und auch ein Brottransport langte in der Morgenfrühe aus Potsdam an, aber von einer geordneten Verproviantierung konnte nicht die Rede sein.

Andererseits war das Volk durchaus nicht entmuthigt, —

---

[1] Ein Student von Bojanowsky, Sohn eines reichen, polnischen Gutsbesitzers, erlag erst am 6. April seinen Wunden.

sondern zeigte sogar an einzelnen Punkten, namentlich am Alexanderplatz, eine bedeutend grössere Kampflust. Seine Bewaffnung war durch die Erstürmung des Landwehrzeughauses und mehrerer Kasernen eine viel bessere geworden, und war es auch bisher von den Truppen zurückgedrängt, so hatte es sich doch an den Kampf gewöhnt und Selbstvertrauen gewonnen.

Es war also in keiner Weise zu erwarten, daß die Aufständischen freiwillig die Barrikaden verlassen würden, und ebenso scheint wenig Aussicht vorhanden gewesen zu sein, sich mit der jetzt in Berlin konzentrirten Truppenmacht in den Besitz der ganzen Stadt setzen zu können. Gerade manche der gefährlichsten Quartiere, das sog. Voigtland u. A., waren ja überhaupt noch nicht angegriffen worden. Wenn General von Prittwitz unter solchen Umständen den Aufruhr niederschlagen wollte, so mußte er zu anderen Mitteln greifen, als er bisher gebraucht; er mußte nicht nur Verstärkungen — namentlich aus Spandau — heranziehen, sondern auch von dem schweren Geschütz einen ganz anderen und energischeren Gebrauch machen als bisher; er durfte sich nicht um die Opfer kümmern, die solches Verfahren kosten würde, er durfte es nicht beachten, daß das eine oder das andere Stadtviertel in Flammen aufgehen, daß ein paar Hundert Menschen mehr oder weniger den Tod finden würden, — dann war ihm der Sieg wohl ziemlich gewiß. Und selbst wenn er dieses äußerste Mittel nicht anwenden wollte, so konnte er dem König rathen, mit den Truppen zusammen die Stadt zu verlassen. Vor den Thoren Berlins vermochte man in wenigen Tagen eine Streitmacht durch die Bahn zusammenzuziehen, die hinreichen mußte, um den Aufstand zu unterdrücken. Denn wenn auch die Rheinprovinz, Posen, vielleicht auch Westpreußen und Schlesien nicht wohl von Truppen entblößt werden durften, so konnte man doch ruhig die Garnisonen aus der Mark, aus Pommern und den anderen Provinzen heranziehen. Aber abgesehen von allen anderen Schwierigkeiten haftete einer derartigen Maßnahme immer noch der eine Umstand an, daß man dadurch nothwendig die Revolution und ihre Macht anerkennen mußte. Und das durfte ja eben nicht geschehen! — es sollte ja keine Revolution sein, sondern die Emeute einer Rotte von Bösewichtern.

Militärische Erwägungen waren es also nicht, die zum Abzug der Truppen zwangen. Wie stand es nun mit der politischen Seite der Frage?

Hier ist die Antwort klar und einfach. Der Abmarsch des Militärs war, staatsmännisch betrachtet, ein schwerer Mißgriff; denn durch ihn wurde der Kampf gegen den Aufstand zu einer halben Maßregel, mithin zu einem ganzen Fehler.

Die Regierung beugte sich vor dem moralischen Eindruck, welchen die Revolution auf sie hervorbrachte, und gab den Kampf auf, noch ehe sie geschlagen war. So blieb der Ausgang des 18. März unentschieden und gab dem ganzen weiteren Verlaufe der Dinge in Preußen das Gepräge der Unklarheit und Verworrenheit.

4.

Berlin nach dem 18. März.

Eine Frühjahrsnacht hatte hingereicht, um eine völlige Aenderung im Aussehen der Hauptstadt hervorzubringen. „Hell und heiter stieg die Morgensonne empor; es war der schönste Frühlingsmorgen — Sonntag, und alle Glocken läuteten. Die Stadt glich einem Schlachtfelde; sie bot einen Anblick der Zerstörung und des Jammers dar, wie in einem mit Sturm genommenen Platze. Hier sah man Barrikadenkämpfer hinter ihren Schanzen stehen, sitzen und liegen neben der schwarz-roth-goldenen Fahne auf der Barrikade, dort nicht fern von ihnen in der angrenzenden Straße auf dem Steinpflaster Truppen. Die Straßen waren blutgeröthet; hier und dort, besonders an den Barrikaden und an einzelnen Häusern, wo der Kampf am heftigsten getobt hatte, standen Blutlachen; in den Rinnen floß noch Blut; todte Pferde und blutige Leichen lagen noch um 8 Uhr früh auf den Straßen[1]."

Eine ungeheure Menschenmenge bedeckte Gassen und Plätze; aber es war nicht das sonstige Straßenleben, in dem die bunten

[1] Steinmann, a. a. O. 319.

Uniformen des Militärs das hervorstechendste Merkmal bildeten. Wo noch Truppen standen, da verschwanden sie fast in dem allgemeinen Gewühl; hier reichten zerlumpte Barrikadenmänner den Gardeoffizieren die Bruderhand, dort umschlichen Andere, die Offiziere abzählend, die Bataillone, wahrscheinlich um die muthmaßliche Anzahl der gefallenen Gegner zu berechnen.

Bald nahm auch dieses Treiben ein Ende; der Befehl zum Rückzug kam; unter klingendem Spiele — die Kapellen ließen theils Choräle, theils heitere Weisen ertönen — verließen die Regimenter die Stadt, die nunmehr ganz der Herrschaft des Volkes preisgegeben war. Es gab Niemand mehr, der auch nur eine nennenswerthe Autorität besessen hätte. Die Polizei war machtlos, die Schutzmänner höchstens ein Gegenstand der Heiterkeit, die Bürgerwehr erst im Entstehen begriffen.

Es muß anerkannt werden, daß das Volk diese ihm so ungewohnte Gewalt im großen Ganzen in keiner Weise mißbrauchte; nur vereinzelt kamen Exzesse gegen mißliebige Personen vor, Diebstahl und Plünderung überhaupt nicht. Dagegen genoß man im Uebrigen die neue Freiheit im vollsten Maße. Man rottete sich in großen Haufen zusammen, das erste censurfreie Schriftstück, das „Extrablatt der Freude" der Vossischen Zeitung wurde in Tausenden von Exemplaren verbreitet, zahlreiche Volksredner sprachen von den Ecksteinen zu der Menge und der unverwüstliche Berliner Witz machte sich in mehr oder minder gelungener Weise Luft[1].

Daß die ganze Berliner Revolution lediglich ein durch den Gang der europäischen Ereignisse zum Ausbruch gebrachter Protest des Volkes gegen Beamtenwillkür und Polizeiplackerei gewesen, daß republikanische und ähnliche Tendenzen ihr gänzlich fern lagen, das zeigt sich auf das Deutlichste in dem Verhalten des Volkes nach dem Kampfe. Wiederum ward die Person des Königs der Mittelpunkt der Ereignisse, wiederum strömten, wie am Tage vorher, wie von einem geheimnißvollen Instinkt getrieben, Tausende und Abertausende an dem Schlosse zusammen,

[1] So wurde unter einer Bombe, die, vom königlichen Schlosse aus abgefeuert, in der Wand eines Hauses stecken geblieben war, die Proklamation „An Meine lieben Berliner" angeheftet.

in dem sich nach dem Abmarsch der Truppen nur mehr wenige Kompagnien Infanterie befanden.

Das Erste, was die Aufmerksamkeit der hier versammelten Menge erregte, war der Anblick der in dem Holzkeller am Schloßplatz eingesperrten Gefangenen. Ungestüm scholl der Ruf nach Freilassung zu den Fenstern des Königs empor und fand sofortige Erhörung. Doch war der größte Theil der Verhafteten bereits während des Kampfes nach Spandau verbracht worden, und kehrte von dort in der Nacht des 19., und zwar, auf Anordnung des Festungskommandanten, in Trupps von je 10 Mann in die Hauptstadt zurück. Es war dies eine sehr gerechtfertigte Maßregel; denn ein gleichzeitiges Einrücken der 7—800 Barrikadenkämpfer hätte leicht den Anstoß zu einem neuen Aufruhr geben können[1].

An diese erste Forderung schloß sich unmittelbar der Ruf nach Bürgerbewaffnung an, den eine Deputation von vier Mann, an deren Spitze Herr von Minutoli selbst stand, dem König übermittelte. Zwei Mitglieder der Abordnung nahmen den ganz gebrochenen Monarchen am Arm und führten ihn auf die Schloßterrasse, von wo aus er dem Volke in kurzer Ansprache Alles bewilligte. Doch gingen seine Worte in dem allgemeinen Lärm gänzlich verloren. Auch die Grafen Arnim und Schwerin, die nach Friedrich Wilhelm kurze, beruhigende Ansprachen hielten, konnten sich nur einem ganz geringen Theile der Menge verständlich machen.

Die neugebildete Bürgerwehr trat noch am selben Tage in

---

[1] Der Gefangenentransport wurde zuerst von Mannschaften des 31., dann des 2. Regimentes eskortirt und es zeichnete sich namentlich das Letztere durch große Rohheit aus. Wenn man Würth (Album der Geschichte des Jahres 1848. I, 907) glauben darf, so begnügten sich die Soldaten nicht mit Kolbenstößen und Bajonettstichen, sondern schossen sogar zwischen die Gefangenen. In Spandau wurden die Letzteren in die Kasematten des Forts Königin eingesperrt und blieben hier bis 6 Uhr Abends. Den Verwundeten wurde erst Mittags ärztliche Hülfe zu Theil.

Einen charakteristischen Beweis dafür, daß die Berliner Bewegung ganz vereinzelt im Lande stand, bildet das Benehmen der Bürgerschaft in Charlottenburg und Spandau. Die Gefangenen wurden von ihr verhöhnt und die Soldaten mit Jubel empfangen.

Thätigkeit; ihr Kommando hatte, da sich die hierzu ausersehenen Generale von Neumann und von Aschoff beharrlich weigerten, der Polizeipräsident Minutoli übernommen. Es wurden sofort — und zwar unter thätiger Mitwirkung Arnims und Schwerins — aus dem Zeughause Gewehre und andere Waffen an die Bürger vertheilt, und schon in den späteren Nachmittagsstunden zog eine zumeist aus Beamten des Hofstaates bestehende Bürgerwache im Schlosse ein. Die Studenten, die Künstler, später die freigelassenen Polen schlossen sich zu eigenen Corps zusammen.

Nachdem also auch diese Forderung des Volkes erfüllt und der König wieder vom Balkon zurückgetreten war, schien man im Schlosse zu erwarten, daß die Menge nunmehr sich zerstreuen werde. Aber es kam anders; bisher waren nur die Lebenden vor ihrem König erschienen, unter denen heute so Mancher fehlte, der gestern noch auf demselben Schloßplatz unter seinen Genossen gestanden; jetzt sollte auch den Todten ihr Recht werden.

Von den Linden zuerst, dann aus allen Straßen wurden gegen halb drei Uhr Nachmittags hintereinander von Barrikadenmännern die blumengeschmückten Leichen der gefallenen Volkskämpfer herbeigetragen. Immer näher kam der düstere Zug an das Schloß heran, immer lauter und grollender erscholl der Ruf nach dem König. „Eine Szene“, schreibt ein Augenzeuge[1], „welche an tragischem Pathos Alles überbot, was jemals in Trauerspielen der antiken und romantischen Kunst an den erschütterten Gemüthern vorübergezogen ist. Denn welch ein Schauspiel ward uns bereitet! Von allen Seiten zogen durch die Portale des Schlosses die Barrikadenkämpfer herein, mit wilden, verstörten Gesichtern, in der Hand noch die mörderische Waffe, auf den Schultern die Bahren mit den Leichen der gefallenen Brüder, deren Wunden zu gräßlicher Schau sie offen gelegt, deren blutige Stirnen im Vorübertragen von Frauenhänden mit Immortellen und Lorbeer geschmückt worden waren. Die Volksmenge, durch welche sie hindurchschritten, stand lautlos, ehrfurchtsvoll nahm ein Jeder den Hut ab, die Lippen bebten, in den Augen zitterten Thränen, nur die festen Schritte

[1] Der Bericht u. A. bei Scherr, I, 403.

der Träger hallten in dem Schloßhof wieder und von Zeit zu Zeit der Name eines der Gefallenen, von einem Träger laut ausgerufen mit näherer Angabe, wie: «Familienvater von 5 unerzogenen Kindern! — Auf der Barrikade am köllner Rathhaus niederkartätscht! — Ohne Pardon niedergestochen, nachdem er sich ergeben hatte! — Eine Wittwe, Mutter von 7 Waisen! — Fünfzehn Jahre alt, an meiner Seite niedergeschossen, mein einziger Sohn!» Es war ein grausamer Instinkt, welcher in den entlegensten Theilen der Stadt das Volk ohne irgend eine Verabredung trieb, die Todten nach dem Schloßhofe zu bringen. Schon hatte sich der innere Hof, in welchem die Wendeltreppen zu den königlichen Gemächern führen, mit Bahren und blutigen Leichen gefüllt, als das Volk nach dem König zu rufen begann. Der Fürst Lichnowsky, welcher, nachdem der Kampf vorüber war, mit einigen der Barrikadenhäupter fraternisirt hatte, versuchte es, seine guten Freunde zu bedeuten, daß Se. Majestät sich zurückgezogen hätte, und daß man ihr einige Ruhe gönnen möge. Allein der Ruf: «der König soll kommen!» erscholl mit verzehnfachter Gewalt, daß die Schloßfenster davon erzitterten. Schon nahmen die Träger die Leichen wieder auf und schickten sich an, dieselben die Wendeltreppe hinauf in die königlichen Gemächer zu tragen, da erschienen oben auf der Galerie die Grafen Arnim und Schwerin, um zu beschwichtigen, vermochten aber nicht, gegen die höher und höher schwellende Fluth aufzukommen. «Der König! Der König soll kommen!» gellte und grollte es immer drohender. Da trat auf die offene Galerie heraus der tiefgebeugte Monarch, an seinem Arme die vor Angst und Entsetzen bleiche Königin. «Hut ab!» Er entblößt das Haupt. Die Träger nahmen die blutigen Leichen wieder auf, sie hoben die Bahren hoch zu dem König hinauf, unter schrecklichem Zuruf der Männer und dem Wehklagen der Frauen: «Gieb uns unsere Brüder! Unsere Väter, unsere Söhne, unsere Männer gieb uns wieder!» Der König und die Königin vermochten nur mit Thränen das tiefgefühlte Beileid des gebrochenen Herzens zu bezeugen. In den blutgetränkten Gewändern der Gefallenen erblickten sie den königlichen Purpur zu ihren Füßen im Staube liegen. Da plötzlich stimmte das Volk den

Choral an: «Jesus, meine Zuversicht» — der König verweilte mit unbedecktem Haupt, bis der feierliche Todtengesang geendet, und führte dann die kaum sich noch aufrechthaltende Königin in ihre Gemächer zurück."

Der vorstehende Bericht zeigt deutlich die tiefe Erschütterung, in welche diese Szene alle Anwesenden ohne Ausnahme versetzt hatte; — und in der That, hier und wenige Tage später beim Begräbniß der Märzgefallenen schwang sich die preußische Revolution zu einer Höhe empor, aus welcher sie nur zu bald in den Staub und Schmutz kurzsichtigen und kleinlichen Parteigezänkes stürzen sollte. Allerdings war diese Schaustellung der Leichen eine nutzlose Grausamkeit, eine herbe Demüthigung des Königs, aber eine weit größere Demüthigung legte sich dieser ja selbst am übernächsten Tag durch seinen Umritt auf, und es liegt fast etwas Erschütterndes in der Art, wie das Volk trauernd seine Todten vor das Antlitz des Landesvaters brachte. Die altpreußische Partei freilich erblickte in der ganzen Episode nur eine Ausgeburt der pöbelhaftesten Volkswuth[1]. Im Schlosse herrschte nach diesem Auftritte eine leicht begreifliche Panik, die so weit ging, daß der Polizeipräsident selbst zur Flucht rieth. Man fürchtete bereits das Schlimmste, und verschiedene Exzesse des Pöbels, die im Laufe des Tages vorfielen, schienen diese Besorgnisse zu bestätigen.

Das System des preußischen Militarismus, gegen welchen sich der ganze Zorn des revolutionären Volkes wandte, verkörperte sich für dasselbe in der Person des Prinzen von Preußen, der, obgleich er während der Märztage kein Kommando in

[1] „Wir ziehen einen Schleier über diese scheußliche Szene und bemerken nur, daß der edelste Mensch zwar Vieles vergeben, aber Manches niemals vergessen kann." (Berliner Märztage, S. 112.) Und ebenso heißt es in der Signatura (34): „Auf das Raffinirteste suchte man durch Herbeischleppen der bei dem Verbrechen des Aufruhrs gefallenen Uebelthäter die Leidenschaften des verblendeten Haufens zügellos zu machen, was so weit gelang, daß die Ungezogenheit der Aeußerung keine Grenze mehr kannte, — ja! die Frechheit der Gotteslästerung sollte sogar zur Ungezogenheit hinzukommen und ein in dieser Umgebung angestimmter Choral die sittliche Zerrissenheit, in welche man blind sich hineingestürzt hatte, in ihrer Spitze markiren."

Berlin geführt hatte, doch allgemein als das Haupt der Militärpartei galt. Der Prinz hatte, erzürnt über den Gang der Dinge, schon im Laufe des 19. Berlin verlassen und trat bald darauf von Potsdam aus die Reise nach England an.

Gegen das Palais des abwesenden Prinzen wälzte sich ein Haufen, ganz offenbar mit der Absicht, dasselbe zu zerstören. Doch im letzten Augenblicke glückte es der Besonnenheit eines Unbekannten, die Demolirung zu verhindern. Sein lauter Ruf, das Palais zum Nationaleigenthum zu erklären, fand stürmischen Beifall, und die Menge ging, nachdem sie an verschiedenen Punkten des Gebäudes entsprechende Aufschriften angebracht, beruhigt auseinander[1].

Schlimmeres widerfuhr dem unter den Linden wohnhaften Handschuhmacher Wernicke, der während des Kampfes drei Polen an das Militär verrathen haben sollte. Sein Laden wurde erbrochen und die sämmtlichen Handschuhe einzeln in Stückchen gerissen. Am Aergsten jedoch ging es in dem Preuß'schen Hause an der Ecke der Königstraße zu, wo nicht nur sämmtliche Möbel und Spiegel vernichtet, sondern auch das Papiergeld und die Kassenscheine des Majors a. D. Preuß auf offener Straße verbrannt wurden. Es geschah demselben damit ein schweres Unrecht; denn nicht nur hatte er keineswegs, wie die Zerstörer glaubten, die Barrikadenkämpfer verrathen, sondern im Gegentheil mehreren derselben zur Rettung verholfen.

Außer diesen Exzessen fanden nennenswerthe nur noch am Abend statt, wo sich das Volk vor den Wohnungen der Exminster von Thiele und Eichmann zum erstenmal in der — später zu einer wahrhaft künstlerischen Höhe gediehenen — Katzenmusik übte. Im Uebrigen aber war der Jubel allgemein; zumal nach dem am Nachmittag erfolgten Erscheinen einer

[1] Im Inneren des Palais setzten sich später 3 Individuen, ein gewisser von Normann, Karrig und Becker fest, die sich die „Bittschriftenkommission" nannten, für das Volk Gesuche &c. an den König ausfertigten und nebenbei eifrigst mit der Untersuchung der vorgefundenen Weinvorräthe beschäftigt waren. Erst nach längerer Zeit machte das Studentencorps dem Treiben ein Ende und verhaftete den „Direktor" nebst seinen Genossen.

Kabinetsordre, welche die definitive Zusammensetzung des neuen Ministeriums brachte.

Der Vorsitz und zugleich das Ministerium des Aeußeren wurde dem Grafen Arnim übertragen; doch nahm ihm schon am 21. sein Vetter, Freiherr von Arnim, das letztere Amt ab. Das Innere erhielt der Generallandschaftsrath von Auerswald, die geistlichen Angelegenheiten der Graf Schwerin. Am folgenden Tage übernahm Dr. Bornemann das Justizministerium und wurde der Handelskammerpräsident Camphausen, doch ohne ein Portefeuille, an die Seite des Königs berufen. Der Kriegsminister von Rohr und der Minister des königlichen Hauses, Graf Stolberg, blieben auf ihrem Posten.

Am Abend dieses Tages feierte ganz Berlin die „Märzerrungenschaften“ durch eine große Illumination, von der sich selbst die russische Gesandtschaft nicht ausschloß. In denselben Straßen, wo gestern noch Blut geflossen war und Brandschein den Himmel geröthet hatte, drängten sich jetzt jubelnde Volksmassen und glänzten die Häuser in festlicher Beleuchtung.

Der folgende Tag brachte neue Feierlichkeiten. „Die Physiognomie Berlins“, schreibt Steinmann, „war am 20. März im Vergleich zu den beiden vorhergegangenen Tagen in bedeutendem Maße verwandelt. Friede und Freude strahlten überall; die Barrikaden waren weggeräumt; die Truppen waren wie durch Zauber verschwunden, an ihrer Stelle standen Bürger unter dem Gewehr und vor den Schilderhäusern; Bürgerpatrouillen durchzogen die Stadt; an allen Gebäuden und Häusern flatterten Fahnen mit den deutschen Farben; deutsche Kokarden schmückten alle Hüte und Mützen, deutsche Bänder waren der allgemeine Schmuck; die Wände der öffentlichen Gebäude waren mit Proklamationen, Aufrufen und Ansprachen bedeckt; an allen Straßenecken standen Gruppen, mit Lesen der Maueranschläge beschäftigt; Versammlungen zu politischen Zwecken wurden ausgeschrieben und für die Hinterbliebenen der Gefallenen und die im Revolutionskampfe Verwundeten Gelder und Unterstützungen gesammelt. Vor vielen Häusern waren Becken aufgestellt mit der Aufschrift: «Für die Hinterbliebenen der im Kampfe Gefallenen», und wirklich steuerte Jeder, je nach seinem

Vermögen, bei; denn die ganze Einwohnerschaft erkannte, welchen Tribut des Dankes sie den tapferen Freiheitskämpfern verschulde."

„Das Volk wogte durch die Straßen; ein großer Theil desselben ging seiner gewöhnlichen Beschäftigung nach. Deputationen in großer Zahl begaben sich nach dem Schlosse, um sich an den König und die Minister zu wenden; die Bewaffnung der Studenten erfolgte, und die Organisirung der Bürgerwehr geschah schnell und kräftig. Fast alle waffenfähigen und waffenberechtigten Männer traten zusammen, um für die Sicherheit des Staates einzustehen; Freischaaren verschiedener Art bildeten sich; Rottenführer und Offiziere wurden gewählt, und eine Kabinetsordre, die kurz vor Mittag erschien, verkündete: «Vergebung allen Denen, die wegen politischer oder durch die Presse verübter Vergehen oder Verbrechen angeklagt oder verurtheilt worden.»"

In Folge dieser Amnestie war das Hauptereigniß des 20. die Freilassung der 254 Polen, die, wegen des im Jahre 1846 in Posen geplanten Aufstandversuchs in einem Monstreprozesse zu Freiheitsstrafen verschiedener Dauer verurtheilt, im Staatsgefängniß am „Neuen Thor" saßen.

Dank der im Jahre 1848 überall herrschenden geradezu krankhaften Polenschwärmerei, die sogar die nüchternen Berliner ergriffen hatte, gestaltete sich der Austritt der Sarmaten aus dem Gefängniß zu einem förmlichen Feste. Unter Vortritt einer Bürgerehrenwache, von bewaffneten Studenten eskortirt fuhren die Polen in offenen Wagen, Mieroslawski und Liebelt voran, durch die Straßen, selbstverständlich zuerst nach dem Schlosse, wo der König heraustreten mußte und dreimal die Begnadigten grüßte, dann nach der Universität, wo in der Aula die entsprechenden Begeisterungsreden gehalten wurden. Auf dem ganzen Wege wurde der Zug von unendlichem Jubel begrüßt, ja, die Begeisterung der Deutschen ging so weit, daß sie die Droschkengäule ausspannten und eigenhändig die Wagen der Männer zogen, in denen eine ruhige Betrachtung nichts Anderes als die Todfeinde deutschen Geistes und deutscher Sitte erkennen mußte.

Die Polen hüteten sich freilich, jetzt bereits solche Gedanken

zu verrathen, aber was sie im Sinne hatten, zeigte schon deutlich die von ihnen im Laufe des Nachmittags verbreitete Dankadresse an das Berliner Volk[1]. Lange dauerte übrigens der Aufenthalt der Polen in Berlin nicht. Nachdem sie sich Anfangs zu einer Polengarde zusammengethan und einen gewissen Szuman (Schuhmann) zu ihrem Führer gewählt hatten, verließen sie schon in den letzten Tagen des März die Hauptstadt und begaben sich nach Posen, woselbst wir sie in der Folge im erbittertsten Kampfe gegen das Deutschthum finden werden.

Am Abend war die Stadt wiederum festlich beleuchtet, doch störte ein schriller Mißklang die Feier. Urplötzlich nämlich verbreitete sich das Gerücht, der Prinz von Preußen stehe mit einer Armee vor den Thoren, und erzeugte die tollste Aufregung. Abermals wurde Sturm geläutet, man eilte zu den Waffen, begann selbst mit dem Barrikadenbau, und ängstliche Seelen sahen bereits eine Wiederholung der Schreckensnacht des 18. herrannahen. Doch da es ringsum still blieb und nirgends ein Angriff erfolgte, beruhigten sich allmählich die erregten Gemüther und es zeigte sich, daß das Ganze ein blinder Lärm gewesen[2].

Nachdem an diesem Tage der bisherige Gesandte in Paris, Herr von Arnim=Stryk, in das Ministerium eingetreten war, scheint in dem letzteren der Entschluß gereift zu sein, daß irgend Etwas geschehen müsse. Mit dem alten System war endgültig

---

[1] „Der gesunde Sinn des Volkes", heißt es in dem langathmigen Schriftstück, „sieht die Dinge und beurtheilt sie besser als die Weisheit der Politik. Ihr fühlt es, daß nicht nur die Zeit gekommen ist, in welcher die verhängnißvolle That der Theilung Polens wieder gesühnt werden mußte, sondern daß die Zeit auch gebiete, daß zur Sicherstellung eines freien Deutschlands ein unabhängiges Polen als Vormauer gegen den Drang der Asiaten errichtet werden muß."

Eine russische Intervention lag damals allerdings durchaus nicht im Bereich der Unmöglichkeit.

[2] Die Veranlassung zur Entstehung dieses Gerüchtes war die, daß ein Reitknecht die Pferde seines Herrn, des Obersten von Dankbahr, nach dessen Sommerwohnung in Tempelhof bringen sollte. Unterwegs rief ein Posten des 12. Regimentes den Mann an und gab, da er keine Antwort erhielt, einen Schuß ab. Aufs Höchste erschreckt, galoppirte der Reitknecht in die Stadt zurück und brachte durch die Meldung, die Truppen seien im Anmarsch, Alles in Allarm.

gebrochen, es handelte sich darum, durch irgend eine Maßregel Inhalt und Ziele des neuen der Welt zu offenbaren.

Auf diese Weise erklärt sich die Entstehung des Plakates, das zu allgemeinster Ueberraschung am frühen Morgen des 21. an allen Straßenecken zu lesen war, und, wiewohl ohne Unterschrift, doch durch die Bezeichnung der Decker'schen Geheimen Oberhofbuchdruckerei als des Druckortes deutlich seinen offiziösen Ursprung verrieth.

Folgendes war der Inhalt dieses wichtigen Schriftstückes:

„An die deutsche Nation!

Eine neue glorreiche Geschichte hebt mit dem heutigen Tage für Euch an; Ihr seid fortan wieder eine einige große Nation, stark, frei, mächtig im Herzen von Europa! Preußens Friedrich Wilhelm IV. hat sich im Vertrauen auf Euren heldenmüthigen Beistand und Eure geistige Wiedergeburt zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesammtvaterlandes gestellt. Ihr werdet ihn mit den alten ehrwürdigen Farben deutscher Nation noch heute zu Pferde in Eurer Mitte erblicken. Heil und Segen dem konstitutionellen Fürsten, dem Führer des gesammten deutschen Volkes, dem neuen Könige der freien wiedergeborenen deutschen Nation!"

Bestätigt wurde diese befremdende Nachricht durch die Mittheilung, die Vormittags der Kultusminister Graf Schwerin den in der Aula zusammenberufenen Studenten gab und die im wesentlichen eine weitere Ausführung der in der Bekanntmachung enthaltenen Gedanken war. Natürlich war die akademische Jugend in hohem Maße von dem Projekte begeistert und brachte stürmische Hochrufe auf den wahrhaft deutschen König, sowie auf die Ministerverantwortlichkeit aus.

So fand denn gegen 11 Uhr wirklich der Umzug statt; eine gewaltige Menschenmenge umlagerte bereits das Schloß, als der König auf dem Balkon desselben erschien und dem Volke zurief, daß er sich sofort zu Pferde unten zeigen werde. Dies geschah denn auch; alsbald trat Friedrich Wilhelm auf den Schloßhof heraus, in Gardeuniform, ein breites schwarz-roth-goldenes Band um den linken Arm geschlungen und gefolgt von den in Berlin anwesenden Prinzen und Ministern, die gleichfalls Alle die

deutschen Farben trugen[1]. Dort überreichte ihm Dr. Stieber auf seinen Wunsch eine große schwarz-roth-goldene Fahne, die er von einem Fenster herabholte, und von stürmischem Jubel begrüßt, sprach Friedrich Wilhelm die Worte:

„Es ist keine Usurpation von mir, wenn ich mich zur Rettung der deutschen Freiheit und Einigkeit berufen fühle; ich schwöre zu Gott, daß ich keine Fürsten vom Throne stoßen will; aber Deutschlands Einheit und Freiheit will ich schützen; sie muß geschirmt werden durch deutsche Treue, auf den Grundlagen einer aufrichtigen konstitutionellen deutschen Verfassung!"

Der Zug setzte sich nunmehr in Bewegung. Voran ritt der Kammergerichtsassessor Friedberg, dann folgte der König mit seinem Hofstaat, rechts neben sich den Dr. Stieber, links den Stadtverordneten Gleich; der Bezirksvorsteher Wolff machte dem Pferde des Herrschers Platz, der Bürgerschütze Krause trug die große Fahne voraus. Auch der Thierarzt Urban fehlte nicht.

Die Begeisterung des Volkes war natürlich unbeschreiblich; aus allen Fenstern wehten weiße Tücher, flatterten die deutschen Fahnen; selbst die Statuen Blüchers und Scharnhorsts waren mit ihnen geschmückt. Unaufhörlich mußte der Monarch die Hände zum Kusse hinreichen, Begnadigungsgesuche anhören und an nicht weniger als fünf Orten zum Volke sprechen, wobei er es sich namentlich auch angelegen sein ließ, die Vertheidigung, beziehungsweise Rechtfertigung seines Bruders zu übernehmen.

Der Zug bewegte sich zunächst über die Schloßfreiheit nach den Linden und machte an der Königswache, wo die Bürgerwehr herausgetreten war, Halt. „Ich sehe Euch hier auf der Wache", sprach der König, „ich kann es nicht genugsam in Worte kleiden, was ich Euch danke, glaubt's mir!" Jetzt ließ sich die Begeisterung nicht mehr länger halten. Mit dem der großen Masse eigenen politischen Instinkt hatte das Volk bereits klar erkannt, was einzig und allein der Sinn des Umzugs sein

[1] Noch auf der Treppe soll der preußische Militärbevollmächtigte in St. Petersburg, von Rauch, den König in französischer Sprache gebeten haben, von dem Ritte abzustehen. Doch sei ihm die Antwort zu Theil geworden: «Non, non! c'est décidé nous allons monter à cheval!» (Scherr I, 411.)

konnte, wenn er überhaupt einen solchen besaß, und von mehreren Seiten ertönten die Rufe: „Es lebe der Kaiser von Deutschland!“ Allein sichtlich unangenehm davon berührt erwiderte Friedrich Wilhelm die Worte: „Nicht doch! das will, das mag ich nicht!“ Hierbei ereignete sich ein peinlicher Zwischenfall; plötzlich rief ein Mann aus den niederen Ständen, von blassem kränklichem Aussehen, mit lauter Stimme: „Glaubt ihm nicht, Brüder! er lügt, er hat noch immer gelogen!“ Doch wüthend stürzte sich Alles auf den unzeitigen Warner und schleppte ihn unter Mißhandlungen zur Wache. Dem Könige wurde der Mensch als ein Wahnsinniger bezeichnet.

Der Zug setzte sich nunmehr wieder in Bewegung und ging über den Opernplatz die Behrenstraße entlang und über die Linden zurück. Unterwegs sprach Friedrich Wilhelm noch namentlich an der Universität zu den Studenten, die hier unter Führung der Professoren Müller und Hecker in Reih und Glied standen und am köllnischen Rathhaus, das noch die Kugelspuren des kaum verflossenen Kampfes aufwies. „Ich weiß es wohl“, äußerte er hier, „daß ich nicht stark bin durch die Waffen meines gewiß starken und tapferen Heeres, daß ich nicht stark bin durch meinen gefüllten Schatz, sondern nur durch die Herzen und Treue meines Volkes.“

Endlich langte die Kavalkade wieder beim Schlosse an, von dessen Zinnen ebenfalls eine mächtige Fahne mit den Reichsfarben wehte. Noch einmal mischte sich der König, vom Prinzen Albrecht begleitet, unter das Volk, dann zog er sich mit den Bürgern Gleich und Stieber zurück.

Am Abend erschien, wie um jedes Mißverständniß auszuschließen, noch ein längerer, vom Könige selbst verfaßter und von sämmtlichen Ministern gegengezeichneter Aufruf „An Mein Volk und die deutsche Nation!“ der im wesentlichen eine klarere und präzisere Ausführung des phrasenhaft-überschwänglichen Arnim'schen Machwerkes bildet. „Ich übernehme heute diese Leitung für die Tage der Gefahr“, lautet der wichtigste Satz des ziemlich langen Schriftstückes. „Mein Volk, das die Gefahr nicht scheut, wird Mich nicht verlassen, und Deutschland wird sich Mir mit Vertrauen anschließen. Ich habe heute die alten

deutschen Farben angenommen und Mich und Mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reiches gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf!" Im Folgenden verspricht das Manifest dann noch die Aufstellung eines deutschen Bundesheeres, bewaffnete Neutralitätserklärung, Einführung wahrer, konstitutioneller Verfassungen, eine wahrhaft volksthümliche, freisinnige Verwaltung u. s. w. u. s. w.

Was war nun Zweck und Ziel dieses ganzen so gewagten, fast abenteuerlichen Schrittes? Es war nur Eines möglich: Friedrich Wilhelm mußte sich, mit der deutschen Fahne in der Hand, von seinem jubelnden Volke umgeben, als den neuen Herrscher des geeinigten deutschen Reiches erklären, die seit mehr als vierzig Jahren ruhende deutsche Kaiserwürde erneuen, nicht jene Kaiserwürde von Gottes oder vielmehr von Papstes Gnaden, wie sie das verflossene heilige römische Reich deutscher Nation gekannt, sondern eine solche, die das deutsche Volk ihm anbot.

Das Wagniß war kühn, aber es bot gerade jetzt Aussicht auf Erfolg, wo der ganz Deutschland durchbrausende Märzsturm das Unglaublichste möglich erscheinen ließ. Die deutschen Kleinstaaten waren nicht im Stande zu widerstehen, manche von ihnen, wie ja namentlich Baden, direkt auf preußische Hülfe angewiesen. Oesterreich, durch Bürgerkrieg und Aufruhr zerrüttet, war zur Zeit nicht im Stande, seine gewöhnliche Rolle eines Bleigewichtes an den Füßen der preußischen Politik durchzuführen — die Tage von Olmütz lagen noch in weiter Ferne. Auch Frankreich war viel zu viel mit seinen eigenen Wirren beschäftigt, um sich in fremde Angelegenheiten zu mengen, und so blieb als einziges ernstliches Hinderniß von außen der Widerspruch des Zaren übrig.

Hätte jetzt unter solchen Umständen Friedrich Wilhelm die Kraft gefunden, sich von der Beeinflussung von Seiten eines halbbarbarischen Staates loszusagen und endgültig mit den Traditionen der heiligen Allianz zu brechen, hätte er mit fester Hand in Süddeutschland die republikanischen Emeuten niedergeschlagen, Baierns und der anderen Staaten partikularistische Tendenzen nöthigenfalls mit Gewalt unterdrückt, den Dänen Schleswig-Holstein in einem ernstlichen Kriege entrissen, dann

wäre vielleicht sein Entschluß zum Heile und Segen für Deutschland ausgeschlagen; dann wären wir nicht gezwungen, in diesen Blättern so Manches und Vieles zu berichten, was besser ungeschehen geblieben wäre, von dem Scheitern des deutschen Einigungswerkes in Frankfurt, von dem Schicksal der Elbherzogthümer und der deutschen Flotte, von den Tagen von Malmö und Olmütz und Anderem mehr.

Aber zu solchem Werke bedurfte es einer größeren Kraft des Entschlusses und einer größeren Rücksichtslosigkeit in der Durchführung desselben, als sie dem König und seinen Berathern zur Verfügung standen.

So war auch hier wieder das System der halben Maßregel zur Anwendung gebracht. Man hatte die beste Absicht, Etwas zu thun, aber im entscheidenden Augenblicke versagte die Kraft. Dadurch mußte der ganze Umritt die Wirkung aller halben Maßregeln nach sich ziehen, daß sie gerade das Gegentheil dessen hervorrufen, was sie bezweckten. Das Vertrauen des Volkes hatte der König trotz allen Jubels nicht in höherem Maße gewonnen. Mit welchen Gefühlen aber die Potsdamer Militärpartei der Sache gegenüberstand, braucht wohl kaum ausgeführt zu werden.

Im übrigen Deutschland erregte der Schritt des Königs theils Befremden, theils Entrüstung. Die meisten Regierungen waren außer sich, ebenso aber auch das Volk. Die größte Erbitterung herrschte in Wien[1] und in München, wo der Pöbel soweit ging, das Bild Friedrich Wilhelms öffentlich zu verbrennen.

War somit dies Unternehmen gänzlich mißglückt, so brachte der folgende Tag, der 22. März, eine wahrhaft großartige Feier, das Begräbniß der gefallenen Barrikadenkämpfer.

Schon in der Nacht vom Montag zum Dienstag hatte man die sämmtlichen Leichen, die bis dahin in verschiedenen Kirchen der Stadt untergebracht gewesen waren, nach der Kirche am Gendarmenmarkt überführt und daselbst auf einem mächtigen,

---

[1] Vgl. die Depeschen des Schweizer Gesandten Effinger bei Scherr I, 412, in Wien befürchtete man bereits eine Uebersiedelung des Bundestages nach Potsdam.

schwarz ausgeschlagenen Trauerkatafalk 183 bekränzte Särge neben einander aufgestellt.

Unter allgemeiner Bewegung brach der 22. März, ein schöner milder Tag, an. Die Physiognomie der Stadt war völlig verändert; überall hingen neben den deutschen Fahnen lange schwarze Trauerflore aus den Fenstern und von den Zinnen des königlichen Schlosses; sämmtliche Zeitungen erschienen schwarzgerändert; eine unabsehbare Menge, die Männer mit Flor an Hut und Arm, die Frauen in schwarzer Kleidung, bedeckte vom frühen Morgen ab die Straßen vom Gendarmenplatz bis zu der Gruft vor dem Landsbergerthor. Es war ein einmüthiges Gefühl, das heute alle diese Tausende, das die ganze Stadt beherrschte, eine weihevolle, über das Alltägliche erhobene Stimmung ernster Trauer.

Gegen Mittag zogen die verschiedenen Abtheilungen der Bürgerwehr, das Studentencorps, die Handwerker, die Korporationen heran, dann folgte die Schützengilde, der Magistrat und die Stadtverordneten, die gesammte Geistlichkeit unter Führung des Bischofs Neander. Wiederum ertönte der Choral: „Jesus, meine Zuversicht!“ der schon vor drei Tagen erklungen, dann sprachen die Geistlichen aller Konfessionen, der Prediger Sydow, der Kaplan Ruland und der Rabbiner Sachs einige kurze Worte. Unter dem Geläute aller Glocken setzte sich sodann der Zug in Bewegung, an dem mehr als 100000 Menschen Theil genommen haben sollen. Eröffnet wurde das Ganze von einer Schaar Bewaffneter unter Urbans Führung, dann folgten die Schützengilden, Mädchen mit Atlaskissen, und hierauf die Särge, von je 6 Männern getragen und nach den einzelnen Gewerken gesondert. Dahinter kam die Geistlichkeit Berlins mit den Hinterbliebenen der Gefallenen, die Universität in vollem Ornat, die Akademie, die Künstlervereine, der Magistrat, Deputationen der Bürgerschaft, darunter ein Zug Italiener mit roth-weiß-grüner Fahne, die polnische Legion, die Berliner Kaufmannschaft, die bewaffneten Studenten mit dem Reichsbanner, Abordnungen der preußischen Städte und Vertreter Hamburgs und Braunschweigs, dann die Fabrikarbeiter, von Hesse geführt. Eine große Abtheilung Bürgerwehr beschloß den Zug.

Langsam bewegten sich die Schaaren durch die Charlotten-

straße und die Linden bis zum Schloßplatz. Hier stand der König, von Ministern und Generalen umgeben, auf dem Balkon; vor jeder der einzelnen Abtheilungen, in denen die Särge vorbeigetragen wurden, nahm er den Helm ab, während zugleich die großen Trauerfahnen des Schlosses sich grüßend senkten.

Die Sonne war bereits am Untergehen, als der 4 Stunden lange Zug den Friedrichshain erreichte. Keine bezahlte Hand hatte an den Gräbern hier gearbeitet; eigenhändig hatten die Barrikadenkämpfer die Gruft für ihre gefallenen Genossen gegraben. In der Mitte der vier langen Reihen, welche die Särge aufnehmen sollten, erhob sich ein Mast mit dem schwarzverschleierten deutschen Adler und dem Wappen der Stadt Berlin. Der Prediger Sydow hielt hier die Gedächtnißrede, der Bischof Neander sprach den Segen, eine Rede des Assessors Jung beendete die Feier, die erst bei völliger Dunkelheit ihren Abschluß erreichte.

Die gefallenen Offiziere und Soldaten sollten Anfangs mit den Barrikadenkämpfern zusammen begraben werden, doch scheiterte dies Vorhaben an dem Widerstand des Volkes, das darin eine „Entweihung" sah. Sie wurden später für sich allein ebenfalls mit großem Gepränge bestattet. Mit diesem wahrhaft großartigen Trauerfest hatte die preußische Revolution ihren höchsten und reinsten Aufschwung genommen. Schon damals war allgemein die Ansicht verbreitet, daß ein solcher Augenblick nicht wiederkehren würde, und die Ereignisse gaben ihr nur zu bald Recht.

Die geschilderten Begebenheiten beherrschten diese Tage so vollständig, daß die sonstigen Vorfälle daneben keine Beachtung fanden. Der Rücktritt des unfähigen Bürgermeisters Krausnick, der durch Naunyn ersetzt wurde, erschien fast selbstverständlich. Ebenso erweckte der Befehl zur Rückgabe der kleineren, in den königlichen Leihhäusern versetzten Pfänder, sowie zur Entlassung der in der Stadtvoigtei Arretirten zwar Freude, aber kein besonderes Aufsehen.

Wichtiger dagegen war die an den Kriegsminister gerichtete, vom 21. datirte Kabinetsordre, daß die Armee neben der preußischen auch die deutsche Kokarde anzustecken habe. Wie das

preußische Heer diesen Befehl aufnahm, zeigt die beglaubigte Thatsache, daß ein Offizier in Naumburg sich erschoß, um nicht das verhaßte Zeichen tragen zu müssen.

Die Vorfälle in Berlin hatten auch in anderen preußischen Städten große Aufregung erzeugt, besonders in der seit lange gährenden Rheinprovinz. In Köln wurde mit Genehmigung des Erzbischofs von Geißel die deutsche Flagge auf dem Dom aufgezogen, und wiederum Abordnungen von dieser und anderen rheinischen Städten nach Berlin geschickt; die von der Hauptstadt aus unternommenen Beschwichtigungsversuche halfen nicht viel[1], ja es kam sogar dazu, daß die Kölner Garnison eine völlig aufrührerische Adresse an den Divisionsgeneral Graf Canitz richtete[2].

In Breslau, von wo wie gleichfalls von Liegnitz Deputationen nach Berlin gingen, herrschte völlige Unordnung. Eine „Volksdeputation", aus dem Grafen Reichenbach, den Herren

[1] Am 22. März telegraphirte Arnim an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Eichmann:

„Berlin, den 22. März 1848, um 1/2 12 Uhr Mittags. Gestern hat Seine Majestät der König die Nationalfarben Deutschlands angenommen, in einer Proklamation wie mündlich sich ausgesprochen, daß er Sich ohne Usurpation an Deutschlands Spitze stellen werde, um dem deutschen Volke Einheit und Unabhängigkeit zu bewahren, Seine Majestät der König ritten durch die Stadt unter lautem Jubel und unbeschreiblichem Enthusiasmus des Volkes.

Die Bewegung ist hiernach als beseitigt zu betrachten!

von Arnim."

[2] Man glaubt sich in die badischen Zustände versetzt, wenn man in dieser Adresse folgende Forderungen und Meinungen der Soldaten, die „noch in den Fesseln eines absoluten Militärstaates schmachten", findet: „Die preußischen Kriegsartikel sind eines der schändlichsten Denkmale der Willkürherrschaft!" — „Abschaffung der des Soldaten, als Staatsbürger, so unwürdigen Behandlung von Seiten der Vorgesetzten." — „Aufhören des bloß zu Parademachen dienenden Exerzirens." — „Nicht mehr willenlose Drahtpuppen zum Amüsement hoher Herrschaften können heute noch die Vertheidiger Deutschlands sein."

Auch von „den ruhmvollen Kämpfern der Barrikaden zu Berlin" ist die Rede.

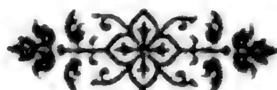
Die Adresse wurde natürlich nicht angenommen, doch setzten die Soldaten eine ihrer Forderungen durch, die Anrede mit „Du" wurde, wenigstens offiziell, abgeschafft.

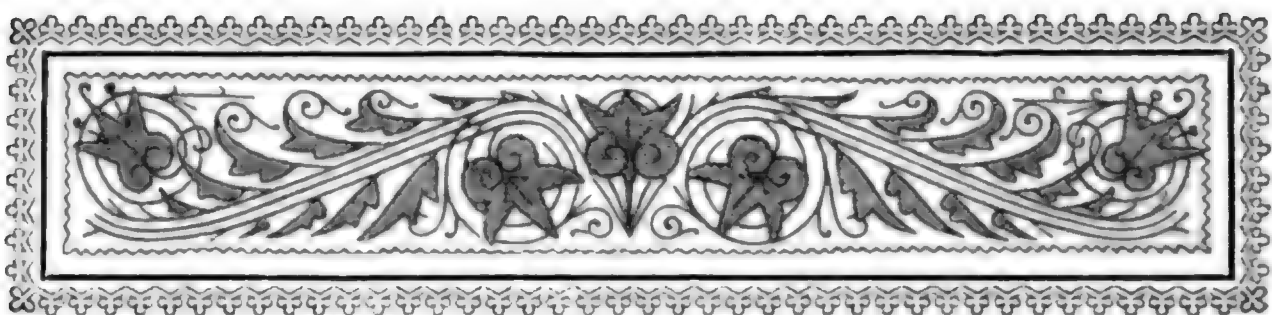
Semrau und May und dem „Arbeiter" Pelz bestehend, führte hier das große Wort und terrorisirte den Bürgermeister Pinder.

In Aachen zogen die Blusenmänner in Haufen durch die Stadt; nur mit Blutvergießen stellten Militär und Polizei die Ruhe her; ernstliche Bauernunruhen fanden im Münsterlande, Arbeitertumulte zu Elberfeld statt. In Kochem riß das Volk von der nahe gelegenen Metternich'schen Winneburg im Triumph das fürstliche Wappen herunter.

In allgemeinem Durcheinander und freudiger Aufregung gingen die Märztage in Preußen zu Ende, und auf den ersten Blick mochte es wirklich scheinen, als habe eine neue, verheißungsreiche Zukunft für das Land begonnen. Allein bei einer schärferen Betrachtung gestalten sich die Dinge ganz anders; es hatte freilich eine Revolution stattgefunden, aber keine solche, die einen dauernden Umschwung der Machtverhältnisse im Staate hervorgebracht hätte. Die Armee war so zahlreich und brauchbar wie je zuvor; daß sie dennoch am 18. März dem Volk das Feld räumte, geschah nicht, weil sie sich besiegt fühlte, sondern auf Befehl des Königs.

Alle diese „März-Errungenschaften", über die das Volk jubelte, lagen in der Hand eines Mannes, im Belieben des Königs, der plötzlich und unerwartet sich der Revolution angeschlossen hatte. Er brauchte nur mit der Hand zu winken und von Neuem setzten sich von Potsdam seine getreuen Truppen in Bewegung, um zum zweiten Male, und mit doppelter Kraft und doppeltem Zorn den Vernichtungskampf gegen den Aufruhr zu beginnen. Und es war klar, daß dies kommen mußte; denn unmöglich konnte Friedrich Wilhelm bei seinem ganzen Charakter und seiner Denkart, wenn auch jetzt durch die Ereignisse betäubt und fortgerissen, sich dauernd der Volksbewegung anschließen. Schon im März vermochte ein Sehender in Preußen zu erkennen, daß nicht dem Volke, dem augenblicklichen Sieger, der endgültige Sieg zufallen würde, sondern jener, jetzt scheinbar geschlagenen und unterlegenen Partei, die in Potsdam mit verbissenem Ingrimm wartete, bis ihre Zeit gekommen sei.





VI. Abschnitt:

Das Vorparlament.

Der Gedanke einer einheitlichen deutschen Volksvertretung, ein Ausdruck des nationalen Selbstbewußtseins, welches die Freiheitskriege von Neuem erweckt hatten, war in den Jahrzehnten der Reaktion niemals ganz unterdrückt, sondern stets, einerseits durch die Mißwirthschaft des Bundestags, andererseits durch die Bemühungen der liberalen Vorkämpfer namentlich in Baden wach gehalten worden. In letzterem Staate hatte noch wenige Tage vor dem Ausbruche der Revolution der Abgeordnete Bassermann in der Kammer seine berühmte, bereits erwähnte Motion gestellt.

Die Forderung eines deutschen Parlamentes war daher einer der ersten Wünsche, die das Volk erhob, als der Märzsturm die deutschen Lande durchzog. Die einzelnen Regierungen vermochten von sich aus begreiflicher Weise diesem Verlangen nicht nachzukommen, sondern mußten sich, wenn sie besonders guten Willen zeigen wollten, mit darauf bezüglichen Wünschen an den Bundestag wenden. Daß die Versammlung der Eschenheimer Gasse aus freien Stücken aber einen solchen Entschluß fassen und ein Volkshaus an ihre Seite berufen, wie dies die Gemäßigteren verlangten, oder gar, worauf der Wunsch der Radikalen zielte, ihre ganze Machtbefugniß einem solchen übertragen würde, war nicht zu erwarten. Der Anstoß zur Bildung eines deutschen Parlamentes mußte vom Volke selbst ausgehen.

Am 5. März fanden sich zu Heidelberg 51 fortschrittlich gesinnte Männer, fast sämmtlich Mitglieder der einzelnen Ständeversammlungen, zu einer Besprechung zusammen; ein großer Theil von ihnen, Bassermann, Brentano, Gervinus, Häusser, v. Soiron, v. Itzstein, Mathy, v. Struve, Welcker, Hecker, stammten aus dem Großherzogthum Baden, andere, wie von Gagern und Wernher, aus Hessen-Darmstadt. Aus Würtemberg war Römer, aus der preußischen Rheinprovinz Hansemann, aus Oesterreich Wiesner erschienen. Das Resultat ihrer Besprechungen war eine Bekanntmachung, welche den ersten Schritt zum Zusammentritte des Frankfurter Parlamentes bildet und folgenden Wortlaut besaß:

„Heute waren hier 51 Männer versammelt aus Preußen, Baiern, Würtemberg, Baden, Hessen, Nassau und Frankfurt, fast alle Mitglieder von Ständekammern, um in diesem Augenblick der Entscheidung über die dringendsten Maßregeln für das Vaterland sich zu besprechen."

„Einmüthig entschlossen in der Hingebung für Freiheit, Einheit, Selbständigkeit und Ehre der deutschen Nation, sprachen Alle die Ueberzeugung aus, daß die Herstellung und Vertheidigung dieser höchsten Güter im Zusammenwirken aller deutschen Volksstämme mit ihren Regierungen — solange auf diesem Wege Rettung noch möglich ist — erstrebt werden müssen."

„Einmüthig nicht minder war der tiefe Ausdruck des Schmerzes, daß die traurigsten Erfahrungen über die Wirksamkeit der deutschen Behörde das Vertrauen zu derselben so erschüttert haben, daß eine Ansprache der Bürger an sie die schlimmsten Mißklänge hervorrufen würde. Tief betrübend in einem Augenblick, wo diese Behörde sich auf die traurigen Erfahrungen der Geschichte beruft und mit schönen Worten von der hohen Stellung spricht, welche die Nation unter den Völkern einzunehmen berufen ist, wo sie jeden Deutschen zu vertrauensvollem Mitwirken auffordert, — tief betrübend in diesem Augenblick ist die Erinnerung, daß sie selbst den Deutschen verboten hat, Vorstellungen an sie zu richten."

„Die Versammelten sprachen ihre Ueberzeugung von dem, was das Vaterland dringend bedarf, einstimmig dahin aus":

„Deutschland darf nicht durch Dazwischenkunft in die Angelegenheiten des Nachbarlandes oder durch Nichtanerkennung

der dort eingetretenen Staatsveränderung in Krieg verwickelt werden."

„Die Deutschen dürfen nicht veranlaßt werden, die Freiheit und Selbständigkeit, welche sie als ihr Recht für sich selbst fordern, andern Nationen zu schmälern und zu rauben."

„Die Vertheidigung der Deutschen und ihrer Fürsten darf hauptsächlich nur in der Treue und dem bewährten Kriegsmuth der Nation, nie in einem russischen Bündniß gesucht werden."

„Die Versammlung einer in allen deutschen Landen nach der Volkszahl gewählten deutschen Nationalvertretung ist unaufschiebbar, sowohl zur Beseitigung der nächsten inneren und äußeren Gefahren wie zur Entwickelung der Kraft und Blüthe deutschen Nationallebens."

„Um zur schleunigen und möglichst vollständigen Vertretung der Nation das Ihrige beizutragen, haben die Versammelten beschlossen":

„Ihre betreffenden Regierungen auf das Dringendste anzugehen, so bald und so vollständig als nur immer möglich ist, das gesammte deutsche Vaterland und die Throne mit diesem kräftigen Schutzwalle zu umgeben."

„Zugleich haben sie verabredet, dahin zu wirken, daß baldmöglichst eine vollständigere Versammlung von Männern des Vertrauens aller deutschen Volksstämme zusammentrete, um diese wichtigste Angelegenheit weiter zu berathen und dem Vaterland wie den Regierungen ihre Mitwirkung anzubieten."

„Zu dem Ende wurden sieben Mitglieder ersucht, hinsichtlich der Wahl und der Einrichtungen einer angemessenen Nationalvertretung Vorschläge vorzubereiten und die Einladung zu einer Versammlung deutscher Männer schleunigst zu besorgen."

„Eine Hauptaufgabe der Nationalvertretung wird jedenfalls die Gemeinschaftlichkeit der Vertheidigung und die Vertretung nach außen sein, wodurch große Geldmittel für andere wichtige Bedürfnisse erspart werden, während zugleich die Besonderheit und angemessene Selbstverwaltung der einzelnen Länder bestehen bleibt."

„Bei besonnenem, treuem und mannhaftem Zusammenwirken aller Deutschen darf das Vaterland hoffen, auch in der schwie-

rigsten Lage Freiheit, Einheit und Ordnung zu erringen und zu bewahren und die Zeit einer kaum geahnten Blüthe und Macht freudig zu begrüßen!"

Als dieses Manifest am 5. März erschien, war die Bewegung in Deutschland erst im Entstehen begriffen. Je schneller und unaufhaltsamer sie in den nächsten Wochen, alle Schranken niederwerfend, das Reich durchzog, desto höher wuchs die Macht des „Siebenerausschusses", der aus Römer, Welcker, Gagern, Binding I, Itzstein, Stedtman und Willich bestand. Auch die Blicke der Fürsten lenkten sich auf diese Männer; Gagern wurde in das Darmstädter, Römer in das würtembergische Ministerium berufen, Welcker badischer Bundestagsgesandter in Frankfurt.

In seiner Eigenschaft als Vertreter der deutschen Einheitsbewegung schrieb der Ausschuß auf den 31. März eine zweite, größere Zusammenkunft der Volksführer aus, jene Versammlung, die in der Folge den Namen des „Vorparlaments" erhielt, eigentlich aber, um mit Scherr zu reden, eine „Volksversammlung im Cylinder" war. Als Ort wurde Frankfurt am Main ausersehen, welches sich durch seine zentrale Lage, die Gesinnung seiner Einwohner, sowie als Sitz des Bundestages und als freie Stadt besonders dazu eignete.

Der März neigte sich seinem Ende zu und von allen Seiten strömten die Vorkämpfer des Liberalismus, die sich berufen fühlten, an der Neugestaltung der Dinge mitzuwirken, in der alten Reichsstadt am Main zusammen. Ein buntes Leben herrschte in den Straßen Frankfurts, dessen Ansehen der ereignißreiche Märzmond gänzlich verändert hatte. „Es zog wie warmer Regenschauer über uns hin", schreibt Laube, „wenn die Schaaren neuer Jugend, wenn die Kolonnen von Turnern, die Kolonnen von Arbeitern halb lustig, halb drohend aus den Quergassen hervorquollen und neue Lieder singend die Zeil entlang zogen, trotzigen Schrittes; wenn die Flüchtlinge aus aller Herren Länder auftauchten an den Straßenecken oder in offenen Fiakern, die angehalten wurden vom Andrängen und Zuruf einstiger Kameraden von Hambach und von der Konstablerwache. Werden es noch Kameraden sein, wenn der Firniß des Wiedersehens abfällt? Sie kommen aus

England, aus Frankreich, aus der Schweiz, sie sind unter den verschiedenartigsten Eindrücken Männer geworden; wird das aber ohne große Noth ein Ganzes werden, was jetzt so bunt und hoffnungsvoll auf dem Frankfurter Boulevard, auf der Zeil, hin- und wiederwogt. Die Frühlingssonne schien lustig darein, es war ein glückseliger Anblick um die Mittagsstunde, denn Alles liebte sich in dem Getümmel, die Losungsworte waren noch allgemein, also gemeinschaftlich, die Stich- und Scheideworte waren noch nicht entdeckt, wenigstens noch nicht ausgesprochen, des Vaterlandes große Zukunft umschlang noch alle."

Schon mehrere Tage vor der Eröffnung der Versammlung hatten Zusammenkünfte privaten Charakters namentlich im Saale des „Weidenbusches" stattgefunden und waren die Geister heftig aneinander gerathen. Eine große Anzahl der bekanntesten Männer, Uhland, Dahlmann, Beseler, Wippermann, Eisenmann, Itzstein, Hecker, Struve, Welcker, Mittermaier, Hergenhahn, Vogt, Römer, Gagern, waren mit ihrem Anhange bereits in der festlich geschmückten Stadt eingetroffen, allein noch schien es zweifelhaft, welche der hier vertretenen Richtungen den Sieg davontragen würde. Nur Eines war von vornherein sicher: das südliche Deutschland besaß, was die Zahl seiner Vertreter betraf, eine unbestrittene Majorität über die aus anderen Gauen herbeigeeilten Abgeordneten. Von den 5—600 Männern, die sich in Frankfurt zusammengefunden, waren aus Hessen-Darmstadt allein 84, meist Trabanten des neuernannten Ministers von Gagern, erschienen, aus Baden 72, aus Würtemberg 52, aus Baiern 44, aus Sachsen, Nassau und Kurhessen je 26, dagegen aus Oesterreich-Ungarn 2[1]. Aus Preußen waren allerdings 141 Vertreter gekommen, doch stammten dieselben mit Ausnahme von etwa 30, sämmtlich aus der Rheinprovinz; außerdem hatte sich, da eben der Landtag in Berlin zusammengerufen war, kein einziges hervorragendes Mitglied der preußischen Opposition eingefunden; die nach Frankfurt kamen, waren meist Stadtverordnete und sonst in der Oeffentlichkeit wenig bekannte Persönlichkeiten. Aus Hannover waren 9, aus den sächsischen

[1] Graf Bissingen und Dr. Wiesner.

Herzogthümern 21, aus Mecklenburg und Lippe 19, aus den freien Städten 26, aus Anhalt, Reuß und Hohenzollern 8, aus Schleswig-Holstein 7, aus Braunschweig 5, aus Oldenburg 4, aus Hessen-Homburg 2 Abgeordnete erschienen. Schon ein Blick auf diese Zahlenverhältnisse zeigt, daß die Frankfurter Versammlung auf den Begriff eines Parlamentes keinen Anspruch machen konnte, und noch klarer wird dies, wenn man die Legitimation der einzelnen Mitglieder prüft. „Wer jemals Landstand gewesen", schreibt Laube, „hatte Sitz und Stimme; wer von irgend einer Volksversammlung erwählt war, desgleichen; und wer das Alles nicht aufweisen konnte, der Siebenerkommission aber als Patriot empfohlen schien, der konnte von dieser, die doch ebenfalls eine revolutionäre Macht war, den Zutritt erwirken." Manche hielten auch das für unnöthig und führten sich selber in die Versammlung ein.

Dieser zu Frankfurt zusammengetretene Kongreß konnte mithin eigentlich auf den Rang einer deutschen Volksvertretung keinen Anspruch machen; allerdings waren seine Mitglieder die Hauptrepräsentanten des fortschrittlichen Geistes, allein seine Abstimmungen konnte man logischer Weise nicht als maßgebend für die Entwickelung der deutschen Verhältnisse betrachten, da sie durch die unverhältnißmäßige Zahl der süddeutschen Abgeordneten kein richtiges Bild von der Stimmung des gesammten Deutschlands gaben. Da diese Süddeutschen zum großen Theil radikal und revolutionär gesinnt waren, da der Ort der Zusammenkunft selbst in der Nähe der Hauptländer der Bewegung lag, da die Bevölkerung Frankfurts durchaus demokratische Neigungen besaß, so war die Hoffnung derjenigen Männer, die einen gewaltsamen und gründlichen Umsturz herbeizuführen trachteten, eines Struve, Vogt, Schaffrath und Genossen, nicht unbegründet, die Hoffnung, daß es gelingen werde, dem Kongreß einen revolutionären Charakter aufzuprägen und ihm die Diktatur, in Art des französischen Konventes, zu verleihen.

Der 31. März brach unter allgemeiner Erwartung an; Morgens um halb neun Uhr vereinigten sich die Vertreter des deutschen Freiheitsgedankens im Kaisersaale des Römers, um zunächst die Präsidentenwahl zu vollziehen. Man hatte sich

schon in vorberathenden Versammlungen über diese Frage ausgesprochen und löste sie jetzt in der Weise, daß der frühere Präsident der badischen Kammer und Heidelberger Professor Mittermaier zum Vorsitzenden, Dahlmann, Itzstein, Jordan und Robert Blum zu Vizepräsidenten gewählt wurden. Die Wahl des Präsidenten war, — darüber sind später fast Alle einig gewesen — die denkbar ungünstigste. Mittermaier war ein wohlwollender, unentschlossener, etwas ängstlicher Mann von unbestimmt liberalen Anschauungen, dem es gänzlich an der Kraft gebrach, um eine so stürmisch bewegte, die schroffsten Gegensätze in sich bergende Versammlung auf den Weg einer geordneten Debatte zu leiten.

Gegen zehn Uhr setzte sich, nachdem diese Formalitäten beendet waren, das „Vorparlament" unter Glockengeläute, Kanonendonner und stürmischem Jubel der Bevölkerung in einem feierlichen Zuge nach der Paulskirche in Bewegung. Im Inneren dieses Domes, welches in aller Eile zu einem Parlamentssaal umgewandelt war, und auf dessen Galerieen bereits Hunderte von Zuhörern den Anfang der Sitzung erwarteten, sollte die Berathung vor sich gehen.

Den Anfang des Redeturniers machte, wie billig, der Präsident Mittermaier; er sprach längere Zeit vom „Erwachen des Riesen Volksgeist" und Aehnlichem, erzielte aber mit seinen unbestimmten Worten und Wendungen keinen sonderlichen Erfolg.

Es war klar, daß die nun folgende Debatte sich um das von der Siebenerkommission entworfene Programm drehen mußte, welches folgende Forderungen enthielt:

„I. Ein Bundesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern. II. Ein Senat der Einzelstaaten. III. Ein Haus des Volkes, hervorgehend aus Urwahlen nach dem Maßstab von 1 zu 70000. IV. Kompetenz des Bundes durch Verzichtung der Einzelstaaten auf folgende Punkte zu Gunsten der Zentralgewalt: 1) Ein Heerwesen. 2) Eine Vertretung gegenüber dem Ausland. 3) Ein System des Handels, der Schiffahrtsgesetze, des Bundeszollwesens, der Münze, Maße, Gewichte, Posten, Wasserstraßen und Eisenbahnen. 4) Einheit der Civil- und Strafgesetzgebung und des Gerichtsverfahrens. Ein Bundesgericht. 5) Verbürgung der

nationalen Freiheitsrechte. V. Der Beschluß der Einberufung der Nationalversammlung auf obige Grundlagen erfolgt durch die mit Vertrauensmännern verstärkten Bundesbehörden. VI. Ein aus gegenwärtiger Versammlung zu wählender permanenter Ausschuß von 15 Gliedern ist beauftragt, die Vollziehung der Einberufung der konstituirenden Nationalversammlung zu betreiben. Wenn innerhalb vier Wochen von heute der Zusammentritt nicht erfolgt ist, so tritt diese Versammlung am 3. und 4. Mai hier wieder zusammen. Im Falle der Dringlichkeit kann der Ausschuß die Versammlung auf einen früheren Termin zusammenberufen."

Ein derartiges Programm konnte die Radikaleren unter den Versammelten nicht befriedigen. Kaum hatte Mittermaier seine Rede geschlossen, als Struve, der Mannheimer Demokrat, seine eigenen Wünsche in fünfzehn Paragraphen darlegte, deren letzter kurz und bündig die „Aufhebung der erblichen Monarchie" enthielt. Das „Parlament" sollte bis auf Weiteres in Frankfurt zusammenbleiben und „durch einen freigewählten Vollziehungsausschuß das große Werk der Wiederherstellung Deutschlands vorbereiten".

Der Antrag ließ kein Mißverständniß zu; die entscheidende Frage war aufgeworfen, die Versammlung stand vor der Wahl zwischen Monarchie und Republik, zwischen Reform und Revolution.

Ehe man sich darüber noch klar werden konnte, führte ein sächsischer Gesinnungsgenosse Struve's, Schaffrath, die Sache der Radikalen weiter. Er empfahl die Einsetzung eines Ausschusses, um die Anträge, namentlich aber das Siebenerprogramm, zu prüfen. Eine heftige Debatte entspann sich; mit dem ihm eigenen unschönen Eifer und rechthaberischer Verbissenheit trat Welcker für sein Programm ein, der Heidelberger Professor Gervinus trug auf Abstimmung über den Schaffrath'schen Antrag an, ein Vorschlag, dem sein Kollege auf dem Präsidentenstuhle nicht Statt gab, Robert Blum erging sich gegen die Siebenerkommission, Eisenmann, der vielverfolgte bairische Kämpfer, ein Mann von stärkerem Charakter als Geiste, sprach allerhand redliche Wünsche, „zum Ziele zu führen, zur Gestaltung zu bringen", ohne daß etwas Positives herauskam, nochmals er-

schien Welcker und nach ihm der Darmstädter Jaup auf der Tribüne, da zeigte die plötzliche Bewegung, die durch die Versammlung ging, daß der Führer und Mittelpunkt des Ganzen in die Verhandlung eingetreten sei. Heinrich von Gagern ergriff das Wort.

Es kam viel zusammen, um dem hessischen Freiherrn zu der leitenden Stelle in Frankfurt zu verhelfen: seine imponirende, männliche Erscheinung, seine wohllautende Beredsamkeit, seine unzweifelhafte Begeisterung für die deutsche Sache, daneben aber auch gewiß nicht minder sein Adelstitel, der bekannte Namen seines Hauses und seine eigene Stellung als hessen-darmstädtischer Märzminister. Lebhafter Beifall folgte seiner Rede, in der er entschieden für das Siebenerprogramm eintrat; die Sache der Gemäßigten schien gewonnen, allein Mittermaier hatte die Leitung der Versammlung verloren und versäumte es, sofort abstimmen zu lassen. Verwirrung griff um sich; Hecker lärmte unter dem Jubel der Galerie gegen solch eine galoppirende Beschlußfassung, Bassermann und Welcker traten ihm entgegen, während der Präsident selbst in dem allgemeinen Lärm Etwas von dem Eisenmann'schen Vorschlag sprach.

So weit waren die Dinge gediehen, Welcker hatte soeben geendet, da bestieg Einer der Radikalsten und Rücksichtslosesten, Karl Vogt aus Gießen, die Tribüne. „Der Herr Abgeordnete", begann er, „oder vielmehr der Herr Bundestagsgesandte Welcker —". Er kam nicht weiter, die Paulskirche erdröhnte unter einem Entrüstungssturm, wie er, nach allen Zeugnissen, nicht wieder gehört wurde, Alles schrie und tobte durcheinander, der Redner mußte die Tribüne verlassen, der Präsident war gänzlich fassungslos, die Verhandlung löste sich in einem allgemeinen Tumulte auf. „Die Jungfräulichkeit der Versammlung ist dahin", heißt es in Laube's Erinnerungen — „die Unbefangenheit vernichtet, eine Debatte ist nicht mehr möglich, die Sitzung muß aufgehoben werden; aufgeregt, zum Theil voll Verzweiflung, drängt man sich aus der Kirche heraus."

Als man sich nach einer Stunde wieder zusammenfand, herrschte merkliche Niedergeschlagenheit, und die Debatte nahm einen ruhigeren Verlauf. Schulz-Darmstadt brachte eine Reihe

richtig gewählter Fragen vor, die die Vertretung der Bundesgebiete an der neuen Verfassung, das Verhältniß der Zahl der Volksvertreter zur Bevölkerung, die Art der Wahl, Ort und Zeit des Zusammentritts des Parlaments und die Betheiligung der Regierungen an dem Letzteren zur Diskussion stellten.

Was zunächst den ersten Punkt betraf, so wurde unter stürmischem Beifall beschlossen, Schleswig, Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund aufzunehmen. Ueber Posen konnte man sich nicht recht einigen und begnügte sich mit einer Resolution Blums, die die Wiederherstellung Polens als „die heilige Pflicht des deutschen Volkes“ erklärte.

Kaum war man zu der zweiten Frage, auf wieviel Seelen ein Vertreter kommen solle, übergegangen, als der Präsident durch eine ziemlich unnütze Allarmmeldung, es seien Bewaffnete im Anmarsch gegen die Kirche, Alles in größte Aufregung brachte. Die Galerieen lärmten, im Saale haderten die Abgeordneten miteinander, bis endlich die beruhigende Meldung eintraf, daß der ganze Aufruhr sich auf eine Schlägerei beschränkt habe, die in der Gegend des „Deutschen Hofes“ zwischen Mainzer Turnern unter Führung des Republikaners Metternich und konstitutionell gesinnten Frankfurtern stattgehabt. Nachdem sich die Aufregung gelegt, einigte man sich nach kurzer Debatte, daß ein Abgeordneter je 50,000 Seelen vertreten solle, und schloß damit die erste Sitzung des Vorparlaments.

Am zweiten Sitzungstage, dem 1. April, stand zunächst die Art der Wahlen auf der Tagesordnung; man beschloß, alles Nähere hierin den Regierungen zu überlassen, wobei jedoch die unmittelbare Wahl im Prinzip empfohlen wurde. Wahlberechtigt sollte jeder Deutsche, gleichviel welches Standes und Glaubensbekenntnisses, sein, als Altersgrenze zur Ausübung der Wahlfunktion wurde die Volljährigkeit festgesetzt, nachdem der zunächst vorgelegte Antrag, die Altersstufe auf 25 Jahre zu normiren, vielfachen Widerspruch, namentlich von Seiten Karl Vogts, erfahren hatte.

Eine kurze Pause trat ein; dann ging man zu dem Hauptgegenstande über, dem Antrag auf Permanenz der Versammlung. Es war dies der letzte Versuch der Radikalen, das Vorparlament

in den Strom der Revolution zu lenken, denn sie wußten wohl, daß die jetzt noch kräftige republikanische Bewegung, wenn sie nicht von einer entschlossenen Oberleitung weitergeführt wurde, in den vier Wochen bis zum Zusammentritt der Parlamentes ihren Schwung bereits eingebüßt haben mußte. Ein allgemeiner Tumult brach daher aus, als Welcker in seiner heftigen Weise gegen solche Pläne loszog, „Ordnung und Einheit" lobte und auf gutes Einvernehmen mit dem Bundestage drang. Die Galerieen lärmten, Vogt und Genossen hielten im Saale mit Aeußerungen der Entrüstung nicht zurück, Hecker stürmte auf die Tribüne und bot seine ganze Beredsamkeit auf, um die Versammelten für den Vortheil der Permanenz zu begeistern.

Allein die Mehrzahl derselben blieb unerschütterlich bei dem Gedanken eines Ausschusses von etwa fünfzig Mitgliedern stehen; der Flüchtling Venedey, der spätere Reichsminister Heckscher sprachen in diesem Sinne, während der Königsberger Demokrat Jakoby, der Verfasser der „Vier Fragen", in der ihm eigenen, trocken-grüblerischen Weise sich „ohne Anführung von Gründen" für Permanenz erklärte.

Es war hohe Zeit, daß in all dem Wirrwarr endlich wieder der einzige Mann auftrat, der die Versammlung zu beherrschen vermochte. Heinrich von Gagern bestieg die Tribüne und erklärte sich gegen die Permanenz der Versammlung und für die Einsetzung eines Ausschusses. Damit war das Schicksal des Tages entschieden. Umsonst boten Hecker und Blum noch einmal alle Kraft auf, um etwa Wankende auf ihre Seite zu ziehen; mit überwältigender Mehrheit, 368 gegen 148 Stimmen, verwarf das Haus die Permanenzerklärung.

Die Niederlage der Demokratie war vollständig; die zwei Sitzungstage hatten, trotz aller Verwirrung, doch die Sachlage insoweit geklärt, daß von einer revolutionären Majorität in dem Vorparlamente, wie sie Hecker, Struve, Vogt, Robert Blum, Schaffrath und Genossen erhofft hatten, nicht die Rede sein konnte. Man beschloß am Abend des 1. April, am folgenden Tage einen letzten Hauptschlag gegen das Vorparlament auszuführen.

Die ersten Stunden der dritten Sitzung verliefen jedoch

ziemlich ruhig; man stritt sich wieder über die Wahlart, vermittels welcher der Fünfzigerausschuß gemäß dem gestern angenommenen Gagern'schen Antrage ins Leben gerufen werden sollte, da stellte plötzlich der Mainzer Demokrat Zitz einen Antrag folgender Fassung:

„Die Versammlung soll erklären, bevor die Bundesversammlung die Angelegenheit der Gründung einer konstituirenden Versammlung in die Hand nimmt, möge sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüssen lossagen, und die Männer aus ihrem Schooße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben."

Dieser Antrag, obwohl durchaus nicht revolutionär, sondern auch einer gemäßigt liberalen Gesinnung entsprechend, wurde nichtsdestoweniger sofort von dem badischen Abgeordneten Bassermann bekämpft. Der Letztere war zu der Erkenntniß gelangt, daß die Demokraten durch diesen anscheinend so gemäßigten Vorschlag hauptsächlich ihren gestrigen Antrag, die Permanenz der Versammlung, in anderer Form durchsetzen wollten, und brach dem ganzen Unternehmen die Spitze ab, indem er vorschlug, an Stelle des Wortes „bevor" „indem" zu setzen. Es war klar, daß dadurch der Sinn des ganzen Satzes eine völlige Aenderung erlitt, und die Erregung der Radikalen über das geschickte parlamentarische Manöver begreiflich. Ein allgemeiner Sturm erhob sich auf der Linken; der Volksmann Kapp aus Heidelberg tobte auf der Tribüne[1], von Itzstein aus Baden vermehrte die Verwirrung, indem er, obwohl selbst radikal gesinnt, sich gegen die Fassung „bevor" aussprach, Struve endlich

[1] „Er (Kapp)", erzählt Laube (I, 95), „that seine Schuldigkeit dergestalt, daß Freiherr von Andlaw ihm zwischen die Rede rief: «Schimpfen Sie nicht so!» — «Lernen Sie erst die deutsche Sprache», erwiderte grimmig der bleiche Herr Kapp, «ehe Sie sich erdreisten, deutsche Worte zu unterbrechen, und befleißigen Sie sich der Ihnen gebührenden Bescheidenheit! — und damit Still! — kein Wort mehr! — Herr Präsident, schaffen Sie Ruhe und Ordnung in diesem Saal! — Still!!» — Präsident (nicht ohne Schüchternheit, da ihm wohl des speziellen Landsmanns parlamentarische Bildung bekannt ist): «Es hat ja Niemand gegen den Antrag gesprochen.» — Herr Kapp: «Ich dulde aber keinen Schimpf!»" — u. s. w.

spielte den letzten Haupttrumpf aus, indem er rundweg erklärte, dieses „bevor", welches selbst gegen den Willen von Parteigenossen, wie Itzstein u. A., in den Antrag gekommen war, sei „der letzte Versuch, welcher von ihrer Seite gemacht werde, ob sie noch weiter fort mit dieser Versammlung wirken und zusammenbleiben könnten".

Struve hat es später durch die That bewiesen, daß es ihm Ernst mit dieser Drohung war; vorläufig aber gelang es ihm sowenig wie Hecker, Blum und Schaffrath die Versammlung mit sich fortzureißen; das Wort „bevor" wurde in der Abstimmung über den Antrag Zitz verworfen.

Damit war das Signal zur Ausführung einer bereits vorher beschlossenen Demonstration der Linken gegeben. Kaum war das negative Resultat verkündet, so erhoben sich gemeinschaftlich die gesammten Heckerianer und verließen unter dem Lärm der Zuhörerschaft ostentativ den Saal. Allgemeine Bestürzung bemächtigte sich der Zurückgebliebenen, der ganz fassungslose Präsident wußte in diesem Augenblicke, der über die Lebensfähigkeit und Geschicke des deutschen Parlamentes entscheiden mußte, nichts Besseres vorzuschlagen, als eine halbstündige Pause.

In diesem kritischen Momente bemächtigte sich ein selbst radikal Gesinnter, Raveaux aus Köln, der Situation. Sein in den Tumult hineingerufenes Wort: „Der sei der freisinnigste Mann, welcher seine individuelle Ansicht der Mehrheit unterwerfe", schlug durch; und es trat allmählich wieder eine gewisse Ruhe ein; es zeigte sich, daß durchaus nicht alle Demokraten dem Rufe Heckers, die „geschändete" Versammlung zu verlassen, gefolgt waren, sondern deren Zahl sich nur auf einige vierzig belief; später, nach Annahme des Antrages Bassermann, verließen nochmals ein Dutzend Mißvergnügte den Saal, meist Anhänger Heckers und Struve's; eine ganze Reihe der hervorragendsten demokratischen Führer jedoch, namentlich Karl Vogt, waren ruhig sitzen geblieben. Robert Blum hatte lange geschwankt, was er thun solle. Endlich entschloß er sich zu einem Mittelweg; er ging ebenfalls heraus, unterhandelte draußen mit den Ausgetretenen, und kehrte dann wieder in den

Saal zurück, um eine gewundene Erklärung abzugeben aus der Jeder, was er wollte, zu entnehmen vermochte.

Im Schoße der Versammlung herrschte, nachdem es gelungen war, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, eine unbehagliche Stimmung, zumal sich auch Gerüchte vom Eintreffen bewaffneter Schaaren aus Hanau verbreiteten. Man wußte nicht recht, was man anfangen sollte, debattirte über Volksbewaffnung und trieb endlich die Lächerlichkeit so weit, auf die Aufforderung des Präsidenten hin „die Sympathie für die Lage der arbeitenden Klassen durch Aufstehen zu erkennen zu geben". Eine einfachere und raschere Lösung der sozialen Frage als diese am 2. April in der Paulskirche entdeckte ist wohl nie gefunden worden.

Das Merkwürdigste an der ganzen Verhandlung aber war, daß alles dieses Schreien und Lärmen über den Antrag Zitz und die dadurch erfolgte Spaltung der Versammlung vollständig unnöthig gewesen. Denn während man sich in der Paulskirche über die Ausnahmegesetze herumstritt, war im Thurn und Taxis'schen Palais in der Eschenheimer Gasse der Bundestag zusammengetreten und hatte aus freien Stücken alle seit 1819 erlassenen verfassungswidrigen Bundesverfügungen für aufgehoben erklärt.

Im Lager der ausgetretenen Demokraten herrschte inzwischen zunehmende Verwirrung; denn Niemand wußte, da wider Erwarten die Sprengung der Versammlung nicht erreicht war, was nun thun. Es hätten sich logischerweise nur zwei Wege dargeboten; entweder mußte Hecker und die Seinigen, wie sie es erst später thaten, zu offener Schilderhebung schreiten, oder aber sich zum Gegenparlamente als eine revolutionäre Regierung aufwerfen. Jedenfalls war in beiden Fällen keine Zeit zu verlieren, man mußte rasch und entschlossen handeln, und eben an der Kraft hierzu fehlte es den Meisten.

Als am 3. April die vierte und letzte Sitzung des „wilden" Parlamentes begann, erregte die Kunde von den Beschlüssen in der Eschenheimer Gasse allgemeine Befriedigung; man fühlte sich versöhnlich gestimmt, und der zwischen Radikalen und Liberalen vermittelnde badische Abgeordnete von Itzstein erachtete

den Augenblick für günstig, um eine Versöhnung anzubahnen. Zwar fanden seine Ausführungen, daß durch die Maßnahme des Bundestages jeder Grund aufgehoben sei, der Hecker und Genossen veranlaßt habe, aus der Mitte der Versammlung zu scheiden, eine sehr getheilte Aufnahme, allein Itzstein ließ sich nicht entmuthigen; er eilte hinweg, sprach, unterhandelte und führte endlich im Triumphe die Mißvergnügten wieder in die Paulskirche hinein.

Die Majorität hatte beschlossen, bis 1 Uhr Mittags auf diesen großen Augenblick zu warten und die Wahllisten zum Fünfzigerausschuß bis dahin nicht abzuschließen. Vorläufig trat sie, nachdem von Itzstein seine Mission begonnen hatte, in eine Diskussion ein, die vollkommen zu dem zerfahrenen, verworrenen Charakter der ganzen Versammlung paßte, in die Berathung der „Volksrechte", einer „magna charta" und anderer „Grundsätze".

Nachdem ein darauf bezüglicher Antrag des Leipzigers Biedermann abgelehnt worden war, weil derselbe unter die Befugnisse der Nationalversammlung selbst falle, erschien der badische Liberale von Soiron mit dem Wunsche, daß die Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein der vom Volke zu erwählenden Nationalversammlung zu überlassen sei. Dieser Antrag, dessen revolutionärer Charakter nicht verkannt werden konnte, öffnete sofort auf allen Seiten die Schleusen der Beredsamkeit. „Im Ganzen", erzählt Laube, „entwickelte sich eine Doppeldebatte, ungefähr wie in einer musikalischen Komposition, welche zweierlei Thema neben einander durchführt, etwa die Marseillaise und Rule Brittania in ein und demselben Musikstück. Volkssouveränität und namentliche Aufzählung der Volksrechte in ein und demselben Kanon. Es fehlte nur leider der Taktstock, denn unser Präsident war kein Maestro!"

Zunächst vertheidigten der Hannoveraner Siemens und der Braunschweiger Aßmann das Prinzip der Vereinbarung mit den Fürsten gegenüber der von Soiron vorgeschlagenen Souveränität der Volksvertretung, Welcker erklärte, das seien Dinge, um die sich nur Gelehrte stritten, Jaup aus Darmstadt brachte in Fortsetzung des Biedermann'schen Antrages einen ganzen Bogen voll Volksrechte mit den Unterschriften von 68 Abge-

ordneten zum Vorschein, Venedey vermehrte die Verwirrung, indem er plötzlich wieder vom Arbeiterschutz und der sozialen Frage zu sprechen anfing, das Durcheinander wurde immer größer, bis endlich Soiron sich bewogen fand, nochmals auf seinen Antrag zurückzukommen. „Ich bitte Sie", erklärte er, „übersehen Sie nicht, daß es in meinem Antrag heißt, der Nationalversammlung sei die Berathung und Beschlußfassung einzig und allein zu überlassen, und denken Sie sich das Wort überlassen mit ganz großer Schrift gedruckt. Sie werden dann finden, daß dieser Antrag keinen Zwang gegen die Nationalversammlung üben will, sondern ihr durchaus überläßt, nachdem sie mit ihrem Geschäfte fertig geworden ist, darüber Verträge mit den Fürsten abzuschließen oder nicht!" Diese Haarspalterei mit dem Begriffe des Wortes „überlassen" war in ihrer vieldeutigen Unbestimmtheit ganz nach dem Herzen der Versammelten; der Antrag Soirons wurde angenommen.

Während dessen war Itzstein zurückgekommen, um dem Hause die frohe Kunde zu überbringen, daß die Republikaner in Kurzem wieder in der Paulskirche erscheinen würden. Ehe dies jedoch erfolgte, gelang es einem Herrn Pittschaft aus Mainz, allerdings unfreiwilliger Weise, die gedrückte und erregte Stimmung der Versammelten in allgemeine Heiterkeit zu verwandeln[1].

---

[1] In einer Anwandelung trockenen Humors, die nur zu selten die Oede seines weitschweifigen Werkes unterbricht, schildert Laube (I, 110 f.) Pittschafts Auftreten wie folgt: „In diesem Augenblicke (als v. Itzstein endete) wurde die Aufmerksamkeit abgelenkt durch einen pantomimisch ersichtlichen Kampf, welchen der Präsident mit Herrn Pittschaft aus Mainz focht und welcher in das tragische Geständniß des Präsidenten ausbrach, Herr Pittschaft gebe durchaus keine Ruhe und wolle mit einem Antrage hervor! Unbeschreiblicher Lärm. Die Natur will ihr Recht." — Ein unerwartetes Ende fand Pittschafts Rede, als er zu folgender kühner Wendung gelangte: „Ich sage also 25 Jahre zur Wahlfähigkeit — jeder rheinhessische Jurist weiß auch, daß man sich vor 25 Jahren auch noch nicht einmal ohne die ausdrückliche Einwilligung der Eltern vermählen darf und ist das nicht eine große politische Vermählung, die man mit dem Staate eingeht, wenn man eines seiner berathenden Mitglieder ist? Was endlich Herr Vogt vor mir gesagt hat, so stimme ich in der Hinsicht ganz mit ihm überein, daß die Wahl ganz aus dem Marke des Volkes hervorgehen muß, aber ich stimme nicht für 21 Jahre, weil da die Blüthe

Inmitten dieser fruchtlosen Verhandlungen kamen wirklich die abtrünnigen Heckerianer wieder in den Saal. Wie sie ihre Zurückkunft auffaßten, sprach Hecker, der sofort die Tribüne bestieg, mit den Worten aus: „Es ist uns heute früh durch Herrn von Itzstein mitgetheilt worden, daß die hier Versammelten den Beschluß gefaßt haben, uns einzuladen, an der Versammlung wieder Theil zu nehmen." —

Von einer Einladung war nun allerdings nicht die Rede gewesen und die Majorität fühlte sich durch diese selbstbewußten Worte des Demokratenführers unangenehm berührt; doch hatte der ganze Zwischenfall wenigstens das eine Gute, daß man sich bemühte, ein etwas rascheres Tempo in die Verhandlungen zu bringen. Nach abermaligem nutzlosen Hin- und Herreden ließ man endlich von der Berathung einer «magna charta» ab, ohne daß es zu irgend einem bestimmten Beschlusse gekommen wäre. Immerhin war jedoch dadurch, daß man alle diese Fragen der künftigen Nationalversammlung zur „Prüfung und geeigneten Berücksichtigung" empfahl, der Boden zu der über ein halbes Jahr dauernden Berathung der Grundrechte geebnet, mit welcher in der Folge das Parlament der Paulskirche seine kostbarste Zeit vergeudete.

Eine kurze Pause trat ein, dann wurde die wichtigste Aufgabe, die noch übrig war, die Wahl des Ausschusses, beendet, den die erbosten Radikalen als die „permanente Nichtpermanenz" bezeichneten. Sei es aus Unmuth über das eigenmächtige Auftreten der Heckerianer, sei es aus politischer Unduldsamkeit, jedenfalls wurde keiner der radikalen Führer, die am vorhergehenden Tage die Kirche verlassen, in den Ausschuß gewählt. Die meisten Stimmen, 457, erhielt Wiesner aus Oesterreich,

---

noch zu frisch ist! — Sie werfen sich auf die Höhe platonischer Politik, und Sie wissen doch, daß diese so wenig realisirt werden kann als die platonische Liebe, indem alsdann der Staat ohne Nachkommenschaft bleiben würde —."

„An dieser Stelle", berichtet Laube (I, 112), „entschied sich Pittschafts Schicksal. Sogar der Stenograph hat sich gemüßigt gefunden, die Situation mit dem Ausdruck «ungeheure Heiterkeit» zu bezeichnen, und seitdem hatte man Pittschaft wohl noch einigemal auf den Stufen der Rednerbühne, ja auf der Rednerbühne selbst gesehen, aber nie wieder gehört."

dann folgte von Itzstein mit 443, Blum mit 435, Jakoby mit 396 Stimmen, während ein tückischer Zufall es wollte, daß Hecker, gerade als beabsichtigte man ihn zu verhöhnen, mit 171 Stimmen als 51., Struve mit 100 als 62. bei der Wahl zum Fünfzigerausschusse durchfielen. Daß dies geschah, zeigte von großer politischer Unklugheit der liberalen Majorität; indem man gewissermaßen ostentativ Hecker und seine Freunde bei der Wahl überging, sie absichtlich ihre Minorität fühlen ließ, riß man den nothdürftig überdeckten Zwiespalt von Neuem auf und trieb die badischen Radikalen dazu, vom Bereich der Reden zu dem der Thaten überzugehen. Es ist anzunehmen, daß Hecker, hätte er damals Sitz im Ausschuß gefunden, nicht zu dem Entschlusse gekommen wäre, im Seekreis das Banner der Republik zu entrollen, und andererseits hätte eine geringe Anzahl entschlossener Männer, wie es die Heckerianer trotz ihrer geringen politischen Einsicht waren, nur belebend und fördernd, also vortheilhaft auf die Verhandlungen des Ausschusses wirken können.

Mit der Wahl dieser Kommission, welche sich alsbald konstituirte und Soiron zum Vorsitzenden ernannte, war die Thätigkeit des Vorparlamentes zu Ende. Man hatte bei dieser Gelegenheit sich noch einigermaßen über die Lage der Deutschen in Posen und in den russischen Ostseeprovinzen ereifert, dann schloß der Präsident Mittermaier gegen vier Uhr Nachmittags die Sitzung.

Was war der Erfolg der ganzen Versammlung gewesen? Man muß sich hierzu klar machen, was sie bezweckte. Offenbar sollte sie zunächst eine Einigung und Verständigung der gesammten liberalen Strömungen in Deutschland bewirken. Schon der erste Tag hatte gezeigt, daß dies nicht möglich war, daß sich zwei Parteien gegenüberstanden, die ihre Bestrebungen unmöglich in einem Programm zusammenfassen konnten.

Was die Republikaner wollten und dachten, war klar. Sie betrachteten das Vorparlament als die Zentralleitung der Revolution, als einen auf deutsche Verhältnisse übertragenen Wohlfahrtsausschuß, der sobald als thunlich einen vollständigen Umsturz des Bestehenden proklamiren sollte. Nur über die Wahl des Zeitpunktes gingen hier die Meinungen auseinander;

die Ungeduldigen und Schwärmer, Hecker und Genossen, hielten die Gelegenheit bereits für gekommen, die nüchterner Blickenden, ein Karl Vogt und Andere, erkannten, daß jetzt noch keine Aussicht auf Gelingen eines solchen Planes sei. Man muß zugeben, daß Hecker von seinem Standpunkte aus Recht hatte, wenn er sagt[1]: „Die Lehre der Geschichte, daß, wer die Bahn der Revolution betritt und zögert, unterhandelt, statt sie zu vollenden, der Reaktion die wichtigsten Dienste leistet, war spurlos an jener revolutionären Versammlung, die sich bemühte, konservativ zu sein, vorübergegangen", allein sein eigenes Verhalten ist dadurch nicht entschuldigt; denn auch er zögerte und unterhandelte und wußte so wenig als seine Freunde, was er eigentlich wollte. Sein Austritt aus dem Parlament war unter diesen Umständen unbesonnen, sein Wiedereintritt stellte den ganzen Schritt als einen Akt kindischer Empfindlichkeit dar; er zeigte, daß ein Mann, der sich so leicht durch wechselnde Eindrücke beeinflussen ließ, in keiner Weise das Zeug dazu besaß, eine Versammlung von 5—600 aufgeregten Menschen zu terrorisiren, wie es sein Plan war[2].

Immerhin lag jedoch in der Auffassung der Radikalen, die in Folge der Revolution eigenmächtig zusammengetretene Versammlung als eine revolutionäre aufzufassen, eine unbestreitbare Logik; was aber die milder Gesinnten von der Thätigkeit des Parlaments dachten, war, kurz gesagt, ein Nonsens. Folgerichtigerweise hätten sie, indem sie den Antrag der Linken, sich für souverän zu erklären, bekämpften und ablehnten, für ihre eigene Person das Gegentheil thun, d. h. die gesetzliche Macht der Fürsten anerkennen und sich denselben als eine berathende, lediglich geduldete Behörde an die Seite stellen müssen, allein wo wären dann die „März-Errungenschaften" geblieben?

Statt dessen griff man zu dem beliebten Hülfsmittel inferiorer Geister, zu der halben Maßregel. Man erklärte die

---

[1] Die Erhebung des Volkes in Baden, S. 24.

[2] Man muß hier Scherr beistimmen, der in seiner, Mißverständnisse ausschließenden, Schreibart (II, 1, 25) meint: „Wenn Hecker und Struve Alles, was von Terrorismus in ihnen, zusammengethan hätten, es würde nicht ausgereicht haben, auch nur einen Floh zu terrorisiren!"

Versammlung für souverän und die Fürsten gleichfalls für souverän und stellte das Prinzip der „Vereinbarung“ zwischen beiden auf, was im wesentlichen auf die Frage hinauslief, wer schließlich der Stärkere sein werde, die deutschen Fürsten mit ihren Hunderttausenden von Soldaten, ihren Geld- und sonstigen Machtmitteln, oder eine Versammlung von einigen Hundert Rednern. Das ist nicht nur die Geschichte des Vorparlamentes, sondern auch der Frankfurter Nationalversammlung und der deutschen Einheitsbewegung von 1848 überhaupt; denn es gehörte mehr als Naivetät dazu anzunehmen, die Fürsten würden aus reiner Freiheitsbegeisterung eine solche Nebenregierung dulden, sobald sie die Macht besaßen, sie zu entfernen.

Erklärlich wird dieses ganze konfuse Verfahren des Vorparlaments, welches später die maßlosesten Angriffe erfuhr[1], durch den einen Umstand, daß sich in demselben keiner jener überlegenen, unwiderstehlich mit sich fortreißenden Geister fand, wie sie sonst die Weltgeschichte in solchen Lagen bereit zu halten pflegt. Deutschland hat in dieser kritischen Zeit keinen Mirabeau gefunden; die bedeutendsten seiner damaligen Führer, ein Heinrich von Gagern und Andere, waren ehrenwerthe und kluge Männer, aber nicht im entferntesten einer solchen Aufgabe gewachsen[2].

Damals freilich gab man sich solchen trüben Gedanken nicht hin, sondern war höchlichst zufrieden. „Dreißigspaltig und ungeübt“, meint Laube, „kam frei und formlos mit der Windsbraut ein erstes deutsches Parlament zusammen und bildete sich und gestaltete sich dergestalt, daß binnen vier Tagen seine Aufgabe gelöst war. Wir können ohne Unbescheidenheit behaupten: das war tüchtig und gereicht dem deutschen Volk zur Ehre.“

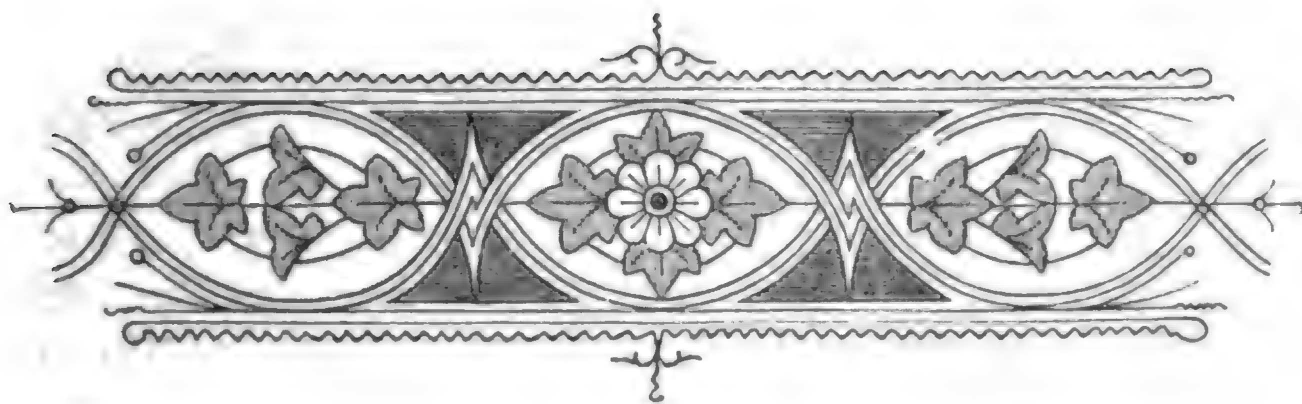
---

[1] Scherr (II, 1, 45): „Kurz, eine solche Verlogenheit und Unredlichkeit, wie der Liberalismus sie im Vorparlament und später entwickelte, eine solche aus Unverstand und Anmaßung zusammengemanschte Monstruosität, ein solcher Rattenkönig von Dünkel und Ohnmacht, von Prahlhanserei und Feigheit hat fürwahr selten die Augen denkender Menschen beleidigt!“ —

[2] „Welche Zeiten! Welche Armuth, daß ein so mittelmäßiger Kopf wie ich zu solcher Rolle kommt!“ rief Gagern selbst aus. (Das Leben des Generals F. von Gagern, von Heinrich von Gagern. Bd. II, S. 668.)

Was sollten solch naiver Zuversicht gegenüber die schon damals laut werdenden Mahnungen der Schwarzseher nutzen?

Mit ihren Gästen feierte die alte Reichsstadt die Gründung des deutschen Parlamentes. „So festlich und jungfräulich froh ist Frankfurt nie wieder gesehen worden als jenen Abend, da der Frühling durch die Lüfte und der Fackelzug, der Gesang aus tausend Kehlen durch die Straßen ging, vor jedem Zugwind geschützt durch die hundert und aber hundert schwarz-roth-goldenen Fahnen, das wiedergefundene, damals noch unentweihte Sammelzeichen des neuen deutschen Reiches. Es waren die Tage der Jugend, die Stunden der ersten schwärmerischen Liebe. Sie können nicht bei uns bleiben; es schreitet die Zeit, und die Mühen und sauren Stunden werden keinem Lebenden erlassen. Bis zum nächsten März sollte sich ein Menschenalter, ein ganzes, entfalten mit all seinen Wechseln, seinen Enttäuschungen und Erfahrungen.“



VII. Abschnitt:

Die Wirren im Großherzogthum Posen.

Der Freiheitssturm des Jahres 1848 kam zu spät für das polnische Volk; denn schon zuvor hatte es in vergeblichen Aufstandsversuchen den Rest seiner durch den jahrzehnte-langen Kampf mit den Theilungsmächten fast gebrochenen Kräfte in einem aussichtslosen Unternehmen vergeudet.

In Russisch-Polen war nach dem Aufstande von 1830 die Ruhe des Friedhofes eingetreten, in den österreichischen und preußischen Theilen des Landes aber, und namentlich in dem letzten Reste des einstigen Königreiches, in dem Freistaat Krakau, entspann sich in den dreißiger und vierziger Jahren eine thätige und unermüdliche Agitation. Während früher der Adel der Hauptträger des Freiheitsgedankens gewesen war und in dem Warschauer Aufstand von 1830 die leitende Rolle gespielt hatte, zeigte jetzt die Bewegung vorwiegend einen demokratischen Charakter, gegen welchen eine weitere, von den Jesuiten beeinflußte Strömung nicht aufzukommen vermochte. Der Hauptsitz der Propaganda war Paris; auch die deutschen Universitäten dienten als Versammlungspunkt, während die Agitation in Krakau selbst seit der 1836 erfolgten Besetzung durch die Oesterreicher ziemlich lahm gelegt war. Unter den Führern ragten vor Allem Mieroslawski und Libelt hervor.

Ehe noch das Unternehmen zu einer Reife gediehen war, die einige Aussicht auf Erfolg versprach, entschloß man sich, im Beginn des Jahres 1846, loszuschlagen. In der That gelang es in Krakau, wo sich der Arzt Tyssowski zum Diktator erklärte, die schwachen österreichischen Kräfte zu vertreiben und die Unabhängigkeit zu proklamiren; allein der Freiheitstraum war von kurzer Dauer. Nach zwei Wochen bereits besetzten Truppen der Theilungsmächte die Stadt, die nunmehr endgültig unter österreichische Herrschaft fiel. Tyssowski wurde nach Amerika entlassen.

In den übrigen österreichisch-polnischen Landestheilen nahm die Bewegung eine für die Verschworenen höchst unerwartete Wendung; die von ihren Grundherren schwer gedrückten und mißhandelten ruthenischen Bauern machten, statt sich dem Aufruhr anzuschließen, gemeinsame Sache mit der Anfangs ganz fassungslosen Regierung, und eröffneten ihrerseits einen an Gräueln aller Art reichen Vernichtungskrieg gegen die polnischen Edelleute. Den kaiserlichen Beamten fehlte die Kraft wie der Wille, diesen Szenen, die namentlich im Tarnower Bezirke sich abspielten, energisch entgegenzutreten. Sie sahen es ruhig mit an, wie zu Hunderten die galizischen Herrenhöfe in Flammen aufgingen, die Grundbesitzer, auch wenn sie gar nicht am Aufruhr betheiligt waren, ermordet wurden und völlige Anarchie im Lande herrschte. Erst als der Graf Stadion die Leitung der Dinge übernahm und das Standrecht verkündet wurde, trat eine gewisse Ruhe ein, doch geschah auch jetzt Nichts, was in durchgreifender Weise die durch den Aufruhr aufgedeckten sozialen Schäden hätte austilgen können.

In Preußen hatte die ganze Insurrektion ihren Anfang nehmen sollen; es lag im Plane der Verschworenen, sich hier mittels eines kühnen Handstreiches der Festungen Posen und Thorn zu bemächtigen, und dann, nach einem von Mieroslawski ausgearbeiteten Feldzugsplan nicht nur die Unabhängigkeit von Preußen zu erzwingen, sondern auch von hier aus den Aufruhr nach Russisch-Polen zu tragen. Auch hier mißglückte das Vorhaben völlig; die preußischen Behörden waren auf ihrer Hut und nahmen, ehe noch die Revolution zu eigentlichem Ausbruch kommen konnte, den größten Theil der Verschwörer fest.

Im Sommer 1847 begann in Berlin die Verhandlung gegen die Verhafteten, unter denen sich auch Mieroslawski und Libelt befanden, ein Monstreprozeß mit Hunderten von Angeklagten und Zeugen, wie ihn die preußische Hauptstadt noch nicht gesehen hatte. Die Sitzungen des Gerichtshofes waren öffentlich, und nicht nur in Preußen, sondern auch in den anderen deutschen Staaten und dem Ausland folgte man mit gespanntem Interesse den Verhandlungen und dem Ausgang des Prozesses. Der Gerichtshof verurtheilte Mieroslawski und sieben seiner Genossen zur Todesstrafe, die jedoch vom König Friedrich Wilhelm in Gefängnißhaft umgewandelt wurde, und erkannte gegen etwa fünfzig der übrigen Angeklagten auf Freiheitsentziehung verschiedener Dauer, während weitere 135 Polen freigesprochen wurden. Die Gefängnißhaft der Insurgenten dauerte nicht lange; wie berichtet, brachte ihnen schon der März des nächsten Jahres die Begnadigung, die ihnen übrigens nach der allgemeinen Erwartung auch ohnedies in verhältnißmäßig kurzer Zeit zu Theil geworden wäre.

Auch die österreichische Regierung stellte im Laufe des Jahres 1847 durch mehrfache Hinrichtungen in Lemberg und ähnliche Maßregeln die Ruhe wieder her.

Die Zersplitterung der Kräfte, die durch den verfrühten Aufstand von 1846 hervorgerufen war, macht es begreiflich, daß gerade in den polnischen Ländern die Bewegung sich erst bilden und ordnen, daher auch später eintreten mußte. Von allen Seiten, namentlich aus Frankreich, eilten die Emigranten nach ihrer Heimat; sie fanden bei ihren Reiseplänen meist das bereitwilligste Entgegenkommen der Regierungen, die weniger von der Freiheit Polens begeistert als von dem Wunsche erfüllt waren, die gefährlichen Gäste auf gute Art los zu werden. Die deutschen Demokraten jauchzten selbstredend überall den „polnischen Brüdern“ zu und schwärmten für Polens Wiederherstellung.

Im Großherzogthum Posen nahm die Bewegung zunächst einen durchaus legalen Charakter an. Am 20. März, also fast unmittelbar nach Beendigung des Kampfes in Berlin, begab sich eine Deputation, aus dem Grafen Mielzynski, dem Buchhändler Stefanski und dem Landschaftsdirektor von Brodowski bestehend,

zu dem Oberpräsidenten von Beurmann und erwirkte von ihm die Erlaubniß, dem Könige eine Petition zu unterbreiten, welche eine nationale Reorganisation des Großherzogthums in ruhiger gesetzlicher Entwickelung und unter dem Schirme Seiner Majestät befürwortete. Eine Abordnung, an deren Spitze der Erzbischof von Przyluski stand, überbrachte die Bittschrift nach Berlin, wo sie gerade zu dem für ihre Pläne günstigsten Zeitpunkte, in dem allgemeinen Freudentaumel über die „März-Errungenschaften", eintraf. Die Regierung war in diesen Tagen zu allen Bewilligungen bereit; schon am 24. erschien ein königlicher Erlaß, der, zwei Tage später durch ein Ministerialschreiben ergänzt, die Wünsche der Polen zu erfüllen versprach, jedoch Ruhe und Gesetzlichkeit zur Vorbedingung machte; eine Reorganisationskommission, aus Deutschen und Polen gemischt, sollte die Verhältnisse in Gemeinschaft mit dem Oberpräsidenten ordnen.

Inzwischen aber hatten die Polen bereits auf eigene Faust mit der Umänderung des Bestehenden begonnen; an demselben Tage, an welchem die Petition an den König gestattet wurde, trat in Posen ein „Nationalcomité" zusammen, das alsbald ganz offenkundig die Herrschaft im Lande an sich zu reißen trachtete. Dasselbe bestand aus zehn Personen, die man wohl absichtlich, um den alten Zwist zwischen der polnischen Aristokratie und Demokratie zu vermeiden, aus allen Ständen gewählt hatte. Unter Anderem gehörten drei Geistliche, ein Schlosser, ein Literat dem Comité an, in dem sich auch ein deutscher Advokat befand; seines ehrlichen Namens „Krauthofer" sich in dieser slawischen Gesellschaft schämend, nannte sich der Letztere Krotowski. Er zählte bald zu den Hauptführern der polnischen Partei und den thätigsten Feinden der deutschen Kultur.

Die Hauptstadt der Provinz befand sich am 20. März, an welchem diese eigenmächtig zusammengetretene Behörde ihre erste Proklamation erließ, in einem sehr erregten Zustand; das Militär war konsignirt, Volksmassen durchzogen die Straßen und sammelten sich namentlich an dem Bazar an, welcher am folgenden Tage von den Truppen besetzt wurde. Am Abend des 21. war die ganze Stadt aus Anlaß der politischen Amnestie illuminirt, am 22. langte bereits ein Theil der befreiten Polen an und wurde

vom Volke unter Jubelgeschrei durch die Straßen geführt. Ebenso ging es in den folgenden Tagen zu; ohne daß es zu eigentlichen Exzessen kam, herrschte eine fortdauernde Aufregung; am 27. wurde eine Todtenfeier für die gebliebenen Berliner Barrikadenkämpfer abgehalten und der Pole Dr. Libelt traf, von Berlin kommend, ein; am 28. endlich erschien der Hauptheld der polnischen Bewegung, Ludwig Mieroslawski, in der Stadt; eine unabsehbare Menschenmenge war ihm entgegengezogen und eskortirte ihn zum Rathhaus, von dessen Terrasse aus er eine Ansprache an das Volk hielt.

Es hatte bisher noch ein ziemliches Einvernehmen zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung geherrscht; als aber jetzt durch das Eintreffen der bisher inhaftirt gewesenen Parteihäupter die Bewegung eine thätige und bewußte Leitung erhielt, steigerte sich die Spannung von Tag zu Tag.

An vielen Orten waren die Behörden bereits machtlos; die Proklamationen des Posener Comités wurden im ganzen Lande vertheilt, herumreisende polnische Gutsbesitzer verbreiteten Gerüchte, die preußische Regierung in Posen sei zurückgetreten, das Land frei, der Kampf gegen Rußland stehe vor der Thüre. Es bildeten sich Kreiscomités, die das Posener Nationalcomité als Behörde anerkannten, die Thätigkeit der Landräthe wurde gehindert, sogenannte Kreisdeputirte oder Bezirkskommissäre traten an ihre Stelle, vielfach wurden die preußischen Adlerschilder herabgerissen, die Kassenbestände versiegelt, Bekanntmachungen und Rundschreiben der preußischen Regierung unterdrückt oder für gefälscht erklärt. Ganz besonders aber wurden überall, sogar in Posen selbst, Werbungen und Aushebungen behufs Bildung einer polnischen Nationalarmee betrieben, die Mannschaft einexerzirt, Waffen herbeigeschafft, Alles in der ausgesprochenen Absicht, gegen Rußland zu Felde zu ziehen. Die Bewegung beschränkte sich nicht auf Posen, sie griff auch nach der Provinz Preußen hinüber, wo die Polen in einer Versammlung zu Briesen erklärten, ganz Westpreußen mit Danzig und Elbing dem neu zu errichtenden Königreich Polen einverleiben zu wollen.

Angesichts dieser polnischen Bestrebungen machte sich eine heftige Reaktion der Deutschen gegen die in dem königlichen

Erlasse vom 24. in Aussicht gestellte nationale, d. h. polnische Reorganisation geltend. Eine Reihe von Monstrepetitionen aus den deutschen Theilen des Landes erhob Einsprache gegen eine Maßregel, in Folge deren künftig die deutsche Bevölkerung in einer preußischen Provinz höchstens mehr als geduldet betrachtet wurde.

Der Ausbruch eines Bürgerkrieges rückte immer näher, ohne daß die Regierung die Kraft zu entschlossenem Vorgehen fand. „Beide Theile verlangten mit gleichem Ungestüm von der Regierung entscheidende Maßregeln gegen das Treiben ihrer Gegner. Entgegengesetzte Anträge kreuzten sich. Die Polen forderten die Abberufung derjenigen höheren Militär- und Civilbeamten, in welchen die deutsche Bevölkerung ihren Anhalt und eine Bürgschaft erblickte, ihre Interessen von der Regierung nicht preisgegeben zu sehen. Die Polen verlangten Entfernung des preußischen Militärs, während sie selbst aller Orten Aushebungen vornahmen und zum Theil erzwangen, während sie in der Stadt Posen militärische Exerzitien anstellten und im Namen einer „Polnischen Republik" preußische vorrückende Truppen aufforderten, zurückzuweichen[1]". Sehr gefördert wurde die Sache der Polen noch außerdem durch die Bemühungen einer Anzahl kurzsichtiger, deutscher Demokraten des Großherzogthums, die in Angriffen gegen die preußische Säbeldiktatur und Beamtenherrschaft die Slawen überboten[2].

Die deutschen Behörden erkannten die Nothwendigkeit eines militärischen Einschreitens; in dem letzten Drittel des März wurden aus den Truppen des 2., 5. und 6. Armeecorps starke Detachements bei Posen, Bromberg, Gnesen zusammengezogen,

[1] Denkschrift, S. 14.

[2] In der Schrift von Senft, der sich selbst einen „Deutschen des Großherzogthums Posen" auf dem Titelblatt nennt, finden sich Stellen, wie: „Die Deutschen in Posen haben nur das Recht der Uebermacht für sich, solange Deutschland, insbesondere Preußen, ihren unverschämten Anforderungen seine Bajonette leiht" (6, 7), oder: „Wir möchten dem deutschen Adel deshalb auch den polnischen zum Vorbild empfehlen, denn der sucht den Adel wenigstens nicht im «von», in der geschnürten Taille und dem gewichsten Schnurrbart." Solche Erscheinungen wie dieser „Deutsche" waren nicht vereinzelt.

Posen selbst am 3. April in Belagerungszustand erklärt. Den Oberbefehl führte der kommandirende General des 5. Corps, Generallieutenant von Colomb. Andererseits hatten auch die Polen ihre Rüstungen eifrig betrieben; in einer Reihe von Lagern, namentlich bei Trzemeszno, Wreschen, Pleschen, Schroda, Xions und Welna, waren zu Anfang April nahe an 10000 Mann, größtentheils allerdings nur mit Lanzen und Sensen bewaffnet, vereinigt.

Es war noch nicht zum Kampfe gekommen, sondern die Preußen beobachteten noch eine von den Polen — wie stets in solchen Fällen — als Schwäche ausgelegte zurückgezogene Haltung, als man sich in Berlin entschloß, den Weg der Vermittelung und Versöhnung einzuschlagen.

Schon am 25. März hatten die Polen um die Entsendung des Generalmajors von Willisen nach Posen gebeten, eines Offiziers, der sich bei Gelegenheit seiner früheren Dienstthätigkeit als Generalstabschef des 5. Armeecorps durch seine Sympathien für die Polen in hohem Grade die Zuneigung der Letzteren erworben hatte. Ihre Bitte hatte damals keine Erhörung gefunden; allein in einem 5 Tage darauf stattgefundenen Ministerrath wurde die Sache nochmals in Erwägung gezogen und beschlossen, den General mit ausgedehnter Vollmacht nach dem Großherzogthum zu entsenden. Am 3. April erhielt Willisen seine Instruktionen; er wurde zum königlichen Kommissarius und, an Stelle des Oberpräsidenten, zum Vorsitzenden der Reorganisationskommission ernannt und bevollmächtigt, in folgenden Punkten den Wünschen der Polen entgegenzukommen. Es durfte ein Eingeborener polnischer Nationalität an die Spitze der Verwaltung treten, im Uebrigen aber sollte Jedem in seiner Muttersprache Recht und Gesetz zu Theil werden. Weiterhin sollte Willisen die Landräthe durch Neuwahlen mit Betheiligung der Stadt- und Landgemeinden durch andere ersetzen, die Polizei den Wünschen der Gemeinden gemäß organisiren, endlich auch Anträge auf etwaige Abänderungen der Militäreinrichtungen entgegennehmen, stets aber — und dies war besonders betont — die deutsche Nationalität in jeder Weise berücksichtigen.

Noch am 3. April reiste der General ab; seine Aufträge

waren, wie man sieht, so gefaßt, daß er eigentlich in der Erfüllung seiner Mission freie Hand hatte. Wie er sich die Ausführung seines Vorhabens dachte, hat er der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten. „Ich habe mich nie von der Ansicht losmachen können“, schreibt Willisen, „daß unsere Herrschaft über Polen auf nichts Anderem beruhe als auf der Gewalt, und daß sie mithin unermeßliche Pflichten auferlege, vor Allem aber die der ewigen Milde, des beständigen Vergebens und Vergessens. Das Unrecht des Rechtes der Gewalt kann nur so auf eine endliche Vergebung hoffen und so zuletzt zum Rechte werden[1]“.

Selten wohl ist aus einer an sich richtigen Erkenntniß ein widersinnigerer Schluß gezogen worden. Daß der General von einem imaginären „Rechte“ spricht, zu welchem das „Unrecht des Rechtes der Gewalt“ durch Milde emporgehoben werden soll, ist bei der völligen Verwirrung der Begriffe über Macht und Recht, die damals in allen Köpfen herrschte, wohl erklärlich, weniger aber der Umstand, daß Willisen den alten und ewig wahren Grundsatz leugnet, daß Jeder, Mensch oder Staat, die Konsequenzen seiner eigenen Handlungen tragen muß. Polen war mit dem Schwerte erobert; es konnte und kann, solange es Polen bleibt und nicht von Deutschland und Rußland aufgesogen wird, nur durch das Schwert behauptet werden.

Daß man jetzt einen ganz verkehrten Weg einschlug, und ein Land, das man durch Jahrzehnte vergewaltigt und unterdrückt, durch neue Beweise der Milde und Gnade zu versöhnen hoffte, daran trug allerdings nicht Willisen, sondern die schwankende preußische Regierung die Schuld. Wohl aber muß man es dem General zum Vorwurf machen, daß er von vornherein mit einer besonderen Vorliebe für die Polen und Mißachtung seiner Landsleute nach Posen kam. Sein Gegner von Voigts trifft das Richtige, wenn er meint, daß Willisen „eingenommen durch die bestechenden Eigenschaften, welche die Polen in den geselligen Beziehungen zu entwickeln vermögen, sich zu geneigt zeigte, diese Eigenschaften des Umgangs mit den Eigenschaften zu verwechseln, welche eine Tüchtigkeit im Staats- und Kriegswesen begründen“.

[1] Willisen, Akten, 13.

Eine weitere Schwierigkeit lag darin, daß Willisen den Rang eines Generalmajors besaß, also militärisch unter dem Commandeur in der Provinz, dem Generallieutenant von Colomb, stand und sein Verhältniß zu dem Oberpräsidenten kein ganz geregeltes war, wenn auch das Ministerium die Militär- und Civilbehörden der Provinz angewiesen hatte, den Anforderungen des Generals nachzukommen.

War so von vornherein die Stellung Willisens eine unklare, seine Aufgabe schwer und undankbar, so war er selbst auch nicht der Mann, solcher verwickelter Verhältnisse Herr zu werden. Er war, wie ihn seine Thaten und seine Schriften zeigen, ein zu Phrasen geneigter Theoretiker, der sich stets durch Worte und äußeren Schein bestechen ließ und von den Polen völlig hinter das Licht geführt wurde.

Ueber Breslau reiste der General nach Posen und zwar absichtlich durch die von den Insurgenten besetzten Gebiete. „Als ich auf meiner Reise am 5. gegen Mittag in Rawicz ankam", erzählt er, „sagte man mir, es sei unmöglich, den kürzeren Weg über Gostyn und Schrimm zu fahren, weil Kröben und Gostyn von den Insurgenten besetzt seien. Gerade das aber wurde für mich die Veranlassung, diesen Weg zu nehmen; ich wollte gleich die erste Gelegenheit benutzen, mit eigenen Augen zu sehen. Bald fühlte ich, daß die Miene des Landes sich veränderе, es war wie im Krieg zwischen den Vorposten beider Armeen, unheimlich, still und öde; man sah nur einzelne ängstliche Gesichter, die sich wunderten, eine preußische Uniform so allein fahren zu sehen. Kröben schien wie ausgestorben. Während des Pferdewechsels, der sehr lange dauerte, ließ sich plötzlich unter dem Titel eines Obersten der Anführer der polnischen Truppen des Ortes, wie er sich nannte, melden. Er mochte von dem Posthalter meinen Namen erfahren haben, war sehr höflich und bat mich, eine Schildwacht anzunehmen. Als ich es ablehnte, bat er, seine Truppen vorführen zu dürfen; ich konnte das noch weniger annehmen, obschon ich sehr begierig war, sie zu sehen. Ich wußte nicht recht, wollte man mich als Gefangenen zurückhalten oder mir eine Ehre erzeigen, als ich bemerkte, daß sich Bewaffnete auf dem Platze sammelten und man mir zwei Schild-

wachen vor die Thüre setzte. Auf meine Frage, was denn diese Bewaffnung zu bedeuten habe, erhielt ich nur sehr ungenügende Antworten, und auf meine Ermahnung, die Leute in ihre Heimat zu schicken, da mir das ganze Unternehmen wenig vernünftig erschiene, gaben die Führer das zwar gerne zu, behaupteten aber, ohne Befehl des Nationalcomités es nicht zu können."

„Unterdessen waren endlich die Pferde gekommen, und man ließ mich ungehindert, unter Höflichkeitsbezeugungen und Versicherungen, daß man meinen Befehlen gewiß überall Folge leisten würde, weil man mir vertraue, ungehindert weiter fahren. Bis Schrimm dieselbe Oede, dieselbe unheimliche Stille und Einsamkeit. Nur einzelne Leute im Felde, die Straße vollkommen verlassen. In Schrimm wurde das Landwehrbataillon eingekleidet, die Leute waren größtentheils gekommen, viele hatte die Ordre nicht mehr erreichen können. Hier waren zwei Tage vorher schon Exzesse wegen der polnischen Farben und Fahnen vorgefallen. Ich zog von dem Truppenbefehlshaber und dem Landrath so viele Nachrichten ein, als ich konnte, und fuhr weiter nach Posen. Bis dahin und bis dicht vor Posen dieselbe Erscheinung, dieselbe unheimliche Stille, wie Gewitterschwüle lag es über dem unglücklichen Lande."

Nach diesen Zwischenfällen, auf die sich der General viel zu Gute that — „das Unternehmen hatte seine Gefahren und ich rechne es mir heute noch als ein Verdienst an" —, langte derselbe in der Nacht des 5. April in Posen an. Er traf die Dinge, wie er berichtet, in voller Anarchie und den General von Colomb entschlossen, in den nächsten Tagen mit seinen verfügbaren Truppen, die sich auf etwa 9—10,000 Mann belaufen mochten, loszuschlagen. Der Angriff wurde nunmehr bis zum 10. April vertagt, die sämmtlichen Comités von Willisen für aufgelöst erklärt — worum sich dieselben nicht im Geringsten kümmerten — und ein Ausschuß von 5 Polen und 4 Deutschen zusammenberufen. Zugleich erließ Willisen am 6. eine Proklamation, durch die er es völlig mit den Deutschen verdarb. Dieselbe stellte sich völlig auf die Seite der Polen, versprach diesen nationale Regierung und nationales Gerichtsverfahren, während sie den Deutschen nur die Rechte der Sprache ließ; ja, der

General ging noch weiter und befürwortete dringend bei der Regierung die Errichtung eines polnischen Freicorps als „Ableiter aller bösen Säfte, welche hier herumspuken", ein Vorschlag, den das Ministerium „äußerst bedenklich" fand.

Die folgenden Tage vergingen, bei steigender Erbitterung der deutschen Bevölkerung, unter Verhandlungen mit den Führern des Aufstandes, die am 9. zum Abschluß gediehen und am 11. zu der Kapitulation von Jaroslawice führten. Der auf den 10. angesetzte Angriff war in Folge der Vorstellungen des Generals von Willisen wieder um einen Tag verschoben worden, doch hatte der Oberst von Herrmann, der am 10. mit Abtheilungen des 14. Infanterie- und des 3. Dragoner-Regimentes auf Trzemesno marschirte, keine Kenntniß von dem Befehl erhalten. Er fand den Ort stark verbarrikadirt, griff an und warf die Polen in die Stadt zurück, wurde aber, ehe er noch den etwa 1500 Mann starken Feind gänzlich geschlagen hatte, durch die während des Kampfes eintreffende Nachricht von der Verschiebung des Angriffes zum Rückzug veranlaßt. Kaum war dies geschehen, als sich die Polen auf die deutschen und jüdischen Bewohner des Städtchens stürzten und Raub- und Mordszenen aller Art vollführten.

Die am folgenden Tage abgeschlossene Kapitulation von Jaroslawice, die von größter Bedeutung für die Geschicke Posens war, lautete wie folgt:

„Uebereinkunft."

„Zur Ausführung der verabredeten Uebereinkunft wird festgesetzt: die Leute der Klasse I, d. h. die zum Dienst Untauglichen, werden schon heute den 11. in Schroda nach Kreisen gesammelt und durch die geeigneten, aus ihrer Mitte gewählten Personen in ihre Heimat geführt. Sensen und Waffen werden von ihnen gefahren und ihnen in ihre Heimat mitgegeben."

„Die Landwehrleute werden den folgenden Tag gesammelt und ebenso wie ad I in ihre Stabsquartiere geführt, wenn Se. Exzellenz der kommandirende General nicht etwa gestattet, daß sie gleich nach Hause gehen können."

„Die Klasse III, d. h. die zum Dienst tauglichen Volontäre,

bleiben zusammen, bis über die Art und Weise ihrer Einstellung in die Truppen der Posen'schen Division entschieden wird. Jedoch darf dies nur an den 4 folgenden Orten stattfinden: Wreschen, Xions, Pleschen, Miloslaw."

„An keinem Ort darf die Zahl eines Bataillons 500 bis 600 Mann und die einer Eskadron 120 Pferde übersteigen. Bis zur Entscheidung über die Art und Weise ihrer Vereinigung mit der Posener Division werden sie von den Ihrigen verpflegt, wobei keine Requisitionen ausgeschrieben werden dürfen. Sie sollen unter die Oberaufsicht eines höheren preußischen Offiziers gestellt werden, andere Waffen als Gewehre, Säbel und Sensen 2c., d. h. Böller u. dergl., werden dem Offizier zur Disposition gestellt."

„Die bewaffneten Abtheilungen an anderen Orten räumen diese Orte binnen 3 Tagen und ziehen sich auf die 4 angeführten Hauptplätze zurück. Schroda wird in 3 Tagen geräumt und zwar geht die Anzeige davon am 13. Abends durch den Herrn General von Willisen an den kommandirenden General. Die Volontäre ziehen sich nach Miloslaw zurück. Kein Militär noch Landwehrmann soll als solcher zur Verantwortung gezogen werden. Den Ausländern wird garantirt, daß sie nicht ausgeliefert werden."

„Diese Maßregeln hindern nicht, daß die Behörden nach der Anordnung der Reorganisationskommission sofort wieder eingesetzt werden und daß der ganze Regierungsmechanismus sofort in seinen freien Lauf trete."

„Alles Privateigenthum, welches nicht freiwillig gegeben worden, wird in natura zurückgegeben oder ersetzt."

„Sobald diese Maßregeln in der angegebenen Art ausgeführt worden, werden sofort alle militärischen Maßregeln sistirt."

„Der Zeitpunkt für Ausführung dieser Maßregel fängt an für Schroda heute den 11.",

„für Wreschen den 12.",

„für Xions den 13.",

„für Pleschen den 14."

„Der Ausführung selbst wird eine Frist von 3 Tagen gegönnt."

„Jaroslawice, den 11. April 1848."

„gez. Libelt. W. Stefanski. von Willisen. Anastazy Radonsky."

Die Kunde von dieser Kapitulation, durch welche Willisen mit den Aufrührern paktirte, ihnen sogar ihre Waffen und den militärischen Verband ließ, ja die Gefahr durch Entlassung der Bewaffneten in ihre Heimat und das Anerkennen der vier Insurgentenlager noch vergrößerte, rief unter den Deutschen eine stürmische Entrüstung hervor. Ein schlesisches Landwehrbataillon, welchem der General bei Schroda begegnete, empfing ihn mit Zeichen völliger Mißachtung, am Abend des 11. fanden vor der Wohnung Willisens in Posen Tumulte statt, die nur mit Mühe durch das Einwirken der Posen'schen Generale beigelegt werden konnten; am nächsten Tage berichtete der Oberpräsident, der schon früher um seine Abberufung gebeten, seine Bedenken nach Berlin, der kommandirende General gerieth in offenen Konflikt mit dem königlichen Kommissär und erklärte, die Konvention nicht anerkennen zu wollen. Eine deutsche Volksversammlung ließ Willisen sagen, sie werde seine Abberufung in Berlin beantragen.

Der General selbst jedoch war voll Hoffnung und überzeugt, dem drohenden Bürgerkrieg in der glücklichsten Weise vorgebeugt zu haben. „In meiner nächsten Depesche", schreibt er dem Minister des Innern am 12., „hoffe ich Ew. Exzellenz die Mittheilung zu machen, daß die ganze Provinz beruhigt ist, 12- bis 15000 Menschen in ihre Heimat zurückgekehrt, und nur noch vier Kadres dastehen, die ebenfalls ihrer Auflösung entgegensehen." Seine Zuversichtlichkeit verfehlte ihre Wirkung nicht; am 14. April erhielt er die Genehmigung der Konvention mit einigen unbedeutenden Abänderungen, sowie die Aufforderung, so bald wie möglich persönlich in Berlin zu erscheinen. Man war jetzt völlig zu einer national-polnischen Reorganisation entschlossen, von der die deutschen Distrikte ausgeschlossen bleiben sollten. Diese letzteren, die sich auf das Aeußerste der Reorganisation widersetzten, sollten dem deutschen Bunde beitreten und Abgeordnete zum Parlament entsenden, während sich früher die Majorität des Posen'schen Landtages gegen die Wahl ausgesprochen hatte. Es bezog sich dies namentlich auf den Netzedistrikt und die Kreise Birnbaum, Meseritz, Bomst und Fraustadt. Eine Kabinetsordre vom 14., die diese Absicht andeutete,

trug viel zur Beruhigung der Deutschen bei. In den polnischen Bezirken glaubte General von Willisen ein vortreffliches Mittel zur Beschwichtigung darin gefunden zu haben, daß er den Landräthen am 10. April Kreiskommissäre zur Seite stellte, oder, mit anderen Worten, eine, wie berichtet, durch den Aufruhr geschaffene Einrichtung legalisirte. In den Kreisen gemischter Bevölkerung, namentlich in Inowraclaw, fand diese Maßregel selbstredend lebhaften Widerstand.

Immerhin hätte sich, nach der Scheidung des deutschen von dem polnischen Elemente, ein freilich auf die Dauer unhaltbarer Zustand relativer Ruhe durch die Konvention von Jaroslawice herstellen lassen, wäre dieselbe auf polnischer Seite überhaupt gehalten worden. Es war vorauszusehen, daß in einem so fieberhaft erregten Lande ein bloßes Dekret ohne tiefere Wirkung bleiben mußte.

Die Polen thaten nicht mehr als nothwendig war, um dem im Lande herumreisenden General von Willisen die Ueberzeugung vom Wiedereintreten der Ordnung beizubringen. Allerdings wurden die Lager geräumt, allein theils zogen die entlassenen Sensenträger in ihre nahegelegene Heimat, von wo sie auf das erste Zeichen der Sturmglocke wieder zur Stelle sein konnten, theils quartierten sich die Trupps einfach in den Nachbarorten ein. Die Lager selbst, in denen weit stärkere Kadres als ausgemacht zurückblieben, zeigten einen vollständig feindlichen Geist, es kam hier, namentlich als bei der Räumung des Lagers von Wreschen die Nachricht vom Nahen preußischer Kavallerie eintraf, zu Gräuelszenen gegen die Juden, die überall Schrecken und Erbitterung hervorriefen. Aehnlich ging es in Miloslaw zu; von einer Rückkehr der Gesetzlichkeit war keine Rede; die auseinandergegangenen Banden sammelten sich an anderen Orten wieder, die Behörden waren nach wie vor machtlos, die Truppen, deren Thätigkeit durch die Bestätigung der Konvention gelähmt war, mußten sich auf Gnesen und Posen zurückziehen und gerade die Brennpunkte des Aufruhrs, die bewaffneten Lager verlassen. Gemehrt wurde die Aufregung namentlich durch die fortgesetzten Hetzereien der katholischen Geistlichkeit. Dieselbe benutzte einen bei der niederen polnischen Bevölkerung herkömmlichen Sprach-

gebrauch, wonach deutsch mit protestantisch, polnisch mit katholisch gleichbedeutend war, um mit dem politischen zugleich auch den religiösen Fanatismus der Slawen zu erregen. Sehr zu Statten kam ihr dabei eine alte Prophezeiung, daß Polen frei sein werde, wenn der Tag des h. Adalbert — wie es gerade in diesem Jahre der Fall war — auf Ostern falle. Alle Vorstellungen, die die Spitzen der preußischen Behörden an den Erzbischof von Przyluski wiederholt richteten, waren umsonst; der fromme Seelenhirt stand an der Spitze der ganzen Bewegung und schrieb am 22. an den Minister des Inneren, er könne die Polen unmöglich zur Ruhe ermahnen, da ja die Provokationen von den Deutschen und vom Militär ausgingen, sondern höchstens zur Duldung der ihnen gewordenen Schmach und Gewaltthätigkeiten aller Art auffordern.

Es kennzeichnet die politische Einsicht des Generals von Willisen, daß er sich völlig der Erkenntniß dieser ganzen unhaltbaren Lage verschloß und sich von den Polen in jeder Weise täuschen ließ. „Die Leute führen mich wie einen Friedensboten im Lande herum", schreibt er am 17. nach Berlin, „nur meine Landsleute zürnen."

Die Landsleute zürnten allerdings; das mußte v. Willisen erfahren, als er von seiner Rundreise nach Posen zurückkehrte. „Als ich am 19. spät Abends an das Festungsthor komme", schildert er selbst seine Erlebnisse, „finde ich Todtenstille, nur oben auf der Zinne des starken Eingangthores zwei einsame Schildwachen. Nach langem Blasen des Postillons eine späte Frage durch das verschlossene Thor, wer wir seien. Ich dachte, nur meinen Namen nennen zu dürfen, um das Thor sich schnell öffnen zu sehen. Das volle Gegentheil, und auf meine Frage, warum nicht gleich geöffnet werde, die Antwort, man dürfe nicht, es werde aber sofort zum Kommandanten geschickt werden, der im Fort sei. Meine Verwunderung war nicht gering; es blieb mir aber freilich Nichts übrig, als die Aufklärung dieser wunderbaren Erscheinung ruhig abzuwarten. Nach einiger Zeit erscheint der Kommandant des Forts, hinter dem das Thor sofort wieder sorgsam geschlossen wird, und auf meine Frage, was diese Anstalten zu bedeuten haben, entschuldigt er sich sehr, daß er mich,

den königlichen Kommissarius, auf ausdrücklichen Befehl des ersten Kommandanten nicht in die Stadt lassen dürfe, welcher mich vielmehr ersuchen lasse, zu ihm auf das Fort Winiary zu kommen, um dort, wenn ich wolle, die Nacht zuzubringen. Ich wollte ihm das durchaus Anfangs nicht glauben, fragte, ob die Stadt in Aufruhr wäre; als er das verneinte und es fast Mitternacht war, trug ich wiederholt darauf an, in die Stadt gelassen zu werden. Zuletzt aber mußte ich mich wohl oder übel in das Unvermeidliche fügen, obschon es mir ganz unerhört vorkam, und der Offizier fuhr mit mir unter militärischer Bedeckung den weiten Weg um die Stadt nach dem Fort Winiary. Ich hatte Zeit genug, mir die wunderliche Szene zu überdenken, ohne aber nur zu einer möglichen Erklärung kommen zu können. Oben angekommen, erfuhr ich denn zuerst durch den ersten Festungskommandanten, daß es eine Sicherheitsmaßregel sei, es fände noch immer eine solche Aufregung unter der deutschen Bevölkerung gegen mich statt, daß die Ruhe bedroht sei, wenn ich die Stadt beträte. Da ich die deutschen Elemente der Einwohner sehr gut kannte und wußte, welche Mittel der Ordnung einem in Belagerungszustand erklärten Orte zu Gebote stehen, so glaubte ich an keine Störung der Ruhe, da jeder Versuch dazu mit einem ernsten Wort des unter der deutschen Bevölkerung das höchste Ansehen genießenden Kommandanten gewiß leicht zurückgewiesen werden könne. Mein Antrag, die Nacht in der Stadt zuzubringen, da ich des andern Morgens nach Berlin wollte, wurde dennoch standhaft zurückgewiesen, so sehr ich auch darauf hinwies, wie unglaublich es erscheine, mir, dem königl. Kommissarius, dem man jeden Schutz schuldig sei, einen solchen Antrag abzuschlagen. Ich erfuhr aber bald, daß die Maßregel mit dem kommandirenden General verabredet war, der dann auch selbst spät in der Nacht auf dem Fort ankam, mit ihm zugleich der Oberpräsident und der Oberst Stavenhagen. Nachdem hier nun der von dem Oberpräsidenten lebhaft unterstützte Antrag, mich die Nacht in der Stadt in der Wohnung des Oberpräsidenten im königl. Schlosse zubringen zu lassen, wiederholt abgelehnt wurde, beschloß ich dann freilich, sofort nach Berlin zu eilen, da ich unter den Umständen alle Hoffnung aufgeben

mußte, mir das zu meiner Aufgabe durchaus nöthige Ansehen erhalten zu sehen. Wenn ich von einer imposanten Militärmacht nicht Schutz gegen einige künstlich aufgeregte Haufen finden konnte, so mußte ich mir sagen, der Grund des Widerstandes liege ganz wo anders und wohin ich nicht reichen konnte."

„Nicht in der besten Stimmung" reiste der General nach Berlin weiter, wo er am 21. in einer Ministerkonferenz Bericht über seine Sendung erstattete. Es wurde in dieser Berathung die Demarkationslinie zwischen den deutschen und polnischen Theilen des Großherzogthums festgesetzt und Näheres über die Reorganisation des Letzteren in Berathung genommen. Als Ergebniß erschien am 26. eine königliche Kabinetsordre, welche den polnischen Theilen Posens eine eigene konstitutionelle Verfassung, nationale Gerichtsbarkeit, Verwaltung und Schulunterricht zusicherte, das Polnische zur Geschäftssprache erhob und die Landrathswahlen neu ordnete. Als Präsident des polnischen Bezirkes war, nach einem Schreiben des Ministers vom 28., der Abgeordnete von Kraszewski, mit dem Sitze in Gnesen, ausersehen. Ausgeschlossen von allen diesen Maßregeln sollten bleiben: der Netzedistrikt, mit Ausnahme eines Theiles von Inowraclaw, die Kreise Birnbaum, Meseritz, Bomst, Fraustadt, Samter, Buk, Theile der Kreise Obornik, Posen (einschließlich Stadt und Festung), Kröben, Krotoschin und die Stadt Kempen. Für diese Kreise, namentlich die Stadt Posen, sollte die Aufnahme in den deutschen Bund nachgesucht werden, soweit sie demselben nicht schon durch den Beschluß der Bundesversammlung vom 22. April angehörten.

Zugleich wurde General von Colomb angewiesen nachzuforschen, inwieweit die Konvention von Jaroslawice von den Polen gehalten sei, und im Falle eines Vertragsbruches militärisch einzuschreiten.

Allein ehe noch dieses Schreiben vom 28. den Kommandirenden erreichte, war es bereits zu Kämpfen und Blutvergießen gekommen.

Während der Anwesenheit des Kommissärs von Willisen hatten die Truppen den Polen gegenüber eine zurückgezogene Haltung bewahrt. Was ihre Gedanken über die Thätigkeit des Generals dabei waren, spricht der Generalstabsmajor von Voigts-

Rheetz unumwunden mit den Worten aus: „Der Herr General von Willisen erklärte bei jeder Plünderung, bei jedem Aufruhr der Polen gegen ihre Führer, daß diese Exzesse allein den wahren Grund in der Besorgniß erregenden Nähe der preußischen Truppen hätten, und er forderte nicht allein ihre Zurückziehung in die Garnisonen, sondern sogar die Entsendung der aus der Ferne herangezogenen Bataillone in ihre Heimat. Ein ähnlicher Antrag unter ähnlichen Verhältnissen ist wohl noch kaum gestellt worden, seitdem politische Maßregeln in militärische Operationen hemmend eingegriffen haben.“

Die ganze Thätigkeit Willisens hatte, wie dies stets das Schicksal solcher Vermittelungsversuche ist, nur den einen Erfolg gehabt, den Ausbruch der Krisis hinauszuschieben und dadurch blutiger zu gestalten. An demselben Tage bereits, an welchem der Kommandant von Posen dem königlichen Kommissär die Thore der Stadt verschloß, war es zum Kampfe gekommen. Ein Detachement, das von Schrimm abmarschirte, um den unbefugten Requisitionen der Polen zu steuern, wurde in Gostyn mit Gewehrfeuer empfangen und mußte die verbarrikadirte Stadt mit Sturm nehmen.

Drei Tage darauf zeigten die Aufrührer in unzweifelhafter Weise, wie sie die versöhnliche Haltung des Militärs auffaßten. Als am 22. die Quartiermacher einer unter dem Befehle des Majors von Johnston von Schrimm entsandten Abtheilung, den Truppen vorauseilend, in Kozmin erschienen, stürzte sich ein Haufen Bewaffneter auf die nichts Böses Ahnenden und ermordete einen Sergeanten und einen Füsilier des 7. Regimentes durch Axthiebe und Sensenstiche. Mit dem nachrückenden Bataillon entspann sich ein blutiges Gefecht; 2 Grenadiere blieben todt, 4 schwer verwundet auf dem Platze, ehe es gelang, die Stadt zu nehmen. Kurz darauf stießen nochmals Abtheilungen des 1. Ulanen-Regimentes bei Borek mit den Insurgenten zusammen.

Zu gleicher Zeit kam es bei dem Städtchen Adelnau zu Gefechten, welches die Polen Tags zuvor besetzt hatten. Der Jägerlieutenant Graf zu Dohna wurde hier mit seiner nur 100 Jäger und 10 Kürassiere starken Abtheilung von weit überlegenen Frei-

corps angegriffen, schlug sich aber mit Verlust einiger Leute durch, während der Feind 150 Mann verloren haben soll. Eine andere, etwas stärkere Colonne, welche später Adelnau besetzte, bestand bei Topola ein Gefecht.

Wiederum drei Tage später, am 26. April, rückte das gesammte Bonin'sche Detachement, 4 Bataillone Infanterie und 4 Geschütze mit Jäger-, Kürassier- und Husaren-Abtheilungen, gegen den Flecken Raszkow vor und sprengte die daselbst stehenden Polen in einem heftigen Gefechte auseinander.

Es war bisher noch ein eigentlicher Zusammenstoß mit den sogenannten Kadres, die sich laut der Willisen'schen Kapitulation in den vier Lagern aufhalten durften, vermieden worden, wiewohl es keinem Zweifel unterlag, daß man in jenen die Brennpunkte des Aufruhrs erblicken mußte. Die Polen begannen jedoch nunmehr, namentlich in dem Lager von Xions, in einer Weise zu hausen, die die Geduld der preußischen Behörden erschöpfen mußte. Sie vertrieben und beraubten die in der Umgegend wohnhaften Deutschen und Juden, meuterten gegen ihren eigenen Kommandanten von Budziszewski, dem sie bereits die Sensen an den Hals legten, um ihn niederzumachen, kerkerten dann, als von Dabrowski den Oberbefehl übernommen, drei angesehene Bürger ein und schossen später einen derselben hinterrücks nieder; da auf eine Aufforderung des in Schrimm kantonnirenden Oberst von Brandt, die Gefangenen freizulassen, von Dabrowski dem als Unterhändler benutzten Kreiskommissär von Raczynski eine abschlägige Antwort ertheilte, schien die Anwendung der Waffengewalt geboten. Am Morgen des 29. April setzte sich eine starke Abtheilung, aus 4 Bataillonen, 7 Eskadrons, 6 Geschützen, einem Jäger- und einem Pionierdetachement bestehend, gegen Xions in Bewegung, beschoß die Stadt und stürmte sie in einem heftigen 2½stündigen Straßenkampf. Ein großer Theil des Ortes ging in Flammen auf, die Verluste waren beiderseits beträchtlich.

In diesem Gefechte war eine unter dem Befehle eines gewissen von Mittelstädt stehende polnische Streifschaar gefangen genommen und gegen das Ehrenwort, nicht weiter gegen Preußen zu kämpfen, entlassen worden. Nichtsdestoweniger nahm dieselbe

schon am nächsten Tage an einem bei Miloslaw entbrannten Treffen thätigen Antheil.

Hier lieferte am 30. April der General von Blumen dem polnischen Obergeneral Mieroslawski selbst ein Gefecht, welches nicht eben günstig für die preußischen Waffen ausfiel. Bereits hatte das über 2000 Mann mit 4 Geschützen und 360 Pferden starke Corps des Generals nach einer erfolglos gebliebenen Besprechung der beiden Führer die Stadt Miloslaw zum größten Theile genommen, als plötzlich, wie es scheint durch das Zurückgehen einer Kürassierschwadron, „eine Wendung“ eintrat und die errungenen Vortheile verloren gingen. Nach vierstündigem Kampfe mußten die Preußen den Rückzug nach Wreschen und Schroda antreten. Es hatten ihnen etwa 5000 Polen gegenübergestanden.

Aehnlich ungünstig sollte auch das nächste Gefecht verlaufen; die Polen hatten den Vortheil für sich, daß sie stets leicht im Stande waren, ihre Kräfte zu konzentriren, während die einzelnen preußischen Streifcolonnen, die das Land durchzogen, sich meist auf sich selbst angewiesen sahen. In richtiger Erkenntniß dieses Umstandes warf sich Mieroslawski, der wußte, daß für den 3. Mai ein allgemeiner Angriff der Preußen auf die Stellungen der Aufständischen beabsichtigt war, am Tag vorher bei Wreschen auf die 2 Bataillone, 2 Schwadronen, 4 Geschütze starke Colonne des Generals von Hirschfeld, bei der sich auch der Divisionscommandeur von Wedell befand. Der Kampf drehte sich namentlich um das Dorf Sukolowo, welches am Abend von den Preußen geräumt werden mußte; bei dem Flecken Gulczewko, welcher niederbrannte, fand noch ein heftiges Rückzugsgefecht statt. Die Polen behaupteten das Feld, hatten jedoch ihren Erfolg mit schweren Opfern erkauft.

Der Widerstand der Polen wurde nach diesem Kampfe ein merklich schwächerer; sie begannen zu unterhandeln; nur einer ihrer Führer, der Renegat Krauthofer = Krotowski setzte sich im Schlosse Rogalin bei Posen mit einem Streifcorps fest, wurde aber in der Nacht vom 7. zum 8. Mai überfallen, seine Schaar zersprengt, er selbst am 11. gefangen genommen.

Die übrigen Häupter der Bewegung schlossen schon am 9. mit

dem General von Wedell bei Bardo eine Uebereinkunft ab, deren Grundlage von dem inzwischen auf Willisens Vorschlag zum königlichen Kommissär ernannten General von Pfuel vorgezeichnet war. Die Insurgenten sollten danach am 10. bei Piatkowo-Ccaren das Gewehr strecken, doch hatten die Führer selbst, an deren Spitze nach Mieroslawski's Abdankung der Emigrant Oborski stand, nicht mehr die Autorität, die Durchführung des Vertrages bei ihren zuchtlosen Schaaren zu erzwingen. Die Letzteren zerstreuten sich vielmehr nach allen Seiten und mußten von den Truppen, besonders einer von v. Hirschfeld geführten mobilen Colonne aufgesucht, gefangen genommen und entwaffnet werden. In wenigen Tagen war dies geglückt; ein Widerstand fand fast nirgends mehr statt; Mieroslawski selbst und andere Revolutionshäupter fielen in die Hände der Regierung. Nur einer kleinen Streifschaar gelang es, über die Warthe zu entkommen, wobei mehrere der Insurgenten in dem Flusse ertranken.

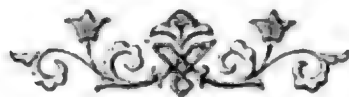
Um die Mitte des Mai konnte der polnische Aufstand als völlig niedergeschlagen betrachtet werden und der Kommissär von Pfuel mit der Reorganisation beginnen. Von Seiten der Polen fand er wenig Unterstützung, obwohl er zwei ihrer angesehensten Häupter, v. Kraszewski und von Potworowski, an seine Seite berief. Die Polen betrachteten sämmtliche einst polnisch gewesenen Länder, also auch Westpreußen, als der nationalen Reorganisation unterworfen, was im wesentlichen auf eine Wiederherstellung eines polnischen Königreiches geführt hätte, und wollten von der Sprachscheide als Demarkationslinie Nichts wissen.

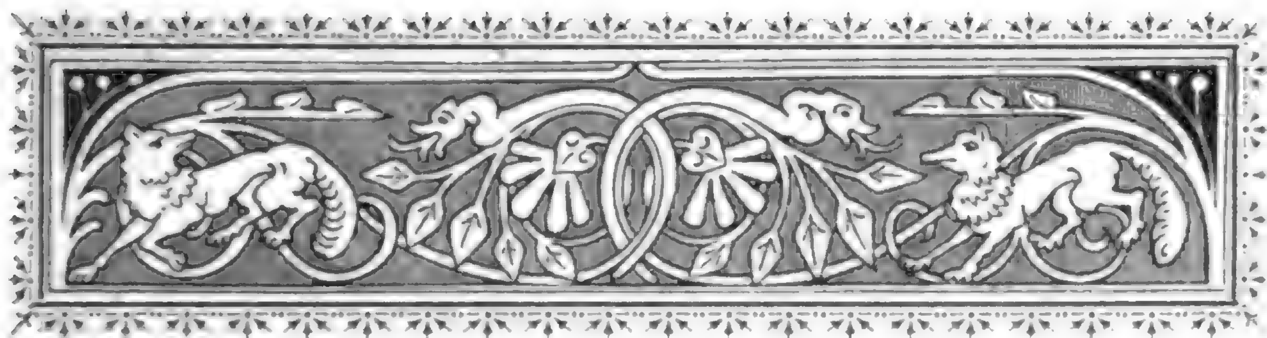
Ueber die Thätigkeit des Generals von Willisen hatte der Gang der Ereignisse ein schärferes Urtheil gefällt als die Angriffe seiner Gegner. Es hatte sich unwiderleglich gezeigt, welch schweren Fehler der General begangen, als er den Beginn der militärischen Operationen hinausschob, als er die Polen mit ihren Waffen in die Heimat entließ und das Fortbestehen der Insurgentenlager duldete, als er den Landräthen die revolutionäre Behörde der Kreiskommissäre zur Seite setzte. Die eigentlich keinen Beweis erfordernde Thatsache, daß im Kampfe der Völker um das Dasein Milde und Schonung mit poli-

tischem Selbstmord gleichbedeutend sind, hatte eine neue Bestätigung erhalten.

Vergebens beantragte Willisen, um sich gegen diese Anschuldigungen zu vertheidigen, sein Verfahren einer Untersuchung durch das Staatsministerium zu unterwerfen. Sein Gesuch wurde in einem verbindlichen Schreiben abgelehnt, und ebenso eröffnete ihm, als er nunmehr sich vor einer Kommission von Generälen rechtfertigen wollte, der Kriegsminister, es „ließe sich die gänzliche Beseitigung ungünstiger Deutungen und leidenschaftlicher Angriffe auch auf dem Wege der speziellsten Auseinandersetzung kaum vollständig erreichen".

Das war deutlich genug; der General verließ Preußen und ging in diplomatischer Sendung nach Oesterreich.





VIII. Abschnitt:

Die Erhebung Schleswig-Holsteins.

Die seit langer Zeit bestehende Verbindung der Herzogthümer Schleswig-Holstein mit Dänemark, dessen König zugleich den Titel eines Herzogs der beiden deutschen Provinzen trug, war von den ersteren immer mehr als eine drückende Last empfunden worden, zumal nachdem durch den Zusammenbruch der Reichsverfassung 1806 jeder äußerliche Zusammenhang mit den deutschen Staaten geschwunden war. Allerdings nahm 1815 der Wiener Kongreß Holstein und Lauenburg — aber nicht Schleswig — in den deutschen Bund auf, allein andererseits zeigten die Dänen das eifrigste Bemühen, durch Mittel jeder Art die deutschen Provinzen von Deutschland zu isoliren und untrennbar mit ihrem eigentlichen Reiche zu verbinden. Der Anfang hierzu war schon am 9. September 1806 geschehen, indem der König an diesem Tage die endgültige Vereinigung Schleswig-Holsteins mit Dänemark ausgesprochen hatte.

Der hierdurch veranlaßte Zustand der Dinge, die Habsucht und Bedrückung der Dänen, welche in den Herzogthümern nicht sowohl einen Theil des Staates als ein Ausbeutungsobjekt erblickten, erregte im Verlaufe der folgenden Jahrzehnte eine lebhafte Bewegung der Bewohner von Holstein und Schleswig, eine Bewegung, an welcher die Deutschen sämmtlicher Bundesstaaten einen regen Antheil nahmen.

Als im Jahre 1839 König Friedrich VI. starb, waren die Gemüther, hauptsächlich durch die unablässigen patriotischen Bemühungen des Friesen Jens Lornsen, die Selbständigkeit seiner Heimatländer zu erhalten, in hohem Maße erregt. Die Aussicht auf eine baldige Trennung beider Staatstheile rückte immer näher und wurde mit Freude begrüßt.

Friedrich VI. hatte keine Nachkommenschaft hinterlassen und daher sein Bruder als Christian VIII. den Thron bestiegen, dessen Sohn Friedrich der letzte männliche Sproß des regierenden Hauses war. Eine Nachkommenschaft war von letzterem nicht mehr zu erwarten, und es mußte daher in absehbarer Zeit in Dänemark der weiblichen Linie die Erbfolge zufallen. Das deutsche Recht aber kannte eine weibliche Succession nicht; die Herzogthümer mußten in einem solchen Falle aus dem dänischen Staatsverbande ausscheiden und unter die Herrschaft der zunächst berechtigten Linie Holstein-Sonderburg-Augustenburg kommen; nach dieser war das Haus Sonderburg-Glücksburg, dann das russische Kaiserhaus Holstein-Gottorp-Romanow, die ehemalige schwedische Königsfamilie Holstein-Gottorp-Wasa, endlich der Großherzog von Oldenburg erbberechtigt.

Da, wie gesagt, das Aussterben des dänischen Mannesstammes unabwendbar erschien, so hatte sich schon lange, ehe das erhoffte und gefürchtete Ereigniß eintrat, eine lebhafte Agitation sowohl unter den Deutschen wie den Dänen entsponnen. Die Letzteren waren, wie dies von ihrem Standpunkte aus ja wohl begreiflich war, nicht gewillt, ohne Weiteres die beiden reichsten und blühendsten Provinzen des Königreiches, welche zusammen einen Flächeninhalt von 320 □-Meilen mit etwa 875 000 Einwohnern umfaßten, preiszugeben. 1844, zu einer Zeit, als die Deutschen ohnedies durch das ränkevolle Benehmen der Kopenhagener Regierung in der schleswig-holsteinischen Bankfrage in hohem Maße erbittert waren, brachte der Bürgermeister Algreen Ussing bei den zu Roeskilde versammelten dänischen Ständen den Antrag ein, den König um die Erklärung zu bitten, daß die dänische Monarchie einschließlich Schleswig, Holstein und Lauenburg ein unzertrennliches Reich bilden und als solches vererbt werden solle. In den Elbherzogthümern rief jedoch

diese Petition, die zum ersten Male die Absichten der dänischen Partei klar enthüllte, eine so drohende Aufregung hervor, daß man es in Kopenhagen nicht gerathen fand, weiter auf die Sache einzugehen. Nach wie vor blieb die Successionsfrage ungelöst.

Zwei Jahre später aber schien die Regierung den Zeitpunkt für günstig zu halten, um ohne Umschweife und entschlossen hervorzutreten; am 8. Juli 1846 erließ ganz unerwartet König Christian einen Brief, in welchem er die Erbberechtigungsfrage vom Standpunkte der dänischen Staatsleitung darlegte. Dieses Schriftstück, welches den Grund zu den gesammten Verwickelungen und Kämpfen der folgenden Jahre legte, lautet, aus dem dänischen Texte übersetzt, wie folgt:

„Offener Brief Seiner Majestät des Königs von Dänemark vom 8. Juli 1846 an Seine getreuen Unterthanen.“

„Wir Christian VIII., von Gottes Gnaden König von Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stomarn, den Dithmarschen, zu Lauenburg, sowie zu Oldenburg rc. thun kund hiermit:

„Durch vielfache Thatsachen ist es zu Unserer Kenntniß gelangt, daß bei Manchen Unserer Unterthanen unklare und irrige Vorstellungen über die Successionsverhältnisse in der Monarchie herrschen und daß diese Vorstellungen dazu benutzt werden, um Unruhe und Bekümmerniß über die Zukunft des gemeinsamen Vaterlands für den Fall hervorzurufen, daß einst nach dem Rathschluß der Vorsehung Unseres Königlichen Hauses Mannesstamm erlöschen sollte, wodurch zugleich eine bittere Stimmung unter den Bewohnern in den verschiedenen Landestheilen erzeugt und genährt wird. Wir haben es daher für Unsere Landesväterliche Pflicht erkannt, durch eine zu dem Ende von Uns Allerhöchst ernannte Kommission alle diese Erbverhältnisse betreffenden Akten und Dokumente, soweit dieselben haben zuwege gebracht werden können, prüfen und zugleich eine genaue und gründliche Untersuchung aller darauf bezüglichen Verhältnisse vornehmen zu lassen.“

„Nachdem das Ergebniß dieser Untersuchung Uns in Unserem geheimen Staatsrath allerunterthänigst vorgetragen und von Uns

erwogen worden ist, haben Wir darin die volle Bekräftigung gefunden, daß, gleicherweise wie über die Erbfolge in Unserm dem Königreich Dänemark erworbenen Herzogthum Lauenburg kein Zweifel obwaltet, so auch die gleiche Erbfolge des Königsgesetzes im Herzogthum Schleswig in Gemäßheit des Patents vom 22. August 1721 und der darauf geleisteten Erbhuldigung[1], sowie endlich der von England und Frankreich ausgestellten Garantieakte vom 14. Junius und 23. Julius 1827 und der mit Rußland geschlossenen Verträge vom 22. April 1767[2] in voller Kraft und Gültigkeit besteht."

„In der festen Ueberzeugung, daß dies auf Recht und Wahrheit begründet ist, und in der Ueberzeugung ferner, daß Wir es nicht länger hinaussetzen dürfen, den schädlichen Folgen entgegenzuwirken, welche die fortwährend selbst innerhalb der Grenzen der Monarchie verbreiteten irrigen und falschen Ansichten über diese Verhältnisse hervorbringen, haben Wir Uns Allerhöchst bewogen gefunden, durch diesen Unsern offenen Brief Unsern sämmtlichen getreuen Unterthanen gegenüber die Ueberzeugung von dem Allen Unsern Königlichen Erbsuccessoren zuständigen Erbfolgerecht in das Herzogthum Schleswig auszusprechen, ein Recht, welches Wir und Unser Nachfolger auf dem dänischen Throne aufrecht zu erhalten für Unsere Pflicht und Unseren Beruf erachten werden."

„Dagegen hat die angestellte Untersuchung ergeben, daß mit Rücksicht auf einzelne Theile des Herzogthums Holstein Verhältnisse obwalten, welche Uns verhindern, Uns mit gleicher Bestimmtheit über das Erbrecht Unserer sämmtlichen Königlichen Erbsuccessoren an diesem Her-

[1] Diese Huldigung war von den Dänen nach der Vertreibung des Herzogs Karl Friedrich von Holstein erzwungen worden; nur die Ritterschaft und die Prälaten hatten, und auch diese unter Vorbehalt, dieselbe geleistet, die Landstände dagegen nicht.

[2] In diesem Vertrage hatte der Großfürst (spätere Kaiser) Paul von Rußland, Herzog von Holstein-Gottorp, seinen Antheil an Holstein dem dänischen Königshause gegen die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst abgetreten, welche letzteren alsdann die jüngere Linie Gottorp als das Herzogthum Oldenburg beherrschte.

zogthum auszusprechen. Während Wir indessen allen Unseren getreuen Unterthanen und namentlich denen im Herzogthum Holstein die allergnädigste Versicherung ertheilen, daß Unsere unablässigen Bestrebungen auch fernerhin darauf gerichtet sein werden, die zur Zeit vorhandenen Hindernisse zu beseitigen und die vollständige Anerkennung der Integrität des dänischen Gesammtstaates zuwege zu bringen, so daß die unter Unserm Szepter vereinigten Landestheile niemals von einander getrennt werden, vielmehr für immer in ihren gegenwärtigen Verhältnissen und mit den einem jeden von ihnen zuständigen Rechten zusammenbleiben, so wollen Wir namentlich Unseren getreuen Unterthanen im Herzogthum Schleswig hierdurch eröffnet haben, daß es nicht von Uns beabsichtigt wird, durch diesen Unsern offenen Brief der Selbständigkeit dieses Herzogthums, wie dasselbe bisher von Uns anerkannt worden ist, in irgend einer Weise zu nahe zu treten, oder irgend eine Veränderung in den sonstigen Verhältnissen vorzunehmen, welche gegenwärtig dasselbe mit dem Herzogthum Holstein verbinden, und wollen Wir vielmehr Unsere Zusage hiermit ausdrücklich wiederholen, daß Wir Unser Herzogthum Schleswig wie bisher, so auch ferner im Besitz der ihm als einem zwar mit Unserer Monarchie unzertrennlich verbundenen, aber zugleich selbständigen Landestheile zuständigen Rechte schützen werden."

„Urkundlich unter Unserem Königlichen Handzeichen und vorgedrucktem Insiegel."

„Gegeben in Unserem geheimen Staatsrathe auf Unserem Schlosse Sorgenfrei, den 8. Juli 1846."

„Christian R."

„Frederik R. P. Frederik Ferdinand. Stemann. St. W. Moltke. Oerstedt. Reventlow=Criminel."

So war das lange Gefürchtete geschehen; die dänische Regierung hatte sich entschlossen, den Weg der Gewalt zu betreten; denn die verschiedenen Thatsachen, auf welche sie sich, um den Schein des Rechtes zu wahren, berief, wie die erzwungene Huldigung von 1721, der vor dreiviertel Jahrhunderten abgeschlossene Vertrag mit einem Prinzen einer holsteinischen Nebenlinie, die Einmischung Frankreichs und Englands in diese Wirren, waren

der Lage der Dinge gegenüber völlig haltlos. Etwas anders allerdings stand es mit dem an sich sehr geschickten Manöver der dänischen Regierung, einen Unterschied in der Stellung der beiden Herzogthümer herbeizuführen, ein Unterschied, der thatsächlich jetzt schon darin zu Tage trat, daß nur eines derselben dem deutschen Bunde angehörte. Allein der König und sein Ministerium machten sich, als sie diese Trennung Schleswigs von Holstein aussprachen, eines wissentlichen Vertragsbruches schuldig. Nachdem am 4. Dezember 1459 mit Adolph VIII. der Mannesstamm der Herzöge von Schleswig-Holstein in den beiden schon seit 1386 vereinigten Ländern ausgestorben war, hatten die Stände an Stelle des legitimen Erben, des Grafen von Schauenburg-Pinneberg, den Dänenkönig Christian zu ihrem Herrscher erwählt. Am Wahltage selbst war zu Richen eine Urkunde ausgefertigt worden, welche als „der Lande Privilegien" Folgendes enthielt: „Da der König aus freiem Willen der Landeseinwohner und aus Gunst gegen seine Person zum Herrn der schleswig-holsteinischen Lande erkoren ist, so haben seine Kinder und Verwandten dadurch kein Erbrecht erhalten, vielmehr soll es den Einwohnern und ihren Nachkommen freistehen, aus des Königs Kindern oder, falls er keine hinterließe, aus seinen anderweitigen Erben sich einen Herrn nach Gutdünken zu erwählen. Der König schwört den vorbenannten Landen, nach allem seinem Vermögen sie in gutem Frieden zu erhalten, und daß Schleswig und Holstein ewig zusammen und unzertheilt bleiben sollen."

Durch diesen Satz war auf das Klarste ausgesprochen, daß, wenn, wie der „offene Brief" selbst anerkannte, die weibliche Succession in Holstein fraglich war, auch Schleswig nicht bei Dänemark bleiben konnte.

Somit lief das ganze Vorgehen der Dänen auf das Recht hinaus, welches überhaupt die meisten Weltbegebenheiten zu beherrschen pflegt, das Recht des Stärkeren.

Wenn man allerdings die Kraftverhältnisse allein erwog, so schien ein Krieg des kleinen Inselstaates gegen die an sich schon beinahe ebenso starken Elbherzogthümer, deren einem der gesammte deutsche Bund als Rückhalt diente, eine sehr ungleiche

Partie. Allein die Dänen kannten die Versammlung in der Eschenheimer Gasse; sie wußten, daß man vom Bundestage alles Andere, nur kein entschlossenes und thatkräftiges Handeln erwarten konnte; sie wußten ferner, daß ihnen die moralische Unterstützung der Großmächte, namentlich Englands und Rußlands, in deren Interesse eine möglichste Zerrüttung der deutschen Verhältnisse lag, gewiß war.

Der offene Brief erzeugte in Schleswig-Holstein und weit über die Grenzen der Herzogthümer hinaus in ganz Deutschland eine tiefgehende Erregung. Das Land begann zu gähren, Volksversammlungen wurden abgehalten, in Wort und Schrift die Grundprinzipien vertheidigt, daß Schleswig und Holstein selbständige, untrennbar mit einander verbundene Staaten seien, in denen nur der Mannesstamm des Herrscherhauses erbberechtigt sein könne.

Dies war der wesentliche Inhalt einer mit 7000 Unterschriften bedeckten, von dem Kieler Professor Lorenzen entworfenen Adresse, welche den zu Itzehoe seit dem 15. Juli versammelten schleswig-holsteinischen Ständen als die Petition einer Volksversammlung zu Neumünster übergeben wurde. Diese Landesstände, welche im Jahre 1806 ganz willkürlich aufgehoben worden waren, hatte der König am 9. Mai 1834 von Neuem ins Leben gerufen, jedoch mit einer solchen Beschränkung ihrer Funktionen, daß von einer Theilnahme derselben an der Staatsverwaltung nicht die Rede sein konnte. Ihr Verhältniß zu der Kopenhagener Regierung war stets ein gespanntes gewesen; jetzt kam der Konflikt zu offenem Ausbruch. Eine Protestadresse wurde beschlossen und angenommen, jedoch von dem königlichen Landtagskommissär zurückgewiesen. Nach diesem Schritte der Regierung erklärten die Stände ein ferneres Tagen für unmöglich; sie trennten sich, nachdem sie zuvor eine Petition an den Bundestag gerichtet. Allein wer konnte dieser Versammlung ein Eintreten für Deutschlands Ehre und Würde zumuthen? Am 17. September erließ der Bundestag eine Antwort, in welcher er sich ganz auf Seite der dänischen Regierung stellte und sich selbst den Hohn der Dänen ob seines unwürdigen Benehmens zuzog.

Inzwischen setzte sich der Streit zwischen der Regierung und den Herzogthümern weiter fort. Ein Versuch des Königs, die freiwillig auseinandergegangene Ständeversammlung durch Einberufung der Stellvertreter wieder herzustellen, mißglückte; der unermüdliche Agitator Olshausen wurde gefangen nach Rendsburg gebracht, in der Gerichtsverhandlung aber freigesprochen, die große Volksversammlung zu Nottorf am 14. September durch Truppen auseinandergesprengt.

Als der König im Herbst des Jahres 1846 seine deutschen Lande bereiste, empfing ihn, im Gegensatz zu der früher üblichen Begrüßung, überall dumpfes Schweigen. Er schien zu fühlen, daß er zu weit gegangen und erließ am 18. September ein zweites Manifest, in welchem er — jedoch ohne Erfolg — den üblen Eindruck des ersten abzuschwächen suchte. Schon in den nächsten Monaten kam es zu einem neuen Konflikt; die am 21. Oktober zusammengetretenen Stände verwahrten sich aufs Neue gegen die Absichten der dänischen Regierung und gingen, als ihnen am 3. Dezember ihre Erklärung wieder zurückgegeben wurde, abermals auseinander; 34 Abgeordnete traten aus der Versammlung aus, die Regierung sah sich genöthigt, den Landtag aufzulösen. Unter gegenseitiger Mißstimmung neigte sich das ereignißreiche Jahr 1846 zu Ende.

Eine Besserung der Zustände trat auch im folgenden Jahre nicht ein; die Neuwahlen zur Ständeversammlung fielen trotz aller Umtriebe der Regierung ganz im Sinne der Opposition aus, ohne daß sich weiterhin etwas Besonderes ereignete.

So lagen die Dinge, als am 20. Januar 1848 König Christian VIII. starb und sein Sohn — voraussichtlich der letzte König aus dem dänischen Hause — als Friedrich VII. den Thron bestieg.

Der neue Herrscher befand sich in einer schwierigen Lage; außer den holsteinischen Wirren hatte sich in den letzten Regierungsjahren eine starke Bewegung in Dänemark selbst erhoben, deren politischer Theil die liberalen Forderungen der Zeit, Verleihung einer Verfassung u. s. w. umschloß, während zugleich eine mehr nationale Bestrebung auf die Verbindung mit Schweden und Norwegen, die Vereinigung der skandinavischen Staaten

hinarbeitete, eine Bestrebung, deren nationaler Charakter eigentlich in vollem Widerspruch zu den Bemühungen des „jungen Dänemark" stand, die deutschen Herzogthümer dem dänischen Staate zu erhalten.

König Friedrich war offenbar schon vor seiner Thronbesteigung über seine künftigen Schritte schlüssig geworden; schon am 28. Januar erließ er ein Reskript, durch welches er seine sämmtlichen Unterthanen zufrieden zu stellen hoffte. Nach einigen einleitenden Sätzen heißt es in diesem wichtigen Aktenstücke: „Zu diesem Ende (um die Rechte aller Staatsangehörigen zu sichern) beabsichtigen Wir gemeinschaftliche Stände für Unser Königreich Dänemark und Unsere Herzogthümer Schleswig und Holstein, welche sich regelmäßig zu gewissen Zeiten in bestimmten Zwischenräumen aus Unserm Königreiche und Unsern vorbenannten Herzogthümern, und abwechselnd in Unserm Königreich und in den Herzogthümern, in näher zu bestimmenden Städten versammeln sollen. Die Rechte, welche Wir über mehrere, im Verfassungsgesetz festzustellende Bestimmungen diesen Ständen beilegen, sollen bestehen in einer beschließenden Mitwirkung an der Veränderung der Steuern, und an der Ertheilung von Gesetzen, welche gemeinsame Angelegenheiten des Königreiches und der Herzogthümer betreffen. Daneben wollen Wir den besagten Ständen gestatten, Uns allerunterthänigst Anträge einzureichen betreffend solche Gegenstände für ihre Wirksamkeit, welche die gemeinsamen Interessen des Königreiches und der Herzogthümer berühren. Durch diese ständische Verfassung, welche Wir aus freier Königlicher Machtvollkommenheit einführen, soll Nichts verändert werden in der allgemeinen Anordnung vom 28. Mai 1831[1], oder in der Verordnung vom 15. Mai 1834[2],

[1] Diese Verordnung stellte eine Konstitution für ganz Dänemark in Aussicht und berief berathende Provinzialstände ein.

[2] Dieses Dekret enthielt die definitive Regelung des provinzialständischen Wesens, wonach die Ständeversammlung der dänischen Inseln, 70 Mitglieder stark, in Roeskilde, die für Jütland (55) in Viborg, die für Holstein (48) in Itzehoe, für Schleswig (44) in Schleswig tagen sollten.

betreffend die Einrichtung von Provinzialständen im Königreich Dänemark und Unsern Herzogthümern, noch in der immerwährenden Verbindung dieser Herzogthümer und den Verhältnissen Unserer Herzogthümer Holstein und Lauenburg zum deutschen Bunde."

Im weiteren stellte das Dekret die Zusammensetzung der Versammlung fest; von Dänemark und Schleswig-Holstein sollten je 18 Männer, und zwar von den Mitgliedern der Provinzialstände, der Geistlichkeit und Ritterschaft, sowie den Konsistorien der Universitäten Kopenhagen und Kiel gewählt werden. Der König selbst behielt sich vor, außerdem nach eigenem Ermessen 16 Mitglieder, 8 für Dänemark, je 4 für jedes Herzogthum, in die Versammlung zu entsenden, eine Maßregel, die der Dänenpartei die Majorität sicherte, sobald der König als Vertreter Schleswig-Holsteins dänisch gesinnte Männer ausersah.

Es ging Friedrich VII. mit diesem an sich höchst freisinnigen Manifeste wie Jedem, welcher es Allen recht zu machen sucht; er brachte bei keiner Partei eine wirkliche Befriedigung hervor. Den Dänen waren die politischen Concessionen zu gering, ihre Wünsche gingen auf Urwahlen und Ministerverantwortlichkeit, die Deutschen, so erfreulich ihnen auch die Zusicherung einer dauernden Verbindung beider Herzogthümer war, wollten von einem gemeinsamen Staatsleben mit den Dänen Nichts mehr wissen.

Sollte man die königlichen Gewährungen annehmen oder ablehnen, das war die große Frage, welche nach Bekanntmachung des Reskripts Alle in Schleswig-Holstein erfüllte. Am Mittage des 17. Februar traten zu Kiel die Mitglieder der schleswig'schen und holsteinischen Stände und die sonstigen Wahlberechtigten, im Ganzen gegen 60 Personen, zu einer Berathung zusammen. Noch schien es zweifelhaft, ob die versöhnlicher Gestimmten in der Majorität bleiben würden, — denn 14 Tage vorher hatte die einflußreiche Ritterschaft der Herzogthümer einen Protest gegen das königliche Reskript erlassen, — doch endlich siegte nach fünfstündiger Verhandlung die Ansicht derjenigen, welche einen passiven Widerstand für unangemessen hielten; mit 39 gegen 21 Stimmen wurde die Betheiligung an der Wahl

beschlossen, zugleich jedoch den Gewählten aufgegeben, die Verleihung einer schleswig-holsteinischen Verfassung zu beantragen.

Die friedlichere Richtung hatte somit gesiegt und es schien nochmals Hoffnung auf einen gütlichen Ausgleich des schwebenden Streites vorhanden, als wenige Tage nach dem Beschluß der Stände jenes Ereigniß eintrat, dessen Kunde überall in Europa die Unzufriedenheit zum Aufruhr entflammte. Kaum war die Nachricht von der Februar-Revolution eingetroffen, so bemächtigte sich eine stürmische, tiefgehende Erregung des Volkes; die ersten Symptome der nahenden Revolution, die Volksversammlungen, Adressen, Demonstrationen mehrten sich mit jedem Tage.

Nach dem Vorgange des Bundestages ergriff König Friedrich das Mittel, durch eine einzelne Concession die Gemüther zu beruhigen. Am 10. März erließ er ein Preßgesetz für Holstein, welches die Censur aufhob, im Uebrigen aber der Polizeiwillkür vollen Spielraum ließ und weit davon entfernt war, die Deutschen zu befriedigen. Auf beiden Seiten gingen die Dinge unaufhaltsam dem Zusammenstoß entgegen, die nationalen Leidenschaften wuchsen von Tag zu Tag. Am 11. März fand im Kasino zu Kopenhagen eine mehrere Tausend Personen umfassende Versammlung unter dem Vorsitze des Etatsraths Hvidt statt, welche Schleswig als eine dänische Provinz erklärte, ohne sich um die Einsprachen einiger besonnener Männer, des Lehrers Sörensen und des Journalisten Goldschmidt, zu kümmern. Eine neue Volksversammlung tagte am 12. im Hippodrom; dieselbe hatte einen stark demokratischen Anstrich und setzte ein Comité zur Betreibung der Wahlreform ein.

Ebenso entschlossen traten andererseits die Deutschen für ihre Rechte ein; eine Versammlung zu Altona verlangte am 8. März in einer Adresse an den König eine gemeinsame schleswig-holsteinische Verfassung und Eintritt Schleswigs in den deutschen Bund; daneben die sonstigen Forderungen der Zeit, Ministerverantwortlichkeit, Preßfreiheit, Geschworenengerichte, Volksbewaffnung u. s. w. Nicht weniger offen sprach sich die Bürgerschaft von Kiel aus; am 15. März entsandte der Bürgerverein der Universitätsstadt ein Schreiben, in welchem es u. A. hieß: „Für unser deutsches Vaterland sind wir bereit, alle Opfer zu

bringen, aber nicht in einem ungerechten Kampfe gegen die Freiheit Frankreichs, nicht in einem verhaßten Bündniß mit den Russen. Kein Russe und kein Däne setze bewaffnet seinen Fuß auf deutsches Gebiet. Wir dulden keine Verletzungen der deutschen Grenzen und bieten unserm Herzoge zur Wahrung derselben alle unsere Kräfte, unseren ganzen, begeisterten Willen an."

Bis zu dieser Höhe war die Bewegung bereits gediehen, als an dem denkwürdigen 18. März die schleswig-holsteinschen Stände abermals in der festlich geschmückten Stadt Rendsburg zusammentraten. Unter dem Vorsitze des Advokaten Beseler berieth die siebenzig Männer zählende Versammlung 9 Stunden lang über die Lage der Dinge, bis sie endlich kurz vor Mitternacht, zur selben Zeit, in welcher in Berlin und Mailand der Straßenkampf tobte, zu einem Beschlusse gelangten, welcher auf alle Fälle eine Entscheidung, sei es auf friedliche oder, was weit wahrscheinlicher, auf blutige Weise herbeiführen mußte. Eine Deputation von fünf Männern, Gülich, Engel, von Neergard, Olshausen und Claussen, wurde unverzüglich nach Kopenhagen entsandt, um dem Könige ein Ultimatum der Deutschen zu überbringen. Dasselbe enthielt die Forderung, die holsteinischen und schleswig'schen Stände zusammenzuberufen und ihnen ein Verfassungsgesetz vorzulegen, die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund in Frankfurt zu beantragen, allgemeine Volksbewaffnung, Preßfreiheit und Versammlungsrecht zu gestatten und den Regierungspräsidenten von Scheel sofort seines Dienstes zu entlassen.

Als die Abordnung am 22. in Kopenhagen eintraf, war ihr die Kunde von den Rendsburger Vorgängen bereits vorausgeeilt und hatte in der dänischen Hauptstadt Ereignisse hervorgerufen, denen gegenüber der Versuch einer Verständigung aussichtslos erscheinen mußte. Eine aus mehr als Zehntausend Menschen bestehende Volksversammlung, in welcher neben Hvidt der redebegabte Demokratenführer Orla Lehmann das große Wort führte, hatte dem Könige in einer Massendemonstration eine Adresse übergeben, welche eine volksthümliche Verfassung für Schleswig und Dänemark forderte. In tiefster Stille harrten die Menschenmassen vor dem Schlosse, bis der Etatsrath Hvidt

heraustretend die mit Jubel aufgenommene Nachricht brachte, daß das bisherige Ministerium entlassen sei.

Von der Wahl der neuen Rathgeber des Herrschers hing die Zukunft ab; der Abend und die Nacht des 21. verging unter Verhandlungen mit den Gemäßigteren, Graf Sponneck, Franke, Bang u. A., ohne daß die Neubildung eines versöhnlich gestimmten Kabinets gelang. Die Radikalen ließen nicht nach; ihre Führer nahmen eine drohende Haltung an und gingen so weit, daß einer derselben, der Magister Monrad, dem Könige die Einführung der Republik in Aussicht gestellt haben soll. Auf diese Weise gelang es ihnen, am Morgen des 22. einen völligen Sieg zu erringen; das neue Ministerium, welches der König an diesem Tage ernannte, setzte sich zusammen aus dem Grafen Moltke (Ministerpräsident), Bardenfleth (Justiz), Tschering (Krieg), Graf Knuth (Aeußeres), Monrad (Kultus), Bluhme (Handel), Hvidt und Orla Lehmann (ohne Portefeuilles), sämmtlich Männern, die der ultra-dänischen Partei angehörten.

Unter diesen ungünstigen Auspizien traf um dieselbe Zeit die schleswig-holsteinische Abordnung in der Hauptstadt ein und wurde bereits an dem Landungsplatz von den erbitterten Volksmassen umringt und bedroht. Ihrem Ansuchen um eine Audienz wurde nach einigen Verhandlungen entsprochen; in Gegenwart des Etatsraths Franke und des Barons von Plessen überreichte von Neergard dem Könige die Petition, indem er zugleich in seiner Ansprache die Gefahren darlegte, die aus einer Verweigerung der schleswig-holsteinischen Forderungen entspringen mußten. Der König antwortete ausweichend, aber nicht unfreundlich; der Präsident von Scheel sei bereits entlassen, auf die übrigen Anträge könne er jetzt nicht eingehen, sondern werde durch den Kanzleipräsidenten Bescheid ertheilen lassen.

Damit war die Audienz zu Ende, die Deputation sah ein, daß unter den obwaltenden Umständen ihre Thätigkeit in Kopenhagen fruchtlos bleiben müsse und beschloß, zumal da die Haltung der Bevölkerung immer feindseliger wurde, und die dänischen Behörden selbst dringend die Abreise wünschten, die Stadt zu verlassen. Bereits hatten sich die fünf Abgeordneten am folgenden Tage, dem 24., auf dem Dampfboot „Hekla“ eingeschifft, als

ihnen der Minister Orla Lehmann ein Schreiben des Königs überbrachte und selbst mündlich als das letzte Wort des Herrschers bezeichnete.

Die Antwort Friedrichs VII. zerfiel in zwei Theile; in dem ersteren, der sich auf Holstein bezog, waren alle Forderungen zugesagt, sogar eigene Regierung, Militärverfassung und Finanzen in Aussicht gestellt, dann aber fuhr das Schreiben, auf Schleswig übergehend, fort, der König müsse in Hinsicht dieses Staates der Deputation eröffnen: „Daß Wir Unser Herzogthum Schleswig dem deutschen Bund einzuverleiben weder das Recht noch die Macht noch den Willen haben, dagegen die unzertrennliche Verbindung Schleswigs mit Dänemark durch eine gemeinsame freie Verfassung kräftigen wollen; daneben aber Schleswigs Selbständigkeit durch ausgedehnte provinzielle Institutionen, namentlich einen eigenen Landtag und besondere Verwaltung kräftig zu schirmen entschlossen sind."

„Daneben wollen wir Ihnen bedeuten, daß es Unser ernster Wunsch ist, in aufrichtigem Einverständniß mit Unsern lieben und getreuen Unterthanen Frieden und Freiheit in Unsern Landen zu gründen."

„Daß Wir daneben es als die heiligste Pflicht des legitimen Fürsten erkennen, die Herrschaft des Gesetzes und die Aufrechthaltung des Landfriedens mit aller Macht zu schützen."

„Gegeben auf Unserem Schlosse Christiansburg."

„1848, den 24. März."

„Frederik R."

„A. W. Moltke, Conseilpräsident."

Zugleich mit diesem Bescheid erschien eine Bekanntmachung des Königs an die Einwohner Kopenhagens, welche die der deutschen Abordnung ertheilte Antwort enthielt und die Sicherheit der Abgesandten der Ehre des dänischen Volkes anvertraute.

Als am 24. der König von Dänemark dieses drohende Manifest erließ, dessen Schlußworte deutlich genug auf die Möglichkeit eines Aufruhrs hinwiesen, ahnte noch Niemand in Kopenhagen, daß die Revolution in Schleswig-Holstein bereits ausgebrochen sei, und doch war schon Tags zuvor das lang erwartete Ereigniß eingetreten.

Die Nachricht von dem am 22. in der dänischen Residenz vollzogenen Ministerwechsel, vom Siege der ultradänisch-demokratischen Partei, hatte in den Elbherzogthümern die Entscheidung herbeigeführt. Der Advokat Beseler, der anerkannte Führer der Bewegung, war am 23. in Kiel eingetroffen und hatte durch Estafette den Prinzen von Sonderburg und den Grafen Reventlow-Pretz ebendorthin berufen, welche Beide noch am selben Abend anlangten. Zugleich erklärte eine um sechs Uhr Abends zusammengetretene Versammlung die Einführung der Bürgerwehr und begann mit dem Stadtkommandanten, Oberst von Högh, zu unterhandeln. Durch die Verhältnisse gezwungen, bewilligte der Kommandant, was man verlangte; eine Nationalgarde wurde konstituirt und bewaffnet und bezog schon am selben Abend gemeinschaftlich mit dem Militär die Wachen; die Besatzung Kiels, die aus einem Jägercorps bestand, schloß sich vollständig der Bewegung an, so daß Oberst von Högh, dem die Truppen den Gehorsam verweigerten, seinen Posten niederlegte.

Auf dem Rathhause zu Kiel vereinigten sich am selben Abend noch eine Anzahl der angesehensten Bürger zu einer Besprechung, während welcher um 11 Uhr Nachts Beseler erschien. Die Ansichten über die zunächst erforderlichen Maßnahmen waren sehr getheilt, doch einigte man sich dahin, vor allem eine provisorische Regierung von fünf Männern einzusetzen und wählte hierzu den Prinzen von Augustenburg, den Klosterpropst Graf Reventlow, die Advokaten Beseler und Brenner und den Kaufmann Schmidt.

Mit Blitzesschnelle verbreitete sich in den nächsten Tagen der Aufruhr durch das ganze Land; in der wichtigen Festung Rendsburg rückten schon am Morgen des 24. die mit der Eisenbahn von Kiel angelangten Jäger ein, denen bald die bewaffneten Turner und Studenten der Universität folgten. Gegen Nachmittag erschien der größte Theil des 17. Linienbataillons aus Glückstadt, dessen Rest sich am 25. anschloß, und am Abend das schleswig'sche Dragonerregiment, dessen Commandeur Oberst von Holstein mit mehreren Offizieren sich für die Sache der Herzogthümer erklärt hatte, in Rendsburg. Bald zeigte es sich, daß fast sämmtliche in Schleswig-Holstein befindliche Truppen

zum Uebertritt bereit waren; eine Ausnahme machte nur der größte Theil der Offiziere und die in der Stadt Schleswig stehende Infanterie, welche erklärte, der dänischen Regierung treu bleiben zu wollen und nach Flensburg abmarschirte.

Die größeren Städte schlossen sich sämmtlich ohne Zögern der Bewegung an. In Altona erkannte schon am Mittag des 24. der Oberpräsident Graf Reventlow und der Magistrat die provisorische Regierung an, in der Stadt Schleswig wurde der Kommandant General Carstenskiold gefangen genommen und der Hardesvogt Jakobsen bis auf Weiteres mit der Regierung betraut. Innerhalb zweier Tage war überall im Bereich der Herzogthümer die Trennung von Dänemark ausgesprochen.

Von den Maßregeln der provisorischen Regierung, welche am 24. ihren Sitz von Kiel nach Rendsburg verlegte, hing nunmehr der Erfolg des schwierigen und gefährlichen Unternehmens ab. Welcher Art ihre Auffassung der Sachlage war, zeigt ihr bereits in der Nacht vom 23. zum 24. entworfenes Manifest:

„Mitbürger! Unser Herzog ist durch eine Volksbewegung in Kopenhagen gezwungen worden, seine bisherigen Rathgeber zu entlassen und eine feindliche Stellung gegen die Herzogthümer einzunehmen; der Wille des Landesherrn ist nicht mehr frei und das Land ohne Regierung."

„Wir werden es nicht dulden wollen, daß deutsches Land dem Raube der Dänen preisgegeben werde. Große Gefahren erfordern große Entschließungen; zur Vertheidigung der Grenzen, zur Aufrechterhaltung der Ordnung bedarf es einer leitenden Behörde."

„Folgend der dringenden Nothwendigkeit und gestärkt durch das uns bisher bewiesene Zutrauen haben wir, dem ergangenen Rufe folgend, vorläufig die Leitung der Regierung übernommen, welche wir zur Aufrechterhaltung der Rechte des Landes und der Rechte unseres angestammten Herzogs in seinem Namen führen werden."

„Wir werden sofort die Vereinigte Ständeversammlung berufen und die übernommene Gewalt zurückgeben, sobald der Landesherr wiederum frei sein wird, oder von der Stände-

versammlung andere Personen mit der Leitung der Landesangelegenheiten beauftragt werden."

„Wir werden uns mit aller Kraft den Einheits- und Freiheitsbestrebungen Deutschlands anschließen. Wir fordern alle wohlgesinnten Einwohner des Landes auf, sich mit uns zu vereinigen."

„Laßt uns durch Festigkeit und Ordnung dem deutschen Vaterlande ein würdiges Zeugniß des patriotischen Geistes geben, der die Einwohner Schleswig-Holsteins erfüllt."

Man sieht aus diesem Manifeste, daß die provisorische Regierung mit großer Mäßigung vorging, indem sie sich nur gegen die Bestrebungen des dänischen Volkes wandte, nicht aber die Absetzung des dänischen Königs als Herzogs von Schleswig und Holstein aussprach. Ein Ueberblick über die Lage der Dinge ergiebt, daß dieses Verfahren unter den obwaltenden Verhältnissen das einzige war, durch welches die Einheitlichkeit der Freiheitsbewegung gewahrt werden konnte. Es herrschten in der letzteren schon jetzt zwei verschiedene Strömungen, eine rein nationale als Reaktion gegen die dänischen Uebergriffe, daneben aber auch, wie es im März 1848 nicht anders sein konnte, ein freiheitlicher demokratischer Zug, der sich in der Bürgerbewaffnung, den Freicorps der Turner und Studenten äußerte. Hätte man König Friedrich für abgesetzt erklärt, so mußte die Krone seinen Verwandten, den Augustenburgern, zufallen, die schon lange mit dem dänischen Hof zerfallen waren. Eine solche Veränderung in der Herrschaft konnte nur von den übelsten Folgen für Schwung und Kraft der freiheitlichen Bewegung sein und mußte unabsehbare Wirren herbeiführen. Ließ man dagegen dem demokratischen Elemente freies Spiel, schritt man wohl gar zur Errichtung einer nordalbingischen Republik, so stieß man den einflußreichen, loyal gesinnten Adel vor den Kopf und konnte auf Hülfe der deutschen Fürsten nicht rechnen. Es war mithin ebenso richtig wie naheliegend, wenn die provisorische Regierung den König gewissermaßen als einen willenlosen Gefangenen des dänischen Volkes hinstellte, mochten die Bestrebungen des letzteren auch noch so sehr nach dem Sinne des Herrschers selbst sein.

Diese Anschauung war der Grundgedanke eines offenen Schreibens, welches die provisorische Regierung am 25. an den König richtete. Es war vorauszusehen, daß diese Denkschrift, so gemäßigt und unterthänig auch ihre Fassung sein mochte, ihre Wirkung verfehlen würde. Schon zwei Tage darauf erließ der König je ein Manifest an die Holsten und Schleswiger; der Schluß des letzteren Briefes: „Mit der ganzen Macht Dänemarks werde ich bald Euch beistehen und Euch von Angesicht zu Angesicht sehen“, sowie der Passus in dem ersteren Manifeste: „Verleitet seid Ihr von treulosen Führern, die nicht an Euer Wohl denken, sondern nur an ihre eigenen ehrgeizigen Pläne“ —, der ganze Ton dieser Schriftstücke ließ keinen Zweifel über die Gesinnungen des Königs aufkommen.

Noch deutlicher zeigten sich dieselben in einem am 29. erlassenen, gegen die provisorische Regierung selbst gerichteten Dekret: „Nachdem Wir mit allem höchsten und gerechten Unwillen erfahren haben“, lautet der Anfang desselben, „daß einige Unserer Unterthanen in den Herzogthümern Schleswig und Holstein sich erdreistet haben, unter dem Namen einer provisorischen Regierung und unter dem Vorgeben, in Unserm eigenen Namen zu handeln, Handlungen zu unternehmen, welche allein Uns selbst und den von Uns eingesetzten Organen der Staatsgewalt zukommen, so haben Wir sofort diesen Unsern aufrührerischen Unterthanen befohlen, von der Stellung, welche sie sich angemaßt haben, zurückzutreten und sie zugleich zur Verantwortung gezogen wegen allen von ihnen ausgehenden aufrührerischen Handlungen und Bestrebungen.“

Die provisorische Regierung kümmerte sich jedoch wenig um den Zorn des Königs; während dieser als Gegenregierung den Grafen Sponneck und den Konferenzrath Kirstein unter dem Namen einer „provisorischen Regierungskommission“ ernannt hatte, herrschte sie mit vollkommener Autorität in den Landen; ihre ersten Verfügungen betrafen die vollständige Freigebung der Presse und Aufhebung der Censur, Einführung des freien Versammlungsrechtes und eine Proklamation an das Heer. Sie hatte sich in die Erledigung der Geschäfte in der Weise getheilt, daß Beseler das Präsidium

ohne Portefeuille, Reventlow das Aeußere und Innere, der Prinz die Kriegsangelegenheiten, Brenner die Justiz, Schmidt die Finanzen übernahmen. Am 29. trat als sechstes Mitglied noch der Eisenbahndirektor Olshausen ein und erhielt das Departement der Polizei.

Alle diese Anordnungen waren provisorischer Natur und erhielten erst dann eine Art von Gesetzlichkeit, als der auf den 3. April berufene Landtag zusammentrat. Von 92 Abgeordneten waren 76 auf demselben erschienen; einstimmig beschloß die Ständeversammlung, welche den Advokaten Bargum zu ihrem Präsidenten, v. Neergard zum Vizepräsidenten wählte, der provisorischen Regierung den Dank des Landes auszusprechen und bat dieselbe, die ihr Amt in die Hände der Volksvertreter niedergelegt hatte, die Geschäfte weiter zu führen.

Die Würfel waren jetzt gefallen, auf beiden Seiten rüstete man sich zum Waffengang. Dänemark schien entschlossen, den Kampf mit äußerster Kraftanstrengung zu führen; eine gewaltige Aufregung hatte sich des zähen Inselvolkes bemächtigt; in anerkennenswerther Opferwilligkeit suchten sich alle Stände zu überbieten.

Nicht minder groß war die Anspannung in den Herzogthümern; auch hier war man mit fieberhafter Hast damit beschäftigt, Truppen zu sammeln und auszurüsten, Freicorps zu organisiren und Häfen und Festungen in Vertheidigungszustand zu setzen. Zugleich jedoch richteten sich alle Blicke nach Deutschland, um nach Hülfe in dem ungleichen Kampfe zu spähen. Der Advokat Claussen war nach Berlin, der Justizrath Schleyden nach Frankfurt a. M. gereist, woselbst Letzterer, wie schon berichtet, im Vorparlamente mit Jubel begrüßt wurde und die Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund erlangte. Bald sollten sich die Dinge noch günstiger wenden; am Tage nach dem Schlusse des Vorparlamentes, dem 4. April, faßte der Bundestag den Beschluß, Preußen zu ersuchen, es möge eine gütliche Einigung zwischen dem Bundesstaate Holstein und Dänemark, und wenn möglich eine staatsrechtliche Verbindung Schleswigs mit Holstein vermitteln.

Acht Tage darauf, am 12., wurde der Bundestag über eine

noch viel weiter gehende Maßregel schlüssig; er erkannte die provisorische Regierung Schleswig-Holsteins an und beschloß, auch Schleswigs Räumung von dänischen Truppen, nöthigenfalls mit Gewalt, zu veranlassen, und zugleich die Aufnahme des Herzogthums in den deutschen Bund — welche bisher nur von Seiten des Vorparlamentes geschehen war — zu betreiben.

Es hätte allerdings nun immer noch zweifelhaft bleiben können, ob Preußen auch geneigt sein würde, diesen Bundesbeschlüssen nachzukommen, allein in diesem Punkte hatte die provisorische Regierung schon lange eine beruhigende Gewißheit durch einen Brief Friedrich Wilhelms IV. an den Herzog von Augustenburg.

Folgendes waren die denkwürdigen Zeilen, in welchen der König von Preußen seine Ansichten und Bestrebungen in der schleswig-holsteinischen Frage ausgesprochen hatte:

„Durchlauchtigster Herzog!"

„Auf Euer Durchlaucht Schreiben vom heutigen Tage in Betreff des bedrohlichen Zustandes der Herzogthümer Schleswig und Holstein eröffne Ich Ihnen hiermit Folgendes":

„Ich habe Mich der Wahrung der deutschen Sache für die Tage der Gefahr unterzogen, nicht um die Rechte Anderer zu usurpiren, sondern um das Bestehende nach Außen und im Inneren nach Kräften zu erhalten."

„Zu diesen bestehenden Rechten rechne Ich dasjenige der Herzogthümer Schleswig und Holstein, welches in diesen die Rechte des Königreichs Dänemark in keiner Weise verletzenden Sätzen ausgesprochen sein wird",

„1. daß die Herzogthümer selbständige Staaten sind",

„2. daß sie fest mit einander verbundene Staaten sind",

„3. daß der Mannesstamm in den Herzogthümern herrscht."

„In diesem Sinne habe Ich Mich bereits beim Bundestage erklärt und bei diesem Rechtsverhältnisse bin Ich bereit, in Betracht des Bundestagsbeschlusses vom 17. September 1846[1] die Herzogthümer gegen etwaige Ueber-

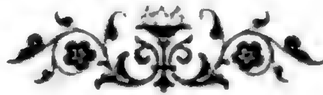
[1] Es war dies die schon erwähnte, nichtssagende Antwort des Bundestags auf die Beschwerde der schleswig-holsteinischen Stände wegen des offenen Briefs vom 8. Juli 1846.

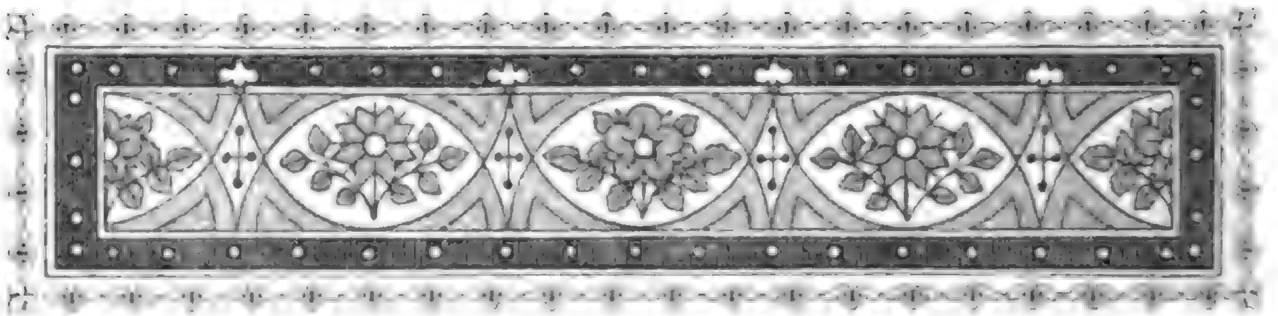
griffe und Angriffe mit den geeigneten Mitteln zu schützen."

„Ich hoffe übrigens, daß der Nationalität der Herzogthümer keine ernstliche Gefahr droht und bin entgegengesetzten Falles der festen Zuversicht, daß Meine deutschen Bundesgenossen gleich Mir zum Schutz herbeieilen werden."

„Berlin, den 21. März 1848."

„F. W."





IX. Abschnitt:

Die Erhebung Italiens gegen Oesterreich.

Die italienische Einheits- und Freiheitsbewegung ist untrennbar mit dem Namen desjenigen Mannes verbunden, welchen am 17. Juni 1846 die Wahl der Kardinäle zu der höchsten Würde der christlichen Kirche erhoben hatte. Seit dem Tage, an welchem vom Balkone des Quirinal der Kardinal Riario der harrenden Menge die Worte zugerufen: Annuncio vobis gaudium magnum: Papam habemus Eminentissimum ac Reverendissimum Dominum Mastaium-Ferrettium, qui sibi imposuit nomen Pii Noni! — seit diesem Tage schien ein frischer Hauch die schwüle, über der Halbinsel lagernde Atmosphäre zu durchziehen. Seit Menschengedenken waren die Nachfolger Petri — und so auch der jetzt verstorbene Gregor XVI. — müde und abgelebte Greise gewesen; mit dem einem alten Adelshause entsprossenen Grafen Mastai Ferretti aber bestieg ein Mann in der Vollkraft seiner Jahre — er war 1792 zu Sinigaglia geboren — den heiligen Stuhl. Ein unermeßlicher Jubel hatte die Wahl des bisherigen Kardinals di San Pietro o Marcellino begrüßt; man wußte, daß Mastai ein energischer, einsichtiger und — wenn man das viel gebrauchte Wort auch hier verwenden darf — liberal gesinnter Mann war, von

welchem sich eine Besserung der bisherigen Zustände erhoffen ließ. In der That bedurfte der verfallene und vermorschte Kirchenstaat dringend einer Reform. Eine Unzahl geistlicher Würdenträger lebte in einem anstößigen Luxus auf Kosten des in jeder Weise unterdrückten und ausgesogenen Volkes. Alle Staats- und Beamtenstellen waren mit Geistlichen besetzt, welche selbst nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienste ihren vollen Gehalt bezogen, der päpstliche Hofhalt, vor Allem die Erhaltung der kostspieligen Schweizergarden, verschlang ungeheure Summen, während Handel und Gewerbe, durch maßlose Steuern gedrückt, völlig darniederlagen. Im engsten Zusammenhange damit stand der Krebsschaden des Kirchenstaates, der Nepotismus, der Verfall der Rechtspflege, der Polizei- und Censurdruck und als Folge dieser Uebelstände das überhandnehmende Räuberunwesen im Gebirge, welches im Jahre 1845 sogar zur Einnahme und Ausplünderung der Stadt Rimini durch eine Freibeuterschaar führte. Die Unzufriedenheit war allgemein und machte sich in Verschwörungen jeder Art Luft, welche wiederum der Polizei die Handhabe zu immer strengeren Maßnahmen boten. Viele Hunderte von Römern waren eingekerkert oder hatten sich durch die Flucht in das Ausland der Verfolgung entzogen.

Es war mithin genug und übergenug für Pius IX. zu thun, wenn er seine Aufgabe, den Augiasstall des Kirchenstaates zu reinigen, ernst nahm. Und in der That schien dies sein Wille zu sein. Schon am 17. Juli erschien ein Dekret, welches sämmtlichen politisch Verfolgten gegen Unterschreibung eines ehrenwörtlich zu Gehorsam verpflichtenden Kartellformulars Amnestie gewährte. Ausgeschlossen von der Begnadigung blieben nur die in politische Umtriebe verwickelten päpstlichen Beamten und Geistlichen. Nach diesem ersten Schritte, welcher den größten Jubel hervorrief, ging der Papst zu weiteren Reformen über. Er berief den beliebten Kardinal Gizzi zum Staatssekretär, er vereinfachte seinen Hofstaat, er begann selbst mit der Verbesserung des Justiz- und Finanzwesens sich zu befassen. Das Jahr 1847 brachte die Abschaffung des Pantoffelkusses, eine Milderung der Censur, die Emanzipation der Juden und endlich die Errichtung einer Bürgergarde. So groß der Jubel auch war,

welche diese letztere, am 5. Juli von dem bald darauf in Ruhestand getretenen Kardinal Gizzi veröffentlichte Verfügung erregte, so schienen doch für die Unzufriedenen die Reformen zu langsam zu gehen, und auch unter dem Krummstabe Pius' IX. nahmen die Verschwörungen und Attentate kein Ende. Wie groß schon jetzt die nationale Erregung war, zeigte die Aufregung, welche der Zwischenfall von Ferrara erzeugte. Oesterreich hatte durch den Wiener Kongreß das Recht, die Citadelle der Stadt zu besetzen, und glaubte sich befugt, dasselbe auf den ganzen Ort in Anwendung zu bringen, eine Anschauung, welcher der päpstliche Legat Ferrara's entschieden entgegentrat. Erst im Dezember wurde dieser Handel beigelegt. Das Ende des Jahres hatte noch zwei bedeutende Ereignisse gebracht, einmal den Abschluß eines Zollvereins zwischen dem Kirchenstaate, dem Großherzogthum Toskana und dem Königreich Sardinien, ein Werk, in welchem man, ähnlich wie bei dem Zustandekommen des preußischen Zollvereins in Deutschland, den ersten Schritt zu einer Einigung des Vaterlandes erblickte, und die Berufung einer Art Ständeversammlung, welche mit der päpstlichen Regierung die Einführung von Reformen berathen sollte.

Die ersten Monate des Jahres 1848, welche noch verhältnißmäßig ruhig verliefen, zeitigten noch eine schwerwiegende Maßregel des Papstes: das bisherige System, nach welchem nur die Kardinäle die Minister- und sonstigen hohen Staatsstellen in Händen hielten, wurde beseitigt, zwei Weltliche in das Ministerium berufen. Der Graf Feretti erhielt das Finanzwesen, der Fürst Teano das Ministerium der Polizei.

Hatte Pius IX. in seinen Reformen auch nicht allen Wünschen entsprochen, war er auch nicht so rasch vorgeschritten, als es die Stürmer und Dränger des jungen Italiens verlangten, so hatte er es doch verstanden, den überschwänglichen Hoffnungen und Erwartungen, welche man schon bei seiner Wahl auf ihn gesetzt hatte, nachzukommen. Nicht wenig trug seine persönliche Liebenswürdigkeit zu seiner Popularität bei. „Ein Papst, der zu Fuß durch die Straßen von Rom ging, der freudig Jedem seinen Segen gab, und alle Wochen am Donnerstag jeden Römer zu sich ließ, der ein Anliegen bei ihm hatte, war bisher etwas

Unerhörtes, und die Begeisterung des Volkes für ihn grenzte fast an abgöttische Verehrung. Oft kam es vor, daß Leute die Steine küßten, über die Pius IX. kurz zuvor weggegangen war."

Binnen Kurzem hatte es somit Pius IX. erreicht, daß er als der Träger der Reformbestrebungen, der freiheitlichen und nationalen Entwickelung nicht nur im Kirchenstaate, sondern in ganz Italien dastand. Der Wiener Kongreß hatte die Halbinsel so ziemlich in denselben Zustand hinabgestoßen, in welchem sie sich vor Ausbruch der französischen Revolution befunden hatte. Zerstückelt wie ehemals war das Land theils der Herrschaft Oesterreichs, theils der Despotie seiner Fürsten überantwortet, welche Letztere wieder die Regeln der Metternich'schen Staatsweisheit zu den ihrigen machten. Bald hatte sich die Unzufriedenheit über das ganze Land verbreitet, die dem Italiener angeborene Neigung zu geheimnißvollen Verschwörungen griff immer mehr um sich, die Carbonaria, später das „junge Italien" und andere geheime Gesellschaften entfalteten ihre Thätigkeit, unausgesetzt hielten Aufstandsversuche und Attentate, welche alle des Näheren hier aufzuzählen zu weit führen würde, die Polizei in Athem und überzeugten die Machthaber, daß der Boden ihrer Herrschaft nicht allzufest gegründet sei.

Die große Schwierigkeit für die italienischen Patrioten lag darin, daß sie nicht nur mit der Despotie der angestammten Fürsten und der Indolenz der Massen, sondern auch mit der Herrschaft eines fremden Staates zu kämpfen hatten. Oesterreich wußte den Werth seiner lombardischen und venetianischen Besitzungen wohl zu schätzen. Es unterhielt eine starke, zum größten Theile aus Nichtitalienern bestehende Truppenmacht, seine Magazine waren wohl gefüllt, die Festungen gut armirt und der Höchstkommandirende, Graf Radetzky, war nicht der Mann dazu, sich vor einem Volksaufstande zu beugen. An den Spitzen der österreichischen Bajonette hörte die Macht Pius' IX. und der nationalen Erregung auf; um die „weißröckigen Barbaren" aus Italien zu vertreiben, bedurfte man eines zahlreichen und gut geschulten Heeres, wie es nur ein mächtiger Staat in das Feld zu stellen vermochte.

An größeren selbständigen Mächten gab es, vom Kirchen-

staate abgesehen, zwei, die Königreiche Neapel und Sardinien; die kleineren Staaten, Toskana, Modena, Parma, waren machtlos und standen unter österreichischem Einfluß. Von jenen beiden mußte die Befreiung kommen. Von Neapel ein solches Eintreten für Italiens Größe zu erhoffen, wäre Wahnsinn gewesen. Die dortigen Zustände ließen, wie später zu erörtern, alles Andere, nur nicht eine solche That erwarten. Es blieb somit nur ein Staat übrig, das Königreich Sardinien, an dessen Spitze der König Karl Albert stand.

Die Vergangenheit des 1798 geborenen Herrschers war allerdings nicht dazu angethan, ihm das Vertrauen der Patrioten zu erwerben. Als 1821 der Aufstand in Piemont wie in anderen Theilen der Halbinsel ausgebrochen war, hatten die Verschworenen nach der erzwungenen Abdankung des Königs Viktor Emanuel den damaligen Prinzen von Carignan, den Sprößling einer Nebenlinie des Regentenhauses und General in der piemontesischen Armee, zu ihrem Führer ausersehen, während zugleich der König ihm die Regentschaft bis zum Eintreffen seines Bruders Karl Felix, zu dessen Gunsten er der Krone entsagt, übertrug. In diesen schweren Zwiespalt verwickelt benahm sich der Prinz ebenso unentschlossen wie später als König; doch als der neue Herrscher energisch ihn und das Land zur Pflicht zurückrief, siegte in ihm der Diplomat über den Patrioten. Er verrieth die Sache der Aufständischen, flüchtete heimlich aus Turin und legte die Regentschaft nieder, ein Schritt, welcher ihm Straflosigkeit und nach einiger Zeit auch die Gunst seiner königlichen Verwandten wieder erwarb. Als Karl Felix 1831 kinderlos starb, bestieg Karl Albert den Thron Sardiniens. Schon 8 Jahre vorher hatte er, um seine politische Umkehr zu beweisen, den Feldzug des royalistischen Frankreichs gegen das konstitutionelle Spanien im Heere des Herzogs von Angoulême als Freiwilliger mitgemacht; zur Regierung gelangt, suchte er jetzt durch ein streng absolutistisches System die liberalen Verirrungen seiner Jugend zu sühnen. Erst als um die Mitte der vierziger Jahre die nationale Bewegung sich immer gewaltiger zu regen begann und bald darauf in Pius IX. ihren Mittelpunkt fand, entschloß sich der ehrgeizige und einsichtige, wenn

auch charakterschwache Herrscher, auch seinerseits dem Zuge der Zeit zu folgen. Er betraute den Grafen Cäsar Balbo mit dem Vorsitze eines freisinnigen Ministeriums, führte im Justiz- und Verwaltungswesen Reformen ein und gab zu Anfang des Jahres 1848 dem Lande eine liberale Verfassung. In einer Unterredung, welche er schon zu Ende des Jahres 1845 mit dem bekannten Patrioten und Führer der geheimen Gesellschaft der „Trafilatori" (Drahtzieher), Graf Massimo d'Azeglio, pflog, enthüllte er seine geheimen Absichten. Italien, so lauteten seine Worte, könne auf ihn zählen. Bei der ersten günstigen Gelegenheit werde er mit seiner gesammten Macht für die Sache des Vaterlandes eintreten. Dies war im Munde des Sardenkönigs ein schwerwiegender Ausspruch; denn das piemontesische Heer, von Karl Albert mit Sorgfalt vermehrt und ausgebildet, war eine stattliche und zahlreiche Streitmacht, und auch die Flotte war der österreichischen zum Mindesten ebenbürtig. Auf diese seine Truppen baute Karl Albert seine Hoffnungen, mit ihrer Hülfe wollte er die Oesterreicher schlagen und sich, wenn Alles gut ging, die Königskrone Oberitaliens auf das Haupt drücken und gegen die Feinde vertheidigen. Denn er wußte wohl, daß die zahlreiche republikanische Partei, an deren Spitze der rastlose Agitator Mazzini stand, ihn nur als Werkzeug zur Vertreibung der Oesterreicher gebrauchen wollte, und daß die italienischen Fürsten sich ihm nicht willig unterordnen würden.

Es waren somit von den drei größeren Mächten Italiens zwei, der Kirchenstaat und Piemont, der nationalen Bewegung zugethan, die dritte, das Königreich Neapel, durch innere Wirren geschwächt und nicht im Stande, sich allein der italienischen Sache zu entziehen. Auch von Toskana, wo Großherzog Leopold milde und gerecht herrschte, ließ sich ein Anschluß erwarten, und alledem gegenüber wollte es wenig sagen, daß die Herzöge von Parma und Modena in gewohntem Despotismus fortregierten.

Aller Augen wendeten sich jetzt nach den Ländern, welche unmittelbar den Druck der Fremdherrschaft empfanden, nach der Lombardei und Venedig. Mit jener kurzsichtigen und finsteren Strenge, welche das gesammte vormärzliche System Oesterreichs kennzeichnet, waltete auch hier die Regierung ihres Amtes. Zu

Hunderten wurden die Patrioten verfolgt, verbannt, in den Kerkern des Spielbergs begraben, dessen Schrecken Silvio Pellico in seinen bekannten Memoiren schildert. So lange sich nur die Elite des Volkes, der Adel, die Universitätskreise, die Gebildeten aller Stände an dem geheimen Kampfe gegen die österreichische Herrschaft betheiligten, gelang es dieser noch, sich durch schonungslose Strenge zu behaupten. Allmählich aber begann auch in den breiten Schichten der Bevölkerung, welche bisher, seit Jahrhunderten der politischen Selbständigkeit entwöhnt, wenig Interesse an den Geschicken ihres Vaterlandes gezeigt hatten, das Gefühl der nationalen Ehre und Würde sich zu regen. Die Stimmung gegen die Oesterreicher wurde von Tag zu Tag feindlicher, sie stieg zu blutigen Zusammenstößen und Reibereien aller Art, Spottlieder auf die Deutschen, Beschimpfungen und Bedrohungen der „Barbaren" waren an der Tagesordnung. Es kam soweit, daß vom 1. Januar 1848 ab sich die gesammte Bevölkerung des Rauchens enthielt, um auf diese Weise die österreichische Regierung, welche bekanntlich das Tabakmonopol besaß, zu schädigen. Aus dem gleichen Grunde verzichteten die Italiener sogar auf das Lottospiel, welchem sie sonst so leidenschaftlich ergeben waren. Im Theater, auf den öffentlichen Promenaden kam es zu stummen und scheinbar unverfänglichen Demonstrationen, welche doch in ihrer Bedeutung wohl erkannt und gewürdigt wurden. In der Luft lag jene unheimliche Schwüle, welche den bevorstehenden Ausbruch des Gewitters anzeigt.

Die österreichischen Behörden vermochten sich dieser Wahrnehmung nicht zu verschließen. Das herrschende Prinzip Metternichs: „nach uns die Sündfluth", war freilich den Vorsichtsmaßregeln, welche sie für erforderlich hielten, nicht günstig; doch gelang es ihnen, die Wiener Regierung wenigstens einigermaßen aus ihrer Lässigkeit aufzurütteln. Die Truppenmacht wurde verstärkt, die Polizeiaufsicht verschärft und am 22. Februar 1848 der Belagerungszustand über das Land verhängt, an demselben Tage, an welchem in Paris der Kampf gegen Louis Philippe begann.

Dieser strengen Maßregel konnte es die Regierung verdanken,

daß die Kunde von der Februar-Revolution nicht den gefürchteten Aufruhr erregte. Erst als die Revolution auf ihrem Zuge durch Europa die Hauptstadt des Kaiserstaates selbst ergriff und den allmächtigen Staatsmann stürzte, war auch für die Italiener der „große Augenblick“ gekommen, welchen so viele Patrioten seit Jahren ersehnt.

Am 17. März langten die ersten Nachrichten von der Wiener Revolution in Mailand an und unmittelbar darauf brach überall der Sturm los. In allen Städten erhob sich das Volk gegen die Regierung und ihre Truppen.

Die gesammte in den italienischen Provinzen befindliche Heeresmacht der Oesterreicher war im März 1848 in zwei Armeecorps eingetheilt, deren erstes unter dem Grafen Wratislaw in Mailand und anderen Punkten der Lombardei, das zweite unter dem Baron d'Aspre in Padua, Mantua, Venedig, Verona und einigen kleineren Städten stand. Die Stärke des 1. Corps belief sich auf 35 Bataillone, 20 Eskadrons, 7 Batterieen; die des 2. auf 27 Bataillone, 16 Eskadrons, 7 Batterieen, zusammen etwa 75000 Mann mit 5500 Pferden und 108 Geschützen[1].

Es war dies allerdings eine ansehnliche Kriegsmacht, allein nahezu ein Drittel der Truppen bestand aus Italienern und ging bei Ausbruch der Revolution zum größten Theile zur Sache der Landsleute über; die wenigen eingeborenen Bataillone, die ihrem Fahneneide treu blieben, konnten zum offenen Kampfe gegen ihre Kameraden billigerweise nicht verwandt werden. Der übrige Theil des buntscheckigen k. k. Heeres, — Kaiserjäger, Grenadiere, deutsche, böhmische, ungarische, galizische, steyrische Regimenter, Kärnthner, Kroaten, Slavonier und Mähren, hatte zwar keine Veranlassung, dem Beispiele der italienischen Genossen zu folgen, allein andererseits konnte ein derartiger, aus den verschiedensten deutschen, slawischen und ungarischen Elementen zusammengesetzter Truppen-Körper, wie es das österreichische Heer war und ist, ein Heereskörper, in welchem oft genug in dem Verkehr zwischen Offizieren und Gemeinen selbst das Bindeglied der gemeinsamen Sprache fehlte,

---

[1] „Ereignisse in Italien“, S. 343 f. Etwas abweichende Angaben bei Willisen, 128 f.

sich nicht in der Weise als ein untrennbares und fest empfundenes Ganzes, als ein Volk in Waffen fühlen, wie dies bei den Gegnern, den nach nationaler Einheit strebenden Italienern und später den Ungarn der Fall war. Es war unter diesen Umständen ein Glück, daß die Armee in dieser kritischen Zeit einen Mittelpunkt in der Person eines Führers besaß, zu welchem sämmtliche Truppen mit Vertrauen und Begeisterung emporblickten.

Der greise Feldmarschall Graf Joseph Radetzky war einer der wenigen Männer, vielleicht der einzige wirkliche Mann, welchen der morsche Kaiserstaat in der Stunde der Gefahr besaß. Braucht man auch nicht nach dem Vorgange Scherrs den alten Kriegsmann als die bedeutendste historische Figur des Jahres 1848 zu betrachten[1], so ist doch das Eine sicher, daß die Errettung Oesterreichs aus den Stürmen der Revolution im wesentlichen das Werk des 82jährigen Greises und seiner Siege in der Lombardei gewesen ist. Die Thatkraft und Umsicht, welche der alte, in den Jahren von 1789 bis 1815 in Kriegszügen jeder Art erprobte General hier unter den schwierigsten Umständen bewies, steht in einem ebenso grellen Gegensatze zu der Unfähigkeit eines Windischgrätz und anderer Hof-Generale, als ihn sein mildes und humanes Verfahren gegen die Unterworfenen über einen Haynau und Genossen erhebt.

Der folgenschwere 18. März war auch für Mailand der Tag der Befreiung. Während in den Straßen von Berlin der Bürgerkrieg seinen Anfang nahm und die Elbherzogthümer sich von dem Drucke Dänemarks losrissen, war der Stadtrath von Mailand, den Bürgermeister Grafen Casati an der Spitze, bei dem Gouverneur Grafen O'Donnell erschienen, und hatte ihm, gemäß der eben eingetroffenen Nachricht, daß Kaiser Ferdinand seinen Staaten eine Verfassung verliehen habe, seine Forderungen vorgelegt. O'Donnell, der die Tragweite der Ereignisse nicht ahnte, bewilligte, von den Italienern umringt, was man wollte. Das Polizeicorps, die 900 „Grünen", sollte aufgelöst, mit den Waffen eine Bürgergarde ausgerüstet werden. Allein es war zu spät, um Blutvergießen durch Concessionen zu verhindern.

[1] Scherr, I. 2, 8.

Schon war es vor dem Regierungsgebäude zu einem erbitterten Kampfe zwischen der Wache und den Volksmassen gekommen, in welchem die erstere nach tapferer Gegenwehr unterlag. Das unausbleibliche „Mißverständniß" durfte auch hier nicht fehlen; beide Theile beschuldigten sich gegenseitig, zuerst die Waffen gebraucht zu haben, ohne daß der Sachverhalt aufgeklärt werden konnte. O'Donnell selbst wurde von einer großen Volksmenge, an deren Spitze sich ein gewisser Cernucchi befand, umringt, nach dem Hauptquartier der Insurgenten, dem Hause Vidiserti, geführt und dort bewacht.

Der lange befürchtete Aufstand, gegen den sich noch jetzt die Vorkämpfer der italienischen Einheit in Mailand, Cattaneo an der Spitze, ausgesprochen hatten[1], war somit halb durch die Aufregung des Volkes, halb durch das Einschreiten des Grafen Casati, eines im Uebrigen unentschlossenen und schwachen Mannes, herbeigeführt und griff mit reißender Schnelligkeit um sich. Das Volk strömte bewaffnet auf die Straßen, Barrikaden wuchsen aus dem Boden, von allen Thürmen ertönten die Sturmglocken.

An Waffen besaßen die Mailänder nur wenige, zum Theil unbrauchbare Gewehre; es mangelte an Pulver und Blei, selbst die Lebensmittel waren nur für einige Tage ausreichend, allein alle diese Nachtheile wurden durch die Begeisterung des kämpfenden Volkes aufgewogen, welches in den engen, krummen Straßen der inneren Stadt, theils durch die geschickt errichteten Barrikaden, theils durch die hohen, steinernen Häuser gedeckt, den angreifenden Truppen einen verzweifelten Widerstand entgegensetzte.

Der hauptsächlichste Stützpunkt der Oesterreicher, deren Truppenmacht sich auf die drei Brigaden Wohlgemuth, Clam und Rath, zusammen etwa 10000 Mann belief, war das auf der Westseite der Stadt befindliche Kastell, der Rest der von Napoleon geschleiften Citadelle. Von hier aus stürmte zunächst General Wohlgemuth mit einem ungarischen Grenadierbataillon das inmitten der Stadt gelegene Regierungsgebäude, welches vom Volke zu Beginn des Aufruhrs überrumpelt worden war. Die

[1] Soria, I, 230.

Hoffnung, den Grafen O'Donnell hier noch vorzufinden und zu befreien, erwies sich als trügerisch. Der Gouverneur war, wie berichtet, bereits weggeführt worden. In allen Straßen und Gassen begann nach diesen einleitenden Kämpfen ein blutiges, von beiden Seiten erbittert geführtes Gefecht, das sich stundenlang ohne einen entscheidenden Erfolg hinzog. Mit Geschütz vermochten die Oesterreicher in den engen Straßen wenig auszurichten, die Reiterei war, wiewohl verschiedene Male Husaren gegen die Barrikaden anritten, hier unbrauchbar, das Fußvolk vermochte, von Schüssen und Wurfgeschossen aller Art, von siedendem Wasser und Oel empfangen, nur langsam in Reihen längs der Häuser vorzudringen.

Sechs Stunden hatte der Kampf bereits gedauert und der Abend brach herein, als Radetzky einen Hauptschlag auszuführen beschloß. Er befahl, das am Broletto gelegene Stadthaus, in welchem er das Hauptquartier der Aufständischen vermuthete, zu nehmen. Wiederum verstrichen vier Stunden, ehe es den zum Angriff beorderten Truppen des Generals Wohlgemuth gelungen war, das zum Broletto führende Straßengewirr zu durchschreiten. Um das Gebäude selbst entspann sich ein neuer, erbitterter Kampf. Die Versuche, mit Beilen das Thor einzuschlagen, mußten, da in kurzer Zeit fast sämmtliche Zimmerleute der angreifenden Kompagnien unter dem unausgesetzten Feuer der Insurgenten blieben, aufgegeben werden; man riß eine Holzbude nieder und gewann so Raum zur Aufstellung eines Zwölfpfünders, dessen Feuer die Besatzung nicht zu widerstehen vermochte. Das Stadthaus wurde genommen, und mehrere Hundert Mailänder, die zum Theil den ersten Familien der Stadt angehörten, fielen in die Hände der Oesterreicher.

Nach diesen Vorfällen trat für den Rest der Nacht ziemliche Ruhe ein, da die tiefe Dunkelheit und der strömende Regen keine größeren Truppenbewegungen gestatteten. Radetzky hielt nunmehr die gesammte Umwallung der Stadt und sämmtliche Thore, sowie die wichtigsten Punkte im Inneren, namentlich das Kastell, das Broletto, das Regierungsgebäude und den Dom besetzt. Weitere Vortheile jedoch gelang es, als am Morgen des 19. der Kampf aufs Neue begann, nicht zu erringen. Der

Tag verstrich in fruchtlosem Geplänkel gegen den in den Seitenstraßen und Nebengäßchen verschanzten Feind. Die Verbindung zwischen den einzelnen Truppentheilen war fast gänzlich unterbrochen, die kleineren und isolirt stehenden Abtheilungen wurden hier und dort abgeschnitten und zu Gefangenen gemacht, mit jeder Stunde schien die Kampfeslust und Siegeszuversicht des Volkes zu wachsen.

Unter diesen Umständen faßte Feldmarschall Radetzky einen kurzen Entschluß; in der Nacht vom 19. zum 20. März zog er seine Truppen aus der Stadt auf die Wälle zurück, um von hier aus die Aufständischen umschlossen zu halten und mit einem Bombardement zu bedrohen. Unter heftigen Kämpfen wurde diese Bewegung ausgeführt; im Inneren Mailands setzten nur noch die Polizeicorps, die man im österreichischen Lager vergessen zu haben scheint, den Kampf fort. Der Dom, von dessen Galerieen bisher die Kaiserjäger auf das Volk gefeuert hatten, das Stadthaus und die übrigen wichtigen Punkte innerhalb der Stadt fielen im Laufe des 20. in die Hände der Aufständischen, welche nunmehr den ganzen inneren Theil Mailands bis zu dem die Stadt umgebenden Kanale behaupteten. Die Oesterreicher hielten die Bastionen, das Kastell und einige Kasernen fest. Daß es bei dem nächtlichen Rückzuge der Truppen nicht ohne Exzesse aller Art abging, geben die Oesterreicher selbst zu. Die Kroaten und ähnlichen Bestandtheile des k. k. Heeres thaten ihr Möglichstes, um den Abzug der „Barbaren“ an den Italienern zu rächen, und es mögen sich genug Gräuelszenen in der Nacht ereignet haben.

Der Rückzug der Truppen war ein ungeheurer Gewinn für den Aufstand, nicht weniger durch die Siegeszuversicht, welche er den einzelnen Barrikadenkämpfern einflößte, als dadurch, daß nunmehr eine gemeinsame Leitung des bisher ziemlich planlos betriebenen Straßengefechtes möglich war. Von dem Bürgermeister Casati allerdings war ein solches Eingreifen nicht zu erwarten. Er war ein unentschlossen hin und herschwankender Charakter, der am liebsten die Einigung Italiens mit den Unterthanenpflichten gegen Oesterreich vereinigt hätte, dabei ein Mitglied der städtischen Aristokratie und als solches der Ausrufung

einer Mailändischen Republik, welche bereits von einigen Heißspornen geplant wurde, durchaus abhold. Während er noch zögerte und durch die Ernennung einiger Beisitzer des Stadtrathes die stürmische Forderung nach einer provisorischen Regierung zu bannen hoffte, setzten sich die eigentlichen Führer der Bewegung durch einen Handstreich in den Besitz der Macht. Cattaneo und drei seiner Genossen, Cernucchi, Tercaghi und Clerici, konstituirten sich als „Kriegsrath" und erließen sofort Proklamationen, welche die Bürger zum Kampfe aufriefen und verkündeten, daß das österreichische Heer bereits in völliger Zerrüttung sei. Unterzeichnet waren die Dekrete mit: „Italia libra", um auf diese Weise jeden Streit über die Form der künftigen Verfassung zu vermeiden. Die Stadtbehörde ihrerseits antwortete auf diesen eigenmächtigen Schritt, indem sie einen „Vertheidigungsausschuß" einsetzte, welcher übrigens alsbald mit Cattaneo und seinen Genossen fraternisirte und erklärte, bis zur Wiederherstellung der Ordnung als oberste Behörde wirken zu wollen.

Unbeeinflußt durch diese Zwistigkeiten ging indessen der Kampf weiter. Sämmtliche männliche Einwohner vom 20. bis 60. Jahre waren unter die Waffen gerufen, der greise General Lecchi, ein Kriegsmann aus der Napoleon'schen Zeit, hatte den Oberbefehl übernommen. Man hatte einige Waffen- und Munitionsvorräthe der Oesterreicher erbeutet, selbst eine Art Mörser war aus eisenbeschlagenen Holzröhren hergestellt worden, welche allerdings nach wenigen Schüssen zersprangen. Und schon kämpften die Mailänder nicht mehr allein. Der Kanonendonner hatte weithin der Landbevölkerung Kunde von dem Aufstande gegeben, durch einzelne Flüchtlinge aus der Stadt, denen es gelungen, sich durch die österreichischen Linien zu schleichen, durch kleine, in Mailand aufgelassene Luftballons, welche Proklamationen trugen, war rasch im Lande das Nähere bekannt geworden. Schon war die ganze Gegend in Aufruhr; bewaffnete Banden zogen nach der Stadt und griffen die Oesterreicher an, Wege und Brücken wurden zerstört, Armeevorräthe vernichtet, kleinere Truppenabtheilungen gefangen genommen, alle Verbindungen zwischen den einzelnen österreichischen Garnisonen abgeschnitten.

Für die im Inneren der Stadt Befindlichen kam jetzt Alles darauf an, sich einen Ausgang in das Freie zu bahnen. An verschiedenen Punkten der Umwallung, namentlich in dem Quartier Ticinese, wurde heftig gestritten, doch gelang es hier dem Grafen Clam, sich zu behaupten. Dagegen glückte es einer von Manara geführten Schaar, sich der Porta Tosa zu bemächtigen; die Kaserne S. Francesco und das Geniegebäude wurde den Oesterreichern gleichfalls entrissen.

Schon hatte es sich gezeigt, daß der Widerstand der Stadt nicht zu brechen war; ein Waffenstillstand, den die Konsuln der fremden Mächte zu vermitteln versucht hatten, war sowohl von den Oesterreichern als von dem Volke zurückgewiesen worden. Unmittelbar darauf hatte eine neue Nachricht die Kampfeslust der Mailänder aufs Höchste entflammt. Der Graf Martini war aus Turin eingetroffen, er berichtete von der kriegerischen Begeisterung, die in dem Heere und Volke Sardiniens herrsche, vor Allem aber von dem Entschlusse Karl Alberts, die Lombarden im Kampfe gegen Oesterreich zu unterstützen. Die von dem Könige gestellten Bedingungen, welche im wesentlichen auf eine Vereinigung der Lombardei mit seinem Reiche hinausliefen, erzeugten in der Bürgerschaft einen neuen heftigen Streit; doch war es diesmal Cattaneo und seine Partei, welche in Folge ihres Zauderns unterlag; am Abend des 21. setzten Casati und die Patrizier eine provisorische Regierung ein, welcher sich am nächsten Tage der „Kriegsrath“ unterwarf.

Während somit auf Seite der Italiener die Bewegung unaufhörlich wuchs und an Heftigkeit gewann, befanden sich die Oesterreicher in einer Lage, welche einen minder energischen Charakter, als es Radetzky war, hätte zur Verzweiflung bringen müssen. Schon am 21. konnte es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die ganze Lombardei im Aufruhr sei. Die Kriegserklärung Piemonts schien unausbleiblich, dazu kam die Nachricht, daß auch die Schweiz Truppen aufgeboten habe; die Soldaten gingen, soweit sie geborene Italiener waren, zum Feinde über, die treu gebliebenen waren durch den viertägigen Straßenkampf auf das Aeußerste erschöpft und litten Mangel an Lebensmitteln und Munition.

Unter diesen Umständen beschloß Radetzky, die Hauptstadt preiszugeben, um das Heer zu retten. „Es war ein furchtbarer Entschluß", berichtet er, „aber Mailand mußte verlassen werden." Die am Tessin stehenden Brigaden der Generale Graf Strassoldo und Maurer trafen, von dem Feldmarschall herbeibeordert, glücklich am Abend des 22. vor Mailand ein, — nur ein Bataillon Grenzer war in Como, eine einzelne Kompagnie in Varese gefangen genommen worden, so daß nunmehr in der Hauptstadt der größte Theil des 1. Corps vereinigt war. In der Nacht des 22. zum 23. setzte sich gegen 11 Uhr die Armee in fünf Colonnen in Bewegung. Die einzelnen Brigaden und mit ihnen der endlose Troß der Verwundeten und Kranken, der flüchtenden Deutschen, die Munitions- und Proviant-Fuhrwerke, ein Troß, der Alles in Allem über fünf Stunden Wegs einnahm, bewegte sich, durch Plänkler in der Flanke gedeckt, über den Wall auf die Straße nach Melegnago. An einigen Punkten, wo das Volk bereits bis zu den Bastionen vorgedrungen war, hatten die Truppen die nächstgelegenen Häuser und Gärten stürmen müssen; der Flammenschein zahlreicher Gebäude beleuchtete den Zug. Nach Mitternacht räumten die letzten Truppen, die Brigaden Clam und Wohlgemuth, das Kastell und folgten als Arrieregarde dem Heere. Eine Menge Kriegsgeräth, das man nicht mitzunehmen vermochte, wurde hier den Flammen übergeben[1]. Als der Morgen des 23. März graute, war Mailand von den Feinden befreit, jubelnd stürzte sich die Bevölkerung auf die noch verrammelten Thore und die Citadelle, die so lange ihre Zwingburg gewesen war. Der Sieg war theuer erkauft; 350 Männer, Frauen und Kinder waren in der viertägigen Straßenschlacht geblieben und eine große Anzahl starb noch in den nächsten Tagen. Die Oesterreicher geben, wohl zu niedrig, ihren Verlust auf 181 Todte, 231 Verwundete und 180 Gefangene an[2].

Mailand war in Wien verloren gegangen; Radetzky und seine Generale traf keine Schuld an dem Verluste der Stadt. Anders

[1] Soria berichtet (I, 252) allen Ernstes, in dieses Feuer habe Radetzky unter Anderem auch sämmtliche Verwundete und die Gefangenen werfen lassen, ein Beweis, wessen man die Oesterreicher für fähig hielt.

[2] „Kriegerische Ereignisse in Italien", S. 65.

aber lagen die Dinge bei einem zweiten schweren Schlage, der um dieselbe Zeit die österreichische Herrschaft erschütterte, bei dem Falle Venedigs. Abgesehen von ihrer politischen Bedeutung war der Besitz der Lagunenstadt insofern von äußerster Wichtigkeit, als dieselbe den Stützpunkt der Vertheidigungslinie an der Etsch darstellte und den direkten Verkehr zwischen der Lombardei und Illyrien vermittelte. Weiterhin war Venedig ein Haupthafenplatz der kaiserlichen Marine und endlich bildete die Wiedereroberung der Stadt, wenn man sie einmal preisgegeben hatte, ein äußerst schwieriges Unternehmen.

Alle diese Erwägungen hätten wohl hinreichen können, um die österreichischen Behörden, den Festungskommandanten Grafen Zichy und den Civilgouverneur Grafen Palffy, zu unnachgiebiger Strenge und Entschlossenheit gegenüber der aufgeregten Bevölkerung zu veranlassen; allein es scheint, als ob den genannten Beamten die nöthige Energie und selbst die Erkenntniß der auf ihnen lastenden Verantwortlichkeit abgegangen ist. Zudem war auch in der Sicherung des wichtigen Platzes die nöthige Vorsicht verabsäumt. Von der gesammten Besatzung waren nur zwei steyrische Bataillone und ein Bataillon Peterwardeiner Grenzer zuverlässig, der Rest bestand aus italienischen Truppen.

Bereits seit geraumer Zeit hatte eine heftige Gährung in Venedig geherrscht, so daß schon am 18. Januar die Behörden sich veranlaßt gesehen hatten, die beiden hervorragendsten Führer der Bewegung, Manin und Tommaseo, zu verhaften. Dadurch war die Erbitterung des Volkes noch gestiegen, vielfach zeigte man sich in Trauerkleidern auf der Straße, rottete man sich vor dem Gefängnisse, welches die beiden Führer barg, zusammen, erzählte man die im ganzen Lande verbreiteten Gerüchte von dem Wachsen des Aufstandes in Palermo und Neapel, und von dem bevorstehenden Befreiungszuge des Sardenkönigs.

Unter diesen Umständen rief die Nachricht von den Ereignissen in Wien sofort eine große Erregung hervor. Das Volk schaarte sich drohend zusammen und errang, obgleich die ersten Zusammenrottungen mit Leichtigkeit von den deutschen Truppen zersprengt wurden, von Palffy die Freilassung Manins und

Tommaseo's, welche unter Triumphgeschrei durch die Straßen getragen wurden.

Bald ging der Gouverneur noch weiter, indem er die Bildung einer Bürgerwehr gestattete. Eigentlich sollte diese Civica nur einige Hundert Mitglieder zählen, allein da eine Kontrolle dieser Bestimmung sich nicht durchführen ließ, belief sich in Kürze die Zahl der bewaffneten Venetianer auf Tausende. Noch war, obwohl einige Menschen bei den Straßentumulten den Tod gefunden hatten, das gute Einvernehmen zwischen Regierung und Volk nicht gestört, sondern sogar des Abends die Stadt festlich beleuchtet worden. Allein als nunmehr die Nachrichten von den Vorgängen in Mailand eintrafen, als die Schwäche des Gouverneurs Palffy, welcher bereits der Civica die Bewachung des Regierungspalastes überlassen hatte, immer offenkundiger wurde, nahm die Revolution ihren unausbleiblichen Fortgang.

Eine gräuelvolle Mordthat sollte die Erregung des Volkes offenbaren. Der Arsenal-Kommandant Oberst Marinovich hatte sich den Arbeitern durch seine Strenge derart verhaßt gemacht, daß er bei dem Ausbruch der Unruhen an Bord eines Kriegsschiffes flüchten mußte. Unglücklicherweise ließ er sich verleiten, noch einmal seinen sicheren Zufluchtsort zu verlassen und sich auf das Land zu begeben. Bei seinem Anblicke entbrannte die Wuth des Volkes aufs Neue; ein Haufen Arbeiter stürzte sich auf ihn, erbrach das Thor eines Thurmes, in dem man ihn zu verbergen suchte, und machte ihn nieder.

Anstatt diesen Mord mit einer durch die Umstände gebotenen Strenge zu sühnen, verloren die österreichischen Behörden völlig ihren Halt. Bereits hatte Manin auf dem Markusplatze unter dem stürmischen Jubel des Volkes die Republik proklamirt, unter dem Vorbehalte, späterhin die dem geeinigten Italien passende Regierungsform anzunehmen, bereits wälzten sich die Volksmassen unter dem Geschrei: es lebe die Republik, — es lebe die Freiheit! — durch die Straßen und noch war von Seiten der Militärbehörde kein ernstlicher Versuch geschehen, den Aufruhr mit bewaffneter Hand niederzuschlagen. Es scheint, daß der alte General Zichy, in dessen Hände der Gouverneur Palffy seine ganze Macht gelegt hatte, durch die unerhörten Vorgänge in

Wien, namentlich durch den Sturz des ihm verwandten Fürsten Metternich, völlig betäubt war. Außerdem hatte Zichy bereits 25 Jahre in Venedig gelebt und betrachtete dasselbe beinahe als eine zweite Vaterstadt; er mochte sich daher scheuen, die ehrwürdige Lagunenstadt den Verheerungen eines Bombardements auszusetzen. Endlich war der General zwar in den Befreiungskriegen ein tüchtiger Husarenoberst gewesen, jetzt aber alt und schwach geworden.

Alles dieses vermag den Entschluß zwar zu erklären, aber niemals zu entschuldigen, welchen Zichy am 22., von dem Advokaten Avesani und anderen Patrioten bedrängt, faßte, einen Entschluß, welcher der österreichischen Macht einen nahezu tödtlichen Schlag versetzte. Er ließ sich dazu verleiten, mit den deutschen Truppen Venedig zu verlassen; das gesammte italienische Militär, die kaiserliche Marine, die ungeheuren Kriegsvorräthe und Proviantdepots und die Kassen gab er der bereits eingesetzten provisorischen Regierung preis, ein Schritt, der den Italienern selbst kaum glaublich schien. In Wien wurde der General alsbald gefangen gesetzt und die kriegsgerichtliche Untersuchung gegen ihn eröffnet.

Neben diesen beiden schweren Schlägen wurden die sonstigen Verluste, welche der nunmehr in der ganzen Lombardei ausgebrochene Aufstand den Oesterreichern zufügte, kaum mehr empfunden. Und doch waren diese Einbußen empfindlich genug; so trat die drei Bataillone starke Garnison von Cremona über; der Commandeur, General Schönhals, und die Offiziere wurden zwar von den Meuterern entlassen, allein auf dem Wege zu der Armee von Brescianern gefangen genommen. Die Besatzungen der Städte Este, Treviso und Bergamo schlossen sich ebenfalls dem Aufstand an, auch Brescia ging, da der größte Theil des hier liegenden Regimentes Haugwitz sich empörte und auf die treu gebliebenen Soldaten feuerte, verloren. In Rovigo fiel ein Jägerbataillon ab, desgleichen in Osopo und Palma-Nuova einzelne Kompagnien, wobei in letzterem Orte allein an Kriegsvorräthen 30 Geschütze und 15000 Gewehre verloren gingen. Bis zu dem italienischen Tirol erstreckte sich der Aufstand; hierdurch, sowie durch den Umstand, daß die auf dem

Garda-See befindlichen Dampfboote in die Hände der Italiener gefallen waren und beide Ufer bedrohten, war die letzte Verbindungslinie mit Wien, die nach dem Falle Venedigs den Oesterreichern noch geblieben, ernstlich bedroht.

Alles kam jetzt für Radetzky darauf an, daß es ihm gelang, wenigstens die wichtigsten festen Plätze, Verona und Mantua, zu behaupten. An ersterem Orte hatte bereits die Bewegung stark um sich gegriffen, da der Commandant General Gerhardi die Errichtung einer Civica gestattet hatte, allein durch die Entschlossenheit des Kommandeurs des 2. Corps, Baron d'Aspre, der sein Hauptquartier Padua dem Feinde preisgab und alle seine Kräfte bei Verona vereinte, blieb dieser feste Punkt den Oesterreichern erhalten. Nach Mantua hatte Radetzky sofort die durchaus zuverlässige Brigade Wohlgemuth geschickt und so auch diese Festung gesichert.

Der Feldmarschall hatte sich, nachdem er Mailand verlassen, zunächst nach Melegnago gewandt. Die kleine Stadt, die trotzig dem Heere den Durchzug verweigerte, war bombardirt und geplündert worden. Von hier ging der Marsch alsdann nach Lodi, woselbst die Nachricht von dem Falle Venedigs eintraf. Unter diesen Umständen war ein weiteres Verweilen an der Adda nicht möglich; am 25. brach das Corps auf und zog in kleinen Märschen über Crema und Monte-Chiari hinter die Chiese, überschritt am 31. den Mincio und traf in den ersten Tagen des April in Verona ein, woselbst nunmehr also das Heer oder vielmehr die Reste des Heeres vereinigt waren.

Obwohl mit Ausnahme des Straßenkampfes in Mailand größere Gefechte nicht vorgefallen waren, mochte das, was dem Feldmarschall hier in Verona zur Verfügung stand, kaum mehr als die Hälfte der Armee betragen. Nahezu ein Viertel der Truppen waren abgefallen, theils durch Meuterei ganzer Regimenter und Bataillone, theils durch Desertionen einzelner italienischer Soldaten, die, namentlich wenn sie auf dem Marsche in die Nähe ihrer Heimat kamen, die Gelegenheit benutzten, um sich dem Kriegsdienste zu entziehen. Von den treugebliebenen Truppentheilen waren manche gefangen, viele andere zersplittert ...h von dem Hauptheere durch insurgirte Strecken getrennt.

Die bei Verona versammelte Armee selbst befand sich in solcher Verfassung, daß die Behauptung der italienischen Patrioten, die österreichischen Streitkräfte seien bereits gänzlich zerrüttet, auf Wahrheit zu beruhen schien. Die Truppen waren in keiner Weise auf einen Feldzug vorbereitet gewesen; es mangelte an Lebensmitteln und sonstigem Kriegsbedarf, dabei waren die Wege grundlos, die Witterung fortgesetzt schlecht. Es ist begreiflich, daß diese Umstände, verbunden mit dem niederschlagenden Eindruck eines Rückzuges vor einer aufständischen Bevölkerung die Truppen entmuthigt hatten. Radetzky's erstes Bemühen ging denn auch dahin, vor Allem den Soldaten neues Selbstvertrauen einzuflößen. In einem am 3. April erlassenen Tagesbefehl erklärte er, daß er, der General, aus höheren Rücksichten der Kriegskunst gewichen, nicht aber die Soldaten besiegt seien.

Das Festungsviereck Peschiera-Verona-Legnago-Mantua war der einzige Stützpunkt, welcher nach den Ereignissen des März den Oesterreichern noch geblieben war. In dieser Stellung, deren Gefilde schon oft mit Blut getränkt worden waren, erwartete der Feldmarschall den Angriff seiner Gegner.

Es war eine unermeßliche Begeisterung, welche die Siege der Venetianer und Lombarden in sämmtlichen Staaten und Städten der Halbinsel hervorgerufen hatten. Ein förmlicher Rausch des Entzückens hatte sich der heißblütigen Bevölkerung bemächtigt; wie zu einem Kreuzzuge strömten von allen Seiten die Freischaaren nach dem Po, um an dem Befreiungskampfe wider die Oesterreicher Theil zu nehmen. Die Fürsten, deren Despotie und Eigennutz schon so oft das Werk der Einigung verhindert, sahen sich außer Stande, einer Bewegung zu widerstehen, an welcher nicht wie sonst die Mitglieder der geheimen Gesellschaften, die politischen Schwärmer, sondern die große Masse des Volkes theilnahmen. Sie mußten sich wohl oder übel dem Sturme beugen, soweit sie es nicht vorzogen, in dem österreichischen Lager Schutz und Hülfe zu suchen.

Zunächst war in Piemont die Bewegung zum Ausbruch gelangt, woselbst die Nachrichten von den Aufständen in Wien und Mailand gleichzeitig eingetroffen waren. Für Karl Albert war damit die Stunde der Entscheidung gekommen; er mußte

wählen, ob er der Rolle des „Degens von Italien", die er in Anspruch genommen und seine Anhänger ihm übertragen hatten, entsagen und die Hoffnungen aller der Patrioten täuschen sollte, welche in ihm trotz allem Vorgefallenen den Retter und Einiger des Vaterlandes erblickten, oder ob er den kühnen Schritt wagen und den Kampf gegen das übermächtige Oesterreich beginnen sollte. Es war eine schwere Wahl: hier winkte die Königskrone Italiens, dort drohte der Verlust des eigenen Thrones, — und Karl Albert gehörte zu jenen unglücklichen Menschen, denen zwar Einsicht und Scharfblick genug, um Großes zu wagen, aber nicht zugleich die Kraft des Willens gegeben ist.

Das Volk machte den Zweifeln seines Herrschers ein Ende. Während ein am 20. zusammengetretener Ministerrath noch keinen weiteren Entschluß gefaßt hatte als den, einige Truppen an die Grenze zu schicken, während noch am 22. der österreichische Gesandte die friedlichsten Versicherungen empfing, schaarte sich das Volk zusammen, zogen bereits bewaffnete Freicorps nach dem Kriegsschauplatz, bestürmten die Führer der Nationalpartei das Ministerium, den Kampf zu beginnen.

Am 23. hatte die Erregung einen bedrohlichen Grad erreicht. Die Straßen hallten von Kriegsgeschrei, die Truppen murrten, einzelne Offiziere erklärten bereits, ohne Befehl mit ihren Kompagnien nach Mailand ziehen zu wollen, und um den Zorn des Volkes noch zu steigern, gab der österreichische Gesandte an diesem Tage ein glänzendes Fest, welchem der größte Theil der piemontesischen Aristokratie beiwohnte. Während große Massen drohend das Gesandtschaftshotel umringten, und andere Haufen in einem Gasthofe nach dem angeblich daselbst verborgenen, flüchtigen Herzog von Parma suchten, waren aus Mailand, wie erwähnt, der Graf Martini und Vimercati eingetroffen, um im Namen ihrer Vaterstadt die Hülfe Piemonts in Anspruch zu nehmen. Die Vorstellungen der beiden Sendboten brachten den Entschluß des Königs zur Reife. Am Abend des 23. wurde der Kampf beschlossen und jubelnd vernahm das Volk die Worte Martini's, welcher neben Karl Albert auf dem Balkon des Schlosses erschienen war: „Wir haben eine große Revolution gemacht, ihr werdet einen großen Krieg führen!"

Am folgenden Tage verkündete ein Manifest den Entschluß des Königs[1], das Heer wurde in aller Eile marschfertig gemacht und mit den ersten rasch zusammengerafften Truppen überschritt Karl Albert die Grenzen seines Landes.

Nicht geringer als in Piemont war die Erregung in Rom. Die österreichischen Wappen wurden abgerissen und zertreten, an das Gebäude der österreichischen Gesandtschaft die Worte: „Italienischer Reichstag“ geschrieben; auch hier bildeten sich mit Genehmigung der Regierung zahlreiche Freischaaren, deren Oberbefehl der General Ferrari erhielt. Auch das stehende Heer wurde zusammengezogen und marschbereit gehalten; die Führung der gesammten Streitmacht war dem piemontesischen General Durando übertragen.

Pius IX. befand sich inmitten der stürmischen Ereignisse in einer sehr schwierigen Lage. Er fühlte, daß man von ihm, mit dessen Namen die liberale Bewegung der letzten Jahre untrennbar verbunden war, ein unbedingtes Eintreten für die Sache Italiens erwarte, andererseits gingen alle diese nationalen Bestrebungen weit über das Ziel hinaus, das ihm vor Augen stand. In Rom selbst begann es unruhig zu werden. Zwar hatte das neuernannte Ministerium sich durch mancherlei Reformen das Volk günstig gestimmt; allein man forderte mehr, man verlangte bereits die Einberufung eines italienischen Parlamentes, man vertrieb sogar nach dem Vorgange Neapels die verhaßten Jesuiten, in welchen man mit Recht die Hauptgegner der nationalen Bestrebungen erkannte. Am 1. April mußte sich das Ministerium zur Einführung umfassender Reformen und einer Art von Konstitution entschließen.

Die brennendste Frage aber blieb das Verhältniß zu Oesterreich. Den Kaiserstaat, diese festeste Stütze der katholischen Kirche, zu bekriegen, war für den Papst ein Ding der Unmöglichkeit. Hielt er sich dagegen von dem Befreiungskampfe fern, so war seine ganze bisherige Popularität, sein Einfluß auf die Geschicke Italiens verloren.

---

[1] Hier findet sich zum ersten Male das vielgebrauchte Wort, Italien müsse „sich durch sich selbst schaffen“ (di fare da se).

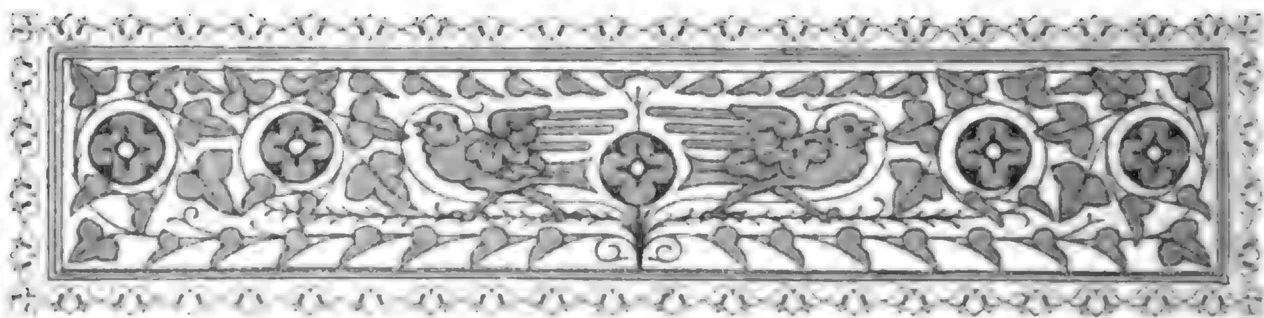
Die Truppen des Kirchenstaates hatten bereits um den 25. März Rom verlassen; Freischaaren aus der Romagna und Ravenna, eine Abtheilung Bologneser und ein aus Sicilien gekommenes Streifcorps standen bereits in Ferrara, woselbst sich die Oesterreicher in die Citadelle zurückgezogen hatten, und drängten den General Durando, sie zum Kampfe zu führen. Es war vergebliches Bemühen; der Papst glaubte einen Ausweg aus den Schwierigkeiten gefunden zu haben, indem er zwar seine Truppen bis zum Po vorrücken und mit dem Heere Karl Alberts gemeinsam operiren ließ, zugleich aber Durando die Weisung ertheilte, sich, solange päpstliches Gebiet nicht bedroht sei, unter allen Umständen defensiv zu verhalten. Völlig scheint übrigens Durando die Absichten seines Gebieters nicht verstanden zu haben, er entschlug sich zwar des Kampfes, beleidigte aber das österreichische Kaiserhaus auf das Schwerste, indem er in einem am 5. April erlassenen Manifeste sich dahin aussprach, der Papst habe erkannt, „daß Waffengewalt das einzige gerechte und mögliche Mittel gegen einen Feind sei, welcher alles Recht und alle göttlichen und menschlichen Gesetze mit Füßen trete", — eine Aeußerung, durch die er sich in hohem Maße die Ungnade Pius IX. zuzog.

In dem Großherzogthum Toskana gelang es Leopold II. durch Concessionen aller Art einem Aufstande vorzubeugen. Er berief den volksbeliebten Neri Corsini in das Ministerium und erließ am 21. eine Proklamation, in welcher er die Stunde des Befreiungskampfes für gekommen erklärte. Schon am nächsten Tage brachen zwei Freiwilligenlegionen auf, das Militär folgte ihnen. An einen ernstlichen Kampf mit Oesterreich, in welchem er die letzte Stütze seines bereits wankenden Thrones sah, dachte der Großherzog so wenig wie der Papst.

Wesentlich stürmischer gestalteten sich die Ereignisse in den Herzogthümern Modena und Parma. In ersterem Staate wurde der tyrannische Franz V. zunächst zur Gewährung einer Verfassung genöthigt und dann veranlaßt, sein Land zu verlassen und sich unter Oesterreichs Schutz zu stellen. Ebenso handelte der seinem Volke verhaßte Herzog Karl von Parma. Nachdem er Anfangs sich zu einigen Zugeständnissen bequemt

und sogar seinen Sohn Ferdinand mit Truppen auf den Kriegsschauplatz entsandt hatte, flüchtete er nach Bologna und vertraute sein Geschick den Oesterreichern an.

Im Königreiche Neapel, neben Sardinien der bedeutendsten Militärmacht der Halbinsel, ging inmitten des allgemeinen Freiheitskampfes der Bürgerkrieg weiter. Nichtsdestoweniger sandte der König im Laufe des April und Mai eine Truppenmacht von 10 000 bis 15 000 Mann nach Oberitalien; der Kern seines Heeres, die Garden und die Schweizer, blieben allerdings um seine Person in der Hauptstadt zurück. Selbst das aufständische Sicilien schiffte einige Streifcorps ein, so daß in der Lombardei Neapolitaner und Sicilianer neben einander gegen Oesterreich stritten, während zwischen ihren Heimatländern ein blutiger Bürgerkrieg wüthete.



X. Abschnitt:

Die Ereignisse in den übrigen europäischen Staaten.

Am 25. Februar war die Kunde von der Februar-Revolution über den Kanal nach **England** gelangt. Der Regierung Großbritanniens, welche in den vorhergegangenen Jahren oft genug, zumal bei Gelegenheit der spanischen Heiraten, mit Louis Philippe und seiner Politik in Konflikt gerathen war, schien das Ereigniß nicht ungelegen zu kommen. Schon am 28. erklärte im Hause der Gemeinen auf eine Anfrage des Abgeordneten Hume hin Lord John Russel, er könne versichern, daß sich England in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten Frankreichs mischen werde. In der That ließ das Königreich am 2. März durch seinen Gesandten Lord Normanby die französische Republik anerkennen. Andererseits fanden jedoch Louis Philippe und seine Familie, welche nach mancherlei Fährlichkeiten und Abenteuern glücklich den Boden des Insellandes erreichten, sowohl bei der Königin als bei dem Volke eine gastfreundliche Aufnahme.

Der gewaltige Sturm, welcher den Kontinent erschütterte, konnte auch Großbritannien nicht unberührt lassen. In England selbst waren es die Chartisten, in Irland die Nationalpartei, die gemäßigten Anhänger des „alten" und die Radikalen des

„jungen" Irland, welche die Zeit zur Erreichung ihrer Wünsche für gekommen hielten. Die ersten Symptome erschienen bedrohlich genug. Nachdem am 2. März bereits eine Versammlung abgehalten und ein Zentralcomité der Londoner Chartisten gewählt worden war, folgte am 6. ein großes Meeting auf dem Trafalgar-Square und am 13. ein ebensolches zu Kennington-Common, deren jedem Tausende von Menschen beiwohnten. Die Polizei hatte die erste dieser Versammlungen zerstreut, die zweite, welche ruhig verlief, unbelästigt gelassen. Weit bedenklicher als diese politischen Agitationen aber waren die Anzeichen sozialer Uebelstände, welche sich in zahlreichen Fabrikstädten durch Tumulte, Arbeitseinstellungen und Aehnliches äußerten. Am gefährlichsten war die Lage in Glasgow, wo 40000 Spinner feierten. Nur durch Aufbietung einer großen Menge Spezialkonstabler und einer bedeutenden Truppenmacht gelang es hier, einem Aufstande vorzubeugen.

Der Monat März verstrich unter den eifrigen Vorbereitungen der Chartisten zu einem Hauptschlage, welchen sie in der ersten Hälfte des April zu führen gedachten. Eine gewaltige, mit Millionen von Unterschriften bedeckte Petition, welche die von ihnen erstrebten Reformen, — namentlich das gleiche und allgemeine Stimmrecht, jährliche Wahlen, Besoldung der Abgeordneten und Sonstiges — enthielt, sollte in einer Massendemonstration der Regierung überreicht werden. Als Tag der Ausführung wurde von dem „Konvent der Neunundvierzig" der 10. April festgesetzt. Allein kaum war am 6. ein darauf bezüglicher Aufruf erlassen, als noch am selben Tage die Polizei die Demonstration unter Hinweis auf die Tumult- und Aufruhrakte verbot. Die Chartisten blieben bei ihrem Vorhaben, indem sie gegen die Anordnung der Regierung am 8. April eine große Volksversammlung bei Kensington abhielten, von beiden Seiten sah man einem Zusammenstoße entgegen. Die Königin verließ am 8. London und begab sich nach Wight; die Regierung traf die umfassendsten und — wie sich später ergab — unnöthigsten Vorsichtsmaßregeln. Tausende von Bürgern ließen sich als Spezialkonstabler einschreiben — unter ihnen auch kein Anderer als der in England als Flüchtling lebende Prinz Louis Napo-

leon Bonaparte, der nachmalige Kaiser der Franzosen — und wurden bewaffnet und in Sektionen eingetheilt. Truppen wurden herbeigezogen und die gesammte Garnison Londons bereit gehalten. Die Angst ging so weit, daß, als der Morgen des 10. April anbrach, fast sämmtliche Läden geschlossen blieben; die Bank von England hatte ihre Räumlichkeiten wie zu einer Belagerung verschanzt.

Bald zeigte es sich, wie sehr man die Kräfte des Gegners überschätzt hatte. Kaum zwanzigtausend Menschen, anstatt der erwarteten Hunderttausende, hatten sich eingefunden, um die Petition zu begleiten, welche auf einem von sechs Pferden gezogenen Wagen lag, und als bei Kennington-Common ein Polizeikommissär der Colonne entgegentrat mit dem Verbot, die Brücken zu überschreiten, löste sich der ganze Zug auf. Von einigen Genossen begleitet, begab sich der Agitator Feargus O'Connor nach dem Hause der Gemeinen und übergab daselbst Lord Morpeth, dem Stellvertreter des abwesenden Staatssekretärs des Inneren, die Petition. Morpeth gab eine höfliche, nichtssagende Antwort und damit war die Sache erledigt. Die zahlreichen Zuhörer auf den Galerieen, unter welchen sich auch der Exminister Guizot befunden haben soll, waren in ihrer Erwartung eines stürmischen Auftrittes enttäuscht.

Bald darauf ergab es sich, daß die Chartisten mit der Petition selbst Mißbrauch getrieben hatten. Statt der 5 700 000 Unterschriften, mit welchen jene sich gerühmt, fanden sich nach genauer Zählung noch nicht zwei Millionen, und zudem waren ganze Seiten von ein- und derselben Hand geschrieben; es fanden sich die Namen der Königin, der Minister, des Herzogs von Wellington, Robert Peels u. A., dazwischen triviale und beleidigende Inschriften aller Art, so daß der moralische Eindruck, welchen man mit der Petition hervorzubringen beabsichtigte, kein großer sein konnte.

Rasch begann jetzt die chartistische Bewegung wieder zurückzugehen. Ihr Konvent, in welchem schon früher vielfacher Zwiespalt geherrscht, löste sich am 13. Mai auf; die mehrfachen Demonstrationsversuche, welche sie noch unternahmen, fielen immer schwächer aus und die Sache endete damit, daß am 10. Juli

die Gerichte sechs der hervorragendsten Führer — jedoch nicht O'Connor, das Haupt des Ganzen — zu je zwei Jahren Gefängniß wegen Aufruhrs verurtheilte.

In Irland, der ewig eiternden Wunde des englischen Staatskörpers, hatte man die Nachricht von den Pariser Vorgängen mit Begeisterung vernommen. In Dublin, Limerick und anderen Städten fanden Festlichkeiten statt, am 17. März, dem Tage des heiligen Patrick, wurden im ganzen Lande Versammlungen abgehalten, und die Erregung auf der in steter Gährung befindlichen Insel erreichte einen solchen Grad, daß die Regierung die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln traf, Truppen und Schiffe herbeizog und vom Parlamente die Erlaubniß zur Anwendung eines Hochverrathsgesetzes erlangte, welches bis dahin nur in England und Schottland benutzt worden war.

Es war ein Unglück für die irische Bewegung, daß einmal sich ihr die einflußreiche katholische Geistlichkeit größtentheils fern hielt, und andererseits in ihrem eigenen Lager Zwiespalt herrschte. Der „Repealverein", die Anhänger des im Jahr vorher verstorbenen genialen Agitators O'Connor, mahnte, wiewohl vergeblich, zur Mäßigung, die Führer des „jungen" Irland, Smith O'Brien, Mitchell, der Herausgeber des „United Irishman" und Meagher, hielten jedes Mittel für recht, um die ersehnte Unabhängigkeit der grünen Insel zu erlangen. Der Zwist ging so weit, daß einmal in Limerick die Anhänger O'Connells und diejenigen Mitchells gegen einander zu Thätlichkeiten übergingen und es zahlreiche Verwundungen gab.

Unter diesen Umständen konnte man nicht an einen offenen Kampf gegen die Regierung denken. Nachdem Frankreich das Ansinnen der Iren, ihnen zu Hülfe zu kommen, abgeschlagen hatte und die chartistische Bewegung in London mißglückt war, spann sich ein Netz von geheimen Vereinen über die Insel, welche die Regierung durch ein am 25. April erlassenes Dekret verbot und eifrig verfolgte. Die Agitatoren versuchten vergeblich Widerstand zu leisten. Zwar gelang es den Behörden nicht, die Bestrafung Smith O'Briens und Meaghers von den Gerichten zu erlangen, dagegen wurde Mitchell am 14. Mai verhaftet und zur Deportation auf 14 Jahre nach den Bermudas-Inseln ver-

urtheilt. Vor seinem Gefängnisse fanden noch einige Zeit große Demonstrationen statt, dann aber begann die Bewegung zu erschlaffen; die Regierung hob mit Bewilligung des Parlamentes die Habeas-Corpus-Akte auf und verhängte über Dublin, Cork und mehrere Grafschaften den Belagerungszustand. Noch setzte O'Brien den Widerstand beharrlich fort; in der Grafschaft Tipperary suchte er einen Aufstand zu organisiren, fiel aber zu Ende Juli bei Thurles in die Hände der Regierung, welche einen Preis von 500 Pfund St. auf seine Ergreifung gesetzt hatte, und wurde deportirt. Mit seinem Falle war der Ausgang der irischen Bewegung entschieden.

In der Hauptstadt **Belgiens** hatten sich am Abend des 25. Februar große Menschenmassen versammelt, um auf die neuesten Pariser Nachrichten zu warten. Um Mitternacht brachten aus Frankreich eintreffende Reisende die erste Kunde von der Republik, eine Kunde, welche auch hier ihre Wirkung nicht verfehlte. Eine große Aufregung bemächtigte sich Brüssels; Gerüchte aller Art liefen um, es bildeten sich vor dem Stadthause und an anderen Punkten Zusammenrottungen, welche einen ernsten Charakter anzunehmen drohten. Allein der König Leopold und sein durch die vorjährigen Wahlen zur Herrschaft gelangtes Ministerium Rogier verstanden es durch Mäßigung und Klugheit die Gefahren zu bannen, welche namentlich aus der in Folge einer Mißernte herrschenden Theuerung und dem Parteihader zwischen Liberalen und Klerikalen erwuchsen. Am 26. rief der König der Belgier einen Ministerrath zusammen und erklärte, er habe nicht aus Ehrgeiz nach der Krone gestrebt und sei bereit, auf dieselbe zu verzichten, falls seine Person ein Hinderniß für das Glück und die Ruhe des Landes sei. Daß dies Letztere nicht der Fall war, wußte ein Jeder, und einstimmig erwiderte das Ministerium, daß das Volk kein Verlangen nach Einführung der Republik trage und kein Grund zu einer durchgreifenden Veränderung der Verfassung vorhanden sei. Zwei Tage darauf wurde der Kammer ein Gesetzentwurf vorgelegt, welcher den Wahlzensus auf zwanzig Gulden herabsetzte. Weitere Reformen folgten, durch welche der Zeitungsstempel aufgehoben und die Nichtwählbarkeit der Beamten zu Parlamentsmitgliedern aus-

gesprochen wurde. Dies befriedigte die Wünsche der Nation vollkommen und binnen Kurzem herrschte völlige Ruhe im Lande. Ein von Frankreich nach Belgien unternommener Freischaarenzug deutscher, französischer und belgischer Arbeiter, welcher zu Ende März gleichzeitig mit dem Einfall der Corvin'schen Legion in Baden stattfand, mißglückte in einer kläglichen Weise, indem die Theilnehmer der Expedition sofort bei ihrer Ankunft von den belgischen Truppen gefangen genommen wurden.

Die Regierung der **Niederlande** zeigte nicht denselben staatsmännischen Takt, welchen der König der Belgier bewiesen hatte. Obwohl schon die Thronrede des Jahres 1847 die dringend nothwendigen Reformen auf zahlreichen Gebieten des Staatslebens in Aussicht gestellt hatte, zögerte man doch auch jetzt noch, da schon die Februar-Revolution das Land in Gährung versetzt hatte, mit der Einführung derselben und legte erst am 9. März den Kammern Gesetzentwürfe vor, welche zwar an Zahl bedeutend — es waren ihrer 27 — allein an Tragweite in keiner Weise den Wünschen der Nation entsprechend waren. Namentlich blieb die bisherige, völlig veraltete Bestimmung über Wahl und Zusammensetzung der zweiten Kammer unverändert bestehen. Die Aufregung wurde nunmehr so allgemein, die Verhältnisse gestalteten sich so drohend, daß König Wilhelm nachzugeben beschloß. Er eröffnete am 14. dem Präsidenten der zweiten Kammer, daß er bereit sei, die gewünschten Veränderungen des Staatsgrundgesetzes eintreten zu lassen, und bewilligte das Entlassungsgesuch seines Ministeriums, an dessen Stelle am 22. ein liberaleres Kabinet unter dem Vorsitze des nicht eben beliebten Grafen Schimmelpennink trat. Die übrigen Mitglieder des Ministeriums, Curtius, Luzac und Kempenaer, waren als Anhänger der Reform bekannt. Am 16. entwarf das Unterhaus ein neues Staatsgrundgesetz, welches wesentliche Reformen, namentlich in Bezug auf die zweite Kammer, enthielt. Dieses Projekt wurde einer Kommission zur Berathung übergeben, in welcher sich die hervorragendsten Anhänger der Reform, namentlich auch Torbecke als Vorsitzender, befanden.

Bis in das entfernte **Skandinavien** zog das welterschütternde Pariser Ereigniß seine Kreise. Hier herrschte, da der

1844 zur Regierung gelangte König Oskar dem dringenden Rufe nach Reformen nur in sehr beschränktem Umfange stattgab und große Summen auf die Hofhaltung und namentlich das Heerwesen verwandte, bereits eine starke Mißstimmung, welche am 10., 11. und 12. März zu bedeutenden Unruhen in Christiania führten. Auch zu Upsala kam es zu Tumulten, in Stockholm selbst bildete sich ein „Reformklub", durch dessen Bemühungen bald eine lebhafte Bewegung für Abänderung der Verfassung entstand. Nachdem am 18. ein großes Bankett der Reformfreunde stattgefunden hatte, kam es am Abend in der Hauptstadt zu blutigen Auftritten. Volksmassen, welche offenbar selbst nicht recht wußten, was sie vorhatten, rotteten sich in den Straßen zusammen und mußten im Laufe der Nacht durch das Militär zerstreut werden. Am nächsten Tage wiederholten sich die Tumulte; die Truppen machten schließlich von den Waffen Gebrauch und säuberten unter heftigem Widerstande des Volkes die Straßen, wobei gegen fünfzig Menschen getödtet und verwundet worden sein sollen. Auch von der Garnison wurden einige Offiziere und eine Anzahl Soldaten verletzt. Auf den König hatte indessen die Reformbewegung ihre Wirkung nicht verfehlt. Er überreichte kurz darauf dem Reichstage ein neues, freisinniges Wahlgesetz, welches übrigens späterhin nach jahrelangen Verhandlungen wieder verworfen wurde.

Die **Schweiz**, obwohl rings von insurgirten Staaten umringt und ein Asyl für politische Flüchtlinge aller Länder, bewahrte die Ruhe. Die in der Eidgenossenschaft herrschenden Fehler und Mängel hatte schon im vorhergegangenen Jahre der Sonderbundskrieg beseitigt, so daß für die Mehrzahl der Bevölkerung kein Grund zur Unzufriedenheit vorhanden war. In der preußischen Besitzung **Neuenburg** dagegen, welche zugleich als 21. Kanton der Eidgenossenschaft angehörte und sich mithin in derselben Lage befand wie Schleswig-Holstein zwischen Dänemark und dem deutschen Bunde, brachte die Februar-Revolution einen völligen Umschwung der Dinge hervor. Zuerst brach an einzelnen Punkten des Landbezirkes Neuenburg, zu Chaux-de-Fonds, Locle und im Val-de-Travers die Bewegung aus. Am 28. und 29. Februar wurden hier die preußischen

Abzeichen abgerissen, die Behörden vertrieben und zur Abdankung gezwungen und die Republik proklamirt. In der Stadt selbst herrschte große Verwirrung; die Regierung fand weder bei den Munizipalbehörden noch bei dem Volke Unterstützung und mußte es geschehen lassen, daß am 1. März um 4 Uhr Nachmittags 12—1400 bewaffnete Landleute unter Führung des Kapitäns Courvoisier ohne Widerstand in Neuenburg einrückten und das Schloß besetzten. Die Regierung dankte nunmehr formell ab, ein provisorisches Gouvernement unter dem Vorsitze Piagets trat an ihre Stelle und erließ Proklamationen, durch welche die Herrschaft Preußens für null und nichtig erklärt und die Republik mit dem Wahlspruche: „Alles für das Volk und durch das Volk" — eingeführt wurde. Der Kanton Neuenburg war damit Preußen für immer entrissen. Allerdings legte der König sofort Protest ein, allein nach fast zehn Jahren entsagte er durch einen Vergleich seinen Rechten auf den Kanton, nachdem der mißlungene royalistische Staatsstreich vom 2. September 1856 beinahe zu einem Kriege zwischen der Eidgenossenschaft und Preußen geführt hatte.

Daß an dem von Parteiverschwörungen durchwühlten und von Bürgerkriegen zerrütteten Königreiche **Spanien**, dessen Herrscherhaus zudem durch die bereits erwähnten Heiraten eng mit Louis Philippe verbunden war, die Februar-Revolution nicht spurlos vorübergehen würde, war vorauszusehen. Der Herzog Narvaez von Valencia, welcher zur Zeit als allmächtiger Ministerpräsident im Bunde mit der Exkönigin Marie Christine die Regierung für die junge Königin Isabella II. führte, traf mit seiner gewohnten Energie und Umsicht die erforderlichen Maßregeln. Am 1. März theilte er den Cortes selbst den Sturz Louis Philippe's und die Errichtung der Republik mit und knüpfte daran die Forderung, ihm durch zeitweilige Aufhebung der Artikel 7 und 8 der Verfassung eine Art Diktatur zu übertragen. Außerdem sollte die Summe von 200 Millionen Realen beschafft und nach Ermessen der Regierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe verwendet werden. Die Kammer der Deputirten sowie der Senat billigten diese Forderungen und wurden daraufhin am 21. März von Narvaez vertagt.

Die Oppositionspartei der „Progressisten" gerieth über diese Strenge der Regierung in höchste Erregung und beschloß, als sie erkannt, daß sie durch heftige Zeitungsartikel und Petitionen Nichts zu erreichen vermochte, das Glück der Waffen zu versuchen. Am Abend des 26. März versammelten sich mehrere Hundert Aufrührer auf dem Platze de la Cebada, feuerten auf die Polizei, verschanzten sich in mehreren Straßen und forderten unter dem Rufe: „es lebe die konstitutionelle Königin! — Tod den Tyrannen!" — vereinzelt auch: „es lebe die Republik" — das Volk zum Kampfe auf.

Narvaez befand sich eben auf dem Prado, welcher um diese Zeit den Versammlungsort der vornehmen Welt Madrids zu bilden pflegte, als der Aufruhr losbrach. Der General, gleich erfahren im Machen wie im Bekämpfen der Revolutionen, zögerte nicht einen Augenblick. Er warf sich auf das Pferd, ließ die Garnison unter Waffen treten, vertheilte die Truppen, bezeichnete die Angriffspunkte und handelte mit solcher Schnelligkeit, daß das Militär, auf dessen Abfall die Verschworenen ihre Hoffnung gesetzt hatten, überhaupt keine Zeit zum Ueberlegen fand. Bald war auf allen von den Aufständischen besetzt gehaltenen Punkten der Kampf entbrannt und der Ausgang konnte nicht zweifelhaft sein. Als die Mitternacht heranrückte, waren die Insurgenten trotz heftigen Widerstandes überall vertrieben und zersprengt, nur eine kleine Schaar hatte sich im Theater del Principe festgesetzt und führte hier den Kampf fort. Allein auch diese mußte sich bald ergeben. Um zwei Uhr Nachts herrschte Ruhe in Madrid.

Das Ministerium benutzte seinen Sieg, indem es die Hauptstadt in Belagerungszustand versetzte, eine allgemeine Entwaffnung vornahm, alle Menschenansammlungen verbot, dreihundert Insurgenten vor das Kriegsgericht brachte und die hervorragendsten Mitglieder der Oppositionspartei theils gefangen nahm, theils verbannte. Im Uebrigen verfuhr die Regierung jedoch mit verhältnißmäßiger Milde, indem sie kein einziges Todesurtheil vollstrecken ließ.

Die Niederwerfung des Aufstandes war so rasch geschehen, daß die Provinzen keine Zeit hatten, sich demselben anzuschließen.

Wo es noch in einzelnen Städten Tumulte und Emeuten gab, wurden dieselben mit leichter Mühe unterdrückt. Die Stellung Narvaez' war jetzt die eines Diktators geworden, allerdings auf kurze Zeit, da ihm schon im nächsten Jahre die Königin Christine ihre Gunst entzog. Die englische Regierung glaubte gegen eine derartige Befestigung des Absolutismus in Spanien einschreiten zu müssen; durch den englischen Gesandten in Madrid, H. Bulwer, ließ Lord Palmerston darauf bezügliche Vorstellungen machen, erhielt aber den Bescheid, daß die inneren Angelegenheiten Spaniens eine Einmischung fremder Staaten nicht erforderten. In Folge dieses Vorgehens Englands griff eine tiefe Verstimmung zwischen den beiden Reichen um sich, welche so weit ging, daß im Mai sogar die beiderseitigen Gesandten ihre Posten verließen.

In dem durch Bürgerkriege verheerten Königreiche **Portugal** war das einzige wesentliche Ereigniß dieser Zeit ein am 29. März vollzogener Kabinetswechsel, durch welchen der Marschall Saldanha den Vorsitz des Ministeriums erhielt.

In **Konstantinopel** trafen am 14. März Depeschen des Gesandten der Pforte zu Paris, Suleyman Pascha, und französische Zeitungen ein, welche die Nachricht von den Vorgängen des Februar brachten. Der Sultan Abdul-Medschid hatte sich damals mit einem Ministerium umgeben, welches sowohl Anhänger der alttürkischen, dem fränkischen Wesen durchaus feindlichen Partei als auch Vertreter der Reform- und Civilisationsbestrebungen enthielt. Das Haupt der Ersteren war der Seraskier Saïd-Pascha, der Führer der Letzteren der Großvezier Reschid-Pascha. Die Wirkung, welche die Nachricht von den Pariser Ereignissen an der hohen Pforte hervorbrachte, war eine andere, als man hätte erwarten können. Während Reschid seine Stellung zu befestigen suchte und noch am 27. April vom Sultan die Absetzung des ihm feindlichen Großadmirals erlangte, verstand es Saïd Pascha an demselben Tage, Abdul-Medschid durch seine Schilderung der revolutionären und fürstenfeindlichen Gesinnungen des Abendlandes einen derartigen Abscheu vor dem weiteren Eindringen der fränkischen Kultur einzuflößen, daß Reschid-Pascha unverzüglich seines Amtes enthoben wurde und der übrigens

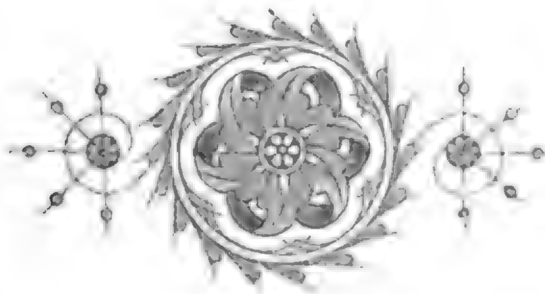
auch den Reformen nicht abgeneigte Sarim-Pascha an seine Stelle trat. Zu Ende Juni erlangte jedoch Reschid-Pascha bereits wieder die Gunst des Sultans und trat als Minister ohne Portefeuille in das Kabinet ein. Sein Gegner Saïd war schon am 12. Mai gestürzt worden.

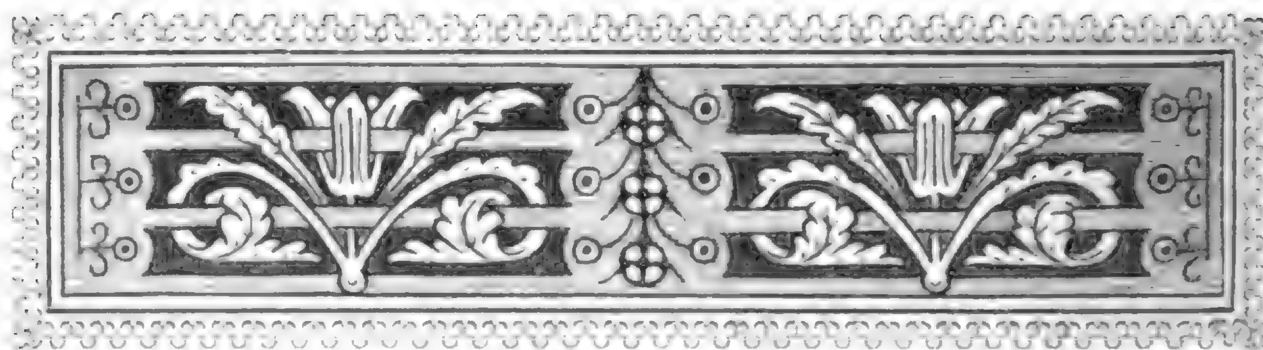
In **Griechenland** verbreitete sich um die Mitte März die Nachricht von der Februar-Revolution, rief aber, obwohl das Land nicht minder wie Spanien von Bürgerkriegen zerrüttet war, keinen größeren Aufstand hervor. Das bisherige Kabinet gab seine Entlassung und es folgte ihm am 20. März das Ministerium Konduriottis-Rhodios. Eine allgemeine Amnestie, welche bald darauf für die Anhänger der aufständischen Generale Grivas und Grisiotis erlassen wurde, hatte den einzigen Erfolg, daß der bereits bestehende Bandenkrieg im Gebirge einen neuen Aufschwung nahm. Nach vieler Mühe gelang es der Regierung, die zahlreichen Streifschaaren theils zu zersprengen, theils an die Grenzen zu drängen.

Auch in **Rußland** rief die Revolution einen Widerhall hervor, allerdings nicht in der Art wie in den anderen Staaten. Vielleicht mögen die Begebenheiten des Westens bei Einzelnen Sympathieen gefunden, die geheimen Gesellschaften, welche wahrscheinlich schon damals bestanden, ermuthigt haben, wie aber die maßgebenden Kreise, wie vor Allem der Zar Nikolaus selbst die Ereignisse auffaßten, zeigt ein am 14./26. März erlassener Ukas, in welchem die Ausbreitung der Revolution durch ganz Europa mitgetheilt und verdammt und der feste Wille des Zaren ausgesprochen wurde, unter dem Beistande Gottes und mit Hülfe des getreuen Volkes die Bewegung von den Grenzen Rußlands fernzuhalten.

Schon früher hatte ein anderer Ukas die Aufstellung von Truppen befohlen. „Die Bande der Freundschaft", hieß es darin, „und die Beziehungen, welche Rußland mit den Nachbarstaaten verbinden, legen Uns die heilige Pflicht auf, bei Zeiten Maßregeln zu ergreifen, um einen Theil Unserer Armee auf den Kriegsfuß zu setzen, damit, wenn die Ereignisse es erheischen, Wir dem verderblichen Strome der Anarchie einen hartnäckigen Widerstand entgegenzusetzen vermögen."

Wir sind am Ende unserer Darstellung angelangt. Noch nie, soweit die Erinnerung der Weltgeschichte zurückreicht, hat ein Ereigniß so gleichmäßig und überraschend schnell die sämmtlichen europäischen Staaten erschüttert als jener Frühlingssturm, der von den Pariser Barrikaden aus den ganzen Kontinent durchzog, überall die Schranken der alten Ordnung niederwerfend und zertrümmernd. Es ist das Bild eines wilden Chaos, welches das Europa des Frühjahrs 1848 uns bietet, und fast scheint es unmöglich, daß sich aus diesem sinnverwirrenden Durcheinander je wieder geordnete Zustände zu entwickeln vermögen. Nur das Eine ist jetzt schon gewiß, daß mit dem Frühjahr 1848 ein neuer Abschnitt in der Entwickelung des Volkslebens beginnt. Mochten die Einzelereignisse der sturmbewegten Zeit noch so unklar und verworren, die Einzelbestrebungen noch so maß- und ziellos sein, der Geist, welcher aus dieser gemeinsamen Bewegung der europäischen Völker spricht, der Drang nach Einheit und Freiheit, ist nicht zu verkennen und drückt der neuen mit den Revolutionsstürmen von 1848 beginnenden Geschichtsepoche seinen Stempel auf.





Uebersicht der Litteratur.

Johannes Scherr, 1848—1851, 2 Theile in 3 Bänden, Leipzig, 1868 f.

Mühlfeld, Aus dem tollen Jahr, Bremen, 1873.

Adolph Karl (Streckfuß), Die Staatsumwälzungen der Jahre 1847 und 1848, Berlin, 1849, 3 Bände.

Würth, Album der Geschichte des Jahres 1848, 2 Bände, 2. Auflage, Düsseldorf, 1850.

G. Schlosser, Die Revolution von 1848, Gütersloh, 1883.

Stern, Geschichte des deutschen Volkes in den Jahren 1848 und 1849, Berlin, 1850.

Schütte, Europäische Chronik der wichtigsten Ereignisse des Jahres 1848, Breslau, 1849.

Hase, Geschichte der neuesten Zeit, Jena, 1847.

Wolff, Chronistische Geschichte aller merkwürdigen Ereignisse in den Jahren 1848 und 1849, 2 Bände, München, 1850.

Salice-Contessa, Die Ereignisse von 1848 und 1849, Posen, 1850.

Arnd, Geschichte der letzten vierzig Jahre, 2 Bände, Berlin, 1844/45.

Deutschlands Konstitutionen, Rinteln, 1833.

Klüber, herausgegeben von Welcker, Wichtige Urkunden für den Rechtszustand der deutschen Nation, Mannheim, 1844.

Becker, Die Reaktion in Deutschland, 3. Auflage, Braunschweig, 1873.

Garnier-Pagès, Histoire de la révolution de 1848, 10 vol., Paris, 1861 sq.

L. Blanc, Histoire de la révolution de 1848, 2 vol., Paris, 1870.

Proudhon, Les confessions d'un révolutionnaire, Paris, 1850.

Guizot, Mémoires, 8 vol., Paris, 1858.

Lamartine, Histoire de la révolution de 1848 et 1849, 2 vol., Paris, 1849.

— Trois mois au pouvoir, Paris, 1848.

De la Gorze, Histoire de la seconde république, 2 vol., Paris, 1887.

L. Blanc, Histoire de dix ans, 5 vol., Paris, 1841 sq.

Darstellung der Ereignisse am 9., 10. und 11. Februar in München, München, 1848.
Pfaff, Das Trauerspiel in Kurhessen, Braunschweig, 1851.
Pressel, Die letzten politischen Ereignisse in der Stadt Hanau, Hanau, 1848.
Bekk, Die Bewegung in Baden, Mannheim, 1850.
v. Andlaw, Der Aufruhr und Umsturz in Baden, 4 Abtheil., Freiburg, 1850.
Häusser, Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution, Heidelberg, 1851.
Das Gefecht bei Kandern. Nach offiziellen Aktenstücken, Karlsruhe, 1848.
Hecker, Die Erhebung des Volkes in Baden, mit Berichten von Mögling, Sigel und Kaiser, Basel, 1848.
Struve, Geschichte der drei Volkserhebungen in Baden, Bern, 1849.
v. Corvin, Die erste Expedition der deutschen republikanischen Legion, Arnstadt, 1849.
Die Jahrgänge 1848 der:
Kölnischen Zeitung,
Augsburger Allgemeinen Zeitung,
Vossischen Zeitung,
des Frankfurter Journals,
der Heidelberger deutschen Zeitung.
Ditscheiner, Der Wiener Freiheitskampf, 2. Auflage, Leipzig, 1848.
Violand, Soziale Geschichte der Revolution in Oesterreich, Leipzig, 1850.
v. Radowitz, Gespräche aus der Gegenwart, 4. Aufl., Stuttgart, 1851.
— Neue Gespräche aus der Gegenwart, 2. Aufl., Erfurt und Leipzig, 1851.
Signatura temporis, Berlin, 1848.
Wider die signatura temporis, Berlin, 1849.
Stahr, Die preußische Revolution, 2 Bände, Oldenburg, 1850.
Steinmann, Geschichte der Revolution in Preußen, Berlin, 1849.
Gervinus, Die preußische Verfassung, Mannheim, 1847.
Sitzungsprotokolle des I. Vereinigten Landtags, Berlin, 1847.
Rang- und Quartierliste der kgl. preußischen Armee für das Jahr 1849.
Held, Censuriana, Kassel, 1844.
v. Corvin, Aus dem Leben eines Volkskämpfers, 4 Theile, Amsterdam, 1861.
Mysterien der Berliner Demokratie, Leipzig, 1849.
Verhandlungen des Vereinigten ständischen Ausschusses, zusammengestellt von Bleich, 4 Bände, Berlin, 1848.
Reden ꝛc. Sr. Majestät des Königs Friedrich Wilhelm IV., Berlin, 1851.
Rellstab, Zwei Gespräche mit Sr. Majestät dem Könige Friedrich Wilhelm IV., Berlin, 1849.
Die Berliner Märztage, vom militärischen Standpunkte aus geschildert, Berlin, 1850.
Bemerkungen des Grafen Arnim-Boytzenburg zu der Schrift: Die Berliner Märztage, Berlin, 1850.

Graf Lüttichau, Erinnerungen aus dem Straßenkampfe, 2. Auflage, Berlin, 1849.
Das 1. Garde-Regiment zu Fuß während der Märztage des Jahres 1848. 11. Heft des „Soldatenfreundes“ von 1850.
Die Berliner März-Revolution, 4. Auflage, Berlin, 1848.
Forsberg, Die neueſten Ereigniſſe Berlins, Berlin, 1848.
Laube, Das erſte deutſche Parlament, 3 Bände, Leipzig, 1849.
Reichensperger, Erinnerungen eines alten Parlamentariers, Berlin, 1882.
Meyer, Deutſche Parlamentschronik, I. Theil, Hildburghauſen, 1848.
Walter (Rogge), Parlamentariſche Größen, 2 Bände, Berlin, 1851.
Denkſchrift über die Ereigniſſe im Großherzogthum Poſen. Aus den Akten des Miniſteriums des Innern, J.
v. Olberg, Beleuchtung der von dem polniſchen Inſurgentenführer L. von Mieroslawski eingereichten Denkſchrift, Poſen, 1848.
Die Verhältniſſe der Polen im Großherzogthum Poſen im Jahr 1848, Berlin, 1848.
L. v. J., Die polniſche Inſurrektion in Poſen im Jahre 1848, Glogau, 1849.
v. Voigts-Rheetz, Denkſchrift über die politiſche Stellung der Provinz Poſen zur preußiſchen Monarchie, Berlin, 1849.
v. Williſen, Akten und Bemerkungen über meine Sendung nach dem Großherzogthum Poſen, Berlin, 1849.
v. Voigts-Rheetz, Aktenmäßige Darſtellung der polniſchen Inſurrektion im Jahre 1848, Poſen, 1848.
v. Williſen, Offener Brief an den Major von Voigts-Rheetz, Berlin, 1848.
v. Voigts-Rheetz, Antwort auf den offenen Brief des Herrn Generalmajor von Williſen, Berlin, 1848.
Senſt, Der Generalſtabsmajor von Voigts-Rheetz über den polniſchen Aufſtand im Jahre 1848.
Crouſaz, Kurze Darſtellung der preuß. Kriegsoperationen, Breslau, 1852.
Streckfuß, Die Feldzüge in Schleswig-Holſtein, Berlin, 1850.
Bunge, Die Erhebung Schleswig-Holſteins am 24. März 1848, Altona, 1873.
Fock, Schleswig-holſteiniſche Erinnerungen, Leipzig, 1863.
Die kriegeriſchen Ereigniſſe in Italien in den Jahren 1848 und 1849, Zürich, 1850.
v. Williſen, Der italieniſche Feldzug des Jahres 1848, Berlin, 1849.
Soria, Histoire générale de l'Italie de 1846 à 1850, 2 vol., Paris, 1859.
Herzen, Briefe aus Italien und Frankreich, Hamburg, 1850.
Bericht des k. k. öſterreichiſchen Generalſtabes über den Feldzug von 1848, Wien, 1850.

Außer den vorſtehenden Werken liefern die Flugſchriften, Plakate, Tageblätter und Aehnliches ein reiches Material. Doch iſt die Anzahl dieſer Publikationen eine zu große und ihr Gehalt ein zu verſchiedener, als daß es möglich erſcheint, dieſelben ſämmtlich einzeln anzuführen.

C. F. Winter'sche Buchdruckerei.

Die Revolutionen der Jahre 1848 und 1849
in Europa,
geschichtlich dargestellt von Rudolph Stratz.
Zweiter Theil.

Die

Revolutionsereignisse

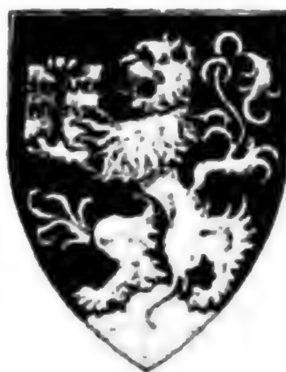
des

Sommers 1848

geschichtlich dargestellt

von

Rudolph Stratz.



Heidelberg.
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.
1891.

Die Revolutionen der Jahre 1848 und 1849 in Europa,

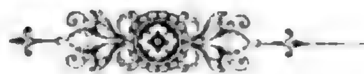
geschichtlich dargestellt

von

Rudolph Stratz.

Zweiter Theil:

Die Revolutionsereignisse des Sommers 1848.



Heidelberg.
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.
1891.

Die

Revolutionsereignisse

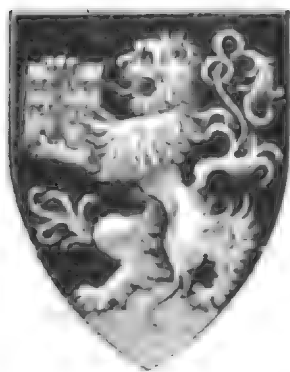
des

Sommers 1848,

geschichtlich dargestellt

von

Rudolph Stratz.



Heidelberg.
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.
1891.

Vorwort.

Der vorliegende II. Theil der Revolutionsgeschichte Europas in den Jahren 1848 und 1849 schließt sich eng an den bereits erschienenen I. Theil „Die Februar-Revolution und ihre nächsten Folgen“ an und will ebenso wie dieser ein durchaus objectives, mit Benutzung eines reichen und zuverlässigen Quellenmaterials entworfenes Bild jener unter den Ereignissen des heutigen Staatslebens immer mehr in die Vergessenheit sinkenden Geschichtsepoche geben. Eine Bezugnahme auf die politischen Zustände der Gegenwart ist, soweit irgend thunlich, vermieden.

Berlin, im November 1890.

Der Verfasser.

Digitized by Google

Inhalt.

I. Abschnitt: **Der Bürgerkrieg im Königreich Neapel.**

Seite

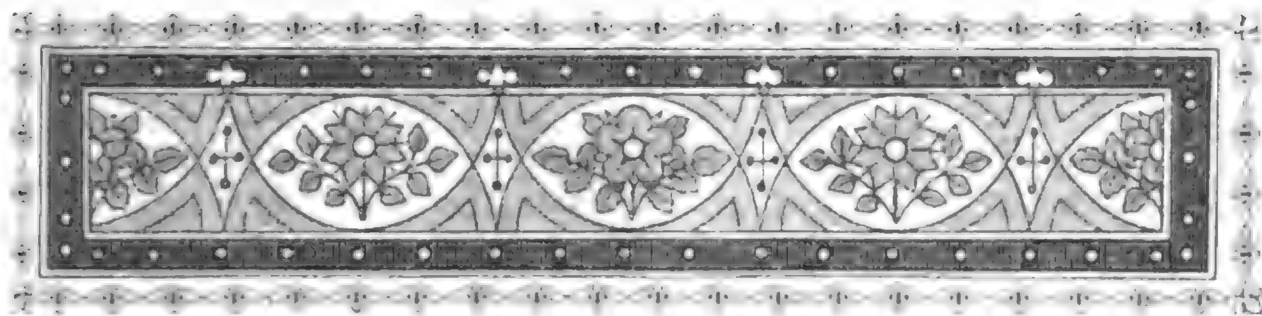
Neapels Vergangenheit. — Ferdinand II., seine Rathgeber und Feinde. — Das Jahr 1847. — Gefahrdrohende Anzeigen. — Sicilianischer Aufstand am 12. Januar 1848. — Blutiger Kampf um Palermo. — Concessionen der Regierung. — Wiederbeginn des Kampfes. — Rückzug der Truppen. — Erhebung ganz Siciliens. — Unruhen in Neapel. — Verleihung einer Verfassung. — Pöbelexcesse. — Unversöhnlichkeit der Sicilianer. — Englische Vermittelungsversuche. — Die Wahlen. — Eröffnung des Parlaments. — Der Aufstand des 15. Mai. — Blutige Niederwerfung des Aufruhrs. — Befestigung der Regierung. — Kampf gegen Sicilien. — Erstürmung Messinas. — Waffenstillstand . 1

II. Abschnitt: **Die französische Republik.**

1. **Die provisorische Regierung.** — Flucht Louis Philipps und seiner Angehörigen. — Die neue Regierung. — Der 25. Februar. — Mobilgarde und Bürgerwehr. — Die Arbeiterfrage. — Der 26. Februar. — Die Nationalwerkstätten. — Abschaffung der Todesstrafe. — Versöhnungsfest am 27. Februar. — Louis Napoleon. — Die Arbeitercommission. — Das Ausland. — Die Finanzen. — Die Klubs. — Unruhen am 16. und 17. März. — Der 16. April. — Mißerfolg der Umsturzpartei. — Versöhnungsfest 29

2. **Die Nationalversammlung.** — Ausfall der Wahlen. — Lamartine. — Eröffnung des Parlaments. — Die Executivcommission. — Der 15. Mai. — Ueberrumpelung des Parlaments durch die Socialisten. — Sieg der Regierung. — Wachsende Rathlosigkeit gegenüber den Nationalwerkstätten. — Mißvergnügen der Arbeiter. — Entfernung des Directors Thomas. — Erwachen des Bonapartismus. — Louis Napoleon viermal in die Nationalversammlung gewählt. — Schreiben des Prätendenten. Entschluß, die Nationalwerkstätten aufzuheben. — Decret des 23. Juni. 52

3. **Die Junischlacht.** — Wachsende Erregung. — Ausbruch des Aufruhrs. — Bestürzung der Regierung. — Cavaignac. — Kampf



I. Abschnitt:

Der Bürgerkrieg im Königreich Neapel.

Als am 8. November 1830 Ferdinand II. seinem Vater Franz auf dem Throne des Königreiches Neapel gefolgt war, hatte das durch jahrhundertelangen Despotismus gedrückte Volk seinen Regierungsantritt mit jenen überschwänglichen Hoffnungen begrüßt, welche gewöhnlich einen Wechsel der Herrschaft zu begleiten pflegen. Der Zustand des reichen Landes war ein trauriger, Handel und Gewerbe lagen darnieder, die Finanzen befanden sich in völliger Zerrüttung, die Leitung des Staates stand unter dem Einfluß der Jesuiten und war größtentheils den Händen des verkommenen Adels anvertraut, die Bevölkerung selbst in ihren breitesten Schichten von dem Geheimbunde der Carbonari durchwühlt, mißvergnügt und jeden Augenblick zu Aufständen bereit. Schon einmal hatte die Revolution von 1820 einen völligen Sieg über das Königthum davongetragen und den damaligen Herrscher Ferdinand I. zur Verleihung einer Constitution nach dem Muster der spanischen Cortes von 1812 gezwungen, und wenn auch die absolutistisch gesinnten Großmächte auf dem Congreß zu Laibach das Freiheitswerk hintertrieben und durch Oesterreichs Truppen 1821 den früheren Zustand wiederhergestellt hatten, so blieb doch die Erinnerung an die Erhebung lebendig und äußerte sich sowohl in den Auf-

standsversuchen, welche in den nächsten Jahren losbrachen, als auch besonders in dem erbitterten Kleinkrieg, welchen die in den Gebirgen umherziehenden Räuber- und Freischärlerbanden mit den Gendarmen führten.

Die ersten Schritte des neuen Herrschers schienen darauf hinzuweisen, daß er ernstlich zu einer Ordnung des zerrütteten Staatswesens entschlossen sei. Es geschah viel, um die materielle Lage des Volkes zu heben, auch eine Amnestie wurde erlassen und das Ministerium gewechselt, gleichzeitig aber gewannen die Jesuiten einen steigenden Einfluß — wie denn der König seinen eigenen Bruder, den Grafen Trapani, der Gesellschaft Jesu zur Erziehung anvertraute —, die Censur wurde verschärft und das System des Absolutismus noch mehr befestigt. Am 13. September 1834 erließ der Staatsrath ein Circular, welches offen aussprach, daß der König entschlossen sei, die überlieferten monarchischen Institutionen aufrecht zu erhalten, und Ferdinand selbst erklärte, er habe nie die Absicht gehabt, an der Form der Regierung etwas zu ändern, da sie die einzige sei, die sich mit der Ruhe und der Wohlfahrt seiner Völker vertrage.

Die Unzufriedenheit wuchs in Folge dessen immer mehr, zumal seit nach dem Tode der beim Volke beliebten Königin Marie Christine, welche am 31. Januar 1836 im Kindbett gestorben war, Ferdinand sich offener an Oesterreich anschloß und im nächsten Jahre mit einer österreichischen Prinzessin wieder vermählte. Die Cholera, welche in diesen Jahren Sicilien durchzog und furchtbare Verheerungen anrichtete[1], erzeugte bei dem unwissenden Volke eine grenzenlose Furcht und Aufregung. Gerüchte über die Vergiftung der Brunnen und des Brotes gingen um, Mordthaten, Aufruhr, blutige Kämpfe zwischen den einzelnen Ortschaften fielen vor, ein Zustand vollkommener Anarchie breitete sich über die Insel aus. Die Regierung entsandte eine bedeutende Truppenmacht aus Neapel und bald hatten die deutschen Schweizerregimenter die Bewegung unterdrückt. Der Polizeiminister del Carretto, ein Mann

[1] In Palermo allein starben innerhalb 6 Wochen 26000 Menschen, einmal an einem Tage 1800; in Catania wurde ein Sechstel der Bevölkerung von der Seuche hinweggerafft.

voll Energie und Grausamkeit, welcher ebenfalls nach Sicilien geschickt worden war, stellte durch zahlreiche Hinrichtungen und ähnliche Maßregeln die Ruhe wieder her. In Folge dieser Ereignisse wurde am 31. October 1837 Sicilien seiner bisherigen selbständigen Verwaltung beraubt und für eine Provinz Neapels erklärt, zugleich aber auch wieder zahlreiche Reformen im Justiz- und Steuerwesen eingeführt.

Im nächsten Jahre kam es wegen des sog. Schwefelvertrages, welchen die sicilianische Regierung mit einer französischen Compagnie abschloß, zu einer Blockade der Insel durch eine Flotte, welche das in seinen Rechten geschädigte England abgeschickt hatte. Durch diesen Streit, welcher erst 1840 seine Erledigung fand, war Handel und Gewerbe schwer geschädigt worden. Die Räuberbanden vermehrten sich, die geheimen Gesellschaften, namentlich das „junge Italien", welches jetzt vielfach an Stelle der Carbonaria trat, nahmen einen neuen Aufschwung. Von den zahlreichen, nun folgenden Verschwörungen und Aufstandsversuchen ist am bekanntesten das Unternehmen der Brüder Bandiera und Domenico Miros geworden. Durch Verrath wurden die drei Patrioten, sämmtlich venetianische Seeoffiziere, bei der Landung an der Küste von Calabrien verhaftet und mit ihren 16 Begleitern hingerichtet.

In den nächsten Jahren gewann die Bewegung an dem Auftreten Pius IX. einen mächtigen Halt. Der liberal gesinnte Papst wurde auch hier der Gegenstand höchster Begeisterung und Verehrung, obwohl alle Kundgebungen zu Gunsten desselben, selbst der Verkauf seines Bildes von der Polizei verboten waren, und man kaum wagte, öffentlich den Namen Pius IX. zu nennen. Das Ansehen des Königs hingegen war immer mehr geschwunden und von der Beliebtheit, deren er sich zu Beginn der dreißiger Jahre erfreut, keine Spur mehr vorhanden. Ferdinand II. war von Natur weder despotisch noch grausam angelegt; er zeigte Liebe zu seinen Unterthanen und das ernstliche Bestreben, das materielle Wohl derselben zu heben, wie denn auch in dieser Hinsicht viel während seiner Regierung geschehen ist. Allein hartnäckig, beschränkt und bigott, wie er war, gerieth er im Laufe der Jahre gänzlich in die Hände

derjenigen Partei, deren zersetzendem Einfluß noch kein Staat widerstanden, in die Hände der Jesuiten und ihres Anhangs. Der Beichtvater Cocle, der Polizeiminister del Carretto und der Minister des Innern, Sant'Angelo übten eine unumschränkte Gewalt über den König aus und verleiteten ihn zu jenen Schritten, deren Folgen ihm den Ruf eines hartherzigen Tyrannen eingetragen haben.

Um die Mitte des Jahres 1847 war die Lage Neapels bereits eine äußerst gespannte geworden. Die geheimen Gesellschaften entfalteten eine fieberhafte Thätigkeit, eines ihrer Flugblätter: «Protesta del popolo del regno delle Due Sicilie» von Settembrini wurde in Tausenden von Exemplaren verbreitet und fand seinen Weg bis in die Gemächer des Königs. In Palermo wurde eine große Militärverschwörung entdeckt; in Messina und namentlich in Reggio kam es zu blutigen Tumulten. In letzterer Stadt mußte sich die nur 18 Mann starke Besatzung nach dem Tode ihrers Führers zurückziehen und 24 Stunden hindurch flatterte die schwarz-roth-grüne Fahne des Aufruhrs über der Stadt. Weitere Erhebungen folgten in Catania, Cosenza und an anderen Orten.

Besonders aber begann der Bandenkrieg im Gebirge eine gefahrdrohende Ausdehnung zu gewinnen. Während des Septembers wüthete ein blutiger Guerilla in den Abruzzen, wo die Generale Statella und Amicianta gegen die Bandenführer Giovanni Andrea und Domenico Romeo, zwei Brüder, fochten, und ebenso in den sicilianischen Bergen, in denen der Marschall Landi die Insurgenten verfolgte. Das Standrecht wurde über die aufrührerischen Gegenden verhängt, hohe Preise auf die Köpfe der Bandenführer gesetzt und eine starke Truppenmacht aufgeboten. In der That gelang es, des Aufruhrs Herr zu werden, Domenico Romeo fiel im Kampfe, sein Bruder wurde gefangen genommen und mit vielen anderen zu lebenslänglicher Galeerenstrafe verurtheilt, die meisten Banden lösten sich auf, ihre Mitglieder flüchteten, wurden hingerichtet oder füllten die Kerker Neapels. Es scheint, daß die englische Regierung die Bewegung in beiden Sicilien moralisch unterstützt hat, ja, es sollen sogar zwei britische und ein deutscher Offizier die Kämpfe

der Insurgenten in Calabrien geleitet haben. Rußland dagegen ermahnte, im Bunde mit Preußen und Oesterreich, die Regierung wiederholt, nicht nachzugeben. Der Gesandte Graf Chreptowitsch, welcher um diese Zeit in Neapel eintraf, brachte darauf bezügliche Rathschläge des Zaren Nikolaus mit. Frankreich war ebenso wie England einem gemäßigten Fortschritte in Italien zugethan. Doch hinderte die zwischen beiden Staaten bestehende Verstimmung die Gesandten, Lord Minto und Graf Bresson, gemeinschaftlich zu handeln.

Immerhin schien jedoch die neapolitanische Regierung zu einigen Concessionen entschlossen. Der verhaßte Minister Sant' Angelo wurde verabschiedet und ein gemäßigter Mann, Signor Parisi, mit seinem Amte betraut, der wohlwollende Herzog di Serra Capriola, bisher Gesandter zu Paris, sollte an Stelle des Herzogs von Majo als Statthalter nach Sicilien gehen, und eine theilweise Amnestie wurde erlassen. Nichtsdestoweniger brach in der Hauptstadt Neapels selbst in der Nacht des 14. December ein Aufruhr los, welcher vom Militär blutig unterdrückt wurde. Neue umfassende Verhaftungen fanden in Folge dessen statt, die sich bis in die höchsten Kreise erstreckten. So wurde ein Sohn des Herzogs Teodoro, vier andere Fürsten und zahlreiche Edelleute in das Gefängniß geworfen. Obwohl die Gährung unaufhörlich wuchs, schien der König, unterstützt von seiner zweiten Gemahlin und dem Beichtvater, nunmehr wieder entschlossen, sich nach wie vor den Wünschen seiner Unterthanen zu verschließen und verbannte einen seiner Brüder, den Grafen von Syrakus, der sich mit dem Prinzen von Salerno, Ferdinands Onkel, bei ihm für Reformen verwandt hatte, vom Hofe. Die Universität wurde geschlossen, sämmtliche Studenten, 6000 an der Zahl, mußten Neapel verlassen, eine wahrhaft unsinnige Maßregel, da gerade dadurch der Geist der Revolution bis in die entferntesten Punkte des Königreichs verbreitet wurde. Unter unheimlicher Spannung ging das Jahr 1847 zu Ende.

In Sicilien hatten sich die Dinge bereits derart gestaltet, daß der Ausbruch der Revolution nur noch als eine Frage der Zeit betrachtet werden konnte. Vergebens verschärfte der Commandant Palermos, General Viale, seine Maßregeln. Als er

versuchte, die Agitatoren sämmtlich festzunehmen, meldeten sich viele Tausende von Sicilianern, darunter mehrere Herzöge und Fürsten, freiwillig als Schuldige. Die Häupter der Bewegung hatten sich dahin geeinigt, bis zum 12. Januar 1848, dem Namenstage des Königs, ruhig warten zu wollen. Brachte auch dieser Tag nicht die erhofften Reformen, vor Allem die Gewährung einer Verfassung, so sollte gleichzeitig auf allen Punkten der Aufstand beginnen. In kurzer Zeit war diese Verabredung ein offenes Geheimniß geworden; die Behörden wie das Volk sahen mit fieberhafter Spannung dem verhängnißvollen 12. entgegen. Proklamationen, welche trotz der Wachsamkeit der Polizei an allen Straßenecken erschienen, sorgten dafür, daß Keinem die Bedeutung des Tages verborgen bleiben konnte.

Schon seit dem Anfang des Januar gab es in Messina Tag für Tag Zusammenstöße zwischen Polizei und Volk; besonders blutig war der 6. Januar, an welchem in Folge der Versetzung des beliebten Staatsprokurators Vignali große Tumulte stattfanden. In Palermo verdoppelte die Polizei ihre Thätigkeit und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Unter Anderen nahm man den Herzog von Villarosa, die Professoren Ferrara und Amari und den Grafen Aceto fest. Das Haus des englischen Consuls, in welchem sich der Graf befand, wurde von den Polizisten förmlich erstürmt und sogar das daran befindliche englische Wappen zertrümmert.

So brach der 12. Januar an. Während Kanonendonner den Geburtstag des Königs verkündete, wälzten sich vom frühen Morgen ab große, zum Theil bewaffnete Menschenmassen unter dem Rufe: „es lebe die Constitution!“ durch die Straßen von Palermo. Die etwa fünftausend Mann starke Garnison stand unter Waffen und versuchte gegen Mittag die Zusammenrottungen zu zerstreuen. Vor dem Palaste des Intendanten floß das erste Blut, indem das Volk sich hier auf die anreitenden Kavallerieabtheilungen stürzte und dieselben zurückschlug. Rasch entwickelte sich jetzt das gewohnte Bild eines Aufruhrs, Barrikaden wuchsen aus dem Boden, die Gefängnisse wurden erbrochen und die politischen Gefangenen befreit, der Straßenkampf nahm seinen Anfang.

Bald zeigte sich, daß das Volk, welches sich seit Wochen auf den Aufstand vorbereitet, namentlich mit Waffen versehen hatte und mit großer Tapferkeit focht, den Truppen überlegen war. Das Militär mußte die Straßen und theilweise die Stadt verlassen und sich in die festen Punkte, das königliche Schloß, das Fort Castellamare, die Kaserne des Molo und das daran gelegene Gefängniß, den Finanzpalast zurückziehen.

Selbstredend hatte man eiligst nach Neapel um Hülfe geschickt und schon am 14. ließ Ferdinand auf 9 großen Dampfschiffen seine sieben Jägerbataillone, das 8. Infanterie-Regiment und das Pioniercorps, zusammen 5—6000 Mann, nach Sicilien abgehen. General Désauget befehligte das Corps; ein Bruder des Königs, Graf Aquila, nahm an der Expedition Theil. Am 16. trafen diese Truppen vor Palermo ein, wo inzwischen die Kämpfe ihren Fortgang genommen hatten. Da den Soldaten die Niederwerfung des Aufruhrs nicht gelungen war, versuchten die neapolitanischen Offiziere durch das Geschütz zu wirken. Von der Nacht des 13. ab ließ Oberst Groß, der Commandant des Forts Castellamare, die Stadt mit Bomben bewerfen, doch ohne sonderlichen Erfolg. Die Sicilianer waren auf ihrer Hut; sie hatten die Straßen dick mit Sand bedeckt, in welchem die Geschosse wirkungslos krepirten, und oft kam es vor, daß sich Männer und Knaben, selbst Frauen, auf die eben niedergefallenen Bomben warfen, um ihnen den glimmenden Zünder herauszureißen und sie dadurch unschädlich zu machen. „Palermo bot an jenen Tagen einen ganz eigenthümlichen Anblick dar. Der größte Theil der Stadt besteht aus einem Netz sich oft in spitzen Winkeln durchschneidender enger und krummer Straßen, und in diesen wogte fortwährend eine ungeheuere Menge von Menschen auf und nieder, von denen ein großer Theil unbewaffnet war. An vielen Punkten der Stadt waren alle Läden geöffnet, wie im tiefsten Frieden. Die Lebensmittel und Früchte wurden feilgeboten wie immer, und Käufer und Verkäufer stritten sich in der gewöhnlichen Weise, während nicht fern von ihnen Gewehr- und Geschützsalven donnerten, während die lange Toledostraße, welche die Stadt bis zum Hafen hin in zwei Theile theilt, vom Schlosse herab fortwährend mit Kar-

tätschen befeuert wurde. Je näher man dem Kampfplatz kam, um so mehr veränderten sich auch die Scenen; man mußte über Barrikaden steigen, und anstatt der unbewaffneten Leute sah man Männer mit Gewehren über den Schultern, mit Piken und Säbeln versehen, dem Theile der Stadt zueilen, wo man einen Angriff der Truppen erwartete.“

Nachdem es am 14. Januar zu neuen erbitterten Kämpfen am Maquedathor gekommen war, wo das Volk die wiederholten Sturmangriffe des Generals Viale blutig abgewiesen hatte, verwandte sich an diesem Tage der Commandant des im Hafen liegenden englischen Kriegsdampfers „Bulldog“ bei dem Statthalter Herzog von Majo um Einstellung der Feindseligkeiten, allein vergeblich; die Kanonade dauerte auch an diesem und dem folgenden Tage fort. Nunmehr erließ der französische Consul Bresson einen Aufruf an seine Collegen, gemeinsam mit ihm bei dem Herzoge zu unterhandeln; die Consuln Wedekind (Preußen und Hannover), Marscon (Ver. Staaten), Hirzel (Schweiz), Musso (Sardinien), Fiamingo (Rußland) schlossen sich ihm an, während die Vertreter Oesterreichs und Englands sich zwar fernhielten, allein ihre Uebereinstimmung mit den Schritten der Amtsgenossen zu erkennen gaben. Nach langen Unterhandlungen bewilligte der Herzog von Majo einen 24-stündigen Waffenstillstand, welchen Bresson dazu benutzte, um die in Palermo ansässigen Franzosen auf einen amerikanischen Dreimaster in Sicherheit zu bringen. Die Engländer hatten die Stadt schon früher verlassen.

Von Seiten der Aufständischen war während dieser Vorfälle eine provisorische Regierung eingesetzt worden, welche in mehrere Comités zerfiel. Das erste derselben, das der Stadtvertheidigung wurde von dem Fürsten Pantellaria geleitet, die Finanzen überwachte der Graf Rudini, die Verproviantirung der Graf Spedaletto; die Staatsgeschäfte erledigte der greise Marschall Settimo, welchem der Advokat Stabila, der Kaufmann Scaglia und Andere zur Seite standen. Der Sitz sämmtlicher Ausschüsse war der in der Mitte der Stadt gelegene Senatspalast. Eine Reihe von Proklamationen wurde von ihnen erlassen, welche namentlich Belobigungen besonders tapferer Volkskämpfer, so

des Dichters Castiglia und namentlich eines gewissen Scordato, sowie Aufforderungen zu Geldsammlungen enthielten[1].

Die Bemühungen der Consuln hatten keinen Erfolg; der Kampf begann auf das Neue und führte in den nächsten Tagen zu heftigen Zusammenstößen, besonders als die Truppen sich vom Molo aus mit dem Palaste in Verbindung zu setzen versuchten. Bald zeigte es sich, daß die Truppenverstärkung, welche jetzt eingetroffen war, nur den einen Erfolg erreichte, daß die vorhandenen Proviantvorräthe des Militärs doppelt so schnell verbraucht wurden. Auf den Straßen wußte man die Soldaten nicht zu verwenden, so daß dieselben in beinahe völliger Unthätigkeit die Forts und Kasernen erfüllten. Auch das Bombardement that wenig Schaden; es scheint, daß General Désauget in gewissem Sinne mit den Aufständischen sympathisirte und sich davor scheute, die äußersten Mittel anzuwenden. Wenigstens untersagte er dem energischen Oberst Groß, einem Schweizer, weiterhin von Castellamare aus die Stadt zu beschießen und ließ sich bald in Unterhandlungen ein.

Zu diesen letzteren war von Seiten der Aufständischen der Marchese Spedaletto bestimmt worden. Der siegreiche Kampf der letzten Tage, in welchem einmüthig sich alle Stände der Bevölkerung vom Herzog und Grafen bis zum Bettelmönch und Fischer für die Befreiung ihres Vaterlandes erhoben, hatte das Selbstgefühl der Sicilianer mächtig gestärkt. Von den Bedingungen, welche die fremden Consuln vorgeschlagen, wollten sie nichts wissen und erweiterten ihre Forderungen dahin, daß sie die Herstellung der alten sicilianischen Verfassung und die Einberufung eines sicilianischen Parlaments in Palermo verlangten. Der Herzog von Majo jedoch glaubte darauf nicht eingehen zu können und entsandte am 19. ein Schiff seines Geschwaders nach Neapel, um die Wünsche der Insurgenten der

---

[1] Die ersten Gelder, 2248 Unzen, waren von 40 Subscribenten vorgeschossen worden, unter welchen sich merkwürdigerweise auch die Jesuiten Palermos befanden. Als in der Nacht des 17. das städtische Leihhaus in Flammen aufging, wurden in wenigen Augenblicken 25000 Franken für die Geschädigten gesammelt.

persönlichen Entscheidung des Königs zu unterbreiten, während zugleich die Consuln eine Verwahrung erließen.

Schon am 17. jedoch war Graf Aquila nach Neapel zurückgekehrt, und was er dort seinem Bruder über die Lage der Dinge in Palermo berichtete, machte auf den Letzteren einen tiefen Eindruck. Bereits am nächsten Tage erschienen 4 Dekrete, welche die Gewährung umfassender Reformen für Sicilien enthielten. Der Wirkungskreis der im Jahre 1824 errichteten Consulta für Neapel und Sicilien, einer Art berathender Ständekammer, wurde erweitert, die Trennung Neapels und Siciliens in Betreff des Justizwesens und — was den Geburtsort der Beamten anbetraf — auch der Verwaltung wurde ausgesprochen, je ein außerordentlicher Rathgeber aus Neapel und Palermo an die Seite des Königs berufen, endlich Graf Aquila zum Generallieutenant von Sicilien ernannt und mit einem eigenen Ministerium umgeben. Ein weiteres Dekret vom 19. milderte den bisherigen Preßzwang.

Wenige Wochen früher hätten diese Concessionen hingereicht, um einen wahren Sturm der Begeisterung bei dem heißblütigen Volke zu entfachen, jetzt aber trat das verhängnißvolle: zu spät — wie so oft in diesem Jahre — in sein Recht. Als am 20. die Dekrete in Palermo eintrafen, wurden sie vom Volke mit Hohn aufgenommen und in einem am nächsten Tage von Spedaletto veröffentlichten Manifeste formell abgelehnt. Die bisherigen Comités schlossen sich zu einer Regierungsjunta zusammen, welche in zwei Abtheilungen für das Vertheidigungswesen und die Verwaltung zerfiel, und wiesen die abermals von Désauget gemachten Friedensvorschläge zurück; ja der Entwurf eines königlichen Amnestiedekrets, welchen der General übersandte, wurde öffentlich verbrannt und das Einzige, wozu sich die Insurgenten verstanden, war die Lieferung von Lebensmitteln an die unter der Obhut der Truppen stehenden Criminalgefangenen.

Der Kampf begann nunmehr mit erneuter Erbitterung. Besonders heiß ging es am 22. an dem Novizziatokloster und dem Finanzpalaste her; das Volk verdoppelte seine Anstrengungen und gewann immer mehr Boden, während die Kraft der Truppen sichtlich erlahmte. Nach einem erbitterten Gefechte,

während dessen die Stadt von Neuem beschossen wurde, stürmten die Insurgenten das königliche Palais und die Bank, in welchen letzteren sie zwei Millionen Dukaten erbeuteten. Ein Punkt nach dem anderen fiel in ihre Hände; der Herzog von Majo suchte bei Désauget Schutz, und General Viale schiffte sich ein. In einem traurigen Zustande mußten die letzten Truppen sich am 27. wiederum den Schiffen anvertrauen und die Rückfahrt nach Neapel antreten. Palermo war frei; nur das Fort Castellamare hielt Oberst Groß noch einige Zeit fest, bis er es am 5. Februar auf Befehl des Königs ebenfalls räumen mußte. Tief verstimmt über diesen Rückzug verlangte der 78jährige Berner Kriegsmann in Neapel angekommen seine Entlassung und schlug die ihm angebotene Ordensauszeichnung und Rangerhöhung aus.

Gleichzeitig mit dem Aufstande in Palermo war auch in den übrigen Städten der Insel, in Messina, Catania, Syrakus, Caltanisetta und anderen die Revolution ausgebrochen. Messina war gleichfalls bombardirt worden, wogegen, wie in Palermo, auch hier die fremden Consuln vergeblich protestirt hatten. Auch diese Orte waren, soweit sie noch das Militär besetzt hielt, geräumt worden, und zu Anfang Februar hatte die gesammte Insel ihre Unabhängigkeit errungen. Nur in der Citadelle von Messina hielten sich die neapolitanischen Truppen und beschossen von hier aus die Stadt. In ihrer Siegesfreude versäumten es die Sicilianer, sich dieses wichtigen Punktes zu bemächtigen, ein Umstand, welcher ihnen später verhängnißvoll werden sollte.

In Neapel selbst hatten die Vorgänge in Palermo eine von Tag zu Tag steigende Aufregung hervorgebracht. Der König trug eine erkünstelte Ruhe zur Schau und zeigte sich oft dem Volke, allein schon am 13. entstand, als er das Theater San Carlo besuchte, ein solcher Tumult, daß er sich sofort wieder in sein Palais zurückbegab. Die Dekrete des 18. und 19. blieben hier ebenso wirkungslos wie in Sicilien. Das Volk verlangte mehr und zeigte sich auch durch eine am 24. erlassene Amnestie, welche sämmtliche wegen politischer Ursachen Verurtheilten und Gefangenen befreite, nicht zufriedengestellt. Vom 20. ab verstrich kaum ein Tag ohne Zusammenrottungen und Tumulte,

ohne daß es vorerst noch zu einem wirklichen Aufstand kam. Allein die Haltung der Bürgerschaft, welche während dieser Zeit unausgesetzt durch Deputationen mit dem Könige verhandelte, war eine derartige, daß endlich Ferdinands harter Sinn erweicht wurde. Nachdem am 25. die Genehmigung zur Errichtung einer Bürgergarde ertheilt worden war, durchzogen am 27. Tausende von Menschen, alle mit den italienischen Cocarden geschmückt, unter dem Rufe: „Es lebe der König, es lebe die Constitution!“ die Straßen. Einige junge Leute hatten gegen ein Uhr Mittags das Zeichen zu der Manifestation gegeben[1], ein Vertrauter des Königs, der Herzog von Bovina, stand an der Spitze der Bewegung. Anfangs versuchte Ferdinand nochmals Widerstand zu leisten; er ließ auf dem Fort St. Elmo die rothe Kriegsflagge aufziehen und beauftragte den General Ruberti, von dort aus die Stadt zu beschießen, ein Befehl, welchem der Letztere nicht nachkommen zu wollen erklärte. Es wurden nur einige Alarmschüsse abgegeben. Das Militär war in der Nähe des Schlosses und auf den großen Plätzen zusammengezogen, zeigte aber durchaus keine Neigung, von den Waffen Gebrauch zu machen, sondern verkehrte freundschaftlich mit dem Volke[2], welches sich gegen Abend allmählich zerstreute, jedoch die ganze Nacht hindurch in lebhafter Erregung blieb. Auch der General Statella, der Höchstcommandirende der Truppen, unterhandelte eifrig mit den Demonstranten und versprach ihnen endlich, sich beim Könige für sie zu verwenden.

Als Statella in das Schloß kam, fand er daselbst bereits die Minister und Generale in der Berathung begriffen. Der König ließ sich dazu überreden, seine bisherigen Minister, namentlich del Carretto, zu entlassen und den von Sicilien zurück-

[1] Es geschah dies dadurch, daß zwei junge Calabresen plötzlich einen grünen und einen rothen Sonnenschirm aufspannten, während ein dritter ein weißes Tuch schwang, und so die italienischen Nationalfarben zum Vorschein kamen.

[2] Es kam mehrfach vor, daß das Volk gestürzten Cavalleristen wieder in den Sattel half. Dem General Statella, welcher vom Volke umdrängt die Zügel verlor, wurden dieselben sofort von Herbeitretenden in die Hand gereicht.

gekehrten Herzog von Serra Capriola mit der Bildung eines neuen Cabinets zu betrauen. Ihm sollte Bozzelli, ein Mann, welcher das besondere Vertrauen der Sicilianer zu genießen schien, zur Seite stehen, und auf diese Weise glaubte man den Wünschen der beiden Staaten nachzukommen. Der Herzog nahm den ihm gewordenen Auftrag unter der Bedingung an, daß die sofortige Verleihung einer Constitution erfolge. Der bisher allmächtige Polizeiminister del Carretto wurde noch an demselben Abend durch den General Filangieri verhaftet und unverzüglich über die Grenzen des Landes gebracht[1], der Beichtvater Cocle ergriff gleichfalls die Flucht.

Am nächsten Tage blieb die Stadt verhältnißmäßig ruhig; man erwartete die Concessionen der Regierung. An den Straßenecken klebten Plakate mit den Worten: „Heute ein Tag der Beobachtung — morgen ein Tag des Blutes!" Aus Salerno und zahlreichen anderen Orten traf die Nachricht ein, daß am 29. die Bevölkerung bewaffnet nach der Hauptstadt zu ziehen beabsichtige, um ihren Willen durchzusetzen.

Nun endlich entschloß sich der König völlig nachzugeben. Um 10 Uhr Morgens erschien am 29. folgendes Dekret:

---

[1] Die Art und Weise, in welcher man sich dieses energischen und geistvollen Mannes entledigte, ist im höchsten Maße kennzeichnend für den Charakter Ferdinands. Der König fürchtete seinen bisherigen Rathgeber, welcher in der Armee und Polizei eine außerordentliche Popularität genoß, und wagte nicht, ihn offen zu stürzen. Er ließ daher del Carretto, nachdem er sich den Tag über noch unbefangen mit ihm unterhalten, des Abends durch Filangieri, einen persönlichen Feind des Polizeiministers, nach dem Palaste entbieten. Kaum war Carretto erschienen, als ihn der General verhaften und sofort durch einen geheimen Gang auf das im Hafen liegende Dampfschiff „Nettuno" bringen ließ. Die Bitte des Ministers, noch einmal mit Ferdinand sprechen oder wenigstens sich zu Hause umkleiden zu dürfen, blieb unbeachtet. Der „Nettuno" stach sofort in See. In Livorno, wo er Kohlen einnahm, und ebenso in Genua bedrohte das Volk das Leben des verhaßten Polizeiministers, so daß das Schiff wiederum auslaufen und sich nach Corsica wenden mußte. Die Unbeliebtheit del Carrettos rührte übrigens nicht von seiner politischen Thätigkeit, sondern namentlich von seiner schonungslosen Unterdrückung des Briganten- und Banditenwesens her, dessen Verbindungen, wie die bekannte Maffia in Sicilien, bis in die höchsten Kreise reichten.

„Neapel, 29. Januar 1848.

„Wir Ferdinand II., König beider Sicilien und von Jerusalem, Herzog von Parma und Placentia, erblicher Großprinz von Toscana u. s. w."

„Nachdem Wir den allgemeinen Wunsch Unserer vielgeliebten Unterthanen, der jetzigen Bildung angemessene Bürgschaften und Institutionen zu haben, vernommen, erklären Wir, daß es Unser Wille ist, den Uns offenbarten Wünschen zu entsprechen und eine Constitution zu geben. Wir haben Unseren neuen Staatsminister beauftragt, Uns binnen 10 Tagen einen Entwurf auf folgenden Grundlagen vorzulegen:

„Die gesetzgebende Macht wird ausgeübt durch Uns und durch zwei Kammern, nämlich eine Pairskammer und eine Deputirtenkammer. Die Mitglieder der ersten Kammer werden durch Uns ernannt, die der Deputirtenkammer werden durch Wahlen nach einem bestimmten Census ernannt."

„Die einzig herrschende Staatsreligion ist die römisch-apostolisch-katholische und keine andere wird geduldet."

„Die Person des Königs soll immer unverletzlich und unverantwortlich sein."

„Die Minister des Königs sind für alle Regierungshandlungen verantwortlich."

„Die Land- und Seemacht bleibt immer vom Könige abhängig."

„Die Nationalgarde wird im ganzen Königreich auf eine gleichmäßige, mit der Hauptstadt gleichförmige Weise organisirt."

„Die Presse ist frei und nur einem Repressivgesetz gegen Beleidigungen der Moral, der Religion, des Königs, der königlichen Familie, der fremden Herrscher und der Privatehre und Privatinteressen unterworfen."

„Indem Wir dem Publikum Unsere souveräne und freie Entschließung mittheilen, vertrauen Wir der Gesetzestreue und dem guten Geiste Unserer Völker zur Erhaltung der Ordnung, der Achtung vor dem Gesetz und den bestehenden Behörden."

„Ferdinand."

Der Jubel, welchen diese Bekanntmachung bei der heißblütigen Bevölkerung erregte, war groß. „Kaum waren am 29.

früh die ersten Abdrücke des königl. Dekrets von der Staatszeitungsdruckerei ausgegeben, so begann ein Laufen und Rennen durch alle Quartiere nach dem Schloßplatz, nach der Toledostraße, und schon um 11 Uhr war letztere im eigentlichen Sinn des Wortes vollgepfropft von Fuhrwerken und Fußgängern, die dreifarbigen Cocarden und Fahnen waren auf der Stelle improvisirt, Hunderttausende von Tüchern wehten von den Balkonen und es entstand ein unbeschreibliches Jubiliren und Vivadonner in der ganzen, wohl eine Viertelstunde langen Straße. Die Lebehoch galten dem König, der Verfassung, Italien, dem italienischen Bund. Besondere Erwähnung verdient das Viva Palermo, viva Sicilia, vivano i Calabresi, was jedes Mal mit unglaublichem Jubel begrüßt wurde; abasso i Tedeschi — morte ai Tiranni stranieri! Auch die ersten Damen, welche in die drei Farben gekleidet und mit der Cocarde auf Hut und Brust in der Wagenreihe erschienen, wurden mit donnerndem Lebehoch empfangen. Mit der Masse zugleich waren um halb 11 Uhr auch die Truppen erschienen, verhielten sich aber ruhig auf ihren Standplätzen, nur die Reiterei hatte das Zusammendrängen vor dem Schlosse zu verhindern, benahm sich aber mit lobenswerther Mäßigung[1]."

Um zwölf Uhr zeigte sich der König seinem Volke und ritt, von zweien seiner Brüder, den Grafen Aquila und Trapani und der Generalität begleitet, durch die ganze Stadt. Er sah angegriffen und mißgestimmt aus, doch bei dem stürmischen Enthusiasmus, welcher ihn in allen Straßen empfing, erhellten sich allmählich seine Mienen und er sprach zu verschiedenen Malen in versöhnenden und wohlwollenden Worten zu dem Volke, das ihn jubelnd umdrängte und seine Hände mit Küssen bedeckte. Die festliche Stimmung erhielt sich den ganzen Tag hindurch und dauerte auch den nächsten fort. In den Theatern fanden große Freudendemonstrationen statt; die Nationalgarde trat in Thätigkeit und wurde mit Jubel begrüßt.

Diesem frohen Bilde fehlte indessen der dunkle Hintergrund nicht; in den Vorstädten Neapels sah sich der Pöbel um seine

---

[1] Siciliens Revolutionen, S. 53.

Hoffnung auf Aufruhr und Plünderung getäuscht; Umtriebe der absolutistischen Partei, welche sich dieser Hefe der Bevölkerung gegen die Bürgerschaft zu bedienen beabsichtigte, traten hinzu, wie denn namentlich der vertriebene Polizeiminister und der Pater Cocle ihre Hand dabei im Spiele gehabt haben sollen, eine Behauptung, welche allerdings nie erwiesen worden ist. Thatsache jedoch bleibt es, daß die Lazzaronen unter dem Vorgeben, den von den Bürgern bezwungenen König zu befreien, sich erhoben und in Haufen von mehreren Hunderten, mit Messern und Knütteln bewaffnet, die Straßen durchzogen, die mit der Nationalcocarde geschmückten, ja selbst alle anständig gekleideten Passanten anfielen und plündernd in die Häuser einbrachen. Die Bewegung nahm einen solchen Umfang an, daß am 30. Truppen und Bürgerwehr gemeinsam gegen die Ruhestörer vorgehen mußten. An verschiedenen Punkten, namentlich in der Strada Constantinopoli, kam es zu Zusammenstößen, einige Lazzaronen wurden getödtet, viele andere gefangen weggeführt und die Tumulte in kurzer Zeit unterdrückt.

Ganz anders als in Neapel war die Wirkung des 28. Januar in Palermo. Am 3. Februar brachte das Dampfboot „Palinuro" einen Abgesandten des Königs, welcher sich sofort zu der provisorischen Regierung nach dem Senatsgebäude begab und vom Balkon der unten harrenden Menge das Dekret Ferdinands vorlas, welches jenseits des Faro so großen Jubel erregt hatte. Der von Tausenden von Stimmen ausgestoßene Ruf: Guerra, guerra! — war die Antwort. Die provisorische Regierung gab den Bescheid, daß sie auf der Forderung der Verfassung von 1812 bestehe, und unverrichteter Dinge mußte sich der Parlamentär, von einer großen Menschenmasse begleitet, wieder nach Castellamare begeben.

In Neapel blieb während der ersten Tage des Februar Alles ruhig. Man erwartete die versprochene Verfassung, welche endlich am 10. in der Fassung, wie es das Dekret vom 28. Januar verkündet, erschien und einen neuen maßlosen Jubelsturm erregte. Am folgenden Tage wurde in sämmtlichen Kirchen ein Tedeum angestimmt und der König fuhr in einem offenen Wagen durch die Stadt, um den Dank seiner Unterthanen in Empfang zu

nehmen. Die Erregung gegen Oesterreich war in stetem Wachsen begriffen, während der englische Gesandte Lord Napier vielfach gefeiert und geehrt wurde.

Am 24. beschworen der König und sämmtliche königliche Prinzen in einem feierlichen Akte in der Kirche St. Francesco di Paolo die Verfassung. Sämmtliche Minister und Offiziere, sowie die auswärtigen Gesandten mit Ausnahme der Vertreter Rußlands, Preußens und Oesterreichs waren anwesend. Sechs Tage darauf erschien das Wahlgesetz, laut welchem das Wahlrecht für die Deputirtenkammer von einem Census von 24 Dukaten, die Wählbarkeit von einem solchen von 220 Dukaten abhängig war. Am 1. Mai sollte das Parlament zusammentreten.

Inzwischen versuchte es die englische Regierung, zwischen den beiden feindlichen Hälften des Königreiches beider Sicilien zu vermitteln. In den ersten Tagen des Februar war Lord Minto in Neapel eingetroffen und verhandelte mit dem Ministerium wegen der an die Insel zu machenden Concessionen. Daß die Verfassung vom 10. Februar nicht genügte, sah er selbst ein und berichtete es nach England und Sicilien, allein der Minister Bozzelli, dessen Popularität rasch schwand, vermochte sich in dem Zwiespalt, in den ihn seine Stellung als Berather eines Ferdinand II. mit seinen liberalen Anschauungen gebracht, zu keiner entscheidenden Maßregel zu entschließen. Schon war die Februarrevolution ausgebrochen und begann der Aufruhr in ganz Europa sein Haupt zu erheben, als am 1. März das Cabinet dem Könige seine Vorschläge wegen Siciliens vorlegte. Ueber die Frage, ob es gestattet sein solle, neapolitanische Truppen nach der Insel zu senden, was Lord Minto entschieden verneinte, wäre es nahezu zu einer Ministerkrisis gekommen, doch wurden die Differenzen beigelegt und am 6. März veröffentlichte Ferdinand ein Dekret, wonach er aus freien Stücken ein sicilianisches Parlament berief und den Statthalter der Insel, Ruggiero Settimo, beauftragte, dasselbe am 25. März zu eröffnen. Mit diesen Concessionen ausgerüstet, segelte Minto am nächsten Tage ab und erreichte am 10. Palermo. Allein die Sicilianer wollten auch von diesen Zugeständnissen nichts wissen

und kamen immer wieder auf die Verfassung von 1812 zurück. Während man noch unterhandelte, zerstörte ein neuer Erlaß des neapolitanischen Ministeriums, welcher alle in Sicilien geschehenen Akte für ungültig erklärte, jede Aussicht auf eine friedliche Vereinbarung. Lord Minto kehrte am 28. März nach Neapel zurück, woselbst in Folge des Scheiterns seiner Mission abermals eine Ministerkrisis entstand. Mit Ausnahme Bozzellis gaben sämmtliche Minister ihre Entlassung. Das sicilianische Parlament trat am 25. März zusammen und wählte am nächsten Tage Ruggiero Settimo zum unverantwortlichen Präsidenten der Regierung. Am 13. April that die Versammlung den entscheidenden Schritt. Sie erklärte Ferdinand von Bourbon und seine Erben des Thrones von Sicilien für verlustig, und verkündete die Absicht, die Herrschaft über die Insel einem constitutionell gesinnten italienischen Fürsten übertragen zu wollen. Damit war die letzte Möglichkeit einer Verständigung vereitelt, der Bürgerkrieg beinahe unvermeidlich geworden.

Zunächst allerdings konnte Ferdinand an die Wiederoberung der Insel nicht denken, sondern mußte dafür sorgen, sich wenigstens auf dem wankenden Throne Neapels zu erhalten. Bereits war die Lombardei aufgestanden, die Herzöge von Parma und Modena irrten vertrieben umher, der Großherzog von Toscana und selbst der Papst schienen kaum mehr dem Drange der Revolution widerstehen zu können, und drohend wuchs die Macht des Sardenkönigs von Tag zu Tag. Auch Neapel vermochte sich der Freiheitsbewegung, welche die Halbinsel durchzog, nicht zu entziehen. Der Ruf nach dem Kriege mit Oesterreich wurde so stürmisch, daß der König versprechen mußte, 40000 Mann nach dem Kampfplatze senden zu wollen. In der That ließ er auch 12—15000 großentheils ungeübte Soldaten abmarschiren, während er den Kern seines Heeres, die Garden und Schweizer, um sich behielt, und übergab dem alten, aus 27jähriger Verbannung zurückgekehrten Freiheitskämpfer Pepe das Commando über die Feldtruppen. Welch hinterlistiges Spiel Ferdinand dabei trieb, wurde erst später klar.

In Neapel selbst ging es während dieser Zeit stürmisch zu. Tumulte und Demonstrationen aller Art, vielfach wie es scheint

von der Regierung angezettelt, um die Bürger zu schrecken, folgten einander unaufhörlich; besonders erregten, wie in anderen Staaten, die Jesuiten den Zorn des Volkes. Vom 9. März ab wurden die Häuser der Brüder Jesu zwei Tage und zwei Nächte lang umlagert und bestürmt, so daß am 12. Bozzelli sich genöthigt sah, sämmtliche Mitglieder des Jesuitenordens auf Schiffe zu bringen und außer Landes fahren zu lassen.

Bald darauf erfolgte eine neue Cabinetskrisis, indem der fähigste der Minister, Saliceti, welcher nach Minto's Rückkehr von Palermo in sein Amt getreten war, in Folge eines Streites mit dem Cabinetspräsidenten, dem Herzog von Serra Capriola, ausschied. Nicht lange nachher folgten ihm seine sämmtlichen Collegen nach, nachdem das Ministerium Bozzelli, von dem man sich Vieles versprochen, völlig unhaltbar geworden war. Der Historiker Troya bildete ein neues Cabinet, in welchem binnen kurzem abermals Zwistigkeiten ausbrachen. Auch von diesen Ministern vermochte Keiner nennenswerthe Erfolge aufzuweisen. Sie alle waren, wie ihre Collegen in Deutschland, wohlwollende und patriotisch gesinnte Männer, denen es aber völlig an Kraft gebrach, gegen die verschiedenartigen Gegenströmungen, die Umtriebe der Hofpartei, die Zügellosigkeit der nunmehr freien Presse, die Leidenschaft des unwissenden Volkes, die Intriguen der Geistlichkeit anzukämpfen.

Vom 15. April ab fanden die Wahlen statt, an welchen sich ungefähr 125000 Bürger betheiligten. Die große Mehrzahl der Gewählten, Capitelli, Piscanelli, Pica und Andere gehörten einer gemäßigt liberalen Richtung an. Die Zusammenberufung der Kammern wurde auf den 15. Mai verschoben. Der König ernannte Tags zuvor 50 Pairs zur ersten Kammer.

Der Eröffnungstag des Parlaments nahte heran und mit ihm die Einführung der constitutionellen Regierung, die Beschränkung der bisherigen Militär- und Priesterherrschaft, wie sie nach dem Herzen Ferdinands war. Der König hatte seine Fassung wiedergefunden. Er bereute, soweit gegangen und seinem Volke so schwerwiegende Rechte eingeräumt zu haben, und hatte sich entschlossen, um jeden Preis seine frühere Macht

wieder zu erwerben. Schon seit Wochen und Monaten hatte er an seinem Plane gearbeitet, während seine nichtsahnenden liberalen Minister ihn völlig mit der Wendung der Dinge ausgesöhnt glaubten. Das Heer war ihm unbedingt ergeben, der Beistand der niedrigsten, von seinen Agenten aufgehetzten Volksschichten gewiß; die Zeit schien gekommen, den entscheidenden Schlag zu führen.

Als das Ministerium Troya sein Amt angetreten, hatte es am 3. April ein Manifest erlassen, worin unumwunden ausgesprochen war, daß die Deputirtenkammer berechtigt sein solle, das Staatsgrundgesetz, namentlich die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Pairskammer abzuändern. Als nun am 13. April die neuerwählten Volksvertreter zu einer Vorberathung in dem Palaste Monte-Oliveto zusammentraten, wurde ihnen von Seiten der Regierung eröffnet, die letztere sei auf ihren, in der Verfassung des 10. Februar kundgegebenen Standpunkt zurückgekommen und beabsichtige, alle auf die Pairskammer bezüglichen Schritte lediglich der Entscheidung des Königs zu überlassen. In dem von den Deputirten zu leistenden Eide solle daher die Clausel vom 3. April nicht erwähnt werden. In der That war in dem am Abend erschienenen offiziellen Programm der Eröffnungsfeierlichkeit die Clausel ausgelassen.

Erschrocken über diesen Schritt der Regierung, versuchten die Volksvertreter an diesem und dem nächsten Tage mit dem Könige und seinen Ministern zu unterhandeln. Ferdinand II. trieb in diesen Tagen mit seiner ganzen Umgebung — die in das Complott Eingeweihten ausgenommen — ein tückisches Spiel. Er gab den Deputirten die beruhigendsten Versicherungen, ließ aber zugleich die ganze Garnison sich marschbereit machen. Um die Minister kümmerte er sich überhaupt nicht mehr, sondern führte seine Pläne aus, ohne ihnen irgendwelche Mittheilungen über seine Absichten zukommen zu lassen. Es gab daher das gesammte Cabinet seine Entlassung, ohne daß jedoch Ferdinand dieselbe annahm oder überhaupt beachtete.

Was der König und sein Anhang wohl erwartet und gehofft hatten, geschah. Das durch die Ereignisse der letzten Tage und durch umlaufende falsche Gerüchte erregte Volk begann sich zu

empören und gab so der Regierung den Vorwand zu einem Staatsstreiche an die Hand. Schon am Abend des 14. bedeckten zahlreiche Barrikaden die Toledostraße und die angrenzenden Gassen.

Ferdinand ließ nicht sofort angreifen. Er wollte seine Rolle bis zu Ende durchspielen und ließ jetzt, da der Kampf schon unvermeidlich war, den Deputirten sagen, er sei bereit, auf ihre Wünsche in Betreff der Pairskammer einzugehen und habe die Eidesformel, wie folgt, formulirt: „Ich schwöre Treue dem constitutionellen König Ferdinand II. und der Constitution, wie sie von den beiden Kammern in Gemeinschaft mit dem Könige umgebildet und entwickelt werden wird". In der That ließen sich die Deputirten hinter das Licht führen; sie sandten eine Commission auf die Straßen, um das Volk zu besänftigen und zum Verlassen der Barrikaden zu bewegen, während Ferdinand bereits seine Truppen zusammengezogen hatte und — für alle Fälle — ein Schiff im Hafen bereit liegen ließ.

So brach der Morgen des 15. an. Die Deputirten versammelten sich wiederum zu Monte-Oliveto. Das Volk stand nach wie vor auf den Barrikaden und trotzte den Versuchen der Nationalgarde, es zu entfernen, die Truppen waren theils in den Kasernen, theils auf den Straßen bereit, jedoch ohne einzuschreiten. Denn seinem Plane getreu wollte der König den Angriff des Volkes abwarten.

In der That feuerte gegen Mittag von einer großen, an der Ausmündung der Toledostraße befindlichen Barrikade ein Mann, wie man sagte ein früherer Diener des Herzogs von Salerno, einen Schuß auf die Truppen ab und gab damit das Zeichen zum Kampfe. Die verfügbare Truppenmacht belief sich auf 4 Bataillone Garde, 2 Marinebataillone und eine Pionierabtheilung, welche theils auf dem Königsplatze, theils an dem Palaste und dem Arsenal standen, und 4 Schweizerregimenter, die auf dem Castellplatz zusammengezogen waren. Sobald die ersten Schüsse fielen, erschienen auf allen Festungswerken die rothen Fahnen und die Geschütze begannen ein verheerendes Bombardement auf die Stadt. Nur von dem Fort St. Elmo ließ General Ruberti blind feuern, eine Milde, welche ihm nach Niederwerfung des Aufruhrs die Cassation eintrug.

Der Schauplatz des Straßenkampfes war hauptsächlich der Toledo, jene Straße, welche Neapel seiner ganzen Breite nach vom königlichen Palaste bis zum Capo di Monte durchschnitt. Diese Straße und die angrenzenden Gassen waren von den Insurgenten stark verschanzt worden und mit zahlreichen Bewaffneten bedeckt. Den ersten Angriff unternahmen die Garden, allein mit entschiedenem Mißerfolg. Die Truppen wichen zurück und begannen zu schwanken, der Muth der Aufständischen wuchs bereits bedeutend, als Ferdinand die Elite seiner Armee, die Schweizer, in das Feuer schickte. Wie so oft, so wurde auch hier deutscher Muth und deutsche Kraft an eine unwürdige Sache verschwendet. Die ihrem Kriegsherrn treu ergebenen, dazu noch in der letzten Zeit vom Volke stets verhöhnten und gereizten Schweizer griffen mit einem solchen Ungestüm an, daß alsbald der Kampf sich zu wenden begann. Von den Garden unterstützt, erstürmte das erste und das zweite Schweizerregiment in einem sechsstündigen heißen Kampfe die sämmtlichen auf dem Toledo befindlichen Barrikaden und zur Vertheidigung hergerichteten Häuser. Bis auf die Dachterrassen der Gebäude, welche von den Schweizer Jägern mit Leitern erstiegen wurden, setzte sich das erbitterte Gefecht fort. Das dritte Schweizerregiment nahm den von 300 Calabresen besetzten Palast Gravina auf Monte-Oliveto, welcher dabei in Flammen aufging, das vierte endlich setzte sich in einem mörderischen Gefechte, nachdem es mehrfach zurückgeworfen worden war und einen großen Theil seiner Offiziere verloren hatte, in den Besitz der Straße Santa Brigitta und der von San Carlo nach dem Toledo führenden Gäßchen. Als der blutige Tag sich zu Ende neigte, war der Aufruhr überall niedergeworfen. Der letzte Rettungsversuch des Volkes hatte darin bestanden, daß man den mit einigen Kriegsschiffen im Hafen liegenden französischen Admiral Baudin um Hülfe bat; allein dieser lehnte jede Einmischung ab und begnügte sich damit, den König zur Milde zu ermahnen.

Ferdinand II. hatte gesiegt, allerdings mit beträchtlichen Opfern. Von seinen tapferen Schweizern allein waren 1 Major, 6 andere Offiziere und 21 Mann todt, 2 Obersten, 11 Offiziere und 181 Mann verwundet, und auch die Garden hatten be-

deutend gelitten. War schon der Kampf selbst mit höchster Wuth und Blutgier durchgefochten worden, so erinnerten die ihn begleitenden und auf ihn folgenden Scenen an die wildesten Ereignisse des dreißigjährigen Krieges. Die Truppen selbst waren wenig geneigt, Milde walten zu lassen und stießen die meisten Bewaffneten, auf welche sie trafen, ohne weiteres nieder, mit ihnen aber zogen große Haufen zerlumpten Gesindels von Haus zu Haus — schon am Morgen hatten die Lazzaroni dem Könige ihre Unterstützung zugesichert — und mordeten, raubten und sengten, ohne daß Jemand ihrem Treiben Einhalt gebot. Einen großen Theil der Nacht hindurch dauerte das Gemetzel fort; als der Morgen des 16. anbrach, war in Neapel auf lange Zeit hinaus jeder Gedanke an einen Aufruhr erstickt.

Ferdinand war nicht eigentlich von Natur grausam, sondern bewies nur so lange eine schonungslose Härte, als irgend ein Widerstand sich seinem hartnäckigen Sinne entgegenstellte. So ließ er auch jetzt, da er seinen Willen durchgesetzt, sämmtliche Gefangene, über 700 an der Zahl, frei und begnügte sich damit, einen Gerichtshof einzusetzen, welcher die Ereignisse des 15. untersuchen sollte. Nach längerem Zeugenverhöre erklärte später der Oberstaatsanwalt dieses Gerichtes: „Weitere Untersuchungen über den Ursprung dieses beklagenswerthen Ereignisses können nur zu Entdeckungen führen, welche der Regierung mißfallen könnten“ und thatsächlich wurde nach diesem kühnen Ausspruche das Verfahren von dem Obergerichtshof niedergeschlagen.

Das Ministerium hatte während des Aufstandes eine ziemlich traurige Rolle gespielt. Zwar wagte es, dem König Vorstellungen zu machen, erhielt aber nur die Antwort, daß die Zeit der Gnade jetzt vorbei sei, und mußte den Palast verlassen. Am nächsten Tage, dem 16., gab Ferdinand seinen bisherigen Berathern den Abschied und beauftragte den Prinzen Cariati, ein Cabinet zu bilden, dessen wichtigste Mitglieder Bozzelli und Ruggiero wurden. Am 17. wurde die Nationalgarde entwaffnet und das Standrecht eingesetzt, welches bis zum 14. Juni in Kraft blieb. Von dem Parlamente war keine Rede mehr. Es war auseinandergestoben, ein Theil seiner Mitglieder verhaftet worden.

Obwohl der Staatsstreich somit völlig geglückt war, glaubte Ferdinand doch noch nicht den früheren Absolutismus wieder einführen zu sollen und beschloß, den constitutionellen Schein auch fernerhin zu wahren. Während er Pepe's Truppen von dem Kampfplatze abberief und zurückbeorderte — ein Schritt, welcher, wie später zu berichten, der italienischen Freiheitsbewegung schweren Schaden brachte, veröffentlichte sein Minister Bozzelli ein Manifest, wodurch Neuwahlen auf den 15. Juni und die Eröffnung des Parlamentes auf den 1. Juli festgesetzt wurden. In der That trat die Volksvertretung, 83 Mitglieder stark, an dem bestimmten Tage zusammen und wurde, da der König seit dem 15. Mai seinen Palast nicht verließ, von dem Herzog von Serra Capriola begrüßt. An irgend eine erfolgreiche Thätigkeit der Kammer, in welcher sich fast nur Gegner des Ministeriums, geführt von Troya und Poerio befanden, war unter den obwaltenden Umständen nicht zu denken. Die Minister, Bozzelli an der Spitze, kamen dem Parlamente nahezu mit offenem Hohne entgegen und geriethen, als die Kammer dem Könige eine Adresse mit der Forderung überreichen wollte, den König von Sardinien zu unterstützen, mit den Deputirten in heftigen Streit. Am 8. August wagte es das Unterhaus noch einmal, in einer von Savarese verfaßten Adresse um die Wiedereinsetzung der Nationalgarde zu bitten und ihr Bedauern über die Rückberufung der Truppen auszusprechen, allein der König ließ die Deputation nicht vor und vertagte am 4. September die Kammern, worauf am nächsten Tage eine große Schlägerei zwischen Constitutionellen und Lazzaronen stattfand und das Militär einschreiten mußte.

In Calabrien war in Folge der Ereignisse des 15. Mai eine umfangreiche revolutionäre Bewegung ausgebrochen, welche im Laufe des Sommers von dem General Nunziante mit schonungsloser Strenge unterdrückt wurde. Der Hauptsitz der Aufrührer, Cosenza, wurde in den ersten Tagen des Juli von den neapolitanischen Truppen besetzt, und bald darauf durch Auflösung und Entwaffnung der Nationalgarde, Erschießung und Gefangennahme der Insurgenten und der mißliebigen Persönlichkeiten überhaupt die Ruhe wieder hergestellt. Die Sicilianer

hatten diesen Aufstand nach Kräften mit Geld, Waffen und Mannschaft unterstützt. Eine mehrere hundert Mann zählende Freiwilligenschaar setzte im Juli von der Insel nach Calabrien über, wurde aber, als sie sich nach dem Mißlingen ihrer Pläne nach Korfu flüchten wollte, gefangen genommen und in dem Fort St. Elmo zu Neapel eingekerkert.

Nachdem somit in dem eigentlichen Königreiche Neapel die Herrschaft Ferdinands II. wieder gefestigt war, hielt derselbe die Zeit für gekommen, um die Wiedereroberung Siciliens anzubahnen. Dort hatte sich inzwischen das Parlament, nachdem es die Absetzung der Bourbons ausgesprochen, mit der Wahl eines neuen Herrschers befaßt. Am 11. Juli wurde der zweite Sohn Karl Alberts von Sardinien, der Herzog von Genua, unter dem Namen Albert Amadeus I. zum König von Sicilien erklärt. Es war dies der England genehme Candidat, während sich Frankreich, von einer starken einheimischen Partei unterstützt, vergeblich für die Wahl des ältesten Sohnes des Großherzogs von Toscana verwandt hatte. Auch Prinz Ludwig Bonaparte hatte große Anstrengungen gemacht, um die Krone Siciliens zu erlangen, jedoch ohne irgend welchen Erfolg zu erzielen. Auf einem englischen Kriegsschiffe fuhr eine Gesandtschaft nach Genua, um mit dem Herzoge zu unterhandeln, langte aber zu einer unglücklichen Zeit dort an. In den Ebenen der Lombardei hatte sich der Nationalkrieg gegen die Oesterreicher bereits zu Ungunsten Italiens entschieden, Mailand war wieder in die Hände Radetzkys gefallen und Karl Albert tief entmuthigt mit den Resten seines Heeres auf dem Rückzuge nach Alessandria begriffen. Nahm sein Sohn die Krone an, so war ein Krieg mit Ferdinand von Neapel fast unvermeidlich, und einer solchen Eventualität war der Sardenkönig augenblicklich nicht gewachsen. Die Deputation erhielt einen ablehnenden Bescheid.

Während dieser Vorgänge rüstete Ferdinand eine große Expedition zur Unterwerfung der Insel aus. Den Oberbefehl vertraute er dem General Filangieri an, unter dessen Führung 16000 Mann, darunter als Kern der Armee 2 Schweizerregimenter zu je 1200 Mann standen. Zu Ende August schifften sich die Truppen zu Neapel ein, blieben aber, da sie keinen

Hafen zum Landen an der feindlichen Küste besaßen, vorerst bei Reggio liegen, um hier die Beschießung Messinas abzuwarten.

Die Citadelle dieser letzteren Stadt, welche sich auf der den Hafen umschließenden Landzunge erhob, war der einzige Punkt, auf welchem noch die neapolitanische Flagge wehte. Der Commandant, General Pronio, ein entschlossener Soldat, hatte die ihm anvertraute Feste bisher gegen alle Angriffe zu halten gewußt, worin er allerdings durch die Lässigkeit der Sicilianer in hohem Maße unterstützt worden war. Die Letzteren hätten Alles daran setzen müssen, um Ferdinand auch dieses letzte Bollwerk zu entreißen und dadurch eine Landung der neapolitanischen Truppen nahezu unmöglich zu machen. Statt dessen hatten sie sich damit begnügt, vom März bis zum September die Citadelle aus den in ihrem Besitze befindlichen Forts zu bombardiren, welche sich im Westen Messinas auf einer Hügelreihe hinzogen. Am meisten hatte durch diese Kanonade die dazwischen liegende Stadt selbst gelitten, um so mehr als zu wiederholten Malen bereits die Citadelle ihre Geschosse auf die Straßen und Häuser direkt gerichtet hatte. Der Muth der Einwohner war jedoch durch die ihnen drohende Gefahr keineswegs gebrochen. Die Stadt war mit Barrikaden und Sprengminen verschanzt, mit einer starken Besatzung und zahlreichem Geschütz versehen und Alles zum äußersten Widerstand entschlossen.

Vom 3. September ab begannen die Kämpfe, indem 2 neapolitanische und 1 Schweizer Bataillon einen Ausfall aus der Citadelle unternahmen und eine feindliche Batterie eroberten. Nachdem die folgenden Tage unter Plänkeleien verstrichen, erfolgte am 6. der Hauptangriff der aus Reggio herübergekommenen Macht, welche, 6000 Mann stark, sich eine Stunde südwärts der Stadt ausschiffte. Die Schweizer und neapolitanischen Jäger griffen mit großem Ungestüm die Vorstädte an und eroberten in blutigem Straßenkampfe einen Theil derselben, allein an der die eigentliche Stadt umschließenden Ringmauer brach sich die Kraft der königlichen Truppen und nach heißem Gefecht, welches sich besonders um das Magdalenenkloster drehte, mußten dieselben zurückweichen. Gleichzeitig war auch ein aus der Citadelle unternommener Ausfall blutig zurückgeschlagen worden.

Ein auffliegender Pulverkarren riß hier ganze Reihen des 3. Schweizerregimentes nieder.

Im neapolitanischen Lager herrschte am Abend des 6. große Entmuthigung. Einige Generale riethen bereits, sich wieder einzuschiffen, allein Filangieri, ein entschlossener Soldat, welcher unter Napoleon sich ausgezeichnet, erklärte, er ziehe den Tod dem Rückzug vor. Er griff nunmehr zu dem äußersten Mittel, den Trotz Messinas zu brechen. Auf seinen Befehl eröffnete am nächsten Tage die Citadelle aus sämmtlichen Geschützen ein verheerendes Feuer auf die Stadt und setzte dasselbe drei Tage hindurch fort. Bald schlugen an zahlreichen Punkten die Flammen hervor, ganze Häuserreihen stürzten unter dem Bombardement zusammen, hunderte von Leichen bedeckten die Straßen. Ein großer Theil der 60—70000 Köpfe zählenden Einwohnerschaft flüchtete sich auf die im Hafen liegenden fremden Schiffe, um dem Tode zu entgehen, allein die gesammte waffenfähige Mannschaft blieb zurück und setzte den Kampf gegen die eindringenden Soldaten mit äußerster Verzweiflung fort. Schritt für Schritt mußten sich die königlichen Truppen in einem wüthenden Straßengefechte ihren Weg bahnen. Das Magdalenenkloster wurde gestürmt, und von zwei Seiten drangen die ergrimmten Soldaten in die Stadt ein. Die Schreckensscenen des 15. Mai wiederholten sich hier, nur daß zu dem allgemeinen Gemetzel auch noch der Brand der Häuser, der Kirchen und Klöster, selbst der mit Verwundeten angefüllten Hospitäler trat.

Am 9. September war Messina unterworfen, die Schweizerregimenter besetzten die Trümmer der Stadt. Filangieri hatte seinen Zweck erreicht und sein Heer gelandet. Allerdings waren seine Verluste beträchtlich: 150 Mann waren todt, mehr als 900 verwundet. Die Schweizer hatten nahezu ein Siebtel ihrer Leute verloren[1]. Die Einbuße der Sicilianer war jedenfalls noch ungleich größer, wiewohl sie nie genau festgestellt worden ist.

---

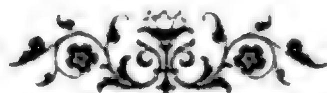
[1] Die Angaben sind möglicherweise zu niedrig, da sie von einem entschiedenen Anhänger Ferdinands herrühren. (Kriegerische Ereignisse in Italien, I, 340.) Nach Soria (II, 153) hätten die Neapolitaner sogar 3000 Mann verloren.

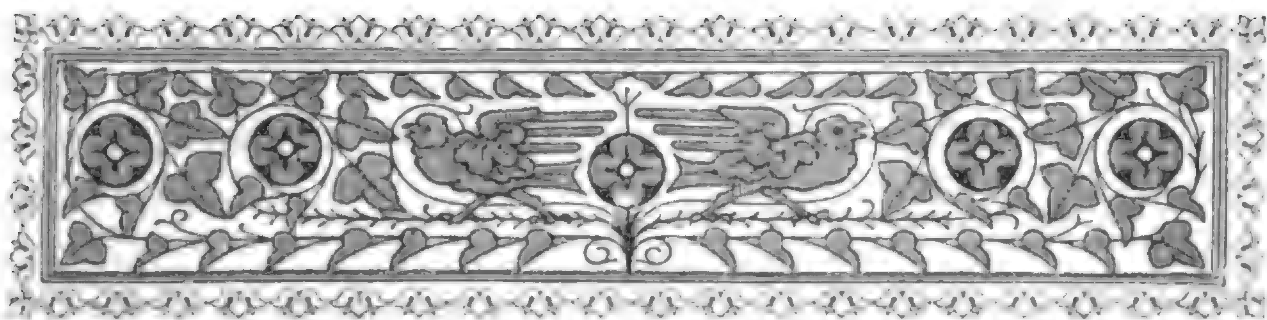
Keine seiner vielen harten und grausamen Maßregeln hat Ferdinand II. eine solche Verurtheilung seitens der öffentlichen Meinung zugezogen, als diese Zerstörung Messinas. Der Name „Re Bomba", wie ihn seitdem seine Unterthanen bezeichneten, blieb an ihm haften und verknüpfte sich auch nach seinem Tode untrennbar mit der Erinnerung an ihn.

Hatte General Filangieri gehofft, durch die Einnahme Messinas die übrigen Städte in Schrecken zu versetzen und zur Unterwerfung zu veranlassen, so sah er sich darin getäuscht. Die Sicilianer erkannten wohl, daß sie den Fall Messinas zum Theil selbst verschuldet, indem sie die Vertheidiger fast ohne Unterstützung ließen — aus Palermo kamen kaum 200 Mann — und sie setzten unentwegt den Kampf fort. General Filangieri seinerseits hielt seine Kräfte nicht für ausreichend, um weitere große Unternehmungen zu wagen, und begnügte sich damit, Messina und die nächste Umgegend besetzt zu halten. Das einzige erwähnenswerthe Ereigniß war die Besitznahme des festen Platzes Milazzo durch die Neapolitaner.

In dieser Weise war der September verstrichen, als England und Frankreich, welche nach der Ablehnung der sicilianischen Krone durch den Herzog von Genua die Insel fast gänzlich ihrem Schicksal überlassen hatten, sich von neuem in das Mittel legten. Unter Vermittelung der Gesandten Rayneval und Napier wurde zu Anfang October ein Waffenstillstand abgeschlossen; eine Demarkationslinie, welche von Cap Tindaro über Noara nach Taormina lief, bezeichnete die Grenzen des neapolitanischen, eine ebensolche über S. Antonio, Pozzo di Gotto, Scaletta die des sicilianischen Gebietes. Das dazwischen liegende Land blieb neutraler Boden.

Durch diesen Vertrag war das Blutvergießen für dieses Jahr beendet und von neuem begann man beiderseits über einen gütlichen Ausgleich zu verhandeln.





II. Abschnitt.

Die französische Republik.

1.

Die provisorische Regierung.

Wenige Tage hatten hingereicht, um einen der mächtigsten Herrscher Europas in einen heimatlosen Flüchtling zu verwandeln. Um zwei Uhr Nachmittags war der Bürgerkönig, welcher etwa eine Stunde zuvor unter starker Cavallerie-Bedeckung die Tuilerien verlassen hatte, in St. Cloud angelangt. In Trianon vereinigte sich ein großer Theil der Familie, Louis Philipp selbst, seine Gemahlin, der Prinz August von Koburg nebst seiner Gattin, der Prinzessin Clementine, und seinen Kindern, der Herzog von Montpensier, die Herzogin von Nemours und ihre Söhne. Man trennte sich jedoch sofort wieder. Der König verblieb die Nacht vom 24. zum 25. Februar in dem Schlosse zu Dreux, immer noch in der Hoffnung, daß Paris seinen Enkel als Herrscher angenommen und sich beruhigt habe. Erst am anderen Morgen wurde ihm die volle Gewißheit seines Sturzes. Jetzt war keine Zeit mehr zu verlieren; Louis Philipp und seine Gemahlin beschlossen, sich eilends nach den Küsten der Normandie und von da nach England zu retten. Im Morgengrauen des 26. erreichte das Ehepaar Lebrun, wie sich die Flüchtenden nannten, das nahe am Meere in der Gegend von Honfleur gelegene Landhaus eines Herrn de Perthuis, welches

der General Dumas, ein Verwandter des Besitzers, seinem Fürsten als Zufluchtsort empfohlen. Die Gefahr schien dringend; der König war unterwegs wiederholt angehalten und erkannt worden; wer konnte es wissen, daß seine Flucht nicht so wie einst die Ludwigs XVI. enden würde? Die Getreuen Louis Philipps wandten alle Mittel auf, um eine Gelegenheit zur Ueberfahrt über den Kanal zu erreichen, aber erst am 2. März gelang es durch Vermittelung des englischen Consuls Jones, das nach Southampton bestimmte Dampfschiff „Expreß", welches in Havre vor Anker lag, zur Verfügung des Königs zu stellen. Auf einem Küstendampfer, dem „Currier", begab sich Louis Philipp — oder vielmehr Mr. William Smith, wie sein englischer Paß lautete — nach Havre und rettete sich dort an Bord des „Expreß". Am Morgen des 3. März langten der entthronte Herrscher und seine Gemahlin vor New-Haven an, woselbst sie um Mittag an das Land stiegen, und erreichten am 4. Claremont. Die Herzogin von Orléans, ihr Sohn, der Graf von Paris und der Herzog von Nemours hatten sich in das Invalidenhotel zurückgezogen und hier in vorläufiger Sicherheit den weiteren Gang der Ereignisse abgewartet. Bald zeigte es sich, daß nichts mehr zu hoffen war und man an die Flucht denken mußte. Die „Regentin" begab sich mit ihrem Kinde, welches wenige Stunden hindurch die Krone Frankreichs getragen, nach dem der Frau von Montesquieu gehörigen Schlosse Ligny, und flüchtete von hier, nachdem ihr zweiter Sohn, der Herzog von Chartres, zu ihr gebracht worden war, nach zwei Tagen auf der Eisenbahn über Lille nach Ems.

Der Herzog von Nemours hatte in dem Hause Biestas, eines Freundes Odilon Barrots, Zuflucht gefunden, erreichte nach mannigfachen Abenteuern zu Wagen Boulogne und schiffte sich auf demselben Dampfboote ein, welches bereits dem Herzoge von Sachsen-Koburg mit seiner Familie als Asyl diente. Am 27. Februar betraten die Flüchtlinge bei Folkestone den Boden Englands. Mit den bisherigen, nach Paris zurückkehrenden Begleitern des Prinzen, Biesta und Aragon, fuhr in dem gleichen Zuge der Mann der Zukunft, Prinz Louis Napoleon Bonaparte, nach der französischen Hauptstadt.

Einen Tag später langte auch die Herzogin von Montpensier in Großbritannien an. Die in Afrika befindlichen Angehörigen des Hauses Orléans, der Herzog von Aumale und der Prinz von Joinville, hatten am 27. die Ereignisse des Pariser Aufstandes erfahren. Ihr Widerstand hätte, da sie über die Colonialtruppen Algiers und das Mittelmeer-Geschwader den Oberbefehl führten, der Gründung der Republik die ernstesten Schwierigkeiten bereiten, vielleicht sogar durch einen Bürgerkrieg dieselbe vereiteln können, doch zogen die Prinzen es, in einer Anwandlung eines wahren Patriotismus, vor, dem Willen der Nation zu weichen. Sie legten ihre Aemter und Würden nieder, schifften sich am 3. März ein und langten über Gibraltar am 21. desselben Monats in Darmouth an, so daß nunmehr, von der Herzogin von Orléans und ihren Söhnen abgesehen, die gesammte Familie Louis Philipps die Gastfreundschaft des Inselreiches genoß.

Während so die Orléans in hastiger Flucht ihr Heil suchten, hatte sich in Paris eine „provisorische Regierung" von elf Volksmännern eigenmächtig eingesetzt. Ueber die Gesinnungen und Absichten der neuen Behörde herrschte noch die größte Ungewißheit. Man wußte, daß verschiedene feindliche Strömungen ihre Vertreter in das Gouvernement gesandt hatten, und es mußte sich jetzt zeigen, welcher dieser Strömungen die Kraft, die anderen mit sich fortzureißen, innewohne.

Das Haupt der Regierung war Dupont, ein Mann von Ueberzeugungstreue und makellosem Charakter, aber durch die Last der Jahre gebeugt. Ihm zur Seite standen Arago, dann die Repräsentanten der Radikalen, Marie, Crémieux, Garnier-Pagès, Marrast.

Waren diese Männer die Vertreter der Bourgeoisie, so fand der vierte Stand in dem Haupte des Socialismus, Louis Blanc, wohl dem bedeutendsten Kopfe der provisorischen Regierung, seinen Verfechter. Ihm schlossen sich Flocon, und die sehr unbedeutende Persönlichkeit des „Arbeiters" Albert als die Vertreter der communistischen Lehren an, während Ledru-Rollin mehr auf dem radikalen Standpunkte des Jakobinerthums als der Theorieen St. Simons sich bewegte.

Lamartine endlich bildete das Prinzip der Vermittelung zwischen diesen Gruppen. Mit ungewöhnlicher, wenn auch sehr phrasenhafter Beredsamkeit und persönlichem Muthe begabt, schlagfertig und gewandt, hatte er sich in wenigen Tagen eine außerordentliche Popularität erworben, die allerdings so rasch, als sie gekommen, wieder schwinden sollte, nachdem der unerbittliche Gang der Ereignisse den Beweis erbracht, daß Lamartine zwar ein guter Dichter, aber nie mehr als ein mittelmäßiger Staatsmann war.

So spiegelten sich in der Zusammensetzung der provisorischen Regierung die Parteiverhältnisse wieder. Auf der einen Seite die „blauen" Republikaner, die Männer der Bourgeoisie, welche nur eine politische Revolution wollten, auf der anderen die Socialisten, die Anhänger des gesellschaftlichen Umsturzes, geringer an Zahl, aber verwegen, thatlustig und geschickt geführt, und zwischen diesen endlich, wie überall auf der Welt, die große Masse der Vermittelnden, der Unentschlossenen und Willenlosen.

In Paris war durch den Sturz des Julikönigthums, die Einsetzung der provisorischen Regierung, die Errichtung der Republik die Aufregung noch lange nicht beschwichtigt. Noch standen in allen Straßen, von Kampfeslustigen besetzt, die Barrikaden; die geheimen Gesellschaften und socialrevolutionären Gruppen agitirten auf das Eifrigste, und an mehreren Punkten begann die Zerstörungswuth des Volkes ihr Werk. Zahlreiche Buchdruckereien wurden von den durch die Einführung neuer Maschinen erbitterten Arbeitern verwüstet; vor allem aber wandte sich der Zorn der Blusenmänner den Eisenbahnen zu, durch welche sie sich in ihren Lebensbedingungen geschädigt glaubten. Auf der Nordbahn gingen acht Stationen, 25 Wärterhäuschen, 75 Wagen, zahlreiche Schuppen und Geräthe aller Art in Flammen auf. Ebenso wurden auf den Bahnen St. Germain und Rouen mehrere Gebäude und namentlich die Brücken niedergebrannt.

Angriffe auf das Privateigenthum fanden nur vereinzelt statt. So wurde zu Suresnes das dem Banquier Salomon Rothschild gehörige, mit Schätzen und Kostbarkeiten aller Art angefüllte Schloß durch die Einwohnerschaft der umliegenden

Dörfer eingeäschert, welche auf diese Weise ihrem übrigens grundlosen Zorne über die Getreidespekulationen Rothschilds Ausdruck gab. Von den königlichen Schlössern traf Neuilly dasselbe Schicksal; die übrigen, St. Cloud, Meudon, Chantilly, Rambouillet, wurden durch die Bemühungen der provisorischen Regierung gerettet.

Die eigentliche Stadt blieb allerdings vor solchen Zerstörungsscenen bewahrt, allein die Stimmung der Bevölkerung war auch hier keine friedfertige zu nennen. Das Volk war in die Tuilerien eingedrungen und hatte hier wie in dem Palais Royal mannigfache Verheerungen angerichtet. Die Tuilerien wurden längere Zeit durch einen Haufen von einigen hundert Individuen occupirt, welche den Versuchen, sie zu entfernen, hartnäckigen Widerstand entgegensetzten. Erst nach mehreren Tagen gelang es Courtais, sie durch eine Kriegslist aus dem Gebäude herauszulocken. Große Menschenmassen lagerten die ganze Nacht auf den Straßen und besonders vor dem Stadthause, in welchem die provisorische Regierung unermüdlich thätig war. So brach der Morgen des 25. Februar an.

Die ersten Maßregeln der elf Männer waren eine allgemeine politische Amnestie, und die Erklärung gewesen, daß das Vaterland die Kinder der im Kampfe Gefallenen adoptiren und die Republik für die Verwundeten und deren Familien Sorge tragen werde. Es handelte sich jetzt vor allem darum, eine Exekutivgewalt zu schaffen und die Regierung den Ueberfällen und Bedrohungen des „Volkes“ zu entziehen, welches in immer größeren Massen sich um das Stadthaus schaarte. Die verhaßten Munizipalgardisten durfte man nicht verwenden; die Nationalgarde war in sich gespalten und von Mißtrauen gegen ihre höheren Führer erfüllt, die Armee gänzlich entmuthigt und der Auflösung nahe.

In dieser schwierigen Lage verfiel die Regierung auf ein sehr glückliches Mittel, sich eine Truppenmacht zu schaffen. Die „Kinder von Paris“, jene halbwüchsigen Burschen der Straßen, welche bei allen Tumulten und Revolutionen eine hervorragende Rolle spielten, sollten zu einer „Mobilgarde“ organisirt und in 24 Bataillone eingetheilt werden. Der

General Duvivier erhielt den Oberbefehl über dieses neugeschaffene Corps, dessen Mitglieder einen täglichen Sold von $1^1/_2$ Franken beziehen sollten, eine Summe von hinreichender Höhe, um große Mengen von Freiwilligen heranzuziehen.

Die Nationalgarde wurde durch den neuen Commandanten, General Courtais, reorganisirt. An die Armee hatte die Regierung ein Manifest veröffentlicht, welches dieselbe unter Berufung auf ihren Patriotismus beschwor, die Sache des Volkes zu der ihrigen zu machen. Das Heer, welches während der ganzen Revolution keine besondere Kampflust bewiesen hatte, stand der neuen Wendung der Dinge nicht feindlich gegenüber. General Bedeau berief die höheren Offiziere zu einer Versammlung und theilte als Resultat derselben der provisorischen Regierung die Unterwerfung der bewaffneten Macht mit. Die letzte Kaserne, die das Volk noch nicht eingenommen hatte, die von Oberst Sauboul vertheidigte Pepinière, öffnete ihre Thore, und auch die Besatzung des Forts Vincennes, welche eine ziemlich feindselige Haltung zeigte, mußte sich zu der Anerkennung der Regierung bequemen. Am Abend erschienen die Schüler von St. Cyr, gegen 600 Köpfe stark, vor dem Stadthause, um sich dem Vorgange der Armee anzuschließen. Der Sieg der Revolution war vollständig.

In den revolutionären Massen selbst aber gährte es ununterbrochen weiter. Die eigentliche treibende Kraft des Aufruhrs, die Socialisten und Communisten, waren mit dem Ausgange der Erhebung noch nicht zufrieden. Die Einführung der Republik, für die anderen das Endziel ihrer Bestrebungen, war für sie nur der erste Schritt zu der Gründung des socialistischen Zukunftstaates, wie er in den Theorieen St. Simons und seiner Nachfolger bereits fertig dastand. Von der provisorischen Regierung, deren Mehrzahl aus „blauen" Republikanern bestand, konnten sie eine freiwillige energische Förderung ihrer Pläne kaum erwarten, Grund genug für die socialrevolutionären Gruppen, ohne Weiteres die Agitation gegen die neue Obrigkeit zu beginnen. Nachdem schon den ganzen Vormittag des 25. hindurch mächtige Menschenmassen unter Lärmen und Schreien das Stadthaus umlagert, drang gegen Mittag eine neue Fluth

von Blusenmännern heran. Einem ihrer Führer, einem gewissen Marche, gelang es, sich durch die lebendigen Mauern zu drängen, welche rings das Gebäude umgaben. Die Flinte in der Hand, trat er in der höchsten Aufregung in den Sitzungssaal der Regierung, in welchem sich zur Zeit Lamartine, Blanc, Garnier-Pagès, Arago und Marrast befanden, und brachte ungestüm die Forderungen der Arbeiter vor. „Bürger! — die Organisirung der Arbeit — das Recht auf Arbeit in einer Stunde! — das Volk will es! — es wartet. . . .!" Mit Mühe wurde ihm begreiflich gemacht, daß man nicht in einer Stunde die Organisation der Arbeit durchführen könne, und er begnügte sich nun damit, die darauf bezügliche Petition eines gewissen de Lancy, Redacteur der «Democratie pacifique», vorzulegen.

Die Mitglieder der Regierung sahen, daß etwas geschehen müsse, um die Socialisten zu beruhigen. Es entspann sich eine sehr erregte Debatte; Louis Blanc suchte seinen Theorieen Geltung zu verschaffen, Lamartine und seine Anhänger traten ihm entschieden entgegen, Garnier-Pagès hielt vom Fenster aus eine Ansprache an das Volk, um dessen Ungeduld zu beschwichtigen. Das Ergebniß dieser Verhandlungen bildete folgendes zuerst von Blanc und Garnier-Pagès, dann von sämmtlichen elf Regenten unterzeichnete Schriftstück, das wichtigste und folgenschwerste, welches die provisorische Regierung erließ.

„Französische Republik.

Paris, 25. Februar 1848.

Die provisorische Regierung der französischen Republik verpflichtet sich, für die Existenz des Arbeiters durch seine Arbeit Gewähr zu leisten.

Sie verpflichtet sich, allen Bürgern Arbeit zu garantiren.

Sie erkennt es an, daß sich die Arbeiter mit einander verbinden müssen, um den rechtmäßigen Ertrag ihrer Arbeit zu genießen.

Die provisorische Regierung giebt die aus der Civilliste fällige Million den Arbeitern, welchen sie gehört."

Kurz vorher noch hatten Lamartine und seine Genossen erklärt, daß sie das Volk in keiner Weise betrügen, ihm daher auch nichts versprechen wollten, zu dessen Erfüllung sie nicht die feste Absicht besäßen. Und doch konnte die folgenschwere Bewilligung des Rechtes auf Arbeit, die sie jetzt erklärten, nur einer solchen Regierung ernst sein, die entschlossen war, das gesammte Staatswesen überhaupt in socialistischem Sinne umzugestalten. Ohne eine solche radikale Umwälzung aller Productionsverhältnisse blieb die „Organisation der Arbeit" ein Spiel mit den Träumen und Wünschen der Proletarier, ein Spiel, dessen blutiger Ernst sich in den Greueln der Junischlacht offenbaren sollte.

Der Ansturm der Socialisten war jedoch durch diese Bewilligung nicht abgeschlagen. Wenige Stunden später drängte sich eine neue Menge heran; rothe Fahnen flatterten in der Schaar, Schüsse krachten, und ein betäubender Lärm, aus welchem deutlich der stürmische Ruf: „Die rothe Fahne! — die rothe Fahne!" hervortönte, stieg zu dem Stadthause empor. Lamartine, Garnier=Pagès und Marie waren die einzigen augenblicklich anwesenden Mitglieder der provisorischen Regierung; die Gefahr drängte — was die Aufpflanzung der rothen Fahne bedeutete, konnten sie sich nicht verhehlen. Es war die Absetzung der Regierung, die Errichtung der rothen Republik, die Schreckensherrschaft der ersten Revolution. Gelang es nicht, die Massen zu beruhigen, zu zerstreuen, so waren die Folgen unberechenbar.

In diesem kritischen Augenblicke zeigte Lamartine eine Haltung, welche manche seiner späteren Schwächen und Fehler auszugleichen vermag. Während Garnier=Pagès von einem Fenster aus ohne sonderlichen Erfolg zu der Menge sprach, stieg Lamartine zu den bewaffneten Schaaren herab, aus deren Mitte ihm unablässig der Ruf nach der rothen Fahne entgegentönte. Kaum gelang es ihm Anfangs, sich verständlich zu machen, allein bald drang seine Stimme siegreich durch; der Lärm verstummte, Alles hing gespannt an den Lippen des Dichters, dessen große Rednergabe heute einen ihrer größten Triumphe feierte. „Bis zum Tode", schloß er seine Ansprache, „werde ich dieses blutige Banner von mir stoßen, und ihr müßtet es noch mehr verab=

scheuen als ich! — Die rothe Fahne, die ihr uns bringt, hat, durch das Blut des Volkes geschleift, 91 und 93 den Weg um das Marsfeld gemacht, die Tricolore aber hat die Welt durchzogen, mit dem Namen, dem Ruhme, der Freiheit des Vaterlandes!"

Die Wirkung dieser zündenden Worte war eine große; ein stürmischer Enthusiasmus erfaßte das heißblütige Volk, die rothen Fahnen verschwanden und fielen zerrissen auf das Pflaster, der Ruf: „es lebe die Republik!" — „es lebe die provisorische Regierung!" ertönte von allen Seiten. Die Gefahr war beschwichtigt.

In Folge dieses Vorfalles erließ die Regierung unverzüglich Verordnungen, in welchen die dreifarbige Fahne mit der Inschrift „Französische Republik" zum Nationalbanner erklärt und der gallische Hahn als das Wappenthier Frankreichs bezeichnet wurde.

Der ereignißreiche 25. Februar ging zu Ende. Die provisorische Regierung hatte sich standhaft behauptet, auch der Widerstand, welchen der Polizeipräfect und Socialist Caussidière und sein Genosse Sobrier zu leisten versuchten, war vergeblich gewesen. Die Regierung trat des Abends wieder vollzählig zusammen, nachdem während des Tages ein Theil der Mitglieder sich ihren Ministergeschäften gewidmet hatte, erließ ein neues beruhigendes Manifest und erklärte sich in Permanenz. Die Nacht verging ruhig, doch noch war die Zeit der Kämpfe nicht vorbei.

Der Morgen des 26. zeigte dasselbe Bild wie der des vorhergegangenen Tages. Wieder erfüllten schreiende und lärmende Haufen den Platz vor dem Stadthause, wieder erschien hier und da die rothe Fahne und flatterte sogar — allerdings nur kurze Zeit — von dem Standbilde Heinrichs IV. herab. In dem Schooße der Regierung selbst erneuerte sich der Farbenstreit. Louis Blanc wollte die rothe Flagge nicht missen und setzte bei seinen Collegen wenigstens das Eine durch, daß ein von der Regierung erlassenes Manifest die rothe Rosette zum Nationalabzeichen erklärte. Auch der Schaft der Tricolore, zu deren Inschrift jetzt noch die Worte: „Freiheit — Gleichheit —

Brüderlichkeit" hinzugefügt wurden, sollte die Cocarde tragen. Außerdem erschien ein neuer Aufruf an das unten harrende Volk. Die Eingangssätze dieses ziemlich nichtssagenden Manifestes lauteten, wie folgt: „Das Königthum, unter welcher Form es auch auftreten mag, ist abgeschafft. Kein Legitimismus, kein Bonapartismus, keine Regentschaft mehr! Die provisorische Regierung hat alle erforderlichen Maßregeln getroffen, um die Wiederkehr der alten oder die Ankunft einer neuen Dynastie unmöglich zu machen".

Louis Napoleon war um diese Zeit bereits auf dem Wege nach Paris begriffen.

Bald darauf erließ die Regierung gemäß der Anerkennung des „Rechtes auf Arbeit" und der Nothwendigkeit der „Organisation der Arbeit" folgende inhaltsschwere Verordnung:

„Im Namen des französischen Volkes! Die provisorische Regierung der Republik verordnet die unverzügliche Errichtung von National-Werkstätten. Der Minister der öffentlichen Arbeiten (Marie nicht L. Blanc) ist mit der Vollziehung des gegenwärtigen Befehles beauftragt.

Die Mitglieder der provisorischen Regierung."

Diese Maaßregel war, wie Garnier-Pagès versichert, „weder der Ausfluß eines machiavellistischen Gedankens, noch einer socialistischen Theorie, sondern entsprang dem Drange der Verhältnisse, welcher kein Zögern und keinen Aufschub gestattete", und es ist wohl anzunehmen, daß die nicht communistisch gesinnten Mitglieder der Regierung ohne verrätherische Hintergedanken den Aufruf unterzeichneten. Allein jedenfalls waren sie sich der Tragweite ihrer Handlungen nicht ganz klar, erwogen sie nicht, daß die — später plötzlich erfolgte — Aufhebung der Werkstätten eine offenbare Rechtsverletzung in sich schließen mußte, und mithin nur eine solche Regierung, der es wirklich mit der Organisirung der Arbeit ernst war, dieselbe in Angriff nehmen durfte.

Es sei schon hier erwähnt, daß in den ersten Wochentagen des März die Errichtung der Werkstätten unter Vermittelung eines gewissen Thomas begann. Die Absicht, nur die in Paris befindlichen Arbeiter zuzulassen, mußte bald als undurchführbar

aufgegeben werden. Die Stockung des Handels und Verkehrs, die natürliche Folge der Revolution, hatte nicht nur in Paris, sondern in noch höherem Grade in den Provinzen die Massen der Handarbeiter brotlos gemacht. So waren namentlich in Lyon, der reichen, von einer heißblütigen Bevölkerung erfüllten Fabrikstadt, die Volksmassen in eine solche Gährung gerathen, daß die Regierung eilends hatte Arago dorthin entsenden müssen. Allen diesen Feiernden winkte nun in Paris ein sicherer und leichter Verdienst, kein Wunder, daß nicht nur aus ganz Frankreich, sondern selbst aus Belgien Schaaren von Blusenmännern eintrafen, und die Anzahl der Arbeiter, welche Anfangs 16000 betragen hatte, unaufhaltsam stieg. Schon zu Ende März waren 28 350 Personen in den öffentlichen Werkstätten beschäftigt. Ein jeder dieser Arbeiter erhielt zwei Franken täglich, während die Staatsfinanzen bereits dem Bankerotte entgegengingen, und, um die Folgen des unglücklichen Beschlusses zu vervollständigen, wußte die Regierung zunächst nicht einmal genug Arbeit für so viele feiernde Hände zu verschaffen.

An die Einführung der öffentlichen Arbeitsstellen schloß sich eine von Lamartine befürwortete, mit höchstem Enthusiasmus begrüßte Maßregel an, die Abschaffung der Todesstrafe, ein neuer Beleg, daß die zweite Republik nicht die Bahnen der ersten zu wandeln beabsichtigte. Nach dem Willen der äußersten Radikalen, welche bereits die Guillotine wieder aufgerichtet sahen, war dieser Entschluß allerdings nicht. Louis Blanc hatte sich am 25., an welchem Tage Lamartine zuerst seinen Gedanken geäußert, demselben heftig widersetzt, am nächsten Tage aber nachgegeben.

Mit der Todesstrafe wurde auch der Eid in politischen Dingen verbannt. Es schien, als ob ein Vorgefühl die Regierung jenen Meineid ahnen lasse, durch welchen sich drei Jahre später der Mann des 2. December auf den Thron schwang.

Endlich wurde noch am Abend beschlossen, Louis Philipp und seiner Familie die Mittel zur Flucht zu gewähren. Die Angst, in welcher der entthronte Herrscher an den Küsten der Normandie umherirrte, war grundlos. Die provisorische Regierung wollte weder ihn noch seine Rathgeber zur Rechenschaft ziehen.

Als die Nacht des 26. hereinbrach, hatte sich die Stellung der elf Männer unleugbar stark gefestigt. Von dem 27., einem Sonntage, zu welchem ein großes Verbrüderungs- und Freiheitsfest angesetzt war, mußten sie ihre endgültige Bestätigung erwarten.

Schon vom frühen Morgen des 27. ab herrschte auf allen Straßen, besonders aber auf dem Bastilleplatz, ein reges Treiben. Um zwei Uhr Nachmittags bewegte sich ein feierlicher Zug nach der Julisäule. Von berittener Bürgerwehr, den Offizieren von St. Cyr, den Polytechnikern und einer mächtigen Menschenmenge geleitet, begaben sich die Mitglieder der provisorischen Regierung unter den Klängen der Marseillaise nach der Julisäule, an deren Fuße bereits die Behörden, die Generalität, das Offiziercorps und zahllose Zuschauer versammelt standen. Es folgten die üblichen Ansprachen, von Arago, Dupont und Crémieux gehalten, und eine Parade der Nationalgarden. Kein Mißton störte das Fest. Der Ruf: „Es lebe die Republik“ und stürmischer Beifall empfing die Regierung, wo sie sich zeigte, und bewies, daß die große Masse des Pariser Volkes mit der Herrschaft der elf Männer einverstanden sei.

Ein ähnliches Versöhnungsfest, wenn auch viel kleineren Umfanges, fand einige Tage darauf am Grabe Armand Carrels, des am 24. Juli 1836 von Girardin im Duell erschossenen Publizisten statt, und am 4. März wurde am Fuße der Julisäule eine Gedächtnißfeier zu Ehren der in der Februarrevolution Gebliebenen abgehalten.

Der 27. Februar hatte der Regierung den Beweis geliefert, daß sie sich thatsächlich auf das Volk stützte. Ihre Stellung wurde von jetzt ab eine ganz andere. Zahlreiche Behörden und Körperschaften, wie die Handelskammer, der Ackerbaucongreß, der Staatsrath, der Rechnungs-, der Cassations- und Appellationshof, das Tribunal, die Akademie der Medizin, die Gesellschaft der Wissenschaften, der Schriftsteller, der Dramatiker, der Musiker, der Autoren und Componisten, der Maler, Bildhauer und Architekten, drückten der provisorischen Regierung ihre Ergebenheit aus. Selbst der Marschall Bugeaud zeigte am 28. dem Kriegsminister Subervie an, daß er seinen Degen dem Gouvernement zur Verfügung stelle. Die Geistlichkeit, den Erzbischof von Paris,

Denis Affre, an der Spitze, schloß sich dem Vorgange des Militärs an. Die Führer der constitutionellen Gruppen in der zersprengten Deputirtenkammer, Odilon Barrot, Thiers, Duvergier de Hauranne, Rémusat, Malleville u. A., erklärten sich bereit, die Regierung zu unterstützen. Was die Prätendenten betraf, so sahen deren Anhänger wohl ein, daß ein offener Widerstand gegen den Gang der Ereignisse unthunlich sei. Schon am 25. Februar schrieb Berryer, der Wortführer des Legitimismus, an seine Wähler in Marseille, daß es sich vor Allem darum handele, die provisorische Regierung zu halten, und der Prinz von Polignac, der Sohn des Ministers Carl X., trat freiwillig in ein Bataillon der Mobilgarde ein. Noch größeren Eifer entfalteten die Bonapartisten. Der letzte lebende Bruder des großen Corsen, Jerôme Bonaparte, dann Napoleon und der Sohn Lucians, Pierre Napoleon, versicherten die Regierung ihrer Ergebenheit. Das bedeutsamste dieser Schreiben aber war dasjenige, welches Louis Napoleon, der Kaiser der Zukunft, an die Volksmänner richtete.

„Das Volk von Paris hat durch seinen Heldenmuth die letzten Spuren der fremden Invasion getilgt. Ich eile aus meinem Exile herbei, um mich unter das soeben entrollte Banner der Republik zu stellen.

Ohne einen andern Ehrgeiz, als den, meinem Vaterlande zu dienen, kündige ich den Mitgliedern der provisorischen Regierung meine Ankunft an und versichere sie meiner Anhänglichkeit an die von ihnen vertretene Sache, wie meiner Sympathieen für ihre persönlichen Eigenschaften.

Empfangen Sie die Versicherung dieser Gefühle.

Paris, den 29. Februar 1848.

Louis Napoleon Bonaparte."

Der Aufenthalt Napoleons in Paris war nicht von langer Dauer. Die provisorische Regierung, welche fürchtete, daß aus seiner Anwesenheit in der Hauptstadt neue Verwickelungen entstehen möchten, forderte ihn auf, sich auf das Land zurückzuziehen, ein Befehl, welchem der Prinz unverzüglich Folge leistete.

Von den Vertretern der fremden Mächte erkannte zunächst der Gesandte der Vereinigten Staaten, M. R. Ruß, die Regierung an. Die meisten anderen folgten.

Durch die Huldigung aller Parteien und maßgebenden Persönlichkeiten gestützt, konnte sich die Regierung jetzt ungehindert der Ordnung und Leitung des Staatslebens hingeben. Die wichtigste Maßregel, welche sie zunächst vornahm, bezog sich wiederum auf die sociale Frage und war von der treibenden Kraft der Revolution, der communistischen Partei, veranlaßt. Am 28. Februar nämlich begab sich eine Anzahl von 2000 Arbeitern vor das Stadthaus und forderte stürmisch die Errichtung eines „Ministeriums des Fortschritts".

Der Gedanke eines solchen Ministeriums entstammte, wie nicht anders zu erwarten, Louis Blanc, welcher mit großem Eifer für die Verwirklichung desselben eintrat. Seine Collegen widerstanden; es entspann sich eine heftige Debatte, zu deren Schlusse der Socialistenführer seine Absicht, zu demissioniren, aussprach. Ein solcher Schritt, der eine völlige Spaltung der Regierung, die Aufhebung ihrer Autorität bedeutete, mußte unter allen Umständen verhindert werden. Man suchte L. Blanc zu versöhnen und schlug ihm vor, eine Commission zur Untersuchung aller auf die Arbeit und die Arbeiter bezüglichen Fragen einzusetzen, deren Vorsitz er führen solle. Louis Blanc erklärte sich damit einverstanden, ging hinab und beruhigte die Arbeiter, welche unter Absingung der Marseillaise sich entfernten.

Am 1. März fand im Palais Luxembourg die erste Sitzung dieser Commission statt. Es zeigte sich, daß die Arbeitgeber, erschreckt durch das Umsichgreifen der socialistischen Bewegung, zu Concessionen jeder Art bereit waren, so daß man sich sofort darüber einigen konnte, die Arbeitszeit in Paris von elf auf zehn Stunden, in den Provinzen von zwölf auf elf Stunden täglich herabzusetzen. Nachdem sich in den folgenden Tagen die Commission mit dem Projecte der Gründung von „Arbeiterstädten" beschäftigt, forderte sie durch Vermittelung der Regierung die Arbeiter auf, zu einer Versammlung, die am 10. März stattfinden solle, je drei Vertreter für jedes Handwerk zu entsenden. Zur festgesetzten Zeit wurde die Sitzung eröffnet; in demselben Saale des Palais Luxembourg, in welchem noch vor wenigen Wochen die Großen Frankreichs, die Mitglieder der Pairs-

kammer getagt, hatten sich jetzt 250 Blusenmänner eingefunden, um den Worten L. Blancs zu lauschen, welcher das Programm der Commission darlegte. Zu der nächsten Versammlung, am 17., hatte die Regierung auch Vertreter der Arbeitgeber, gleichfalls drei für jede Industrie, eingeladen. Das Ganze nahm mehr den Charakter eines aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten Parlaments als einer Commission an. Louis Blanc und neben ihm als Vicepräsident Albert leiteten mit unermüdlichem Eifer die Verhandlungen, welche vergeblich das alte und ewig neue Räthsel der socialen Frage zu lösen trachteten.

Inzwischen hatte die provisorische Regierung den Adel und alle Orden, mit Ausnahme der Ehrenlegion und der Juli-Decoration, abgeschafft — wozu später die Aufhebung der Sklaverei in den Colonieen kam — und durch zwei Sachverständige, Cormenin und Isambert, das Wahlgesetz ausarbeiten lassen, welches darauf am 5. März im „Moniteur" veröffentlicht wurde. Das Gesetz war kurz und bündig. Die Wahlen wurden zu dem 9., die Zusammenkunft der Nationalversammlung zu dem 20. April ausgeschrieben. Jeder unbescholtene Franzose von 21 Jahren besaß das active, jeder, der das 25. Jahr erreicht, das passive Wahlrecht. Die Wahlen sollten allgemein, direct und geheim sein, die Zahl der Volksvertreter 900 betragen. Auch der Armee wurde das Wahlrecht zuerkannt.

Die Stellung Frankreichs dem Auslande gegenüber wurde durch ein Circular an die Gesandten präcisirt, welches, von Lamartine als Minister des Auswärtigen verfaßt, am 5. März im „Moniteur" erschien. Das langathmige, in einem der Diplomatie ungewohnten Pathos geschriebene Schriftstück erregte großes Aufsehen. Sein Inhalt besagte in kurzen Worten, daß die französische Republik sich zwar nicht mehr an die Verträge von 1815 gebunden erachte, aber bemüht sei, den Frieden mit allen Nachbarstaaten zu erhalten. „Der Ruhm verblendet den Patriotismus. Der Glanz eines sieggekrönten Namens verhüllt den Angriff auf die Souveränetät des Volkes. Die Republik will den Ruhm — ohne Zweifel, — aber sie will ihn für sich selbst, nicht für einen Cäsar oder Napoleon!"

Während die Regierung somit bemüht war, auch nach außen alle Schritte des einstigen Jakobinerthums zu vermeiden, und anderseits sämmtliche europäische Staaten so sehr mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigt waren, daß sie nicht an Krieg gegen Frankreich denken konnten, glaubte man doch in Paris der umfassendsten Sicherheitsmaßregeln gegen etwaige Angriffe des Auslandes nicht entrathen zu können. Auf Lamartines Vorschlag wurde beschlossen, am Rhein, am Var, in den Pyrenäen Armeen aufzustellen und die im Budget festgesetzte Zahl von 382000 Soldaten um 220000 zu erhöhen. Eine „Commission zur Organisation der nationalen Vertheidigung“ wurde eingesetzt, welche alsbald einen Specialcredit von 114 Millionen Francs verlangte.

Diesen Forderungen, verbunden mit den Ausgaben, welche die Nationalwerkstätten und die Erledigung der laufenden Geschäfte nöthig machten, war die Staatskasse nicht mehr gewachsen. Einem Bestande von 192 Millionen stand ein Debet von 900 Millionen gegenüber, die Einnahmequellen versiegten bei dem Stocken des Handels und Verkehrs zum größten Theile, und ein Staatsbankerott schien unabwendbar. Goudchaux, der Finanzminister, hatte, an der Lösung der Situation verzweifelnd, schon am 5. März seine Entlassung eingereicht. Garnier-Pagès wurde sein Nachfolger, während die Regierung an seiner Stelle Marrast zum Maire von Paris ernannte. Man entschloß sich nunmehr zu den außerordentlichsten Maßregeln; eine National-Anleihe wurde ausgeschrieben, die Güter der Orléans zum Theile veräußert, die Staatswaldungen verpfändet, die directen Steuern um 45 Centimes auf den Frank erhöht und Banknoten mit Zwangskurs ausgegeben, späterhin sogar die Sparkassen-Einlagen über 100 Francs nicht baar zurückgezahlt, sondern durch Staatsschuldscheine ersetzt.

Die Aufregung in Paris war inzwischen nicht gewichen. Die Zeiten der ersten Revolution mit ihrem lärmenden Straßentreiben, ihrer zügellosen Presse und den allmächtigen Klubs schienen zurückzukehren. Die Zeitungsstempel und die Caution waren aufgehoben, eine ganze Reihe von Blättern, meist der radikalsten Gesinnung, schoß empor. Außer den schon früher

bestandenen Zeitungen: «Débats», «Constitutionel», «Siècle», «Commerce», «l'Union», «Patrie», «Courrier français», «Presse», «National», «Reforme», erschienen jetzt die: «Assemblée Nationale», «Liberté», «République», «Vraie République», «Ami du Peuple», «Peuple constituant», «Commune», «Démocratie pacifique», «Populaire», «l'Atelier» und andere. Einen noch weit größeren Aufschwung hatte das Vereinswesen genommen, zumal die politische Amnestie einer ganzen Reihe von Verschwörern, Blanqui an der Spitze, die Kerkerthüren geöffnet hatte. Von diesem Letzteren war der gefürchtetste Klub, die «Société républicaine centrale» gegründet worden. Unter dem Einflusse Caussidières und Sobriers stand der «Club des droits et des devoirs», dem «Club des droits de l'Homme» saß Villain vor. Im Saale Montesquieu fanden die «Réunions Icariennes» unter Cabets Präsidium statt, die Fourieristen hatten sich in der «Démocratie pacifique» vereint, während das «Centre actif» sämmtliche Socialisten zusammenhielt. Weiterhin gab es einen «Club du deux Mars», einen «Club démocratique central», eine «Société républicaine et patriotique de l'Atelier», dann die Klubs «de l'Egalité», «des Prévoyants», «du Progrès démocratique», «des Amis fraternels de la Montagne», «du Faubourg St. Antoine», «des Travailleurs», «de Popincourt», ein «Comité de Elections pour l'Assemblée nationale», ein «Comité central des Elections générales».

Weiterhin entstand ein «Club des Décorés et des Blessés de Juillet», eine «Association républicaine pour l'Enseignement nationale»; die Offiziere, Handlungsdiener, Beamten, Typographen, die Protestanten, die Provençalen und Auvergnaten schlossen sich zusammen. In der Folge entstand außer dem «Club de barreau de Paris» der «Club des amis de noirs» und der «Club de la fraternité universelle». Die Frauen gründeten den «Club de l'émancipation des femmes» und den «Club des Vésuviennes», die Taubstummen vereinigten sich in der «Société centrale républicaine des sourds et muets de France». Endlich wurde als Centralleitung des Ganzen der „Klub der Klubs" gegründet.

Jedes Arrondissement hatte seinen eigenen Verein; die in Paris lebenden Deutschen, Polen, Italiener und Belgier schlossen sich zu Klubs zusammen.

Die Gesammtzahl aller dieser Verbindungen stieg rasch von 150 — dies war ihr Stand zu Ende März — bis auf das Doppelte.

Diese vielfältig unter einander gespaltenen und sich gegenseitig befehdenden Klubs waren das Heer, über welches L. Blanc und seine Genossen befehligten. Die Führer der Socialisten wußten es, daß hinter diesen Vereinen die große Masse des „Volkes", die Blusenmänner und Proletarier standen, und waren entschlossen, ihre Macht auszunutzen.

Der Verlauf des März und April in Paris wird im wesentlichen durch den Kampf zwischen den gemäßigt-republikanischen Mitgliedern der provisorischen Regierung und den socialrevolutionären Klubs dargestellt, ein Kampf, welcher sich bis zu dem Zusammentritt der Nationalversammlung durchaus zu Ungunsten der rothen Republikaner entschied. Die Klubführer waren unzufrieden mit dem Gange der Dinge. Die Nationalwerkstätten erfüllten nicht die Hoffnungen, die man auf sie gesetzt, obwohl die Zahl der Arbeiter stetig zunahm; die Commission im Palais Luxembourg arbeitete ihnen zu langsam und verlor sich in theoretische Erörterungen. In der provisorischen Regierung selbst endlich vermochten L. Blanc und sein Schildknappe Albert gegen Lamartine, Garnier-Pagès und Genossen nicht mit ihren Plänen durchzudringen.

Unter diesen Umständen stellte die socialistische Partei eine überraschende und auf den ersten Blick befremdende Forderung auf. Sie verlangte die Verschiebung der Wahlen zu der Nationalversammlung. Blanqui, Barbès und die sonstigen Communistenhäupter wußten sehr wohl, daß die Provinzen — von einzelnen großen Fabrikstädten abgesehen — ihren Lehren unzugänglich waren, und mithin die Mehrzahl des neuen Parlamentes eine ablehnende Haltung gegen den Communismus einnehmen werde. Es galt mithin, die Zeit bis zum Zusammentritte jener Versammlung zu benutzen. Die provisorische Regierung war keine legale Behörde; man mußte versuchen, sie zu terrorisiren oder,

wenn sie fest bleiben sollte, durch ein neues revolutionäres Directorium zu ersetzen.

Die Regierung traf gerade in dieser Zeit, in der ersten Hälfte des März, verschiedene Maßregeln, welche eine große Aufregung hervorriefen. Sie hatte die bisherigen Präfecten der Departements, welche sich unter dem Guizot'schen Regimente zum großen Theile in Wahlumtriebe und Wahlbeeinflussungen jeder Art eingelassen hatten, durch Regierungscommissäre ersetzt. Ledru-Rollin hatte als Minister des Innern diese Commissäre angestellt und am 12. März seinen jakobinischen Neigungen folgend und, ohne seine Collegen zu befragen, durch ein im „Moniteur" veröffentlichtes Circular mit Vollmachten ausgerüstet, welche es jenen an die Hand gaben, die Scenen der ersten Revolution in den Provinzen zu erneuern. Ihre Herrschaft sollte eine „revolutionäre" und unbegrenzte sein, die Militär- und Civilbehörden sich ihnen unterordnen.

Thatsächlich befolgten die Commissäre die Instructionen allerdings nicht, sondern traten überall mit großer Vorsicht und Schonung auf, aber der Anstoß zu einer heftigen Zeitungsfehde und einer allgemeinen Aufregung war gegeben. Die Regierung selbst beschloß, bei Gelegenheit eine beruhigende Kundmachung zu verbreiten und in Zukunft wichtige Erlasse nur in gemeinsamer Berathung zu beschließen.

Bald darauf wurden die bisher bei jeder Legion der Nationalgarde bestandenen Grenadier- und Voltigeur-Compagnieen aufgehoben, was eine große Unzufriedenheit erzeugte. Die Bürgerwehr protestirte gegen die Auflösung ihrer Elitecorps und beschloß, eine Kundgebung zu veranstalten. Gleichzeitig betrieben die Klubs mit größtem Eifer eine Demonstration, welche die Verschiebung der Wahlen der Regierung nahelegen sollte. Von zwei Seiten stieg das Ungewitter über dem Stadthause herauf.

Schon am Morgen des 16. März herrschte jene lebhafte Bewegung auf den Straßen, durch welche sich gewöhnlich der Ausbruch von Unruhen anzukündigen pflegte. Gegen zwei Uhr Nachmittags hatte sich die Nationalgarde versammelt und setzte sich nach dem Stadthause in Bewegung. Die ersten Anzeichen waren drohend; Arago und Ledru-Rollin wurden mit Schreien

und Pfeifen empfangen; selbst der Commandeur der Bürgerwehr, General Courtais, vermochte erst nach langen Bemühungen zum Worte zu kommen und die Versammelten aufzufordern, eine Deputation in das Stadthaus zu schicken. Dies geschah; in einer längeren Rede hielt Arago den Abgeordneten der Bürgerwehr die Gefahren vor, die sich aus solchen Demonstrationen entwickeln mußten, und versicherte sie der besten Absichten der Regierung. Seine Worte machten Eindruck; die Deputation zog sich, nachdem der Sekretär der Regierung, Paguerre, ihr noch einige beruhigende Aufklärungen gegeben hatte, zurück, die Compagnieen zerstreuten sich, die Gefahr war für diesen Tag abgewandt.

Allein für den nächsten Morgen war — unter dem Vorwande einer Gegenmanifestation — eine allgemeine Arbeiterkundgebung angesetzt, deren Folgen unberechenbar sein mußten. Durch Anwendung der Gewalt konnte die provisorische Regierung sich nicht zu schützen hoffen; die Nationalgarde war, wenn auch für den Augenblick beruhigt, doch ganz unzuverlässig, die Mobilgarde im Entstehen begriffen und größtentheils aus dem Arbeiterstande entnommen, die Zahl der Linientruppen sehr gering. Gelang es den Klubs, die großen Massen des Volkes gegen die Regierung zu führen, so war deren Fall unvermeidlich.

Eine Commission von dreißig Individuen hatte die Leitung der Demonstration in die Hand genommen und trat am 17., Morgens 9 Uhr, zusammen. Bald füllten sich die Straßen mit Arbeitermassen, immer neue Schaaren strömten herzu, die große Allee der Champs-Elysées bedeckte sich mit einer Menge von mehr als 150 000 Menschen. Gegen 11 Uhr setzte sich die ganze Masse, in Reihen geordnet, nach dem Stadthause in Marsch. Die Haltung der Versammelten war eine ruhige und friedfertige, allein an der Spitze des Zuges, denselben führend und leitend, zogen, 4—5000 Mann stark, die Klubbisten, Blanqui und Genossen als Führer voran, und geleiteten den Ausschuß der Dreißig bis zu dem Regierungsgebäude. Die Abordnung wurde vorgelassen und verlas eine Adresse, in welcher sie die Entfernung der Truppen, die Verschiebung der Wahlen zur Nationalgarde bis zum 5. April, der zur Nationalversamm-

lung bis zum 31. Mai forderte und mit einer ziemlich unverhüllten Drohung schloß.

Louis Blanc und Lamartine antworteten und überzeugten in einer längeren Rede die Abgeordneten, daß die Regierung von dem besten Willen beseelt sei, den Wünschen des Volkes Rechnung zu tragen. Die Dreißig begaben sich zufrieden, schüttelten Lamartine die Hand und begaben sich zu dem Volke zurück, welches mit Ungeduld den Erfolg der Verhandlungen erwartete und sich die Zeit mit der Absingung der Marseillaise und des Liedes der Girondisten verkürzte. Die provisorische Regierung war der Volksdeputation gefolgt; als sie auf einer in der Eile hergerichteten Tribüne erschien, begrüßte sie stürmischer Beifall der versammelten Zehntausende, — ein Beweis, daß den breiten Schichten des Volkes der Gedanke, die Regierung zu stürzen, fremd war. Unter andauernden Hochrufen defilirte die Menge an dem Stadthause vorbei nach der Julisäule zu, hörte mit Beifall die an verschiedenen Orten von Crémieux, Ledru-Rollin u. A. gehaltenen Reden und ging dann ruhig aus einander. Der gefürchtete 17. März war vorüber.

Die Folgen des Tages äußerten sich in verschiedener Weise. Zunächst boten Blanc und Albert ihre Demission an, zogen dieselbe aber auf Zureden ihrer Collegen wieder zurück. Was die in der Adresse enthaltenen Wünsche betraf, so beschloß die Regierung mit sieben gegen drei Stimmen, bei den Wahlen der Nationalgarde den bestimmten Tag festzuhalten. Auch zu Gunsten der Beibehaltung des Termins für die Parlamentswahlen liefen aus den Provinzen zahlreiche Zuschriften und Berichte der Commissäre ein, doch beschloß man, hierin dem Willen der Klubs nachzugeben. In der Sitzung des 26. März wurden die Wahlen zu der französischen Nationalversammlung auf den 23. April, der Zusammentritt der Körperschaft auf den 4. Mai verschoben.

Die Stimmung in der Hauptstadt blieb immerhin noch eine sehr erregte. Am 29. März kam es vor dem Redactionsbureau eines mißliebigen Blattes, der von Girardin geleiteten „Presse", zu Ansammlungen und Tumulten, auf dem Marsfelde fanden in den nächsten Tagen große Demonstrationen der Klubs statt. Die Regierung nahm zur selben Zeit Veranlassung, ihre Polizei-

macht zu verstärken, indem sie die aus Februar-Kämpfern zusammengesetzte und zur Bewachung des Stadthauses dienende «Garde républicaine» auf 600 Köpfe brachte, und das Corps der «Gardiens de Paris» schuf. Am 19. März legte Subervie sein Amt nieder, dessen Anstrengungen der greise General nicht gewachsen war, und übernahm an Gérards Stelle das Kanzleramt der Ehrenlegion, während Arago, nachdem Cavaignac abgelehnt, sein Nachfolger im Kriegsministerium wurde. In den Commandostellen der Armee wurden bald darauf zahlreiche Aenderungen vorgenommen. Am 17. April erschien ein Dekret, welches 38 Divisions- und 27 Brigade-Generale, sowie 30 Stabsoffiziere zur Disposition stellte.

Die Socialisten entwickelten inzwischen die größte Thätigkeit, um die Scharte des 17. März auszuwetzen; die vielfachen und eingehenden Unterhandlungen, welche als Vertreter der Regierung Lamartine mit den Klubhäuptern, Blanqui, Raspail, Barbès, Sobrier, Cabet u. s. w. pflog, hatten keinen Erfolg. Eine neue große Demonstration wurde beschlossen. Der Anstoß hierzu ging von dem „Arbeiter-Parlamente“ im Palais Luxembourg aus, welches sich zur gründlicheren Berathung der socialen Frage in mehrere Unterabteilungen, die „Allgemeine Arbeiter-Commission“, die „Commission der Arbeitnehmer und Arbeitgeber“, die „Commission der besonders in der politischen und socialen Oekonomie Erfahrenen“, endlich in ein Wahl- und ein Executivcomité gespalten hatte. Von diesem letzteren «Comité d'action» wurde eine Wiederholung der Manifestation des 17. März auf Sonntag, den 16. April, festgesetzt. Versammlungspunkt sollte das Marsfeld, Schlagwort die „Organisation der Arbeit“ und die „Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ sein.

Vom 14. April ab gerieth alles in Bewegung. Das Palais Luxembourg trat mit den öffentlichen Werkstätten in Verbindung, die Klubs agitirten, ihre Centralleitung, der „Klub der Klubs“, erklärte sich in Permanenz. Andererseits traf auch die Regierung alle Anstalten, um dem drohenden Sturme zu begegnen. Der 15. verstrich unter Berathungen, welche nach Lage der Dinge zu keinem Beschlusse führen konnten. Man vermochte wohl die dringendsten Vorsichtsmaßregeln zu treffen, das Stadthaus zu

besetzen, Patrouillen durch die Straßen ziehen zu lassen u. dgl., allein die Entscheidung des Tages lag darin, ob die Nationalgarde die Regierung unterstützen oder den Dingen ihren Lauf lassen werde. In aller Eile schaffte man noch die Salzsteuer ab, um das Volk günstig zu stimmen, und sah dann den Ereignissen entgegen.

Der Morgen des 16. April bot die gewohnten Symptome einer Straßenbewegung; große, meist zwecklos umherziehende Menschenmassen, Fahnen mit Inschriften aller Art, die Klänge der Marseillaise und des Girondistenliedes, die Ansprachen der Volksredner. Wiederum umringten gegen Mittag unabsehbare Massen das Stadthaus, ohne daß man recht die Stimmung derselben zu erkennen vermochte, abgesehen von derjenigen der Klubs, welche offen ihre Umsturzpläne zur Schau trugen. Inzwischen hatte Lamartine den General Duvivier, den Commandeur der Mobilgarde, beschworen, zum Schutze der Regierung heranzurücken, und gleichzeitig Ledru-Rollin, mit der Erklärung, „er wolle nicht die Republik und Frankreich Blanqui in die Hände spielen“, den General de Courtais aufgefordert, die Bürgerwehr zu versammeln. Die Alarmtrommel tönte durch die Straßen und bald bot sich Lamartine, Marrast und ihren Genossen, welche in höchster Spannung an den Fenstern des Stadthauses standen, ein überraschender und erfreulicher Anblick. In rascher Folge erschienen hinter einander die Bataillone der Mobilgarde, die Legionen der Bürgerwehr, mit den Polytechnikern und Medizinern und der Schule von St. Cyr vereint, auf dem Platze. Immer neue Abtheilungen rückten nach, selbst der Socialist Barbès marschirte an der Spitze der von ihm befehligten 12. Legion zum Schutze der Regierung vor Blanqui heran. Bald waren die Schaaren der Demonstranten von allen Seiten umringt, von einander abgeschnitten, und jeder Versuch eines Aufruhrs zur Unmöglichkeit gemacht. Hunderttausend Nationalgarden hielten das Stadthaus besetzt, der Anblick dieser imposanten Macht genügte, um erst die Klubführer zum Rückzuge, dann die Arbeiter zum Auseinandergehen zu veranlassen.

Kurz nach vier Uhr begaben sich Dupont, Marie, Crémieux, Carnot, Garnier-Pagès, Bethmont, Pagnèvre u. A., welche im

Finanzministerium den Verlauf des Tages abgewartet hatten, in das Stadthaus. Stürmischer Jubel, in welchen sich vielfach die Rufe: „Nieder mit den Communisten!“ mischten, begleitete sie auf ihrem Wege. Bis gegen Mitternacht defilirten die Nationalgarden und Arbeiter vor dem Stadthause vorbei, die ganze Stadt war festlich beleuchtet. Die Klubs hatten eine völlige Niederlage erlitten.

Am 20. April fand, auf Anordnung der provisorischen Regierung, eine große Versöhnungsfeier, das „Fest der Verbrüderung“ statt. Noch einmal schien sich an diesem Tage der Riß zwischen dem dritten und vierten Stande zu schließen. Die Spitzen der Behörden und die eben erst dem Kerker entronnenen politischen Gefangenen, die Generale des Julikönigthums und die Kämpfer des 24. Februar, die Vertreter der Geistlichkeit und die Häupter der Klubs, alle diese heterogenen Elemente vereinigten sich an diesem Tage inmitten der nach Hunderttausenden zählenden Festtheilnehmer zu einer Feier, welche alle politischen und sonstigen Gegensätze auslöschen sollte. Bis spät in die Nacht währte der Vorbeimarsch der Nationalgarden vor der Regierung, welche, am Fuße des «arc de l'étoile» stehend, den Deputationen der Armee die neuen Fahnen übergab. In friedlichster Eintracht verlief das Fest, von welchem der „Moniteur“ am nächsten Tage erklärte, „noch nie hat die Weltgeschichte bei irgendwelchem Volke ein so großartiges Schauspiel erblickt“. Acht Wochen später sollte allerdings die Welt ein noch großartigeres Schauspiel, die Junischlacht, sehen.

2.

Die Nationalversammlung.

Drei Tage nach diesem Feste, am Ostersonntag, begannen die Wahlen zur Nationalversammlung. Sämmtliche Parteien hatten eifrig gearbeitet, um die Aeußerung des Volkswillens zu beeinflussen. Es hatten sich, wie bereits erwähnt, verschiedene Wahlcomités gebildet, Emissäre reisten in den Provinzen umher, und die von der Regierung eingesetzten Departements=

Commissäre bemühten sich eifrig, die Bevölkerung zur Anerkennung der Republik zu stimmen. An einzelnen Orten führte die Hitze des Wahlkampfes Tumulte und selbst ernste Aufstandsversuche herbei, so in Limoges und namentlich in Rouen. In letzterer Stadt wurden Barrikaden errichtet — ihre Zahl soll 37 betragen haben — das Militär mußte, von General Gérard geführt, einschreiten und stellte nach blutigem Kampfe die Ruhe wieder her. Der 23. April kostete hier 11 Menschen das Leben; 76 wurden schwer verwundet, von welchen einige zwanzig noch späterhin starben.

Bald zeigte es sich, daß das Gesammtergebniß der Wahlen ein für die radicalen Republikaner und zumal für die Communisten und Socialisten höchst entmuthigendes war. Die Häupter der Klubs waren in Paris und den Seinedepartements gänzlich unterlegen. Keiner von ihnen erhielt mehr als 20000 Stimmen. Der Mann des Tages war Albert Lamartine. Er war in zehn Departements gleichzeitig gewählt worden und hatte $2^1/_4$ Millionen Stimmen, darunter 259800 des Seinebezirks, auf sich vereinigt. Auch die übrigen 33 Vertreter des letzteren Departements, Dupont, Arago, Garnier-Pagès, Marie, Marrast u. A. gehörten fast ausschließlich der „blauen" Republik an. Der Jakobiner Ledru-Rollin war erst als der 24., der Socialistenführer Louis Blanc als der 27. gewählt worden. Die Genossen des letzteren, Barbès, Raspail, Huber, Flotte, Cabet, Sobrier, waren sämmtlich unterlegen.

Konnten sich die gemäßigten Republikaner ihres Sieges freuen, so war dieses Gefühl bei den Monarchisten noch mehr gerechtfertigt. Legitimisten, Orléanisten und in geringerem Maße die Bonapartisten hatten ihre Rechnung bei den Wahlen gefunden. Von den Anhängern Heinrichs V. war der Führer Berryer mit zahlreichen Genossen, von den Clericalen de Montalembert gewählt worden. Die bekannten Parteiführer in der Deputirtenkammer des Julikönigthums kehrten, mit Ausnahme des später gewählten Grafen Molé und Thiers, fast sämmtlich zurück, so Dufaure, Rémusat, Odilon Barrot, Duvergier de Hauranne, de Beaumont, de Malleville. Alles in Allem hatten die Monarchisten wohl 130 Sitze errungen, aber auch unter denjenigen

Volksvertretern, welche sich nicht offen zu der Fahne der Napoleoniden oder Bourbons bekannten, gab es manche, deren republikanische Ueberzeugung keine unerschütterliche war.

Um die Mittagsstunde des 4. Mai wurde die Nationalversammlung in einem großen Saale des Palais Bourbon, welchen man in der Eile hergerichtet, feierlich eröffnet. „Kein Parlament einer Monarchie hätte einen Begriff des Schauspiels geben können, welches die neue Versammlung darbot. Die Zahl der Volksvertreter war so groß, daß man eher hätte glauben können, einen zu Berathungen versammelten Klub vor sich zu sehen, als einen Staatskörper, welcher im Begriffe stand, mit der Ausübung der Souveränetätsrechte zu beginnen. Die Verschiedenheit der Haltung, der Sprache, der socialen Stellung, selbst der Kleidung vermehrte noch die Verwirrung. Die alten politisch Verfolgten, ein Barbès, Baune, Martin Bernard, saßen neben ihren einstigen Richtern. Angehörige des Instituts, Mitglieder der Behörden, hohe Würdenträger stießen sich an Arbeiter, welche Gesetzgeber geworden waren wie sie. An der Seite der Bauern aus dem Westen, welche noch ihre ländliche Kleidung trugen, sah man Caussidière, welcher, sei es aus Excentricität, sei es aus Gehorsam gegen die Anordnungen der provisorischen Regierung (— welche es für nöthig gehalten hatte, durch ein Dekret vom 30. April das Costüm der Volksvertreter festzusetzen —) die Tracht des Convents, eine weiße Weste mit breiten Aufschlägen, trug. Von dem dunkeln Hintergrund der schwarzen Gewänder hoben sich die violetten Soutanen der Bischöfe und die weiße Robe des P. Lacordaire ab. Kein Band, keine vorgängige Uebereinstimmung zwischen allen diesen Menschen, welche aus allen Richtungen der Windrose die Laune des allgemeinen Stimmrechtes hier vereinigt hatte."

Der große Vorsprung, welchen die Franzosen vermöge ihrer längeren Erfahrung vor den anderen Nationen auf dem Gebiete des politischen Lebens besaßen, trat in den Eingangsverhandlungen ihrer Nationalversammlung besonders klar zu Tage. Von dem allgemeinen Wirrwarr, den unnützen Interpellationen und Anträgen, den unfruchtbaren theoretischen Erörterungen, mit welchen die deutschen Volksvertretungen ihre Zeit verloren, war

wenig oder nichts zu finden. Ohne Zeitverlust und Abschweifungen wurden die schwebenden Fragen in Angriff genommen und in einer Zeit erledigt, in welcher das Frankfurter Parlament beispielsweise kaum über die ersten allgemeinen Erörterungen hinausgekommen wäre.

Vom Justizministerium am Vendôme-Platz aus hatten sich die Mitglieder der bisherigen provisorischen Regierung nach dem Sitzungssaale begeben, woselbst Dupont de l'Eure die Volksvertreter begrüßte und mit einem Hoch auf die Republik schloß. Damit war die erste und wichtigste Frage, die Frage der Beibehaltung der republikanischen Staatsform, nahegelegt. Von allen Seiten, namentlich von Ollivier, Berger und Arago wurde die feierliche Anerkennung der Republik gefordert und im Laufe des 4. Mai nicht weniger als siebzehn Mal von der Versammlung ausgesprochen. Gegen Abend erschien auf Verlangen des den Sitzungssaal umlagernden Volkes die provisorische Regierung, von dem gesammten Parlamente begleitet, vor dem Palais Bourbon und wurde mit stürmischen Hochrufen auf die Republik empfangen.

Nachdem am folgenden Tage an Stelle des Alterspräsidenten Audry de Puyraveau der Deputirte Buchez zum Vorsitzenden der Versammlung mit einer schwachen Mehrheit — 386 von 727 Stimmen — erwählt und die Wahlprüfungen und sonstigen Formalitäten erledigt waren, legte am 6. Lamartine an Duponts Stelle Rechenschaft über die Maßnahmen der provisorischen Regierung ab. Seine lange Rede wurde günstig aufgenommen und anhaltender, einstimmiger Beifall begleitete seine Schlußworte: „Möge einst die Geschichtsschreibung unseres theueren Vaterlandes, weit ab und unterhalb der Schilderung der französischen großen Thaten, mit Nachsicht den Bericht dieser drei Monate einzeichnen, welche wir im leeren Raume, zwischen einer gestürzten Monarchie und einer entstehenden Republik zugebracht haben —; möge sie an Stelle der dunkeln und vergessenen Namen jener Männer, welche sich dem allgemeinen Wohle geopfert haben, nur zwei Namen auf ihren Seiten einschreiben, den Namen des Volkes, welches alles rettete, den Namen Gottes, welcher alles segnete — auf den Grundlagen der Republik!"

Es folgten die übrigen Mitglieder der provisorischen Regierung und sonstigen Persönlichkeiten, welche als Minister u. s. w. ein besonderes Amt verwaltet hatten, um der Versammlung die Resultate ihrer speciellen Thätigkeit vorzulegen. Flocon, Albert, Marrast, Ledru-Rollin, Garnier-Pagès, Crémieux, Carnot, L. Blanc, Arago, Marie, Bethmont bestiegen nach einander die Tribüne. Die Versammlung zeigte sich von sämmtlichen Ausführungen befriedigt und sprach sich am 8. Mai beinahe einstimmig — nur der Socialist Barbès und drei Genossen schlossen sich nicht an — dahin aus, „daß die provisorische Regierung sich wohl um das Vaterland verdient gemacht habe“.

Damit waren Lamartine und seine Collegen von der schweren Verantwortung befreit, welche ein Vierteljahr auf ihnen gelastet. Die legitime Behörde war jetzt die Nationalversammlung, und es fragte sich nur, in welcher Weise dieselbe am zweckmäßigsten ihre Herrschaft ausüben solle.

Daß das aus 900 Köpfen bestehende Parlament nicht unmittelbar, sondern nur durch einen, von ihm eingesetzten Ausschuß regieren könne, sah Jeder ein; allein über die Machtvollkommenheit, welche dieser Commission zu Theil werden sollte, gingen die Ansichten sehr aus einander, indem die Conservativen mehr zur Einsetzung eines parlamentarischen Ministeriums, die Radicalen und Demokraten mehr zur Errichtung einer förmlichen Executivcommission neigten. Am 8. Mai stellte der Deputirte Dornès einen Antrag in letzterem Sinne. Er forderte die Einsetzung einer aus fünf Köpfen bestehenden Regierung und ging so weit, dem Hause die Namen der Auszuerwählenden — Lamartine, Arago, Ledru-Rollin, Garnier-Pagès und Marie — vorzuschlagen. Diese Zusammenstellung, und besonders der Name des Jakobiners Ledru-Rollin erregte mannigfache Bedenken; eine sofort gewählte Commission von 18 Mitgliedern beschloß noch am Abend, dem Hause die Verwerfung des Antrages Dornès zu empfehlen, und schon schien, als am 9. die Sitzung eröffnet wurde, das Schicksal des Antrages entschieden, als Lamartine ungestüm für denselben in die Schranken trat und die Versammlung auf seine Seite zog. Die Errichtung eines Parlamentsministeriums wurde mit 411 gegen 385 Stimmen verworfen

und die Uebertragung der Regierungsgewalt an eine fünfgliedrige Commission beschlossen. Am 10. fand die Wahl statt. Auf Arago vereinigten sich die meisten — 725 — Stimmen; ihm folgte mit 715 Stimmen Garnier-Pagès und mit 702 Marie. Erst als vierter erschien Lamartine mit 643 Stimmzetteln auf der Liste — das erste Anzeichen, welches den Niedergang seiner unermeßlichen Popularität ankündigte. Ihm schloß sich als letzter Ledru-Rollin mit einer ganz geringen Majorität, 458 Stimmen, an. In den nächsten Tagen wurde das Cabinet formirt. Bastide und Jules Favre erhielten das Aeußere, Recurt das Innere, Duclerc die Finanzen, Crémieux die Justiz, Carnot, der Sohn des berühmten Kriegsministers der ersten Revolution und Vater des Präsidenten der dritten Republik, den öffentlichen Unterricht, Trélat die öffentlichen Arbeiten, Bethmont den Cultus, Flocon Handel und Ackerbau. Marineminister wurde der Admiral Cazy, das Portefeuille des Krieges wurde bis zum Eintreffen Cavaignacs dem Oberstlieutenant Charras anvertraut. Marrast und Caussidière blieben in ihren Stellungen als Maire von Paris und Polizeipräfect.

Die gesammte Zusammensetzung der neuen Executivbehörde gehörte nach der politischen Gesinnung zum Theil selbst nach den Persönlichkeiten der gemäßigt republikanischen Majorität der gewesenen provisorischen Regierung an. Die Minorität jenes Elfer-Ausschusses, L. Blanc und Albert, waren jetzt völlig übergangen.

Die Communisten konnten sich keinen Illusionen über die Behandlung hingeben, die sie von Seiten der Nationalversammlung zu gewärtigen hatten. Bei der Zusammensetzung der Regierung hatte man sie nicht berücksichtigt; ihre Anträge, so namentlich die Forderung eines „Fortschrittsministeriums", welche Louis Blanc am 10. Mai aussprach, wurden fast einstimmig zurückgewiesen.

Unter diesen Umständen wurde die Mißstimmung unter den Anhängern L. Blancs immer größer. Von einem großen Eintrachtsfeste, welches auf den 11. Mai angesagt war, hielten sie sich demonstrativ fern, und bald konnte es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Häupter der Klubs einen

gewaltsamen Handstreich gegen die Nationalversammlung im Schilde führten.

Den Vorwand zur Vorbereitung des Angriffes bot die Polenfrage. Zu Gunsten der unterdrückten Polen, deren Aufstand im Großherzogthum Posen um diese Zeit bereits niedergeschlagen war, sollte am 15. nach dem Beschlusse Sobriers, Hubers und der übrigen Socialistenführer eine große Demonstration stattfinden.

Auf beiden Seiten wußte man wohl, daß die Polenfrage, so viele Sympathieen sie auch unter der Pariser Bevölkerung besitzen mochte, nichts Anderes als das Mittel war, eine möglichst große Menschenmenge auf den Boulevards zu versammeln und dann die blinden Massen gegen das Palais Bourbon in Bewegung zu setzen. Die Regierung traf die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln, um namentlich die Nationalversammlung, für deren Sicherheit und Freiheit sie verantwortlich war, an dem kritischen Tage zu schützen. Es wurde beschlossen, am 15. die gesammten, wenig zahlreichen Linientruppen und die Garnisonen von Vincennes, Versailles, St. Denis, Fontainebleau u. s. w., ferner die Mobilgarden und je tausend Mann von jeder Bürgerwehrlegion bereit zu halten. Auf der Nationalgarde lastete die Hauptverantwortlichkeit des Tages; ihr fiel die Besetzung der wichtigsten Straßen und Plätze, ihr — und zwar der besonders conservativ gesinnten 1. Legion — die Bewachung des Palais Bourbon zu. Am Abend des 14. ertheilte der Chef der Nationalgarde, General de Courtais, dem Obersten der Bürgerwehr seine Befehle. Der General war jedoch, wie der nächste Tag zeigen sollte, seiner schwierigen Stellung nicht gewachsen. Des Operirens mit größeren Abtheilungen — er war früher Escadronschef gewesen — und des Befehlens ungewohnt, gab er unklare, zweideutige und mißverständliche Anordnungen und bereitete so die Scenen des 15. vor.

Die Nacht verging ruhig und noch in den ersten Morgenstunden des 15. zeigte Paris keine ungewöhnliche Bewegung. Allein von 9 Uhr ab begannen sich die Straßen zu füllen, die Führer der Klubs erschienen auf dem zum Sammelpunkte ausersehenen Bastillenplatz, die communistischen Gesellschaften, die

Mitglieder der Arbeitercommission im Palais Luxembourg, die Blusenmänner, zahlreiche Schaulustige folgten. Gegen halb 11 Uhr Mittags betrug die Zahl der Versammelten nahe an 25000. Ueber die Haltung der Menge konnte kein Zweifel sein. Zwar ertönten ab und zu Hochrufe auf Polen, zwar flatterten polnische, irländische und italienische Fahnen in dem Zuge, aber überall erklangen die Aeußerungen des Zornes gegen die Nationalversammlung, welche sich selbst tägliche Diäten von 25 Francs ausgesetzt habe und dem armen Manne seine dreißig Sous mißgönne. Volksredner haranguirten die Versammlung, welche über den Boulevard du Temple nach dem Madeleineplatz zog, die Gemüther erhitzten sich immer mehr, die Gefahr wuchs augenscheinlich.

Die Regierung, welche sich im Petit-Luxembourg befand, traf, von den Ereignissen unterrichtet, rasche und kräftige Maßregeln. Die Garnisonen der Nachbarstädte erhielten den Befehl, unverzüglich nach Paris zu marschiren, gegen Blanqui — welcher übrigens nur ungern an der Manifestation theilnahm —, Flotte, Lacambre und andere Klubführer wurden Verhaftungsbefehle erlassen. Alsdann trennte man sich. Arago und Garnier-Pagès blieben in dem Palais Luxembourg; Marie, Lamartine, Ledru-Rollin begaben sich zu der Nationalversammlung.

Die fehlerhaften Anordnungen de Courtais' machten sich jetzt immer mehr fühlbar. Die einzelnen Abtheilungen der Bürgerwehr marschirten planlos nach verschiedenen Punkten; andere blieben, auf bestimmte Befehle wartend, unthätig stehen, und die Verwirrung erreichte einen solchen Grad, daß der wichtigste Punkt, die Brücke an der Place de la Concorde, völlig unbesetzt blieb, obwohl die erste und später die vierte Legion allerdings sehr unbestimmte Befehle erhalten hatten, sich hier aufzustellen.

Ungehindert bewegten sich die Manifestanten inzwischen immer weiter vorwärts, bereits mit der ausgesprochenen Absicht, in die Nationalversammlung einzudringen. Vergebens warf sich ihnen Courtais persönlich entgegen; man ließ ihn nicht zu Worte kommen, schob ihn zur Seite und drängte nach der Ein-

trachtsbrücke, woselbst nur einige Hundert National- und Mobilgarden den Zugang zu dem Palais Bourbon bewachten. Die erste Legion, welche diesen wichtigsten Punkt innehalten sollte, stand inzwischen, auf bestimmte Befehle wartend, seit dem Morgen an der Mairie des ersten Bezirks. Ihr Commandeur de Tracy, hatte die Anordnungen Courtais' vom vorhergehenden Abend falsch aufgefaßt.

Die schwache Besatzung der Brücke machte, durch das Benehmen des Generals entmuthigt, Platz und ließ die anströmenden Massen sich bis an die Mauern des Palais Bourbon wälzen, woselbst, als einzige verfügbare Truppe, ein Bataillon Mobilgarde stand. Allein die Haltung dieser jungen Mannschaft war eine schwankende; sie weigerte sich, das Bajonett aufzupflanzen, und während man noch die Zeit mit fruchtlosen Verhandlungen vergeudete, erschienen bereits die Manifestanten am Eingange. Noch hoffte Courtais, den Andrang der Menge zu bannen, indem er eine Deputation von fünfzig bis sechzig Personen, Raspail und Blanqui an der Spitze, selbst in das Innere hereinließ, allein es war zu spät. Von allen Seiten drangen die Massen ungestüm ein; vergebens versuchte Lamartine, wie es ihm schon mehrmals geglückt, durch seine Rednergabe die Volkswuth zu bändigen. Er mußte das Sinken seiner Popularität schmerzlich erfahren; der Ruf: „Tod dem Lamartine!“ scholl ihm entgegen, er vermochte nicht zu Worte zu kommen.

In der Versammlung standen Interpellationen über die Lage Polens und Italiens auf der Tagesordnung. Es befand sich eben der Deputirte Wolowski auf der Tribüne, als verworrenes Geschrei das Nahen des Volkes ankündigte und gleich darauf die ersten Insurgentenhaufen unter Hochrufen auf Polen in die Kammer eindrangen. Noch versuchte Wolowski, durch Zurufe seiner Collegen ermuthigt, seine Rede fortzusetzen, allein bald zwang ihn das zunehmende Getöse, abzubrechen. Seine Worte, wie die Versuche des Präsidenten, Ordnung zu schaffen, verhallten spurlos in dem zunehmenden Lärme.

Binnen Kurzem bot die französische Volksvertretung dasselbe Bild, wie es am 24. Februar die Abgeordnetenkammer in ihrer

letzten Sitzung gezeigt hatte. Tobende Volksmassen, die Socialistenführer an der Spitze, erfüllten den Saal, die Deputirten beiseite drängend und niederschreiend. Mit Mühe war es L. Blanc, von welchem der Präsident einen Versuch zur Wiederherstellung der Ordnung erhoffte, gelungen, zu Worte zu kommen. Allein seine Ausführungen vermehrten nur die bereits herrschende Anarchie, da er die Verlesung der von dem Volke mitgebrachten Manifestation forderte. In der That bestieg der Socialist Raspail, welcher dem Parlamente nicht einmal als Mitglied angehörte, die Tribüne und verlas eine Petition, in welcher die Wiederherstellung Polens, auf friedlichem oder auf gewaltsamem Wege, gefordert wurde.

Die Unordnung wurde jetzt immer größer, Barbès und Blanqui sprachen von den Tribünen zu den Massen, während es Ledru-Rollin, welcher zur Besonnenheit mahnte, nicht gelang, mit seiner Stimme durchzudringen. Vergeblich suchten einige Socialistenführer selbst, Raspail u. A., Ordnung in das Chaos zu bringen, die Aufregung war so weit gediehen, daß Barbès von der Tribüne die Forderung aussprechen konnte, die Truppen aus Paris zu entfernen und die Volksvertreter, wenn sie sich weigerten, dies zu beschließen, für Vaterlandsverräther zu erklären. In dieser Weise ging der Tumult weiter; während von Außen bereits der Trommelwirbel der anrückenden Truppen hereinscholl, steigerten sich im Innern die Wuth und Verwirrung immer mehr, bis endlich der planlose Auftritt damit seinen Gipfelpunkt erreichte, daß der Communist Huber unter allseitigem Beifallsgeschrei die Nationalversammlung für aufgelöst erklärte.

Der Präsident und zahlreiche Mitglieder verließen nunmehr, thätlich bedroht und beschimpft, das Haus, nachdem das Parlament nahezu drei Stunden den Auflösungsversuchen des Volkes Widerstand geleistet hatte. Die Socialisten glaubten bereits völlig gesiegt zu haben. Während große Volksmengen in dem Palais Bourbon sich umherdrängten, die Klubführer im Triumphe durch den Saal trugen und eine rothe Fahne entfalteten, eilten Barbès und Albert, um, wie es drei Monate zuvor Lamartine gethan, hier eine neue Regierung auszurufen, während sich ein

gewisser Quentin nach dem Luxembourg, Sobrier nach dem Ministerium des Innern, Chancel nach der Direction der Posten begaben.

In diesem Augenblicke — es war nach vier Uhr Nachmittags — ertönte endlich der Tritt der anmarschirenden Truppen. Mobilgarden und Bürgerwehr rückten heran, und ihr bloßes Erscheinen genügte, um die Insurgenten zur eiligsten Flucht aus dem Palais Bourbon zu veranlassen. Von den Nationalgarden umringt und geschützt, betraten die Deputirten abermals den Sitzungssaal; der Finanzminister Duclerc bestieg die Tribüne und erklärte unter allseitigem Beifall: „Die Nationalversammlung ist nicht aufgelöst. Im Namen des französischen Volkes, welches durch eine niedrige und elende Minderheit nicht entehrt werden kann, nimmt die Versammlung ihre Arbeiten wieder auf!" Inzwischen waren Barbès und Albert mit einigen tausend Insurgenten nach dem Stadthause gezogen, welches ebenfalls sehr mangelhaft geschützt war, verdrängten Marrast und errichteten eine provisorische Regierung, deren Namen sie, auf kleine Zettel geschrieben, dem Volke herunterwarfen.

Selten ist wohl eine Regierung von so kurzer Dauer gewesen. Nach wenigen Augenblicken erschien bereits General Foucher, von Dragonern und Bürgerwehr begleitet, von Lamartine und Ledru-Rollin gefolgt, und verhaftete die beiden angeblichen Regenten. Ein Artilleriecapitän, erzählt ein Historiker, von einigen Mann begleitet, dringt in den Saal, in welchem sich Barbès aufhält. „Wer sind Sie?" fragt er ihn. — „Mitglied der provisorischen Regierung!" — „Der von gestern oder der von heute?" — „Der von heute!" — „In diesem Falle verhafte ich Sie!"

Ebenso wurden von den übrigen Führern des Aufstandes Sobrier, Quentin, Raspail und Blanqui — letzterer erst nach 14 Tagen — festgenommen, während es Huber, Chancel und einigen Anderen glückte, zu entfliehen. Gegen 7 Uhr Abends war der Putsch der Communisten, obgleich ihn ein so außerordentliches Glück begünstigt hatte, völlig niedergeschlagen. Zahlreiche Häuser waren festlich beleuchtet, Nationalgarden zogen unter dem Rufe: „Nieder mit den Communisten!" durch die

Straßen, zersprengten den Klub Blanquis und verfolgten die ihnen verdächtig erscheinenden Persönlichkeiten. Die Nationalversammlung hatte sich in Permanenz erklärt; sie gab Befehl, General Courtais in Anklagezustand zu versetzen und enthob ihn, welchem bereits früher seine eigenen Nationalgarden Säbel und Epaulettes weggerissen hatten, seiner Stellung als Chef der Bürgerwehr. Clement Thomas trat an die Stelle des Generals, dessen Unfähigkeit an diesem Tage nahezu den Verdacht des Verrathes erweckt hatte.

Zu denjenigen, welche am schwersten die Folgen des Tages empfanden, gehörte L. Blanc. Er hatte allerdings an der Manifestation keinen Theil genommen; allein man wußte wohl, welchen Einfluß er und seine Theorieen auf die Arbeiter besaßen. In den Wandelgängen warf sich ein Haufen Nationalgarden auf ihn, schlug und beschimpfte ihn und bedrohte ihn mit dem Tode, und als er daraufhin in der Versammlung selbst zu sprechen versuchte, vergaß diese, die bisher an diesem Tage ihre Würde so ziemlich gewahrt hatte, sich so weit, daß sie ihn niederschrie, mit Beschimpfungen überschüttete und zwang, die Tribüne zu verlassen.

Der Polizeipräfect Caussidière hatte während seiner ganzen Amtsführung eine mehr als zweideutige Haltung an den Tag gelegt. Er stand mit den Klubs in engster Verbindung, hütete sich aber wohl, offen, wie die Fanatiker des Communismus, seine Person für seine Ueberzeugung einzusetzen. Andererseits verhielt er sich gegen die Regierung sehr zurückhaltend, nahezu feindselig, und hatte, eine Krankheit vorschützend, an den Verhandlungen der letzten Tage nicht theilgenommen. Sein Benehmen während des 15. war ein solches gewesen, daß jene Liste einer provisorischen Regierung, welche Albert und Barbès verfaßt, ihn in seiner Stellung ließ, den besten Beweis, daß die Insurgenten ihn zu den Ihrigen zählten. Die Regierung schritt nunmehr energisch gegen ihn ein. Sie zog ihn noch am Abend zur Verantwortung und zwang ihn, sein Amt niederzulegen.

Die Regierung hatte einen vollen Sieg errungen, aber die Ursache der Unzufriedenheit bestand nach wie vor fort.

Der 15. Mai hatte der herrschenden Partei der gemäßigten Republikaner die Ueberzeugung beigebracht, daß es auf dem bisherigen Wege nicht weiter fortgehen könne. Mehr und mehr machten sich die verderblichen Folgen der Schwäche und Unentschlossenheit fühlbar, welche bereits unmittelbar nach dem Sturze des Julikönigthums die provisorische Regierung bewiesen, als sie, dem Drängen der Socialisten folgend, das Recht auf Arbeit und die Organisation der Arbeit in ihr Programm aufgenommen hatte. Das System der halben Maßregel, dieses nie fehlende Kennzeichen des Liberalismus von 1848, hatte zu der Errichtung der Nationalwerkstätten geführt. In großartigstem Maßstabe war scheinbar der Versuch zur Einführung staatlicher Erwerbsgenossenschaften gemacht worden, während doch in Wirklichkeit der Regierung die Absicht, derartige dauernde Einrichtungen zu schaffen, fern lag und sie die Kraft und den Muth nicht besaß, die Ansprüche des vierten Standes entschieden zurückzuweisen.

Inzwischen aber hatten die Nationalwerkstätten und die damit verbundene Bewegung einen Umfang angenommen, welcher sie als eine drohende und unmittelbare Gefahr für das Bestehen der „blauen" Republik erscheinen ließ. Die Zahl der auf Staatskosten unterhaltenen Arbeiter überstieg alle Erwartungen. Waren es ihrer nach den Angaben des Directors der «Ateliers nationaux», Thomas, am 15. März 14000, am 31. 30000 gewesen, so betrug ihre Menge bereits zu Ende März 40000, zu Mitte April 60000 Mann und stieg im Laufe des Mai auf weit über hunderttausend Köpfe.

Was sollte man nun mit diesen unermeßlichen Arbeitskräften beginnen? Niemand wußte es — weder die Arbeitercommission im Palais Luxembourg, noch der Director der Werkstätten, Thomas, am allerwenigsten aber die Regierung selbst. Unternehmungen, wie sie der Größe der vorhandenen Arbeitskräfte entsprachen, etwa das Graben von Kanälen, die Errichtung von Eisenbahnen, das Austrocknen der Sümpfe, ließen sich nicht aus dem Aermel schütteln, sondern erforderten mühsame und zeitraubende Vorbereitungen und nicht zum wenigsten auch Geld. Zudem hätte man zu solchem Zwecke die Arbeiter aus Paris entfernen müssen,

wogegen diese und ihre Führer sich auf das Entschiedenste sträubten. Endlich hatte die Revolution gerade eine Menge Arbeiter der Luxusindustrieen, welche schweren Arbeiten nicht gewachsen waren, brotlos gemacht.

So sah sich die Regierung genöthigt, die mißvergnügten Arbeiterschaaren durch die unnützesten und kleinlichsten Beschäftigungen hinzuhalten. Die auf den Boulevards während der Februar-Tage umgerissenen Bäume wurden weggeschafft, einige Wege ausgebessert, Steine aus den Schifffahrtsstraßen gebaggert, Dammbauten ausgeführt und dgl. mehr. Aber auch hierfür reichten die Geldmittel nicht aus. Um den Sold von zwei Franken, den der Arbeiter täglich erhielt, herabzusetzen, verfiel man auf einen Ausweg, der in schlagender Weise die unglaubliche Kurzsichtigkeit der Regierung bewies. Man beschloß, die einzelnen Arbeiter nur jeweils an einzelnen Tagen der Woche zu beschäftigen, den inzwischen Feiernden aber einen „Ruhesold" von einem Franc täglich zu gewähren. Hatte man gehofft, dadurch die Zahl der vom Staate zu Unterhaltenden zu vermindern, so sah man sich schwer getäuscht. Die Aussicht, bei völligem Müßiggange wenigstens so viel täglich zu erhalten, als zur Bestreitung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse erforderlich war, lockte immer neue Massen und gerade aus den Hefen der Gesellschaft herbei, während die wirklichen Arbeiter den Ruhesold als ein Almosen ansehen mußten, das zudem kärglich genug sie kaum vor dem Hunger schützte und ihren Groll gegen die Regierung noch mehrte. Gearbeitet wurde in den Werkstätten so gut wie gar nicht mehr; die Arbeiter standen in Gruppen umher, politisirten oder hörten auf die aufreizenden Reden der von den radicalen Klubs entsandten Agitatoren; andere zogen mit Hacke und Schaufel durch die Straßen, betheiligten sich an den Tumulten und zahlreichen Demonstrationen und namentlich an dem Pflanzen der Freiheitsbäume, einer sich fast täglich wiederholenden Feier.

Es wäre ungerecht, den Arbeitern selbst hieraus einen Vorwurf zu machen. Von der Regierung ohne genügende Beschäftigung gelassen, ja geradezu zum Müßiggange gezwungen, wurden sie allmählich völlig der Arbeit entfremdet und um so

leichter den Einflüssen der socialistischen Lehren zugänglich. Auch der Socialismus selbst kann für die Mißwirthschaft der Nationalwerkstätten nicht verantwortlich gemacht werden, da die Verwaltung derselben durch die antisocialistische Regierung erfolgte. Die Nationalwerkstätten waren nichts weniger als eine socialistische Einrichtung; sie waren ein ohnmächtiger Versuch der liberalen Regierung, ihr im Drange der Umstände gegebenes Versprechen der „Organisation der Arbeit" wenigstens scheinbar zu erfüllen. Die Regierung hatte etwas gelobt, was sie nie ernstlich zu halten gewillt war; sie allein traf die Schuld an dem ganzen verfehlten Unternehmen; mochte ihr Vertreter Emile Thomas sich auch in Monceaux die größte Mühe geben, Directoren, Unterdirectoren, Kassierer und Inspectoren ernennen, die Arbeiter in „Escouaden", Brigaden, Compagnieen und „Services" eintheilen, militärische Appells einführen und strenge Strafen festsetzen, das Chaos wurde immer größer und kein Ende abzusehen. In der zweiten Hälfte des Mai überstieg die Summe, die täglich in den Nationalwerkstätten aufging, 100000 Frcs.

Das Executivcomité hatte seit dem 15. Mai eine schwierige Stellung. Waren die Monarchisten und Socialrevolutionäre ihm schon von Hause aus feindlich gesinnt, so hatte es durch seine Schwäche an jenem Tage auch das Vertrauen der gemäßigten Republikaner, und damit den letzten Halt verloren. Was sollte es der Gefahr gegenüber beginnen, welche aus den Nationalwerkstätten ihm erwuchs und von Tag zu Tag an Schrecken zunahm? Unerwarteter Weise faßte die Regierung, welche am 17. Mai einen Ausschuß zur Prüfung der Sachlage eingesetzt, am 3. Juni in einem Ministerrathe einen Entschluß von jener übertriebenen und rasch verflackernden Energie, wie sie gerade schwache Naturen in der Gefahr oft zu entwickeln pflegen. An Stelle des Taglohnes sollte die Stückarbeit eingeführt, sämmtliche nicht seit einem halben Jahre in Paris wohnhaften Arbeiter entfernt, die Arbeiter zwischen achtzehn und fünfundzwanzig Jahren in das Militär gesteckt werden. Jeder Arbeiter, dem ein Handwerksmeister Beschäftigung bot, sollte verpflichtet sein, dieselbe anzunehmen. Den nach einer solchen Säuberung der Werkstätten übrig bleibenden Theil der Arbeiter wollte man in

Brigaden theilen und in der Provinz, vornehmlich in der Gegend von Lyon, verwenden.

Daß Thomas, der Director der Nationalwerkstätten, einen solchen Entschluß nicht billigen würde, war vorauszusehen. Schon am nächsten Tage erschien er bei dem Minister der öffentlichen Arbeiten, Trélat, und beschwor ihn, die Ausführung der beschlossenen Maßregeln zu verschieben. Allein die Regierung war gewillt zu handeln und entledigte sich des unbequemen Rathgebers, indem sie ihn am Abend des 25. Mai ohne weitere Skrupeln mit sanftem Zwange in die Provinz schickte. Thomas wurde um 9 Uhr Abends in das Cabinet Trélats gerufen und erhielt von ihm den Auftrag, sich unverzüglich nach Bordeaux zur Besichtigung der dortigen Kanalarbeiten zu begeben. Auf seine Weigerung wurde ihm angedeutet, daß man nöthigenfalls Gewalt anwenden werde. Thomas mußte sich fügen; er wurde von dem Minister höflich bis an die Thüre geleitet, bestieg in Gesellschaft zweier Agenten einen Wagen und fuhr ab. Die Regierung in Bordeaux hatte zuerst Befehl, ihn bei seiner Ankunft zu verhaften, ließ ihn aber dann, da Gegenbefehl eintraf, auf freiem Fuße.

In den Nationalwerkstätten zu Monceaux entstand begreiflicherweise eine große Aufregung, als die Nachricht von dem Handstreiche gegen den Director eintraf. Trélat, welcher sich am nächsten Tage zu den Arbeitern hinauswagte, mußte stundenlang mit ihnen verhandeln, um nur einen ruhigen Rückzug antreten zu können, und zu der am gleichen Abend erfolgten Einführung des neuen Directors Lalance schien die Aufbietung einer Truppenmacht von vier Bataillonen nothwendig.

Die beschlossenen Reformen einzuführen, wagte die Regierung jedoch nicht. Das Verhältniß zwischen den Arbeitern und dem Executivcomité war bereits ein so gespanntes, daß derartige Verordnungen unzweifelhaft eine blutige Lösung der Frage herbeiführen mußten. So schleppte man sich denn von Tag zu Tag hin; man sah die drohende Gefahr vor Augen, man wußte, daß sie unvermeidlich war, und wagte es doch nicht, ihr entgegenzutreten.

Und wie um die Verwirrung noch zu vermehren, betrat in den letzten Stunden vor dem Entscheidungskampfe der rothen

und blauen Republik ein neuer Streiter den Schauplatz. Der Bonapartismus war zu neuem Leben erwacht.

Es hat auf den ersten Blick etwas Befremdendes, daß diese Bewegung, deren Grundlage eigentlich schon seit 16 Jahren mit dem Tode des Herzogs von Reichstadt geschwunden war, ganz plötzlich in die breitesten Schichten des Volkes drang und mit staunenswerther Geschwindigkeit um sich griff. Die Ursache dieser Erscheinung lag im Wesentlichen darin, daß die Februar-Republik durchaus nicht das gehalten hatte, was bei dem Sturze Louis Philipps die Unzufriedenen erhofft. Legitimismus und Bürgerkönigthum waren seit dem Juli 1830 und dem Februar 1848 abgethane Sachen; nun hatte auch die Republik nichts Anderes als neuen Parteihader, drohenden Bürgerkrieg, Stocken des Handels und Verkehrs gebracht. Was war unter diesen Umständen natürlicher, als daß die öffentliche Meinung der vierten und letzten Regierungsform, dem demokratischen Kaiserthum, sich zuwandte, zumal seit dem Sturze des Corsen eine neue Generation emporgewachsen war, die nichts mehr von der Kriegsnoth und dem Elende, alles aber von dem Ruhme und Glanze jener blutigen Epoche wußte! Eine so günstige Zeit, um den Cäsarenthron wieder aufzurichten, kehrte nicht so leicht wieder, und es fehlte nicht an einem Manne, welcher die ihm dargebotene Gelegenheit rücksichtslos auszunutzen verstand.

Der Prätendent Louis Napoleon, der dritte Sohn des Ex-Königs Louis von Holland und seiner Gemahlin Hortense, war bisher für einen ungefährlichen politischen Abenteurer genommen worden. Nachdem er aus dem Gefängnisse von Ham, wohin ihn sein zweiter verunglückter Putschversuch zu Boulogne geführt, entkommen war, hatte er zurückgezogen und fast verschollen in London gelebt, von wo er sofort auf die Nachricht von der Februar-Revolution hin in Paris eintraf. Seines Bleibens in der französischen Hauptstadt war jedoch, wie berichtet, nicht lange, da ihn die provisorische Regierung zur unmittelbaren Rückkehr nach England veranlaßte.

Der Prinz hatte sich ohne Widerrede wieder nach London eingeschifft und war auch ruhig dort geblieben, als bereits drei seiner Vettern, die Söhne Lucians, Murats und Jeromes von

dem Lande in die Nationalversammlung gewählt worden waren. Seine Anhänger, Fialin-Persigny, Perrère, dann Laity, Clavel u. A. setzten indessen eifrig die Wühlarbeit für ihn fort. Mit dem Socialismus waren sie eng liirt, unterhielten aber auch zu den clericalen Kreisen Beziehungen und bereiteten, von einer großen Anzahl Zeitungen unterstützt, der Regierung immer wachsende Schwierigkeiten.

Wie weit die Dinge bereits gediehen waren, sollte der 4. Juni zeigen, zu welchem eine Reihe von 11 Ergänzungswahlen zu der Nationalversammlung ausgeschrieben war. Das Resultat dieser Wahlen mußte ein ziemliches deutliches Bild der in Frankreich herrschenden Stimmung geben, und es war ein solches, daß Schrecken die Anhänger der blauen Republik erfaßte. Nur wenige ihrer Anhänger, Victor Hugo, Moreau und Boissel, der Veranstalter des Bankettes vom 22. Februar, kamen durch. Von conservativer Gesinnten waren Thiers und Changarnier erwählt, während die Radicalen und Socialisten vier Candidaten durchbrachten. Allein wichtiger als dies Alles war die Thatsache, daß die Stadt Paris und drei Departements Louis Napoleon zu ihrem Vertreter in der Nationalversammlung erwählt hatten. Die Aufregung war allgemein und wurde um so größer, als der Bonapartismus nunmehr ganz offen hervortrat. Es kam auf den Straßen zu Kundgebungen für den Prätendenten, man unterzeichnete Adressen an ihn, sang bonapartistische Lieder, es hieß, daß die zweite Legion den Prinzen zum Oberst zu erwählen beabsichtige, daß ein Infanterie-Regiment in Troyes den Ruf: Hoch Napoleon! ausgestoßen habe, daß andere Regimenter zum Abfall bereit seien.

Die über die Bonapartes ausgesprochene Verbannung war noch nicht förmlich aufgehoben worden, obwohl drei Mitglieder der Familie bereits im Parlament saßen und man schon zu Anfang Juni dort diese Frage erörtert hatte. So konnte die Regierung von einem ihr zustehenden Rechte Gebrauch machen, als sie unter dem Eindrucke der Wahlen und der bonapartistischen Bewegung am 12. Juni sämmtliche Behörden anwies, Louis Napoleon zu verhaften, sobald er seinen Fuß auf französischen Boden setze.

Im Parlamente errang die Executivcommission mit diesem Decrete am selben Tag einen vollen Erfolg. Es wogte unruhig auf den Straßen von Paris hin und her, es fielen vereinzelte Schüsse auf mißliebige Persönlichkeiten, man wollte bereits den Ruf: «Vive l'Empereur!» gehört haben, kurz es geschah Alles, um der Nationalversammlung, zu welcher sich die Executivcommission unverzüglich begab, die Ueberzeugung von einem drohenden Staatsstreich aufzudrängen. Unter diesen Umständen wurde nach einer Rede Lamartines das Verhalten der Commission völlig gebilligt, die Verbannung Napoleons bestätigt und außerdem noch die Verhaftung Laitys und Persignys beschlossen.

Allein schon der nächste Tag sollte der Regierung zeigen, wie wenig sie sich auf das schwankende und unentschlossene Parlament stützen konnte. Zu Beginn der Sitzung des 13. führte Jules Favre aus, daß die Zulassung des in der Charente und an anderen Orten gewählten Prinzen ein Akt der Billigkeit und Gerechtigkeit sei und überzeugte die Versammlung vollständig, so daß sie, der Einsprache Ledru-Rollins ungeachtet, die Zulassung Napoleons beschloß. Schon am folgenden Tage traf darauf hin folgendes Schreiben des Prinzen aus Baden ein:

„Herr Präsident!

Im Begriff, mich auf meinen Posten zu begeben, erfahre ich, daß meine Wahl den Vorwand zu beklagenswerthen Unruhen, zu unheilvollen Irrthümern liefert. Ich habe die Ehre, Volksvertreter zu werden, nicht gesucht; noch weniger würde ich die Macht suchen. Wenn das Volk mir Pflichten auferlegt, so würde ich sie zu erfüllen wissen. Allein ich sage mich von allen denen los, welche mir ehrgeizige — mir völlig fremde — Bestrebungen unterschieben wollen. Mein Name ist ein Symbol der Ordnung, der Nationalität und des Ruhmes und mit lebhaftestem Schmerze würde ich es sehen, wenn er dazu dienen müßte, die Verwirrungen und Streitigkeiten im Vaterlande zu vermehren. Um ein solches Unglück zu vermeiden, würde ich es vorziehen, in der Verbannung zu bleiben; ich bin zu allen Opfern für das Wohl Frankreichs bereit! Haben Sie die Güte, Herr Präsident, meinen Collegen Kenntniß von diesem Schreiben zu geben."

Mit diesem Briefe hatte der Prätendent etwas zu voreilig seine geheimsten Pläne verrathen; denn die Phrase von den Pflichten, die das Volk ihm auferlegen könnte, konnte gar nicht mißverstanden werden und außerdem war das Wort „Republik„ in dem ganzen Schreiben sorgsam vermieden. Die Nationalversammlung gerieth in große Erregung und würde ohne Zweifel abermals die Verbannung des Prinzen beschlossen haben, hätte die Regierung die Gelegenheit benutzt, um so mehr, da bereits einzelne Haufen vor den Tuilerien die Einsetzung Napoleons als ersten Consul verlangten.

Allein während man noch stritt, traf am 16. Mittags ein neues Schreiben aus London ein. Zu allgemeinem Erstaunen legte Louis Napoleon darin, da „wider seinen Willen seine Wahl die Unordnung begünstige", mit lebhaftem Bedauern seine vier Mandate nieder. Damit schien die Angelegenheit für das Erste erledigt; denn nur die Wenigsten ahnten, was der Prinz mit seinem Schritte beabsichtigte, die Wenigsten erkannten, daß er die große Gabe besaß, auf sich warten zu lassen, um der Entwickelung der Dinge ruhig zuzusehen.

Während dieses bonarpartistischen Zwischenspieles war das Treiben in den Nationalwerkstätten in der alten Weise fortgegangen und die Regierung rathloser denn je. Zwar hatte sie am 4. Juni ein Decret veröffentlicht, dessen Verfasser der clericale Abgeordnete der Maine et Loire, Vicomte de Pollour war. Hiernach sollte der Stücklohn eingeführt, die Arbeiter, welche noch nicht ein Vierteljahr in Paris ansässig waren, auf Staatskosten in die Provinz gebracht, endlich die Arbeiten in den Departements begonnen und der Privatindustrie Handwerker aus den Werkstätten zugewiesen werden. Diese Beschlüsse, welche im Wesentlichen eine Milderung der früher von der Regierung gefaßten Pläne enthielten, durchzuführen, fehlte die Kraft. Es blieb Alles beim Alten. Der tägliche Aufwand für die Nationalarbeitsstätten stieg auf 170000 Frs. täglich, die Stimmung der durch Blätter wie der „Robespierre", die „Carmagnole" u. s. w. aufgeregten Arbeiter ließ ein Nachgeben ihrerseits nicht erhoffen, und schon seit Ende Mai gehörten Tumulte und Ansammlungen zu den täglichen Vorkommnissen.

Am 14. Juni kam die drohende Krisis in der Nationalversammlung wieder zur Sprache. Die Regierung, deren Geldmittel wie Tropfen auf einem heißen Steine schwanden, verlangte einen Credit von drei Millionen für die Werkstätten. Bei der Berathung hierüber sprach zum ersten Male im Namen der Liberalen Goudchaux das entscheidende Wort: „Die Nationalwerkstätten müssen, ich sage das Wort, ihrem ganzen Umfang nach verschwinden. Sie müssen verschwinden in Paris wie in den Provinzen. Sie sollen nicht verringert werden, verstehen Sie mich wohl, nein, sie müssen verschwinden!"

Was Goudchaux mit diesen Worten ausdrückte, hatte schon lange der liberalen Mehrheit der Volksvertretung wie der Regierung vorgeschwebt. Es hieß nichts Anderes, als daß die zweite Republik sich unfähig erklärte, ihr am 24. Februar gegebenes Versprechen auf Organisation der Arbeit einzulösen und entschlossen war, weiteren darauf zielenden Ansprüchen des vierten Standes die Gewalt der Waffen entgegenzusetzen. „Man muß ein Ende machen", war das Schlagwort, welches von nun an überall auftauchte. Der gegenwärtige Zustand schien Allen so unerträglich, so unhaltbar, daß man so schnell wie möglich eine Entscheidung herbeizuführen suchte und selbst ein Ende mit Schrecken dem Schrecken ohne Ende vorzog. Man war auf einen blutigen Kampf gefaßt; es ist sicher, daß die Regierung durch den Aufstand in keiner Weise überrascht wurde, sondern schon vorher umfassende Maßregeln getroffen hatte, wenn ihr auch die unerhörte Heftigkeit und Dauer des Kampfes unerwartet kam. Die Arbeiter ihrerseits waren trotzig zum Widerstand entschlossen. Das monatelange gemächliche Leben auf Kosten des Staats hatte sie der Arbeit entfremdet, und von den socialistischen Führern aufgereizt, betrachteten sie die Fortführung der Nationalwerkstätten als ihr gutes Recht, wenn diese auch alles weniger denn eine Organisation der Arbeit nach socialistischen Lehren war.

Allerdings bewilligte noch am 19. Juni das Parlament die geforderten drei Millionen für die Werkstätten, allein die Ausführung des entscheidenden Schlages stand bereits nahe bevor. Am 22. Juni brachte der „Moniteur" einen Erlaß der Regie-

rung, wornach die Arbeiter zwischen 18 und 25 Jahren zu dem Heere abgehen, die übrigen in einzelnen Brigaden nach den Provinzen geschickt werden sollten. Die Auflösung der Werkstätten war darin thatsächlich ausgesprochen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, die Arbeiter würden, dank ihrer Vernunft und Vaterlandsliebe, die Nothwendigkeit der Maßregel begreifen. Lalance, der Director der Werkstätten, begann unverzüglich Schritte zur Ausführung dieser Befehle zu thun. Damit war das Zeichen zum Beginnen des greuelvollsten Straßenkampfes gegeben, welchen die Geschichte kennt.

3.

Die Junischlacht.

Am Abend des 21. Juni war das Decret der Executiv-Commission bereits in Paris bekannt geworden. Schon am frühen Morgen des nächsten Tages erschien der Aufseher in der Werkstätte, Pujol, der einzige, welcher eine Art von Führerrolle in der Arbeiterbewegung spielte, von Hunderten von Menschen begleitet vor dem Palais Luxembourg und wurde nebst fünf Genossen bei Marie vorgelassen. Es war dies die letzte Unterhandlung, welche dem offenen Kampfe vorausging. Die Arbeiter glaubten immer noch nicht recht an den Ernst der Regierung und erwarteten, dieselbe schließlich, wie schon so oft, zurückweichen zu sehen. Allein Marie blieb fest; nach stürmischer, dreiviertelstündiger Debatte trennte man sich unverrichteter Sache. Pujol zog mit seiner Schaar nach dem Platze St. Sulpice, hielt daselbst von dem Springbrunnen herab eine Rede und forderte die Arbeiter auf, sich Abends wieder zu versammeln.

Ein unheimliches Leben durchwogte die Straßen von Paris: dichte Schaaren durchzogen die Vorstadt-Viertel und stauten sich in der Rue St. Honoré, auf dem Grèveplatze und an anderen Punkten. Die socialistischen Blätter legten den letzten Rest von Mäßigung ab und verkündeten in wutherfüllten Artikeln den offenen Aufruhr. Alles war in fieberhafter Erregung und inmitten dieser chaotisch wogenden Leidenschaften trieben die bona-

partistischen Agenten ihr heimtückisches Spiel. Die Regierung hatte alle Vorbereitungen getroffen, um dem Aufstande zu begegnen, und fertigte, um ganz sicher zu gehen, Dutzende von Verhaftungsbefehlen gegen die Führer der Arbeiter aus, von welchen jedoch kein einziger vollstreckt wurde.

Eine schwüle Luft lag den ganzen Tag über der Hauptstadt, deren Aussehen von Stunde zu Stunde befremdender und drohender wurde. Als der Abend anbrach, glaubten die Meisten bereits den Beginn des Kampfes für gekommen. Allein wider Erwarten verliefen die letzten Stunden des 22. Juni ruhig. Allerdings versammelten sich nach sechs Uhr Tausende von Blusenmännern am Pantheon und zogen von hier in endlosen Reihen und unter dem Gesange der Marseillaise nach dem Bastilleplatz und zurück, allein es erfolgte kein Zusammenstoß. Als die zehnte Stunde ihrem Ende zuging, trennten sich die wieder nach dem Pantheon zurückgekehrten Massen. Vorher jedoch ward das Schlagwort ausgegeben; der Ruf: „Es lebe die sociale Republik!“ wurde von den auseinanderströmenden Haufen bis in die entferntesten Stadtviertel getragen.

An Versöhnung dachte man auf Seiten der Arbeiter nicht mehr. Es war ein offenes Geheimniß, daß am nächsten Tage die Straßenschlacht beginnen sollte, und so groß war die Kampfeslust und Siegeszuversicht der Insurgenten, daß es, als am Morgen des 23. wiederum die Massen an dem Pantheon sich versammelten, keines äußeren Anlasses, keines „Mißverständnisses“, sondern lediglich einiger Worte Pujols bedurfte, um die Revolution zur Thatsache zu machen. Große Abtheilungen setzten sich nach der Bastille in Bewegung, überschwemmten das Faubourg St. Antoine und die Boulevards und errichteten gegen zehn Uhr Vormittags bei der Porte Saint-Denis die ersten Barrikaden.

Mit einer unerhörten, in der Geschichte der Pariser Straßenkämpfe einzig dastehenden Geschwindigkeit verbreitete sich der Aufruhr durch die ganze Stadt. Fast gleichzeitig wuchsen die Barrikaden überall aus dem Boden hervor. Auf dem rechten Seineufer strotzten schon zwischen zehn und elf Uhr die Vorstädte Saint-Antoine, Saint-Martin, Poissonière, Temple, die

Umgebung des Bastilleplatzes, Marais, Menilmontant von Straßenbollwerken, auf dem linken waren die Viertel Saint-Jacques, die Altstadt und namentlich das Pantheon mit den umliegenden Straßen verschanzt. Die Barrikaden waren keine willkürlich zusammengeworfenen Trümmerhaufen wie in anderen Straßenkämpfen. Mit allen Regeln der Kunst hatten die Insurgenten ihre Bollwerke errichtet, darunter manche, die bis zu dem zweiten Stock der Häuser reichten. Eine gemeinsame Leitung des Kampfes auf Seiten der Arbeiter scheint nicht bestanden zu haben, allein der Erbitterung und Kampfeslust that dies keinen Abbruch. Ueberall zeigten sich die Vertheidiger der Barrikaden zum äußersten Widerstande entschlossen, und Inschriften „Brot oder Tod!", „Leben durch Arbeit oder Sterben im Kampfe!" bedeckten die auf den Verschanzungen flatternden Fahnen.

Die Regierung hatte eine derartige mächtige und einmüthige Erhebung nicht erwartet und ließ lange Stunden verstreichen, ohne irgend einen Entschluß zu fassen. Man unterschätzte die Tragweite der Bewegung in den ersten Morgenstunden völlig. „Wenn Barrikaden vorhanden sind", meinte noch nach 8 Uhr Garnier-Pagès zu den Umstehenden, „so wird man dieselben eben wieder abtragen lassen. Das ist doch das leichteste Ding auf der Welt!" Erst als Schlag auf Schlag gegen 10 Uhr die Hiobsposten aus allen Stadttheilen eintrafen, fuhr die Executivcommission aus ihrer bisherigen Siegeszuversicht jäh auf und stürzte sich in eine fieberhafte Thätigkeit. Ledru-Rollin, Marie und Lamartine eilten nach dem Palais Bourbon, während Arago und Garnier-Pagès im Luxembourg zurückblieben. Der Generalmarsch wirbelte durch die Straßen, die Nationalgarde wurde zusammengerufen und der Oberbefehl über die gesammten Streitkräfte dem Kriegsminister General Cavaignac übertragen.

Die Zahl der verfügbaren Linientruppen betrug nicht ganz 30000 Mann aller Waffengattungen. Dazu kamen etwa 12000 Mobilgarden, eine undisciplinirte, aber unbedingt zuverlässige Truppe und mehrere Tausend Stadtsergeanten und republikanische Garde. Auf die Nationalgarde vermochte man nicht zu rechnen. Einzelne ihrer Legionen, wie die 8., 9. und 12. standen

offen auf Seite des Aufruhrs, andere waren zweifelhaft, und selbst die der Regierung ergebenen Theile der Bürgerwehr vermochten sich, da ein großer Theil der Stadt durch die Barrikaden gesperrt war, nur schwer zu sammeln. Alles in Allem verfügte man somit über mindestens 40000 zuverlässige Soldaten, deren Reihen durch die Garnisonen der an den Eisenbahnlinien gelegenen Städte leicht verstärkt werden konnten.

Der Oberbefehlshaber dieser Truppen, General Cavaignac, war ein gewissenhafter, erfahrener und der Republik unbedingt ergebener Soldat, dessen Energie in der harten Schule langjähriger Kriege in Algier sich gestählt hatte. Er hatte Zeit gehabt, sich auf die seiner harrende Aufgabe vorzubereiten, da er von jeher zum Führer im Kampfe gegen die rothe Republik auserfehen war, und aus den Fehlern seiner Vorgänger gelernt. Was 1830 und im Februar 1848 dem Volke den Sieg gebracht, war hauptsächlich die Verzettelung der Streitkräfte gewesen. Man ließ damals die Truppen gegen jede einzelne Barrikade vorgehen, ermüdete sie durch ergebnißlose Plänklergefechte und setzte sie der Verführung durch die die Straßen erfüllenden Volksmassen aus. Cavaignac beschloß, den Kampf in größerem Stile zu führen, seine Streitkräfte fern von dem Aufruhre zusammenzuhalten und gegen die Hauptpunkte der feindlichen Stellungen entscheidende Stöße zu richten. Diesem Grundsatze gemäß ließ er die Barrikaden ruhig zu Ende bauen, um nicht durch voreiligen Angriff sich in Einzelkämpfe zu verstricken.

Die ihm unterstellten Truppen theilte der Kriegsminister in drei Corps, über welchen die Generale Lamoricière, Bedeau und Damesme den Oberbefehl erhielten. Die erste dieser Abtheilungen sollte die Boulevards und die angrenzenden Vorstädte, namentlich Saint-Denis, Poissonière und Temple säubern, die zweite die Gegend um das Stadthaus, den Mittelpunkt eines Pariser Aufruhrs, im Schache halten und sich gegen das Faubourg Saint-Antoine entwickeln, die dritte endlich am linken Flußufer sich in der Richtung auf das Pantheon zu bewegen.

Als die erste Colonne unter Lamoricière, aus drei Linienbataillonen, 1 Bataillon Mobilgarde, einigen Lanciers und Geschützen mit schwachen Abtheilungen der 1., 2. und 3. Legion der

Nationalgarde bestehend, nach ihrem Bestimmungsort marschirte, hatte dort der Kampf schon begonnen. Ein Trupp Bürgerwehr war an der Rue Mazagran von den Insurgenten beschossen worden und hatte die Barrikade, erbittert über die erlittenen Verluste, im Sturm genommen.

Bald entwickelte sich hier auf allen Punkten der Kampf. Die Truppen Lamoricières schlugen sich in dem Faubourg Poissonière, wo eine riesenhafte Barrikade an der Ecke der Rue de Bellefonds lange Zeit allen Angriffen trotzte, in den Vierteln Saint-Denis, Saint-Martin und Saint-Lazare. Der Widerstand war außerordentlich heftig, trotz der Unterstützung durch die Bürgerwehr, von welcher der Commandant der 2. Legion Lefèvre fiel und der Abgeordnete Dornès tödtlich verwundet wurde, schritten die Truppen nur langsam und unter großen Verlusten vorwärts. Zwar gelang es ihnen, in stundenlangem Gefechte durch die genannten Stadttheile vorzudringen, allein an dem Quartier du Temple, wo an dem Eckpunkt der Rue Saint-Maur sich ein ganzes System mächtiger Barrikaden erhob, scheiterten ihre Anstrengungen und Lamoricière mußte dringend um Unterstützung bitten.

In der That brach Cavaignac selbst, um einen Hauptschlag auszuführen, mit sieben Bataillonen seiner auf der Place de la Concorde stehenden Reserve nach dem Kampfplatze auf und schritt, nachdem er Lamoricière an anderen Punkten unterstützt, selbst zum Angriff auf die Rue Saint-Maur. Ein heftiges Artilleriefeuer leitete den Kampf ein; binnen Kurzem lagen die Bedienungsmannschaft und die Pferde der beiden gegen die Barrikaden aufgefahrenen Geschütze durch Flintenkugeln niedergestreckt am Boden; die Infanterie schritt zum Angriff, allein wiederholt wurden ihre Attacken blutig zurückgeschlagen, bis endlich nach zweistündigem Kampfe der Oberst Dulac ein Bataillon des 29. Regiments zum Sturme vorführte. Zwar blieb der Oberst selbst, wie auch General Faucher und gegen 40 Soldaten auf dem Platze, allein die Barrikade wurde endlich doch genommen und die Vertheidiger zersprengt. Die Nacht war inzwischen hereingebrochen und machte dem weiteren Kampfe ein Ende. Cavaignac ritt nach seinem Hauptquartiere im Palais Bourbon zurück.

General Bedeau hatte seine Abtheilung, welche sich auf sechs Bataillone Linien-Infanterie und drei Bataillone Mobilgarden nebst republikanischer Garde belief, bei dem Stadthause zusammengezogen und sich die ersten Nachmittagsstunden auf den Schutz desselben beschränkt. Erst als gegen 4 Uhr heftiges Gewehrfeuer von der Sorbonne her das Vordringen des Generals Damesme anzeigte, entschloß sich der General, auch seinerseits einen Vorstoß zu machen. Die umliegenden Quartiere waren fast sämmtlich von den Aufständischen verschanzt und an vielen Punkten entspannen sich erbitterte Kämpfe. Zwei mächtige Barrikaden an der Brücke Saint-Michel wurden gestürmt, wobei der Chef eines Bataillons Bürgerwehr, Masson, den Tod fand, während er noch mit den Gegnern unterhandelte, und alsdann zum Angriff auf die Hauptstellung der Insurgenten, eine Barrikade an dem Hotel de Dieu geschritten, deren Vertheidigung ein alter afrikanischer Troupier, Dietrich, leitete. Nach erbittertem Kampfe blieben die Truppen auch hier Sieger, allein ihre Verluste waren groß; Bedeau selbst war verwundet; der Deputirte Bixio hatte einen Schuß in die Brust erhalten.

An dem Pantheon hatte Arago, von einer nur ganz geringen Truppenmacht begleitet, sich wiederholt zu den Aufständischen begeben und eine Versöhnung anzubahnen gesucht. Seine Mühe war vergebens; die meisten wollten überhaupt nichts von Vermittelung wissen, andere stellten unerfüllbare Forderungen und die am ruhigsten Gestimmten fertigten den Vertreter der Bourgeoisie mit den Worten ab: „Sie wissen nicht, was Hunger ist!“ So mußte Arago sich unverrichteter Sache zurückziehen; die bei ihm befindliche Truppenmacht ging zum Angriff vor und nahm einige Barrikaden. Bald darauf erschien hier General Damesme mit seiner nur zwei Bataillone starken Colonne, erstürmte die Verschanzungen an der Sorbonne, der Rue des Cordiers, der Place Cambrai und der Rue des Mathurins und traf mit Arago zusammen. Weiter vorzudringen konnte er bei seinen schwachen Kräften nicht wagen.

Die Executivcommission hatte, während der Kampf auf den Straßen tobte, eine ziemliche Nebenrolle gespielt. Indeß Arago vergeblich am Pantheon unterhandelte, Garnier-Pagès auf den

Mairieen umherirrte und Lamartine, welcher Cavaignac nach dem Faubourg du Temple begleitet, erkennen mußte, daß seine Volksthümlichkeit bereits so gut wie völlig geschwunden sei, pfuschten im Luxembourg Ledru-Rollin und Marie dem Oberbefehlshaber in das Handwerk, indem sie während dessen Verweilen bei der Colonne Lamoricières von allen Seiten um Rath, Hülfe, Unterstützung gedrängt, militärische Anordnungen erließen und so einen heftigen Auftritt mit dem zurückgekehrten Kriegsminister veranlaßten.

Die Nacht war hereingebrochen, aber die erhoffte Ruhe blieb aus. Auf beiden Seiten rüstete man sich mit rücksichtsloser Entschlossenheit zu dem Kampfe des nächsten Tages. Die Insurgenten besserten die Barrikaden aus und nahmen zahlreiche Straßen und Viertel, welche sie während des Gefechtes hatten verlassen müssen, in Besitz, um sie von Neuem zu verschanzen. Haufen von ihnen zogen durch die Gassen und munterten das Volk zu weiterem Widerstande auf. Vielfach drang man in die Häuser ein und zwang die Bewohner, sich dem Aufruhr anzuschließen. In den von den Truppen besetzten Stadttheilen herrschte tiefe Niedergeschlagenheit; bereits begannen flüchtende Familien Paris zu verlassen und die Angst war allgemein. Die Regierung war über die unerwartete Heftigkeit des Aufruhrs nicht minder besorgt und traf die umfassendsten Maßregeln, um am nächsten Tage die Schlacht mit größerem Nachdrucke beginnen zu können. Vor Allem wurde eine große Menge Munition aus Vincennes herbeigeschafft, da der Pulververbrauch am 23. alle Erwartungen überstiegen hatte. Die Nationalversammlung hatte sich in Permanenz erklärt und blieb die Nacht hindurch im Palais Bourbon. Einige Abgeordnete promenirten unter dem Peristyl des Palastes und lauschten auf die Schritte der Patrouillen oder auf die von der Ferne durch die Nacht herüberdringenden Flintenschüsse. Andere lagen, von der Aufregung erschöpft, ausgestreckt auf den Bänken oder saßen in dem Conferenzsaale zusammen. Der größte Theil aber stand in Gruppen vertheilt in den Wandelgängen und besprach in fieberhafter Erregung die drohenden Gefahren. Vor Allem aber drehte sich das Gespräch um einen Wechsel in der Regierung.

Jeder fühlte, daß die verbrauchten Größen der Executivcommission dem jetzt entfesselten Sturme nicht gewachsen waren und nur ein Mann, der General Cavaignac, Rettung bringen könne. Seit dem 22. lag der Name des Kriegsministers auf Aller Lippen und von Stunde zu Stunde gewann der Gedanke an Boden, ihn mit der Dictatur zu bekleiden.

Der Morgen des 24. Juni brach an; ein wolkenloser Himmel spannte sich über der von Kampfeswuth und Mordlust erfüllten Stadt. Es war gegen 8 Uhr, als die Nationalversammlung ihre um Mitternacht unterbrochene Sitzung wieder aufnahm und mit Schrecken alsbald erfuhr, daß die Revolution während der Nacht neue bedrohliche Fortschritte gemacht habe. Die Gewißheit, daß ein abermaliger blutiger Kampf zu erwarten stand, bestimmte das Parlament zur Ausführung seines schon lange gehegten Entschlusses. Die Executivcommission hatte erklärt, daß sie nur auf einen förmlichen Beschluß der Volksvertretung hin zurücktreten werde, allein man kannte andererseits aus vertraulich eingezogenen Erkundigungen die Geneigtheit Cavaignacs die Regierung zu übernehmen, und so lag hier eine Schwierigkeit nicht vor.

Um neun Uhr stellte der Abgeordnete Pascal Duprat folgenden Antrag: „Paris befindet sich im Belagerungszustande; alle Regierungsgewalt ist in den Händen des Generals Cavaignac vereinigt". Nach kurzem Zögern nahm die Versammlung unter dem Eindrucke neuer ungünstiger Nachrichten, welche vom Kampfplatze eintrafen, den Antrag an, wies jedoch einen Zusatz, welcher die förmliche Amtsenthebung der Executivcommission forderte, zurück. Es war dies Letztere auch nicht nöthig; denn die Commission reichte unverzüglich aus freien Stücken ihre Entlassung ein, und Frankreich hatte somit eine neue Regierung in Gestalt des Generals Cavaignac erhalten. Das Ministerium blieb vorläufig im Amte.

Der General zögerte nicht, mit aller Energie die Dictatur zu übernehmen. Er erließ sofort Aufrufe an die Nationalgarde, an die Armee und an die Aufständischen und entsandte nach allen Departements Depeschen. Die ganze 2. und 3. Division wurde zum sofortigen Aufbruch nach Paris beordert, selbst von

Bordeaux und Cherbourg die Marinetruppen herangezogen, um den Aufstand zu erdrücken.

Allerdings war die Lage der Regierung am Vormittage des 24. eine außerordentlich gefährliche. In den Quartieren Poissonière, Saint-Lazare, Saint-Antoine, Saint-Denis und Temple erschöpfte sich General Lamoricière den ganzen Tag hindurch in einem erbitterten Kampfe gegen die Stellungen der Insurgenten. Das Gefecht wich trotz aller Anstrengungen und Opfer, welche es beiden Theilen kostete, kaum von der Stelle, und als der Abend hereinbrach, schlug man sich noch fast auf denselben Punkten, wo des Morgens der Angriff begonnen hatte.

Weit schlimmer noch sah es an dem Stadthause aus, wo an Stelle des verwundeten Generals Bedeau General Duvivier den Oberbefehl übernommen hatte. Hier gingen die Insurgenten, für welche der Besitz des Gebäudes von unschätzbarer Wichtigkeit sein mußte, selbst zum Angriff vor. Die Mairieen des 8. und 9. Arondissements wurden von ihnen gestürmt, die Kaserne des Tournelles erobert, ein ganzes Bataillon des 18. Regiments auf der Place des Vosges umzingelt und gefangen genommen. Bis zu dem Stadthause selbst vermochten die Angreifer zunächst nicht vorzudringen. General Duvivier hielt sie in den kleinen, damals zu dem Gebäude führenden Gäßchen im Schach und lieferte ihnen in den Straßen Rambuteau, Transnonain und Montmorency blutige Gefechte.

Glücklicher war General Damesme auf dem linken Seineufer. Nachdem er ohne große Schwierigkeiten durch die Rue Saint-Jacques vorgedrungen, erstürmten seine Bataillone in erbittertem Kampfe die Barrikaden an dem Platze Maubert und drangen gegen den Hauptsitz des Aufruhrs auf dieser Seite, das Pantheon, vor. Lange wogte hier der Kampf hin und her; die anfangs unternommenen Attacken blieben vergebens, bis es den Mobilgarden gelang, sich der Rechtsschule zu bemächtigen und von hier aus ihr Feuer zu eröffnen, während gleichzeitig schweres Geschütz gegen die Barrikaden donnerte und dieselben in Trümmer schlug. Dies entschied hier den Tag; um zwei Uhr Nachmittags stürmten die Truppen, die Mobilgarden an der Spitze, das Pantheon, in dessen Innern sich noch ein mör-

derisches Gemetzel entspann; der erste wichtige Sieg über den Aufstand war damit errungen, aber allerdings mit schweren Opfern. Nahezu ein Viertel der an dem Gefechte betheiligten Truppen war kampfunfähig, General Damesme selbst hatte, als er nach der Einnahme des Pantheon die Straße Sainte-Geneviève erstürmte, einen Schuß in den Schenkel erhalten und lag auf den Tod darnieder. Außer ihm war noch General Bourgon verletzt.

Ohne eine Entscheidung gebracht zu haben, neigte sich der blutige Tag dem Ende zu. Wohl hatte man einzelne Stellungen erobert und das Stadthaus gehalten, wohl waren zahlreiche Truppennachschübe, namentlich auch die Bürgerwehren der sämmtlichen umliegenden Städte eingetroffen, allein auch die Verluste waren nicht gering, und der Aufstand hatte aus der Verleihung der Dictatur an den General Cavaignac nur neuen Trotz gewonnen. Von jetzt ab war man auf beiden Seiten zum Aeußersten entschlossen; der eigentliche Klassenkampf mit all seinen Schrecken begann.

Kaum graute der Morgen des 25., als bereits an allen Punkten die Schlacht wieder entbrannte. Wiederum drang im Faubourg du Temple Lamoricière gegen die Barrikaden vor; man schlug sich in der Rue de Malte, d'Angoulème, Grange-aux-Belles, am Kanal Saint-Martin, allein die Kraft des Aufstandes war hier nicht zu bezwingen. Der Kampf stand, wie am Tag zuvor, nahezu unbeweglich. Ein Theil der Truppen Lamoricières hatte jedoch unter Führung des Generals Lebreton einen wichtigen Erfolg errungen. Saint-Lazare wurde von ihnen gestürmt und viele Barrikadenkämpfer zu Gefangenen gemacht, welche die Offiziere nur mit Mühe vor sofortigem Tode bewahren konnten.

Der Hauptschlag ging an diesem Tage von dem Stadthause aus und richtete sich gegen das Hauptquartier des Aufstandes auf dem rechten Seineufer, das Faubourg Saint-Antoine. Dieses Stadviertel war zum äußersten Widerstande ausersehen. Ungeheure, massiv aus Pflastersteinen erbaute und mit Sand bedeckte Barrikaden sperrten, mit Schießscharten und schmalen Durchlässen versehen, die Straßen. Jedes einzelne Haus war

zur Vertheidigung eingerichtet; die Zwischenwände zwischen den einzelnen Gebäuden waren durchbrochen und überall Zündstoff angehäuft, um die nicht mehr vertheidigungsfähigen Häuser den Flammen zu überliefern. An zwei Punkten waren Pulverfabriken errichtet und von Mechanikern und ähnlichen Arbeitern selbst eine Anzahl primitiver Mörser hergestellt und auf den Barrikaden aufgepflanzt worden. An Vertheidigern der letzteren fehlte es nicht, Waffen waren im Ueberfluß vorhanden, zwei fanatische Anarchisten, Lacollonge und Desteract, führten den Oberbefehl.

Gegen diese furchtbare Stellung rückte um 9 Uhr Morgens General Duvivier in zwei Colonnen vor. Die eine, welche an dem Seinequais entlang gehen sollte, führte er selbst, an der Spitze der zweiten, deren Ziel die Straßen Saint-Gervais und Saint-Antoine waren, stand General Regnault. Diese letztere Colonne fand sich alsbald in den kleinen zu dem Stadthause führenden Gäßchen durch zahlreiche Barrikaden aufgehalten. Ein mörderisches Gefecht entwickelte sich in dem engen Straßengewirre; Schritt für Schritt drangen die Truppen vor und es dauerte mehrere Stunden, bis sie wenige hundert Meter an Boden gewonnen hatten und sich wiederum in den Besitz der Mairie des 9. Arrondissements setzen konnten. Die Wuth des Kampfes stieg hier auf das Höchste. General Regnault selbst war von einem gefangenen Barrikadenkämpfer, welcher in seiner Bluse eine Pistole verborgen hatte, hinterrücks ermordet und darauf hin sämmtliche Gefangene von der Mobilgarde niedergemacht worden. Die Arbeiter ihrerseits versuchten, dreißig gefangene Nationalgardisten in einer Bäckerei zu verbrennen, wurden jedoch durch das Vorrücken der Truppen daran gehindert. Auf beiden Seiten erstach man die Verwundeten, welche zurückgeblieben waren, ja es kam vor, daß sich Mobilgarden trunken von der Kampfeswuth gegenseitig niederschossen.

Unter solchem Gemetzel rückte die Colonne in der Rue Saint-Antoine vor, eroberte auch die achte Mairie und langte siegreich nach Mittag auf dem Bastilleplatz an. Gleichzeitig war auch General Duvivier tödtlich verwundet worden. Mit zerschmettertem Fuße wurde er aus der Schlachtlinie getragen.

General Négrier übernahm das Commando und führte seine Truppen in erbittertem Kampfe durch das Quartier Saint-Paul nach dem Kanal Saint-Martin und erreichte gleichfalls die Bastille.

Ein System von Barrikaden starrte hier den Angreifern entgegen, wie man sie selbst in diesem Kampfe noch nicht gesehen. Haushoch stiegen massive Steinwälle an dem Schnittpunkt der Straßen Saint-Antoine, de la Roquette und Charenton empor, und hinter diesen erhoben sich, so weit man sehen konnte, immer neue Verschanzungen, alle zum verzweifelten Widerstande hergerichtet und von Vertheidigern wimmelnd. Das Feuer von Seiten der Aufständischen war mörderisch. „Man sah", heißt es in einer Schilderung der Junischlacht, „wohl den Rauch, man hörte das Pfeifen der Kugeln, aber man erblickte keine Hand, welche diese Schüsse abfeuerte. Kein Schrei ertönte drüben, keine Begeisterung wurde laut; tiefes Schweigen herrschte hinter diesen den Tod bergenden Verschanzungen; dieser Aufstand brannte ohne Flammen, wie das weißglühende Eisen."

Unerbittlich raffte der Tod in diesem greuelvollen Kampfe die Führer dahin. Kaum hatte Négrier den Befehl zur Eröffnung des Geschützfeuers gegeben, als er von einer Kugel getroffen sterbend niederbrach, neben ihm auf den Tod verwundet der Abgeordnete Charbonnel. Ein Angriff auf die Stellung der Insurgenten fand bei der großen Erschöpfung der Truppen und dem Tode sämmtlicher Generäle nicht mehr statt. Nur die Geschütze donnerten ununterbrochen gegen die Hochburg des Aufstandes. Das Getöse war ein solches, daß nach beglaubigten Berichten manchem Artilleristen das Trommelfell platzte und Blut zu den Ohren herauslief.

Nichtsdestoweniger forderte hier der Kampf noch ein weiteres schweres Opfer, das schwerste vielleicht, welches die blutigen Junitage überhaupt gekostet. Der Erzbischof Affre von Paris hatte den Entschluß gefaßt, durch sein persönliches Dazwischentreten an den Barrikaden ein Ende des Gemetzels zu bewirken. Nachdem er Cavaignac, der eben ein neues Manifest an die Aufständischen erlassen, seine Absicht mitgetheilt, begab er sich gegen sechs Uhr Abends nach dem Kampfplatze an der Bastille.

Es sah hier trübe aus; eben wurde die Leiche Négriers und der sterbende Charbonnel weggetragen und noch war an allen Punkten das Gefecht in vollem Gange, als der Kirchenfürst erschien. Auf seinen Wunsch wurde das Feuer eingestellt und unter Vorantragung einer weißen Fahne begab er sich nach der Barrikade an der Rue Saint-Antoine, von welcher ihm alsbald eine Anzahl Vertheidiger entgegenkamen. Auf der anderen Seite traten auch einige Soldaten hinzu, und schon schien es, als ob die Worte des Bischofs Erfolg haben, die Streitenden sich versöhnen würden, als plötzlich an einer anderen Stelle des Platzes, wo der Deputirte Béslay in großer Aufregung mit Insurgentenführern unterhandelte, ein Tumult entstand. Trommelwirbel erschallte, auf beiden Seiten glaubte man sich angegriffen und flüchtete eilends in die früheren Stellungen zurück. Noch hatte Affre die Hoffnung nicht aufgegeben, weiteres Blutvergießen zu verhüten, allein schon erkrachten aufs Neue Schüsse und von einer verirrten Kugel tödtlich in den Rücken getroffen, brach der Bischof zusammen. „Mein Leben ist ein so geringes Ding!" hatte der edle Priester gesagt, als man ihm von dem gefährlichen Gange abrieth. Die Insurgenten hoben ihn auf; man brachte ihn nach der Cure des Quinze-Vingts und von da am nächsten Tage unter der Theilnahme der gesammten Bevölkerung nach seinem Palaste, wo er trotz der Bemühungen der ausgezeichnetsten Aerzte nach schweren Leiden seiner Verwundung erlag.

Auf dem linken Flußufer befand sich nach den Erfolgen des vorhergegangenen Tages die Empörung in den letzten Zügen. General Bréa, welcher den Oberbefehl hier übernommen, glaubte durch Milde und Versöhnung das völlige Ende des Kampfes herbeiführen zu können. Mit starker Truppenmacht setzte er sich gegen elf Uhr Mittags vom Platze des Pantheon nach den Barrièren in Bewegung und unterhandelte mit den Aufrührern. Zu Statten kam ihm dabei, daß die Nationalversammlung am selben Morgen einen Credit von drei Millionen Francs für die Arbeiter bewilligt hatte. Er theilte dies den Insurgenten mit, stellte ihnen die Nutzlosigkeit weiteren Widerstandes vor und erreichte wirklich, daß an vielen Punkten die Waffen gestreckt

wurden. So kam der General auch nach der Barrikade an der Barrière von Fontainebleau, wohin sich die Kämpfer vom Platze Maubert, vom Pantheon und anderen Punkten geflüchtet hatten, die Führer und Fanatiker des Arbeiteraufstandes, welche von Ergebung nichts wissen wollten.

Aller Warnungen ungeachtet, begab sich der General, welchem vier Offiziere folgten, hinter die Barrikade, der Versicherung der Aufständischen, man werde ihm kein Leid zufügen, trauend. Allein kaum war er in der Mitte dieser verzweifelten Schaar angelangt, als die Jubelrufe: Wir haben ihn! ihn das Schicksal erkennen ließen, welches seiner harrte. Er und seine Begleiter wurden sofort festgenommen und unter Geschrei und Mißhandlungen zu dem Maire von Neuilly, welcher ein Wirthshaus, den Grand Salon, hielt, geschleppt. Nachdem man ihn hier gezwungen, einen Rückzugsbefehl an die Truppen zu unterschreiben, führte man die Gefangenen nach einem anderen Locale, der Grand-Poste, wo sie sich in einem kleinen Saale niedersetzten. Diese ganze Zeit hindurch — seit dem Vorfalle an der Barrikade waren über zwei Stunden verflossen — hatte sich eine Anzahl Besonnener bemüht, das Leben Bréas und seiner Genossen zu schützen. Allein die Aufregung des Haufens stieg immer mehr; der auf der Straße versammelte Pöbel forderte stürmisch die „Hinrichtung“ und als plötzlich ein Weib mit dem Geschrei hereinstürzte, die Mobilen seien im Anmarsch, war kein Halten mehr. Eine Reihe von Schüssen erkrachten. General Bréa selbst und ein anderer Offizier brachen getroffen zusammen, neue Schüsse fielen durch die Fenster auf die Unglücklichen und bald lagen beide als Leichen auf dem Boden. Von den übrigen Offizieren war es einem bereits früher geglückt, zu entspringen, die beiden anderen kamen gleichfalls mit dem Leben davon.

Mit dieser Mordthat schloß der Aufstand auf dem linken Seineufer. Oberst Thomas, in dessen Hände Bréa, bevor er sich zu der Barrikade begab, den Oberbefehl gelegt, hatte es lange nicht gewagt, anzugreifen, weil er dadurch das Schicksal des Generals zu verschlimmern fürchtete. Endlich schritt er, nachdem ihm von Cavaignac der Befehl hierzu geworden, zur Er-

stürmung der Barrikaden, welche fast ohne Widerstand fielen. Bald befand sich die ganze linke Flußseite im Zustande der Ruhe.

Als der Abend des 26. hereinbrach, war der Sieg der Regierung entschieden und es handelte sich nur noch um die Frage, wie viel Zeit und Blut die völlige Niederwerfung des Aufstandes kosten würde. Aus allen ihren übrigen Stellungen vertrieben, hielten die Insurgenten nur noch einen Theil des Quartier du Temple, wo ihre Ueberwältigung durch Lamoricière sicher war, und das Faubourg Saint-Antoine besetzt. Die Fruchtlosigkeit eines weiteren Widerstandes mußte auch den erbittertsten Fanatikern klar werden. Auf irgend welche Hilfe von Außen war nicht zu rechnen, denn die Provinzen blieben ruhig, und die Machtmittel der Regierung wuchsen von Stunde zu Stunde. Auch die Ermordung Bréas, der Tod Affres scheuchten manche von dem blutigen Treiben hinweg und ebenso machte die Bewilligung der drei Millionen Francs für die Arbeiter hier und da einigen Eindruck.

Gegen Abend begann somit das Faubourg Saint-Antoine zu unterhandeln. Abgesandte begaben sich zu Lamoricière, sowie zu dem General Perrot, der nach Négriers Tode den Oberbefehl am Bastilleplatz übernommen hatte, allein begreiflicherweise waren beide Generale nach dem Tage langen mörderischen Kampfe nicht in der Stimmung, besondere Milde und Schonung zu üben, und hatten überdies keine Vollmacht, Verträge abzuschließen, so daß hier von den Deputirten nichts erreicht wurde.

Schon im Laufe des Spätnachmittags hatte sich ferner eine Abordnung von drei Mitgliedern der Nationalversammlung in das Hauptquartier der Aufständischen begeben und dieselben zur Niederwerfung der Waffen zu bewegen versucht. Um Mitternacht verließen daraufhin vier Delegirte der Aufständischen in Begleitung des Deputirten Larabit das Stadtviertel und überreichten im Palais Bourbon eine kurze und ziemlich verworren gehaltene Adresse an die Nationalversammlung, in welcher sie sich gegen weiteres Blutvergießen aussprachen. Von hier aus suchten sie den General Cavaignac auf, um dessen Friedensbedingungen zu erfahren.

Die Antwort Cavaignacs war kurz; sie lautete: Unterwerfung auf Gnade oder Ungnade; der neue Dictator war nicht der Mann dazu, aus Rücksichten der Menschlichkeit errungene Vortheile aus den Händen zu lassen. Er wollte den Aufstand und alles, was damit zusammenhing, vollständig zu Boden treten und vernichten. Nicht ein Funken sollte glimmen bleiben, aus welchem dereinst ein neuer Brand entstehen konnte. Der einzige Zusatz, welchen er auf das Drängen der zahlreichen Vermittler noch machte, bestand in der Erklärung, er wolle den Arbeitern Ueberlegungszeit bis Morgens 10 Uhr geben. Sei bis dahin die Waffenstreckung noch nicht erfolgt, so würde der Angriff beginnen. Mit diesem Bescheid kehrten um sieben Uhr Morgens am 26. Juni die Abgeordneten zu ihren Genossen zurück.

Die ersten Morgenstunden des vierten und letzten Kampftages verstrichen in völliger Ruhe, allein die Zeit schwand dahin, ohne die erhoffte Unterwerfung des Faubourg Saint-Antoine zu bringen. Immer noch flatterten die rothen Fahnen auf den Barrikaden und vergeblich spähte man darnach aus, ob nicht die weiße Farbe das Banner der Revolution verdrängen würde.

Es schlug zehn Uhr und nunmehr konnte kein Zweifel herrschen, daß die Aufständischen zu einem Verzweiflungskampfe entschlossen seien. Noch eine Viertelstunde wartete General Perrot vergeblich auf die Waffenstreckung, dann gab er durch einen Kanonenschlag das Zeichen zum Angriff. Seine Truppen gingen, von einem Artilleriefeuer unterstützt, unter dessen verheerender Wirkung ganze Häuser zusammenstürzten, gegen Saint-Antoine vor, während gleichzeitig Lamoricière seine Colonne in das Faubourg du Temple führte.

Bald zeigte es sich, daß die Kraft des Aufstandes auch hier gebrochen war. Zwar entspann sich um die erwähnten Barrikaden an der Rue Saint-Antoine ein Kampf, welcher an Wuth und Erbitterung den Gefechten der vorhergegangenen Tage nichts nachgab. Allein, als die Truppen, durch die zerschossenen Häuser vordringend, das Bollwerk erstiegen und die gesammte Besatzung, so weit sie nicht geflohen war, niedergemacht hatten, war der

Tag bereits entschieden. Wohl erhoben sich noch über sechzig Barrikaden in den Gassen des Faubourg, allein die Vertheidigung war eine geringe. Zu Tausenden wurden die Insurgenten gefangen genommen, während noch größere Massen durch die Flucht sich zu retten suchten. Gleichzeitig hatte auch Lamoricière den Rest des Quartier du Temple erobert, wo noch einmal an der Rue Saint-Sébastien der Kampf heftig aufflammte. Gegen Abend fielen noch einige Schüsse: Bürgerwehr aus Paris und Amiens erstürmte einige Barrikaden in der Villette, dann wurde alles ruhig. Die Junischlacht hatte nach viertägiger Dauer ihr Ende erreicht.

Noch niemals hatte ein Straßenkampf von solchem Umfange, von solcher Erbitterung, von solchen Verlusten stattgefunden. Ueber 40000 Mann Truppen, ferner die gesammten Mobilgarden, die Stadtsergeanten, ein Theil der Pariser Bürgerwehr und zahlreiche Nationalgarden der Nachbarstädte waren von Seiten der Regierung in das Gefecht gekommen und hatten über 2 Millionen Flinten- und 3300 Kanonenschüsse auf die Insurgenten abgegeben. Die Zahl dieser letzteren belief sich auf mindestens 40000 bis 50000 Mann, so daß die Kräfte also ungefähr gleich waren.

Die genaue Zahl der Opfer des Straßenkampfes ist nie ermittelt worden. Sicher ist nur, daß die Linientruppen 708 Todte und Verwundete, die Mobilgarden 751 Gefallene, Vermißte und Kampfunfähige zählten, und auch die Verluste der Bürgerwehr beträchtlich waren, so daß man auf Seiten der Regierung mindestens 1600 Mann verloren hatte. Die Verluste der Arbeiter sind jedenfalls nicht geringer gewesen. Alle Spitäler der Stadt waren überfüllt, und doch wurde jedenfalls die Mehrzahl der verwundeten Insurgenten versteckt gehalten. Die dem Parlamente am 7. Juli gemachte Angabe des Polizeipräfecten Trouvé-Chauvel, es seien im Laufe des 23. bis 26. Juni zusammen 1500 Menschen getödtet oder tödtlich verletzt, und 2000 verwundet worden, ist jedenfalls zu niedrig, und es mag namentlich die Zahl der Verwundeten wohl doppelt so viel betragen haben.

Am furchtbarsten hatte der Kampf unter den Generalen aufgeräumt. Renault, Négrier und Bréa blieben todt, Damesme

und Duvivier lagen im Sterben, Bedeau, François, Fouché und Lafontaine waren kampfunfähig. Von den Führern der einzelnen Colonnen hatte nur Lamoricière die gesammte Schlacht hindurch auf seinem Posten bleiben können, alle anderen Abtheilungen hatten zu wiederholten Malen ihre Commandeure gewechselt. Von Mitgliedern der Nationalversammlung, welche schon am zweiten Tage beschlossen hatte, Deputirte aus ihrer Mitte auf die Kampfplätze zu schicken, waren Charbonnel und Dornès tödtlich, Bixio und Thomas schwer verwundet.

Die Zahl der Gefangenen war anfangs nicht sehr groß, da man im Laufe des Gefechts selten Pardon gegeben hatte. Allein als man nach der Niederwerfung des Aufstandes die Häuser durchsuchte, die Straßen abstreifte und in der Umgebung von Paris förmliche Treibjagden auf die in die Steinbrüche geflüchteten Arbeiter anstellte, betrug die Zahl der Verhafteten alsbald 6000 Köpfe und stieg im Laufe der nächsten Monate bis auf 14189.

Schon am Abend des 26. hatte der Kammerpräsident Sénard, nachdem die Nationalversammlung durch die Nachricht von dem Siege Cavaignacs von ihrer Angst befreit worden war, vorgeschlagen, alle mit den Waffen in der Hand Ergriffenen nach den überseeischen Colonieen zu verschicken. Nur die Führer sollten vor die Kriegsgerichte gestellt, die anderen ohne weiteres Urtheil deportirt werden. Die Versammlung stimmte am 27. Abends dieser schonungslosen Maßregel zu, in Folge deren viele Tausende einem langsamen Tode unter der tropischen Sonne überantwortet wurden, eine Maßregel, die wie kaum eine andere das alte Wort vae victis verkörperte.

Während der Aufstand in den letzten Zügen lag, hatte Cavaignac folgende Proclamation erlassen:

„Bürger, Soldaten!

Die Sache der Republik hat triumphirt: Eure Hingebung, euer standhafter Mut haben die schuldbeladenen Pläne vereitelt, die unheilvollen Irrthümer gerichtet. Im Namen des Vaterlandes, im Namen der ganzen Menschheit seid bedankt für eure Anstrengungen, seid gesegnet für diesen nothwendigen Sieg. Während dieses Morgens noch war die Aufregung des Kampfes

rechtmäßig und unvermeidlich. Seid jetzt ebensogroß in der Ruhe, als ihr es in dem Kampfe gewesen seid. Ich sehe in Paris Sieger und Besiegte, aber möge mein Name verflucht sein, wenn ich hier Opfer erblicke. Die Gerechtigkeit wird ihren Lauf nehmen; möge sie handeln; das ist euer, das ist mein Gedanke.

Bereit, in die Stellung eines einfachen Bürgers zurückzukehren, nehme ich in eure Mitte das friedliche Bewußtsein mit, in diesen schweren Prüfungen die Freiheit nicht mehr beschränkt zu haben, als es das Wohl der Republik erforderte, und ein Vorbild für diejenigen zu hinterlassen, welche einst ebensogroße Aufgaben zu erfüllen haben werden."

Am 28. Juni zeigte darauf der General der Nationalversammlung die Niederlegung der ihm vier Tage zuvor verliehenen Gewalt an. Als Dank für seinen Sieg sprach die Volksvertretung es förmlich aus, daß sich Cavaignac wohl um das Vaterland verdient gemacht habe, und ertheilte dasselbe Lob der Armee und ihren Führern, der National- und der Mobilgarde und dem todten Erzbischof von Paris. Alsdann verlieh sie einstimmig dem General aufs Neue die Dictatur, indem sie ihn mit dem Posten eines „Chefs der Vollziehungsgewalt" bekleidete.

Das war das Ende der Junischlacht; der erste Ansturm des Socialismus gegen die bestehende Gesellschaftsordnung war in einem Blutmeere versunken, allein auch die Republik ging schwer getroffen aus dem mörderischen Kampfe hervor. Ein solcher Sieg, wie sie ihn jetzt errungen, barg den Keim des Verderbens in sich. Die Schöpfung des 24. Februars hatte eben dadurch, daß sie diesen erbitterten Bürgerkrieg nothwendig machte, gezeigt, daß sie nicht lebensfähig war. Seit dem Junikampfe waren ihre Tage gezählt, war die Zeit für den Abenteurer von Boulogne und Straßburg gekommen.

Der Erfolg, welchen die Bourgeoisie der zweiten Republik im Kampfe gegen den Juniaufstand davongetragen, war ein Pyrrhussieg in des Wortes vollster Bedeutung. All' den geistigen Inhalt der republikanischen Bewegung des Februars, die Gedanken der Gleichheit, Verbrüderung und Freiheit hatte das

Blutmeer des Juni verschlungen, und nur ein Wunsch beseelte die Sieger, der Wunsch nach Ruhe, Ruhe um jeden Preis, nach Schutz vor dem rothen Gespenste und seinen Schrecken. So fand sich die zweite Republik nach ebensoviel Monaten in derselben Lage, welche die erste in der gleichen Anzahl Jahre unter dem Directorium erreicht hatte. Man suchte einen Herrn und Gebieter; mochte er kommen, woher er wollte, wenn er nur im Stande war, das Land vor weiteren Erschütterungen zu bewahren.

Vorderhand allerdings war man bei General Cavaignac geborgen; mit eiserner Hand führte der alte Haudegen sein Regiment, unbekümmert darum, daß von den angeblichen Freiheiten der Republik kaum eine einzige mehr übrig blieb. Die Nationalwerkstätten wurden endgültig in der Hauptstadt wie in den Provinzen geschlossen. Paris befand sich im Belagerungszustande, welcher erst im October aufgehoben wurde. Elf Zeitungen waren während des Kampfes verboten, einer der hervorragendsten Publicisten, Emil de Girardin, verhaftet worden und die Wiedereinführung der Cautionspflicht, welche bis zu 25000 Francs betrug, umgab die Presse mit engen Schranken, zumal gleichzeitig die Strafen für Preßvergehen erhöht wurden. Auch die Klubfreiheit wurde stark gekürzt; die sämmtlichen Sitzungen mußten öffentlich sein, so daß die Regierung durch Commissäre die Verhandlungen überwachen konnte. Der Verkehr zwischen den einzelnen Vereinigungen war verboten.

Vor allem trug der General selbstredend Sorge, die bewaffnete Macht zu einer durchaus zuverlässigen Waffe der Regierung zu machen; die Polizeitruppen wurden bedeutend verstärkt, zweifelhafte Bürgerwehrlegionen aufgelöst oder einzelne widerspenstige Nationalgarden entwaffnet, und andererseits diejenigen, die sich in den Junitagen hervorgethan, mit Auszeichnungen bedacht. In allen diesen Dingen stand Cavaignac sein Ministerium treu zur Seite; Lamoricière als Kriegsminister, Bastide für die auswärtigen, Sénard für die inneren Angelegenheiten, Goudchaux für die Finanzen, Recurt für die öffentlichen Arbeiten, Thourret für den Ackerbau, Carnot, welcher bald unter dem Drucke der Conservativen durch Vaulabelle ersetzt wurde,

für den öffentlichen Unterricht. Späterhin schied im October auch dieser Letztere ebenso wie Sénard und Recurt aus; Freslon, Dufaure und Vivien übernahmen ihre Portefeuilles.

Die Kammer hatte sich darauf beschränkt, eine Untersuchungscommission einzusetzen, welche über die Vorfälle des Mai und Juni Bericht erstatten sollte. Unter dem Vorsitze Odilon Barrots entfaltete dieser Ausschuß eine rege Thätigkeit, wobei er mehrfach seine Befugnisse überschritten zu haben scheint, und legte endlich am 3. August durch den Abgeordneten Quentin=Bauchart der Nationalversammlung das Ergebniß vor, welches er aus umfassenden Zeugenvernehmungen, Berichten der Behörden und eigener Anschauung gewonnen. Die Spitze der Darstellung richtete sich, wie man bald merkte, gegen drei Mitglieder des Parlaments selbst, den Vorsitzenden der Arbeitercommission Louis Blanc, den gewesenen socialistischen Polizeipräfecten Caussidière und endlich, wenn auch in geringerem Maße, gegen den Jakobiner Ledru=Rollin. Entrüstet erhoben die Genannten wie auch andere sich getroffen fühlende Abgeordnete Einwand gegen die Beschuldigung und gestalteten so die Sitzung des 25. August, in welcher die förmliche Berathung des Commissionsberichtes stattfand, zu einer außerordentlich stürmischen. Mit kurzer Unterbrechung hatte man vor dichtgefüllten Tribünen von Mittag bis zwei Uhr Morgens berathen, ohne zu einem abschließenden Urtheil über den Bericht zu kommen, als ein Schreiben des Generalprocurators eintraf, des Inhalts, die Nationalversammlung möge die Verhaftung der Abgeordneten Caussidière und L. Blanc genehmigen. Eine wild erregte Debatte erhob sich; auch Cavaignac ergriff das Wort, um die Maßregeln der Regierung zu vertheidigen. Gegen fünf Uhr endlich, als eben das erste Morgengrauen das Nahen des Tages ankündigte, schritt man nach siebzehnstündiger Sitzung zur Abstimmung; Louis Blanc wurde mit 504 gegen 252, Caussidière mit 477 gegen 278 Stimmen den Gerichten überliefert. Ehe man noch dazu schritt, sie zu verhaften, entflohen beide nach England.

Um diese Zeit war äußerlich in Paris von den Nachwehen des Junikampfes nichts mehr wahrzunehmen. Man hatte die Todten begraben und ihnen am 6. Juli eine feierliche Leichenfeier

auf dem Place de la Concorde veranstaltet, wo man zwei Monate früher das „Eintrachtsfest“ abgehalten; die zerschossenen Gebäude waren ausgebessert, das Pflaster wieder hergestellt, und die Gefangenen befanden sich bereits zu Tausenden nach den Colonieen unterwegs.

Der Boden war geebnet, um das Gebäude einer neuen Staatsverfassung aufzunehmen.

4.

Das Consulat.

Schon im Mai hatte die Nationalversammlung zur Berathung dieser wichtigsten Angelegenheit eine Commission eingesetzt, deren aus allen Parteigruppen entnommenen Mitglieder an Zahl 18 waren. Durch den Tod Dornès' und den Austritt zweier Abgeordneter war die Zahl nunmehr auf 15 herabgesunken. Der Gesetzentwurf, mit dessen Ausarbeitung sich der Ausschuß seit dem 19. Mai beschäftigt, war am 18. Juni fertiggestellt, dann aber unter Heranziehung je eines Vertreters für jede Abtheilung der Nationalversammlung — Thiers, Berryer, Crémieux, Duvergier befanden sich unter diesen Vertrauensmännern — nochmals berathen und endlich am 30. August der Nationalversammlung selbst eingereicht worden. Die Constitution, welcher die Verfassungen der ersten Republik und der Vereinigten Staaten als Muster gedient, gewährleistete die Freiheit der Person, des Eigenthums, der Presse, der Arbeit und Industrie, schaffte die Sklaverei und die Todesstrafe in politischen Dingen ab und übertrug die gesetzgebende Gewalt einer einzigen, 750 Köpfe zählenden, auf 3 Jahre gewählten Kammer, welche aus allgemeiner, geheimer Abstimmung hervorgehen sollte. Die Volksvertreter waren unverletzlich, unverantwortlich, wieder wählbar. Jedes Gesetz mußte, wenn nicht die Dringlichkeit erklärt war, in zehntägigen Zwischenräumen dreimal berathen werden, um Geltung zu erlangen. Zur Ausarbeitung der Gesetze sollte die Kammer einen Staatsrath von 40 Mitgliedern auf je 6 Jahre erwählen.

An der Spitze des Staates stand ein ebenfalls durch allgemeine Abstimmung gewählter Präsident — nur wenn keiner der Bewerber beim Wahlgange mindestens die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigte, konnte die Nationalversammlung unter den fünf durch die meisten Stimmen ausgezeichneten Bewerbern einen erwählen —; der Präsident hatte, wenn seine vier Jahre betragende Amtsdauer beendet war, nicht das Recht der sofortigen Wiederwählbarkeit. Seine Gewalt war sehr beschränkt; es stand ihm namentlich nicht die Bevollmächtigung zu, gegebenen Falles die Kammer aufzulösen; auch war er nicht unverletzlich. — Ein eigener Gerichtshof sollte die Vergehen gegen den Staat untersuchen und durfte gegebenen Falles gegen den Präsidenten und seine Minister die Anklage erheben.

Am 5. September begannen die Debatten über diesen Verfassungsentwurf und dauerten fast ohne Unterbrechung bis zum 23. Oktober fort. Ein Hauptpunkt, um welchen sich die Verhandlungen drehten, war, nachdem man gleich zu Beginn das „Recht auf Arbeit" formell abgeschafft, die Frage, ob man bei der einen, von dem Entwurfe vorgesehenen Kammer festhalten oder zwei solche Körperschaften schaffen solle. Am 25. September wurde die Berathung hierüber begonnen. Vergebens versuchten Duvergier de Hauranne und Odilon Barrot das Zweikammersystem zur Geltung zu bringen, indem der letztere in glänzender Rede darauf hinwies, daß die beiden Einzelparlamente der Weltgeschichte das „lange Parlament" in England und der Convent in Frankreich, beide gleich blutigen Angedenkens, gewesen seien. Die Versammlung ließ sich nicht überzeugen und nahm mit großer Mehrheit den Ausschußantrag an.

Der entscheidende Punkt der ganzen Verfassungsfrage aber war die Art und Weise, in welcher der Präsident gewählt werden sollte. Der Entwurf verlangte directe Ernennung durch das Volk, allein eine starke Partei im Parlamente neigte sich dazu, das Staatsoberhaupt durch die Volksvertretung zu ernennen. Ein besonderes Ereigniß, welches sich am 17. September zutrug, konnte nur dazu dienen, diese Auffassung zu bekräftigen. In 13 Departements fanden an dem genannten Tage Ersatzwahlen für die Kammer statt, und mit mehr als

300000 Stimmen schickten 5 dieser Bezirke den, nach seiner vierfachen Wahl am 4. Juni ausgetretenen Prätendenten Louis Bonaparte abermals in die Volksvertretung, woselbst er am 26. erschien. Es war das zweite drohende Lebenszeichen, welches der Bonapartismus gab. Das erste, die Wahlerfolge des Juni, war von den gemäßigten Republikanern als ein Zufall, als der Ausfluß einer vorübergehenden Stimmung unterschätzt und in der Erregung und dem Schrecken der folgenden Tage vergessen worden. Jetzt aber war kein Zweifel mehr möglich; der Stern des einstigen Gefangenen von Ham, des Abenteuerers von Straßburg und Boulogne stieg mit überraschender Geschwindigkeit empor.

Wer konnte wissen, wohin eine solche Bewegung führen würde? Auf alle Fälle erschien es den weiter Blickenden sicherer, nicht durch die Verleihung der Präsidentenwahl an das Volk die Möglichkeit einer Cäsarenherrschaft zu unterstützen. Als die Debatten begannen, stellte Jules Grévy, der spätere Präsident der dritten Republik, den Antrag, daß ein Conseil-Präsident, von der Kammer ernannt und stets absetzbar, im Namen der Volksvertretung die Executive innehaben solle. Ein anderer Verbesserungsvorschlag, von Leblond ausgehend, wünschte einfach den Präsidenten durch die Kammer gewählt zu sehen, eine Ansicht, welche in dem Verfassungsausschusse der Abgeordnete de Parieu schon früher vertreten. Die Debatten waren heftig. Lamartine trat in einer Rede, deren Kraft und hinreißende Wirkung an seine besten Zeiten erinnerten, für die Wahl durch das Volk ein, eine der letzten großen Thorheiten, die der so rasch von seiner unermeßlichen Popularität gesunkene Dichter als Staatsmann beging. Die große Mehrzahl der Versammlung schloß sich ihm an; der Antrag Grévys fiel mit 158 gegen 643, der Leblonds, für welchen Cavaignac und seine Minister stimmten, mit 211 gegen 602 Stimmen. Mit beinahe 500 Stimmen Mehrheit wurde die Wahl des Präsidenten durch das Volk beschlossen, und alsdann die ganze Verfassung mit 739 gegen 30 Stimmen zum Gesetze erhoben. Zur Feier des glücklich beendeten Constitutionswerkes fand am Vormittag des 12. November eines der gewohnten großen Feste statt; man

sang das Tedeum, hielt Reden und verlas schließlich feierlich die neue Verfassung, während von dem grau überzogenen Himmel bereits die Schneeflocken herabwirbelten und ein schneidender Wind die Straßen durchpfiff.

Wem sollte nunmehr die höchste Macht im Staate zufallen? An Bewerbern fehlte es nicht; der gewandte, allen Verhältnissen sich geschmeidig anpassende Thiers hätte die ihm angebotene Ehre gewiß nicht ausgeschlagen. Auch Lamartine besaß noch soviel Einfluß, daß zum Mindesten sein Name unter den Candidaten genannt wurde. Andere wieder sprachen von dem am 17. September in die Kammer gewählten Grafen Molé, dem Träger eines der ältesten und vornehmsten Namen Frankreichs. Vielfach wünschte man jedoch, um weiteren inneren Zwistigkeiten vorzubeugen, einen erprobten Kriegsmann an der Spitze der Regierung zu sehen; hier boten sich die Generale Changarnier und Bugeaud dar.

Alle diese Candidaturen jedoch waren aussichtslos; denn in Wirklichkeit lief der ganze Wahlkampf auf ein Duell zwischen Cavaignac und Bonaparte hinaus, hier der alte Haudegen, der sich auf seine Thaten im Juni 1848 berief, dort der verwegene Abenteurer, dessen Augen als Ziel seiner Ränke die Kaiserkrone des 2. December vorschwebte.

Cavaignac hatte viel für sich; seine Bezwingung des Arbeiteraufstandes stand in frischer Erinnerung; man wußte, daß sein offener, derber, nicht allzuweit blickender Sinn ihn nie zu einem Staatsstreiche treiben würde, und daß seine Faust Kraft genug besaß, um weitere Revolutionsversuche niederzuhalten. Was vermochte der verschlossene, schweigsame, noch bis vor Kurzem mit dem Fluche der Lächerlichkeit behaftete Prätendent dagegen in die Wagschale zu werfen? Sein bisheriges bewegtes Leben, das ihn durch Verbannung, Kerker, Verschwörungen und Abenteuer jeder Art geführt, bot nicht die geringste Gewähr für seinen Charakter. Seine Persönlichkeit war durchaus nicht geeignet, mit sich fortzureißen. Stets schweigsam, höflich, aufmerksam zuhörend, verrieth er in keiner Weise besonderen Geist oder sonstige hervorragende Gaben, ein Umstand allerdings, der ihm bei den vor einem Staatsstreiche Besorgten nur förderlich

sein konnte. Von den großen Parteien hatte keine sich ihm angeschlossen; das Geld, das er zu seiner Agitation gebrauchte, mußte ein englisches Bankhaus ihm vorstrecken. Allerdings war eine Schaar rühriger Anhänger für ihn thätig; ehrgeizige, in der Wahl ihrer Mittel wenig scrupulöse Männer, die Nichts zu verlieren, Alles zu gewinnen hatten, und in der Hoffnung auf eine glänzende Zukunft mit allen Kräften sich bemühten, ihrem Auserwählten zum Siege, sich selbst zur Beute zu verhelfen.

Allein was wollten derartige Anstrengungen gegenüber den Massen der Wähler besagen? Sie hätten unter allen Umständen erfolglos bleiben müssen, wenn nicht — und dies ist die erste wichtige Ursache — der Cäsarismus, der Gedanke eines mächtigen, demokratischen Kaiserthums geradezu in der Luft gelegen hätte. Alles, was man seit dem Sturze Napoleons I. erhofft und erträumt, hatte sich als nichtig erwiesen. Nichtig war der Versuch, noch einmal die Herrschaft des Legitimismus in Frankreich einzuführen, und hatte im Juli 1830 sein Ende gefunden. Nichtig war der Gedanke des constitutionellen Königthums, das der 24. Februar 1848 begrub; nichtig endlich waren die Träume von der freien, gleichen und brüderlichen Republik, die in den Junitagen geistig, wenn auch noch nicht thatsächlich, zusammengebrochen war. Alles, die Staatsverfassungen, die man seit 33 Jahren versucht, hatten zu nichts Anderem als zum Bürgerkriege, zu Aufruhr und Greueln jeder Art geführt und unwillkürlich lenkten sich die Blicke nach den ruhmreichen Zeiten des ersten Kaiserreichs zurück.

Und nun trat — und dies war der zweite entscheidende Umstand — vor das ermattete, ruhesuchende Volk ein Mann, der selbst den Namen des großen Corsen trug, in dessen Adern das Blut des gewaltigen Eroberers floß. Welche Fülle von Erinnerungen an Ruhm und Glanz erweckte der Name Bonaparte! Gleichgültig, wer ihn trug; ein Neffe des ersten Napoleon mußte doch etwas von dem Geiste, der Kraft seines großen Oheims geerbt haben. Es war keine bewußte Ueberlegung, welche auf ehrliche Weise für den Prätendenten sich entschied. Ein gewisser Instinkt, ein dumpfes Gefühl, daß ein Napoleon

doch Alles besser durchführen müsse, als ein anderer Sterblicher, trieb in Massen das Volk auf die Seite des ehrgeizigen Prätendenten. Was andere Parteien durch Reden, Aufruhr und Agitation jeder Art zu erreichen versuchten, bewirkte hier ein einziges Wort. Ein Bonaparte stellte sich zur Wahl; — er mußte gewählt werden.

So nur läßt sich der in der Geschichte fast einzig dastehende Erfolg erklären, der in wenigen Monden aus einem heimathlosen, verspotteten Flüchtling das Oberhaupt eines mächtigen Volkes machte. Vergebens suchte Cavaignac dagegen anzukämpfen. Zwar gelang es ihm am 25. November in einer zündenden Rede, die Kammer von der Nichtigkeit jener Anschuldigungen zu überzeugen, welche seine Feinde, Garnier-Pagès an der Spitze, gegen seine Haltung in den Junitagen erhoben, und es durchzusetzen, daß die Versammlung gegen eine Minderheit von 34 Stimmen, zu welch letzterer Victor Hugo gehörte, nochmals die Erklärung abgab, daß General Cavaignac sich wohl um das Vaterland verdient gemacht habe. Allein bald kamen neue Zwischenfälle. Der Papst war am 15. November aus dem aufständischen Rom geflüchtet und die französische Regierung dadurch in eine schwierige Lage versetzt, da sie, wollte sie nicht ihren bisherigen Einfluß in Italien preisgeben, sich genötigt sah, den heiligen Stuhl zu unterstützen. Cavaignac entsandte einen Vertrauten, de Corcelles, nach Rom, und schickte den Cultusminister nach Marseille, um den flüchtenden Papst dort würdig zu empfangen. Auch wurde, unter Zustimmung der Kammer, Miene gemacht, Kriegsschiffe und Truppen gegen den Tiber zu entsenden, allein als die Nachricht eintraf, daß der Papst sich über Civita-Vecchia nach Gaeta gewandt und dem Könige Neapels sich anvertraut hatte, kühlte sich der Eifer ab und es entstand der Eindruck, als habe man zu voreilig dem Heiligen Vater die Hülfe Frankreichs angeboten.

Unangenehmer noch war ein Vorfall im Inneren. Man entdeckte, daß auf der Liste derjenigen, welche, als durch die Februar-Revolution verwundet oder sonstwie geschädigt, Unterstützung vom Staate bezogen, sich Individuen des zweifelhaftesten Rufes, Diebe, Brandstifter, Betrüger, selbst die Verwandten

der Urheber der gegen Louis Philipp gerichteten Attentate waren. Cavaignac wußte selbstredend davon nichts, allein man machte ihn für seine „Pensionäre" verantwortlich und bekam die Ueberzeugung, daß der solcher Staatsgeschäfte unkundige General seine Untergebenen nicht genügend überwache. Es war dies ein schwerer Schlag für Cavaignac und vergebens suchte er ihn dadurch unschädlich zu machen, daß er sich häufiger als sonst öffentlich zeigte, sich mit den Parteien gut zu stellen suchte und in Form eines Circulars an die Beamten eine Art von Wahlaufruf erließ.

Auch Napoleon hatte eine Proclamation erlassen. „Wenn ich zum Präsidenten gewählt würde", hieß es darin, „so würde ich vor keinem Opfer zurückscheuen, um die so verwegen bedrohte Gesellschaft zu vertheidigen. Ohne jeden Hintergedanken würde ich mich gänzlich der Kräftigung meiner Republik widmen, die weise in ihren Gesetzen, achtbar in ihren Absichten, groß und stark in ihren Thaten sein soll. Ich würde meine Ehre darein setzen, nach Ablauf der vier Jahre meinem Nachfolger die Staatsgewalt gefestigt, die Freiheit unversehrt, verbunden mit wirklichen Fortschritten, zu überliefern." Eine gewandte Phrase beschloß das Manifest. „Hat man die Ehre, an der Spitze des französischen Volkes zu stehen, so giebt es ein unfehlbares Mittel, das Gute zu thun —, man braucht es nur zu wollen! —"

Am 10. December begann im ganzen Lande die Wahl, ohne daß die Ruhe irgendwie gestört wurde, und schon am 13. war nach den bereits gesammelten Zahlen der Sieg Napoleons entschieden. Erst am 20. December aber konnte das endgültige, genaue Ergebniß festgestellt und in der Kammer, die inzwischen ihre Sitzungen vertagt, durch Waldeck-Rousseau verkündet werden.

Mit 5434426 Stimmen hatte das französische Volk Louis Napoleon Bonaparte zu seinem Oberhaupte erwählt. Auf seinen Gegner Cavaignac waren nur 1448107 Stimmen gefallen. Für Ledru-Rollin waren 370119 Radicale, für Raspail 36920 Socialisten eingetreten. Den Beschluß machte der noch vor Kurzem vom Volke gefeierte Lamartine. Die 17910 Stimmen, welche sich auf ihn vereinigt, bewiesen, wie rasch man seine Unfähigkeit erkannt und gewürdigt hatte. General Changarnier

endlich erhielt 4790 Stimmen, 12600 waren zersplittert, so daß sich im Ganzen in runder Summe mehr als 7¼ Millionen Franzosen an der Wahl betheiligt und von diesen beinahe 5½ Millionen für Napoleon entschieden hatten. Es war ein Sieg, wie ihn der Präsident und seine Anhänger wohl selber kaum erhofft. Sofort nach Verlesung des Wahlergebnisses gab Cavaignac sammt seinem Ministerium in einfachen und würdigen Worten sein Amt der Versammlung zurück. Alsdann bestieg der neue Präsident, der inzwischen eingetreten war und neben Barrot Platz genommen hatte, in schwarzer Kleidung, mit dem Bande der Ehrenlegion geschmückt, die Tribüne und leistete den vorgeschriebenen Schwur auf die Verfassung. Nachdem dies geschehen, sprach er unter lautloser Stille folgende Worte:

„Die Stimmen der Nation und der Eid, den ich soeben geschworen, schreiben mir meine künftige Haltung vor. Meine Pflicht ist fest bestimmt, ich werde sie als Ehrenmann erfüllen."

„Ich werde Feinde des Vaterlandes in allen denen erblicken, welche versuchen sollten, durch ungesetzliche Mittel eine Aenderung dessen herbeizuführen, was Frankreich errichtet!" (Sehr gut! Sehr gut!) „Zwischen Euch und mir, Bürger-Abgeordnete, kann es keine ernstlichen Meinungsverschiedenheiten geben. Unsere Wünsche und Absichten sind die gleichen."

„Wie Sie, will ich die Gesellschaft auf ihren Grundlagen befestigen, die demokratischen Einrichtungen stärken und nach allen Mitteln forschen, um die Leiden dieses edelmüthigen Volkes zu lindern, welches mir soeben ein so bedeutsames Zeichen seines Vertrauens gegeben." (Sehr gut! Sehr gut!)

„Die Stimmenmehrheit, welche ich erhalten, erfüllt mich nicht allein mit Dankbarkeit, sondern wird auch der Regierung jene moralische Kraft verleihen, ohne welche sie keine Autorität besitzt."

„Mit Frieden und Ordnung kann unser Volk sich wieder aufrichten, seine Wunden heilen, die Verirrten zurückführen, die Leidenschaften beruhigen."

„Von diesem Geiste beseelt, habe ich an meine Seite ehrenwerthe, fähige, dem Lande ergebene Männer berufen, überzeugt,

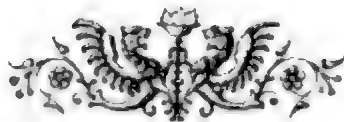
daß sie, der Verschiedenheit ihrer politischen Ausgangspunkte ungeachtet, mit Ihnen in der Anwendung der Constitution, der Vervollkommnung der Gesetze, dem Ruhme der Republik wetteifern werden.“ (Beifall.)

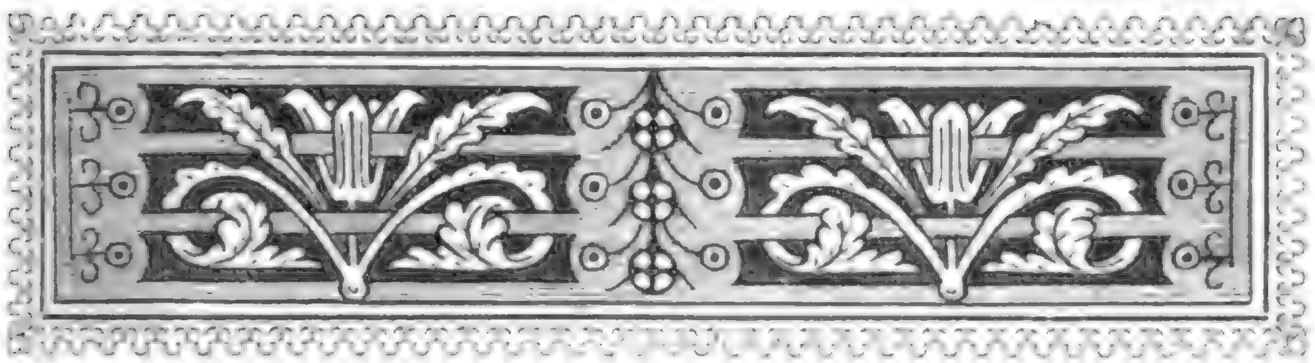
„Die neue Verwaltung muß, indem sie in die Geschäfte eintritt, ihrer Vorgängerin für die Bemühungen danken, durch welche sie uns die Staatsgewalt unversehrt überliefert und die öffentliche Ruhe aufrecht erhalten hat.“

„Das Verhalten des ehrenwerthen Generals Cavaignac war würdig der Loyalität seines Charakters und desjenigen Pflichtbewußtseins, welches die erste Eigenschaft eines Staatsoberhauptes ist.“

„Wir haben, Bürger-Abgeordnete, eine große Aufgabe zu erfüllen, nämlich eine Republik im Interesse Aller und eine gerechte feste Regierung zu begründen, welche von einer wahrhaften Liebe zu dem Volke beseelt ist, ohne reactionär oder utopistisch zu sein!“ (Sehr gut!)

„Seien wir Angehörige des Landes und nicht eine Partei! So werden wir, mit Gottes Hülfe, wenigstens das Gute thun, wenn wir auch nicht große Dinge zu vollbringen vermögen! —“





III. Abschnitt:

Der italienische Freiheitskampf.

Es war eine bunt zusammengesetzte Armee, welche gegen Radetzkys Heer zu Felde zog, ungleich nicht nur in Ausrüstung und Führung, sondern auch in dem Geiste, welcher sie beseelte.

Den Kern des Ganzen bildeten selbstverständlich die piemontesischen Truppen. Die Streitmacht Carl Alberts belief sich auf eine Brigade Garden, 4 Grenadier- und 2 Jägerbataillone umfassend, 9 Brigaden Infanterie zu je 2 Regimentern, deren jedes 10 Compagnieen Linienfußvolk und 4 Jägercompagnieen besaß, ferner ein Bataillon der bekannten Bersaglieri, einer vorzüglichen Schützentruppe, und Abtheilungen Marineinfanterie. An Reiterei waren 6 Regimenter zu je 5 Schwadronen, an Artillerie 12 Batterieen zu 8 Geschützen vorhanden. Dazu kam noch ein zahlreiches Festungsartilleriecorps und ein Bataillon Sappeurs. Auf dem Papiere sollte die Armee im Ganzen 60—70 000 Mann mit 5000 Pferden und 96 Geschützen zählen, doch ist anzunehmen, daß ihre Feldstärke zu Beginn der kriegerischen Operationen nicht mehr als etwa 45 000 Mann betragen hat. General Bava commandirte das erste Armeecorps, de Sonnaz das zweite, der Herzog von Savoyen, der Sohn des Königs, die Reserve. Den Oberbefehl führte Carl Albert selbst.

Schon die ersten Märsche des piemontesischen Heeres hatten gezeigt, daß nicht Alles so war, wie es sein sollte. Das Verpflegungswesen, die Organisation und Ausrüstung der Truppen geriethen binnen Kurzem in vollständige Verwirrung, wozu die überhastete Mobilmachung und der Mangel an Kriegserfahrung nicht das Wenigste beitrugen. Schlimmer noch stand es mit der Führung. Der König selbst war trotz seines hohen persönlichen Muthes kein Soldat. Außer Stande, die Bewegungen einer Armee zu leiten, besaß er nicht einmal die Gabe, dem gemeinen Manne Zutrauen und Kriegsbegeisterung einzuflößen. „Mit einem tapferen Heere voll Feuer erschien er nie verlegener als nach einem Erfolge“, schildert ihn der Piemontese Pinelli, „auch jetzt, auf dem Gipfel seines Glückes, wie beim Einrücken in die Lombardei, war er eine geisterhafte Erscheinung, abgespannt, bleich wie ein Schuldbewußter, mehr einem Flüchtling als einem König gleichend, stimmte er seine Truppen herab, indem er kein Zeichen von sich gab, daß er ihren Enthusiasmus, ihren Jubel theile. Während des ganzen Feldzuges wußte er nie ein Wort für die Leiden des Soldaten, des Verwundeten zu finden.“

Der Mangel an Selbstvertrauen und Energie, welcher den König erfüllte, konnte auch durch den Einfluß der Generale nicht aufgehoben werden. Die Bava, Sonnaz und Andere waren Radetzky und einigen seiner Unterführer in keiner Weise gewachsen. Auch mit dem Offiziercorps war es schlecht bestellt. Der Generalstab zeigte eine bemerkenswerthe Unfähigkeit, die Frontoffiziere vermochten vielfach ihre Stelle nicht auszufüllen. Unter diesen Umständen mußte die Tapferkeit des gemeinen Soldaten das Beste thun, und in der That ließen es die sardischen Truppen daran nicht fehlen. Die Erfolge, welche Carl Albert anfänglich errang, verdankte er mehr dem Kampfesmuthe der einzelnen Regimenter als den Anordnungen seiner Generale.

Außer dem Heere Piemonts waren, wie bemerkt, auch von sämmtlichen übrigen italienischen Staaten Contingente auf dem Kriegsschauplatz eingetroffen, welche jedoch vorwiegend eine defensive Haltung beobachteten. Der bedeutendste dieser Truppen-

körper, die Heeresmacht Neapels, etwa 15000 Mann, traf erst nach Beginn des Krieges im Monate Mai ein, war also an den zunächst zu schildernden Ereignissen nicht betheiligt. Von Parma war ein Bataillon Infanterie, 2 Compagnieen Dragoner und etwas Artillerie, zusammen über 1000 Mann, von Toscana und Lucca 1 Grenadier- und 7 Infanteriebataillone nebst einer Schwadron Dragoner, im Ganzen 4000 Köpfe, entsandt. Das — ziemlich widerwillig ins Feld ziehende — Contingent Modenas betrug 1500 Mann, in 2 Bataillone, eine Schwadron und eine Batterie eingetheilt. Bedeutender als die Streitmittel dieser Kleinstaaten waren die päpstlichen Truppen. Sie bestanden aus 2 Grenadier-, 2 Jäger- und 5 Füsilierbataillonen, nebst einem Dragonerregiment, welches durch die Gefechte mit den Räuberbanden des Kirchenstaates bereits an Kampf und Krieg gewöhnt war, und 2 Batterieen zu je 8 Geschützen. Dazu traten ferner die berühmten beiden Schweizerregimenter unter der Führung der Obersten von Latour und von Rämy, eine auserlesene, 4400 Mann starke Truppe. Die von der Lombardei und Venedig selbst aufgestellten regulären Truppen endlich, deren Kern die übergetretenen italienischen Regimenter der österreichischen Armee bildeten, waren erst in der Entstehung begriffen. Die zunächst zu organisirenden, aus der Besatzung Cremonas entnommenen Regimenter erhielten die Namen: Cremona und Mailand die Siegerin. Ferner bildete Oberst Sessa ein erstes Linienregiment. Im Venetianischen leitete General Zucchi, ein fähiger Offizier, welcher unter Napoleon sich ausgezeichnet, von der österreichischen Regierung aber später abgesetzt, 1831 zum Tode verurtheilt, dann begnadigt worden war, die Kriegsrüstungen. Alles in Allem wird man die Stärke der regulären Truppen, welche im Laufe des April gegen Oesterreich im Felde standen, auf 60000 Mann berechnen können. Späterhin vermehrte sich die Zahl durch das Eintreffen der Verstärkungen aus Sardinien und Neapel bedeutend. Außer diesen Linientruppen hatten sich in der allgemeinen Begeisterung eine große Menge Freicorps organisirt, deren Zusammensetzung eine höchst verschiedene war. Neben Studentencorps aus Pavia, Pisa, Padua, neben Freischaaren, welchen die Jugend der besten

Stände angehörte, bestanden im Venetianischen und dem Kirchenstaate unter dem Namen Kreuzfahrer oder Freicorps Schaaren, welche sich wenig oder gar nicht von den auch in Friedenszeiten aufgetretenen Räuber- oder Schmugglerbanden unterschieden. Der militärische Werth dieser Freischaaren war im Allgemeinen kein größerer, als ihn eben solche Corps überhaupt zu besitzen pflegen. Die Thatsache, daß ein mechanisch eingedrillter und abgerichteter Soldat einem noch so begeisterten, ungeübten Freischärler hundertfach überlegen ist, bewahrheitete sich auch hier, und ebenso der in allen Kriegen bestätigte Satz, daß Freischaaren zwar in kleinen Verhältnissen und günstigem Gelände ein nicht zu unterschätzender Gegner sind, auf den Gang des großen Krieges aber keinen bestimmenden Einfluß zu üben vermögen. Zudem war bei den Italienern, ihrem Nationalcharakter entsprechend, das Säbelgerassel und Kriegsgeschrei oft größer als der wirkliche Kampfmuth. Von den 20000 Freiwilligen, welche sich in der Lombardei zum Eintritt in die Streifschaaren gemeldet hatten, sollen kaum 6000 wirklich ins Feld gezogen sein.

Das einzige Mittel, einen wirklichen Volkskrieg zu entflammen, wäre — nach dem Vorgange Preußens im Jahre 1813 — die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Errichtung disciplinirter Landwehrtruppen an Stelle der Freischaaren gewesen. Der Versuch hierzu wurde allerdings gemacht, allein ohne besondere Energie und demgemäß auch ohne besonderen Erfolg. Auch die Errichtung von Fremdencorps, wobei man namentlich auf die Schweizer und die Polen rechnete, ging nur langsam vor sich, trotzdem die mailändische Regierung am 25. März einen begeisterten Aufruf erließ.

Immerhin jedoch war die italienische Streitmacht der österreichischen Feldarmee zunächst wohl um das Dreifache überlegen. Denn nach Abzug der für die vier Festungen erforderlichen Besatzungen — in Mantua allein war eine Garnison von 10—12000 Mann nöthig — konnte Radetzky nicht mehr als 20000 Mann in das Gefecht führen.

Erwägt man dieses ungünstige Zahlenverhältniß, erwägt man ferner die Lage der Oesterreicher, die, inmitten einer feindseligen Bevölkerung, rings von Gegnern umgeben, vom Heimat-

lande nahezu abgeschnitten, nur mit dem allernothwendigsten Kriegsvorrath ausgerüstet und durch alle die Vorfälle der letzten Wochen moralisch erschüttert, in einer zähen Vertheidigung ihre einzige Rettung erblicken mußten, so erscheinen die Maßregeln Radetzkys als die einzig richtigen und angemessenen. Der Plan des Feldmarschalls ging dahin, sich, auf die vier Festungen gestützt, in dem zwischen Mincio und Etsch liegenden, vom Gardasee und Po begrenzten Gebiete zu halten und dem Feinde hier, wenn er sich in das Festungsviereck hineinwagte, den möglichsten Abbruch zu thun, ohne jedoch in einer Entscheidungsschlacht das Schicksal des Heeres auf das Spiel zu setzen. Des Weiteren handelte es sich darum, die noch offene Verbindungslinie mit Oesterreich über Roveredo und Trient frei zu erhalten und die aus dem Venetianischen und von Mittelitalien kommenden Angriffe zurückzuschlagen. Dem entsprechend zog Radetzky seine Hauptmacht in Verona zusammen, während er in den anderen Festungen starke Besatzungen und am Mincio eine Arrièregarde zurückließ. Nach Trient, dessen Bürgerschaft aus ihren Sympathieen für den Aufstand kein Hehl machte, entsandte er ein 800 Mann starkes Seitendetachement unter dem Oberst Baron Zobel, einem Manne, auf dessen rücksichtslose Energie er sich verlassen konnte. Zobel entsprach dem ihm gewordenen Auftrage. Er besetzte die Citadelle von Trient mit der Drohung, von hier aus bei dem ersten Versuche des Aufruhrs die Stadt in Brand schießen und plündern zu lassen, er verhaftete sämmtliche Häupter der italienischen Partei, ließ die Bürgerschaft entwaffnen, zahlreiche Hinrichtungen vornehmen und hielt mit eiserner Hand die Stadt nieder. Weiter jedoch reichte seine Macht nicht; daß die Bewegung sich über Judikarien bis weit nach Tirol hinein erstreckte, vermochte er nicht zu verhindern.

Welches waren nun dem gegenüber die Pläne Carl Alberts? Es konnte für den König und seine Generale kein Zweifel darüber bestehen, daß die Vertreibung der Oesterreicher aus Mantua und der Etschlinie, eine Aufgabe, die selbst einem Bonaparte Zeit und Mühe gekostet, ein schweres Werk sein werde. Viel vortheilhafter und angemessener mußte es erscheinen, vorerst Radetzky völlig zu isoliren, indem man ihm den Weg

nach Tirol abschnitt und sich zugleich mit den Venetianern in Verbindung setzte. Allein der König überließ die Ausführung dieses Gedankens den Freischaaren, welche nichts auszurichten vermochten, er selbst entschloß sich, gewissermaßen den Stier bei den Hörnern zu packen und gegen das Festungsviereck vorzudringen. Gelang es ihm hier, solange noch die kriegerische Begeisterung in Italien währte, und die am Isonzo in höchster Eile zusammengezogene österreichische Reservearmee nicht marschbereit war, Radetzky in einer Entscheidungsschlacht zu schlagen, und die Etschlinie zu erringen, so war das Schicksal des Feldzuges nahezu entschieden.

Am 8. April hatte Carl Albert sein Hauptquartier von Asola nach Castiglione verlegt und ließ sein Heer in mehreren Colonnen gegen den Mincio vorrücken. Am Ufer dieses Flusses kam es, nachdem schon Tags vorher Oberst Benedek ein glückliches Streifgefecht gegen piemontesische Reiter geliefert, zu den ersten ernsten Kämpfen. In dem zwei Stunden von Mantua am rechten Ufer des Mincio gelegenen Städtchen Goito hatte sich eine Compagnie Kaiserjäger festgesetzt, um den Ort so lange zu halten, bis die an den vorhergegangenen Tagen durch den Regen gestörte Sprengung der Brücke vollzogen sein würde. Mit einer aus zwei Infanterieregimentern, Bersaglieri, Marinesoldaten und Freischärlern bestehenden Abtheilung griff um sieben Uhr Morgens General Bava die Stellung an. Die Kaiserjäger bewahrten ihren alten Ruhm; dreimal schlug das wohlgezielte Feuer der kleinen Schaar die Feinde in die Flucht, und erst dann zog sich die Compagnie zurück, als ein überlegenes Geschützfeuer sie zum Weichen nöthigte. Die Sprengung der Minciobrücke wurde nun ausgeführt, jedoch mit so geringem Erfolge, daß es den tapfer vordringenden Piemontesen gelang, das linke Ufer des Flusses zu erreichen und sich einiger hier postirter Geschütze zu bemächtigen. Nach vier Stunden war der Kampf beendet; die Brigade Wohlgemuth, welche den Kaiserjägern als Rückhalt gedient hatte, zog sich auf das Glacis von Mantua zurück. Die Oesterreicher gaben ihren Verlust auf 120 Mann an. Zwei Enkel Andreas Hofers, der eine Lieutenant, der andere Cadet, befanden sich unter den Gebliebenen.

Der Verlust der Piemontesen mag nicht geringer gewesen sein. Zwei ihrer Obersten, La Marmora und Macarani, waren verwundet.

Am folgenden Tage überschritten nach unbedeutenden Plänkeleien bei Monzambano und Valleggio auch die anderen Colonnen der piemontesischen Armee den Mincio. Radetzky, welcher am 8. eine Schlacht erwartet zu haben scheint und bei Villafranca gegen Abend sein Heer vereinigt hatte, ging am 10. wieder nach Verona zurück.

Der Kampf bei Goito war ein Arrièregarden-Gefecht gewesen und konnte als solches nicht anders als siegreich für die Piemontesen enden. Nichtsdestoweniger hatte der glückliche Ausgang des Treffens in hohem Maße das Selbstvertrauen der Italiener gehoben; man bestürmte den König, rücksichtslos vorzugehen und dem Feinde auf dem Fuße zu folgen. Allein Carl Albert schien es zu gefährlich, sich schon jetzt in das Festungsbereich zu wagen. Er beschloß, Peschiera zu belagern, um sich nach dem Falle der Festung der über Pastrengo und Rivoli führenden Verbindungslinie der Oesterreicher mit Tirol bemeistern zu können.

Peschiera, am Gardasee an der Ausmündung des Mincio gelegen, war eine kleine, in Form eines Fünfecks erbaute Festung, vor deren Front sich zwei vorgeschobene Forts, della Mandella und Salvi, befanden. Eine besondere Stärke besaß der Platz nicht, da die rings die Stadt umgebenden Höhenzüge dem Belagerer eine gedeckte Annäherung gestatteten. Zudem mangelte es an Lebensmitteln. Durch die Nachlässigkeit der österreichischen Verwaltung war zu Beginn des Aufruhrs kein genügender Proviant vorhanden, und jetzt war es zu spät, das Versäumte nachzuholen, zumal sich auch die Schiffe auf dem Gardasee in der Gewalt der Italiener befanden. Die Besatzung bestand aus einem Bataillon Ottochaner, der nöthigen Artillerie und einigen Husaren: Gouverneur war der Feldmarschall-Lieutenant Baron Rath.

Es trat somit jetzt ein Stillstand in den Operationen der piemontesischen Armee ein. Am 13. hatte der König die Festung zur Uebergabe aufgefordert und ein heftiges Feuer auf

das Fort Salvi eröffnet, am 19. einen ziemlich unklaren Vormarsch gegen Mantua ausgeführt, welcher zu einem kleinen Gefechte unter den Wällen der Festung führte. Am nächsten Tage traf eine wesentliche Verstärkung, die toscanischen und modenesischen Truppen mit vielen Freiwilligen ein. Sie wurden, unter dem Befehl des Generals Ferrari, in eine besondere Division formirt. Zwei weitere große Recognoscirungen, welche am 23. und 25. stattfanden, führten zu keinem besonderen Ergebniß. Radetzky hielt seine Truppen in Mantua und Verona zurück.

Ein einziges kleineres Gefecht hatte am 10. die innerhalb des Festungsvierecks herrschende Ruhe unterbrochen. Eine Abtheilung der mailändischen Freiwilligenlegion Manara war am 10. in Lardolino gelandet, hatte sich einer Pulvermühle bemächtigt und in Castel-Nuovo Stellung genommen. Dieser wichtige Punkt, in welchem sich die Straßen Peschiera-Verona und Mantua-Tirol kreuzen, wurde alsbald von dem Fürsten Taxis mit einer kleinen österreichischen Abtheilung wieder besetzt, worauf sich die Italiener wieder zurückzogen.

Während die piemontesische Armee bei Peschiera Halt machte, hatten die Freischaaren unter Führung des Generals Allemandi einen Einfall in Tirol geplant, ein Vorhaben, welches im Falle des Gelingens den Oesterreichern allerdings zu größtem Nachtheil gereichen mußte. Am 9. April überschritten die ersten Colonnen die Tiroler Grenze, am 17. hielten die verschiedenen Freischaaren bereits das Gebiet von Clus bis zum Gardasee besetzt und hatten die Verbindung zwischen Trient und Verona gesperrt.

In Tirol waren zu Ende März nur 7 k. k. Bataillone nebst etwas Reiterei und Geschütz vorhanden. Ein Theil dieser Truppen war zur Beobachtung der Schweizer Grenze erforderlich, zwei italienische Bataillone des Regiments Victor d'Este waren dem Abfall nahe, und es konnte daher der in Tirol commandirende Feldmarschall-Lieutenant Baron Welden den in der Lombardei kämpfenden Oesterreichern vorerst keine Unterstützung zu Theil werden lassen. Nachdem er seine verfügbaren Truppen, 2 Bataillone, bei Botzen versammelt, berief er am 27. März den

Tiroler Landsturm. Die treuesten Unterthanen des Hauses Habsburg säumten nicht, dem Rufe zu folgen. Unter der Führung des Landesgouverneurs Grafen Brandis traten sie in Schützencompagnieen zusammen, deren Zahl in wenigen Wochen 60 erreichte, und bewaffneten sich, so gut es ging. Die Erinnerungen an das Jahr 1809 wurden lebendig; selbst von den Kämpfern jener Zeit waren Einige noch rüstig genug, um mit in das Feld zu ziehen, so vor Allem der Pater Haspinger, der Hauptmann Gasser und Andere.

Um die Mitte April erachtete sich Feldmarschall-Lieutenant Welden, welcher außer dem Landsturm auch einige Verstärkungen an regulären Truppen erhalten hatte, für stark genug, um seinerseits zum Angriff überzugehen, zumal der Feind schon Trient bedrohte. Am 19. brach er in zwei Colonnen gegen Stenico und Clus auf und trieb die Freischaaren fast ohne Widerstand vor sich her. Am 21. bereits hatten die Italiener in fluchtartigem Rückzuge ganz Tirol mit Ausnahme einiger Grenzdörfer in Judikarien geräumt. Welden nahm nunmehr eine feste Stellung zwischen Trient und Roveredo ein und hielt die Posten von Stenico, Male und Riva besetzt. Die Tiroler Schützen wurden, da der Feind ihr Land geräumt, in ihre Heimat entlassen.

Unter den Freischaaren erhob sich das in solchen Fällen übliche Verrathsgeschrei. Sie empörten sich in Bergamo gegen ihren Führer Allemandi, welcher gefangen genommen und nach Mailand gebracht wurde, erhielten aber dann von der Regierung zu Mailand den Befehl, sich in Brescia und Bergamo den Linientruppen einreihen zu lassen. Begreiflicher Weise erregte diese Anordnung großen Mißmuth und konnte nur sehr unvollkommen durchgeführt werden. Viele Freischaaren blieben in Judikarien, in der Gegend des Idrosees stehen und bestanden bei Stiro am 27. ein Gefecht gegen die Oesterreicher.

Auch im Rücken der Letzteren war es zu Kämpfen gekommen. Eine Schaar venetianischer „Kreuzfahrer" hatte sich bei Sorio, fünf Stunden von Verona festgesetzt und war am Tage des Gefechtes von Goito, dem 8. April, nach einem hitzigen Kampfe von einer österreichischen Colonne unter dem Fürsten Liechten-

stein nach Vicenza zurückgeworfen worden. Einige Zeit später, am 21., wurde eine „Befreiungsschaar“ des Bolognesen Zambeccari in der Nähe Legnagos von der Liechtensteinischen Abtheilung überrascht und zersprengt. Im Venetianischen, wohin Carl Albert einen seiner fähigsten Offiziere, den General della Marmora geschickt hatte, blieb es ziemlich ruhig. Der Aufstand schien sich hier auf die Defensive beschränken zu wollen.

Wir haben die piemontesische Hauptarmee am 25. April bei Peschiera verlassen. Des unnützen Lagerns vor der Festung müde, beschloß Carl Albert, in den nächsten Tagen eine Angriffsbewegung gegen den rechten Flügel der Oesterreicher zu unternehmen. Es war nämlich das bekannte Plateau von Rivoli, welches als der Schlüssel der Linie Verona-Tirol gelten konnte, von dem Feldmarschall-Lieutenant Welden noch nicht besetzt worden, während eine Detachirung der Veroneser Streitkräfte nach diesem Punkte die Truppen Radetzkys zu sehr zersplittert hätte. Der Letztere hatte sich mithin begnügt, den zwischen Rivoli und Verona gelegenen Flecken Pastrengo zu besetzen; es standen hier die beiden Brigaden Wohlgemuth und Erzherzog Sigismund. Etwas weiter zurück befand sich bei Bussolengo die Brigade Taxis als Rückhalt.

Es lag in der Absicht Carl Alberts, sich Pastrengos zu bemächtigen, um so den Aufgang nach dem Plateau von Rivoli und eine Stellung in der rechten Flanke der Oesterreicher zu gewinnen und zugleich Peschiera zu isoliren. Am 28. April brach er, indem er vor der letztgenannten Festung nur eine Brigade zurückließ, in der Richtung nach Verona auf und bezog, nachdem sein linker Flügel bei Pacengo und Cola ein kleines Gefecht bestanden, in Sommacampagna sein Hauptquartier.

Der 29. verstrich unter Einzelgefechten, die beiderseits, wie es scheint, der höheren Leitung entbehrten. Man schlug sich bei dem zwischen Sommacampagna und Pastrengo gelegenen Dorfe Santa Giustina und um die Höhen von Romaldola. Der linke Flügel der Piemontesen blieb völlig unthätig, von den Oesterreichern ging die Brigade Wohlgemuth völlig vereinzelt aus ihrer Stellung vor. Am 30. endlich sollte der entscheidende Kampf beginnen. General Sonnaz, welchen der König mit

der Leitung der Schlacht beauftragt hatte, eröffnete um 9 Uhr Morgens den Frontalangriff auf Pastrengo; einige Zeit später begannen die Bersaglieri, denen starke Artillerieabtheilungen und Infanteriecolonnen folgten, die rechte Flanke der Oesterreicher zu umfassen, ein hitziger Kampf entspann sich auf der ganzen Linie.

Es scheint, daß der österreichische General-Feldmarschall-Lieutenant Wocher, als er mit seinen Brigaden den Kampf gegen die piemontesische Armee aufnahm, auf eine Unterstützung durch Radetzky rechnete. In der That hatte dieser seine Truppen zwischen Bussolengo und Santa Lucia aufgestellt und ritt selbst aus Verona nach dem drei Stunden entfernten Kampfsplatz, allein er war entschlossen, keine Schlacht anzunehmen und zog seine Regimenter wieder in die Festung zurück.

Unter diesen Umständen sah sich General Wocher genöthigt, einen Kampf aufzugeben, den er vielleicht schon zu lange hinausgezogen hatte. Um 3 Uhr Nachmittags brach er das Gefecht ab und zog sich bei Ponton, woselbst der ihm von F.-M.-L. Welden zu Hülfe geschickte Oberst Zobel mit einer Abtheilung Kaiserjäger eingetroffen war, über die Etsch zurück. Daß es hierbei nicht ohne Verluste abging, war nicht zu vermeiden. Gegen dreihundert Oesterreicher fielen in Gefangenschaft, 5—600 waren todt und verwundet. Die Verluste der Piemontesen waren jedenfalls geringer. Carl Albert hatte sich auch bei dieser Gelegenheit rücksichtslos dem feindlichen Feuer ausgesetzt, so daß einmal aus einer Entfernung von kaum 300 Schritt eine Gewehrsalve in sein Gefolge einschlug.

In Folge dieses für die Italiener glücklichen Treffens wurde die Belagerung des nunmehr völlig eingeschlossenen Peschiera mit erneutem Eifer betrieben. Auch mit der Blockade Mantuas hatte man am 21. bereits begonnen, indem General Ferrari mit seiner aus den mittelitalienischen Contingenten bestehenden Division den Mincio bei Governolo überschritten und einen Angriff der Oesterreicher auf diesen Ort kräftig zurückgeschlagen hatte. Viel Erfolg war allerdings von der Einschließung der beinahe uneinnehmbaren, wohl verproviantirten und vertheidigten Festung nicht zu erwarten.

Immerhin war aber gegen das Gros der österreichischen Armee kein entscheidender Vortheil erzielt worden. Nach wie vor stand dasselbe unbeweglich in seiner Stellung bei Verona, einer Stellung, welche durch die nahezu zwei Stunden langen, von den Dörfern Croce Bianca, San Massimo und Santa Lucia gekrönten, von Sommacampagna bis zu der Festung sich erstreckenden Höhen gebildet wurde. Die an sich schon sehr feste Position war von Radetzky künstlich verstärkt worden. Ihr einziger Nachtheil war die etwas zu große Ausdehnung, welche dem schwachen österreichischen Heere nur die wichtigsten Punkte zu besetzen erlaubte.

Es war anzunehmen, daß Radetzky dieses Lager freiwillig nicht eher verlassen würde, als bis die bereits im Anmarsch begriffene Unterstützungsarmee eingetroffen war. Suchte also der Sardenkönig eine Schlacht — und die ganze Lage der Dinge wies ihn darauf hin —, so mußte er sich zu einem Sturm auf die Höhen entschließen.

In der That setzte sich am Morgen des 6. Mai die piemontesische Armee, nachdem sie Tags zuvor auf dem Plateau von Rivoli eine Art Recognoscirungsgefecht mit Abtheilungen des Welden'schen Corps bestanden, in einer Stärke von 45000 Mann mit 66 Geschützen in Bewegung.

Der erste Angriff richtete sich gegen das Dorf Santa Lucia, woselbst Fürst Carl Schwarzenberg mit der Brigade Strassoldo stand. Mit größter Tapferkeit hielt das 10. österreichische Jägerbataillon, von Abtheilungen des italienischen Regimentes Erzherzog Sigismund unterstützt, drei Stunden hindurch den Angriff der von General Bava geführten piemontesischen Sturmcolonne aus und räumte erst, als die Munition auszugehen begann, den Ort. Hinter dem Dorfe entspann sich ein neuer erbitterter Kampf. Den Zuruf der Piemontesen: „Kommt unter unsere Fahnen, Brüder!“ mit dem Rufe „Vorwärts“ beantwortend, stürzte sich das treugebliebene italienische Grenadierbataillon Danthon mit dem Bajonett auf den Feind[1], andere Abtheilungen folgten, unentschieden wogte das Gefecht in dem

[1] Nach der Schlacht erhob Radetzky dieses Bataillon zu seiner Leibwache.

hügeligen, mit Mauern, Hecken und Bäumen bedeckten Gelände hin und her. Vergeblich suchten die Piemontesen weiter vorzudringen, obwohl Carl Albert seine Garden, dann die Division d'Arvillars herbeizog und selbst die Soldaten zum Kampfe führte, allein auch die Oesterreicher vermochten nicht, sich des verloren gegangenen Dorfes Santa Lucia wieder zu bemächtigen.

Inzwischen richtete gegen den rechten Flügel Radetzkys, woselbst Baron d'Aspre commandirte und die Erzherzoge Franz Joseph und Albrecht sich befanden, General Broglia mit einer starken Colonne einen zweiten Hauptangriff. Muthig drangen die sardinischen und parmesanischen Truppen gegen die Dörfer San Massimo und Croce Bianca vor, allein ein heftiges Kleingewehr- und Kartätschfeuer wies ihren zweimal unternommenen Sturm zurück, und in ziemlicher Unordnung räumte diese linke Colonne der piemontesischen Armee den Kampfplatz. Nunmehr erschien Radetzky die Zeit gekommen, seinerseits zum Angriff überzugehen; das Grenadierbataillon Weiler, von einer schweren Batterie und Infanterieabtheilungen unterstützt, rückte zum Sturm auf Santa Lucia vor, welches die durch die Mißerfolge ihres linken Flügels und den hartnäckigen Widerstand der Oesterreicher entmuthigten Italiener alsbald räumten. Gegen fünf Uhr Nachmittags begann die piemontesische Armee auf der ganzen Linie zu weichen und ging in ihre am Morgen vor dem Kampfe innegehabte Stellung zurück.

Die Schlacht bei Santa Lucia war für Carl Albert verloren. Seine Armee hatte bedeutende Verluste erlitten, nach Angabe der Bulletins 98 Todte und 659 Verwundete, in Wirklichkeit wohl nahezu das Doppelte, während die Einbuße der Oesterreicher offiziell 349, thatsächlich etwa 700 Mann betrug. Allein schwerer als die materielle Schädigung war der moralische Schlag, welcher Carl Albert und sein Heer getroffen hatte. Die immer noch gehegte Hoffnung, die angeblich völlig zerrüttete und entmuthigte österreichische Armee zu Paaren zu treiben und im Triumphe Oberitalien bis an den Isonzo zu durchziehen, war jetzt vernichtet. Man hatte erkennen müssen, daß man erst am Anfange der Arbeit stand, daß es noch heißer Kämpfe bedürfen werde, um die Freiheit Italiens zu erringen. Anderer-

seits war für Radetzky das Selbstbewußtsein, welches der 6. Mai in seiner Armee von Neuem gekräftigt hatte, zumal nach dem Tage von Pastrengo von unschätzbarem Werth.

Nach dem Treffen von Santa Lucia trat auf dem Kriegsschauplatze eine längere Ruhe ein. Carl Albert, entmuthigt, zaudernd und zögernd wie immer, verwandte wieder seine ganze Kraft darauf, Peschiera zu berennen; Radetzky blieb nach wie vor in seiner täglich mehr verstärkten und befestigten Stellung von Verona, und wartete die Ankunft seines Reservecorps ab.

Wie erwähnt, war bereits vor Ausbruch des italienischen Aufstandes die Zusammenziehung eines solchen Detachements bei Udine geplant gewesen. Die Revolutionsstürme hatten das Zustandekommen gehindert, Udine selbst war in die Hände der Aufständischen gerathen, in Wien und anderen Theilen der Monarchie hatten die Ereignisse die Absendung von Truppenkörpern erschwert. Immerhin jedoch war es gelungen, um den 15. April herum zu Görz am Isonzo und der Umgegend eine Streitmacht von beiläufig 20000 Mann mit 1500 Pferden und 60 Geschützen zu sammeln, welche sich aus frischen österreichischen Regimentern, Ergänzungstrupps der in Italien bereits stehenden Heerestheile und denjenigen Bataillonen zusammensetzte, welche nach der Capitulation Venedigs von dort abmarschirt waren. Zum Führer dieser Reservearmee hatte sich freiwillig der Feldzeugmeister Graf Laval Nugent erboten, ein alterprobter Soldat, dessen Tapferkeit sich auf mehr als hundert Schlachtfeldern bewährt hatte. Allein Graf Nugent war ein Greis, sein Körper durch Alter und früher empfangene Wunden geschwächt, sein Geist nicht mehr rasch und energisch genug, um sich den Operationen eines Radetzky anzupassen.

Am 16. April überschritt der Feldzeugmeister mit 13000 Mann den Isonzo. Zwei Wege boten sich ihm jetzt dar. Entweder suchte er so bald als möglich sich mit Radetzky zu vereinigen — dann durfte er sich nicht auf unnütze Kämpfe und Belagerungen einlassen — oder aber er unterwarf das aufständische Gebiet östlich des Festungsvierecks, um so den Rücken des Veroneser Heeres und dessen Verpflegung zu sichern — dann

mußte er unbedingt wenigstens die bedeutendsten Waffenplätze der Insurgenten zur Uebergabe zwingen.

Graf Nugent versuchte womöglich beides zu erringen. Der venetianische General Zucchi, welcher ihm mit etwa dreitausend abgefallenen Soldaten und zwei- bis dreimal so viel Freiwilligen zunächst gegenüberstand, hatte es in richtiger Erkenntniß des Werthes seiner Truppen für räthlich gehalten, sich ganz auf die Vertheidigung zu beschränken, und sich mit dem größten Theil seiner Mannschaft in Palma verschanzt. Während die Stadt Udine, woselbst ebenfalls einige Abtheilungen der Aufständischen standen und die Bürgerwehr zum Aeußersten entschlossen schien, sich nach kurzer Beschießung Nugent ergab, wiesen Palma und ebenso Osopo, wohin sich ein Theil der Besatzung Udines gewendet, jede Capitulation ab und es blieb dem Feldzeugmeister nichts Anderes übrig, als seinen Marsch fortzusetzen, ohne die beiden Orte unterworfen zu haben. In den ersten Tagen des Mai langten seine Truppen an der Piave an, nachdem eine kostbare Zeit mit den Operationen gegen Udine und Palma und dem Uebergange über den Tagliamento verstrichen war.

Die päpstlichen Truppen waren im Laufe des April von Bologna, woselbst General Durando den erwähnten Tagesbefehl erließ, nach Ferrara gerückt. Ihres Bleibens war hier nicht lange. Die Oesterreicher hielten die Citadelle besetzt und ihr Commandeur Graf Khuen erzwang sogar durch die Drohung, die Stadt zu bombardiren, die regelmäßige Lieferung von Lebensmitteln. Am 24. April hatte General Durando den Befehl Carl Alberts erhalten, sofort durch das Friaul nach der Piave zu marschiren und war mit sämmtlichen Truppen aufgebrochen.

Es standen nunmehr Anfangs Mai drei verschiedene italienische Abtheilungen an der Piave; das Corps des Generals Durando, aus den beiden päpstlichen Schweizerregimentern, den päpstlichen Dragonern und Carabiniers und einer Batterie, zusammen aus 5000 Mann ausgesuchten Truppen mit 8 Geschützen und 700 Pferden bestehend, dann die Division des piemontesischen, von Carl Albert entsandten Generals della Marmora, zusammengesetzt aus Paduaner Kreuzfahrern, Freiwilligen zahlreicher Städte, einer neapolitanischen und einer

sicilianischen Legion, den Scharfschützen des Majors Dazzo und römischen Studenten, endlich die Division des päpstlichen Generals Ferrari, 4 Bataillone Linienmilitär und drei Legionen Freiwillige des Kirchenstaates enthaltend. Wer hier eigentlich befahl, ob General della Marmora oder Durando, und in wie weit Ferrari dem einen oder dem anderen oder keinem von beiden gehorchte, war schwer zu ermitteln. Es scheint, daß jeder der Generale nach seinem eigenen Kopfe handelte und Durando noch ganz besondere Nebenabsichten bei seinen oft ganz unerklärlichen Operationen verfolgte.

Nach einem ziemlich verwickelten Rechtsabmarsche war am 7. Mai Graf Nugent mit dem Hauptheil seiner Armee in Belluno eingetroffen. Eine Abtheilung und die Bagage stand noch jenseits der Piave, eine Avantgarde unter dem Befehl des Generals Culloz war bereits am 6. nach Feltre vorgeschoben worden und hatte am 8. am Nassonebach ein heftiges Gefecht bestanden. Unter den italienischen Führern herrschte völlige Zwietracht. Durando war mit seinen Schweizern, ohne sich um die Kampfgenossen zu kümmern, bis Bassano zurückgegangen und überließ es Ferrari, den Marsch der Oesterreicher aufzuhalten. In der That griff dieser am 9. mit seiner ganzen Division den General Culloz an, vermochte aber in einem fünfstündigen Gefechte keine Vortheile zu erreichen und zog sich nach Treviso zurück. Sein Verlust im Kampfe hatte kaum 150 Mann betragen, allein die Zahl der Freiwilligen, welche unter dem Eindruck der Niederlage in den nächsten Tagen die Fahnen verließen, soll sich auf nahezu 2000 beziffert haben. Durando marschirte während dessen zwecklos zwischen Bassano und Asola umher.

Vor den Thoren Trevisos vereinigte nunmehr Graf Nugent seine gesammten Streitkräfte. Die mit Mauern und Thürmen umgebene, mit Barrikaden verschanzte Stadt, welche über eine starke Besatzung — viele Freischaaren und die Bürgerwehr nebst 16 Kanonen — verfügte, wies die Aufforderung zur Uebergabe trotzig zurück und schien zum äußersten Widerstand entschlossen. Die Reservearmee mußte somit abermals Halt machen und sich des Platzes zu bemächtigen versuchen. Allein schon am 12.

hatte ein mit großer Tapferkeit unternommener Ausfall gezeigt, daß dies so leicht nicht gelingen werde, zumal Durando und Ferrari kaum einen Tagemarsch entfernt in der Gegend von Mestro standen. Zudem traf jetzt die dringende Aufforderung Radetzkys ein, die Reservearmee ohne Zeitverlust über die Etsch zu führen, und man mußte sich somit entschließen, Treviso liegen zu lassen.

Wiederum vergingen sechs kostbare Tage, welche man mit der Concentrirung der Truppen und der Errichtung eines Brückenkopfes an der Piave verzettelte, bis sich das Corps endlich wieder in Marsch setzte. Graf Nugent war in Folge der Strapazen, welchen sein Körper nicht mehr gewachsen war, schwer erkrankt und genöthigt, den Kriegsschauplatz zu verlassen. An seiner Stelle übernahm Graf Thurn das Commando und somit machte sich endlich ein etwas frischerer Zug in den Bewegungen des Entsatzheeres bemerkbar.

Am 20. Mai traf das Corps vor Vicenza ein, welches ebenso wie Treviso verschanzt und verrammelt die Anrückenden mit Kanonenschüssen empfing. Bald überzeugte sich Graf Thurn, daß die Berennung des Platzes die ihm zugemessene Zeit überschreiten würde. Nach einem ziemlich lebhaften Gefechte[1] zog er ohne Aufenthalt weiter und erreichte am nächsten Tage San Bonifacio.

Damit war die langersehnte Verbindnng mit der Radetzkyschen Armee erreicht, allein statt des erwarteten Befehles, sofort auf Verona zu marschiren, kam die Ordre, einen Versuch zur Einnahme Vicenzas zu unternehmen. Es waren nämlich innerhalb des Festungsviereckes die Lebensmittel bereits so knapp geworden, daß eine Ausdehnung des occupirten Gebietes dringend nöthig schien. General Thurn gehorchte und stand am nächsten Tage wieder vor Vicenza, woselbst wenige Stunden nach seinem Abmarsche General Durando mit seinen Schweizern und einem

[1] Hier sühnte ein Graf Zichy, Ulanenoffizier, die Schmach, welche sein Verwandter durch die Uebergabe Venedigs auf das Haus geladen. Als die Croaten zum Kampfe vorrückten, stieg er vom Pferde, ergriff ein Gewehr und eilte den Stürmenden voraus, bis ihn eine Kugel todt niederstreckte.

Theile der Division Ferrari erschienen war. Der größte Theil des letztgenannten Corps war nämlich nach dem Rückzuge aus Treviso auseinandergegangen, der Rest schloß sich Durando an, Ferrari selbst hatte sich nach Venedig begeben. Zugleich traf auch General Antonini mit tausend Mann aus Venedig ein, so daß es der Stadt nunmehr an Vertheidigern nicht gebrach.

In der Nacht vom 23. zum 24. Mai eröffneten die Oesterreicher den Angriff durch ein heftiges Bombardement, welches in den Morgenstunden des 24. wiederholt wurde. Allein in dem durch strömenden Regen aufgeweichten Boden vermochte man die schweren Geschütze kaum heranzubringen, die Löschanstalten in der Stadt waren gut organisirt und die päpstliche Artillerie unter dem Hauptmann von Lentulus antwortete auf das Nachdrücklichste auf das Feuer der Belagerer. Auch die Infanterie vermochte nicht vorzubringen; die Croaten, welche eine Barrikade stürmten, wurden nach heftigem Kampfe von den Schweizergarden des Kirchenstaates zurückgeschlagen.

Unter diesen Umständen mußte Graf Thurn auf die Ausführung seines Auftrages verzichten. Schon am Mittag des 24. trat er zum zweiten Male den Marsch nach Verona an und vereinigte sich hier am nächsten Tage mit dem Heere Radetzkys, welcher nunmehr über ein Feldheer von reichlich 45000 Mann verfügte.

Carl Albert hatte den Monat Mai in einem geradezu unbegreiflichen Zaudern zugebracht. Statt endlich das Festungsviereck, innerhalb dessen Linien seine Armee seit Beginn des Feldzugs wie festgebannt stand, zu verlassen und Alles daran zu setzen, um die Verbindung Nugent-Thurns mit Radetzky zu verhindern, blieb er nach dem mißglückten Angriff auf Santa Lucia unbeweglich bei Peschiera stehen, zu dessen Belagerung ein Fünftel seiner Kräfte reichlich genügt hätte. Die Hoffnung auf das Eintreffen weiterer Verstärkungen konnte nicht der Grund seines Zauderns sein; denn im Gegentheile versagten ihm gerade jetzt die wichtigsten Bundesgenossen ihre Hülfe.

Der Papst, der, wie erwähnt, durch die unerwartete Wendung der Dinge in einen argen Zwiespalt zwischen seiner Stellung in Italien und seinen Verpflichtungen gegen Oesterreich gerathen

war, hatte schon am 29. April einen Versuch gemacht, sich von der ganzen italienischen Bewegung, die zum guten Theile sein eigenstes Werk war, loszusagen. An dem genannten Tage hielt er im Cardinalcollegium jene berühmte Allocution, welche eine vollständige Umkehr auf dem von ihm bisher verfolgten Wege offenbarte. Nachdem er zu Eingang seiner Rede sich über die deutschen Verhältnisse verbreitet und gegen die Unterstellung verwahrt hatte, als wolle er von den Traditionen des heiligen Stuhles abweichen, fuhr er mit folgenden Worten fort: „Wenn (aber) Einige jetzt verlangen, daß wir, dem Beispiele der anderen Fürsten und Völker Italiens folgend, uns an dem Kriege gegen die Oesterreicher betheiligen sollen, so halten wir jetzt den Augenblick für gekommen, um offen und klar in feierlicher Versammlung zu erklären, daß dies keineswegs in unserem Sinne liegt, denn wir sind hier auf Erden Statthalter dessen, welcher der Gott des Friedens und der Liebe ist, und wir umfassen, entsprechend den Pflichten unseres apostolischen Amtes, alle Völker, alle Stämme und Nationen mit gleicher väterlicher Liebe". Mit der entschiedenen Weigerung, sich an die Spitze eines italienischen Bundes zu stellen, und mit der Ermahnung an die Völker, im Gehorsam zu verharren, schloß der Papst seine bedeutsame Rede.

An sich wäre gegen eine derartige Gesinnung des Oberhauptes der römischen Kirche nichts einzuwenden gewesen, aus dem Munde Pius' IX. aber mußten diese Worte wie ein Verrath an der Sache, die er scheinbar bisher so eifrig gefördert, klingen. Zudem stand die päpstliche Armee im Felde. Nachdem jetzt ihr Herrscher erklärt, daß er keinen Krieg führe, war sie kein völkerrechtlicher Gegner der Oesterreicher mehr und konnte von diesen als eine Schaar Wegelagerer behandelt werden, Grund genug, daß schon am 30. die Aufregung in Rom einen bedrohlichen Grad erreichte. Der Papst sah ein, daß er zu früh seine Absichten enthüllt hatte. Schon begann der Stuhl Petri zu wanken und nur durch schleunige Concessionen, Absendung eines Briefes an den Kaiser von Oesterreich, in welchem die Freigebung der Lombardei gefordert wurde, und die Entlassung des bisherigen Ministeriums, an dessen Stelle der Graf Mamiani

trat, vermochte sich Pius vorerst noch zu halten. Seine Truppen blieben in Oberitalien und nahmen, wie erwähnt, an den Kämpfen Theil.

Schwerer noch als durch die Haltung des Papstes wurde die Sache der Aufständischen durch die Vorgänge in Neapel geschädigt. Der am 15. Mai dort zum Ausbruch gelangte Aufruhr hatte den König veranlaßt, nicht nur seine Kerntruppen, die Garden und Schweizer im Lande zu behalten, sondern auch den bereits auf dem Marsche nach dem Kriegsschauplatz befindlichen, zum Theil schon dort eingetroffenen Truppen Befehl zur Umkehr zu ertheilen. Der bewährte Commandeur dieses Corps, General Wilhelm Pepe, ein begeisterter Patriot, weigerte sich, seinem Kriegsherrn zu gehorchen. Zahlreiche Offiziere und Soldaten, die gleich ihm es für rühmlicher hielten, in der Lombardei für Italiens Einheit zu streiten, als in Neapel Schergendienste zu verrichten, schlossen sich ihm an, Andere wieder beriefen sich auf ihren Eid und kehrten um, die große Masse des Heeres schwankte hin und her, trat aber schließlich auch den Rückmarsch an. Nur von wenigen Freiwilligen begleitet, traf Pepe auf dem Kampfplatz ein. Einer seiner Genossen, General Lahalle, hatte sich aus Verzweiflung über das Scheitern der Expedition erschossen.

Dieser Verlust von 15000 Mann erprobter Truppen war für Carl Albert um so weniger zu verschmerzen, als in Oberitalien Zahl und Tapferkeit der neugeschaffenen Streitkräfte in keinem Verhältniß zu der überschwänglichen, noch überall herrschenden Begeisterung stand. Mit Mühe und Noth hatte die Lombardei bis Mitte Mai 5000—6000 Mann regulärer Truppen und ebensoviel Freiwillige aufgestellt; Reiterei und Geschütz war fast gar nicht vorhanden.

Rechnet man nun noch dazu, daß auch auf die im Venetianischen stehenden Abtheilungen kein Verlaß war — die Division Ferraris hatte sich verlaufen, La Marmora war machtlos, Durando völlig unberechenbar —, so zeigt es sich, daß Carl Albert auf nichts Anderes als seine eigenen Regimenter nebst der Unterstützung aus Toscana und Modena und die Freischaaren angewiesen war. Das Zaudern und Zögern, das Herumlagern vor Peschiera und Mantua hatte auch auf diese

Truppen seine Wirkung nicht verfehlt. In dem piemontesischen Heere griff Mißmuth um sich, die Offiziere wurden lässig und ergaben sich dem Spiele, in den Freischaaren herrschte allgemeine Unzufriedenheit. Diese letzteren Legionen wurden in der That völlig falsch verwandt; man langweilte sie mit der Blockirung der Festungen, ließ die ungeübten Freiwilligen in den Sümpfen Mantuas bivouakiren anstatt, wie dies das Wesen einer Freischaar bedingt, sie durch kleine Streifzüge und Unternehmungen aller Art thatkräftig zu erhalten. Auch im Norden, am Idrosee war es ziemlich still geworden. Die hier stehenden Freischärler, meist verwöhnte Mailänder, meinten, es sei „ein teuflisches Leben hier mitten im Schnee und in den Wolken".[1]

Nach dem Eintreffen der Verstärkungen schien für Radetzky der Augenblick gekommen, in welchem er aus seiner bisherigen Defensive heraustreten konnte.

Der nächste Zweck einer von ihm unternommenen Angriffsbewegung mußte die Entsetzung Peschieras sein. Zwei Brigaden unter Befehl des Generals Manno schlossen die Festung ein, der Herzog von Genua leitete die Artillerie, welche am 18. Mai ihr Feuer begann. Schon am 25. war das Fort Salvi gänzlich, das Fort Mandella größtentheils demolirt, ein Pulvermagazin aufgeflogen, mehrere Gebäude niedergebrannt. Zwar leisteten die Vertheidiger tapferen Widerstand, — eine ihrer Bomben schlug wenige Schritte neben dem die Beschießung beobachtenden König Carl Albert in den Boden, — allein dem überhandnehmenden Mangel an Lebensmitteln gegenüber waren sie machtlos. Man nährte sich nur noch von Pferdefleisch und gequetschtem Mais und auch diese Vorräthe reichten nur mehr für wenige Tage aus. Nichtsdestoweniger hatte, auf die Hülfe Radetzkys hoffend, der Commandant Feldmarschall-Lieutenant Rath die vom Feinde angebotene Capitulation abgeschlagen.

Radetzky faßte nunmehr einen Plan, welcher einen vollen Beweis seines strategischen Scharfblickes ablegte. Er entschloß sich, mit der Hauptmacht seines Heeres von Verona nach Mantua zu ziehen und von hier aus sich auf die rechte Flanke des

[1] Kriegerische Ereignisse, S. 218.

Feindes zu werfen. Gelang dies, so war Carl Alberts Stellung bei Peschiera haltlos geworden. Er mußte die beinahe eroberte Festung fahren lassen, die Minciolinie preisgeben und stand alsdann ungefähr auf demselben Punkte, auf welchem er zwei Monate früher den Kampf eröffnet hatte. Außerdem bot sich den Oesterreichern der Vortheil, daß sie durch den Marsch nach Mantua aus der gänzlich ausgesogenen Umgebung Veronas in einen vom Kriege noch weniger mitgenommenen Landstrich gelangten.

Am Abend des 27., zwei Tage nach dem Eintreffen des Thurn'schen Corps, begann Radetzky seine Operation. Er hatte eine Neuformation seines Heeres vorgenommen, indem er dasselbe in ein 1. und 2. Armeecorps unter Graf Wratislaus und Baron d'Aspre und ein Reservecorps unter Feldmarschall-Lieutenant Wocher eingetheilt hatte. Die Truppen des früheren Nugent-Thurn'schen Corps, meist junge, durch die Eilmärsche stark mitgenommene Mannschaften, blieben, 16000 Mann stark, in Verona zurück. Das Uebrige zog in drei Colonnen in eiligem Nachtmarsche auf Mantua.

Unter den Augen eines Napoleon hätte Radetzky allerdings eine solche kühne Flankenbewegung an dem feindlichen Heere vorbei nicht unternehmen dürfen. Wurde er entdeckt und noch auf dem Marsch begriffen von der sardischen Hauptmacht in einen Kampf verwickelt, so war eine Niederlage seiner getrennt marschirenden, langgestreckten Colonnen trotz der Nähe der Festungen kaum abzuwenden gewesen. Allein der Feldmarschall kannte seinen Gegner. Unbelästigt zog er kaum zwei Stunden an dem italienischen Heere vorbei und traf am Nachmittage und Abend des 28. in Mantua ein.

Vor Mantua stand, wie berichtet, als Blockadecorps die aus toscanischen und modenesischen Truppen und einzelnen Abtheilungen Neapolitaner zusammengesetzte Division, über welche seit dem Tage zuvor an Stelle d'Arco Ferraris der Oberst de Laugier den Oberbefehl führte. Seine Hauptmacht befand sich bei Curtatone und Montanara.

Die Oesterreicher mußten sich beeilen, wenn sie den Feind überraschend angreifen wollten. Schon am Morgen des 29.

setzten sie sich in drei, von den beiden Fürsten Schwarzenberg und Fürst Liechtenstein geführten Colonnen gegen Curtatone, Montanara und Buscoldo in Bewegung. Gegen Mittag begann auf dem äußersten rechten Flügel der Oesterreicher der Kampf, indem Oberst Benedek den Flecken Curtatone zu beschießen und alsdann zu erstürmen versuchte. Allein wider Erwarten schlugen sich die Toscaner mit anerkennenswerther Tapferkeit und wiesen, obgleich ein auffliegender Pulverkarren in ihren Reihen Verwirrung anrichtete, die ersten Sturmcolonnen, welche Benedek persönlich vorführte, blutig zurück. Erst als die Ungarn und Croaten zu wiederholten Malen ihren Angriff erneuert hatten, unterstützt von der nachrückenden Brigade Wohlgemuth, und den Italienern die Munition zu ermangeln begann, trat Laugier den Rückzug nach Gazzoldo an. Die österreichischen Husaren und Ulanen drangen ungestüm nach und nahmen ein von Montanara her zurückweichendes Bataillon Neapolitaner gefangen.

Bei Montanara bildete eine durch Verschanzungen stark befestigte Gruppe von Gehöften den Mittelpunkt des Kampfes. Auch hier kämpften die Toscaner mit großer Entschlossenheit. Angriff um Angriff wurde zurückgewiesen, bis endlich das Regiment Prohaska stürmend in die Gebäude eindrang und den Feind herausschlug. Nunmehr wurde auch der Friedhof, bald darauf das Städtchen Montanara selbst genommen.

Inzwischen aber war die Colonne Liechtenstein, welche bei Buscoldo keinen Widerstand gefunden hatte, im Rücken der italienischen Aufstellung bei Montanara erschienen und eröffnete ein lebhaftes Geschützfeuer. Um den Rückmarsch ihres Heeres zu decken, warfen sich ihr die toscanischen Reserven zu einem Widerstande entgegen, welchen der offizielle österreichische Bericht selbst als „überaus kräftig, ja heldenmüthig" bezeichnet. Nochmals entspann sich hier bei den Landhäusern Villani und Rocca ein erbittertes Gefecht zwischen italienischen Freischärlern und österreichischen Jägern, allein der Ausgang konnte nicht zweifelhaft sein. Der größte Theil der hier fechtenden Toscaner wurde umzingelt und gefangen, andere Abtheilungen, welche sich auf Curtatone zurückzogen, fielen dem von hier herabrückenden Oberst Benedek in die Hände.

Der Sieg der Oesterreicher war, wie dies bei dem Verhältniß der beiderseitigen Streitkräfte nicht anders zu erwarten, ein vollständiger. Sie selbst hatten nach ihren eigenen Angaben 35 Offiziere und 638 Mann an Todten, Verwundeten und Vermißten eingebüßt, von den Toscanern waren etwa 500 Mann kampfunfähig, mehr als 2000 nebst 5 Geschützen gefangen genommen. Allein trotz dieser Niederlage war der Tag von Curtatone ein ruhmvoller für die italienischen Waffen gewesen; mit Ausnahme der Reiterei hatten sich alle Truppen, besonders auch die sonst so leicht verzagenden Freischaaren tapfer gegen die Uebermacht geschlagen [1].

Am nächsten Tage, dem 30., setzte Radetzky seine Bewegung fort, indem er seine Armeecorps in einer großen Rechtsschwenkung längs des Mincio auf Goito, Rivalta und Ceresara dirigirte. An diesem Tage eine Schlacht zu liefern, lag, wie schon die weitläufige Vertheilung seiner Truppen beweist, nicht in seiner Absicht, er hoffte vielmehr, durch seinen Vormarsch in die rechte Flanke Carl Alberts diesen zum freiwilligen Preisgeben Peschieras und der Minciolinie zu zwingen.

Allein Carl Albert hatte schon am Abend des 28. von dem Marsche einer starken österreichischen Colonne von Verona nach Mantua Meldung bekommen und aus der Nachricht, daß sich Radetzky und die Erzherzöge bei dem Detachement befänden, erkannt, daß er es hier mit der Hauptmacht des Feindes zu thun habe. General Bava erhielt von ihm den Befehl, sich bei Goito den aus Mantua vordringenden Oesterreichern in den Weg zu stellen. Am 29. war Bava und mit ihm der König in Goito eingetroffen, wo bereits die Flüchtlinge aus der zur gleichen Zeit stattfindenden Schlacht bei Curtatone anlangten. In aller Eile zog Bava nun sein Corps bei Goito zusammen und erwartete in einer gut gewählten Stellung den Angriff des Feindes.

[1] Besonders zeichneten sich die Studentencorps aus. Ein Führer derselben, der berühmte Professor Pilla aus Neapel, fiel bei Curtatone, Professor Montanelli wurde schwer verwundet. Ein Vergleich mit der gleichzeitigen Thätigkeit der deutschen Professoren in der Paulskirche liegt [illegible]r nahe.

Als daher am Nachmittage des 30. die von Benedek geführte Avantgarde der Oesterreicher vor Goito anlangte, begrüßte sie ein heftiges Geschützfeuer, welches ihre Batterieen ungesäumt erwiderten. Ehe noch die höheren Führer leitend eingreifen konnten, hatte sich bereits ein Gefecht entsponnen. Während sich die österreichischen Regimenter entwickelten, versuchte Benedek in der Front vorzudringen. Allein das feindliche Artilleriefeuer und mehr noch die gutgezielten Schüsse der in den Weingärten verborgenen Bersaglieri lichteten seine Reihen, die piemontesischen Garden warfen sich ihm entgegen und nach Kurzem sahen sich die Oesterreicher hier genöthigt, zurückzuweichen und sich von ihren Reserven aufnehmen zu lassen. Auch die gleichzeitigen Seitenbewegungen der Brigaden Wohlgemuth und Strassoldo waren erfolglos geblieben. Als gegen Abend das Feuer verstummte, war der Angriff der Oesterreicher entschieden abgeschlagen.

Etwa 13000 Oesterreicher hatten in diesem zweiten Gefechte bei Goito — das erste hatte, wie erinnerlich, am 8. April den Feldzug eröffnet — gegen 18000—20000 Italiener gefochten. Sie hatten, nach ihrer jedenfalls zu niedrigen Angabe, 20 Offiziere und 563 Mann verloren. Fürst Felix Schwarzenberg war verwundet, Fürst Bentheim in Gefangenschaft gefallen. Die Piemontesen wollen nur 350 Mann eingebüßt haben. Der König selbst, welcher nach seiner Gewohnheit rücksichtslos in das Feuer geritten war, hatte einen Streifschuß am Kopf, sein Sohn, der Herzog von Savoyen, einen solchen am Schenkel erhalten.

An sich war das Gefecht bei Goito nichts Anderes als ein unbedeutender Mißerfolg, allein die Verzögerung der österreichischen Bewegungen, welche es veranlaßte, brachte verderbliche Folgen. Am 31. Mai und am 1. und 2. Juni hemmten Regengüsse die Fortsetzung des Angriffs und inzwischen wendeten sich auf den anderen Punkten des Kriegsschauplatzes die Dinge.

Um seine Unternehmung zu unterstützen, hatte Radetzky dem von ihm früher nach Trient entsandten Obersten Zobel befohlen, mit seiner Brigade von Rivoli aus einen Vorstoß gegen Peschiera zu führen. Am 28. hatte Zobel seinem Auftrage folgend

Bardolino besetzt und war von hier am nächsten Tage gegen die nur noch drei bis vier Stunden entfernte Festung vorgedrungen. Allein auf halbem Wege waren ihm bei Cisano und Calmasino piemontesische Truppen und Studenten aus Pavia entgegengetreten und hatten ihn gezwungen, nach heftigem Kampfe von seinem Vorhaben abzustehen.

Damit schien für die Festung jede Hoffnung eines Entsatzes geschwunden. In der Nacht des 30. zum 31. Mai unterzeichnete General Rath die Capitulation, welche ihm und seinen Truppen gegen die Verpflichtung, während des Feldzuges nicht mehr gegen Piemont zu dienen, freien Abzug nach Ancona bewilligte. Thatsächlich war Peschiera nicht mehr zu halten gewesen und es traf seinen Vertheidiger keinen Vorwurf, wie denn auch Rath in der Folge das Commando über die Festung abermals erhielt.

Radetzky bekam diese Nachricht am 2. Juni in seinem Hauptquatier zu Rivalta. Am Morgen des folgenden Tages traf eine neue, noch weit mehr Besorgniß erregende Hiobspost ein. In Wien hatte der Aufstand des 26. Mai die Herrschaft der Revolution gegründet, und es war von dort vorerst keine Unterstützung mehr zu hoffen, ja, die Möglichkeit lag nahe, daß an das österreichisch-lombardische Heer die Aufgabe herantreten werde, in den österreichischen Erblanden selbst für das Kaiserhaus zu kämpfen.

Diese Erwägung, verbunden mit dem Falle von Peschiera veranlaßten Radetzky, die von ihm begonnene Offensive aufzugeben und vor allem seinen Rücken zu decken, um dadurch sich einen freien Weg nach dem Kaiserstaate zu bahnen. Hierzu war es dringend nöthig, die aufständischen Städte im Osten, namentlich Vicenza, zu bemeistern. In der Energie und Raschheit, mit welcher Radetzky diesen Entschluß faßte und durchführte, zeigt er sich wieder völlig als den Herrn der Situation, nachdem seine Operationen am rechten Minciousfer, namentlich das Gefecht bei Goito und das dreitägige Zaudern nach dem Treffen, wenig glücklich ausgefallen waren.

In der Nacht vom 3. zum 4. Juni rückte die Armee wieder nach Mantua zurück, blieb dort den nächsten Tag stehen und zog am 5. und 6. über Bovolone und Sanguinetto nach

Legnago, überschritt hier die Etsch, hielt am 7. der Hitze wegen einen Rasttag, erreichte am 8. Barbarono und stand am 9. vor Vicenza. An dieser Bewegung waren das erste und das zweite Corps betheiligt; das Reservecorps dagegen hatte der Feldmarschall über Nogara-Bovolone am rechten Ufer der Etsch nach Verona rücken lassen, theils um die Garnison der Festung zu verstärken, aus welcher nach Eintreffen der Reserve eine Brigade der bisherigen, ausgeruhten Besatzung nach Vicenza abmarschirte und am 9. eintraf, theils um den Feind über seine Bewegung zu täuschen.

Dieser Marsch des Reservecorps längs der Etsch war mehr als kühn gewesen; er konnte einem entschlossenen Gegner gegenüber zur völligen Zersprengung des schwachen, vereinzelt, mit einem Fluß im Rücken marschirenden Corps führen. Allein Carl Albert war nicht der Mann zu solchen Unternehmungen. Er hielt in der Kirche von Peschiera eine Messe ab, veranstaltete eine große Parade und konnte sich erst am 10. Juni dazu entschließen, zur Verwirklichung seines Lieblingsplanes, der Eroberung der Höhen von Rivoli, zu schreiten, welcher jetzt nichts mehr im Wege stand. Oberst Zobel vermochte der nahezu zehnfachen Uebermacht nicht zu widerstehen und zog sich in guter Ordnung zurück. Das Plateau wurde besetzt und somit Radetzkys Verbindung mit Tirol abgeschnitten. Die piemontesische Armee hatte damit den Höhepunkt der Erfolge erreicht, welche ihr in diesem Kriege beschieden sein sollten.

Zum dritten Male standen jetzt die Oesterreicher vor Vicenza. Der Commandant der Stadt, General Durando, hatte sein Möglichstes gethan, um den Platz zu befestigen. An Truppen waren außer den Streitkräften des Kirchenstaates zahlreiche Freischaaren und die Bürgerwehr vorhanden, so daß er Alles in Allem wohl über 15000 Mann verfügte. Die Qualität dieser Heerestheile war allerdings sehr verschieden; die Einzigen, auf welche er sich unbedingt verlassen konnte, waren die Schweizer, andere Schaaren wieder konnte man überhaupt nicht in das Feuer bringen.

Den wichtigsten Punkt der Vertheidigung bildeten die Höhen von Monte Berico, dessen lange Hügelketten sich bis dicht an

die Stadt heranziehen. Es waren hier starke Werke erbaut, die einzelnen, auf dem Berge befindlichen Gebäude, so Kloster und Kirche der Madonna del Monte, die Villa Rotonda, die Casa Rombaldo und der Aussichtspunkt La bella Vista vertheidigungsfähig gemacht worden. Ebenso waren in der Stadt selbst die Thore verrammelt, die Gassen verschanzt und Alles zum Straßenkampf vorbereitet.

Der Plan Radetzkys ging dahin, daß die auf seinem linken Flügel befindliche, aus Verona eingetroffene Brigade Culloz, unterstützt von der Division Schwarzenberg des ersten Corps, die Monti Berici stürmen, die Brigade Wohlgemuth und das zweite, auf der Straße von Padua anrückende Corps die Vorstädte Borgo, Porta Padua und St. Lucia angreifen sollte. Dem Feinde blieb alsdann nur der Ausweg nach Norden frei, welcher ihn völlig von seinen Verbindungen isolirte.

Um 10 Uhr Vormittags sollte am 10. Juni der Angriff gleichzeitig auf allen Punkten erfolgen; allein schon am frühen Morgen dieses Tages begann das zur Brigade Culloz gehörige Regiment Latour den Sturm auf den Höhenzug Santa Margharita, nahm diesen, sowie die Casa Rombaldo und warf den Feind bis auf das Blockhaus auf dem Hügel Bella Vista zurück. Auch dieses wurde nach heftiger Beschießung genommen und in Brand gesteckt. Es trat nunmehr auf Anordnung Radetzkys eine Gefechtspause ein, da die übrigen Truppen noch nicht in ihre Stellungen eingerückt waren.

Gegen zwei Uhr Nachmittags entwickelte sich das Feuer auf der ganzen Linie. Auf den Höhen des Monte Berico ergriffen von den hier aufgestellten Italienern die römischen Freiwilligen vor dem Feuer der Brigade Culloz die Flucht, dagegen gingen zwei Schweizerbataillone ihrerseits mit großer Tapferkeit zum Angriff vor. Allein ein verheerendes Kartätschfeuer der bisher zurückgehaltenen österreichischen Geschütze schlug ihnen entgegen, die zur Unterstützung nachrückende Infanterie, das 10. Jägerbataillon des Oberst Kopal an der Spitze, warf sich auf sie und brachte sie zum Weichen. In einem raschen Anlauf stürmten die Jäger, die Regimenter Latour und Reisinger, der Hauptmann Jablonski Allen voraus, die Verschanzungen

des Monte Berico, bemächtigten sich des Klosters und warfen die Schweizer, welche auf dem von dem Kloster nach der Stadt herabführenden Säulengang noch einmal Halt machten, nach Vicenza zurück.

Gleichzeitig hatte die Brigade Clam die weiter unten gelegene Villa Rotonda genommen, wodurch der Feind sich genöthigt sah, sich gänzlich in die Stadt zurückzuziehen. Ihn hier anzugreifen, war kein leichtes Stück Arbeit. Seine Stellungen waren fest und meist gut vertheidigt, ein Infanterieangriff erforderte daher unverhältnißmäßig große Opfer, während die Verwendung der Artillerie in dem dichtbewachsenen, hügeligen Terrain sehr erschwert war. Allein auch diese Schwierigkeit wurde überwunden. Schon aus Mantua hatte man in Voraussicht des Kommenden eine Mörserbatterie mitgeführt, welche nunmehr an geeigneter Stelle aufgepflanzt, von vier Uhr Nachmittags bis zum Abend 80 Bomben in die Stadt warf. Vom Monte Berico feuerte eine Batterie Haubitzen auf Vicenza.

Zugleich drangen an den angewiesenen Punkten die Sturmcolonnen des 2. Corps in die Stadt. Gegen die Paduaner Vorstadt führte Fürst Liechtenstein die 8. Jäger und das ungarische Regiment Franz Carl, deren entschlossenem Vorgehen ein breiter und tiefer Wassergraben Halt gebot. In der Vorstadt Santa Lucia kämpfte das Detachement des Fürsten von Thurn und Taxis, ohne trotz aller Tapferkeit größere Erfolge erzielen zu können. Die hier stehenden Schweizer schlugen alle Angriffe zurück, Fürst Taxis selbst, Baron Cavanagh, der Oberst des angreifenden Regiments Franz Carl und viele Andere fielen, ein blutiges Gefecht tobte in den um das Seminar gelegenen Häusern.

Schon nach der Erstürmung des Monte Berico waren an verschiedenen Punkten der Stadt weiße Fahnen aufgezogen, allein alsbald von den kampfeslustigen Schweizern wieder herabgerissen worden. Nachdem jetzt die Dunkelheit dem blutigen Kampfe ein Ende gemacht hatte, sah Durando ein, daß seine Lage unhaltbar sei. Er hatte, wie er dies auch an Carl Albert geschrieben, die Hoffnung gehegt, sich wenigstens fünf bis sechs Tage, bis zum Eintreffen der piemontesischen Armee, in Vicenza

halten zu können, eine Hoffnung, welche in Anbetracht der ziemlich schwächlichen beiden früheren Angriffe durch das Nugent'sche Corps nicht unberechtigt war. Jetzt mußte er erkennen, wie viel der Einfluß eines Feldherrn wie Radetzky bei einem Heere auszurichten vermag, er mußte sich sagen, daß der am nächsten Tage bevorstehende Straßenkampf aller Wahrscheinlichkeit nach mit der Zerstörung Vicenzas und der Vernichtung der kostbaren Schweizerregimenter enden würde, welche, zu stolz um zu fliehen, jedenfalls ihren Posten auf das Aeußerste vertheidigen würden, und diese Erwägungen, wahrscheinlich noch mit politischen Motiven aller Art verbunden, veranlaßten ihn, noch in der Nacht Parlamentäre an Radetzky zu senden. Wenige Stunden darauf war folgender Vertrag zu Stande gekommen:

„Convention

mit den Truppen Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich zur Räumung der Stadt Vicenza durch die Truppen Sr. Heiligkeit des Papstes Pius IX.

Art. 1. Die päpstlichen Truppen räumen die Stadt Vicenza mit allen militärischen Ehren zwischen 11 und 12 Uhr Mittags, um sich auf dem kürzesten Wege nach Este und von da über Rovigo jenseits des Po zu begeben.

Art. 2. Die in dieser Convention begriffenen päpstlichen Truppen verpflichten sich, drei Monate nicht gegen Oesterreich zu dienen. Nach Verlauf dieser Frist sind sie von dieser Verpflichtung frei.

Art. 3. Nachdem General Durando Sr. Excellenz dem Feldmarschall Grafen Radetzky sowohl die Einwohner der Stadt als der Provinz Vicenza in Betreff aller vergangenen Ereignisse, an denen sie Theil genommen haben könnten, lebhaft empfiehlt, erhält Er dagegen von Seite des Feldmarschalls das Versprechen, die ersteren in Beziehung auf die obbesagten Ereignisse nach den wohlwollenden Grundsätzen seiner Regierung zu behandeln.

La Balbi nächst Vicenza, am 11. Juni 1848,
um 6 Uhr Morgens."

So war durch den raschen Zug nach Vicenza ein großer und schwerwiegender Erfolg für die österreichischen Waffen er-

rungen. Außer der großen Bedeutung, die die Einnahme der Stadt an sich schon für die Verbindungen und Verpflegung der Armee besaß, war die erzwungene Waffenruhe der päpstlichen Truppen ein nicht zu unterschätzender Gewinn. Die Opfer entsprachen allerdings der Größe des Sieges. Die Oesterreicher selbst geben ihren Verlust auf 1 General (Fürst Taxis), 18 Offiziere, 235 Mann an Todten, 2 Obersten, 29 Offiziere und 510 Mann an Verwundeten und 140 Mann an Vermißten an. Die Italiener behaupten sogar 1800 Mann verloren zu haben. Von ihren 3000 Schweizern allein waren 600, also der fünfte Mann, gefallen.

Mit der rastlosen Schnelligkeit, welche den geborenen Feldherrn auszeichnet, eilte Radetzky noch am Tage der Capitulation mit der Brigade Culloz und dem 1. Corps — das 2. blieb vorläufig in Vicenza — nach Verona zurück und traf dort am Abend des 12. ein. Er kam eben zur rechten Zeit an, denn am nächsten Tage setzte sich Carl Albert mit seiner gesammten Truppenmacht von Villafranca nach Rocco in Marsch, um hier die Etsch zu überschreiten und Vicenza zu entsetzen. Andere führen als Entschuldigung der ganzen merkwürdigen Bewegung an, es sei nicht sowohl der Entsatz Vicenzas als vielmehr ein Handstreich auf Verona versucht gewesen. Sei dem, wie es wolle, jedenfalls mißglückte dieser Versuch des Königs, die Initiative zu ergreifen, in trauriger Weise. Sein linker Flügel gerieth bei Tomba und St. Lucia mit den österreichischen Vorposten zusammen, es entspann sich ein Gefecht und bald merkte man an dem Nachdruck, mit welchem die Oesterreicher dasselbe führten und immer neue Truppen heranzogen, daß die feindliche Hauptmacht längst wieder in Verona sei. In aller Eile trat das piemontesische Heer den Rückzug an.

In rascher Folge schloß sich an den Fall Vicenzas die Uebergabe der übrigen Städte an. Padua capitulirte schon am 13. mit dem F.-M.-L. d'Aspre, welcher nur die Brigade Liechtenstein bei sich hatte, Treviso wurde am nämlichen Tage von F.-M.-L. Welden, der ein zu Ende Mai zusammengezogenes zweites Reservecorps von 16 Bataillonen commandirte, beschossen und zur Uebergabe gezwungen und alsdann bis zum

25. das ganze venetianische Festland von den Oesterreichern besetzt. An die Einnahme der Lagunenstadt selbst, in welcher General Pepe den Oberbefehl führte, konnte vorerst nicht gedacht werden. Am 24. war auch Palmanuova gefallen, die 3000 Mann starke Besatzung hatte ebenso wie die von Treviso freien Abzug erhalten.

Auch in den venetianischen Alpen hatten im Laufe des Juni zahlreichere kleinere Gefechte stattgefunden, als deren Endergebniß F.-M.-L. Welden die Vertreibung der Aufständischen aus der gesammten Gebirgsgegend erreichte. Erwähnenswerth ist besonders ein am 8. Juni in der Nähe von Primolano an der Brenta geliefertes Treffen, durch welches die Verbindung zwischen Bassano und Trient von den Oesterreichern errungen wurde. Außer seinen eigenen Truppen hatte F.-M.-L. Welden auch der Tiroler Landsturm vorzügliche Dienste geleistet.

So war denn gegen Ende Juni das gesammte Land östlich des Festungsvierecks wieder unterworfen, die directe Verbindung mit der Heimat wiederhergestellt, die Armee von Siegeszuversicht und Kampfeslust erfüllt. Auf Seiten der Italiener dagegen hatten zwei der verbündeten Mächte bereits die gemeinschaftliche Sache verlassen, der König von Neapel, indem er seine Truppen zurückrief, der Papst, indem er die Capitulation von Vicenza abschloß; die Bundesgenossen aus Ferrara und Modena hatten bei Curtatone schwere Einbußen erlitten. Die ganze Last des Krieges fiel jetzt auf das piemontesische Heer allein, welches, ohne besonderen Gefechtsverlusten ausgesetzt gewesen zu sein, durch Hitze, übermäßige Anstrengung und schlechte Verpflegung unaufhaltsam zusammenschmolz. Mit Recht kann daher die offizielle österreichische Darstellung diesen zweiten Abschnitt des Krieges mit den Worten schließen: „Nun wuchs mit Riesenstärke in dieser tapferen Truppe (Radetzkys Heer) das Gefühl ihrer eigenen Unübertroffenheit in Schlachten und Märschen, die beide zusammen und gut geleitet erst das Kriegsglück an die Fahnen einer Armee fesseln. Von diesem Augenblicke an ging aber auch an dem Horizonte unseres Gegners, der an sich zu zweifeln begann, sein Unglücksstern auf. Da er die günstige Gelegenheit nicht zu ergreifen wußte, und durch einen schwachen und allzu

späten Entschluß seine schwankende Führung verrieth, hatte er dadurch das Vertrauen der Soldaten in die Leitung seiner Operationen verloren und als er sechs Wochen später, um dasselbe wieder zu erlangen, sich in Unternehmungen einließ, die ihrem inneren Kern nach ebenso unhaltbar waren, gab er dem österreichischen Führer nur abermals Gelegenheit zu einer Reihe glücklicher Offensiv-Operationen."

Zunächst allerdings gab Radetzky nach der Eroberung Vicenzas die versuchte Offensive auf und zog sich wieder in seine feste Stellung bei Verona zurück, sei es, daß er die Aussichten eines neuen Angriffs noch für zu ungewiß hielt, sei es, daß er die Entwickelung der Dinge in der Heimat abwarten wollte. Hier fügte sich Alles besser, als man nach dem Mai-Aufstande erwarten konnte. Die drohende Empörung der slawischen Stämme war durch Windischgrätz in dem Straßenkampfe in Prag kräftig niedergehalten worden und in Wien leistete der Kriegsminister Latour das Aeußerste, um die österreichisch-lombardische Armee zu verstärken.

In der That hob sich um die Mitte Juli Radetzkys Feldarmee bis auf reichlich 60000 Mann, da von dem Welden'schen Corps 12000 Mann dazu gestoßen und auch sonst Reserven eingetroffen waren. Die Armee war jetzt in vier Armeecorps und zwei Reservecorps eingetheilt, welche, in der Reihenfolge ihrer Nummer, von dem F.-M.-L. Wratislaw, d'Aspre, Thurn, Generalmajor Culloz, F.-M.-L. Wocher und Welden befehligt wurden. Alles in Allem mochten jetzt in Italien über 100000 Mann österreichische Truppen stehen.

Auch Carl Albert suchte sein bereits stark gelichtetes Heer zu ergänzen, jedoch mit wenig Erfolg. In dem Lager der Reservebataillone bei Bozzole waren kaum 7000 Rekruten vorhanden. Schon jetzt waren die Oesterreicher ihm an Truppenzahl beträchtlich überlegen, ganz abgesehen von dem Vortheile ihrer Stellung, der Führung Radetzkys und dem ermuthigenden Gefühl, welches errungene Erfolge einer Armee verleihen. Der endliche Ausgang des Feldzuges konnte kaum mehr zweifelhaft sein, wenn es nicht Carl Albert gelang, aus seinem bisherigen thatenlosen Abwarten herauszutreten.

Wirklich schien der Sardenkönig sich zu etwas Derartigem zu entschließen, nachdem die ersten Wochen des Juli, von kleinen Plänkeleien an den Ufern des Gardasees abgerechnet, in völliger Ruhe von beiden Theilen zugebracht worden waren. Allein der Plan, welchen er faßte, war der denkbar unglücklichste: Mantua, die starke Festung, sollte angesichts der überlegenen feindlichen Armee blockirt, dabei aber die bisher errungenen Positionen bei Rivoli und Peschiera gehalten werden. An sich schon war die Belagerung Mantuas ein völlig zweckloses Unternehmen. Dazu aber kam, daß eine derartige Verzettelung und Auseinanderzerrung der piemontesischen Streitkräfte über eine sich von Rivoli bis Mantua erstreckende, mehr als einen Tagemarsch lange Stellung die Oesterreicher geradezu herausfordern mußte, mit ihrer bei Verona dicht concentrirten Macht auf die wenig widerstandsfähige Linie des Feindes sich zu werfen und dieselbe zu durchbrechen.

Während am 13. und 14. Juli die Piemontesen Mantua auf dem rechten Mincioufer einzuschließen begannen — auf dem linken gelangte noch am nächsten Tage eine bedeutende österreichische Verstärkung von Legnago her in die Festung —, entsandte Radetzky den Fürsten Franz Liechtenstein mit einer Brigade über Rovigo nach Ferrara. Die dortige Einwohnerschaft hatte in letzter Zeit die Lieferung von Lebensmitteln an die in der Citadelle eingeschlossenen Oesterreicher, eine Lieferung, welche, wie berichtet, früher der Commandant Graf Khuen durch die Drohung eines Bombardements erzwungen hatte, verweigert und so die Belagerten in eine schlimme Lage gebracht. Das Erscheinen der Colonne Liechtenstein brachte am 14. die Sache bald in Ordnung. Die Stadt verpflichtete sich, weitere zwei Monate hindurch Lebensmittel in die Citadelle zu liefern, worauf der Fürst am nächsten Tage den Rückmarsch auf Governolo antrat. Von dort sollte, verbunden mit einem Ausfalle der Besatzung von Mantua, ein Angriff gegen die rechte Flanke der Piemontesen gemacht werden.

Allein diesmal waren die Letzteren auf der Hut gewesen. Auf die Kunde vom Marsche Liechtensteins nach Ferrara war General Bava mit einer starken Abtheilung alsbald nach dem

Po aufgebrochen und griff am 18. Governolo mit großer Heftigkeit an. Die schwache, von den Oesterreichern hier zurückgelassene Besatzung, 3 Compagnieen Croaten und 4 Geschütze, wehrte sich zwar tapfer, wurde aber bald von der Uebermacht erdrückt und größtentheils gefangen genommen. Inzwischen war der Colonne Liechtenstein ihrer Führer abhanden gekommen. Der Fürst war am 16. allein nach Mantua geritten, um mit dem Gouverneur der Festung alle Einzelheiten in Betreff des Angriffes auf die Italiener und des gleichzeitigen Ausfalles der Besatzung zu verabreden. Während sie aber noch verhandelten, hatten die Piemontesen Mantua auch von der Ostseite eingeschlossen und Fürst Liechtenstein sah sich außer Stande, zu seinen Truppen zurückzukehren. Infolge dieses Mißgeschickes ging die Brigade, deren Führung nunmehr General Simbschen übernahm, am 19. nach Sanguinetto zurück.

Auf den 23. Juli hatte Radetzky seinen Hauptangriff gegen das Centrum der langen, feindlichen Aufstellung festgesetzt. Um desto leichter seinen Stoß gegen die Mitte ausführen zu können, mußte ihm daran liegen, die Hauptkräfte des Feindes nach den beiden Flügeln zu ziehen. Auf dem rechten Flügel der Piemontesen war dies durch den Entschluß des Königs, Mantua zu blockiren, bereits geschehen; um auf dem linken dasselbe zu erreichen, ließ der Feldmarschall am 22. durch zwei von den Grafen Thurn und Lichnowsky geführte Colonnen einen Angriff auf die Höhen von Rivoli ausführen. Bei dem Dorfe la Zuanne kam es zu einem erbitterten Gefechte, allein sämmtliche Angriffe der Oesterreicher wurden von den Piemontesen, bei welchen sich der Commandeur des 2. Corps, General Sonnaz, persönlich befand, zurückgeschlagen. Am Abend mußten die Oesterreicher unverrichteter Sache zurückgehen. Sie hatten an Todten und Verwundeten über 200 Mann, darunter den General Matiß, verloren, welcher bei dem Sturme auf la Zuanne gefallen war. Trotz der errungenen Vortheile zogen sich übrigens die Piemontesen noch in der Nacht nach Peschiera zurück.

Um dieselben Stunden bereitete sich die österreichische Hauptarmee zu der Entscheidungsschlacht vor. Am Abend waren die Colonnen angetreten, um alsdann um 1 Uhr Nachts mit dem

allgemeinen Vormarsch zu beginnen; allein ein furchtbares Gewitter verschob die Ausführung der Bewegung. Es goß in Strömen und die Dunkelheit erreichte einen solchen Grad, daß der Soldat seinen Nebenmann nicht zu erkennen vermochte. So mußte man wohl oder übel warten, bis der Morgen des 23. Juli, eines Sonntags, klar und heiter anbrach.

Die Stellung des Feindes, der der Angriff galt, war jene von Norden nach Süden sich ziehende Hügelreihe, auf welcher, je eine halbe bis dreiviertel Stunden von einander entfernt, die Ortschaften Santa Giustina, Sona und Sommacampagna lagen. Eine Stunde südwestlich des letzteren Fleckens befand sich das Städtchen Custozza, welches der dreitägigen Schlacht den Namen gegeben hat. Hinter der ersten Hügelreihe erhoben sich noch zwei weitere, auf deren ersten sich der Monte Godio, auf der zweiten — eine Stunde westlich von Sona — das Dorf San Giorgio in Salice erhob.

Der Angriff der Oesterreicher war dergestalt geplant, daß der rechte Flügel, aus dem 2. Corps bestehend, in zwei Colonnen Santa Giustina und Sona angreifen sollte. Feldmarschall-Lieutenant Graf Schaaffgotsche führte die erstere, Feldmarschall-Lieutenant Graf Wimpfen die zweite, stärkere Abtheilung. Der linke Flügel, das 1. Corps, rückte mit einer Colonne, der des Generalmajors Wohlgemuth, auf Sommacampagna, mit der zweiten, welche Fürst Schwarzenberg befehligte, gegen Custozza vor, während eine Ulanenabtheilung bis Villafranca dirigirt wurde. Man hatte sich im österreichischen Lager die Stellung des Feindes weit stärker gedacht, als sie wirklich war, und sich auf einen verzweifelten Kampf gefaßt gemacht, so daß die Ueberraschung allgemein war, als mit verhältnißmäßig geringer Anstrengung die Erstürmung der gefürchteten Höhen gelang. Am meisten trug allerdings hierzu das Mißverhältniß der beiderseitigen Streitkräfte bei. Es waren höchstens 12000 Piemontesen, gegen welche 40000 Oesterreicher in das Gefecht rückten.

Nach sechs Uhr Morgens begann auf dem rechten Flügel das Plänklergefecht. Nach vierstündigem Kampfe wurden die Höhen von Sona und das Dorf selbst von den Brigaden Fritz Liechtenstein und Pergen genommen, ein großer Theil der Ver-

theidiger zu Gefangenen gemacht, der Rest nach dem Mincio zurückgeworfen. Gleichzeitig damit hatte sich Fürst Schwarzenberg Santa Giustinas bemächtigt, das ganze zweite Armeecorps drang siegreich vor, erreichte San Giorgio in Salice und bezog bei Castel Nuovo Stellung. Auf dem linken Flügel hatten inzwischen die Brigaden Wohlgemuth und Strassoldo nach heftigem Kampfe das hochgelegene Sommacampagna von drei Seiten gestürmt und trieben den Feind vor sich her. Alsdann rückte das 1. Corps bis Oliosi vor, besetzte den hart am Mincio gelegenen Monte Vento und Custozza. Die Reserven waren überhaupt nicht in das Gefecht gekommen.

Der Zweck dieses ersten Kampftages war somit völlig erreicht. Die Höhen von Custozza waren genommen, die feindliche Linie durchbrochen und in zwei Theile zersprengt, jetzt handelte es sich für Radetzky darum, diese einzelnen Theile vor ihrer Wiedervereinigung anzugreifen und zu schlagen. Zu diesem Zwecke beschloß der Feldmarschall, sich zunächst gegen die bei Mantua stehende Hauptmacht der Piemontesen zu wenden, indem er seine bisher gen Westen gerichtete Angriffsfront durch eine Schwenkung nach Süden verlegte und auf beiden Seiten des Mincio gegen Mantua vorrückte.

Im Laufe des 24. wurde diese Bewegung vollzogen; ein Theil des österreichischen Heeres — 4 Brigaden — ging an zwei Punkten über den Mincio und stellte sich an dessen rechtem Ufer auf. Es entspannen sich hierbei lebhafte Gefechte, in deren Verlauf der Feind überall zurückwich und durch einen kühnen Bajonettangriff des Regiments Wocher drei Geschütze verlor. Auf dem linken Ufer hielt die Brigade Strassoldo den Monte Vento und die Stadt Valleggio besetzt und wies einen Angriff der piemontesischen Dragoner zurück. Weit bedeutender aber als diese Gefechte war die Niederlage, welche an diesem Tage der linke Flügel Radetzkys erlitt.

Die Brigade Simbschen, welche wir auf ihren Abenteuern vor Ferrara und am Po begleitet haben, war am Abend des 22. Juli von Sanguinetto aufgebrochen und hatte den Befehl erhalten, am 24., dem zweiten Schlachttag, zwischen Sommacampagna und Custozza einzurücken und so die linke Flanke der

österreichischen Aufstellung zu decken. Der Unstern der Brigade wollte es, daß Carl Albert, anstatt, wie dies die einfachste Klugheit gebot, sofort nach den Ereignissen des 23. den Rückzug anzutreten, jetzt plötzlich Zuversicht bekommen und den verzweifelten Entschluß gefaßt hatte, mit den 25000 Mann, welche er nach der Durchbrechung seiner Linien noch in der Hand hatte, den zwei- bis dreimal stärkeren, siegreichen und durch Festungen rings gedeckten Feind anzugreifen. Am Nachmittage des 24. setzte er sich mit den Garden, 3 Infanteriebrigaden und der Reiterdivision gegen Custozza und Sommacampagna in Marsch. Das Glück begünstigte das tollkühne Vorhaben; denn die Brigade Simbschen, welche diese Tags zuvor eroberten Punkte besetzt halten sollte, war eben erst damit begriffen, hier an die Stelle der bereits abgerückten Brigade Clam zu treten, als die Piemontesen unvermuthet die sorglos und ungeordnet dahinziehenden, von der Hitze und dem Marsche erschöpften Bataillone angriffen. Eine Führung war auf österreichischer Seite nicht vorhanden; denn ähnlich, wie Fürst Liechtenstein nach Mantua, war General Simbschen nach Custozza vorausgeritten, um seine dortige Stellung zu besichtigen. Die Truppen schlugen sich, wo sie eben standen, meist in ungünstiger Position und ohne gegenseitige Unterstützung. So war, ehe noch die umkehrende Brigade Clam zu Hülfe kommen konnte, der Kampf entschieden, ein Theil der Simbschen'schen Truppen nach Verona, andere nach Giorgio zersprengt, die Meisten aber, nach österreichischer Angabe 1317 Mann nebst 42 Offizieren, gefangen und verwundet. Die Hügelreihe von Custozza bis Sommacampagna wurde abermals von den Piemontesen besetzt.

Radetzky sah sich durch den unerwarteten siegreichen Angriff des Feindes, welchen er nach der bisherigen zaudernden Kriegführung gar nicht hatte erwarten können, in seinen bisherigen Plänen behindert. Er entschloß sich, seine Truppen bis auf einige Bataillone wieder von dem rechten Mincioufer herüberzunehmen und mit dem 2. Armeecorps, seinem linken Flügel, die Italiener aus der Stellung von Sommacampagna zu vertreiben. Das erste Armeecorps sollte sich auf Valeggio und den Monte Vento stützen und sich defensiv verhalten; hinter

dieser Linie, bei Oliosi, stand das Reservecorps. Das 3. Armeecorps endlich war nach Peschiera vorgeschoben, um etwaigen von Norden kommenden Angriffen zu begegnen. Carl Albert seinerseits gedachte am nächsten Tage einen Frontalangriff gegen die Oesterreicher auszuführen und zugleich über Custozza deren linke Flanke zu umgehen.

Glühend heiß brannte am 25. die Sonne hernieder, als gegen Mittag die Hauptmacht der Piemontesen mit dem österreichischen 2. Corps auf der ganzen Linie von Sommacampagna über Berettava bis zum Monte Godio zusammenstieß. Auf beiden Seiten schlug man sich mit großer Entschlossenheit; die Führer leiteten persönlich den Kampf, welcher den Ausgang des Krieges entscheiden sollte, und feuerten ihre Truppen an. Wie gewöhnlich setzte sich Carl Albert rücksichtslos den feindlichen Kugeln aus, aber auch Radetzky ritt mit seinem ganzen Gefolge bis in die Plänklerketten hinein. Vor dem Flecken Sommacampagna kam lange Zeit hindurch der Angriff der Oesterreicher zum Stehen; schon verzweifelte man daran, die Piemontesen aus dem starken Mauerwerk zu vertreiben, als eben zur rechten Zeit die Brigade Perin eintraf, welche der Commandant von Verona, General Haynau, mit richtigem Blicke zu Hülfe gesandt hatte. Von zwei Seiten wurde jetzt ein Sturmangriff unternommen, welchem die Piemontesen nicht zu widerstehen vermochten. Nach einem hartnäckigen Häuserkampf räumten sie gegen Abend das Dorf. Die Oesterreicher waren zu ermattet, um sie zu verfolgen, viele von ihnen sanken vor Erschöpfung zu Boden. Zu gleicher Zeit hatte die Brigade Fritz Liechtenstein Berettara, die Ungarn den Monte Boscone gestürmt. Um den Monte Godio dagegen tobte bis zum Abend ein Kampf, welcher von den Oesterreichern selbst als ein verzweifelter bezeichnet wird. Man mußte die Regimenter des Fürsten v. Schwarzenberg heranziehen, welche, als sie anlangten, in Folge der glühenden Hitze bereits ein Drittel ihrer Mannschaft an Todten und Ermatteten verloren hatten. Mit Hülfe dieser Bataillone gelang es endlich auch hier, den Feind zu werfen und nach Custozza zurückzutreiben.

Während somit das 2. Corps siegreich vordrang, hatte auf dem rechten Flügel das erste sich standhaft gegen die Angriffe

der Piemontesen behauptet. Schon am frühen Morgen hatte hier General Bava Valleggio angegriffen, war aber zweimal zurückgeschlagen worden. Er zog sich zurück und versuchte gegen Mittag durch ein Vordringen längs des Tionebachs, die beiden feindlichen Armeecorps von einander zu trennen. Allein die Brigade Clam wies mit einer geschickten Frontveränderung den Angriff ab, ging alsdann selbst vor und erstürmte den Monte Marmaro. Somit war auch auf dieser Seite die Schlacht von Custozza für die Italiener verloren. Und doch lag es noch am Abend des zweiten Schlachttages in der Hand Carl Alberts, eine völlige Niederlage zu vermeiden. Wenn er nach den am 24. errungenen Vortheilen eilig den Rückzug über den Mincio antrat und sich auf der rechten Seite des Flusses mit den übrigen Abtheilungen seines Heeres vereinte, so hatte er sich noch glücklich aus seiner schwierigen Lage befreit, aus der es am nächsten Tage kein Entrinnen mehr gab. Genaue Angaben über die Verluste der Piemontesen werden kaum beizubringen sein. Sie selbst behaupten, an Todten und Gefangenen 900 Mann eingebüßt zu haben, allein wichtiger als die größere oder geringere Zahl ihrer Kampfunfähigen waren die strategischen Folgen der Schlacht. Die Blockade Mantuas war gebrochen, der Feind zum Rückzug über den Mincio gezwungen, Peschiera isolirt, die Verbindung über Rivoli nach Tirol völlig wiederhergestellt. Und noch wesentlicher als diese Vortheile war der moralische Eindruck, welchen die Niederlage auf die schon erschütterte piemontesische Armee machte. Schon am Tage nach der Schlacht zeigten sich die ersten Symptome der Zerrüttung, welche binnen Kurzem das einst so stolze und siegesfreudige Heer ergreifen sollte.

Allein auch die Oesterreicher hatten ihren Sieg theuer bezahlt. Sie geben an, an den drei Kampftagen 18 Offiziere und 237 Mann an Todten, 48 Offiziere und 1039 Mann an Verwundeten, 1 Offizier und 628 Mann an Vermißten eingebüßt zu haben. Die Verluste der Brigade Simbschen sind hierbei noch nicht einbegriffen, so daß sich Alles in Allem die Summe von nahezu 3500 Kampfunfähigen ergiebt.

Diese großen Verluste mögen auch daran Schuld gewesen sein, daß der Rückzug der Piemontesen, welcher noch in der

Nacht begann, wenig belästigt wurde und in größter Ordnung vor sich gehen konnte. Um die Mittagsstunde des 26. waren die meisten der im Kampf gewesenen Truppentheile in Goito versammelt. Auch General Sonnaz, welcher Tags zuvor mit seinem Corps unthätig bei Volta gestanden und nicht, wie man auf Seite der Piemontesen gewünscht, in den Kampf bei Valleggio eingegriffen hatte, war aus seiner Stellung gegen Goito aufgebrochen. Noch auf dem Marsche begriffen, erhielt er jedoch den Gegenbefehl, sofort wieder Volta zu besetzen und zu behaupten.

Inzwischen aber hatte sich Radetzky in Bewegung gesetzt. Sein erstes Corps überschritt den Mincio und wandte sich gegen Castiglione, das zweite und mit ihm ein Theil der Reserven wurde nach Volta dirigirt. Kaum waren die Spitzen der Colonnen in dem Städtchen angekommen, als auch Sonnaz vor den Thoren erschien und seinem Auftrag gemäß sofort zum Angriff schritt. Ein verzweifelter Kampf entspann sich, welchem auch die einbrechende Dunkelheit kein Ende machte. Wenn schon ohnedies in einem nächtlichen Ortsgefechte sich Alles, was der Krieg an Schrecken bietet, zusammenzudrängen pflegt, so vermehrte hier noch die Betheiligung der Einwohner, welche mit Schießbaumwolle aus den Fenstern feuerten und dafür sich die Rache der Oesterreicher zuzogen, die Gräuel dieser Nacht. An verschiedenen Punkten kam es zum Handgemenge, zahlreiche Piemontesen, welche die Oertlichkeit kannten, drangen vereinzelt bis in den Rücken der Oesterreicher vor. Gegen zwei Uhr, da das Kämpfen immer noch kein Ende nahm, wollte endlich der persönlich anwesende F.-M.-L. d'Aspre die erschöpften Truppen, Ungarn, Tiroler und 9. Jäger, Szluiner und Kinsky-Infanterie aus der Stadt ziehen, doch blieben diese freiwillig darin und erwarteten, hinter Barrikaden verschanzt, den Tag. Mit dem Morgengrauen begann der Kampf mit erneuter Heftigkeit. Sonnaz hatte bedeutende Verstärkungen erhalten und drang ungestüm vor; allein seine Angriffe scheiterten aufs Neue an dem Widerstande der Brigaden Fritz Liechtenstein und Karpan, welchen nach mehrstündigem Kampfe zwei weitere Brigaden zu Hülfe eilten. Andere österreichische Massen waren im Anmarsch,

Sonnaz erkannte, daß hier kein weiterer Vortheil zu erringen sei, und beendete durch seinen Rückzug nach Goito am Vermittage des 26. dieses hartnäckigste Gefecht des ganzen Krieges.

Den Oesterreichern hatte der Straßenkampf in Volta 20 Offiziere und 482 Mann gekostet; weit größer aber war die Einbuße, welche der moralische Eindruck dieses Gefechtes der piemontesischen Armee zufügte. Die Manneszucht begann sich zu lockern, von den im Kampf gewesenen Brigaden Savoyen und Königin liefen die Soldaten aus einander und flüchteten, ohne auf irgend welche Befehle mehr zu hören, in vollster Unordnung nach Goito und von da weiter, dem Heere voraus. Bald verbreitete sich die Demoralisation durch die gesammte Armee; die lombardischen Commissäre waren geflohen, die Proviantvorräthe von den Marrodeurs geplündert, so daß die Truppen Hunger litten, die Straßen waren durch die Bagage und flüchtende lombardische Familien verstopft und mit Waffen und Ausrüstungsstücken bedeckt, die allgemeine Stimmung derart, daß von einer zweiten Schlacht keine Rede sein konnte. Ein in Goito abgehaltener Kriegsrath sprach sich einstimmig dahin aus, daß die völlig zerrüttete Armee vor Allem der Ruhe und Erholung bedürfe.

Unter dem Eindrucke dieser Begebenheiten sandte Carl Albert noch am 27. die Generale Bes und Rossi nebst dem Oberst La Marmora zu Radetzky, um wegen eines Waffenstillstandes mit ihm zu unterhandeln. Allein die Bedingungen, welche Radetzky stellte, bestanden in nichts Anderem, als in dem Preisgeben der Addalinie, Räumung der Festungen Peschiera, Pizzighettone und Rocca, Abzug der Piemontesen aus Venedig, Modena und Parma, Aufhebung der Blockade von Triest durch die sardische Flotte und Freigebung aller in Mailand gefangenen Offiziere und Beamten. Darauf vermochte Carl Albert nicht einzugehen. Er brach die Verhandlungen ab und zog, nachdem am 27. beide Armeen stehen geblieben waren, am 28. nach Cremona zurück.

Radetzky marschirte ihm sofort nach; er ließ vor Peschiera den Feldmarschall-Lieutenant Haynau mit dem 3. Armeecorps zurück und überschritt am 30., ohne Widerstand zu finden, den Oglio.

Noch hatte es den Anschein, als beabsichtigten die Piemontesen, in Cremona die Oesterreicher zu erwarten, allein die Entmuthigung war bereits so groß, daß General Bava keine Schlacht wagte. Nach einem unbedeutenden, am 30. stattgehabten Geplänkel ging er über die Adda zurück, worauf sich Cremona alsbald den Oesterreichern ergab und von diesen besetzt wurde.

Bava, der einzige, welcher in der allgemeinen Verwirrung noch den Kopf oben behielt, hatte Befehl gegeben, die Uebergänge über die Adda zu vertheidigen, allein es scheint, daß man seinen Anordnungen nicht Folge geleistet hat. Denn ohne nennenswerthen Widerstand zu finden, überschritten die Oesterreicher am 1. August bei Formigara und Crotta unter großem Jubel und den Klängen der Nationalhymne den Fluß.

Carl Albert änderte nun seine Marschrichtung und wandte sich nach Mailand, wo er die Mittel zu weiterem Widerstande zu finden hoffte. Die Oesterreicher folgten unverzüglich über Lodi und Castiglione nach, drängten in kleinen Gefechten die Piemontesen und erbeuteten zahlreiche Bagage. Selbst die Elemente schienen jetzt die österreichischen Waffen zu unterstützen. Am Abend des 1. August wurden die italienischen Colonnen von einem furchtbaren Gewittersturm überrascht und zahlreiche Menschen und Pferde von den umstürzenden Bäumen — einige sogar nach Angabe der Italiener von Hagelkörnern — erschlagen. Der Zustand ihrer Armee war bereits ein trostloser[1].

[1] Von dem am 2. stattgefundenen Arrieregarden-Gefechte bei Basiaco erzählt General Bava selbst Folgendes: „Gegen fünf Uhr Abends hörte man Kanonenfeuer von Lodi her. Ich eilte zu Pferde mit meinem Stabe dorthin und fand nur noch einen Büchsenschuß von der Stadt auf der Straße von Caviaga her eine ganze Brigade im Rückzug. Ich hielt sie an, um sie aufzustellen und einige vor der Front gelegene Häuser zu besetzen. Während ich aber mit diesen Anordnungen beschäftigt war, flohen viele Soldaten quer feldein, so daß ich einem Zug Cavallerie meiner Begleitung Befehl gab, sie einzuholen und mit Gewalt in ihre Reihen zurückzubringen. Einige dreißig dieser Feiglinge warfen sich aber zur Erde, betheuerten, sie könnten nicht mehr fort, obschon sie an dem Tage Lebensmitteln erhalten und bis 5 Uhr Nachmittags still gelegen. Die Offiziere meines Stabes gaben sich alle Mühe, sie aufzujagen und zurück-

Im Laufe des 3. August langte die piemontesische Armee, nachdem sie sich mit Mühe durch das mit Fahrzeugen aller Art vollgestopfte Defilé von Melegnago gewunden, bei Mailand an und bezog vor der Stadt eine weitläufige Stellung, welche sich im Halbkreise von Chiesa Rossa über Gambaloita bis zu der Porta Orientale ausdehnte. Hier sollte nach dem Willen Carl Alberts noch einmal der österreichischen Armee Stand gehalten werden.

Am 4. August erschien Radetzky mit den Seinen vor Mailand und schritt unverzüglich zum Angriff. Ein zerstreutes Gefecht entspann sich in dem vielfach durchschnittenen, dicht bepflanzten Boden. Am heftigsten schlug man sich bei den Meiereien Gambaloita und Castegnedo, welche nach heftigem Artilleriekampf von den Brigaden Strassoldo und Clam mit Sturm genommen wurden; bei Gambaloita fielen hierbei zehn Kanonen in die Hände des Siegers und wurden 120 Mann zu Gefangenen gemacht. Auch an anderen Punkten, namentlich bei den Dörfern Rosedo und Vigentino stießen Oesterreicher und Italiener hart zusammen, doch im Ganzen war der Widerstand der Piemontesen nicht von langer Dauer. Sie wichen auf der ganzen Linie und zogen sich bis zum Abend völlig in die Stadt zurück. Es war dies das letzte Gefecht zwischen Carl Albert und Radetzky gewesen. Seine Opfer mochten auf jeder Seite einige hundert Mann betragen.

Die Mißerfolge Carl Alberts hatten in überraschend kurzer Zeit die Begeisterung gedämpft, welche bisher für den „Degen Italiens" geherrscht hatte. Der Jubel, der ihn bisher empfangen, hatte nur der Sache, welche er vertrat, nicht seiner Person gegolten. Man wußte, daß er der Einzige war, welchem das schwere Werk der Befreiung Italiens glücken konnte, und darum hatten bisher selbst die Mazzinisten, deren Ideal die italienische Republik war, gute Miene zum bösen Spiel gemacht. Jetzt plötzlich war der Nimbus geschwunden. Die Mailänder, die

zubringen, aber sie ließen sich lieber von den Pferden zertreten." „Nie im ganzen Laufe meines militärischen Lebens habe ich eine solche Entwürdigung gesehen, sie wollten Alles erdulden, selbst den Tod, ohne zu klagen, ohne ein Wort zu sagen, nur schlagen wollten sie sich nicht."

Lombarden erkannten, daß sie sich und ihr Schicksal einem Manne anvertraut hatten, der zwar die Mittel besaß, Großes zu vollbringen, allein nicht die Kraft, um jene Mittel richtig zu gebrauchen. Daß die Lombarden nicht selbst das Aeußerste aufgeboten hatten, um sich zu vertheidigen und zu retten, darüber ging man hinweg und häufte den ganzen Zorn, welchen die Enttäuschung der letzten Tage hervorgerufen, auf das Haupt des unglücklichen Sardenkönigs.

So war denn auch die Aufnahme, welche das piemontesische Heer in der Hauptstadt der Lombardei fand, eine wenig freundliche. „Wir erinnerten uns mit Wohlgefallen des ersten Empfanges der Lombarden", erzählt General Bava, „und überließen uns im Bewußtsein der unermeßlichen Opfer, welche das piemontesische Heer der neuen und heiligen Sache des gemeinsamen Vaterlandes gebracht, den süßesten Vorstellungen. Wir erblickten schon die Einwohner des schönen Mailand, wie sie dem rettenden Heere entgegenkämen, es mit Allem reichlich zu versehen, in ihren Mauern ihm die unerhörten Anstrengungen, die harten Entbehrungen vergessen zu machen, denen es unterlegen. Aber, — nichts von Alledem geschah. Bei unserer Annäherung fanden wir die Umgebung der Stadt verlassen, ihren Anblick düster und schweigend, in jedem Gesichte den Ausdruck des Schmerzes und der Furcht, statt reichlicher Erfrischungen, der wir so sehr bedurften, kaum die gewöhnliche Nahrung, wofür man uns noch bei Mangel an Lebensmitteln Geld bot, so daß ganze Regimenter bis zum nächsten Tage ohne Verpflegung blieben, wie z. B. das Cavallerieregiment Savoyen. Diese kühle Empfang schlug uns sehr darnieder. Die genährten Hoffnungen verschwanden und die Muthlosigkeit ergriff von Neuem die Herzen unserer Soldaten."

Am nächsten Tage jedoch, als vor den Thoren Mailands sich der Kampf entspann und der Kanonendonner die Bewohner überzeugte, daß die piemontesische Armee zur Vertheidigung der Stadt entschlossen sei, schlug die Stimmung wieder um. Man sorgte für die Soldaten, pflegte die Verwundeten und begann, wie in den Märztagen, die Straßen zur Vertheidigung herzurichten. Allein in der Nacht vom 4. zum 5.

hielt der König, nachdem bereits sämmtliche Truppen nach Mailand zurückgezogen waren, einen Kriegsrath ab, welcher ein niederschlagendes Resultat ergab.

Es mangelte an Munition, da die Truppentheile sich verschossen hatten und die große Bagage bereits nach Piacenza abgegangen war, Lebensmittel waren nur mehr für drei Tage vorhanden, in der Kriegskasse befanden sich noch 20 000 Franken. Unter diesen Umständen war Widerstand Wahnsinn und mußte nur zur völligen Vernichtung der Armee führen. Einstimmig erklärte der Kriegsrath, daß Mailand unhaltbar sei. Sofort begaben sich zwei Generale in das Lager Radetzkys nach San Donato und boten ihm die Capitulation Mailands und die Räumung der Lombardei an, wenn er den piemontesischen Truppen freien Abzug gestatten und sich verpflichten wolle, Leben und Eigenthum der Mailänder zu schützen und jeden, welcher sich dem Heere anschließen wolle, ungehindert ziehen zu lassen. Radetzky ging hierauf ein.

Als am nächsten Tage in Mailand die Capitulation und ihre Bedingungen bekannt wurden, brach ein wüthender Entrüstungssturm los. Die verschiedenen Behörden und Körperschaften konnte man mit Mühe noch von der Nothwendigkeit der Maßregel überzeugen, dem Volke gegenüber blieb jeder Versuch einer Verständigung unmöglich. Tobende Massen wälzten sich unter Verrathgeschrei durch die Straßen, fluchten den Piemontesen und ihrem Könige und errichteten aller Orten Barrikaden, um sich selbst zu vertheidigen. Vor dem Palaste Carl Alberts staute sich die Menge. Von seinen Truppen getrennt, nur von Bava und einigen Anderen umgeben, war der König im Begriffe, sein Pferd zu besteigen, als das Volk in den Hof eindrang und sofort, um die Flucht des „Verräthers" zu hindern, die Reisewagen umstürzte und zerschlug.

„Ich trat auf den Balcon", schildert Bava den nun folgenden Auftritt, „um zu sehen, was der Lärm bedeute. Eine wüthende Rotte empfing mich mit den schmählichsten Schimpfreden und drohte mir den Tod. In dem Getöse konnte man nichts mehr verstehen. Ich trat ins Haus zurück und fand dort zu meinem Schrecken einen wüthenden Kerl, der mit glühenden,

von Zorn hervorgetriebenen Augen heftig über das bevorstehende Unglück der Stadt und seiner Familie declamirte. Wir suchten Alle ihn zu beruhigen, aber vergebens, er wurde nur wüthender; er schrie, daß es auf der Straße gehört wurde, offenbar seine Absicht, um die Wuth auch dort zu steigern. Er verlangte, vor den König zu kommen und als ihm das gewährt wurde, machte er eine Menge unsinniger Forderungen durcheinander, besonders aber die, der König solle sich der Menge zeigen, welche glaube, er sei geflohen. Wahrscheinlich war der Verrückte beauftragt, sich zu überzeugen, ob der König noch da sei."

„Die Nationalgarde vom Dienst war vertrieben worden, und als jener wüthende, aus allen Nationen bestehende Haufen erschien und den Hof des Palastes überschwemmte, fanden sich nur noch einige muthige Carabiniere auf der großen Treppe."

„Dieser Pöbelhaufen schrie beständig Verrath und drohte mit dem Geschicke des unglücklichen Prina, wenn die Feindseligkeiten gegen den gemeinsamen Feind nicht fortgesetzt würden."

„Unsere Lage wurde mit jedem Augenblicke schlimmer und wahrhaft entsetzlich. Allein, mitten in Mailand, mehr als eine Miglie von der Armee entfernt, durch eine Anzahl Barrikaden von ihr getrennt, war nichts leichter, als uns umzubringen, und ich gestehe, während meiner langen kriegerischen Laufbahn mich nie in größerer Lebensgefahr geglaubt zu haben."

„Indessen erschien eine Deputation beim König; er empfing sie gütig und freundlich und fragte, was man wolle. «Krieg oder Tod», war die Antwort, «wenn Ew. Majestät nicht auf unsere Forderungen eingehen, so ist Ihr Leben in Gefahr, es ist keine Macht vorhanden, welche in diesem Augenblicke der Wuth der Bevölkerung entgegentreten könnte»."

„Der König schien einen Augenblick betroffen von solcher Verwegenheit, gleich nachher aber, indem er uns Alle entließ, erwiderte er den Deputirten gütig, aber mit Ernst, in Kurzem würden sie Antwort bekommen."

„Als die Generale wieder hereintraten, sagte er zu mir: Sie wollen durchaus den Krieg; ich aber antwortete: Wenn Krieg sein soll, so besser gegen die Oesterreicher als unter den Augen des Feindes gegen uns selbst!"

„Alle Anwesenden unterstützten den Rath, und der König gab mir auf, dem Volke seinen veränderten Entschluß bekannt zu machen."

„Nur mit größter Mühe konnte ich es ausrichten. Lärm und Verwirrung waren auf das Höchste gestiegen. Als der Entschluß bekannt wurde, schien Ruhe einzutreten. Bald aber erneute sich der Lärm; ein Redner schlug vor, uns Alle als Geiseln für die Versprechungen des Königs zurückzubehalten. Großer Beifallssturm. Der König sollte seinen Entschluß durch ein Placat bekannt machen und doch hinderte man uns, aus dem Hause zu kommen. Der König sollte sich auf dem Balcon zeigen. Als er erschien, Beifall und Zischen zugleich; völliger Wahnsinn."

„Ein anderer Redner von einem Stuhle herunter versichert im Namen der Menge zu sprechen und schließt seine Phrasen häufig mit der Frage: Nicht wahr, das ist es, was Ihr wollt? Ein donnerndes Ja ist jedesmal die Antwort. Ein lombardischer Offizier, welcher zur Seite des Königs stand, gab auf alle diese Fragen entschiedene Antworten. Die Scene dauerte länger als eine halbe Stunde, endlich schien das Volk, als es Alles verstanden, sich etwas zu beruhigen."

„Ich wollte die anscheinende Ruhe dazu benutzen, aus dem Palast zu kommen, aber vergebens, beschimpft, gestoßen, bedroht mußte ich zurückkehren. Da wandte ich mich endlich an einen der Aufwiegler und machte es geltend, daß, wenn sie mich so zurückhielten, ich unmöglich die nöthigen Befehle geben und die Truppen gegen den Feind zurückführen könne. Ich überzeugte ihn zuletzt, daß ich unumgänglich nöthig im Lager sei. Darauf nahmen mich zwei unter den Arm, ein Dritter ging voraus, schrie meinen Namen, meinen Titel, und so gelang es endlich, durch die Masse durchzukommen. Auf dem Wege umarmten mich hunderte, als sie hörten, ich gehe zurück, um die Feindseligkeiten wieder anfangen zu lassen, Andere, die davon nichts wußten, thaten mir jeden Schimpf an."

„Man warf mich endlich, Gott weiß wie, auf ein Pferd und begleitet von zwei Mantuanern, lombardischen Offizieren, gelang es, mit meinem Adjutanten das Lager zu erreichen."

„Die Nachricht von den Vorgängen in der Stadt erregte selbstredend die Truppen auf das Höchste. Sie verlangten gegen die Mailänder geführt zu werden, und nur mit Mühe gelang es, einen Bürgerkrieg zu verhüten. Zu dem Könige vorzudringen, erwies sich, da alle Straßen verbarrikadirt waren, als nahezu unmöglich. Der Herzog von Genua, welcher es versucht hatte, war sofort von dem Volke mißhandelt und gefangen genommen worden. Allein die Zeit drängte; schon feuerte der Pöbel von der Straße und selbst von den Bäumen des Parkes in die Fenster des Palastes und häufte Brennstoffe an dem Thore zusammen, da erschien ein Bataillon Garde und eine Jägerkompagnie, welche sich glücklich durchgearbeitet hatten, und trieben die feigen Rotten aus einander. In der Mitte seiner Truppen verließ der ganz erschöpfte König mit seinem Sohne den Palast."

„Um zwei Uhr Morgens am 6.", berichtet Bava weiter, „verließ der König das Collegium Calchi Nangi, um unter derselben Bedeckung, welche ihn aus dem Palaste Greppi begleitet, nach der Porta Vercellina zu kommen. Rasendes Geschrei, Aufforderungen an das Volk, ihn nicht aus den Thoren zu lassen, häufige Flintenschüsse. Das Sturmläuten aller Glocken begleiteten uns durch die Straße degli Spaldi; dichte Finsterniß umher, nur von brennenden Häusern erleuchtet, welche Bosheit und Plünderungssucht angefacht hatten. Ein furchtbares Bild! So schnöder Undank, solche Wildheit empörte jedes Herz. Unsere Soldaten sahen in den bewaffneten Bürgern, die ihnen begegneten, was häufig geschah, nur Meuchelmörder. Sie warfen sie nieder und hielten sie fest, bis der König vorüber war."

„Die Vorsehung verhütete, daß sich uns die empörte Menge in den Weg warf. Gott sei Dank! Das Maß war übervoll, die Geduld erschöpft, und eine furchtbare Strafe wäre gefolgt. Die Porta Vercellina war durch brennende Barrikaden geschlossen; nur mit Mühe war das Feuer zu löschen, die Artillerie konnte durchziehen, der König war gerettet. Die Armee trat ihren Rückzug an und ging über Magenta und Abiajegrasso am folgenden Tage über die Grenze zurück, welche sie 20 Wochen

früher mit den größten und zuversichtlichsten Hoffnungen überschritten hatte."

Mit dem Heere zusammen hatten viele Tausende von Mailändern, nahezu ein Drittel der Einwohnerschaft, ihre Vaterstadt als Flüchtlinge verlassen, um sich der Rache der Oesterreicher zu entziehen. In der entvölkerten und ausgestorbenen Stadt begann am Morgen des 6. August der Pöbel sein Werk. Man machte sich daran die Häuser zu erbrechen und zu plündern, eine völlige Anarchie schien einzureißen, und die geängstigten Bürger mußten die Oesterreicher, welche auf den Wunsch der gänzlich machtlosen Stadtbehörden früher als verabredet, schon um 10 Uhr Vormittags einrückten, geradezu als Retter begrüßen.

Am folgenden Tage schon bat der König um einen dreitägigen Waffenstillstand, welcher ihm von Radetzky gegen die unbedingte Auswechselung sämmtlicher Kriegsgefangenen bewilligt wurde. Am 9. August kam eine weitere sechswöchentliche Waffenruhe zu Stande; die Piemontesen verpflichteten sich darin, die noch von ihnen besetzten Festungen Peschiera, Rocca d'Anfo und Osopo und die Stadt Brescia den Oesterreichern auszuliefern, Venedig, Modena und Parma gänzlich, das Großherzogthum Piacenza größtentheils zu räumen, und ihre Flotte zurückzuberufen. Als Demarcationslinie wurde die Grenze zwischen dem Königreich Piemont und der Lombardei angenommen.

In Folge dieses Vertrages wurden am 14. August das von Haynau bereits stark bedrängte Peschiera sowie Rocca d'Anfo übergeben. Osopo dagegen, wohin sich, wie früher erwähnt, ein Theil der venetianischen Freischaaren geflüchtet, hielt sich hartnäckig bis zum 14. October.

In Venedig war auf die Nachricht von dem Falle Mailands die Anerkennung Carl Alberts als Oberhauptes von Oberitalien widerrufen und am 10. August die Republik proclamirt worden. Zwar zogen nach dem Wortlaute des Vertrages die Piemontesen aus der Lagunenstadt ab; allein die mehr als 10000 Freischärler, welche außerdem noch in Venedig standen, setzten mit den Venetianern selbst unentwegt die Vertheidigung fort, so daß es den Oesterreichern für das Erste nicht gelang, sich wieder des so unbesonnenen preisgegebenen Platzes zu bemächtigen.

Der Herzog von Modena erhielt jetzt die Belohnung für seinen Verrath an der italienischen Sache. Er wurde durch den Feldmarschall-Lieutenant Fürst Liechtenstein in seine Lande wieder-eingeführt und unter großem Jubel die Fahne des Hauses Este auf dem Fort Brescello aufgepflanzt. In Parma rückte Graf Thurn mit seinen Truppen ein, eine Militärregierung unter Vorsitz des Grafen Degenfeldt übernahm vorläufig die Verwaltung des Landes.

Der Großherzog von Toscana unterwarf sich den Oesterreichern völlig und versprach, für Ruhe in seinem Lande sorgen zu wollen. Seine Stellung zu seinen Unterthanen war allerdings bereits derartig, daß er sich überhaupt nur noch mit Mühe auf dem Throne zu behaupten vermochte.

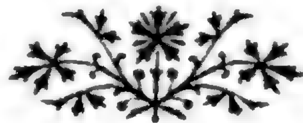
Die Verhältnisse im Kirchenstaate werden später eine weitere Darlegung erfahren. Hier sei nur soviel erwähnt, daß bereits am 3. August die Oesterreicher unter Feldmarschall-Lieutenant Welden die Grenzen des päpstlichen Gebietes überschritten. Nochmals kam es hier zu blutigen Auftritten, indem die Colonne des Feldmarschall-Lieutenants Perglas, welche nach Bologna gezogen war, dort aber den Befehl zum Abmarsch nach dem Po bekommen hatte, unterwegs von einer Schaar Aufrührer angegriffen wurde. 10 Offiziere und 149 Mann waren die Opfer dieses Ueberfalles. Am 2. September kam zu Ferrara ein vorläufiger Vertrag mit dem Kirchenstaate zu Stande.

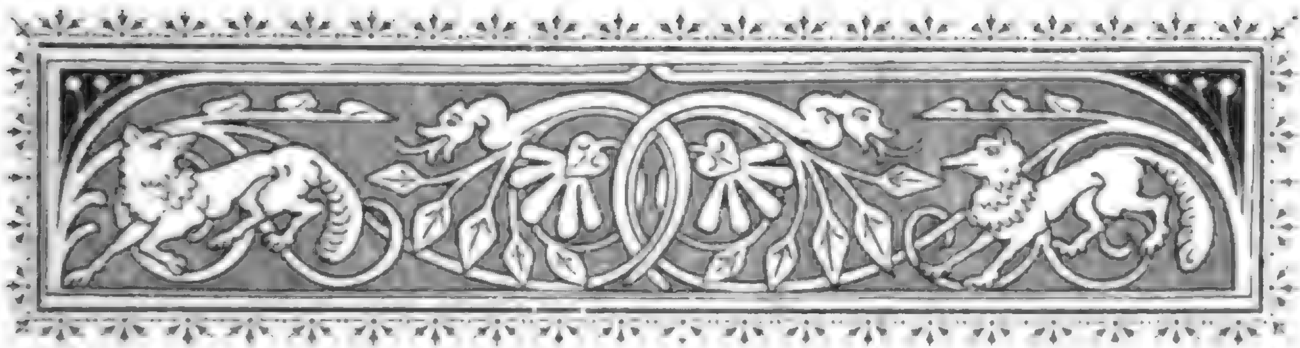
In Mailand hatte bereits am 6. August Radetzky die provisorische Regierung der Lombardei an sich genommen. Selbst seine Gegner mußten ihm zugestehen, daß die Maßnahmen, welche er zur Beruhigung des aufgeregten Landes traf, nach Lage der Dinge milde und gerecht zu nennen waren.

Die Schweiz wurde jetzt das Asyl aller derer, welche sich der Vergeltung der Oesterreicher zu entziehen versuchten oder den Waffenstillstand mißbilligten. Zahlreiche Freischärler und vereinzelte piemontesische Soldaten und Abtheilungen, sowie politisch compromittirte Nichtcombattanten überschritten die Grenze der Eidgenossenschaft, in welcher rasch gebildete Hülfsvereine die dringendste Noth der Flüchtlinge zu lindern suchten. Auch größere Corps zogen sich hierher zurück, so noch am 20. August

das mehrere tausend Mann und 20 Geschütze starke Freicorps Griffini.

Derjenige, welcher als der Letzte den Widerstand gegen die Oesterreicher aufgab, war Giuseppe Garibaldi, der nachmals so berühmte Freischaarenführer, welcher auf die Kunde von der Erhebung seines Vaterlandes aus Südamerika herbeigeeilt war. Er hatte bisher in den Alpen den Guerillakrieg geführt und war sogar bis Monza vormarschirt, um den Mailändern Hülfe zu leisten. Jetzt versuchte er nochmals an den Seen den Aufstand zu entfachen. Es glückte ihm, sich einige Zeit an den Ufern des Gardasees zu halten, allein auf die Dauer vermochte seine täglich sich lichtende Schaar dem von Radetzky entsandten Corps d'Aspres nicht Widerstand zu leisten. Nachdem er sich noch bei Murazzone tapfer mit seinem kaum 1500 Mann starken Corps gegen eine bedeutende österreichische Uebermacht geschlagen, mußte er mit dem Reste seiner Leute über den See hinüber nach der Schweiz sich flüchten.





IV. Abschnitt.

Die Ereignisse in Berlin.

1.

Die März-Errungenschaften.

„Es war eine wunderbare Zeit mit dem 18. März angebrochen", schreibt der bekannte Rechtslehrer Gneist in seinen Betrachtungen über die Berliner Revolution, „die Wirklichkeit hatte für uns ihr Dasein verloren, und der Vergangenheit schämten wir uns. Man schämte sich des preußischen Namens und der preußischen Geschichte, der Einrichtungen wie der Personen, am meisten aber des preußischen Militärs und der Beamten. Eine Obrigkeit bestand nicht mehr. Polizei ließ sich nicht sehen oder hielt sich schüchtern bei Seite."

Rascher als an anderen Orten war in Berlin dem kurzen Rausche des Märzes die Ernüchterung gefolgt. Eine jugendliche Begeisterung für ein verschwommenes Freiheitsideal, wie sie in Wien den ganzen Sommer hindurch anhielt, ein theatralischer Pomp, mit welchem die Franzosen ihre Revolution verzierten, konnten vor der kühl denkenden, zu Ironie und Sarkasmus neigenden Sinnesart der preußischen Hauptstadt nicht lange bestehen. Schon wenige Tage nach dem 18. März tauchte die Frage auf, ob man überhaupt eine Revolution gehabt habe. Daß jene blutige Frühlingsnacht eine bedeutende Veränderung

im Aussehen und Treiben Berlins hervorgebracht, konnte allerdings Niemand leugnen. Die schimmernden Uniformen der Garde waren verschwunden und die abenteuerlichen Erscheinungen der Bürgerwehr an ihre Stelle getreten; anstatt des sonst so ruhigen und geregelten öffentlichen Lebens war ein tumultuarisches Straßentreiben entstanden.

Nach dem Abmarsch der Garden war zwar Linienmilitär, das 24. und ein Theil des 9. Infanterieregiments und die 3. Ulanen in die Stadt gerückt, allein diese Truppenmacht blieb viel zu schwach und trat völlig hinter der Bürgerwehr zurück. „Schon im Beginne seiner Extase", schreibt Stahr, „erschreckte den Bürger die Besorgniß vor der Anarchie. Eine ungeheuere Verantwortlichkeit lastete auf seinen Schultern mit dem eisernen Zauberstabe der Ruhe und Ordnung, den man ihm durch die Bürgerbewaffnung in die Hand gegeben hatte. Der alte Staat war vorzugsweise ein Staat der Ruhe und Ordnung gewesen. Bisher war der Bürger selbst vom «Staate» in Ordnung gehalten worden, jetzt sollte er den Staat in Ordnung halten."

In dieser Nationalgarde machte sich der Fehler der Soldatenspielerei sofort fühlbar. Es mangelte eine einheitliche, straffe Organisation, und zu einem großen Theile auch die Lust und Liebe zu der Sache. Nachdem der Reiz der Neuheit geschwunden, erreichten die ausrückenden Bürgerwehrabtheilungen selten mehr als ein Drittel ihres nominellen Bestandes, ein Umstand, welcher nicht weiter auffällig ist, wenn man sich erinnert, daß zahlreiche Bürger sich nur gezwungen — so namentlich alle Beamten, in Folge eines ausdrücklichen Befehles der Regierung — hatten zu der Nationalgarde einschreiben lassen und daher dem Wachtdienste, den fortwährenden Alarmirungen, den Zusammenstößen mit dem „Volke" wenig Freude abzugewinnen vermochten.

Das Institut der Bürgerwehr war selbst in dem durch und durch militärischen Berlin von vorn herein ein verfehltes. „Daß eine bewaffnete Macht ohne Disciplin", schreibt Gneist, „in der nordamerikanischen Republik so gut eine Unmöglichkeit sei wie unter der russischen Despotie, war dieser Bürgerwehr nicht zum Bewußtsein zu bringen. Sie besetzte alle Wachen mit uner-

müdlicher Ausdauer. Aber jede militärische Ausbildung, jede Fähigkeit, sich auch nur in geschlossenen Gliedern zu bewegen, fehlte. Besonders gefährlich waren bekanntlich ihre Schießübungen. Sie exercirte zuweilen, besonders gern mit Musik. Nachts durchzogen Patrouillen die Stadt. Ich selbst habe als Mitglied der Bürgerwehr und des Studentencorps Manches mitgemacht. Nichts spricht lauter und deutlicher für den guten Sinn dieser Hauptstadt, als der Umstand, daß diesen Patrouillen nie etwas zu Leide geschehen ist. Zuweilen wurde einem Manne das Gewehr weggenommen; doch auch das nicht häufig. Uebrigens war die Verfassung so demokratisch wie möglich. Man hatte sich zwar Offiziere gewählt, doch natürlich mit dem Vorbehalt, sie abzusetzen, sobald irgend etwas Ungehöriges vorkommen sollte. Auch der Generalissimus stand auf demselben Vertrauensfuß. Dennoch fehlte es an Vertrauen und Harmonie. «Die Hauptleute suchten eine gewisse militärische Herrschaft zu bilden und fortzuentwickeln, welche mit dem rein bürgerlichen Geiste des Institutes unverträglich war» — «der Einfluß, welchen derartige Hauptleute über die Compagnieen hatten, brachte bald genug eine Spaltung hervor.» So und ähnlich lauteten die Klagen der Bürgerwehrschriftsteller und Redner. Sehr böse war man namentlich über den Versuch: «einer Bevormundung des Willens der Compagnie durch den Willen der Führer. Man hatte sogar Verdacht, daß das Commando unter Zuziehung eines bloßen Ausschusses der Stadtbehörden die Befugniß beansprucht habe, Truppen zu requiriren». Das Generalcommando hatte einmal sogar eine Parade veranstaltet, während es doch seine Pflicht gewesen wäre, die Parade so lange aufzuschieben, bis der damals vorliegende Verfassungsentwurf zur allgemeinen Kenntniß der Bürgerschaft gelangt wäre. In einem Bürgerwehrklub wurden die großen Fragen des Tages erörtert und die Schicksale des Landes erwogen und am 18. April schon einstimmig erklärt: «daß der Bürgerwehr kein Gesetz ohne Berathung und Zustimmung von ihrer Seite gegeben werden dürfe, und daß vielmehr ein solches nur aus dem Bürgerwehrkörper, der in dieser Beziehung souverän sei, hervorgehen müsse». Kurz, es war die lang ersehnte Selbstregierung nun endlich realisirt, und wenn man auch dem

Commando «Gewehr auf!» und «Gewehr ab!» Folge leistete, so geschah es dennoch mit dem vollen Bewußtsein, daß über diese Fragen eigentlich hätte abgestimmt werden müssen!"

Von irgend einer obrigkeitlichen Gewalt war mithin in Berlin eigentlich keine Rede mehr. Das „Volk" — mit keinem anderen Worte ist im Jahre 1848 mehr Unfug getrieben worden als mit diesem — war souverän und übte seine Macht in ausgedehntester Weise durch Katzenmusiken, Fenstereinschlagen, lärmende Versammlungen unter den „Zelten" und unter den Linden — der sog. Lindenklub — aus. Zum Theile entsprangen diese Demonstrationen lediglich dem Uebermuthe, daneben jedoch traten auch sociale Schäden durch sie zu Tage. Die ärmere Berliner Bevölkerung war schon durch die Theuerung des Jahres 1847 hart mitgenommen worden. Als jetzt in Folge des 18. März die gesammte Garnison, viele reiche und vornehme Familien Berlin verließen und der Handel und Verkehr stockten, konnte es nicht ausbleiben, daß ein Theil der Arbeiter der Noth anheimfiel, andere von Demokraten aufgereizt wurden, und sich als Rückschlag eine stark socialistisch gefärbte Bewegung ausbreitete.

Die Regierung suchte allerdings diesem Mangel abzuhelfen, allein ihre Maßregeln waren durchaus ungeeignet. „Man eröffnete große Baustellen dicht bei Berlin", schreibt von Unruh, „und zahlte, um doch jedenfalls die Massen zufriedenzustellen, 15 Sgr. Tagelohn dem Mann, nicht nur dem Berliner unbeschäftigten Arbeiter, sondern auch Fremden, die man dadurch wider Willen heranzog. Tagelohn ohne Arbeitsmaß, ohne strenge Aufsicht, ohne die Mittel, eine solche auszuüben, noch dazu in einer großen Stadt, wo bestrafte Diebe und Vagabunden sich mit den tüchtigen Arbeitern vermischten, demoralisirt in den ruhigsten Zeiten. Solch hohen Tagelohn für Nichtsthun in einer Revolution bezahlen, hieß, einen revolutionären Herd selbst schaffen. Die Bewegungsmänner brauchten keine Sammelplätze zu bestimmen, sie fanden ihr Auditorium stets auf den Bauplätzen versammelt, und nicht schlaffe Zuhörer, sondern rüstige, kräftige Leute, denen die Regierung ein Schlaraffenleben auf Staatskosten gewährte."

Während der folgenden Wochen fanden in Berlin vielfache Arbeitseinstellungen statt, welche größtentheils durch Uebereinkunft

zwischen Fabrikherren und Arbeitern beigelegt wurden und doch zu großen Straßendemonstrationen Anlaß boten. Vor den Bäckerläden kam es mehrfach zu großen Tumulten. Was die Parteibewegung in Berlin betrifft, so konnten drei politische Strömungen unterschieden werden. Einmal die kleine Zahl von Solchen, welche mit der neuen Wendung der Dinge mißvergnügt waren und dies offen zur Schau trugen. Ihr Organ war das bisherige offiziöse Blatt, die „Preußische Allgemeine Zeitung“, welches sich über Alles, was die Revolution betraf, in tiefes Schweigen hüllte. Späterhin wurde durch die im ganzen Lande verbreiteten „Preußen-Vereine“, an deren Spitze in Berlin ein Herr von Katte stand, eine ausgedehnte Agitation im Sinne dieser Kreise betrieben. Dann kam die große Menge der liberal und constitutionell Gesinnten, die eigentliche Bürgerschaft, aus welcher die Nationalgarde sich rekrutirte. Ihr Vereinigungspunkt war der „Constitutionelle Klub“, dessen Organ die von Prutz redigirte „Constitutionelle Zeitung“. Von sonstigen Blättern hatten sich namentlich die ältesten Berliner Zeitungen, die „Vossische“ und die „Spener'sche“, dieser Richtung angeschlossen. Daneben trat am 1. April die „National-Zeitung“ in das Leben und erwarb sich in Kurzem einen großen Anhang.

Die dritte Partei endlich war die der eigentlichen Revolution. Demokratisch gesinnte Schriftsteller, gewesene Offiziere, Studenten bildeten die Führer, die „Arbeiter“ die große Masse der Bewegung, welche ihren Mittelpunkt in dem von Jung geleiteten „Politischen“, später „Demokratischen Klub“ fand. Der von dem Studenten Schlöffel herausgegebene „Volksfreund“ vertrat die Bestrebungen dieses Vereins. Ebenso hatte sich die „Zeitungshalle“ der Demokratie angeschlossen. Dann erschien Ruges „Reform“, Corvin und Held gaben zusammen die „Locomotive“ heraus. Auch eines der verbreitetsten Witzblätter der Gegenwart, der „Kladderadatsch“, verdankte diesen Frühlingstagen seine Entstehung — die erste Nummer desselben erschien als „Organ von und für Bummler“ am 7. Mai —, unterschied sich aber damals lediglich durch seinen größeren Witz von der sonstigen Straßenlitteratur, dem „Krakehler“, der „Ewigen Lampe“ und anderen. Von weiteren Zeitungen dieser Richtung

sind noch die „Volksblätter", der „Freischärler", die „Volksstimme" und die „Republik" zu erwähnen. Auch in den Provinzen wuchs diese Presse üppig empor. So hatte Breslau außer der „Allgemeinen Oderzeitung" und dem „Kreisboten" den „Putsch", in Köln erschienen die „Neue Rheinische Zeitung" (von Marx redigirt), die „Neue Kölnische Zeitung", die „Zeitung des Arbeitervereins" (später „Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit"), die „Freien Blätter", der „Wächter am Rhein", in Stettin der „Wächter an der Ostsee", in Erfurt der „Telegraph", in Halle die „Demokratische Zeitung", in Liegnitz der „Demokrat", in Bielefeld der „Volksfreund", in Münster die „Westfälische Volkshalle", in Düsseldorf die „Volksstimme", in Hirschberg der „Sprecher", in Schweidnitz der „Freischütz", ferner die „Neue Königsberger Zeitung", die „Trier'sche Zeitung", die „Bonner Zeitung" (von Kinkel redigirt), der „Rosenberg-Kreutzburger Telegraph" und viele andere.

Neben den periodischen Zeitschriften schoß eine Straßenlitteratur von Flugblättern und Proclamationen aller Art empor. „Die rastlose Industrie", schreibt Stahr, „welche die alten und neuen Zeitungsblätter, die Placate und Maueranschläge, die Tages- und Flugblätter, die Broschüren, Extrablätter und Carricaturen zu Tausenden producirte und theils unentgeltlich an Bäumen und Straßenecken der Volkslectüre preisgab, theils durch ein rasch organisirtes Corps von vielen hundert «fliegenden Buchhändlern», bestehend aus der Elite des Berliner Gaminthums, für geringes Geld in das Publicum schleuderte, diese wahrhaft staunenswerthe Industrie, von welcher bisher der ruhige Berliner nur aus dem fernen Paris und London gehört und gelesen hatte — sie fand ihresgleichen nur in der Lesewuth, mit welcher Alt und Jung, Vornehm und Gering, gehend und stehend, fahrend und reitend, das so Gebotene gierig verschlang."

Entsprechend dem trivialen Charakter, welcher der Berliner Revolution von dem Begräbnisse der Märzgefallenen ab bis zu ihrem Ausgange anhaftete, vermochten sich auch die Führer und Leiter der demokratischen Bewegung nicht über das Niveau der Mittelmäßigkeit zu erheben. Zu den bekanntesten Erscheinungen der Volksversammlungen gehörte der gewesene Lieutenant Held,

welcher mit seiner kräftigen Stimme und Ausdrucksweise besonders die Maschinenarbeiter unbedingt beherrschte. Seine Ansichten, welche er namentlich durch riesengroße Placate zu verbreiten liebte, waren zwar höchst überspannt, zeigten aber doch wieder zuweilen ein überraschendes Verständniß. So hat Held den Beruf des Prinzen von Preußen, wenn auch nicht klar erkannt, so doch geahnt, und das wollte in jener Zeit viel besagen. In seinem Buche: „Deutschlands Lehrjahre" findet sich folgende Stelle: „Preußen muß die Revolution von Neuem und mit ganzem Ernste in die Hand nehmen, zu welchem Zwecke es nöthig ist, in Preußen alle Parteien für das gemeinschaftliche Ziel zu einigen. Um die bereits außerordentlich stark gewordene royalistische und Militärpartei zur Seite zu haben, muß sich die Krone selbst für die Revolution aussprechen. In Betracht aber, daß der König für seine Person einer solchen Rolle, in welcher er schon einmal ohne Erfolg aufgetreten ist, abhold sein muß, zeigt sich in der Person des Prinzen von Preußen als des legitimen Thronfolgers ein durchaus passender Bannerträger. Alle Umstände sprechen dafür, daß der König zu Gunsten des Prinzen resigniren, und daß dieser Letztere als entschlossener, worttreuer und zuverlässiger Mann mit Freuden bereit sein wird, eine welthistorische Mission zu übernehmen."

Neben Held traten ein weiterer gewesener Offizier, von Corvin, dann der Arbeiter Eichler, der Student Schlöffel, Julius Berends, Jung, Schaßler, Krause und Andere hervor. Ihnen Allen war, von den Führern der Bewegung bis zu den niedrigsten Vertretern der Demagogie, einem „Lindenmüller" und Karbe herab, eins gemeinsam, die völlige Unklarheit und Verworrenheit in Betreff dessen, was sie selbst bestrebten.

Schon fast unmittelbar nach dem Straßenkampfe offenbarte bereits ein kennzeichnendes Ereigniß, daß die Berliner Bewegung eines wirklichen Kernes entbehre. Die Berliner verlangten das Militär, welches sie eben noch so erbittert bekämpft hatten, bereits wieder zurück.

Bereits am 19. März hatte der Thierarzt Urban, von einem Schneider Eckert und dem Cattundrucker Berends unterstützt, den König um die Rückberufung der Truppen gebeten

und von Friedrich Wilhelm, welcher zur Zeit sich völlig im Banne der Revolution befand und an eine Aussöhnung derselben mit der Armee glaubte[1], das folgende Schreiben erhalten:

„Auf den Wunsch des Thierarzt Urban genehmige ich sehr gern, daß derselbe die in Potsdam und Umgegend liegenden Truppen, namentlich das Kaiser Alexander-Grenadierregiment sofort nach Berlin zurückführe.

Selbstgeschrieben am 21. März 1848.

Friedrich Wilhelm."

Die aus Berlin entfernten Gardetruppen hatten inzwischen in Potsdam, Spandau und der Umgegend, namentlich in Teltow, Nauen, Saarmund, Drewitz, Marquardt, Tietzow, Bredow, Kartzow, Gütergotz, Glindow und anderen Orten Cantonnements bezogen und erwarteten hier die weiteren Befehle. Nun sollten sie, die stolzesten Regimenter der Monarchie, in deren Offiziercorps die Blüthe des preußischen Adels sich vereinigte, die Demüthigung erleiden, von einem Thierarzte, und durch Vermittelung eines Schneiders und Cattundruckers, in ihre Garnison zurückgeführt zu werden.

Zwar zeigte es sich bald, daß die Berliner Bevölkerung die Anschauungen Urbans in Betreffs der Garden nicht theilte. Die Nachricht von dem bevorstehenden Einrücken der Letzteren erzeugte eine große Aufregung, man drohte die Thore zu verrammeln, und eine zahlreiche, am 26. März vor dem Schönhauser Thor zusammengetretene Versammlung legte einen entschiedenen Protest ein. Allein dieser Widerstand galt nicht dem Militär als solchem, sondern lediglich der durch ihren Hochmuth verhaßten Garde. Denn als nun doch am 30. März das 24. Infanterieregiment, aus Magdeburg kommend, in der Hauptstadt einrückte, wurde es wahrhaft enthusiastisch begrüßt[2]. Am

[1] In Potsdam hatte der König zu den Offizieren eine Rede gehalten und darin u. A. Folgendes gesagt: „Ich wünsche, daß auch das Offiziercorps den Geist der Zeit ebenso erfassen möge, wie ich ihn erfaßt habe, und daß Sie Alle von nun an ebenso als treue Staatsbürger sich bewähren mögen, wie Sie sich als treue Soldaten bewährt haben".

[2] „Zweitausend Mann der Bürgerwehr", berichtet die „Vossische Zeitung" vom 21. März, „waren in Abtheilungen von je 20 Mann heraus-

31. folgten zwei Bataillone des 9. (Kolberg'schen) Infanterieregiments, welchen der gleiche Empfang zu Theil wurde, und am 2. April ritt das 3. Ulanenregiment in der Residenz ein. Auch die Lanzenreiter wurden mit Jubel aufgenommen und bereits erhoben sich zahlreiche Stimmen, welche auch die Herbeiberufung des 20., zumeist aus Berlinern bestehenden Regimentes beantragten.

Immerhin jedoch war die Stellung der Truppen in Berlin nunmehr eine ganz andere geworden. Das active Militär der Garnison ohnedies so gering an Zahl, trat in den Hintergrund, während die neugeschaffene Bürgerwehr die erste Stelle einnahm.

Der erste Commandant der letzteren, von Minutoli, hatte schon am 4. April sein Amt als ein mit der Stellung eines Polizeipräsidenten unvereinbares niedergelegt, worauf am nächsten Tage der General von Aschoff von den Bürgerwehrhauptleuten

---

gezogen vor das Thor und ein Spalier zum Empfang der Truppen aufgestellt. Unaufgefordert hatten sich eine große Menge von Arbeitercorps mit ihren Fahnen, aus den Werkstätten der Herren Wöhlert, Borsig 2c., ferner das Corps der Künstler, das Gewerbeinstitut u. s. w. dem Empfangszuge angeschlossen. Der Commandant von Berlin, General-Lieutenant v. Dittfurth, mehrere andere Generale und Offiziere waren ihnen gleichfalls bis dorthin entgegengeritten. Der Obrist Ehrhardt, Commandeur des 24. Regiments, begrüßte hier die Entgegenkommenden mit den Worten: «Freunde, wir kommen zu Euch, um mit Euch gemeinschaftlich Ruhe und Ordnung zu wahren und den neuen Geist sich entwickeln zu helfen». Diese Worte wurden mit lautem Lebehoch begrüßt. Das Regiment zog nun mit klingendem Spiele die Chaussee herunter bis an das Weichbild der Stadt, dessen Grenze durch den Landwehrgraben bezeichnet wird. Voran ritt der Polizeipräsident von Minutoli, dann folgten die Fahnen der Arbeiter aus der Wöhlert'schen Fabrik. Einer der tapferen Barrikadenfechter zu Pferd führte einen Zug Bürgerwehr, der dem Regiment voranmarschirte. Arbeiter, Bürger und Soldaten hatten die Hüte und Helme mit Tannenzweigen oder jungem, knospendem Grün geschmückt. Viele Bürger gingen Arm in Arm mit den Soldaten. Es ertönten Lieder zwischen der Musik, und vielfaches Lebehoch von allen Seiten. Eine solche Volksmasse umgab die Einziehenden, daß die Soldaten selbst kaum sichtbar und nur an den Helmen bemerklich blieben. Die aufgestellten Bürgerwehrabtheilungen schlossen sich dem Zuge an, welcher sich wegen der umdrängenden Volksmassen kaum vorwärts bewegen konnte. Am Stadtthor war der Empfang ebenso wie draußen."

zum Chef erwählt worden war. Schon in den ersten Tagen ihres Bestehens zeigten sich jedoch bei der Bürgerwehr jene Mängel, an welchen alle derartigen Einrichtungen kranken, das Fehlen der soldatischen Erziehung und Ausbildung, deren jede bewaffnete Macht dringend bedarf.

„In diesem Zustand, wo Alles vertrauenslos hin- und herschwebte, erwachte ein weitverbreiteter Ruf nach einem energischen Ministerium. Dies wurde damals das Stichwort des Tages. Ein großer Staatsmann und er allein konnte und sollte uns aus dieser Lage reißen. Auf ihn wartete die Bevölkerung wie auf ihren Messias."[1]

Das Ministerium Arnim-Boytzenburg, welches während und unmittelbar nach dem 18. März sich gebildet hatte, war höchst unpopulär. Schon nach zehn Tagen reichte Graf Arnim seine Entlassung ein und erhielt dieselbe ebenso wie die Minister von Rohr, Uhden und von Savigny. Dafür berief der König nunmehr zwei Männer an seine Seite, welchen nach dem bisherigen Gange der Dinge alles Andere eher als ein Ministerportefeuille zu Theil geworden wäre, zwei Männer, die weder zuvor im Staatsdienst gestanden, noch überhaupt die hohen Schulen besucht hatten, die Präsidenten der Handelskammern zu Cöln und Aachen, Ludolf Camphausen und David Hansemann. Beides waren Self-made-men in des Wortes bester Bedeutung, welche sich auch in dem politischen Leben durch ihre liberale Opposition auf dem 7. Rheinischen Provinzial- und dem Vereinigten Landtage einen gefeierten Namen erworben hatten. Beide standen im besten Mannesalter und brachten Einsicht und guten Willen für ihr schwieriges Amt mit. Was Hansemann betrifft, so gelang es diesem in der That, in seinem Fache, dem Finanzwesen, Tüchtiges zu leisten und, wie später zu berichten, einer drohenden Finanzkrise mit Erfolg entgegenzuarbeiten. Immerhin jedoch war er an die Grenzen seines Ressorts gebunden. Die eigentliche Aufgabe des neuen Cabinets, die Ordnung der zerrütteten Staatsverhältnisse, fiel dem Ministerpräsidenten Camphausen zu.

---

[1] Gneist, S. 7.

Wie sich Camphausen diese seine Aufgabe dachte, hat er selbst später mit den Worten ausgesprochen: „Es war ein Ministerium, nach seiner persönlichen Zusammensetzung geeignet, den Staat ohne lebensgefährliche Zuckungen über die Kluft, welche das alte System von dem neuen trennte, hinüberzuführen". Daß diese Kluft unüberbrückbar, eine Versöhnung zwischen dem altpreußischen Geiste und dem Treiben der Revolution unmöglich sei, sollte ihm erst die Zukunft offenbaren. Dem Principe der Vermittelung gemäß beobachtete das Ministerium mithin eine abwartende Stellung. Es ließ die bisherigen Staatsformen bestehen, die Beamten auf ihren Posten — nur einige Oberpräsidenten nahmen den Abschied. Es ließ namentlich das platte Land völlig unter dem Einflusse der Landräthe, es dachte weder an eine straffe Organisation der Bürgerwehr, noch an die definitive Einführung der Geschwornengerichte und eines Preßgesetzes, es verschmähte, sich eine Vertretung in der Presse zu schaffen, es verzichtete auf jeden Einfluß auf den Fortgang der deutschen Einheitsbewegung, wie er doch nach dem Umritte Friedrich Wilhelms zu erwarten war, und ließ Alles in Allem die Dinge sich von selbst entwickeln, statt mit starker Hand in den planlosen Lauf der Ereignisse einzugreifen.

Camphausen war durchaus kein solcher Staatsmann, wie ihn eine stürmisch bewegte Zeit erfordert. „Die Tiefe, aus welcher Camphausen seine Ansichten schöpft, die Ruhe, mit der er sie geltend macht, die Feinheit der Formen, in die er sie kleidet, — das Alles ist nicht geeignet, seinem Auftreten rasche und schlagende Erfolge zu sichern. Auch die persönlichen Eigenschaften gehen ihm ab, welche die Popularität schnell erobern. Genauere Bekanntschaft zwar hat ihm überall die unbedingteste Verehrung erworben und den Freunden ist er ein treuer, werther Freund; aber ferner Stehende finden den ungeselligen Mann zurückhaltend und verschlossen. Er leidet an jener kranken Reizbarkeit der Nerven, die übermäßige Anstrengung und eine jedes Maß übersteigende Thätigkeit ihm zugezogen haben. Auch sein Aeußeres scheint weniger gewinnend, während es doch den Eindruck des Bedeutenden nicht verfehlen kann. Denn eine große

Gestalt trägt er auf hohem Halse und etwas vorwärts geneigt, einen geistreichen Kopf. Das feine und blasse Gesicht verräth die Anschauung des Geistes unter dem Scheine augenblicklicher Mattigkeit. Die Arbeit des Denkens hat die Stirne hoch gewölbt und unter die Augen tiefere Furchen und dunklere Schatten geworfen. Das große Auge aber leuchtet still, als ob es ermüdet an gemeinen Genüssen nach tiefern und bedeutendern verlangt."

Am 29. März war das Ministerium zusammengetreten, welches nunmehr folgende Mitglieder umschloß: Camphausen (Präsidium), Graf Schwerin (Cultus), von Auerswald (Inneres), Bornemann (Justiz), Hansemann (Finanzen), von Reyher (Krieg). Später traten noch Graf Canitz als Kriegs- und von Patow als Arbeitsminister ein. Schon am nächsten Tage, dem 30., hatte das Cabinet einen Schritt gethan, durch welchen es sich das Vertrauen des Volkes zu erringen hoffte. „Wir glaubten den Absichten Ew. Majestät zu begegnen", heißt es in einer Adresse, welche das Ministerium an den König richtete und veröffentlichte, „indem wir uns sofort für alle unsere Maßnahmen der künftigen Volksvertretung verantwortlich und den dieserhalb zu erlassenden Gesetzen unterworfen erklären."

Eine große und schwere Aufgabe harrte des neuen Cabinets. In Posen der Bürgerkrieg, in Berlin die Anarchie, die Rheinlande in halbem Aufruhr, andere Provinzen zur Reaction geneigt, ganz Deutschland in Gährung, Krieg mit Dänemark und möglicherweise mit Frankreich, Zerwürfnisse mit Rußland in Sicht, dabei das Staatsoberhaupt schwankend und fast willenlos, Handel und Gewerbe stockend, — es waren zahllose Schwierigkeiten, welche sich dem noch nie in Staatsgeschäften erprobten Handelsherrn und seinen Collegen entgegenstellten, und es gehörte die ganze Kraft und Einsicht des geborenen Staatsmannes dazu, sie zu überwinden.

2.

Das Ministerium der Vermittelung.

Die erste wichtige Frage, welche an das Ministerium herantrat, war die Entscheidung darüber, auf welche Weise die zur Vereinbarung der künftigen Verfassung in Aussicht genommene Volksvertretung einberufen werden sollte. Es boten sich zwei Wege. Entweder erließ der König aus eigener Machtvollkommenheit ein provisorisches, freisinniges Wahlgesetz oder aber, er legte, wenn er sich an die Grundsätze der bisherigen Constitution halten wollte, einen solchen Entwurf dem Vereinigten Landtage vor. Schon am Vormittage des 18. März war, wie erinnerlich, dieser letztere von dem Ministerium Bodelschwingh zum 2. April einberufen worden. Camphausen mußte sich jetzt entscheiden, ob er diese durch die Ereignisse überholte Maßregel zu der seinigen machen oder die Anordnung seines Vorgängers widerrufen sollte.

Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß eine Wahlverfügung, wenn sie unmittelbar von Friedrich Wilhelm ausging, einen ungleich größeren und besseren Eindruck machen mußte, als wenn sie der Nation erst durch die Vermittelung und Billigung einer Ständevertretung zu Theil wurde, deren weitere Daseinsberechtigung von den fortschrittlich Gesinnten seit der Nacht des 18. März verworfen wurde. Ein großer Theil des Vereinigten Landtags war conservativ im altpreußischem Sinne; es war vorauszusehen, daß es in den Debatten an heftigen Widersprüchen nicht fehlen und dadurch das Vermittelungswerk gestört werden würde. Allein andererseits glaubte Camphausen, den Boden des bestehenden Rechtes nicht verlassen zu sollen und hoffte, eben durch Einberufung des Landtages auch die absolutistische Partei zu beschwichtigen, während er zugleich damit die Forderungen der gemäßigten Bürgerkreise, namentlich des constitutionellen Klubs und der Universität vertrat.

So versammelte sich denn der Vereinigte Landtag, zu dessen Marschall Friedrich Wilhelm den Fürsten zu Solms ernannt hatte, am 2. April Mittags 12 Uhr zum zweiten und letzten Male im weißen Saale des königlichen Schlosses. Nur wenige

Mitglieder fehlten; von den königlichen Prinzen war keiner erschienen. Auf den Straßen war von einer Erregung, wie man sie vielleicht erwartet hatte, nichts zu bemerken. Nur wenige Menschengruppen umstanden das Schloß.

Eröffnet wurde die Sitzung durch eine Rede des Ministerpräsidenten Camphausen, welcher alsdann der Versammlung zwei Propositionsdecrete der Regierung vorlas. Das erste derselben bezog sich auf die Einführung eines neuen Wahlgesetzes, wie dies näher in den Worten des Decretes bezeichnet war: „Um die Unserem getreuen Volke auf der breitesten Grundlage verheißene constitutionelle Verfassung in das Leben zu rufen, ist die Vereinbarung ihres Inhaltes mit einer beschlußfähigen Versammlung freigewählter Volksvertreter erforderlich". Der zweite Entwurf war eine Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung, welche Reformen in Betreff des Preß- und Gerichtswesens sowie einige Rechte der Staatsbürger und der neuen Volksvertretung feststellte.

Nachdem der Ministerpräsident geschlossen und der Marschall die nöthigen Formalitäten erledigt hatte, ergriff Fürst Lichnowsky, welcher sich seit dem 18. März in der Rolle eines Volkstribunen gefiel, das Wort. Er schlug vor, eine Dankadresse an den König zu richten und zu diesem Behufe sofort eine Commission einzusetzen. Sein Antrag wurde nahezu einstimmig angenommen, und ebenso die sofort entworfene Adresse mit allen gegen 3 Stimmen gebilligt; selbst die Vertreter des conservativsten Preußenthums, ein Graf Arnim, von Meding und Andere schienen ihre früheren Ansichten den neuen Ereignissen angepaßt zu haben. Nur ein Mann erhob sich aus jener Partei, welcher auch jetzt noch fest und offen seinen bisherigen Standpunkt vertrat. Der Abgeordnete von Bismarck-Schönhausen war es, welcher unumwunden erklärte, daß er die Wendung der Dinge nicht mit Freude betrachte[1]. Eine zwar gut gemeinte, jedoch

[1] „Was mich veranlaßt, gegen die Adresse zu stimmen, sind die Aeußerungen von Freude und Dank für das, was in den letzten Tagen geschehen ist. Die Vergangenheit ist begraben und ich bedauere es schmerzlicher als Viele von Ihnen, daß keine menschliche Macht im Stande ist, sie wieder zu erwecken, nachdem die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg

sehr zweifelhafte Unterstützung erhielt v. Bismarck durch seinen schon vom ersten Landtage her durch seine grotesken Aussprüche bekannten Parteigenossen von Thadden-Triglaff, welcher mit seinem urwüchsigen Royalismus mehr Heiterkeit als Beifall erntete. Nachdem alsdann noch auf v. Vinckes Antrag beschlossen worden war, in vereinigten Curien zu berathen, nahm gegen 3 Uhr Nachmittags die erste Sitzung ihr Ende.

In der zweiten Sitzung vom 4. April wurden zwei neue königliche Decrete bekannt gemacht. Das eine bezog sich auf den am 30. März gefaßten Beschluß des Bundestages, eine Nationalvertretung in Frankfurt zu versammeln, und sprach sich dahin aus, daß die preußische Regierung in Uebereinstimmung mit anderen Staatsleitungen den Entschluß gefaßt habe, diese Repräsentanten nicht durch das Volk, sondern aus der Mitte des Landtages durch die Ständemitglieder wählen zu lassen, ein Entschluß, welcher allgemeines Befremden erregte. Das zweite Decret verlangte die vorläufige Genehmigung des Landtages zur Erhebung der durch die Umstände geforderten außerordentlichen Geldmittel durch Steuern oder Anleihen.

Den Mittelpunkt der Verhandlungen bildete an diesem Tage der Entwurf über die Grundlagen der Verfassung, über welchen eine Commission Bericht erstattete. Die Paragraphen wurden einzeln berathen und sämmtlich angenommen.

In der 3. Sitzung vom 5. April kamen zunächst Interpellationen über den herrschenden Nothstand und über die Lage der Dinge in dem Großherzogthum Posen zur Sprache. Die letztere Frage, über welche sich eine lebhafte Debatte entspann, war durch den Abgeordneten von Bismarck-Schönhausen aufge-

---

geworfen hat. Aber wenn ich dies durch die Gewalt der Umstände gezwungen acceptire, so kann ich doch nicht aus meiner Wirksamkeit auf dem Vereinigten Landtage mit der Lüge scheiden, daß ich für das danken und mich freuen soll über das, was ich mindestens für einen irrthümlichen Weg halten muß. Wenn es wirklich gelingt, auf dem neuen Weg, der jetzt eingeschlagen ist, ein einiges deutsches Vaterland, einen glücklichen oder auch nur einen gesetzmäßig geordneten Zustand zu erlangen, dann wird der Augenblick gekommen sein, wo ich dem Urheber der neuen Ordnung der Dinge meinen Dank aussprechen kann; jetzt aber ist es mir nicht möglich!"

worfen worden, ohne jedoch eine genügende Berücksichtigung seitens des Ministers von Auerswald zu finden[1]. Alsdann wurde das Wahlgesetz ausführlich berathen und vielfach abgeändert.

Am nächsten Tage vollzog der Landtag wirklich, in die alten Provinzialstände gesondert, aus seiner Mitte die Wahlen zu dem deutschen Parlamente, indem er 113 Abgeordnete als Vertreter Preußens in Frankfurt ausersah. Auf die Mark kamen hierbei 19, auf Pommern 11, auf Schlesien 28, auf Sachsen 16, auf Westfalen 14, auf die Rheinprovinz 25 Repräsentanten. Die Provinz Preußen und das Großherzogthum Posen, von welchen erstere in den nächsten Tagen, letzteres, soweit seine Bevölkerung deutsch war, bald darauf dem deutschen Bunde beitraten, sollten sofort, nachdem dies geschehen, durch 23 bezw. 12 Abgeordnete vertreten werden.

Es scheint, daß dieser Versuch Preußens, das Frankfurter Nationalparlament zu einem deutschen Vereinigten Landtag um-

---

[1] Abgeordneter v. Bismarck-Schönhausen: „Nach dieser Erklärung wollte ich mit wenigen Worten meine persönliche Ansicht darüber aussprechen, wohin die von der Regierung eingeschlagene Richtung der Politik führt. Ich bin fest überzeugt, daß die Reorganisation der polnischen Nationalität uns nur zwei Alternativen in Aussicht stellt, die beide für Preußen gleich traurig sind. Die erste ist die Wiederherstellung eines polnischen Reiches in den Grenzen von 1772. Jeder, dem die Landkarte aus der damaligen Zeit bekannt ist" — Staatsminister von Auerswald: „Bevor der Herr Redner weiter spricht, erkläre ich, daß, wenn ich mich bereit erklärt habe, mich über die Ansichten und Absichten des Gouvernements in Beziehung auf das Großherzogthum Posen zu äußern, ich dies allerdings wörtlich genommen, daß ich aber weder heute noch morgen es hier am Ort und an der Zeit finden kann, mich über ein Königreich Polen vom Jahr 1772 oder einem andern Jahre zu äußern. Es ist hier nur der Ort, um über die Verhältnisse unseres Landes zu sprechen. Darüber die Ansichten des Gouvernements offen auszusprechen, bin ich bereit; zu etwas Anderem aber halte ich mich weder verpflichtet noch berechtigt."

Abgeordneter von Bismarck-Schönhausen: „Dann habe ich die frühere Erklärung des Herrn Ministers mißverstanden, indem ich geglaubt habe, daß die Besprechung der Sache selbst auch die Beleuchtung ihrer Consequenzen nöthig mache. Es ist nicht meine Absicht, der Regierung jetzt Verlegenheiten zu bereiten, und ich werde schweigen, nachdem das Ministerium erklärt hat, daß es nicht wünsche, auf die Sache einzugehen". Denkschrift, S. 20.

zugestalten, den Umtrieben des Bundestages seine Entstehung verdankt. Jedenfalls lieferte die Thatsache, daß ein solcher Versuch dem Ministerium Camphausen überhaupt möglich erschien und von diesem gewagt werden konnte, einen schlagenden Beweis von der Unfähigkeit des leitenden Staatsmannes, der Situation Herr zu werden. Ein Sturm des Unwillens brach los, als das Resultat der Wahl bekannt wurde. Selbst Conservative fanden es erstaunlich, daß Männer, wie Stahl, Keller und Genossen, welche stets eine absolutistische Gesinnung zur Schau getragen und eine Mitwirkung des Volkes an der Staatsleitung gemißbilligt hatten, nun als Vertreter und Vertrauensmänner eben dieses Volkes nach Frankfurt gehen sollten.

So blieb dem Ministerium die Demüthigung nicht erspart, daß es sich gezwungen sah, seine eigenen Entschlüsse zu widerrufen. Als am 10. April der Vereinigte Landtag zur letzten Sitzung zusammentrat, erhielt er von der Regierung die Mittheilung, daß gemäß einem Beschlusse des Bundestages, wornach Urwahlen zum Frankfurter Parlament erfolgen sollten, der König auf die Wahlen des Vereinigten Landtages verzichte und der Versammlung anheimgebe, dieselben als nicht gethan anzusehen. Der Landtag fügte sich dem königlichen Willen und nahm seine Beschlüsse vom 6. zurück. Trotz dieses ärgerlichen und peinlichen Vorfalles, in welchem das Ministerium den unleugbar mit bestem Willen arbeitenden Landtag in jeder Weise compromittirt hatte, bewilligte der letztere auch noch der Regierung die Summe von 15 Millionen Thalern zum äußeren und inneren Schutze der Monarchie und einen Garantiefonds von 25 Millionen zur Herstellung des Credits und zur Erhaltung von Handel und Gewerbe. An heftigen Debatten fehlte es allerdings nicht; von Bismarck sprach sich entschieden gegen die Forderung aus[1], und so geschickt auch der Finanzminister die-

[1] Seine Rede lautete im Auszug: „Abgeordneter von Bismarck-Schönhausen erklärt sich dahin, daß der Landtag gegenwärtig dieselbe Competenz habe wie früher. Indeß hätte er gewünscht, daß die Minister für ihre neuen Maßregeln sich eine wirksamere Stütze gesucht haben möchten als den gegenwärtigen Landtag. Der neue Landtag sei bald zu erwarten. Für die kurze Zwischenzeit scheine die im Schatz liegende

selbe vertheidigte, gelang es doch erst v. Vincke in einer zündenden Rede[1] die Versammlung zu nahezu einstimmiger Annahme des Finanzvotums fortzureißen.

Gleich nachdem dies geschehen, verließ ein Theil der Abgeordneten den Saal, um sofort abzureisen. Die Zurückbleibenden debattirten noch einige Zeit, indem von Thadden und einige Polen vergeblich das Wort zu erhalten suchten; dann wurde mit einem Hoch auf den König die Sitzung geschlossen und sang- und klanglos ging die Versammlung, welche im Jahre

---

Summe vollkommen ausreichend. Er bedauere deshalb, daß der Landtag in dem Augenblick, wo er in das Meer der Vergessenheit gestürzt werden solle, noch mit einem Mühlstein von 15 Millionen belastet werde. Vor Allem sei die Bedürfnißfrage klarer zu machen. Der Finanzminister habe freilich gesagt, er halte es mit Geldbewilligungen sehr genau. Er erinnere aber daran, daß früher ein sehr dünnes Budget vorgelegt sei, jetzt aber werde eine große Summe in einem noch kürzeren Antrage abverlangt. Die Zeit sei gemessen, aber man habe doch mehr sagen können, was geschehen solle, wenn die freiwilligen Anlehen nicht zu Stande kämen. Er könne dem Vereinigten Landtag nicht das Recht einräumen, seine Befugniß zu Anlehen unbedingt auf die Minister zu übertragen. Er protestire um so mehr dagegen, als ihm erscheine, daß die Verhältnisse des Landes mehr mit den Augen des Industrialismus als mit dem offenen Blick des Staatsmannes angesehen würden." (Gemurre und Bravo.) Nachdem der Redner alsdann über die Benachtheiligung des platten Landes gegenüber den großen Städten gesprochen, schließt er: „Er könne nur stimmen für ein freiwilliges oder erzwungenes Anlehen oder für eine Steuer, über welche man sich in rechtsverbindlicher Weise mit den Ständen geeinigt habe; in dieser Weise wolle er 15 Millionen zur ausschließlichen Verwendung für die Armen bewilligen. Was aber die Garantie von 25 Millionen angehe, so stimme er dagegen, indem er nicht glaube, daß durch die Verwendung derselben auf die Industrie die Ruhe hergestellt werden könne."

[1] Der Schluß der Rede lautet: „Jetzt gilt es, zu beweisen, daß wir noch die alten Preußen sind! (Bravo.) In den übrigen deutschen Ständeversammlungen, in Stuttgart und Darmstadt, hat man den ministeriellen Anforderungen in einer halben Stunde genügt. So wollen wir denn keinen Augenblik anstehen, auch hier den Ministern das Vertrauensvotum zu gewähren. (Bravo.) Ich möchte wohl wissen, wer von Denjenigen, die hier gegen das Ministerium gesprochen haben, im Stande wäre, selbst Minister zu sein. (Lebhaftes Bravo.) Jede Zögerung ist Verrath am Vaterland. (Allgemeiner, donnernder, lang anhaltender Applaus der Versammlung.)

zuvor mit soviel Pomp zusammengetreten war, für immer aus einander.

Das wesentlichste Resultat ihrer Thätigkeit war die Berathung und Beschlußfassung über die beiden, ihr am ersten Sitzungstage zugegangenen königlichen Decrete, welche nunmehr in folgender Fassung erschienen. Das erste derselben war die „Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung", vom 6. April. Dieselbe enthielt in § 1 die Erweiterung der Preßfreiheit, in § 2 die Aufhebung des besonderen Gerichtsstandes. Der wichtige § 4 lautete folgendermaßen:

„Alle Preußen sind berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln, ohne daß die Ausübung dieses Rechtes einer vorgängigen polizeilichen Erlaubniß unterworfen wäre. Auch Versammlungen unter freiem Himmel können, insofern sie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefahrbringend sind, von der Obrigkeit gestattet werden. Ebenso sind alle Preußen berechtigt, zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, sich ohne vorgängige polizeiliche Erlaubniß in Gesellschaften zu vereinigen. Alle das freie Vereinigungsrecht beschränkenden, noch bestehenden gesetzlichen Bestimmungen werden hiermit aufgehoben." „§ 5. Die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte ist fortan von dem religiösen Glaubensbekenntnisse unabhängig." „§ 6. Den künftigen Vertretern des Volkes soll jedenfalls die Zustimmung zu allen Gesetzen, sowie zur Festsetzung des Staatshaushaltsetats und das Steuerbewilligungsrecht zustehen."

Die zweite Verordnung, das „Wahlgesetz für die zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung zu berufende Versammlung" bestimmte im Wesentlichen folgendes: Urwählbar ist jeder im Besitze der bürgerlichen Rechte befindliche, nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung beziehende Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet hat, in der Gemeinde, in der er seit 6 Monaten seinen Wohnort besitzt. Wählbar zum Abgeordneten ist jeder Preuße, welcher die bürgerlichen Rechte nicht verwirkt und das 30. Lebensjahr vollendet hat. Die Urwähler wählen auf je 3—500 Seelen ihrer Gemeinden einen Wahlmann, die Wahlmänner für jeden landräthlichen Kreis

einen Abgeordneten und einen Stellvertreter. Erreicht die Bevölkerung eines solchen Kreises bezw. einer Stadt 60000 Einwohner, so werden 2, für weitere 40000 Seelen je ein Abgeordneter mehr gewählt. Besonders wichtig ist der Schlußpassus des Gesetzes: „Die auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes zusammentretende Versammlung ist dazu berufen, die künftige Staatsverfassung durch Vereinbarung mit der Krone festzustellen und die seitherigen reichsständischen Befugnisse namentlich in Bezug auf die Bewilligung von Steuern und Staatsanleihen für die Dauer ihrer Versammlung interimistisch auszuüben".

Unmittelbar nach diesem Gesetze erließ am 11. April das Ministerium die „Verordnung über die Wahl der preußischen Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung", welche fast in allen Punkten mit der ersteren Verordnung übereinstimmte. Nur hatten hier das Recht des Urwählers alle großjährigen Preußen, auch wenn sie noch nicht das 24. Lebensjahr erreicht hatten. Auf je 50000 Seelen sollte ein Abgeordneter kommen und auch die politischen Flüchtlinge im Falle ihrer Rückkehr wahlberechtigt sein. Die übrigen Abweichungen sind unbedeutend.

Der Eindruck, welchen das Wahlgesetz hervorbrachte, war in Berlin ein entschieden ungünstiger. Man hatte directe und geheime Wahlen erwartet und fürchtete, daß durch das indirecte Wahlsystem die Aeußerung des Volkswillens beeinträchtigt und entstellt würde. Eine lebhafte Agitation für und gegen das Gesetz nahm ihren Anfang.

Am 10. April hatte wieder eine der üblichen Volksversammlungen unter den Zelten getagt und ein Comité eingesetzt, welches über die Mittel zur Durchführung der directen Wahlen berathen sollte. Die Mitglieder dieses Ausschusses, Jung, Held, Berends, Eichler, Runge, Prutz und andere extrem Gesinnten waren bei Camphausen erschienen, um ihm darauf bezügliche Vorstellungen zu machen. Der Ministerpräsident jedoch erwiderte, daß die aus directen Urwahlen hervorgehende Vertretung zur Republik führe — allerdings eine etwas gewagte Behauptung — und daß der Bestand der gegenwärtigen Regierung auf das Engste mit dem bereits erlassenen Wahlgesetz verknüpft sei.

Als am 17. eine zweite Versammlung diesen Bescheid des Ministerpräsidenten erfuhr, faßte sie auf Eichlers Antrag den Beschluß, am 20. April, dem grünen Donnerstage, eine großartige Demonstration zu Gunsten des directen Wahlsystems zu veranstalten. In einem geordneten Zuge sollte sich das „Volk“ mit Musik, Fahnen mit der Inschrift: directe Wahlen — breiteste Grundlagen — Ordnung aber Freiheit! u. s. w. tragend, zu dem Ministerhause bewegen und dort nochmals seine Forderungen verlauten lassen.

Die Kunde von der beabsichtigten Kundgebung setzte ganz Berlin in Bewegung. Gerüchte aller Art liefen um, man erzählte sich allen Ernstes, daß am grünen Donnerstage die Regierung gestürzt und die Republik proclamirt werden solle, und in der That schienen, wenn man die Sprache der demokratischen Blätter ernst nahm, solche Besorgnisse ängstlicher Gemüther gerechtfertigt zu sein. Namentlich Schlöffel suchte in seinem „Volksfreund“ Marat zu travestiren, erreichte aber nur das Eine, daß die Regierung in einer Anwandlung plötzlicher Energie ihn verhaften ließ und eine halbjährige Festungsstrafe gegen ihn verhängte, aus welcher er späterhin entfloh.

So nahte der 20. April heran. Schon Tags zuvor erschien ein Gesetz, welches die Befugnisse der Bürgerwehr zum Waffengebrauch aussprach, und ein Tumult der Erdarbeiter setzte die ganze Hauptstadt in Aufregung, obwohl es sich lediglich um die Befreiung einiger, wegen ungebührlichen Benehmens Inhaftirter handelte. Am Morgen des grünen Donnerstags selbst schien der Ausbruch einer neuen Revolution sich vorzubereiten. Große Menschenmassen erfüllten die Straßen, Maueranschläge forderten zur Theilnahme an dem Zuge auf, während daneben Placate des Polizeipräsidenten dieselbe untersagten, eine große Menge Arbeiter stand an verschiedenen Punkten der Stadt versammelt, die Bürgerwehr hielt das Schloß und den Alexanderplatz besetzt. Alles deutete darauf hin, daß die Regierung entschlossen sei, nicht nachzugeben, und diese Erkenntniß veranlaßte das Volkscomité, seinerseits von seinem Vorhaben abzustehen. Die angesammelten Arbeitermassen gingen ruhig aus einander, eine von kaum 1500 Menschen besuchte Volksver=

sammlung am Schönhauser Thor beschloß das verunglückte Unternehmen.

Die Verworrenheit der Berliner Verhältnisse war durch den Verlauf des 20. April bedeutend vergrößert worden. Das Ministerium Camphausen hatte wieder einen Theil seiner Popularität eingebüßt, indem es eine friedliche Demonstration mit Waffengewalt unterdrückte, zwischen Bürgerwehr und „Volk" war eine tiefe Kluft entstanden, die Führer der Arbeiterbewegung endlich hatten ihre Unfähigkeit bewiesen, die Ereignisse zu beherrschen.

Inzwischen nahten die Wahlen heran. Eine besondere Agitation fand nicht statt, so sehr sich auch die Parteien gegenseitig Umtriebe aller Art vorwarfen. Die Zeit war zu kurz und noch keine Uebung in diesem Zweige des öffentlichen Lebens vorhanden. Am 1. Mai wurden die Wahlmänner, am 8. die Abgeordneten gewählt, am 10. folgten die Wahlen zum Frankfurter Parlament. Die Zahl der Abgeordneten zur preußischen Verfassungsversammlung betrug 401, welche etwas über 16 Millionen Seelen vertraten. Nach Frankfurt hatte Brandenburg 27, Pommern 15, Schlesien 39, Sachsen 23, Westfalen 20, Rheinprovinz 35, Preußen, welches eben erst in den deutschen Bund aufgenommen war, 32, zusammen 191 entsandt. Welche Partei bei den Wahlen gesiegt, war nach der Lage der Dinge nicht zu entscheiden, da bisher noch kein parlamentarisches Leben in Preußen bestanden hatte und somit auch keine festgegliederten Fractionen vorhanden waren. Allein immerhin ließ sich schon jetzt erkennen, daß der 1. Mai einen Sieg des Liberalismus, auch in seinen radicaleren Schattirungen, bedeutete. Diejenigen Elemente, welche als die Stützen des alten Preußenthums galten, hatten nur theilweise durchzudringen vermocht.

Am Leichtesten läßt sich durch einen Blick auf die Lebensstellung der zur preußischen Nationalversammlung gewählten Volksvertreter der Ausdruck der öffentlichen Stimmung erkennen. Der bisher so mächtige Adel entsandte nur einige 30 Vertreter in das Parlament, worunter viele der Regierung feindlich gesinnte Polen (v. Kraszewski) und Liberale (von Berg, von Unruh u. A.). Der Hochadel war überhaupt nicht, der Grafen-

stand lediglich durch den — der äußersten Linken angehörigen — Grafen Reichenbach und den Polen Cieszowski vertreten. Eine große Menge der Gewählten, etwa 120, gehörte dem Justiz- und Verwaltungswesen an, Geistliche beider Confessionen waren beiläufig 50, Bauern und Müller gegen 40, Aerzte etwa 12 vorhanden. Sehr kennzeichnend ist die geringe Zahl der Professoren und sonstigen Gelehrten; während in der Paulskirche mehr als 100 saßen, fanden sich hier nur 7. An Lehrer waren 10 gewählt, auch gehörte je ein Commis und ein Taglöhner der Versammlung an. Die Hauptstadt hatte ausschließlich Mitglieder der äußersten Linken, namentlich Jacoby, Waldeck, Bruno Bauer u. A. gewählt.

Camphausen selbst war durch den Ausfall der Wahlen, in welchen er ein Mißtrauensvotum gegen sein Cabinet erblickte, peinlich berührt und verlor noch mehr von seiner nie besonders festen Zuversicht. Nichtsdestoweniger hielt er an dem Entschlusse, in der Nationalversammlung die Stütze seiner Politik zu finden, fest und berief die Volksvertretung auf den 22. Mai nach Berlin.

Es ist dem Ministerium vielfach schwer verdacht worden, daß es in demselben Augenblicke, in welchem sich die Blicke ganz Deutschlands nach Frankfurt wandten und von der Versammlung in der Paulskirche die Einigung des Vaterlandes erhofften, durch Einberufung eines Landtages den preußischen Particularismus förderte. Allerdings stand dieses Vorgehen im schroffsten Gegensatze zu dem „Aufgehen Preußens in Deutschland“, welches Friedrich Wilhelm in dem Sturme der Märztage versprochen, allein es gab augenblicklich wohl Niemand mehr, der jene Phrase ernst zu nehmen geneigt war, ja das Ministerium selbst hatte schon zu Beginn seiner Thätigkeit eine derartige Stellung Preußens zu den deutschen Angelegenheiten von der Hand gewiesen, indem es am 2. April durch eine Zuschrift an den König dessen Aufruf vom 21. März gewissermaßen corrigirt und dahin ausgelegt hatte: „Daß die Gründung eines einigen, nicht einförmigen Deutschlands, eine Einheit in der Verschiedenheit zu erstreben sei“. Für das Frankfurter Einigungswerk allerdings war die Einberufung der preußischen Sonderversammlung ein schwerer, fast tödtlicher Schlag, um so

mehr, da alle anderen Regierungen dem Wunsche des Bundestages und des Fünfzigerausschusses folgend, sich entschlossen hatten, während der Dauer des deutschen Parlamentes keine Einzellandtage zu versammeln. „Eine constituirende Versammlung in Berlin, zu gleicher Zeit mit dem deutschen Verfassungsparlamente in Frankfurt tagend, zerspaltete die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes und lenkte dieselbe ab von dem wichtigsten Gegenstande des Gesammtvaterlandes auf die Sonderinteressen eines und zwar des mächtigsten Einzelstaates. Sie entzog der deutschen, constituirenden Nationalversammlung bedeutende, geistige Kräfte; die Frankfurter Wahlen traten gegen die Preußischen in der öffentlichen Meinung des Landes auf eine bedauernswerthe Weise in den Hintergrund. Man wählte in die erstere vorzugsweise Theoretiker, Gelehrte und Professoren, weil man die praktischen Männer für das eigene Vaterland brauche[1]."

Die Berechtigung dieser Vorwürfe war unzweifelhaft, allein die Tadler übersahen dabei einen ausschlaggebenden Umstand. Die Berufung einer Nationalversammlung und, was damit gleichbedeutend war, die Errichtung einer vom ganzen Lande anerkannten gesetzlichen Autorität war eine Lebensfrage für den preußischen Staat. Die Zustände, wie sie im April und Mai herrschten, waren auf die Dauer unhaltbar und mußten, nachdem der 18. März die Hauptstadt nahezu der Anarchie überliefert und zwischen ihr und den Provinzen eine tiefe Kluft gerissen hatte, in kurzer Zeit zu erneuten Staatsumwälzungen und blutigen Wirren führen. Das Königreich Preußen war kein Staat, welcher einen längeren Zustand der Gesetzlosigkeit zu ertragen vermochte. Allerdings beriefen die anderen Regierungen keine Landtage ein, allein sie alle waren bei Weitem nicht in dem Maße wie Berlin von dem Märzsturm erschüttert worden, und besaßen zudem fast sämmtlich constitutionelle, mehr oder minder freisinnige Verhältnisse, während Preußen und Oesterreich unmittelbar aus einem fast unumschränkten Absolutismus in die Revolution geschleudert worden waren. Zieht man dies Alles in Betracht, so ergiebt sich, daß dem Ministerium Camp-

[1] Stahr I, 219.

hausen, da es selbst nicht die Kraft besaß, die Bewegung zu bemeistern, und sich eben so wenig sonst ein genialer Staatsmann finden ließ, nichts übrig blieb, als der Nationalvertretung die Leitung der Ereignisse anzuvertrauen.

Doch ehe noch die Versammlung zusammentrat, sollte ein weiterer Schritt des Cabinets Berlin in neue Erregung versetzen. Am Abend des 11. Mai erschien im Staatsanzeiger ein Erlaß des Ministeriums unter dem Titel „Aufforderung an den Prinzen von Preußen zur Rückkehr nach Berlin", welcher mit den Worten schloß: „Nicht lange mehr wird die erregte Gegenwart der Ueberzeugung sich verschließen, daß die Ritterlichkeit des Charakters die sicherste Gewähr für das aufrichtigste, männliche Beharren auf der neuen Bahn darbietet, welche mit Ew. Majestät Se. Königliche Hoheit der Prinz von Preußen als ein Bedürfniß für das Wohl des Volkes erkannt hat, und diese Ueberzeugung, hervorgerufen und gekräftigt durch den freimüthigen Anschluß an die neuen Zustände, durch das Leben in und mit ihnen wird von den gemischten Gefühlen eines ebenso muthigen als treuen Volksstammes bald nur die edelsten Bestandtheile zurücklassen".

„Wir stellen hiernach Ew. Majestät allerunterthänigst anheim, Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen von Preußen die Abkürzung des Aufenthalts in England zu empfehlen."

„Berlin, den 10. Mai 1848. Das Staatsministerium."

Die Antwort des Königs war unmittelbar beigedruckt. Sie sprach sich dahin aus, daß er an Stelle des Grafen Königsmark und des Majors Oelrichs den Major Laun zum ersten Adjutanten des Prinzen von Preußen mit dem Auftrage ernannt habe, dem Prinzen die Aufforderung seines Bruders zur Rückkehr zu überbringen.

Wenn das Ministerium in seinem schlecht stilisirten Erlasse von „gemischten Gefühlen" sprach, so war dies wenigstens, was die Stimmung der Hauptstadt betraf, nicht richtig. Hier betrachtete man den Prinzen, welcher aus seiner Mißbilligung der Revolution nie ein Hehl gemacht hatte, nach wie vor als den Hauptvertreter des gestürzten Absolutismus und hielt seine Rückkehr nach Berlin für gleichbedeutend mit dem Beginne der

Reaction. Man kannte seinen offenen und festen Charakter, wie denn überhaupt hervorgehoben werden muß, daß sich alle diese Angriffe stets nur gegen die Staatsanschauungen des Prinzen von Preußen, nie gegen seine Person richteten, welch letzterer auch den Gegner, soweit sie urtheilsfähig waren, volle Achtung widerfahren ließen[1], und wußte, daß sein Einfluß auf den schwankenden König, auf die grollende Armee und den Adel ein großer sein werde.

Auf das Neue sah sich Berlin in größte Aufregung versetzt. Die auf den 13. Mai angesetzte erste Parade der Bürgerwehr vor dem Könige mußte abbestellt werden, der „politische Klub" klagte das Ministerium öffentlich an, daß es „den Bürgerkrieg provocire". Deputationen der Studentenschaft und vieler Bürger begaben sich zu Camphausen.

Am Abend des 12. Mai fand aus diesem Anlasse eine große Volksversammlung unter den Zelten statt, welche auf den Vorschlag Jungs und Schaßlers den Beschluß faßte, sofort in Masse nach der Wilhelmsstraße zu ziehen, woselbst sich Camphausens Amtswohnung befand, und den Ministerpräsidenten zu sprechen. Die Menge setzte sich alsbald in Bewegung, langte in einem geordneten Zuge an ihrem Ziel an und entsandte eine Deputation zu Camphausen, bei welchem sich zufällig der Minister Graf Schwerin befand. Camphausen versprach, am nächsten Tage Bescheid geben zu wollen, worauf die versammelte Menge unter vielfachem Geschrei und Tumulten auseinanderging. Die Worte „Nationaleigenthum", welche früher an dem Palais des Prinzen von Preußen gestanden hatten, aber inzwischen ausgelöscht worden waren, wurden von Neuem angeschrieben.

---

[1] So schreibt der extreme Demokrat Steinmann (S. 418): „Der Charakter des Prinzen als Mensch ist in jeder Beziehung ehrenhaft; das gesteht sein eifrigster Gegner zu, und von dieser Seite her und auf diesen Punkt hin ist auch nicht ein Angriff gewagt worden. Der Prinz gehört zu den in den jüngst verflossenen Zeiten der Halbheit und Unentschiedenheit stets seltener gewordenen Individualitäten, die sich durch Stärke, Entschiedenheit, Festigkeit und Consequenz des Charakters bewährt haben. In moralischer Hinsicht befleckt ihn eben so wenig irgend eine Makel; man hat ihn auch nicht einer öffentlich geziehen."

Am nächsten Tage erschien die in Aussicht gestellte Bekanntmachung des Staatsministeriums, welche die Nothwendigkeit betonte, daß der voraussichtliche Thronfolger in der Zeit, in welcher das neue Verfassungswerk zwischen König und Volk vereinbart werde, nicht außerhalb der Grenzen des Vaterlandes weilen dürfe. Dies war gewiß richtig, allein andererseits hatte der Prinz, ganz im Gegensatz zu dem schwankenden Könige, in keiner Weise die Revolution anerkannt und Alles, was er scheinbar unter ihrem Einfluß that, so namentlich die Reise nach England, auf Befehl seines Bruders und Landesherrn gethan. Von seinem starken und männlichen Charakter war auch in der Zukunft eine Aenderung nicht zu erwarten, und es war daher völlig haltlos, wenn das Ministerium behauptete, daß „der Prinz mit freudiger Zuversicht die von der Regierung Seiner Majestät des Königs betretene neue Bahn zu verfolgen fest entschlossen" sei. Ebenso schwächlich war die Behauptung des Manifestes, die Verhandlungen der Nationalversammlung würden Gelegenheit bieten, „den Zweck des Aufenthaltes des Prinzen von Preußen in dem freien England und des seine Heimkehr verzögernden Rückweges über das durch seine Institutionen sich bewährende Belgien in das wahre Licht zu stellen", was mit anderen Worten hieß, daß das Ministerium von einem 51jährigen, charaktervollen Manne, wie es der Prinz war, erwartete, er werde durch einen achtwöchentlichen Aufenthalt in einem fremden Lande seine ganze bisherige Lebensanschauung ändern.

Wie vorauszusehen, verfehlte diese Kundgebung des Ministeriums völlig ihren Zweck. Die Besorgniß vor einem reactionären Staatsstreich blieb im Wachsen und das Volkscomité berief sämmtliche Einwohner Berlins zu einer bewaffneten Volksversammlung auf den 14. Mai, einen Sonntag, Nachmittags fünf Uhr.

Was das bedeutete, war nicht zu verkennen. Selbst wenn es nicht in der Absicht der Volksführer lag, eine neue Revolution hervorzurufen, war die Stimmung und das Verhalten einer nach Zehntausenden zählenden Menge unberechenbar. Bisher war der größere Theil der Berliner Bevölkerung in dem Protest gegen die Veröffentlichung des 11. Mai einig gewesen, hatten

auch die entschiedensten Anhänger des Königshauses, selbst General von Aschoff, die Rückkehr des Prinzen nach Berlin als noch nicht zeitgemäß bezeichnet, jetzt aber wurde durch die Ausschreibung einer bewaffneten Versammlung auf das Neue die Furcht des Bürgerthums vor Excessen erregt. Von allen Seiten wurden Versuche zur Versöhnung gemacht, man veröffentlichte einen Brief Camphausens an den General von Aschoff, wonach der Prinz erst in 14 Tagen zurückkehren sollte, die Polizei verbot die Volksversammlung, die Bürgerwehr wurde unter Waffen gerufen.

Trotz alledem sah es am Nachmittage des 14. Mai drohend aus. Die Volksversammlung unter den Zelten war stärker als je, wenn auch nur vereinzelte Bewaffnete erschienen waren, und beschloß auf Helds Vorschlag, die Demonstration vom 12. zu wiederholen. Ein ungeheuerer Zug setzte sich nach den Linden in Bewegung und begleitete eine aus sieben Volksmännern bestehende Deputation bis zu der Wohnung des Ministerpräsidenten. Camphausen war abwesend; an seiner Stelle unterhandelte Graf Schwerin über eine Stunde mit dem Volksausschusse und erklärte dann vom Balcon herab der wartenden Menge, deren Zahl auf über 40000 Köpfe angegeben wurde, daß das Ministerium abermals sich berathen und bis zum Nachmittage des nächsten Tages seinen endgültigen Entschluß kundgeben werde. Damit gab sich das Volk zufrieden, Held löste die Versammlung auf und die ganzen Schaaren gingen in verhältnißmäßiger Ruhe aus einander. Zum zweiten Male war die Gefahr eines neuen Straßenkampfes geschwunden.

Am nächsten Morgen erschien die versprochene Antwort des Ministeriums, deren wichtigster Satz, wie folgt, lautete:

„Seine Königliche Hoheit kann und wird frühestens in vierzehn Tagen, also jedenfalls nach der am 22. d. Mts. unwiderruflich festgesetzten Eröffnung der Versammlung der Volksvertreter in das Vaterland zurückkehren. Vorher wird der Prinz — wie es nie anders die Absicht war — seine volle Zustimmung zu der betretenen neuen constitutionellen Bahn öffentlich kundgeben."

Zugleich erklärte das Cabinet, daß man ihm die Demission nahegelegt habe, daß es aber vor Zusammentritt der Volksvertretung seine Stellung nicht verlassen werde.

Damit war der Conflict beigelegt, allerdings in einer Weise, welche weder dem Ministerium noch den Führern der Volksbewegung zu besonderem Ruhme gereichte. Beide hatten an Ansehen verloren, jenes durch seine zögernde, schwankende Haltung, diese dadurch, daß sie abermals im Augenblicke der Entscheidung zurückgetreten waren.

Nach dieser Erregung verging die nächste Zeit ruhig. Am 16. wurden die sämmtlichen Oberoffiziere der Berliner Bürgerwehr dem König vorgestellt, welcher diese Gelegenheit benutzte, um der Nationalgarde seinen wärmsten Dank für ihre „aufopfernde Hingebung zur Erhaltung der Ordnung" auszusprechen. Acht Tage später fand die erste große Parade der Bürgerwehr vor Friedrich Wilhelm IV. unter den Linden statt. „Der König erschien in glänzender Generalsuniform", berichtet Stahr[1], „den goldenen Helm auf dem Haupte, umgeben von einem Gefolge von zweihundert Generalen und anderen Offizieren. Nichts in seinem Erscheinen deutete auf Bürgerlichkeit. Nur zwei untergeordnete Persönlichkeiten, ein Dr. Wöniger und ein Regierungsrath Bauer, ritten in Civilkleidung neben dem König. Erst als derselbe eine ziemliche Strecke an der Front heruntergaloppirt war — welche Gangart er beibehielt, bis das Schloß wieder erreicht war —, sah man den Minister der geistlichen Angelegenheiten eiligst aus dem Schlosse hervor- und und dem Zuge hinterdreinsprengen, damit nicht auch dieser Act ohne Beisein eines verantwortlichen Ministers vollzogen würde. Die außergewöhnlich zahlreiche, ganz militärisch prunkende Begleitung, die Schnelligkeit der Bewegung, das Schweigsame in dem Behaben des sonst so redelustigen und redefertigen Monarchen, der schneidende Gegensatz des alten soldatischen Königthums zu dem neuen Institute des bewaffneten Bürgerthums, welches hier auch im Aeußern grell zu Tage trat — das Alles machte einen peinlichen Eindruck."

„Das Hurrahrufen der einzelnen Bataillone, welches auf den Degenwink des dem Könige zur Seite gallopirenden Generals der Bürgerwehr den Monarchen begrüßte, klang nicht wie das

[1] a. a. O., I, 234 f.

Freudejauchzen eines begeisterten Volkes. Gegenüber dem verlassenen Palais des Thronfolgers wehte eine schwarze Trauerfahne von dem Academiegebäude, als Zeichen der Trauer über den Verfassungsentwurf. Und die Trompeter eines Ulanenregiments, welche an der Schloßbrücke bei der berittenen Bürgerwehr aufgestellt waren, empfingen den constitutionellen König, wunderlich genug, mit der — russischen Nationalhymne! Ein bedenkliches Vorzeichen."

3.

Die Nationalversammlung.

Am 22. Mai wurde die preußische Nationalversammlung eröffnet. Von Anfang an schien ein ungünstiger Stern über der Volksvertretung zu walten, trat die in ihr herrschende Verworrenheit und Ueberspanntheit der Anschauungen hervor. Nichts kann bezeichnender dafür sein, als daß schon am Abend des 20. eine größere Anzahl von Abgeordneten in einer gemeinsamen Zusammenkunft es für unpassend erklärte, daß das Parlament, wie zuvor der Landtag, im weißen Saale des Schlosses zusammentreten solle, da man dadurch ja gewissermaßen zum König in die Wohnung gehe, und sich nur mit Mühe durch den Ministerpräsidenten und einsichtigere Collegen von ihren constitutionellen Scrupeln abbringen ließ. Die Feierlichkeit selbst, mit welcher die preußische Volksvertretung ihre Thätigkeit begann, war nichts weniger als erhebend.

„Es war", schreibt Stahr, „als laste ein dumpfes Vorgefühl traurigen Ausgangs mit bleierner Schwere auf den Gemüthern der Menschen. Wer an diesem regengrauen Morgen die Hauptstadt sah, ohne jede Spur festtäglichen Schmuckes, ohne Fahnen und Banner, ohne den Glanz festlicher Aufzüge, ohne den Jubel großer versammelter Massen, im Werkeltagsgewande schwungloser Alltäglichkeit, er hätte nimmer ahnen können, daß heute ein großes Volk die erste Versammlung seiner Vertreter in dieser Hauptstadt des Reichs erlebe. Kaum tausend Zuschauer waren auf den großen Plätzen vor dem Schlosse versammelt, die inneren

Höfe desselben stark mit Bürgerwehr besetzt, aber Alles ohne Sang und Klang, scheinlos, alltäglich. Auch der Hof that das Seinige dazu, um diesem Tage jedes äußere Zeichen höherer Bedeutung in den Augen der Menge zu nehmen. Während vor einem Jahre zur Eröffnung des ersten Vereinigten Landtages sämmtliche Prinzen und Prinzessinnen des Königshauses und alle Hofstaaten in den glänzendsten sechsspännigen Galakarossen nach dem Schlosse flogen, während in allen constitutionellen Ländern die Regenten und ihre Familien die Fahrt zur Kammereröffnung im glänzendsten Aufzuge unternahmen, begaben sich heute die königlichen Prinzen in zweispännigen Droschken, die Hofstaaten in dichtverschlossenen Miethwagen zur Eröffnung der ersten Preußischen Nationalversammlung im weißen Saale des Königsschlosses."

„Die Versammlung selbst", berichtet Stahr weiterhin, „bot für den, welcher in demselben Raum vor wenigen Wochen den letzten Vereinigten Landtag beisammen gesehen, einen eigenthümlichen Anblick. Statt der Großen und Reichen, statt der aristokratischen Gesichter der Fürsten und Herzoge, Grafen, Barone und Freiherren, welche damals mit dem zahlreichen niederen Adel die größte Hälfte der Versammlung bildeten, erblickte man jetzt meist nur die schwarzen, schmalen und stillen Gestalten der Stadt- und Kreisrichter, Pfarrer und Schulmeister, Handwerker, Bürger und Bauern. Nicht jener strahlende Glanz der Uniformen, Orden und Ehrenzeichen, wohl aber einige blaue Kurzjacken und schmutzige Zwillichhosen von schlesischen und pommerschen Tagelöhnern und Schäferknechten, welche, die Mütze, auch wohl den Wanderstab in der Hand, bunte Leinentücher um den braunen Hals geschlungen, ihre dicken Nagelsohlen verlegen auf den prachtvollen Fußteppich setzten und verstört zu den schimmernden Kronleuchtern des marmornen Königssaales emporstarrten. Wer es nicht glauben wollte, daß zwischen dem Vereinigten Landtage von 1847 und dieser Versammlung eine Revolution lag, der konnte hier den Glauben in die Hand bekommen. Der russische Gesandte, welcher aufmerksam eine Gruppe von Volksvertretern in Zwillichjacke und Bauernkittel musterte, schien darüber nachzudenken, mit welchen Empfindungen wohl sein

kaiserlicher Herr an der Newa den Bericht über diese Versammlung lesen möchte."

„Auch in der äußeren Anordnung des Saales zeigte sich keine Spur jenes Pompes und jener Pracht, welche der König bei früheren Gelegenheiten sonst so überreich zur Schau zu stellen geliebt hatte. Gewöhnliche Rohrstühle für die Deputirten umgaben in weiten Halbkreisen durch die ganze Länge des Saales den scharlach beschlagenen Thron. Zur Rechten desselben standen einige rothe Polsterstühle für die Prinzen, zur Linken acht einfache Rohrstühle für die Minister, welche sich in ihren neuen Uniformen zum Theil sehr ungeschickt bewegten."

„Endlich erschien der König, gefolgt von den Prinzen seines Hauses, in Generalsuniform der Landwehr, geschmückt mit dem großen Bande des schwarzen Adlerordens trat er durch die Thüre der Bildergallerie in den Saal. Lautlose Stille, die Deputirten erheben sich von ihren Sitzen, die Prinzen blieben an ihren Plätzen in langer Reihe stehen. Schon ist der König langsamen, halbzögernden Ganges bis in die Nähe des Thrones vorgeschritten, da erst erschallt der übliche Ruf: Es lebe der König! An den Stufen des Thrones angelangt, blickte er verwirrt und gleichsam überwältigt von widerstreitenden Gefühlen auf die Versammlung, indem er sich vor derselben dankend verbeugte. Der Ministerpräsident Camphausen überreichte ihm die Thronrede. Der König drehte sie hin und her in der Hand, als wisse er nicht, was damit zu beginnen. Endlich begann er sie abzulesen, stockend, dumpfen, klanglosen Tons, mit gepreßter Stimme, das Gesicht in das Blatt verborgen. Noch einige Minuten und der bittere Kelch war geleert. Rascher als er gekommen, verließ er den Saal."

Die Worte, mit welchen Friedrich Wilhelm IV. die Nationalversammlung eröffnete, klangen sehr verschieden von jener stolzen, von dem Macht- und Selbstbewußtsein des unumschränkten Herrschers getragenen Ansprache, die er im Jahre zuvor an den ersten Vereinigten Landtag gerichtet. Folgendermaßen war der Wortlaut seiner jetzigen Rede:

„Meine Herren Abgeordneten! Mit freudigem Ernste begrüße Ich eine Versammlung, welche, aus allgemeiner Volks-

wahl hervorgegangen, berufen ist, mit Mir die Verfassung zu vereinbaren, die einen neuen Abschnitt in der Geschichte Preußens und Deutschlands bezeichnen wird. Sie werden, davon bin Ich überzeugt, indem Sie das Werk beginnen, die doppelte Aufgabe sich stellen, dem Volke eine ausgedehnte Theilnahme an den Angelegenheiten des Staates zu sichern und zugleich die Bande enger zu schließen, welche seit mehr als vier Jahrhunderten Mein Haus mit den Geschicken dieses Landes unzertrennlich verwoben haben."

„Den Entwurf der Verfassung wird Meine Regierung Ihnen vorlegen."

„Mit Ihnen zugleich haben sich in Frankfurt am Main die Vertreter des ganzen deutschen Volkes versammelt. — Gern hätte ich das Ergebniß dieser Versammlung abgewartet, bevor Ich die Vertreter Meines getreuen Volkes zusammenberief. — Das dringende Bedürfniß baldiger Feststellung des öffentlichen Rechtszustandes in unserem engeren Vaterlande hat dies nicht gestattet. — Die Einheit Deutschlands ist Mein unverrückbares Ziel, zu dessen Erreichung Ich Ihrer Mitwirkung Mich versichert halte —."

„Die innere Ruhe des Landes beginnt sich zu befestigen."

„Die völlige Wiederherstellung des Vertrauens, mit ihr die Belebung des Verkehrs und der gewerblichen Thätigkeit ist wesentlich von dem Erfolge Ihrer Wirksamkeit abhängig. Mehrseitige Anstrengungen sind gemacht worden, um während der Stockung in vielen Gewerben Gelegenheit zur Arbeit zu verschaffen. — Sie müssen fortgesetzt und ausgedehnt werden. — Bis jetzt hat der gestiegene Geldbedarf die Ersparnisse der Vergangenheit noch nicht erschöpft."

„Meinen Bemühungen, den Wünschen der polnischen Bevölkerung der Provinz Posen durch organische Einrichtungen zu entsprechen, ist es nicht gelungen, eine Auflehnung zu verhindern, die, so tief Ich sie beklage, Mich nicht abgehalten hat, den eingeschlagenen Weg unter Berücksichtigung der Ansprüche der deutschen Nationalität zu verfolgen."

„Ungeachtet der großen Erschütterungen der letzten Monate sind die friedlichen Beziehungen Meiner Regierung zu den

fremden Mächten nur an einem Punkte gestört worden. Ich darf Mich der Hoffnung überlassen, daß eine gern angenommene freundliche Vermittelung wesentlich dazu beitragen werde, die Beendigung eines Kampfes zu beschleunigen, zu dem Preußen nicht herausgefordert hat, den Ich aber als deutscher Bundesfürst aufzunehmen nicht anstehen durfte, als die Marken des gemeinsamen Vaterlandes bedroht erschienen und der Ruf zur Wahrung eines anerkannten Rechtes vom deutschen Bunde an Mich erging."

„Meine Politik wird sich auch in diesem Falle als eine uneigennützige und friedliche bewähren, eine Politik, der Ich im innigen Verein mit Deutschland treu zu bleiben entschlossen bin."

Der Contrast zwischen diesen kalten und trockenen Auslassungen und der früheren Anschauung des Königs, der noch ein Jahr zuvor feierlich geschworen, daß nie ein Blatt Papier als zweite Vorsehung sich zwischen ihn und sein Volk drängen werde, liegt auf der Hand. Aber noch ein Zweites ist zwischen den Zeilen zu lesen, der abermalige Umschlag, welcher seit den Märztagen bei dem Herrscher eingetreten war. Damals unter dem unmittelbaren Eindrucke des Völkerfrühlings hatte er in seinem bekannten Manifeste versprochen, sich an die Spitze der gesammten Nation zu stellen, und erklärt, daß künftig Preußen in Deutschland aufgehen solle. Jetzt nach zwei Monaten hatte er für alle diese Hoffnungen nur die kühle und kurze Phrase übrig, daß die Einheit Deutschlands sein unverrückbares Ziel sei. Der Eindruck dieser Rede des Königs war kein sonderlicher, weder im günstigen, noch im ungünstigen Sinne. Nachdem sich Friedrich Wilhelm entfernt, schritt die Versammlung daran, sich zu constituiren, und vertraute dem 75jährigen ehemaligen Staatsminister von Schön als Alterspräsidenten den vorläufigen Vorsitz an. Dieser Schritt war kein glücklicher, von Schön, einstmals ein geistvoller und energischer Mann, war jetzt ein schwacher Greis, der mit seiner gebrochenen Stimme sich kaum den zunächst befindlichen vernehmbar zu machen und in keiner Weise die Ordnung aufrecht zu erhalten wußte. Der Versammlung selbst ging jeder parlamentarische Takt, vielen der Mitglieder die üblichen und unentbehrlichen Lebensformen völlig ab,

und so boten die ersten Sitzungen der ersten preußischen Volksvertretung ein Bild des zügellosesten Durcheinanders, ein Bild, auf welches das Land nicht ohne Beschämung zu blicken vermochte. Man hielt es nicht einmal für nöthig, sich sofort über ein provisorisches Geschäftsreglement zu einigen, obwohl die Regierung den Entwurf zu einem solchen vorgelegt, und noch in der vierten Sitzung entbehrte die Debatte jeglicher Form. „Man schrie durch einander", schreibt von Unruh, „die unerquicklichsten Debatten über Nebendinge führten zum Lärm. Es trat zuweilen völlige Anarchie ein." [1]

Etwas mehr Ordnung kam in die Versammlung erst, nachdem am Schlusse der dritten Sitzung die endgültige Präsidentenwahl vollzogen worden war. Vielfach hatte man die Abgeordneten Grabow und Waldeck zu Vorsitzenden vorgeschlagen, doch Ersterer war zur Zeit krank und Letzterer unterlag mit 156 Stimmen dem Kaufmann Milde, welcher 162 erhielt. Auch Milde war keine sonderlich geeignete Persönlichkeit. „Von unruhiger Beweglichkeit, würdelos in der äußeren Erscheinung, mit einer quieckenden Falsettstimme, an deren lächerlichen Eindruck selbst der Ernst sich schwer gewöhnte, dabei ohne Energie und Klarheit in der Leitung der Debatte, aber mit desto mehr Selbstgefälligkeit ausgestattet, brachte der neue Präsident zwar etwas mehr, aber lange nicht hinreichende Ordnung und Haltung in den Gang und das Behaben der Versammlung." [2]

Die Gegenstände, mit welchen sich die Versammlung in den ersten zwei Wochen befaßte, waren durchweg von der unwesentlichsten Art. Die Erledigung der nöthigen Formalitäten, dann die Wahlprüfungen, zahlreiche Interpellationen und Zwischenfragen füllten mit unendlichen Abschweifungen und von größter Aufregung begleitet, die Sitzungen aus. Den drängenden Fragen

---

[1] Welches der Ton der Versammlung war, zeigen u. A. folgende Ausdrücke des amtlichen Stenographischen Protokolls: „Großes Getümmel", dann „heftiger Lärm" (S. 12), „großer Tumult" (S. 14), „große Unruhe und Getrommel" (S. 22), „unverständliches Durcheinanderrufen" (S. 24), „fortwährendes Getümmel", „steter Lärm", „ewiger Skandal!" (S. 825).

[2] Stahr I, 267.

der Zeit näher zu treten, schien das Parlament keine Neigung zu haben.

Im Volke wurde diese Unthätigkeit der constituirenden Versammlung bitter empfunden, doch schob man die Schuld wesentlich auf die Regierung, welche es versäumt habe, zu rechter Zeit Material zur Berathung herbeizuschaffen. In gewissem Sinne war dies begründet; in ihrem Bestreben, den Dingen ihren Lauf zu lassen, hatten Camphausen und Genossen der Initiative der Versammlung großen Spielraum gewährt, aber immerhin war schon am Tage der Eröffnung des Parlaments den Abgeordneten der Entwurf einer neuen Verfassung zugegangen, welche offenbar, nach der Ansicht des Cabinets, den Mittelpunkt der nächsten Verhandlungen bilden sollte.

Den wichtigsten Theil dieser Constitution, welche in ihren Grundzügen der belgischen nachgebildet war, bildete der Titel V „Von den Kammern". Darnach sollte die gesetzgebende Gewalt durch den König und zwei Kammern in gegenseitigem Einverständnisse ausgeübt werden. Die erste Kammer bestand aus den volljährigen Prinzen des königlichen Hauses, 60 vom Könige ernannten Mitgliedern, welche ein jährliches, reines Einkommen von mindestens 8000 Thalern bezogen und ihren Nachkommen, so lange dieselben in gleichen Vermögensumständen blieben, ihr Recht vererbten, und 180 von den Wahlmännern zu wählenden Personen, welche ein Einkommen von mindestens 2500 Thalern jährlich bezogen oder an directen Staatssteuern die Summe von 300 Thalern bezahlten. Befreit von dieser Vermögensbedingung waren die Mitglieder der höheren Gerichtshöfe, der Akademie der Wissenschaften und die Oberbürgermeister der größeren Städte.

Es ist schwer zu sagen, ob das Ministerium wirklich auf eine Annahme dieser Bestimmungen seitens der Nationalversammlung hoffte. Daß die Verknüpfung der Wählbarkeit an ein bestimmtes hohes Einkommen wohl in einem reichen Lande wie Belgien, nicht aber in dem verhältnißmäßig armen Königreiche Preußen haltbar sei, war eben so klar, als daß die Uebertragung eines großen Theiles der Staatsgewalt an die verschwindend geringe Zahl der Reichbegüterten in dem Industrie-

staate Belgien den Verhältnissen entsprossen, im preußischen Reiche jeder Begründung entbehrte. Es war dies nicht nur eine Ungerechtigkeit gegen die bisher politisch unmündig gewesenen Schichten der Bevölkerung, sondern auch gegen den preußischen Adel, welcher bisher der einflußreichste Stand des Staates gewesen war und mit Recht diese seine Stellung darauf zurückführen konnte, daß das Entstehen und Gedeihen der preußischen Monarchie zum größten Theile der Königstreue und dem kriegerischen Sinne seiner Aristokratie zu verdanken war. Durch das neue Wahlgesetz wurde auch diesen, bisher bevorrechteten Familien, die nur zum geringen Theile über Reichthümer verfügten, ihr Privilegium entzogen. Man sah es deutlich, daß Camphausen und Hansemann ihre kaufmännische Vergangenheit nicht vergessen hatten und bemüht waren, dem Stande der Handelsherren und Fabrikbesitzer möglichste Vortheile zu sichern.

Bei der Stimmung, welche der Verfassungsentwurf überall erregte, hätte das Parlament denselben ohne Weiteres zurückweisen und dabei des Beifalls seiner Wähler sicher sein können. Doch hätte ein solcher Schritt wahrscheinlich den Sturz des Ministeriums Camphausen herbeigeführt, was nicht in der Absicht der Versammlung lag. Man beobachtete daher die Form und übergab (15. Juni) die Vorlage einer Commission zur Berathung. Im Volke selbst hatte der Constitutionsentwurf die Aufregung auf das Höchste gesteigert. Kaum war er am Abend des 12. im Staatsanzeiger erschienen, als sich überall Gruppen bildeten, die üblichen Schlagworte laut wurden und einzelne Haufen tumultuirend durch die Straßen zogen. Unter den Linden wurde ein Exemplar des Verfassungsentwurfes auf einem Stoße Vossischer Zeitungen im Beisein einer großen Menschenmenge verbrannt.

Die öffentliche Ruhe wurde von jetzt ab andauernd gestört, so daß die Bürgerwehr, welche übrigens auch ihrerseits den Entwurf mißbilligte und zu der schon geschilderten großen Parade vom 22. nur deswegen vollzählig erschienen war, weil der größte Theil Nationalgardisten noch keine Kenntniß von der Bekanntmachung des Staatsanzeigers vom 21. hatte, einen anstrengenden

Dienst versehen und unaufhörlich des Alarms gewärtig sein mußte[1].

Nachdem am 26. bereits ein großer Tumult vor dem Hause des Generals von Aschoff stattgefunden hatte, dem der Pöbel eine Katzenmusik, „den Lerchenschlag der jungen Freiheit", brachte, zogen am 30. die Erdarbeiter, welche, wie berichtet, vom Staate beschäftigt wurden, Nachmittags in einem langen Zuge zu dem Arbeitsminister von Patow, um sich bei diesem zu beschweren. Der Grund ihrer Unzufriedenheit war der, daß der Magistrat von Berlin, da bei der bisher üblichen Bezahlung nach Arbeitstagen überhaupt nichts zu Stande gebracht worden war, die Accordarbeit eingeführt hatte.

Die Demonstration gewann Anfangs ein drohendes Ansehen, da die Arbeiter bereits Anstalten machten, das Thor des Ministeriums einzuschlagen, doch gelang es von Patow, indem er einem jeden der Tumultuanten ein „Darlehen" von 10 Sgr. verabfolgte, die Menge, welche seine ganze Wohnung erfüllte, zu beruhigen und zur Heimkehr zu veranlassen[2].

Unmittelbar darauf verbreitete sich das Gerücht, die Regierung lasse heimlich die Waffen aus Berlin fortschaffen, um dieselben dem Volke zu entziehen, und gab zu neuen Unruhen

---

[1] „Es hatte sich", schreibt Streckfuß (II, 702), „seit dem Sonntag den 21., nach dem Vorbilde von Wien und Breslau, ein Katzenmusikcorps gebildet, welches allabendlich bis in die tiefe Nacht hinein durch die Straßen der Residenz zog, um mißliebigen Personen ein Ständchen zu bringen. Es waren diese Katzenmusiken ohne alle politische Bedeutung, denn die Musiker waren mit ihrer Ertheilung so verschwenderisch, daß sie dieselben sowohl einem beim Volke in Ungnade gefallenen Minister als einem Kaufmann brachten, der seinen Laden nicht zu der Zeit schloß, wo seine Ladendiener es wünschten. Jeden Abend wurden sechs bis acht Katzenmusiken gebracht und zwar den verschiedensten Personen, am reichlichsten begabt wurde Herr Aschoff, die Minister Camphausen, Schwerin und Hansemann, die Redaction der „Vossischen Zeitung", der Polizeipräsident Minutoli und der Schauspieler Louis Schneider, welcher letztere ganz besonders den Haß des Volkes auf sich geladen hatte, weil er seinen Einfluß als Unteroffizier der Landwehr bei vielen Landwehrmännern aufgeboten, um sie gegen die übrige Bevölkerung Berlins zu erregen."

[2] Vgl. die Darstellung Patows in der 7. Sitzung der Nationalversammlung (I, 66/67).

Anlaß. Zwei mit Gewehren und Munition beladene Kähne wurden angehalten und ihre Ladung unter großem Lärm in das Zeughaus zurückgebracht. Dann wieder liefen Gerüchte über einen Staatsstreich der Reaction um, man behauptete, die Brücken seien vernagelt und könnten im Falle eines Angriffes nicht aufgezogen werden und Aehnliches mehr.

Am Nachmittage des 4. Juni, eines Sonntags, fand auf Anregung der Studentenschaft, ein großer Zug nach dem Friedrichshaine zu Ehren der Märzgefallenen statt. 40—50000 Menschen nahmen an dieser Demonstration Theil, der größten, welche Berlin seit dem 22. März gesehen; von der Nationalversammlung waren 130 Abgeordnete anwesend. Auf dem Friedhof war zwischen den Gräberreihen eine Rednerbühne errichtet, von welcher herab Graf Reichenbach, Jung, der Caplan von Berg, von Salis, Held und viele Andere Ansprachen hielten. Dann ging die Versammlung in einer gehobeneren Stimmung, als sie sonst jetzt auf den Straßen herrschte, und ohne nennenswerthe Ruhestörungen aus einander.

In dieser ganzen Zeit hatte, wie gesagt, die Nationalversammlung eine zwar äußerst geräuschvolle, aber durchaus unersprießliche Thätigkeit entfaltet, bis endlich ihre 13. Sitzung vom 8. Juni in zweifacher Hinsicht eine große Wichtigkeit gewann.

Der Prinz von Preußen hatte London verlassen und am 30. Mai von Brüssel aus ein vom Ministerium veröffentlichtes offizielles Schreiben an den König gerichtet, in welchem er — immer von dem Standpunkte, daß es seine Pflicht sei, dem Gebote des Landesherrn zu gehorchen — sich bereit erklärte, der zwischen König und Volk zur Vereinbarung gelangten Verfassung seine Anerkennung zu ertheilen. Unmittelbar darauf kehrte der Prinz nach Preußen zurück und wurde auf seiner Reise vom Rheine nach Potsdam in zahlreichen Städten festlich und herzlich empfangen.

Diesen Sympathieen, welche der größte Theil der Provinzen dem Prinzen entgegenbrachte und ostentativ gegenüber dem Gebahren der revolutionären Hauptstadt zur Schau trug, verdankte es der Thronfolger, daß die Wahlmänner des Kreises Wirsitz der Provinz Posen ihn zum Abgeordneten für die National=

versammlung gewählt hatten. Der Wahlact konnte der Insurrection wegen statt am 8. erst am 19. Mai vollzogen werden und scheint von einigen Unregelmäßigkeiten begleitet gewesen zu sein. Namentlich wurde dem Prinzen weder vom Landrathe und Oberpräsidenten, noch von dem Minister des Inneren, an welchen sich diese gewendet hatten, von seiner Erwählung Meldung erstattet, und schon in der zweiten Sitzung der Nationalversammlung vom 25. Mai entspann sich über die Frage, ob nicht der Stellvertreter des Wirsitzer Kreises, Legationsrath a. D. Küpfer einberufen werden solle, eine erregte und lärmende Debatte.

Am 6. Juni richtete der Abgeordnete Hartmann eine Interpellation an das Ministerium, um demselben Veranlassung zu geben, „die Gründe darzulegen, welche den Prinzen von Preußen ferne vom Vaterlande gehalten haben". Camphausen antwortete in einer mit stürmischem, andauerndem Beifall aufgenommenen Rede, in welcher er erklärte, es sei dem Prinzen am 19. März von seinen Freunden gerathen worden, die Stadt zu verlassen. Derselbe habe sich sodann nach London begeben, nachdem ihm der König in einem eigenhändigen Handschreiben den Befehl ertheilt, dem englischen Hofe Aufschluß und Erklärung über die Zustände und Ereignisse in Berlin zu ertheilen. Alsdann ging der Ministerpräsident darauf über, seinen auf die Rückkehr des Prinzen bezüglichen Antrag vom 11. Mai zu rechtfertigen und schloß mit einer an ihm ungewohnten Wärme, das Cabinet halte es für seine Pflicht, sich als Schild vor die Dynastie zu stellen und alle jener drohenden Gefahren und Angriffe auf sich abzuleiten.

An demselben Tage war der Prinz von Preußen in Potsdam eingetroffen und hatte den 7., den Sterbetag seines Vaters, zu Charlottenburg in Zurückgezogenheit zugebracht. Sein Eintritt in die Nationalversammlung war nunmehr täglich zu erwarten und es entstand die Frage, in welcher Form derselbe erfolgen solle. Von Unruh hatte, wie er in seinen Erinnerungen erzählt, schon einige Tage früher dem Ministerpräsidenten den Vorschlag gemacht, die Wahlcommission, deren Vorsitzender er war, solle den Prinzen einladen, in der Versammlung zu erscheinen; doch

war das Cabinet diesem Schritte entgegen gewesen. So kam es, daß am 8. der Prinz ohne weitere Feierlichkeit in die Versammlung eintrat.

„Die Sitzung der Nationalversammlung vom 8. Juni begann", erzählt Steinmann[1], „man sah dem Erscheinen des Prinzen in derselben entgegen. Alle Tribünen waren dicht gefüllt, und man bemerkte auf denselben eine neue, bisher noch nicht vorgekommene Erscheinung, den Hofmarschall und den Adjutanten des Prinzen, nebst mehreren höheren Stabsoffizieren. Etwa eine halbe Stunde nach Eröffnung der Sitzung, während der Abgeordnete Temme mitten in einer Rede über die Geschäftsordnung auf der Rednerbühne stand, trat durch den Eingang für die Mitglieder der Rechten der Prinz von Preußen in Generalsuniform, den Degen an der Seite, den Federhut in der Hand, in den Saal, gefolgt von den Ministern Grafen von Schwerin und von Patow. Der Prinz ging augenscheinlich langsam und leise, um den Redner nicht zu stören, und nahm an der vordersten Reihe der rechten Seite Platz; nichtsdestoweniger erhoben sich einige Herren von der Rechten von ihren Plätzen, was, wie jede Störung, ein Zischen zur Folge hatte. (Nach einem anderen Berichte ward auch der Ruf gehört: Sitzen bleiben!)"

„Eine allgemeine Spannung herrschte im Saal. Aller Augen waren auf den Prinzen gerichtet, und mit Ungeduld erwartete man, was er der Versammlung gegenüber äußern würde. Als der Abgeordnete Temme die Rednerbühne verlassen, nahm der Präsident Milde das Wort und sagte, es hätte eigentlich der Abgeordnete d'Ester das Wort, aber der Abgeordnete des Wirsitzer Kreises habe zu einer persönlichen Bemerkung das Wort verlangt."

„Der Abgeordnete des Wirsitzer Kreises bestieg die Tribüne, den Degen an der Seite, den Federhut in der Hand, und hielt mit heller, wohlklingender Stimme und mit königlichem Anstande eine Ansprache, die mit einer Thronrede mancherlei Aehnlichkeit hatte, und schloß mit den Worten: Mit Gott für König und Vater-

[1] a. a. O., S. 456 ff.

land! und verließ augenblicklich den Saal." Die Rede des Prinzen aber lautete:

„Als Abgeordneter des Wirsitzer Kreises, vermöge der auf mich gefallenen Wahl, bin ich berechtigt, in Ihrer Mitte zu erscheinen. Ich würde bereits gestern hierhergeeilt sein, wenn es nicht der Jahrestag unauslöschlicher Trauer gewesen wäre, der mich im Schooße meiner Familie zurückgehalten hätte. Heute aber ergreife ich die Gelegenheit, um zuvörderst meinen Dank für das Vertrauen auszusprechen, welches mich in Ihre Mitte berief und wodurch es mir möglich wird, Sie, meine Herren, welche aus allen Provinzen des Landes und aus allen Ständen hier versammelt sind, herzlich willkommen zu heißen. Nicht nur die Blicke Preußens, die Blicke der Welt sind auf unsere Versammlung gerichtet, da durch sie eine Vereinbarung mit unserem König herbeigeführt werden soll, welche für lange Zeit die Schicksale Preußens und seiner Könige feststellen soll. Welch' ein hoher Beruf! — Je heiliger dieser Beruf, je heiliger muß der Geist und die Gesinnung sein, welche unsere Berathungen leiten. Die constitutionelle Regierungsform, welche unser König zu gehen uns vorgezeichnet hat: ich werde ihr mit der Treue und Gewissenhaftigkeit meine Kräfte weihen, wie das Vaterland sie von meinem ihm offen vorliegenden Charakter zu erwarten berechtigt ist. Dies ist die Pflicht eines Vaterlandsfreundes, vor allem also die meinige, als des ersten Unterthans des Königs. So stehe ich jetzt wieder in Ihrer Mitte, um mitzuwirken, daß die Aufgabe, welche uns gestellt, zu einem gedeihlichen Ziele führe. Möge die Gesinnung, welche ich ausgesprochen, von uns Allen getheilt und festgehalten werden; dann wird unser Werk gelingen! und zum Wohl und Heil unseres geliebten Vaterlandes gereichen. Möge mein Erscheinen unter Ihnen in dieser Beziehung ein günstiges sein, mögen wir vereint die Thätigkeit entwickeln, welche von uns erwartet und gehofft wird! — Meine übrigen Geschäfte werden mir nicht erlauben, regelmäßig an Ihren Sitzungen Theil zu nehmen; ich ersuche daher den Herrn Präsidenten, meinen Stellvertreter einberufen zu lassen. Uns alle aber, meine Herren, leite der Ruf und Wahlspruch der Preußen, der sich so oft bewährt hat: Mit Gott für König und Vaterland!"

So offen und männlich diese Erklärung auch war, und so wenig sie einen Jeden überraschen konnte, welcher den Charakter des Prinzen von Preußen kannte, für das Ministerium Camphausen bedeutete sie einen neuen schweren Schlag. Aus all' den Erklärungen des Cabinetspräsidenten schien die Erwartung hervorzugehen, daß der Prinz seine Aussöhnung mit dem Gange der Ereignisse darlegen und demgemäß in Civilkleidung in dem Parlamente erscheinen und sich auch fernerhin an den Berathungen derselben betheiligen werde. Statt dessen aber betrat der Thronfolger in Generalsuniform den Sitzungssaal, erklärte, daß er als erster Unterthan des Königs den Wunsch desselben, eine Verfassung zu vereinbaren, als Befehl betrachte, und errichtete sofort eine Schranke zwischen sich und der Versammlung, indem er seine Absicht, nicht weiter an den Verhandlungen Antheil zu nehmen, unumwunden aussprach. Der Geist seiner Rede war ein ganz anderer, als ihn Camphausen erhofft, vielleicht auf jener Unterredung angedeutet hatte, welche er Tags zuvor mit dem Prinzen gepflogen, und zeigte, daß die schwächlich vermittelnde Haltung des liberalen Cabinets bei dem künftigen Träger der preußischen Krone keinen Anklang gefunden.

Nachdem der Prinz von Preußen die Versammlung verlassen, sanken deren Verhandlungen sofort wieder auf das Niveau der Alltäglichkeit herab. Man zankte sich über die Art der Berathung des Verfassungsentwurfes, der Abgeordnete Kuhr beschuldigte den Präsidenten der Parteilichkeit und böswilligen Absichten, da bestieg der Abgeordnete Berends die Tribüne und stellte folgenden Antrag:

„Die hohe Versammlung wolle in Anerkennung der Revolution zu Protokoll erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl ums Vaterland verdient gemacht haben". Bei Lichte betrachtet, war dieser Antrag ein logischer Widersinn. Eine Revolution, deren Dasein erst durch ein Protokoll beglaubigt werden mußte, war, wie man schon damals erkannte, keine Revolution. Aber andererseits war die Debatte und Beschlußfassung über diesen Gegenstand eine wichtige und folgenschwere. Die Nationalversammlung sah sich durch sie gezwungen, das bisher von ihr cultivirte Gebiet der Interpellationen, Zänkereien

über die Geschäftsordnung und ähnliche Themata zu verlassen und an die großen Fragen der Zeit heranzutreten. Denn durch den Berends'schen Antrag war ihr eine schwierige Alternative gestellt. Nahm sie ihn an, so proclamirte sie offen die Revolution und betrat die Bahnen des Convents. Lehnte sie ihn ab, so verneinte sie mit der Ableugnung der Revolution zugleich ihre eigene Daseinsberechtigung.

Der Antrag wurde sofort zur Berathung gestellt und eine stürmische Debatte entspann sich, in welche namentlich die Abgeordneten von Berg, Stein und Jacoby eingriffen, welch Letzterer, der äußersten Linken angehörig, die Worte aussprach: „Beruf und Vollmacht dieser Versammlung beruht auf dem Grundsatze der Volkssouveränität", ein vielfach als klar und richtig bewunderter Ausspruch, dessen Hinfälligkeit sich schon aus der offiziellen Bezeichnung der zur „Vereinbarung der Staatsverfassung" berufenen Versammlung ergiebt. Camphausen sprach sich unter Hinweis auf die französische und englische Revolution gegen den Antrag aus. Ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wurde abgelehnt, zahlreiche Amendements kamen von allen Seiten und erhitzten die Discussion immer mehr. Noch waren 29 Redner zum Worte gemeldet, als gegen 4 Uhr Nachmittags der Finanzminister Hansemann, dem allgemeinen Wunsche folgend, die Vertagung beantragte und durchsetzte.

Am nächsten Tage wurde die Debatte fortgesetzt; das Princip der Vermittelung war zum Durchbruch gekommen und hatte seine Verkörperung in dem Antrage des Abgeordneten Zachariä gefunden: „Die Versammlung geht in Erwägung, daß die hohe Bedeutung der großen Märzereignisse, denen wir in Verbindung mit der Königlichen Zustimmung den gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustand verdanken, auch das Verdienst der Kämpfer um dieselben unbestritten ist, und überdies die Versammlung ihre Aufgabe nicht darin erkennt, Urtheile abzugeben, sondern die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren, zur Tagesordnung über".

Es war dies ein sehr geschicktes Manöver, um den drohenden Conflict hinauszuschieben, indem dasselbe der großen Masse der Unentschlossenen und Vermittelnden ein unumwundenes Eintreten für ihre politischen Anschauungen ersparte. Mit 196

gegen 177 Stimmen wurde der Antrag Zachariäs angenommen und damit die Berends'sche Resolution beseitigt. Gegen die letztere hatte sich besonders Hansemann und der Prediger Sydow geäußert, derselbe Geistliche, welcher bei der Todtenfeier des 21. März nicht Worte genug zum Ruhme der gefallenen Barrikadenkämpfer hatte finden können.

Die Erregung, in welcher sich die Hauptstadt schon ohnedies seit dem 22. Mai befand, war begreiflicherweise durch den Berends'schen Antrag auf das Höchste gesteigert worden. Selbst das Erscheinen des Prinzen von Preußen in der Nationalversammlung und die Worte, die er dort gesprochen, verloren in der öffentlichen Aufmerksamkeit an Bedeutung gegenüber der Frage, ob die Versammlung die Revolution anerkennen wolle oder nicht.

Schon am frühen Morgen des 9. Juni fanden sich an dem Kastanienwäldchen vor der Singakademie einzelne Gruppen zusammen, welche bis gegen Mittag zu einer großen Menschenmenge anschwollen. Die Aufregung stieg immer mehr, drohende Worte wurden laut, man sprach schon davon, die Kammer zu stürmen, begnügte sich aber dann damit, eine Deputation zu dem Präsidenten Milde zu schicken, um Nachricht über das Schicksal des Berends'schen Antrages einzuziehen. Kaum war diese Abordnung, ohne einen bestimmten Bescheid erhalten zu haben, zurückgekehrt, als sich die Nachricht von der Annahme des Zachariä'schen Antrages verbreitete und größte Entrüstung hervorrief. Die mißliebigen Abgeordneten wurden bei ihrem Heraustreten aus der Singakademie von der Menge mit Geschrei und Schimpfreden empfangen, der Prediger Sydow und der Staatsminister von Arnim thätlich mißhandelt. „Der Garten vor der Singakademie“, berichtet ein Augenzeuge, „wie das Gebäude selbst, war von Bürgerwehr besetzt und befand sich Niemand darin, der nicht darein gehörte. Außerhalb dieses Rayon hatten sich Gruppen gebildet, als in weißgefüttertem Mantel, den einen, kürzern Fuß durch einen Knotenstock unterstützt, mit langem Schnurr- und Knebelbart ein ältlicher Herr aus der Singakademie an die nächsten Gruppen herantrat und, gefragt, wie die Abstimmung ausgefallen sei, in barschem Tone

erwiderte: Was wollt ihr? Was steht ihr hier? Und als man ihm erwiderte, was man wolle, da fuhr er noch barscher aus: Das werdet ihr morgen erfahren! — Geht nach Hause, an euere Arbeit! Eben wollte er seinen Weg fortsetzen, als eine Stimme aus der Volksmasse rief: Das ist der Minister von Arnim! Da wurde lautes Geschrei erhoben, ein dichter Menschenknäuel umgab ihn, stets enger ihn umringend. Hängt den Kerl auf! Schlagt ihn todt! schrie es wild durch einander. Knittel wurden hochgeschwungen. Eingepreßt in die Masse wurde er hin- und hergedrängt, und an eine Befreiung des Ministers war augenblicklich nicht zu denken. Er war in Gefahr, da jede Abmahnung Besonnener ohne Erfolg blieb. Da drängte sich eine Zahl junger Leute, mehrere Studenten an der Spitze, zu seiner Rettung durch. Bringt ihn nach der Universität! riefen sie. Der Haufe stimmte mit ein in den Ruf und wälzte sich langsam zum Universitätsgebäude hin. Auf diese Weise wurde dieses Lokal erreicht, welches für den Minister ein Asyl wurde. Während dessen währte vor der Singakademie und im Kastanienwäldchen der Lärm fort. Fast eine halbe Stunde nachher kam ein großer, hagerer Mann aus der Singakademie und schritt langsam auf die Gruppen zu. Augenblicklich erscholl wildes Geschrei; man erkannte in dem Erschienenen den Prediger Sydow; ihm widerfuhr eine ähnliche Behandlung wie seinem Vorgänger; aber Studenten schützten ihn und führten ihn zur Universität, woselbst er unversehrt ankam und sich von dort ruhig entfernte."

Nach allen Berichten bewahrte von Arnim große Kaltblütigkeit und ließ während des ganzen Auftrittes nicht einmal seine brennende Cigarre ausgehen, während Sydow sich in höchster Angst befand und dem Volke versicherte, er werde nie wieder in die Nationalversammlung gehen. Weitere Excesse der gröbsten Art wurden nur durch die Bemühungen der volksthümlichen Deputirten, Berends, Jung, Temme, Graf Reichenbach u. A. verhindert.

Die Vorgänge vor der Singakademie, welche das Vorspiel zu dem die völlige Verwilderung der Berliner Bewegung kennzeichnenden Zeughaussturme bildeten, erregten allgemeine Mißbilligung. Bereits hielten die Preußenvereine in den Provinzen

die Zeit für gekommen, um in einer Reihe von Adressen die Nationalversammlung zur Wahl einer anderen Stadt als Tagungsort aufzufordern und zugleich zu ersprießlicherer Thätigkeit zu ermahnen. Der Magistrat, die Stadtverordnetenversammlung, das Polizeipräsidium suchten der Wiederholung solcher Vorfälle vorzubeugen. Die Bürgerwehr, an deren Spitze jetzt an Stelle v. Aschoffs der Major Blesson getreten war, stellte sich der Versammlung zur Verfügung und diese selbst berieth in ihren nächsten Sitzungen die Mittel, um die freie Meinungsäußerung der Volksvertreter zu schützen, nahm dann aber den Antrag Uhlichs an und erklärte, „daß sie keines Schutzes Bewaffneter bedürfe, sondern sich unter den Schutz der Berliner Bevölkerung stelle".

Eine dumpfe, gewitterschwüle Ruhe lag seit dem 9. Juni über Berlin.

4.

Der Zeughaussturm.

Am 13. Juni erließ der neue Commandant der Bürgerwehr, Major Blesson, einen Tagesbefehl, welcher allgemeines Aufsehen erregte. Gleich als ob der Ausbruch einer neuen Straßenschlacht bereits in Aussicht stehe, wurden den einzelnen Bataillonen der Bürgerwehr ihre Aufstellungspunkte vorgeschrieben und die Vermuthung ausgesprochen, daß der Patrouillendienst in den nächsten Tagen wahrscheinlich ein lebhafter sein werde. Diese Maßregeln schienen, vereint mit der fieberhaften Thätigkeit, welche die demokratischen Führer und Vereine entwickelten, ganz dazu angethan, um die übelsten Vorahnungen zu rechtfertigen, und mit allgemeiner Besorgniß sah man dem nächsten Tage entgegen.

Schon am frühen Morgen des 14. füllten große Menschenmassen die Straßen und bildeten namentlich Unter den Linden, vor dem königlichen Schlosse und der Singakademie dichte Gruppen, ohne daß es vorerst zu Thätlichkeiten kam. Die radicalen Abgeordneten, welche sich zu der Sitzung der Nationalversammlung begaben, wurden stürmisch begrüßt. Die zahlreich

an dem Kastanienwäldchen aufgestellte Bürgerwehr hielt das Volk zurück, so daß das Parlament seine an diesem Tage sehr lebhaften Debatten, welche sich um die Vorkommnisse des 9. drehten, fortsetzen konnte. Die Aufmerksamkeit des Volkes richtete sich auf einen anderen Punkt, nämlich das königliche Schloß, woselbst man seit Kurzem dasjenige Portal, welches unmittelbar zu den Gemächern Friedrich Wilhelms führte, durch große, eiserne Gitter abgeschlossen hatte. Diese Maßnahme reizte den Zorn der Menge. Gegen 1 Uhr Mittags setzte sich plötzlich ein großer Haufen nach dem Schlosse in Bewegung, riß die Gitter heraus und trug sie unter Triumphgeschrei nach der Universität, woselbst sie den Studenten zur Aufbewahrung übergeben wurden. Einige Wochen später wurden die Gitter, ohne daß es zu neuen Tumulten kam, wieder an ihren Platz gebracht. Mit diesem Unternehmen schien der Thatendrang der Menge vorläufig gestillt. Sie schaarte sich wieder in verhältnißmäßiger Ruhe um die Singakademie und ließ, als gegen 4 Uhr Nachmittags die Sitzungen der Versammlung geschlossen wurde, auch die mißliebigen Abgeordneten ungehindert passiren.

Unterdessen aber war es an anderen Punkten der Stadt bereits zu blutigen Auftritten gekommen. Schon seit dem Morgen durchzogen Arbeiterabtheilungen mit rothen Fahnen und drohenden Rufen die Straßen, in welchen die Volksführer der untersten Sorte, Urban, Korn, Löwinson, Siegrist u. A. das „Volk“ aufreizten, sich mit Gewalt die Waffen zu verschaffen, welche die Regierung bisher nur den Bürgern anvertraut.

Schon am Vormittage hatten diese Umtriebe ihre Wirkung gehabt, eine Schaar von 30—40 Arbeitern war von dem Kroll'schen Etablissement im Thiergarten aus, unter Vorantragung einer rothen Fahne mit der Inschrift: „Republik der brotlosen Arbeiter“ nach dem Brandenburger Thor gezogen und mit dem hier auf Wache befindlichen Bürgerwehrbataillon zusammengestoßen. Nach kurzem Kampfe wurden die Arbeiter zurückgetrieben, mehrere von ihnen verwundet, andere gefangen genommen. Auch an zahlreichen anderen Punkten kam es zu Tumulten, so zog ein Student Friedrich mit einer Arbeiterschaar durch die Straßen und rief die Republik aus; es lief ferner

das Gerücht um, daß in dem Zeughause sich eine starke Militär-abtheilung befinde, um die Waffen auszuräumen, ein Gerücht, welches die alsbaldige Entsendung einer Volksdeputation zu Blesson und nach dem Kriegsministerium zur Folge hatte. Eine große Menge Menschen begleitete die Abordnung und verübte in der Leipzigerstraße einen derartigen Tumult, daß die Bürgerwehr mit dem Bajonette die Ansammlungen zerstreute, wobei wiederum einige Verwundungen vorkamen. Der Führer dieser ganzen Demonstration, ein gewisser Feenburg, welcher zuvor in Schleswig-Holstein gekämpft hatte, wurde verhaftet. Nach einiger Zeit war die Ruhe hier durch die Bürgerwehr wiederhergestellt, nachdem eine Compagnie derselben eine in aller Eile aus einem Möbelwagen und einigen Brückenbohlen improvisirte Barrikade genommen hatte. Inzwischen aber war durch alle diese Vorkommnisse die Aufregung dermaßen gestiegen, daß man allgemein mit dem Einbruche der Dunkelheit den Beginn ernsterer Unruhen erwartete. Den Mittelpunkt der ganzen Bewegung bildete jetzt das Zeughaus mit seinen großen Waffenvorräthen. Gelang es, sich dieser zu bemächtigen und die Arbeiter damit zu versehen, so waren die Bürgerwehr und das wenige Militär machtlos.

Eine ungeheure Menschenmenge umstand gegen Abend das mächtige Gebäude, welches im Innern von einer Compagnie Linienmilitär, außen von einem Bataillon Bürgerwehr unter Major Benda besetzt war. Die Haltung des Volkes war bereits eine sehr aufgeregte. Es untersuchte die Gewehre und Patrontaschen der Nationalgarde, um sich zu überzeugen, daß dieselbe nicht auf die Menge zu schießen beabsichtige, rief ungestüm nach Waffen und ließ sich nur mit Mühe durch die Vorstellungen Bendas davon abhalten, einen Sturm auf das Gebäude zu unternehmen. Im Verhältniß zu den großen, ringsum angestauten Menschenmassen waren die zum Schutze des Zeughauses commandirten Abtheilungen viel zu gering. Die hierauf bezüglichen Dispositionen scheinen völlig verworren gewesen zu sein; denn während ringsum an den nicht bedrohten Orten Mengen von Bürgerwehr und Truppen unthätig standen, ließ man zur Deckung des am meisten gefährdeten Punktes einzelne schwache

Abtheilungen ohne Unterstützung stehen. Dazu kam, daß in den Reihen der Bürgerwehr selbst große Meinungsverschiedenheit herrschte, da viele Nationalgardisten der Ansicht waren, daß allerdings jedem Urwähler das Recht auf Bewaffnung durch den Staat zustehe und man daher dem Volke die im Zeughaus befindlichen Waffen nicht vorenthalten dürfe. Schon am Vormittage war es darüber zum Streite zwischen den einzelnen Compagnieen gekommen.

Immerhin war auch jetzt noch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der 14. Juni das Schicksal seiner Vorgänger, des 20. April und des 14. Mai haben würde, als plötzlich das unvermeidliche „Mißverständniß" der Sache eine unerwartete Wendung gab. Aus einem Volkshaufen fielen gegen 7½ Uhr Abends plötzlich zwei — angeblich blinde — Schüsse, welchen sofort eine Salve aus den Reihen der Bürgerwehr antwortete. Diese verhängnißvollen Schüsse sollen nicht von der Nationalgarde selbst, sondern von einigen Männern abgegeben worden sein, welche sich derselben freiwillig angeschlossen hatten. Zwei Menschen stürzten todt, mehrere andere schwer verletzt nieder, erschreckt stob das Volk aus einander, allein nur, um sich sofort wieder zu sammeln und den Kampf zu beginnen. Man tauchte Tücher in das Blut, befestigte sie an Stöcken und lief, diese improvisirten Fahnen schwingend, unter Kriegsgeschrei durch die Straßen. Die ganze Stadt gerieth in Bewegung, neue Menschenmassen strömten nach den Linden, an mehreren Punkten, so namentlich in der Behren-, Leipziger- und Landsbergerstraße wurden Barrikaden errichtet, die Läden der Büchsenmacher, die Magazine des Opernhauses und des Königstädtischen Theaters erbrochen und die darin befindlichen Waffen herausgeholt. Die Wohnung des Majors Benda, welcher den Befehl zum Feuern gegeben haben sollte, wurde vollkommen demolirt. Es geschah noch außerdem hierdurch Benda ein schweres Unrecht. Denn nicht aus seiner Abtheilung, sondern aus der Compagnie eines Bürgerwehrhauptmanns, welcher den ähnlich klingenden Namen Bender führte, waren die Schüsse gefallen. Die Bürgerwehr griff hier, wie überall, zu spät und ohne Energie ein. Sie war allerdings sofort nach dem Vorfalle am Zeughaus durch das Schlagen des

Generalmarsches versammelt worden; allein der Commandant Blesson hatte völlig den Kopf verloren und ließ drei Bataillone ohne weitere Ordres auf ihren Sammelplätzen stehen, von wo ein großer Theil nach einiger Zeit, da keine Befehle eintrafen, unschlüssig wieder nach Hause ging. Das Militär stand zwar bereit, durfte aber aus eigener Machtvollkommenheit nicht einschreiten. So war es möglich, daß sich die nun folgenden Scenen ereigneten.

Nachdem der erste Schrecken, welchen die Schüsse der Bürgerwehr bei der vor dem Zeughause versammelten Menge erregt, geschwunden war, ging dieselbe, durch neu angekommene Schaaren unterstützt, zum Angriff auf das Zeughaus über. Die schwachen, vor dem Gebäude stehenden Bürgerwehrabtheilungen waren außer Stande, dem Andrang zu widerstehen; sie sowohl, als auch der zum Schutze herbeigeeilte Handwerkerverein verschwanden in der Menschenfluth, welche, die Fenster des Zeughauses einschlagend, und das nach dem Kastanienwäldchen liegende Thor zertrümmernd in das Innere eindrang. Hier stand, wie schon bemerkt, eine Compagnie Infanterie vom 24. Regiment unter Befehl des Hauptmanns Natzmer, mit scharfer Munition versehen und mit Lebensmitteln auf zwei Tage ausgerüstet.

Ein unglückliches Geschick wollte es, daß der Offizier, welchem nunmehr die Rettung des Zeughauses, seiner Waffen und Ruhmestrophäen anvertraut war, ein Mann von durchaus zaghafter Gesinnung war. Statt sofort mit der Gewalt der Waffen den unbewaffneten eindringenden Insurgenten entgegenzutreten — ein Verfahren, welches jedenfalls bis zum Eintreffen der Verstärkungen zum Schutze des Zeughauses genügt hätte —, zog er sich sofort mit seiner Mannschaft in das obere Stockwerk zurück und überließ die unteren Räume der Willkür des Volkes. Allein damit war dem Letzteren noch nicht gedient; stürmisch verlangte die Menge die gänzliche Entfernung des Militärs. Verschiedene Volksführer, wie Korn, Eichler, Löwinson, traten vor und unterhandelten mit dem Hauptmann, selbst ein in der Menge befindlicher preußischer Lieutenant, Techow, schloß sich ihnen an, um v. Natzmer durch falsche Vorspiegelungen zu bewegen, seine nahezu unangreifbare Stellung im oberen Stockwerke zu verlassen. Die

abenteuerlichsten Gerüchte und Mittheilungen von einem Barrikadenkampfe in Potsdam, der Flucht des Königs, der Einsetzung der Republik in Berlin, wurden laut und fanden, von Techow bekräftigt, bei dem Hauptmann von Natzmer Gehör. Das vom Volke selbst wohl kaum Erhoffte geschah; von Natzmer erklärte: „Er wisse wohl, daß er wegen Verlassens seines Postens kriegsrechtlich werde verurtheilt werden; da er aber auf verschiedene, mit der Bitte um Verhaltungsbefehle an den Commandanten abgesandte Meldungen ganz ohne Antwort geblieben sei und deshalb der Nachricht glauben müsse, daß die Truppen die Stadt verlassen hätten, so wolle er lieber sich selbst zum Opfer bringen, als durch Waffengebrauch Ereignisse herbeiführen, deren Folgen unberechenbar seien; er sei bereit, mit der Compagnie abzuziehen, wenn ihm freier, ehrenvoller Abzug gewährt werde".

Wirklich verließ der Hauptmann mit seiner Compagnie unter dem Jubelgeschrei des Volkes das Zeughaus, und nunmehr entwickelten sich jene Scenen, welche einen unvertilgbaren Schandflecken in der Geschichte der preußischen Revolution bilden. Bei Fackelschein begann die eingedrungene Menge das Zeughaus auszuplündern. Zuerst wurden die im unteren Stocke befindlichen Gewehre und Munitionsvorräthe entwendet, unter ihnen auch 1100 Stück des eben erst erfundenen und in seiner Construction geheim gehaltenen Zündnadelgewehres, ein augenblicklich kaum zu ersetzender Schaden für die Armee und kein Gewinn für das Volk, da das letztere nicht die zur Munition erforderlichen besonderen Patronen besaß. Nach dieser Plünderung aber, welche sich immerhin noch aus dem Bestreben des Volkes, sich Waffen zu verschaffen, erklären ließ, trat der eigentliche Pöbel, aus dem Abschaum der Berliner Bevölkerung bestehend, in Thätigkeit und hauste in einer vandalischen Zerstörungswuth in sämmtlichen Räumen des Gebäudes. „Ein nichtswürdiger, beutegieriger Pöbel", schrieb der radicale Demokrat Streckfuß, „wie er ja in allen großen Hauptstädten sich vorfindet, blieb im Zeughause zurück, um in blinder Zerstörungswuth und ekelhafter Raubsucht dort zu hausen und dadurch einen nicht zu verwischenden Fleck zu werfen auf das Volk von Berlin.

Es wurden die alten, zum Gebrauch völlig untauglichen Waffen geraubt, welche nur durch die historischen Erinnerungen, die an ihnen hingen, Werth hatten. Auch die im Zeughause befindlichen Fahnen und Trophäen wurden herabgerissen und das Diebsgesindel scheute sich nicht, von einigen derselben die silbernen Troddeln und Quasten abzuschneiden und dadurch die werthvollen Andenken zu verstümmeln."

In Zeit von kaum einer halben Stunde war auf diese Weise ein Schaden angerichtet, welcher, soweit eine Berechnung möglich war, über 50000 Thaler betrug. Allein dieser materielle Verlust war noch nicht der größte. Für die Zertrümmerung der unersetzbaren alten Waffen, die Zersetzung und Verstümmelung der preußischen Ehrenzeichen gab es keine Entschädigung. „Es drang die Menge ein", schilderte der amtliche, von Oberst v. Griesheim der Nationalversammlung erstattete Bericht, „und es entstand nun auch in der oberen Etage eine grauenvolle Scene der Plünderung, des Diebstahls und der frechsten Vernichtung. Die schönsten neuen Gewehre, mehrere Tausende wurden geraubt, die werthvollen alten Waffen, und wunderbar vorzugsweise die mit Silber beschlagenen und mit kunstvollen Elfenbeinarbeiten verzierten, wurden gestohlen. Die schönen Modelle der hiesigen und fremden Artillerie, in kurzer Zeit gar nicht wiederherstellbar, wurden zertrümmert, zertreten und heruntergeworfen. Die mit preußischem Blute eroberten feindlichen Fahnen wurden theilweise von den Wänden gerissen, zerbrochen und zertreten. — Ein großer Theil derselben Waffen, welche aus dem Zeughaus genommen sind, ist noch in derselben Nacht für einen Spottpreis verkauft worden. Für wenige Groschen hat man in allen Straßen Waffen kaufen können; sie waren ein Handelsartikel geworden. Es war also nicht, wie man behaupten möchte, das Streben nach Wehrbarkeit, das Streben, sich Vertheidigungswaffen in die Hand zu bringen, was hier den Angriff auf das Zeughaus hervorgerufen hat: bei dem großen Haufen wenigstens ist es gewiß nicht der Grund der Handlung gewesen."

Etwa eine halbe Stunde mochten die geschilderten Scenen gedauert haben, als das 10. Bürgerwehrbataillon unter Hauptmann Vogel, von weiteren Abtheilungen der Nationalgarde ge-

folgt, aus eigenem Antriebe heranrückte und binnen Kurzem das plündernde Gesindel auseinanderjagte. Wie es hierbei zuging, schildert in lebendiger Weise Gneist in seinen „Berliner Zuständen" (S. 17 ff.): „Nach 10 Uhr, in schönster Mondnacht, befand ich mich selbst vor dem Zeughause. Ich war, als meine Compagnie alarmirt wurde, nicht zu Hause gewesen, eilte aber, als ich davon Kenntniß erhielt, fort, um sie aufzusuchen, was mir, aller Mühe ungeachtet, nicht gelingen wollte. Eben dies hatte mich vor das Zeughaus geführt. Ich fand auf der neuen Wache, welche sehr stark mit Bürgerwehr besetzt war, Alles in gemüthlicher Ruhe sitzen oder auf- und abspazieren. Der Raum zwischen der neuen Wache war frei, nur um das gegenüberliegende Thor des Zeughauses stand noch ein Haufen Menschen, scheinbar unthätig. Von Bürgerwehr um das Zeughaus herum konnte ich nichts bemerken. Ich erkundigte mich, wie es beim Zeughaus stehe, konnte aber keine Antwort erhalten, weil die Wehrmänner mit einem Manne discutirten, der behauptete, von der Bürgerwehr verwundet zu sein, und seine Wunden überall herumzeigte. Ich durfte voraussetzen, daß der Cravall für heute zu Ende sei, um so mehr, als es bekannt war, daß im Innern des Zeughauses 200 Mann Infanterie lagen. Ich ging daher ruhig nach dem Gendarmenmarkt zurück, um den dort stehenden 3 Compagnieen Nachricht zu geben und plauderte eben mit einigen mir bekannten Zugführern, als der Stadtverordnete S. athemlos mit der Nachricht herbeieilte, «das Zeughaus sei vor einer Viertelstunde vom Volke erstürmt». Die auf dem Gendarmenmarkt stehenden Compagnieen zogen hierauf ab, direct vor die der neuen Wache gegenüberliegende Seite des Zeughauses. Von dieser Seite war der Einbruch geschehen, Thür und Fenster eingeschlagen, und über dem Thor stand eine lange Feuerleiter, welche in die Fenster des zweiten Stockes führte. Ich selbst hatte mich einer der letzten Sectionen freiwillig als Flügelmann angeschlossen und kam, als wir Halt machten, vor das fünfte Fenster diesseits des Thores zu stehen. Die Scene, obgleich in schönster Mondnacht, hatte etwas Unheimliches. Vor dem Thore brannten düster einige Fackeln, im Innern des Zeughauses war tiefe Finsterniß und nur aus einem gewissen

Raume ließ sich vermuthen, daß eine große Anzahl Menschen darin thätig war. Die Compagnieen standen einen Augenblick bewegungslos. Die Führer schienen sich zu besprechen, in welcher Weise es rathsam sei, mit diesen etwa 200 Mann weiter vorzudringen. Da kam der Hauptmann Vogel (derselbe muthige Führer, welcher bei dem Arbeitertumult im October zuerst die Barrikade in der Roßstraße bestieg und dort lebensgefährlich verwundet wurde) auf den überaus glücklichen Gedanken, die Tamboure vor dem Zeughauseingang einen Wirbel schlagen zu lassen. Es war ein infernalischer Lärm, indem der Schall in stiller Nacht von den Zeughauswänden mächtig abprallte — ein Lärm, welcher in uns Allen, wenn nicht kriegerische, jedenfalls lebhafte Empfindungen hervorrief. Dieser Act war entscheidend und augenblicklich verwandelte sich die Scene. Sofort nämlich begannen aus den einzelnen Fenstern Selbstbewaffner herauszuhüpfen, und mit bewunderungswürdiger Geschwindigkeit an der Wand entlang davon zu laufen. Kaum mochten fünf oder sechs entwischt sein, als die Wehrmänner meiner Section nicht mehr zu halten waren. Sie sprangen zu, um die Fliehenden zu erwischen und ein solcher Eifer war plötzlich in uns gefahren, daß drei Wehrmänner auf einmal mit ihren Bajonetten auf einen siebzehnjährigen Jungen losstachen, der noch räsonniren wollte. Ich sprang dazwischen; es war aber auch so böse nicht gemeint. Sonstige Waffenthaten zu vollbringen, wollte uns beim besten Willen nicht gelingen. Es strömten von nun an unausgesetzt Menschen zu den Fenstern heraus. Die ersten versuchten wir zu verhaften. Da es aber an Leuten zum Transport fehlte, ließen wir bald laufen, was nur laufen wollte. Immer mehr aber wurde es die Regel, daß die Abziehenden ein Gewehr bei sich hatten und mitnehmen wollten. Die größere Hälfte gab es jedoch auf Erfordern sogleich ab; manche waren verwundert über eine solche Zumuthung; manche räsonnirten und bekamen eine Ohrfeige, wogegen sie das Gewehr ablieferten; sehr wenige endlich suchten sich gewaltsam durchzudrängen, bekamen dann Rippenstöße und gaben das Gewehr endlich auch ab. In das Zeughaus selbst einzudringen, schien für den ersten Augenblick noch unheimlich. Indessen zwei Männer mit Schützenmützen

stiegen muthig in eines der niedrigen Fenster hinein, um den Abziehenden schon vor dem Ausgange das Gewehr abzunehmen. Einige Minuten später rückte die Bürgerwehr weiter vor und die vordersten Sectionen zum Thor in das Zeughaus hinein, so daß ich unmittelbar vor das Thor an den Fuß der dort stehenden Feuerleiter postirt wurde, wo ich bis zum Schluß, also etwa im Mittelpunkt des ganzen Dramas, gestanden habe. In der Zwischenzeit waren von der Seite des Kastanienwäldchens mehrere Compagnieen Bürgerwehr herangerückt, welche jedoch keinen thätigen Antheil an der Entwaffnung zu nehmen schienen. Es fehlte so sehr an einer Disposition, daß wir sogar von Zeit zu Zeit von weit überlegenen Volksmassen eingeschlossen waren, welche indessen keine ernsten Absichten zu haben schienen. Einige von ihnen wandten sich ganz verwundert an mich und andere mit der Frage, wie wir dazu kämen, die Volksbewaffnung zu hindern. Es entstand zuweilen ein umständlicher Disput über die Frage; auch gab es noch öfter Ohrfeigen. Sehr selten bedurfte es wirklicher Gewalt, um einem Einzelnen das Gewehr wegzunehmen. Während wir mitten hierin beschäftigt waren, rückte zum Ueberfluß ein Bataillon des 24. Regiments mit Fahne und klingendem Spiel vor dem Finanzministerium vorbei in die Mollersgasse hinein und machte vor dem dortigen Zeughauseingang Halt. Fortwährend strömten indessen die Ausreißer aus dem Zeughaus heraus und das Erdgeschoß mochte so ziemlich ausgeleert sein, als das Linienbataillon mit Trommelschlag einrückte. Dies war das Signal für die im oberen Stock befindlichen, vielleicht hundert bis zweihundert Menschen, sich schleunigst aus dem Staube zu machen. Alle Fenster öffneten sich, man stieg auf das breite, vor dem Fenster befindliche Gesims hinaus, und drückte sich das Gesims entlang bis zu der Feuerleiter, auf welcher die Einzelnen nun hinunterkletterten. Naiver Weise brachte die Mehrzahl auch von diesen ein Gewehr mit, welches natürlich jedem Einzelnen sofort abgenommen wurde, meistens gegen Empfang einer Ohrfeige. Bei dieser Gelegenheit wurden einige Gewehre von oben herunter auf das Pflaster geworfen, auch stürzte ein Mensch von dem Gesims herab. Dies sind jedoch die einzigen Gefährlichkeiten, die mir bei der Action

vorgekommen sind; ich habe auch sonst von keiner Beschädigung weiter gehört."

Gegen Mitternacht langte auf Befehl des Generals von Aschoff Oberst Lange mit dem 1. Bataillon des 24. Regiments an. An allen anderen Punkten der Stadt waren die Unruhen mit leichter Mühe unterdrückt worden, so daß nach Mitternacht völlige Ruhe in der Stadt herrschte.

Es waren niederdrückende und beschämende Empfindungen, welche sich am nächsten Tage, nachdem sich aus dem Wirrwarr der gegenseitigen Anschuldigungen der wahre Sachverhalt herausschälte, sämmtlicher Parteien bemächtigten, und um so peinlicher waren diese Gefühle, als man sich sagen mußte, daß mit einem geringen Aufwand von Kraft und Umsicht das Ganze hätte verhindert werden können. Die Hauptschuld trugen unzweifelhaft die Demokratenführer, welche in Zeitungen und Vereinsreden seit Wochen die Massen aufgestachelt und nunmehr sich, wie gewöhnlich, unfähig bewiesen hatten, sie zu leiten. Aber auch die Bürgerwehr hatte gezeigt, daß sie nicht im Stande war, einen so planlosen und von der Hefe des Volkes unternommenen Exceß, wie es der Zeughaussturm war, rechtzeitig zu unterdrücken. Allerdings trug die Kopflosigkeit ihres Commandanten, welchen man offen des Verrathes beschuldigte, viel zu diesem niederschlagenden Resultate bei, aber bei einiger Thatkraft und Umsicht der unteren Führer und einzelner Bürger hätte auch die mangelnde Leitung ersetzt werden können.

Diejenige Partei, welche den meisten Vortheil aus dem ganzen Vorfalle zog, war die conservative. In den Provinzen erhob sich ein Sturm der Entrüstung, der handgreifliche Beweis war geliefert, daß die Berliner Bewegung überhaupt keine Revolution des ganzen Volkes, sondern ein Spiel des zügellosen Pöbels war. Allerdings aber vermochten auch die Anhänger des geschichtlichen Bestandes nicht alle Schuld auf die Demokraten und das revolutionäre Institut der Bürgerwehr zu schieben; denn den letzten Anstoß zur Plünderung des Zeughauses hatte der Abmarsch des Hauptmanns von Natzmer mit dem Linienmilitär gegeben.

Da das Geschehene nicht mehr zu ändern war, so suchte man jetzt durch strenge, nach allen Seiten verhängte Strafen

einer Wiederholung solcher Vorkommnisse vorzubeugen. v. Natzmer erhielt durch den Spruch des Kriegsgerichtes eine Festungsstrafe von 10, ein Offizier seiner Compagnie, Arnauld de la Perière, von 3 Jahren. Beide wurden aus dem Dienst entlassen, ebenso jener Lieutenant Techow, dessen falsche Rathschläge hauptsächlich den unglücklichen Hauptmann zu seinem Schritte bewogen hatten, und welcher dafür 15 Jahre Festung erhielt. v. Natzmer wurde nach einiger Zeit begnadigt. Techow entsprang aus dem Gefängniß und flüchtete in das Ausland. Im Frühjahre 1888 kam er von Australien, wo er sich zuletzt aufgehalten, nach der Schweiz und reichte von hier ein Amnestiegesuch ein, um den Rest seiner Tage in der Heimat, die er seit 40 Jahren nicht gesehen, verleben zu können. Sein Gesuch wurde abschlägig beschieden und Techow kehrte nach Australien zurück. Blesson wurde sofort seines Amtes entsetzt, nachdem er versucht hatte, sein Benehmen durch die schlaffe Haltung der Bürgerwehr zu erklären, und diese Aussage wieder hatte zurücknehmen müssen. Der gewesene Artilleriemajor Rimpler trat an seine Stelle.

Was endlich die Urheber des Aufstandes betrifft, so wurde wegen des Aushebens der Schloßgitter der sog. Lindenmüller, ein Kaufmann Müller, welcher die allabendlichen Versammlungen unter den Linden, dem „Lindenklub“ zu leiten pflegte, vor Gericht gestellt. Der Tumult vor dem Kriegsministerium brachte Feenburg, Glade und Genossen, die Proclamirung der Republik den Studenten Friedrich, die Zerstörung der Benda'schen Wohnung den Volksmann Gericke vor die Schranken. Wegen des Zeughauseinbruches wurde gegen eine ganze Reihe von Volksführern, namentlich den Thierarzt Urban, Korn, Siegrist, Löwinson, die Untersuchung eröffnet. Auch gegen ein Mitglied des Nationalparlamentes, den Rittmeister a. D. Kuhr, wurde späterhin mit Genehmigung der Versammlung das gerichtliche Verfahren eingeleitet. Der größte Theil der Verhafteten wurde für schuldig befunden und zu Festungsstrafen von einem bis zu sieben Jahren verurtheilt. Zugleich wurden durch die Bürgerwehr umfassende Haussuchungen und Streifzüge vorgenommen und auf diese Weise ein großer Theil der gestohlenen Gegenstände, namentlich der Zündnadelgewehre, wieder herbeigeschafft.

Dem Zeughauseinbruche sollte sich bald ein weiteres folgenschweres Ereigniß anschließen. Die Nationalversammlung hatte, wie erwähnt, in diesen Tagen die Vorfälle des 9. und die zum Schutze der Versammlung erforderlichen Maßregeln discutirt und am 15. Juni sich unter den Schutz der Berliner Bevölkerung gestellt. Die freie Meinungsäußerung der mißliebigen Abgeordneten blieb mithin nach wie vor gefährdet, wenn auch unter dem unmittelbaren Eindrucke der Excesse des 14. die tiefste Ruhe in der Hauptstadt herrschte. In derselben Sitzung aber that die Versammlung einen entscheidenden Schritt. Die Abgeordneten Wachsmuth, Waldeck und Harrassowitz hatten einen combinirten Antrag gestellt, des Inhalts:

„Die Versammlung wolle beschließen:

„daß eine Commission, bestehend aus 3 zu wählenden Mitgliedern aus jeder Abtheilung, also aus 24 Personen zu ernennen, und diese unter Zufertigung des Regierungsentwurfes und Mittheilung aller auf die Verfassung bezüglichen Petitionen und Anträge dessen Berathung, eventualiter dessen Umarbeitung oder die Ausarbeitung eines neuen Entwurfs aufzutragen; den solchergestalt ausgearbeiteten Entwurf dann in den Abtheilungen zu berathen und durch die Centralcommission vor das Plenum der Versammlung zu bringen".

Mit 188 gegen 142 Stimmen wurde in namentlicher Abstimmung dieser Antrag zum Beschluß erhoben und damit in aller Form die voraussichtliche Ablehnung des von der Regierung eingebrachten Verfassungsentwurfes ausgesprochen, welcher das wesentlichste, vielleicht das einzige positive Ergebniß der Thätigkeit des Ministeriums war. Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten. Nachdem in der Sitzung des nächsten Tages die Unverletzlichkeit der Abgeordneten festgesetzt worden war und über den Antrag des Abgeordneten Rodbertus, welcher die unpatriotische Haltung der Einzelregierungen Dänemark gegenüber beklagte, sich eine längere Debatte zwischen dem Antragsteller und dem Ministerpräsidenten entsponnen hatte, reichten am 18. Juni der Kriegsminister von Canitz, welcher an von Reyhers Stelle getreten war, der Minister des Aeußeren, Freiherr von Arnim, und der des Cultus, Graf Schwerin, ihre Entlassung

ein. Gleichzeitig dankte auch der allgemein beliebte Polizeipräsident von Minutoli, welcher die schwierige Aufgabe, es mit keiner Partei zu verderben, bisher glücklich durchgeführt hatte, ab und wurde durch von Bardeleben ersetzt.

Es war noch keine eigentliche Cabinetskrisis eingetreten, da die leitenden Kräfte des Ministeriums, Camphausen und Hansemann, noch auf ihren Plätzen verblieben. Immerhin aber mußte die Nationalversammlung, da die freigewordenen Stellen mit Ausnahme derjenigen des Kriegsministers sich nicht sofort besetzen ließen, ihre Sitzungen bis zum 20. Juni vertagen. Als aber am letztgenannten Zeitpunkte das Parlament wieder zusammentrat, lief folgendes Schreiben Camphausens an den Präsidenten Milde ein:

„Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich ergebenst zu benachrichtigen, daß es mir nicht gelungen ist, die in der vorigen Sitzung in Aussicht gestellte Ergänzung des Ministeriums vollständig zu bewirken, und daß ich demnach Se. Majestät den König um meine Entlassung gebeten habe; Euer Hochwohlgeboren stelle ich anheim, die Plenarsitzungen der Nationalversammlung für einige Tage aussetzen zu lassen.

Berlin, den 20. Juni 1848.

Mit vollkommenster Hochachtung
(gez.) Camphausen."

Die Kammer, welche zuvor die gutsherrlich-bäuerlichen Lasten berathen hatte, hob darauf hin ihre Sitzungen abermals und zwar bis zum 26. auf.

Das war das Ende des Ministeriums Camphausen, welches vom 29. März bis zum 20. Juni, also beinahe ein Vierteljahr an der Spitze der Geschäfte gestanden hatte. Die großen Hoffnungen, welche man an seine Thätigkeit geknüpft, waren von ihm nicht erfüllt worden. Weder hatte das Cabinet vermocht, sein leitendes Princip, die Versöhnung der Gegensätze, welche der 18. März geschaffen, durchzusetzen, — denn weiter als je klaffte die Kluft zwischen dem Treiben der bereits nahezu der Pöbelherrschaft preisgegebenen Hauptstadt und der größtentheils conservativ gesinnten Bevölkerung der Provinzen — noch hatte es im Einzelnen irgend einen nachhaltigen Erfolg zu erzielen

vermocht. Die brennendsten Fragen, wie die Festsetzung der künftigen Verfassung, die Regelung der bäuerlichen Lasten, die Stellung der Armee zu den Reformen, das Verhalten Preußens in der deutschen Einheitsbewegung und in der äußeren Politik, all' dies schwebte noch der in Luft, und was das Ministerium an sonstigen Maßnahmen zu verzeichnen hatte, die Einberufung des Vereinigten Landtags, die verunglückte Wahl der deutschen Volksvertreter aus den Provinzialständen, die Einführung des indirecten Wahlsystems, die Rückkehr des Prinzen von Preußen und seine Rede in der Nationalversammlung, der Verfassungsentwurf und Anderes, war lediglich eine ununterbrochene Reihe von Mißerfolgen gewesen, deren Schuld auf Camphausen als die Seele des Cabinets fiel. Es fehlte dem wahrhaft vornehm denkenden und geistig hervorragenden Manne, welchem sein hohes Amt nichts weniger als eine Quelle der Freude oder des Stolzes war, nicht an Kenntnissen und Umsicht, wohl aber an jener frischen Thatkraft, jener derben Rücksichtslosigkeit im Handeln und Empfinden, deren der Staatsmann, zumal in solcher Zeit, nicht zu entrathen vermag.

Vieles von dem, was das Ministerium in seiner dreimonatlichen Thätigkeit unterlassen oder verfehlt hatte, konnte durch seine Nachfolger noch nachgeholt und verbessert werden. Der größte Mißgriff aber, den Camphausen als Staatsmann begangen, ließ sich nicht wieder gut machen. Er hatte den König, um ihn dem Treiben der Parteien zu entziehen, veranlaßt, seine Hauptstadt zu verlassen, deren anarchischer Zustand gerade dadurch am meisten gefördert wurde, und in Potsdam sein Hoflager aufzuschlagen; dieser Schritt, durch welchen Camphausen seinen Gegnern, den reactionär und absolutistisch Gesinnten, geradezu in die Hände arbeitete, war ein schlagender Beweis, wie sehr der Ministerpräsident einer der nothwendigsten Eigenschaften des Staatsmannes, der Menschenkenntniß, ermangelte. Wer auch nur oberflächlich mit dem Charakter Friedrich Wilhelms vertraut war, mußte sich sagen, daß der schwankende, nur zu sehr den Eindrücken des Augenblickes unterworfene Monarch dort in Potsdam, von seinen Generälen und Garden umringt, von seinen früheren Berathern und Vertrauten um-

geben, dem Anblicke der Revolution und ihres betäubenden Treibens entzogen, in Kurzem wieder zu jenen seinem innersten Wesen entspringenden Anschauungen des Königthums von Gottes Gnaden zurückkehren werde, deren er sich halb willenlos in dem Sturme und Drange der Märztage entäußert hatte. Und das eben war es, was die „Anhänger des geschichtlichen Bestandes" wünschten. War der König einmal so weit gebracht, dann that die Armee das Uebrige, der aufrührerischen Hauptstadt und der Volksvertretung blieb nur die Wahl zwischen freiwilliger und gezwungener Unterwerfung übrig.

5.

Das Ministerium der That.

Mit dem Falle des Ministeriums Camphausen schloß der erste Abschnitt in der Thätigkeit der preußischen Nationalversammlung. Es hatte sich schon jetzt gezeigt, daß dem Parlamente die zur Durchführung seiner schwierigen Aufgabe der „Vereinbarung" nöthige Kraft und Umsicht, ja selbst das Taktgefühl mangelte, und sich unter den 400 Mitgliedern des Landtages auch nicht ein Einziger befand, welcher auf den Rang eines wirklichen Staatsmannes Anspruch erheben konnte. Allerdings waren im Laufe der Debatten mehrere Persönlichkeiten in den Vordergrund getreten und hatten den Versuch gemacht, sich zu Parteihäuptern emporzuschwingen, wie von Unruh, Waldeck, Jacoby, d'Ester, von Berg und Andere, allein die vollkommene Verworrenheit der Verhältnisse, die Unklarheit der Stellung des Parlaments erforderte ganz andere Geister, als es diese leitenden Männer waren. Eine eigentliche Fractionsbildung hatte zudem bisher noch nicht stattgefunden, theils aus Mangel hervorragender Führer, um welche sich die Parteien hätten gruppiren können, theils weil das Ministerium Camphausen es stets verschmäht hatte, sich eine zuverlässige und erprobte Unterstützung in dem Parlamente zu gewinnen. Der größte Theil der preußischen Volksvertreter war selbst, wie sich dies bereits gezeigt hatte, rathlos und auf fremde Initiative

angewiesen. Es ist daher, wie v. Unruh versichert[1], wohl anzunehmen, daß Camphausen, sobald er aus seiner zuwartenden Unthätigkeit heraustrat und die Leitung der Ereignisse übernahm, die gesammten nicht extrem gesinnten Elemente der Versammlung, mindestens 300 Abgeordnete, mit sich gezogen und zu einer großen Mittelpartei vereint hätte. Dies war nicht geschehen. Die Dinge lagen nunmehr so, daß sich sowohl eine äußerste Rechte, die conservativ und absolutistisch Gesinnten, und eine radicale Linke, die eigentlichen Demokraten und wohl auch einzelne Republikaner, abgezweigt hatten. Beide Parteien waren ziemlich zahlreich; die Rechte, aus welcher sich später noch ein rechtes Centrum von etwa 20 Stimmen unter Harkort absonderte, mochte mindestens 80—120, die Linke etwa 60 Mitglieder zählen, welche sich späterhin bis auf 114 verstärkten. Was dazwischen lag, zerfiel in zwei Fractionen, welche sich alle beide als linkes Centrum bezeichneten. Die gemäßigtere derselben war die Partei, welche zunächst im Blumengarten, dann in dem Hotel de Russie zusammentrat, die weiter nach links stehende — das eigentliche linke Centrum — die des Hotel Petersburg, welche sich später in dem Mielentz'schen Locale vereinigte. Ein wesentlicher Unterschied zwischen diesen beiden Parteien war kaum vorhanden, wie denn auch häufig Abgeordnete, so u. A. von Unruhe, von der einen zur anderen übertraten. Die Organisation und Disciplin dieser sämmtlichen vier Vereinigungen, der Rechten, des Centrums, linken Centrums und der Linken war nach der Lage der Dinge eine äußerst lockere und die Abstimmungen häufig trotz aller Verabredungen der Führer unberechenbar.

Schon aus diesen verworrenen und zerfahrenen Parteiverhältnissen ließ sich ein Rückschluß auf den in dem Parlamente herrschenden Geist ziehen. Von allen Seiten erhoben sich Angriffe gegen das lärmende, unersprießliche und planlose Gebahren der Versammlung. „Hervorgegangen aus den gewaltigsten Ereignissen", schreibt Steinmann, „berufen, die großartigsten Fragen zu lösen, verräth sie — so lauteten die Stimmen — eine

---

[1] Skizzen, S. 42.

wahrhaft erschreckende Bedeutungslosigkeit. Man nannte die Debatten dürr und unfruchtbar; die Volksvertreter seien versammelt, um dem Volke eine Verfassung zu geben; noch haben sie die in ihrem eigenen Schooße wie in der Presse längst angeregte Frage: ob sie sich für eine vereinbarende oder für eine selbstständig constituirende Versammlung halte, nicht einmal zur Debatte gebracht. Alles sei provisorisch, der Präsident, die Vicepräsidenten, die Secretäre, die Abtheilungen, die ganze Versammlung sei provisorisch, wie das Land selbst, und statt sich aus diesem Provisorium herauszuarbeiten, beschäftige man sich nur mit Verweisungen von Anträgen in die Abtheilungen, Interpellationen der Minister u. s. w."

Nicht zum geringsten Theile traf allerdings, wie schon bemerkt, die Schuld an diesen Zuständen das Ministerium Camphausen, welches seinem Vermittelungsprincip gemäß den Dingen ihren Lauf gelassen hatte. Man sah jetzt ein, daß eine solche passive Rolle dem Ministerium in so bewegter Zeit nicht zieme und ostentativ kündete sich das nunmehr zur Regierung gelangende Cabinet als das „Ministerium der That" an.

Ohne Schwierigkeiten war allerdings die Zusammensetzung desselben nicht erfolgt. Als die Seele des neuen Ministeriums war Hansemann zu betrachten, welcher, während seine sämmtlichen Collegen ihre Entlassung eingaben, den Auftrag erhalten hatte, ein neues Cabinet zu bilden. Unzweifelhaft war Hansemann einer der befähigsten und scharfblickendsten Männer, über welche die preußische Krone überhaupt zur Zeit zu verfügen vermochte. Schwerlich konnte der Bürger, wie Stahr schreibt, „einen tüchtigeren im Königreiche finden als den Mann, der Alles durch eigene Kraft geworden, Autodidact im vollen Sinne des Wortes, abgesagter Feind der Büreaukratie und der Aristokratie, bewährt durch eine jahrelange liberale Opposition, ungebrochen durch die entmannende Zucht einer Beamtenkarriere alten Stiles, praktische Erfahrung mit tiefer finanzieller Einsicht, Verstandesschärfe mit Energie, leichte Rührigkeit mit zäher Ausdauer verband. Hansemann war auf die erste Kunde der Berliner Revolution nach der Hauptstadt geeilt. In einer Zeit, wo fast Alles den Kopf verloren hatte, wo die charakterlose

Unselbstständigkeit der alten Bureaukratie in ihrer vollen Schwäche zu Tage trat, imponirte er durch seine gefaßte, besonnene Haltung. Diese ruhige Besonnenheit verließ ihn auch später nicht. Sie entsprang einem Selbstvertrauen, dessen Uebermaß in einem Momente, wo den neuberufenen Staatslenkern fast jedes Selbstvertrauen fehlte, eher für eine Tugend als für einen Fehler gelten konnte. Populär durch sein äußeres Wesen und Behaben, durch den Gegensatz seiner bürgerlich familiären Einfachheit zu der früheren, preußischen Ministerialgrandezza, war er eine Zeitlang sogar der Mann des Volkes. Die Angriffe der Straßenpresse, welche kein Mitglied des Ministeriums Camphausen verschonte, machten mit ihm, «dem einzigen rechten, ganzen Manne», wie ein Pamphlet ihn nannte, allein eine Ausnahme. Auch sehnte sich Niemand darnach, das Hotel des Finanzministers einzunehmen, an dessen Façade die unter ihrer Last keuchenden Steinriesen sehr treffend die ungeheure Bürde versinnlichten, welche auf den Schultern des neuen preußischen Schatzministers lastete."

Neben Hansemann war die bedeutendste Persönlichkeit des Cabinets unstreitig der Generallandschaftsrath Rodbertus, bisher Mitglied des linken Centrums, welchen schon Camphausen zum Eintritt in das Ministerium aufgefordert hatte. Seine Bedingung, es müsse alsdann der Nationalversammlung in Betreff der Verfassungsfrage die volle constituirende Gewalt übertragen werden, war von Camphausen als „eine zu ungeheuere Verantwortung" abgelehnt worden. Auch jetzt ließ sich Rodbertus erst dann bewegen, Hansemann zur Seite zu treten, nachdem nach seinem Wunsche der gleichfalls zum Minister ausersehene bisherige Präsident Milde nicht das Ministerium des Innern, sondern das des Handels erhielt und zum Justizminister der volksthümliche Criminaldirector Märker, statt des zuerst in Aussicht genommenen Vicepräsidenten Esser, ernannt wurde. Das Portefeuille des Innern vertraute man dem Regierungspräsidenten Kühlwetter an, welcher für einen starren Büreaukraten galt, der Posten eines Ackerbauministers, ein neues, von Hansemann eingeführtes Amt, wurde dem Stadtsyndicus Gierke, einem Mitgliede des Hotel de Russie, zu Theil. Das

Kriegsministerium hatte schon zu Beginn der Camphausen'schen Ministerkrisis der General Freiherr von Schreckenstein übernommen.

Es war mithin nur noch die Stelle eines Ministerpräsidenten und Ministers des Auswärtigen offen geblieben. In letzteres Amt war, nach einer Erklärung von Auerswald in der Sitzung vom 20. Juni, ein Freiherr von Schleinitz eingetreten, allein nach wenigen Tagen mit dem Cabinet Camphausen gefallen. Was den Vorsitz im Ministerium betraf, so hätte derselbe nach der Lage der Dinge wohl Hansemann zufallen müssen, allein es ließ sich nicht leugnen, daß Letzterer nicht die geeignete Persönlichkeit zu einer Vermittlerrolle zwischen dem Könige und den reactionären Kreisen in Potsdam einerseits und der Nationalversammlung andererseits war. Es war eine glückliche Wahl, auf diesen Posten einen Mann zu stellen, welcher ein Jugendfreund Friedrich Wilhelms und zugleich ein Mitglied der früheren liberalen Opposition war, den Oberpräsidenten Rudolf von Auerswald, welcher den Vorsitz und provisorisch die Leitung des Aeußeren übernahm, während Hansemann die eigentliche Seele des Cabinets war.

Als am 26. Juni das Parlament wieder zusammentrat, gab zunächst Camphausen, welcher nunmehr als Abgeordneter bei der Rechten der Versammlung saß, in einer beifällig aufgenommenen Rede eine Erklärung seines Rücktritts. Ihm folgte Hansemann, um die Grundsätze des neuen Ministeriums zu entwickeln. Er versprach dauerhafte Begründung der constitutionellen Monarchie, Gesetze über die Bürgerwehr und über die Ablösung der bäuerlichen Lasten, den Entwurf einer freisinnigen Gemeindeordnung, Reorganisation der Rechtspflege und Belebung der Erwerbsthätigkeit und schloß mit den die Anerkennung der Revolution enthaltenden Worten: „Also in der Gesetzgebung, in der Verwaltung, in unserem Thun und Handeln — nicht in abstracten Erklärungen, die verschiedener Deutung ausgesetzt sind, — fassen wir die denkwürdigen Ereignisse des Monats März und unsere Anerkennung der damals stattgehabten Revolution auf, einer Revolution, deren ruhmvoller und eigenthümlicher Charakter darin besteht, daß sie — ohne Umsturz

der staatlichen Verhältnisse — die constitutionelle Freiheit begründet und das Recht zur Geltung gebracht hat. Auf rechtlicher Grundlage steht diese Versammlung, steht die Krone; diese Grundlage halten wir fest".

Beinahe hätte sich diesen Worten unmittelbar der Sturz des Ministeriums angeschlossen. Denn als die Kammer sich nun wieder zu der mäßigen Berathung der Adresse zuwandte, mit welcher man die Thronrede zu beantworten beabsichtigte, forderte Hansemann die Zurückweisung des Adreß-Entwurfes an die Commission mit der Erklärung, daß er diesen seinen Antrag als Vertrauensfrage betrachte. Es entspann sich in Folge dessen eine höchst aufgeregte Debatte, welche nach vielem Lärm zum Siege des Ministeriums, der Zurückweisung der Adresse, führte.

Auch in der nächsten Sitzung vom 27. kam es über die Vertrauensfrage zu tumultarischen Erörterungen, zumal da der Präsident in Folge seiner Ernennung zum Minister sein Amt niedergelegt hatte und die Versammlung mithin ohne Vorsitzenden war. Man schritt zur Neuwahl und erkor mit 238 Stimmen den Abgeordneten Grabow zum Präsidenten. Waldeck erhielt nur 110 Stimmen. Zu Vicepräsidenten wurden die Abgeordneten von Kirchmann, Rosch, Philipps und Jonas gewählt. Welches übrigens bereits der Geist eines Theiles der Versammlung war, zeigte der Umstand, daß am 28. der Abgeordnete Schultze-Wanzleben einen Antrag einbrachte, des Inhaltes, daß der Adelsstand für ewige Zeiten aufgehoben und jedem Staatsbürger gestattet sei, sich Titel und Wappen beizulegen. Der Antrag wurde allerdings zurückgezogen, allein nur aus dem Grunde, weil bereits ein weiterer auf gänzliche Abschaffung des Adels vorlag[1].

---

[1] Ueber den Ton der Debatten meldet der Bericht vom selben Tage (I, 284) nach einer Rede des Abgeordneten Moritz: „Fast allgemeines Bravo, nur von der äußersten Linken größter Tumult. Mehrere Redner verlangen das Wort. Der Schluß der Debatte wird dringend verlangt. Der Abgeordnete Graf Reichenbach besteigt die Tribüne. Die Versammlung will ihn nicht hören. Endlich gelingt es mit Hülfe der Glocke des Präsidenten, demselben das Wort zu ertheilen" u. s. w.

Inzwischen hatten sich in Frankfurt folgenschwere Ereignisse vollzogen. Einen Tag nachdem das Ministerium Auerswald sich constituirt, hatte das Parlament in der Paulskirche auf Gagerns Antrag den berühmten „kühnen Griff“ gethan, welcher sich nachher als ein völliger Mißgriff erwies, und die selbstständige Errichtung einer provisorischen Centralgewalt beschlossen. Zwei Tage darauf, am 29. Juni, war der Erzherzog Johann der Verweser des Deutschen Reiches. In Berlin schien jetzt die Zeit gekommen, in welcher die Regierung ihre Stellung gegenüber den Frankfurter Bestrebungen nehmen und zeigen mußte, ob Preußen in Deutschland aufgehen oder sich der Einheitsbewegung entziehen solle, nachdem es auf deren Führung aus eigenem Willen, oder vielmehr aus eigener Willenlosigkeit verzichtet. In dem Ministerium kam es aus diesem Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten. In einer elfstündigen Verhandlung beriethen die Minister die deutsche Frage und schienen sich bereits über ihre Stellung zu derselben geeinigt zu haben, als es sich ergab, daß sich der preußische Gesandte in Frankfurt bereits, ohne Vorwissen des Ministeriums, der Erklärung des Bundesrathes angeschlossen hatte, nach welcher die Einzelregierungen bereits vor Schluß der Verhandlungen ihre Vertreter instruirt hatten, sich für die Wahl des Erzherzogs zu erklären. Dies bewog Rodbertus, noch in derselben Nacht seinen Austritt aus dem Cabinet zu erklären. Der Regierungsrath von Ladenberg trat an seine Stelle.

Am 4. Juli eröffnete von Auerswald, nach vorausgegangenen Besprechungen in Potsdam, der Nationalversammlung die Stellung der preußischen Regierung gegenüber der Wahl des Reichsverwesers, indem er folgende Erklärung, eines der wichtigsten Aktenstücke der deutschen Einheitsbewegung verlas:

„In gleichem Maße wie die deutsche Nationalversammlung ist Sr. Majestät Regierung von der Nothwendigkeit durchdrungen, unverzüglich eine provisorische Central-Executivgewalt für Deutschland zu schaffen. Sie theilt die Ansicht, daß ein Reichsverweser der geeignetste Träger einer solchen Centralgewalt sei und gibt für dieses zum Heile Deutschlands so bedeutungsvolle Amt Sr. Kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Johann von

Oesterreich, in dessen edeler und volksthümlicher Persönlichkeit die sichere Gewähr für das allgemeine Vertrauen der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes liegt, um so lieber ihre Stimme, als dieses Vertrauen des Volkes sich durch die von der Nationalversammlung in Frankfurt mit großer Stimmenmehrheit auf den Erzherzog gerichtete Wahl auf das Unzweideutigste kundgegeben hat. Die Regierung giebt sich der Hoffnung hin, daß der Erzherzog diesem Wunsche durch die Annahme des Reichsverweseramtes entsprechen werde."

„In dieser Voraussetzung wird nichts dagegen erinnert, daß Ihm, als Reichsverweser, diejenigen Attributionen beigelegt werden, welche in dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 28. Juni näher bezeichnet sind. Die Regierung setzt dabei voraus, daß die gedachte Versammlung, indem sie für die Beschlüsse des Reichsverwesers über Krieg und Frieden ihr Einverständniß verlangt, denselben nicht für alle Fälle an ihre vorgängige Genehmigung habe binden wollen, indem dadurch soche Beschlüsse auf eine Weise erschwert und gehemmt würden, welche für die Sicherheit, die Selbstständigkeit und das Wohl des deutschen Vaterlandes, unter den schwierigen Verhältnissen der Gegenwart, von den verderblichsten Folgen sein könnte. Wenn übrigens die deutsche Nationalversammlung ihre Beschlüsse über die Constituirung einer provisorischen Centralgewalt ohne Mitwirkung der deutschen Regierungen gefaßt hat, so verkennt die Regierung Sr. Majestät nicht, wie die Veranlassung in der außerordentlichen, von mannigfachen Gefahren bedrohten Lage Deutschlands und in der nunmehr bestätigten Ueberzeugung zu suchen ist, daß alle deutschen Regierungen Sr. Kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Johann ihre Stimme für das Reichsverweseramt geben würden. Die Regierung zweifelt deshalb nicht, daß aus diesem Verhalten der deutschen Nationalversammlung in diesem außerordentlichen Falle für die Zukunft Consequenzen nicht werden gezogen werden."

„Wir also gehen von dem Gesichtspunkte aus, daß das Werk der Eintracht am sichersten durch den Geist der Eintracht Aller gefördert werde und daß es nicht erst errungen werden dürfe durch die zu findende nothwendige Form. Wenn wir

in Eintracht das Haus bauen, in dem wir wohnen wollen, dann wird es bestehen und jedem Sturme trotzen. Nachkommende Geschlechter werden über uns zu Gerichte sitzen. Keiner wird ihrem Urtheile entgehen. Möge es alsdann, um zu wissen, wer wir waren, genügen, wenn man auf unserem Grabstein liest: «Er lebte im Jahre 1848 und war ein Sohn des deutschen Vaterlandes!»" —

Mit einem dreifachen donnernden Hoch begrüßte auf Antrag des Präsidenten die Versammlung diese Erklärung als „den ersten Act der Begründung eines freien, einigen und starken deutschen Bundesstaates". Adolph Stahr nennt diese Meinungsäußerung der Regierung die „sammtene Scheide, in welche man das drohend gezeigte preußische Machtschwert zurückstieß", und in der That zeigt ein schärferer Blick auf das schwülstige, in schlechtem Kanzleideutsch abgefaßte Actenstück, daß in diesen Sätzen der Keim aller späteren Zerwürfnisse lag. Zum ersten Male war hier von einer deutschen Regierung die Machtvollkommenheit des Frankfurter Parlaments verneint und die Gültigkeit seiner Beschlüsse von der Beistimmung der Fürsten abhängig gemacht worden. Was des Weiteren die Unterordnung Preußens unter den österreichischen Prinzen als Reichsverweser betraf — eine Unterordnung, welche grell mit jenem Märzversprechen Friedrich Wilhelms, sich an die Spitze der deutschen Bewegung zu stellen, contrastirte —, so war dieselbe mit so zahlreichen Vorbehalten und Voraussetzungen ausgestattet, daß ein Sehender schon jetzt sich sagen mußte, Erzherzog Johann werde stets ein Fürst ohne Land bleiben.

Die Regierung hatte mithin in der Theorie das Verfahren der Paulskirche verurtheilt, in der Praxis den einzelnen Fall, die selbständige Wahl des Reichsverwesers, gelten lassen. In umgekehrtem Sinne stellte jetzt die Linke der preußischen Nationalversammlung folgenden, von Jacoby verfaßten Antrag: „Die preußische constituirende Versammlung kann den von der deutschen Nationalversammlung gefaßten Beschluß nicht billigen, durch welchen ein unverantwortlicher, an die Beschlüsse der Nationalversammlung nicht gebundener Reichsverweser ernannt wird. Sie erklärt aber zugleich, daß die deutsche National-

versammlung befugt war, jenen Beschluß zu fassen, ohne vorher die Zustimmung der einzelnen deutschen Regierungen einzuholen, und daß es daher der preußischen Regierung nicht zustand, Vorbehalte irgend einer Art zu machen."

So war denn wieder eine Principienfrage aufgeworfen und die Erregung allgemein. Berlin war seit dem Zeughaussturm in verhältnißmäßige Ruhe versunken, theils durch die Verhaftung der hervorragendsten Demagogen, theils in Folge der Beschämung, in welche jene Vorgänge einen großen Theil der Bevölkerung versetzt hatten. Immerhin ging es auf den Straßen immer noch stürmisch genug her; im Thiergarten wurden auf den Zeltenversammlungen die Frage, ob Monarchie oder Republik, aufgeworfen und in der Presse eifrig erörtert. Ebenso bildete die Auflösung des Gardecorps und besonders die Abschaffung des Adels einen Hauptgegenstand der Besprechungen. Die Regierung benutzte die augenblickliche Ruhe, um die Garnison zu verstärken. Zwei kriegsstarke Bataillone des 12. Infanterieregimentes rückten am 7. in Berlin ein, ein Reiterregiment sollte ihnen bald folgen.

Am 11. und 12. Juli fand unter großer Aufregung die Berathung des Jacoby'schen Antrages statt. Nicht weniger als 75 Redner hatten sich zum Worte gemeldet, von welchen für den Antrag namentlich Jacoby, Waldeck und Baltzer, gegen ihn mit besonderer Geschicklichkeit v. Berg und viele Andere sprachen[1]. Nach heftiger Debatte, welche bezeichnend genug immer wieder auf den von v. Berg berührten Punkt zurückkam, daß es sich hier um die Frage der Republik oder Monarchie drehe, siegten, wie vorauszusehen, die Gemäßigten. Mit 262 gegen 53 Stimmen wurde der Antrag Jacobys verworfen. 48 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung.

[1] Bis zu welcher Stufe der Trivialität auch in dieser wichtigen Frage die Verhandlungen heruntersanken, zeigt folgender Passus des Protokolles (I, S. 434). „Abgeordneter Butzen: Gerade darin, daß es ein Mann aus fürstlichem Geblüte ist, gerade darin sehen Sie einen Grund, woher Sie sich die Unverantwortlichkeit dieser executiven Gewalt wollen gefallen lassen. (Mehrere Stimmen: Ne! Ne!) Lassen Sie mich doch reden; das «Ne» hilft gar nichts!" (Lachen) u. s. w.

Das Ministerium hatte mithin gesiegt und blieb auch bald darauf in einer unwesentlicheren Frage, der Richtung der Ostbahn, in der Majorität. Von sonstigen Maßnahmen, welche im Laufe des Juli das Cabinet Auerswald-Hansemann traf, war besonders wichtig der am 10. Juli veröffentlichte Gesetzentwurf einer Zwangsanleihe. Der Staat brauchte Geld, zumal sich ein großer Theil der Armee auf dem Kriegsfuße befand und auf dem Wege der freiwilligen Anleihe waren bei den Befürchtungen der Kapitalisten, obwohl man fünf Procent Zinsen bot, keine genügenden Mittel zu erlangen. Nunmehr sollte durch eine progressive Vermögenssteuer, welche jedoch erst bei einem Einkommen von 400 Thalern, bezw. einem Vermögen von 4000 Thalern als Minimum begann, eine Summe eingezogen werden, deren Höhe Hansemann auf 11 Millionen Thaler veranschlagte. Durch weitere Beiträge hoffte man diese Summe bis auf 15 Millionen zu vergrößern. Außerdem wurde die Steuer auf Zucker und Branntwein bedeutend erhöht, wie denn Hansemann schon früher den denkwürdigen Ausspruch gethan, daß „die Freiheit Geld koste“.

Sehr böses Blut aber schuf eine andere Maßregel, welche am 22. in das Leben trat. Auf Veranlassung des Polizeipräsidiums war eine neue Sicherheitspolizei zu Fuße und zu Pferde eingerichtet worden, deren Mitglieder Schutzmänner oder häufiger Constabler genannt wurden. Das Ganze war dem Lande der Erbweisheit entnommen und ein Werk Kühlwetters, welcher späterhin die merkwürdigen Worte fallen ließ: „Meines Erachtens muß der Staat, der recht frei sein will, gerade ein recht großes Polizeipersonal haben“. Die Constabler, in Berlin 1600 an der Zahl, waren militärisch organisirt, trugen Uniform nebst Seitengewehr und häufig auch Schießwaffen und standen unter einem Oberst Kaiser und einer Anzahl Polizeihauptleuten, Lieutenants und Wachtmeistern, Gründe genug für das „Volk“, der neuen Einrichtung sofort das größte Mißtrauen entgegenzubringen. Kaum waren die Constabler auf den Straßen erschienen, als schon die Streitigkeiten begannen und unablässig fortdauerten. In den Provinzen wurde das Institut fast sofort wieder aufgelöst. Auch in der National-

versammlung gab das Constablerwesen Anlaß zu heftigen Angriffen gegen Kühlwetter (9. August), wie denn überhaupt selbst von Unruh das Gebahren der Linken gegen diesen unpopulären Minister als „maßlos“ bezeichnete. In den Sitzungen, welche am 1. bezw. 4. und 5. August stattfanden, wurde ein weiterer wichtiger Beschluß gefaßt. Es hatte nämlich die Centralabtheilung des Parlaments in einem Gesetzentwurfe die Abschaffung der Todesstrafe beantragt. Der Justizminister Märker selbst sprach sich für den Antrag aus, worauf in mehreren namentlichen Abstimmungen zunächst die Abschaffung der Todesstrafe im Princip mit 294 gegen 37 Stimmen angenommen wurde. Noch größer war der Stimmenunterschied, als es sich um die Frage handelte, ob für den Fall des Hochverrathes die Todesstrafe beizubehalten sei, denn 315 gegen 28 Stimmen sprachen sich dahin aus, daß auch für dieses Verbrechen die lebenslängliche Freiheitsentziehung genüge, ein Beschluß, welcher, mochte man auch sonst sehr verschieden über den Werth der Todesstrafe denken, in einer Revolutionszeit als geradezu undurchführbar erscheinen mußte.

In diese Zeit fiel die Einladung Prinz Wilhelms, des Oheims des Königs, an die Nationalversammlung, ihn am 30. Juli in Potsdam zu besuchen. Der Verlauf dieser Festlichkeit war ein ziemlich peinlicher, man gab sich am Hofe kaum Mühe, die Geringschätzung der Versammlung zu verbergen, deren Mitglieder andrerseits sich größtenteils auf einem ihnen ganz fremden Boden bewegten, und als das Parlament am Abend nach Berlin zurückfuhr, war die Kluft zwischen Potsdam und Berlin nicht geschlossen, sondern erweitert[1].

[1] „Die Versammlung“, erzählt von Unruh (Skizzen, S. 58 ff.), „erschien fast vollzählig, selbst die äußerste Linke, auch die meisten Polen. Am Wildpark verließ man die Eisenbahn, eine Reihe Wagen stand bereit, voran der bekannte Zeltwagen, welcher zu jedem Zuge nach und von der Eisenbahn fährt: dann zwei Hofequipagen, deren sich Hofbeamte in Geschäften zu bedienen pflegen; endlich eine Reihe zum Theil schlechter gemietheter Privatfuhrwerke, zum Theil Droschken, ja anscheinend einige Charlottenburger Wagen, und doch zu wenige. Manche Abgeordnete mußten vorn bei dem Kutscher Platz nehmen.“

geben, dem Anblicke der Revolution und ihres betäubenden Treibens entzogen, in Kurzem wieder zu jenen seinem innersten Wesen entspringenden Anschauungen des Königthums von Gottes Gnaden zurückkehren werde, deren er sich halb willenlos in dem Sturme und Drange der Märztage entäußert hatte. Und das eben war es, was die „Anhänger des geschichtlichen Bestandes" wünschten. War der König einmal so weit gebracht, dann that die Armee das Uebrige, der aufrührerischen Hauptstadt und der Volksvertretung blieb nur die Wahl zwischen freiwilliger und gezwungener Unterwerfung übrig.

5.

Das Ministerium der That.

Mit dem Falle des Ministeriums Camphausen schloß der erste Abschnitt in der Thätigkeit der preußischen Nationalversammlung. Es hatte sich schon jetzt gezeigt, daß dem Parlamente die zur Durchführung seiner schwierigen Aufgabe der „Vereinbarung" nöthige Kraft und Umsicht, ja selbst das Taktgefühl mangelte, und sich unter den 400 Mitgliedern des Landtages auch nicht ein Einziger befand, welcher auf den Rang eines wirklichen Staatsmannes Anspruch erheben konnte. Allerdings waren im Laufe der Debatten mehrere Persönlichkeiten in den Vordergrund getreten und hatten den Versuch gemacht, sich zu Parteihäuptern emporzuschwingen, wie von Unruh, Waldeck, Jacoby, d'Ester, von Berg und Andere, allein die vollkommene Verworrenheit der Verhältnisse, die Unklarheit der Stellung des Parlaments erforderte ganz andere Geister, als es diese leitenden Männer waren. Eine eigentliche Fractionsbildung hatte zudem bisher noch nicht stattgefunden, theils aus Mangel hervorragender Führer, um welche sich die Parteien hätten gruppiren können, theils weil das Ministerium Camphausen es stets verschmäht hatte, sich eine zuverlässige und erprobte Unterstützung in dem Parlamente zu gewinnen. Der größte Theil der preußischen Volksvertreter war selbst, wie sich dies bereits gezeigt hatte, rathlos und auf fremde Initiative

Erzherzog Reichsverweser in der provisorischen Centralgewalt auch die Oberleitung der gesammten deutschen bewaffneten Macht übernommen hat, so findet sich das Reichskriegsministerium ver-

---

„Die Thüre der Seitengalerie wurde geöffnet; der Hofmarschall forderte zur Collation auf. Man hatte auf der Eisenbahn und bei der Spazierfahrt 3 bis 4 Stunden Staub, Hitze und Durst erlitten; die Aufforderung war also willkommen. Aber Niemand vom Hofe, kaum ein Kammerherr, folgte in den Speisesaal. Der König blieb im großen Muschelsaal, von den Ministern und vielen Abgeordneten umgeben. Hier fand eine für die Minister sehr peinliche Erörterung über einen Straßencrawall statt, der in Berlin wegen der deutschen und preußischen Fahnen vorgefallen war."

„Als der König den Saal verließ, fuhren die Abgeordneten wieder unter Führung des Directors Lenné durch den Garten, von Sanssouci nach den Fontänen, welche mit bengalischem Feuer erleuchtet werden sollten. Es hatten sich sehr viele Zuschauer eingefunden; man bestieg die Terrassen und Herr Lenné beeilte sich so viel als thunlich den Abgeordneten mitzutheilen, daß man durch das Schloß von Sanssouci gehen solle und auf der anderen Seite an der großen Rampe die Wagen finden würde. Es erschienen aber nur wenige. Einige Abgeordnete fanden später einzelne Wagen an der Bildergalerie, andere mietheten Droschken, zum Theil dieselben, welche von Herrn Lenné angenommen, jedoch, ohne Aufsicht, es vorzogen, zweimal Bezahlung zu empfangen. Die Abfahrt des Eisenbahnzuges rückte heran; mehrere Abgeordneten mußten in großer Eile zu Fuß nach dem entfernten Bahnhof, um den Zug nicht zu versäumen."

„So unbedeutend die ganze Sache Manchem erscheint, so war sie dem besonnenen Beobachter doch bezeichnend genug. Die Absicht des Ministerpräsidenten war gut; der König ging darauf ein und empfing die Abgeordneten wohlwollend, ganz seiner Absicht entsprechend. Gegen die allgemeine Anordnung, Hin- und Rückfahrt mit einem Extrazuge, Spazierfahrt, Vorstellung, Collation, Beleuchtung der Fontänen ließ nichts erinnern; aber die Ausführung scheiterte an dem Willen und dem Benehmen der Hofbeamten. Es fehlte in Potsdam wahrlich nicht an guten Hofequipagen, mochten dann auch einige Miethwagen folgen; auch an gut bezahlten Beamten und Dienern ist dort kein Mangel, die Herrn Lenné Hülfe leisten, die Wagen beaufsichtigen konnten."

„Das Benehmen der Hofbeamten hinterließ bei vielen den Eindruck, als ob man die Abgeordneten als ein zur Zeit noch nothwendiges Uebel ansah, das zu beseitigen indeß viel Hoffnung vorhanden war. Selbst Abgeordnete, welche Mitglieder des Vereinigten Landtages gewesen waren, fühlten sich verletzt und gestanden zu, daß der Landtag zwar in ähnlichen Formen, aber in einem ganz anderen Geiste empfangen worden sei."

pflichtet, zu veranlassen, daß von diesem Acte die gesammten deutschen Bundestruppen durch feierliche Verkündigung des an das deutsche Volk erlassenen Aufrufs Kenntniß erlangen und gleichzeitig ihnen Gelegenheit gegeben werde, dem Reichsverweser ihre öffentliche Huldigung darzubringen". Ein dreimaliges Hoch sollte diese Huldigung zum Ausdruck bringen.

Es lag auf der Hand, daß dieser unkluge Befehl der Centralgewalt — unklug vor Allem, weil der Reichsverweser nicht die Macht besaß, Gehorsam zu erzwingen — in den altpreußischen Kreisen die höchste Erbitterung hervorrief. Das war dem preußischen Stolze zu viel zugemuthet; das specifisch-preußische Staatsbewußtsein, im März in den breiten Volksschichten überall verdrängt, griff, von den Preußenvereinen, dem Adel, dem Heere, der Landbevölkerung ausgehend, allmählich wieder um sich, schon erschienen wieder die schwarz-weißen Cocarden und mehrten sich von Tag zu Tag.

Wie die Armee die Sachlage auffaßte, sprach Oberst von Griesheim, die Seele des preußischen Kriegsministeriums und der Vertreter desselben in der Nationalversammlung, wenige Tage darauf in seiner Broschüre: „Die deutsche Centralgewalt und die preußische Armee" offen aus. Unumwunden wurde darin Friedrich Wilhelms Wort von dem Aufgehen Preußens in Deutschland als eine „Uebereilung" bezeichnet und die Herrschaft Preußens über die deutschen Lande gefordert. „Lieber als auch nur die Nummern ihrer Regimenter gibt die preußische Armee die deutsche Einheit auf."

Bei der hohen und einflußreichen Stellung des Verfassers konnte diese fast drohende Kundgebung der Armee nicht unbeachtet bleiben, wie die zahllosen sonstigen Preßerzeugnisse des Tages. Selbst der österreichische Gesandte von Trautmannsdorff soll darauf bezügliche Vorstellungen gemacht haben. Doch blieb von Griesheim in seiner Stellung. Aehnlich wie dieser Oberst, erklärte am 23. Juli der Preußenverein in einer „Ansprache an das Volk" alle, welche noch an einem Aufgehen aller Einzelstaaten in Deutschland festhielten, für Feinde des Vaterlandes, ohne zu bedenken, daß sein eigener schwankender Herrscher noch vor wenigen Monden von einem Aufgehen Preußens in Deutschland gesprochen.

Ein königlicher Erlaß, welcher am 29. Juli erschien, war nicht geeignet, Klarheit in die Sachlage zu bringen. Er sprach zwar mit Ausdrücken der Anerkennung von Erzherzog Johann, schloß aber mit dem Satze: „Soldaten, überall, wo preußische Truppen für die deutsche Sache einzutreten und nach meinem Befehl Sr. Kaiserlich Königlichen Hoheit dem Reichsverweser sich unterzuordnen haben, werdet ihr den Ruhm preußischer Tapferkeit und Disciplin treu bewahren, siegreich bewähren!"

Obgleich aus diesen Worten deutlich genug hervorging, daß Preußen nicht an eine Unterordnung unter den Reichsverweser dachte, ließen doch die Anhänger der Frankfurter Einheitsbewegung die Hoffnung nicht sinken, der preußische Staat werde wenigstens die Form wahren und die von dem Reichskriegsminister ausgeschriebene Parade abhalten. Am 6. August, jenem Tage, an welchem 42 Jahre vorher der letzte Kaiser des deutschen Reiches seine Krone niedergelegt, sollte in allen deutschen Staaten die Huldigung stattfinden.

„Die Aufregung in Berlin war groß; man begnügte sich nicht mit der Aufsteckung schwarz-weißer Cocarden", schreibt ein Augenzeuge, „an den Hüten, man hing auch schwarz-weiße Fahnen und Flaggen aus den Fenstern; man zog in Schaaren und fanatisch aufgeregt, das Preußenlied singend, durch die Straßen. Das Volk sammelte sich in Haufen, zog, die deutsche Marseillaise singend vor diejenigen Häuser, wo preußische Fahnen ausgesteckt waren, lärmte und schrie; man nahm die Fahnen herein; der Scandal wuchs; es gab Prügel, blutige Köpfe, Verhaftungen durch die Constabler, Einschreiten der Bürgerwehr u. s. w.[1]"

---

[1] Nachdem am 1. August die Polizei die gewohnten abendlichen Zusammenrottungen unter den Linden, den „Lindenclub", verboten, wurde diese Straße mehrere Tage hindurch der Schauplatz lärmender Auftritte. „Das Volk stand in dichten Massen beisammen, schrie, tobte und sang die sogenannte deutsche Marseillaise, indessen meistens nur den letzten Vers: «Vorwärts, Vorwärts, mit Gott fürs Vaterland» — da es die übrigen Verse wahrscheinlich nicht konnte."

„Die Constabler standen in geschlossenen Reihen compagnieenweise dem Volke gegenüber und schritten immer erst dann ein, wenn sich bedeutende Volksmassen gesammelt hatten. Diese stoben bei dem ersten Angriff unter Schreien, Pfeifen, Lachen und Singen aus einander, liefen

Kriegsministerium hatte schon zu Beginn der Camphausen'schen Ministerkrisis der General Freiherr von Schreckenstein übernommen.

Es war mithin nur noch die Stelle eines Ministerpräsidenten und Ministers des Auswärtigen offen geblieben. In letzteres Amt war, nach einer Erklärung von Auerswald in der Sitzung vom 20. Juni, ein Freiherr von Schleinitz eingetreten, allein nach wenigen Tagen mit dem Cabinet Camphausen gefallen. Was den Vorsitz im Ministerium betraf, so hätte derselbe nach der Lage der Dinge wohl Hansemann zufallen müssen, allein es ließ sich nicht leugnen, daß Letzterer nicht die geeignete Persönlichkeit zu einer Vermittlerrolle zwischen dem Könige und den reactionären Kreisen in Potsdam einerseits und der Nationalversammlung andererseits war. Es war eine glückliche Wahl, auf diesen Posten einen Mann zu stellen, welcher ein Jugendfreund Friedrich Wilhelms und zugleich ein Mitglied der früheren liberalen Opposition war, den Oberpräsidenten Rudolf von Auerswald, welcher den Vorsitz und provisorisch die Leitung des Aeußeren übernahm, während Hansemann die eigentliche Seele des Cabinets war.

Als am 26. Juni das Parlament wieder zusammentrat, gab zunächst Camphausen, welcher nunmehr als Abgeordneter bei der Rechten der Versammlung saß, in einer beifällig aufgenommenen Rede eine Erklärung seines Rücktritts. Ihm folgte Hansemann, um die Grundsätze des neuen Ministeriums zu entwickeln. Er versprach dauerhafte Begründung der constitutionellen Monarchie, Gesetze über die Bürgerwehr und über die Ablösung der bäuerlichen Lasten, den Entwurf einer freisinnigen Gemeindeordnung, Reorganisation der Rechtspflege und Belebung der Erwerbsthätigkeit und schloß mit den die Anerkennung der Revolution enthaltenden Worten: „Also in der Gesetzgebung, in der Verwaltung, in unserem Thun und Handeln — nicht in abstracten Erklärungen, die verschiedener Deutung ausgesetzt sind, — fassen wir die denkwürdigen Ereignisse des Monats März und unsere Anerkennung der damals stattgehabten Revolution auf, einer Revolution, deren ruhmvoller und eigenthümlicher Charakter darin besteht, daß sie — ohne Umsturz

der staatlichen Verhältnisse — die constitutionelle Freiheit begründet und das Recht zur Geltung gebracht hat. Auf rechtlicher Grundlage steht diese Versammlung, steht die Krone; diese Grundlage halten wir fest".

Beinahe hätte sich diesen Worten unmittelbar der Sturz des Ministeriums angeschlossen. Denn als die Kammer sich nun wieder zu der mäßigen Berathung der Adresse zuwandte, mit welcher man die Thronrede zu beantworten beabsichtigte, forderte Hansemann die Zurückweisung des Adreß-Entwurfes an die Commission mit der Erklärung, daß er diesen seinen Antrag als Vertrauensfrage betrachte. Es entspann sich in Folge dessen eine höchst aufgeregte Debatte, welche nach vielem Lärm zum Siege des Ministeriums, der Zurückweisung der Adresse, führte.

Auch in der nächsten Sitzung vom 27. kam es über die Vertrauensfrage zu tumultarischen Erörterungen, zumal da der Präsident in Folge seiner Ernennung zum Minister sein Amt niedergelegt hatte und die Versammlung mithin ohne Vorsitzenden war. Man schritt zur Neuwahl und erkor mit 238 Stimmen den Abgeordneten Grabow zum Präsidenten. Waldeck erhielt nur 110 Stimmen. Zu Vicepräsidenten wurden die Abgeordneten von Kirchmann, Rosch, Philipps und Jonas gewählt. Welches übrigens bereits der Geist eines Theiles der Versammlung war, zeigte der Umstand, daß am 28. der Abgeordnete Schultze-Wanzleben einen Antrag einbrachte, des Inhaltes, daß der Adelsstand für ewige Zeiten aufgehoben und jedem Staatsbürger gestattet sei, sich Titel und Wappen beizulegen. Der Antrag wurde allerdings zurückgezogen, allein nur aus dem Grunde, weil bereits ein weiterer auf gänzliche Abschaffung des Adels vorlag[1].

[1] Ueber den Ton der Debatten meldet der Bericht vom selben Tage (I, 284) nach einer Rede des Abgeordneten Moritz: „Fast allgemeines Bravo, nur von der äußersten Linken größter Tumult. Mehrere Redner verlangen das Wort. Der Schluß der Debatte wird dringend verlangt. Der Abgeordnete Graf Reichenbach besteigt die Tribüne. Die Versammlung will ihn nicht hören. Endlich gelingt es mit Hülfe der Glocke des Präsidenten, demselben das Wort zu ertheilen" u. s. w.

Inzwischen hatten sich in Frankfurt folgenschwere Ereignisse vollzogen. Einen Tag nachdem das Ministerium Auerswald sich constituirt, hatte das Parlament in der Paulskirche auf Gagerns Antrag den berühmten „kühnen Griff" gethan, welcher sich nachher als ein völliger Mißgriff erwies, und die selbstständige Errichtung einer provisorischen Centralgewalt beschlossen. Zwei Tage darauf, am 29. Juni, war der Erzherzog Johann der Verweser des Deutschen Reiches. In Berlin schien jetzt die Zeit gekommen, in welcher die Regierung ihre Stellung gegenüber den Frankfurter Bestrebungen nehmen und zeigen mußte, ob Preußen in Deutschland aufgehen oder sich der Einheitsbewegung entziehen solle, nachdem es auf deren Führung aus eigenem Willen, oder vielmehr aus eigener Willenlosigkeit verzichtet. In dem Ministerium kam es aus diesem Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten. In einer elfstündigen Verhandlung beriethen die Minister die deutsche Frage und schienen sich bereits über ihre Stellung zu derselben geeinigt zu haben, als es sich ergab, daß sich der preußische Gesandte in Frankfurt bereits, ohne Vorwissen des Ministeriums, der Erklärung des Bundesrathes angeschlossen hatte, nach welcher die Einzelregierungen bereits vor Schluß der Verhandlungen ihre Vertreter instruirt hatten, sich für die Wahl des Erzherzogs zu erklären. Dies bewog Rodbertus, noch in derselben Nacht seinen Austritt aus dem Cabinet zu erklären. Der Regierungsrath von Ladenberg trat an seine Stelle.

Am 4. Juli eröffnete von Auerswald, nach vorausgegangenen Besprechungen in Potsdam, der Nationalversammlung die Stellung der preußischen Regierung gegenüber der Wahl des Reichsverwesers, indem er folgende Erklärung, eines der wichtigsten Aktenstücke der deutschen Einheitsbewegung verlas:

„In gleichem Maße wie die deutsche Nationalversammlung ist Sr. Majestät Regierung von der Nothwendigkeit durchdrungen, unverzüglich eine provisorische Central-Executivgewalt für Deutschland zu schaffen. Sie theilt die Ansicht, daß ein Reichsverweser der geeignetste Träger einer solchen Centralgewalt sei und gibt für dieses zum Heile Deutschlands so bedeutungsvolle Amt Sr. Kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Johann von

Oesterreich, in dessen edeler und volksthümlicher Persönlichkeit die sichere Gewähr für das allgemeine Vertrauen der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes liegt, um so lieber ihre Stimme, als dieses Vertrauen des Volkes sich durch die von der Nationalversammlung in Frankfurt mit großer Stimmenmehrheit auf den Erzherzog gerichtete Wahl auf das Unzweideutigste kundgegeben hat. Die Regierung giebt sich der Hoffnung hin, daß der Erzherzog diesem Wunsche durch die Annahme des Reichsverweseramtes entsprechen werde."

„In dieser Voraussetzung wird nichts dagegen erinnert, daß Ihm, als Reichsverweser, diejenigen Attributionen beigelegt werden, welche in dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 28. Juni näher bezeichnet sind. Die Regierung setzt dabei voraus, daß die gedachte Versammlung, indem sie für die Beschlüsse des Reichsverwesers über Krieg und Frieden ihr Einverständniß verlangt, denselben nicht für alle Fälle an ihre vorgängige Genehmigung habe binden wollen, indem dadurch soche Beschlüsse auf eine Weise erschwert und gehemmt würden, welche für die Sicherheit, die Selbstständigkeit und das Wohl des deutschen Vaterlandes, unter den schwierigen Verhältnissen der Gegenwart, von den verderblichsten Folgen sein könnte. Wenn übrigens die deutsche Nationalversammlung ihre Beschlüsse über die Constituirung einer provisorischen Centralgewalt ohne Mitwirkung der deutschen Regierungen gefaßt hat, so verkennt die Regierung Sr. Majestät nicht, wie die Veranlassung in der außerordentlichen, von mannigfachen Gefahren bedrohten Lage Deutschlands und in der nunmehr bestätigten Ueberzeugung zu suchen ist, daß alle deutschen Regierungen Sr. Kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Johann ihre Stimme für das Reichsverweseramt geben würden. Die Regierung zweifelt deshalb nicht, daß aus diesem Verhalten der deutschen Nationalversammlung in diesem außerordentlichen Falle für die Zukunft Consequenzen nicht werden gezogen werden."

„Wir also gehen von dem Gesichtspunkte aus, daß das Werk der Eintracht am sichersten durch den Geist der Eintracht Aller gefördert werde und daß es nicht erst errungen werden dürfe durch die zu findende nothwendige Form. Wenn wir

in Eintracht das Haus bauen, in dem wir wohnen wollen, dann wird es bestehen und jedem Sturme trotzen. Nachkommende Geschlechter werden über uns zu Gerichte sitzen. Keiner wird ihrem Urtheile entgehen. Möge es alsdann, um zu wissen, wer wir waren, genügen, wenn man auf unserem Grabstein liest: «Er lebte im Jahre 1848 und war ein Sohn des deutschen Vaterlandes!»" —

Mit einem dreifachen donnernden Hoch begrüßte auf Antrag des Präsidenten die Versammlung diese Erklärung als „den ersten Act der Begründung eines freien, einigen und starken deutschen Bundesstaates". Adolph Stahr nennt diese Meinungsäußerung der Regierung die „sammtene Scheide, in welche man das drohend gezeigte preußische Machtschwert zurückstieß", und in der That zeigt ein schärferer Blick auf das schwülstige, in schlechtem Kanzleideutsch abgefaßte Actenstück, daß in diesen Sätzen der Keim aller späteren Zerwürfnisse lag. Zum ersten Male war hier von einer deutschen Regierung die Machtvollkommenheit des Frankfurter Parlaments verneint und die Gültigkeit seiner Beschlüsse von der Beistimmung der Fürsten abhängig gemacht worden. Was des Weiteren die Unterordnung Preußens unter den österreichischen Prinzen als Reichsverweser betraf — eine Unterordnung, welche grell mit jenem Märzversprechen Friedrich Wilhelms, sich an die Spitze der deutschen Bewegung zu stellen, contrastirte —, so war dieselbe mit so zahlreichen Vorbehalten und Voraussetzungen ausgestattet, daß ein Sehender schon jetzt sich sagen mußte, Erzherzog Johann werde stets ein Fürst ohne Land bleiben.

Die Regierung hatte mithin in der Theorie das Verfahren der Paulskirche verurtheilt, in der Praxis den einzelnen Fall, die selbständige Wahl des Reichsverwesers, gelten lassen. In umgekehrtem Sinne stellte jetzt die Linke der preußischen Nationalversammlung folgenden, von Jacoby verfaßten Antrag: „Die preußische constituirende Versammlung kann den von der deutschen Nationalversammlung gefaßten Beschluß nicht billigen, durch welchen ein unverantwortlicher, an die Beschlüsse der Nationalversammlung nicht gebundener Reichsverweser ernannt wird. Sie erklärt aber zugleich, daß die deutsche National-

versammlung befugt war, jenen Beschluß zu fassen, ohne vorher die Zustimmung der einzelnen deutschen Regierungen einzuholen, und daß es daher der preußischen Regierung nicht zustand, Vorbehalte irgend einer Art zu machen."

So war denn wieder eine Principienfrage aufgeworfen und die Erregung allgemein. Berlin war seit dem Zeughaussturm in verhältnißmäßige Ruhe versunken, theils durch die Verhaftung der hervorragendsten Demagogen, theils in Folge der Beschämung, in welche jene Vorgänge einen großen Theil der Bevölkerung versetzt hatten. Immerhin ging es auf den Straßen immer noch stürmisch genug her; im Thiergarten wurden auf den Zeltenversammlungen die Frage, ob Monarchie oder Republik, aufgeworfen und in der Presse eifrig erörtert. Ebenso bildete die Auflösung des Gardecorps und besonders die Abschaffung des Adels einen Hauptgegenstand der Besprechungen. Die Regierung benutzte die augenblickliche Ruhe, um die Garnison zu verstärken. Zwei kriegsstarke Bataillone des 12. Infanterieregimentes rückten am 7. in Berlin ein, ein Reiterregiment sollte ihnen bald folgen.

Am 11. und 12. Juli fand unter großer Aufregung die Berathung des Jacoby'schen Antrages statt. Nicht weniger als 75 Redner hatten sich zum Worte gemeldet, von welchen für den Antrag namentlich Jacoby, Waldeck und Baltzer, gegen ihn mit besonderer Geschicklichkeit v. Berg und viele Andere sprachen[1]. Nach heftiger Debatte, welche bezeichnend genug immer wieder auf den von v. Berg berührten Punkt zurückkam, daß es sich hier um die Frage der Republik oder Monarchie drehe, siegten, wie vorauszusehen, die Gemäßigten. Mit 262 gegen 53 Stimmen wurde der Antrag Jacobys verworfen. 48 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung.

---

[1] Bis zu welcher Stufe der Trivialität auch in dieser wichtigen Frage die Verhandlungen heruntersanken, zeigt folgender Passus des Protokolles (I, S. 434). „Abgeordneter Butzen: Gerade darin, daß es ein Mann aus fürstlichem Geblüte ist, gerade darin sehen Sie einen Grund, woher Sie sich die Unverantwortlichkeit dieser executiven Gewalt wollen gefallen lassen. (Mehrere Stimmen: Ne! Ne!) Lassen Sie mich doch reden; das «Ne» hilft gar nichts!" (Lachen) u. s. w.

Das Ministerium hatte mithin gesiegt und blieb auch bald darauf in einer unwesentlicheren Frage, der Richtung der Ostbahn, in der Majorität. Von sonstigen Maßnahmen, welche im Laufe des Juli das Cabinet Auerswald-Hansemann traf, war besonders wichtig der am 10. Juli veröffentlichte Gesetzentwurf einer Zwangsanleihe. Der Staat brauchte Geld, zumal sich ein großer Theil der Armee auf dem Kriegsfuße befand und auf dem Wege der freiwilligen Anleihe waren bei den Befürchtungen der Kapitalisten, obwohl man fünf Procent Zinsen bot, keine genügenden Mittel zu erlangen. Nunmehr sollte durch eine progressive Vermögenssteuer, welche jedoch erst bei einem Einkommen von 400 Thalern, bezw. einem Vermögen von 4000 Thalern als Minimum begann, eine Summe eingezogen werden, deren Höhe Hansemann auf 11 Millionen Thaler veranschlagte. Durch weitere Beiträge hoffte man diese Summe bis auf 15 Millionen zu vergrößern. Außerdem wurde die Steuer auf Zucker und Branntwein bedeutend erhöht, wie denn Hansemann schon früher den denkwürdigen Ausspruch gethan, daß „die Freiheit Geld koste".

Sehr böses Blut aber schuf eine andere Maßregel, welche am 22. in das Leben trat. Auf Veranlassung des Polizeipräsidiums war eine neue Sicherheitspolizei zu Fuße und zu Pferde eingerichtet worden, deren Mitglieder Schutzmänner oder häufiger Constabler genannt wurden. Das Ganze war dem Lande der Erbweisheit entnommen und ein Werk Kühlwetters, welcher späterhin die merkwürdigen Worte fallen ließ: „Meines Erachtens muß der Staat, der recht frei sein will, gerade ein recht großes Polizeipersonal haben". Die Constabler, in Berlin 1600 an der Zahl, waren militärisch organisirt, trugen Uniform nebst Seitengewehr und häufig auch Schießwaffen und standen unter einem Oberst Kaiser und einer Anzahl Polizeihauptleuten, Lieutenants und Wachtmeistern, Gründe genug für das „Volk", der neuen Einrichtung sofort das größte Mißtrauen entgegenzubringen. Kaum waren die Constabler auf den Straßen erschienen, als schon die Streitigkeiten begannen und unablässig fortdauerten. In den Provinzen wurde das Institut fast sofort wieder aufgelöst. Auch in der National-

versammlung gab das Constablerwesen Anlaß zu heftigen Angriffen gegen Kühlwetter (9. August), wie denn überhaupt selbst von Unruh das Gebahren der Linken gegen diesen unpopulären Minister als „maßlos“ bezeichnete. In den Sitzungen, welche am 1. bezw. 4. und 5. August stattfanden, wurde ein weiterer wichtiger Beschluß gefaßt. Es hatte nämlich die Centralabtheilung des Parlaments in einem Gesetzentwurfe die Abschaffung der Todesstrafe beantragt. Der Justizminister Märker selbst sprach sich für den Antrag aus, worauf in mehreren namentlichen Abstimmungen zunächst die Abschaffung der Todesstrafe im Princip mit 294 gegen 37 Stimmen angenommen wurde. Noch größer war der Stimmenunterschied, als es sich um die Frage handelte, ob für den Fall des Hochverrathes die Todesstrafe beizubehalten sei, denn 315 gegen 28 Stimmen sprachen sich dahin aus, daß auch für dieses Verbrechen die lebenslängliche Freiheitsentziehung genüge, ein Beschluß, welcher, mochte man auch sonst sehr verschieden über den Werth der Todesstrafe denken, in einer Revolutionszeit als geradezu undurchführbar erscheinen mußte.

In diese Zeit fiel die Einladung Prinz Wilhelms, des Oheims des Königs, an die Nationalversammlung, ihn am 30. Juli in Potsdam zu besuchen. Der Verlauf dieser Festlichkeit war ein ziemlich peinlicher, man gab sich am Hofe kaum Mühe, die Geringschätzung der Versammlung zu verbergen, deren Mitglieder andrerseits sich größtenteils auf einem ihnen ganz fremden Boden bewegten, und als das Parlament am Abend nach Berlin zurückfuhr, war die Kluft zwischen Potsdam und Berlin nicht geschlossen, sondern erweitert[1].

---

[1] „Die Versammlung“, erzählt von Unruh (Skizzen, S. 58 ff.), „erschien fast vollzählig, selbst die äußerste Linke, auch die meisten Polen. Am Wildpark verließ man die Eisenbahn, eine Reihe Wagen stand bereit, voran der bekannte Zeltwagen, welcher zu jedem Zuge nach und von der Eisenbahn fährt: dann zwei Hofequipagen, deren sich Hofbeamte in Geschäften zu bedienen pflegen; endlich eine Reihe zum Theil schlechter gemietheter Privatfuhrwerke, zum Theil Droschken, ja anscheinend einige Charlottenburger Wagen, und doch zu wenige. Manche Abgeordnete mußten vorn bei dem Kutscher Platz nehmen.“

In Frankfurt gingen unterdessen die Dinge ihren Gang weiter; schon am 16. Juli hatte der neue Reichskriegsminister, General von Peucker, folgende Aufforderung erlassen: „Da der

---

„Der Gartendirector Lenné führte den Zug; es fehlte ihm aber an einigen Dienern, welche die Gäste zurechtwiesen.“

„Man machte eine Spazierfahrt von fast zwei Stunden durch die Gärten. Leider war die Hitze noch groß und entsetzlicher Staub erhob sich. Die Demokraten wurden zu Hoffiguren aus der Zeit Ludwigs XIV. eingepudert. Vom Hofe nahm Niemand an diesem eigenthümlichen Vergnügen Theil.“

„Endlich langte der Zug wieder am neuen Palais und zwar dick bestaubt an. Von der anderen Seite sah man den Wagen des Königs bereits herankommen. Die im Vestibül stehenden Lakaien schienen keine Neigung zu haben, den Abgeordneten beim Wegschaffen des Staubes behülflich zu sein, und Niemand hielt es auch für nöthig, Befehle dazu zu geben. So mußten denn die Abgeordneten in Gegenwart des Publikums einer dem anderen zur Noth den Staub abklopfen, um vor dem Könige nicht schmutzig zu erscheinen.“

„Dem Könige und der Königin wurden der Präsident, die Vicepräsidenten und viele Abgeordnete vorgestellt. Mit diesen sprachen Beide wohlwollend und freundlich länger als eine Stunde. Der König war sich also des Zweckes dieser Vorstellung wohl bewußt und behandelte demgemäß seine Gäste, die Vertreter der preußischen Nation, bei denen es offenbar nicht darauf ankommen durfte, welchem Stande sie sonst angehörten.“

„Die anwesenden königlichen Prinzen, unter denen sich mehrere der beliebtesten, der Prinz Wilhelm, Oheim des Königs, der Prinz Friedrich u. s. w. befanden (der Prinz von Preußen war nicht anwesend. Anmerk. des Verf.), schienen abzuwarten, ob die Abgeordneten sich ihnen würden vorstellen lassen. Die Meisten von diesen kannten diesen Gebrauch nicht, Andere nahmen Anstand, sich voranzustellen, sich abzusondern. Beim Vereinigten Landtage sollen die Prinzen kein Bedenken getragen haben, die Abgeordneten ohne Weiteres anzureden, oder die Veranlassung zur Vorstellung Einzelner zu geben. Dasselbe mußte auch hier geschehen, wollte man eine Annäherung, wollte man zeigen, daß in Preußen der Hof zum Volk gehöre, daß kein Groll vorhanden sei. Die Hofetikette ist in Preußen nie streng gewesen; hier mußte man das Ceremoniell von oben herab noch weniger beobachten. Es ist in einem bis dahin absolutmonarchischen Staate so leicht, durch wenige Worte, durch ein freundliches Gesicht Herzen zu gewinnen. Die anderen, zum Hof gehörenden Personen blieben den Abgeordneten fern und fremd, und letztere hatten in der That keine Veranlassung, dem Hofpersonal gegenüber die Initiative zu ergreifen.“

Erzherzog Reichsverweser in der provisorischen Centralgewalt auch die Oberleitung der gesammten deutschen bewaffneten Macht übernommen hat, so findet sich das Reichskriegsministerium ver-

---

„Die Thüre der Seitengalerie wurde geöffnet; der Hofmarschall forderte zur Collation auf. Man hatte auf der Eisenbahn und bei der Spazierfahrt 3 bis 4 Stunden Staub, Hitze und Durst erlitten; die Aufforderung war also willkommen. Aber Niemand vom Hofe, kaum ein Kammerherr, folgte in den Speisesaal. Der König blieb im großen Muschelsaal, von den Ministern und vielen Abgeordneten umgeben. Hier fand eine für die Minister sehr peinliche Erörterung über einen Straßencrawall statt, der in Berlin wegen der deutschen und preußischen Fahnen vorgefallen war."

„Als der König den Saal verließ, fuhren die Abgeordneten wieder unter Führung des Directors Lenné durch den Garten, von Sanssouci nach den Fontänen, welche mit bengalischem Feuer erleuchtet werden sollten. Es hatten sich sehr viele Zuschauer eingefunden; man bestieg die Terrassen und Herr Lenné beeilte sich so viel als thunlich den Abgeordneten mitzutheilen, daß man durch das Schloß von Sanssouci gehen solle und auf der anderen Seite an der großen Rampe die Wagen finden würde. Es erschienen aber nur wenige. Einige Abgeordnete fanden später einzelne Wagen an der Bildergalerie, andere mietheten Droschken, zum Theil dieselben, welche von Herrn Lenné angenommen, jedoch, ohne Aufsicht, es vorzogen, zweimal Bezahlung zu empfangen. Die Abfahrt des Eisenbahnzuges rückte heran; mehrere Abgeordneten mußten in großer Eile zu Fuß nach dem entfernten Bahnhof, um den Zug nicht zu versäumen."

„So unbedeutend die ganze Sache Manchem erscheint, so war sie dem besonnenen Beobachter doch bezeichnend genug. Die Absicht des Ministerpräsidenten war gut; der König ging darauf ein und empfing die Abgeordneten wohlwollend, ganz seiner Absicht entsprechend. Gegen die allgemeine Anordnung, Hin- und Rückfahrt mit einem Extrazuge, Spazierfahrt, Vorstellung, Collation, Beleuchtung der Fontänen ließ nichts erinnern; aber die Ausführung scheiterte an dem Willen und dem Benehmen der Hofbeamten. Es fehlte in Potsdam wahrlich nicht an guten Hofequipagen, mochten dann auch einige Miethwagen folgen; auch an gut bezahlten Beamten und Dienern ist dort kein Mangel, die Herrn Lenné Hülfe leisten, die Wagen beaufsichtigen konnten."

„Das Benehmen der Hofbeamten hinterließ bei vielen den Eindruck, als ob man die Abgeordneten als ein zur Zeit noch nothwendiges Uebel ansah, das zu beseitigen indeß viel Hoffnung vorhanden war. Selbst Abgeordnete, welche Mitglieder des Vereinigten Landtages gewesen waren, fühlten sich verletzt und gestanden zu, daß der Landtag zwar in ähnlichen Formen, aber in einem ganz anderen Geiste empfangen worden sei."

pflichtet, zu veranlassen, daß von diesem Acte die gesammten deutschen Bundestruppen durch feierliche Verkündigung des an das deutsche Volk erlassenen Aufrufs Kenntniß erlangen und gleichzeitig ihnen Gelegenheit gegeben werde, dem Reichsverweser ihre öffentliche Huldigung darzubringen". Ein dreimaliges Hoch sollte diese Huldigung zum Ausdruck bringen.

Es lag auf der Hand, daß dieser unkluge Befehl der Centralgewalt — unklug vor Allem, weil der Reichsverweser nicht die Macht besaß, Gehorsam zu erzwingen — in den altpreußischen Kreisen die höchste Erbitterung hervorrief. Das war dem preußischen Stolze zu viel zugemuthet; das specifisch-preußische Staatsbewußtsein, im März in den breiten Volksschichten überall verdrängt, griff, von den Preußenvereinen, dem Adel, dem Heere, der Landbevölkerung ausgehend, allmählich wieder um sich, schon erschienen wieder die schwarz-weißen Cocarden und mehrten sich von Tag zu Tag.

Wie die Armee die Sachlage auffaßte, sprach Oberst von Griesheim, die Seele des preußischen Kriegsministeriums und der Vertreter desselben in der Nationalversammlung, wenige Tage darauf in seiner Broschüre: „Die deutsche Centralgewalt und die preußische Armee" offen aus. Unumwunden wurde darin Friedrich Wilhelms Wort von dem Aufgehen Preußens in Deutschland als eine „Uebereilung" bezeichnet und die Herrschaft Preußens über die deutschen Lande gefordert. „Lieber als auch nur die Nummern ihrer Regimenter gibt die preußische Armee die deutsche Einheit auf."

Bei der hohen und einflußreichen Stellung des Verfassers konnte diese fast drohende Kundgebung der Armee nicht unbeachtet bleiben, wie die zahllosen sonstigen Preßerzeugnisse des Tages. Selbst der österreichische Gesandte von Trautmannsdorff soll darauf bezügliche Vorstellungen gemacht haben. Doch blieb von Griesheim in seiner Stellung. Aehnlich wie dieser Oberst, erklärte am 23. Juli der Preußenverein in einer „Ansprache an das Volk" alle, welche noch an einem Aufgehen aller Einzelstaaten in Deutschland festhielten, für Feinde des Vaterlandes, ohne zu bedenken, daß sein eigener schwankender Herrscher noch vor wenigen Monden von einem Aufgehen Preußens in Deutschland gesprochen.

Ein königlicher Erlaß, welcher am 29. Juli erschien, war nicht geeignet, Klarheit in die Sachlage zu bringen. Er sprach zwar mit Ausdrücken der Anerkennung von Erzherzog Johann, schloß aber mit dem Satze: „Soldaten, überall, wo preußische Truppen für die deutsche Sache einzutreten und nach meinem Befehl Sr. Kaiserlich Königlichen Hoheit dem Reichsverweser sich unterzuordnen haben, werdet ihr den Ruhm preußischer Tapferkeit und Disciplin treu bewahren, siegreich bewähren!"

Obgleich aus diesen Worten deutlich genug hervorging, daß Preußen nicht an eine Unterordnung unter den Reichsverweser dachte, ließen doch die Anhänger der Frankfurter Einheitsbewegung die Hoffnung nicht sinken, der preußische Staat werde wenigstens die Form wahren und die von dem Reichskriegsminister ausgeschriebene Parade abhalten. Am 6. August, jenem Tage, an welchem 42 Jahre vorher der letzte Kaiser des deutschen Reiches seine Krone niedergelegt, sollte in allen deutschen Staaten die Huldigung stattfinden.

„Die Aufregung in Berlin war groß; man begnügte sich nicht mit der Aufsteckung schwarz-weißer Cocarden", schreibt ein Augenzeuge, „an den Hüten, man hing auch schwarz-weiße Fahnen und Flaggen aus den Fenstern; man zog in Schaaren und fanatisch aufgeregt, das Preußenlied singend, durch die Straßen. Das Volk sammelte sich in Haufen, zog, die deutsche Marseillaise singend vor diejenigen Häuser, wo preußische Fahnen ausgesteckt waren, lärmte und schrie; man nahm die Fahnen herein; der Scandal wuchs; es gab Prügel, blutige Köpfe, Verhaftungen durch die Constabler, Einschreiten der Bürgerwehr u. s. w.[1]"

---

[1] Nachdem am 1. August die Polizei die gewohnten abendlichen Zusammenrottungen unter den Linden, den „Lindenclub", verboten, wurde diese Straße mehrere Tage hindurch der Schauplatz lärmender Auftritte. „Das Volk stand in dichten Massen beisammen, schrie, tobte und sang die sogenannte deutsche Marseillaise, indessen meistens nur den letzten Vers: «Vorwärts, Vorwärts, mit Gott fürs Vaterland» — da es die übrigen Verse wahrscheinlich nicht konnte."

„Die Constabler standen in geschlossenen Reihen compagnieenweise dem Volke gegenüber und schritten immer erst dann ein, wenn sich bedeutende Volksmassen gesammelt hatten. Diese stoben bei dem ersten Angriff unter Schreien, Pfeifen, Lachen und Singen aus einander, liefen

Nach einigen Tagen wurde es bekannt, daß das Kriegsministerium für den 6. August weder eine Parade noch überhaupt eine Bekanntmachung des Frankfurter Armeebefehls beabsichtige, und in der That ging der Tag ohne die erfolgte Huldigung der preußischen Truppen vorüber.

Die demokratische Partei veranstaltete ihrerseits eine große Demonstration, indem sie vom Opernplatze aus einen Massenzug nach dem Kreuzberg unternahm und hier zu Ehren der deutschen Einheit eine allerdings durch ein Gewitter gestörte Feier abhielt. Die Studenten, ein Theil der Bürgerwehr, die Gewerke, die Vereine, dann alle die typischen Erscheinungen des Berliner Straßenlebens wie der „souveräne Lindenklub", der „politische Eckenklub", die „fliegenden Buchhändler" waren dabei erschienen. Die politische Agitation hatte um diese Zeit übrigens ein wesentliches Hemmniß durch einen fast allgemeinen Strike der Buchdrucker und Schriftsetzer erfahren.

Am Vormittage des 8. August huldigte die Bürgerwehr durch eine große Parade dem Reichsverweser. Gegen 20000 Mann hatten sich unter den Linden versammelt und defilirten an den Behörden, dem Staatsministerium und der Nationalversammlung vorbei.

Die Stellung des Ministeriums Auerswald-Hansemann war im Laufe des Juli eine gute gewesen. Es besaß die Majorität in der Nationalversammlung, wußte sich mit dem Hofe zu vereinbaren und hatte bisher keine auffälligen Mißgriffe begangen, wenn auch allerdings die versprochenen „Thaten" vorläufig nur in der Errichtung des Constablercorps und der Ausschreibung neuer Steuern bestanden hatten. Gerade jetzt aber, wo die Position Hansemanns und seiner Collegen verhältnißmäßig ge-

---

an den Reihen der Constabler vorbei und sammelten sich hinter denselben wieder. So gab es eine fortwährende, höchst komische Jagd, bei welcher sich das Volk, welches übrigens, beiläufig gesagt, zum größten Theil aus zusammengelaufenem Gesindel, Lehrjungen und dergleichen, verstärkt durch eine große Masse neugieriger, aber unthätiger Zuschauer bestand, vortrefflich amüsirte, während die Constabler bei jeder Verhöhnung, bei jedem vergeblichen Angriffe auf diese flüchtige, wie Spreu auseinanderstiebende Menge immer ärgerlicher und wüthender wurden." (Streckfuß II, 766.)

festigt erschien, sollte ein unerwartetes Ereigniß ihren Sturz anbahnen.

In der Festung Schweidnitz[1] hatte sich unter dem Commando des Oberstlieutenants a. D. von der Hardt eine Bürgerwehr gebildet, welche offenbar dem Commandanten, General Rollay du Rosay, und der Garnison ein Dorn im Auge war. Ein Gesuch der Nationalgarde, sich zu ihren jeweils am Montag Nachmittag stattfindenden Exercierübungen mit Trommelschlag versammeln zu dürfen, war von dem Commandanten abschlägig beschieden worden, ein Verbot, welches bei der offenbar schon ohnehin herrschenden gespannten Stimmung zu einem Gassentumulte führte. Ein Haufe Menschen, worunter eine Menge halbwüchsiger Burschen, Eckensteher und dergl. lärmte gegen 9 Uhr Abends vor der Commandantur, warf die Fenster ein, zog sich aber, als zwei Compagnieen des in Schweidnitz garnisonirenden Füsilierbataillons 22. Infanterieregimentes anrückten, eilig zurück. Gleichzeitig mit dem Militär waren auch Abtheilungen der Bürgerwehr auf dem Platz erschienen, und es scheint, daß die Soldaten die ihnen gegenüberstehenden Gestalten der Nationalgarde, vielleicht durch die Dunkelheit getäuscht, für Tumultuanten ansahen. Ohne daß ein Befehl erfolgte, fielen plötzlich aus der 11. von Hauptmann von Skribenski geführten Compagnie 4 oder 5 Schüsse, denen sofort ein die ganz Front herablaufendes Rottenfeuer folgte. Im Ganzen flogen 102 Kugeln über den Platz in die Glieder der Bürgerwehr und streckten ganze Reihen derselben nieder. 11 Nationalgardisten blieben todt und tödtlich verletzt, 20 wurden schwer, viele andere leicht verwundet. Von den Soldaten hatte einer einen Streifschuß erhalten, welcher jedoch, wie die Untersuchung mit Gewißheit ergab, aus dem Gewehre eines Nebenmannes gekommen war.

Ein derartiger Vorfall, welcher begreiflicher Weise überall die größte Erregung erzeugte, lieferte der demokratischen Partei ein willkommenes Material, um neue Anklagen gegen die

[1] Die nachfolgende Schilderung ist im Wesentlichen aus der Petition der Stadt Schweidnitz, dem Berichte des Oberpräsidenten von Schlesien, Pinder, und den dazu von dem Minister Kühlwetter der Nationalversammlung gegebenen Erläuterungen (I, 667) entnommen.

reactionären Umtriebe zu erheben. Allerdings hatten die Offiziere in Schweidnitz nicht Befehl zum Feuern gegeben, wie man zuerst behauptete — Hauptmann von Skribenski mußte sich sogar platt auf den Boden werfen, um den Schüssen seiner eigenen Leute zu entgehen —, aber immerhin war es ihre Pflicht gewesen, derartige Vorkommnisse zu verhindern. General von Rollay wurde dann auch in der Folge seiner Stellung enthoben und zur Disposition gestellt.

Am 9. August kamen diese Vorfälle in der Nationalversammlung zur Sprache und es wurde, nachdem die eingegangenen, darauf bezüglichen Berichte verlesen und besprochen waren, der Beschluß gefaßt, eine Commission aus der Mitte der Versammlung zu weiterer Untersuchung nach Schweidnitz zu senden, und ferner das Ministerium zu ersuchen, die an jenem Vorfalle betheiligten Truppen aus der Festung zu entfernen. Allein die Linke ging noch weiter; sie war entschlossen, aus dem Falle eine Principienfrage zu machen. Folgendes war der Wortlaut eines Antrages, welchen die Abgeordneten Stein und Schultz-Wanzleben zur Abstimmung brachten:

„Der Herr Kriegsminister möge in einem Erlaß an die Armee sich dahin aussprechen, daß die Offiziere allen reactionären Bestrebungen fern bleiben, nicht nur Conflicte jeglicher Art mit dem Civil vermeiden, sondern durch Annäherung an die Bürger und Vereinigung mit denselben zeigen, daß sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung eines constitutionellen Rechtszustandes mitwirken wollen — und es denjenigen Offizieren, mit deren politischen Ueberzeugungen dies nicht vereinbar ist, zur Ehrenpflicht zu machen, aus der Armee auszutreten“.

Mit 180 gegen 179 Stimmen, also mit nur einer Stimme Majorität, wurde dieser folgenschwere Antrag zum Beschluß erhoben. Der erste Theil desselben (Antrag Stein) war allerdings unbedeutender Natur; desto größere Tragweite aber wohnte dem zweiten Absatze (Amendement Schultz) bei, durch welchen die Regierung gezwungen werden sollte, die „reactionär“ gesinnten Offiziere, d. h. alle diejenigen, welche die ihrem Stande entsprechende politische Ueberzeugung hegten, zu entlassen, den altbewährten Organismus des preußischen Heeres zu zertrümmern

und ihre letzte und schärfste Waffe gegen die Revolution preiszugeben. Es scheint, daß man in der Versammlung selbst die Uebereilung ahnte, mit welcher man einen neuen Conflict heraufbeschworen. „Es wurde gesprächsweise viel verhandelt“, schreibt v. Unruh, „und von allen Seiten, selbst von den Antragstellern erklärt, daß eine wörtliche Ausführung der Beschlüsse nicht verlangt werde.“ Das Ministerium scheint dagegen die Tragweite des Beschlusses nicht erkannt zu haben. Wenn je, so mußte es jetzt die Cabinetsfrage stellen, mit welcher Hansemann sonst so freigebig war, und höchst wahrscheinlich hätte, da die Versammlung durchaus keinen Ministerwechsel wollte, die Vertrauensforderung hingereicht, um die Ablehnung des mit so winziger Mehrheit angenommenen Stein'schen Antrages zu bewirken. Nichts dergleichen geschah, ja der Kriegsminister hielt es nicht einmal für erforderlich, persönlich in die Debatte einzugreifen und ließ den Dingen ihren Lauf.

Nachdem die Versammlung die Schweidnitzer Angelegenheit vorläufig erledigt, ging sie zunächst zur Berathung der Richtung der Ostbahn über, wobei, wie bereits erwähnt, das Ministerium in der Mehrheit blieb, und beschäftigte sich dann den größten Theil des August mit der Ausarbeitung eines Gesetzes über die persönliche Freiheit. Am 28. wurden diese Habeascorpusacte angenommen und das Parlament wendete sich nun zur Berathung eines Bürgerwehrgesetzes, welches, von zahlreichen Interpellationen, Berichten u. s. w. unterbrochen, die Volksvertreter bis in den September hinein beschäftigte.

Um diese Zeit erwuchs der Nationalversammlung eine eigenthümliche Concurrenz durch das sog. „Junkerparlament“. Der Adel, welcher seit den Märztagen sich gänzlich aus dem politischen Leben zurückgezogen hatte, war unzufrieden mit der nachgiebigen und schwankenden Haltung des Königs und überzeugt, daß die Zeit zur Unterdrückung des revolutionären Treibens in Berlin gekommen sei. Zu Magdeburg fand am 14. Juli eine größere Zusammenkunft adeliger Gutsbesitzer statt, welcher ähnliche in Halle und Stettin folgten, und in Berlin trat um die Mitte August eine „Generalversammlung des Vereins zu Wahrung der materiellen Interessen aller Klassen des preußischen Volkes“

zusammen, welche alsbald als das „Junkerparlament“ bezeichnet wurde. Die früheren Minister Graf Arnim-Boitzenburg und von Bodelschwingh, dann von Bismarck, von Kleist, von Gerlach, von Bülow-Cummerow und gegen 200 Conservative nahmen an der Versammlung Theil, welche sich auf das Heftigste sowohl gegen die Nachgiebigkeit der Krone als gegen die Nationalversammlung und das „Krämerministerium“ äußerte. Nach dreitägigen Berathungen gingen die Theilnehmer, nachdem sie ein permanentes Directorium eingesetzt, aus einander. Diese, wie auch die sonstigen Bestrebungen der conservativen Partei, so namentlich die im Sommer erfolgte Gründung der „Neuen Preußischen (Kreuz)zeitung“, und die Bemühungen der Preußenvereine wurden von der öffentlichen Meinung bedeutend unterstützt.

Auch die constitutionelle und die demokratische Partei gingen mit der Absicht um, auf Congressen ihre Bestrebungen einheitlich zu regeln. Doch fanden diese Vereinigungen erst später statt.

Die Stimmung in Berlin, welche während des Juli eine verhältnißmäßig friedliche genannt werden konnte, war im Laufe des August durch die in den Vordergrund getretene deutsche Frage eine sehr erregte geworden. Auch die Nachbarorte blieben von dieser Bewegung nicht ausgenommen, doch wurden sie in einem anderen Sinne von ihr erfaßt. Sowohl in Charlottenburg, wo jetzt das 2. Garderegiment lag, als in Teltow und anderen Flecken trug die Bevölkerung ihren Haß gegen die Berliner Demokratie offen zur Schau. Schon am 1. August waren einige, eine Freiheitsfahne schwingende Studenten in Charlottenburg angefallen und mißhandelt worden.

Bald darauf hatte in dieser Stadt ein demokratischer Verein unter Vorsitz des Chemikers Denzer sich auszubreiten gesucht, was noch mehr böses Blut machte. Die Erregung stieg zu solcher Größe, daß am 20. August mehrere Berliner Volksführer, die sich zu einer Sitzung des Klubs nach Charlottenburg begeben hatten, schwer mißhandelt wurden. Namentlich erheblich wurden die Brüder Bruno und Edgar Bauer verletzt, der Kaufmann Jacoby sogar lebensgefährlich verwundet.

Als die Nachricht von diesen Vorfällen nach der Hauptstadt kam, war die Entrüstung allgemein. Der demokratische Klub

feuerte nach Kräften die Leidenschaften an und berief auf den 21. Abends eine Volksversammlung nach dem Opernplatz. Von hier zog die Menge zunächst nach dem Ministerium des Innern, zerschlug hier Fenster und Thüren, wandte sich dann aber, da sie Kühlwetter nicht antraf, nach dem Hotel des Justizministeriums, in welchem Märker dem fremden, diplomatischen Corps ein Fest gab. Auch hier wurden die Fenster eingeworfen, große Pflastersteine flogen in den Saal, verletzten den Justizminister am Fuße und zwangen die Gesandten und sonstige Gäste zu eiliger Flucht. Nur dem Einschreiten der Constabler, von denen Viele in dem Handgemenge verletzt wurden, war es zu danken, daß das Gebäude nicht gänzlich der Zerstörung anheimfiel. Doch wurden in der ganzen Wilhelmsstraße die Laternenpfähle umgeknickt und das herausströmende Gas angezündet, unter den Linden das Pflaster aufgerissen, die Bänke zerschlagen und sogar, als in dem Gedränge einige Schüsse fielen, mit dem Bau von Barrikaden begonnen. Erst spät in der Nacht, nachdem die Polizei viele Verhaftungen vorgenommen, erreichte der Tumult ein Ende.

Die Bürgerwehr hatte, wie gewöhnlich, ihre völlige Unfähigkeit bewiesen, auch nur der unbedeutendsten Pöbelausschreitungen Herr zu werden. Die Offiziere der Nationalgarde befanden sich sogar, obwohl für den Abend der Ausbruch von Unruhen mit ziemlicher Sicherheit vorauszusehen war, nicht in der Stadt, sondern auf einem großen Bürgerwehrfest im Kroll'schen Etablissement im Thiergarten.

In Folge dieser Auftritte erschien Tags darauf ein Aufruhrgesetz, welches Volksversammlungen unter freiem Himmel nur nach vorausgegangener polizeilicher Erlaubniß gestattete, bewaffnete Versammlungen und Aufzüge verbot und die öffentliche Macht ermächtigte, Zusammenrottungen nöthigenfalls mit Waffengebrauch zu zerstreuen.

Wenige Tage darauf, am 26. August, schloß die preußische Krone zu Malmö jenen Vertrag mit Dänemark, welcher überall in Deutschland die Patrioten mit Zorn und Trauer erfüllte. Das Ministerium traf keine Schuld an diesem Handel; denn neben dem Cabinete und über dasselbe hinaus lenkte die aus-

wärtigen Angelegenheiten jener von den Demokraten als „Camarilla“ bezeichnete Kreis conservativ und reactionär gesinnter Persönlichkeiten, eines Manteuffel, Gerlach, Thile, Radowitz, Leo und Anderer, welche in Potsdam fast die einzige Umgebung des Königs bildeten.

Die Vermittelungsversuche des Ministeriums zwischen Potsdam und Berlin wurden durch diese Partei paralysirt, der schwankende Herrscher seinen offiziellen Berathern entzogen und mehr und mehr wieder zu den Anschauungen des Königthums von Gottes Gnaden zurückgeführt.

Das Ministerium befand sich somit in jener peinlichen Lage, welche gewöhnlich die Rolle eines Vermittlers zu sein pflegt. Von den Hofkreisen mißachtet, wurde es von dem Junkerparlamente und den Preußenvereinen nahezu des Jacobinerthums beschuldigt, während zugleich die aufgeregte Bevölkerung der Hauptstadt ihm Freiheitsfeindlichkeit vorwarf. Noch hatte es zwar an der Nationalversammlung einen festen Rückhalt, allein bald sollte auch dieser schwinden.

Am 4. September nämlich lief ein vom 2. desselben Monats datirtes Schreiben des Staatsministeriums bei der Versammlung ein, in welchem der Kriegsminister, nachdem schon nahezu 4 Wochen seit Annahme des Stein-Schultz'schen Antrages verflossen waren, erklärte, dem „Wunsche“ der Versammlung in Betreff des Ausscheidens der reactionär gesinnten Offiziere nicht entsprechen zu können. „Allgemeine Erlasse wie dieser sind nach unserer pflichtmäßigen Ueberzeugung nicht entsprechend dem Geiste und dem Wesen einer Armee. Sie sind geeignet, an die Stelle des vertrauensvollen Gehorsams, womit der Offizier und Soldat — jeder auf seinem Standpunkte — die Befehle seines Oberen auszuführen hat, den Geist des Mißtrauens zu setzen, welcher Disciplin und Ordnung und den ganzen Geist der Armee mit der Zeit untergraben würde.“

Gewiß waren diese Bemerkungen richtig, allein der Kriegsminister hätte sie nicht jetzt, sondern am 9. August machen müssen, und wäre dann des Erfolges sicher gewesen, während jetzt begreiflicher Weise die Versammlung durch den schroffen Widerstand des Ministeriums nicht überzeugt, sondern gereizt

wurde. Der Abgeordnete Stein, welcher schon vorher eine Interpellation in Betreff der Ausführung des Beschlusses vom 9. August angekündigt hatte, stellte nunmehr den Antrag: „Die Nationalversammlung wolle beschließen, daß es die dringendste Pflicht des hohen Staatsministeriums sei, denjenigen Erlaß, welchen die Nationalversammlung am 9. August in der 37. Sitzung beschlossen hat, ohne Weiteres zur Beruhigung des Landes und zur Erhaltung des Vertrauens wie zur Vermeidung eines Bruches mit der Nationalversammlung ergehen zu lassen". Unter großer Unruhe wurde in namentlicher Abstimmung die Dringlichkeit des Antrages und die sofortige Berathung desselben beschlossen. Noch versuchte die gemäßigte Partei den unvermeidlich scheinenden Conflict zu vermeiden, indem von Unruhe den Antrag auf Vertagung stellte. In heftiger Weise und vielfach durch Lärm unterbrochen, trat Reichensperger für diesen Antrag ein, während Waldeck in dröhnenden Sätzen neue Anklagen gegen den reactionären Geist schleuderte. Stürmischer Jubel der Linken begleitete seine letzten Worte: „Ich sage Ihnen, mit Ehren können wir hier nicht eine Minute länger sitzen bleiben, wenn es nicht geschieht! was bedarf es noch der Ueberlegung? da ist nicht die Rede von Abtheilungen, von Fachcommissionen; es ist die Nation, welche es verlangt!"

Mit 184 gegen 168 Stimmen nahm endlich das Parlament den Antrag Unruhs an und vertagte die Beschlußfassung bis zum 7. September. Niemand konnte sich mehr verhehlen, daß man jetzt vor einem entscheidenden Schritte stand, daß die Annahme des Stein'schen Antrages nicht nur den Sturz des Ministeriums, sondern auch eine offene Opposition gegen die Regierung bedeutete. Die Parteien der Nationalversammlung traten zusammen, in den Klubs und Bezirksvereinen, in den Kreisen der Bürgerwehr, auf den Straßen und Plätzen war von nichts Anderem als von dem Stein'schen Antrag die Rede. Die Nationalgarde erklärte sich am 5. offen gegen das Ministerium und versprach die Volksvertretung nach Kräften zu beschützen; zahlreiche Placate und Flugblätter vermehrten die Aufregung des Volkes, welches bereits Kampfesvorbereitungen traf, um gerüstet zu sein, falls das Cabinet die Truppenmacht zu Hülfe

rufen wollte[1]. Die Stellung Auerswalds und seiner Genossen war schon jetzt eine unhaltbare geworden.

Der 7. September, ein schöner, heißer Herbsttag, brach an. Schon von 8 Uhr Morgens ab füllten große Menschenmassen den Platz vor der Singakademie. Die Haltung der Menge war eine aufgeregte, jedoch nicht gefahrdrohende. Die Tumulte und Thätlichkeiten gegen die mißliebigen Abgeordneten, welche man befürchtete — nicht weniger als vier Bataillone Bürgerwehr standen im Schlosse bereit —, fanden nicht statt, wenn auch die Stimmung eine bedenkliche blieb[2].

Um 9½ Uhr eröffnete in Gegenwart des gesammten Ministeriums und 362 Abgeordneten und bei überfüllten Galerieen[3] der Präsident die Berathung. „Es war die fünfzigste Sitzung der preußischen Nationalversammlung, in Haltung, Ernst und Würde der Verhandlung mit keiner der früheren vergleichbar. Das Bewußtsein eines großen historischen Momentes erfüllte alle Gemüther."

Eröffnet wurde die Debatte durch den Ministerpräsidenten, welcher jetzt zu spät darauf hinwies, daß der Stein'sche Antrag kein Regierungsact sei, sondern eine Verwaltungsmaßregel enthalte, über welche die Nationalversammlung keine Befugniß habe. Von der Mittelpartei und ebenso von der Rechten waren Amendements eingelaufen, welche eine Beilegung des Conflictes bezweckten. Das erstere, von von Unruh gestellt, ließ dem Cabinet noch den Rückzug offen, indem es sich dahin aussprach, daß das Ministerium das Vertrauen des Landes nicht mehr besitze, wenn es noch weiterhin Anstand nehme, den bewußten Beschluß auszuführen; das zweite, von Tamnau stammend,

---

[1] Streckfuß II, 788.

[2] So wurde u. A. ein Flugblatt, welches das gesammte Ministerium am Galgen hängend zeigte, verbreitet und den Ministern vorgehalten. Am besten zog sich hierbei Hansemann aus der Sache, indem er sich selbst ein Exemplar kaufte.

[3] Der Zudrang zu den Galerieen war so groß, daß die „Arbeiter", welche sonst vor den Thüren der Singakademie mit Einlaßkarten zu handeln pflegten und in der Regel 10 Silbergroschen für das Stück forderten, an diesem Tage drei bis fünf Thaler dafür erhielten.

forderte den Kriegsminister auf, die Offiziere sowohl vor reactionären als vor republikanischen Bestrebungen zu warnen, und wurde in einer langen Rede von dem Abgeordneten Baumstark vertheidigt. Der Kriegsminister selbst erklärte sich bereit, dieses Amendement anzunehmen, allerdings ganz in consequenter Weise, da er drei Tage zuvor von der Schädlichkeit solcher Erlasse überhaupt gesprochen hatte. Die Debatte, zu welcher sich 52 Redner zum Worte gemeldet hatten, war lang und erregt; der Abgeordnete Weichsel, welcher behauptete, daß gewisse Mitglieder nicht ihrer Ueberzeugung gemäß stimmten, wurde tumultuarisch überschrieeen, die Galerieen klatschten wiederholt Beifall und mußten zur Ruhe verwiesen werden. In namentlicher Abstimmung wurde endlich das Amendement von Unruh mit 320 gegen 38, dasjenige Tamnaus mit 210 gegen 156 Stimmen verworfen und alsdann von 219 Abgeordneten gegen eine Minderzahl von 143 der Stein'sche Antrag zum Beschluß erhoben. Damit schloß die folgenschwere, mehr als siebenstündige Sitzung, in welcher die Nationalversammlung zum ersten Male mit offenem und bewußtem Widerstande gegen die Regierung hervorgetreten war.

Die Volksmassen, welche die Singakademie umstellt hielten, hatten den Sieg der Linken mit stürmischem Jubelgeschrei begrüßt. Die heraustretenden Abgeordneten der Rechten wurden mit Pfeifen und Heulen empfangen und vermochten erst, nachdem einige volksthümliche Deputirte die Menge beruhigt, ungefährdet ihren Weg fortzusetzen. Der Gegenstand maßloser Ovationen waren vor Allem Waldeck und Stein, welch letzterer vom „Volke" unter Hochrufen in einem Miethwagen nach seiner Wohnung gefahren wurde. Im Uebrigen blieb die Stadt ruhig.

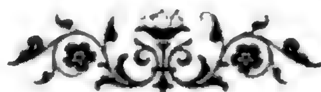
Die Folgen des Stein'schen Beschlusses blieben nicht aus. Nachdem am 18. die Nationalversammlung zusammengetreten, allein sofort wieder vertagt worden war, weil das Staatsministerium sich durch Besprechungen mit dem Könige für verhindert erklärte, den Berathungen beizuwohnen, theilte am 11. September von Auerswald dem Parlamente mit, daß das Cabinet unverzüglich nach den Vorgängen des 7. seine Entlassung eingereicht habe. Von Volk, Adel, Nationalversammlung,

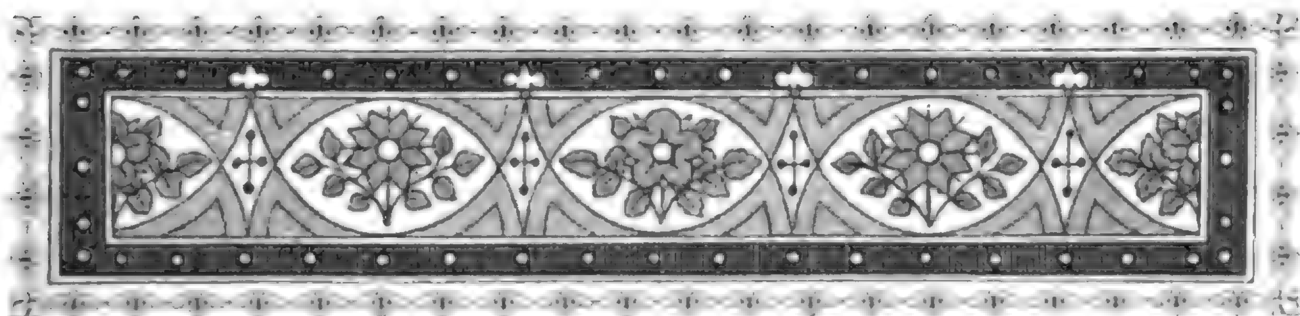
„Camarilla", von allen Seiten war das Ministerium, wie von Hansemann schreibt[1], gleichzeitig fallen gelassen worden. Sehr bemerkt wurde ein Passus in dem Abschiedsgesuche, welcher noch einen nachträglichen Angriff auf die Nationalversammlung enthielt. „Unserer Ansicht nach", lautet diese Stelle, „muß das von uns vertretene und in der Sitzung der Nationalversammlung vertheidigte Princip, daß derselben die Festsetzung von Verwaltungsmaßregeln nicht zustehe, aufrecht erhalten werden, weil ohne dasselbe die constitutionelle Monarchie nicht bestehen kann." In seinem Antwortschreiben hatte Friedrich Wilhelm das Princip ausdrücklich anerkannt, indem er zugleich dem Ministerium die erbetene Entlassung gewährte und dasselbe mit der vorläufigen Fortführung der Geschäfte beauftragte. Späterhin erhielt Hansemann, wie er sich dies schon bei seinem Amtsantritte ausbedungen, die Stelle eines Chefs der preußischen Bank und der Seehandlung, Auerswald wurde Oberpräsident der Provinz Preußen.

So war durch das blutige Mißverständniß auf dem Markte zu Schweidnitz das „Ministerium der That" gestürzt. Es hatte allerdings diesem Namen, den es selbst für sich in Anspruch genommen, nicht in vollem Umfange entsprochen, allein im Vergleiche zu seinem Vorgänger hatte es doch eine rege und verhältnißmäßig ersprießliche Thätigkeit entwickelt. Daß es fiel, lag nicht sowohl an seinen Fehlern als an dem Gange der Ereignisse, welche unaufhaltsam von dem unklaren Vereinbarungsbestreben der Gegenwart nach der Entscheidung der Gewalt hindrängten.

---

[1] Das preußische und deutsche Verfassungswerk, S. 118 ff.





V. Abschnitt.

Der Krieg in Schleswig-Holstein.

1.

Das Treffen bei Bau und Crusau.

Ehe noch den Herzogthümern die versprochene Hülfe Preußens und des deutschen Bundes zu Theil wurde, hatten bereits die Feindseligkeiten zwischen dem Inselreich und seinen abtrünnigen Provinzen begonnen. Die Dänen hatten die äußersten Anstrengungen gemacht, um ihr Heer auf eine achtungsgebietende Höhe zu bringen, Anstrengungen, die um so mehr erforderlich waren, als der größte Theil der in Schleswig-Holstein garnisonirenden Truppen zu der deutschen Sache übergetreten war.

Alles in Allem belief sich die dänische Macht bei Eröffnung des Feldzuges auf etwa 14000 Mann mit 32 Kanonen und einer Raketenbatterie und war in die Leibgarde zu Fuß, 12 Infanteriebataillone, 3 Jägercorps, 15 Schwadronen Dragoner und Husaren und 4 Batterien eingetheilt. Dazu kamen noch einige von Lauritz Skau und Anderen geführte Freischaaren. Der Oberbefehl über die ganze Armee war dem General Hedemann übertragen, der König selbst befand sich seit dem 7. April bei dem Heere und schlug sein Hauptquartier in Sonderburg auf Alsen auf.

Waren mithin die von Dänemark aufgestellten Landtruppen so schwach, daß sie bei einer energischen Kriegsführung seitens

der deutschen Mächte nicht das Feld hätten halten können, so bot sich andererseits den Dänen in ihrer Flotte eine Waffe, gegen welche die Executionstruppen keinen Schutz besaßen. Dänemark verfügte über eine für seine Verhältnisse stattliche Seemacht, deren Brauchbarkeit nur dadurch wesentlich gemindert wurde, daß gerade in jener Zeit sich in den europäischen Marinen der Uebergang von der Segel- zu der Dampfschifffahrt vollzog. So waren auch die Hauptschlachtschiffe der Dänen, das Linienschiff „Christian VIII.", die Fregatte „Gefion", die Corvetten „Galathea", „Najade", „Flora", „Thetis" und andere Segelfahrzeuge, während einige der kleineren Schiffe „Skyrner", „Geyser", „Hekla" bereits durch Dampf bewegt wurden.

Diesen Streitmitteln gegenüber vermochten die Schleswig-Holsteiner nur verhältnißmäßig geringe Kräfte aufzustellen. Etwa 2000 Mann und kaum 20 Offiziere waren übergetreten; sie bildeten den Stamm des zu errichtenden Heeres, welches bis zum 7. April durch den Eintritt Freiwilliger und die Einberufung der Beurlaubten auf 114 Offiziere, 374 Unteroffiziere und 7110 Mann stieg. Diese Truppen waren in 6 Infanteriebataillone, 2 Jägerdivisionen, 9 Dragonerschwadronen und 3 Batterieen eingetheilt. Den Oberbefehl führte Prinz Friedrich von Augustenburg; die erste Infanteriebrigade war dem Generalmajor von Krohe, welchem später der Graf Baudissin folgte, die zweite dem Herzoge von Glücksburg unterstellt. Der preußische Major Prinz Waldemar von Schleswig-Holstein führte die Reiterei, der Hauptmann von Lesser das Geschütz.

Ein Blick auf die Zahl der Offiziere und Mannschaften zeigt, daß es zwar nicht an Prinzen, wohl aber an ausgebildeten Soldaten und besonders an tüchtigen Unterführern fehlte. Gerade bei einem in Eile formirten, zum größten Theile aus ungeübten Freiwilligen bestehenden Heere war der Einfluß erfahrener Offiziere unentbehrlich und um so nachtheiliger wirkte es, daß man kaum die nöthigsten Führerstellen zu besetzen vermochte und oft nicht umhin konnte, ganze Batterieen und Compagnieen Unteroffizieren anzuvertrauen. Dieser Offiziersmangel hatte seinen Grund vornehmlich darin, daß schon vor dem Ausbruch der Revolution fast alle Commandostellen in den schleswig-holstein'schen

Garnisonstruppen mit Offizieren dänischer Abkunft besetzt worden waren, welche dann nach dem 18. März, während sich die Mannschaften der Bewegung anschlossen, in ihre Heimat zurückkehrten.

Einen besonders stattlichen Anblick konnten diese in der Eile zusammengerafften Truppen selbstredend nicht gewähren. „Das Aussehen der neuformirten schleswig-holstein'schen Truppen", schreibt v. Wickede, „war so häßlich wie nur möglich. Von allen europäischen Heeren hatte das dänische entschieden das gröbste Tuch und den unkleidsamsten Kleiderschnitt für seine Soldaten und diese Uniformirung ging nun auf uns mit über. Da wir aber die rothen dänischen Collets nicht beibehalten sollten, weil sonst die deutschen Bundestruppen uns für Dänen gehalten und stets auf uns geschossen haben würden, so trugen die Leute anfänglich nur ihre blauen Spencerjacken und groben Tuchmäntel. Die rothen Uniformen wurden unzertrennt, wie sie waren, in die Farbenbottiche gesteckt, um dunkelgrün gefärbt zu werden. Diese Färbung mißrieth aber und so erhielten diese aufgefärbten Röcke ein scheußliches braunrothes, fleckiges und in allen möglichen Schattirungen spielendes Couleur. Dabei war das Tuch bei dem Färben eingelaufen, die Aermel reichten den Leuten oft bis nicht viel über die Ellenbogen. — So sahen wir denn wirklich wie die Vogelscheuchen aus, zumal im Vergleich zu den schönen, eleganten preußischen Garden, oder den luxuriös ausgerüsteten Mecklenburgern oder den einfachen, geschmackvollen, schwarzen braunschweig'schen Jägern. Dazu noch die schlechte Haltung und der schwerfällige bäuerische Gang unserer Rekruten; kurz, eine schleswig-holstein'sche Infanteriecompagnie hatte wahrlich nichts Stattliches."

Auch die militärische Brauchbarkeit der Truppen war keine allzugroße. „Wie bei jeder Truppe", schreibt unser Gewährsmann, „die sich einer Volkserhebung, mag sie auch wirklich so wohl begründet sein, wie es diese hier nach meiner festen Ueberzeugung war, anschließt, war ihre Organisation sehr erschüttert worden. Dem guten, willigen, so leicht gehorchenden Geiste der schleswig-holstein'schen Bevölkerung im Allgemeinen war es zuzuschreiben, daß wirklich grobe Subordinationsvergehen auch bei diesen Truppen äußerst selten vorkamen. Allein die Disciplin

war doch lange nicht so fest, wie sie in jedem feldtüchtigen Heere sein muß. Besonders die Langsamkeit und Schwerfälligkeit der Leute, die nur durch strenge Zucht gemindert werden konnte, trat gar häufig recht hemmend hervor. Wenn ein Bataillon des Morgens um fünf Uhr fortmarschiren sollte, so konnte man in der ersten Zeit ziemlich sicher sein, daß es nicht vor sieben Uhr wirklich auf den Marsch kam, und seine Compagnie fortmarschiren zu lassen, ohne ihr eine bequeme Mittagsruhe und ein reichliches Mittagessen zu verschaffen, hätte kein Offizier damals vermocht. Dabei war die Hälfte der Gewehre gewiß so schlecht geputzt, daß sie beim Schießen versagten, im Gefechte also unbrauchbar waren. Wollte ein Offizier hiergegen aneifern, so traf er zwar selten auf offenen Ungehorsam, denn hierzu wird es ein Schleswig-Holsteiner nur äußerst ungern kommen lassen, aber auf eine solche Lässigkeit und Schwerfälligkeit, daß er doch seinen Zweck nicht zur Hälfte erreichen konnte. Dabei ging der Bevölkerung in den Herzogthümern der eigentlich kriegerische Sinn ab. Das Militär, früher fast nur aus den Leuten der untersten Volksklassen oder Stellvertretern bestehend, war nicht recht geachtet gewesen. Jeder nur halbwegs wohlhabende Bürger- oder Bauernsohn hatte sich geschämt, die Uniform anzuziehen, und der Rock des Soldaten war kein Ehrenkleid."

Eine große und wichtige Unterstützung wurde der geringen Truppenmacht der Schleswig-Holsteiner durch die Freischaaren zu Theil, welche in den ersten Tagen des April aus allen Gauen Deutschlands eintrafen. Die allenthalben erwachte Begeisterung für die meerumschlungenen Herzogthümer hatte diese Freischärler, meist junge Leute, Turner, Studenten, auch manche Offiziere, herbeigetrieben. In ihrer Heimat war man oft froh gewesen, die unruhigen Geister dergestalt auf gute Art los zu werden, in den Herzogthümern wurden sie mit größtem Jubel empfangen, und brachten in die bisher etwas aristokratisch gehaltene Bewegung einen starken demokratisch-revolutionären Zug. Waren doch so Manche unter ihnen, die in der Nacht des 18. März in Berlin auf den Barrikaden gestanden, die ein Jahr später im Lande Baden sich für die deutsche Republik schlugen.

Das bekannteste dieser Freicorps ist dasjenige, welches der spätere Heerführer, der damalige bayerische Major und Flügeladjutant von der Tann, aus Altona-Hamburger, Kieler, Kölner, Berliner und Magdeburger Freiwilligen am 11. April begründete. Mit von der Tann war noch eine ganze Anzahl bayerischer Offiziere, der Hauptmann Graf Bothmer, die Lieutenants von Aldosser, von Corneli, von Bouteville, von Waldmann eingetroffen und traten bei den verschiedenen Freicorps ein. Von letzteren sind besonders noch die Bracklow'schen Scharfschützen, das Wasmer'sche, das Rantzau'sche, das von Krogh'sche Corps und die nach wenigen Tagen bereits dem Kriege zum Opfer gefallene Schaar der Kieler Turner und Studenten zu nennen.

Schon durch die Betheiligung dieser Freischaaren war dem bevorstehenden Kampfe der Charakter eines Volkskrieges verliehen; die provisorische Regierung ging jedoch noch weiter, indem sie in einem am 8. April erlassenen Decret jeden Staatsbürger für verpflichtet erklärte „sich dem andringenden Feinde mit Waffen jeder Art zu widersetzen". Es sollte somit eine Art Landsturm aufgeboten werden, wie dies der Paragraph 4 der Verordnung in den Worten aussprach: „Es tritt mit jeder Annäherung des Feindes ein Kampf der Nothwehr ein, der alle ehrenhaften Mittel heiligt. Die vernichtendsten Mittel sind die vorzüglichsten, denn sie führen am schnellsten zum Siege der gerechten Sache". Viel Erfolg wurde durch diesen Befehl nicht erzielt; die ländliche Bevölkerung, von welcher ein solcher kleiner Krieg hätte vorwiegend ausgehen müssen, war zu schwerfällig und um ihr Hab und Gut besorgt.

Die in Aussicht gestellten preußischen Hülfstruppen trafen bereits am 4. April in Holstein ein, nahmen aber an den ersten Kämpfen ebensowenig Theil, wie die mobile Division des 10. deutschen Armeecorps, die, vom deutschen Bunde entsandt, etwas später anlangte.

Da sich diese Truppen zunächst neutral verhielten, so fiel die ganze Wucht des ersten dänischen Angriffes allein auf die Schleswig-Holsteiner und die mit ihnen verbundenen Freischaaren.

Die Dänen, welchen nach der Lage der Dinge die Rolle des Angreifers zufallen mußte, hatten die Insel Alsen besetzt und

bedrohten von hier aus die Ostküste, während sie zugleich im Norden in Jütland ein Corps zusammenzogen. Ihre Kriegsschiffe kreuzten an den Küsten und blockirten die Häfen.

Schon am 23. März hatten die Dänen von Jütland aus den Grenzfluß, die Königsau, überschritten und die Stadt Hadersleben besetzt und drangen von hier bis Apenrade und Gravenstein vor, während die Skau'sche Freischaar vorübergehend Tondern einnahm. Die schleswig-holstein'sche Colonne, welche ihnen entgegengesandt war, war zu schwach, um ihr Vordringen aufzuhalten. Sie bestand aus den Freischaaren, 2 Bataillonen Infanterie, Jägern, Dragonern und 2 Geschützen; aus Apenrade hatte der Commandeur, Major Michelsen, bereits weichen und die Stadt, die ihn und seine Truppen begeistert empfangen, den Dänen preisgeben müssen. Um der Stadt Flensburg, welche in seinem Rücken lag, nicht das gleiche Schicksal zu bereiten, bezog er bei Bau an der Landstraße zwischen Apenrade und Flensburg eine Stellung, entschlossen, hier den Angriff der Dänen abzuwarten. Zwar war der ihm nachrückende Feind gegen 11000 Mann stark und weitere 2000 Mann landeten am 8. April bei Goldnäs, um Glücksburg zu besetzen; allein er hoffte noch rechtzeitig Unterstützung von dem Gros seiner Armee zu erhalten, von welcher 5000 Mann unter dem Generale von Krohn bereits auf dem Marsche nach Flensburg begriffen waren.

Am 6. April war das erste Blut geflossen, ein Recognoscirungsgefecht bei Höckerup und Rinkenis kostete einem Deutschen und mehreren Dänen das Leben, drei Tage darauf sollte das erste entscheidende Treffen erfolgen.

Das kleine Detachement des Majors Michelsen hatte nördlich von Flensburg eine für seine geringen Kräfte außerordentlich ausgedehnte Stellung bezogen. Sein rechter Flügel, dessen Hauptbestandtheil die Kieler Freischaaren bildeten, lehnte sich an die Seeküste an, das Centrum, aus dem größtem Theil der Linientruppen bestehend, stand bei Bau, der linke Flügel, die Braklow'sche und Rantzau'sche Schaar, hielt etwas zurückgezogen, die Dörfer Harrislev und Handewith besetzt. Die Stellung war schon vor Beginn des Gefechtes eine nahezu

unhaltbare geworden; denn die Dänen standen nicht nur mit großer Uebermacht der Front der Deutschen gegenüber, sondern bedrohten auch bereits deren Rückzug, während zugleich eine Anzahl Kriegsschiffe im Flensburger Fjord bereit lag, die Operation der Landarmee an der Seeküste zu unterstützen.

Es lag in der Absicht des Generals Hedemann, das kleine, zu weit vorgeschobene Detachement Michelsens in beiden Flanken zu umgehen, womöglich im Rücken zu fassen und gefangen zu nehmen. Von der Stellung der Gegner durch einen gewissen Christiansen und andere dänisch gesinnte Bürger Flensburgs genau unterrichtet, ließ er am 8. April den auf dem linken Flügel der Deutschen gelegenen Flecken Medelby besetzen, landete eine Abtheilung bei Holdnäs, um von hier aus über Glücksburg den Rücken des feindlichen Detachements zu bedrohen, und eröffnete am Morgen des 9. April den Angriff auf drei Punkten. Seine Hauptmacht ging auf das Centrum der Schleswig-Holsteiner bei Bau vor; zwei andere dänische Colonnen griffen bei Harrislev und Handewith den linken, bei Crusau den rechten Flügel Michelsens an. Das Unternehmen hatte, wie dies bei den fehlerhaften Dispositionen des schleswig-holstein'schen Commandos und der großen Ueberzahl der Dänen nicht anders zu erwarten war, einen vollen Erfolg. Der linke Flügel der Deutschen, die Freischärler der Bracklow'schen und Rantzau'schen Schaar wurde nach dem Falle des Commandanten, Hauptmann Schmidt, völlig zersprengt und von dem Gros abgeschnitten, welches manche der Scharfschützen erst nach Wochen über Friesland wieder erreichten. Gleichzeitig ging auch das Centrum unter heftigem Kampfe aus Bau zurück und mußte auch eine zweite Stellung bei Niehaus räumen.

Der rechte Flügel war nunmehr völlig isolirt. Die hier befindlichen Kieler Turner und Studenten schlugen sich mit äußerster Tapferkeit, allein dem verheerenden Feuer der dänischen Landmacht und der dicht am Ufer liegenden Kriegsschiffe vermochten sie nicht zu widerstehen. Sie traten den Rückzug auf Flensburg an, warfen sich in eine vor der Stadt befindliche Eisengießerei, welche sie gegen die heftigen Angriffe der Dänen hielten, mußten aber dann, da ihnen die Munition ausging,

sich mit blanker Waffe den weiteren Rückzug erkämpfen. Allein inzwischen hatten die Dänen den südlichen Theil Flensburgs bereits besetzt; es gab keine Rettung mehr. Die sämmtlichen Abtheilungen des rechten Flügels geriethen, soweit Offiziere und Mannschaften nicht geblieben waren, in die Gefangenschaft des Feindes, mit ihnen auch der schwer verwundete Detachementscommandeur Michelsen, welcher bald darauf starb.

Das erste Gefecht des Krieges war somit eine unleugbare und große Niederlage der Schleswig-Holsteiner gewesen. 108 Offiziere und Soldaten waren todt und verwundet, viele andere zersprengt, mehr als 700 Mann kriegsgefangen, so daß der 9. April dem Detachement mindestens die Hälfte seiner Stärke gekostet hatte. Die Dänen gaben ihren Verlust auf 8 Offiziere und 102 Mann an.

Die Folgen des unglücklichen Gefechtes waren groß. Schon am 9. rückten die Dänen in Flensburg ein, gingen am nächsten Tage bis Groß-Solt vor und erreichten am 11. Schleswig. Ihre Vorposten wurden bis in die Nähe Rendsburgs vorgeschoben. Der König selbst traf am 13. in Schleswig ein, hielt eine Parade ab und ließ Manöver ausführen. Allein verstimmt durch die deutsche Gesinnung der Bürgerschaft verließ er noch am selben Tage, nachdem er den Generalen Hedemann und Wedel das Großkreuz des Danebrogs verliehen, die Stadt. Tags zuvor war bereits Eckernförde von den Dänen besetzt worden, die somit in wenigen Tagen ganz Schleswig eingenommen hatten. Die üblichen Maßregeln, Entwaffnung der Bürgerschaft, Verhaftungen, Haussuchungen und dergl. blieben nicht aus, doch scheinen die Dänen unnöthige Grausamkeiten vermieden zu haben.

Es trat nunmehr in den Kriegsoperationen ein mehrtägiger Stillstand ein. Die Dänen standen im Süden Schleswigs zwischen Missunde und Treya, die Deutschen im nördlichen Holstein, die Freicorps vorgeschoben, unter dem Befehle des Hauptmanns von Gersdorff, in Altenhof, Harzhof, am Wittensee und in Steinrade. Besonders zeichnete sich das von der Tann'sche Corps aus, dessen Führer hier seine großen militärischen Gaben zeigte. „Als Soldat war er kühn", schreibt Wickede, „unermüdlich bei Tag und Nacht, scheute weder Ge-

fahren noch Anstrengungen und hatte die große Gabe, seinen Untergebenen ein unbedingtes Vertrauen zu seinen Fähigkeiten einzuflößen. Besonders zeichnete er sich sehr dadurch aus, in unvorhergesehenen Fällen auch sogleich die besten Mittel dafür zu finden, und extemporirte mehr, als daß er vorher lange Pläne entwarf."

Nach verschiedenen Plänkeleien mit den Vorposten und den dänischen Kanonenbooten kam es am 21. in der Nähe von Eckernförde zu einem doppelten Vorpostengefechte. Bei Altenhof wurde das Tann'sche Corps von dänischer Infanterie, Jägern und Dragonern, welche ein Kanonenboot unterstützte, angegriffen, hielt sich aber tapfer und warf den Feind nach heftigem Gefechte zurück, wobei die Freischärler allerdings einen Verlust von 9 Todten und 50 Verwundeten, nahezu ein Drittel ihrer Stärke, erlitten. Weniger glücklich gestaltete sich der Ausgang des zweiten Kampfes bei Harzhof. Hier wurde das Wasmer'sche Corps von dänischen Jägern unvermuthet angegriffen und mit starken Verlusten zurückgedrängt. Der linke Flügel der Schaar, 50—60 Mann stark, gerieth in Kriegsgefangenschaft. Die Berichte über den Verlauf des ganzen Gefechtes sind sehr verworren, doch scheint es keinem Zweifel zu unterliegen, daß die Dänen hier einen entschiedenen Vortheil errangen, wenn sie auch ihre eigentliche Absicht, von Harzhof aus dem Tann'schen Corps in den Rücken zu fallen, nicht zu erreichen vermochten. Sie hatten hier nach ihren Angaben 5 Todte und 20 Verwundete verloren.

Die bisherigen Kriegsereignisse hatten gezeigt, daß Schleswig-Holstein für sich allein den Kampf gegen Dänemark nicht mit Erfolg durchzuführen vermochte. Die regulären Truppen waren noch nicht genügend organisirt und ausgebildet, die Freicorps zwar meist tapfer, aber undisciplinirt und in ihrem Verhalten unberechenbar. Die höhere Führung ließ manches zu wünschen übrig; die niederen Offizierstellen waren zum Theile gar nicht oder unzureichend besetzt, es mangelte an Menschen- und Kriegsmaterial, so daß es Alles in Allem die höchste Zeit für den deutschen Bund war, sich seinem Versprechen gemäß der bedrohten Herzogthümer anzunehmen.

2.

Die Schlacht bei Schleswig.

Die preußischen Truppen, welche in dem Zeitraum vom 4. bis zum 21. April in den Herzogthümern einrückten, besaßen Alles in Allem eine Stärke von 13000 Mann mit 22 Geschützen. Commandeur war Fürst Radziwill, unter welchem General von Möllendorf die „Gardebrigade", General von Bonin die „Linienbrigade" commandirte[1]. Außerdem hatte der Bund eine „mobile Division" des 10. deutschen Bundesarmeecorps aufgestellt. Unter dem Befehle des hannöver'schen Generallieutenants Hugh Halkett waren in diesem Detachement gegen 10000 Mann mit 28 Geschützen — 5800 Hannoveraner, 1400 Braunschweiger, 1800 Mecklenburger, 1600 Oldenburger — vereinigt[2]. Rechnet man hierzu die holstein'schen Truppen und die Freicorps mit 7—8000 Mann, so stand den 14000 Dänen um den 20. April ein Gesammtheer von 30000 Deutschen mit 74 Geschützen entgegen.

---

[1] Die ordre de bataille der preußischen Truppen war folgende: Gardebrigade (Möllendorf). Garde-Grenadierregimenter Kaiser Franz und Alexander, Gardeschützenbataillon, 1 reitende Batterie (Hauptmann Kühne), 2 Escadrons des 3. (Ziethen-)Husarenregiments, Pioniere der 3. Abtheilung. Linienbrigade (Bonin). 2 Bataillone des 2. Infanterieregiments, je 1 Bataillon des 12. und 31. Regiments, das 20. Infanterieregiment, das 2. Kürassierregiment, 1 Fußbatterie (v. Decker), eine halbe Haubitzenbatterie (Petzel).

[2] Die Division hatte folgende Zusammensetzung. 1. Infanteriebrigade (Oberst v. Marschalck). Hannöver'sches 2. Regiment und je 1 Bataillon des 3., 4., 5. und 6. hannöver'schen Regiments. Batterie Prizelius. 2. Infanteriebrigade (Oberst Graf Ranzow). Mecklenburg'sche Grenadier-Garde und Musketierbataillon, Oldenburg'sches 1. Regiment, je 1 oldenburg'sche und mecklenburg'sche Batterie. 3. Infanteriebrigade (Oberst von Specht). Hannöver'sches 3. leichtes Bataillon, 2 Braunschweig'sche Bataillone und 1 Batterie, Mecklenburg'sche Jäger. Reiterei. Bei der Avantgarde: Hannöver'sches Königs-Husarenregiment, Mecklenburg'sche Dragoner. Bei der Reserve: Hannöver'sches 1. und 4. Dragonerregiment, 1 reitende Batterie. Die 3. Brigade bildete mit der erstgenannten Cavallerie die Avantgarde, welche General von Schnehen führte.

Als der älteste bei der Armee befindliche Offizier hatte General Hugh Halkett vorläufig das Commando übernommen, bis am 21. April der zum Bundesfeldherrn nach langen Verhandlungen ernannte General der Cavallerie von Wrangel in Rendsburg anlangte und in einem an dem gleichen Tage erlassenen Befehle sich an die Spitze des Heeres stellte.

Am 11. April hatte Oberst von Bonin, welcher Tags zuvor in Schleswig eingerückt war, seiner Instruction folgend den Dänen davon Mittheilung gemacht, daß man jeden weiteren Angriff Dänemarks auf Schleswig-Holstein als Kriegserklärung gegen Preußen auffassen werde, und einen dreitägigen Waffenstillstand vorgeschlagen. Als Antwort hierauf traf am nächsten Tage ein Brief des Königs Friedrich ein, welcher zeigte, in wie seltsamer Weise Dänemark die Sachlage auffaßte oder vielmehr aufzufassen vorgab. Nachdem er in dem Schriftstücke die Mittheilung Bonins als einen „Irrthum" bezeichnet, fuhr der König darin fort: „Da Wir indessen den Einmarsch preußischer Truppen in Unser Herzogthum Holstein nur als eine Demonstration ansehen können und wollen, die die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und des Friedens zum Zwecke hat, und Wir unter den obwaltenden Umständen zur Zeit Uns an keine Autorität in den gedachten Herzogthümern hinwenden können, so ergeht hiermit Unsere Forderung an den Commandeur der preußischen Truppen im Herzogthum Holstein, der sogenannten provisorischen Regierung daselbst die sofortige Einstellung aller Regierungshandlungen aufzuerlegen und dagegen die gesetzlich von Uns eingesetzten Behörden anzuweisen, sich in allen amtlichen Angelegenheiten, die sie selbst nicht erledigen können, an Uns, als ihren legitimen und rechtmäßigen Herzog zu wenden, und Unseren Befehlen unverzüglichen Gehorsam zu leisten."

Auf dieses Schreiben antwortete Bonin am 13. in einer nicht mißzuverstehenden Weise: „Ew. Königliche Majestät wollen mir allergnädigst gestatten, zu erwähnen, daß die preußischen Truppen nicht in das Herzogthum Holstein gekommen sind, um die innere Ordnung und den Frieden daselbst herzustellen und zu erhalten, sondern sie sind an die Eider gerückt, um die

vom deutschen Bunde anerkannten und verfassungsmäßigen Rechte der beiden Herzogthümer aufrecht zu erhalten. Sie sind nicht eingerückt, um die provisorische Regierung zu stürzen, sie sind vielmehr derselben unter meinem Commando von der Regierung meines allergnädigsten Herrn zur Verfügung gestellt worden."

Nach diesen Erklärungen, welche Oberst von Bonin im Namen seiner Regierung ertheilte, schien es keinem Zweifel unterliegen zu können, daß Preußen einen ernstlichen und entscheidenden Krieg mit Dänemark zu führen beabsichtige. Und doch war das Gegentheil der Fall.

Nach langen Unterhandlungen, welche der dänische Gesandte in Berlin, Graf Plessen, mit dem Minister von Arnim gepflogen, war von dem preußischen Cabinete der Major von Wildenbruch in außerordentlicher Mission nach Kopenhagen geschickt worden. Seine Bemühungen blieben erfolglos; er verließ die dänische Hauptstadt wieder, um sich zu den preußischen Executionstruppen zu begeben, schrieb aber unterwegs von Sonderburg aus am 8. April an den dänischen Minister des Auswärtigen eine Note, welche — späterhin vor die Oeffentlichkeit gebracht — die eigentlichen Triebfedern der preußischen Politik bloßlegte.

Diese „Wildenbruch'sche Note", deren Veröffentlichung das größte Aufsehen in der Folge erregte, ist der Schlüssel zu dem seltsamen, widerspruchsvollen Gebahren Preußens in den schleswig-holstein'schen Wirren. Sie zeigt, wie sehr Preußen entfernt war, die eigentliche, nationale Erhebung zu unterstützen, wie es ein Intriguenspiel statt eines kraftvollen Krieges trieb und mehr darauf bedacht war, die revolutionären Elemente des eigenen Landes niederzuhalten, als den Herzogthümern die ersehnte Befreiung zu bringen. Der Text der Note ist französisch. «La Prusse», erklärt von Wildenbruch nach einigen einleitenden Sätzen, «désire avant tout conserver les duchés de Slesvig et de Holstein a leur roi-duc et elle est très-éloignée de vouloir servir ou ses propres interêts ou l'ambition d'autres personnes. Il est dans l'interêt du Danemark et de tous

les états voisins que les Princes Allemands interviennent puissamment dans cette affaire et le seul désir d'empêcher les élements radicaux et républicains d'Allemagne d'intervenir d'une manière désastreuse à pousser la Prusse aux démarches, qu'elle a faites. Le but de l'entrée de troupes Prussiennes en Holstein était la protection d'une territoire de la confédération et d'empêcher que les éléments républicains de l'Allemagne aux quels les duchés auraient pu faire appel comme à un dernier moyen de propre conservation, ne se fissent maîtres de cette affaire.»

«L'idée d'une république de Nordalbingue que déjà on a prônée, serait sérieusement ménaçante et pour le Danemark et pour les pays voisins Allemands. Dans cette position la Prusse attendra si le Danemark voudra prêter sa main à une condition pacifique. — Le propre interêt du Danemark est le but de la Prusse, elle va sa grandeur et son indépendence qui lui paraissent ménacées par la séparation des duchés, — et elle est prête à y concourir. Mais la seule base possible en est l'union pleine et entière du Slesvig et du Holstein comme État indépendent et inséparable qui reconnait son duc héréditaire comme son maître et non le roi de Danemark.»

Um die „republikanischen Elemente" fernzuhalten, um die Gründung einer „nordalbingischen Republik" zu verhindern, griff mithin Preußen zum Schwerte. Weit entfernt, seine Stammesgenossen von der Bedrückung eines fremden Volkes zu befreien, wollte es gerade die „Größe und Unabhängigkeit" des Staates, gegen welchen es eine Armee in das Feld stellte. Durch alle Ereignisse der folgenden Jahre ziehen sich die Tendenzen der Wildenbruch'schen Note hindurch, zur Schädigung der preußischen Waffenehre, welche scheinbar das kleine Dänemark nicht zu besiegen vermochten, zum Unheile der Herzogthümer, die sich nach der gänzlichen Niederwerfung der „republikanischen Elemente" 1850 von den bisherigen Bundesgenossen preisgegeben sahen.

Schon vor der Ankunft des Bundesfeldherrn hatte General Halkett Befehle gegeben, um in den nächsten Tagen gegen die

Dänen zum Angriffe überzugehen. Seine Dispositionen waren von Wrangel bestätigt und der 24. April zum Schlachttage bestimmt worden. Die beiderseitigen Stellungen waren in den Tagen vorher derart, daß die Schleswig-Holsteiner bei Geltorf und Sehnstädt, die Preußen in und um Rendsburg, die mobile Bundesdivision in der Linie von Itzehoe bis Neumünster standen. Die Dänen hatten vor der Stadt Schleswig das uralte dänische Bollwerk des Danewirks oder Margarethenwalles stark verschanzt und erwarteten in dieser festen Position den Angriff des Gegners.

Zur Einleitung und Vorbereitung der auf den 24. geplanten Offensivbewegung war für den Tag zuvor — es war der Ostersonntag — eine Recognoscirung größten Maßstabes angeordnet. In zwei Colonnen setzten sich am Morgen des 23. die preußischen Truppen unter Führung der Generale Möllendorf und Bonin gegen Schleswig in Bewegung. Die mobile Division sollte nachrücken und sich theilweise dem Generale Möllendorf anschließen; den schleswig-holstein'schen Truppen, soweit sie nicht der Abtheilung Bonins zugetheilt waren, war aufgegeben, bei Missunde und an anderen Punkten die Schlei zu überschreiten.

Das Hauptwerk des heißen Tages, dessen Bedeutung man am Morgen noch nicht ahnte, fiel der Möllendorf'schen „Gardebrigade" zu. Um 7 Uhr war diese rechte Seitencolonne aufgebrochen und ohne Widerstand zu finden, auf der Straße nach Schleswig bis zu dem hart vor der Stadt gelegenen Dorfe Bustorf gelangt; es war dies eben jener Punkt, an welchem das hier vielfach zerfallene und durch Lücken unterbrochene Danewirk die Chaussee schnitt. Der Flecken selbst zerfiel in einen nördlichen und südlichen Theil, Nieder- und Oberbustorf genannt. Hinter dem Orte befanden sich — vom Standpunkte des Angreifers von rechts nach links gerechnet — das Hadebyer Holz, eine Ziegelei, der Riesberg, endlich an der Straße das einem Rittmeister Nissen gehörige Landhaus. Weiterhin schloß der etwas rückwärts liegende Bustorfer Teich, an dessen Nordrande sich bereits eine Vorstadt Schleswigs, der Friedrichsberg, erhob, diesen Theil des Kampfplatzes ab.

Die Dänen wurden durch den unvermutheten Angriff des Feindes gänzlich überrascht. Ein großer Theil ihrer Truppen soll sich, wie sie später angaben, in den Kirchen Schleswigs bei dem Ostergottesdienste befunden haben und erst durch die in das Gotteshaus hereinsprengenden Allarmtrompeter auf das Schlachtfeld berufen worden sein. Sei dem, wie es wolle, jedenfalls fand die Avantgarde der Preußen, Alexander-Grenadiere und Gardeschützen unter dem Oberstlieutenant Grafen von Waldersee, bei Weitem nicht den erwarteten Widerstand und konnte sich Oberbustorfs und des Danewirks bemächtigen. In höchster Eile langten jetzt erst die dänischen Bataillone an, die gesammte preußische Avantgarde und ein Bataillon des Gros griff ein, und es entspann sich in Bustorf selbst, wie auch um das Hadebyer Holz, den Riesberg und die Ziegelei ein lebhafter Kampf. Unter großen Verlusten stürmten die preußischen Grenadiere das verschanzte, von dänischen Jägern vertheidigte Lusthaus, und warfen die wiederholten Angriffe der Dänen von Nord- auf Südbustorf zurück. Bei der dritten Wiederholung des Sturmes blieb der Führer der Dänen, Oberstlieutenant Magius, selbst tot auf dem Platze, seine Leute wichen zurück und mit ihnen zusammen drangen die Preußen in Niederbustorf ein. Bald darauf wurde nach blutigem Kampfe auch die Ziegelei genommen, und die flüchtenden Dänen größtentheils in einen sumpfigen todten Arm der Schlei, die Otterkuhle, gesprengt, in deren Fluthen viele ertranken[1], und der Sieg schien hier entschieden, als den Dänen ein kühner Angriff gegen die linke Flanke und den Rücken des Feindes glückte. Mit zwei Bataillonen und 2 Geschützen erschien plötzlich der dänische Oberst von Bülow südlich des Bustorfer Teiches, zwang die hier aufgefahrenen preußischen Batterieen zu eiligstem Rückzuge und drang unaufhaltsam bis zu dem Danewirk vor, auf welchem er von Neuem den Danebrog aufpflanzte.

Es hatten jedoch schon früher die in der Avantgarde der linken Seitencolonne Bonins befindlichen Truppen — je 1 Ba-

[1] Es sollen im Ganzen nur 5 Mann von den Jägern entkommen sein. Generalstabswerk III, S. 232.

taillon des 31. und 20. Regimentes — den Befehl erhalten, ihr Detachement zu verlassen und an dem Kampfe gegen Bustorf Theil zu nehmen. Zwar vermochten ihre Plänklerlinien, welche sich schon seit einiger Zeit westlich von Bustorf ausgebreitet hatten, nicht, dem Vordringen des Feindes Halt zu gebieten; doch wurde immerhin so viel Zeit gewonnen, daß die — ursprünglich gleichfalls zu dem Detachement Bonins gehörigen — beiden Bataillone des 2. Infanterieregimentes auf dem Kampfplatze erscheinen und, von den Abtheilungen des 20. und 31. Regimentes unterstützt, das Danewirk mit stürmender Hand nehmen konnten. Unter großen Verlusten flüchteten die Dänen zurück. Ihre Fahne wurde nur durch die Entschlossenheit des Trägers gerettet, welcher sich in den Bustorfer Teich stürzte und schwimmend Friedrichsberg erreichte.

So war dieser „kritische Moment", wie ihn Wrangel selbst in seinem Berichte bezeichnete, glücklich vorübergegangen. Ganz Bustorf und das Danewirk war in den Händen der Preußen und es schien dringend geboten, die errungenen Vortheile weiter auszunützen. Nichtsdestoweniger faßte Wrangel den Entschluß, das Gefecht abzubrechen, ein Entschluß, dessen Motive wohl weniger in strategischen als politischen Erwägungen zu suchen waren. Den Rahmen einer Recognoscirung hatte das Gefecht allerdings längst überschritten, allein die Vortheile, welche man durch den unvermutheten Angriff den Dänen entrissen, waren zu groß, als daß die kämpfenden Truppen sich zur Preisgebung des Errungenen hätten entschließen können. Unter der Führung des Grafen Waldersee drangen die Grenadiere und Jäger hinter dem zurückgehenden Feinde in Schleswig ein und besetzten Friedrichsberg, den südlichsten Theil der Stadt.

Zu gleicher Zeit hatte sich auf dem linken Flügel ein heftiges Gefecht entsponnen. Die Colonne Bonins, von welcher, wie erinnerlich, 4 Bataillone auf dem Marsche zur Unterstützung des Kampfes bei Bustorf detachirt worden waren, hatte, nur noch 3 Bataillone, 1 Kürassierregiment und einige Geschütze stark, den sog. Kühegraben erreicht und machte hier, tausend Schritt vor dem Danewirk, Halt. Das Letztere schien vom Feinde besetzt zu sein, ohne daß man jedoch die Stärke der

thatsächlich sehr schwachen dänischen Abtheilungen zu erkennen vermochte. General von Bonin machte mit seinen Truppen Halt, wartete das Herankommen des schleswig-holstein'schen Detachements ab, welches in einer Stärke von 2 Dragonerregimentern, 3 Infanteriebataillonen, 2 Jägercompagnieen und 4 Geschützen unter Oberst Fabricius folgte, und ließ durch dieses einen Angriff auf das Dorf Groß-Danewirk ausführen. In ihrer linken Flanke bedroht, räumten die Dänen nunmehr sofort die Verschanzung und zogen sich auf der Flensburger Straße nach dem Dorfe Husby zurück.

Die Deutschen folgten und zwar mit solchem Ungestüm, daß eine feindliche, bei Husby aufgefahrene Batterie die Hülfe der Reiterei in Anspruch nehmen mußte, um ihren Rückzug auszuführen. Eine Schwadron des dänischen 6. Dragonerregimentes unter Rittmeister von Würtzen ging in Carriere auf dem sog. Ochsenwege vor und attackirte in langgestreckter Colonne mit solchem Ungestüm, daß die vorfahrende preußische Haubitzenabtheilung — 4 Geschütze unter Lieutenant Petzel I. — keine Zeit zum Umkehren fand. Die Geschütze fuhren durch- und in einander, so daß ein wirrer Knäuel entstand, General von Bonin selbst vermochte sich kaum zu retten, Lieutenant Petzel schlug sich vor der Batterie mit einem Haufen Dragoner herum[1], es war ein Augenblick der höchsten Gefahr, als von allen Seiten die Tirailleurs des 20. Infanterieregimentes erschienen und ein mörderisches Feuer auf die feindlichen Reiter eröffneten. Eiligst wandten diese ihre Pferde zur Umkehr, allein es war zu spät. Der größte Theil der tapferen Schwadron, weit über 100 Mann, fiel unter den preußischen Kugeln; unter ihnen der Führer der Attacke, von Wedell-Wedellsborg[2] und der

[1] Derselbe hatte im Jahre vorher an den Kabylenkriegen in Algier Theil genommen und sich besondere Fertigkeit in der Führung des Kürassierpallasches erworben, welche ihm hier sehr zu Statten kam. Generalstabswerk, S. 284.

[2] v. Wedell stürzte, selbst unverwundet, mit seinem erschossenen Pferde. Zwei seiner Unteroffiziere warfen sich auf ihn und deckten ihn mit ihrem Leibe. Das preußische Generalstabswerk erkennt wiederholt die Tapferkeit der dänischen Dragoner bei diesem Angriffe an.

Standartenträger. Nur vereinzelten Haufen gelang es, die Reihen der ihrigen wieder zu erreichen.

Mit dieser Attacke nahm der Kampf auf dem linken Flügel ein Ende. Die Dänen räumten Husby und zogen sich, nur wenig durch Geschützfeuer verfolgt, in nördlicher Richtung zurück.

Der dritte und letzte Theil der Schlacht spielte sich vor Schleswig selbst ab. Von Friedrichsberg, welches die Preußen bereits besetzt hatten, zog sich ein sumpfiges Terrain bis zu dem Gottorper Teiche hin, in dessen Mitte sich das feste Königsschloß Gottorp erhob. An dieses schlossen sich dann, im Nordosten an der Schlei gelegen, die übrigen Theile der Stadt, der Lollfuß und die Altstadt an. Gottorp selbst war von den Dänen stark besetzt; man sah die Bärenmützen ihrer Garde über die Zinnen des Schlosses hervorragen. Außerdem war eine Reihe fester, zwischen Friedrichsberg und Gottorp gelegener Punkte, das Pulverholz, die Pulvermühle und die Annettenhöhe, sowie der weiter nördlich befindliche Thiergarten eingenommen.

Gegen vier Uhr Nachmittags eröffnete das 2. Infanterieregiment den Angriff auf diese Stellungen; es folgte das Bataillon des 20. Regimentes, dann eine schleswig-holstein'sche Abtheilung von Jägern, Infanteristen und einer Batterie, sowie die Braclow'schen Scharfschützen. Das Gefecht um die Pulvermühle und namentlich um das Lusthaus auf der Annettenhöhe war ein höchst erbittertes. Erst nach einstündigem, blutigem Kampfe zogen sich die Dänen, deren Führer, Major von Schepeleren, zum Tode getroffen worden war, gegen Schloß Gottorp zurück, auf welch letzteres die preußischen Geschütze von dem Erdbeerenberge ein heftiges Feuer eröffneten.

Ein glücklicher Zufall kam jetzt den Deutschen zu Hülfe. Der Commandant Gottorps, Oberst Juel, hatte die falsche Nachricht empfangen, die Preußen seien bereits über die Schlei in dem Lollfuß und der Altstadt eingerückt und bedrohten seinen Rücken. Um nicht abgeschnitten zu werden, räumte er um sieben Uhr das Schloß, ganz gegen die Absicht des dänischen Generals Hedemann, welcher eben Verstärkungen nach dem Kampfplatze abgeordnet hatte. Zugleich war auch der Thiergarten den Dänen in einem

erbitterten Kampfe entrissen worden[1]. Um 9 Uhr Abends war die Schlacht entschieden; die Preußen zogen in Schleswig ein.

Die „Schlacht bei Schleswig", wie sie offiziell bezeichnet wurde, war, was die Mannschaftsstärke und die Verluste der beiderseitigen Truppen betrifft, keine Schlacht im modernen Sinne. Denn Alles in Allem standen sich nach der Berechnung des preußischen Generalstabes[2] am 23. April 16400 Deutsche und rund 10000 Dänen gegenüber. Auch die Verluste waren verhältnißmäßig nicht groß. Die Preußen hatten 3 Offiziere[3], 3 Unteroffiziere, 39 Mann an Todten, 16 Offiziere, 20 Unteroffiziere, 242 Mann an Verwundeten, 22 Mann an Vermißten eingebüßt. Die Schleswig-Holsteiner verloren 1 Offizier[4], 6 Unteroffiziere und Gemeine an Todten, 1 Offizier, 32 Mann an Verwundeten, 89 Mann an Vermißten, darunter 60 Gefangene. Die Dänen gaben ihre Einbuße auf 47 Offiziere,

---

[1] „Es war ein eintöniger, aber furchtbarer Kampf gewesen", schreibt der Braclower Scharfschütze Prinzhausen. „Jede Spanne des Waldes mußte erkämpft werden, und nur das Hurrah, welches die Dänen nicht ertrugen, brachte uns vorwärts. Die Feinde standen uns oft Aug' in Aug', so daß wir nur zuzugreifen brauchten, um Gefangene zu machen. Es war die Tapferkeit der Pommern, der wildfreudige, alles beseelende Muth, welcher entschied. Mitten unter Leichen und Verwundeten, die rechts und links stürzten, immer dieselbe Freudigkeit, dieselbe Todesverachtung, aber auch dieselbe Mordlust. . . . Noch vor jener freien Wiese stand neben mir ein Pommer, der immer freudiger jauchzte, je heißer es herging. «Schieß' Den oder Jenen da, Schütz'!» rief er mir zu, da er das Ziel für seine Muskete zu weit glaubte. Und wenn der Rothrock sank, jauchzte er auf. Kurz darauf stellte er ruhig sein Gewehr gegen den Baum, rief: «Schieß' für mich mit, Kamerad», lief dreimal im Kreise herum, fiel nieder und war nicht mehr."

[2] Generalstabswerk, S. 187.

[3] Premierlieutenant von Grone, vom 26. Infanterieregiment, dem Alexanderregiment attachirt (von Grone war eben erst aus dem mexicanischen Feldzuge, welchem er als Freiwilliger beigewohnt, zurückgekehrt und am Morgen des 23. bei dem Regimente eingetroffen). Secondelieutenant von Kuhlenstjerna (Regiment Alexander), Secondelieutenant und Adjutant von Kalckreuth (2. Infanterieregiment). Tödtlich verwundet waren Hauptmann von Normann und Premierlieutenant von Berg, beide vom Franzregiment.

[4] Königlich bayerischer Lieutenant und Führer beim Jägercorps Waldmann.

darunter allein 7 Stabsoffiziere, und 268 Mannschaften an. Thatsächlich mochten sie wohl nach der Angabe des preußischen Generalstabes zwischen 500 und 600 Mann und 150 Gefangene verloren haben. Die unverhältnißmäßig große Anzahl der gebliebenen Offiziere zeigt, daß es den Führern der Dänen nicht an Tapferkeit mangelte.

War somit die Schlacht selbst keine besonders große oder blutige, so waren ihre Folgen doch, wie sich bald ergeben sollte, sehr bedeutend. Man hat es General Wrangel oft zum Vorwurf gemacht, daß er am 23. April nicht entschlossen und rasch genug verfuhr, daß er die Angriffsbewegungen mit zu geringen Kräften ausführen ließ und dadurch verzögerte. Man beschuldigte ihn selbst, er habe, vielleicht absichtlich, die gesammte dänische Armee, welche er in Schleswig habe gefangen nehmen können, entkommen lassen. Dem gegenüber muß vor Allem darauf hingewiesen werden, daß die preußischen Truppen am 23. April zum ersten Male seit 33 Jahren im Feuer standen — ein Theil ihrer Regimenter hatte allerdings auch am 18. März in Berlin mitgefochten, — und an Frictionen, Stockungen, Mißverständnissen, selbst Fehlgriffen, konnte es trotz des Muthes der einzelnen Offiziere und Soldaten nicht mangeln[1]. Die Dänen waren bereits wiederholt, bei Bau, Crusau, Altenhof, Harzhof im Gefecht gewesen und schlugen sich mit unleugbarer Tapferkeit. Ferner hatte sich die Schlacht des 23. aus einem Recognoscirungsgefechte ohne Wissen und Willen des commandirenden Generals entwickelt, welcher dadurch, bei den räumlich weit getrennten Kampfplätzen und dem schwierigen Gelände, die Leitung der Bewegungen zu großer Theile verlor. Allerdings aber ist

[1] Auch die Haltung der Truppen zeigte, wie dies wohl erklärlich, ab und zu leichte Schwankungen. Bei dem Angriffe auf das Nissen'sche Lusthaus trat ein Moment ein, „wo ein diesseitiger Tirailleurzug einen bereits besetzten Knick erst einzeln, dann truppweise verließ und ohne Befehl zurückging. Aber der General von Möllendorf, welcher zu Fuß in der Nähe des Dorfes stand, sah dies nicht sobald, als er auch sofort selbst mit Mühe durch und über mehrere Knicks kletternd an Ort und Stelle eilte und die Zurückgegangenen «wieder vor donnerte und wetterte» —". Generalstabswerk, S. 216.

es nicht ausgeschlossen, daß der General vielfach von anderen als militärischen Bewegungen geleitet wurde.

Gleichzeitig mit der Schlacht bei Schleswig hatte auch bei Missunde ein Gefecht stattgefunden. Dorthin war, wie erinnerlich, ein schleswig-holstein'sches Detachement — ein Bataillon, 6 Geschütze, eine halbe Schwadron und der größte Theil der Freischaaren — unter Major v. Zastrow entsandt worden, um die Schlei zu überschreiten und so die linke Flanke der Dänen zu bedrohen. Am Morgen des 23. ging Zastrow gegen Missunde vor, welches eine seinen Truppen an Zahl ungefähr gleiche dänische Abtheilung besetzt hielt, eröffnete ein heftiges Artilleriefeuer und demontirte die beiden feindlichen Geschütze[1].

Gegen Mittag traten die Dänen plötzlich den Rückzug über die Schlei an. Es war nämlich schon in der Nacht vom 22. zum 23. eine Abtheilung von 60 Freischärlern unter Lieutenant Aldosser bei Stubbe über die Schlei gesetzt und hatte daselbst auf eigene Faust Unternehmungen begonnen. Bei Broderbye überraschte Aldosser eine Abtheilung Dragoner, nahm 1 Offizier und 10 Mann gefangen, und bewirkte dadurch, daß der in Missunde commandirende dänische Oberstlieutenant von Harthausen, zu dessen Abtheilung jene Reiter gehörten, sich im Rücken bedroht glaubte und, wie berichtet, eiligst über die Schlei zurückging. Noch nicht zufrieden mit diesem Erfolge jagte Aldosser mit 12 Mann auf einem Bauernwagen einem dänischen Convoi nach, der sich in der Nähe befand, holte denselben ein, machte die Begleitmannschaft zu Gefangenen und erbeutete eine Reihe Wagen mit Kriegsgeräth nebst einer Summe von 2500 Thalern. Auch dieser zweite kecke Ueberfall hatte wichtige strategische Folgen, indem er das im Idstedter Holze bivouakirende Gros der dänischen Armee bestimmte, den weiteren Rückzug auf Flensburg anzutreten. Die folgenden Unternehmungen der Freischaar waren weniger glücklich; zwar gelang es ihnen am nächsten Tage, noch mehrere Offiziere zu Gefangenen zu machen

[1] Hier ereignete sich der merkwürdige Fall, daß eine deutsche Geschützkugel gerade in das Rohr einer dänischen Kanone flog und dasselbe spaltete. Generalstabswerk, S. 326.

und eine Abteilung Jäger zu überraschen, doch wurden sie bald darauf von einer Dragonerschwadron angegriffen und auseinandergesprengt. Erst am Abend konnte Aldosser seine Leute wieder sammeln.

Die dänische Armee hatte, wie bereits erwähnt, bei Idstedt in einer ziemlich festen Stellung die Nacht zugebracht und rückte am frühen Morgen des 24. nach Flensburg weiter, durch eine starke Arrieregarde gedeckt. Die Preußen verblieben zunächst ruhig in ihren Stellungen; denn die Verfolgung des geschlagenen Feindes war der Bundesdivision, welche Tags zuvor nicht in das Feuer gekommen war, übertragen. Am frühen Morgen brach Halkett auf, marschirte mit seinen Truppen über das Schlachtfeld von Bustorf durch Schleswig nach Idstedt. Die preußischen Brigaden folgten in zwei Colonnen, als Rückhalt, ohne an diesem Tage in das Gefecht einzugreifen. Der Marsch ging nicht allzuschnell vor sich; das Wetter war ungünstig und beim Idstedter Kruge kreuzten sich die Colonnen, so daß ein Aufenthalt von mehreren Stunden entstand. Erst gegen 4 Uhr Nachmittags stieß die Vorhut der Bundestruppen, hannover'sche und braunschweig'sche Infanterie, mecklenburg'sche Jäger und Dragoner und hannover'sche Husaren, in der Gegend von Oeversen auf die dänische Arrieregarde.

An dem sog. Billschauer Krug entspann sich ein hitziges Gefecht; die Braunschweiger und Hannoveraner, welche an diesem zum ersten Male das Pfeifen der Kugeln hörten, gingen entschlossen vor und trieben den Feind zurück, wenn auch eine auf Wrangels speciellen Befehl unternommene Attacke der mecklenburg'schen Dragoner in dem sumpfigen Gelände mißglückte. Inzwischen hatten die hannover'schen Husaren den Feind umgangen, griffen an, sprengten das 5. Dänische Dragonerregiment gänzlich aus einander und erbeuteten dessen Standarte. Der Oberst wurde mit 45 Dragonern gefangen genommen. Die Dänen gingen in großer Unordnung nach Flensburg zurück. Sie hatten allein an Gefangenen 8 Offiziere und 282 Mann verloren. Von Seiten der Bundestruppen war der braunschweig'sche Generalstabsoffizier Priker tödtlich verletzt, 2 Unteroffiziere geblieben. Verwundet waren 1 Offizier und 18 Mann.

Die Hauptmasse der dänischen Armee befand sich inzwischen in Flensburg, wo um fünf Uhr Nachmittags die Nachricht von dem Gefechte am Billschauer Kruge eintraf. Eine förmliche Panik brach in Folge dessen unter dem bereits entmuthigten Heere aus; die Furcht vor den „Preuseuen“ erreichte einen solchen Grad, daß ein noch in der Nacht unternommener Angriff der Deutschen möglicher Weise hätte den ganzen Feldzug beenden können. Allein ein solcher fand nicht statt; die Bundestruppen waren von dem langen Marsche des Tages erschöpft und die Preußen langten erst spät am Abend an. Die Dänen gewannen Zeit, am nächsten Tage in ziemlicher Ordnung nach dem Sundewitt zu marschiren und von hier im Laufe des 25. größtentheils nach Alsen überzugehen. Auch die Besatzung Eckernfördes schiffte sich nach der Insel ein, so daß in ganz Schleswig — von einigen nach Jütland ziehenden Reiterabtheilungen abgesehen — kein Däne mehr stand. Flensburg war schon am Morgen des 25. von den Freicorps besetzt worden; die regulären Truppen folgten im Laufe des Tages, während dessen noch eine Kanonade mit dänischen Kriegsschiffen stattfand, und das Hauptquartier schlug seinen Sitz in der Stadt auf.

3.

Die Kämpfe im Sundewitt.

Das Napoleon'sche Wort, daß im Kriege nichts unmöglich sei, kann keine schlagendere Bestätigung finden, als durch einen Vergleich zwischen den Kriegsoperationen, welche die deutschen Heere 1848 und 1864 vor Alsen ausführten. Einen Uebergang auf Alsen hielt man 1848 so ziemlich für unmöglich, obwohl damals die Chancen im Vergleiche zu den Ereignissen von 1864 insofern weit günstiger lagen, als die Waffen noch lange nicht die später erreichte Tragweite und Präcision besaßen und eine Windstille die zumeist aus Segelschiffen bestehende dänische Kriegsflotte zur Bewegungslosigkeit verurtheilen konnte. Trotzdem wurde der Gedanke, die Dänen in ihrem eigenen Lande

aufzusuchen, zwar im Hauptquartier aufgeworfen, aber nie ernstlich zu verwirklichen gesucht[1].

So blieben denn die Dänen unbelästigt auf der Insel, welche für sie den Werth einer uneinnehmbaren Festung größten Maßstabes besaß. Hier vermochten sie ihr Heer zu organisiren und zu verstärken und konnten in jedem ihnen günstig erscheinenden Augenblicke unter dem Schutze der Kanonen von Sonderburg, welche die gegenüberliegende Küste beherrschten, auf das Neue an dem Sundewitt landen.

Deutscherseits beschloß man, auf der letztgenannten Halbinsel ein Beobachtungscorps — die mobile Division des 10. Bundescorps — stehen zu lassen. Mit den übrigen Truppen wollte Wrangel in Jütland einrücken, um durch die Besetzung dieser nationaldänischen Provinz einen Druck auf den Gegner auszuüben. Gleichzeitig traf das Generalcommando eine wichtige Maßregel, deren Erklärung sich in den Grundsätzen der Wildenbruch'schen Note findet. Zwischen den Freicorps und den preußischen Truppen, zumal den Garderegimentern, bestand, wie dies nicht anders zu erwarten war, ein Verhältniß, welches den geraden Gegensatz einer Kriegskameradschaft bildete. Die preußischen Truppen betrachteten die zuchtlosen, wenn auch oft tapfer kämpfenden Freischärler über-

---

[1] Man vergleiche folgende „Geheime Ordre", welche Wrangel am 28. April von seinem Hauptquartiere Apenrade an Halkett erließ. (Abgedruckt v. Sichart, S. 80.)

„Vom 10. Armeecorps sind Vorbereitungen zum Uebergang nach der Insel Alsen zu treffen und hierzu die nöthigen Hölzer zu Flößen zu requiriren. Auch sind auf angemessenen Punkten Verschanzungen anzulegen, sowohl um den eigenen Uebergang zu sichern, als auch einen feindlichen abzuwehren.

Zur Bekleidung der Strandbatterieen ist die Anfertigung von Faschinen einzuleiten. Alle diese Vorbereitungen sind nur zum Scheine zu treffen, aber mit Kraft durchzuführen, um die Täuschung des Feindes soviel als möglich zu bewirken.

Der Oberbefehlshaber der Armee
gez. v. Wrangel."

Es sei hierbei erwähnt, daß zwischen Wrangel und Halkett des Oefteren Meinungsverschiedenheiten herrschten, welche das Gelingen der gemeinsamen Operationen nicht eben förderten. (Vergl. Sichart, S. 98, 118, 125 u. a. O.)

haupt nicht als Soldaten, während jene wiederum in den preußischen Grenadieren und Musketieren die „Söldlinge" sahen[1]. Gegenseitige Verhöhnungen, Beschimpfungen und Thätlichkeiten

---

[1] In der offiziellen Darstellung der Kriegsereignisse durch die kriegsgeschichtliche Abtheilung des großen Generalstabes findet sich (S. 336 und 337) wörtlich folgende Stelle: „So ermüdet die Mannschaft (des von der Tann'schen Freicorps) von dem etwa 4 Meilen weiten Marsch, unter öfterem Regen und auf sehr schlechten, schlüpfrigen Wegen auch war, so benutzten doch nur die Wenigsten die voraussichtlich nur kurze Zeit zur Ruhe. Diese «aufgeregteste und geistreichste Kriegsbande, die wohl je ein Führer die seinige genannt», dachte nicht an Ruhe, nicht an Schlaf, — «das wollte sich erst nach den Mühseligkeiten des Tages in eine behagliche Stimmung versetzen, das lachte, sang, räsonnirte, stritt und machte Ansprüche an die Bewirthung, die freilich für gewöhnliche Zeiten bescheiden genug waren, jedoch von den bereitwilligsten Einwohnern nicht immer, und in der Lage, und bei dem Zugreifen so vieler Hände sich befriedigen ließen». — «Herr Major, es ist unmöglich, daß alle Leute in diesem Hause unterkommen!» rief man dem Commandeur von der einen Seite entgegen. Und «nicht 'mal Schinken und Eier können wir bekommen in diesem Neste», lauteten Klagestimmen von anderen Seiten her. Der Major von der Tann hatte länger als eine Stunde zu thun, «bis er sich von diesen häuslichen Angelegenheiten seines Corps losreißen konnte»." —

„Der Leser mag sich nach dieser Schilderung aus einer Freischärlerfeder (Dr. Wienbargs), die das Alles gar anziehend und romantisch fand, und der wir hier nur nachschreiben, um einen unverwerflichen Beleg mehr zur Charakteristik dieser «von dem Brausen der Zeit berauschten» und für die «Herren der Zeit» sich haltenden Kriegsdilettanten zu geben — der Leser mag sich, sagen wir, nach dieser Schilderung weiter ausmalen, welche Angst und Pein, welche Last und Beschwerde diese Gäste in jedem Orte verursachten, der sie aufnehmen mußte. Welche widrigen und gefährlichen Conflicte überall in Aussicht standen, wo diese Schaaren, mit ihrer Undisciplin und ihren Prätensionen, mit regulären Truppen zusammen kamen; wie unerläßlich es war, beide stets aus einander zu halten; wie unendlich schwierig die Stellung jener Offiziere war, welche die Last der Führung dieser Corps übernommen hatten; wie viel Selbstverleugnung und Selbstüberwindung einerseits, und wie viel Energie und Festigkeit, und ein wie sicherer Takt andererseits dazu gehörten, um in dieser Stellung überhaupt, mit voller Integrität ihrer militärischen Würde und Charge, auszudauern, sodann aber in derselben eine solche Autorität zu üben, daß der jeder strengen, militärischen Zucht und Ordnung abgeneigte, ja feindselige Sinn solcher Untergebenen, das Maß des Zulässigen nicht jeden Augenblick überschreiten konnte, — endlich, wie

waren, sobald preußische Truppen und Freischärler in den gleichen oder in benachbarten Quartieren lagen, unvermeidlich.

Am 27. waren die Freischaaren von Flensburg nach Tondern entsendet worden, wo sie am 28., von der Bevölkerung jubelnd empfangen, einmarschirten. Am nächsten Tage theilte Major von der Tann seiner Mannschaft den überraschenden Befehl des Generalcommandos mit, jeden Freischärler, welcher nunmehr nach der Befreiung Schleswig-Holsteins in die Heimat zurückkehren wolle, zu entlassen. Allerdings beschlossen die Freischaaren daraufhin fast einstimmig, bei der Fahne zu bleiben, brachen am 30. April auf und überschritten am 2. Mai die Königsaue, um an dem Einmarsche in Jütland Theil zu nehmen. Allein schon am nächsten Tage kam es in Kolding zu neuen, ärgerlichen Händeln mit der dort liegenden preußischen Garde. In Folge dieser neuen Auftritte schrieb von der Tann noch am 3. Mai im Auftrage der Freischaaren einen Brief an das Generalcommando der Herzogthümer, in welchem er um die Enthebung der Freicorps von der Kriegspflicht bat, da jene und das reguläre Militär sich „in Vertretung verschiedener Principien“ gegenüberständen.

Erst am 8. Mai langte bei den Freischärlern, welche inzwischen in dem jütländischen Dorfe Bylling lagen, die Antwort des Prinzen von Noer an. Sie bewilligte den Freischärlern, wenn auch in höflichster Form, den Abschied. Die Corps traten daraufhin sofort den Rückzug an und trafen am 17. Mai in Rendsburg ein. Nochmals wurde hier eine kriegerische Operation unternommen, indem in der Nacht des 21. eine Anzahl Frei-

viel Ueberlegung, Berechnung und zugleich Mäßigung auf Seiten des General- und des Armeecommandos nöthig war, um dieses Element, das als ein «berechtigtes» einen Platz in der engeren Gemeinschaft des Armeecorps und in der weiteren der Armee angewiesen erhalten hatte, das aber ein «besonders berechtigtes» zu sein vermeinte und als solches auch einen entsprechenden Platz beanspruchte, so zu handhaben und zu dirigiren, daß es die Dienste, zu denen es von seinen guten Seiten aus (Unternehmungslust und tapferer Muth) fähig war, leistete, ohne mit seinen negativen Eigenschaften in den regelrechten Functionen der Heeresmaschine und in dem regelmäßigen Gange der Kriegführung fühlbare Frictionen zu erzeugen!“ — Soweit der preußische Generalstab.

schärler unter Führung eines Capitäns Hansen die vor dem Hafen kreuzende dänische Fregatte „Galathea" zu überfallen versuchte. Der schlecht geplante und geleitete Handstreich mißglückte jedoch völlig, indem die deutschen Boote die „Galathea" überhaupt nicht auffanden.

Inzwischen hatte die provisorische Regierung sich in Betreff der Freischaaren anders besonnen. Sie knüpfte neue Unterhandlungen mit von der Tann an, in welchen der Letztere sich verpflichtete, die gesammten Freicorps zu einer Abtheilung von 1200 Mann zu vereinigen, militärisch zu organisiren und unter der Kriegsdisciplin zu halten. Diese Bestimmungen wurden angenommen und die neuformirten Freischaaren rückten zum zweiten Male auf den Kriegsschauplatz ab.

General Wrangel war während dieser Zeit mit den preußischen Truppen gegen Jütland gezogen, überschritt am 2. Mai die Grenze und nahm schon am nächsten Tage die Festung Fridericia in Besitz. Ein Manifest erklärte den Jüten, daß Wrangel „nicht in feindlicher Absicht" zu ihnen komme und schloß mit den Worten: „Jütländer! nehmt meine Truppen gastfrei auf. Ihr sowohl als Eure Weiber und Kinder werden dann eben so sicher zwischen den edlen deutschen Kriegern sein, welche ich anzuführen das Glück habe, als unter Euren eignen Brüdern."

Die Gefechte, welche in Jütland vorfielen, beschränkten sich hauptsächlich auf Kanonaden mit den dänischen Kriegsfahrzeugen; denn die wenigen feindlichen Landtruppen hatten sich bei dem Nahen der Preußen in Aalborg und Aarhuus eingeschifft. Am 8. Mai näherte sich der Dampfer „Hecla" mit 6 Kanonenschaluppen der Festung Fridericia und eröffnete ein heftiges Bombardement, welches von den Preußen unverzüglich erwidert wurde. Die Verluste waren beiderseits nicht groß; dagegen hatte die Stadt nicht unbedeutend gelitten. Ein beinahe völlig leeres Pulvermagazin war niedergebrannt und auch das königliche Schloß in Fridericia stark beschädigt worden. Einige Bürger blieben todt und verwundet.

Leider ließ sich Wrangel dazu hinreißen, als „Repressalie" für die Beschießung der Festung das am Strande von Fühnen

gelegene Dorf Strüb sowie die ebendort befindliche offene Stadt Middelfarth zu bombardiren und den erstgenannten Flecken, in welchem die bei dem Seegefechte verwundeten dänischen Matrosen lagen, in Flammen zu setzen. Der dänische Flottenbefehlshaber Steen Bille protestirte entschieden gegen diese Maßnahmen, „die bisher in den Kriegsannalen civilisirter Nationen unbekannt" seien, und drohte, „eine grausame Rache an den Seestädten der Ostsee zu nehmen", worauf Wrangel erwiderte, „daß für jedes Haus, welches die dänische Marine an deutschen Küsten in Brand schießen sollte, ein Dorf in Jütland brennen" werde.

Es fanden noch mehrfach Strandgefechte statt, deren Resultat gewöhnlich in keiner Weise dem Munitionsaufwande entsprach. Mit einigen schleswig-holstein'schen Bataillonen machte Major von Zastrow einen Streifzug nach dem Norden Jütlands und schrieb in Veile umfassende Requisitionen aus. Als Ersatz für die gekaperten deutschen Handelsschiffe legte Wrangel ferner den Jüten eine Contribution von 2 Millionen Species (9 Millionen Mark) auf, welche am 28. eingetrieben werden sollte.

Der General kam nicht dazu, seine Drohung zu verwirklichen. Kaum war es bekannt geworden, daß die Preußen auf nationaldänisches Gebiet einzurücken im Begriff seien, als sich die fremden Mächte mit verdoppeltem Eifer in die dänischen Händel mengten. Rußland entsandte den Diplomaten von Ewers zu Wrangel, um ihn zur Räumung Jütlands und zum Abschlusse eines Waffenstillstandes zu bewegen, und protestirte mit Schweden und England am 5. Mai in Berlin gegen das Verfahren des deutschen Bundes. England hatte schon am 28. April sich zum Vermittler angeboten, Schweden ferner ein Corps von 12000 Mann bei Malmö zusammengezogen, von welchem im Juni beinahe die Hälfte nach Fühnen übersetzte. Anfangs hatte auch Schweden die Räumung Jütlands gefordert, war aber dann durch die Drohung Preußens, die Truppen in Schleswig zu verstärken, auf die Ankündigung zurückgekommen, daß es Dänemark bei einem Angriffe der Deutschen auf die dänischen Inseln mit Waffengewalt unterstützen werde.

Es zeigte sich mithin, daß die Besetzung Jütlands neue diplomatische Verwickelungen, an welchen es schon ohnedies nicht

fehlte, im Gefolge hatte. Strategisch war ferner die dauernde Occupirung der Provinz eine schwierige und gefährliche Aufgabe, da von Alsen aus die Dänen, nur durch die Bundesdivision gehemmt, den Rücken Wrangels bedrohten. Für die Armee endlich war der Aufenthalt in dem schmutzigen, öden und unwirthlichen Lande ein wenig erfreulicher.

Unter diesen Umständen wartete Wrangel die Bezahlung der ausgeschriebenen Contribution nicht ab. Am 25. Mai brach er in 3 Colonnen aus Jütland auf, überschritt die Königsaue und befand sich am 28. bereits bei Apenrade und Hostrup.

Im Sundewitt war bis zu den letzten Tagen des Mai nichts von Bedeutung vorgefallen. Die Bundesdivision hatte dem Befehle gemäß die Halbinsel besetzt, den Vorpostendienst organisirt und die nachmals so berühmt gewordenen Düppeler Schanzen, welche die Dänen verlassen hatten, zerstört. Die Lage der Deutschen blieb immerhin eine gefährliche; der Feind, welcher von Sonderburg auf Alsen aus das gegenüberliegende Ufer bei Sonderburg-Fähr mit seinen Geschützen völlig beherrschte, landete fast täglich Abtheilungen auf dem Sundewitt, die zwar keine ernstlichen Angriffe unternahmen, wohl aber unter dem Schutze ihrer Artillerie bei Sonderburg-Fähr einen Brückenkopf erbauten und offenbar eine Landung der dänischen Gesammtmacht vorbereiteten. Von deutscher Seite geschah wenig, um diese Befestigungsarbeiten zu stören, so daß am 22. Mai, als es bereits zu spät war, General Wrangel von Jütland aus Halkett auffordern mußte, doch nächtliche Unternehmungen gegen den Brückenkopf zu versuchen und Gegenverschanzungen aufwerfen zu lassen[1].

Der 27. Mai war bereits herangekommen, ohne daß, von Plänkeleien und Vorpostengefechten abgesehen, ein Zusammenstoß mit dem Feinde stattgefunden hatte. Man glaubte deutscher Seits Alsen nur noch schwach vom Feinde besetzt, und nahm an, daß derselbe seine Hauptkräfte auf Fühnen zusammengezogen habe, um von hier aus an irgend einem Punkte der schleswig'schen Küste zu landen. In Folge dessen war schon am 17. auf

---

[1] v. Sichart, Tagebuch des 10. Corps, S. 125.

Wrangels Befehl die Division unverhältnißmäßig weit aus einander gezogen worden, so daß die Brigade Marschalck und die hannöver'schen Dragoner in Hadersleben und Apenrade, auf dem Sundewitt mithin nur noch die beiden Brigaden Ranzow und von Schnehen mit entsprechender Reiterei und Artillerie standen. Die beiden letzteren Waffen waren jedoch bei den Terrainverhältnissen der Halbinsel kaum zu gebrauchen. Die sumpfigen Wiesen, die hohen, mit Hecken bedeckten Erd- oder Steinwälle, welche hier noch zahlreicher als sonst in Schleswig-Holstein das Land durchzogen, die zahlreichen Waldparzellen zwischen den reichlich vorhandenen Dörfern, dies Alles machte das Gelände für Pferde völlig ungangbar, und auch Infanterie vermochte in geschlossener Formation nur auf den vielfachen, wirr durch einander laufenden und von hohen Hecken begrenzten Wegen vorwärts zu kommen.

Auf den 28. Mai hatte General Halkett, in der Erwartung, daß an diesem Tage Wrangel, welcher, wie berichtet, am 25. den Rückmarsch aus Jütland angetreten, bei Apenrade eintreffen werde, eine umfassende Stellungsveränderung anbefohlen. Namentlich sollten die beiden seit dem 12. vor Sonderburg auf Vorposten befindlichen oldenburg'schen Bataillone durch Hannoveraner und Braunschweiger abgelöst werden. Man war eben daran, diese Bewegung auszuführen, als gegen 12 Uhr Mittags starke feindliche Abtheilungen bei Sonderburg-Fähr landeten und die deutschen Vorposten angriffen. Erst nachdem ein hartnäckiges Tirailleurgefecht auf den Düppeler Höhen schon Stunden lang gedauert hatte, kam man deutscher Seits zu der Erkenntniß, daß es sich heute um etwas Anderes als einen der gewöhnlichen Vorpostenangriffe handelte. Die Division wurde allarmirt und sammelte sich bei der Nübel-Mühle, wohin sich auch die wenigen Compagnieen, welche bisher den Angriff der Dänen ausgehalten, zurückzogen. Erst gegen fünf Uhr Nachmittags traf General Halkett von seinem weit entfernten Hauptquartire Apenrade aus auf dem Kampfplatze ein, und ordnete bei Nübel-Mühl seine Truppen, Alles in Allem nur 6 Bataillone, 2 Schwadronen Husaren und 3 Batterieen, oder 4000 Mann mit 16 Geschützen. Die in drei Colonnen vorrückenden Dänen, welche, vom Feinde

unbemerkt, in den vorhergehenden Tagen ihre Streitkräfte auf Alsen zurückgezogen hatten, zählten 13000 Mann mit 24 Kanonen. Die Dänen rückten nach, ohne daß es jedoch zu einem anderen als einem heftigen Artilleriekampfe kam[1]. Um nicht von dem Feinde umgangen und abgeschnitten zu werden, trat General Halkett bei Einbruch der Dunkelheit einen geordneten Rückzug an, vereinigte kurz vor Mitternacht bei Atzböl seine Truppen und ließ dieselben zwei Stunden später bei Quars ein Bivouak beziehen.

Die oldenburg'sche Compagnie des Hauptmanns Schlarbaum, welche auf dem Marsche nach ihrem neuen Cantonnement abgeschnitten worden war und bereits als verloren betrachtet wurde, langte in zwei Abtheilungen, deren eine der Capitän selbst, die andere der Oberlieutenant Lehmann führte, noch in der Nacht glücklich bei den deutschen Vorposten an. Sie hatte sich mit großem Muthe und Geschick mitten durch die Dänen durchgeschlagen, ohne allzugroße Verluste zu erleiden. In ähnlicher Weise gelang es der Compagnie von Ehrenkrook, sich zu retten.

Am nächsten Morgen langte Wrangel selbst, welcher sofort die Brigade Möllendorf zur Unterstützung der Bundesdivision entordert hatte, bei den Vorposten an und ließ eine starke Truppenabtheilung zur Recognoscirung vorgehen. Es kam zu einigen kleinen Zusammenstößen; doch war man beiderseits nicht geneigt, auf einen ernstlichen Kampf einzugehen. Die Dänen hielten den östlichen Theil des Sundewitts besetzt; die vereinigten preußischen, schleswig-holstein'schen und Bundestruppen standen ihnen in der Linie Flensburg, Höckerup, Quars bis gegen Apenrade gegenüber. Hauptquartir war Flensburg, allgemeiner Sammelpunkt Bau.

Es ließ sich nicht leugnen, daß die deutschen Waffen am 28. eine ziemlich empfindliche Niederlage erlitten hatten, eine Niederlage, welche theils die Folge der Wrangel'schen Disposition, theils der Sorglosigkeit des Generals Halkett war. 3 Offiziere (hannöver'scher Capitän v. d. Knesebeck, hannöver'scher Premier-

[1] Wie v. Sichart erzählt (S. 151), soll es hierbei vorgekommen sein, daß die deutsche Artillerie eine Kuhheerde, in der Meinung, Dänen vor sich zu haben, beschoß.

lieutenant von Windheim, mecklenburg'scher Premierlieutenant von Hirschfeldt) und 27 Mann waren todt, 5 Offiziere, 128 Mann verwundet, 41 Mann „vermißt", d. h. gefangen. Die Verluste der Dänen sind nicht genau bekannt geworden, mögen aber nicht geringer gewesen sein.

Die nächsten Tage vergingen auf dem Sundewitt selbst ruhig; doch entfalteten die Dänen an anderen Punkten ein große Rührigkeit; sie besetzten Hadersleben und Apenrade und unternahmen von hier aus die ausgedehntesten Streifzüge. Selbst im Westen Schleswigs wurde ein hannöver'scher Posten bei Lygumkloster von ihnen überfallen und die Stadt Tondern, in der nur eine holstein'sche Compagnie lag, bedroht. Der braunschweig'sche Oberstlieutenant von Paczewsky erhielt in Folge dessen Befehl, mit einem Bataillone seines Contingentes und 3 Schwadronen hannöver'scher Königsdragoner nach dem bedrohten Punkte aufzubrechen. Am 4. Juni fand der Abmarsch und wenige Stunden später schon ein Zusammenstoß mit dänischen Reitern statt, welcher einen völligen Sieg der deutschen Waffen brachte. Zwei feindliche Offiziere und 23 Gemeine wurden gefangen genommen, unter den Ersteren auch jener Rittmeister von Würtzen, dessen Escadron in der Schlacht von Schleswig die tapfere Attacke bei Husby geritten hatte. Am nächsten Tage traf von Paczewsky in Tondern ein und kehrte von hier in einigen Tagen wieder zu der Hauptarmee zurück.

Gleichzeitig führte Major von der Tann mit den neuorganisirten Freischaaren einen kühnen Handstreich aus. Am 6. Juni brach er, angeblich zur Unterdrückung eines Bauernaufstandes in Tondern, aus dem Dorfe Uck bei Apenrade auf, um einen Angriff auf die letztgenannte, von den Dänen besetzte Stadt zu versuchen. Kurz nach Mitternacht traf man auf die dänischen Vorposten, welche sich in heftigem Gefechte auf das Gros zurückzogen. Als die aufgehende Sonne das Kampffeld beleuchtete, wurde das letztere von den Freischärlern so ungestüm angegriffen, daß die Dänen in ungeordneter Flucht sich zerstreuten und selbst ihre Geschütze im Stiche ließen. Von der Tann folgte nach; nur eine Schaar von 25 Mann blieb unter Lieutenant Martens bei den eroberten Kanonen zurück.

Auf dieses kleine Häuflein machte eine Abtheilung von 3 Schwadronen dänischer Reiter — Freiwillige und Garde-husaren — eine entschlossene Attacke, welche die Freischärler hinter einer Hecke standhaft erwarteten. Ein erbitterter Kampf, Mann gegen Mann, entspann sich hier, in welchem Husaren wie Freischärler mit großer Tapferkeit fochten, doch endlich mußten die Reiter unter großen Verlusten den Rückzug antreten. Fünfundzwanzig Büchsenschützen hatten eine an Zahl überlegene und tapfer fechtende Reiterschaar im Handgemenge zurückgeworfen. — Eines der Geschütze war inzwischen allerdings von den Dänen gerettet worden, das andere aber blieb in den Händen des Siegers.

Nach diesem ruhmreichen Gefechte traten die Freischärler, 1 feindliche Kanone, 2 Munitionswagen, 28 Gefangene, darunter 2 Offiziere, und 16 Beutepferde mit sich führend, den Rückzug an. Sie hatten keine Todten auf dem Kampfplatze gelassen; dagegen war ihr Hauptmann von Corneli und 3 Mann tödtlich verletzt. 31 Mann hatten, meist durch die Säbelhiebe der Husaren, Verwundungen empfangen. Die Dänen hatten 73 Mann verloren, ihr Commandeur, Oberst Juel, derselbe, welcher in der Schlacht bei Schleswig Schloß Gottorp geräumt und auch jetzt in Folge dieses Ueberfalles das von ihm besetzte Hadersleben in fluchtähnlichem Rückzuge verlassen hatte, wurde seiner Stellung enthoben und durch General von Bülow ersetzt. Selbst General Wrangel belobte in einem Berichte vom 9. das von der Tann'sche Unternehmen, welches er einen „ebenso kühnen als gelungen Parteigängercoup" nannte.

Im Sundewitt hatten sich inzwischen wichtige Dinge ereignet. Am 4. Juni erließ v. Wrangel eine Disposition an seine Generale, welche mit den Worten begann: „Ew. 2c. haben aus meinem Tagesbefehle vom 3. ersehen, daß ich zu Ehren des Geburtsfestes Sr. Majestät des Königs von Hannover eine große Parade angeordnet habe. Für den Soldaten im Felde giebt es keine bessere Parade als der Angriff des Feindes. — Die Parade am 5. wird darin bestehen, daß wir den Feind gemeinschaftlich angreifen, da, wo wir ihn in unserem Bereiche finden und ihn dort vom Festlande Schleswigs bis unter den Schutz seiner Kanonenboote zurückwerfen."

Der Angriff sollte in drei Colonnen erfolgen. Die erste, aus der Brigade Möllendorf bestehend, war bestimmt, eine Bewegung gegen Apenrade auszuführen, die zweite, Brigade Bonin, sollte den Brückenkopf bei Sonderburg stürmen, um so dem Feinde den Rückzug nach Alsen abzuschneiden, die dritte endlich, aus den Bundesbrigaden von Schnehen und Marschalck zusammengesetzt, den eigentlichen Angriff in der Richtung gegen Atzbüll und Nübel ausführen.

Der Plan war kühn und konnte, wenn auch die Dänen die Düppeler Höhen inzwischen stark befestigt hatten, wohl gelingen; allein die Ausführung ließ Manches zu wünschen übrig, und es scheint sogar, als ob man in dem Hauptquartiere trotz der erlassenen Disposition nichts Anderes als eine große Recognoscirung beabsichtigte.

Kurz vor 11 Uhr Vormittags rückte General Halkett, nachdem er an seinem Rendez-vous-Punkte, Schloß Gravenstein, eine Stunde auf die Entwickelung der Brigade Bonin gewartet, zum Angriff vor. Bei Nübel-Mühle entspannen sich die ersten heftigen Gefechte. Die Vorposten des Feindes hielten hier einige Zeit Stand, zogen sich dann aber nach den rückwärts gelegenen Dörfern Stenderup und Nübel zurück. Die Deutschen drängten unaufhaltsam nach; mit stürmender Hand nahm die Brigade von Schnehen den ersteren Flecken, während gleichzeitig General von Marschalck mit seinen Bundestruppen und dem dazu gehörigen Freicorps des Majors von Jensen-Tusch in Nübel eindrang und die Dänen noch aus einer weiteren Stellung an der „Büffelkoppel" zurückwarf.

Damit war der erste Theil des Kampfes beendet. Um den Angriff gegen die eigentliche Stellung der Dänen, die Düppeler Höhen und den Sonderburger Brückenkopf, zu beginnen, mußte man die Unterstützung der Preußen abwarten, welche als linke Flügelcolonne von Laygaard über Ulderup und Satrup gegen die rechte Flanke und den Rücken der dänischen Stellung operiren sollten. Kurz nach zwei Uhr Mittags war General von Bonin in Satrup eingetroffen, hatte hier ein Bataillon zurückgelassen und war mit den übrigen Truppen in zwei Colonnen südwärts in der Richtung auf Düppel-Kirche und das

nahe liegende Dorf Rackebüll vorgedrungen. Ersterer Punkt war, als die Colonne des Oberstlieutenants Wiesener anlangte, bereits von den Hannoveranern genommen; das Dorf Rackebüll erreichte General von Bonin mit seiner Hauptabtheilung, und eröffnete von hier das Feuergefecht gegen die dänische Hauptstellung auf den Düppeler Höhen. Das Dorf Düppel wurde besetzt.

So lagen die Dinge, als gegen halb 6 Uhr Abends auf allen Punkten der Befehl des Höchstcommandirenden eintraf, das Gefecht abzubrechen. Die Bundestruppen zogen sich in Folge dessen von dem Kampfplatze zurück, vereinigten sich bei Rübel-Mühle und schlugen hier ein Bivouak auf. Inzwischen aber hatte der Feind bedeutende Verstärkungen aus Alsen herangezogen und ging, seinen Vortheil wahrnehmend, seinerseits gegen die Preußen zum Angriffe vor, welche sich, in Schützenlinien in dem durchschnittenen Gelände zerstreut, nicht so rasch hatten sammeln können. Mit großer Entschlossenheit drangen die Dänen, die Garden an der Spitze, vor und suchten das von den Preußen hartnäckig vertheidigte Dorf Düppel (Oster- und Westerdüppel) zu nehmen. Mehrere ihrer Vorstöße wurden zurückgeschlagen [1], bis endlich die Preußen in guter Ordnung,

[1] Die Dänen stellen dies in Abrede, wie folgender Bericht eines Augenzeugen beweist: „Die Uhr war ungefähr sechs Uhr, da begann eine neue Art des Kampfes. — Wrangels Kanonen schwiegen; unsere Garde zu Fuß, die aus dem Brückenkopf herausgerückt war und bei Düppel-Mühle stand, fällte das Bajonett; wir thaten ein Gleiches, und nun war die Reihe an uns, Hurrah zu rufen. Und nun ging's vorwärts im Sturmschritt, ja im Sturmlaufe, von Hecke zu Hecke, mehrere Häuser und Höfe standen in Flammen, von Kanonenbooten in der Broakerbucht wurde ununterbrochen mit Kartätschen in die feindlichen Reihen geschossen; so rückten wir bei Düppel vorbei heran. Die Garde stürmte den Ort, ein Theil der Jäger, die freiwilligen Scharfschützen und Soldaten umringten den Kirchhof, wo die Preußen ihre Todten begraben hatten und der nun von Allem Lebenden gesäubert wurde. Ein Roggenfeld lag zwischen uns und der feindlichen Kette. — Soldaten, Scharfschützen, Gardisten, Jäger, Alles stürmte pêle mêle über das Feld hin. — Einen Augenblick hielten die Preußen Stand, aber ehe die Hälfte des Ackers erreicht war, zog die ganze feindliche Reihe von der Hecke fort, und sahen wir sie in großen Haufen den nächsten Hügel hinauffliehen (?). Die Espignols (eine Art

nachdem sie ihre Todten auf dem Düppeler Kirchhof begraben, sich auf den erneuten Befehl Wrangels, auf Satrup zurückzogen und dort sammelten. Gegen 10 Uhr Nachts fiel der letzte Schuß.

Die Brigade Möllendorf war, da die Dänen Hadersleben geräumt hatten, während des ganzen Tages unthätig stehen geblieben. In der Nacht marschirten die Garden auf Wrangels Befehl nach Satrup, um hier die Brigade Möllendorf bei einem etwaigen Angriffe des Feindes zu unterstützen. Die Dänen verhielten sich jedoch während des 6. völlig ruhig, worauf am nächsten Tage die deutsche Armee, welche bis dahin in ihrem Bivouak bei Satrup und Nübel-Mühle geblieben war, nach ihrem alten Stellungen zurückmarschirte.

Die Verluste der Preußen in dem Gefechte bei Nübel und Düppel betrugen 3 Offiziere, 24 Mann todt, 9 Offiziere, 143 Mann verwundet, 1 Offizier, 59 Mann vermißt. Die Bundestruppen und das Jensen-Tuch'sche Freicorps hatten 12 Mann an Todten, 9 Offiziere[1], 54 Mann an Verwundeten, 4 Vermißte eingebüßt, so daß der Gesammtverlust der Deutschen 22 Offiziere und 296 Mann betrug. Der dänische Verlust soll 3 Offiziere, 47 Mann an Todten, 8 Offiziere, 199 Mann an Verwundeten stark gewesen sein. Irgend ein Resultat war durch dieses verhältnißmäßig blutige Treffen nicht erreicht worden; beide Theile standen sich in ihren früheren Stellungen gegenüber.

Mitrailleusengeschütze) wurden aufgefahren, etwas vor dem Nübeler Walde wurde Halt gemacht und eine halbe Stunde hörte man nichts Anderes als den Knall der Espignols und unser Rottenfeuer, die zusammentönten wie ein fortgesetzter Trommelwirbel. Die Sonne war längst untergegangen, als der Kampf gleichsam von selbst zu Ende ging; denn beide Theile waren müde und hungrig — und nun sahen wir die feindlichen, schwarzen Massen sich über die Hügel ziehen, gerade dem klaren, röthlichen Horizonte entgegen, wo die Sonne untergegangen war." (v. Alten, Krieg in Schleswig, S. 250.)

[1] Darunter der Brigadecommandeur v. Marschalck, welcher eine Contusion am Kopfe erlitten hatte. Capitän Dammert des 6. hannöver'schen Regiments erlag später seinen Wunden.

4.

Der Vertrag von Malmö.

Mit den Kämpfen bei Düppel und Nübel hatten die eigentlichen Kriegsunternehmungen der deutschen Armee ihr Ende erreicht, wenn auch noch vereinzelte kleinere Gefechte vorfielen. Die Federn der Diplomaten, welche schon seit Beginn der Feindseligkeiten unermüdlich thätig gewesen waren, begannen mehr und mehr die Arbeit zu übernehmen, welche dem Schwerte zufallen sollte. Während des ganzen Juni blieben beide Heere thatlos, die Dänen aus dem naheliegenden Grunde, weil ihre Stellung gegenüber der so unendlich überlegenen Macht zur Zeit immer noch eine sehr günstige war und sie keine Veranlassung haben konnten, ihr kleines Heer in gewagten Unternehmungen auf das Spiel zu setzen, die Deutschen, weil „höhere Rücksichten“ den zum Schlag bereiten Arm lähmten. Die Bundesarmee begann jetzt, wo der Feldzug sich sichtlich seinem Ende zuneigte, plötzlich stark zu wachsen. Es trafen zahlreiche Ersatzmannschaften zu den schon auf dem Kriegsschauplatze befindlichen Contingenten, außerdem aber 1 Hamburger, 1 Lübeck-Bremensisches Bataillon, Hanseatische Dragoner, und neue hannöver'sche Truppen ein. Die Soldaten der Hansestädte wurden aus naheliegenden Gründen hauptsächlich zum Garnisonsdienste verwandt. Nachdem auch noch weitere mecklenburg'sche Truppen gefolgt waren und eine neue (5.) Brigade unter General Elderhorst formirt hatten, nahm die bisherige „mobile Division“ am 10. Juni den Namen „10. Armeecorps“ an.

Die Dänen hatten, wie aus zahlreichen Meldungen, namentlich auch aus einer größeren, von dem Major Prinz Friedrich von Holstein mit schleswig-holstein'schen Truppen unternommenen Recognoscirung hervorging, den größten Theil ihrer Streitkräfte nach Nordschleswig gezogen und sich in der Gegend von Hadersleben stark verschanzt. Apenrade war noch von dem Tann'schen Freicorps besetzt. Am 29. Juni unternahm daher Wrangel mit dem größten Theile der Armee, den Preußen, Schleswig-Holsteinern und starken Bundesabtheilungen einen Vormarsch nach Norden, während im Sundewitt 9 Bataillone

unter dem Grafen Rantzau zurückblieben. Die Dänen nahmen keinen ernstlichen Kampf an; es kam zwar an einzelnen Punkten im Laufe des 29. zu Gefechten, doch zog sich der Feind, nachdem er noch am 30. bei Ladegaard sich mit den Holsteinern geschlagen, nach Jütland zurück. Die Preußen und Schleswig-Holsteiner folgten bis zu der Grenze nach und standen am 30. Juni an der Königsaue mit dem Hauptquartier in Christiansfelde, die bei der Expedition betheiligten Bundestruppen dagegen wurden, da Wrängel eine erneute Landung der Dänen von Alsen aus besorgte, in höchster Eile, einzelne Truppentheile sogar zu Wagen, nach dem Sundewitt zurückgeschickt. Graf Rantzau hatte seine dortige Stellung bereits geräumt und war bis Crusau zurückmarschirt.

Die Situation war nunmehr im Juli dieselbe, wie im Mai. Die Preußen und Schleswig-Holsteiner standen im Norden des Kriegsschauplatzes an der Königsaue, diesmal aber mit dem strengsten Befehle, die jütländische Grenze nicht zu überschreiten, die Bundestruppen auf dem Sundewitt.

Am 8. Juli fand bei Hadersleben nochmals eine schöne Waffenthat statt. Der dänische Kriegsdampfer „Odin", welcher sich unvorsichtig der Küste genähert hatte, wurde von der eilends herbeigeführten Batterie des Hauptmanns Belitz dergestalt beschossen, daß das Schiff hülflos am Strande festtrieb, während die Besatzung schleunigst in Booten flüchtete. Das Wrack wurde späterhin von Abtheilungen des Tann'schen Corps angebohrt und, soweit es das seichte Wasser zuließ, versenkt.

Der Landkrieg sollte so unglücklich enden, wie er begonnen. Die 3. Schwadron des 2. Kürassier-Regimentes, welches noch gar nicht in das Feuer gekommen war, wurde in dem einsamen, eine Meile von Christiansfelde gelegenen Dorfe Steppingen, woselbst sie sich unvorsichtig der Ruhe überließ, am 8. August überfallen und 33 Kürassiere mit ihren Pferden zu Gefangenen gemacht.

Dies war die letzte Kriegsbegebenheit auf dem Festlande. Zur See fielen am 17. August die letzten Schüsse, indem die Corvette „Najade" bei Holdnäs sich mit holstein'schen Geschützen unter Oberstlieutenant von Zastrow herumschoß und

dabei 3 Mann an Todten einbüßte. Mit diesem unbedeutenden Gefechte war für das Jahr 1848 der Krieg mit Schleswig-Holstein beendet.

Schon seit Beginn der Feindseligkeiten war die deutsche und dänische Diplomatie, und nicht minder die der angrenzenden Seemächte, Rußland, Schweden-Norwegen, England, unermüdlich thätig gewesen. Unter ihren Händen hatte sich die Volkserhebung der Herzogthümer in einen Cabinetskrieg zwischen Preußen und Dänemark verwandelt, war an die Stelle des offenen, um jeden Preis die Entscheidung suchenden Kampfes, wie er im April geherrscht, eine zaudernde und zögernde Kriegsführung getreten, welche jeden ernstlichen Zusammenstoß vermied und mit allen Mitteln den Kampf in die Länge zu ziehen suchte. Denn es war nicht die Unfähigkeit Wrangels oder gar der preußischen Truppen, welche diesen traurigen Ausgang herbeiführte, — zwischen den Zeilen der militärischen Befehle war überall der Text der Wildenbruch'schen Note zu lesen.

Schon um die Mitte Juni hatten zu Malmö, wo sich der König von Dänemark damals aufhielt, Friedensunterhandlungen stattgefunden, die späterhin im Schlosse Bellevue zu Kolding fortgesetzt wurden. Am 15. Juli hatten Hedemann und Wrangel bereits eine dreitägige Waffenruhe vereinbart, welche alsdann bis zum 22. Juli und nochmals bis zum 24. verlängert wurde. Die preußischen Diplomaten, Graf Pourtalès u. A., reisten darauf, da die Dänen den Waffenstillstand kündigten, nach Berlin zurück, und es schien, als solle der Krieg nochmals beginnen. Allein bereits war während dieser Zeit der Entwurf eines längeren Waffenstillstandes zu Stande gekommen, über welchen sich Preußen mit der mittlerweile geschaffenen deutschen Centralgewalt zu einigen suchte. Der Reichsverweser ertheilte Preußen die Vollmacht, einen Waffenstillstand abzuschließen, allein nur unter den Bedingungen, daß die Zusammensetzung der zu vereinbarenden provisorischen Regierung schon vor Abschluß des Vertrages festgestellt werde, daß ferner alle bisher in Schleswig und Holstein erlassenen Gesetze zu Rechte bestehen und endlich die im Lande zurückbleibenden Truppen von einem deutschen General commandirt werden sollten. Der Reichsminister Heckscher

erschien selbst in Schleswig-Holstein und veranlaßte die am 15. August zusammengetretene Landesversammlung dazu, sich schon am 19. zu vertagen, um die Friedensunterhandlungen nicht zu stören. In Folge dessen schied Olshausen aus der provisorischen Regierung aus. Im August wurden die Verhandlungen fortgesetzt nnd endlich am 26. August durch einen Waffenstillstand beendet. Näher auf die vorausgegangenen diplomatischen Wirren, die umfangreichen Notenwechsel, die aufdringlichen Vermittelungsversuche Englands, die Drohungen Schweden-Norwegens, die unentschlossene, schwächliche Haltung des Potsdamer Hofes einzugehen, wäre ein undankbares und unerfreuliches Werk. Es möge genügen, jene Convention näher zu betrachten, welche das Ergebniß aller dieser Verhandlungen bildet, den berüchtigten „Vertrag von Malmö".

Diese Uebereinkunft, welche General von Below als Bevollmächtigter Friedrich Wilhelms IV. und der Gesandte Hoyer von Bille als Vertreter des Königs von Dänemark trafen, stellte in den ersten Artikeln einen siebenmonatlichen Waffenstillstand fest, welchen jeder der beiden Theile mit vier Wochen Frist aufkündigen konnte. Bei Wiedereintritt der Feindseligkeiten sollten die Heere ihre augenblickliche Stellung einnehmen. Die Hafenblockade wurde aufgehoben, die Kriegsgefangenen in Freiheit gesetzt, die gekaperten Schiffe zurückgegeben, Dänemark sogar eine Entschädigung für die von den Preußen in Jütland vorgenommenen Requisitionen zugesichert.

Dies war der Inhalt der ersten fünf Artikel, welchen sich folgende folgenschwere Bestimmungen anschlossen:

„Art. VI. Die beiden Herzogthümer, sowie die dazu gehörigen Inseln sollen sowohl von den dänischen Truppen, wie von denen des deutschen Bundes in dem Zeitraum von 12 Tagen, nachdem die betreffende Ordre den Oberbefehlshabern zugekommen sein wird, geräumt werden. Jedoch soll es dem deutschen Bunde wie Sr. Majestät dem Könige von Preußen gestattet sein, die für den deutschen Bund in der Stadt Altona, sowie auf anderen Punkten der Herzogthümer und für Se. Majestät den König von Dänemark auf der Insel Alsen sich befindenden Hospitäler

und Militärdepots von Abtheilungen resp. deutscher Bundes- und dänischer Truppen bewachen zu lassen, welche sowohl für den einen wie für den anderen der beiden Theile die Anzahl von 2000 (Zweitausend) Mann nicht überschreiten soll." Es folgen hierauf Bestimmungen über die Errichtung besonderer holstein'scher Abtheilungen, welche zur Verfügung der Regierung der beiden Herzogthümer gestellt werden sollten.

„Art. VII. Die beiden contrahirenden Theile sind übereingekommen, für die Dauer des Waffenstillstandes eine gemeinsame Regierung für die beiden Herzogthümer einzusetzen, welche ihre Amtshandlungen im Namen Sr. Majestät des Königs von Dänemark in Ihrer Eigenschaft als Herzog von Schleswig und Holstein und mit der Machtvollkommenheit ausüben wird, mit Ausnahme der gesetzgebenden Gewalt, die während der Dauer des Waffenstillstandes ruht. Diese Regierung wird aus fünf, aus den Notabeln der beiden Herzogthümer zu wählenden Mitgliedern zusammengesetzt werden, welche allgemeine Achtung und Ansehen genießen. Zwei von diesen Mitgliedern werden von Sr. Majestät dem König von Preußen für das Herzogthum Holstein und zwei von Sr. Majestät dem Könige von Dänemark, Herzog von Schleswig und Holstein, für das Herzogthum Schleswig ernannt werden. Das fünfte dieser Mitglieder, welches die Functionen des Präsidenten der gemeinsamen Regierung der beiden Herzogthümer zu übernehmen hat, wird in Folge gemeinschaftlicher Einigung von Ihren erwähnten Majestäten ernannt werden. Man ist dahin übereingekommen, daß weder die vor dem 17. März cr. angestellt gewesenen Regierungsmitglieder (schleswig-holstein'sche Regierung), noch diejenigen, welche die Regierung seit dieser Epoche gebildet haben, in diese neue Verwaltungsbehörde eintreten können, welch letztere sobald als möglich und spätestens 14 (vierzehn) Tage nach Unterzeichnung der gegenwärtigen Convention in Function treten soll. Man hat sich ferner darüber verständigt, daß alle und jede seit dem 17. März cr. für die Herzogthümer erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln im Augen-

blicke des Amtsantrittes der neuen Regierung aufgehoben werden sollen; jedoch soll der letzteren das Recht zustehen, solche nach dem 17. März cr. erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln wieder in Kraft treten zu lassen, deren Aufrechterhaltung ihr unerläßlich oder für den regelmäßigen Geschäftsgang ersprießlich erscheint, welche indessen keinesfalls etwas den Bestimmungen des Artikels 11 (elf) widersprechendes enthalten dürfen."

„Art. VIII. Se. Maj. der König von Preußen im Namen des deutschen Bundes und Se. Maj. der König von Dänemark sollen das Recht haben, jeder seinerseits einen Commissär zu ernennen, um in den Herzogthümern während der Dauer des Waffenstillstandes zu residiren, und vermittelnd über die Ausführung der vorstehenden Stipulationen zu wachen, sowie über die unparteiische Anwendung der Gesetze zu Gunsten der dänischen wie deutschen Bevölkerung."

Die Schlußartikel IX bis XII enthielten Bestimmungen über die Verwaltung des Herzogthums Lauenburg, über welches ebenso wie in Schleswig-Holstein eine gemischte Regierung von 3 Mitgliedern eingesetzt werden sollte, stellten fest, daß Großbritannien die Garantie der Ausführung der Convention übernehme, und daß die Bestimmungen der Malmöer Uebereinkunft in keiner Weise die bisher von Deutschland und Dänemark geltend gemachten Rechte und Ansprüche, und die hierauf bezüglichen Friedensunterhandlungen ändern (Art. XI). Die Convention wurde in deutscher, dänischer und französischer Sprache abgefaßt. Der letztere Text sollte bei vorkommenden Meinungsverschiedenheiten der maßgebende sein.

Außerdem wurden noch sieben Separatartikel über die Einzelheiten der Verwaltung und ein Zusatzartikel genehmigt, welch letzterer die Zusammensetzung der neuen Regierung nach den Vorschlägen der Bevollmächtigten enthielt. Präsident sollte Graf Carl Moltke-Rütschau sein — ein seiner extrem-dänischen Gesinnungen wegen bekannter Würdenträger —; ihm zur Seite standen der Kammerherr von Heintze, der Etatsrath Prehn, der Landvogt Boysen und der Oberappellationsgerichtsrath Preussen. Als Stellvertreter wurde Baron Blome, v. Warnstedt, Graf Reventlow, v. Moltke und Bürgermeister Callisen bezeichnet.

Die Entrüstung und tiefe Beschämung, welche der Malmöer Vertrag in ganz Deutschland hervorrief, waren unermeßlich und führten, wie die weitere Verfolgung der Ereignisse zeigen wird, zu einer schweren Erschütterung des deutschen Einigungswerkes und seiner Verkörperung, des deutschen Parlamentes. Allerdings enthielten jene Artikel nichts, was an sich die deutsche Ehre beschimpfte, aber schmerzlich mußte es jeden Patrioten berühren, daß die Handlungen einer Regierung, welche der Bundestag förmlich anerkannt hatte, für null und nichtig erklärt, das Land, dessen Befreiung die deutschen Fürsten als ihre Ehrenpflicht bezeichnet, beinahe völlig der Gewalt Dänemarks wieder überliefert worden war. Weit beschämender noch war die militärische Seite des traurigen Handels; Preußen, der Staat, welcher sieben Jahre dem vereinigten Europa getrotzt, hatte in einem halbjährigen Feldzuge, von dem gesammten deutschen Bunde, einer opferbereiten einheimischen Bevölkerung und tapferen Freiwilligenschaaren unterstützt, das winzige Dänemark nicht zu bezwingen vermocht, sondern einen Vertrag mit seinem Widersacher abgeschlossen, wie ihn etwa gleichstarke Gegner nach unentschiedenem Kampfe einzugehen pflegen. Allerdings konnte die Armee sich sagen, daß dieser trübe Ausgang nicht ihre Schuld war, allein die Thatsache blieb bestehen. Noch trüber aber war der Blick in die Zukunft; was mußten die kommenden Jahre an Bedrängniß den Herzogthümern, an Selbsterniedrigung ihren Beschützern bringen! —

Die Truppen hatten im Laufe des August bedeutende Verstärkungen erfahren. Es waren 1 Frankfurter und 1 Weimarer Bataillon, 1 Nassau'sches Regiment, sowie würtembergische und badische Abtheilungen eingetroffen. Weiterhin hatte der Reichskriegsminister am 7. August die Ankunft von 7600 Oesterreichern, 9500 Baiern, 5500 Sachsen u. s. w., Alles in Allem von 37 900 Mann, angekündigt, eine Macht, die im Vereine mit den preußischen Streitmitteln das kleine Dänemark, welches kaum mehr als 15 000 Mann aufzustellen vermochte, hätte erdrücken müssen. Aus alledem wurde nun nichts. Die Truppen traten den Rückzug an und räumten zu Anfang September das Land, in welchem nur ein würtembergisches und ein badisches

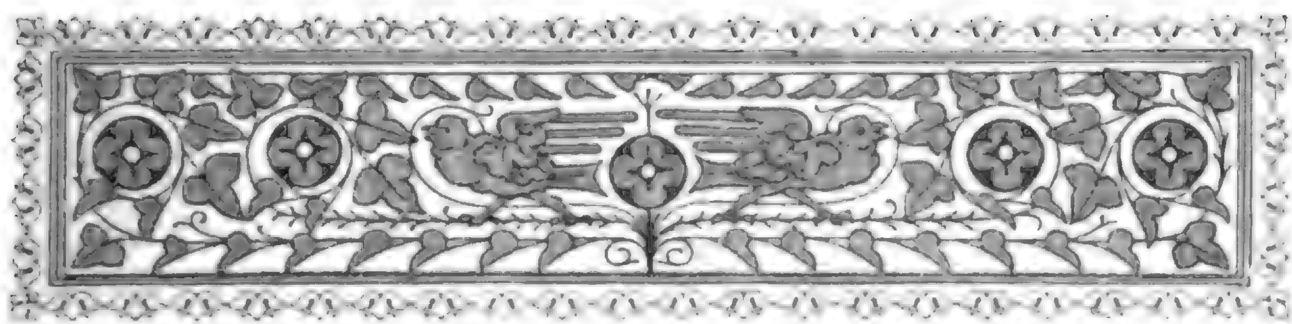
Bataillon nebst zwei Schwadronen Hanseaten-Dragonern zurückblieben. Doch sollte die Bundesarmee nicht als aufgelöst betrachtet, sondern die Truppentheile in ihrer Heimat in Bereitschaft gehalten werden, um innerhalb eines Monats wieder in Schleswig einrücken zu können.

Das Commando der schleswig-holstein'schen Streitkräfte wurde dem General v. Bonin übertragen. Der bisherige Führer der Landestruppen, der Prinz von Noer, legte sein Commando nieder.

Was die Freischaaren betraf, so hatte schon am 9. Juli Oberstlieutenant von der Tann dem Oberbefehlshaber den Wunsch seines Corps, entlassen zu werden, ausgedrückt. Bald darauf löste sich die Tann'sche Freischaar und ebenso das zu den Bundestruppen gehörige Jensen-Tuch'sche Corps auf; nur wenige Freiwillige, welche die Hoffnung auf Kampf noch nicht aufgaben, bildeten unter Major von Hake das 9. Bataillon der schleswig-holstein'schen Armee.

Die Regierung entließ die Freischaaren ziemlich kühl und ohne sonderlichen Dank; im Lande dagegen wurden sie überall auf ihrem Rückmarsche jubelnd empfangen und gefeiert. Ueberhaupt war die Stimmung eine sehr erregte. Der Major von Wildenbruch, Graf Moltke nebst einigen andern Diplomaten wurden zu Itzehoe vom Volke festgenommen und bedroht, so daß man schleunigst militärische Hülfe requiriren mußte.

Am 10. September erließ Wrangel seinen Abschiedsbefehl an die Armee. „Indem ich Euch, Ihr lieben Kameraden und Waffengefährten, zu Eurer neuen Bestimmung entlasse", lauteten die Schlußworte, „und den Scheidenden als den Zurückbleibenden ein herzliches Lebewohl sage, gebe ich Euch noch den Rath: Bewahrt das Selbstvertrauen, das Ihr in diesem kurzen Kriege gewonnen, und die schönen Erfahrungen, die Ihr darin gemacht, übt Euch fleißig mit der erprobten Waffe, sendet oft die Kugel nach fernem Ziel und laßt das wohlgeschliffene Schwert nicht rosten an Eurer Seite, damit Ihr kampfbereit bleibet und seid, wenn Ihr wieder ausziehen sollt zum Kampfe."



VI. Abschnitt.

Die deutsche Nationalversammlung.

1.

Der Zusammentritt des Parlamentes.

Am Tage nach dem Schlusse des Vorparlaments trat am 4. April der Fünfzigerausschuß zu der ersten Berathung zusammen. Wie bereits früher erwähnt, war in dieser Versammlung die gemäßigt liberale Richtung, durch Männer wie Soiron, Mathy, Zachariä, Hergenhahn, Biedermann, Reh u. Andere vertreten, die herrschende und den Radicalen, einem v. Itzstein, Robert Blum, Eisenmann, Raveaux, Venedey, an Zahl bei Weitem überlegen.

Der Fünfzigerausschuß, welcher sich in der Folge noch um sechs Oesterreicher, darunter Palacky, Bach und Schuselka verstärkte, tagte unter dem Vorsitze Soirons und dessen Stellvertretern Blum und Abegg vom 4. April bis zum 18. Mai. Seine Verhandlungen, deren fast täglich eine, mitunter auch zwei in der Paulskirche, später im Römer stattfanden, waren öffentlich, doch wurden verschiedene Gegenstände auch in geheimen Comitésitzungen behandelt.

Nach den völlig unklaren Beschlüssen des Vorparlamentes war die Stellung des Fünfzigerausschusses zu dem Bundestage und den einzelnen Regierungen keine leichte, insbesondere bei

der wichtigsten Frage, der Wahlen zu der deutschen Nationalversammlung, deren Betreibung die wesentlichste Aufgabe des Ausschusses bildete. Bekanntlich hatte das Vorparlament die Frage des Wahlmodus offen gelassen und nur im Princip die directe Wahl empfohlen, ein Vorschlag, welchem thatsächlich nur die würtembergische und die kurhessische Regierung Folge gab. Weitere Schwierigkeiten entstanden aus der Frage, ob jeder Deutsche in jedem deutschen Staate wahlberechtigt und wählbar sein solle und was unter der zur Ausübung des Wahlrechts erforderten „Selbständigkeit" zu verstehen sei. In Bayern z. B. war die letztere mit der Entrichtung einer directen Steuer verknüpft, so daß hierdurch das Princip des allgemeinen Stimmrechts umgestoßen wurde. Noch bedenklicher war der Umstand, daß die Regierungen der Einzelstaaten die Wahlen zu verschiedenen Terminen und fast alle zu spät anordneten, daß Oesterreich und Preußen gleichzeitig Landesparlamente einberiefen, daß endlich die Unruhen in Posen und namentlich die badischen Schilderhebungen die mühsam geschaffene und behauptete Autorität der Versammlung zu untergraben drohten. In verschiedenen Proclamationen vom 6., 12. und 15. April sprach sich die Commission entschieden gegen die Hecker'schen Umsturzpläne aus und entsandte, wiewohl vergeblich, zwei Abgeordnete nach dem Schauplatze der Unruhen. Auch mit Wien und Prag wurde ein eifriger Briefwechsel unterhalten, um die großen Schwierigkeiten zu beseitigen, welche sich dem Anschlusse Oesterreichs an das deutsche Einigungswerk entgegenstellten.

Die zur Niederwerfung des badischen Aufruhrs unternommenen Truppenbewegungen gaben zugleich zu neuen Besorgnissen Anlaß. Man fürchtete, daß die Nähe der starken Mainzer Garnison und der großentheils an die Grenzen ihrer engeren Heimat gerückten Nassau'schen und Kassel'schen Truppen die Freiheit der Berathungen beeinträchtigen würde.

Andererseits waren auch im Bundestage die heterogensten Elemente vereinigt neben den noch in Frankfurt anwesenden Vertretern der vormärzlichen Regierungspolitik die liberal gesinnten Vertrauensmänner. Der Beschluß des Vorparlamentes, daß der Bundestag diejenigen Männer, welche zur Hervor-

bringung der Ausnahmebeschlüsse beigetragen, aus seiner Mitte entfernen solle, hatte keine Beachtung gefunden und noch zu Ende April wurde auf Blums Antrag den alten Bundestagsgesandten ihr Rücktritt abermals von dem Ausschusse nahegelegt.

Am schroffsten traten die Gegensätze zwischen den beiden Körperschaften bei den Verhandlungen über die neu zu schaffende Executivgewalt zu Tage. Es war von den Fünfzigern vorgeschlagen, den Bundestag um ein, in Vereinbarung mit dem Fünfzigerausschusse und den Vertrauensmännern zu erwählendes Triumvirat zu vermehren, welches bis auf Weiteres in eilenden Fällen selbständig die executive Gewalt handhaben und für seine Handlungen der deutschen Nation verantwortlich sein sollte. Auch sollte von dieser Trias die sofortige Wahl eines Bundesoberfeldherrn vorgenommen werden. Die Verhandlungen, welche Soiron, Welcker und Schmerling führten, nahmen anfangs einen günstigen Verlauf, dann aber faßte die Bundesversammlung am 3. Mai einen Beschluß, nach welchem zwar die Einsetzung einer Executivgewalt angenommen, die Mitwirkung des Fünfzigerausschusses jedoch gleichzeitig nahezu ausgeschlossen wurde. Auf Antrag Heckschers sprach am 4. der Ausschuß dem Bundestage einstimmig sein Befremden über diesen Schritt aus.

An demselben Tage jedoch hatte die Versammlung in der Eschenheimer Gasse, ihren alten Ueberlieferungen getreu, auf Anregung des hessen-darmstädtischen Gesandten von Lepel ein geheimes Protokoll zu dem von den Siebzehnern ausgearbeiteten Constitutionsentwurfe abgefaßt, welches die Schaffung einer Centralgewalt im Sinne der Regierungen befürwortete. „Selbst wenn es nicht gelingen sollte", lautete der Schluß des von Metternich'schem Geiste durchwehten Schriftstückes, „die fragliche Behörde ins Leben zu rufen — wenn hohe Bundesversammlung oder die einzelnen Regierungen an den buchstäblichen Bestimmungen der Bundesacte festhalten wollten, während hiervon doch in anderen Fällen so häufig schon in der neuesten Zeit abgegangen und überhaupt der Boden betreten worden ist, auf welchem instinctmäßig nur die Nothwendigkeit, das Bedürfniß des Tages, Qualität und Quantität des Handelns bestimmt, so würde doch unter allen Umständen es nöthig sein, daß die

Regierungen eine Commission von drei bis fünf Mitgliedern unverzüglich bestellen und in Frankfurt zusammentreten ließen, um eine einheitliche Leitung in die Verhältnisse zur Nationalversammlung zu bringen. Jene Commission würde die formelle Vermittelung zwischen den Regierungen in ihrer Gesammtheit und der Nationalversammlung sich stets benehmen und je nach den Umständen die geeignetsten Maßregeln zur Wahrung der Regierungsinteressen versehen."

Dieses Geheimprotokoll des Bundestages war dem Fünfzigerausschuß hinterbracht worden und wurde am 12. Mai von demselben berathen. Die Entrüstung der Fünfziger über das Ränkespiel im Thurn- und Taxis'schen Palais war groß. Vergebens desavouirte in einem Schreiben, welches während der Verhandlungen eintraf, der darmstädtische Märzminister von Gagern das Vorgehen seines Gesandten; der Ausschuß beschloß, „nunmehr seinen angetragenermaßen von der Bundesversammlung nicht adoptirten Vorschlag wegen Bildung einer Bundesexecutivgewalt zurückzuziehen und sich von jeder, auch nur gutheißenden Mitwirkung zur Herstellung der von dem Bundestage den Regierungen vorgeschlagenen Executivgewalt definitiv lossagen zu müssen". Damit war der erste Versuch zur Errichtung einer provisorischen deutschen Centralbehörde gescheitert.

Die Sitzung, in welcher der Ausschuß diesen Beschluß faßte, war die letzte von Bedeutung gewesen. Fünf Tage darauf, am 17. Mai, zeigte das Präsidium an, daß in Folge der inzwischen stattgehabten Wahlen zur Nationalversammlung die Sitzungen beendet seien, und Tags darauf löste sich vor dem Zusammentritte des Parlamentes der Fünfzigerausschuß im Kaisersaale des Römers mit einem Hochrufe auf die deutsche Einheit auf.

Der Ausschuß hatte gethan, was in seinen Kräften stand, um die Bewegung in den Bahnen zu halten, welche durch die liberale Majorität des Vorparlamentes vorgezeichnet worden waren. Er hatte Aufrufe aller Art, so an die Tyroler, an die Bewohner Böhmens, Mährens und Schlesiens, an das badische Volk, an die Deutschen in Frankreich und der Schweiz erlassen, und das Möglichste geleistet, um die Wahlen zur

Nationalversammlung zu beschleunigen und gemeinsam zu gestalten. Allein seine unbestimmte Stellung zu den Regierungen, seine verworrenen Beziehungen zu dem Bundestage und den Vertrauensmännern und endlich nicht zum Mindesten die eigene Unklarheit des Denkens, Wollens und Handelns hatten es dahin gebracht, daß fast überall die Ereignisse den Fünfzigern über den Kopf gewachsen waren. Ihr Eingreifen in den Gang der Dinge kam nicht über das Abfassen von Protokollen, von Aufrufen an das Volk, von Sendschreiben an die Regierungen und über einen ebenso lebhaften wie unfruchtbaren Briefwechsel mit dem Bundestage hinaus. Wie das Vorparlament, so hatte auch der Ausschuß es versäumt, der neuen deutschen Volksvertretung die Stütze einer realen Macht zu verschaffen und so u. A. am 28. April den merkwürdigen Vorschlag Venedeys, eine Parlamentswehr von 10,000 Mann zu errichten, durch Verweisung an eine Commission zu Seite geschoben. Unerwähnt darf jedoch nicht bleiben, daß die Fünfziger sowohl die Rüstungen Preußens gegen Dänemark eifrig befürworteten, ohne freilich auf den Gang der Dinge in Schleswig-Holstein irgend welchen Einfluß üben zu können, als auch zu verschiedenen Malen (19. April und 11. Mai) sich mit der Gründung einer deutschen Kriegsflotte beschäftigten. In der That trat, nachdem man an den Bundestag das Ersuchen gestellt, eine vorläufige Summe von einer halben Million Thaler zu bewilligen, am 31. Mai ein Marinecongreß in Hamburg zusammen, an welchem die an die See grenzenden Staaten Theil nahmen.

Die Eröffnung der Nationalversammlung war ursprünglich auf den 1. Mai vorgesehen, dann aber, da bis zu diesem Zeitpunkte die meisten Wahlen noch nicht hatten beendigt werden können, auf Donnerstag den 18. d. Monats verschoben worden. Gegen 330 Reichsboten waren bis zum 17. angelangt und hatten bereits an diesem Tage in einer Vorversammlung den förmlichen Beginn der Berathungen auf den nächsten Tag festgesetzt.

Um 3 Uhr Nachmittags traten demgemäß am 18. Mai die anwesenden Volksvertreter im Kaisersaale zusammen und nahmen zunächst unter dem Vorsitze Schotts von Stuttgart die Wahl des Alterspräsidenten vor. Das älteste anwesende

Mitglied, der 73jährige Hofrath Behr, lehnte die ihm zugedachte Würde ab, so daß dieselbe dem viertältesten, 70jährigen Syndicus Dr. Lang zufiel, während zum Stellvertreter der gleichalterige Staatsminister a. D. von Lindenau ausersehen wurde. Die acht jüngsten Mitglieder erhielten das Amt der Alterssecretäre. Die wenigsten Jahre unter ihnen zählte der 23jährige Prediger Schmidt [1], dann der 24jährige Dr. Stremayr, der spätere österreichische Cultusminister.

Nach Erfüllung dieser Förmlichkeiten setzten sich die Nationalvertreter vom östlichen Portale des Römers aus in Reihen zu je Vieren, das Präsidium an der Spitze, in feierlichem Zuge nach der Paulskirche in Bewegung. Es war Punkt vier Uhr. Kanonendonner, Glockengeläute von allen Thürmen der Stadt und stürmischer Jubel einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge begleitete den Zug, welcher sich unter Vortragung zweier deutscher Fahnen über den Römerberg durch die Neue Kräme und an der Börse vorbei nach dem westlichen Eingange der Paulskirche bewegte.

Hier angekommen, wurde die Versammlung zunächst auf Antrag des Abgeordneten Freudentheil für constituirt erklärt, indem die Abgeordneten sich erhoben und unter dröhnendem Beifall der Tribünen ein dreimaliges Hoch auf sich selbst ausbrachten. Alsdann ging der Präsident daran, folgendes Schreiben des Bundestages zu verlesen:

„Die Bundesversammlung an die deutsche Nationalversammlung.

„Die Macht außerordentlicher Begebenheiten, das Verlangen, welches sich laut in unserm ganzen Vaterland ausgesprochen hat, und der aus Beidem hervorgegangene Aufruf der Regierungen haben in dieser großen Stunde eine Versammlung hierher geführt, wie unsere Geschichte sie noch niemals sah.

„In seinen Grundvesten hat das alte politische Leben gebebt, und von dem Jubel und dem Vertrauen des ganzen deutschen

---

[1] Vgl. Sitzungsprotokolle I, 6. Die Angabe Wichmanns (Denkwürdigkeiten, S. 8), daß Stremayr der jüngste gewesen, erscheint darnach irrthümlich.

Volkes begrüßt, erhebt sich eine neue Größe, das deutsche Parlament.

„Die deutschen Regierungen und ihr gemeinschaftliches Organ, die Bundesversammlung, mit dem deutschen Volke in der gleichen Liebe für unser großes Vaterland vereint, und aufrichtig huldigend dem neuen Geiste der Zeit, reichen den Nationalvertretern die Hand zum Willkomm und wünschen Ihnen Heil und Segen.

„Frankfurt a. M., am 18. Mai 1848.

„Die deutsche Bundesversammlung und in deren Namen der Präsidirende: Colloredo."

Nach einer kurzen und ergebnißlosen Debatte über die Beantwortung dieses Schreibens ging die Versammlung zur Berathung der Geschäftsordnung über und nahm nach einer ziemlich tumultuarischen Verhandlung den ihr vorgelegten, von Mohl und Genossen stammenden Entwurf einer solchen an. Um halb acht Uhr erreichte die erste Sitzung ihr Ende. Am nächsten Tage, dem 19., wurde in Gegenwart von 397 Abgeordneten mit der Wahl eines provisorischen Präsidenten begonnen und mit 305 Stimmen Heinrich von Gagern dazu berufen. Von Soiron hatte 85, Robert Blum 3, von Vincke, von Lindenau, Dahlmann und Cnyriem je 1 Stimme erhalten. Damit war die Constituirung des Parlaments erledigt.

Das war der Anfang der ersten deutschen Reichsversammlung, welche, um ein geflügeltes Wort Bismarcks zu gebrauchen, mit Reden und Majoritätsbeschlüssen die Erfüllung jener Aufgabe zu leisten hoffte, welche später durch Blut und Eisen ihre Lösung fand. Gerade um dieses letzteren Umstandes willen ist eine gerechte Beurtheilung der deutschen Einigungsversuche von 1848—1850 so schwer; denn nur allzu leicht ist man geneigt, von der Höhe des Erfolges herab alle früher gescheiterten Bestrebungen zu verdammen. So hat auch das Parlament der Paulskirche, anfangs mit den überschwänglichsten Hoffnungen begrüßt, später die maßlosesten Angriffe, Schmähungen und Verdammungen von Jenen zu erleiden gehabt, welche nur das sahen, was die Reichsboten jener Zeit gethan, nicht aber auch das, was sie gewollt.

In der That herrscht zwischen diesen letzteren Dingen ein großer und auf den ersten Blick befremdender Gegensatz. Die Männer, welche sich am 18. Mai in der alten Reichsstadt trafen, waren unläugbar würdige Vertreter des Volkes der Denker und der Dichter; die glänzendsten Namen Deutschlands waren hier versammelt, so der General von Radowitz, von Vincke, Fürst Lichnowsky, der bayerische Exminister von Beisler, Professor Lassaulx, Mathy, Gervinus, von Beckerath, von Soiron, Bassermann, Mathy, Beseler, Graf Auersperg (Anastasius Grün), Laube, Pfizer, Arndt, Dahlmann, Droysen, Duncker, Haym, von Hergenhahn, Heckscher, Wippermann, Waitz, Welcker, Zachariä, Biedermann, Giskra, Mittermaier, Robert von Mohl, von Wydenbrugk, Werner, Venedey, Vischer, Robert Blum, Carl Vogt, von Itzstein, A. Ruge, Ludwig Simon und viele Andere.

Die Zahl der Reichsboten belief sich im August auf 565, worunter 193 Preußen, 144 Oesterreicher, 71 Bayern, 28 Würtemberger, 26 Hannoveraner, 24 Sachsen, 17 Badenser, je 11 Hessen-Kasseler, Hessen-Darmstädter und Schleswig-Holsteiner, 7 Mecklenburger, 6 Nassauer, 5 Oldenburger, je 4 Braunschweiger und Weimaraner, 3 Hamburger u. s. w. 18 Bundesstaaten hatten je 1 Vertreter geschickt. Von diesen Abgeordneten schieden bis zu Beginn des Jahres 1849 176 wieder aus, darunter drei durch gewaltsamen, einer durch natürlichen Tod, und es wurden so Ersatzwahlen nothwendig. Im Ganzen haben, nach der Aufstellung des Abgeordneten Wichmann, 766 deutsche Bürger in der Paulskirche gesessen. Bezeichnend genug war es, daß in Oesterreich, wie namentlich in Preußen, das Volk in die Nationalparlamente zu Wien und Berlin vorwiegend Männer aus dem praktischen Leben, bis zu dem Bauernstande herunter, gewählt hatte, während es nach Frankfurt vorwiegend „Gebildete" entsandte. Der weitaus größte Theil der Abgeordneten der Paulskirche gehörte den höheren Ständen an. An Zahl waren die Juristen mit 176 Beamten, Advocaten und Dr. jur., dann die Mitglieder der Verwaltungszweige am stärksten. Derjenige Beruf jedoch, welcher das geistige Leben der Reichsversammlung beherrschte, war die akademische Wissenschaft. Es saßen in dem Parlamente nicht weniger als 76 Professoren aller Facultäten, 26 Docenten und

höhere Lehrer, 31 Doctoren der Philosophie, darunter die berühmtesten Namen der deutschen Hochschulen.

Eine Versammlung von Gelehrten war es, welche über das Wohl Deutschlands entscheiden sollte.

Wenn man die stattliche Reihe aller dieser Coryphäen der Wissenschaft überblickte und erwog, daß die reinste und aufrichtigste Vaterlandsliebe den weitaus größten Theil der Versammlung erfüllte, so lag die Erwartung nur allzu nahe, daß eine glänzende Wiederaufrichtung der deutschen Einheit die Frucht dieser Berathungen sein werde. Daß nun der Verlauf der deutschen Verfassungskämpfe so schwere Enttäuschung erbrachte, lag nicht am Mangel an gutem Willen seitens der Abgeordneten, sondern hatte eine ganz andere Ursache. Es herrschte und herrscht noch jetzt in Deutschland eine gewisse Ueberschätzung des Wissens an sich, die Annahme, daß Wissen und Können das Gleiche sei, daß ein Gelehrter, in dessen Kopfe eine staunenswerthe Fülle von Kenntnissen sich offenbart, auch ein berufener Politiker sein müsse. Die Summe des Wissens aber, dessen ein Staatsmann bedarf, verschwindet vor jenen Eigenschaften, welche seine wahre Größe ausmachen, der rücksichtslosen Thatkraft, der raschen Benützung des Augenblickes, der durchdringenden Menschenkenntniß — oder Menschenverachtung, — und dem persönlichen Muthe, Alles Dinge, die bei den in friedlicher Geistesarbeit in ihren Stuben gebannt gewesenen Hochschullehrern nothwendigerweise zum Mindesten unentwickelt sein mußten. Daraus aber folgte die ganze unerquickliche Haltung des Parlaments. Die Mehrzahl der Versammelten hatte die Einsicht und den besten Willen, eine Neugestaltung der deutschen Verhältnisse zu leiten, aber nicht die Kraft, das schwierige Wagniß durchzuführen. So behandelte man die Aufgaben, zu deren Lösung die Versammlung berufen war, gewissermaßen akademisch, als die Grundlagen zu endlosen Erörterungen, als Beweise für mühsam ausgeheckte Theorieen, und erging sich, während ganz Europa unter dem Sturme der Revolution erzitterte, in haltlosen Abstractionen. Vor Allem aber vermied man es auf das Aengstlichste, jenen gordischen Knoten durchzuhauen, von dessen Lösung das ganze Dasein des Parlaments abhing, die Frage nämlich, welche Stellung die

deutsche Reichsversammlung den einzelnen deutschen Fürsten und Staaten gegenüber einnehmen sollte.

Es wird sich in dem Folgenden zeigen, daß diese Frage immer wieder bei jedem Anlasse auftrat und erst mit ihrer Entscheidung eine praktische Thätigkeit der Volksvertretung beginnen konnte. Von vornherein mußten sich die Männer der Paulskirche darüber aussprechen, ob sie sich als souverän betrachten oder den Fürsten unterordnen wollten. Keines von beiden geschah wirklich. Meist wählte man den beliebten Weg der vermittelnden Vereinbarung, und suchte durch tönende Phrasen von dem Rechtsboden darüber hinwegzutäuschen, daß die Laufbahn des Reichsparlamentes von Anfang an ein Gemisch von Unerfahrenheit in allen praktischen Dingen und völliger Energielosigkeit blieb, und für die späteren Zeiten in dem deutschen Professor den Typus weltentfremdeter, gewissermaßen hülfloser Gelehrsamkeit entstehen ließ.

2.

Die Centralgewalt.

Die ersten Sitzungen des Parlamentes waren von der Frage erfüllt worden, wie man sich zu der am 22. Mai eröffneten preußischen und der zu erwartenden österreichischen Nationalversammlung, welche strenge genommen, so lange sie sich nicht unterordneten, nur als Gegenparlamente genommen werden konnten, zu verhalten habe. Die Beschlußfassung hierüber mußte jedoch eine Entscheidung herbeiführen und so zog man, als beliebtes Verschleppungsmittel, die Einsetzung einer Commission vor. Alsdann wandte sich das Haus einem Vorfalle zu, welcher in dem benachbarten Mainz die Gemüther hochgradig erregt hatte. Zwischen der Bürgerschaft der Bundesfestung und den in letzterer liegenden preußischen Truppen bestand bereits seit dem Frühjahr eine bedrohliche Spannung. Schon am 22. März waren zwei preußische Offiziere überfallen und verwundet worden, und seitdem brachte jeder Tag Beschimpfungen und Schmähungen der preußischen Truppen, deren Haltung in Folge

dessen auch keine allzu entgegenkommende wurde. Am Abend des 21. Mai, eines Sonntags, endlich entstand ein allgemeiner Angriff auf das preußische Militär. Ein Soldat wurde erschossen, drei andere durch Bajonnetstiche getödtet und 25 verwundet, während von den Bürgern drei schwer und zwei leicht verletzt auf dem Platze blieben. In Folge dessen erklärte noch an demselben Abend um zehn Uhr das Gouvernement den Belagerungszustand, löste die Bürgerwehr auf, befahl die sofortige Ablieferung der Waffen und drohte, bei weiterer Widersetzlichkeit die Stadt zu beschießen. In der gleichen Nacht noch wurde der hessische Generalprocurator verwundet, am nächsten Morgen ein Mainzer Bürger von einem preußischen Posten erschossen. Am 23. wiederholten sich die Tumulte, wobei drei Personen durch Schüsse niedergestreckt wurden. Die Aufregung war auf das Höchste gediehen. Das Gouvernement hielt glühende Kugeln zum Bombardement bereit, während die Einwohner sich nunmehr als Opfer einer verthierten Soldateska hinzustellen suchten[1].

Am 23. Mai brachte der Mainzer Demokrat Zitz diese Vorfälle in einem außerordentlich tendenziösen Berichte zur Kenntniß der Versammlung und forderte das Einschreiten derselben. Auf das Neue tauchte damit die Principienfrage auf; denn ließ sich das Parlament auf eine Untersuchung, auf Aenderungen und Befehle ein, so trat es aus der bisher angenommenen berathenden Rolle heraus und maßte sich die Executive an. Man wählte den Mittelweg und entsandte einen Ausschuß zur Kenntnißnahme der Dinge nach Mainz. „Man überschritt", wie der schwankendsten Einer, der Abgeordnete Haym schrieb[2], „auf einen Augenblick die Grenzen der Befugniß einer verfassunggebenden Versammlung, um für die Zukunft diese Grenzen um so sicherer einhalten zu können!"

Am 26. Mai, dem Tage des ersten Wiener Barrikadenaufruhrs, erstattete der Ausschuß seinen Bericht, welcher die

---

[1] Es ist höchst bezeichnend für die damaligen Verhältnisse, daß nach amtlichen Berichten das Mainzer Volk häufig den Preußen drohte, die „rothen Hosen" (d. h. die Franzosen) würden schon kommen und sie fortjagen.

[2] Die deutsche Nationalversammlung, S. 17.

Zitz'schen Entstellungen auf das richtige Maß zurückführte und den Vorschlag stellte, bei der Bundesversammlung einen theilweisen Wechsel der Mainzer Garnison und die Verlegung eines Bataillons hessischer Truppen nach Mainz, sowie die Reorganisirung der Bürgerwehr zu veranlassen. Es entspann sich eine lebhafte Debatte. Zitz lärmte gegen den ihm viel zu gemäßigten Antrag und erklärte das Vorgehen des preußischen Gouvernements für eine Verletzung der Civilisation, einen offenen Bruch des Völkerrechts, der Oesterreicher Schmerling stellte den Antrag, zur Tagesordnung überzugehen, Robert Blum trat gegen den Commissionsbericht auf und erklärte feierlich unter dem Bravo der Linken, daß hier nur die Wahl zwischen dem Abzuge des preußischen Militärs und der Auswanderung der Bürgerschaft vorliege. Ihm folgte Fürst Felix Lichnowsky, welcher hier zum ersten Male eine größere Rede hielt. Lebhafter Beifall von rechts, stürmische Unterbrechungen von links begleiteten seine Ausführungen, in welchen er schneidig für die Ehre des preußischen Heeres eintrat. Ihm schloß sich Welcker an, es folgten Heckscher, Beckerath, Wydenbrugk und viele Andere, bis endlich nach einem ermüdenden Vortrage des Abg. Nauwerk das Parlament der weiteren Reden überdrüssig die Abstimmung forderte. Auf Gagerns Antrag beschloß man, zur Tagesordnung überzugehen, jedoch „im Vertrauen, daß die zuständigen Behörden thun würden, was ihres Amtes sei“, eine völlig inhaltlose Phrase, welche nur dazu diente, die eigene Unentschlossenheit zu verhüllen. Die Minorität gab ihre Namen zu Protokoll.

Zu Beginn dieser Sitzung war noch ein weiterer Schritt geschehen, ein Schritt, welchen die Hoffnungen von Millionen des deutschen Volkes begrüßten. Auf Heckschers Antrag hatte das Haus einen Ausschuß für die deutsche Marine eingesetzt.

Diese Commission entfaltete, durch zahlreich einlaufende freiwillige Spenden des deutschen Volkes unterstützt, eine rege Thätigkeit. Man hatte ihr von Staatswegen 6 Millionen Thaler bewilligt, von welchen jedoch nur etwas über ein Drittel wirklich bezahlt wurde. Oesterreich weigerte sich, unter Berufung darauf, daß es seine eigene Kriegsflotte zum Schutze Deutschlands bereit halte, überhaupt Matricularbeiträge zu entrichten;

andere Staaten, wie Bayern und Sachsen, schoben die Sache hinaus; Preußen zahlte wenigstens die erste Rate. Das waren die Auspicien, unter welchen die Reichsflotte in das Leben trat.

Der folgende Tag brachte eine neue, wichtige und principielle Erörterung. Zur Berathung stand ein von Raveaux aus Köln gestellter Antrag, daß es den Deutschen und Preußen, welche zur Nationalversammlung nach Frankfurt und zur Reichsversammlung nach Berlin gewählt seien, freistehen solle, beide Wahlen anzunehmen. Nicht weniger als 21 Amendements waren von verschiedenen Seiten zu dem Antrage gestellt worden; der zur Prüfung des Raveaux'schen Antrages eingesetzte Ausschuß schlug vor, „daß alle Bestimmungen (einzelner) deutscher Verfassungen, welche nach Vollendung des allgemeinen Verfassungswerkes (durch die Paulskirche) mit diesem nicht übereinstimmten, abzuändern und mit der deutschen Verfassung in Einklang zu bringen seien". Manche Anträge der Linken gingen viel weiter; so verlangte Wesendonk, daß in den einzelnen Bundesstaaten überhaupt keine constituirenden Versammlungen stattfinden sollten. Der wichtigste Verbesserungsantrag jedoch war der von Werner, Duncker, Stedman und Genossen gestellte: „daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von der deutschen Nationalversammlung zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmten, nur nach Maßgabe des letzteren als gültig zu betrachten seien — ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet". Hinter diesem Antrage stand, wie sich bereits aus dem verschwommenen Stile erkennen läßt, die große Masse der Gemäßigten, das Centrum der Versammlung, soweit von Parteien überhaupt die Rede sein konnte. Die Rechte ihrerseits wollte im Vertrauen darauf, daß sich die Einzelstaaten ihrer Verfassungen zu Gunsten der Reichsverfassung selbst entschlagen würden, zur Tagesordnung übergehen.

An der langen und hitzigen Berathung, welche im Laufe des Nachmittags durch eine zweistündige Pause unterbrochen wurde, nahmen fast alle rednerischen Größen der Versammlung Theil. Von der Rechten sprach Graf Arnim-Boytzenburg und von Vincke, dessen von rücksichtsloser Kraft getragene Rede

tiefen Eindruck machte. „Sie haben keine Executivmacht“, rief er den Volksvertretern zu, „ich rede nicht von der physischen Macht, sondern von der moralischen. Diese liegt bloß in der Ueberzeugung. Wenn die Stimme der Mehrheit des Volkes nicht für Sie ist, so werden Sie schwach sein!“ Auch Welcker sprach in diesem Sinne, wenn er auch seinen Vortrag mit dem tiefen Ausspruch begann: „Wenn eine Gemeinschaft in Deutschland sein soll, so muß das Gemeinschaftliche gemeinschaftlich sein“, ferner Eisenmann. Weiterhin redeten Raveaux, Römer, Heckscher, Welcker, Werner, Stedman, Zachariä, Robert Blum. Der Grundgedanke war fast überall der einer Versöhnung gewesen. Man hatte die Empfindung, daß, wie Eisenmann es aussprach, ganz Deutschland auf diese Debatte schaute, und die meisten Redner hatten dringend zur Einigung gemahnt. Immer mehr stiegen die Aussichten, daß der Werner'sche Vermittelungsantrag den Sieg erringen werde. Es war bereits 3/48 Uhr, als die Debatte ihr Ende erreichte und die Abstimmung begann, welche zum Siege des Werner'schen Antrages führte[1].

---

[1] Der amtliche stenographische Bericht über die Abstimmung sei hier als Bild der damaligen Parlamentsverhandlungen abgedruckt:

„Präsident: Die Discussion ist geschlossen. (Unterbrechung.)

Mühlfeldt v. Wien (vom Platz aus): Herr Präsident, hängt der Beschluß der Versammlung. . . . (Unruhe.)

Präsident: Meine Herren, haben Sie doch die Güte, etwas in Ruhe die Sache vor sich gehen zu lassen! Herr Heckscher will noch eine Erklärung geben . . . ich weiß nicht, wozu sie dient.

Heckscher von Hamburg (neben der Tribüne stehend): Ein Wort zur Versöhnung, Herr Präsident! (Steigende Unruhe, viele Abgeordnete erheben sich von den Sitzen, steigende Spannung.)

Präsident: Ein Wort zur Versöhnung, zur Vereinigung, Herr Heckscher will eine Erklärung Namens der Siebener (es ist der Bericht des Ausschusses über den Raveaux'schen Antrag gemeint, welchen Heckscher, Beckerath, Römer, Schoder, Pfizer, Hermann und Vette unterzeichnet hatten) geben, ich glaube, sie führt zur Vereinigung. (Steigende Unruhe.)

Heckscher (an die Tribüne sich lehnend mit erhobener Rechten): Vereinigen Sie sich! (Die Unruhe läßt nach.)

Präsident: Ich frage also, ob wir die Erklärung des Herrn Heckscher nochmals hören wollen. (Ja! ja! nein! ja!) Diejenigen, die das wollen, bitte ich aufzustehen. (Es erhebt sich eine große Mehrheit.)

Dies war am 27. Mai, von welchem Laube in seiner Parlamentsgeschichte in dunkler Wendung sagt: „Es ist Poesie eines Volkes, sich mit Opfern zu einer Nation zu erheben".

An diese Debatten schloß sich die erste eigentliche That der Versammlung, eine der wenigen Thaten, welche sie überhaupt ausführte, die Schaffung einer Centralgewalt.

Daß eine solche nothwendig sei, daß eine Versammlung von einem halben Tausend Reichsboten wohl für Deutschland berathen, aber nicht handeln könne, lag klar zu Tage; es frug sich nur, wer die Centralgewalt schaffen und woher sie genommen werden solle. Die äußerste Rechte wie die extremste

---

Heckscher: Meine Herren! Es sind im Laufe des Nachmittags viele Angriffe auf mich geschehen (Nein, nein!), ich will nichts darauf antworten. (Unruhe, welche allmählich sich verstärkt und Bravorufen auf der Linken.) Aber mein Gott, zwei Worte werde ich doch sagen können (Eine Stimme in der Nähe der Tribüne: Sie haben nicht das Wort!) Ich habe das Wort allerdings und werde es gebrauchen (Unruhe).

Präsident: Herr Heckscher hat das Wort!

Heckscher führt aus, daß der Ausschuß bereit sei, seinen Antrag fallen zu lassen und dem Werner'schen Amendement zuzustimmen.

Stimmen von allen Seiten: Ich schließe mich an ... Zur Abstimmung!

Präsident: Meine Herren, wenn Sie mich noch länger unterbrechen, wird die Zeit so vorrücken, daß wir am Ende noch Lichter müssen anzünden lassen. (Venedey und v. Beckerath bitten um das Wort. — Große Unruhe.) Herr v. Beckerath will das bestätigen, was Herr Heckscher bemerkt hat.

v. Beckerath von Crefeld: Nur eine Erklärung, die zu größerer Einigung führen wird. Ich bestätige auch für meinen Theil, was Herr Heckscher gesagt hat, ich bestätige es, weil mehrere Redner den Sinn des Werner'schen Antrages dahin interpretirt haben, daß ... (Viele Stimmen: Bravo!) daß dadurch der Weg der Verständigung nicht ausgeschlossen ist, ich bestätige es, weil es auch mir am Herzen liegt, daß der gewichtige Ausspruch der Versammlung ein möglichst einstimmiger sei. (Donnerndes Bravorufen von allen Seiten und von den Galerieen ... — große Spannung.)

v. Mühlfeldt von Wien: Erlauben Sie, Herr Präsident, wenn die Versammlung — (Steigende Unruhe und Spannung —. Viele Stimmen: Zur Abstimmung!)

Präsident: Ich glaube, daß bei solchem Lärmen weder die Versammlung gefördert noch die Ordnung gehandhabt werden kann. (Die Unruhe legt sich.) Der Präsident stellt die Reihenfolge fest, nach welcher

Linke der Paulskirche hatten hierüber eine von ihrem Standpunkte durchaus folgerichtige Auffassung. Nach der Ansicht der Conservativen stand die ausübende Macht bei den Regierungen, welchen die Paulskirche bloß als berathendes Organ diente. Mithin mußten die Fürsten die Centralgewalt schaffen. Umgekehrt hielten die Revolutionäre das Parlament für souverän und verlangten ein aus der Mitte der Versammlung zu entnehmendes Executivcomité, eine Art von Wohlfahrtsausschuß, welcher nur dem Parlamente Rechenschaft schuldig sein solle.

Zwischen diesen beiden, an Zahl geringen Gruppen wogten die großen Schaaren der Gemäßigten und Halben, welchen das beliebte Schlagwort der Vermittelung der letzte Anhaltspunkt war. Die Centralgewalt sollte zwischen Regierungen und Parlament vereinbart werden, wobei aber immer noch die Frage offen blieb, ob die Regierungen diese Centralgewalt ernennen und die Versammlung sie bestätigen solle oder umgekehrt. Was eigentlich die Centralgewalt sein solle, stand ebensowenig fest. In der rechten Hälfte der Vermittelung Suchenden neigte man sich zu einem Triumvirat, in dem Preußen, Oesterreich und die übrigen Staaten je einen Vertreter haben sollten, war aber auch dem Gedanken eines Kaiserthums nicht abgeneigt. Die mehr nach links Stehenden waren mehr gesonnen, nur eine einzige Persönlichkeit mit der Würde der Centralgewalt zu bekleiden, ob einen Prinzen, ob einen minder hochgeborenen Sterblichen, blieb unbestimmt.

---

die Anträge zur Berathung kommen sollen. Der Antrag, zur Tagesordnung überzugehen, wird verworfen. (Anhaltendes Bravo und Acclamation in der Versammlung und auf den Galerieen.) Es folgt der Werner'sche Antrag, welchen der Vicepräsident v. Soiron verliest.

Präsident: Diejenigen, welche wollen, daß die Nationalversammlung diese Erklärung, wie sie soeben verlesen worden ist, abgebe — (Einige Stimmen: Beschluß!) Was wollen Sie? — ich sage nochmals: Diejenigen, welche wollen, daß die Nationalversammlung diese im Werner'schen Antrage ausgedrückte Erklärung abgeben soll, bitte ich aufzustehen. (Die Versammlung erhebt sich mit einer an Einhelligkeit grenzenden Majorität. Soweit es zu übersehen, verbleiben nur 7 bis 9 Abgeordnete auf den Sitzen. Anhaltendes Bravo, Hoch- und Hurrahrufen und Händeklatschen in der Versammlung und auf den überfüllten Galerieen.)

Dieser Streit zwischen „Trias“ und „Monas“ dauerte während der ganzen ersten Hälfte des Juni in der zur Berathung der Frage am 3. Juni eingesetzten Commission von 15 Mitglieder fort und zeigte, wenn es überhaupt noch eines Beweises bedurfte, den politischen Dilettantismus der Versammlung, welche ohne Berücksichtigung der realen Verhältnisse die so zerfahrene und verworrene Frage der deutschen Einigung durch theoretische Grübeleien zu lösen hoffte.

Die Verhandlungen, welche die Nationalversammlung in der Zeit vom 5. bis zum 19. Juni führten, hatten größtentheils keinen unmittelbaren Erfolg. Man berieth über die Einsetzung einer deutschen Volkswehr, beschloß, die beiden Abgeordneten für Limburg zuzulassen, und verhandelte wiederum über die Posener Frage. Am 9. Juni wurden die schleswig-holstein'schen Angelegenheiten in langer Debatte berathen und am Schlusse in namentlicher Abstimmung mit 275 gegen 200 Stimmen verneint, daß die Genehmigung des mit Dänemark abzuschließenden Friedensvertrages der Nationalversammlung vorbehalten bleiben solle. Mit diesem Rückzuge hatte die Paulskirche den ersten Schritt auf dem traurigen Wege gethan, welcher sie in Kurzem bis zu dem Septemberaufstand führen sollte. Bezeichnend genug war es, daß bei Beginn der namentlichen Abstimmung eine ganze Anzahl von Abgeordneten sich anschickte, den Saal zu verlassen und erst durch vielfache Aufforderungen zum Dableiben von diesem diplomatischen Vorhaben abgebracht wurde.

Damit war die Entscheidung über die ganze schleswig-holstein'sche Frage dem Ermessen Preußens überantwortet. Allerdings hatte man zuvor mit großer Mehrheit einen Antrag des Professors Waitz angenommen, welcher wie folgt lautet: „Die deutsche Nationalversammlung erklärt, daß die Schleswig'sche Sache, als eine Angelegenheit der deutschen Nation, zu dem Bereiche ihrer Wirksamkeit gehört, und verlangt, daß energische Maßregeln getroffen werden, um den Krieg zu Ende zu führen; daß aber bei dem Abschlusse des Friedens das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein und die Ehre Deutschlands gewahrt werde“.

Die Gründung der deutschen Flotte beschäftigte um diese Zeit ebenfalls das Parlament. Als Berichterstatter des Marineausschusses hielt v. Radowitz, der damit zum ersten Male vor der Versammlung erschien, einen Vortrag. „Indem wir aussprechen": sagte er, „«Es entsteht eine deutsche Flotte!» und es durch Handlungen zeigen, haben wir ein Zeugnis abgelegt von der Einheit Deutschlands, das in die fernsten Zonen sich fortträgt. (Bravo!) Das erste deutsche Kriegsschiff, das erscheint und sich vor die Mündung des Rio de la Plata legt, zeigt den dortigen zahlreichen Deutschen, daß sie nicht mehr von der Willkür eines Tyrannen ausschließlich abhängen, sondern daß hinter ihnen ein Volk von 40 Millionen steht". (Andauerndes Bravo.) Am 14. Juni wurde die Frage weiter erörtert und nahezu einstimmig beschlossen, die Bundesversammlung zu veranlassen, die Summe von 6 Millionen Thalern, für deren Verwendung die zu schaffende Centralgewalt verantwortlich sein würde, verfügbar zu machen. Schon jetzt war abzusehen, daß die Gründung einer deutschen Seemacht auf große Schwierigkeiten stoßen müsse. In der ganzen Versammlung befand sich kein Marineoffizier und nur sehr wenige mit dem Seewesen vertraute Persönlichkeiten aus den Hansastädten; allein dies hielt das Parlament nicht ab, sich mit allen technischen Einzelheiten der geplanten Flottengründung, mit Erörterungen über die Größe der Schiffe, das Kaliber der Geschütze, die Art der Explosionsgeschosse, die Zahl der Pferdekräfte, die Form der Segel u. s. w. — und zwar meist, es muß dies gesagt werden, mit der größten Unkenntniß — zu befassen. Das Ausland, vornehmlich England, hielt schon jetzt mit seinem Spotte nicht zurück![1]

In der Sitzung des 19. Juni begann endlich die lange erwartete Debatte über die Schaffung einer Centralgewalt. Vorgeschlagen war in dem von Dahlmann verfaßten Berichte der Commission die „Trias"; ein Bundesdirectorium, aus drei Männern bestehend, welche von den deutschen Regierungen bezeichnet und nach Zustimmung der Nationalversammlung ernannt

[1] So brachte der Londoner „Punch" einen Schmähartikel mit den Worten: «Where is Bedlam? at St. Paul's. Francfort.»

werden sollten. Als Aufgaben dieses Landesdirectoriums erwähnte der Bericht die Ausübung der vollziehenden Gewalt in allen die Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffenden Angelegenheiten, die Oberleitung des Bundesheeres und Ernennung des Oberfeldherrn, die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und Ernennung von Gesandten und Consuln. Ueber Krieg und Frieden und Verträge mit auswärtigen Mächten sollte das Directorium nach Absatz 4 des Entwurfs im Einverständnisse mit der Nationalversammlung entscheiden, das Triumvirat sollte sich mit einem verantwortlichen Ministerium umgeben, dessen Mitglieder an den Berathungen der Paulskirche theilnehmen, jedoch nur in ihrer etwaigen Eigenschaft als Abgeordnete stimmen dürften. Einfluß auf die Errichtung des Verfassungswerkes war den Bundesdirectoren, welche nicht aus der Versammlung genommen werden konnten, versagt und ihre Amtsdauer auf die Zeit bis zur Vollendung der Constitution beschränkt. Wie sehr dieser „staatsmännische" Entwurf nach der Lampe roch, braucht heutzutage kaum mehr ausgeführt zu werden. Jedem muß es einleuchten, daß in der Mitte eines solchen, aus einem preußischen, einem österreichischen und vielleicht einem bayerischen Prinzen — man dachte auch an den jetzigen Herzog von Coburg — zusammengesetzten Directoriums in Kurzem die Jahrhunderte alte Rivalität zwischen Habsburg und Hohenzollern emporlodern und unter völliger Nichtachtung der Paulskirchenredner zum offenen Kampfe führen mußte.

Sechszehn weitere Anträge waren aus dem Schooße der Versammlung gestellt, darunter wohl als der complicirteste der Vorschlag des Exministers von Lindenau, wonach das Bundesdirectorium aus 3 von Oesterreich, Preußen und den übrigen Staaten, 3 aus der Mitte der Nationalversammlung selbst erwählten Männern und einem gleichfalls vom Parlamente als Präsidenten einzusetzenden, nicht souveränen Mitgliede eines deutschen Fürstenhauses bestehen sollte. Andere Anträge verlangten entweder die Einsetzung eines einzigen „Reichsstatthalters" u. s. w. oder eines aus der Versammlung zu erwählenden Vollziehungsausschusses. Vielfach wurde auch die sofortige Auflösung der Bundesversammlung gefordert.

Nachdem zunächst Dahlmann für seinen Bericht gesprochen, und Heckscher in langer Rede sich gegen einzelne Punkte des Entwurfs gewandt, tobte der Wiener Demokrat Wiesner unter dem Jubel der Linken und der Galerieen gegen die um sich greifende Reaction. Einige geringere Redner folgten, alsdann betrat der Mann die Tribüne, welcher unzweifelhaft der bedeutendste Geist der Versammlung war. Man hatte den Abgeordneten für Rüthen, General von Radowitz, erst in einer Frage, als Berichterstatter des Marineausschusses, sprechen hören, allein nichtsdestoweniger verbreitete sich tiefes Schweigen in dem Augenblicke, da der Führer der Rechten das Wort ergriff. Die Versammlung fürchtete sich vor ihm[1], so seltsam es klingt; sie betrachtete den preußischen Offizier und Diplomaten als ein Räthsel, dessen Lösung noch Keinem gelungen.

Radowitz sprach nicht lange. In kurzen knappen Sätzen entwickelte er, einmal heftig von der Linken unterbrochen, die Ansicht, daß die Ernennung der provisorischen Centralgewalt

---

[1] „Wer hat nicht unwillkürlich den Namen Cagliostro ausgerufen", schreibt Laube (I, 259): „wenn dieser Mann mit den stechenden dunkelbraunen Augen auf der Rednerbühne der Paulskirche erschien und durch sein bloßes Erscheinen die lärmende Unruhe des Hauses urplötzlich verwandelte in lautlose Stille, in allgemeine Spannung? Die frivolsten Menschen sogar auf der Linken wurden sofort still und ernsthaft, als ob ein Zauberer, wenn auch ein widerwärtiger, einen magnetischen Strahl über sie hinschnellte unter den schwarzen Augenbrauen hervor!"

„Staunenswerth", berichtet Biedermann (Erinnerungen aus der Paulskirche, S. 176) „war die fast zauberhafte Gewalt, welche sein (Radowitz') Talent und seine Persönlichkeit, so oft er auftrat, auf die Versammlung übten."

Selbst Rogge, dessen ätzender Spott sonst keinen verschont, schreibt (Parlamentarische Größen I, 77 f.): „Wohl wird sich noch manche Dame und selbst manch ein kräftiger Mann des kalten Schauers erinnern, der sie befiel, sobald der Abgeordnete für Rüthen in der Paulskirche das Wort ergriff. Langsam erhob sich die große muskulöse Gestalt von der Bank, wo er, in wohlberechneter Theilnahmslosigkeit, entweder mit übereinandergeschlagenen Armen sich hingestreckt oder mit Briefschreiben beschäftigt hatte. Gemessenen Schrittes betrat er die Tribüne, streckte in kerzengerader Stellung die Arme vor sich nach der Brüstung aus und sprach in dieser Position über die wichtigsten Fragen, ohne daß je die leichteste Gestikulation, das leiseste Zucken der Muskeln, die geringste Modulation

Sache der einzelnen Regierungen sein müsse. Mit dem Hinblicke darauf, daß sonst das begonnene Verfassungswerk in die république une et indivisible überzugehen drohe, schloß Radowitz unter anhaltendem Bravo der Versammlung und Pfeifen der Galerieen seine Rede.

Einen ähnlichen Erfolg errang an diesem Tage nur noch Bassermann, welcher der Versammlung einige derbe Wahrheiten sagte und die zahlreichen Blößen des mühsam vom Ausschusse ausgeklügelten Verfassungsentwurfes enthüllte. Den Beschluß des Redeturniers machte an diesem Tage Dunker. Er beschwor die Versammlung, ihre Entscheidung „weise, umsichtig, staatsmännisch" zu fassen.

Die Fortsetzung der Debatte am nächsten Tage brachte einen merkwürdigen Vorfall, welcher die politische Umsicht der Paulskirche auf das Grellste beleuchtete. Der Abgeordnete Braun von Cöslin schlug ein Amendement vor, wobei sich nach dem stenographischen Berichte die folgende Scene entspann:

Braun von Cöslin: „Das Amendement lautet: Bis zur definitiven Begründung einer obersten Regierungsgewalt für Deutschland werde die Ausübung derselben in allen gemeinsamen Angelegenheiten der Krone Preußen übertragen". (Stürmische Heiterkeit in der Versammlung.)

---

der Stimme im Mindesten den Sturm andeutete, der nach der Voraussetzung des Auditoriums die Brust eines «Staatsmannes» in solchen Augenblicken durchwühlen mußte. — Er stand da, weder Liebe noch Haß erweckend, bloß wie ein unerforschlicher Abgrund."

Ebenso Wichmann (Denkwürdigkeiten, S. 73): „Lautlose Stille trat ein, wenn er nur die Tribüne beschritt, mochte die Stimmung auch noch so erregt sein".

Auch der Verfasser der „Brustbilder aus der Paulskirche" spricht wiederholt (S. 99 u. a.) von dem „unheimlichen Grauen", das v. Radowitz der Versammlung einflößte. Sehr bemerkenswerth ist es auch, daß die Carricaturen, welche in Masse über alle irgendwie hervorragenden Persönlichkeiten des Jahres 1848 verbreitet wurden, zwei Männern, v. Radowitz und v. Bismarck, gegenüber ihre Macht verloren. Radowitz erscheint stets auf solchen Bildern als unheimlicher Gespensterbeschwörer oder Zauberer, in langen, wallenden Gewändern, Bismarck, dessen Bildnisse erst 1849 auftauchten, häufig als ein von Kopf bis zu Fuß in Erz gewappneter Ritter.

Präsident: „Meine Herren, lassen Sie doch Jeden seine Meinung aussprechen".

Eine Stimme (vom Platze): „Der Redner auf der Tribüne lacht ja selbst mit".

Kaum konnte Braun unter fortwährenden Schlußrufen der Versammlung seinen Antrag motiviren, und als derselbe unterstützt werden sollte, fanden sich nicht einmal die nöthigen 20 Stimmen. Der nächste Sprecher, Reh aus Darmstadt, leitete seine Ausführungen mit der mitleidigen Bemerkung ein, daß er auf die Rede des Abgeordneten aus Hinterpommern nichts zu erwidern habe. Das war die politische Weisheit der Versammlung, welche noch nicht ein Jahr später freiwillig dem König von Preußen das erbliche Kaiserthum antrug!

Im Uebrigen gehörte dieser Tag wesentlich den Rednern der Linken. Robert Blum beantragte die Schaffung eines Vollziehungsausschusses und gab sich die ersichtlichste Mühe, das Parlament mit sich fortzureißen. Allein seine Phrasen vom „brechenden Himmelsauge der Freiheit" und Aehnlichem, welche in der Volksversammlung ihre Wirkung nicht verfehlten, machten auf die ihm an Wissen und Bildung meist weit überlegenen Zuhörer der Paulskirche keinen Eindruck, und sein Erfolg war ein schwacher, wenn auch die Linke stürmisches Bravo schrie. Zwei andere radical Gesinnte, Simon von Trier und v. Trützschler, unterstützten den Leipziger Volksmann, während für die Trias v. Beckerath und in einer endlosen Rede Welcker eintraten.

Am dritten Tage schien die Stimmung wieder für die Einzelherrschaft umzuschlagen. Eine Anzahl Mitglieder des Centrums stellte durch den Schwaben Schoder den Antrag, es möge „ein Präsident" von den deutschen Regierungen der Nationalversammlung zur Genehmigung bezeichnet werden. Für die Souveränität des Volkes sprach Wilhelm Jordan aus Berlin; v. Vincke trat ihm in einer gewandten, vielfach von Zwischenrufen unterbrochenen Rede entgegen, in deren Verlauf er sich durch die Aeußerung, er glaube nicht sowohl in der Paulskirche als auf der Bühne während einer Aufführung des „Freischütz" zu sein, einen Ordnungsruf des Präsidenten zuzog. Sein An-

trag ging dahin, daß ein Bundesdirector von den Regierungen ernannt werden solle.

Drei Tage hatte man so bereits debattirt und noch waren, obwohl bereits 45 Redner aufgetreten, noch über hundertundvierzig Namen eingeschrieben, noch war kein Ende der Verhandlung abzusehen. Eine allgemeine Ermüdung bemächtigte sich der Versammlung, so daß der vierte Tag, der 22. Juni, zudem ein hoher katholischer Feiertag, ziemlich still verlief. Die Hauptreden hielten der Münchener Professor v. Lassaulx, der Weimar'sche Staatsminister v. Wydenbrugk und der Kölner Venedey. Man sah ein, daß es auf diese Weise nicht weiter gehen könne und trat einem von Ruge angeregten Vorschlage bei, wonach von nun ab die Redner im Namen ihrer Parteien, d. h. der zu bestimmten Anträgen vereinten Gruppen sprechen sollten.

So prallten denn am fünften Tage mit erneuter Heftigkeit die Geister zusammen. Die Linke hatte Zitz und Ruge entsandt, welch letzterer mit einer thatsächlich glänzenden Rede einen solchen Erfolg errang, daß selbst der amtliche Bericht ihn mit den Worten: „Anhaltendes Bravorufen von der ganzen Versammlung, rauschender Beifall von den Galerieen" kennzeichnet. Von der Rechten trat Radowitz für die Vincke'schen Vorschläge ein, Moritz Mohl wünschte die Wahl eines Präsidenten durch die Nationalversammlung, v. Saucken, Wippermann, Waitz, Edel und viele Andere sprachen über die schwebende Frage, welche sich nunmehr endgültig zu der von der rechten Mitte der Versammlung vertretenen Wahl eines Bundesdirectors durch die Regierungen neigte.

Sonnabend der 24. Juni, der sechste Tag der Debatte brach an und es schien kaum mehr möglich, dem so vielfach behandelten Gegenstande eine neue Seite abzugewinnen. Wohl schlugen sich Robert Blum, Fürst Lichnowsky, Carl Vogt, Raveaux und der Badenser Mathy herum, wobei Raveaux es zu Wege brachte, daß die Versammlung, welcher die französische Nationalversammlung am 24. Mai eine brüderliche Begrüßung votirt hatte, sich zum Zeichen, daß sie eine Nation sei, unter stürmischem Beifallsruf von den Sitzen erhob; allein Jeder im Hause fühlte, daß die Entscheidung von einer anderen Seite kommen müsse.

Der Präsidentenstuhl, auf welchem man Gagerns stattliche Erscheinung zu erblicken gewohnt war, war von Soiron eingenommen, ein sicheres Zeichen, daß der Vorsitzende des Parlamentes, was er bisher noch nie gethan, persönlich in die Debatte einzugreifen beabsichtigte. Tiefe Stille herrschte, als Heinrich von Gagern gegen zwei Uhr Nachmittags die Tribüne bestieg, um die denkwürdigste aller Reden der Paulskirche zu halten. Nachdem er zunächst die Competenz der zu schaffenden Gewalt auf dem Wege einer kritischen Betrachtung der vorliegenden Verfassungsentwürfe erörtert, ging er zu dem wesentlichsten, nach Form und Inhalt völlig unerwarteten Theil seiner Rede über. „Wer soll die Centralgewalt schaffen? — Meine Herren, ich habe diese Frage von dem Standpunkt des Rechts und von dem Standpunkte der Zweckmäßigkeit vielfach beurtheilen hören; ich würde es bedauern, wenn es als ein Princip gälte, daß die Regierungen in dieser Sache gar nichts sollten zu sagen haben; aber vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit ist meine Ansicht bei weiterer Ueberlegung wesentlich eine andere als die der Majorität im Ausschusse, selbst eine andere als die im Schoder'schen Amendement entwickelte. Meine Herren! — ich thue einen kühnen Griff und ich sage Ihnen: Wir müssen die provisorische Centralgewalt selbst schaffen!" — . . (Lang anhaltender, stürmischer Jubelruf.) Unter athemloser Spannung der Versammlung fuhr Gagern fort. Nach seiner Ansicht überhob man die Regierungen einer Verlegenheit, indem man, im Vertrauen auf ihre nachträgliche Zustimmung und in der Absicht, möglichst Zeit zu gewinnen, zu der Wahl der Centralgewalt schritt, welche sich in einem Manne, dem Reichsverweser, verkörpern sollte. Ein Privatmann allerdings konnte ein solches Amt nicht übernehmen, sondern nur eine Persönlichkeit der höchsten Sphäre.

„Darin wird keine Abdankung unseres Princips (der nationalen Souveränität) gefunden werden können", fuhr Gagern fort, „wenn etwa meine Meinung, wie sie es wirklich ist, die sein sollte, daß die hochstehende Person ein Fürst sein müsse,

[1] Stenographischer Bericht, I, S. 521, Sp. 2.

was auch Sie (die Linke) einräumen können, nicht weil es, sondern obgleich es ein Fürst ist. (Allgemeines, wiederholtes Bravorufen und Händeklatschen in der Versammlung und auf den Galerieen.) Meine Herren! (zur ganzen Versammlung) Es ist Ihnen vorhin viel Schlimmes gesagt worden von den Fürsten; ich habe diesen Haß gegen die Fürsten nicht mit auferzogen und die Liebe zu den Menschen war mir immer näher! (Auf der Rechten lebhaftes Bravorufen.) Aber, meine Herren, einen Haß gegen ganze Generationen zu tragen, ohne die Personen zu bezeichnen, die etwa des Hasses werth sein könnten, das ist nicht großmüthig. (Auf der Rechten und auf der Galerie vielfaches, anhaltendes Bravo.) — Einigen wir uns, soweit Einigung möglich! — — Wir stellen nicht die Freiheit bloß, und wir schaffen die Einheit unseres Volkes und Vaterlandes, nach der wir schon so lange uns sehnten!" — (Stürmischer, lange andauernder Beifall von allen Seiten der Versammlung und von den Galerieen.)"

Der große Wurf war geschehen; verstoßen und vergessen lag Alles, was man seit einer Woche berathen, am Boden. „Neue Wellen gingen über alle bereits trocken gelegten Punkte und brausend erregt wogte die in ihren Grundfesten bewegte Versammlung."[1] Noch versuchte Dahlmann in langer Rede seine trockene Weisheit zu entwickeln, allein die Versammlung war zu aufgeregt, um sich auf weitere Debatten einzulassen. Kurz nach drei Uhr wurde die Sitzung aufgehoben.

Am Montag den 26. Juni sollte die Abstimmung erfolgen; doch zeigte es sich bald, daß es eine schwierige Aufgabe sein würde, sich aus der Fluth der zahllosen Anträge und Amendements herauszuwinden. Endlose Debatten über die Geschäftsordnung erfüllten die Sitzung, welche der allgemeinen Erregung der Geister wegen nach zwei Uhr unterbrochen werden mußte. Gegen fünf Uhr begann die Berathung auf das Neue, allein bald erregte der streitsüchtige Heckscher durch eine scharfe Aeußerung einen so unerhörten Tumult[2], daß eine abermalige Ver-

[1] Laube, I, 328.

[2] Der stenographische Bericht verzeichnet wiederholt „furchtbaren Lärm", „Stampfen mit den Füßen" u. dgl. m.

tagung von einer halben Stunde eintreten, und, als auch dann der Lärm fortdauerte, die Sitzung aufgehoben werden mußte.

Am Dienstag hatte man sich so weit beruhigt, daß die Abstimmung, allerdings durch häufigen Lärm unterbrochen, ihren Anfang nehmen konnte, und am 28. Juni, dem Mittwoch, vereinbarte man dann endlich mit 450 gegen 100 Stimmen das „Gesetz über Einführung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland". Diese Behörde sollte bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland in allen die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Reiches betreffenden Angelegenheiten die vollziehende Gewalt ausüben, die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht übernehmen, den Oberbefehlshaber derselben ernennen und die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands wahren. Von der Theilnahme an der Errichtung des Verfassungswerkes blieb die Centralgewalt ausgeschlossen, über Krieg und Frieden sollte sie im Einverständnisse mit der Nationalversammlung beschließen. „Die provisorische Centralgewalt", lauten die wichtigen, nun folgenden 5., 6. und 7., „wird einem Reichsverweser übertragen, welcher von der Nationalversammlung frei gewählt wird. Der Reichsverweser übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen desselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers. Der Reichsverweser ist unverantwortlich." Die Minister hatten als solche Theilnahme, aber nicht Stimme bei den Berathungen der Nationalversammlung; der Reichsverweser durfte nicht zugleich Abgeordneter sein. Der Bundestag sollte sich sofort nach Eintritt der Wirksamkeit der Centralgewalt auflösen, und diese letztere sofort nach Vollendung des deutschen Verfassungswerkes ihre Thätigkeit einstellen.

Am nächsten Tage, dem 29. Juni, fand um 12 Uhr Mittags in den fünfzehn Abtheilungen des Parlamentes die Wahl des Reichsverwesers statt. Ueber den Ausgang war man nicht zweifelhaft. Erzherzog Johann von Oesterreich galt von vornherein allen Denen, welche einen deutschen Fürsten als unver-

antwortliche Centralgewalt einzusetzen gedachten, für die geeignetste Persönlichkeit. Er war populär vor Allem durch zwei Dinge; einmal jenes bekannten Toastes: „Kein Oesterreich, kein Preußen, ein großes einiges Deutschland!“ wegen, welchen er 1842 bei dem rheinischen Bankette Friedrich Wilhelms IV. ausgesprochen haben soll, aber aller Wahrscheinlichkeit nach, in dieser Fassung wenigstens, niemals ausgesprochen hat, und ferner durch seine Heirath mit einem Mädchen „aus dem Volke“, der Tochter eines Postmeisters und nachmaligen Gräfin von Meran. Eine geistig bedeutende Persönlichkeit war der schon betagte Prinz gewiß nicht, allein gerade die Einfachheit und Schlichtheit seines Wesens gereichte ihm hier zur Empfehlung. „Eine schmale Mittelfigur“, schildert ihn ein Zeitgenosse, „die ganz anspruchslos und am liebsten im bürgerlichen Kleide einherschreitet. Ohne Prunk bleibt er stehen, wo er Jemand was sagen, wo ihm Jemand was sagen will. Und was er sagt, ist der natürlichste Ausdruck dessen, was die Umgebung, was der Augenblick darbietet. Er ist anspruchslos, ist gesund. Auch wenn er öffentlich sprechen muß, er nimmt keinen Anlauf, er sucht keine künstlichen Wege, er sagt kurz und bündig, was er sagen will.“

So war der Mann beschaffen, welchen am 29. Juni 436 von 548 Abgeordneten zum Reichsverweser erkoren. 52 hatten für Heinrich von Gagern, 32 für den Badenser Demokraten Adam von Itzstein gestimmt, 27 endlich erklärten, keinen „Unverantwortlichen“ wählen zu wollen. Gagern verkündete das Ergebniß der Wahl und proclamirte feierlich Johann Erzherzog von Oesterreich zum Reichsverweser über Deutschland. Unter dreimaligem Hoche erhoben sich die Abgeordneten und die Zuhörer auf den Galerieen. Die Kanonen donnerten, die Glocken läuteten, und Gagern fuhr fort: „Er bewahre seine alle Zeit bewiesene Liebe zu unserem großen Vaterlande, er sei der Gründer unserer Einheit, der Bewahrer unserer Volksfreiheit, der Wiederhersteller von Ordnung und Vertrauen. Nochmals, Erzherzog Johann, der Reichsverweser, er lebe hoch!“

Eine Abordnung von sieben Reichsboten, der Frankfurter Jucho, der Oesterreicher von Andrian, der Ostpreuße von Saucken, der Rheinländer Raveaux, der Schleswiger Francke, der Bayer

von Rothenhan und der Hamburger Heckscher, begab sich nach Wien zu dem Erzherzoge, welcher als Vertreter des Kaisers in der österreichischen Hauptstadt weilte und überbrachte, wie schon früher berichtet, die Mittheilung der Frankfurter Wahl. Erzherzog Johann nahm dieselbe an, woran auch Niemand gezweifelt hatte, und traf am Abend des 11. Juli, von dem stürmischen Jubel einer ungeheuren Volksmenge umwogt, in der alten Reichsstadt ein. Am folgenden Tage holte der Vicepräsident von Soiron mit fünfzig Abgeordneten den Reichsverweser von dessen Absteigequartier an der Zeil ab und führte ihn in feierlichem Zuge unter Glockengeläute und Kanonendonner durch die festlich geschmückten, von der Frankfurter Bürgerwehr eingesäumten Straßen nach der Paulskirche, an deren Eingang Gagern den zu Fuße gehenden und bürgerlich gekleideten Erzherzog empfing und in die Versammlung geleitete.

Nachdem hier nochmals das Gesetz über die Schaffung der Centralgewalt verlesen worden war, ergriff unter lautloser Stille des Hauses der Reichsverweser das Wort. Er dankte für das ihm bewiesene Vertrauen, versprach, die verlesenen Verfassungsbestimmungen halten zu wollen und schloß dann mit den Worten: „Ich erkläre zugleich, daß ich mich diesem Amte ungetheilt widmen und ungesäumt Se. Majestät den Kaiser ersuchen werde, mich nach der von mir bereits zugesicherten Eröffnung des Reichstages von der weiteren Stellvertretung in Wien zu entheben. (Lang anhaltendes, donnerndes Bravo und Lebehoch von Seiten der Versammlung und der Galerieen.) Auf der Welt (zum Präsidenten gewandt und ihm die Hand reichend) darf man nichts halb thun; hat man einen Entschluß gefaßt, so muß man sich dem ganz widmen, wozu man berufen ist, nämlich der deutschen Nation!“ (Anhaltendes und stürmisches Bravo.)

An die Spitze des Reichsministeriums, mit dessen Bildung alsbald begonnen wurde, trat, nachdem sich die Unterhandlungen mit dem preußischen Exminister Camphausen zerschlagen, Fürst Karl von Leiningen, ein im besten Mannesalter stehender süddeutscher Magnat, dessen bisherige politische Thätigkeit sich wesentlich auf ein entschiedenes Eintreten für die deutsche Centralgewalt beschränkt hatte.

Das Portefeuille des Aeußeren übernahm Heckscher, nachdem er die Verwaltung der Justiz in Kurzem niedergelegt hatte. Leicht war seine Stellung keineswegs. Denn fast das ganze Ausland blickte mit unverhohlenem Mißtrauen auf diese neue Schöpfung einer deutschen Centralgewalt. Vollkommen anerkannt wurde, wie sich bald ergab, die letztere nur von den Vereinigten Staaten, Holland, Belgien und Skandinavien, England und namentlich Frankreich[1] verhielten sich sehr zurückhaltend, und Rußland und Dänemark nahmen von der Schöpfung der Paulskirche überhaupt keine Kenntniß.

Das Innere erhielt der gewandte Oesterreicher von Schmerling, welcher anfangs auch das Portefeuille des Aeußeren innegehabt hatte. Ein Landsmann, von Würth, stand ihm zur Seite.

Der Posten eines Reichskriegsministers fiel dem preußischen General von Peucker zu, welcher in dieser peinlichen Stellung große Hingabe und rege Arbeitskraft entwickelte. Von einer thatsächlichen Leitung der einzelnen deutschen Bundescontingente konnte allerdings, bei der später näher zu schildernden Lage der Dinge, nicht die Rede sein.

Die Justiz übernahm, nach Heckschers Rücktritt von dieser Stellung, Robert von Mohl, das Ministerium des Handels der Bremer Senator Duckwitz, das Finanzministerium Hermann von Beckerath. Endlich gehörten noch die Unterstaatssecretäre Bassermann, Widenmann, Pallati, Mathy, Max von Gagern, der Bruder des Präsidenten der Paulskirche und des bei Kandern gefallenen Generals, und von Biegeleben dem Reichsministerium an.

Die endgültige Zusammenstellung des Ministeriums geschah erst in der ersten Hälfte des August. Denn schon am 15. Juli

[1] In Paris waren gleichzeitig v. Raumer, der berühmte Historiker, als Frankfurter Gesandte und daneben v. Willisen als Vertreter Preußens. „Die Franzosen interessirten sich nun offenbar mehr für das unoffizielle Organ einer realen Macht als für das offizielle Organ einer idealen Macht. Dazu war Raumer selbst ein Preuße und sie gaben sich keine besondere Mühe, den feinen Unterschied zwischen einem deutschen Preußen und einem preußischen Deutschen zu ermitteln.“ (Laube, II, 72.)

hatte der Reichsverweser, nachdem er einen Aufruf an das deutsche Volk erlassen, in Begleitung Heckschers nach Wien abreisen müssen, um in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Kaisers der dort täglich wachsenden Anarchie entgegenzutreten, und erst am 3. August kehrte er nach Frankfurt zurück.

Für die Bundesversammlung in der Eschenheimer Gasse war die Schaffung der Centralgewalt die willkommene Erlösung aus der schweren Agonie, in welcher sie sich seit dem März befand. Die Vertrauensmänner waren schon am 5. Juni auseinandergegangen. Und am 12. Juli erklärte der Bundespräsidialgesandte Schmerling, daß nunmehr der Erzherzog Johann die hohe Würde eines Regenten Deutschlands antrete, die Bundesversammlung ihre bisherige Thätigkeit als beendet ansehe und Namens der Regierungen, deren Mitwirkung sie verheiße, die Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen in die Hände der provisorischen Gewalt lege. So hatte sich hier endlich der Lauf der Dinge erfüllt. Die Bundesversammlung hatte endlich, nachdem sie seit dem Zusammentritt der Nationalversammlung nur noch ein Scheinleben geführt, dasjenige Schicksal erreicht, welches ihr die Vaterlandsfreunde seit ihrem Bestehen gewünscht, und wer die Befürchtung ausgesprochen hätte, das Gespenst in der Eschenheimer Gasse könne doch noch einmal zu neuem Leben erwachen, wäre sicherlich als Schwarzseher verhöhnt und verlacht worden.

Nach den Ehren und Würden, die sich auf ihn häuften, zu urtheilen, hätte Erzherzog Johann nunmehr als Vertreter des Kaisers von Oesterreich und Verweser des deutschen Reiches einer der mächtigsten Regenten des Erdballs sein müssen, und doch war thatsächlich seine Macht eine völlig illusorische, geringer als die des geringsten Bundesfürsten, wie denn auch sofort der Name „Johann ohne Land" als Bezeichnung für ihn auftauchte. Als die Nationalversammlung sich durch Gagerns Rede hinreißen ließ, über die von ihr selbst gesteckten Grenzen hinauszugehen und lediglich aus eigener Machtvollkommenheit die Centralgewalt zu schaffen — ein Entschluß von einer Energie, welche bei einer sonst so schwankenden Versammlung geradezu befremdlich erschien —, da beging sie einen schweren Fehler,

indem sie die Ausführung ihrer Beschlüsse einem Fürsten übertrug, dem sowohl die Mittel der äußeren Gewalt, als auch die hohen Gaben des Geistes zu einer solchen Aufgabe fehlten. Hätten die Männer der Paulskirche, statt Menschen und Völker als leblose und fühllose, nach den Theorieen abstracter Betrachtung zu verrückende Schachfiguren zu betrachten, sich in die reale Sachlage gefunden, so wäre es ihnen klar geworden, daß die Einigung Deutschlands wesentlich von der Einigung Oesterreichs und Preußens abhing. Von diesem Gesichtspunkte aus war die Wahl des österreichischen Erzherzogs eine durchaus verfehlte. Offenbar wendete sich damit die Versammlung von Preußen ab und jenem Hause zu, dessen Bestreben Jahrhunderte hindurch nur das gewesen war, seine eigene Macht und sei es auch auf Kosten der Würde und Größe des Reiches zu mehren. Daß ferner Hohenzollern sich auf die Dauer niemals einem habsburgischen Prinzen unterordnen würde, lag auf der Hand, und so bedeutete die Wahl Erzherzog Johanns in ihren Folgen nichts Anderes, als daß man das immer noch kraftvolle und schlagfertige Preußen, auf dessen Unterstützung man in allen äußeren und inneren Verwickelungen angewiesen war, vor den Kopf stieß und sich dem von Bürgerkrieg und Aufruhr zerrütteten, dem Zusammenbruche nahen Kaiserstaate zuwandte. Allerdings stellte Preußen seine bei Frankfurt liegenden Truppen dem Reichsverweser für dringende Fälle zur Verfügung, wie dies auch für die gesammte bayerische Armee angeordnet worden war, und stimmte König Friedrich Wilhelm IV. der Wahl des Reichsverwesers, jedoch ohne der Paulskirche zu gedenken, in einem Armeebefehle vom 29. Juli zu, allein schon am 17. Juli trat Preußen mit dem bezeichnenden, eine Erneuerung des Bundestages bezweckenden Vorschlage hervor, es sollten die Bevollmächtigten der Regierungen bei der Centralgewalt zu einer Versammlung zusammentreten, in welcher Oesterreich und Preußen je drei, Bayern, Württemberg nebst Baden und Hohenzollern, Sachsen mit den thüringischen Herzogthümern, Hessen-Kassel, -Darmstadt, -Homburg nebst Frankfurt und endlich die übrigen Kleinstaaten je eine Stimme haben sollten. Hatte dieser Vorschlag, welchem die Centralgewalt in einem späteren Erlasse ent-

schieden entgegentrat, auch keinen praktischen Erfolg, so zeigte er doch die tiefe Verstimmung Preußens und der ihm nahestehenden Staaten. Am weitesten ging hierin Hannover, dessen Ministerium sich in einem vom 7. Juli datirten Schreiben an die Stände offen gegen den Gang der Dinge in Frankfurt aussprach. Die hannover'schen Abgeordneten der Paulskirche legten sofort dagegen Protest ein, doch dauerte es bis zum 21. August, daß Hannover endlich durch seinen Bevollmächtigten von Bothmer widerwillig die deutsche Centralgewalt förmlich anerkannte.

So ließ die Wahl des Reichsverwesers eine glückliche Lösung des Einigungswerkes kaum erhoffen. Der Gagern'sche „kühne Griff" war ein Mißgriff in des Wortes vollster Bedeutung.

3.

Die Grundrechte.

Von einer Parteibildung im parlamentarischen Sinne hatte bei dem Zusammentritte des Parlaments nicht die Rede sein können. Niemand wußte, wie sich der Lauf der Verhandlungen gestalten, was für Gesinnungsgenossen und Gegner er treffen würde, überlegen mit sich fortreißende Geister, geborene Parteiführer, waren zudem nicht oder nur ganz spärlich vorhanden und die große Masse der Versammlung selbst nach der Art ihrer Zusammensetzung von dem instinctiven Drange beseelt, nirgends entschieden Farbe zu bekennen, sondern überall vermittelnd und vereinbarend zu wirken. So hatten sich zu Anfang nur die wenigen extrem rechts oder links Gesinnten zusammengeschaart, welchen ihre politische Vergangenheit und Beanlagung keine Halbheit gestattete. Ihr Einfluß war bedeutend, — wenn Vincke oder Lichnowsky, Carl Vogt oder Robert Blum die Rednertribüne bestiegen, konnte man auf eine stürmische halbe Stunde gefaßt sein — ihre Zahl jedoch gering.

Die große Masse der dazwischen befindlichen „Liberalen" hatte erst im Laufe des Juni, und besonders bei den Debatten über die Centralgewalt sich zum Zusammenschließen in Fractionen genöthigt gesehen, welche immerhin noch, was Partei-

disciplin und Parteigeist betraf, sich mit den Gruppen eines geschulten Parlamentes nicht vergleichen konnten.

So hatte sich zu Anfang Juli die deutsche Volksvertretung in folgende Theile gespalten.

Die Rechte, gering an Zahl, welcher sich auch die ultramontanen Elemente der Paulskirche angeschlossen, pflegte sich im „Steinernen Hause" zu versammeln und erhielt, wie die anderen Parteien auch, von ihrem Vereinigungsorte den Namen. Ihre Führer waren, wie schon erwähnt, von Radowitz, Fürst Lichnowsky, ein ritterlicher und schneidiger Verfechter des Feudalismus, von Vincke, ein schlagfertiger, mit derber Rücksichtslosigkeit begabter Parlamentarier, der Münchener Professor von Lassaulx, von Beisler, von Bally u. A., zusammen nicht mehr als 40 Abgeordnete.

Die Mitte hatte sich zunächst in zwei große Hälften gespalten. Das rechte Centrum, welches sich erst im „Hirschgraben", dann im „Casino" zusammenfand, war wohl, wenn auch eines eigentlichen Führers, ja selbst eines bestimmten Programms ermangelnd, die zahlreichste Partei, indem es 166 Mitglieder umfaßte. Die Professoren Dahlmann, Droysen, Beseler, Welcker, Waitz, Zachariä, Würth, Zittel, dann Soiron, Beckerath, Simson, Wippermann, auch Schmerling gehörten ihm an.

Minder zahlreich war das linke Centrum, dessen Hauptquartier der „Würtembergische Hof" bildete. Zu ihm zählte der Oesterreicher Giskra, der Minister v. Wiedenbrugk, Robert von Mohl, die Professoren Mittermaier und Biedermann. Aus dieser Fraction schied alsbald eine gemäßigte Linke, die Partei der „Westendhall" aus, welche bereits einen Uebergang zu dem demokratischen Theile der Versammlung bildete. Die Führer waren hier Raveaux und Heinrich Simon, ferner gehörten Reh, Vischer, Venedey der „Westendhall" an.

Die eigentliche Linke im „deutschen Hofe" hatte trotz ihrer Zerfahrenheit den Vorzug, ein anerkanntes Parteihaupt in der Person Robert Blums zu besitzen, neben welchem bis zu dem September höchstens noch Carl Vogt und von Itzstein hervortraten. Sie zählte Anfangs über 100 Mitglieder.

War die Linke aus Demokraten und Republikanern gemischt, so vertrat schließlich die äußerste Linke, welche im „Donnersberg" tagte, die Revolution. An der Spitze dieser rührigen und außerordentlich streitsüchtigen Gruppe, welche keine Gelegenheit zu Tumulten in der Paulskirche vorübergehen ließ, stand Arnold Ruge und Ludwig Simon. Neben ihnen traten Fröbel, Brentano, Schaffrath, Schlöffel, von Trützschler, Wesendonk, Wiesner, Zitz hervor.

Zahlreiche Abgeordnete waren ferner, um den heutigen Ausdruck zu brauchen, „Wilde" und schlossen sich bei wichtigen Abstimmungen bald der einen, bald der andern Fraction an. Die Parteien selbst gingen fast unmerklich in einander über und waren, da Führer und Disciplin mangelten, in ihren Abstimmungen unberechenbar. Allerdings gab dies den Verhandlungen einen eigenthümlichen Reiz, welcher modernen Parlamentsdebatten abzugehen pflegt. Die Abgeordneten folgten nicht blindlings dem von den Parteihäuptern ausgegebenen Stichworte, sondern ließen sich in der That noch von den Worten der Redner beeinflussen. Wenn ein Mann wie Heinrich von Gagern die Tribüne betrat, so hing oft das Schicksal des Tages von seinen Lippen ab. Hieraus und aus dem Umstande, daß die Versammlung unleugbar viele tüchtige und begabte Redner zählte, sowie aus der regen Theilnahme der Galerieen an der Debatte erklärt sich zum Theil auch die außerordentliche Unruhe und Aufregung, in welcher sich das junge Parlament meist während der Verhandlungen befand.

Von dem Leben und Treiben in der Versammlung selbst entwerfen die „Brustbilder aus der Paulskirche" ein anschauliches Gemälde. „Das runde Schiff wird von einer hohen Säulenreihe eingefaßt, darin nahmen fünfhundert Abgeordnete ihre Plätze. Die Berichterstatter der Zeitungen setzte man zwischen die Säulen, die Zuhörer auf die ungeheure Emporkirche, welche auf der Säulenreihe ruht. Außerdem blieb ein beträchtlicher Raum zur Vertheilung übrig. Das sind die amphitheatralisch hinter den Säulen emporsteigenden Bankreihen. Nur insoweit sie gerade vor dem Auge des Vorsitzenden, das heißt, hinter dem rechten und dem linken Centrum liegen, sind

auch diese Bankreihen von den Abgeordneten besessen. Was dagegen auf beiden Seiten unmittelbar an die erhöhte Tribüne des Präsidenten stößt, ist zur Linken eine den Damen vorbehaltene Loge, zur Rechten bildet es eine bevorzugte Abtheilung der mit Einlaßkarten versehenen Herren und Diplomaten."

„Es ist Vormittags ein Viertel nach neun Uhr und die Paulskirche zur Sitzung eröffnet. Am pünktlichsten erscheinen stets die Personen, welche das Büreau des Hauses bilden. Der Präsident von Gagern in schwarzer Tracht, die große deutsche Cocarde am Hute, eine Gestalt voll eleganter Würde, schreitet verbindlich grüßend und begrüßt durch den Südeingang, der gerade auf die Tribüne des Vorsitzes hinweist. Die Stufen dahin sind, wie der Fußboden der Kirche überhaupt mit Teppichen belegt. Geräuschlos ersteigt der Präsident den erhöhten Platz und setzt sich auf den ebenfalls etwas erhöhten Mittelsessel unter dem Reichsadler zwischen seine beiden Stellvertreter. Neben einem Jeden von ihnen ist aber noch Raum für je einen Schriftführer, der die Geschäfte des Vorsitzes zu unterstützen, die Einschreibungen der Redner zu bewirken, Anträge, Meldungen und Erklärungen aller Art von den Mitgliedern anzunehmen hat und seit einer Viertelstunde in voller Thätigkeit ist, um dem Präsidenten allen diesen Stoff geordnet zuzumitteln. Auch wenn die Abgeordneten schon sämmtlich auf ihren Plätzen wären, so würde doch die Eröffnungsklingel nicht sogleich ertönen. Es giebt täglich eine Menge des Jüngsten und des Augenblicklichen zu übersehen und einzutheilen, hier eine soeben erst eintreffende Adresse, dort einen Flottenbeitrag, da eine Ausschußanzeige oder eine ministerielle Zuschrift, und das Zufällige mit dem Nothwendigen, das Einschlagende mit dem Zusammenhängenden zu verbinden. Aber auf den Bänken der Abgeordneten sieht es vor der Hand noch sehr leer aus. Nur einzelne Plätze sind belebt, der Tisch der Hülfsarbeiter des Büreaus ist besetzt, ein Abgeordneter erpreßt Unterschriften zu einem Antrage, den er alsdann stellen will, ein Anderer durchliest noch einmal den Bericht, womit er alsbald die Tribüne zu betreten hat, ein Dritter zieht ein Zeitungsblatt oder eine Carricatur aus der Mappe und legt sich daneben Papier und

Feder zu einem Brief zurecht. Selbst die Parlamentsmitglieder, die mit dem Schlag neun erschienen sind, um in der Reihenfolge der heutigen Redner die vorderste Linie in Beschlag zu nehmen, sind wieder hinaus an die Thüre, wo sie ihre Cigarren zu Ende rauchen. So währt es frostig, lückenhaft und in kleinen Gruppen plaudernd bis halb zehn, wo die Schelle des Präsidenten den Secretär auf die Tribüne ruft, welcher das Protokoll der letzten Sitzung zu verlesen hat. Das Geräusch der Kommenden und der Gespräche schwillt an unter dem Lesen, auf welches kaum diejenigen aufhorchen, die ein mögliches Mißverständniß ihrer Meinung zu berichtigen haben könnten."

„Vom Osteingange kommen die Angehörigen der rechten Seite des Hauses; strenge Soldatengesichter, aristokratisch feine Manieren, aus wohlgestutzten Bärten und Atlasbinden heraus schauen priesterliche Würdenträger in ernstgemessener Haltung, tabaksdurchräucherte, studiendurchwachte Gelehrtenphysiognomieen, des Befehls gewohnte Beamtete und Gutsherren, überhaupt Leute von bedeutendem Besitze. Die Thüre von Norden her, die zu den Centren führt, sieht ein ähnliches Publikum eintreten, aber ein jüngeres, und das ist nicht bloß von den Jahren zu verstehen. Der Kaufmann heißt hier noch nicht Geheimer Commercienrath, anstatt hoher Staatstitel herrscht die einfache Bezeichnung Advokat, Arzt, Professor vor und in weißer Wäsche und glatten Manieren ein anmuthiges Behagen in modern gesellschaftlicher Form. Ist ferner die rechte Seite vorzugsweise von Vertretern der Großstaaten gebildet, so drängen sich nach der Mitte und gegen links besonders die Abgeordneten der mittleren und kleinen Länder, verstärkt durch die rascheren unter den Persönlichkeiten Preußens und durch mehrere Oesterreicher."

„Auf der Westseite verschwindet plötzlich der Handschuh und ist der salonfähige Rundhut unerhört. Auch die Begrüßungen werden in jenem burschikosen Kurzstyle abgethan, in welchem ein Nicken die Verneigung, ein Zuruf von Worten das annähernde Compliment verbannt. Von der Westseite tritt die gemischte Gesellschaft der Allerlinkesten ein, darunter manche struppige, manche ungeschlachte und selbst verwilderte Gestalt."

„Der Eingang endlich von Süden her, durch welchen wir Gagern nahen ließen, ist allen Fractionen gemeinschaftlich, denn er faßt das Haus an der Herzkammer, wo seine Adern fächerförmig zusammenströmen. Durch eben diese Thüre gehen ferner die Schnellschreiber ab und zu, die Canzlisten und die Pedelle des Hauses. Durch eben diese Thüre wird dem erhitzten Hause auf Gläserbrettern das Wasser zugetragen, womit es sich homöopathisch unter den oft endlosen Redeflüssen der Mitglieder zu erquicken pflegt. Da die Damen denselben Eingang zu nehmen haben, so ist er natürlich den Elegants des Parlaments ein unentbehrlicher Weg, auf dem sie sich auch zeigen, wenn sie schon von anderer Seite her auf ihren Platz gerathen wären."

„Das Protokoll ist inzwischen zu Ende gehaspelt, die Schnellschreiber sitzen mit gespitzten Bleistiften und Ohren, die Mahnung des Präsidenten treibt schließlich selbst die widerspenstigsten Umherschwärmer auf ihre Bänke und die eigentliche Verhandlung beginnt."

Bis zu der Wahl des Reichsverwesers war die Nationalversammlung, wenn auch schwankend und nichts weniger als zielbewußt, doch auf dem Wege einer praktischen Thätigkeit fortgeschritten. Nun war die erste wichtige Aufgabe gelöst: Deutschland hatte wenigstens nominell wieder ein gemeinschaftliches Oberhaupt und es entstand die Frage: was nun? Die Nation erwartete von ihrer Vertretung ein rasches, kräftiges Handeln und an Stoff zur Bethätigung einer solchen Energie fehlte es nicht. Hätte man sich jetzt mit den thatsächlich vorhandenen Schwierigkeiten befaßt, welche der Vollbringung des Einigungswerkes im Wege standen, hätte man versucht, gleiche Münze, gleiches Maß und Gewicht in den Ländern deutscher Zunge einzuführen, die noch vorhandenen Zollsperren zu stürzen, das öffentliche Verkehrswesen zu regeln, eine Verschmelzung der einzelnen Bundescontingente anzubahnen, und was dergleichen mehr war, so wäre man in einer zwar nüchternen und anstrengenden, aber gewiß lohnenden Arbeit dem Ziele, das deutsche Reich wieder zu errichten, gewiß näher gekommen, als auf dem Wege, welchen die Versammlung jetzt einschlug, indem sie mit der Berathung der „Grundrechte" begann. Bei der Zusammen-

setzung des Parlamentes mußte schon dieses abstract und theoretisch klingende Wort einen eigenen Zauber auf die Versammlung ausüben, und in der That nahm von dem 3. Juli ab, an welchem der dreißiggliedrige Verfassungsausschuß dem Hause seine Anträge vorlegte, die Berathung der „Grundrechte“ Monate hindurch die Thätigkeit der Paulskirche in Anspruch. Während Bürgerkrieg und Völkerkampf den ganzen Welttheil erfüllte, während das deutsche Volk voll Hoffnung nach der Paulskathedrale blickte, aus welcher die Lösung der verworrenen, gefahrdrohenden Verhältnisse, die Begründung der wahren Volksfreiheit, die Erneuerung der deutschen Nation hervorgehen sollte, spannen sich in der Versammlung endlos den Juli und August hindurch die Debatten über einen Gegenstand, dessen Berathung eigentlich den Schluß des ganzen Werkes hätte bilden sollen. Denn einer nüchternen Betrachtung nach mußte eigentlich zunächst ein einziges Volk wirklich vorhanden sein, ehe man dessen Grundrechte festsetzte; nach der Ansicht der schon um diese Zeit als „Reichsprofessoren“ verspotteten Gelehrten der Paulskirche durfte hingegen das Volk nichts Anderes sein als die Verkörperung der in den Grundrechten ausgesprochenen Begriffe.

Für diese Idealpolitiker waren die Grundrechte das willkommenste Thema. Endlos rauschte jeden Tag, wenn die Fortsetzung der Tags zuvor abgebrochenen Debatte angekündigt worden war, der Redestrom dahin. Man stritt sich über Reichsbürger- und Heimatsrecht, Auswanderungsfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetze, über Wehrpflicht, Titel, Orden und Freiheit der Person, über den Adel und die Todesstrafe, über Briefgeheimniß, Preßfreiheit, Gleichberechtigung der Confessionen, Staat und Kirche, die Judenfrage, die Freiheit der Wissenschaft und vieles Andere; man debattirte über die Geschäftsordnung, stellte Anträge, veranstaltete namentliche Abstimmungen, nahm Petitionen entgegen, interpellirte die Minister und verlor so in überraschend kurzer Zeit völlig den Boden der Wirklichkeit, um in den luftigen Höhen eines weltentrückten Idealismus das Wohl und Wehe des deutschen Volkes zu berathen[1].

[1] „Das deutsche Parlament schien unterzugehen in Redensarten, in Schulweisheit, in Zeitverschwendung ohne Ende“, schreibt selbst Laube

Zuweilen allerdings brachten die äußeren Vorkommnisse unwillkommene Unterbrechungen in dieses Stillleben. Zunächst kam die Limburger Frage zur Verhandlung. Seit dem Londoner Vertrage vom 15. April 1839 gehörte dieses Herzogthum als Ersatz für den an Belgien abgetretenen wallonischen Theil Luxemburgs zum deutschen Bunde, während es sich im Staatsverbande Hollands befand. Das Herzogthum sollte, obwohl „moralisch“ mit Deutschland verbunden, der gleichen Verfassung und Verwaltung mit dem Königreiche der Niederlande theilhaftig werden, so daß nach der Auffassung der holländischen Regierung die von der nunmehrigen deutschen Centralgewalt zu erlassenden Gesetze nur dann Gültigkeit haben konnten, wenn sie mit den entsprechenden im Haag gültigen Vorschriften übereinstimmten, und vor Allem auch an der großen holländischen Staatsschuld Theil nehmen.

Am 19. Juli berieth die Nationalversammlung diese Frage. „Es wäre“, wie ein Ohrenzeuge bitter schreibt, „befremdlich für Deutschland gewesen, wenn sich bei dieser Debatte nicht Deutsche gefunden hätten, welche vom Standpunkte feinster Unparteilichkeit die Ansprüche Hollands in Schutz genommen hätten.“ Die gewissenhaften Deutschen, welche dies thaten, waren der Exminister von Linde und der Jenenser Professor Michelsen, doch hörte man glücklicherweise nicht auf sie und faßte den Beschluß, daß das Herzogthum Limburg nur seine eigenen Staatsschulden zu tragen und die Centralgewalt das Weitere bei der holländischen Regierung zu veranlassen habe.

Wichtiger als dies war die polnische Frage, welche vom 24. bis 29. Juli besprochen wurde. Es handelte sich dabei zunächst um die Anerkennung der Demarcationslinie, welche, wie früher berichtet, Preußen zwischen dem deutschen und dem polnischen Theile der Provinz Posen gezogen, und im Zusammenhange damit um die Gültigkeitserklärung der in dem ersteren Bezirke vorgenommenen Wahlen, welcher 12 Abgeordnete, darunter nur einen Polen, Janiszewski, in die Paulskirche entsandt hatte. Die schwärmerische Begeisterung für die Polen,

(II, 65). „Eine Bürgerkrone für den, welcher schweigen kann in dieser krankhaften, unpraktischen Redewuth!“

wie sie im März und April in Frankfurt zur Zeit des Vorparlamentes geherrscht, hatte allerdings durch die blutigen Posener Aufstände einen starken Stoß erhalten, allein immerhin fanden sich in der deutschen Versammlung noch genug kosmopolitische Demokraten, welche auf das Eifrigste gegen die Zulassung ihrer Landsleute protestirten. Beantragte doch gleich zu Beginn der Berathung A. Ruge, den 12 Abgeordneten aus Posen bis zum Schlusse der Debatte Wort und Stimme zu entziehen, allerdings ohne die Mehrheit der Versammlung zu seiner Ansicht zu bewegen. Ihm folgte Robert Blum, welcher im Laufe seiner Rede die Befreiung der Ostseeprovinzen und des Elsaß aus der Fremdherrschaft forderte, dann Wilhelm Jordan, dessen zweistündige außerordentliche und von patriotischem Geiste getragene Rede mit den Worten schloß: „Freiheit für Alle, aber des Vaterlandes Kraft und Wohlfahrt über Alles!" und andauernden stürmischen Beifall erzielte. Von der Rechten traten am nächsten Tage in glänzenden Ausführungen Radowitz und Lichnowsky für das gefährdete Deutschthum ein, während Janiszewski mit Eifer und Geschick die Sache seiner Landsleute vertrat, und darin von Vogt, sowie zum zweiten Male von Ruge unterstützt wurde[1].

Nach langen Debatten wurde endlich am 27. Juli mit 342 gegen 31 Stimmen der Antrag des Ausschusses angenommen, in welchem die vorläufige Anerkennung der Demarcationslinie und die Zulassung der zwölf Abgeordneten ausgesprochen war. Die Anträge der polenfreundlichen Minderheit, die Theilung Polens für ein schmachvolles Unrecht zu erklären und die Wiederherstellung eines selbständigen Polens als die heiligste Pflicht des deutschen Volkes zu betrachen, wurden abgelehnt; Janiszewski trat aus dem Parlamente aus.

Nachdem am 31. Juli eine deutsche Kriegs- und Handelsflagge (schwarz-roth-goldene Streifen, links oben bei Kriegsfahrzeugen als Reichswappen den zweiköpfigen schwarzen Adler mit Schwert und Pfeilen) festgesetzt worden war, erregte am

[1] Der Letztere sprach auf der Tribüne die Hoffnung aus, daß die deutschen Heere in Italien geschlagen werden würden und nannte Radetzky einen „Tilly der neueren Zeit".

7. August die Frage, ob der geflüchtete Volkstribun Hecker, welchen der südbadische Wahlkreis Thiengen als Vertreter zur Nationalversammlung gewählt, zu diesem Amte zugelassen werden dürfe, einen großen Tumult. Als es nämlich der Demokrat Brentano wagte, einen Vergleich zwischen Hecker und dem Prinzen von Preußen zu ziehen, entstand eine bis dahin unerhörte Scene. Man beschimpfte sich gegenseitig; es kam beinahe oder, wie wenigstens die Linke, welche am nächsten Tage eine Beschwerdeschrift einreichte, behaupten wollte, wirklich vor der Tribüne zu Thätlichkeiten, die Abgeordneten Plathner und Graf Wartensleben forderten Brentano in der Versammlung auf Pistolen[1] und schließlich löste sich die Berathung auf. Das Ganze war ein Scandal, wie ihn die Paulskirche bis dahin noch nicht erlebt hatte[2]. Am nächsten Tage setzte sich der Lärm fort; die Zuhörer der Galerieen schrieen, tobten und zischten derart, daß sie aus dem Saale entfernt werden mußten, was auch nur

[1] Stenographischer Bericht, II, S. 1451.

[2] Der stenographische Bericht schildert diesen tumultuarischen Auftritt, wie folgt:

„Nach dem Schlusse der Brentano'schen Rede: Beifall von der Linken und von der Galerie. Von der Rechten und aus dem Centrum heftiger Ruf: «Zur Ordnung! herunter von der Tribüne!» Große, anhaltende Unruhe.

Vicepräsident v. Soiron: Ruhe! Meine Herren, wenn ich mein Amt üben soll, so muß Ruhe sein! (Fortwährender Lärm!) Meine Herren! Wollen Sie sich setzen; ich muß den Redner fragen, was er eben gesagt hat. (Großer Tumult. Von der Rechten wiederholter vielfacher Ruf: Zur Ordnung! herunter von der Tribüne!) Ich habe es nicht genau verstanden! (Furchtbarer Lärm! Von der Rechten nähern sich mehrere Mitglieder mit leidenschaftlichen Rufen der Rednerbühne, von der Linken sammeln sich gleichfalls viele Abgeordnete neben der Tribüne. Große Aufregung. Der Vorsitzende sucht lange vergeblich durch die Glocke die Ruhe wiederherzustellen.) Lassen Sie mich mein Amt . . . die Sitzung ist aufgehoben! . . . (Anhaltender Tumult in der Versammlung und namentlich in der Nähe der Rednerbühne, wo sich eine große Menge Abgeordneter drängt. Bravo! und Hoch! von der Galerie. Vicepräsident v. Soiron bedeckt sich. Der Tumult steigert sich. Der Vicepräsident verläßt mit dem Büreau den Saal. Fortwährende große Aufregung. Endlich verläßt Brentano die Tribüne, und nach und nach leert sich der Saal.)" (II, 1438.)

unter dem Widerstande des Publikums und eines Theiles der Linken vor sich ging und erst am 10. August wurde nach leidlich ruhiger Verhandlung mit 350 gegen 116 Stimmen die Wahl Friedrich Heckers für ungültig und unwirksam erklärt und die badische Regierung aufgefordert, eine Neuwahl zu veranlassen.

Eine weitere wichtige Debatte entspann sich im Laufe des August nur noch über die italienische Frage, welche am 12. erledigt wurde. Es handelte sich um einen Antrag der in der Paulskirche sitzenden Welschtiroler, welche die Entlassung der Bezirke Trient und Roveredo — die doch seit nahezu 900 Jahren zum deutschen Reiche gehörten — aus dem deutschen Bundesverband wünschten, aber nicht erhielten, und um den lombardischen Krieg. Eine zündende Rede, welche Radowitz hielt, machte der Debatte ein rasches Ende; die Sache wurde, wie gewöhnlich, der Centralgewalt überwiesen.

Damit waren die actuellen Fragen erledigt und ungestört wandte sich das Haus wieder der akademischen Erörterung der Grundrechte zu, welche den Rest des Monats ausfüllte.

Zwei Dinge allerdings wären geeignet gewesen, Besorgniß in den Reihen der Anhänger der „Vereinbarung" zu verbreiten. Einmal hatte der Reichskriegsminister auf den 6. August eine allgemeine Huldigung der sämmtlichen deutschen Truppen für den Reichsverweser angeordnet. Der Ausgang war kläglich genug. Zwar kamen die kleinen Staaten dem „Befehle" nach, zwar ließ man sich in Baiern herbei, in Parade auszurücken und drei Hochs, auf den König, das Vaterland und endlich auch auf den Reichsverweser auszubringen, allein was die Großstaaten betraf, so brachte von den k. k. österreichischen Truppen nur die Wiener Garnison dem Erzherzog ihre Huldigung dar, und in Preußen vor Allem verstrich der 6. August wie jeder andere Tag im gewohnten Einerlei des Dienstes, ohne daß irgend Jemand von den Wünschen des Reichskriegsministeriums Notiz nahm. Der gewaltlosen Centralgewalt aber blieb nichts übrig als zu dieser Nichtachtung ihrer Befehle zu schweigen.

War dies schon eine deutliche preußische Antwort auf den „kühnen Griff", so sollten die Abgeordneten bald aus dem Munde Friedrich Wilhelms IV. selbst erfahren, was er von

der Nationalversammlung und ihrem ausführenden Organe hielt. Auf Mitte August war die Domfeier in Köln geplant, zu welcher der König von Preußen und der Reichsverweser erscheinen sollten, und auch die Paulskirche eine Einladung erhalten hatte. Man beschloß, derselben trotz der Einsprache der Linken zu folgen, und ein großer Theil der Versammlung machte sich auf den Weg nach Köln, wo zumal die kaiserlich preußisch Gesinnten das Heil zu finden hofften.

Es war eine erhebende Fahrt. „Die ganze Bevölkerung", schreibt Laube, „schien an den schönen Ufern des stolzesten deutschen Stromes aufgestellt zu sein, und das Wehen der Flaggen, Fahnen und Tücher bildete oft ein lang, lang hinflatterndes einziges Band; der Knall aus Flinten, Büchsen und Mörsern war oft Minuten lang ein ununterbrochenes Getöse, und hatte bei Koblenz und Ehrenbreitstein, durch die Festungskanonen verstärkt, eine so erschütternde Kraft und Stärke, daß man mitten im Victoriaschießen nach gewonnener Schlacht zu sein glaubte. Ein Victoriaschießen des neuen deutschen Reiches leider vor der Schlacht! Die Täuschung wurde erhöht durch die langen Reihen preußischer Truppen, welche an den Uferhöhen von Koblenz, an den Terrassen von Ehrenbreitstein, aufgestellt waren, immer eine Reihe über der anderen bis hoch hinauf zu den Gipfeln der steinernen Veste. Ein prachtvoller Anblick, für welchen die immer frisch hervorquellenden grauen Pulverwolken den feinen Schatten bilden."

Bei strömendem Regen langte man Abends in Köln an, wo Friedrich Wilhelm noch nicht anwesend war. „Erst am nächsten Abende kam er auf dem Bahnhofe in Deutz an, und es hieß, er werde nicht über die Brücke, sondern zu Dampfschiff über den Rhein herüber kommen. So geschah es und zwar unter einem ringsum rollenden Kanonendonner. Die Fenster erzitterten vor den Geschützesschlägen und im Vergleiche zu dem gestrigen Empfange des Reichsverwesers mußte Jedermann inne werden, daß der jetzt Ankommende noch der Kriegsherr sei in diesen Landen."

Der König sah bleich und sorgenvoll aus und war sehr ernst. Die Begegnung zwischen ihm und dem Reichsverweser

fand auf der Straße statt und war herzlich. Welches jedoch die Stimmung Friedrich Wilhelms in diesem denkwürdigen Augenblicke war, sollten die Abgeordneten alsbald bei dem Empfange erfahren, der eine Stunde später im Regierungsgebäude abgehalten wurde. Mit dem Helme in der Hand trat der König nach seiner Unterredung mit dem Erzherzoge in den Saal, wo dichtgedrängt die Deputation der Nationalversammlung seiner harrte. „Heinrich von Gagern", berichtet Laube, ein Mitglied jener Abordnung, „begrüßte ihn mit würdigen, der damaligen stolzen Stellung des Parlamentes entsprechenden Worten. Sein männliches, edles und bis auf einen gewissen Grad auch immer verbindliches Wesen wußte hier wie anderswo das Stolze und allenfalls Herausfordernde der Stellung so zu mildern, daß seine Ausdrücke auch hier nicht eigentlich dogmatisch, sondern vor Allem patriotisch klangen. Der König unterbrach ihn, um dem Reichsverweser Adieu zu sagen, welcher aus einem rückwärts gelegenen Raume gerade jetzt durch dies Empfangszimmer passirte. Die Unterbrechung war kurz und wahrscheinlich zufällig, verstimmte aber Manchen. Gagern selbst, in geselliger Haltung sicher und würdig, fuhr dann unbeirrt fort in seiner Anrede und brachte sie zu Ende. Das bloße Zuhören schien dem Könige schwer zu sein, er hatte ein paar Mal Bemerkungen eingestreut, schwieg aber jetzt, als Gagern geendet hatte, und ließ sich von ihm die Abgeordneten vorstellen, indem er dicht an dem Halbkreise derselben herumging. Es war die äußerste Förmlichkeit, da die Schichten derselben zu tief waren, und Gagern nur die Namen der Vordersten nennen konnte. Dann stellte der König seinen Helm auf einen nahe stehenden Tisch, machte mit der Hand, in welcher er sein Taschentuch hielt, eine gleichsam einleitende oder auffordernde Bewegung, und sprach dann fließend und rasch mit geschmeidiger Tenorstimme ein paar Worte über die «Bekanntschaft von Auge zu Auge» und daß er mit Aufmerksamkeit den Verhandlungen in der Paulskirche folge. Unerwartet erhob er nun plötzlich die Stimme und in offenbarer Beziehung zu Gagerns Anrede, auf den «kühnen Griff» und auf die Nationalsouveränität, welche die Paulskirche in Anspruch nahm, setzte er articulirten Tones hinzu: «Vergessen Sie

nicht, daß es noch Fürsten in Deutschland giebt, und daß ich Einer von ihnen bin!»"

„Damit wendete er sich zum Abgehen, und einer der preußischen Offiziere, welcher Abgeordneter war, brachte ein Hoch aus, in welches die zahlreichen Anwesenden aus allen Räumen lebhaft einstimmten."

Die Antwort des Königs war deutlich genug. Ehe noch das eigentliche Fest begonnen, hatte in ihr sich schon alle die Abneigung gezeigt, welche das Zusammentreffen der politisch so verschiedenen Elemente in der alten Domstadt zu Tage fördern mußte. So trat denn die eigentliche, zudem nicht besonders gewandt angeordnete Feier den politischen Vorgängen gegenüber in den Hintergrund.

Vielleicht empfand der König, daß er sich zu schroff gegen die Abordnung ausgedrückt, und ließ sich so zu jener zweiten Ansprache bewegen, deren unerwartete Schlußwendung allgemeine Befriedigung hervorrief. Am folgenden Tage nämlich fand ein großes Festmahl im Gürzenich statt, zu welchem auch der König mit Bruder und Onkel, der Reichsverweser — und zwar zum Mißvergnügen der Oesterreicher und Demokraten in preußischer Generalsuniform — und die Reichsboten erschienen. Zunächst brachten Friedrich Wilhelm und Erzherzog Johann gegenseitig ein Hoch auf einander aus und umarmten sich, dann sprach Gagern unter jubelndem Beifall von der „Einheit, welche die Nation nicht mehr entbehren könne" und schon schien die Reihe der Reden geschlossen, da erhob sich der König nochmals und ließ, das volle Römerglas in der Rechten, die Nationalversammlung hochleben. Der Jubel über dies unerwartete Entgegenkommen des Herrschers war groß. „Allen Sanguinikern schienen alle Gegensätze ausgeglichen, als er in populärster Weise mit seinem gründlichst geleerten Römerglase die Nagelprobe machte vor aller Welt, und als von allen Seiten die Männer herbeistürzten, um sein Glas neu zu füllen und anzustoßen und zu danken."

So schien noch einmal das Einvernehmen zwischen Berlin und Frankfurt besiegelt und Niemand von der Versammlung sah das Ungewitter, welches inzwischen von den Küsten Schleswig-Holsteins heraufzog.

4.

Der Septemberaufstand.

Der Beschluß der Nationalversammlung vom 9. Juni, daß der mit Dänemark zu schließende Friede die Ehre Deutschlands wahren, aber der Bestätigung durch das deutsche Parlament nicht bedürfen solle, war vor Schaffung der Centralgewalt gefaßt worden. Als nun diese letztere in das Leben trat und nach dem von den Regierungen anerkannten Gesetze die Vertretung Deutschlands dem Auslande gegenüber, die Ermächtigung, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, erhalten hatte, mußte ohne Zweifel die Entscheidung der schleswig'schen Frage ihr zufallen. Andererseits aber war der Reichsverweser in dieser Angelegenheit durchaus machtlos; es waren ja nicht seine, sondern preußische und andere norddeutsche Truppen, welche dort kämpften, und zudem weigerte sich Dänemark beharrlich, die Centralgewalt anzuerkennen.

Es bekümmerte sich denn auch Preußen wenig um die aus Frankfurt kommenden Wünsche und begann, wie früher berichtet, bereits zu Anfang Juli seine Waffenstillstands-Unterhandlungen mit Dänemark. In der Paulskirche sah man dem mit Besorgniß zu, allein die Reichsregierung wußte alle Befürchtungen zu zerstreuen. Gleich zu Beginn seiner Thätigkeit hatte noch im Juli der Reichsverweser sich geweigert, die zwischen Preußen und Dänemark am 19. Juli zu Bellevue vereinbarte Stipulation anzuerkennen, welche eine gemeinsame Regierung der Herzogthümer und eine Verwaltung nach den bestehenden Gesetzen festsetzte und von dem General von Below nach Wien zur Ratification durch Erzherzog Johann gebracht worden war. Bald darauf erklärte der Reichsminister Schmerling, das Ministerium werde Sorge tragen, daß ein allen Anforderungen entsprechender Waffenstillstand abgeschlossen werde und die zur kräftigeren Fortführung des Krieges erforderlichen Truppen dem General Wrangel so schnell wie möglich zugeführt werden sollten, und da gleichzeitig die Versicherung Wrangels bekannt wurde, „er werde keinen Waffenstillstand abschließen, welcher der Ehre Deutschlands nicht entspreche und von dem er nicht mit Sicherheit annehmen könne, daß er die Genehmigung des Erzherzogs

Reichsverwesers erhalten würde", so schien Alles in bester Ordnung und die Ehre Deutschlands, welche in diesem Kriege verpfändet war, gut bewahrt zu sein.

Am 5. August nun verlangte Preußen von der Centralgewalt die unumschränkte Vollmacht, den Waffenstillstand abzuschließen. Am 7. August gab daraufhin der Reichsverweser der Krone Preußen die Ermächtigung, einen Waffenstillstand auf Grundlage der Stipulation von Bellevue zu vereinbaren, jedoch nur unter der Bedingung, daß

1) die gemeinsame Regierung der Herzogthümer vor Abschluß des Vertrags ernannt,

2) daß die Verwaltung nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen — die bis zum Abschlusse des Waffenstillstandes von der provisorischen Regierung erlassenen inbegriffen — erfolgen, und

3) die in den Herzogthümern zurückbleibenden Truppen unter den Befehlen des deutschen Oberbefehlshabers bleiben sollten.

Von diesen Bedingungen war, nach Heckschers Versicherung, späterhin nichts zurückgenommen worden, und so schien dem Abschlusse eines für Deutschland unehrenhaften Waffenstillstands durch Preußen vorgebeugt zu sein. Um so größer also war der Schrecken und die Ueberraschung, als am 4. September gleich zu Beginn der Sitzung Heckscher bleich und verstört auf der Tribüne erschien und dem Hause die Mittheilung machte, es sei zu Malmö ein Waffenstillstand am 26. August abgeschlossen worden, welcher „nicht unwesentliche Abweichungen" von den Seitens der Centralgewalt vorgeschriebenen Bedingungen enthalte. Der Vertrag wurde von ihm verlesen; man erfuhr, daß die Feindseligkeiten während sieben Monaten ruhen, die schleswig'schen und holstein'schen Truppen getrennt, die sämmtlichen seit dem 17. März erlassenen Gesetze für ungültig erklärt, die Herzogthümer von den deutschen Truppen entblößt werden würden und was sonst noch der für Deutschland so schmachvolle Vertrag enthielt.

Mit Schrecken fing jetzt Mancher in der Nationalversammlung zu ahnen an, daß die Rolle, welche die Paulskirche bisher gespielt, nicht, wie man gewähnt, die einer entscheidenden Behörde, sondern höchstens die eines überlästigen Rathgebers ge-

wesen sei, und daß man vielleicht alle jene Reden umsonst gehalten habe. Die deutsche Nationalversammlung hatte die Befreiung der Herzogthümer für eine heilige Pflicht des deutschen Volkes erklärt, sie hatte ihre Ehre in der Versicherung verpfändet, einen Deutschlands würdigen Frieden schaffen zu wollen, sie war, daran konnte eigentlich kein Zweifel sein, gedemüthigt und mißachtet vor dem Auslande, wie vor dem eigenen Volke, wenn der Vertrag von Malmö zur Ausführung kam und sich so abermals die Ohnmacht des anscheinend neu geeinigten und befreiten Deutschlands, wie es die Paulskirche vertrat, gegenüber dem winzigen Inselstaate zeigte.

Es war eine bittere, peinliche Stunde für jene Versammlung, welche es unternommen hatte, ohne äußere Machtmittel, ohne festes Ziel und Plan, ohne den Rückhalt eines wirklichen und andauernden Volksaufschwunges die Einigung Deutschlands herbeizuführen. Eine tiefe Aufregung bemächtigte sich des Parlamentes, als sofort Dahlmann, welcher in diesen schweren Stunden seine staatsmännischen Theorieen vergaß und eine wahrhaft patriotische Haltung annahm, die Tribüne bestieg und tief erschüttert darauf hinwies, daß hier die Ehre und das Ansehen der deutschen Volksvertretung auf dem Spiele stehe. Man beschloß, die Sitzung abzubrechen und nach 24stündiger Bedenkzeit die Berathung wieder aufzunehmen.

Am folgenden Tage begann Dahlmann als Berichterstatter des sofort eingesetzten Ausschusses die Debatte. Er gab einen Ueberblick über die Entwickelung der Verhandlungen und beantragte im Namen der Commission die „sofortige Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes ergriffenen militärischen und sonstigen Maßregeln". „Unterwerfen wir uns bei der ersten Prüfung, welche uns naht, den Mächten des Auslandes gegenüber", lauteten seine Schlußworte, „kleinmüthig bei dem Anfange, dem ersten Anblick der Gefahr, dann, meine Herren, werden Sie Ihr ehemals stolzes Haupt nie wieder erheben. Denken Sie an meine Worte: nie! Zwar gewiß nicht die Despotie, davor bin ich sicher, aber die Anarchie wird in diesen Räumen herrschen und darüber hinaus, und die werden fallen, welche jetzt in ihrem Wahne glauben, sie triumphirten über uns.

Ich habe gesprochen. Möge die Hand dessen walten, der die Beschlüsse der Menschen zu gerechten Entscheidungen zu leiten weiß!"

Bei der nun folgenden Debatte zeigte sich die tiefe Zerrüttung, welche die dänische Frage in das Parlament getragen hatte. Für die Herzogthümer, für die Würde des deutschen Reiches trat die Linke, Blum, Simon, Zimmermann, Wesendonk u. A. ein, eben jene Linke, welche früher so oft, so bei Berathung der polnischen Frage, des italienischen Krieges Beweise einer echt deutschen Vaterlandslosigkeit gegeben, für Preußen und den Waffenstillstand die Rechte, von Radowitz vertreten. Das rechte Centrum schloß sich ihm an. Sein Sprecher, Bassermann, betonte, daß durch einen offenen Bruch mit Preußen jede Möglichkeit einer Einigung Deutschlands abgeschnitten werde. Von dem Ministerium suchte der Kriegsminister Peucker beruhigend zu wirken und versicherte, daß ein Truppenrückzug gar nicht so rasch vor sich gehe und noch Zeit genug zur besonnenen Erwägung bleibe; von Beckerath folgerte aus der Ablehnung des Vertrages die Schrecken des Bürgerkrieges und hielt es mit der Ehre eines großen Volkes viel verträglicher, das Schwert in der Scheide zu lassen, als zum Bruderkampfe zu ziehen, Schmerling endlich erklärte — und dies war das Wichtigste, — daß das Ministerium einstimmig beschlossen habe, nicht auf Verwerfung des Waffenstillstands anzutragen. Dies war eine schwerwiegende Nachricht. War es einmal überhaupt ein trauriger Anblick, die Berather des Reichsverwesers nicht auf Seiten der Schleswig-Holsteiner zu sehen, so mußte andererseits eine Ablehnung des Vertrages das Ministerium stürzen und neue unabsehbare Verwickelungen auch von dieser Seite heraufbeschwören.

Die namentliche Abstimmung über den Ausschußantrag begann. Mit 238 gegen 221, also der winzigen Majorität von 17 Stimmen, wurde unter dem Jubel der Linken und der Galerieen die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes erforderlichen Maßregeln beschlossen und damit das Urtheil über den Vertrag von Malmö ausgesprochen. Unmittelbar darauf reichten Fürst Leiningen, sämmtliche Reichsminister und Unterstaatssecretäre ihr Entlassungsgesuch ein.

Nach den constitutionellen Begriffen, welche für den Reichsverweser maßgebend waren, mußte derselbe die Demission annehmen und den Führer der Opposition mit der Bildung des neuen Cabinets betrauen. In dem vorliegenden Falle war dies unstreitig Dahlmann gewesen, welcher denn auch noch am Abend des 5. zu dem Erzherzoge beschieden wurde und die Zusammenstellung des zweiten Reichsministeriums übernahm.

Allein dies hatte seine großen Schwierigkeiten. Dahlmanns Anschauungen waren die des rechten Centrums, in der in Frage kommenden Abstimmung aber hatte ihm die linke Seite des Hauses, aus welcher er seine Collegen nicht wohl entnehmen konnte, den Sieg gebracht. So verstrichen einige kostbare Tage, während welcher die Nationalversammlung die Zeit mit Berathung von Interpellationen, Beschlußfassung über die Dringlichkeit derselben u. s. w. hinbrachte und sogar die unglückseligen Grundrechte noch einmal vornahm, bis endlich Dahlmann am 8. sein Mandat in die Hände des Reichsverwesers zurücklegte[1], welch Letzterer nunmehr den zweiten Vorsitzenden der Nationalversammlung, den Münchener Professor von Hermann, zu sich berief. Das Parlament erfuhr dies in der Sitzung vom Montag den 11. September, welche im Uebrigen ebenso wie die des 12. durch gleichgültige Ausschußanträge und die Grundrechte ausgefüllt wurde, und ebenso ein Schreiben Camphausens, daß Graf Moltke von der provisorischen Regierung Schleswig-Holsteins zurückgetreten sei. Da die Wahl dieses als fanatischen Dänen bekannten Mannes mit der größte Stein des Anstoßes gewesen war, so mußte auf die vielen Schwankenden die Nachricht von seinem Ausscheiden versöhnend wirken.

Am 14. September begann endlich die entscheidende Berathung über den Vertrag von Malmö. Die vereinigten Ausschüsse für die Centralgewalt und für internationale Angelegenheiten, welche Bericht erstatten sollten, hatten sich in zwei Parteien von je 11 Mann gespalten. Die eine, Dahlmann, v. Raumer, Esmarch, Blum, v. Trützschler und Genossen be-

[1] Erzherzog Johann scheint nichts Anderes erwartet zu haben. „Der Dahlmann“, äußerte er, wie Duckwitz versichert, „wird doch schwerlich etwas zu Stande bringen!“

antragte, den Malmöer Waffenstillstand nicht zu genehmigen und das Reichsministerium aufzufordern, die zur Fortsetzung des Krieges erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, die andere, Arndt, Max von Gagern, Zachariä, v. Würth u. A. schlug einen langathmigen Beschluß vor, welcher unter der Voraussetzung, daß Graf Carl Moltke wirklich zurücktrete und die dänische Regierung sich zu „einigen Modificationen und Concessionen" — ein bezeichnender Ausdruck — bereit finden ließe, den Waffenstillstand anerkannte und die Eröffnung von Friedensverhandlungen zwischen Dänemark und der Centralgewalt forderte.

Nachdem zunächst der greise sächsische Staatsminister v. Lindenau nahezu unverständlich gesprochen, hielt Heckscher eine fast dreistündige Rede, um das Verfahren des Ministeriums zu vertheidigen. Es folgten Venedey, Arndt, Eisenmann, der sich auf das Schärfste gegen Preußen und den Waffenstillstand aussprach. Einen Vermittelungsantrag brachte alsdann in einer mit Beifall aufgenommenen Rede der Schleswiger Francke mit Droysen, Neergard, Michelsen und Genossen ein. Hiernach sollte die Vollziehung des Waffenstillstandes, soweit solcher nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar sei (?), nicht länger gehindert (!), die dänische Regierung zu „Modificationen" bewegt und schleunigst Friedensverhandlungen eingeleitet werden, ein Antrag also, welcher, was Schwäche des Entschlusses und Unklarheit der Anschauungen betraf, selbst in der Paulskirche vereinzelt dastand.

Endlich trat, mit Spannung erwartet, der neue Ministerpräsident von Hermann auf und entwickelte den Grundsatz, daß der Vertrag gar nicht bestätigt zu werden brauche. Gerade in der Nichtratification liege eine Ehrenrettung Preußens und des Reichsverwesers. Er habe mit Camphausen hierüber verhandelt und die preußische Regierung willfährig gefunden. Zu einem Bürgerkriege würde es unter keinen Umständen kommen. Wenn das kleine Dänemark sich nicht scheue, mit Deutschland Krieg zu führen, so möge sich dieses auch nicht scheuen, dem Waffenstillstand die Genehmigung verweigern und so die Schmach auslöschen, daß man jetzt noch den deutschen Namen in Europa

als Kinderspott betrachte. Seine Rede war häufig von stürmischem Beifall der Linken und Galerieen unterbrochen, während die rechte Seite sich ziemlich skeptisch verhielt und hie und da Lust zeigte, das Ganze von der komischen Seite aufzufassen.

Auch der zweite Tag brachte keine Entscheidung; die Professoren Sylvester Jordan und Waitz hielten lange Vorträge, ohne bestimmt Stellung zu nehmen, Giskra riß in einer flammenden, bilderreichen Rede, in welcher er die begeisterte Haltung Frankreichs während der ersten Revolution mit der jetzigen Lage Deutschlands verglich, die Linke zu wahren Beifallsstürmen hin, während sein Nachfolger Wilhelm Jordan den von trauriger Schwäche zeigenden Vorschlag machte, Malmö Malmö sein zu lassen und zur Tagesordnung, d. h. zu den Grundrechten überzugehen. Den Beschluß machte Vogt mit der bei ihm allerdings nicht unerwarteten Wendung, daß erst dann Etwas aus der Versammlung werden könne, wenn sie sich zum Convent umgestaltet habe.

Der dritte Tag der Berathung begann mit einer langen, die Bestätigung des Vertrages befürwortenden Rede v. Vinckes, welche allerdings, wie dies bei einer solchen Aufgabe nicht anders sein konnte, die dem Führer der Rechten sonst eigene Beredsamkeit vermissen ließ. Unter den folgenden Rednern ragte ein seltsam verschiedenes Paar hervor: Robert Blum sprach unter Berufung auf das Schicksal Ludwigs XVI. gegen den Vertrag, Fürst Lichnowsky hielt eine zur Versöhnung neigende Rede, in welcher er allerdings scharf den Standpunkt Preußens betonte. Es war das letzte Mal, daß diese beiden so verschiedenen und doch durch ihr Geschick geeinten Männer, der hochgeborene Cavalier und der Sohn des Leipziger Arbeiters, in der Paulskirche auftraten. Den einen sollte zwei Tage, den anderen zwei Monde später der Schlund der Revolution verschlingen.

„Muth, meine Herren, rufe ich, Muth!“ war der Grundgedanke in den Ausführungen Ludwig Simons, welcher nach ihnen auf der Rednerbühne erschien. Alsdann trat, nachdem noch Max von Gagern gesprochen, Heckscher mit einer selbst bei ihm unerhörten Heftigkeit der Versammlung entgegen. Er erklärte, daß ein Theil des Parlamentes planmäßig die Fackel

der Zwietracht in das Vaterland werfen wolle, erzwang so einen Ordnungsruf des Präsidenten, welcher ihn umsonst zur Mäßigung mahnte, und setzte es durch, daß stürmisch die Forderung, ihm das Wort zu entziehen, laut wurde. Eine von Wiegand hierüber provocirte Abstimmung des Hauses fiel jedoch zu seinen Gunsten aus und er konnte, etwas gemäßigter auftretend, seine Rede zu Ende führen. Nunmehr schritt man, nachdem noch Wurm und Stedmann jeweils für einen der beiden Ausschußanträge gesprochen, unter tiefer Erregung zur Beschlußfassung, und zwar zunächst über den Dahlmann'schen Antrag auf Verwerfung des Vertrags, dann über den Vorschlag Frankes, den Vertrag zu genehmigen und Friedensunterhandlungen anzuknüpfen.

„Es mochte gegen sechs Uhr sein", schreibt Laube, „als die Abstimmung begann. Der Herbsttag leuchtete nur noch matt zu den Kirchenfenstern herein von der linken Seite, hinter welcher die Sonne unterging. Man mußte Anstalt treffen zu einiger Beleuchtung der Präsidentschaftsestrade; denn solche Abendsitzung war eine Ausnahme und es fehlte noch an den Anstalten zur Beleuchtung des ganzen Raumes. Schon deshalb, weil man das Haus nicht mehr deutlich übersehen konnte, hätte namentlich abgestimmt werden müssen. Durch solch düsteres Colorit wurde die peinliche Spannung noch erhöht. Niemand wußte zu sagen, wohin die Wage sinken würde. Man wußte nur, daß eine kleine Anzahl Stimmen, die sich nicht im Voraus ermitteln ließ, die Entscheidung bringen werde."

„Einzelne Lichter waren indessen angezündet worden auf der Estrade und der Tribüne. Ihr schwaches Licht zeigte erst recht, wie dunkel es im Hause sei, aus welchem die letzten «Ja» und «Nein» aufstiegen. Die Abstimmung war zu Ende; das Büreau rechnete die Ja und Nein zusammen. Diejenigen Abgeordneten, welche mit Bleistift oder Feder mitgezählt, stritten sich leise über das Resultat. Der Eine hatte, wie es zu geschehen pflegt, einige Stimmen mehr, der Andere einige Stimmen weniger für die Mehrheit, — darüber waren sie einig, die Anträge des Dahlmann'schen Ausschußtheiles seien verworfen."

„Soiron verkündete das Resultat: 237 hatten die unumwundenen Anträge auf Verwerfung des Waffenstillstandes be-

willigt, 258 hatten sie verneint. Sie waren also mit 21 Stimmen verworfen."

„Es war kein Bruch herausgefordert, es war kein Krieg beschlossen. Auf den strotzend vollen Galerieen erhob sich jenes unheimliche Geräusch, welches droht."

„Im Hause selbst kam ohne Zwischenact und Aufschub der Franke'sche Antrag zur Abstimmung; 257 stimmten dafür, 236 dagegen. Mit derselben Mehrheit von 21 Stimmen war er angenommen."

„Die neunte Stunde war herangekommen; unter düsterem Schweigen leerte sich die Kirche. Die Mehrheit mochte sich auch eines Sieges nicht freuen, welcher ihr, das wußte sie vorher, eine so tiefe Wunde schlug."

„Es war ein Tag des Verhängnisses, dieser sechzehnte September, ein Sonnabend!"

Mit dem Beschlusse vom 16. September hatte die deutsche Nationalversammlung sich selbst gerichtet. Ihre Mehrheit hatte anerkannt, daß das liberale Deutschland, welches die Paulskirche verkörperte, noch nicht im Stande war, auf die Entschlüsse eines Bundesstaates, wie Preußen, eine Einwirkung zu üben, noch nicht deutsche Provinzen gegen die Vergewaltigung durch einen der kleinsten Staaten Europas zu schützen vermochte. Eigentlich hätte sich das Parlament nach seinem Beschlusse, durch welchen es die im Kriege mit Dänemark verpfändete Ehre des deutschen Namens fallen ließ, auflösen oder doch die Minderheit aus demselben austreten müssen. Keines von Beiden geschah; man redete ruhig weiter, Wochen und Monate hindurch, während unbekümmert um die Verhandlungen in der Paulskirche die Weltgeschichte ihren gewohnten eisernen Gang fortsetzte.

Der Beschluß des 16. September erregte in ganz Deutschland, vornehmlich aber im Südwesten, eine tiefgehende Bewegung und gab vor Allem den Bestrebungen der revolutionär Gesinnten festen Boden, welchen die Reden der Paulskirche schon lange zum Ueberdruß geworden waren. In Frankfurt selbst kam es schon am selben Abend zu starken Tumulten. Die „Westendhalle", der Versammlungsort der gemäßigten Linken, wurde vom Volke verwüstet und einzelne Abgeordnete thätlich

mißhandelt. Selbst der alte Turnvater Jahn, welcher trauriger Weise gleichfalls für den Vertrag gestimmt hatte, konnte sich nur durch eilige Flucht einem gleichen Schicksale entziehen. Der Exminister Heckscher, nach welchem man überall suchte, mußte die Stadt verlassen, wurde aber in Höchst am Main erkannt und von dem erbitterten Volke übel zugerichtet.

Die ganze Nacht hindurch war ein reges Leben in Frankfurt. Die Umsturzpartei hielt den Augenblick für gekommen, um einen Hauptschlag gegen die Paulskirche auszuführen. Man verhandelte mit den demokratischen Vereinen der Nachbarstädte, schrieb um revolutionären Zuzug, der denn auch am Sonntag Morgen reichlich eintraf, und setzte auf den Nachmittag desselben Tages eine Volksversammlung auf der „Pfingstweide“, einem vor dem Allerheiligenthor bei Frankfurt gelegenen Anger, fest. Um 4 Uhr fand diese Versammlung statt, zu welcher sich über zehntausend Menschen, darunter einige hundert Bewaffnete, eingefunden hatten. Außer den eigentlichen Führern der Demokraten, dem Mainzer Turner Germain Metternich u. A., waren auch die Mitglieder der äußersten Linken der Paulskirche, die Männer vom „Donnersberg“ erschienen, während die Linke, Blum und Genossen, zu deren Klublocal, dem „Deutschen Hause“, große Massen zogen, öffentlich wenigstens das Volk zu beruhigen suchten.

Ludwig Simon, Schlöffel und Zitz hielten auf der Pfingstweide Reden, und die Worte des Letzteren, „man müsse jetzt Frakturschrift schreiben“, ließen kaum einen Zweifel über Zweck und Ziel der Versammlung zu. Nach stürmischen Verhandlungen einigte man sich endlich zu dem Beschlusse, die 258 Abgeordneten, welche für den Vertrag von Malmö gestimmt, für Verräther des deutschen Volkes, der deutschen Freiheit und Ehre zu erklären und diesen Beschluß am nächsten Tage durch eine Abordnung der Paulskirche überbringen zu lassen. Damit war das Programm für den 18. gegeben. Die Volksversammlung löste sich auf und der Abend des Sonntag verlief ziemlich ruhig.

Die in Frankfurt verfügbare Truppenmacht bestand, von der Bürgerwehr abgesehen, nur aus einem, dazu nicht für zuverlässig geltenden Bataillone Hessen-Nassauer. Für alle Fälle

ließen daher der Senat und der stellvertretende Exminister Schmerling — Professor von Hermann war mit seinem Cabinete noch immer nicht zu Stande gekommen — in der Nacht aus Mainz Truppen requiriren, von wo sofort zwei Bataillone Preußen (38. Regiment) und Oesterreicher eintrafen. Auch die Darmstädter Garnison machte sich bereit.

Als am Morgen des 18. die Sitzung der Paulskirche begann, bot das Aeußere des Gebäudes einen überraschenden Anblick. Die weißen Röcke der Oesterreicher, die blinkenden Pickelhauben der Preußen, welche sämmtliche Eingänge der Kirche besetzt hielten, hoben sich grell von den dichten rings die Kirche umlagernden Volksmassen ab. Die Debatte begann mit einigen Anträgen der Linken, deren Dringlichkeit stürmisch gefordert wurde. Nun protestirte von dieser Seite gegen die Heranziehung des Militärs und verlangte durch den Hanauer Abgeordneten Rühl die Auflösung der Nationalversammlung, deren Stellung zu dem Vertrauen des Volkes eine zweifelhafte geworden sei, und die Vornahme von Neuwahlen in der vom Vorparlamente festgesetzten Weise. Die Mehrheit des Parlamentes war begreiflicherweise nicht geneigt, auf solche Forderungen sich einzulassen. Sie ging über die Anträge, indem sie deren Dringlichkeit verneinte, zur Tagesordnung über und war eben im Begriffe, sich in eine der altgewohnten und beliebten Debatten über die Geschäftsordnung zu verlieren, als eine unwillkommene Störung von Außen erfolgte.

Durch einen Fehler in der Aufstellung der Truppen war der nördliche Eingang der Kirche freigegeben worden und das Volk hatte, als einige verspätete Abgeordnete durch diese Thüre sich in die Versammlung begeben wollten, die Gelegenheit benutzt, um gleichfalls einzudringen. In der Paulskirche entstand, trotz Gagerns Bitte, die Würde des Parlamentes zu wahren, eine beträchtliche Aufregung; die Parlamentsdiener eilten herzu und drängten die unwillkommenen Besucher, welche bereits die zum Sitzungssaale führenden Glasthüren erreicht hatten, unter heftigem Tumulte zurück. Bald legte sich jedoch der Lärm; die preußischen Truppen machten, auf das Getümmel aufmerksam geworden, einen Bajonettausfall und trieben die Volks=

massen aus einander, wobei ein alter Mann eine Verwundung erhielt.

Dies war das Zeichen zum Beginn des bereits geplanten Barrikadenaufstandes. Unter den Augen des Militärs begann man in den Gäßchen zwischen dem Römerberge und der Paulskirche Budenbretter und Aehnliches zusammenzuschlagen und bald bedeckten sich sämmtliche Theile der Altstadt zwischen Main und Zeil und zahlreiche andere Straßen mit Barrikaden. Zunächst blieb jedoch noch Alles ruhig; die Verschanzungen wurden nur zum Theile vom Volke besetzt und von den Truppen überhaupt nicht angegriffen, da deren schwache Zahl eben nur zum Schutze der Paulskirche ausreichte und die starke, nunmehr eiligst herbeigerufene Darmstädter Garnison erst im Laufe des Nachmittags eintreffen konnte.

Die Haltung des Parlamentes in dieser kritischen Stunde war bezeichnend genug. Nachdem das Volk von den Eingängen vertrieben und die Ruhe wiederhergestellt war, wendete es sich, um sich gewissermaßen geflissentlich der Erkenntniß der Sachlage zu entziehen, den Grundrechten zu. „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei" war das Thema, über welches man am 18. September in der Paulskirche lange Reden hielt, während draußen der Straßenkampf drohte. „Es war die Stille vor dem Gewitter", schreibt Laube, „ich wüßte aber nicht, daß es uns besonders schwül vorgekommen wäre. Wenn man nicht zur Revolutionspartei gehört, so ist man ganz ohne Instinct dafür, ob etwas bevorsteht oder nicht. Die ewigen Declamationen hatten uns gleichgültig gemacht und von den praktischen Vorbereitungen wußte man nichts. Um ein Viertel zwei war die Sitzung geschlossen, nachdem noch die Eingabe von der Pfingstweide vorgelesen worden war. «Ihres besonderen Inhaltes wegen verdient sie das», hatte Gagern gesagt. Sie wurde gleichgültig hingenommen. Es war schon zu viel vorgefallen. Man ging zu Tische."

Während sich so die Abgeordneten nach vollbrachtem Tagewerke stärkten, waren die Truppen, der Beschützung der Paulskirche überhoben, zum Angriffe übergegangen. In der Gegend des Liebfrauenberges drangen die Oesterreicher in das Gassen-

gewirr der Altstadt vor, links von ihnen entwickelten sich von der unteren Zeil aus die Preußen gegen die Hasengasse und andere Punkte. Man war jedoch zu schwach, um energisch vorzugehen, und auch auf Seiten der Insurgenten war die Kampfeswuth nicht so groß wie bei ähnlichen Gelegenheiten. So schleppte sich das Gefecht von halb 3 bis halb 6 Uhr nahezu ohne Entscheidung hin.

In den späteren Nachmittagsstunden traf jedoch die erwartete Hülfe aus Darmstadt ein. Zunächst erschien das 1. Bataillon des 1. Hessischen Infanterie-(Leibgarde-)Regimentes und drang unter heftigem Feuern über eine Reihe von Barrikaden hinweg durch die ganze Fahrgasse vor. Ihm folgte, von Chevauxlegers begleitet und von vielfachem Hurrah begrüßt, die Darmstädter Artillerie, welche auf dem Roßmarkte auffuhr.

Um diese Zeit, zwischen halb 6 und 6 Uhr, trat eine kurze Pause in dem Kampfe ein. Der Reichsverweser unterhandelte mit den Insurgenten, sei es, weil er wirklich hoffte, weiteres Blutvergießen verhüten zu können, sei es, weil man es militärischerseits nicht ungern sah, daß die Zeit bis zum Eintreffen der Verstärkungen auf solche Weise ausgefüllt wurde. Jedenfalls blieben die Verhandlungen fruchtlos und nach halbstündiger Waffenruhe wurde der Befehl zum allgemeinen Angriff gegeben. Von zwei Geschützen unterstützt, stürmte die Darmstädter Infanterie die sämmtlichen in der Allerheiligengasse und an der Ecke der Bleichstraße gelegenen Barrikaden und erreichte das Allerheiligenthor. Die Preußen und Oesterreicher blieben nicht zurück — die Hessen-Nassauer wurden aus naheliegenden Gründen nur zum Schutze des Hanauer Bahnhofes verwandt — und überall fielen nach kurzem Kampfe, oft ganz widerstandslos, die Barrikaden in ihre Hände. Gegen Mitternacht erknatterten die letzten Schüsse, der Frankfurter Aufstandsversuch war niedergeworfen, seine Führer, Metternich und Genossen, entflohen.

Das Ganze war weit mehr ein unbesonnener Tumult als eine Barrikadenschlacht gewesen und die Verluste beiderseits nicht sehr groß. Die Insurgenten mögen 20—30 Mann an Todten verloren haben; die Zahl der Gefangenen betrug 63, von Offizieren blieben Hauptmann Hübner und Secondelieutenant von

Hüllesheim vom preußischen 38. Regiment und der hessen-darmstädtische Oberlieutenant und Adjutant des 1. Regimentes Zimmermann auf dem Platze. Der Commandeur des 1. Bataillons des letztgenannten Truppentheiles, Major Grämann und der Capitän von Lehrbach wurden schwer verwundet. Von den kampfunfähigen Soldaten hatten die meisten nur leichtere Verletzungen erlitten. An Todten hatten die Truppen nur wenige Mann eingebüßt.

War somit auch mit verhältnißmäßig geringen Opfern die Ruhe wiederhergestellt, so konnte doch Niemand sich des Sieges freuen. Schon im Laufe des Nachmittags waren beunruhigende Gerüchte über den Fürsten Lichnowsky eingegangen. Man erzählte sich, daß er und der alte preußische General von Auerswald vom Volke erkannt und angegriffen worden seien. Allein erst der Abend brachte die erschütternde Gewißheit: zwei Abgeordnete der deutschen Nationalversammlung waren von dem Pöbel ermordet worden.

Nach der Aussage des k. k. Obersten von Meyern war Lichnowsky gegen drei Uhr Nachmittags an der Hauptwache erschienen und hatte sich ein Pferd ausgebeten, angeblich, um den an der Bockenheimer Chaussee wohnenden Reichsverweser aufzusuchen. Er ritt davon und traf gegen vier Uhr an dem Senkenberg'schen Museum an der Ecke der Bleichstraße den General von Auerswald, welcher hier ein Pferd des Reichskriegsministers von Peucker bestieg, nachdem er sich kurz nach Lichnowsky vergeblich mit der gleichen Bitte an den Oberst von Meyern gewandt. Beide ritten durch das Eschenheimer Thor in der Richtung nach dem Friedberger Thor, wahrscheinlich in der Absicht, nach den erwarteten preußischen Truppen auszuspähen[1].

[1] Der Zweck des Rittes ist nie ganz sicher festgestellt worden. Auf seinem Sterbebette soll Lichnowsky (nach den „Enthüllungen" Pflügers) ausgesagt haben, er habe einen Auftrag an die preußischen Truppen gehabt. (Vgl. Jahrgang 1873 der „Gartenlaube", Nr. 40, 41 und 42.) Es ist aber anzunehmen, daß Lichnowskys Leidenschaft, sich überall einzumischen, wie er dies schon am 18. März in Berlin gezeigt, ihn zu dem Ritte bewogen hat.

Bei dem Hessendenkmal am Friedberger Thor, wo eine große Anzahl Volkes sich versammelt hatte, wurde Lichnowsky erkannt. Steine flogen gegen ihn und seinen Begleiter, so daß beide eilig durch das Friedberger Thor davon galloppirten. Hier trennten sich die beiden auf einige Minuten; der Fürst ritt, um sich vor einem zweiten, aus einer Nebengasse vorbrechenden Haufen zu retten, rechter Hand in einen Gartenweg ein, während Auerswald umkehrte, nach dem Hessendenkmal zurückjagte, dann, aufs Neue angegriffen, sein Pferd nochmals wendete und auf dem Hermeswege am Bethmann'schen Hause wieder mit Lichnowsky zusammentraf, der inzwischen durch Gärten und Zäune hindurch ebendorthin geirrt war. Gemeinschaftlich kehrten nunmehr beide über die Bornheimer Haide auf die Friedberger Chaussee zurück und schlugen unglücklicher Weise, vor einem Trupp bewaffneten Volkes scheuend, nochmals die Richtung nach dem Hessendenkmal ein, statt in scharfem Galoppe in der Richtung nach Friedberg das Freie zu gewinnen. Sofort warfen sich hier die rings zerstreuten Volksmassen auf das Neue auf sie und zwangen sie zur schleunigen Umkehr. Von allen Seiten von Bewaffneten umstellt, bedroht, den Steinwürfen und vereinzelten Flintenschüssen ausgesetzt, flüchteten die beiden Reiter nunmehr in eine rechts von der Friedberger Chaussee ausgehende Sackgasse, das „stumpfe Gäßchen", dessen Abschluß das Schmidt'sche Gartenhäuschen bildete.

Die Bewohner des Hauses, der Gärtner Schmidt und der Lehrer Schnupf traten herbei und versicherten, den von Todesangst Ergriffenen[1], sie retten zu wollen. Die einzige Hülfe für die Verfolgten wäre es noch gewesen, hätten sie ihre Roße dem Pöbelhaufen entgegengeworfen und durch dieselben hindurchgetrieben. Allein der Fürst wie der General weigerten sich, erschöpft von der Jagd und wahrscheinlich auch den Pferden, die ihnen fremd waren, nicht ganz trauend, ihre Flucht auf diese Weise fortzusetzen und verlangten, in dem Hause verborgen zu werden.

[1] Auerswald war bereits am Arme verwundet, — Lichnowsky schon seit einigen Tagen unwohl; erklärlicherweise befanden sich beide in einem Zustande, der ihnen klare Ueberlegung nicht gestattete.

Es war dies nahezu ein Ding der Unmöglichkeit, denn die beschränkten Räumlichkeiten der Gärtnerwohnung boten so gut wie kein Versteck dar. Allein die Zeit drängte, schon schlugen die Stimmen der Verfolger von Außen herein. Man führte Auerswald, der sich beharrlich weigerte, sich zu verkleiden und als Hausgenosse aufzutreten — ein Plan, der ihn wahrscheinlich gerettet hätte, da die Volksmenge ihn nicht persönlich kannte, sondern nur als Lichnowskys Gefährten verfolgte —, in eine Dachkammer, und verbarg Lichnowsky in einem kleinen Kellerverschlage.

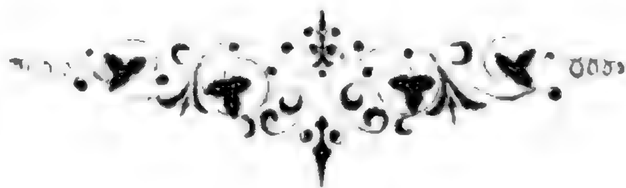
Kaum war dies geschehen, als bereits die ersten Haufen des in zügelloser Wuth befindlichen Pöbels anlangten und das Haus förmlich stürmten. Auerswald, welcher sich in ein Bett gelegt hatte, wurde alsbald an den hervorsehenden Sporen entdeckt. Man schleppte ihn vor das Haus an ein kleines Brückchen, wo ein Weib, die Frau des Lithographen Zobel, den ersten Schlag nach ihm führte. Rasend stürzte sich jetzt die Menge auf den greisen Veteranen der Freiheitskriege, welcher nach wenigen Augenblicken todt in dem Graben lag. Jetzt erst wurde Lichnowsky, dessen Rockzipfel aus dem Verschlage hervorsah, entdeckt und aus seinem Verstecke herausgerissen.

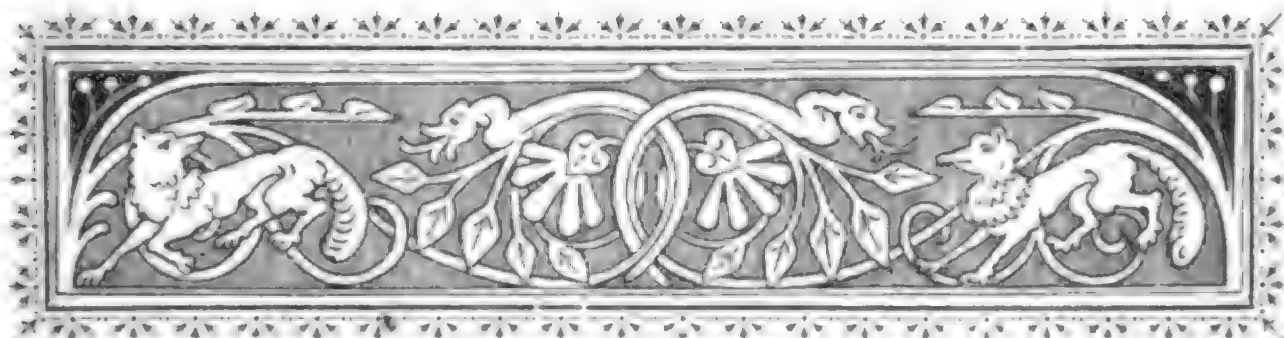
Anfangs wollte es scheinen, als hätte sich die Wuth der Aufrührer durch die Ermordung Auerswalds abgekühlt. Man schonte zunächst das Leben Lichnowskys, was hauptsächlich den Bemühungen des Bornheimer Arztes Hodes zu danken war, und beschloß, ihn als Gefangenen nach Hanau zu führen. Schon war man mit ihm auf der nach Bornheim führenden Pappelallee angekommen, als ein Rödelheimer Judenschulmeister Buchsweiler, ein halbverrückter Mensch, die Wuth auf das Neue entflammte. Man stritt sich um den Fürsten, riß ihn hin und her und mißhandelte ihn, bis dieser sich endlich zur Wehr setzte und die Büchse eines Freischärlers ergriff. Damit war sein Schicksal entschieden. Fast im selben Augenblick lag er, von einer Anzahl tödtlicher Wunden bedeckt, am Boden.

Kaum war dies geschehen, als, einen Moment zu spät, eine Abtheilung Infanterie unter Major Deetz und ein Trupp Darmstädter Reiterei anrückten, vor welchen die Mordgesellen

in eiliger Flucht auseinanderstoben. Man hob den Fürsten auf und trug ihn nach dem Bethmann'schen Palais, wo er noch einmal zu sich kam und seinen letzten Willen aussprach. Die Herzogin Dorothea von Sagan sollte seine Universalerbin werden. Gegen zehn Uhr Nachts, als der Straßenkampf sich seinem Ende zuneigte, wurde der Sterbende nach dem Hospitale zum hl. Geiste überführt. Hier hauchte um Mitternacht Fürst Felix Lichnowsky, 34 Jahre alt, seine Seele aus. Der Kaplan von Ketteler, der spätere Bischof von Mainz, segnete die Leiche ein.

Mit dem 18. September schloß der erste und schönste Abschnitt in dem kurzen Leben der deutschen Volksvertretung. Was jetzt noch folgte, war mehr oder minder der Anfang vom Ende. Die Tage der Begeisterung und Hoffnungsfreudigkeit, der Eintracht und Versöhnlichkeit kehrten nicht wieder; immer schroffer traten die Parteien von jetzt ab einander gegenüber, immer rauher griff die Wirklichkeit in die staatsmännischen Projecte der Paulskirche und immer deutlicher drängte sich den Vereinbarungs-Politikern die alte bittere Lehre auf, daß nicht redliche Wünsche, schöne Hoffnungen und begeisterte Worte, sondern die feste That und der starke Wille das Getriebe dieser Welt beherrschen.





Uebersicht der Litteratur.

Horner, Ein Jahrhundert des Despotismus in Neapel und Sicilien, Berlin, 1861.

Siciliens Revolutionen, Berlin, 1861.

v. Steiger, Die Schweizer-Regimenter in königl. neapolitanischen Diensten in den Jahren 1848 und 1849, 2. Aufl., Bern, 1851.

Görgei, Mein Leben und Wirken in Ungarn, 2 Theile, Leipzig, 1852.

Streckfuß, Der Freiheitskampf in Ungarn, 2. Aufl., Berlin, 1852.

Cceß, Bems Feldzug in Siebenbürgen, Hamburg, 1850.

Reisinger, Politische Bilder aus Ungarns Neuzeit, Hamburg, 1849.

Geschichte der Wiener März- und Mairevolution, Wien, 1848.

Pisacane, Der Krieg in Italien, Chur, 1852.

Verhandlungen der Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung. Berlin, 1848, 3 Bände.

Jahrgang 1848 der „Neuen Preußischen (Kreuz-)Zeitung“.

Jahrgang 1888 und 1889 der „Neuen Preußischen (Kreuz-)Zeitung“. (Wochenschau aus den Jahren 1848—1850, aus dem Nachlaß des Geh. Hofrathes Schneider.)

Ernst II., Herzog von Coburg-Gotha, Aus meinem Leben und aus meiner Zeit, Berlin, I. Theil, 1887, II. Theil, 1888.

Falkson, Die liberale Bewegung in Königsberg, Breslau, 1887.

Unter den Hohenzollern. Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generals von Natzmer, Gotha, 1888, 3 Bände.

Jahrgang 1848 des „Kladderadatsch“.

Jahrgang 1848 der „National-Zeitung“.

Jahrgang 1848 der „Constitutionellen Klub-Zeitung“.

Die deutsche Centralgewalt und die preußische Armee, Berlin, 1848.

Deutsche Chronik für das Jahr 1848, Berlin, 1849.

Hansemann, Die preußische und die deutsche Verfassung, Berlin, 1850.

Graf Arnim-Boytzenburg, Die deutsche Centralgewalt und Preußen, Berlin, 1848.

v. Bülow-Cummerow, Beleuchtung des preußiſchen Staatshaushaltes, Berlin, 1849.

Helwing, Das preußiſche Wahlgeſetz vom 5. April 1848, Berlin, 1848.

Gneiſt, Berliner Zuſtände, Berlin, 1848.

v. Alten, Der Krieg in Schleswig, Oldenburg, 1850.

v. Sichart, Tagebuch des 10. deutſchen Bundes-Armeecorps, Hannover, 1851.

Darſtellung der Begebenheiten des deutſch-däniſchen Krieges, redigirt von der hiſtoriſchen Abtheilung des Großen Generalſtabes. Beihefte zum Militär-Wochenblatt.

Wichmann, Denkwürdigkeiten aus der Paulskirche, Hannover, 1888.

Haym, Das erſte deutſche Parlament, Leipzig, 1848.

Biedermann, Erinnerungen aus der Paulskirche, Leipzig, 1848.

Duncker, Zur Geſchichte der deutſchen Nationalverſammlung, Berlin, 1849.

Häuſſer, Die deutſche Nationalverſammlung, Stuttgart und Leipzig, 1862.

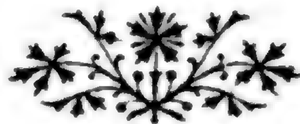
Duckwitz, Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben, Bremen, 1877.

Bruſtbilder aus der Paulskirche, Leipzig, 1849.

Plan der Paulskirche v. Schmerber, Frankfurt, 1848.

Stenographiſcher Bericht über die Verhandlungen der deutſchen conſtituirenden Nationalverſammlung, herausgegeben v. Wigand, Frankfurt a. M., 7 Bände, 1848 und 1849.

Ferner der größte Theil der in Theil I erwähnten Schriften, zahlreiche Flugblätter und Broſchüren.



C. F. Winter'sche Buchdruckerei.

This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine of five cents a day is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.

Digitized by Google

Digitized by Google